



GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

1977

Berlin, den 27. Januar 1977

Teil II Nr. 1

Tag	Inhalt	Seite
8.12.76	Bekanntmachung über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Internationalen Konvention vom 1. Dezember 1954, geändert am 2. September 1967 und am 28. August 1971, über das Internationale Kälteinstitut	1
21.12.76	Bekanntmachung über Ratifikation und Inkrafttreten des Internationalen Fernmeldevertrages, Malaga-Torremolinos, 1973	11
	Berichtigung	11

**Bekanntmachung
über den Beitritt
der Deutschen Demokratischen Republik
zur Internationalen Konvention vom 1. Dezember 1954,
geändert am 2. September 1967 und am 28. August 1971,
über das Internationale Kälteinstitut**

vom 8. Dezember 1976

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß am 8. April 1976 die Beitrittsurkunde der Deutschen Demokratischen Republik zu der nachstehend veröffentlichten Internationalen Konvention vom 1. Dezember 1954, geändert am 2. September 1967 und am 28. August 1971, über das Internationale Kälteinstitut hinterlegt wurde.

Die Konvention ist mit dem Tag der Hinterlegung der Beitrittsurkunde, am 8. April 1976, für die Deutsche Demokratische Republik in Kraft getreten.

Berlin, den 8. Dezember 1976

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

H. Eichler

Diese Ausgabe enthält als Beilage für die Postabonnenten:

Titelblatt, Zeitliche Inhaltsübersicht und das Stichwortverzeichnis des Gesetzblattes Teil II für das Jahr 1976

Internationale Konvention

vom 1. Dezember 1954, in der am 2. September 1967
und am 28. August 1971
abgeänderten Fassung, die an die Stelle der

**Konvention vom 21. Juni 1920
des Internationalen Kälteinstituts**

tritt

Die Regierungen der Mitgliedsländer des Internationalen Kälteinstituts sind in Anbetracht dessen,

- daß sich die Wissenschaft und Technik der tiefen Temperaturen ständig weiter entwickelt und damit neue Perspektiven für den Fortschritt und das Wohl der Menschheit eröffnet;
- daß sich die Anwendungsmöglichkeiten der Kältetechnik erweitern;
- daß der Austausch von leichtverderblichen Lebensmitteln zwischen den Staaten der Welt zunimmt, wodurch ein immer wirksamerer internationaler Zusammenhalt in Fragen der Lebensmittelwirtschaft möglich und gleichzeitig die erweiterte Nutzung der Kältetechnik zur Behandlung und Konservierung solcher Lebensmittel notwendig wird;
- daß die Konvention vom 21. Juni 1920 in der abgeänderten Fassung vom 31. Mai 1937, durch die das Internationale Kälteinstitut geschaffen wurde, den sich aus dieser Situation ergebenden neuen Anforderungen an Wissenschaft und Technik und den gegenwärtigen ökonomischen Bedingungen nicht in vollem Umfang gerecht wird;

wie folgt übereingekommen:

Teil I**Zweck - Bezeichnung - Sitz - Aufgaben****Artikel 1****Zweck - Bezeichnung - Sitz**

1. Die Vertragschließenden Seiten beschließen, beim Studium wissenschaftlicher und technischer Probleme der Kältetechnik und bei der Erweiterung ihrer Anwendungsmöglichkeiten zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen eng zusammenzuarbeiten.
2. Zu diesem Zweck verpflichten sie sich, das Internationale Kälteinstitut mit Sitz in Paris, im folgenden als „Institut“ bezeichnet, beizubehalten und zu unterstützen.

Artikel 2**Aufgaben**

Die Aufgaben des Instituts im Zusammenhang mit allen Fragen der Untersuchung, Erzeugung und Nutzung von Kälte im internationalen Maßstab sind folgende:

- a) in den verschiedenen Mitgliedsländern die Entwicklung der wissenschaftlichen Forschungen und technischer und ökonomischer Untersuchungen auf nationaler und internationaler Ebene zu fördern;
- b) wissenschaftliche, technische und ökonomische Daten und Unterlagen sowie Rechtsvorschriften zusammenzustellen;
- c) die Verbreitung von Wissenschaft und Technik zu fördern;
- d) alle Untersuchungen und Unterlagen, deren Herausgabe von Nutzen ist, zu veröffentlichen;
- e) die Erweiterung der Anwendungsmöglichkeiten der Kältetechnik, insbesondere im Bereich der Land- und

Nahrungsgüterwirtschaft, in der Industrie und im Bereich des Gesundheitswesens und der Hygiene zu fördern;

- f) den Regierungen oder den internationalen Organisationen Empfehlungen zu geben und insbesondere Maßnahmen zur Verbesserung und Vereinheitlichung von Rechtsvorschriften vorzuschlagen;
- g) im Hinblick auf die Durchführung seines Arbeitsprogramms Verbindung zu interessierten nationalen und internationalen Vereinigungen zu halten;
- h) internationale Kongresse zu veranstalten und
- i) allgemein alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um das Prinzip und die Anwendung der Kältetechnik zu fördern.

Teil II**Mitgliedschaft****Artikel 3****Mitgliedsländer, Erwerb der Mitgliedschaft**

Dem Institut gehören folgende Mitgliedsländer an, die die in dieser Konvention verankerten Rechte genießen und den sich aus dieser ergebenden Verpflichtungen unterliegen:

- a) die Vertragschließenden Seiten;
- b) die Territorien, die die Vertragschließenden Seiten zum Zeitpunkt der Unterzeichnung dieser Konvention benennen und die in der beigefügten Liste aufgeführt sind;
- c) Länder, die nicht Teilnehmer dieser Konvention sind, wenn sie dieser beitreten und wenn ihr Beitritt die Zustimmung des Exekutivkomitees findet;
- d) die Territorien, die in der beigefügten Liste nicht aufgeführt sind, wenn sie dem Institut durch die für ihre internationalen Beziehungen zuständige Vertragschließende Seite benannt werden und wenn ihr Beitritt die Zustimmung des Exekutivkomitees findet.

Artikel 4**Kategorien von Mitgliedsländern**

1. Um Mitgliedsländern entsprechend der Bedeutung ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit und ihrem Interesse an den Problemen der Kältetechnik die Teilnahme an den Aktivitäten des Instituts zu ermöglichen, wurden 6 Kategorien von Mitgliedsländern geschaffen. Sie sind im wesentlichen gekennzeichnet durch die Beitragshöhe, die Anzahl der ihnen zur Verfügung stehenden Stimmen und die Zahl der unentgeltlich zur Verfügung gestellten Publikationen.
2. Jedes Mitgliedsland bestimmt die Kategorie, in die es eingestuft werden möchte.

Artikel 5**Austritt, Änderung der Kategorie**

Jedes Mitgliedsland hat das Recht, aus dem Institut auszutreten oder in eine niedrigere Kategorie überzuwechseln, in-

dem es diese Absicht mindestens ein Jahr vorher mitteilt. Der Wechsel in eine höhere Kategorie kann jederzeit nach Zahlung der entsprechenden Beitragsdifferenz erfolgen.

Artikel 6

Übertragung von Rechten und Pflichten auf eine geeignete Vereinigung oder Organisation

Die Mitgliedsländer können nach eigenem Ermessen ihre Rechte und Pflichten gegenüber dem Institut ganz oder teilweise einer geeigneten Vereinigung oder Organisation übertragen.

Artikel 7

Verbindung zu nationalen Gruppen

Jedes Mitgliedsland ist bestrebt, in die Arbeit des Instituts die wesentlichsten wissenschaftlichen, technischen, kulturellen und beruflichen Organisationen einzubeziehen, die mit Fragen der Kältetechnik befaßt sind.

Artikel 8

Ehrenmitgliedschaft

In Ausnahmefällen kann Personen, die in der kältetechnischen Wissenschaft und den auf diesem Gebiet arbeitenden Industriezweigen eine hervorragende Rolle gespielt haben, sowie Personen, die zum Wohl des Instituts beigetragen haben, auf Beschluß des Exekutivkomitees der Titel „Ehrenmitglied“ des Instituts verliehen werden.

Artikel 9

Assoziierte Mitglieder

1. Geeigneten Einzelpersonen, Firmen und Institutionen, die an der Entwicklung der kältetechnischen Wissenschaft oder auf diesem Gebiet arbeitenden Industriezweigen beteiligt sind und einen regelmäßigen Beitrag leisten, dessen Höhe und Zahlungsmodus durch das Direktorium festgelegt werden, können auf dessen Beschluß zu „Assoziierten Mitgliedern“ des Instituts ernannt werden.
2. Entsprechend den in den Durchführungsbestimmungen zur vorliegenden Konvention enthaltenen Bestimmungen sind assoziierte Mitglieder berechtigt, die vom Institut veröffentlichten Zeitschriften zu erhalten, an der Arbeit der Kommissionen und Kongresse teilzunehmen und die Institutsbibliothek in Anspruch zu nehmen.

Teil III

Organe und Verfahrensordnung

Generalkonferenz

Artikel 10

Befugnisse der Generalkonferenz

1. Das Institut untersteht der Aufsicht und Kontrolle der Generalkonferenz.
2. Die Generalkonferenz hat im wesentlichen folgende Befugnisse:
 - a) sie beschließt allgemeine Richtlinien für die Arbeitsweise und die Tätigkeit des Instituts;
 - b) sie erläßt Durchführungsbestimmungen zur vorliegenden Konvention, in denen insbesondere die Art und Weise der Handhabung der verschiedenen Artikel dieser Konvention, die Personalordnung und die Verfahrensordnung der Generalkonferenz behandelt werden;
 - c) sie wählt den Präsidenten und die Vizepräsidenten des Exekutivkomitees;
 - d) sie wählt den Präsidenten, die Vizepräsidenten und die Mitglieder des Wissenschaftlichen Rates.

Artikel 11

Zusammensetzung und Verfahrensweise der Generalkonferenz

1. Die Generalkonferenz setzt sich aus den beauftragten Vertretern der Mitgliedsländer oder der zuständigen Vereinigung oder Organisation, die anstelle eines Mitgliedslandes handeln, zusammen.
2. Die Anzahl der Vertreter jedes Mitgliedslandes ist wie folgt festgelegt:
 - 6 in Kategorie 1
 - 5 in Kategorie 2
 - 4 in Kategorie 3
 - 3 in Kategorie 4
 - 2 in Kategorie 5
 - 1 in Kategorie 6.
3. Vertreter, die an der Teilnahme an einer Tagung verhindert sind, haben das Recht, einen ihrer Kollegen in der Generalkonferenz mit ihrer Vertretung zu beauftragen.
4. Die Generalkonferenz führt alle vier Jahre eine ordentliche Tagung durch. Sie kann, wenn sie einen entsprechenden Beschluß faßt oder auf Ersuchen des Exekutivkomitees, auch zu außerordentlichen Tagungen zusammentreten.
5. Die Generalkonferenz faßt ihre Beschlüsse mit Zweidrittelmehrheit aller Stimmen der anwesenden Vertreter oder ihrer Stellvertreter. Zur Wahl des Präsidenten und der Vizepräsidenten des Exekutivkomitees und der Mitglieder des Wissenschaftlichen Rates ist jedoch eine einfache Stimmenmehrheit der Vertreter oder ihrer Stellvertreter ausreichend, wobei die Stimme des Präsidenten im Falle der Stimmengleichheit den Ausschlag gibt.
6. Der Direktor ist der rechtmäßige Sekretär der Generalkonferenz.

Artikel 12

Der Präsident der Generalkonferenz

1. Zu Beginn ihrer ordentlichen Tagung wählt die Generalkonferenz ihren Präsidenten.
2. Derselbe Präsident kann nicht mehr als zweimal hintereinander gewählt werden.
3. Ist der Präsident verhindert, eine Sitzung zu leiten, wird er vom Präsidenten oder Vizepräsidenten des Exekutivkomitees vertreten.
4. Der Präsident der Generalkonferenz wird zu den Tagungen des Exekutivkomitees, des Wissenschaftlichen Rates und des Direktoriums eingeladen und nimmt mit beratender Stimme daran teil.

Exekutivkomitee

Artikel 13

Befugnisse des Exekutivkomitees

Die vollziehende Gewalt des Instituts liegt beim Exekutivkomitee.

- a) Das Exekutivkomitee hat die Aufgabe, die von der Generalkonferenz beschlossenen Richtlinien durchzusetzen.
- b) Es ist für die Verwaltung des Instituts voll verantwortlich.
- c) Es ernennt den Direktor in geheimer Abstimmung.
- d) Es beschließt über den Haushaltsplan.
- e) Es entscheidet über die Vereinbarungen, die mit anderen Organisationen abgeschlossen werden sollten.
- f) Es beschließt alle für den Betrieb des Instituts notwendigen allgemeinen Maßnahmen.
- g) Es nominert die Kandidaten für das Direktorium.
- h) Außerdem ist es befugt, im Zeitraum zwischen den Tagungen der Generalkonferenz vorläufige Beschlüsse zu

Fragen zu fassen, die in den Zuständigkeitsbereich der Generalkonferenz gehören und die der Generalkonferenz auf ihrer nächsten Tagung zur Ratifizierung vorzulegen sind.

Artikel 14

Zusammensetzung und Verfahrensweise des Exekutivkomitees

1. Das Exekutivkomitee setzt sich aus von den Mitgliedsländern oder von den sie vertretenden Vereinigungen und Organisationen benannten geeigneten Beauftragten zusammen, wobei jedes Land durch einen Beauftragten vertreten wird.
2. Jedes Mitgliedsland oder jede geeignete Vereinigung oder Organisation kann auch einen stellvertretenden Beauftragten benennen.
3. Jeder Beauftragte im Exekutivkomitee hat ebensoviel Stimmen, wie das Land, das er vertritt, Vertreter in der Generalkonferenz hat.
4. Der Präsident der Generalkonferenz, der Präsident und die Vizepräsidenten des Wissenschaftlichen Rates sowie die Vorsitzenden der Kommissionen werden zu den Sitzungen des Exekutivkomitees eingeladen und nehmen daran in beratender Eigenschaft teil.
5. Das Exekutivkomitee kommt einmal im Jahr zu einer ordentlichen Sitzung zusammen. Außerordentliche Sitzungen werden auf Initiative seines Präsidenten oder auf Ersuchen des Direktoriums einberufen.
6. Das Exekutivkomitee faßt seine Beschlüsse mit einer Zweidrittelmehrheit der anwesenden Beauftragten oder stellvertretenden Beauftragten. Wenn bei der Wahl des Direktors die Entscheidung nach zwei Wahlgängen nicht gefallen ist, genügt die einfache Mehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Präsidenten.
7. Der Direktor ist der rechtmäßige Sekretär des Exekutivkomitees.
8. Das Exekutivkomitee gibt sich erforderlichenfalls im Rahmen der Konvention und der Durchführungsbestimmungen seine eigenen Verfahrensregeln.

Artikel 15

Der Präsident und die Vizepräsidenten des Exekutivkomitees

1. Der Präsident des Exekutivkomitees und drei bis sechs Vizepräsidenten werden auf der ordentlichen Tagung der Generalkonferenz gewählt.
2. Der Präsident und die Vizepräsidenten können nicht mehr als zweimal hintereinander in das gleiche Amt gewählt werden.
3. Wenn der Präsident oder ein Vizepräsident aufhört, Beauftragter im Exekutivkomitee zu sein oder wenn er vor Ablauf des Vierjahreszeitraums zurücktritt, ernennt das Exekutivkomitee auf seiner folgenden Tagung einen Nachfolger, dessen Vollmachten am Ende des laufenden Vierjahreszeitraums erlöschen.
4. Der Präsident und die Vizepräsidenten des Exekutivkomitees werden zu den Tagungen des Wissenschaftlichen Rates eingeladen und nehmen daran mit beratender Stimme teil.

Das Direktorium

Artikel 16

Befugnisse, Zusammensetzung und Verfahrensweise des Direktoriums

1. Das Direktorium ist verpflichtet, zwischen den Tagungen des Exekutivkomitees und in Übereinstimmung mit den

Beschlüssen der Generalkonferenz und des Exekutivkomitees die Arbeitsweise des Instituts und insbesondere dessen Finanzlage zu prüfen und dem Exekutivkomitee das Jahresbudget zu unterbreiten.

2. Das Direktorium besteht aus dem Präsidenten des Exekutivkomitees, der rechtmäßiger Präsident des Direktoriums ist, drei Mitgliedern, die durch das Exekutivkomitee jeweils für vier Jahre gewählt werden, und drei Mitgliedern, die für jeweils vier Jahre durch den Wissenschaftlichen Rat gewählt werden. Diese sechs Mitglieder dürfen nicht mehr als zweimal hintereinander in das gleiche Amt gewählt werden.
3. Sitzungen des Direktoriums werden vom Präsidenten mindestens dreimal im Jahr einberufen.
4. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefaßt, wobei die Stimme des Präsidenten im Falle der Stimmengleichheit entscheidet.
5. Der Direktor ist der rechtmäßige Sekretär des Direktoriums.
6. Das Direktorium gibt sich erforderlichenfalls seine eigenen Verfahrensregeln, die dem Exekutivkomitee zur Billigung vorzulegen sind.

Wissenschaftlicher Rat und Kommission

Artikel 17

Befugnisse, Zusammensetzung und Verfahrensweise des Wissenschaftlichen Rates

1. Die wissenschaftlichen und technischen Probleme, die zum Aufgabengebiet des Instituts gehören, werden von einem Wissenschaftlichen Rat und von Kommissionen bearbeitet.
2. Der Wissenschaftliche Rat besteht aus einem Präsidenten, drei bis sechs Vizepräsidenten und den Vorsitzenden der Kommissionen. Dieselbe Person kann nicht gleichzeitig das Amt des Präsidenten des Wissenschaftlichen Rates und das des Vorsitzenden oder stellvertretenden Vorsitzenden einer Kommission innehaben.
3. Die Mitglieder des Wissenschaftlichen Rates sind befugt, wenn sie an einer Sitzung nicht teilnehmen können, einen ihrer Kollegen im Wissenschaftlichen Rat mit ihrer Vertretung zu beauftragen.
4. Der Präsident der Generalkonferenz, der Präsident und die Vizepräsidenten des Exekutivkomitees werden zu den Sitzungen des Wissenschaftlichen Rates eingeladen und nehmen daran mit beratender Stimme teil.
5. Der Präsident und die Vizepräsidenten des Wissenschaftlichen Rates werden auf der ordentlichen Sitzung der Generalkonferenz alle vier Jahre auf der Grundlage von Vorschlägen des aus dem Amt scheidenden Wissenschaftlichen Rates gewählt. Sie können nicht mehr als zweimal hintereinander in das gleiche Amt gewählt werden.
6. In den Zeiträumen zwischen den Tagungen der Generalkonferenz wählt der Wissenschaftliche Rat Nachfolger für die zurückgetretenen oder an der Ausübung ihres Amtes verhinderten Mitglieder, wobei die Amtszeit der so gewählten neuen Mitglieder gleichzeitig mit der der übrigen Mitglieder abläuft.
7. Der Wissenschaftliche Rat tritt in der Regel einmal im Jahr zusammen. Darüber hinaus kann er von seinem Präsidenten oder auf Ersuchen eines Drittels seiner Mitglieder zu weiteren Sitzungen zusammengerufen werden.
8. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder gefaßt, wobei im Fall von Stimmengleichheit die Stimme des Präsidenten entscheidet.

9. Der Direktor ist der rechtmäßige Sekretär des Wissenschaftlichen Rates.
10. Der Wissenschaftliche Rat gibt sich erforderlichenfalls im Rahmen der vorliegenden Konvention und der Durchführungsbestimmungen seine eigenen Verfahrensregeln.
11. Der Präsident des Wissenschaftlichen Rates wird zu den Sitzungen des Direktoriums eingeladen und nimmt daran mit beratender Stimme teil.

Artikel 18

Aufgaben, Zusammensetzung und Verfahrensweise der Kommissionen

1. Die Zahl der Kommissionen und ihre Aufgaben sind in den Durchführungsbestimmungen festgelegt.
2. Jede Kommission hat einen Vorsitzenden, einen oder mehrere stellvertretende Vorsitzende sowie einen oder mehrere Sekretäre.
3. Der Vorsitzende wird auf der ordentlichen Tagung der Generalkonferenz gewählt. Er kann nicht mehr als zweimal hintereinander in das gleiche Amt gewählt werden.
4. Wenn weder der Vorsitzende noch einer der stellvertretenden Vorsitzenden einer Kommission dem Land angehört, in dem der nächste Internationale Kongress stattfinden soll, so kann auf Vorschlag des Beauftragten dieses Landes durch das Exekutivkomitee ein weiterer stellvertretender Vorsitzender ernannt werden, dessen Amtszeit mit dem Abschluß des Kongresses endet.
5. Unter Berücksichtigung der von den Mitgliedsländern gegebenen Empfehlungen ernennt der Wissenschaftliche Rat die Mitglieder der Kommissionen auf der Grundlage von Vorschlägen der Vorsitzenden der Kommissionen. Der Rat kann die Ernennungsbefugnis für die Zeit zwischen den Tagungen auf seinen Präsidenten übertragen.
6. Der Wissenschaftliche Rat ernennt auf der Grundlage von Vorschlägen der Vorsitzenden der Kommissionen deren Sekretäre. Er kann die Ernennungsbefugnis für die Zeit zwischen den Tagungen auf seinen Präsidenten delegieren.
7. Jedes Mitglied einer Kommission, das im Verlauf von zwei aufeinanderfolgenden Jahren weder Sitzungen besucht noch auf dem Wege der Korrespondenz an der Arbeit der Kommission teilgenommen hat, gilt als zurückgetreten.

Arbeitsgruppen

Artikel 19

Arbeitsgruppen

Zur Lösung von Problemen, die für das Institut von Interesse sind, können Arbeitsgruppen gebildet werden.

Direktion

Artikel 20

Der Direktor

1. Das Institut wird vom Direktor geleitet, der dabei durch ständige und zeitweilige Angestellte unterstützt wird.
2. Der Direktor wird in geheimer Abstimmung vom Exekutivkomitee gewählt. Seine Pflichten und Befugnisse sind in den Durchführungsbestimmungen niedergelegt.
3. Der Direktor ist rechtmäßiger Sekretär der Generalkonferenz, des Exekutivkomitees, des Direktoriums und des Wissenschaftlichen Rates.

Artikel 21

Die ständigen und die zeitweiligen Angestellten

1. Die ständigen und die zeitweiligen Angestellten werden vom Direktor ernannt und entlassen. Ihre Rechte und Pflichten sind in den Durchführungsbestimmungen verankert.
2. Die Ernennung der ständigen Angestellten wird erst nach Bestätigung durch das Direktorium gültig.

Internationale Kältkongresse

Artikel 22

Internationale Kältkongresse

1. Das Institut ist zuständig für die Abhaltung internationaler Kältkongresse, die in der Regel alle vier Jahre stattfinden.
2. Über das Programm beschließt das Exekutivkomitee. Mit der organisatorischen Tätigkeit können ein oder mehrere Mitgliedsländer des Instituts betraut werden.

Veröffentlichungen

Artikel 23

Veröffentlichungen

1. Die Arbeit des Wissenschaftlichen Rates und der Kommissionen sowie die Informationen aller Art, die das Institut zusammenträgt, werden in dessen offiziellen Sprachen in Zeitschriften und anderen von ihm herausgegebenen Veröffentlichungen publiziert.
2. In den Durchführungsbestimmungen werden die Bedingungen festgelegt, unter denen eine bestimmte Zahl von kostenlosen Exemplaren dieser Publikationen an die Mitgliedsländer verteilt werden.
3. Ferner kann das Institut alle anderen Methoden der Informationsverbreitung nutzen, die der Erreichung seiner Ziele dienen.

Teil IV

Finanzquellen

Artikel 24

Finanzquellen des Instituts

Die Betriebskosten des Instituts werden wie folgt gedeckt:

- a) aus Jahresbeiträgen und außerordentlichen Beiträgen der Mitgliedsländer;
- b) aus dem Erlös von Zeitschriftenabonnements, vom Verkauf von Veröffentlichungen und Dokumenten, von Anzeigen in den verschiedenen Veröffentlichungen und allgemein aus allen Aktivitäten, die im Rahmen der vorliegenden Konvention durchgeführt werden;
- c) aus anderen Abonnements, Schenkungen und Vermächtnissen, auf die es rechtmäßig Anspruch hat;
- d) aus Einnahmen, die aus eigenen Vermögenswerten herühren.

Artikel 25

Haushaltsplan

1. Das Exekutivkomitee prüft auf seiner ordentlichen Jahrestagung den Finanzbericht für das vergangene Jahr und beschließt den Haushaltsplan für das folgende Jahr.

2. Das Exekutivkomitee kann dem Direktorium die Befugnis übertragen, bestimmte Veränderungen im Haushaltsplan des laufenden Jahres vorzunehmen.

Artikel 28

Höhe der durch die Mitgliedsländer zu zahlenden regulären Jahresbeiträge

1. Der Beitrag jedes Mitgliedslandes ist in französischen Franken oder in der Währung des jeweiligen Landes zu zahlen, die konvertierbar in Franken sein muß, wobei das zahlungspflichtige Land die Konvertierbarkeit zu gewährleisten hat. Er wird in Goldfranken mit einem Gewicht von 10/31 Gramm mit einem Feingehalt von 0,900 entsprechend der Kategorie, zu der das Mitgliedsland gehört, auf folgender Grundlage festgelegt:

Kategorie	Jahresbeitrag in Goldfranken
1	9 600
2	7 200
3	4 800
4	3 200
5	1 600
6	800

2. Alle vier Jahre kann die Generalkonferenz auf ihrer ordentlichen Tagung im Einklang mit den durch das Exekutivkomitee im vorangegangenen Jahr bestätigten Vorschlägen die Höhe dieser Grundbeiträge mit Hilfe eines Umrechnungskoeffizienten nach oben oder unten verändern, um sie an die Aktivitäten des Instituts oder die jeweilige Wirtschaftslage anzupassen.¹
3. Die neuen Beitragssätze gelten während der folgenden vier Jahre.²

Artikel 27

Nichtzahlung von Beiträgen

Die Mitgliedsländer, die mit ihren Mitgliedsbeiträgen mehr als zwei Jahre im Rückstand sind, verlieren die mit der Mitgliedschaft verbundenen Rechte, insbesondere das Stimmrecht, bis sie ihren Zahlungsverpflichtungen nachgekommen sind.

Teil V

Verschiedenes

Artikel 28

Beziehungen zu anderen internationalen Organisationen

Das Institut unterhält zu den Spezialorganisationen der Vereinten Nationen und mit anderen internationalen Vereinigungen Beziehungen, die geeignet sind, eine Zusammenarbeit zwischen ihnen im Sinne ihrer jeweiligen Ziele zu gewährleisten.

Artikel 29

Rechtsfähigkeit, Privilegien und Immunitäten

Das Institut genießt auf dem Territorium jedes seiner Mitgliedsländer die für die Erfüllung seiner Aufgaben und die

¹ Die Generalkonferenz hat 1959 und 1967 Grundbeitragsserhöhungen zugestimmt. Während ihrer Sitzung am 28. August 1971 hat die Generalkonferenz die Höhe der Beiträge für die Jahre 1972, 1973, 1974 und 1975 festgelegt. Jedes Jahr werden sich die Beiträge um 13 % im Verhältnis zum Vorjahr erhöhen.

² Die neuen Beitragssätze in Goldfranken für den Zeitraum 1972–75 lauten wie folgt:

Kategorie	Jahr			
	1972	1973	1974	1975
1	10 904	21 456	24 240	27 396
2	14 236	16 692	16 160	20 547
3	9 492	10 728	12 120	13 896
4	6 328	7 152	8 080	9 132
5	3 164	3 576	4 040	4 566
6	1 582	1 788	2 020	2 283

Erreichung seiner Ziele erforderliche Rechtsfähigkeit sowie den dazu notwendigen Status, und zwar unter den Bedingungen, die in gesonderten Vereinbarungen mit den interessierten Mitgliedsländern vorgesehen sind.

Artikel 30

Offizielle Sprachen

Die offiziellen Sprachen des Instituts sind Französisch und Englisch.

Artikel 31

Abänderungen der Konvention

1. Abänderungen der vorliegenden Konvention, die die grundlegenden Ziele des Instituts nicht berühren und die Verpflichtungen der Mitgliedsländer nicht vergrößern, werden durch Zustimmung der Generalkonferenz wirksam.
2. Andere Abänderungen werden durch Zustimmung der Generalkonferenz den Mitgliedsländern zur Ratifizierung unterbreitet. Sie werden nach Ratifizierung durch zwei Drittel der Mitgliedsländer (mit Ausnahme der im Artikel 27 genannten Länder) für die Mitgliedsländer wirksam, die sie bis zu diesem Zeitpunkt ratifiziert haben, und treten für die Mitgliedsländer, die sie danach ratifizieren, zum Zeitpunkt dieser Ratifizierung in Kraft.
3. In allen Fällen müssen die vorgesehenen Abänderungen den Regierungen der Mitgliedsländer mindestens sechs Monate vor ihrer Prüfung durch die Generalkonferenz vom Direktor unterbreitet werden.

Artikel 32

Gültigkeitsdauer der Konvention

Die vorliegende Konvention wird für eine Dauer von zehn Jahren abgeschlossen, sofern kein Austritt gemäß den im Artikel 5 vorgesehenen Bedingungen erfolgt. Nach Ablauf dieses Zeitraums wird sie automatisch um jeweils vier Jahre verlängert, es sei denn, sie wird am Ende eines solchen Vierjahreszeitraums gekündigt.

Artikel 33

Auslegung

Der französische und der englische Text der vorliegenden Konvention sind gleichermaßen gültig. Alle Streitigkeiten bezüglich der Auslegung der Konvention werden dem Internationalen Gerichtshof oder einem von der Generalkonferenz bestimmten schiedsgerichtlichen Verfahren unterworfen.

Artikel 34

Ratifizierung, Inkrafttreten

1. Die vorliegende Konvention liegt den Mitgliedsländern des Internationalen Instituts für Kältetechnik bis zum 1. Juni 1955 zur Unterzeichnung auf.
2. Die vorliegende Konvention bedarf der Ratifizierung. Die Ratifizierungsurkunden werden bei der Regierung der Französischen Republik hinterlegt. Die Konvention tritt für jeden Signatarstaat an dem Tag in Kraft, an dem er seine Ratifikationsurkunde hinterlegt.
3. Um jede Verzögerung in ihrer Anwendung zu vermeiden, kommen die Unterzeichner überein, daß die Konvention unverzüglich nach ihrer Unterzeichnung vorläufig in Kraft tritt, soweit ihre innerstaatlichen und haushaltrechtlichen Bestimmungen dies gestatten.
4. Zu Urkund dessen haben die folgenden Bevollmächtigten, deren Vollmachten als in guter und gehöriger Form befunden wurden, die vorliegende Konvention unterzeichnet.

INTERNATIONAL AGREEMENT

of December 1, 1954, as modified on September 2, 1967
and August 23, 1971

replacing the

CONVENTION OF JUNE 21, 1920

concerning the

INTERNATIONAL INSTITUTE OF REFRIGERATION

The Governments of the Member Countries of the International Institute of Refrigeration;

Whereas the science of low temperatures is constantly developing thus opening new prospects of progress and human welfare;

Whereas the uses of refrigeration are being extended to new fields;

Whereas the exchange of perishable foodstuffs among the nations of the world is increasing thus permitting more effective international solidarity on matters of nutrition but making necessary the extended use of refrigeration for the treatment and preservation of these foodstuffs;

Considering that the Convention of 21st June 1920, as modified on 31st May 1937, creating the International Institute of Refrigeration does not completely correspond to the new scientific and technical demands arising from this situation nor to present-day economic conditions;

have agreed as follows:

SECTION I**AIM—TITLE—SEAT—FUNCTIONS****ARTICLE I**

Aim, title, seat

1. The Contracting Parties resolve to collaborate closely in the study of scientific and technical problems relating to refrigeration and in the development of the uses of refrigeration which improve the living conditions of mankind.

2. To this end, they undertake to maintain and support the International Institute of Refrigeration hereinafter referred to as the "Institute" of which the seat is in Paris.

ARTICLE II

Functions

The objectives of the Institute, in respect of all matters relating to the study, production and use of refrigeration in the international field, are the following:

a) to further in the different Member Countries the development of scientific research and promote technical and economic studies on the national and international level;

b) to collect scientific, technical and economic information and documents as well as texts of laws and regulations;

c) to further the teaching and popularisation of science and technology;

d) to publish such studies and documents the issue of which may be useful;

e) to further the development of the uses of refrigeration particularly in the field of food and agriculture, in industry and in the domain of health and hygiene;

f) to make recommendations to Governments or International Organisations, and in particular, to propose measures for the improvement and unification of laws and regulations;

g) to keep in touch with the interested national and international bodies with a view to carrying out its programme of activities;

h) to organise International Congresses;

i) and, in general, to take all steps aimed at promoting the principle and uses of refrigeration.

SECTION II**MEMBERS****ARTICLE III**

Member Countries, admission to membership

The Institute is comprised of the following Member Countries which enjoy the rights and which are subject to the obligations laid down by this Agreement:

a) The Contracting Parties;

b) The Territories the Contracting Parties notify at the time of signature of the present Agreement and which appear in the appended list;

c) Countries which are not parties to the present Agreement if such Countries accede to this Agreement and if their admission is accepted by the Executive Committee;

d) Territories not included in the appended list, if notified to the Institute by the Contracting Party responsible for their international relations and if their admission is accepted by the Executive Committee.

ARTICLE IV

Categories of Member Countries

1. In order to enable Member Countries to participate in the Institute according to the extent of their economic activity and the interest which they have in the problems of refrigeration, provision has been made for six categories of Member Countries. These categories are mainly characterised by the amount of the financial contribution, by the number of votes and by the number of publications received free of charge.

2. Each Member Country decides the category in which it wishes to be placed.

ARTICLE V

Withdrawal, change of category

Each Member Country has the right to withdraw from the Institute or to be placed in a lower category by giving notice of at least one year. Transfer into a higher category may be made at any time on payment of the appropriate supplementary contribution.

ARTICLE VI

Transfer of rights and obligations to a competent association or organisation

Member Countries may, upon their own responsibility, transfer all or some of their rights and obligations in respect of the Institute to a competent association or organisation.

ARTICLE VII

Liaison with National Groups

Each Member Country shall endeavour to associate with the work of the Institute, the principal scientific, technical,

cultural or professional bodies concerned with questions of refrigeration.

ARTICLE VIII

Honorary Membership

In exceptional cases, persons who have played an outstanding part in the science of refrigeration and in the industries connected with refrigeration and benefactors of the Institute may, upon the decision of the Executive Committee, receive the title of "Honorary Member" of the Institute.

ARTICLE IX

Associate Membership

1. Qualified individuals, firms and institutions taking part in the development of the science of refrigeration or of the industries connected with refrigeration, and making a periodic contribution, the amount and method of payment of which are laid down by the Management Committee, may, upon the decision of this Management Committee, be nominated as "Associate Members" of the Institute.

2. Associate Members are entitled to receive the Institute's journals, to participate in the work of the Commissions and Congresses and to consult the Institute's library in accordance with the provisions set out in the General Regulations for the application of the present Agreement.

SECTION III

ORGANS AND PROCEDURE

General Conference

ARTICLE X

Powers of the General Conference

1. The Institute is placed under the authority and control of a General Conference.

2. The General Conference has the following principal powers:

a) to issue general instructions for the procedure and work of the Institute;

b) to draw up General Regulations for the application of the present Agreement setting forth in particular the method of applying the various articles of this Agreement, the Staff Regulations and the rules of procedure of the General Conference;

c) to elect the President and the Vice-Presidents of the Executive Committee;

d) to elect the President, Vice-Presidents and members of the Scientific Council.

ARTICLE XI

Composition and procedure of the General Conference

1. The General Conference is composed of representatives designated by the Member Countries or by competent associations or organisations acting in place of the Member Countries.

2. The number of representatives from each Member Country is fixed at:

- 6 for category 1
- 5 for category 2
- 4 for category 3
- 3 for category 4
- 2 for category 5
- 1 for category 6

3. Representatives who are prevented from attending a meeting are entitled to appoint as proxy one of their colleagues at the General Conference.

4. An ordinary session of the General Conference is held once every four years. It may, if it so decides or the Executive Committee requests, meet in extraordinary session.

5. Resolutions of the General Conference are passed by a two-thirds majority of the total number of representatives or substitute representatives present. However, for the election of its President, for the election of the President and the Vice-Presidents of the Executive Committee and for the election of the Members of the Scientific Council a simple majority of representatives or their proxies is sufficient, the President having the casting vote in the case of a tie.

6. The Director is ex-officio Secretary of the General Conference.

ARTICLE XII

President of the General Conference

1. An ordinary session of the General Conference opens with the election of its President.

2. The same President cannot be elected for more than two terms in succession.

3. If the President is prevented from presiding over a meeting, his place is taken by the President or by a Vice-President of the Executive Committee.

4. The President of the General Conference is invited to meetings of the Executive Committee, of the Scientific Council and of the Management Committee and attends such meetings in an advisory capacity.

Executive Committee

ARTICLE XIII

Powers of the Executive Committee

The executive powers of the Institute are entrusted to an Executive Committee:

a) it is the duty of the Executive Committee to enforce the instructions issued by the General Conference;

b) the Executive Committee has full control over the administration of the Institute;

c) it appoints the Director by secret ballot;

d) it approves the budget;

e) it approves agreements to be concluded with other organisations;

f) it makes all the general arrangements necessary for the running of the Institute;

g) it nominates delegates to the Management Committee;

h) moreover, in the intervals between the sessions of the General Conference it is empowered to take provisional decisions on matters within the province of the General Conference, such provisional decisions to be submitted to the General Conference for ratification at its next session.

ARTICLE XIV

Composition and procedure of the Executive Committee

1. The Executive Committee is composed of delegates appointed by the Member Countries or by competent association or organisation acting in place of the Member Countries, each country being represented by one person.

2. Each Member Country or competent association or organisation can also appoint a substitute delegate.

3. Each delegate on the Executive Committee has as many votes as the Member Country which he represents has representatives at the General Conference.

4. The President of the General Conference, the President and the Vice-Presidents of the Scientific Council and also the Presidents of the Commissions are invited to meetings of the

Executive Committee and they attend such meetings in an advisory capacity.

5. The Executive Committee holds one ordinary meeting each year. Extraordinary meetings are called at the instigation of its President or at the request of the Management Committee.

6. Resolutions of the Executive Committee are passed by a two-thirds majority of the votes of the delegates or substitute delegates present. In the case of the appointment of the Director if his election is not secured after two votes have been taken, a simple majority is sufficient. The other elections for which the Executive Committee is responsible are decided by a simple majority. In case of a tie, the President has the casting vote.

7. The Director is *ex-officio* Secretary of the Executive Committee.

8. When necessary, the Executive Committee draws up its own rules of procedure within the framework of the Agreement and of the General Regulations.

ARTICLE XV

President and Vice-Presidents of the Executive Committee

1. The President of the Executive Committee and the Vice-Presidents numbering from three to six, are elected at the General Conference at its ordinary session.

2. The President and the Vice-Presidents cannot be elected to the same office for more than two consecutive terms.

3. If the President or a Vice-President ceases to be a delegate to the Executive Committee or resigns before a four-year period expires, the Executive Committee appoints a successor at its following meeting, the powers of this successor expiring at the end of the current period of four years.

4. The President and the Vice-Presidents of the Executive Committee are invited to the meetings of the Scientific Council and attend such meetings in an advisory capacity.

Management Committee

ARTICLE XVI

Powers, composition and procedure of the Management Committee

1. It is the duty of the Management Committee in the interval between meetings of the Executive Committee and in accordance with the decisions made by the General Conference and the Executive Committee to examine the working of the Institute and in particular financial matters and to submit the annual budget to the Executive Committee.

2. The Management Committee consists of the President of the Executive Committee who is *ex-officio* President of the Management Committee, three members elected for a period of four years by the Executive Committee, three members elected for a period of four years by the Scientific Council. These six members cannot be elected to the same office for more than two consecutive terms.

3. The Management Committee meets when called by its President at least three times a year.

4. Decisions are taken by a simple majority, the President having the casting vote in the case of a tie.

5. The Director is *ex-officio* Secretary of the Management Committee.

6. When necessary the Management Committee draws up its own rules of procedure which shall be submitted for approval to the Executive Committee.

Scientific Council and Commissions

ARTICLE XVII

Powers, composition and procedure of the Scientific Council

1. Scientific and technical problems within the province of the Institute are studied by a Scientific Council and by Commissions.

2. The Scientific Council consists of a President, three to six Vice-Presidents and the Presidents of Commissions. The office of President of the Scientific Council cannot be held by the same person at the same time as that of President or Vice-President of a Commission.

3. The Members of the Scientific Council are entitled, when prevented from attending a meeting, to appoint as proxy one of their colleagues on the Scientific Council.

4. The President of the General Conference and the President and Vice-Presidents of the Executive Committee are invited to the meetings of the Scientific Council and they attend such meetings in an advisory capacity.

5. The President and the Vice-Presidents of the Scientific Council are elected every four years by the General Conference at its ordinary session on a basis of proposals made by the retiring Scientific Council. The members of the Scientific Council cannot be elected to the same office for more than two consecutive terms.

6. During the intervals between sessions of the General Conference, the Scientific Council elects members in succession to those who have resigned or are prevented from serving, the term of new members so elected expiring with that of the other members.

7. The Scientific Council meets normally once a year. Additional meetings may be held when called by its President or at the request of one third of its members.

8. Resolutions are passed by a simple majority of members present, the President having the casting vote in case of a tie.

9. The Director is *ex-officio* Secretary of the Scientific Council.

10. If necessary, the Scientific Council draws up its own rules of procedure within the framework of the present Agreement and of the General Regulations.

11. The President of the Scientific Council is invited to the meetings of the Management Committee and attends such meetings in an advisory capacity.

ARTICLE XVIII

Functions, composition and procedure of Commissions

1. The number of the Commissions and their functions are laid down by the General Regulations.

2. Each Commission has a President, one or more Vice-Presidents and one or more Secretaries.

3. The President is elected by the General Conference at its ordinary session. He cannot hold the same office for more than two consecutive terms.

4. When neither the President nor one of the Vice-Presidents of a Commission belongs to the Country in which the next International Congress is due to take place an additional Vice-President may be appointed by the Executive Committee on proposal of the delegate of that country; his duties end when the Congress has completed its work.

5. Bearing in mind recommendations forwarded by Member Countries the Members of the Commissions are appointed by the Scientific Council on the basis of proposals made by the Presidents of Commissions. This Board of a delegate to its President the power of appointment during intervals between its sessions.

6. Secretaries of Commissions are appointed by the Scientific Council on the basis of proposals made by the Presidents of Commissions. This Board can delegate to its President the power of appointment during the intervals between its sessions.

7. Any member of a Commission who, during two consecutive years has neither attended meetings nor taken part by correspondence in the work of the Commission, is deemed to have resigned.

Working Parties

ARTICLE XIX

Working Parties

Working Parties may be formed to find a solution to problems of interest to the Institute.

Management

ARTICLE XX

Director

1. The Institute is run by the Director assisted by established and temporary staff.

2. The Director is elected by secret ballot by the Executive Committee. His obligations and powers are laid down in the General Regulations.

3. The Director is ex-officio Secretary of the General Conference, of the Executive Committee, of the Management Committee and of the Scientific Council.

ARTICLE XXI

Established and temporary staff

1. The established and temporary members of the staff are appointed and dismissed by the Director. Their rights and obligations are laid down in the General Regulations.

2. The appointment of established staff is not valid until after confirmation by the Management Committee.

International Congresses of Refrigeration

ARTICLE XXII

International Congresses of Refrigeration

1. The Institute is responsible for holding an International Congress of Refrigeration, normally every four years.

2. The programme is approved by the Executive Committee. The work of organisation may be entrusted to one or more Member Countries of the Institute.

Publications

ARTICLE XXIII

Publications

1. The work of the Scientific Council and of the Commissions and information of all kinds collected by the Institute is published in its official languages in journals and other papers edited by the Institute.

2. The General Regulations lay down the conditions under which a certain number of copies of these publications are distributed free of charge to the Member Countries.

3. The Institute may also employ any other method of disseminating information which will help to achieve its aims.

SECTION IV

FINANCIAL RESOURCES

ARTICLE XXIV

Resources of the Institute

The cost of running the Institute is covered:

a) by annual and by extraordinary contributions from Member Countries;

b) by receipts from subscriptions to the journals, from the sale of publications or documents, from advertisements in the various publications and, in general, by income accruing from all activities carried out within the framework of the present Agreement;

c) by other subscriptions, gifts and legacies from which it may legally benefit;

d) by income derived from its assets.

ARTICLE XXV

Budget

1. The Executive Committee examines at its annual ordinary session the financial report for the preceding year. The budget for the coming year is approved by the Executive Committee at its annual ordinary session.

2. The Executive Committee can delegate to the Management Committee powers to make certain modifications in the current budget.

ARTICLE XXVI

Amount of ordinary annual contributions payable by Member Countries

1. Each Member Country's contribution is payable in French francs or in its own currency which must be convertible into French francs, convertibility being the responsibility of the contributing member. It is fixed in gold francs of a weight of 10/31 gramme and of a fineness of 0.900 according to the category to which the Member Country belongs on the following basis:

Category	Annual contribution in gold francs
1	9,600
2	7,200
3	4,800
4	3,200
5	1,600
6	800

2. Every four years the General Conference, at its ordinary session acting on proposals approved the preceding year by the Executive Committee, may modify the amounts of these basic contributions by a higher or lower coefficient in order to adapt them to the activities of the Institute or to the current economic situation. (1)

3. The new rates of contribution apply during the next four years. (2)

(1) The General Conference approved increases in the basic contributions in 1958 and in 1967. During its meeting of August 23, 1971, the General Conference laid down the rates of contribution for the years 1972, 1973, 1974 and 1975; each year the contributions will be increased by 13 % in relation to the previous year.

(2) The new rates of contribution (in gold francs) for the period 1972-75 are as follows:

Category	Year			
	1972	1973	1974	1975
1	18,984	21,456	24,240	27,396
2	14,238	16,092	18,180	20,547
3	9,492	10,728	12,120	13,698
4	6,328	7,152	8,020	9,132
5	3,164	3,576	4,040	4,566
6	1,582	1,788	2,020	2,283

ARTICLE XXVII*Non-payment of contributions*

Member Countries which are more than two years in arrears with the payment of their financial contribution forfeit the privileges of membership and in particular the rights of vote until such time as their payments are regularised.

SECTION V**MISCELLANEOUS CLAUSES****ARTICLE XXVIII***Relationships with other International Organisations*

The Institute shall establish with specialised Agencies of the United Nations Organisation and with other international bodies such relationships as may assure collaboration in the achievement of their respective aims.

ARTICLE XXIX*Legal capacity, privileges and immunities*

The Institute enjoys in the territory of each of its Member Countries such legal capacity and status as may be necessary for the exercise of its functions and the fulfilment of its aims as defined in separate agreements made with the interested Member Countries.

ARTICLE XXX*Official Languages*

The official languages of the Institute are French and English.

ARTICLE XXXI*Amendments to the Agreement*

1. Amendments to the present Agreement which do not affect the fundamental aims of the Institute and which do not increase the obligations of Member Countries become effective upon the approval by the General Conference.

2. Other amendments shall, when they have been approved by the General Conference, be submitted to Member Countries for ratification. They shall become effective upon ratification by two-thirds of the Member Countries (other than those

excluded by the provisions of Article XXVII above) for Member Countries which have then ratified, and for a Member Country which ratifies subsequently upon the date of its ratification.

3. In all cases proposed amendments must be submitted to the Governments of Member Countries by the Director at least six months before they are examined by the General Conference.

ARTICLE XXXII*Duration of the Agreement*

The present Agreement is concluded for a period of ten years unless withdrawal according to the provisions of Article V. Thereafter it shall be automatically renewed for periods of four years at a time unless terminated at the end of any such period.

ARTICLE XXXIII*Interpretation*

The French and English texts of this Agreement are equally authoritative. Any dispute in respect of the interpretation of the Agreement shall be submitted to the International Court of Justice or to an arbitration procedure determined by the General Conference.

ARTICLE XXXIV*Ratification, entry into force*

1. This Agreement will be opened to the signature of the Member Countries of the International Institute of Refrigeration until the first of June 1955.

2. This Agreement shall be ratified. The instruments of ratification shall be deposited with the Government of the French Republic. The Agreement shall come into force for each Signatory Country on the same day on which that Country deposits its instrument of ratification.

3. Nevertheless, the Signatories agree, in order to avoid any delay in its execution, to put this Agreement into operation provisionally immediately upon its being signed insofar as their constitutional and budgetary regulations permit.

4. In faith whereof the following Plenipotentiaries, whose powers have been found in good and due form, have signed the present Agreement.

Bekanntmachung

**über Ratifikation und Inkrafttreten
des Internationalen Fernmeldevertrages,
Malaga-Torremolinos, 1973**

vom 21. Dezember 1976

Der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik hat am 1. Juli 1976 den Internationalen Fernmeldevertrag, Malaga-Torremolinos, 1973, ratifiziert. Die Ratifikationsurkunde wurde am 25. August 1976 durch Vermittlung der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft beim Generalsekretär des Internationalen Fernmeldevereins hinterlegt.

In bezug auf das Schlußprotokoll zu diesem Vertrag gab die Deutsche Demokratische Republik folgende Erklärung ab:

„Die von der Delegation der Deutschen Demokratischen Republik anlässlich der Unterzeichnung des Internationalen Fernmeldevertrages, Malaga-Torremolinos, 1973, unter den Ziffern XV, XLIX, L und XCI des Schlußprotokolls zum Internationalen Fernmeldevertrag abgegebenen Erklärungen werden durch die Deutsche Demokratische Republik bekräftigt.“

Der Internationale Fernmeldevertrag, Malaga-Torremolinos, 1973, ist gemäß seinem Artikel 45 Absatz 3 am 25. August 1976 für die Deutsche Demokratische Republik in Kraft getreten.

Der Text dieses Vertrages und der Text der Erklärung zum Schlußprotokoll wurden als Sonderdruck des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen der DDR, Berlin 1974, veröffentlicht.

Berlin, den 21. Dezember 1976

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

El. Eichler

Berichtigung

In der Übersetzung des Statuts des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe mit den Änderungen entsprechend dem Protokoll vom 21. Juni 1974 (siehe Bekanntmachung vom 19. April 1976 [GBl. II Nr. 6 S. 141]) muß der Artikel X durch folgende Punkte ergänzt werden:

„3. Der Sekretär des Rates, seine Stellvertreter und das Personal des Sekretariats handeln bei der Ausübung ihrer dienstlichen Obliegenheiten als internationale Amtspersonen.

4. Sitz des Sekretariats des Rates ist Moskau.“

Aktuelle Fragen und Entwicklungsperspektiven der sozialistischen Demokratie

Aus dem Russischen

Hrsg.: Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR

192 Seiten · Kunstleder 10,- M

Bestellwort: Soz. Demokratie / 771 032 5

Der Band enthält die wesentlichsten Ergebnisse der Konferenz von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien sozialistischer Länder, die vom 12. bis 14. November 1974 in Sofia stattfand. Die Beiträge der Konferenzteilnehmer befassen sich u. a. mit verschiedenen Aspekten der Entwicklung der sozialistischen Demokratie und der führenden Rolle der marxistisch-leninistischen Parteien in diesem Prozeß. Sie vermitteln bewährte Erfahrungen über

- die Herausbildung sozialistischer Persönlichkeiten
- die dem Klassenwesen entsprechende Rolle der Volksvertretungen als gewählte Machtorgane
- das Zusammenwirken der staatlichen Organe mit den gesellschaftlichen Massenorganisationen
- die Einheit von politischer, ökonomischer, kultureller und sozialer Entwicklung u. ä.

Das Werk gibt einen umfassenden und vielseitigen Einblick in die schöpferische Anwendung der Lehren der Klassiker des Marxismus-Leninismus sowie in die bewährten Erfahrungen und wissenschaftlichen Erkenntnisse beim Aufbau des Sozialismus/Kommunismus in den sozialistischen Ländern, besonders in der Sowjetunion.

Erhältlich im örtlichen Buchhandel



**Staatsverlag
der Deutschen Demokratischen
Republik**

Herausgeber: Sekretariat des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 209 36 22 — Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 751 — Verlag: (610/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17, Telefon: 209 45 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 2,50 M, Teil II 3,— M — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr.

Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postschließfach 696. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 108 Berlin, Neustädter Kirchstraße 15, Telefon: 229 22 23

Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollenoffsetdruck)

Artikel-Nr. (EDV) 10 131

Index 31 818



GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

13

1977

Berlin, den 31. Januar 1977

Teil II Nr. 2

Tag	Inhalt	Seite
8. 12. 76	Bekanntmachung über die Annahme des „Protokolls zur Änderung der am 12. September 1923 in Genf abgeschlossenen Konvention zur Bekämpfung der Verbreitung und des Vertriebes unzüchtiger Veröffentlichungen vom 12. November 1947“ durch die Deutsche Demokratische Republik	13
8. 12. 76	Bekanntmachung über die Annahme des „Protokolls zur Änderung des am 4. Mai 1910 in Paris unterzeichneten Abkommens zur Bekämpfung der Verbreitung unzüchtiger Veröffentlichungen vom 4. Mai 1949“ durch die Deutsche Demokratische Republik	16

**Bekanntmachung
über die Annahme des
„Protokolls zur Änderung der am 12. September 1923
in Genf abgeschlossenen Konvention
zur Bekämpfung der Verbreitung und des Vertriebes
unzüchtiger Veröffentlichungen vom 12. November 1947“
durch die Deutsche Demokratische Republik**

vom 8. Dezember 1976

Am 2. Dezember 1975 wurde die Annahmeerkunde der Deutschen Demokratischen Republik zu dem nachstehend veröffentlichten Protokoll vom 12. November 1947 zur Änderung der am 12. September 1923 in Genf abgeschlossenen Konvention zur Bekämpfung der Verbreitung und des Vertriebes unzüchtiger Veröffentlichungen hinterlegt.

Das obengenannte Protokoll ist am Tage der Hinterlegung der Annahmeerkunde für die Deutsche Demokratische Republik in Kraft getreten.

Die Deutsche Demokratische Republik hat mit Wirkung vom 13. Dezember 1958 die Wiederanwendung der Konvention zur Bekämpfung der Verbreitung und des Vertriebes unzüchtiger Veröffentlichungen vom 12. September 1923 erklärt (Bekanntmachung vom 16. April 1959 über die Wiederanwendung multilateraler internationaler Übereinkommen [GBI. I Nr. 30 S. 505]).

Berlin, den 8. Dezember 1976

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

H. Eichler

(Übersetzung)

Protokoll
zur Änderung der am 12. September 1923
in Genf abgeschlossenen Konvention
zur Bekämpfung der Verbreitung und des Vertriebes
unzüchtiger Veröffentlichungen

Ausgehend davon, daß der Völkerbund gemäß der am 12. September 1923 in Genf abgeschlossenen Konvention zur Bekämpfung der Verbreitung und des Vertriebes unzüchtiger Veröffentlichungen mit gewissen Funktionen und Befugnissen betraut wurde, für deren weitere Ausübung infolge der Auflösung des Völkerbundes Maßnahmen zu treffen sind, und eingedenk dessen, daß es zweckdienlich ist, daß diese Funktionen und Befugnisse von nun an von den Vereinten Nationen ausgeübt werden, kommen die Parteien des vorliegenden Protokolls über folgendes überein:

Artikel 1

Die Parteien des vorliegenden Protokolls verpflichten sich untereinander, in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des vorliegenden Protokolls den im Anhang zum vorliegenden Protokoll enthaltenen Abänderungen zu diesem Dokument volle Rechtskraft und Wirkung zu verleihen und sie ordnungsgemäß anzuwenden.

Artikel 2

Der Generalsekretär bereitet den in Übereinstimmung mit dem vorliegenden Protokoll abgeänderten Text der Konvention zur Bekämpfung der Verbreitung und des Vertriebes unzüchtiger Veröffentlichungen vom 12. September 1923 vor und übermittelt den Regierungen aller Mitglieder der Vereinten Nationen und aller Nichtmitgliedsstaaten, denen dieses Protokoll zur Unterzeichnung oder Annahme offensteht, Abschriften zu ihrer Kenntnisnahme. Ebenso fordert er die Parteien der obenerwähnten Konvention auf, den abgeänderten Text dieses Dokuments sofort nach dem Inkrafttreten der Abänderungen anzuwenden, auch wenn sie noch nicht Parteien des vorliegenden Protokolls werden konnten.

Artikel 3

Das vorliegende Protokoll steht jeder Partei der Konvention zur Bekämpfung der Verbreitung und des Vertriebes unzüchtiger Veröffentlichungen vom 12. September 1923, der der Generalsekretär eine Abschrift dieses Protokolls übermittelt hat, zur Unterzeichnung oder Annahme offen.

Artikel 4

Die Staaten können Parteien des vorliegenden Protokolls werden durch

- a) Unterzeichnung ohne Vorbehalt in bezug auf die Bestätigung oder
- b) Annahme, die durch Hinterlegung einer formellen Urkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen erfolgt.

Artikel 5

1. Das vorliegende Protokoll tritt an dem Tage in Kraft, an dem zwei oder mehrere Staaten Parteien dieses Protokolls geworden sind.
2. Die im Anhang zu dem vorliegenden Protokoll enthaltenen Abänderungen treten in Kraft, wenn die Mehrheit der Parteien der Konvention zur Bekämpfung der Verbreitung und des Vertriebes unzüchtiger Veröffentlichungen vom 12. September 1923 Partei des vorliegenden Pro-

tokolls geworden ist, und in der Folge wird jeder Staat, der Partei der Konvention nach dem Inkrafttreten der Abänderungen hierzu wird, Partei der hiermit abgeänderten Konvention.

Artikel 6

In Übereinstimmung mit Artikel 102 Absatz 1 der Charta der Vereinten Nationen und den demgemäß von der Vollversammlung angenommenen Bestimmungen ist der Generalsekretär der Vereinten Nationen ermächtigt, die Registrierung des vorliegenden Protokolls sowie der durch das vorliegende Protokoll an der Konvention vorgenommenen Abänderungen zu den jeweiligen Daten ihres Inkrafttretens vorzunehmen und das Protokoll und die abgeänderte Konvention so bald als möglich nach ihrer Registrierung zu veröffentlichen.

Artikel 7

Das vorliegende Protokoll, dessen chinesische, englische, französische, russische und spanische Texte gleichermaßen gültig sind, wird in den Archiven des Sekretariats der Vereinten Nationen hinterlegt. Da die in Übereinstimmung mit dem Anhang abzuändernde Konvention nur in französischer und englischer Sprache abgefaßt ist, gelten die französischen und englischen Texte des Anhangs als gleichermaßen authentische Texte, und die chinesischen, russischen und spanischen Texte sind Übersetzungen.

Eine beglaubigte Abschrift des Protokolls einschließlich des Anhangs wird vom Generalsekretär allen Parteien der Konvention zur Bekämpfung der Verbreitung und des Vertriebes unzüchtiger Veröffentlichungen vom 12. September 1923 sowie allen Mitgliedern der Vereinten Nationen übermittelt.

Zu Urkund dessen haben die Unterzeichneten, hierzu von ihren Regierungen ordnungsgemäß bevollmächtigt, das vorliegende Protokoll an dem Tage, der neben ihrer Unterschrift erscheint, unterzeichnet.

Geschehen in Lake Success, New York, am zwölften November eintausendneunhundertsebenundvierzig.

Anhang

zu dem Protokoll über die
Abänderung der am 12. September 1923
in Genf abgeschlossenen Konvention
zur Bekämpfung der Verbreitung und des Vertriebes
unzüchtiger Veröffentlichungen

Im Artikel 8 lauten die Absätze 1 und 2:

„Diese Konvention bedarf der Ratifizierung. Die Ratifizierungsurkunden werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt, der ihren Eingang den Mitgliedern der Vereinten Nationen und den Nichtmitgliedsstaaten, denen der Generalsekretär eine Abschrift der Konvention übermittelt hat, mitteilt.

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen übermittelt der Regierung der Französischen Republik unverzüglich eine beglaubigte Abschrift jeder Urkunde, die im Zusammenhang mit dieser Konvention hinterlegt wurde.“

Artikel 9 lautet:

„Die Mitglieder der Vereinten Nationen können der vorliegenden Konvention beitreten. Dasselbe gilt für Nichtmitgliedsstaaten, denen die vorliegende Konvention offiziell zu übermitteln der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen beschließen kann.

Der Beitritt erfolgt durch Übermittlung einer Urkunde an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, die in den Archiven des Sekretariats zu hinterlegen ist. Der Generalsekretär teilt unverzüglich die Hinterlegung den Mitgliedern der Vereinten Nationen und den Nichtmitgliedsstaaten mit, denen der Generalsekretär eine Abschrift der Konvention übermittelt hat.“

Im Artikel 10 ersetzen die Worte „Mitglied der Vereinten Nationen“ die Worte „Mitglied des Völkerbundes“.

Im Artikel 12 Absatz 1 ersetzen die Worte „Generalsekretär der Vereinten Nationen“ die Worte „Generalsekretär des Völkerbundes“ und die Worte „Mitglied der Vereinten Nationen“ die Worte „Mitglied des Völkerbundes“.

Artikel 12 Absatz 2 lautet:

„Der Generalsekretär der Vereinten Nationen informiert alle Mitglieder der Vereinten Nationen und die Nichtmitgliedsstaaten, denen er eine Abschrift der Konvention übermittelt hat, über jede eingegangene Kündigung.“

Artikel 13 wird gestrichen.

Artikel 14 lautet:

„Der Generalsekretär der Vereinten Nationen führt ein besonderes Verzeichnis aller Parteien, die die vorliegende Konvention unterzeichnet, ratifiziert haben, ihr beigetreten sind oder sie gekündigt haben. Dieses Verzeichnis kann von jedem Mitglied der Vereinten Nationen oder jedem Nichtmitgliedsstaat, dem der Generalsekretär eine Abschrift der Konvention übermittelt hat, jederzeit eingesehen werden. Es wird so oft wie möglich veröffentlicht.“

Im Artikel 15 ersetzen die Worte „Internationalen Gerichtshof“ die Worte „Ständigen Internationalen Gerichtshof“ und die Worte „Statut des Internationalen Gerichtshofes“ die Worte „Unterzeichnungsprotokoll des Ständigen Internationalen Gerichtshofes“.

Im Artikel 16 ersetzen die Worte „Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen“ das Wort „Völkerbundsrat“.

**PROTOCOL
TO AMEND THE CONVENTION
FOR THE SUPPRESSION OF THE CIRCULATION
OF AND TRAFFIC IN OBSCENE
PUBLICATIONS, CONCLUDED AT GENEVA ON
12 SEPTEMBER 1923**

The Parties to the present Protocol, considering that under the Convention for the Suppression of the Circulation of and Traffic in Obscene Publications, concluded at Geneva on 12 September 1923, the League of Nations was invested with certain functions and powers for whose continued performance it is necessary to make provisions in consequence of the dissolution of the League of Nations, and considering that it is expedient that these functions and powers should be performed henceforth by the United Nations, hereby agree as follows:

ARTICLE I

The Parties to the present Protocol undertake that as between themselves they will, in accordance with the provisions of the present Protocol, attribute full legal force and effect to, and duly apply the amendments to this instrument which are set forth in the annex to the present Protocol.

ARTICLE II

The Secretary-General shall prepare the text of the Convention of 12 September 1923 for the Suppression of the Circulation of and Traffic in Obscene Publications as revised in accordance with the present Protocol, and shall send copies for their information to the Government of every Member of the United Nations and every non-member State to which this Protocol is open for signature or acceptance. He shall also invite Parties to the aforesaid Convention to apply the amended text of this instrument as soon as the amendments are in force, even if they have not yet been able to become Parties to the present Protocol.

ARTICLE III

The present Protocol shall be open for signature or acceptance by any of the Parties to the Convention of 12 September 1923 for the Suppression of the Circulation of and Traffic in Obscene Publications, to which the Secretary-General has communicated a copy of this Protocol.

ARTICLE IV

States may become Parties to the present Protocol by

- (a) Signature without reservation as to approval; or
- (b) Acceptance, which shall be effected by the deposit of a formal instrument with the Secretary-General of the United Nations.

ARTICLE V

1. The present Protocol shall come into force on the date on which two or more States shall have become Parties thereto.
2. The amendments set forth in the annex to the present Protocol shall come into force when a majority of the Parties to the Convention of 12 September 1923 for the Suppression of the Circulation of and Traffic in Obscene Publications have become Parties to the present Protocol, and consequently any State becoming a Party to the Convention after the amendments thereto have come into force shall become a Party to the Convention as so amended.

ARTICLE VI

In accordance with paragraph 1 of Article 102 of the Charter of the United Nations and the regulations pursuant thereto adopted by the General Assembly, the Secretary-General of the United Nations is authorized to effect registration of the present Protocol and the amendments made in the Convention by the present Protocol on the respective dates of their entry into force, and to publish the Protocol and the amended Convention as soon as possible after registration.

ARTICLE VII

The present Protocol, of which the Chinese, English, French, Russian and Spanish texts are equally authentic, shall be deposited in the archives of the United Nations Secretariat. The Convention to be amended in accordance with the annex

being in the English and French languages only, the English and French texts of the annex shall be equally authentic texts, and the Chinese, Russian and Spanish texts will be translations.

A certified copy of the Protocol, including the annex, shall be sent by the Secretary-General to each of the Parties to the Convention of 12 September 1923 for the Suppression of the Circulation of and Traffic in Obscene Publications, and to all States Members of the United Nations.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned, being duly authorized thereto by their respective Governments, signed the present Protocol on the dates appearing opposite their respective signatures.

DONE at Lake Success, New York, this twelfth day of November, one thousand nine hundred and forty-seven.

ANNEX

TO THE PROTOCOL TO AMEND THE CONVENTION FOR THE SUPPRESSION OF THE CIRCULATION OF AND TRAFFIC IN OBSCENE PUBLICATIONS, CONCLUDED AT GENEVA ON 12 SEPTEMBER 1923

Article 8, the first and second paragraphs, shall read:

The present Convention is subject to ratification. The instruments of ratification shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations, who shall notify the receipt of them to the Members of the United Nations and to the non-member States to which the Secretary-General has communicated a copy of the Convention.

The Secretary-General of the United Nations shall immediately communicate a certified copy of each of the instruments deposited with reference to this Convention to the Government of the French Republic.

Article 9 shall read:

Members of the United Nations may accede to the present Convention. The same applies to non-member States to which the Economic and Social Council of the United Nations may decide officially to communicate the present Convention.

Accession shall be effected by an instrument communicated to the Secretary-General of the United Nations to be deposited in the archives of the Secretariat. The Secretary-General shall at once notify such deposit to Members of the United Nations and to the non-member States to which the Secretary-General has communicated a copy of the Convention.

In article 10 Member of the United Nations shall be substituted for Member of the League.

Article 12. In the first paragraph, the Secretary-General of the United Nations shall be substituted for the Secretary-General of the League of Nations, and Members of the United Nations shall be substituted for Members of the League of Nations.

Article 12, the second paragraph, shall read:

The Secretary-General of the United Nations shall notify the receipt of any such denunciation to all Members of the United Nations and to the non-member States to which the Secretary-General has communicated a copy of the Convention.

Article 13 shall be deleted.

Article 14 shall read:

A special record shall be kept by the Secretary-General of the United Nations, showing which of the Parties have signed, ratified, acceded to or denounced the present Convention. This record shall be open at all times to any of the Members of the United Nations or any non-member State to which the Secretary-General has communicated a copy of the Convention.

It shall be published as often as possible.

In article 15 the International Court of Justice shall be substituted for the Permanent Court of International Justice, and the Statute of the International Court of Justice shall be substituted for the Protocol of Signature of the Permanent Court of International Justice.

In article 16 the Economic and Social Council of the United Nations shall be substituted for the Council of the League of Nations.

Bekanntmachung

über die Annahme des
„Protokolls zur Änderung des am 4. Mai 1910
in Paris unterzeichneten Abkommens
zur Bekämpfung der Verbreitung
unzüchtiger Veröffentlichungen vom 4. Mai 1949“
durch die Deutsche Demokratische Republik
vom 8. Dezember 1976

Am 2. Dezember 1976 wurde die Annahmeerkunde der Deutschen Demokratischen Republik zu dem nachstehend veröffentlichten Protokoll vom 4. Mai 1949 zur Änderung des am 4. Mai 1910 in Paris unterzeichneten Abkommens zur Bekämpfung der Verbreitung unzüchtiger Veröffentlichungen hinterlegt.

Bei der Hinterlegung der Annahmeerkunde wurde von seiten der Deutschen Demokratischen Republik zur Anlage des Protokolls hinsichtlich der Neufassung des Artikels 7 des Abkommens folgende Erklärung abgegeben:

„Die Deutsche Demokratische Republik läßt sich in ihrer Haltung zu der durch das Protokoll geänderten Fassung des Artikels 7 des Abkommens, soweit er die Anwendung des Abkommens auf Kolonialgebiete und andere abhängige Territorien betrifft, von den Festlegungen der Deklaration der Vereinten Nationen über die Gewährung der Unabhängigkeit an die kolonialen Länder und Völker (Res. Nr. 1514 [XV] vom 14. Dezember 1960) leiten, welche die Notwendigkeit einer schnellen und bedingungslosen Beendigung des Kolonialismus in allen seinen Formen und Äußerungen proklamieren.“

Das Protokoll ist für die Deutsche Demokratische Republik am 2. Dezember 1976 in Kraft getreten.

Die Deutsche Demokratische Republik hat mit Wirkung vom 18. Dezember 1958 die Wiederanwendung des Abkommens zur Bekämpfung der Verbreitung unzüchtiger Veröffentlichungen vom 4. Mai 1910 erklärt (Bekanntmachung vom 16. April 1959 über die Wiederanwendung multilateraler internationaler Übereinkommen [GBl. I Nr. 30 S. 505]).

Berlin, den 8. Dezember 1976

Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik
H. Eichler

(Übersetzung)

Protokoll
zur Änderung des am 4. Mai 1910
in Paris unterzeichneten Abkommens
zur Bekämpfung der Verbreitung
unzüchtiger Veröffentlichungen

Ausgehend davon, daß die Regierung der Französischen Republik gemäß dem am 4. Mai 1910 in Paris unterzeichneten Abkommen zur Bekämpfung der Verbreitung unzüchtiger Veröffentlichungen mit gewissen Funktionen betraut wurde, und eingedenk dessen, daß die erwähnte Regierung angeboten hat, die von ihr gemäß dem obenerwähnten Abkommen ausgeübten Funktionen den Vereinten Nationen zu übertragen, und in Erwägung, daß es zweckdienlich ist, daß diese Funktionen von nun an von den Vereinten Nationen übernommen werden, kommen die Parteien des vorliegenden Protokolls hiermit überein:

Artikel 1

Die Parteien des vorliegenden Protokolls verpflichten sich untereinander, in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des vorliegenden Protokolls den im Anhang zum vorliegenden Protokoll enthaltenen Abänderungen zu diesem Dokument volle Rechtskraft und Wirkung zu verleihen und sie ordnungsgemäß anzuwenden.

Artikel 2

Der Generalsekretär bereitet den in Übereinstimmung mit dem vorliegenden Protokoll abgeänderten Text des Abkommens zur Bekämpfung der Verbreitung unzüchtiger Veröffentlichungen vom 4. Mai 1910 vor und übermittelt den Regierungen aller Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen und aller Nichtmitgliedsstaaten, denen dieses Protokoll zur Unterzeichnung oder Annahme offensteht, Abschriften zu ihrer Kenntnisnahme. Ebenso fordert er die Parteien des obenerwähnten Abkommens auf, den abgeänderten Text dieses Dokuments sofort nach Inkrafttreten der Abänderungen anzuwenden, auch wenn sie noch nicht Partei des vorliegenden Protokolls werden konnten.

Artikel 3

Das vorliegende Protokoll steht jeder der Parteien des Abkommens zur Bekämpfung der Verbreitung unzüchtiger Veröffentlichungen vom 4. Mai 1910, der der Generalsekretär zu diesem Zweck eine Abschrift des vorliegenden Protokolls übermittelt hat, zur Unterzeichnung oder Annahme offen.

Artikel 4

Die Staaten können Parteien des vorliegenden Protokolls werden durch

- a) Unterzeichnung ohne Vorbehalt in bezug auf die Annahme,
- b) Unterzeichnung mit Vorbehalt in bezug auf die Annahme, gefolgt von der Annahme,
- c) Annahme.

Die Annahme erfolgt durch Hinterlegung einer formellen Urkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen.

Artikel 5

Das vorliegende Protokoll tritt an dem Tage in Kraft, an dem zwei oder mehrere Staaten Parteien dieses Protokolls geworden sind.

Die im Anhang zum vorliegenden Protokoll enthaltenen Abänderungen treten für das Abkommen zur Bekämpfung der Verbreitung unzüchtiger Veröffentlichungen vom 4. Mai 1910 in Kraft, wenn dreizehn Parteien dieses Abkommens Partei des vorliegenden Protokolls geworden sind; und in der Folge wird jeder Staat, der Partei des Abkommens nach dem Inkrafttreten der Abänderungen hierzu wird, Partei des so abgeänderten Abkommens.

Artikel 6

Nach Inkrafttreten der im Anhang zum vorliegenden Protokoll enthaltenen Abänderungen wird die französische Regie-

rung beim Generalsekretär der Vereinten Nationen das Original des Abkommens zusammen mit den verschiedenen Urkunden hinterlegen, die sie auf Grund der von ihr ausgeübten Funktionen in Verwahrung hatte.

Artikel 7

In Übereinstimmung mit Artikel 102 Absatz 1 der Charta der Vereinten Nationen und den demgemäß von der Vollversammlung angenommenen Bestimmungen ist der Generalsekretär der Vereinten Nationen ermächtigt, die Registrierung des vorliegenden Protokolls sowie der durch das vorliegende Protokoll an dem Abkommen vorgenommenen Abänderungen zu den jeweiligen Daten ihres Inkrafttretens vorzunehmen und das Protokoll und das abgeänderte Abkommen so bald als möglich nach ihrer Registrierung zu veröffentlichen.

Artikel 8

Das vorliegende Protokoll, dessen chinesische, englische, französische, russische und spanische Texte gleichermaßen gültig sind, wird in den Archiven des Sekretariats der Vereinten Nationen hinterlegt. Da das in Übereinstimmung mit dem Anhang abzuändernde Abkommen nur in französischer Sprache abgefaßt ist, gilt der französische Text des Anhangs als authentisch, und die chinesischen, englischen, russischen und spanischen Texte sind Übersetzungen.

Eine beglaubigte Abschrift des Protokolls einschließlich des Anhangs wird vom Generalsekretär allen Parteien des Abkommens zur Bekämpfung der Verbreitung unzüchtiger Veröffentlichungen vom 4. Mai 1910 sowie allen Mitgliedern der Vereinten Nationen übermittelt.

Zu Urkund dessen haben die Unterzeichneten, hierzu von ihren Regierungen ordnungsgemäß bevollmächtigt, das vorliegende Protokoll an dem Tage, der neben ihrer Unterschrift erscheint, unterzeichnet.

Geschehen in Lake Success, New York, am vierten Mai eintausendneunhundertneunundvierzig.

Anhang

**zum Protokoll über die Abänderung des am 4. Mai 1910
in Paris unterzeichneten Internationalen Abkommens
zur Bekämpfung der Verbreitung
unzüchtiger Veröffentlichungen**

Im Artikel 1 lautet der letzte Absatz:

„Die vertragschließenden Regierungen geben sich gegenseitig durch Vermittlung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen die gemäß diesem Artikel errichtete oder bezeichnete Behörde bekannt.“

Artikel 4 lautet:

„Den Staaten, die dieses Abkommen nicht unterzeichnet haben, steht der Beitritt frei. Sie notifizieren ihre diesbezügliche Absicht durch eine Urkunde, die in den Archiven der Vereinten Nationen hinterlegt wird. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen übersendet eine beglaubigte Abschrift davon jedem der Vertragsstaaten und allen Mitgliedern der Vereinten Nationen unter gleichzeitiger Benachrichtigung über den Tag der Hinterlegung.“

Sechs Monate nach diesem Tage tritt das Abkommen im gesamten Gebiet des beitretenden Staates, der so Vertragsstaat wird, in Kraft.“

Im Artikel 5 lautet der dritte Absatz:

„Die Kündigung wird durch eine Urkunde mitgeteilt, die in den Archiven der Vereinten Nationen hinterlegt wird. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen übersendet eine beglaubigte Abschrift davon allen Vertragsstaaten und allen Mitgliedern der Vereinten Nationen unter gleichzeitiger Benachrichtigung über den Tag der Hinterlegung.“

Im Artikel 7 lautet der erste Absatz:

„Wünscht ein Vertragsstaat die Inkraftsetzung dieses Abkommens in einer oder mehreren seiner Kolonien oder Besitzungen oder in einem oder mehreren seiner Konsulargerichtsbezirke, so notifiziert er seine diesbezügliche Absicht durch eine Urkunde, die in den Archiven der Vereinten Na-

tionen hinterlegt wird. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen übersendet eine beglaubigte Abschrift davon an alle Vertragsstaaten und alle Mitglieder der Vereinten Nationen unter gleichzeitiger Benachrichtigung über den Tag der Hinterlegung.“

Der dritte Absatz lautet:

„Die Kündigung des Abkommens durch einen der Vertragsstaaten für eine oder mehrere seiner Kolonien oder Besitzungen oder für einen oder mehrere seiner Konsulargerichtsbezirke erfolgt in der Form und unter den Bedingungen, die im ersten Absatz dieses Artikels festgelegt sind. Sie wird zwölf Monate nach dem Tag wirksam, an dem die Kündigungsurkunde in den Archiven der Vereinten Nationen hinterlegt worden ist.“

**PROTOCOLE
AMENDANT L'ARRANGEMENT RELATIF
A LA REPRESSION DE LA CIRCULATION
DES PUBLICATIONS OBSCENES, SIGNE A PARIS LE
4 MAI 1910**

Les Etats Parties au présent Protocole, considérant qu'en vertu de l'Arrangement relatif à la répression de la circulation des publications obscènes, signé à Paris le 4 mai 1910, le Gouvernement de la République française était investi de certaines fonctions; considérant que ledit Gouvernement a spontanément offert de transférer à l'Organisation des Nations Unies les fonctions qu'il exerce en vertu de l'Arrangement susmentionné; et considérant qu'il est opportun qu'elles soient assumées désormais par l'Organisation des Nations Unies, sont convenus des dispositions suivantes:

ARTICLE PREMIER

Les Etats Parties au présent Protocole prennent l'engagement qu'entre eux-mêmes, et conformément aux dispositions du présent Protocole, ils attribueront plein effet juridique aux amendements à cet instrument contenus dans l'Annexe au présent Protocole, les mettront en vigueur et en assureront l'application.

ARTICLE 2

Le Secrétaire général préparera le texte de l'Arrangement du 4 mai 1910 relatif à la répression de la circulation des publications obscènes, révisé conformément au présent Protocole et en transmettra, à titre d'information, des copies au Gouvernement de chaque Etat Membre de l'Organisation des Nations Unies, ainsi qu'au Gouvernement de chaque Etat non membre à la signature ou à l'acceptation duquel le présent Protocole est ouvert. Il invitera également les Etats Parties à l'Arrangement susmentionné à appliquer le texte amendé de cet instrument dès l'entrée en vigueur des amendements, même s'ils n'ont pas encore pu devenir Parties au présent Protocole.

ARTICLE 3

Le présent Protocole sera ouvert à la signature ou à l'acceptation de tous les Etats Parties à l'Arrangement du 4 mai 1910 relatif à la répression de la circulation des publications obscènes, auxquels le Secrétaire général aura communiqué, à cet effet, un exemplaire du présent Protocole.

ARTICLE 4

Les Etats pourront devenir Parties au présent Protocole:

- a) En le signant sans réserve quant à l'acceptation;
- b) En le signant sous réserve d'acceptation et en l'acceptant ultérieurement;
- c) En l'acceptant.

L'acceptation s'effectuera par le dépôt d'un instrument formel auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

ARTICLE 5

Le présent Protocole entrera en vigueur à la date à laquelle deux ou plusieurs Etats seront devenus Parties audit Protocole.

Les amendements contenus dans l'Annexe au présent Protocole entreront en vigueur, en ce qui concerne l'Arrangement du 4 mai 1910 relatif à la répression de la circulation des publications obscènes, lorsque treize Etats Parties audit Arrangement seront devenus Parties au présent Protocole et, en conséquence, tout Etat qui deviendra Partie à l'Arrangement après que les amendements s'y rapportant seront entrés en vigueur, deviendra Partie à l'Arrangement ainsi amendé.

ARTICLE 6

Dès l'entrée en vigueur des amendements contenus dans l'Annexe au présent Protocole, le Gouvernement français déposera auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies l'original de l'Arrangement ainsi que les différents documents dont il avait la garde en vertu des fonctions qu'il exerçait.

ARTICLE 7

Conformément aux dispositions du paragraphe premier de l'Article 102 de la Charte des Nations Unies et au règlement adopté par l'Assemblée générale pour l'application de ce texte, le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies est autorisé à enregistrer le présent Protocole ainsi que les amendements apportés à l'Arrangement par le présent Protocole, aux dates respectives de leur entrée en vigueur, et à publier, aussitôt que possible après leur enregistrement, le Protocole et le texte amendé de l'Arrangement.

ARTICLE 8

Le présent Protocole, dont les textes anglais, chinois, espagnol, français et russe font également foi, sera déposé aux archives du Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies. L'Arrangement qui sera amendé conformément à l'Annexe ayant été rédigé seulement en français, le texte français de l'Annexe fera foi et les textes anglais, chinois, espagnol et russe seront considérés comme des traductions. Une copie certifiée conforme du Protocole, y compris l'Annexe, sera envoyée par le Secrétaire général à chacun des Etats Parties à l'Arrangement du 4 mai 1910 relatif à la répression de la circulation des publications obscènes, ainsi qu'à tous les Etats Membres de l'Organisation des Nations Unies.

EN FOI DE QUOI les soussignés, dûment autorisés par leurs Gouvernements respectifs, ont signé le présent Protocole à la date figurant en regard de leurs signatures respectives.

FAIT à Lake Success, New York, le mil neuf cent quarante-neuf.

ANNEXE

**AU PROTOCOLE AMENDANT L'ARRANGEMENT
RELATIF A LA REPRESSION DE LA CIRCULATION
DES PUBLICATIONS OBSCENES, SIGNE A PARIS LE
4 MAI 1910**

A *Partie premier*, le paragraphe final sera rédigé comme suit:

« Les Gouvernements contractants se feront connaître mutuellement, par l'entremise du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, l'autorité établie ou désignée conformément au présent article. »

L'article 4 sera rédigé comme suit:

« Les Etats non signataires sont admis à adhérer au présent Arrangement. Ils notifieront leur intention à cet effet par un acte qui sera déposé dans les archives de l'Organisation des Nations Unies. Le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies en enverra copie certifiée conforme à chacun des Etats contractants et à tous les Etats Membres de l'Organisation des Nations Unies et les avisera en même temps de la date du dépôt. »

« Six mois après cette date, l'Arrangement entrera en vigueur dans l'ensemble du territoire de l'Etat adhérent, qui deviendra ainsi Etat contractant. »

A *Partie 5*, le troisième paragraphe sera rédigé comme suit:

« La dénonciation sera notifiée par un acte qui sera déposé dans les archives de l'Organisation des Nations Unies. Le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies en enverra copie certifiée conforme à chacun des Etats contractants et à tous les Etats Membres de l'Organisation des Nations Unies et les avisera en même temps de la date du dépôt. »

A *Partie 7*,

Le premier paragraphe sera rédigé comme suit:

« Si un Etat contractant désire la mise en vigueur du présent Arrangement dans une ou plusieurs de ses colonies, possessions ou circonscriptions consulaires judiciaires, il notifiera son intention à cet effet par un acte qui sera déposé dans les archives de l'Organisation des Nations Unies. Le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies en enverra copie certifiée conforme à chacun des Etats contractants et à tous les Etats Membres de l'Organisation des Nations Unies et les avisera en même temps de la date du dépôt. »

Le troisième paragraphe sera rédigé comme suit:

« La dénonciation de l'Arrangement par un des Etats contractants pour une ou plusieurs de ses colonies, possessions ou circonscriptions consulaires judiciaires, s'effectuera dans les formes et conditions déterminées au premier alinéa du présent article. Elle portera effet douze mois après la date du dépôt de l'acte de dénonciation dans les archives de l'Organisation des Nations Unies. »

Zur Geschichte der Rechtspflege der Deutschen Demokratischen Republik 1945—1949

Autorenkollektiv unter Leitung von H. Benjamin

Hrsg.: Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR,

Lehrstuhl Geschichte der Rechtspflege

384 Seiten · Leinen 20,— M

Bestellwort: Benjamin, Rechtspflege / 770 910 5

Die Autoren setzen sich zum Ziel, die großen Leistungen der Arbeiterklasse und ihrer Partei sowie aller fortschrittlichen Kräfte des Volkes bei der Entwicklung einer neuen Rechtspflege zu würdigen. Ihre Darlegungen stützen sich auf vielfältige Quellen, in erster Linie auf die Dokumente der SED und andere Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, auf Rechtsvorschriften, auf Archivgut staatlicher Organe und auf Erinnerungen von Persönlichkeiten, die unmittelbar an der Herausbildung der Rechtspflege der DDR beteiligt waren. Um ein plastisches Bild zu vermitteln, werden zahlreiche historische Einzelheiten insbesondere über die Bildung der ersten Volksgerichte, den Aufbau und die Arbeitsweise der Volksrichterschulen, des Wirkens von Staatsanwälten, Richtern usw. in die Darstellung einbezogen. Umfangreiche Quellenangaben, mehrere Verzeichnisse ergänzen den Band und erleichtern dem Leser die Orientierung.

Erhältlich im örtlichen Buchhandel



**Staatsverlag
der Deutschen Demokratischen
Republik**

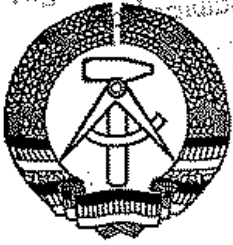
Herausgeber: Sekretariat des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 209 36 22 — Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 751 — Verlag: (610/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Groenewald-Straße 17, Telefon: 209 45 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 2,50 M, Teil II 3,— M — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr.

Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postfach 696. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 108 Berlin, Neustädtische Kirchstraße 15, Telefon: 229 21 23

Artikel-Nr. (EDV) 10 131

Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rotenoffsetdruck)

Index 31 818



GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

1977	Berlin, den 9. Februar 1977	Teil II Nr. 3
------	-----------------------------	---------------

Tag	Inhalt	Seite
8. 12. 76	Bekanntmachung über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zum Übereinkommen vom 15. März 1960 zur Vereinheitlichung einzelner Regeln über den Zusammenstoß von Binnenschiffen	21
3. 1. 77	Bekanntmachung über die Annahme und das Inkrafttreten der Statuten der Welt-Tourismus-Organisation (WTO) vom 27. September 1970 für die Deutsche Demokratische Republik	26

**Bekanntmachung
über den Beitritt
der Deutschen Demokratischen Republik
zum Übereinkommen vom 15. März 1960
zur Vereinheitlichung einzelner Regeln über den
Zusammenstoß von Binnenschiffen**

vom 8. Dezember 1976

Am 8. Oktober 1976 wurde die Beitrittsurkunde der Deutschen Demokratischen Republik zum nachstehend veröffentlichten Übereinkommen zur Vereinheitlichung einzelner Regeln über den Zusammenstoß von Binnenschiffen vom 15. März 1960 hinterlegt.

Bei der Hinterlegung der Beitrittsurkunde wurden von seiten der Deutschen Demokratischen Republik zum Artikel 9 Buchstabe a und zum Artikel 14 des Übereinkommens folgende Vorbehalte erklärt:

Vorbehalt der Deutschen Demokratischen Republik zu Artikel 9 Buchstabe a:

„Die Deutsche Demokratische Republik erklärt, daß die Bestimmungen des Übereinkommens nicht für Schiffe gelten, die ausschließlich der Ausübung der öffentlichen Gewalt dienen.“

Vorbehalt der Deutschen Demokratischen Republik zu Artikel 14:

„Die Deutsche Demokratische Republik erklärt in Übereinstimmung mit Artikel 15 des Übereinkommens, daß sie sich durch Artikel 14 des Übereinkommens hinsichtlich der Anrufung des Internationalen Gerichtshofes wegen Meinungsverschiedenheiten nicht als gebunden betrachtet.“

Zu Artikel 19 des Übereinkommens wurde von seiten der Deutschen Demokratischen Republik folgende Erklärung abgegeben:

„Die Deutsche Demokratische Republik betrachtet den deutschen Text des Übereinkommens als für sich verbindlich.“

Das Übereinkommen tritt gemäß seinem Artikel 11 Absatz 2 für die Deutsche Demokratische Republik am 6. Januar 1977 in Kraft.

Berlin, den 8. Dezember 1976

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

H. Eichler

**Übereinkommen
zur Vereinheitlichung einzelner Regeln
über den Zusammenstoß von Binnenschiffen**

Artikel 1

1. Dieses Übereinkommen gilt für den Ersatz des Schadens, der durch den Zusammenstoß von Binnenschiffen in den Gewässern einer der Vertragsparteien den Schiffen oder den an Bord befindlichen Personen oder Sachen zugefügt wird.

2. Dieses Übereinkommen gilt auch für den Ersatz jedes Schadens, den ein Binnenschiff in den Gewässern einer der Vertragsparteien, ohne daß ein Zusammenstoß stattgefunden hat, durch Ausführung oder Unterlassung eines Manövers oder durch Nichtbeachtung von Vorschriften anderen Binnenschiffen oder den an Bord solcher Schiffe befindlichen Personen oder Sachen zufügt.

3. Der Umstand, daß die in den Absätzen 1 und 2 bezeichneten Schiffe zu demselben Schleppzug gehören, berührt die Anwendbarkeit dieses Übereinkommens nicht.

4. Für die Anwendung dieses Übereinkommens

- a) umfaßt die Bezeichnung „Schiff“ auch Kleinfahrzeuge;
- b) stehen den Schiffen gleich: Gleitboote, Flöße, Fährn und bewegliche Teile von Schiffsbrücken sowie schwimmende Bagger, Krane, Elevatoren und alle schwimmenden Anlagen und Geräte ähnlicher Art.

Artikel 2

1. Eine Schadenersatzpflicht besteht nur, wenn der Schaden durch Verschulden herbeigeführt ist. Gesetzliche Schuldvermutungen bestehen nicht.

2. Ist der Schaden durch Zufall oder höhere Gewalt herbeigeführt oder können seine Ursachen nicht festgestellt werden, so wird er von denjenigen getragen, die ihn erlitten haben.

3. Ein zu einem Schleppzug gehörendes Schiff haftet nur, wenn es selbst ein Verschulden trifft.

Artikel 3

Ist der Schaden durch das Verschulden nur eines Schiffes verursacht, so trifft die Schadenersatzpflicht dieses Schiff.

Artikel 4

1. Haben zwei oder mehrere Schiffe durch ihr Verschulden bei der Entstehung des Schadens mitgewirkt, so haften sie als Gesamtschuldner für Personenschäden sowie für den Schaden, der den schuldlosen Schiffen und den an Bord dieser Schiffe befindlichen Sachen zugefügt worden ist, jedoch anteilmäßig für den den anderen Schiffen und den an Bord dieser Schiffe befindlichen Sachen zugefügten Schaden.

2. Soweit keine gesamtschuldnerische Haftung besteht, haften die Schiffe, die durch ihr Verschulden bei der Entstehung des Schadens mitgewirkt haben, den Geschädigten in dem Verhältnis der Schwere des jedem von ihnen zur Last fallenden Verschuldens; kann jedoch nach den Umständen das Verhältnis nicht festgestellt werden oder erscheint das Verschulden gleich schwer, so verteilt sich die Haftung zu gleichen Teilen.

3. Soweit gesamtschuldnerische Haftung besteht, hat jedes der haftenden Schiffe einen gemäß Absatz 2 zu bestimmenden Teil der Zahlung an den Gläubiger auf sich zu nehmen. Bezahlt ein Gesamtschuldner mehr als seinen Teil, so kann er bezüglich des Mehrbetrages gegen die Gesamtschuldner, die weniger als ihren Teil gezahlt haben, Rückgriff nehmen. Ein durch die Zahlungsunfähigkeit eines Gesamtschuldners verur-

sachter Ausfall wird von den anderen Gesamtschuldnern in dem in Absatz 2 bestimmten Verhältnis getragen.

Artikel 5

Die in den vorhergehenden Artikeln bestimmte Haftung besteht auch, wenn der Schaden durch das Verschulden eines Lotsen verursacht wird, selbst wenn die Verwendung des Lotsen zwingend vorgeschrieben war.

Artikel 6

Die Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen ist nicht von der vorherigen Beachtung irgendeiner besonderen Förmlichkeit abhängig.

Artikel 7

1. Die Schadenersatzansprüche verjähren mit Ablauf von zwei Jahren seit dem Ereignis.

2. Die Rückgriffsansprüche verjähren mit Ablauf eines Jahres. Diese Verjährung beginnt entweder mit dem Tage, an dem eine gerichtliche Entscheidung über die Höhe der gesamtschuldnerischen Haftung rechtskräftig geworden ist, oder, wenn keine solche Entscheidung vorliegt, mit dem Tage der Zahlung, die zu dem Rückgriff Anlaß gibt. Die Verjährung der Ansprüche auf Verteilung des einen zahlungsunfähigen Gesamtschuldner treffenden Teiles beginnt jedoch frühestens mit dem Tage, an dem der Anspruchsberechtigte Kenntnis von der Zahlungsunfähigkeit dieses Gesamtschuldners erlangt.

3. Für die Unterbrechung und die Hemmung der Verjährung gelten die diese Rechtsgebiete regelnden Bestimmungen des Rechtes des angerufenen Gerichtes.

Artikel 8

1. Die Bestimmungen dieses Übereinkommens lassen Beschränkungen allgemeiner Art hinsichtlich der Haftung des Eigentümers oder Ausrüsters eines Schiffes oder des Frachtführers auf Grund internationaler Übereinkommen oder des nationalen Rechtes unberührt, wie Beschränkungen nach der Tragfähigkeit, der Maschinenleistung oder dem Wert des Schiffes sowie Beschränkungen, die sich aus dem Abandonrecht ergeben. Sie lassen auch die sich aus dem Beförderungsvertrag oder aus irgendwelchen anderen Verträgen ergebenden Verpflichtungen unberührt.

2. Die Bestimmungen dieses Übereinkommens gelten nicht für den Ersatz von Schäden, die auf radioaktive Eigenschaften oder auf ein Zusammenwirken radioaktiver Eigenschaften und giftiger, explosiver oder sonstiger gefährlicher Eigenschaften von Kernbrennstoffen oder von radioaktiven Erzeugnissen oder Abfällen zurückzuführen sind.

Artikel 9

Jede Vertragspartei kann zu dem Zeitpunkt, an dem sie dieses Übereinkommen unterzeichnet, ratifiziert oder ihm beiträgt, erklären,

- a) daß sie sich vorbehält, in ihrem nationalen Recht oder in internationalen Vereinbarungen vorzusehen, daß die Bestimmungen dieses Übereinkommens nicht auf Schiffe anzuwenden sind, die ausschließlich der Ausübung der öffentlichen Gewalt dienen;
- b) daß sie sich vorbehält, in ihrem nationalen Recht vorzusehen, daß die Bestimmungen dieses Übereinkommens nicht auf die Wasserstraßen anzuwenden sind, die ausschließlich ihrer nationalen Schifffahrt vorbehalten sind.

Artikel 10

1. Dieses Übereinkommen steht den Mitgliedstaaten der Wirtschaftskommission für Europa sowie den nach Absatz 8 des der Kommission erteilten Auftrages in beratender Eigenschaft zu der Kommission zugelassenen Staaten zur Unterzeichnung oder zum Beitritt offen.

2. Die Staaten, die nach Absatz 11 des der Wirtschaftskommission für Europa erteilten Auftrages berechtigt sind, an gewissen Arbeiten der Kommission teilzunehmen, können durch Beitritt Vertragsparteien des Übereinkommens nach seinem Inkrafttreten werden.

3. Das Übereinkommen liegt bis einschließlich 15. Juni 1960 zur Unterzeichnung auf. Nach diesem Tage steht es zum Beitritt offen.

4. Dieses Übereinkommen ist zu ratifizieren.

5. Die Ratifikations- oder Beitrittsurkunden werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

Artikel 11

1. Dieses Übereinkommen tritt am neunzigsten Tage nach Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunden durch fünf der in Artikel 10 Absatz 1 bezeichneten Staaten in Kraft.

2. Dieses Übereinkommen tritt für jeden Staat, der nach Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunden durch fünf Staaten ratifiziert oder beitrifft, am neunzigsten Tage nach Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

Artikel 12

1. Jede Vertragspartei kann dieses Übereinkommen durch Notifizierung an den Generalsekretär der Vereinten Nationen kündigen.

2. Die Kündigung wird zwölf Monate nach dem Eingang der Notifizierung beim Generalsekretär wirksam.

Artikel 13

Sinkt durch Kündigungen die Zahl der Vertragsparteien nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens auf weniger als fünf, so tritt das Übereinkommen mit dem Tage außer Kraft, an dem die letzte dieser Kündigungen wirksam wird.

Artikel 14

Jede Meinungsverschiedenheit zwischen zwei oder mehreren Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens, die von den Parteien durch Verhandlung oder auf anderem Wege nicht geregelt werden kann, wird auf Antrag einer der beteiligten Vertragsparteien dem Internationalen Gerichtshof zur Entscheidung vorgelegt.

Artikel 15

1. Jeder Staat kann bei der Unterzeichnung oder bei der Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde erklären, daß er sich durch den Artikel 14 des Übereinkommens hinsichtlich der Anrufung des Internationalen Gerichtshofes wegen der Meinungsverschiedenheiten nicht als gebunden betrachtet. Die anderen Vertragsparteien sind gegenüber jeder Vertragspartei, die einen solchen Vorbehalt gemacht hat, durch den Artikel 14 nicht gebunden.

2. Jede Vertragspartei, die einen Vorbehalt nach Absatz 1 gemacht hat, kann diesen Vorbehalt jederzeit durch Notifizierung an den Generalsekretär der Vereinten Nationen zurückziehen.

Artikel 16

Mit Ausnahme der in Artikel 9 Buchstaben a) und b) und in Artikel 15 vorgesehenen Vorbehalte ist kein Vorbehalt zu diesem Übereinkommen zulässig.

Artikel 17

1. Sobald dieses Übereinkommen drei Jahre lang in Kraft ist, kann jede Vertragspartei durch Notifizierung an den Generalsekretär der Vereinten Nationen die Einberufung einer Konferenz zur Revision des Übereinkommens verlangen. Der Generalsekretär wird dieses Verlangen allen Vertragsparteien mitteilen und eine Revisionskonferenz einberufen, wenn binnen vier Monaten nach seiner Mitteilung mindestens ein Viertel der Vertragsparteien ihm die Zustimmung zu dem Verlangen notifiziert.

2. Wenn eine Konferenz nach Absatz 1 einberufen wird, teilt der Generalsekretär dies allen Vertragsparteien mit und fordert sie auf, binnen drei Monaten die Vorschläge einzureichen, die sie durch die Konferenz geprüft haben wollen. Der Generalsekretär teilt allen Vertragsparteien die vorläufige Tagesordnung der Konferenz sowie den Wortlaut dieser Vorschläge mindestens drei Monate vor der Eröffnung der Konferenz mit.

3. Der Generalsekretär lädt zu jeder nach diesem Artikel einberufenen Konferenz alle in Artikel 10 Absatz 1 bezeichneten Staaten sowie die Staaten ein, die auf Grund des Artikels 10 Absatz 2 Vertragsparteien geworden sind.

Artikel 18

Außer den in Artikel 17 vorgesehenen Mitteilungen notifiziert der Generalsekretär der Vereinten Nationen den in Artikel 10 Absatz 1 bezeichneten Staaten sowie den Staaten, die auf Grund des Artikels 10 Absatz 2 Vertragsparteien geworden sind:

- a) die gemäß Artikel 9 Buchstaben a) und b) abgegebenen Erklärungen,
- b) die Ratifikationen und Beitritte nach Artikel 10,
- c) die Zeitpunkte, zu denen dieses Übereinkommen nach Artikel 11 in Kraft tritt,
- d) die Kündigungen nach Artikel 12,
- e) das Außerkrafttreten dieses Übereinkommens nach Artikel 13,
- f) den Eingang der Erklärungen und Notifizierungen nach Artikel 15 Absatz 1 und 2.

Artikel 19

Dieses Übereinkommen wird in französischer und in russischer Sprache in einem einzigen Exemplar ausgefertigt. Dieser Ausfertigung werden Texte in englischer und in deutscher Sprache angeschlossen. Jeder Staat kann bei der Unterzeichnung oder bei der Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde erklären, daß er entweder den französischen oder den russischen oder den englischen oder den deutschen Text als für sich verbindlich ansieht; in diesem Falle ist dieser Text auch im Verhältnis zwischen den Vertragsparteien verbindlich, die von dem gleichen Recht Gebrauch gemacht und denselben Text angenommen haben. In allen anderen Fällen sind der französische und der russische Text maßgebend.

Artikel 20

Nach dem 15. Juni 1960 werden das Original dieses Übereinkommens und die ihm angeschlossenen Texte in englischer und in deutscher Sprache beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt, der jedem der in Artikel 10 Absatz 1 und 2 bezeichneten Staaten beglaubigte Abschriften dieses Originals und dieser Texte in englischer und in deutscher Sprache übermitteln wird.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu gehörig bevollmächtigten Unterzeichneten dieses am fünfzehnten März eintausendneuhundertsechzig geschlossene Übereinkommen unterschrieben.

**КОНВЕНЦИЯ ОБ УНИФИКАЦИИ НЕКОТОРЫХ ПРАВИЛ
ОТНОСИТЕЛЬНО ОТВЕТСТВЕННОСТИ, ВЫТЕКАЮЩЕЙ
ИЗ СТОЛКНОВЕНИЯ СУДОВ ВНУТРЕННЕГО ПЛАВАНИЯ**

Статья 1

1. Настоящей Конвенцией определяется возмещение ущерба, причиненного столкновением между судами внутреннего плавания в водах одной из Договаривающихся Сторон либо судам, либо лицам или предметам, на них находившимся.

2. Настоящей Конвенцией определяется также возмещение всякого рода ущерба, причиненного либо вследствие выполнения или невыполнения маневра, либо вследствие несоблюдения правил одним судном внутреннего плавания в водах одной из Договаривающихся Сторон либо другим судам внутреннего плавания, либо лицам или предметам, находившимся на борту таких судов, даже если столкновения не произошло.

3. Тот факт, что суда, упоминаемые в пунктах 1 и 2 настоящей статьи, входят в состав одного и того же каравана, не влияет на применение настоящей Конвенции.

4. При применении настоящей Конвенции.

- а) термин «судно» обозначает также малые суда;
- б) к судам приравниваются: гидроглиссеры, плоты, паромы и подвижные части конгонных мостов, а также землечерпалки, краны, элеваторы и все плавучие средства или приспособления подобного рода.

Статья 2

1. Обязательство возмещения ущерба существует лишь в том случае, если ущерб является результатом вины. Законной презумпции вины не существует.

2. Если ущерб является следствием случая, если он вызван обстоятельствами непреодолимой силы или если невозможно установить его причин, он ложится на потерпевших его лиц.

3. В случае буксирования нескольких судов, каждое из них несет ответственность лишь в случае его виновности.

Статья 3

Если ущерб причинен по вине одного судна, возмещение его доводится на это судно.

Статья 4

1. Если два судна или несколько судов по своей вине соучаствовали в причинении ущерба, они отвечают солидарно за ущерб, причиненный лицам, а также невиновным судам и предметам, находившимся на борту этих судов, но не солидарно за ущерб, причиненный другим судам и предметам, находившимся на борту этих судов.

2. Если солидарной ответственности не существует, суда, соучаствовавшие по своей вине в причинении ущерба, несут ответственность перед потерпевшими пропорционально значительности вины каждого из них; однако, если в зависимости от обстоятельств соотношение не может быть установлено или совершенные ошибки представляются равноценными, они несут ответственность в равной мере.

3. При наличии солидарной ответственности, каждое ответственное судно берет на себя часть платежа кредиторам, равную той, которая определена в пункте 2 настоящей статьи. Судно, которое уплачивает больше своей доли, имеет право предъявить иск в отношении этого излишка тем содолжникам, которые уплатили меньше своей доли. Убыток, возникающий в связи с неплатежеспособностью одного из содолжников, распределяется между другими содолжниками на основании соотношения, определенного в пункте 2 настоящей статьи.

Статья 5

Установленная предыдущими статьями ответственность остается в силе и в том случае, если столкновение произошло по вине лоцмана, даже тогда, когда лоцманская проводка обязательна.

Статья 6

Для предъявления иска о возмещении ущерба не требуется выполнения каких-либо предварительных специальных формальностей.

Статья 7

1. По искам о возмещении ущерба устанавливается давность в два года, считая со дня, когда произошло событие.

2. Срок для предъявления регрессного иска устанавливается в один год. Течение давности начинается либо со дня вынесения окончательного судебного решения, определяющего сумму солидарной ответственности, либо, за отсутствием такого решения, начиная со дня платежа, дающего повод для предъявления регрессного иска. Тем не менее, что касается предъявления исков, относящихся к распределению части неплатежеспособного содолжника, течение давности может начаться лишь с того момента, когда лицо, имеющее право требования, будет осведомлено о неплатежеспособности содолжника.

3. Перерыв и приостановление течения упомянутых сроков давности определяются законом суда, рассматривающего дело.

Статья 8

1. Положения настоящей Конвенции не влияют на ограничения общего характера, устанавливаемые международными конвенциями или внутригосударственными законами в отношении ответственности судовладельцев, собственников судов и транспортеров, таких как ограничения на основании тоннажа судна, мощность его машин или его ценности, или ограничений, вытекающих из возможности отказа от судна. Они также не уменьшают значения обязательств, вытекающих из договора перевозки или из всяких иных договоров.

2. Положения настоящей Конвенции не применяются к возмещению убытков, явившихся прямым или косвенным результатом радиоактивных свойств или одновременно радиоактивных и ядовитых свойств, а также взрывных или в ином смысле опасных свойств ядерного топлива или радиоактивных продуктов или отходов.

Статья 9

Каждая Договаривающаяся Сторона может при подписании или ратификации настоящей Конвенции или присоединении к ней заявить,

- а) что она оставляет за собой право предусмотреть в своем законодательстве или в международных соглашениях, что положения настоящей Конвенции не применяются к судам, предназначенным исключительно для выполнения функций государственной власти;
- б) что она оставляет за собой право предусмотреть в своем законодательстве неприменение положений настоящей Конвенции на водных путях, судоходство по которым разрешается лишь судам данной страны.

Статья 10

1. Настоящая Конвенция открыта для подписания или присоединения к ней для стран-членов Европейской Экономической Комиссии и стран, допущенных с правом советатель-

ного голоса в соответствии с пунктом 8 круга ведения этой Комиссии.

2. Страны, могущие участвовать в некоторых работах Европейской Экономической Комиссии согласно статье 11 положения о ее круге ведения, могут стать Договаривающимися Сторонами в настоящей Конвенции путем присоединения к ней по ее вступлении в силу.

3. Конвенция будет открыта для подписания до 15 июня 1960 г. включительно. После этой даты она будет открыта для присоединения к ней.

4. Настоящая Конвенция подлежит ратификации.

5. Акты ратификации или присоединения будут переданы на хранение Генеральному Секретарю Организации Объединенных Наций.

Статья 11

1. Настоящая Конвенция вступает в силу на девяностый день после того, как пять указанных в пункте 1 статьи 10 стран передадут свои акты о ратификации или присоединении.

2. В отношении каждой страны, которая ратифицирует настоящую Конвенцию или присоединится к ней после того, как пять стран передадут свои акты о ратификации или присоединении, настоящая Конвенция вступает в силу на девяностый день после передачи данной страной ратификационной грамоты или акта о присоединении.

Статья 12

1. Настоящая Конвенция может быть депонирована любой Договаривающейся Стороной путем нотификации, адресованной Генеральному Секретарю Организации Объединенных Наций.

2. Денонсация вступает в силу по истечении двенадцатимесячного срока после получения Генеральным Секретарем упомянутой выше нотификации.

Статья 13

Если, после вступления в силу настоящей Конвенции, число Договаривающихся Сторон окажется, вследствие денонсации, менее пяти, настоящая Конвенция теряет силу со дня, когда станет действительной последняя из денонсаций.

Статья 14

Всякий спор между двумя или несколькими Договаривающимися Сторонами относительно истолкования или применения настоящей Конвенции, который Стороны не смогут разрешить путем переговоров или другим способом, может быть, по просьбе любой из заинтересованных Договаривающихся Сторон, передан Международному Суду для разрешения им.

Статья 15

1. Каждая страна может при подписании настоящей Конвенции или передаче ратификационной грамоты или акта о присоединении заявить, что она не считает себя связанной статьей 14 Конвенции в отношении передачи споров Международному Суду. Другие Договаривающиеся Стороны не будут связаны статьей 14 по отношению ко всем Договаривающимся Сторонам, формулировавшим подобную оговорку.

2. Каждая Договаривающаяся Сторона, сделавшая оговорку в соответствии с пунктом 1, может в любой момент взять ее обратно путем нотификации, адресованной Генеральному Секретарю Организации Объединенных Наций.

Статья 16

За исключением оговорок, предусмотренных в пунктах «а» и «б» статьи 9 и в статье 15 настоящей Конвенции, никакие оговорки к настоящей Конвенции не допускаются.

Статья 17

1. После трехлетнего действия настоящей Конвенции любая Договаривающаяся Сторона может путем нотификации, адресованной Генеральному Секретарю Организации Объединенных Наций, представить просьбу о созыве совещания с целью пересмотра настоящей Конвенции. Генеральный Секретарь сообщает об этой просьбе всем Договаривающимся Сторонам и созывает совещание для пересмотра Конвенции, если в течение четырехмесячного срока после его сообщения по меньшей мере одна четверть Договаривающихся Сторон уведомит его о своем согласии на созыв такого совещания.

2. Если совещание созывается в соответствии с предыдущим пунктом, Генеральный Секретарь уведомляет об этом все Договаривающиеся Стороны с просьбой сообщить в трехмесячный срок предложения, рассмотрение которых на совещании представляется им желательным. По меньшей мере за три месяца до открытия совещания Генеральный Секретарь сообщает всем Договаривающимся Сторонам предварительную повестку дня совещания, а также текст этих предложений.

3. Генеральный Секретарь приглашает на любое созванное согласно настоящей статье совещание все страны, указанные в пункте 1 статьи 10, а также страны, ставшие Договаривающимися Сторонами на основании пункта 2 статьи 10.

Статья 18

Помимо нотификаций, предусмотренных в статье 17, Генеральный Секретарь Организации Объединенных Наций сообщает странам, указанным в пункте 1 статьи 10, а также странам, ставшим Договаривающимися Сторонами на основании пункта 2 статьи 10, —

- a) о заявлениях, сделанных согласно пунктам «а» и «б» статьи 9;
- b) о ратификациях и присоединениях к Конвенции, согласно статье 10;
- c) о датах вступления в силу настоящей Конвенции, в соответствии со статьей 11;
- d) о денонсациях в силу статьи 12;
- e) об утрате настоящей Конвенцией силы, в соответствии со статьей 13;
- f) о заявлениях и нотификациях, полученных в соответствии с пунктами 1 и 2 статьи 15.

Статья 19

Настоящая Конвенция составлена в одном экземпляре на русском и французском языках. К ней прилагаются тексты на английском и немецком языках. В момент подписания настоящей Конвенции или передачи ратификационной грамоты или акта о присоединении всякая страна может заявить, что она принимает либо французский или русский текст, либо же английский или немецкий текст. В таком случае упомянутый текст будет также действителен в отношениях между Договаривающимися Сторонами, воспользовавшимися тем же правом и принявшими тот же текст. Во всех прочих случаях французский и русский тексты являются аутентичными.

Статья 20

После 15 июня 1960 г. подлинник настоящей Конвенции, так же как и приложенные к нему тексты на английском и немецком языках, будут сданы на хранение Генеральному Секретарю Организации Объединенных Наций, который препроводит надлежащим образом заверенные копии этого подлинника и этих текстов на английском и немецком языках каждой из стран, указанных в пунктах 1 и 2 статьи 10.

В УДОСТОВЕРЕНИЕ ЧЕГО нижеподписавшиеся, надлежащим образом на то уполномоченные, подписали настоящую Конвенцию, составленную в Женеве пятнадцатого марта тысяча девятьсот шестидесятого года.

Bekanntmachung
über die Annahme und das Inkrafttreten
der Statuten der Welt-Tourismus-Organisation (WTO)
vom 27. September 1970
für die Deutsche Demokratische Republik
vom 3. Januar 1977

Am 14. April 1975 wurde die Annahmeerkunde der Deutschen Demokratischen Republik zu den nachstehend veröffentlichten Statuten der Welt-Tourismus-Organisation (WTO) vom 27. September 1970 hinterlegt.

Bei der Hinterlegung der Annahmeerkunde wurde von seiten der Deutschen Demokratischen Republik folgende Erklärung abgegeben:

„Die Deutsche Demokratische Republik läßt sich in ihrer Haltung zu den Bestimmungen der Statuten, soweit sie die

Anwendung dieser Statuten auf Kolonialgebiete und andere abhängige Territorien betreffen, von den Festlegungen der Deklaration der Vereinten Nationen über die Gewährung der Unabhängigkeit an die kolonialen Länder und Völker (Res. Nr. 1514 [XV] vom 14. Dezember 1960) leiten, welche die Notwendigkeit einer schnellen und bedingungslosen Beendigung des Kolonialismus in allen seinen Formen und Äußerungen proklamiert.“

Die Statuten sind gemäß Artikel 41 am 14. April 1975 für die Deutsche Demokratische Republik in Kraft getreten.

Berlin, den 3. Januar 1977

Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik
H. Eichler

(Übersetzung)

WELT-TOURISMUS-ORGANISATION
(WTO)

STATUTEN

Gründung

Artikel 1

Die Welttourismusorganisation, im nachfolgenden als „die Organisation“ bezeichnet, eine internationale Organisation mit zwischenstaatlichem Charakter, die aus der Umwandlung der Internationalen Vereinigung der Offiziellen Tourismusorganisationen (IUOTO) hervorgeht, ist hiermit geschaffen.

Sitz

Artikel 2

Der Sitz der Organisation wird auf Beschluß der Generalversammlung bestimmt und kann zu jeder Zeit durch Beschluß der Generalversammlung verändert werden.

Ziele

Artikel 3

1. Das grundlegende Ziel der Organisation ist die Förderung und Entwicklung des Tourismus mit dem Ziel, zur wirtschaftlichen Entwicklung, internationalen Verständigung, zum Frieden und Wohlstand und zur allgemeinen Achtung und Befolgung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder Religion beizutragen. Die Organisation unternimmt alle geeigneten Schritte, um dieses Ziel zu erreichen.

2. Bei der Verfolgung dieses Ziels richtet die Organisation besondere Aufmerksamkeit auf die Interessen der Entwicklungsländer auf dem Gebiet des Tourismus.

3. Zur Verwirklichung ihrer zentralen Rolle auf dem Gebiet des Tourismus schafft und unterhält die Organisation eine effektive Zusammenarbeit mit den geeigneten Organen der Vereinten Nationen und ihren Spezialorganisationen. In diesem Zusammenhang bemüht sich die Organisation um ein Kooperationsverhältnis mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen und um eine Beteiligung an dessen Aktivitäten als teilnehmende und ausführende Organisation.

Mitgliedschaft

Artikel 4

Die Mitgliedschaft in der Organisation ist möglich als:

- a) Vollmitglied;
- b) assoziiertes Mitglied;
- c) angeschlossenes Mitglied.

Artikel 5

1. Vollmitglieder der Organisation können alle souveränen Staaten werden.

2. Staaten, deren nationale Tourismusorganisationen zur Zeit der Annahme dieser Statuten durch die außerordentliche Generalversammlung der IUOTO Vollmitglieder der IUOTO sind, haben das Recht, Vollmitglieder der Organisation zu werden, ohne daß eine Abstimmung erforderlich ist, indem sie formell erklären, daß sie die Statuten der Organisation annehmen und die Pflichten der Mitgliedschaft auf sich nehmen.

3. Andere Staaten können Vollmitglieder der Organisation werden, wenn ihre Aufnahmeanträge von der Generalversammlung mit einer Zweidrittel-Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Vollmitglieder bestätigt werden, vorausgesetzt, daß diese Mehrheit eine Mehrheit der Vollmitglieder der Organisation ist.

Artikel 6

1. Assoziierte Mitglieder der Organisation können alle Territorien oder Gruppen von Territorien werden, die nicht für ihre Außenbeziehungen verantwortlich sind.

2. Territorien oder Gruppen von Territorien, deren nationale Tourismusorganisationen zur Zeit der Annahme dieser Statuten durch die außerordentliche Generalversammlung der IUOTO Vollmitglieder der IUOTO sind, haben das Recht, assoziierte Mitglieder der Organisation zu werden, ohne daß eine Abstimmung erforderlich ist, vorausgesetzt, daß der Staat, der die Verantwortung für ihre Außenbeziehungen trägt, ihre Mitgliedschaft bestätigt und in ihrem Namen erklärt, daß diese Territorien oder Gruppen von Territorien die Statuten der Organisation annehmen und die Pflichten der Mitgliedschaft auf sich nehmen.

3. Territorien oder Gruppen von Territorien können assoziierte Mitglieder der Organisation werden, wenn ihr Auf-

nahmeantrag vorher von dem Mitgliedstaat bestätigt worden ist, der für ihre Außenbeziehungen verantwortlich ist und in ihrem Namen erklärt, daß diese Territorien oder Gruppen von Territorien die Statuten der Organisation annehmen und die Pflichten der Mitgliedschaft auf sich nehmen. Diese Aufnahmeanträge müssen von der Versammlung mit einer Zweidrittel-Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Vollmitglieder bestätigt werden, vorausgesetzt, daß diese Mehrheit eine Mehrheit der Vollmitglieder der Organisation ist.

4. Wenn ein assoziiertes Mitglied der Organisation für die Wahrnehmung seiner Außenbeziehungen verantwortlich wird, ist dieses assoziierte Mitglied berechtigt, Vollmitglied der Organisation zu werden, indem es in schriftlicher Form dem Generalsekretär formell erklärt, daß es die Statuten der Organisation annimmt und die Pflichten der Vollmitgliedschaft auf sich nimmt.

Artikel 7

1. Angeschlossene Mitglieder der Organisation können internationale Gremien zwischenstaatlichen wie nichtstaatlichen Charakters mit speziellen Interessen am Tourismus sowie kommerzielle Gremien und Vereinigungen werden, deren Aktivitäten sich auf die Ziele der Organisation beziehen oder in deren Kompetenz fallen.

2. Assoziierte Mitglieder der IUOTO haben zum Zeitpunkt der Annahme dieser Statuten durch die außerordentliche Generalversammlung der IUOTO das Recht, angeschlossene Mitglieder der Organisation zu werden, ohne daß eine Abstimmung erforderlich ist, indem sie erklären, daß sie die Pflichten eines angeschlossenen Mitgliedes auf sich nehmen.

3. Andere internationale Gremien zwischenstaatlichen wie nichtstaatlichen Charakters mit speziellen Interessen am Tourismus können angeschlossene Mitglieder der Organisation werden, vorausgesetzt, daß der Antrag auf Mitgliedschaft schriftlich beim Generalsekretär eingereicht und mit einer Zweidrittel-Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Vollmitglieder durch die Versammlung bestätigt wird, vorausgesetzt, daß diese Mehrheit eine Mehrheit der Vollmitglieder der Organisation ist.

4. Kommerzielle Gremien oder Vereinigungen mit Interessen entsprechend der Definition im Absatz 1 können angeschlossene Mitglieder der Organisation werden, vorausgesetzt, daß ihre Anträge auf Mitgliedschaft beim Generalsekretär schriftlich eingereicht und von dem Staat, in dem sich der Sitz des Antragstellers befindet, bestätigt werden. Diese Anträge bedürfen der Bestätigung durch die Generalversammlung mit einer Zweidrittel-Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Vollmitglieder, wobei diese Mehrheit eine Mehrheit der Vollmitglieder der Organisation sein muß.

5. Es besteht die Möglichkeit zur Bildung eines Komitees der angeschlossenen Mitglieder, das eine eigene Geschäftsordnung schafft und sie der Generalversammlung zur Bestätigung vorlegt. Das Komitee kann auf Tagungen der Organisation vertreten sein. Es kann um die Aufnahme von Fragen in die Tagesordnung dieser Tagungen ersuchen. Es kann den Tagungen auch Empfehlungen geben.

6. Angeschlossene Mitglieder können sich an den Aktivitäten der Organisation einzeln oder gemeinschaftlich im Komitee der angeschlossenen Mitglieder beteiligen.

Organe

Artikel 8

1. Die Organe der Organisation sind:

- a) die Generalversammlung, im nachfolgenden als die Versammlung bezeichnet;
- b) der Exekutivrat, im nachfolgenden als der Rat bezeichnet;
- c) das Sekretariat.

2. Tagungen der Versammlung und des Rates werden am Sitz der Organisation abgehalten, sofern das jeweilige Organ nichts anderes festlegt.

Generalversammlung

Artikel 9

1. Die Versammlung ist das oberste Organ der Organisation und setzt sich aus den Delegierten zusammen, die Vollmitglieder vertreten.

2. Auf jeder Tagung der Versammlung wird jedes Voll- bzw. assoziierte Mitglied durch maximal fünf Delegierte vertreten, von denen einer vom Mitglied als Chefdelegierter zu benennen ist.

3. Das Komitee der angeschlossenen Mitglieder kann bis zu drei Beobachter und jedes angeschlossene Mitglied einen Beobachter benennen, die an der Arbeit der Versammlung teilnehmen können.

Artikel 10

Die Versammlung tritt alle zwei Jahre zu ordentlichen Tagungen zusammen; darüber hinaus zu außerordentlichen Tagungen, wenn es die Umstände erfordern. Außerordentliche Tagungen können auf Ersuchen des Rates oder einer Mehrheit der Vollmitglieder der Organisation einberufen werden.

Artikel 11

Die Versammlung nimmt eine eigene Geschäftsordnung an.

Artikel 12

Innerhalb der Kompetenz der Organisation kann die Versammlung jede Frage behandeln und zu jeder Angelegenheit Empfehlungen geben. Sie hat folgende Aufgaben außer denen, die ihr an anderer Stelle dieser Statuten auferlegt worden sind:

- a) Wahl ihres Präsidenten und ihrer Vize-Präsidenten;
- b) Wahl der Mitglieder des Rates;
- c) Ernennung des Generalsekretärs auf Empfehlung des Rates;
- d) Bestätigung der Finanzvorschriften der Organisation;
- e) Aufstellung der allgemeinen Richtlinien für die Verwaltung der Organisation;
- f) Bestätigung der Personalbestimmungen, die für das Sekretariatspersonal gelten;
- g) Wahl der Revisoren auf Empfehlung des Rates;
- h) Bestätigung des allgemeinen Arbeitsprogramms der Organisation;
- i) Überwachung der Finanzpolitik der Organisation und Überprüfung und Bestätigung des Budgets;
- j) Schaffung technischer oder regionaler Organe, die notwendig werden;
- k) Behandlung und Bestätigung der Berichte über die Aktivitäten der Organisation und ihrer Organe und Ergreifung aller notwendigen Schritte, um die sich daraus ergebenden Maßnahmen zu verwirklichen;
- l) Bestätigung oder Übertragung der Vollmacht zur Bestätigung des Abschlusses von Vereinbarungen mit Regierungen und internationalen Organisationen;
- m) Bestätigung oder Übertragung der Vollmacht zur Bestätigung des Abschlusses von Vereinbarungen mit privaten Organisationen oder privaten Körperschaften;
- n) Vorbereitung und Empfehlung internationaler Vereinbarungen zu jeder Frage, die in die Kompetenz der Organisation fällt;
- o) Beschlußfassung über Anträge auf Mitgliedschaft in Übereinstimmung mit diesen Statuten.

Artikel 13

1. Die Versammlung wählt ihren Präsidenten und ihre Vize-Präsidenten zu Beginn jeder Tagung.
2. Der Präsident führt den Vorsitz über die Versammlung und nimmt die ihm übertragenen Pflichten wahr.
3. Der Präsident ist während der Tagungen der Versammlung ihr verantwortlich.
4. Der Präsident vertritt für die Dauer seiner Amtszeit die Organisation zu allen Anlässen, bei denen eine derartige Vertretung notwendig ist.

Exekutivrat

Artikel 14

1. Der Rat besteht aus Vollmitgliedern, die von der Versammlung im Verhältnis von einem Mitglied für jeweils fünf Vollmitglieder in Übereinstimmung mit der von der Versammlung festgelegten Geschäftsordnung gewählt worden sind, um eine gerechte und ausgewogene geographische Verteilung zu erreichen.
2. Ein assoziiertes Mitglied, das von den assoziierten Mitgliedern der Organisation ausgewählt worden ist, kann an der Arbeit des Rates ohne Stimmrecht teilnehmen.
3. Ein Vertreter des Komitees der angeschlossenen Mitglieder kann an der Arbeit des Rates ohne Stimmrecht teilnehmen.

Artikel 15

Die Amtszeit der gewählten Mitglieder beträgt vier Jahre, ausgenommen, daß die Amtszeit der Hälfte der Mitglieder des ersten Rates, die durch Losentscheid bestimmt wird, zwei Jahre beträgt. Die Wahl der Hälfte der Mitglieder des Rates erfolgt alle zwei Jahre.

Artikel 16

Der Rat tritt mindestens zweimal pro Jahr zusammen.

Artikel 17

Der Rat wählt einen Vorsitzenden sowie stellvertretende Vorsitzende aus der Mitte seiner gewählten Mitglieder für eine Amtszeit von einem Jahr.

Artikel 18

Der Rat nimmt eine eigene Geschäftsordnung an.

Artikel 19

Der Rat hat folgende Aufgaben außer denen, die ihm an anderer Stelle dieser Statuten zugewiesen sind:

- a) in Konsultation mit dem Generalsekretär alle notwendigen Maßnahmen zur Durchführung der Beschlüsse und Empfehlungen der Versammlung zu ergreifen und darüber der Versammlung zu berichten;
- b) vom Generalsekretär Berichte über die Aktivitäten der Organisation entgegenzunehmen;
- c) der Versammlung Vorschläge zu unterbreiten;
- d) das allgemeine Arbeitsprogramm der Organisation, wie es vom Generalsekretär vorbereitet worden ist, vor der Vorlage an die Versammlung zu prüfen;
- e) der Versammlung Berichte und Empfehlungen zu den Abrechnungen und Budgetvoranschlägen der Organisation vorzulegen;
- f) Hilfsorgane zu bilden, die durch die eigenen Aktivitäten erforderlich werden;
- g) alle anderen Aufgaben auszuführen, mit denen er von der Versammlung betraut wird.

Artikel 20

Zwischen den Tagungen der Versammlung trifft der Rat -- sofern diese Statuten keine anderslautenden Bestimmungen enthalten -- im Rahmen der Aufgaben und finanziellen Mittel der Organisation die erforderlichen administrativen und technischen Entscheidungen und teilt diese der Versammlung auf ihrer nächsten Tagung zur Bestätigung mit.

Sekretariat

Artikel 21

Das Sekretariat besteht aus dem Generalsekretär und dem Personal, das die Organisation benötigt.

Artikel 22

Der Generalsekretär wird von einer Zweidrittel-Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Vollmitglieder in der Versammlung auf Empfehlung des Rates für eine Amtszeit von vier Jahren ernannt. Sein Mandat kann erneuert werden.

Artikel 23

1. Der Generalsekretär ist der Versammlung und dem Rat verantwortlich.
2. Der Generalsekretär führt die Weisungen der Versammlung und des Rates aus. Er unterbreitet dem Rat Berichte über die Aktivitäten der Organisation, deren Abrechnungen und die Entwürfe des allgemeinen Arbeitsprogramms und der Budgetvoranschläge der Organisation.
3. Der Generalsekretär gewährleistet die rechtliche Vertretung der Organisation.

Artikel 24

1. Der Generalsekretär ernennt das Personal des Sekretariats in Übereinstimmung mit den von der Versammlung bestätigten Personalbestimmungen.
2. Das Personal der Organisation ist dem Generalsekretär verantwortlich.
3. Der oberste Gesichtspunkt bei der Einstellung von Personal und der Festlegung der Arbeitsbedingungen ist die Notwendigkeit, ein Höchstmaß an Leistungsfähigkeit, fachlicher Qualifikation und persönlicher Integrität zu sichern. Vorbehaltlich dieses Gesichtspunktes ist der Bedeutung einer Personaleinstellung auf möglichst breiter geographischer Grundlage gehörige Beachtung zu schenken.
4. Bei der Erfüllung ihrer Aufgaben dürfen der Generalsekretär und das Personal weder um Instruktionen irgend-einer Regierung oder eines anderen Organs außerhalb der Organisation nachsuchen noch solche entgegennehmen. Sie enthalten sich aller Handlungen, die ihre Stellung als nur der Organisation verantwortliche internationale Beamte beeinträchtigen könnten.

Budget und Ausgaben

Artikel 25

1. Die Finanzierung der Budgets der Organisation, mit dem sie die Kosten ihrer administrativen Aufgaben und des allgemeinen Arbeitsprogramms bestreift, erfolgt aus den Beiträgen der Vollmitglieder, assoziierten und angeschlossenen Mitglieder gemäß einer von der Versammlung angenommenen Beitragstabelle und aus anderen möglichen Einnahmequellen der Organisation in Übereinstimmung mit den Finanzvorschriften, die diesen Statuten beigelegt sind und einen integrierenden Bestandteil derselben bilden.
2. Das vom Generalsekretär vorbereitete Budget wird vom Rat der Versammlung zur Prüfung und Bestätigung vorgelegt.

Artikel 26

1. Die Abrechnungen der Organisation werden von zwei Revisoren geprüft, die von der Versammlung auf Empfehlung des Rates für einen Zeitraum von zwei Jahren gewählt werden. Die Revisoren können wiedergewählt werden.

2. Die Revisoren können neben der Prüfung der Abrechnungen die ihrerseits für notwendig erachteten Bemerkungen in bezug auf die Effektivität der Finanzverfahren und -verwaltung, auf das Buchführungssystem, auf die inneren Finanzkontrollen und im allgemeinen auf die finanziellen Folgen der Verwaltungspraxis machen.

Beschlußfähigkeit**Artikel 27**

1. Die Versammlung ist bei ihren Tagungen nur beschlußfähig, wenn die Mehrheit der Vollmitglieder anwesend ist.

2. Der Rat ist bei seinen Tagungen nur beschlußfähig, wenn die Mehrheit der Vollmitglieder des Rates anwesend ist.

Abstimmung**Artikel 28**

Jedes Vollmitglied besitzt nur eine Stimme.

Artikel 29

1. Vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen in diesen Statuten werden Beschlüsse der Versammlung zu allen Angelegenheiten mit einfacher Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Vollmitglieder gefaßt.

2. Eine Zweidrittel-Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Vollmitglieder ist, notwendig zur Beschlußfassung über Angelegenheiten, die Budget- und finanzielle Verpflichtungen der Mitglieder berühren, den Ort des Sitzes der Organisation und über andere Fragen, die von einer einfachen Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Vollmitglieder der Versammlung als Fragen von besonderer Wichtigkeit befunden werden.

Artikel 30

Der Rat faßt seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder außer zu Budget- und Finanzempfehlungen, deren Bestätigung einer Zweidrittel-Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder bedarf.

Rechtspersönlichkeit, Privilegien und Immunitäten**Artikel 31**

Die Organisation hat Rechtspersönlichkeit.

Artikel 32

Die Organisation genießt auf dem Territorium ihrer Mitgliedstaaten die Privilegien und Immunitäten, die für die Ausübung ihrer Funktionen erforderlich sind. Diese Privilegien und Immunitäten können durch von der Organisation geschlossene Vereinbarungen definiert werden.

Änderungen**Artikel 33**

1. Jeder Änderungsvorschlag zu diesen Statuten und ihrem Anhang ist dem Generalsekretär zu übermitteln, der ihn mindestens sechs Monate vor Vorlage zur Behandlung durch die Versammlung unter den Vollmitgliedern zirkulieren läßt.

2. Die Annahme einer Änderung durch die Versammlung bedarf einer Zweidrittel-Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Vollmitglieder.

3. Eine Änderung tritt für alle Mitglieder in Kraft, sobald zwei Drittel der Mitgliedstaaten der Depositarregierung mitgeteilt haben, daß sie diese Änderung bestätigen.

Zeitweiliger Ausschuß**Artikel 34**

1. Wenn von der Versammlung befunden wird, daß ein Mitglied an einer Politik festhält, die dem im Artikel 3 dieser Statuten genannten grundlegenden Ziel der Organisation widerspricht, kann die Versammlung durch eine Resolution, die von einer Zweidrittel-Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Vollmitglieder angenommen worden ist, dieses Mitglied von der Ausübung der Mitgliedsrechte und vom Genuß der Mitgliedsprivilegien zeitweise ausschließen.

2. Der zeitweilige Ausschuß bleibt in Kraft, bis eine Änderung dieser Politik von der Versammlung anerkannt wird.

Austritt**Artikel 35**

1. Jedes Vollmitglied kann ein Jahr nach schriftlich erfolgter Austrittserklärung an die Depositarregierung aus der Organisation austreten.

2. Jedes assoziierte Mitglied kann zu den gleichen Kündigungsbedingungen aus der Organisation austreten, vorausgesetzt, daß die Depositarregierung davon schriftlich von dem Vollmitglied in Kenntnis gesetzt wurde, das für die Außenbeziehungen dieses assoziierten Mitgliedes verantwortlich ist.

3. Ein angeschlossenes Mitglied kann ein Jahr nach schriftlich erfolgter Austrittserklärung an den Generalsekretär aus der Organisation austreten.

Inkrafttreten**Artikel 36**

Diese Statuten treten 120 Tage nach dem Zeitpunkt in Kraft, an dem 51 Staaten, deren offizielle Tourismusorganisationen zur Zeit der Annahme dieser Statuten Vollmitglieder der IUOTO sind, den vorläufigen Depositar formell davon unterrichtet haben, daß sie die Statuten billigen und die Pflichten der Mitgliedschaft auf sich nehmen.

Depositar**Artikel 37**

1. Diese Statuten und alle Einverständniserklärungen betreffend die Übernahme der Mitgliedspflichten werden vorläufig bei der Regierung der Schweiz hinterlegt.

2. Die Regierung der Schweiz unterrichtet alle zum Erhalt dieser Notifikation berechtigten Staaten vom Eingang dieser Erklärungen sowie vom Datum des Inkrafttretens dieser Statuten.

Auslegung und Sprachen**Artikel 38**

Die offiziellen Sprachen der Organisation sind Englisch, Französisch, Russisch und Spanisch.

Artikel 39

Der englische, französische, russische und spanische Text dieser Statuten werden als gleichermaßen gültig betrachtet.

Übergangsbestimmungen

Artikel 40

Bis zur Beschlußfassung durch die Generalversammlung gemäß Artikel 2 befindet sich der Sitz vorläufig in Genf, Schweiz.

Artikel 41

Während einer Zeitspanne von 180 Tagen nach Inkrafttreten dieser Statuten haben alle Staaten, die Mitglieder der Vereinten Nationen, der Spezialorganisationen und der Internationalen Atomenergiebehörde oder Teilnehmer am Statut des Internationalen Gerichtshofes sind, das Recht, Vollmitglieder der Organisation zu werden, ohne daß eine Abstimmung erforderlich ist, indem sie formell erklären, daß sie die Statuten der Organisation annehmen und die Pflichten der Mitgliedschaft auf sich nehmen.

Artikel 42

Während des Jahres nach Inkrafttreten dieser Statuten können sich Staaten, deren nationale Tourismusorganisationen zur Zeit der Annahme dieser Statuten Mitglieder der IUOTO waren und die diese Statuten vorbehaltlich der Bestätigung angenommen haben, an den Aktivitäten der Organisation mit den Rechten und Pflichten eines Vollmitgliedes beteiligen.

Artikel 43

Während des Jahres nach Inkrafttreten dieser Statuten können sich Territorien oder Gruppen von Territorien, die nicht für ihre Außenbeziehungen verantwortlich sind, deren Tourismusorganisationen aber Vollmitglieder der IUOTO waren, die deshalb assoziierte Mitglieder werden können und die die Statuten vorbehaltlich der Bestätigung durch den für ihre Außenbeziehungen verantwortlichen Staat angenommen haben, an den Aktivitäten der Organisation mit den Rechten und Pflichten eines assoziierten Mitgliedes beteiligen.

Artikel 44

Mit Inkrafttreten dieser Statuten werden die Rechte und Pflichten der IUOTO der Organisation übertragen.

Artikel 45

Der Generalsekretär der IUOTO wird zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Statuten als Generalsekretär der Organisation fungieren, bis die Versammlung den Generalsekretär der Organisation gewählt hat.

Ausgefertigt in Mexico City am 27. September 1970.

ANHANG

FINANZVORSCHRIFTEN

1. Die Finanzperiode der Organisation beträgt zwei Jahre.
2. Das Finanzjahr läuft vom 1. Januar bis zum 31. Dezember.
3. Die Finanzierung des Budgets erfolgt aus den Beitragssummen der Mitglieder gemäß einem von der Versammlung festgelegten und vom wirtschaftlichen Entwicklungsstand und Umfang des Tourismus im jeweiligen Land ausgehenden Aufschlüsselungsverfahren sowie aus anderweitigen Einkünften der Organisation.
4. Das Budget wird in US-Dollar ausgewiesen. Die zur Beitragszahlung benutzte Währung ist der US-Dollar. Dies schließt nicht aus, daß der Generalsekretär in dem von der Versammlung genehmigten Umfang auch andere Währungen zur Zahlung der Mitgliedsbeiträge akzeptiert.
5. Es ist ein allgemeiner Fonds zu bilden, in den alle gemäß Paragraph 3 gezahlten Mitgliedsbeiträge, sonstigen Einkünfte und alle Vorschüsse aus dem Betriebskapitalfonds

eingehen. Ausgaben für Verwaltungszwecke und für das allgemeine Arbeitsprogramm werden aus dem allgemeinen Fonds bestritten.

6. Es ist ein Betriebskapitalfonds zu bilden, dessen Gesamthöhe von der Versammlung festzusetzen ist und in den Beitragsvorauszahlungen der Mitglieder sowie alle sonstigen auf Beschluß der Versammlung dafür verwendbaren Budgeteinnahmen einzuzahlen sind. Bei Bedarf werden Beträge aus dem Betriebskapitalfonds auf den allgemeinen Fonds übertragen.
7. Zur Finanzierung von Aktivitäten, die das Budget der Organisation nicht vorgesehen hat, die aber für einige Mitgliedländer oder Gruppen solcher Länder von Interesse sind, können Treuhandfonds gebildet werden. Diese Fonds sind aus freiwilligen Beiträgen zu finanzieren. Für die Verwaltung dieser Fonds kann die Organisation eine Gebühr erheben.
8. Über die Verwendung von Spenden, testamentarischen Zuwendungen und sonstigen nicht ins Budget einbezogenen außerordentlichen Einkünften entscheidet die Versammlung.
9. Die Budgetvoranschläge werden vom Generalsekretär spätestens drei Monate vor der entsprechenden Ratstagung dem Rat unterbreitet. Dieser prüft die Voranschläge und empfiehlt das Budget der Versammlung zur abschließenden Prüfung und Bestätigung. Die Voranschläge des Rates sind spätestens drei Monate vor der entsprechenden Tagung der Versammlung den Mitgliedern zuzuleiten.
10. Die Versammlung bestätigt das Budget jährlich jeweils für die folgende zweijährige Finanzperiode und die jährliche Aufschlüsselung sowie ihre Verwaltungsabrechnungen für jedes Jahr.
11. Die Abrechnungen der Organisation für das jeweils zurückliegende Finanzjahr werden vom Generalsekretär den Revisoren und dem zuständigen Organ des Rates zugeleitet.
Die Revisoren erstatten dem Rat und der Versammlung Bericht.
12. Die Mitglieder der Organisation entrichten ihren Beitrag im ersten Monat des Finanzjahres, für das er fällig ist. Die von der Versammlung festgesetzte jeweilige Beitragshöhe ist den Mitgliedern sechs Monate vor Beginn des betreffenden Finanzjahres mitzuteilen.
Der Rat hat jedoch in begründeten Fällen die Möglichkeit, Zahlungsrückständen zuzustimmen, die sich aus bestehenden Unterschieden in den Finanzjahren der verschiedenen Länder ergeben.
13. Besteht bei einem Mitglied Zahlungsrückstand in bezug auf seine finanziellen Beiträge zur Bestreitung der Ausgaben der Organisation und erreicht oder übersteigt der Rückstand die Summe der von ihm geschuldeten Beiträge für die jeweils zurückliegenden zwei Finanzjahre, so wird es vom Genuß der Mitgliedsprivilegien in Form von Dienstleistungen und vom Stimmrecht in der Versammlung und im Rat ausgeschlossen. Auf Ersuchen des Rates hat die Versammlung jedoch die Möglichkeit, einem solchen Mitglied die Stimmabgabe und den Genuß der Dienstleistungen der Organisation zu gestatten, wenn sie sich davon überzeugt hat, daß der Zahlungsverzug durch vom Mitglied nicht zu beeinflussende Umstände bedingt ist.
14. Ein aus der Organisation austretendes Mitglied unterliegt der anteilmäßigen Beitragsbemessung bis zu dem Tage, an dem der Austritt wirksam wird.
Bei der Beitragsberechnung für assoziierte und angeschlossene Mitglieder sind die Andersartigkeit ihrer Mitgliedschaftsgrundlage und die Eingeschränktheit ihrer Rechte innerhalb der Organisation zu berücksichtigen.

Ausgefertigt in Mexico City am 27. September 1970.

WORLD TOURISM ORGANIZATION
(WTO)
STATUTES

Establishment*Article 1*

The World Tourism Organization, hereinafter referred to as "the Organization", an international organization of inter-governmental character resulting from the transformation of the International Union of Official Travel Organizations (IUOTO), is hereby established.

Headquarters*Article 2*

The headquarters of the Organization shall be determined and may at any time be changed by decision of the General Assembly.

Aims*Article 3*

1. The fundamental aim of the Organization shall be the promotion and development of tourism with a view to contributing to economic development, international understanding, peace, prosperity, and universal respect for, and observance of, human rights and fundamental freedoms for all without distinction as to race, sex, language or religion. The Organization shall take all appropriate action to attain this objective.

2. In pursuing this aim, the Organization shall pay particular attention to the interests of the developing countries in the field of tourism.

3. In order to establish its central role in the field of tourism, the Organization shall establish and maintain effective collaboration with the appropriate organs of the United Nations and its specialized agencies. In this connection the Organization shall seek a co-operative relationship with and participation in the activities of the United Nations Development Programme, as a participating and executing agency.

Membership*Article 4*

Membership of the Organization shall be open to:

- (a) Full Members
- (b) Associate Members
- (c) Affiliate Members

Article 5

1. Full membership of the Organization shall be open to all sovereign States.

2. States whose national tourism organizations are Full Members of IUOTO at the time of adoption of these Statutes by the Extraordinary General Assembly of IUOTO shall have the right to become Full Members of the Organization, without requirement of vote, on formally declaring that they adopt the Statutes of the Organization and accept the obligations of membership.

3. Other States may become Full Members of the Organization if their candidatures are approved by the General Assembly by a majority of two-thirds of the Full Members present and voting provided that said majority is a majority of the Full Members of the Organization.

Article 6

1. Associate membership of the Organization shall be open to all territories or groups of territories not responsible for their external relations.

2. Territories or groups of territories whose national tourism organizations are Full Members of IUOTO at the time of adoption of these Statutes by the Extraordinary General Assembly of IUOTO shall have the right to become Associate Members of the Organization, without requirement of vote, provided that the State which assumes responsibility for their external relations approves their membership and declares on their behalf that such territories or groups of territories adopt the Statutes of the Organization and accept the obligations of membership.

3. Territories or groups of territories may become Associate Members of the Organization if their candidature has the prior approval of the Member State which assumes responsibility for their external relations and declares on their behalf that such territories or groups of territories adopt the Statutes of the Organization and accept the obligations of membership. Such candidatures must be approved by the Assembly by a majority of two-thirds of the Full Members present and voting provided that said majority is a majority of the Full Members of the Organization.

4. When an Associate Member of the Organization becomes responsible for the conduct of its external relations, that Associate Member shall be entitled to become a Full Member of the Organization on formally declaring in writing to the Secretary-General that it adopts the Statutes of the Organization and accepts the obligations of full membership.

Article 7

1. Affiliate membership of the Organization shall be open to international bodies, both intergovernmental and non-governmental, concerned with specialized interests in tourism and to commercial bodies and associations whose activities are related to the aims of the Organization or fall within its competence.

2. Associate Members of IUOTO at the time of adoption of these Statutes by the Extraordinary General Assembly of IUOTO shall have the right to become Affiliate Members of the Organization without requirement of vote, on declaring that they accept the obligations of affiliate membership.

3. Other international bodies, both intergovernmental and non-governmental, concerned with specialized interests in tourism, may become Affiliate Members of the Organization provided the request for membership is presented in writing to the Secretary-General and receives approval by the Assembly by a majority of two-thirds of the Full Members present and voting and provided that said majority is a majority of the Full Members of the Organization.

4. Commercial bodies or associations with interests defined in paragraph 1 above may become Affiliate Members of the Organization provided their requests for membership are presented in writing to the Secretary-General and are endorsed by the State in which the headquarters of the candidate is

located. Such candidatures must be approved by the General Assembly by a majority of two-thirds of the Full Members present and voting provided that said majority is a majority of the Full Members of the Organization.

5. There may be a Committee of Affiliate Members which shall establish its own rules and submit them to the General Assembly for approval. The Committee may be represented at meetings of the Organization. It may request the inclusion of questions in the agenda of those meetings. It may also make recommendations to the meetings.

6. Affiliate Members may participate in the activities of the Organization individually or grouped in the Committee of Affiliate Members.

Organs

Article 8

1. The organs of the Organization are:

- (a) The General Assembly, hereinafter referred to as the Assembly.
- (b) The Executive Council, hereinafter referred to as the Council.
- (c) The Secretariat.

2. Meetings of the Assembly and the Council shall be held at the headquarters of the Organization unless the respective organs decide otherwise.

General Assembly

Article 9

1. The Assembly is the supreme organ of the Organization and shall be composed of delegates representing Full Members.

2. At each session of the Assembly each Full and Associate Member shall be represented by not more than five delegates, one of whom shall be designated by the Member as Chief Delegate.

3. The Committee of Affiliate Members may designate up to three observers and each Affiliate Member may designate one observer, who may participate in the work of the Assembly.

Article 10

The Assembly shall meet in ordinary session every two years and, as well, in extraordinary session when circumstances require. Extraordinary sessions may be convened at the request of the Council or of a majority of Full Members of the Organization.

Article 11

The Assembly shall adopt its own rules of procedure.

Article 12

The Assembly may consider any question and make recommendations on any matter within the competence of the Organization. Its functions, other than those which have been conferred on it elsewhere in the present Statutes, shall be:

- (a) to elect its President and Vice-Presidents;
- (b) to elect the members of the Council;
- (c) to appoint the Secretary-General on the recommendation of the Council;
- (d) to approve the Financial Regulations of the Organization;
- (e) to lay down general guidelines for the administration of the Organization;

- (f) to approve the staff regulations applicable to the personnel of the Secretariat;
- (g) to elect the auditors on the recommendation of the Council;
- (h) to approve the general programme of work of the Organization;
- (i) to supervise the financial policies of the Organization and to review and approve the budget;
- (j) to establish any technical or regional body which may become necessary;
- (k) to consider and approve reports on the activities of the Organization and of its organs and to take all necessary steps to give effect to the measures which arise from them;
- (l) to approve or to delegate the power to approve the conclusion of agreements with governments and international organizations;
- (m) to approve or to delegate the power to approve the conclusion of agreements with private organizations or private entities;
- (n) to prepare and recommend international agreements on any question that falls within the competence of the Organization;
- (o) to decide, in accordance with the present Statutes, on applications for membership.

Article 13

1. The Assembly shall elect its President and Vice-Presidents at the beginning of each session.

2. The President shall preside over the Assembly and shall carry out the duties which are entrusted to him.

3. The President shall be responsible to the Assembly while it is in session.

4. The President shall represent the Organization for the duration of his term of office on all occasions on which such representation is necessary.

Executive Council

Article 14

1. The Council shall consist of Full Members elected by the Assembly at the ratio of one member for every five Full Members, in accordance with the rules of procedure laid down by the Assembly, with a view to achieving fair and equitable geographical distribution.

2. One Associate Member selected by the Associate Members of the Organization may participate in the work of the Council without the right to vote.

3. A representative of the Committee of Affiliate Members may participate in the work of the Council without the right to vote.

Article 15

The term of elected members shall be four years except that the terms of one-half of the members of the first Council, as determined by lot, shall be two years. Election for one-half of the membership of the Council shall be held every two years.

Article 16

The Council shall meet at least twice a year.

Article 17

The Council shall elect a Chairman and Vice-Chairmen from among its elected members to serve for a term of one year.

Article 18

The Council shall adopt its own rules of procedure.

Article 19.

The functions of the Council, other than those which are elsewhere assigned to it in these Statutes, shall be:

- (a) to take all necessary measures, in consultation with the Secretary-General, for the implementation of the decisions and recommendations of the Assembly and to report thereon to the Assembly;
- (b) to receive from the Secretary-General reports on the activities of the Organization;
- (c) to submit proposals to the Assembly;
- (d) to examine the general programme of work of the Organization as prepared by the Secretary-General, prior to its submission to the Assembly;
- (e) to submit reports and recommendations on the Organization's accounts and budget estimates to the Assembly;
- (f) to set up any subsidiary body which may be required by its own activities;
- (g) to carry out any other functions which may be entrusted to it by the Assembly.

Article 20

Between sessions of the Assembly and in the absence of any contrary provisions in these Statutes, the Council shall take such administrative and technical decisions as may be necessary, within the functions and financial resources of the Organization, and shall report the decisions which have been taken to the Assembly at its following session, for approval.

Secretariat**Article 21**

The Secretariat shall consist of the Secretary-General and such staff as the Organization may require.

Article 22

The Secretary-General shall be appointed by a two-thirds majority of Full Members present and voting in the Assembly, on the recommendation of the Council, and for a term of four years. His appointment shall be renewable.

Article 23

1. The Secretary-General shall be responsible to the Assembly and Council.

2. The Secretary-General shall carry out the directions of the Assembly and Council. He shall submit to the Council reports on the activities of the Organization, its accounts and the draft general programme of work and budget estimates of the Organization.

3. The Secretary-General shall ensure the legal representation of the Organization.

Article 24

1. The Secretary-General shall appoint the staff of the Secretariat in accordance with staff regulations approved by the Assembly.

2. The staff of the Organization shall be responsible to the Secretary-General.

3. The paramount consideration in the recruitment of staff and in the determination of the conditions of service shall be

the necessity of securing the highest standards of efficiency, technical competence and integrity. Subject to this consideration, due regard shall be paid to the importance of recruiting the staff on as wide a geographical basis as possible.

4. In the performance of their duties the Secretary-General and staff shall not seek or receive instructions from any government or any other authority external to the Organization. They shall refrain from any action which might reflect on their position as international officials responsible only to the Organization.

Budget and Expenditure**Article 25**

1. The budget of the Organization, covering its administrative functions and the general programme of work, shall be financed by contributions of the Full, Associate and Affiliate Members according to a scale of assessment accepted by the Assembly and from other possible sources of receipts for the Organization in accordance with the Financing Rules which are attached to these Statutes and form an integral part thereof.

2. The budget prepared by the Secretary-General shall be submitted by the Council to the Assembly for examination and approval.

Article 26

1. The accounts of the Organization shall be examined by two auditors elected by the Assembly on the recommendation of the Council for a period of two years. The auditors shall be eligible for reelection.

2. The auditors, in addition to examining the accounts, may make such observations as they deem necessary with respect to the efficiency of the financial procedures and management, the accounting system, the internal financial controls and, in general, the financial consequences of administrative practices.

Quorum**Article 27**

1. The presence of a majority of the Full Members shall be necessary to constitute a quorum at meetings of the Assembly.

2. The presence of a majority of the Full Members of the Council shall be necessary to constitute a quorum at meetings of the Council.

Voting**Article 28**

Each Full Member shall be entitled to one vote.

Article 29

1. Subject to other provisions of the present Statutes, decisions on all matters shall be taken in the Assembly by a simple majority of Full Members present and voting.

2. A two-thirds majority vote of the Full Members, present and voting, shall be necessary to take decisions on matters involving budgetary and financial obligations of the Members, the location of the headquarters of the Organization, and other questions deemed of particular importance by a simple

majority of the Full Members present and voting at the Assembly.

Article 30

Decisions of the Council shall be made by a simple majority of Members present and voting except on budgetary and financial recommendations which shall be approved by a two-thirds majority of Members present and voting.

**Legal Personality, Privileges
and Immunities**

Article 31

The Organization shall have legal personality.

Article 32

The Organization shall enjoy in the territories of its Member States the privileges and immunities required for the exercise of its functions. Such privileges and immunities may be defined by agreements concluded by the Organization.

Amendments

Article 33

1. Any suggested amendment to the present Statutes and its Annex shall be transmitted to the Secretary-General who shall circulate it to the Full Members at least six months before being submitted to the consideration of the Assembly.

2. An amendment shall be adopted by the Assembly by a two-thirds majority of Full Members present and voting.

3. An amendment shall come into force for all Members when two-thirds of the Member States have notified the Depository Government of their approval of such amendment.

Suspension of Membership

Article 34

1. If any Member is found by the Assembly to persist in a policy that is contrary to the fundamental aim of the Organization as mentioned in Article 3 of these Statutes, the Assembly may, by a resolution adopted by a majority of two-thirds of Full Members present and voting, suspend such Member from exercising the rights and enjoying the privileges of membership.

2. The suspension shall remain in force until a change of such policy is recognized by the Assembly.

Withdrawal from Membership

Article 35

1. Any Full Member may withdraw from the Organization on the expiry of one year's notice in writing to the Depository Government.

2. Any Associate Member may withdraw from the Organization on the same conditions of notice, provided the Depository Government has been notified in writing by the Full Member which is responsible for the external relations of that Associate Member.

3. An Affiliate Member may withdraw from the Organization on the expiry of one year's notice in writing to the Secretary-General.

Entry into Force

Article 36

The present Statutes shall enter into force one hundred and twenty days after fifty-one States whose official tourism organizations are Full Members of IUOTO at the time of adoption of these Statutes have formally signified to the provisional Depository their approval of the Statutes and their acceptance of the obligations of membership.

Depository

Article 37

1. These Statutes and any declarations accepting the obligations of membership shall be deposited for the time being with the Government of Switzerland.

2. The Government of Switzerland shall notify all States entitled to receive such notification of the receipt of such declarations and of the date of entry into force of these Statutes.

Interpretation and Languages

Article 38

The official languages of the Organization shall be English, French, Russian and Spanish.

Article 39

The English, French, Russian and Spanish texts of these Statutes shall be regarded as equally authentic.

Transitional Provisions

Article 40

The headquarters shall provisionally be in Geneva, Switzerland, pending a decision by the General Assembly under Article 2.

Article 41

During a period of one hundred and eighty days after these Statutes enter into force, States Members of the United Nations, the specialized agencies and the International Atomic Energy Agency or Parties to the Statute of the International Court of Justice shall have the right to become Full Members of the Organization, without requirement of vote, on formally declaring that they adopt the Statutes of the Organization and accept the obligations of membership.

Article 42

During the year following the entry into force of the present Statutes, States whose national tourism organizations were members of IUOTO at the time of adoption of these Statutes and which have adopted the present Statutes subject to approval may participate in the activities of the Organization with the rights and obligations of a Full Member.

Article 43

During the year following the entry into force of the present Statutes, territories or groups of territories not responsible

for their external relations but whose tourism organizations were Full Members of IUOTO and are therefore entitled to associate membership and which have adopted the Statutes subject to approval by the State which assumes responsibility for their external relations may participate in the activities of the Organization with the rights and obligations of an Associate Member.

Article 44

When the present Statutes come into force, the rights and obligations of IUOTO shall be transferred to the Organization.

Article 45

The Secretary-General of IUOTO at the time of the entry into force of the present Statutes shall act as Secretary-General of the Organization until such time as the Assembly has elected the Secretary-General of the Organization.

Done at Mexico City on 27 September 1970.

ANNEX

FINANCING RULES

1. The financial period of the Organization shall be two years.
2. The financial year shall be from 1 January to 31 December.
3. The budget shall be financed by the contributions of the Members according to a method of apportionment to be determined by the Assembly, based on the level of economic development of and the importance of tourism in each country, and by other receipts of the Organization.
4. The budget shall be formulated in United States dollars. The currency used for the payment of contributions shall be the United States dollar. This shall not preclude acceptance by the Secretary-General, to the extent authorized by the Assembly, of other currencies in payment of Members' contributions.
5. A General Fund shall be established. All membership contributions made pursuant to paragraph 3, miscellaneous income and any advances from the Working Capital Fund shall be credited to the General Fund. Expenditure for administration and the general programme of work shall be paid out of the General Fund.
6. A Working Capital Fund shall be established, the amount of which is to be fixed by the Assembly. Advance contributions of Members and any other budget receipts which the Assembly decides may be so used, shall be paid into the Working Capital Fund. When required, amounts therefrom shall be transferred to the General Fund.

7. Funds in trust may be established to finance activities not provided for in the budget of the Organization which are of interest to some member countries or groups of countries. Such Funds shall be financed by voluntary contributions. A fee may be charged by the Organization to administer these Funds.
8. The Assembly shall determine the utilization of gifts, legacies and other extraordinary receipts not included in the budget.
9. The Secretary-General shall submit the budget estimates to the Council at least three months before the appropriate meeting of the Council. The Council shall examine these estimates and shall recommend the budget to the Assembly for final examination and approval. The Council's estimates shall be sent to Members at least three months before the appropriate session of the Assembly.
10. The Assembly shall approve the budget by years for the succeeding two-year financial period and its annual apportionment, as well as its administrative accounts for each year.
11. The accounts of the Organization for the last financial year shall be transmitted by the Secretary-General to the auditors and to the competent organ of the Council. The auditors shall report to the Council and to the Assembly.
12. The Members of the Organization shall pay their contribution in the first month of the financial year for which it is due. Members shall be notified of the amount of their contribution, as determined by the Assembly, six months before the beginning of the financial year to which it relates.
However, the Council may approve justified cases of arrears due to different financial years existing in different countries.
13. A Member which is in arrears in the payment of its financial contributions to the Organization's expenditure shall be deprived of the privileges enjoyed by the Members in the form of services and the right to vote in the Assembly and the Council if the amount of its arrears equals or exceeds the amount of the contributions due from it for the preceding two financial years. At the request of the Council, the Assembly may, however, permit such a Member to vote and to enjoy the services of the Organization if it is satisfied that the failure to pay is due to conditions beyond the control of the Member.
14. A Member withdrawing from the Organization shall be liable for assessments on a *pro rata* basis up to the time the withdrawal becomes effective.
In calculating the assessments of Associate and Affiliate Members, account shall be taken of the different bases of their membership and the limited rights they enjoy within the Organization.

Done at Mexico City on 27 September 1970.



GESETZBLATT

37

der Deutschen Demokratischen Republik

1977

Berlin, den 16. Februar 1977

Teil II Nr. 4

Tag	Inhalt	Seite
30. 12. 76	Bekanntmachung über den Beitritt der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zur Konvention vom 1. Juli 1969 über die gegenseitige Anerkennung der Beschußzeichen von Handfeuerwaffen	37
7. 1. 77	Bekanntmachung zur Konvention vom 12. Oktober 1955 zur Errichtung einer internationalen Organisation für das gesetzliche Maßwesen	48

**Bekanntmachung
über den Beitritt
der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
zur Konvention vom 1. Juli 1969
über die gegenseitige Anerkennung
der Beschußzeichen von Handfeuerwaffen
vom 30. Dezember 1976**

Am 10. Dezember 1974 wurde die Beitrittsurkunde der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zur nachstehend veröffentlichten Konvention über die gegenseitige Anerkennung der Beschußzeichen von Handfeuerwaffen vom 1. Juli 1969 hinterlegt.

Die Konvention ist gemäß ihrem Artikel VII Absatz 1 am 10. Dezember 1975 für die Deutsche Demokratische Republik in Kraft getreten.

Berlin, den 30. Dezember 1976

**Der Leiter
des Sekretariats des Ministerrates**

**Dr. Kleinert
Staatssekretär**

KONVENTION
über die gegenseitige Anerkennung
der Beschußzeichen von Handfeuerwaffen

Ausgehend von der Erkenntnis, daß die Konvention vom 15. Juli 1914 über die Festlegung einheitlicher Regeln zur gegenseitigen Anerkennung offizieller Beschußzeichen für Handfeuerwaffen nicht mehr den Anforderungen der modernen Technik entspricht, haben die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Österreich, des Königreiches Belgien, der Republik Chile, des Spanischen Staates, der Französischen Republik, der Italienischen Republik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik folgende Vereinbarung getroffen:

Artikel I

Es wird eine Ständige Internationale Kommission zur Prüfung von Handfeuerwaffen, im folgenden bezeichnet als Ständige Internationale Kommission, abgekürzt CIP, gebildet.

Sie hat die Aufgabe:

1. einerseits die als Normale zur Messung des Gasdrucks dienenden Geräte und andererseits die Meßmethoden auszuwählen, die von den offiziellen Stellen anzuwenden sind, um die genaueste und zweckmäßigste Art der Gasdruckmessung und die Druckhöhe, die Gebrauchs- und Beschußpatronen entwickeln, zu ermitteln:
 - a) in Jagd-, Gebrauchs- und Verteidigungswaffen mit Ausnahme der für den Land-, See- oder Luftkrieg bestimmten Waffen. Die Vertragsschließenden Seiten können jedoch für alle oder einen Teil der letztgenannten Waffen die ausgewählten Meßgeräte und -methoden nutzen;
 - b) in allen anderen tragbaren Einrichtungen, Waffen oder Geräten, die für industrielle oder berufliche Zwecke, die vorstehend nicht genannt sind und die eine Ladung eines Explosionsstoffes zur Fortbewegung, sei es ein Geschosß oder seien es irgendwelche mechanischen Teile, benutzen und deren Prüfung durch die Ständige Internationale Kommission als notwendig anerkannt wird.
- Diese Geräte werden „Normalgeräte“ genannt.
2. die Art und Ausführung der offiziellen Prüfungen zu bestimmen, denen die unter Ziffer 1 Buchstaben a und b aufgeführten Waffen oder Geräte unterzogen werden müssen, um jede Sicherheitsgarantie zu bieten. Diese Prüfungen werden als „Normalprüfungen“ bezeichnet.
 3. an Normalmeßgeräten und Methoden ihrer Handhabung sowie an Normalprüfungen Vervollkommnungen, Ergänzungen und Änderungen so anzuwenden, wie sie durch den Fortschritt im Meßwesen, in der Herstellung von Handfeuerwaffen und von Geräten für industrielle oder berufliche Zwecke sowie deren Munition erforderlich sind;
 4. zur Vereinheitlichung der Abmessungen der Patronenlager der in den Handel kommenden Feuerwaffen und zu den Kontroll- und Prüfbedingungen ihrer Munition beizutragen;
 5. die von den Vertragsschließenden Regierungen erlassenen Gesetze und sonstigen Vorschriften über die offizielle Prüfung von Handfeuerwaffen zu prüfen, um festzustellen, ob sie den in Ziffer 2 festgelegten Bestimmungen entsprechen;

6. zu erklären, in welchen Vertragsschließenden Staaten die Durchführung der Prüfungen den Normalprüfungen, wie in Ziffer 2 angegeben, entspricht und eine Beschußzeichentabelle zu veröffentlichen, aus der die von den offiziellen Beschußämtern dieser Staaten sowohl gegenwärtig als auch seit der Unterzeichnung der Konvention vom 15. Juli 1914 verwendeten Beschußzeichen ersichtlich sind;
7. die nach Ziffer 6 gegebene Erklärung zurückzunehmen und die Tabelle zu ändern, sobald die unter Ziffer 6 genannten Bedingungen nicht mehr erfüllt sind.

Artikel II

Die Beschußzeichen der offiziellen Beschußämter einer jeden der Vertragsschließenden Seiten werden auf dem Territorium der anderen Vertragsschließenden Seite unter der Bedingung anerkannt, daß sie Gegenstand der in Ziffer 6 des Artikels I gegebenen Erklärung sind.

Artikel III

Die Zusammensetzung und die Befugnisse der Ständigen Internationalen Kommission werden durch die der vorliegenden Konvention beigefügte Satzung festgelegt. Diese Satzung ist integrierender Bestandteil der Konvention.

Artikel IV

Im Zweifelsfalle oder im Falle einer Meinungsverschiedenheit über die Auslegung oder Anwendung einer technischen Festlegung, die durch eine Entscheidung der Ständigen Internationalen Kommission in Anwendung des Artikels I der vorliegenden Konvention und des Artikels 5 der Satzung getroffen wurde, kann die interessierte Regierung das Gutachten der Ständigen Internationalen Kommission einholen.

Artikel V

Die vorliegende Konvention liegt ab 1. Juli 1969 zur Unterzeichnung auf.

Artikel VI

1. Jede der Unterzeichnerregierungen notifiziert der Regierung des Königreiches Belgien die Erfüllung der verfassungsmäßig für das Inkrafttreten der vorliegenden Konvention erforderlichen Formalitäten.
2. Die vorliegende Konvention tritt am dreißigsten Tag nach Eingang der dritten dieser Notifikationen in Kraft.
3. Für die anderen Unterzeichnerregierungen tritt die vorliegende Konvention am dreißigsten Tag nach Empfang der in Ziffer 1 genannten Notifikation durch die Regierung des Königreiches Belgien in Kraft.

Artikel VII

1. Nach Inkrafttreten vorliegender Konvention kann jede nicht zu den Unterzeichnern gehörende Regierung dieser Konvention durch Einreichung eines Beitrittsesuches sowie der auf dem eigenen Territorium geltenden Rechtsvorschriften des Beschußamtes an die Regierung des Königreiches Belgien auf diplomatischem Wege beitreten.
Die Regierung des Königreiches Belgien übermittelt das Gesuch und die beigefügte Satzung allen Vertragsregie-

rungen. Der Beitritt wird wirksam, wenn alle Vertragsregierungen ihre Zustimmung erklären. Nach Ablauf einer Frist von einem Jahr der Bekanntgabe des Eingangs des Gesuchs durch die Regierung des Königreiches Belgien an die Vertragschließenden Seiten wird das Fehlen der Antwort einer Vertragsregierung als Zusage gewertet.

2. Die Regierung des Königreiches Belgien unterrichtet alle Vertragsregierungen und den Sekretär der CIP über den Zeitpunkt, an dem jeder neue Beitritt wirksam wird.

Artikel VIII

1. Jede Vertragschließende Seite kann diese Konvention frühestens drei Jahre, nachdem diese für sie in Kraft getreten ist, kündigen. Die Kündigung wird der Regierung des Königreiches Belgien notifiziert und wird ein Jahr nach Empfang der Notifikation wirksam.

2. Die Kündigung durch eine der Vertragschließenden Seiten ist nur für diese selbst wirksam.

Artikel IX

Die Regierung des Königreiches Belgien notifiziert allen Unterzeichner- und beitretenden Regierungen den Zeitpunkt des Eingangs der in Artikel VI (1) und (3) und den Artikeln VII und VIII (1) vorgesehenen Notifikationen.

Artikel X

Bis zum Inkrafttreten der von der Kommission nach Artikel 5 Absatz 1 ihrer Satzung getroffenen Entscheidung bleiben gültig:

die Normalgeräte für die Messung der Drücke und die in der Anlage I der Satzung der Ständigen Internationalen Kommission beschriebenen Normalprüfungen sowie die in der Anlage II der Satzung enthaltenen Regeln der Mindestabmessungen der Patronenlager der Normalgeräte zur Messung des Drucks.

Artikel XI

Die vorliegende Konvention ersetzt die Konvention zur Festlegung einheitlicher Regeln für die gegenseitige Anerkennung offizieller Beschußzeichen für Feuerwaffen sowie seine in Brüssel am 15. Juli 1914 unterzeichneten Anlagen I und II.

Ausgefertigt in Brüssel am 1. Juli 1969 in französischer Sprache in einem Original, das im Archiv der Regierung des Königreiches Belgien hinterlegt wird, welche beglaubigte Abschriften an jede Unterzeichner- und Mitgliedsregierung ausstellt.

Zu Urkund dessen haben die hierzu ordnungsgemäß ermächtigten Unterzeichneten diese Konvention unterzeichnet.

(Übersetzung)

Satzung der Ständigen Internationalen Kommission (CIP)

Artikel I

Die Ständige Internationale Kommission zur Prüfung von Handfeuerwaffen setzt sich aus den Delegierten einer jeden der Vertragschließenden Seiten zusammen. Jede Vertragschließende Seite verfügt, unabhängig von der Anzahl ihrer Delegierten, über eine Stimme.

Artikel 2

1. Am Schluß ihrer Plenartagungen wählt die Ständige Internationale Kommission den Präsidenten der nächsten Plenartagung aus den Delegierten des Staates, auf dessen Territorium die nächste Plenartagung stattfinden soll.

2. Wenn, in Anwendung des Artikels I der Konvention, die Kommission es für zweckmäßig erachtet, kontinuierlich bestimmte Forschungen oder Versuche durchzuführen, kann sie an dem für diese Versuche ausgewählten Ort als Kommission oder als Unterkommission zusammentreten. Der Präsident entscheidet in Übereinstimmung mit den Delegationen über die Zusammensetzung, das Ziel und die Arbeiten der Unterkommissionen. Diese wählen unter ihren Mitgliedern einen Vorsitzenden und einen Sekretär, der im Namen der Unterkommission die Berichte formuliert.

Artikel 3

Ein Ständiges Büro, das unter der Leitung eines Direktors steht, der im Einvernehmen mit den Vertragschließenden Sei-

ten von der Regierung des Königreiches Belgien ernannt wird, ist verantwortlich für:

1. die Sekretariatsarbeiten der Ständigen Internationalen Kommission während der Tagungen;
2. den Schriftverkehr, die Verwaltungs- und Archivarbeiten für die Zeit zwischen den Tagungen. Zu diesem Zweck stellt es die Akten, technischen Unterlagen und Veröffentlichungen zusammen, sorgt für die Aufbewahrung der Abdrücke der offiziell anerkannten Prüfstempel, ordnet ein, übersetzt und übermittelt den Vertragschließenden Seiten Informationen jeglicher Art über die Prüfung von Handfeuerwaffen für industrielle und berufliche Zwecke sowie über die Kontroll- und Prüfmodalitäten ihrer Munition nicht nur der Vertragschließenden Seiten, sondern aller anderen Staaten.

Das Ständige Büro hat seinen Sitz in Belgien.

Artikel 4

1. Die Ständige Internationale Kommission tritt auf Einberufung durch das Ständige Büro zusammen. Sie kann auf Wunsch einer Delegation der Vertragschließenden Seiten einberufen werden; sie muß einberufen werden, wenn mindestens zwei Delegationen der Vertragschließenden Seiten darum ersuchen.
2. Zu diesem Zweck informiert jede Vertragschließende Seite die Regierung des Königreiches Belgien über jede mögliche Änderung der Liste ihrer Delegierten, die das Büro davon in Kenntnis setzt. Zu den technischen Sitzun-

gen der Unterkommissionen können zwecks Behandlung genau festgelegter Fragen Experten mit beratender Stimme hinzugezogen werden.

3. Mit Zustimmung aller Vertragschließenden Seiten kann, unter der Bedingung, von seiner Regierung offiziell bestätigt worden zu sein, ein Beobachter je Nichtsignatarstaat an den Sitzungen der Ständigen Internationalen Kommission teilnehmen.

Hat sich eine Regierung durch einen Beobachter auf drei aufeinanderfolgenden Sitzungen vertreten lassen und nicht ihren Beitritt zur Konvention beantragt, ist es ihr nicht gestattet, sich auf weiteren Tagungen vertreten zu lassen.

4. Auf Antrag des Vorsitzenden der Unterkommission und mit Zustimmung aller Mitglieder dieser Unterkommission können Experten von Nichtsignatarstaaten in beratender Eigenschaft zur Behandlung einzelner, genau festgelegter Fragen zu den technischen Sitzungen der Unterkommission eingeladen werden.

Artikel 5

1. Die Vertragschließenden Seiten ermächtigen die Ständige Internationale Kommission, alle zweckdienlichen Entscheidungen zu treffen, die im Rahmen der im Artikel I der Konvention definierten Ziele sind.
2. Das Ständige Büro übermittelt den Vertragschließenden Seiten über die Regierung des Königreiches Belgien die von der Ständigen Internationalen Kommission getroffenen Entscheidungen und insbesondere die Zeichnungen und Pläne der Normaigeräte zur Messung der Drücke, die Tabellen der Standardabmessungen der Lager und Patronen sowie die Beschreibung der international anerkannten Beschußzeichen. Diese Dokumente werden von der Kommission ständig auf dem neuesten Stand gehalten.

Artikel 6

Um die Durchführung der vorgenannten Entscheidungen zu sichern, übermitteln die Vertragschließenden Seiten auf diplomatischem Wege der Regierung des Königreiches Belgien die vom Ständigen Büro bei ihnen angeforderten Gesetze, Verfügungen und Instruktionen zur Prüfung von Handfeuerwaffen sowie alle anderen diesbezüglichen Unterlagen, welche die Regierung dann diesem Büro übergibt.

Artikel 7

1. Die Beschlüsse der Ständigen Internationalen Kommission werden durch Abstimmung während der Tagung oder auf schriftlichem Wege gefaßt.
2. Die Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden oder vertretenden Delegationen gefaßt, vorausgesetzt, daß die Anzahl der Wahlstimmen mindestens $\frac{2}{3}$ der Gesamtzahl der Mitgliedsregierungen der Ständigen Internationalen Kommission beträgt. Enthaltungen sowie leere oder ungültige Stimmzettel gelten als nicht abgegebene Stimmen.

Bei Stimmgleichheit ist die Stimme des Präsidenten entscheidend.

3. Bei der Anerkennung der Beschußzeichen einer Vertragschließenden Seite hat diese kein Stimmrecht.

4. Aus Anlaß einer Sitzung kann eine Vertragschließende Seite einer anderen Vertragschließenden Seite im Falle der Verhinderung eine Vollmacht erteilen, wobei die beauftragte Regierung nur eine Vollmacht erhalten darf.

5. Im Falle der Abstimmung auf schriftlichem Wege verfügen die Delegationen über eine sechsmonatige Frist zur Beantwortung, die ihnen vom Direktor des Ständigen Büros in Form eines Schreibens mit Empfangsbestätigung übergeben wird. Diese Frist beginnt mit Empfang der Notifikation zur Festlegung der Frist.

Das Fehlen einer Antwort innerhalb dieser Frist wird als Stimmenthaltung gewertet.

Artikel 8

1. Die Beschlüsse treten in Kraft, wenn binnen sechs Monaten nach der im Artikel 5 Absatz 2 vorgesehenen Notifikation keine der Vertragschließenden Seiten bei der Regierung des Königreiches Belgien Einspruch erhebt oder Vorbehalte vorträgt.

Erhebt eine Vertragschließende Seite Einspruch gegen eine Entscheidung, so bleibt dieser für die anderen Vertragschließenden Seiten unwirksam. Werden von einer Vertragschließenden Seite zu einer Entscheidung Vorbehalte erhoben, tritt diese erst in Kraft, wenn diese Vertragschließende Seite die Vorbehalte zurücknimmt. Der Tag des Eingangs der Notifikation bei der Regierung des Königreiches Belgien gilt als Zeitpunkt der Rücknahme. Die Regierung des Königreiches Belgien unterrichtet die Ständige Internationale Kommission von jedem Einspruch, jedem Vorbehalt oder jeder Zurücknahme eines Vorbehaltes.

2. Bei Beschlüssen der Kommission gemäß Artikel I Ziffer 7 der Konvention ist die Vertragschließende Seite, deren Beschußzeichen nicht mehr anerkannt sind und aus der offiziellen Liste gestrichen werden müssen, nicht berechtigt, Einspruch zu erheben oder Vorbehalte vorzubringen.

Artikel 9

Die offizielle Sprache der Ständigen Internationalen Kommission ist französisch.

Artikel 10

Die Kosten des Ständigen Büros werden gemeinsam von allen Vertragsstaaten getragen.

Die allgemeinen Kosten, Tagegelder und Reisekosten der Delegierten der Ständigen Internationalen Kommission anläßlich einer Plenartagung der Kommission oder anläßlich von Unterkommissionssitzungen oder anläßlich ihrer Beziehungen mit dem Ständigen Büro gehen zu Lasten ihrer entsprechenden Regierungen.

Artikel 11

Die vorliegende Satzung hat die gleiche Gültigkeit und Dauer wie die Konvention, deren integrierender Bestandteil sie ist.

Geschehen in Brüssel am 1. Juli 1969 in einer Urschrift in französischer Sprache.

Anlage I

zur Satzung der Ständigen Internationalen Kommission

I. Normalprüfungen

Die Vertragsstaaten oder beitretenden Staaten verpflichten sich, gegenseitig die Beschußzeichen der offiziellen ausländischen Beschußämter, deren Satzung nicht im Gegensatz zu folgenden Prinzipien steht, als gleichwertig mit den in ihren nationalen Beschußämtern aufgedruckten Beschußzeichen anzuerkennen:

Die vollständige Prüfung einer Waffe besteht in einem Beschuß, bei welchem ein Druck entwickelt wird, der mindestens gleich einem festgelegten Wert ist, sowie einer strengen Vor- und Nachkontrolle, die beseitigen soll:

Vor dem Beschuß:

schadhafte Funktionsteile und unzureichend polierte oder fehlerhafte Läufe, die die Widerstandsfähigkeit der Waffe beeinträchtigen und die durch den Beschuß nicht erfaßt werden.

Nach dem Beschuß:

jeden Lauf oder jedes wesentliche Teil, das Fehler oder Verformungen als Folge des Beschußes aufweist.

Die eigentliche Prüfung erfolgt entweder an einer Waffe, die ein solches Herstellungsstadium erreicht hat, in dem keine Arbeitsgänge mehr durchzuführen sind, die ihre Haltbarkeit beeinflussen können, oder wenn sie vollständig fertiggestellt und lieferbereit ist.

II. Prüfung von Hinterladerjagdwaffen mit glatten Läufen (Flinten)

Für Hinterladerjagdwaffen mit glatten Läufen (Flinten) sind zwei Prüfarten festgelegt:

- die gewöhnliche Prüfung, die für Flinten angewendet wird, welche für das Schießen mit Patronen bestimmt sind und deren mittlerer Höchstdruck nicht 650 bar übersteigt (Crusher-Messung);
- die verstärkte Prüfung für Flinten, welche für das Schießen mit Patronen mit höherem Druck bestimmt sind.

1. Gewöhnliche Prüfung:

Die Prüfung wird für Flinten der Kaliber 12, 16 und 20 angewendet, deren mittlerer Höchstdruck nicht 650 bar (Mittel aus 20 Schüssen) übersteigt.

Die gewöhnliche Prüfung besteht aus dem Beschuß mit mindestens 2 Patronen. Der Beschuß mit diesen beiden Patronen muß es ermöglichen, mindestens einmal jede der folgenden Bedingungen zu verwirklichen:

- a) Entwicklung eines solchen Drucks im Patronenlager, daß die Resthöhe eines LCA-Crusher-Zylinders im 1. Druckmesser des Normalgerätes mit einem Kolben von 30 mm² maximal gleich 3,78 mm (850 bar) ist;
- b) Entwicklung eines solchen Drucks im Lauf, daß die Resthöhe eines LCA-Crusher-Zylinders im 2. Druckmesser 162 mm vom Stoßboden mit einem Kolben von 30 mm² maximal 4,40 mm (500 bar) beträgt.

2. Verstärkte Prüfung:

Diese Prüfung wird für Flinten der Kaliber 12, 16 und 20 angewendet, die für das Schießen mit Patronen bestimmt sind, deren mittlerer Höchstdruck 650 bar übersteigen kann.

Die Prüfung besteht aus dem Beschuß von mindestens 2 Patronen, unter eventueller Berücksichtigung der gewöhnlichen Prüfung.

Der Beschuß mit beiden Patronen muß es ermöglichen, mindestens einmal jede der folgenden Bedingungen zu verwirklichen:

- a) Entwicklung eines solchen Drucks im Patronenlager, daß die Resthöhe eines LCA-Zylinders im 1. Druckmesser des Normalgerätes mit einem Kolben von 30 mm² maximal 3,16 mm (1 200 bar) beträgt;
- b) Entwicklung eines solchen Drucks im Lauf, daß die Resthöhe eines Crusher-Zylinders im 2. Druckmesser maximal 4,40 mm (500 bar) beträgt.

Die vorstehend für beide Prüfungen festgelegten Bedingungen können wie folgt verwirklicht werden:

- entweder getrennt mit zwei verschiedenen Patronen
- oder mit zwei gleichen Patronen, die gleichzeitig die Bedingungen a) und b) erfüllen.

Für die gewöhnliche und verstärkte Prüfung bestehen unterschiedliche Beschußzeichen.

Anlage II
zur Satzung der Ständigen Internationalen Kommission

EUROPÄISCHE STANDARDISIERUNG
DER PATRONENLAGER BEI JAGDWAFFEN

ALLGEMEINE ABMESSUNGEN DER PATRONENLAGER (in mm)

Kaliber	H mind.	Toler.	D mind.	Toler.	G mind.	Toler.	T mind.	Toler.
10	21,40	+ 0,1	21,75	+ 0,1	23,75	+ 0,1	1,90	+ 0,05
12	20,30		20,65		22,55		1,85	
14	19,35		19,70		21,55		1,75	
16	18,00		18,95		20,75		1,65	
20	17,40		17,75		19,50		1,55	
24	16,50		18,80		18,55		1,55	
28	15,00		15,90		17,50		1,55	
32	14,30		14,60		16,20		1,55	
410	11,80		12,05		13,70		1,55	

LÄNGE DER PATRONENLAGER

	2"	2 1/2" 32 ... 24	2 1/2" 20 ... 12	2 3/4"	2 7/8"	3"	3 1/4"
L mind.	50,8	63,6	65,1	69,9	73,0	76,2	82,6
Toler.	Allgemeine Toleranz: 2,0 zusätzlich						

VOM TECHNISCHEN KOMITEE
DER EUROPÄISCHEN PATRONENHERSTELLER
ANGENOMMENE ABMESSUNGEN DER JAGDPATRONENHÜLSEN

$$Q = g \text{ maxi} + 0,05$$

$$K = h \text{ maxi} + 0,05$$

$$r = 0,5$$

ALLGEMEINE ABMESSUNGEN DER HÜLSEN (in mm)

Kaliber	g maxi	Toler.	d maxi	Toler.	t maxi	Toler.	h maxi	Toler.	Kaliber
10	23,65	- 0,25	21,70	- 0,15	1,90	- 0,25	21,30	- 0,25	10
12	22,45	- 0,25	20,60	- 0,15	1,85	- 0,25	20,20	- 0,25	12
14	21,45	- 0,25	19,65	- 0,15	1,75	- 0,20	19,30	- 0,25	14
16	20,65	- 0,25	18,90	- 0,15	1,65	- 0,20	18,55	- 0,25	16
20	19,40	- 0,20	17,70	- 0,15	1,55	- 0,20	17,35	- 0,25	20
24	18,45	- 0,20	16,75	- 0,10	1,55	- 0,20	16,45	- 0,25	24
28	17,40	- 0,20	15,85	- 0,10	1,55	- 0,20	15,55	- 0,25	28
32	16,10	- 0,20	14,55	- 0,10	1,55	- 0,20	14,25	- 0,25	32
410	13,60	- 0,20	12,00	- 0,10	1,55	- 0,20	11,75	- 0,20	410

LÄNGE DER HÜLSEN

	2"	2 1/2" 32 ... 24	2 1/2" 20 ... 12	2 3/4"	2 7/8"	3"	3 1/4"
l maxi in mm	50,7	63,5	65,0	69,8	72,8	76,0	82,4
Toler.	Allgemeine Toleranz: 0,7 mm abzüglich						

CONVENTION

pour la reconnaissance réciproque des poinçons d'épreuves des armes à feu portatives

Les Gouvernements de la République Fédérale d'Allemagne, de la République d'Autriche, du Royaume de Belgique, de la République du Chili, de l'Etat Espagnol, de la République Française, de la République Italienne et de la République Socialiste Tchécoslovaque;

Constatant que la Convention du 15 juillet 1914, conclue en vue de l'établissement de règles uniformes pour la reconnaissance réciproque des poinçons officiels d'épreuves des armes à feu ne répond plus aux exigences de la technique moderne,

Sont convenus des dispositions suivantes:

Article I

Il est créé une Commission Internationale Permanente pour l'épreuve des armes à feu portatives, désignée ci-après sous le nom de Commission Internationale Permanente, en abrégé C. I. P.

Elle a pour mission:

- 1) De choisir d'une part les appareils qui serviront d'étalon pour la mesure de la pression de tir et, d'autre part, les procédés de mesure à utiliser par les services officiels pour déterminer, de la manière la plus précise et la plus pratique, la pression que développent les cartouches de tir et d'épreuve:
 - a. dans les armes de chasse, de tir et de défense, à l'exception des armes destinées à la guerre terrestre, navale ou aérienne; cependant, les Parties contractantes ont la faculté d'utiliser, pour tout ou partie de ces dernières armes, les instruments et procédés de mesures adoptés.
 - b. dans tous les autres engins portatifs, armes ou appareils à buts industriels ou professionnels non dénommés ci-dessus et qui utilisent une charge de substance explosive pour la propulsion, soit d'un projectile, soit de pièces mécaniques quelconques et dont l'épreuve serait reconnue nécessaire par la Commission Internationale Permanente.
- Ces appareils seront dénommés « Appareils étalons ».
- 2) De déterminer la nature et l'exécution des épreuves officielles auxquelles devront, pour offrir toute garantie de sécurité, être soumis les armes ou appareils désignés aux paragraphes 1) a. et b.
Ces épreuves seront désignées sous le terme « Epreuves étalons ».
 - 3) D'apporter aux appareils de mesure étalons et aux procédés de leur manipulation, ainsi qu'aux épreuves étalons, tous perfectionnements, modifications ou compléments requis par les progrès de la métrologie, de la fabrication des armes à feu portatives et des appareils à buts industriels ou professionnels ainsi que de leurs munitions.
 - 4) De rechercher l'unification des dimensions de chambre des armes à feu mises dans le commerce et les modalités de contrôle et d'épreuve de leurs munitions.
 - 5) D'examiner les lois et règlements relatifs à l'épreuve officielle des armes à feu portatives édictés par les Gouvernements contractants afin de vérifier s'ils sont conformes aux dispositions adoptées en application du paragraphe 2) ci-dessus.

- 6) De déclarer dans quels Etats contractants l'exécution des épreuves correspond aux épreuves étalons suivant le paragraphe 2) et de publier un tableau reproduisant les modèles des poinçons utilisés par les Bancs d'épreuves officiels de ces Etats tant actuellement que depuis la signature de la Convention du 15 juillet 1914.

- 7) De retirer la déclaration prévue au paragraphe 6) ci-dessus et de modifier le tableau dès que les conditions énoncées au paragraphe 6) ne sont plus remplies.

Article II

Les poinçons des Bancs d'épreuves officiels de chacune des Parties contractantes seront reconnus sur le territoire des autres Parties contractantes à condition d'avoir fait l'objet de la déclaration prévue au paragraphe 6) de l'article I.

Article III

La composition et les attributions de la Commission Internationale Permanente sont déterminées par le Règlement joint à la présente Convention. Ce Règlement fait partie intégrante de la Convention.

Article IV

En cas de doute ou de discussion sur l'interprétation ou l'application d'un des points d'ordre technique, fixé par une décision de la Commission Internationale Permanente, prise en application de l'article I de la présente Convention et de l'article 5 du Règlement, le Gouvernement intéressé recourra à l'avis de la Commission Internationale Permanente.

Article V

La présente Convention est ouverte à la signature à partir du 1^{er} juillet 1969.

Article VI

- 1) Chacun des Gouvernements signataires notifiera au Gouvernement du Royaume de Belgique l'accomplissement des formalités constitutionnellement requises pour la mise en vigueur de la présente Convention.
- 2) La présente Convention entrera en vigueur le trentième jour après la réception de la troisième de ces notifications.
- 3) A l'égard des autres Gouvernements signataires, la présente Convention entrera en vigueur le trentième jour après la réception par le Gouvernement du Royaume de Belgique de la notification visée au paragraphe 1.

Article VII

- 1) Après l'entrée en vigueur de la présente Convention, tout Gouvernement non signataire pourra y adhérer en adressant au Gouvernement du Royaume de Belgique, par la voie diplomatique, une demande d'adhésion accompagnée du Règlement de banc d'épreuves en vigueur sur son propre territoire.

Le Gouvernement du Royaume de Belgique transmettra la demande et le Règlement annexé à tous les Gouvernements contractants. L'adhésion sera effective si tous les Gouvernements contractants font connaître leur assentiment. A l'expiration d'un délai d'un an à dater de la notification de la réception de la demande par le Gouvernement du Royaume de Belgique aux Parties contractantes l'absence de réponse d'un Gouvernement contractant sera considérée comme valant acceptation.

- 2) Le Gouvernement du Royaume de Belgique informera tous les Gouvernements contractants et le Secrétaire de la C. I. P. de la date à laquelle toute nouvelle adhésion sera devenue effective.

Article VIII

- 1) Toute Partie contractante pourra dénoncer la présente Convention au plus tôt trois ans après l'entrée en vigueur à son égard. La dénonciation sera notifiée au Gouvernement du Royaume de Belgique et prendra effet un an après la réception de la notification.
- 2) La dénonciation par l'une des Parties contractantes n'aura d'effet qu'à son égard.

Article IX

Le Gouvernement du Royaume de Belgique notifiera à tous les Gouvernements signataires et adhérents, la date de la

réception des notifications prévues aux articles VI (1) et (3), VII et VIII (1).

Article X

Jusqu'à l'entrée en vigueur des décisions prises par la Commission en vertu de l'article 5, alinéa 1 de son Règlement, demeureront valables: les appareils étalons pour la mesure des pressions et les épreuves étalons décrits dans l'annexe I du Règlement de la Commission Internationale Permanente, de même que les règles relatives aux dimensions minima des chambres des appareils étalons pour la mesure de la pression, mentionnées dans l'annexe II du Règlement.

Article XI

La présente Convention remplace la Convention en vue de l'établissement de règles uniformes pour la reconnaissance réciproque des poinçons officiels d'épreuve des armes à feu et ses Annexes I et II, signées à Bruxelles, le 15 juillet 1914.

FAIT à Bruxelles, de 1er juillet 1969, en langue française, en un seul original qui sera déposé dans les archives du Gouvernement du Royaume de Belgique qui en délivrera des copies certifiées conformes à chacun des Gouvernements signataires et adhérents.

EN FOI DE QUOI les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé la présente Convention.

REGLEMENT DE LA COMMISSION INTERNATIONALE PERMANENTE (C. I. P.)

et

ANNEXES I et II

Article 1

La Commission Internationale Permanente pour l'épreuve des armes à feu portatives est composée des délégués de chacune des Parties contractantes. Chaque Partie contractante dispose d'une voix, quel que soit le nombre de ses délégués.

Article 2

1. A la fin de chacune de ses sessions, la Commission Internationale Permanente élit le Président de la session suivante parmi les délégués de l'Etat sur le territoire duquel se tiendra cette session.
2. Si, pour l'application de l'article 1 de la Convention, la Commission estime utile de poursuivre, d'une manière continue, certaines recherches ou expériences, elle peut se réunir à l'endroit choisi pour ces expériences, soit en commission, soit en sous-commission. Le Président, en accord avec les délégations, décide de la composition, du but et des travaux des sous-commissions. Celles-ci choisissent parmi leurs membres, un président et un secrétaire qui rédigera les rapports au nom de la sous-commission.

Article 3

Un Bureau Permanent, ayant à sa tête un Directeur, désigné par le Gouvernement du Royaume de Belgique avec l'accord des Parties contractantes est chargé d'assurer:

1. pendant les sessions, le secrétariat de la Commission Internationale Permanente;

2. dans l'intervalle des sessions, les services de correspondance, d'administration et d'archives; à ce titre, il centralise les dossiers, documents et publications techniques, conserve les empreintes des poinçons d'épreuve officiellement reconnus, classe, traduit et communique aux Parties contractantes les renseignements de toute nature sur l'épreuve des armes à feu portatives et des appareils à buts industriels et professionnels, ainsi que sur les modalités de contrôle et d'épreuve de leurs munitions; non seulement des Parties contractantes, mais de tous les autres Etats. Le Bureau Permanent a son siège en Belgique.

Article 4

1. La Commission Internationale Permanente se réunit sur convocation du Bureau Permanent. Elle peut être convoquée à la demande d'une des délégations des Parties contractantes; elle doit être convoquée si au moins deux délégations des Parties contractantes en font la demande.
2. A cet effet, chaque Partie contractante informe le Gouvernement du Royaume de Belgique, qui en donne connaissance au Bureau, de toute modification apportée éventuellement à la liste de ses délégués. Des experts peuvent être admis à participer à titre consultatif pour traiter de certains problèmes bien définis aux réunions techniques des sous-commissions.
3. Un observateur par Etat non signataire peut être admis aux sessions de la Commission Internationale Permanente d'un commun accord entre les Parties contractantes, à condition d'être officiellement désigné par son Gouvernement.

Si, après s'être fait représenter par un observateur à trois sessions successives, un Gouvernement n'a pas demandé son adhésion à la Convention, il n'est plus admis à se faire représenter aux sessions ultérieures.

4. Aux réunions techniques des sous-commissions, des experts des Etats non signataires peuvent être invités à titre consultatif pour traiter de certains problèmes bien définis, à la demande du Président de la sous-commission et avec l'accord de tous les membres de cette sous-commission.

Article 5

1. Les Parties contractantes autorisent la Commission Internationale Permanente à prendre toutes décisions utiles dans le cadre des buts définis à l'article I de la Convention.
2. Le Bureau Permanent transmet aux Parties contractantes par l'intermédiaire du Gouvernement du Royaume de Belgique, les décisions prises par la Commission Internationale Permanente et, notamment, les dessins et plans des appareils étalons pour la mesure des pressions, les tableaux des dimensions normalisées de chambres et cartouches ainsi que la description des marques de poinçons d'épreuve reconnus internationalement. Ces documents sont constamment tenus à jour par la Commission.

Article 6

Afin d'assurer l'exécution des dispositions qui précèdent, les Parties contractantes communiquent, par la voie diplomatique, au Gouvernement du Royaume de Belgique, qui le transmet au Bureau Permanent, les lois, arrêtés et instructions concernant l'épreuve des armes à feu portatives ainsi que tous les autres documents afférents qui leur sont réclamés par ce Bureau.

Article 7

1. Les décisions de la Commission Internationale Permanente font l'objet de votes, soit en cours de session, soit par correspondance.
2. Les décisions sont prises à la majorité simple des voix des délégations présentes ou représentées et à condition que le nombre de suffrages soit au moins égal aux 2/3 du nombre total de Gouvernements membres de la Commission Internationale Permanente.

Les abstentions, votes ou bulletins blancs ou nuls ne sont pas considérés comme suffrages exprimés.
En cas d'égalité dans le partage des voix, la voix du Président est prépondérante.

3. Toutefois lorsqu'il s'agit de la reconnaissance des poinçons d'épreuve d'une Partie contractante celle-ci n'a pas de droit de vote.
4. A l'occasion d'une session, une Partie contractante peut, en cas d'empêchement donner procuration à une autre Partie contractante dans la limite d'une procuration par Gouvernement mandataire.

5. En cas de vote par correspondance, les délégations disposent d'un délai de réponse de six mois qui leur est notifié sous forme d'envoi avec accusé de réception par le Directeur du Bureau Permanent. Ce délai s'entend à compter de la réception de la notification relative à la fixation du délai.

L'absence de réponse dans ce délai est considérée comme une abstention.

Article 8

1. Les décisions entrent en vigueur si, dans les six mois qui suivent la notification prévue à l'article 5, paragraphe 2, aucune des Parties contractantes ne s'oppose ou ne formule des réserves auprès du Gouvernement du Royaume de Belgique.

Si une Partie contractante s'oppose à une décision, celle-ci reste sans effet à l'égard des autres Parties contractantes. En cas de réserves formulées par une Partie contractante vis-à-vis d'une décision, cette dernière n'entre en vigueur que si ladite Partie contractante retire ses réserves. Est considérée comme date de retrait, la date de réception de la notification adressée au Gouvernement du Royaume de Belgique.

Le Gouvernement du Royaume de Belgique informe la Commission Internationale Permanente de toute opposition, réserve ou retrait de réserve.

2. En cas de décisions prises par la Commission, conformément à l'article I, § 7 de la Convention, la Partie contractante dont le ou les poinçons d'épreuve ne sont plus reconnus et doivent être rayés du tableau officiel, n'est pas autorisée à former opposition ni à formuler des réserves.

Article 9

La langue officielle de la Commission Internationale Permanente est le français.

Article 10

Les frais du Bureau Permanent sont supportés conjointement par tous les Etats contractants.

Les frais généraux, indemnités et frais de déplacement des délégués de la Commission Internationale Permanente, lors de la réunion de la Commission en séance plénière ou des sous-commissions, ou encore à l'occasion de leurs rapports avec le Bureau Permanent, sont à charge de leurs Gouvernements respectifs.

Article 11

Le présent Règlement a la même valeur et durée que la Convention dont il est partie intégrante.

FAIT à Bruxelles, le 1^{er} juillet 1969, en langue française, en un seul original.

ANNEXE I

au

Règlement de la Commission Internationale Permanente

I. — Les épreuves étalons

Les Etats contractants ou adhérents, s'engagent à reconnaître réciproquement comme équivalents aux poinçons d'épreuves apposés dans leurs Bancs d'Epreuve nationaux, les poinçons des Bancs d'Epreuve officiels étrangers dont le règlement ne sera pas en opposition avec les principes suivants:

L'épreuve complète d'une arme consiste dans le tir effectué à une pression au moins égale à une valeur déterminée, précédé et suivi d'un contrôle rigoureux destiné à éliminer:

avant tir:

les mécanismes défectueux et les canons insuffisamment polis ou présentant des défauts qui compromettent la résistance de l'arme et qui ne sont pas contrôlés par le tir d'épreuve;

après tir:

tout canon ou toute pièce essentielle présentant des défauts ou déformations consécutifs au tir d'épreuve.

L'épreuve proprement dite s'effectue soit sur l'arme ayant atteint un stade de sa fabrication tel qu'elle ne subisse plus d'opérations susceptibles d'affecter sa résistance, soit lorsqu'elle est complètement terminée en état de livraison.

II. — Epreuves des fusils de chasse à canons lisses à charger par la culasse

Pour les fusils de chasse à canons lisses à charger par la culasse il est établi deux types d'épreuve:

- l'épreuve ordinaire, appliquée aux fusils destinés au tir de cartouches dont la pression maximale moyenne ne dépasse pas 650 bars (mesures crusher);
- l'épreuve supérieure appliquée aux fusils destinés au tir de cartouches de puissance supérieure.

1) *Epreuve ordinaire:*

Cette épreuve s'applique aux fusils cal. 12, 16 et 20 dont la pression maximale moyenne ne dépasse pas 650 bars (moyenne de 20 coups).

L'épreuve ordinaire comporte le tir de 2 cartouches au moins. Le tir de ces deux cartouches devra permettre de réaliser une fois au moins chacune des conditions suivantes:

- a) développer à la chambre une pression telle que la hauteur restante d'un cylindre-crusher LCA placé dans le 1^{er} manomètre de l'appareil étalon muni d'un piston de 30 mm² soit au maximum égal à 3,78 mm (850 bars).
- b) développer dans l'arme une pression telle que la hauteur restante d'un cylindre-crusher LCA placé dans le 2^{eme} manomètre situé à 162 mm du fond de cuvette du verrou muni d'un piston de 30 mm² soit au maximum de 4,40 mm (500 bars).

2) *Epreuve supérieure:*

Cette épreuve s'applique aux fusils cal. 12, 16 et 20 destinés au tir de cartouches dont la pression maximale moyenne peut dépasser 650 bars.

L'épreuve comporte le tir de 2 cartouches au moins, compte tenu de l'épreuve ordinaire éventuelle.

Le tir des deux cartouches devra permettre de réaliser, une fois au moins, chacune des conditions suivantes:

- a) développer à la chambre une pression telle que la hauteur restante d'un cylindre LCA placé dans le 1^{er} manomètre de l'appareil étalon, muni d'un piston de 30 mm², soit au maximum de 3,16 mm (1200 bars).
- b) développer dans le canon une pression telle que la hauteur restante d'un cylindre-crusher placé dans le 2^{eme} manomètre soit au maximum de 4,4 mm (500 bars).

Les conditions définies ci-dessus pour les deux épreuves peuvent être réalisées comme suit

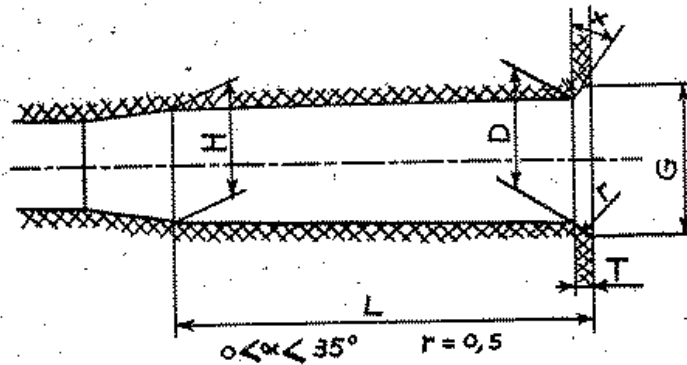
- soit séparément par deux cartouches différentes,
- soit par deux cartouches identiques répondant simultanément aux conditions a) et b).

Un poinçon distinct correspondra à l'épreuve ordinaire et à l'épreuve supérieure.

ANNEXE II

ou

Règlement de la Commission Internationale Permanente

STANDARDISATION EUROPEENNE
DES CHAMBRES DE FUSILS DE CHASSE

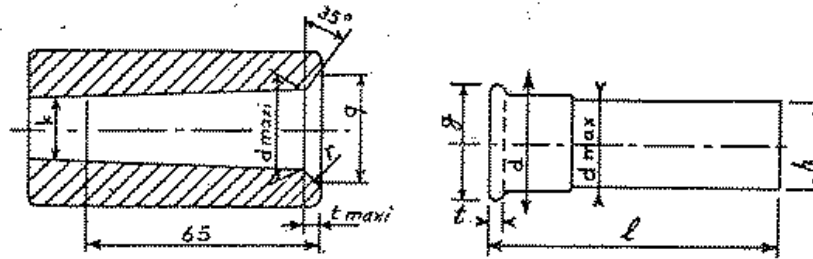
DIMENSIONS GENERALES DES CHAMBRES (en mm)

Calibre	H mini	Tolér.	D mini	Tolér.	G mini	Tolér.	T mini	Tolér.
10	21,40	+ 0,1	21,75	+ 0,1	23,75	+ 0,1	1,90	+ 0,05
12	20,30		20,65		22,55		1,85	
14	19,35		19,70		21,55		1,75	
16	18,60		18,95		20,75		1,65	
20	17,40		17,75		19,50		1,55	
24	16,50		16,80		18,55		1,55	
28	15,80		15,90		17,50		1,55	
32	14,30		14,60		16,20		1,55	
410	11,80		12,05		13,70		1,55	

LONGUEUR DES CHAMBRES

	2"	2 1/2" 32...24	2 1/2" 20...12	2 3/4"	2 7/8"	3"	3 1/4"
L mini	50,8	63,6	65,1	69,9	73,0	76,2	82,6
Tolér.	tolérance générale: 2,0 mm en plus						

**DIMENSIONS DES DOUILLES DE CHASSE
ADOPTÉES PAR LE COMITÉ TECHNIQUE
DES CARTOUCHIERS EUROPÉENS**



$$Q = g \text{ maxi} + 0,05$$

$$K = h \text{ maxi} + 0,05$$

$$r = 0,5$$

DIMENSIONS GÉNÉRALES DES DOUILLES (en mm)

Calibre	g maxi	Tolér.	d maxi	Tolér.	t maxi	Tolér.	h maxi	Tolér.	Calibre
10	23,65	-0,25	21,70	-0,15	1,90	-0,25	21,30	-0,25	10
12	22,45	-0,25	20,60	-0,15	1,85	-0,25	20,20	-0,25	12
14	21,45	-0,25	19,65	-0,15	1,75	-0,20	19,30	-0,25	14
16	20,65	-0,25	18,90	-0,15	1,65	-0,20	18,55	-0,25	16
20	19,40	-0,20	17,70	-0,15	1,55	-0,20	17,35	-0,25	20
24	18,45	-0,20	16,75	-0,10	1,55	-0,20	16,45	-0,25	24
28	17,40	-0,20	15,85	-0,10	1,55	-0,20	15,55	-0,25	28
32	16,10	-0,20	14,55	-0,10	1,55	-0,20	14,25	-0,25	32
410	13,60	-0,20	12,00	-0,10	1,55	-0,20	11,75	-0,20	410

LONGUEUR DES DOUILLES

	2"	2 ¹ / ₃ " 32...24	2 ¹ / ₂ " 20...12	2 ³ / ₄ "	2 ⁷ / ₈ "	3"	3 ¹ / ₄ "
l maxi en mm	50,7	63,5	65,0	69,8	72,8	76,0	82,4
Tolér.	tolérance générale: 0,7 mm en moins						

**Bekanntmachung
zur Konvention vom 12. Oktober 1955
zur Errichtung einer internationalen Organisation
für das gesetzliche Meßwesen**

vom 7. Januar 1977

Nachstehend wird die Konvention zur Errichtung einer internationalen Organisation für das gesetzliche Meßwesen vom 12. Oktober 1955 veröffentlicht, der die Deutsche Demokratische Republik gemäß Artikel XXXIII der Konvention im Jahre 1956 beigetreten ist.

Berlin, den 7. Januar 1977

Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik
H. Eichler

(Übersetzung)

**Konvention
zur Errichtung einer internationalen Organisation
für das gesetzliche Meßwesen**

DIE VERTRAGSSTAATEN DIESER KONVENTION IN DEM WUNSCH, die durch Verwendung von Meßinstrumenten entstehenden technischen und verwaltungsmäßigen Probleme auf internationaler Ebene zu lösen, und

IN DEM BEWUSSTSEIN, daß zur Erreichung dieses Zieles eine Koordinierung ihrer Bemühungen wichtig ist,

HABEN VEREINBART, eine internationale Organisation für das gesetzliche Meßwesen nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen zu gründen:

Teil I

Zweck der Organisation

Artikel I

Es wird eine internationale Organisation für das gesetzliche Meßwesen errichtet.

Aufgabe der Organisation ist es,

1. eine Zentralstelle zu schaffen für Dokumentation und Information
 - einerseits über die verschiedenen staatlichen Stellen, die sich mit der Prüfung und Überwachung von Meßinstrumenten befassen, welche gegenwärtig oder künftig einer gesetzlichen Regelung unterliegen;
 - andererseits über die genannten Meßinstrumente unter dem Gesichtspunkt ihres Entwurfs, ihres Baues und ihrer Verwendung;
2. die Texte der in den einzelnen Staaten geltenden gesetzlichen Vorschriften über Meßinstrumente und ihre Verwendung samt allen zum vollkommenen Verständnis dieser Vorschriften erforderlichen, auf dem Verfassungs- und Verwaltungsrecht dieser Staaten beruhenden Erläuterungen zu übersetzen und herauszugeben;
3. die allgemeinen Grundsätze des gesetzlichen Meßwesens festzulegen;
4. im Hinblick auf eine Vereinheitlichung der Methoden und Regelungen die Probleme der Gesetzgebung und Normung auf dem Gebiet des gesetzlichen Meßwesens, deren Lösung von internationaler Bedeutung ist, zu untersuchen;
5. ein Muster eines Gesetz- und Verordnungsentwurfes über Meßinstrumente und ihre Verwendung auszuarbeiten;
6. einen konkreten Organisationsplan einer Musterdienststelle für die Prüfung und Überwachung von Meßinstrumenten auszuarbeiten;
7. die erforderlichen und ausreichenden Merkmale und Eigenschaften festzulegen, denen die Meßinstrumente entsprechen müssen, damit sie von den Mitgliedstaaten genehmigt und zur Verwendung auf internationaler Ebene empfohlen werden können;
8. die Beziehungen zwischen den Eichbehörden oder den sonstigen für das gesetzliche Meßwesen zuständigen Stellen der einzelnen Mitgliedstaaten der Organisation zu fördern.

Teil II

Aufbau der Organisation

Artikel II

Mitglieder der Organisation sind die Vertragsstaaten dieser Konvention.

Artikel III

Die Organisation umfaßt

- eine internationale Konferenz für das gesetzliche Meßwesen,
- einen internationalen Ausschuß für das gesetzliche Meßwesen,
- ein internationales Büro für das gesetzliche Meßwesen, die nachstehend behandelt sind.

Die internationale Konferenz für das gesetzliche Meßwesen

Artikel IV

Aufgabe der Konferenz ist es,

1. die mit den Zielen der Organisation zusammenhängenden Fragen zu untersuchen und alle diesbezüglichen Beschlüsse zu fassen;
2. für die Einsetzung der leitenden Organe zu sorgen, deren Aufgabe es ist, die Arbeiten der Organisation auszuführen sowie die Mitglieder des Ausschusses zu wählen oder ihre Zuwahl zu bestätigen;
3. die Berichte zu prüfen und zu genehmigen, welche die verschiedenen gemäß dieser Konvention geschaffenen Organe für das gesetzliche Meßwesen als Ergebnis ihrer Arbeiten vorlegen.

Alle Fragen, welche die innere Gesetzgebung und Verwaltung eines Einzelstaates berühren, sind der Zuständigkeit der Konferenz entzogen, es sei denn, daß der betreffende Staat ausdrücklich ein gegenteiliges Ersuchen stellt.

Artikel V

Die Vertragsstaaten dieser Konvention gehören der Konferenz als ordentliche Mitglieder an; sie sind in ihr gemäß Artikel VII vertreten und sind durch die in dieser Konvention festgelegten Verpflichtungen gebunden.

Außer den ordentlichen Mitgliedern können der Konferenz als korrespondierende Mitglieder angehören:

1. Staaten oder Hoheitsgebiete, die noch nicht Vertragsparteien der Konvention sein können oder wollen;
2. internationale Vereinigungen, deren Tätigkeit derjenigen der Organisation verwandt ist.

Die korrespondierenden Mitglieder sind in der Konferenz nicht vertreten; sie können jedoch Beobachter mit lediglich beratender Stimme in diese entsenden. Sie brauchen keine Mitgliedsbeiträge zu zahlen, tragen jedoch die Kosten für auf ihren Wunsch geleistete Dienste sowie für den Bezug der Veröffentlichungen der Organisation.

Artikel VI

Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, der Konferenz alle in ihrem Besitz befindlichen Unterlagen zu liefern, die nach ihrer Auffassung geeignet sind, der Organisation die Durchführung der ihr obliegenden Aufgaben zu ermöglichen.

Artikel VII

Die Mitgliedstaaten delegieren zu den Tagungen der Konferenz höchstens drei offizielle Vertreter. Soweit möglich, soll einer von diesen in seinem Land eine diensttuende Amtsperson der Eichbehörde oder einer anderen für das gesetzliche Meßwesen zuständigen Stelle sein.

Nur einer von ihnen ist stimmberechtigt.

Diese Delegierten bedürfen keiner „Vollmachten“, es sei denn, daß der Ausschuß in Ausnahmefällen und im Hinblick auf bestimmte Fragen darum ersucht.

Jeder Staat trägt die für seine Vertretung in der Konferenz entstehenden Kosten.

Mitglieder des Ausschusses, die nicht von ihrer Regierung delegiert sind, können an den Sitzungen mit beratender Stimme teilnehmen.

Artikel VIII

Die Konferenz beschließt über die Empfehlungen, die hinsichtlich eines gemeinsamen Vorgehens der Mitgliedstaaten auf den im Artikel I genannten Gebieten zu erteilen sind.

Die Beschlüsse der Konferenz können nur wirksam werden, wenn die Zahl der anwesenden Mitgliedstaaten mindestens zwei Drittel sämtlicher Mitgliedstaaten beträgt und wenn sie mit mindestens vier Fünfteln der abgegebenen Stimmen gefaßt worden sind. Die Zahl der abgegebenen Stimmen muß mindestens vier Fünftel der anwesenden Mitgliedstaaten betragen.

Stimmenthaltungen sowie leere oder ungültige Stimmzettel gelten nicht als abgegebene Stimmen.

Die Beschlüsse werden zur Unterrichtung, Prüfung und Empfehlung den Mitgliedstaaten sofort mitgeteilt.

Diese übernehmen die moralische Verpflichtung, die Beschlüsse soweit irgend möglich durchzuführen.

Jedoch ist bei allen Abstimmungen über Organisation, Haushalt, Verwaltung und Geschäftsordnung der Konferenz, des Ausschusses oder des Büros sowie über jede ähnliche Frage die absolute Mehrheit für die sofortige Durchführbarkeit des betreffenden Beschlusses ausreichend, wenn die Mindestzahl der vertretenden Mitglieder und der abgegebenen Stimmen den Bestimmungen des Absatzes 2 entspricht. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Mitgliedstaates, dessen Delegierter den Vorsitz führt.

Artikel IX

Die Konferenz wählt aus ihrer Mitte für die Dauer jeder Sitzungsperiode einen Vorsitzenden und zwei stellvertretende Vorsitzende, denen der Direktor des Büros als Sekretär beigeordnet ist.

Artikel X

Die Konferenz tagt mindestens einmal alle sechs Jahre auf Einberufung durch den Vorsitzenden des Ausschusses oder, bei dessen Verhinderung, durch den Direktor des Büros, falls dieser von mindestens der Hälfte der Ausschußmitglieder darum ersucht wird.

Sie setzt beim Abschluß ihrer Arbeiten Ort und Zeit ihrer nächsten Tagung fest oder erteilt dem Ausschuß eine entsprechende Vollmacht.

Artikel XI

Die Amtssprache der Organisation ist das Französische.

Die Konferenz kann jedoch für ihre Arbeiten und Aussprachen den Gebrauch einer oder mehrerer anderer Sprachen vorsehen.

Der internationale Ausschuß für das gesetzliche Meßwesen

Artikel XII

Die im Artikel I vorgesehenen Aufgaben werden von einem internationalen Ausschuß für das gesetzliche Meßwesen als dem Arbeitsorgan der Konferenz in Angriff genommen und durchgeführt.

Artikel XIII

Der Ausschuß besteht aus höchstens zwanzig Mitgliedern verschiedener Staatsangehörigkeit. Diese Mitglieder werden von der Konferenz aus den Angehörigen der Mitgliedstaaten vorbehaltlich der Zustimmung der Regierung ihres Landes gewählt.

Die gewählten Mitglieder müssen diensttuende Amtspersonen der für Meßinstrumente zuständigen Stelle oder dienstliche Aufgaben auf dem Gebiet des gesetzlichen Meßwesens wahrnehmende Persönlichkeiten sein.

Sie stellen dem Ausschuß ihre Erfahrung, ihren Rat und ihre Arbeiten zur Verfügung, ohne daß jedoch ihrer Regierung oder ihrer Verwaltung hieraus Verpflichtungen erwachsen.

Sie werden für einen Zeitraum von sechs Jahren gewählt und können wiedergewählt werden. Läuft ihr Mandat zwischen zwei Sitzungsperioden der Konferenz ab, so wird es ohne weiteres bis zu der betreffenden zweiten Sitzungsperiode verlängert.

Sie scheiden aus dem Ausschuß aus, sobald sie nicht mehr den in diesem Artikel festgesetzten Bedingungen entsprechen.

Jedes Ausschußmitglied, das während zweier aufeinanderfolgender Sitzungsperioden abwesend war, ohne sich entschuldigen oder vertreten zu lassen, gilt mit der zweiten dieser Sitzungsperioden als zurückgetreten.

Hat die Konferenz bei der Einsetzung des Ausschusses nicht dessen sämtliche Mitglieder ernennen können oder werden durch Todesfall, Rücktritt oder Erlöschen von Mandaten Sitz frei, so kann der Ausschuß sich durch Zuwahl ergänzen. Die Ernennung der hinzugewählten Mitglieder wird erst nach Genehmigung durch die Konferenz vorbehaltlich der Zustimmung der Regierung ihres Landes endgültig wirksam. Ihr Mandat läuft zur gleichen Zeit wie dasjenige der unmittelbar durch die Konferenz gewählten Mitglieder ab.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen von Rechts wegen an den Tagungen der Konferenz mit beratender Stimme teil. Einer der Delegierten einer Regierung in der Konferenz kann Ausschußmitglied sein.

Der Vorsitzende kann jede Person, deren Mitwirkung ihm zweckmäßig erscheint, mit beratender Stimme zu den Tagungen des Ausschusses einladen.

Artikel XIV

Natürliche Personen, die in der Wissenschaft oder der Industrie des Meßwesens eine Rolle gespielt haben, sowie ehemalige Ausschußmitglieder können durch Beschluß des Ausschusses den Titel eines Ehrenmitgliedes erhalten. Sie können mit beratender Stimme an den Tagungen teilnehmen.

Artikel XV

Der Ausschuß wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden sowie einen ersten und einen zweiten stellvertretenden Vorsitzenden; ihre Amtszeit beträgt sechs Jahre; sie können wiedergewählt werden. Läuft ihr Mandat zwischen zwei Sitzungsperioden des Ausschusses ab, so wird es ohne weiteres bis zu der betreffenden zweiten Sitzungsperiode verlängert. Der Direktor des Büros ist ihnen als Sekretär beigeordnet.

Der Ausschuß kann einzelne seiner Funktionen seinem Vorsitzenden übertragen.

Der Vorsitzende nimmt die ihm vom Ausschuß übertragenen Aufgaben wahr und vertritt diesen bei dringenden Entscheidungen. Er teilt diese Entscheidungen den Mitgliedern des Ausschusses mit und legt ihnen in möglichst kurzer Frist darüber Rechenschaft ab.

Besteht die Möglichkeit, daß Fragen auftauchen, die das gemeinsame Interesse des Ausschusses und verwandter Organisationen berühren, so vertritt der Vorsitzende den Ausschuß bei diesen Organisationen.

Bei Abwesenheit, Verhinderung, Erlöschen des Mandats, Rücktritt oder Tod des Vorsitzenden nimmt der erste stellvertretende Vorsitzende dessen Aufgaben wahr.

Artikel XVI

Der Ausschuß tagt mindestens einmal alle zwei Jahre auf Einberufung durch seinen Vorsitzenden oder, bei dessen Verhinderung, durch den Direktor des Büros, falls dieser von mindestens der Hälfte der Ausschußmitglieder darum ersucht wird.

Vorbehaltlich besonderer Gründe finden die ordentlichen Tagungen in dem Land statt, in dem das Büro seinen Sitz hat.

Es können jedoch informatorische Sitzungen auch im Hoheitsgebiet anderer Mitgliedstaaten stattfinden.

Artikel XVII

Ist ein Mitglied des Ausschusses verhindert, an einer Sitzung teilzunehmen, so kann es seine Stimme einem seiner Kollegen übertragen, der es alsdann vertritt. In einem solchen Fall kann ein Mitglied außer seiner eigenen höchstens zwei weitere Stimmen abgeben.

Die Beschlüsse sind nur gültig, wenn die Zahl der anwesenden und der vertretenen Mitglieder mindestens drei Viertel der als Ausschußmitglieder gewählten oder hinzugewählten Persönlichkeiten beträgt und wenn mindestens vier Fünftel der abgegebenen Stimmen Ja-Stimmen sind. Die Zahl der abgegebenen Stimmen muß mindestens vier Fünftel der in der Sitzungsperiode anwesenden und vertretenen Mitglieder betragen.

Stimmenthaltungen sowie leere oder ungültige Stimmzettel gelten nicht als abgegebene Stimmen.

Zwischen den Sitzungsperioden und in bestimmten Sonderfällen kann der Ausschuß durch Schriftwechsel beraten.

Die auf diesem Wege gefaßten Entschließungen sind nur gültig, wenn alle Mitglieder des Ausschusses zur Stellungnahme aufgefordert und die Entschließungen mit sämtlichen abgegebenen Stimmen genehmigt worden sind, sofern die Zahl der abgegebenen Stimmen mindestens zwei Drittel der gewählten oder hinzugewählten Mitglieder beträgt.

Stimmenthaltungen sowie leere oder ungültige Stimmzettel gelten nicht als abgegebene Stimmen. Wird nicht innerhalb der vom Vorsitzenden festgesetzten Fristen geantwortet, so gilt dies als Stimmenthaltung.

Artikel XVIII

Der Ausschuß überträgt Sonderuntersuchungen, experimentelle Forschungen und Laboratoriumsarbeiten den zuständigen Stellen der Mitgliedstaaten, nachdem er mit ihnen zuvor eine entsprechende Vereinbarung getroffen hat. Erfordern diese Aufträge bestimmte Ausgaben, so wird in der Vereinbarung festgelegt, in welchem Verhältnis sie von der Organisation getragen werden.

Der Direktor des Büros koordiniert und sammelt alle derartigen Arbeiten.

Der Ausschuß kann einzelne Aufgaben ständig oder vorübergehend Arbeitsgruppen oder auch technischen oder juristischen Sachverständigen übertragen, die nach den von ihm festgesetzten Modalitäten arbeiten. Erfordern diese Aufgaben bestimmte Vergütungen oder Entschädigungen, so setzt der Ausschuß deren Betrag fest.

Der Direktor des Büros stellt das Sekretariat dieser Arbeits- oder Sachverständigengruppen.

Das internationale Büro für das gesetzliche Maßwesen

Artikel XIX

Für das Funktionieren der Konferenz und des Ausschusses sorgt das der Leitung und Kontrolle des Ausschusses unterstehende internationale Büro für das gesetzliche Maßwesen.

Aufgabe des Büros ist es, die Sitzungen der Konferenz und des Ausschusses vorzubereiten, die Verbindung zwischen den verschiedenen Mitgliedern dieser Organe herzustellen und die Beziehungen zu den Mitgliedstaaten sowie den korrespondierenden Mitgliedern und ihren zuständigen Stellen aufrechtzuerhalten.

Das Büro ist ferner mit der Durchführung der im Artikel I genannten Untersuchungen und Arbeiten sowie mit der Anfertigung der Protokolle und der Herausgabe eines Mitteilungsblattes beauftragt, das den Mitgliedstaaten unentgeltlich zugesandt wird.

Es stellt die im Artikel I vorgesehene Zentralstelle für Dokumentation und Information dar.

Der Ausschuß und das Büro sorgen für die Durchführung der Beschlüsse der Konferenz.

Das Büro führt weder experimentelle Forschungen noch Laboratoriumsarbeiten durch. Es kann jedoch über Vorführungsräume mit angemessener Ausstattung zur Untersuchung der Bauweise und des Funktionierens bestimmter Apparate verfügen.

Artikel XX

Das Büro hat seinen Verwaltungssitz in Frankreich.

Artikel XXI

Das Personal des Büros besteht aus einem Direktor und vom Ausschuß ernannten Mitarbeitern sowie ständigen oder zeitweiligen Angestellten und sonstigen Bediensteten, die vom Direktor eingestellt werden.

Das Personal des Büros sowie gegebenenfalls die im Artikel XVIII genannten Sachverständigen erhalten eine Vergütung. Sie beziehen Gehälter, Löhne oder Entschädigungen, deren Betrag vom Ausschuß festgesetzt wird.

Die Dienstverhältnisse des Direktors, der Mitarbeiter sowie der Angestellten und sonstigen Bediensteten werden vom Ausschuß festgelegt, insbesondere hinsichtlich der für die Einstellung, die Arbeit, das Disziplinarrecht und die Pensionierung geltenden Bedingungen.

Die Ernennung, Entlassung oder Absetzung der Bediensteten oder sonstigen Angestellten des Büros wird vom Direktor ausgesprochen, mit Ausnahme der vom Ausschuß ernannten Mitarbeiter, bei denen diese Maßnahmen eines Beschlusses des Ausschusses bedürfen.

Jeder Mitgliedstaat überträgt in seinem Land einer seiner Amtspersonen die Wahrnehmung einer ständigen Verbindung mit dem Büro und die Zusammenfassung sämtlicher anstehenden Fragen. In den Ländern, unter deren Staatsangehörigen sich ein Mitglied des Ausschusses befindet, kann diese Persönlichkeit gleichzeitig mit der Wahrnehmung der vorgesehenen Verbindung beauftragt werden.

Artikel XXII

Der Direktor leitet unter der Kontrolle und gemäß den Richtlinien des Ausschusses die Tätigkeit des Büros; er ist dem Ausschuß verantwortlich und hat ihm in jeder ordentlichen Sitzungsperiode einen Rechenschaftsbericht vorzulegen.

Der Direktor zieht die Einkünfte ein, bereitet den Haushalt vor, veranlaßt alle persönlichen und sächlichen Ausgaben, sorgt für deren Begleichung und verwaltet die Kassenmittel.

Der Direktor ist von Rechts wegen Sekretär der Konferenz und des Ausschusses.

Artikel XXIII

Die Regierungen der Mitgliedstaaten erklären, daß das Büro als gemeinnützige Einrichtung anerkannt sowie juristische Person des Zivilrechts ist und ganz allgemein die Vorrechte und Erleichterungen genießt, die den zwischenstaatlichen Einrichtungen durch die in den einzelnen Mitgliedstaaten geltenden Rechtsvorschriften üblicherweise gewährt werden.

Teil III

Finanzbestimmungen

Artikel XXIV

Die Konferenz beschließt für eine der Zeit zwischen den Sitzungsperioden entsprechende Rechnungsperiode

- über den Gesamtbetrag der zur Deckung der Betriebsausgaben der Organisation erforderlichen Mittel;
- über den jährlichen Betrag der Haushaltsmittel, die in Reserve zu stellen sind, um im Falle ungenügender Einnah-

men die außerordentlichen obligatorischen Ausgaben zu bestreiten und den Vollzug des Haushalts sicherzustellen.

Die Haushaltsmittel lauten auf Goldfranken. Die Parität zwischen dem Goldfranken und dem französischen Franken richtet sich nach den Angaben der Banque de France.

Während der Rechnungsperiode kann der Ausschuss sich an die Mitgliedstaaten wenden, falls er der Auffassung ist, daß eine Erhöhung der Haushaltsmittel erforderlich ist, um den Aufgaben der Organisation oder einer Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse gerecht zu werden.

Ist bei Ablauf der Rechnungsperiode die Konferenz nicht zusammengetreten oder hat sie keinen gültigen Beschluß fassen können, so wird die Rechnungsperiode bis zur nächsten gültigen Sitzungsperiode verlängert. Die ursprünglich bewilligten Haushaltsmittel werden der Dauer dieser Verlängerung entsprechend erhöht.

Während der Rechnungsperiode setzt der Ausschuss im Rahmen der bewilligten Mittel den Betrag der Betriebsausgaben für Haushaltsperioden fest, deren Dauer der Zeit zwischen seinen Sitzungsperioden entspricht. Er überwacht die Anlage der verfügbaren Mittel.

Ist bei Ablauf der Haushaltsperiode der Ausschuss nicht zusammengetreten oder hat er keinen gültigen Beschluß fassen können, so entscheiden der Vorsitzende und der Direktor des Büros über die Verlängerung des gesamten Haushalts oder eines Teils des Haushalts der abgelaufenen Haushaltsperiode bis zur nächsten gültigen Sitzungsperiode.

Artikel XXV

Der Direktor des Büros ist berechtigt, in eigener Zuständigkeit die Betriebsausgaben der Organisation zu veranlassen und zu regeln.

Er kann nur mit Zustimmung des Vorsitzenden des Ausschusses

- außerordentliche Ausgaben regeln sowie
- im Falle ungenügender Einkünfte die für den Vollzug des Haushalts erforderlichen Mittel den Reservemitteln entnehmen.

Haushaltsüberschüsse bleiben während der gesamten Rechnungsperiode verwendbar.

Die Haushaltsführung des Direktors wird dem Ausschuss in jeder Sitzungsperiode vorgelegt und von diesem geprüft.

Nach Ablauf der Rechnungsperiode legt der Ausschuss der Konferenz einen Haushaltsbericht zur Prüfung vor.

Die Konferenz entscheidet über die Zweckbestimmung der Haushaltsüberschüsse. Deren Betrag kann auf die Beiträge der Mitgliedstaaten angerechnet oder den Reservemitteln zugeführt werden.

Artikel XXVI

Die Ausgaben der Organisation werden gedeckt:

1. durch einen jährlichen Beitrag der Mitgliedstaaten.

Der Gesamtbetrag der Beitragsanteile für eine Rechnungsperiode bestimmt sich nach der Höhe der von der Konferenz bewilligten Haushaltsmittel unter Berücksichtigung einer Veranschlagung der in den nachstehenden Positionen 2 bis 5 genannten Einkünfte.

Zum Zweck der Bestimmung der einzelnen Anteile werden die Mitgliedstaaten nach der Gesamtbevölkerung ihres Mutterlandes und der gemäß ihrer Erklärung von ihnen vertretenen Hoheitsgebiete in vier Klassen eingeteilt:

- Klasse 1 — Bevölkerung bis einschließlich 10 Millionen Einwohner;
- Klasse 2 — Bevölkerung über 10 Millionen bis einschließlich 40 Millionen Einwohner;

Klasse 3 — Bevölkerung über 40 Millionen bis einschließlich 100 Millionen Einwohner;

Klasse 4 — Bevölkerung über 100 Millionen Einwohner. Die Bevölkerungsziffer wird auf ganze Millionen nach unten abgerundet.

Liegt in einem Staat der Grad der Verwendung von Meßinstrumenten offenkundig unter dem Durchschnitt, so kann dieser Staat beantragen, in eine niedrigere als die seiner Bevölkerungsziffer entsprechende Klasse eingestuft zu werden.

Den Klassen entsprechen Anteile im Verhältnis von 1 zu 2 zu 4 zu 8.

Der Beitragsanteil eines Mitgliedstaates wird zur Ermittlung des Jahresbeitrages gleichmäßig über alle Jahre der Rechnungsperiode verteilt.

Um von vornherein einen Sicherheitsfonds zum Ausgleich der Schwankungen im Eingang der Einkünfte zu bilden, gewähren die Mitgliedstaaten Vorschüsse auf ihre künftigen Jahresbeiträge. Der Betrag dieser Vorschüsse sowie ihre Laufzeit werden von der Konferenz festgesetzt.

Ist bei Ablauf der Rechnungsperiode die Konferenz nicht zusammengetreten oder hat sie keine gültigen Beschlüsse fassen können, so werden die jährlichen Beiträge zu den gleichen Sätzen bis zu einer gültigen Sitzungsperiode der Konferenz verlängert.

2. durch den Erlös aus dem Verkauf der Veröffentlichungen und den Erlös aus den Dienstleistungen an korrespondierende Mitglieder;
3. durch die Einkünfte aus der Anlage der Kassenmittel;
4. durch die Beiträge für die laufende Rechnungsperiode und die Aufnahmegebühren neu beitretender Staaten, durch die rückwirkenden Beiträge und die Aufnahmegebühren wiederaufgenommener Mitgliedstaaten sowie durch die Beitragsrückstände von Mitgliedstaaten, die ihre Beitragszahlung nach einer Unterbrechung wiederaufnehmen;
5. durch Zuschüsse, Zeichnungen, Schenkungen oder Vermächtnisse und sonstige Einnahmen.

Zur Ermöglichung von Sonderarbeiten können Mitgliedstaaten außerordentliche Zuschüsse bewilligen. Diese werden nicht in den allgemeinen Haushalt aufgenommen, sondern unterliegen einer gesonderten Buchführung.

Die Jahresbeiträge werden in Goldfranken festgesetzt. Sie sind in französische Franken oder in konvertierbaren Devisen jeder Art zu zahlen. Die Parität zwischen dem Goldfranken und dem französischen Franken richtet sich nach den Angaben der Banque de France; es gilt der Satz des Zahlungstages.

Die Beiträge werden zu Beginn des Jahres an den Direktor des Büros gezahlt.

Artikel XXVII

Der Ausschuss stellt auf der Grundlage der allgemeinen Vorschriften der Artikel XXIV bis XXVI eine Finanzordnung auf.

Artikel XXVIII

Ein Staat, der während einer der im Artikel XXVI vorgesehenen Zeitspanne Mitglied der Organisation wird, ist bis zum Ablauf der betreffenden Zeitspanne gebunden und übernimmt mit dem Zeitpunkt seines Beitritts die gleichen Verpflichtungen wie die übrigen Mitglieder.

Ein neuer Mitgliedstaat wird Miteigentümer des Vermögens der Organisation und hat infolgedessen eine von der Konferenz festzusetzende Aufnahmegebühr zu zahlen.

Für die Berechnung seines Jahresbeitrages wird so verfahren, als sei er am 1. Januar des auf die Hinterlegung der Beitritts- oder Ratifikationsurkunde folgenden Jahres beigetreten. Für jeden verbleibenden Monat des laufenden Jahres zahlt er ein Zwölftel seines Beitrages. Diese Zahlung ändert nichts an den für das laufende Jahr vorgesehenen Beiträgen der anderen Mitglieder.

Artikel XXIX

Jeder Mitgliedstaat, der während dreier aufeinanderfolgender Jahre seine Beiträge nicht entrichtet hat, wird von Amis wegen als ausgeschieden betrachtet und von der Liste der Mitgliedstaaten gestrichen.

Jedoch wird die Lage einzelner Mitgliedstaaten, die gegebenenfalls in finanzielle Schwierigkeiten geraten und vorübergehend ihren Verpflichtungen nicht nachkommen können, von der Konferenz geprüft; sie kann ihnen in bestimmten Fällen Stundung oder Erlaß gewähren.

Der Fehlbetrag, der sich aus der Streichung eines Mitgliedstaates ergibt, wird durch Rückgriff auf die gemäß Artikel XXIV gebildeten Reservemittel ausgeglichen.

Die freiwillig oder von Amis wegen ausscheidenden Mitgliedstaaten verlieren das Miteigentumsrecht an dem Gesamtvermögen der Organisation.

Artikel XXX

Ein freiwillig ausgeschiedener Mitgliedstaat kann auf einfachen Antrag wiederaufgenommen werden. Er gilt in diesem Fall als neuer Mitgliedstaat, braucht jedoch eine Aufnahmegebühr nur zu entrichten, wenn sein Ausscheiden länger als fünf Jahre zurückliegt.

Ein von Amis wegen ausgeschiedener Mitgliedstaat kann auf einfachen Antrag vorbehaltlich der Begleichung der im Zeitpunkt seiner Streichung nicht gezahlten Beiträge wiederaufgenommen werden. Diese rückwirkenden Beiträge werden auf der Grundlage der Beiträge der seiner Wiederaufnahme vorausgegangenen Jahre berechnet. Er gilt sodann als neuer Mitgliedstaat, jedoch werden bei der Berechnung der Aufnahmegebühr seine früheren Beiträge in einem von der Konferenz festzusetzenden Verhältnis berücksichtigt.

Artikel XXXI

Wird die Organisation aufgelöst, so wird das Vermögen vorbehaltlich jeder etwaigen Vereinbarung zwischen den Mitgliedstaaten, die im Zeitpunkt der Auflösung ihrer Beitragspflicht genügt haben, und vorbehaltlich der vertraglichen oder wohlerworbenen Rechte des diensttuenden oder pensionierten Personals unter die Staaten im Verhältnis zum Gesamtbetrag ihrer früheren Beiträge aufgeteilt.

Teil IV**Allgemeine Bestimmungen****Artikel XXXII**

Diese Konvention liegt bis zum 31. Dezember 1955 im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Französischen Republik zur Unterzeichnung auf.

Sie bedarf der Ratifizierung.

Die Ratifikationsurkunden werden bei der Regierung der Französischen Republik hinterlegt; diese notifiziert jedem Unterzeichnerstaat den Zeitpunkt der Hinterlegung.

Artikel XXXIII

Die Staaten, die die Konvention nicht unterzeichnet haben, können ihr nach Ablauf der im Artikel XXXII vorgesehenen Frist beitreten.

Die Beitrittsurkunden werden bei der Regierung der Französischen Republik hinterlegt; diese notifiziert allen Unterzeichnerregierungen und beigetretenen Regierungen den Zeitpunkt der Hinterlegung.

Artikel XXXIV

Diese Konvention tritt dreißig Tage nach Hinterlegung der sechzehnten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

Sie tritt für jeden Staat, dessen Ratifizierung oder Beitritt nach diesem Zeitpunkt erfolgt, dreißig Tage nach Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

Die Regierung der Französischen Republik notifiziert jeder Vertragspartei den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Konvention.

Artikel XXXV

Jeder Staat kann bei der Unterzeichnung, der Ratifizierung oder zu jedem anderen Zeitpunkt durch Notifizierung an die Regierung der Französischen Republik erklären, daß diese Konvention für die Gesamtheit oder einen Teil der von ihm völkerrechtlich vertretenen Hoheitsgebiete gilt.

Diese Konvention gilt für jedes in der Notifizierung genannte Hoheitsgebiet vom dreißigsten Tage an, nachdem die Notifizierung bei der Regierung der Französischen Republik eingegangen ist.

Die Regierung der Französischen Republik übermittelt diese Notifizierung den anderen Regierungen.

Artikel XXXVI

Diese Konvention wird für eine Zeitspanne von zwölf Jahren, vom Zeitpunkt ihres Inkrafttretens an gerechnet, abgeschlossen.

Danach bleibt sie für Zeitspannen von jeweils weiteren sechs Jahren zwischen den Vertragsstaaten in Kraft, die sie nicht spätestens sechs Monate vor Ablauf ihrer Geltungsdauer gekündigt haben.

Die Kündigung erfolgt durch schriftliche Notifizierung an die Regierung der Französischen Republik, die den Vertragsstaaten davon Mitteilung macht.

Artikel XXXVII

Die Organisation kann durch Beschluß der Konferenz aufgelöst werden, sofern die Delegierten zum Zeitpunkt der Abstimmung mit diesbezüglichen Vollmachten ausgestattet sind.

Artikel XXXVIII

Sinkt die Zahl der Vertragsstaaten dieser Konvention unter sechzehn, so kann die Konferenz die Mitgliedstaaten darüber befragen, ob die Konvention als hinfällig zu betrachten ist.

Artikel XXXIX

Die Konferenz kann den Vertragsstaaten Änderungen dieser Konvention vorschlagen.

Jeder Vertragsstaat, der eine Änderung annimmt, notifiziert dies schriftlich der Regierung der Französischen Republik, die den anderen Vertragsstaaten den Eingang der Notifizierung der Annahme mitteilt.

Eine Änderung tritt drei Monate nach Eingang der Annahme-Notifizierungen sämtlicher Vertragsstaaten bei der Regierung der Französischen Republik in Kraft. Ist eine Änderung in dieser Weise von allen Vertragsstaaten angenommen worden, so teilt die Regierung der Französischen Republik dies allen anderen Vertragsstaaten sowie den Unterzeichnerregierungen unter Bekanntgabe des Zeitpunktes ihres Inkrafttretens mit.

Nach Inkrafttreten einer Änderung kann eine Regierung diese Konvention weder ratifizieren noch ihr beitreten, ohne auch diese Änderung anzunehmen.

Artikel XL

Diese Konvention ist in französischer Sprache in einer einzigen Urschrift abgefaßt, die im Archiv der Regierung der Französischen Republik hinterlegt wird; diese übermittelt allen Unterzeichnerregierungen und beigetretenen Regierungen beglaubigte Abschriften.

Paris, den 12. Oktober 1955.

**CONVENTION
INSTITUANT UNE
ORGANISATION INTERNATIONALE
DE MÉTROLOGIE LÉGALE**

Les Etats parties à la présente Convention, désireux de résoudre sur le plan international les problèmes techniques et administratifs posés par l'emploi des instruments de mesure et conscients de l'importance d'une coordination de leurs efforts pour y parvenir, sont convenus de créer une Organisation internationale de Métrologie légale définie ainsi qu'il suit:

TITRE PREMIER

OBJET DE L'ORGANISATION

ARTICLE PREMIER

Il est institué une Organisation internationale de Métrologie légale.

Cette organisation a pour objet:

- 1° de former un centre de documentation et d'information:
 - d'une part, sur les différents services nationaux s'occupant de la vérification et du contrôle des instruments de mesure soumis ou pouvant être soumis à une réglementation légale;
 - d'autre part, sur lesdits instruments de mesure envisagés du point de vue de leur conception, de leur construction et de leur utilisation;
- 2° de traduire et d'éditer les textes des prescriptions légales sur les instruments de mesure et leur utilisation, en vigueur dans les différents Etats, avec tous commentaires basés sur le droit constitutionnel et le droit administratif de ces Etats, nécessaires à la complète compréhension de ces prescriptions;
- 3° de déterminer les principes généraux de la métrologie légale;
- 4° d'étudier, dans un but d'unification des méthodes et des règlements, les problèmes de caractère législatif et réglementaire de métrologie légale dont la solution est d'intérêt international;
- 5° d'établir un projet de loi et de règlement types sur les instruments de mesure et leur utilisation;
- 6° d'élaborer un projet d'organisation matérielle d'un service type de vérification et de contrôle des instruments de mesure;
- 7° de fixer les caractéristiques et les qualités nécessaires et suffisantes auxquelles doivent répondre les instruments de mesure pour qu'ils soient approuvés par les Etats membres et pour que leur emploi puisse être recommandé sur le plan international;
- 8° de favoriser les relations entre les services des Poids et Mesures ou autres services chargés de la métrologie légale de chacun des Etats membres de l'Organisation.

TITRE II

CONSTITUTION DE L'ORGANISATION

ARTICLE II

Sont membres de l'Organisation les Etats parties à la présente Convention.

ARTICLE III

L'Organisation comprend:

- une Conférence internationale de Métrologie légale,
- un Comité international de Métrologie légale,
- un Bureau international de Métrologie légale,

dont il est traité ci-après.

Conférence internationale de Métrologie légale

ARTICLE IV

La Conférence a pour objet:

- 1° d'étudier les questions concernant les buts de l'Organisation et de prendre toutes décisions à leur sujet;
- 2° d'assurer la constitution des organismes directeurs appelés à exécuter les travaux de l'Organisation;
- 3° d'étudier et de sanctionner les rapports fournis en conclusion de leurs travaux par les divers organismes de métrologie légale créés conformément à la présente Convention.

Toutes les questions qui touchent à la législation et à l'administration propres d'un Etat particulier sont exclues du ressort de la Conférence, sauf demande expresse de cet Etat.

ARTICLE V

Les Etats parties à la présente Convention font partie de la Conférence à titre de membres, y sont représentés comme il est prévu à l'article VII et sont soumis aux obligations définies par la Convention.

Indépendamment des membres, peuvent faire partie de la Conférence en qualité de Correspondants:

- 1° les Etats ou les territoires qui ne peuvent ou ne désirent pas encore être parties à la Convention;
- 2° les Unions internationales poursuivant une activité connexe à celle de l'Organisation.

Les Correspondants ne sont pas représentés à la Conférence, mais ils peuvent y déléguer des observateurs ayant simplement voix consultative. Ils n'ont pas à verser les cotisations des Etats membres mais ils doivent supporter les frais de prestation des services qu'ils peuvent demander et les frais d'abonnement aux publications de l'Organisation.

ARTICLE VI

Les Etats membres s'engagent à fournir à la Conférence toute la documentation en leur possession qui, à leur avis, peut permettre à l'Organisation de mener à bien les tâches qui lui incombent.

ARTICLE VII

Les Etats membres délèguent aux réunions de la Conférence des représentants officiels au nombre maximum de trois. Autant que possible, l'un d'eux doit être dans son pays un fonctionnaire, encore en activité, du service des Poids et Mesures ou d'un autre service s'occupant de métrologie légale.

Un seul d'entre eux a droit de vote.

Ces délégués n'ont pas à être munis des « pleins pouvoirs » sauf, à la demande du Comité, dans des cas exceptionnels et pour des questions bien déterminées.

Chaque Etat supporte les frais relatifs à sa représentation au sein de la Conférence.

Les membres du Comité qui ne seraient pas délégués par leur Gouvernement ont le droit de prendre part aux réunions avec voix consultative.

ARTICLE VIII

La Conférence décide des Recommandations à faire pour une action commune des Etats membres dans les domaines désignés à l'article 1er.

Les décisions de la Conférence ne peuvent devenir applicables que si le nombre d'Etats membres présents est au moins égal aux deux tiers du nombre total d'Etats membres et si elles ont recueilli au minimum les quatre cinquièmes des suffrages exprimés. Le nombre des suffrages exprimés doit être au moins égal aux quatre cinquièmes du nombre des Etats membres présents.

Ne sont pas considérés comme suffrages exprimés les abstentions et les votes blancs ou nuls.

Les décisions sont immédiatement communiquées pour information, étude et recommandation, aux Etats membres.

Ceux-ci prennent l'engagement moral de mettre ces décisions en application dans toute la mesure du possible.

Toutefois, pour tout vote concernant l'organisation, la gestion, l'administration, le règlement intérieur de la Conférence, du Comité, du Bureau et toute question analogue, la majorité absolue est suffisante pour rendre immédiatement exécutoire la décision envisagée, le nombre minimum des membres présents et celui des suffrages exprimés étant les mêmes que ci-dessus. La voix de l'Etat membre dont le délégué occupe la présidence est prépondérante en cas d'égalité dans le partage des voix.

ARTICLE IX

La Conférence élit dans son sein, pour la durée de chacune de ses sessions, un Président et deux Vice-Présidents auxquels est adjoint, à titre de secrétaire, le Directeur du Bureau.

ARTICLE X

La Conférence se réunit au moins tous les six ans sur convocation du Président du Comité ou, en cas d'empêchement, sur celle du Directeur du Bureau si celui-ci est saisi d'une demande émanant de la moitié au moins des membres du Comité.

Elle fixe, à l'issue de ses travaux, le lieu et la date de sa prochaine réunion ou bien donne délégation au Comité à cet effet.

ARTICLE XI

La langue officielle de l'Organisation est la langue française.

Toutefois, la Conférence pourra prévoir l'emploi d'une ou de plusieurs autres langues pour les travaux et les débats.

Comité international de Métrologie légale

ARTICLE XII

Les tâches prévues à l'article 1er sont entreprises et poursuivies par un Comité international de Métrologie légale, organe de travail de la Conférence.

ARTICLE XIII

Le Comité se compose d'un représentant de chacun des Etats-membres de l'Organisation.

Ces Représentants sont désignés par le Gouvernement de leur Pays.

Ils doivent être des fonctionnaires, en activité, du Service s'occupant des instruments de mesure ou avoir des fonctions officielles actives dans le domaine de la métrologie légale.

Ils cessent d'être Membres du Comité dès qu'ils ne répondent plus aux conditions ci-dessus et il appartient alors aux Gouvernements intéressés de désigner leurs remplaçants.

Ils font bénéficier le Comité de leur expérience, de leurs conseils et de leurs travaux, mais n'engagent ni leur Gouvernement, ni leur Administration.

Les membres du Comité prennent par de droit aux réunions de la Conférence avec voix consultative. Ils peuvent être l'un des délégués de leur Gouvernement à la Conférence.

Le Président peut inviter aux réunions du Comité, avec voix consultative, toute personne dont le concours lui paraît utile.

ARTICLE XIV

Les personnes physiques ayant joué un rôle dans la science ou l'industrie métrologiques ou les anciens membres du Comité peuvent, par décision de ce Comité, recevoir le titre de membre d'honneur. Ils peuvent assister aux réunions avec voix consultative.

ARTICLE XV

Le Comité choisit dans son sein un Président, un premier et un deuxième Vice-Présidents qui sont élus pour une période de six ans et qui sont rééligibles. Toutefois, si leur mandat vient à échéance dans l'intervalle séparant deux sessions du Comité, il sera automatiquement prorogé jusqu'à la deuxième de ces sessions.

Le Directeur du Bureau leur est adjoint à titre de secrétaire.

Le Comité peut déléguer certaines de ses fonctions à son Président.

Le Président remplit les tâches qui lui sont déléguées par le Comité et remplace celui-ci pour les décisions urgentes. Il porte ces décisions à la connaissance des membres du Comité et leur en rend compte dans les moindres délais.

Lorsque des questions d'intérêt commun au Comité et à des Organisations connexes sont susceptibles de se poser, le Président représente le Comité auprès de ces organisations.

En cas d'absence, d'empêchement, de cessation de mandat, de démission ou de décès du Président, l'intérim est assumé par le premier Vice-Président.

ARTICLE XVI

Le Comité se réunit au moins tous les deux ans sur convocation de son Président ou, en cas d'empêchement, sur celle du Directeur du Bureau si celui-ci est saisi d'une demande émanant de la moitié au moins des membres du Comité.

Sauf motif particulier, les sessions normales ont lieu dans le pays où siège le Bureau.

Cependant, des réunions d'information peuvent être tenues sur le territoire des divers Etats membres.

ARTICLE XVII

Les membres du Comité empêchés d'assister à une réunion peuvent déléguer leur voix à un de leurs collègues qui est alors leur représentant. Dans ce cas, un même membre ne peut cumuler avec la sienne plus de deux autres voix.

Les décisions ne sont valables que si le nombre des présents et de représentés est au moins égal aux trois quarts du nombre des personnalités désignées comme membres du Comité et si le projet a recueilli au minimum les quatre cinquièmes des suffrages exprimés. Le nombre des suffrages exprimés doit être au moins égal aux quatre cinquièmes du nombre des présents et des représentés à la session.

Ne sont pas considérés comme suffrages exprimés les abstentions et les votes blancs ou nuls.

Dans l'intervalle des sessions, et pour certains cas spéciaux le Comité peut délibérer par correspondance.

Les résolutions prises sous cette forme ne sont valables que si tous les membres du Comité ont été appelés à émettre leur avis et si les résolutions ont été approuvées à l'unanimité des suffrages exprimés, à la condition que le nombre des suffrages exprimés soit au moins égal aux deux tiers du nombre des membres désignés.

Ne sont pas considérés comme suffrages exprimés les abstentions et les votes blancs ou nuls. L'absence de réponse dans les délais fixés par le Président est jugée comme équivalant à une abstention.

ARTICLE XVIII

Le Comité confie les études spéciales, les recherches expérimentales et les travaux de laboratoire aux Services compétents des Etats membres, après avoir obtenu leur accord formel préalable. Si ces tâches nécessitent certaines dépenses, l'accord spécifie dans quelles proportions ces dépenses sont supportées par l'Organisation.

Le Directeur du Bureau coordonne et rassemble l'ensemble des travaux.

Le Comité peut confier certaines tâches, à titre permanent ou temporaire, à des groupes de travail ou à des experts techniques ou juridiques opérant suivant des modalités qu'il aura fixées. Si ces tâches nécessitent certaines rémunérations ou indemnités, le Comité en fixera le montant.

Le Directeur du Bureau assume le Secrétariat de ces groupes de travail ou de ces groupes d'experts.

Bureau international de Métrologie légale

ARTICLE XIX

Le fonctionnement de la Conférence et du Comité est assumé par le Bureau international de Métrologie légale, placé sous la direction et le contrôle du Comité.

Le Bureau est chargé de préparer les réunions de la Conférence et du Comité, d'établir la liaison entre les différents membres de ces organismes et d'entretenir les relations avec les Etats membres ou avec les Correspondants et leurs services intéressés.

Il est également chargé de l'exécution des études et des travaux définis à l'article 1^{er} ainsi que de l'établissement des procès-verbaux et de l'édition d'un bulletin qui est envoyé gratuitement aux Etats membres.

Il constitue le centre de documentation et d'information prévu à l'article 1^{er}.

Le Comité et le Bureau assument l'exécution des décisions de la Conférence.

Le Bureau n'effectue ni recherches expérimentales, ni travaux de laboratoire. Il peut cependant, disposer de salles de démonstration convenablement équipées pour étudier le mode de construction et de fonctionnement de certains appareils.

ARTICLE XX

Le Bureau a son siège administratif en France.

ARTICLE XXI

Le personnel du Bureau comprend un Directeur et des collaborateurs nommés par le Comité ainsi que des employés ou agents à titre permanent ou temporaire recrutés par le Directeur.

Le personnel du Bureau et, s'il y a lieu, les experts visés à l'article XVIII, sont rétribués. Ils reçoivent soit des traitements ou des salaires, soit des indemnités dont le montant est fixé par le Comité.

Les statuts du Directeur, des collaborateurs et des employés ou agents sont déterminés par le Comité, notamment en ce

qui concerne les conditions de recrutement, de travail, de discipline, de retraite.

La nomination, le licenciement ou la révocation des agents et des employés du Bureau sont prononcés par le Directeur, sauf en ce qui concerne les collaborateurs désignés par le Comité, lesquels ne peuvent faire l'objet des mêmes mesures que par décision du Comité.

ARTICLE XXII

Le Directeur assume le fonctionnement du Bureau sous le contrôle et les directives du Comité devant lequel il est responsable et auquel il doit présenter, à chaque session ordinaire, un compte rendu de gestion.

Le Directeur perçoit les recettes, prépare le budget, engage et mandate toutes les dépenses de personnel et de matériel, gère les fonds de trésorerie.

Le Directeur est, de droit, secrétaire de la Conférence et du Comité.

ARTICLE XXIII

Les Gouvernements des Etats membres déclarent que le Bureau est reconnu d'utilité publique, qu'il est doté de la personnalité civile et que, d'une manière générale, il bénéficie des privilèges et facilités communément accordés aux Institutions intergouvernementales par la législation en vigueur dans chacun des Etats membres.

TITRE III

DISPOSITIONS FINANCIÈRES

ARTICLE XXIV

La Conférence, pour une période financière égale à l'intervalle de ses sessions, décide:

- du montant global des crédits nécessaires pour couvrir les dépenses de fonctionnement de l'Organisation;
- du montant annuel des crédits à placer en réserve pour faire face à des dépenses extraordinaires obligatoires et assurer l'exécution du budget en cas d'insuffisance de recettes.

Les crédits sont chiffrés en francs-or. La parité entre le franc-or et le franc français est celle qui est indiquée par la Banque de France.

Pendant la période financière, le Comité peut en appeler aux Etats membres s'il juge qu'une augmentation de crédits est nécessaire pour faire face aux tâches de l'Organisation ou à une variation des conditions économiques.

Si, à l'expiration de la période financière, la Conférence ne s'est pas réunie ou si elle n'a pu délibérer valablement, la période financière est prorogée jusqu'à la session valable suivante. Les crédits primitivement accordés sont augmentés proportionnellement à la durée de cette prorogation.

Pendant la période financière, le Comité fixe, dans la limite des crédits accordés, le montant des dépenses de fonctionnement relatives à des exercices budgétaires de durée égale à l'intervalle de ses sessions. Il contrôle le placement des fonds disponibles.

Si, à l'expiration de l'exercice budgétaire, le Comité ne s'est pas réuni ou s'il n'a pu délibérer valablement, le Président et le Directeur du Bureau décident de la reconduction, jusqu'à la prochaine session valable, de tout ou partie du budget de l'exercice arrivé à échéance.

ARTICLE XXV

Le Directeur du Bureau est autorisé à engager et à régler de sa propre autorité les dépenses de fonctionnement de l'Organisation.

Il ne peut:

- régler des dépenses extraordinaires;
 - prélever sur les crédits de réserve les fonds nécessaires pour assurer l'exécution du budget en cas d'insuffisance de recettes,
- qu'après avoir obtenu l'accord du Président du Comité.

Les excédents budgétaires demeurent utilisables pendant toute la période financière.

La gestion budgétaire du Directeur doit être soumise au Comité qui la vérifie à chacune de ses sessions.

A l'expiration de la période financière, le Comité soumet au contrôle de la Conférence un bilan de gestion.

La Conférence fixe la destination à donner aux excédents budgétaires. Le montant de ces excédents pourra venir en déduction des contributions des Etats membres ou s'ajouter aux crédits placés en réserve.

ARTICLE XXVI

Les dépenses de l'Organisation sont couvertes:

1° par une contribution annuelle des Etats membres.

Le total des parts contributives pour une période financière est déterminé d'après le montant des crédits accordés par la Conférence, compte tenu d'une évaluation des recettes des postes 2° et 5° ci-après.

En vue de la détermination des parts respectives, les Etats membres sont répartis en quatre classes d'après la population totale de la métropole et les territoires qu'ils ont déclaré représenter:

Classe 1. — Population inférieure ou égale à 10 millions d'habitants;

Classe 2. — Population comprise entre 10 millions exclus et 40 millions inclus;

Classe 3. — Population comprise entre 40 millions exclus et 100 millions inclus;

Classe 4. — Population supérieure à 100 millions.

Le chiffre de population est arrondi au nombre entier de millions inférieur.

Lorsque dans un Etat le degré d'utilisation des instruments de mesure est nettement inférieur à la moyenne, cet Etat peut demander à être placé dans une classe inférieure à celle que lui assigne sa population.

Suivant les classes, les parts sont proportionnelles à 1, 2, 4 et 8.

La part contributive d'un Etat membre est répartie également sur toutes les années de la période financière pour déterminer sa contribution annuelle.

Afin de constituer dès l'origine un volant de sécurité destiné à amortir les fluctuations des rentrées de recettes, les Etats membres consentent des avances sur leurs cotisations annuelles à venir. Le montant de ces avances et leur durée sont fixés par la Conférence.

Si, à l'expiration de la période financière, la Conférence ne s'est pas réunie ou n'a pu délibérer valablement, les contributions annuelles sont prorogées aux mêmes taux jusqu'à une session valable de la Conférence;

2° par le produit de la vente des publications et le produit des prestations de services aux Correspondants;

3° par les revenus du placement des sommes constituant les fonds de trésorerie;

4° par les contributions pour la période financière en cours et les droits d'entrée des nouveaux Etats adhérents — par les contributions rétroactives et les droits d'entrée des Etats membres réintégrés — par les contributions arriérées des Etats membres reprenant leurs versements après les avoir interrompus;

5° par des subventions, souscriptions, dons ou legs et des recettes diverses.

Pour permettre des travaux spéciaux, des subventions extraordinaires peuvent être allouées par certains Etats membres. Elles ne sont pas comprises dans le budget général et il en sera tenu des comptes particuliers.

Les contributions annuelles sont établies en francs-or. Elles sont payées en francs français ou en toutes devises convertibles. La parité entre le franc-or et le franc français est celle qui est indiquée par la Banque de France, le taux applicable étant le taux au jour du versement.

Elles sont versées en début d'année au Directeur du Bureau.

ARTICLE XXVII

Le Comité établira un règlement financier basé sur les prescriptions générales des articles XXIV à XXVI ci-dessus.

ARTICLE XXVIII

Un Etat qui devient membre de l'Organisation au cours de l'une des périodes prévues à l'article XXVI est lié jusqu'à l'expiration de celle-ci et se trouve soumis, dès son adhésion, aux mêmes obligations que les membres déjà existants.

Un nouvel Etat membre devient copropriétaire des biens de l'Organisation et doit verser, de ce fait, un droit d'entrée fixé par la Conférence.

Sa cotisation annuelle sera calculée comme s'il adhérerait le 1er janvier de l'année suivant celle du dépôt des instruments d'adhésion ou de ratification. Son versement pour l'année en cours sera d'autant de douzièmes de sa cotisation qu'il reste de mois à couvrir. Ce versement ne changera pas les cotisations prévues au titre de l'année en cours pour les autres membres.

ARTICLE XXIX

Tout Etat membre qui n'a pas acquitté ses cotisations pendant trois années consécutives est d'office considéré comme démissionnaire et radié de la liste des Etats membres.

Toutefois la situation de certains Etats membres qui se trouveraient dans une période de difficultés financières et ne pourraient momentanément faire face à leurs obligations sera examinée par la Conférence qui pourra, dans certains cas, leur accorder des délais ou des remises.

L'insuffisance des recettes résultant de la radiation d'un Etat membre est compensée par un prélèvement sur les crédits de réserve constitués comme il est indiqué à l'article XXIV.

Les Etats membres volontairement démissionnaires et les Etats membres démissionnaires d'office perdent tout droit de copropriété sur la totalité des biens de l'Organisation.

ARTICLE XXX

Un Etat membre volontairement démissionnaire peut être réintégré sur sa simple demande. Il est considéré alors comme un nouvel Etat membre, mais le droit d'entrée n'est exigible que si sa démission date de plus de cinq ans.

Un Etat membre démissionnaire d'office peut être réintégré sur sa simple demande sous réserve du règlement de ses cotisations impayées au moment de sa radiation. Ces cotisations rétroactives sont calculées sur la base des cotisations des années antérieures à sa réintégration. Il est ensuite considéré comme un nouvel Etat membre, mais le droit d'entrée est calculé en tenant compte, dans des proportions fixées par la Conférence, de ses cotisations antérieures.

ARTICLE XXXI

En cas de dissolution de l'Organisation, l'actif sera, sous réserve de tout accord qui pourra être passé entre les Etats membres qui sont en règle de leurs cotisations à la date de la dissolution et sous réserve des droits contractuels ou acquis du personnel en activité de service ou en retraite, réparti entre les Etats proportionnellement au total de leurs cotisations antérieures.

TITRE IV

DISPOSITIONS GÉNÉRALES

ARTICLE XXXII

La présente Convention restera ouverte à la signature jusqu'au 31 décembre 1955 au Ministère des Affaires étrangères de la République française.

Elle sera ratifiée.

Les instruments de ratification seront déposés auprès du Gouvernement de la République française qui notifiera la date de ce dépôt à chacun des Etats signataires.

ARTICLE XXXIII

Les Etats qui n'auront pas signé la Convention pourront y adhérer à l'expiration du délai prévu par l'article XXXII.

Les instruments d'adhésion seront déposés auprès du Gouvernement de la République française qui notifiera la date de ce dépôt à tous les Gouvernements signataires et adhérents.

ARTICLE XXXIV

La présente Convention entrera en vigueur trente jours après le dépôt du seizième instrument de ratification ou d'adhésion(*).

Elle entrera en vigueur, pour chaque Etat qui la ratifie ou y adhère après cette date, trente jours après le dépôt de son instrument de ratification ou d'adhésion.

Le Gouvernement de la République française notifiera à chacune des Parties contractantes la date d'entrée en vigueur de la Convention.

ARTICLE XXXV

Tout Etat peut, au moment de la signature, de la ratification ou à tout autre moment, déclarer, par notification adressée au Gouvernement de la République française, que la présente Convention est applicable à tout ou partie des territoires qu'il représente sur le plan international.

La présente Convention s'appliquera au territoire ou aux territoires désignés dans la notification à partir du trentième jour qui suit la date à laquelle le Gouvernement de la République française aura reçu la notification.

Le Gouvernement de la République française transmettra cette notification aux autres Gouvernements.

(*) Formalité remplie le 28 mai 1959.

ARTICLE XXXVI

La présente Convention est conclue pour une période de douze années à compter de sa première entrée en vigueur.

Elle restera par la suite en vigueur pour une période de six ans et ainsi de suite entre les Parties contractantes qui ne l'auront pas dénoncée six mois au moins avant l'expiration du terme.

La dénonciation se fera par notification écrite adressée au Gouvernement de la République française qui en avisera les Parties contractantes.

ARTICLE XXXVII

L'Organisation pourra être dissoute par décision de la Conférence, pour autant que les délégués soient, au moment du vote, munis des « pleins pouvoirs » à cet effet.

ARTICLE XXXVIII

Si le nombre des parties à la présente Convention se trouve ramené à moins de seize, la Conférence pourra consulter les Etats membres sur le point de savoir s'il y a lieu de considérer la Convention comme caduque.

ARTICLE XXXIX

La Conférence peut recommander aux Parties contractantes des amendements à la présente Convention.

Toute Partie contractante acceptant un amendement notifiera par écrit son acceptation au Gouvernement de la République française qui avisera les autres Parties contractantes de la réception de la notification d'acceptation.

Un amendement entrera en vigueur trois mois après que les notifications d'acceptation de toutes les Parties contractantes auront été reçues par le Gouvernement de la République française. Lorsqu'un amendement aura été ainsi accepté par toutes les Parties contractantes, le Gouvernement de la République française en avisera toutes les autres Parties contractantes ainsi que les Gouvernements signataires en leur faisant connaître la date de son entrée en vigueur.

Après l'entrée en vigueur d'un amendement, aucun Gouvernement ne pourra ratifier la présente Convention ou y adhérer sans accepter également cet amendement.

ARTICLE XL

La présente Convention sera rédigée en langue française en un seul original, qui sera déposé dans les archives du Gouvernement de la République française qui en délivrera des copies certifiées conformes à tous les Gouvernements signataires et adhérents.

Paris, le 12 octobre 1955

**Das wachsende Interesse
der Öffentlichkeit an der Außenpolitik
und der diplomatischen Tätigkeit
der sozialistischen Staaten zu befriedigen
ist Anliegen des Buches**

Sozialistische Diplomatie

mit einem Vorwort von A. A. Gromyko
Aus dem Russischen.

314 Seiten · Leinen · 11,— M · LSV: 0255

Bestellwort: Soz. Diplomatie

Bestellnummer: 770 398 5

In sieben Kapiteln wird die Entstehung und Entwicklung der sozialistischen Diplomatie sowie ihr Aktionsradius in den internationalen Beziehungen untersucht.

Gliederung:

- Außenpolitik und Diplomatie des Sozialismus in der Welt von heute
- Die Grundlagen der sozialistischen Diplomatie
- Diplomatie und brüderliche Verbundenheit der sozialistischen Länder

- Die Diplomatie des Sozialismus und die Entwicklungsländer
- Die Diplomatie des Sozialismus und die kapitalistischen Länder
- Sozialistische Diplomatie und europäische Sicherheit
- Die sozialistischen Staaten im Kampf für Frieden und Sicherheit in Asien
- Die Diplomatie des Sozialismus und die Tätigkeit der UNO

Zu beziehen über den örtlichen Buchhandel



**Staatsverlag
der Deutschen Demokratischen Republik**

Automatisierungsvorhaben mit hoher Effektivität

Autorenkollektiv

238 Seiten · Pappband 8,50 M

Bestellwort: Automatisierungsvor. / 770 459 0

Automatisierung der Produktion, numerisch gesteuerte Maschinen, elektronische Datenverarbeitung — diese Begriffe haben zunehmend in den täglichen Sprachgebrauch Eingang gefunden. Tausende von Arbeitskollektiven in unserer Republik setzen alle ihre Erfahrungen und Kenntnisse ein, um die Produktion intensiver und rationeller zu gestalten. Am Beispiel der Werkzeugmaschinenfabrik Seebach weisen die Autoren anschaulich und fundiert nach, daß richtiger Mittel- und Kräfteinsatz dazu führt, ein komplexes Automatisierungsvorhaben kurzfristig zu realisieren und wirksam zu machen. Die in Seebach gewonnenen Erfahrungen werden von den Autoren beispielhaft vermittelt. Die umfassende Behandlung des Themas, die übersichtliche Gliederung des Stoffes, die praxisbezogene Erläuterung der Entstehungsphasen, Arbeitsstufen und aufgetretenen Probleme und nicht zuletzt die zahlreichen, den Text ergänzenden Abbildungen und Grafiken machen das Buch zu einem Leitfaden für die Durchführung komplexer Automatisierungsvorhaben.

Erhältlich im örtlichen Buchhandel



**Staatsverlag
der Deutschen Demokratischen
Republik**

Herausgeber: Sekretariat des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 209 36 22 — Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 751 — Verlag: (610 63) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17, Telefon: 209 45 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 2,50 M, Teil II 3,— M — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,50 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr.

Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postschließfach 696. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 108 Berlin, Neustädtische Kirchstraße 15, Telefon: 229 22 23

Artikel-Nr. (EDV) 10 131

Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollensoffdruck)

Index 31 818



GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

61

1977

Berlin, den 25. März 1977

Teil II Nr. 5

Tag	Inhalt	Seite
16. 2. 77	Bekanntmachung über die Ratifikation der Konvention über die Verhütung, Verfolgung und Bestrafung von Straftaten gegen völkerrechtlich geschützte Personen einschließlich Diplomaten vom 14. Dezember 1973 durch die Deutsche Demokratische Republik	61
10. 1. 77	Bekanntmachung über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Konvention über die Eichung von Binnenschiffen vom 15. Februar 1966 sowie über das Inkrafttreten dieser Konvention für die Deutsche Demokratische Republik	74
10. 1. 77	Bekanntmachung über die Kündigung des Übereinkommens über die Eichung der Binnenschiffe vom 27. November 1925 durch die Deutsche Demokratische Republik	74

Bekanntmachung
über die Ratifikation der Konvention
über die Verhütung, Verfolgung und Bestrafung von
Straftaten gegen völkerrechtlich geschützte Personen
einschließlich Diplomaten vom 14. Dezember 1973
durch die Deutsche Demokratische Republik
vom 16. Februar 1977

Der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik ratifizierte am 15. November 1976 die Konvention über die Verhütung, Verfolgung und Bestrafung von Straftaten gegen völkerrechtlich geschützte Personen einschließlich Diplomaten vom 14. Dezember 1973.

Die Konvention war am 23. Mai 1974 für die Deutsche Demokratische Republik unterzeichnet worden.

Die Ratifikationsurkunde wurde am 30. November 1976 beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

Bei der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde wurde von seiten der Deutschen Demokratischen Republik zu Artikel 13 Absatz 1 der Konvention folgender Vorbehalt erklärt:

„Die Deutsche Demokratische Republik betrachtet sich nicht durch die Bestimmungen des Artikels 13 Absatz 1 gebunden und bekräftigt die Auffassung, daß in Übereinstimmung mit dem Prinzip der souveränen Gleichheit der Staaten die Zustimmung aller am Streitfall beteiligten Parteien erforderlich ist, um einen bestimmten Streitfall dem Schiedsverfahren zu unterwerfen beziehungsweise dem Internationalen Gerichtshof zur Entscheidung vorzulegen.“

Die Konvention wird nachstehend veröffentlicht.

Gleichzeitig wird die am 14. Dezember 1973 von der Vollversammlung der Vereinten Nationen angenommene Resolution 3166 (XXVIII) gemäß ihrem Punkt 6 veröffentlicht.

Der Tag, an dem die Konvention für die Deutsche Demokratische Republik in Kraft tritt, wird im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntgemacht.

Berlin, den 16. Februar 1977

Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik

H. Eichler

(Übersetzung)

**Konvention
über die Verhütung, Verfolgung und Bestrafung von
Straftaten gegen völkerrechtlich geschützte Personen
einschließlich Diplomaten**

Die Vertragsstaaten dieser Konvention

In Anbetracht der Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen betreffend die Wahrung des Weltfriedens und die Förderung freundschaftlicher Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen den Staaten,

In der Erwägung, daß Straftaten gegen Diplomaten und andere völkerrechtlich geschützte Personen, die deren Sicherheit gefährden, die Aufrechterhaltung normaler, für die Zusammenarbeit zwischen den Staaten notwendiger internationaler Beziehungen ernstlich bedrohen,

In dem Bewußtsein, daß die Begehung solcher Straftaten der Völkergemeinschaft Anlaß zu ernster Besorgnis gibt,

Überzeugt, daß es dringend notwendig ist, geeignete und wirksame Maßnahmen zur Verhütung, Verfolgung und Bestrafung solcher Straftaten zu ergreifen,

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Im Sinne dieser Konvention

1. bedeutet der Ausdruck „völkerrechtlich geschützte Person“

- a) ein Staatsoberhaupt, einschließlich eines jeden Mitgliedes eines Kollegialorgans, das nach der Verfassung des betreffenden Staates die Aufgaben eines Staatsoberhauptes wahrnimmt, einen Regierungschef oder einen Außenminister, wenn sie sich in einem fremden Staat aufhalten, sowie die sie begleitenden Familienmitglieder;
- b) jeden Vertreter oder jede Amtsperson eines Staates oder jeden Beamten oder sonstigen Beauftragten einer zwischenstaatlichen Organisation, die zu der Zeit und an dem Ort der Begehung der gegen sie, ihre Diensträume, ihre Privatwohnung oder ihre Beförderungsmittel gerichteten Straftat nach dem Völkerrecht Anspruch auf besonderen Schutz gegen jeden Angriff auf ihre Person, Freiheit oder Würde haben, sowie die mit ihnen im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienmitglieder;

2. bezeichnet der Ausdruck „Verdächtiger“ eine Person, gegen die ausreichende tatsächliche Anhaltspunkte den Verdacht begründen, daß sie eine oder mehrere der im Artikel 2 genannten Straftaten begangen hat oder daran beteiligt war.

Artikel 2

(1) Die vorsätzliche Begehung

- a) einer Tötung, einer Entführung oder eines sonstigen Angriffs auf die Person oder Freiheit einer völkerrechtlich geschützten Person;
- b) eines gewaltsamen Angriffs auf die Diensträume, die Privatwohnung oder die Beförderungsmittel einer völkerrechtlich geschützten Person, der geeignet ist, deren Person oder Freiheit zu gefährden;
- c) einer Bedrohung mit einem solchen Angriff;
- d) eines Versuchs eines solchen Angriffs und
- e) einer Teilnahmehandlung an einem solchen Angriff

wird von jedem Vertragsstaat nach innerstaatlichem Recht mit Strafe bedroht.

(2) Jeder Vertragsstaat bedroht diese Straftaten mit angemessenen Strafen, welche die Schwere der Tat berücksichtigen.

(3) Die Absätze 1 und 2 berühren nicht die völkerrechtlichen Verpflichtungen der Vertragsstaaten, alle geeigneten Maßnahmen zu treffen, um sonstige Angriffe auf die Person, Freiheit oder Würde einer völkerrechtlich geschützten Person zu verhindern.

Artikel 3

(1) Jeder Vertragsstaat trifft die notwendigen Maßnahmen, um seine Gerichtsbarkeit über die im Artikel 2 genannten Straftaten in folgenden Fällen zu begründen:

- a) wenn die Straftat im Hoheitsgebiet dieses Staates oder an Bord eines in diesem Staat eingetragenen Schiffes oder Luftfahrzeugs begangen wird;
- b) wenn der Verdächtige Angehöriger dieses Staates ist;
- c) wenn die Straftat gegen eine im Artikel 1 bezeichnete völkerrechtlich geschützte Person begangen wird, die ihre Rechtsstellung als solche aufgrund von Aufgaben genießt, die sie für diesen Staat wahrnimmt.

(2) Ebenso trifft jeder Vertragsstaat die notwendigen Maßnahmen, um seine Gerichtsbarkeit über diese Straftaten für den Fall zu begründen, daß der Verdächtige sich in seinem Hoheitsgebiet befindet und er ihn nicht nach Artikel 3 an einen der im Absatz 1 des vorliegenden Artikels genannten Staaten ausliefert.

(3) Diese Konvention schließt eine Strafgerichtsbarkeit, die nach innerstaatlichem Recht ausgeübt wird, nicht aus.

Artikel 4

Die Vertragsstaaten arbeiten bei der Verhütung der im Artikel 2 genannten Straftaten zusammen, indem sie insbesondere

- a) alle durchführbaren Maßnahmen treffen, um Vorbereitungen in ihren jeweiligen Hoheitsgebieten für die Begehung dieser Straftaten innerhalb oder außerhalb ihrer Hoheitsgebiete zu verhindern;
- b) Informationen austauschen sowie Verwaltungs- und andere Maßnahmen miteinander abstimmen, die geeignet sind, die Begehung dieser Straftaten zu verhindern.

Artikel 5

(1) Der Vertragsstaat, in dem eine der im Artikel 2 genannten Straftaten begangen wurde und der Grund zu der Annahme hat, daß ein Verdächtiger aus seinem Hoheitsgebiet geflohen ist, übermittelt allen anderen in Betracht kommenden Staaten unmittelbar oder über den Generalsekretär der Vereinten Nationen alle sachdienlichen Angaben über die begangene Straftat und alle verfügbaren Informationen, welche die Identität des Verdächtigen betreffen.

(2) Ist eine der im Artikel 2 genannten Straftaten gegen eine völkerrechtlich geschützte Person begangen worden, so bemüht sich jeder Vertragsstaat, der Informationen über das Opfer und die Umstände der Straftat besitzt, diese Informationen unter den in seinem innerstaatlichen Recht vorgesehenen Voraussetzungen in vollem Umfang sofort dem Vertragsstaat zu übermitteln, für den die betreffende Person ihre Aufgaben wahrgenommen hat.

Artikel 6

(1) Hält der Vertragsstaat, in dessen Hoheitsgebiet sich der Verdächtige befindet, es in Anbetracht der Umstände für gerechtfertigt, so trifft er nach seinem innerstaatlichen Recht die geeigneten Maßnahmen, um die Anwesenheit des Verdächtigen zum Zweck der Strafverfolgung oder der Auslieferung sicherzustellen. Diese Maßnahmen sind unverzüglich unmittelbar oder über den Generalsekretär der Vereinten Nationen zu notifizieren

- a) dem Staat, in dem die Straftat begangen wurde;
- b) dem oder den Staaten, deren Angehöriger der Verdächtige ist, oder, wenn er Staatenloser ist, in deren Hoheitsgebiet er seinen ständigen Aufenthalt hat;
- c) dem oder den Staaten, deren Angehöriger die betroffene völkerrechtlich geschützte Person ist oder für die sie ihre Aufgaben wahrgenommen hat;
- d) allen anderen in Betracht kommenden Staaten und
- e) der zwischenstaatlichen Organisation, deren Beamter oder sonstiger Beauftragter die betroffene völkerrechtlich geschützte Person ist.

(2) Jeder, gegen den die im Absatz 1 bezeichneten Maßnahmen getroffen werden, ist berechtigt,

- a) unverzüglich mit dem nächsten zuständigen Vertreter des Staates, dessen Angehöriger er ist, der sonst zur Wahrung seiner Rechte befugt ist oder der, wenn der Betreffende staatenlos ist, auf seine Bitte zur Wahrung seiner Rechte bereit ist, in Verbindung zu treten und
- b) den Besuch eines Vertreters dieses Staates zu empfangen.

Artikel 7

Der Vertragsstaat, in dessen Hoheitsgebiet sich der Verdächtige befindet, hat, wenn er ihn nicht ausliefert, den Fall ohne irgendeine Ausnahme und ohne unangemessene Verzögerung seinen zuständigen Behörden zum Zweck der Strafverfolgung in einem Verfahren nach seinem Recht zu unterbreiten.

Artikel 8

(1) Soweit die im Artikel 2 genannten Straftaten nicht als der Auslieferung unterliegende strafbare Handlungen von einem zwischen den Vertragsstaaten bestehenden Auslieferungsvertrag erfaßt werden, gelten sie als in diesen Vertrag aufgenommen. Die Vertragsstaaten verpflichten sich, diese Straftaten als der Auslieferung unterliegende strafbare Handlungen in jeden künftig zwischen ihnen zu schließenden Auslieferungsvertrag aufzunehmen.

(2) Erhält ein Vertragsstaat, der die Auslieferung vom Bestehen eines Vertrags abhängig macht, ein Auslieferungersuchen von einem anderen Vertragsstaat, mit dem er keinen Auslieferungsvertrag hat, so kann er, wenn er sich für die Auslieferung entscheidet, diese Konvention in bezug auf diese Straftaten als Rechtsgrundlage für die Auslieferung ansehen. Die Auslieferung unterliegt dem Verfahrensrecht und den übrigen im Recht des ersuchten Staates vorgesehenen Bedingungen.

(3) Vertragsstaaten, welche die Auslieferung nicht vom Bestehen eines Vertrags abhängig machen, erkennen unter sich diese Straftaten als der Auslieferung unterliegende strafbare Handlungen vorbehaltlich des Verfahrensrechts und der übrigen im Recht des ersuchten Staates vorgesehenen Bedingungen an.

(4) Diese Straftaten werden für die Zwecke der Auslieferung zwischen Vertragsstaaten so behandelt, als seien sie nicht nur an dem Ort, an dem sie sich ereignet haben, sondern auch in den Hoheitsgebieten der Staaten begangen worden, die verpflichtet sind, ihre Gerichtsbarkeit nach Artikel 3 Absatz 1 zu begründen.

Artikel 9

Jedem, gegen den ein Verfahren wegen einer der im Artikel 2 genannten Straftaten durchgeführt wird, ist während des gesamten Verfahrens eine gerechte Behandlung zu gewährleisten.

Artikel 10

(1) Die Vertragsstaaten gewähren einander die weitestgehende Hilfe im Zusammenhang mit Verfahren, die in bezug auf die im Artikel 2 genannten Straftaten eingeleitet werden, einschließlich der Überlassung aller ihnen zur Verfügung stehenden und für das Verfahren erforderlichen Beweismittel.

(2) Absatz 1 läßt Verpflichtungen über die gegenseitige Rechtshilfe unberührt, die in anderen Verträgen enthalten sind.

Artikel 11

Der Vertragsstaat, in dem ein Verdächtiger strafrechtlich verfolgt wird, teilt den Ausgang des Verfahrens dem Generalsekretär der Vereinten Nationen mit; dieser unterrichtet die anderen Vertragsstaaten.

Artikel 12

Diese Konvention läßt die Anwendung der im Zeitpunkt ihrer Annahme geltenden Asylverträge zwischen den Vertragsstaaten dieser Verträge unberührt; jedoch kann sich ein Vertragsstaat dieser Konvention gegenüber einem anderen Vertragsstaat, der nicht Vertragspartei jener Verträge ist, nicht auf diese berufen.

Artikel 13

(1) Jede Streitigkeit zwischen zwei oder mehr Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieser Konvention, die nicht durch Verhandlungen beigelegt wird, ist auf Verlangen eines dieser Staaten einem Schiedsverfahren zu unterwerfen. Können sich die Parteien binnen sechs Monaten nach dem Zeitpunkt, zu dem das Schiedsverfahren verlangt worden ist, über seine Ausgestaltung nicht einigen, so kann jede dieser Parteien die Streitigkeit dem Internationalen Gerichtshof unterbreiten, indem sie einen seinem Statut entsprechenden Antrag stellt.

(2) Jeder Vertragsstaat kann bei der Unterzeichnung oder der Ratifikation der Konvention oder dem Beitritt zu dieser erklären, daß er sich durch Absatz 1 nicht als gebunden betrachtet. Die anderen Vertragsstaaten sind gegenüber einem Vertragsstaat, der einen solchen Vorbehalt gemacht hat, durch Absatz 1 nicht gebunden.

(3) Ein Vertragsstaat, der einen Vorbehalt nach Absatz 2 gemacht hat, kann diesen Vorbehalt jederzeit durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete Notifikation zurückziehen.

Artikel 14

Diese Konvention liegt bis zum 31. Dezember 1974 am Sitz der Vereinten Nationen in New York für alle Staaten zur Unterzeichnung auf.

Artikel 15

Diese Konvention bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

Artikel 16

Diese Konvention liegt für alle Staaten zum Beitritt auf. Die Beitrittsurkunden werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

Artikel 17

(1) Diese Konvention tritt am dreißigsten Tag nach Hinterlegung der zweiundzwanzigsten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen in Kraft.

(2) Für jeden Staat, der die Konvention nach Hinterlegung der zweiundzwanzigsten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde ratifiziert oder ihr beiträgt, tritt sie am dreißigsten Tag nach Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunde durch diesen Staat in Kraft.

Artikel 18

(1) Jeder Vertragsstaat kann diese Konvention durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete schriftliche Notifikation kündigen.

(2) Die Kündigung wird sechs Monate nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär der Vereinten Nationen wirksam.

Artikel 19

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen unterrichtet alle Staaten unter anderem

- a) über Unterzeichnungen dieser Konvention, über die Hinterlegung von Ratifikations- oder Beitrittsurkunden nach den Artikeln 14, 15 und 16 und über Notifikationen nach Artikel 18;
- b) über den Zeitpunkt, zu dem diese Konvention nach Artikel 17 in Kraft tritt.

Artikel 20

Die Urschrift dieser Konvention, deren chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt; dieser übermittelt allen Staaten beglaubigte Abschriften.

ZU URKUND DESSEN haben die von ihren Regierungen hierzu gehörig befugten Unterzeichneten diese Konvention, die am 14. Dezember 1973 in New York zur Unterzeichnung aufgelegt wurde, unterschrieben.

(Übersetzung)

RESOLUTION 3166 (XXVIII),
angenommen von der Vollversammlung
am 14. Dezember 1973

Konvention
über die Verhütung, Verfolgung und Bestrafung von
Straftaten gegen völkerrechtlich geschützte Personen
einschließlich Diplomaten

Die Vollversammlung,

von der Erwägung geleitet, daß die Kodifizierung und progressive Entwicklung des Völkerrechts dazu beitragen, die in den Artikeln 1 und 2 der Charta der Vereinten Nationen niedergelegten Ziele und Prinzipien zu verwirklichen,

eingedenk dessen, daß die Völkerrechtskommission auf ihrer vierundzwanzigsten Tagung entsprechend dem in der Resolution 2780 (XXVI) der Vollversammlung vom 3. Dezember 1971 enthaltenen Ersuchen die Frage des Schutzes und der Unverletzlichkeit von Diplomaten und anderen Personen, die nach dem Völkerrecht besonderen Schutz genießen, geprüft und einen Artikelentwurf über die Verhütung, Verfolgung und Bestrafung von Straftaten gegen diese Personen ausgearbeitet hat,

nach Prüfung dieses Artikelentwurfs sowie der Bemerkungen und Vorschläge, die dazu von den Staaten, Spezialorganisationen und zwischenstaatlichen Organisationen entsprechend dem in der Resolution 2926 (XXVII) der Vollversammlung vom 28. November 1972 enthaltenen Ersuchen unterbreitet wurden,

überzeugt von der Bedeutung einer internationalen Vereinbarung über geeignete und wirksame Maßnahmen zur Verhütung, Verfolgung und Bestrafung von Straftaten gegen Diplomaten und andere völkerrechtlich geschützte Personen angesichts der ernststen Bedrohung, die das Begehen solcher Straftaten für die Erhaltung und Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen den Staaten darstellt,

nach Ausarbeitung der entsprechenden Bestimmungen, die in der dieser Resolution als Anlage beigefügten Konvention enthalten sind,

1. beschließt die Annahme der Konvention über die Verhütung, Verfolgung und Bestrafung von Straftaten gegen völkerrechtlich geschützte Personen einschließlich Diplomaten, die dieser Resolution als Anlage beigefügt ist,

2. unterstreicht erneut die große Bedeutung der Völkerrechtsnormen über die Unverletzlichkeit und den besonderen Schutz von Personen, die unter völkerrechtlichem Schutz stehen, sowie der diesbezüglichen Verpflichtungen der Staaten,

3. ist der Ansicht, daß die beigefügte Konvention es den Staaten ermöglichen wird, ihren Verpflichtungen wirksamer nachzukommen,

4. erkennt ferner an, daß die Bestimmungen der beigefügten Konvention nicht die Verwirklichung des legitimen Rechts auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit entsprechend den Zielen und Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen und der Deklaration über die Prinzipien des Völkerrechts betreffend die freundschaftlichen Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen den Staaten in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen durch die Völker, die gegen Kolonialismus, Fremdherrschaft, ausländische Besetzung, Rassen Diskriminierung und Apartheid kämpfen, beeinträchtigen können,

5. schlägt den Staaten vor, Teilnehmer der beigefügten Konvention zu werden,

6. beschließt, daß diese Resolution, deren Bestimmungen die beigefügte Konvention betreffen, stets mit ihr zusammen zu veröffentlichen ist.

**КОНВЕНЦИЯ О ПРЕДОТВРАЩЕНИИ И НАКАЗАНИИ
ПРЕСТУПЛЕНИЙ ПРОТИВ ЛИЦ, ПОЛЬЗУЮЩИХСЯ
МЕЖДУНАРОДНОЙ ЗАЩИТОЙ, В ТОМ ЧИСЛЕ
ДИПЛОМАТИЧЕСКИХ АГЕНТОВ**

Государства-участники настоящей Конвенции,

принимая во внимание цели и принципы Устава Организации Объединенных Наций, касающиеся поддержания международного мира и развития дружественных отношений и сотрудничества между государствами,

считая, что преступления против дипломатических агентов и других лиц, пользующихся международной защитой, угрожая безопасности этих лиц, создают серьезную угрозу поддержанию нормальных международных отношений, которые необходимы для сотрудничества между государствами,

считая, что совершение таких преступлений вызывает серьезное беспокойство международного сообщества,

будучи убеждены в том, что существует настоятельная необходимость принятия соответствующих и эффективных мер для предотвращения и наказания таких преступлений,

согласились о нижеследующем:

Статья 1

В целях настоящей Конвенции:

1. «Лицо, пользующееся международной защитой», есть:

а) глава государства, в том числе каждый член коллегияльного органа, выполняющего функции главы государства согласно конституции соответствующего государства, или глава правительства, или министр иностранных дел, находящиеся в иностранном государстве, а также сопровождающие члены его семьи;

б) любой представитель или должностное лицо государства, или любое должностное лицо, или иной агент межправительственной международной организации, который, во время, когда против него, его официальных помещений, его жилого помещения или его транспортных средств было совершено преступление и в месте совершения такого преступления, имеет право в соответствии с международным правом на специальную защиту от любого нападения на его личность, свободу и достоинство, а также проживающие с ним члены его семьи.

2. «Предполагаемый преступник» есть лицо, в отношении которого имеются доказательства, достаточные для установления *prima facie*, что оно совершило одно или более преступлений, предусмотренных в статье 2, или участвовало в их совершении.

Статья 2

1. Преднамеренное совершение:

а) убийства, похищения или другого нападения против личности или свободы лица, пользующегося международной защитой;

б) насильственного нападения на официальное помещение, жилое помещение или транспортные средства лица, пользующегося международной защитой, которое может угрожать личности или свободе последнего;

в) угрозы любого такого нападения;

г) попытки любого такого нападения; и

е) действий в качестве соучастника любого такого нападения должно рассматриваться каждым государством-участником в соответствии с его внутренним законодательством как преступление.

2. Каждое государство-участник предусматривает соответствующие наказания за такие преступления с учетом их тяжкого характера.

3. Пункты 1 и 2 настоящей статьи никоим образом не освобождают государств-участников от обязанностей в соответствии с международным правом принимать все надлежащие меры для предотвращения других посягательств на личность, свободу и достоинство лица, пользующегося международной защитой.

Статья 3

1. Каждое государство-участник принимает необходимые меры для установления своей юрисдикции над преступлениями, предусмотренными в статье 2, в следующих случаях:

а) когда преступление совершено на территории этого государства или на борту судна или самолета, зарегистрированного в этом государстве;

б) когда предполагаемый преступник является гражданином этого государства;

в) когда преступление совершено против лица, пользующегося международной защитой по смыслу статьи 1 и имеющего статус такового в связи с теми функциями, которые оно выполняет от имени этого государства.

2. Каждое государство-участник аналогичным образом принимает необходимые меры для установления своей юрисдикции над этими преступлениями в случае, если обвиняемый в преступлении находится на его территории, и оно не выдает его в соответствии со статьей 8 любому из государств, упомянутых в пункте 1 настоящей статьи.

3. Настоящая Конвенция не исключает любой уголовной юрисдикции, осуществляемой в соответствии с национальным правом.

Статья 4

Государства-участники сотрудничают в деле предотвращения преступлений, предусмотренных в статье 2, особенно путем:

а) принятия всех практически осуществимых мер по предотвращению подготовки в пределах их соответствующих территорий совершения этих преступлений в пределах или вне пределов их территории;

б) обмена информацией и координации принятия административных и других соответствующих мер, для того чтобы предотвратить совершение таких преступлений.

Статья 5

1. Государство-участник, в пределах территории которого было совершено одно или несколько преступлений, предусмотренных в статье 2, если оно имеет основания считать, что предполагаемый преступник покинул его территорию, сообщает всем другим заинтересованным государствам либо непосредственно, либо через Генерального секретаря Организации Объединенных Наций все относящиеся к совершенному преступлению факты, а также все имеющиеся в его распоряжении сведения относительно установления личности предполагаемого преступника.

2. В случае совершения против лица, пользующегося международной защитой, любого из преступлений, предусмотренных в статье 2, каждое государство-участник, располагающее информацией относительно жертвы и обстоятельств совершения преступления, прилагает усилия, чтобы предоставить ее в условиях, предусмотренных соответствующим законодательством государства полностью и своевременно государству-участнику, от имени которого это лицо осуществляло свои функции.

Статья 6

1. Убедившись, что обстоятельства того требуют, государство-участник, на территории которого находится предполагаемый преступник, принимает в соответствии со своим внутренним законодательством надлежащие меры, обеспечивающие его присутствие для целей уголовного преследования или выдачи. Об этих мерах безотлагательно сообщается либо непосредственно, либо через Генерального секретаря Организации Объединенных Наций:

а) государству, на территории которого было совершено преступление;

б) государству или государствам, гражданином которого является предполагаемый преступник или в случае, если он является апатридом, на территории которого он постоянно проживает;

в) государству или государствам, гражданином которого (которых) является заинтересованное лицо, пользующееся международной защитой, или от имени которого (которых) оно осуществляло свои функции;

г) всем другим заинтересованным государствам; и

е) межправительственной международной организации, агент или любое должностное лицо которой является соответствующим лицом, пользующимся международной защитой.

2. Любому лицу, в отношении которого предпринимаются меры, указанные в пункте 1 настоящей статьи, предоставляется возможность:

а) безотлагательно связаться с ближайшим подходящим представителем государства, гражданином которого он является, или которое иным образом правомочно защищать его права или, если оно является апатридом, к которому оно обращается с просьбой и которое согласно защищать его права;

б) посещения представителем этого государства.

Статья 7

Государство-участник, на территории которого оказывается предполагаемый преступник, в том случае, если оно не выдаст его, передаст дело без каких-либо исключений и без необоснованной задержки своим компетентным органам для целей уголовного преследования с соблюдением процедур, установленных законами этого государства.

Статья 8

1. Если преступления, предусмотренные в статье 2, не включены в число преступлений, влекущих выдачу, в любом договоре о выдаче между государствами-участниками, они считаются включенными в качестве таковых в любой соответствующий договор между ними. Государства-участники обязуются включать такие преступления в качестве преступлений, влекущих выдачу, в любой договор о выдаче, заключаемый между ними.

2. Если государство-участник, которое обуславливает выдачу наличием договора, получает просьбу о выдаче от другого государства-участника, с которым оно не имеет договора о выдаче, оно может, если оно решает выдать преступника, рассматривать настоящую конвенцию в качестве правового основания для выдачи в связи с данными преступлениями. Выдача производится в соответствии с процессуальными положениями и другими условиями законодательства государства, к которому обращена просьба о выдаче.

3. Государства-участники, не обуславливающие выдачу наличием договора, рассматривают в отношениях между собой такие преступления в качестве преступлений, влекущих выдачу, с соблюдением процессуальных положений и других условий законодательства государства, к которому обращена просьба о выдаче.

4. Каждое из таких преступлений рассматривается государствами-участниками для целей выдачи, как если бы оно было совершено не только в месте его совершения, но также и на территории государств, которые обязаны установить свою юрисдикцию в соответствии с пунктами 1b и с статьи 3.

Статья 9

Любому лицу, в отношении которого осуществляется разбирательство в связи с любым из преступлений, предусмотренных в статье 2, гарантируется справедливое рассмотрение дела на всех стадиях разбирательства.

Статья 10

1. Государства-участники оказывают друг другу наиболее полную правовую помощь в связи с уголовно-процессуальными действиями, предпринятыми в отношении преступлений, предусмотренных в статье 2, включая предоставление всех имеющихся в их распоряжении доказательств, необходимых для судебного разбирательства.

2. Положения пункта 1 настоящей статьи не влияют на обязательства о взаимной правовой помощи, установленные любым другим договором.

Статья 11

Государство-участник, которое предприняло уголовно-процессуальные действия в отношении предполагаемого преступника, сообщает об их окончательных результатах Генеральному секретарю Организации Объединенных Наций, который направляет данную информацию другим государствам-участникам.

Статья 12

Положения настоящей Конвенции не затрагивают применения Договоров об убежище, действующих на время принятия настоящей Конвенции между государствами-участниками этих Договоров; однако государство-участник настоящей Конвенции не может прибегать к этим Договорам в отношении другого государства-участника настоящей Конвенции, не являющегося участником этих Договоров.

Статья 13

1. Любой спор между двумя или более государствами-участниками, касающийся толкования или применения настоящей Конвенции, который не урегулирован путем переговоров, по просьбе одного из них будет передаваться на арбитраж. Если в течение шести месяцев со дня просьбы об арбитраже стороны не в состоянии прийти к соглашению по вопросу об организации арбитража, по просьбе любой из этих сторон спор может быть передан в Международный Суд в соответствии со Статутом Суда.

2. Каждое государство-участник может при подписании или ратификации настоящей Конвенции, или при присоединении к ней сделать заявление о том, что оно не считает себя связанным положениями пункта 1 настоящей статьи. Другие государства-участники не будут связаны положениями пункта 1 настоящей статьи в отношении любого государства-участника, сделавшего такую оговорку.

3. Любое государство-участник, сделавшее оговорку в соответствии с пунктом 2 настоящей статьи, может в любое время снять эту оговорку путем нотификации Генерального секретаря Организации Объединенных Наций.

Статья 14

Настоящая Конвенция открыта для подписания всеми государствами до 31 декабря 1974 года в Центральном учреждении Организации Объединенных Наций в Нью-Йорке.

Статья 15

Настоящая Конвенция подлежит ратификации. Документы о ратификации сдаются на хранение Генеральному секретарю Организации Объединенных Наций.

Статья 16

Настоящая Конвенция открыта для присоединения любого государства. Документы о присоединении сдаются на хранение Генеральному секретарю Организации Объединенных Наций.

Статья 17

1. Настоящая Конвенция вступает в силу на тридцатый день после даты сдачи на хранение Генеральному секретарю Организации Объединенных Наций двадцать второго документа о ратификации или присоединении.

2. Для каждого государства, ратифицирующего Конвенцию или присоединяющегося к ней после сдачи на хранение двадцать второго документа о ратификации или присоединении, Конвенция вступает в силу на тридцатый день после сдачи на хранение этим государством своего документа о ратификации или присоединении.

Статья 18

1. Государство-участник может денонсировать настоящую Конвенцию путем письменного уведомления Генерального секретаря Организации Объединенных Наций.

2. Денонсация вступает в силу по истечении шести месяцев после даты получения уведомления Генеральным секретарем Организации Объединенных Наций.

Статья 19

Генеральный секретарь Организации Объединенных Наций информирует все государства, среди прочего:

а) о фактах подписания настоящей Конвенции, сдачи на хранение документов о ратификации или присоединении в соответствии со статьями 14, 15 и 16 и о нотификации, совершенной в соответствии со статьей 18;

б) о дате вступления в силу настоящей Конвенции в соответствии со статьей 17.

Статья 20

Подлинный текст настоящей Конвенции, тексты которой на английском, испанском, китайском, русском и французском языках являются равно аутентичными, сдается на хранение Генеральному секретарю Организации Объединенных Наций, который рассылает заверенные копии всем государствам.

В УДОСТОВЕРЕНИЕ ЧЕГО мы, нижеподписавшиеся, будучи должным образом на то уполномочены своими соответствующими правительствами, подписали настоящую Конвенцию, открытую для подписания в Нью-Йорке 14-го декабря 1973 года.

Резолюция 3166 (XXVIII),
принятая Генеральной Ассамблеей
14 декабря 1973 года

**Конвенция о предотвращении и наказании преступлений
против лиц, пользующихся международной защитой,
в том числе дипломатических агентов**

Генеральная Ассамблея,

считая, что кодификация и прогрессивное развитие международного права способствуют осуществлению целей и принципов, изложенных в статьях 1 и 2 Устава Организации Объединенных Наций,

напоминая, что в ответ на просьбу, содержащуюся в резолюции 2780 (XXVI) Генеральной Ассамблеи от 3 декабря 1971 года, Комиссия международного права на ее двадцать четвертой сессии изучила вопрос о защите и неприкосновенности дипломатических агентов и других лиц, пользующихся специальной защитой в соответствии с международным правом, и подготовила проект статей о предотвращении и наказании преступлений против таких лиц,

рассмотрев этот проект статей, а также замечания и предложения, представленные по ним государствами и специализированными учреждениями и межправительственными организациями в ответ на просьбу, содержащуюся в резолюции 2926 (XXVII) Генеральной Ассамблеи от 28 ноября 1972 года,

будучи убеждена в важности обеспечения международного соглашения о надлежащих и эффективных мерах по предотвращению и наказанию преступлений против дипломатических агентов и других лиц, пользующихся международной защитой, ввиду серьезной угрозы поддержанию и развитию дружественных отношений и сотрудничества между государствами, которую создает совершение подобных преступлений,

разработав с этой целью положения, содержащиеся в Конвенции, прилагаемой к настоящей резолюции,

1. принимает Конвенцию о предотвращении и наказании преступлений против лиц, пользующихся международной защитой, в том числе дипломатических агентов, прилагаемую к настоящей резолюции;

2. вновь подчеркивает огромную важность норм международного права, касающихся неприкосновенности и специальной защиты лиц, пользующихся международной защитой, а также обязательств государств в этом отношении;

3. считает, что прилагаемая Конвенция позволит государствам более эффективно осуществить их обязательства;

4. признает также, что положения прилагаемой Конвенции никоим образом не могут наносить ущерб осуществлению законного права на самоопределение и независимость в соответствии с целями и принципами Устава Организации Объединенных Наций и Декларации о принципах международного права, касающихся дружественных отношений и сотрудничества между государствами в соответствии с Уставом Организации Объединенных Наций, народами, борющимися против колониализма, чужеземного господства, иностранной оккупации, расовой дискриминации и апартеида;

5. предлагает государствам стать участниками прилагаемой Конвенции;

6. постановляет, что настоящая резолюция, положения которой касаются прилагаемой Конвенции, будет каждый раз публиковаться совместно с ней.

**CONVENTION
ON THE PREVENTION AND PUNISHMENT OF
CRIMES AGAINST
INTERNATIONALLY PROTECTED PERSONS,
INCLUDING DIPLOMATIC AGENTS**

The States Parties to this Convention,

Having in mind the purposes and principles of the Charter of the United Nations concerning the maintenance of international peace and the promotion of friendly relations and co-operation among States,

Considering that crimes against diplomatic agents and other internationally protected persons jeopardizing the safety of these persons create a serious threat to the maintenance of normal international relations which are necessary for co-operation among States,

Believing that the commission of such crimes is a matter of grave concern to the international community,

Convinced that there is an urgent need to adopt appropriate and effective measures for the prevention and punishment of such crimes,

Have agreed as follows:

Article I

For the purposes of this Convention:

1. "internationally protected person" means:

(a) a Head of State, including any member of a collegial body performing the functions of a Head of State under the constitution of the State concerned, a Head of Government or a Minister for Foreign Affairs, whenever any such person is in a foreign State, as well as members of his family who accompany him;

(b) any representative or official of a State or any official or other agent of an international organization of an inter-governmental character who, at the time when and in the place where a crime against him, his official premises, his private accommodation or his means of transport is committed, is entitled pursuant to international law to special protection from any attack on his person, freedom or dignity, as well as members of his family forming part of his household;

2. "alleged offender" means a person as to whom there is sufficient evidence to determine *prima facie* that he has committed or participated in one or more of the crimes set forth in article 2.

Article 2

1. The intentional commission of:

(a) a murder, kidnapping or other attack upon the person or liberty of an internationally protected person;

(b) a violent attack upon the official premises, the private accommodation or the means of transport of an internationally protected person likely to endanger his person or liberty;

(c) a threat to commit any such attack;

(d) an attempt to commit any such attack; and

(e) an act constituting participation as an accomplice in any such attack

shall be made by each State Party a crime under its internal law.

2. Each State Party shall make these crimes punishable by appropriate penalties which take into account their grave nature.

3. Paragraphs 1 and 2 of this article in no way derogate from the obligations of States Parties under international law to take all appropriate measures to prevent other attacks on the person, freedom or dignity of an internationally protected person.

Article 3

1. Each State Party shall take such measures as may be necessary to establish its jurisdiction over the crimes set forth in article 2 in the following cases:

(a) when the crime is committed in the territory of that State or on board a ship or aircraft registered in that State;

(b) when the alleged offender is a national of that State;

(c) when the crime is committed against an internationally protected person as defined in article 1 who enjoys his status as such by virtue of functions which he exercises on behalf of that State.

2. Each State Party shall likewise take such measures as may be necessary to establish its jurisdiction over these crimes in cases where the alleged offender is present in its territory and it does not extradite him pursuant to article 8 to any of the States mentioned in paragraph 1 of this article.

3. This Convention does not exclude any criminal jurisdiction exercised in accordance with internal law.

Article 4

States Parties shall co-operate in the prevention of the crimes set forth in article 2, particularly by:

(a) taking all practicable measures to prevent preparations in their respective territories for the commission of those crimes within or outside their territories;

(b) exchanging information and co-ordinating the taking of administrative and other measures as appropriate to prevent the commission of those crimes.

Article 5

1. The State Party in which any of the crimes set forth in article 2 has been committed shall, if it has reason to believe that an alleged offender has fled from its territory, communicate to all other States concerned, directly or through the Secretary-General of the United Nations, all the pertinent facts regarding the crime committed and all available information regarding the identity of the alleged offender.

2. Whenever any of the crimes set forth in article 2 has been committed against an internationally protected person, any State Party which has information concerning the victim and the circumstances of the crime shall endeavour to transmit it, under the conditions provided for in its internal law, fully and promptly to the State Party on whose behalf he was exercising his functions.

Article 6

1. Upon being satisfied that the circumstances so warrant, the State Party in whose territory the alleged offender is present shall take the appropriate measures under its internal law so as to ensure his presence for the purpose of prosecution or extradition. Such measures shall be notified without delay directly or through the Secretary-General of the United Nations to:

(a) the State where the crime was committed;

(b) the State or States of which the alleged offender is a national or, if he is a stateless person, in whose territory he permanently resides;

(c) the State or States of which the internationally protected person concerned is a national or on whose behalf he was exercising his functions;

(d) all other States concerned; and

(e) the international organization of which the internationally protected person concerned is an official or an agent.

2. Any person regarding whom the measures referred to in paragraph 1 of this article are being taken shall be entitled:

(a) to communicate without delay with the nearest appropriate representative of the State of which he is a national or

which is otherwise entitled to protect his rights or, if he is a stateless person, which he requests and which is willing to protect his rights; and

(b) to be visited by a representative of that State.

Article 7

The State Party in whose territory the alleged offender is present shall, if it does not extradite him, submit, without exception whatsoever and without undue delay, the case to its competent authorities for the purpose of prosecution, through proceedings in accordance with the laws of that State.

Article 8

1. To the extent that the crimes set forth in article 2 are not listed as extraditable offences in any extradition treaty existing between States Parties, they shall be deemed to be included as such therein. States Parties undertake to include those crimes as extraditable offences in every future extradition treaty to be concluded between them.

2. If a State Party which makes extradition conditional on the existence of a treaty receives a request for extradition from another State Party with which it has no extradition treaty, it may, if it decides to extradite, consider this Convention as the legal basis for extradition in respect of those crimes. Extradition shall be subject to the procedural provisions and the other conditions of the law of the requested State.

3. States Parties which do not make extradition conditional on the existence of a treaty shall recognize those crimes as extraditable offences between themselves subject to the procedural provisions and the other conditions of the law of the requested State.

4. Each of the crimes shall be treated, for the purpose of extradition between States Parties, as if it had been committed not only in the place in which it occurred but also in the territories of the States required to establish their jurisdiction in accordance with paragraph 1 of article 3.

Article 9

Any person regarding whom proceedings are being carried out in connexion with any of the crimes set forth in article 2 shall be guaranteed fair treatment at all stages of the proceedings.

Article 10

1. States Parties shall afford one another the greatest measure of assistance in connexion with criminal proceedings brought in respect of the crimes set forth in article 2, including the supply of all evidence at their disposal necessary for the proceedings.

2. The provisions of paragraph 1 of this article shall not affect obligations concerning mutual judicial assistance embodied in any other treaty.

Article 11

The State Party where an alleged offender is prosecuted shall communicate the final outcome of the proceedings to the Secretary-General of the United Nations, who shall transmit the information to the other States Parties.

Article 12

The provisions of this Convention shall not affect the application of the Treaties on Asylum, in force at the date of the adoption of this Convention, as between the States which are parties to those Treaties; but a State Party to this Convention may not invoke those Treaties with respect to another State Party to this Convention which is not a party to those Treaties.

Article 13

1. Any dispute between two or more States Parties concerning the interpretation or application of this Convention which is not settled by negotiation shall, at the request of one of them, be submitted to arbitration. If within six months from the date of the request for arbitration the parties are unable to agree on the organization of the arbitration, any one of those parties may refer the dispute to the International Court of Justice by request in conformity with the Statute of the Court.

2. Each State Party may at the time of signature or ratification of this Convention or accession thereto declare that it does not consider itself bound by paragraph 1 of this article. The other States Parties shall not be bound by paragraph 1 of this article with respect to any State Party which has made such a reservation.

3. Any State Party which has made a reservation in accordance with paragraph 2 of this article may at any time withdraw that reservation by notification to the Secretary-General of the United Nations.

Article 14

This Convention shall be open for signature by all States, until 31 December 1974 at United Nations Headquarters in New York.

Article 15

This Convention is subject to ratification. The instruments of ratification shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations.

Article 16

This Convention shall remain open for accession by any State. The instruments of accession shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations.

Article 17

1. This Convention shall enter into force on the thirtieth day following the date of deposit of the twenty-second instrument of ratification or accession with the Secretary-General of the United Nations.

2. For each State ratifying or acceding to the Convention after the deposit of the twenty-second instrument of ratification or accession, the Convention shall enter into force on the thirtieth day after deposit by such State of its instrument of ratification or accession.

Article 18

1. Any State Party may denounce this Convention by written notification to the Secretary-General of the United Nations.

2. Denunciation shall take effect six months following the date on which notification is received by the Secretary-General of the United Nations.

Article 19

The Secretary-General of the United Nations shall inform all States, *inter alia*:

(a) of signatures to this Convention, of the deposit of instruments of ratification or accession in accordance with articles 14, 15 and 16 and of notifications made under article 18.

(b) of the date on which this Convention will enter into force in accordance with article 17.

Article 20

The original of this Convention, of which the Chinese, English, French, Russian and Spanish texts are equally authentic, shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations, who shall send certified copies thereof to all States.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned, being duly authorized thereto by their respective Governments, have signed this Convention, opened for signature at New York on 14 December 1973.

RESOLUTION 3166 (XXVIII) ADOPTED BY THE
GENERAL ASSEMBLY ON 14 DECEMBER 1973

**Convention on the Prevention and Punishment of Crimes
against Internationally Protected Persons, including
Diplomatic Agents**

The General Assembly,

Considering that the codification and progressive development of international law contributes to the implementation of the purposes and principles set forth in Articles 1 and 2 of the Charter of the United Nations,

Recalling that in response to the request made in General Assembly resolution 2780 (XXVI) of 3 December 1971, the International Law Commission, at its twenty-fourth session, studied the question of the protection and inviolability of diplomatic agents and other persons entitled to special protection under international law and prepared draft articles on the prevention and punishment of crimes against such persons,

Having considered the draft articles and also the comments and observations thereon submitted by States and by specialized agencies and intergovernmental organizations in response to the invitation made in General Assembly resolution 2926 (XXVII) of 28 November 1972,

Convinced of the importance of securing international agreement on appropriate and effective measures for the prevention and punishment of crimes against diplomatic agents and other internationally protected persons in view of the serious threat to the maintenance and promotion of friendly relations and co-operation among States created by the commission of such crimes,

Having elaborated for that purpose the provisions contained in the Convention annexed hereto,

1. **Adopts** the Convention on the Prevention and Punishment of Crimes against Internationally Protected Persons, including Diplomatic Agents, annexed to the present resolution;

2. **Re-emphasizes** the great importance of the rules of international law concerning the inviolability of and special protection to be afforded to internationally protected persons and the obligations of States in relation thereto;

3. **Considers** that the annexed Convention will enable States to carry out their obligations more effectively;

4. **Recognizes** also that the provisions of the annexed Convention could not in any way prejudice the exercise of the legitimate right to self-determination and independence in accordance with the purposes and principles of the Charter of the United Nations and the Declaration on Principles of International Law concerning Friendly Relations and Co-operation among States in accordance with the Charter of the United Nations by peoples struggling against colonialism, alien domination, foreign occupation, racial discrimination and apartheid;

5. **Invites** States to become parties to the annexed Convention;

6. **Decides** that the present resolution, whose provisions are related to the annexed Convention, shall always be published together with it.

**Bekanntmachung
über den Beitritt
der Deutschen Demokratischen Republik
zur Konvention über die Eichung von Binnenschiffen
vom 15. Februar 1966
sowie über das Inkrafttreten dieser Konvention
für die Deutsche Demokratische Republik
vom 10. Januar 1977**

Am 31. August 1976 wurde die Beitrittsurkunde der Deutschen Demokratischen Republik zur Konvention über die Eichung von Binnenschiffen vom 15. Februar 1966 hinterlegt.

Bei der Hinterlegung der Beitrittsurkunde wurde von seiten der Deutschen Demokratischen Republik zum Artikel 14 der Konvention folgender Vorbehalt erklärt:

„Die Deutsche Demokratische Republik erklärt in Übereinstimmung mit Artikel 15 Absatz 1 der Konvention, daß sie sich durch Artikel 14 der Konvention hinsichtlich der Anrufung des Internationalen Gerichtshofes wegen Streitigkeiten nicht als gebunden betrachtet.“

Zu Artikel 2 Absatz 3 und zu Artikel 19 der Konvention wurden von seiten der Deutschen Demokratischen Republik folgende Erklärungen abgegeben:

„Die Deutsche Demokratische Republik erklärt in Übereinstimmung mit Artikel 10 Absatz 5 der Konvention, daß sie für die Anwendung des Artikels 2 Absatz 3 der Konvention als Kennbuchstaben ‚DDR‘ bestimmt hat.“

„Die Deutsche Demokratische Republik erklärt gemäß den Bestimmungen des Artikels 19 der Konvention die Kündigung des am 27. November 1925 in Paris unterzeichneten Übereinkommens über die Eichung der Binnenschiffe.“

Die Konvention tritt gemäß ihrem Artikel 11 Absatz 2 am 31. August 1977 für die Deutsche Demokratische Republik in Kraft.

Der Text der Konvention wird im Sonderdruck Nr. 897 des Gesetzblattes der Deutschen Demokratischen Republik veröffentlicht.

Berlin, den 10. Januar 1977

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

H. Eichler

**Bekanntmachung
über die Kündigung des Übereinkommens
über die Eichung der Binnenschiffe
vom 27. November 1925
durch die Deutsche Demokratische Republik
vom 10. Januar 1977**

Am 31. August 1976 ist das Übereinkommen über die Eichung der Binnenschiffe vom 27. November 1925 (GBl. I 1959 Nr. 30 S. 505) von der Deutschen Demokratischen Republik gekündigt worden. Das Übereinkommen tritt nach seinem Artikel 14 Absatz 2 am 31. August 1977 für die Deutsche Demokratische Republik außer Kraft.

Berlin, den 10. Januar 1977

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

H. Eichler

Automatisierungsvorhaben mit hoher Effektivität

Autorenkollektiv

238 Seiten · Pappband 8,50 M

Bestellwort: Automatisierungsvor. / 770 459 0

Automatisierung der Produktion, numerisch gesteuerte Maschinen, elektronische Datenverarbeitung — diese Begriffe haben zunehmend in den täglichen Sprachgebrauch Eingang gefunden. Tausende von Arbeitskollektiven in unserer Republik setzen alle ihre Erfahrungen und Kenntnisse ein, um die Produktion intensiver und rationeller zu gestalten. Am Beispiel der Werkzeugmaschinenfabrik Seebach weisen die Autoren anschaulich und fundiert nach, daß richtiger Mittel- und Kräfteinsatz dazu führt, ein komplexes Automatisierungsvorhaben kurzfristig zu realisieren und wirksam zu machen. Die in Seebach gewonnenen Erfahrungen werden von den Autoren beispielhaft vermittelt. Die umfassende Behandlung des Themas, die übersichtliche Gliederung des Stoffes, die praxisbezogene Erläuterung der Entstehungsphasen, Arbeitsstufen und aufgetretenen Probleme und nicht zuletzt die zahlreichen, den Text ergänzenden Abbildungen und Grafiken machen das Buch zu einem Leitfaden für die Durchführung komplexer Automatisierungsvorhaben.

Erhältlich im örtlichen Buchhandel



**Staatsverlag
der Deutschen Demokratischen
Republik**

**Das wachsende Interesse
der Öffentlichkeit an der Außenpolitik
und der diplomatischen Tätigkeit
der sozialistischen Staaten zu befriedigen
ist Anliegen des Buches**

Sozialistische Diplomatie

mit einem Vorwort von A. A. Gromyko
Aus dem Russischen

314 Seiten · Leinen · 11,— M · LSV: 0255

Bestellwort: Soz. Diplomatie

Bestellnummer: 770 398 5

In sieben Kapiteln wird die Entstehung und Entwicklung der sozialistischen Diplomatie sowie ihr Aktionsradius in den internationalen Beziehungen untersucht.

Gliederung:

- Außenpolitik und Diplomatie des Sozialismus in der Welt von heute
- Die Grundlagen der sozialistischen Diplomatie
- Diplomatie und brüderliche Verbundenheit der sozialistischen Länder

- Die Diplomatie des Sozialismus und die Entwicklungsänder
- Die Diplomatie des Sozialismus und die kapitalistischen Länder
- Sozialistische Diplomatie und europäische Sicherheit
- Die sozialistischen Staaten im Kampf für Frieden und Sicherheit in Asien
- Die Diplomatie des Sozialismus und die Tätigkeit der UNO

Zu beziehen über den örtlichen Buchhandel



**Staatsverlag
der Deutschen Demokratischen Republik**

Herausgeber: Sekretariat des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 209 36 22 — Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 751 — Verlag: (610/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17, Telefon: 209 45 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 2,50 M, Teil II 3,— M — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr.
Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postschließfach 696. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 108 Berlin, Neustädtische Kirchstraße 15, Telefon: 229 22 23

Artikel-Nr. (EDV) 10 131

Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollensofseindruck) 108 108

Index 31818

NEU LICHTDRUCK
108 108



GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

77

1977

Berlin, den 20. April 1977

Teil II Nr. 6

Tag	Inhalt	Seite
7. 4. 77	Gesetz über den Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Demokratischen Republik Somalia vom 20. September 1976 über Rechtshilfe in Zivil-, Familien-, Arbeitsrechts- und Strafsachen	77

Gesetz
über den Vertrag
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Demokratischen Republik Somalia
vom 20. September 1976
über Rechtshilfe in Zivil-, Familien-,
Arbeitsrechts- und Strafsachen
vom 7. April 1977

§ 1

Die Volkskammer bestätigt den am 20. September 1976 in Berlin unterzeichneten, nachstehend veröffentlichten Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Demokratischen Republik Somalia über Rechtshilfe in Zivil-, Familien-, Arbeitsrechts- und Strafsachen.

§ 2

Der Tag, an dem der Vertrag gemäß seinem Artikel 64 wirksam wird, ist im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntzugeben.

§ 3

Dieses Gesetz tritt am 5. Mai 1977 in Kraft.

Das vorstehende, von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am siebenten April neunzehnhundert-siebenundsiebzig beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den siebenten April neunzehnhundertsiebenundsiebzig

Der Vorsitzende des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik

E. Honecker

Vertrag
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Demokratischen Republik Somalia
über Rechtshilfe in Zivil-, Familien-,
Arbeitsrechts- und Strafsachen

Die Deutsche Demokratische Republik und die Demokratische Republik Somalia sind,

in dem Bestreben, die freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten auf der Grundlage der in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegten Prinzipien zu vertiefen,

von dem Wunsche geleitet, die Beziehungen zwischen beiden Staaten auf dem Gebiet der Rechtshilfe in Zivil-, Familien-, Arbeitsrechts- und Strafsachen zu regeln,

übereingekommen, diesen Vertrag abzuschließen.

Zu diesem Zweck haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Vorsitzende des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik

Hans-Joachim Heusinger

Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister der Justiz

Der Vorsitzende des Ministerrates der Demokratischen Republik Somalia

Dr. Abdisalam Sheikh Hussein

Minister für Justiz und Religiöse Angelegenheiten

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Teil I

Rechtsschutz

Artikel 1

Freier Zutritt zu den Gerichten

(1) Staatsbürger des einen Vertragsstaates haben auf dem Territorium des anderen Vertragsstaates freien Zutritt zu den Gerichten und können vor diesen in Zivil-, Familien-, Arbeitsrechts- und Strafsachen unter denselben Bedingungen wie Staatsbürger dieses Vertragsstaates auftreten.

(2) Absatz 1 ist auf juristische Personen, die nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates errichtet worden sind und ihren Sitz auf dessen Territorium haben, entsprechend anzuwenden.

(3) Staatsbürger des einen Vertragsstaates sind die Personen, die nach den Rechtsvorschriften dieses Staates dessen Staatsbürgerschaft besitzen.

Artikel 2

**Befreiung von der Sicherheitsleistung
für die Verfahrenskosten**

(1) Staatsbürgern des einen Vertragsstaates, die vor den Gerichten des anderen Vertragsstaates als Kläger auftreten, darf, soweit sie Wohnsitz oder Aufenthalt auf dem Territorium eines der Vertragsstaaten haben, keine Sicherheitsleistung für die Verfahrenskosten auferlegt werden.

(2) Absatz 1 ist auf juristische Personen, die nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates errichtet worden sind und ihren Sitz auf dessen Territorium haben, entsprechend anzuwenden.

Artikel 3

Befreiung von der Vorauszahlungspflicht

(1) Staatsbürgern des einen Vertragsstaates wird von den Gerichten des anderen Vertragsstaates Befreiung von der Vorauszahlungspflicht für die Kosten eines Verfahrens unter denselben Voraussetzungen und in demselben Umfange wie Staatsbürgern dieses Vertragsstaates gewährt.

(2) Eine Befreiung von der Vorauszahlungspflicht, die einem Staatsbürger von einem Gericht des einen Vertragsstaates in einem Verfahren gewährt worden ist, gilt auch für alle Prozeßhandlungen, die in diesem Verfahren von einem Gericht des anderen Vertragsstaates durchgeführt werden.

Artikel 4

Voraussetzungen

(1) Voraussetzung für die Entscheidung über einen Antrag auf Befreiung von der Vorauszahlungspflicht ist die Vorlage einer Bescheinigung darüber, daß der Antragsteller nicht oder nur teilweise über die zur Durchführung des Verfahrens erforderlichen Geldmittel verfügt.

(2) Die Bescheinigung ist von dem zuständigen Organ des Vertragsstaates auszustellen, auf dessen Territorium der Antragsteller seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat.

(3) Hat der Antragsteller seinen Wohnsitz oder Aufenthalt weder auf dem Territorium des einen noch auf dem Territorium des anderen Vertragsstaates, so genügt die Bescheinigung der für den Ort seines Wohnsitzes oder Aufenthaltes zuständigen diplomatischen oder konsularischen Vertretung des Vertragsstaates, dessen Staatsbürger er ist.

Artikel 5

Übermittlung des Antrages

Der Antrag auf Befreiung von der Vorauszahlungspflicht kann über das zuständige Gericht des Vertragsstaates, dessen Staatsbürger der Antragsteller ist, eingereicht werden. Dieses Gericht übersendet den Antrag auf Befreiung von der Vorauszahlungspflicht dem Gericht des anderen Vertragsstaates auf dem in Artikel 9 vereinbarten Wege.

Artikel 6

Prüfung der Unterlagen

Das Gericht, das über den Antrag auf Befreiung von der Vorauszahlungspflicht entscheidet, kann im Rahmen seiner Zuständigkeit die eingereichte Bescheinigung auf ihre Richtigkeit überprüfen und erforderlichenfalls das Organ des anderen Vertragsstaates um ergänzende Angaben ersuchen.

Teil II

**Rechtshilfe in Zivil-, Familien- und
Arbeitsrechtssachen**

Artikel 7

Gewährung von Rechtshilfe

(1) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, einander auf Ersuchen ihrer Gerichte nach den Bestimmungen dieses Vertrages in Zivil-, Familien- und Arbeitsrechtssachen Rechtshilfe zu leisten.

(2) Absatz 1 ist sinngemäß auf die Staatlichen Notariate und Referate für Jugendhilfe der Deutschen Demokratischen Republik anzuwenden.

Artikel 8

Umfang der Rechtshilfe

Rechtshilfe umfaßt die Durchführung von Prozeßhandlungen zur Klärung eines Sachverhalts, zur Feststellung von Tatsachen, zum Zwecke der Zustellung eines Schriftstückes oder aus anderen Gründen.

Artikel 9

Art des Verkehrs

Die Gerichte der Vertragsstaaten verkehren durch Vermittlung der Ministerien der Justiz der Vertragsstaaten miteinander, soweit in diesem Vertrag nichts anderes bestimmt ist.

Artikel 10

Sprache und Übersetzungen

(1) Ersuchen um Rechtshilfe sind in der Sprache des ersuchenden Vertragsstaates abzufassen.

(2) Die einem Ersuchen um Zustellung beigefügten zuzustellenden Schriftstücke sind in der Sprache des ersuchenden Vertragsstaates abzufassen und mit einer beglaubigten Übersetzung in die Sprache des ersuchten Vertragsstaates zu versehen.

Artikel 11

Inhalt und Form der Ersuchen

(1) Das Ersuchen hat folgende Angaben zu enthalten:

1. das Gericht, von dem das Ersuchen ausgeht, und das Gericht, an das das Ersuchen gerichtet ist;
2. die Sache, auf die es sich bezieht;
3. die Namen der Beteiligten, ihre Staatsbürgerschaft, ihren Beruf, Wohnsitz oder Aufenthalt sowie ihre Stellung im Verfahren;
4. Namen und Anschriften der Rechtsvertreter;
5. die Tatsache, über die Beweis erhoben, oder die Handlung, die vorgenommen werden soll, die Darlegung des Sachverhalts, soweit dies zum Verständnis erforderlich ist; bei Zustellungersuchen insbesondere die Anschrift und die Staatsbürgerschaft des Empfängers sowie die zuzustellenden Schriftstücke.

(2) Das Ersuchen und die angeschlossenen Schriftstücke müssen unterschrieben und mit dem Siegel des Gerichts versehen sein. Eine konsularische Legalisation ist nicht erforderlich.

(3) Die Übermittlung der Ersuchen erfolgt mit einem Begleitschreiben des nach Artikel 9 zuständigen Organs.

Eriedigung von Ersuchen

Artikel 12

(1) Die Eriedigung von Rechtshilfeersuchen erfolgt nach den Gesetzen des Vertragsstaates, dem das ersuchte Gericht angehört.

(2) Das ersuchte Gericht teilt auf Verlangen dem ersuchenden Gericht rechtzeitig den Zeitpunkt und den Ort der Durchführung des Rechtshilfeersuchens mit. Diese Mitteilung kann unmittelbar durch die Post erfolgen.

Artikel 13

(1) Ist das ersuchte Gericht für die Eriedigung des Ersuchens nicht zuständig, so leitet es das Ersuchen an das zuständige Gericht oder an das gemäß Artikel 7 Absatz 2 zuständige Organ weiter.

(2) Ist die im Ersuchen bezeichnete Person unter der angegebenen Anschrift nicht auffindbar, so trifft das ersuchte Gericht die notwendigen Maßnahmen zur Feststellung des Aufenthalts.

(3) Ist dem ersuchten Gericht die Eriedigung des Ersuchens nicht möglich, so benachrichtigt es das ersuchende Gericht auf dem in Artikel 9 vereinbarten Wege und teilt die Gründe mit, aus denen das Ersuchen nicht ausgeführt werden konnte.

Artikel 14

(1) Die Zustellung wird durch eine Empfangsbescheinigung, die das Zustellungsdatum, die Unterschrift des Zustellers sowie das Siegel des Gerichts enthält, oder durch eine Niederschrift des ersuchten Gerichts, aus der hervorgeht, in welcher Form und zu welchem Zeitpunkt das betreffende Schriftstück zugestellt worden ist, nachgewiesen.

(2) Ist das zuzustellende Schriftstück nicht mit einer Übersetzung in die Sprache des ersuchten Vertragsstaates versehen, so übergibt das ersuchte Gericht das Schriftstück dem Empfänger nur dann, wenn dieser bereit ist, es freiwillig anzunehmen.

Artikel 15

Zustellung an eigene Staatsbürger

Die Vertragsstaaten können Zustellungen an ihre eigenen Staatsbürger, die sich auf dem Territorium des anderen Vertragsstaates aufhalten, durch ihre diplomatische oder konsularische Vertretung vornehmen.

Artikel 16

Freies Geleit für Zeugen und Sachverständige

(1) Ein Zeuge oder Sachverständiger, welche Staatsbürgerschaft er auch besitzt, der auf eine ihm durch das Gericht des ersuchten Vertragsstaates zugestellte Ladung vor den Gerichten des ersuchenden Vertragsstaates in Zivil-, Familien-, Arbeitsrechts- oder Strafsachen erscheint, darf nicht strafrechtlich verfolgt oder in Haft genommen werden wegen einer Straftat, die er bereits vor Überschreiten der Grenze des ersuchenden Vertragsstaates begangen hatte. Er darf ferner nicht auf Grund eines früher ergangenen Gerichtsurteils einer Bestrafung zugeführt werden.

(2) Ein Zeuge oder Sachverständiger verliert den unter Absatz 1 vorgesehenen Schutz, wenn er das Territorium des ersuchenden Vertragsstaates nicht binnen 5 Tagen, von dem Tage an gerechnet, an dem ihm mitgeteilt wurde, daß seine Anwesenheit nicht mehr erforderlich ist, verlassen hat, obwohl er dazu die Möglichkeit hatte.

Artikel 17

Kosten der Rechtshilfe

(1) Die durch die Eriedigung von Ersuchen entstandenen Kosten mit Ausnahme der Gebühren für Sachverständigen-gutachten trägt der ersuchte Vertragsstaat.

(2) Das ersuchte Gericht hat dem ersuchenden Gericht auf Verlangen Art und Höhe der entstandenen Kosten mitzuteilen.

Artikel 18

Ablehnung der Rechtshilfe

Die Gewährung von Rechtshilfe ist abzulehnen, wenn die Erledigung eines Ersuchens die Souveränität, Sicherheit oder die Grundprinzipien der Staats- und Rechtsordnung des ersuchten Vertragsstaates beeinträchtigen könnte.

Teil III

Information über das geltende Recht

Artikel 19

Die Ministerien der Justiz der Vertragsstaaten erteilen einander auf Ersuchen Auskunft über Zivil-, Familien-, Arbeits- und Strafrechtsvorschriften, soweit das für die Durchführung von gerichtlichen Verfahren erforderlich ist.

Teil IV

Urkunden

Artikel 20

Befreiung von der Legalisation

(1) Urkunden, die von einem Gericht oder einem anderen Organ oder einer nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates dazu befugten Person im Rahmen ihrer Zuständigkeit aufgenommen oder ausgestellt oder in der vorgeschriebenen Form ausgefertigt worden sind, bedürfen zur Verwendung vor den Gerichten oder vor anderen Organen des anderen Vertragsstaates keiner diplomatischen oder konsularischen Legalisation, wenn sie mit Unterschrift und amtlichem Siegel versehen sind.

(2) Absatz 1 gilt auch für die Beglaubigung von Unterschriften und Abschriften von Urkunden.

Artikel 21

Austausch von Personenstandsunterlagen

(1) Die Vertragsstaaten übersenden einander gebühren- und kostenfrei Urkunden, die sich auf den Personenstand von Staatsbürgern des anderen Vertragsstaates beziehen, sofern diese Personenstandsfälle nach dem Tag des Inkrafttretens dieses Vertrages beurkundet worden sind.

(2) Sterbeurkunden werden umgehend, die übrigen Urkunden vierteljährlich der diplomatischen oder konsularischen Vertretung des anderen Vertragsstaates übermittelt.

Artikel 22

Übersendung von Personenstandsunterlagen auf Ersuchen

(1) Die Vertragsstaaten übersenden einander auf Ersuchen der zuständigen Organe gebühren- und kostenfrei Personenstandsunterlagen und beglaubigte Abschriften gerichtlicher Entscheidungen, die den Personenstand der Staatsbürger des anderen Vertragsstaates betreffen, für den amtlichen Gebrauch.

(2) Bei der Anwendung des Absatzes 1 ist der diplomatische Weg einzuhalten. Handelt es sich um die Übersendung gerichtlicher Entscheidungen, verkehren die Ministerien der Justiz der Vertragsstaaten miteinander.

Artikel 23

Übersendung von Personenstandsunterlagen auf Antrag von Staatsbürgern

Anträge auf Ausstellung und Übersendung von Personenstandsunterlagen können von den Staatsbürgern eines der Vertragsstaaten unmittelbar an das zuständige Organ des anderen Vertragsstaates gerichtet werden. Die Urkunden werden gebühren- und kostenfrei der diplomatischen oder konsularischen Vertretung des Heimatstaates des Antragstellers übermittelt.

Artikel 24

Ablehnung der Übersendung von Personenstandsunterlagen

Die Übersendung einer Personenstandsunterkunde kann aus den in Artikel 18 genannten Gründen versagt werden.

Teil V

Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen für Minderjährige

Artikel 25

Gewährung von Unterstützung

Die Vertragsstaaten gewähren einander auf Ersuchen ihrer zuständigen Organe nach den Bestimmungen dieses Vertrages Unterstützung bei der Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen für Minderjährige.

Artikel 26

Umfang der Unterstützung

Die Unterstützung bei der Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen für Minderjährige umfaßt die Einleitung von Maßnahmen zur:

1. Feststellung der Wohnanschrift oder des Aufenthaltes einer Person, die sich auf dem Territorium des ersuchten Vertragsstaates aufhält und gegen die von den Berechtigten Unterhaltsansprüche geltend gemacht werden;
2. Aufforderung an einen Unterhaltsverpflichteten, seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Unterhalt freiwillig nachzukommen;
3. Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens auf der Grundlage der gesetzlichen Bestimmungen des ersuchten Vertragsstaates zur Feststellung eines Unterhaltsanspruches, zur Änderung oder Durchsetzung eines festgestellten Unterhaltsanspruches.

Artikel 27

Art des Verkehrs

(1) Ersuchen auf Unterstützung bei der Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen sind von der Übermittlungsstelle des ersuchenden Vertragsstaates direkt der zuständigen Empfangsstelle des ersuchten Vertragsstaates zu übersenden.

(2) Empfangs- und Übermittlungsstelle ist

- in der Deutschen Demokratischen Republik das Ministerium für Volksbildung, Abteilung Jugendhilfe,
- in der Demokratischen Republik Somalia der Generalstaatsanwalt.

Artikel 28

Antrag eines Unterhaltsberechtigten

(1) Ein Unterhaltsberechtigter kann einen Antrag zur Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen bei der Übermitt-

lungsstelle des Vertragsstaates einreichen, auf dessen Territorium er seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat.

(2) Absatz 1 schließt nicht aus, daß ein Berechtigter seinen Anspruch entsprechend den Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten auf direktem Wege geltend machen kann.

Artikel 29

Inhalt und Form eines Antrages

(1) Der Antrag zur Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen hat folgende Angaben zu enthalten:

1. die Bezeichnung des Berechtigten mit Vor- und Familiennamen, Geburtsdatum, Staatsbürgerschaft, Wohnsitz oder Aufenthalt sowie Namen und Anschrift seines gesetzlichen Vertreters;
2. die Bezeichnung des Verpflichteten mit Vor- und Familiennamen; ferner, soweit der Berechtigte hiervon Kenntnis hat, die Anschrift des Verpflichteten, sein Geburtsdatum, seine Staatsbürgerschaft und seinen Beruf;
3. nähere Angaben über die Gründe, auf die der Anspruch gestützt wird, und über Art und Höhe des geforderten Unterhalts und sonstige erhebliche Angaben.

(2) Dem Antrag sind alle erheblichen Urkunden beizufügen einschließlich einer etwa erforderlichen Vollmacht, welche die Empfangsstelle ermächtigt, in Vertretung des Berechtigten tätig zu werden oder eine andere Person hierfür zu bestellen.

Artikel 30

Tätigkeit der Empfangsstelle

(1) Die Empfangsstelle unternimmt auf Grund des Ersuchens der Übermittlungsstelle und im Rahmen der ihr von dem Berechtigten erteilten Vollmacht alle geeigneten Schritte, um die Leistung von Unterhalt herbeizuführen.

(2) Die Empfangsstelle unterrichtet die Übermittlungsstelle über die eingeleiteten Maßnahmen. Kann sie nicht tätig werden, so teilt sie der Übermittlungsstelle die Gründe hierfür mit und sendet den Antrag zurück.

Teil VI

Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen

Artikel 31

Entscheidungen, die der Anerkennung und Vollstreckung unterliegen

(1) Die Vertragsstaaten anerkennen und vollstrecken unter den in diesem Vertrag festgelegten Voraussetzungen auf ihrem Territorium gerichtliche Entscheidungen über Unterhaltsansprüche, die auf dem Territorium des anderen Vertragsstaates ergangen und rechtskräftig geworden sind.

(2) Als Entscheidungen im Sinne des Absatzes 1 gelten auch gerichtliche Einigungen über Unterhaltszahlungen, Urkunden, die eine Verpflichtung zur Zahlung von Unterhalt enthalten und vor einem zuständigen Organ der Vertragsstaaten errichtet worden sind, sowie Entscheidungen über die Verfahrenskosten.

Artikel 32

Voraussetzungen der Anerkennung und Vollstreckung

Entscheidungen nach Artikel 31 werden anerkannt und für vollstreckbar erklärt:

1. wenn die Entscheidung nach den Gesetzen des Entscheidungsstaates rechtskräftig ist;

2. wenn das Gericht des Entscheidungsstaates in dem Verfahren nach Artikel 33 Absatz 1 zuständig war;
3. wenn das Gericht des Entscheidungsstaates die Verpflichtung nach Artikel 33 Absatz 2 eingehalten hat;
4. wenn die unterlegene Prozeßpartei nach den Gesetzen des Entscheidungsstaates ordnungsgemäß geladen war und vertreten werden konnte;
5. wenn über den gleichen Anspruch zwischen den gleichen Prozeßparteien auf dem Territorium des Anerkennungsstaates nicht bereits früher eine rechtskräftige Entscheidung ergangen ist oder wenn bei dem Gericht des Anerkennungsstaates nicht ein Verfahren in dieser Sache anhängig ist;
6. wenn die Erteilung der Vollstreckbarkeitsklärung den Grundprinzipien der Staats- und Rechtsordnung des Anerkennungsstaates nicht widerspricht.

Artikel 33

Zuständigkeit

(1) In Verfahren wegen Zahlung von Unterhalt sind sowohl die Gerichte des Vertragsstaates zuständig, auf dessen Territorium der Unterhaltsverpflichtete zur Zeit der Einleitung des Verfahrens seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hatte, als auch die Gerichte des Vertragsstaates, auf dessen Territorium der Unterhaltsberechtigte zur Zeit der Einleitung des Verfahrens seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hatte.

(2) Hat der Unterhaltsverpflichtete seinen Wohnsitz oder Aufenthalt auf dem Territorium des anderen Vertragsstaates, ist das zuständige Gericht verpflichtet, zur Feststellung der Unterhaltshöhe die Einkommensverhältnisse des Unterhaltsverpflichteten im Wege der Rechtshilfe zu ermitteln.

Artikel 34

Antrag auf Vollstreckung

(1) Der Antrag auf Erteilung der Vollstreckbarkeitsklärung einer Entscheidung und Einleitung der Vollstreckung kann unmittelbar bei dem Gericht erster Instanz des Entscheidungsstaates oder bei dem zuständigen Gericht des Vollstreckungsstaates eingereicht werden. Die Übermittlung an das zuständige Gericht des Vollstreckungsstaates erfolgt auf dem in Artikel 9 vereinbarten Wege.

(2) Dem Antrag sind beizufügen:

1. eine Ausfertigung der Entscheidung mit der Bescheinigung der Rechtskraft;
2. eine Bestätigung, daß die unterlegene Prozeßpartei nach den Gesetzen des Urteilsstaates ordnungsgemäß geladen war und vertreten werden konnte;
3. die beglaubigte Übersetzung der unter Ziffer 1 und 2 angeführten Urkunden in der Sprache des Vollstreckungsstaates.

Artikel 35

Verfahren

(1) Das Gericht des Vollstreckungsstaates, welches über den Antrag entscheidet, beschränkt sich allein darauf, festzustellen, ob die in den Artikeln 32 und 34 festgelegten Voraussetzungen erfüllt sind. Sind diese gegeben, erteilt das Gericht die Vollstreckbarkeitsklärung.

(2) Das Verfahren für die Erteilung der Vollstreckbarkeitsklärung und Einleitung der Vollstreckung richtet sich nach den Gesetzen des Vollstreckungsstaates.

Artikel 36

Vollstreckung von Kostenentscheidungen

(1) Wird eine Prozeßpartei, die gemäß Artikel 2 von der Verpflichtung zur Sicherheitsleistung für die Verfahrenskosten befreit war, durch eine rechtskräftige gerichtliche Ent-

scheidung eines Vertragsstaates zur Erstattung der Verfahrenskosten verpflichtet, so ist diese Kostenentscheidung auf Antrag der berechtigten Prozeßpartei auf dem Territorium des anderen Vertragsstaates gebührenfrei zu vollstrecken.

(2) Entscheidungen im Sinne des Absatzes 1 sind auch Kostenfestsetzungsbeschlüsse.

(3) Für den Antrag auf Vollstreckung und die beizufügenden Anlagen gilt Artikel 34 entsprechend.

Teil VII

Rechtshilfe in Strafsachen

1. Rechtshilfe

Artikel 37

Gewährung von Rechtshilfe

(1) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, einander auf Ersuchen der Gerichte und Staatsanwaltschaften nach den Bestimmungen dieses Vertrages Rechtshilfe in Strafsachen zu leisten.

(2) Bei der Gewährung von Rechtshilfe in Strafsachen finden die Artikel 19–17 entsprechende Anwendung.

Artikel 38

Umfang der Rechtshilfe

(1) Rechtshilfe umfaßt die Durchführung von Untersuchungs- und Prozeßhandlungen einschließlich der Beschaffung und Übermittlung von Beweismitteln, insbesondere durch Vernehmung von Straffälligen, Zeugen und Sachverständigen sowie die Zustellung von Schriftstücken.

(2) Rechtshilfe wird auch geleistet bei Personenfeststellungsverfahren und bei Fahndungen nach Personen und Sachen.

Artikel 39

Art des Verkehrs

Bei der Gewährung von Rechtshilfe verkehren die Gerichte und Staatsanwaltschaften seitens der Deutschen Demokratischen Republik über das Ministerium der Justiz oder den Generalstaatsanwalt, seitens der Demokratischen Republik Somalia über das Ministerium für Justiz und Religiöse Angelegenheiten.

Artikel 40

Auskunft aus dem Strafregister

Auf dem in Artikel 39 vereinbarten Wege erteilen die Vertragsstaaten einander auf Ersuchen zu anhängigen Strafverfahren Auskunft aus dem Strafregister.

Artikel 41

Mitteilung von Verurteilungen

Die Vertragsstaaten geben einander halbjährlich auf dem in Artikel 39 vereinbarten Wege Mitteilung über rechtskräftige Verurteilungen, die ihre Gerichte gegen Staatsbürger des anderen Vertragsstaates erlassen haben.

Artikel 42

Abkennung der Rechtshilfe

(1) Die Gewährung von Rechtshilfe kann abgelehnt werden,

1. wenn die Erledigung eines Ersuchens die Souveränität, Sicherheit oder die Grundprinzipien der Staats- und

Rechtsordnung des ersuchten Vertragsstaates beeinträchtigen könnte;

2. wenn die dem Ersuchen zugrunde liegende Handlung nach dem Recht des ersuchten Vertragsstaates nicht strafbar ist.

(2) Absatz 1 Ziffer 2 findet keine Anwendung bei strafbaren Handlungen, zu deren Verfolgung die Vertragsstaaten auf Grund internationaler Übereinkommen verpflichtet sind.

(3) Die Rechtshilfe kann ferner abgelehnt werden, wenn die Person, auf die sich das Strafverfahren bezieht, Staatsbürger des ersuchten Vertragsstaates ist.

2. Übernahme der Strafverfolgung

Artikel 43

Die Vertragsstaaten verpflichten sich, auf Ersuchen des anderen Vertragsstaates die Strafverfolgung nach den innerstaatlichen Gesetzen gegen eigene Staatsbürger einzuleiten, wenn diese auf dem Territorium des ersuchenden Vertragsstaates eine strafbare Handlung begangen haben.

Artikel 44

(1) Dem Ersuchen um Übernahme sind beizufügen:

1. Angaben zur Person und Staatsbürgerschaft,
2. eine Darstellung des Sachverhalts,
3. alle Beweismittel, die über die strafbare Handlung zur Verfügung stehen,
4. eine Abschrift der Bestimmungen, die nach dem am Tatort geltenden Recht auf die Tat anwendbar sind,
5. bei Verstößen gegen die Straßenverkehrsvorschriften außerdem eine Abschrift der am Tatort geltenden Verkehrsregeln.

(2) Ersuchen um Übernahme und die Anlagen sind in der Sprache des ersuchenden Vertragsstaates abzufassen.

(3) Der ersuchte Vertragsstaat ist verpflichtet, den ersuchenden Vertragsstaat über den Ausgang des Verfahrens zu unterrichten.

(4) Für die Übermittlung der Ersuchen findet Artikel 39 Anwendung.

3. Auslieferung

Artikel 45

Gewährung der Auslieferung

Die Vertragsstaaten verpflichten sich entsprechend den Bestimmungen dieses Vertrages, auf Ersuchen einander die Personen auszuliefern, die sich auf ihrem Territorium aufhalten und gegen die von den Organen des ersuchenden Vertragsstaates eine Strafverfolgung durchgeführt oder eine Strafe vollzogen werden soll.

Artikel 46

Auslieferungsstrafataten

(1) Eine Auslieferung zum Zwecke der Durchführung einer Strafverfolgung erfolgt wegen solcher Handlungen, die nach dem Recht beider Vertragsstaaten strafbar sind, sowie wegen der in Artikel 42 Absatz 2 genannten strafbaren Handlungen, wenn diese mit einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr oder mit einer schwereren Strafe bedroht sind.

(2) Eine Auslieferung zum Zwecke des Vollzugs einer Strafe erfolgt wegen der in Absatz 1 genannten Handlungen, wenn die rechtskräftig ausgesprochene Freiheitsstrafe mindestens 6 Monate beträgt.

(3) Betrifft das Auslieferungsersuchen mehrere verschiedene Handlungen, von denen jede nach dem Recht der Vertragsstaaten mit einer Freiheitsstrafe bedroht ist, einzelne aber die Bedingungen des Strafmaßes der Auslieferungsstraftat nicht erfüllen, so kann auch für diese Handlungen die Auslieferung bewilligt werden.

Artikel 47

Ablehnung der Auslieferung

(1) Die Auslieferung erfolgt nicht,

1. wenn die Person, um deren Auslieferung ersucht wird, Staatsbürger des ersuchten Vertragsstaates ist;
2. wenn nach dem Recht des ersuchten Vertragsstaates eine Strafverfolgung nicht durchgeführt oder das Urteil infolge von Verjährung oder aus einem anderen rechtlichen Grunde nicht vollzogen werden kann;
3. wenn gegen die Person, um deren Auslieferung ersucht wird, bereits durch ein Organ des ersuchten Vertragsstaates in der gleichen Strafsache ein rechtskräftiges Urteil ergangen ist oder das Strafverfahren endgültig eingestellt wurde;
4. wenn sie nach den Gesetzen des ersuchten Vertragsstaates nicht zulässig ist.

(2) Absatz 1 Ziffer 2 und 3 findet keine Anwendung, wenn die Auslieferung wegen einer strafbaren Handlung verlangt wird, zu deren Verfolgung die Vertragsstaaten auf Grund internationaler Übereinkommen verpflichtet sind.

(3) Die Auslieferung kann abgelehnt werden, wenn die strafbare Handlung, derentwegen um Auslieferung ersucht wird, auf dem Territorium des ersuchten Vertragsstaates begangen wurde.

Artikel 48

Bedingte Auslieferung

Wird zum Zwecke des Vollzuges einer Strafe um Auslieferung einer Person ersucht, die von einem Gericht des ersuchenden Vertragsstaates in Abwesenheit verurteilt wurde, so kann die Auslieferung an die Bedingung geknüpft werden, daß ein neues Verfahren in Anwesenheit der auszuliefernden Person durchgeführt wird.

Artikel 49

Art des Verkehrs

In Auslieferungssachen verkehren die Minister der Justiz und die Generalstaatsanwälte der Vertragsstaaten im Rahmen ihrer Zuständigkeit miteinander. Die Übermittlung der Ersuchen erfolgt auf dem diplomatischen Wege.

Artikel 50

Auslieferungsersuchen

(1) Dem Ersuchen auf Auslieferung zum Zwecke der Strafverfolgung sind beizufügen: Angaben zur Person und Staatsbürgerschaft, der Haftbefehl mit einer Darstellung der strafbaren Handlung, die Beschreibung von Beweismitteln, die den dringenden Tatverdacht begründen, der Text des Strafgesetzes, nach welchem die Handlung, die dem Auslieferungsersuchen zugrunde liegt, beurteilt wird. Ist durch die strafbare Handlung ein materieller Schaden entstanden, so ist dessen Höhe anzugeben.

(2) Dem Ersuchen um Auslieferung zum Zwecke des Vollzuges einer Strafe ist eine Ausfertigung des rechtskräftigen Urteils beizufügen.

(3) Das Ersuchen um Auslieferung und die Anlagen zum Auslieferungsersuchen sind in die Sprache des ersuchten Vertragsstaates zu übersetzen.

Artikel 51

Ergänzung des Auslieferungsersuchens

Enthält das Auslieferungsersuchen nicht die erforderlichen Angaben, so kann der ersuchte Vertragsstaat seine Vervollständigung verlangen sowie eine Frist bestimmen, in der die ergänzenden Angaben zu übermitteln sind. Auf Ersuchen kann diese Frist verlängert werden.

Artikel 52

Auslieferungshaft

(1) Der ersuchte Vertragsstaat trifft nach Eingang des Auslieferungsersuchens unverzüglich Maßnahmen zur Ermittlung der Person, um deren Auslieferung ersucht wird, und veranlaßt gegebenenfalls deren Inhaftierung, insbesondere wenn zu befürchten ist, daß sie sich dem Auslieferungsverfahren oder dem Vollzug der Auslieferung entziehen werde.

(2) Der ersuchte Vertragsstaat stellt das Auslieferungsverfahren ein und setzt die inhaftierte Person auf freien Fuß, wenn innerhalb der gemäß Artikel 51 dieses Vertrages zu bestimmenden Frist die geforderten zusätzlichen Angaben nicht übermittelt werden.

Artikel 53

Ersuchen mehrerer Staaten

Ersuchen mehrere Staaten um Auslieferung einer Person wegen derselben oder wegen verschiedener Straftaten, entscheidet der ersuchte Vertragsstaat unter Berücksichtigung der Staatsbürgerschaft der Person, um deren Auslieferung ersucht wird, sowie des Ortes und der Schwere der strafbaren Handlung und der zeitlichen Reihenfolge des Eingangs der Ersuchen, welchem Ersuchen stattgegeben werden soll.

Artikel 54

Aufgeschobene oder zeitweilige Auslieferung

(1) Wird vom ersuchten Vertragsstaat gegen eine Person, um deren Auslieferung ersucht wird, ein Strafverfahren durchgeführt, oder ist diese wegen einer anderen strafbaren Handlung auf dem Territorium des ersuchten Vertragsstaates verurteilt worden, so kann die Auslieferung bis zum Abschluß des Strafverfahrens oder des Vollzuges der Strafe aufgeschoben werden.

(2) Würde der Aufschub der Auslieferung zur Verjährung der Strafverfolgung oder zur Erschwerung der Durchführung des Strafverfahrens gegen die Person, um deren Auslieferung ersucht wird, führen, so kann einem begründeten Ersuchen des Vertragsstaates auf zeitweilige Auslieferung stattgegeben werden. Der ersuchende Vertragsstaat ist verpflichtet, die ausgelieferte Person spätestens nach drei Monaten, gerechnet vom Tage der Übergabe an, zurückzuführen. In begründeten Fällen kann die Frist verlängert werden.

Artikel 55

Beschränkung der Strafverfolgung

(1) Die ausgelieferte Person darf wegen einer anderen vor der Auslieferung begangenen strafbaren Handlung, die nicht von der Zustimmung zur Auslieferung erfaßt wird, ohne Einwilligung des ersuchten Vertragsstaates weder strafrechtlich verfolgt, dem Vollzug der Strafe zugeführt, noch einem drit-

ten Staat zur Strafverfolgung bzw. zum Vollzug der Strafe ausgeliefert werden.

(2) Die Zustimmung des ersuchten Vertragsstaates ist nicht erforderlich,

1. wenn eine ausgelieferte Person, die nicht Staatsbürger des ersuchenden Vertragsstaates ist, innerhalb von einem Monat, gerechnet vom Tage der Beendigung des Strafverfahrens oder des Vollzuges der Strafe, das Territorium des ersuchenden Vertragsstaates nicht verlassen hat. In diese Frist ist die Zeit nicht einbegriffen, in welcher die ausgelieferte Person gegen ihren Willen das Territorium dieses Vertragsstaates nicht verlassen konnte;
2. wenn die ausgelieferte Person das Territorium des Vertragsstaates, an den sie ausgeliefert wurde, verlassen hat, jedoch erneut freiwillig auf dessen Territorium zurückgekehrt ist.

Artikel 56

Übergabe der auszuliefernden Person

(1) Der ersuchte Vertragsstaat, welcher der Auslieferung zustimmt, unterrichtet den anderen Vertragsstaat über Ort und Zeit der Auslieferung der Person.

(2) Eine Person, deren Auslieferung stattgegeben wurde, wird auf freien Fuß gesetzt, wenn der ersuchende Vertragsstaat innerhalb einer Frist von 15 Tagen, gerechnet von dem Tage an, der als Tag der Übergabe festgesetzt wurde, diese Person nicht übernimmt.

Artikel 57

Wiederholte Auslieferung

Entzieht sich der Ausgelieferte der Strafverfolgung oder dem Vollzug der Strafe und begibt sich wieder in das Gebiet des ersuchten Vertragsstaates, so ist er auf Ersuchen zu verhaften, ohne daß es der erneuten Übermittlung der im Artikel 50 dieses Vertrages genannten Unterlagen bedarf.

Artikel 58

Herausgabe von Gegenständen

(1) Der um Auslieferung ersuchte Vertragsstaat übergibt auf Ersuchen:

1. die Gegenstände, die durch die Auslieferungsstrafat erlangt worden sind;
2. Gegenstände, die als Beweismittel für ein Strafverfahren von Bedeutung sein können, und zwar auch dann, wenn es infolge des Todes der auszuliefernden Person oder aus anderen Gründen nicht zur Auslieferung der betreffenden Person kommt.

(2) Werden die Gegenstände, um deren Herausgabe ersucht wird, von einem Gericht oder einer Staatsanwaltschaft des ersuchten Vertragsstaates in einem Strafverfahren als Beweismittel benötigt, so kann die Übergabe bis zur Beendigung dieses Verfahrens ausgesetzt werden.

Artikel 59

Information über den Ausgang des Strafverfahrens

Der um Auslieferung ersuchende Vertragsstaat informiert den ersuchten Vertragsstaat über den Ausgang des Strafverfahrens gegen die ausgelieferte Person.

Artikel 60

Durchleitung

(1) Die Vertragsstaaten gestatten einander auf Ersuchen die Durchleitung solcher Personen durch ihr Territorium, die einem der Vertragsstaaten von einem Drittstaat ausgeliefert werden, sofern es sich dabei nicht um Staatsbürger des um Durchleitung ersuchten Vertragsstaates handelt.

(2) Der um Durchleitung ersuchte Vertragsstaat hat die betreffende Person für die Dauer der Durchleitung in Haft zu halten.

(3) Von dem um Durchleitung ersuchten Vertragsstaat werden gegen eine durch sein Territorium durchzuleitende Person wegen früherer strafbarer Handlungen keine Maßnahmen der Strafverfolgung oder des Vollzuges von Strafen angeordnet.

(4) Ein Ersuchen um Durchleitung ist wie ein Auslieferungsersuchen zu stellen und zu behandeln.

Der ersuchte Vertragsstaat gestattet die Durchleitung auf die ihm am zweckmäßigsten erscheinende Weise.

Artikel 61

Auslieferungs- und Durchleitungskosten

(1) Die Auslieferungs- und Durchleitungskosten trägt der Vertragsstaat, auf dessen Territorium sie entstanden sind.

(2) Erfolgt die Auslieferung mit einem Luftfahrzeug, so hat der ersuchende Vertragsstaat die Flugkosten zu tragen.

Teil VIII

Schlußbestimmungen

Artikel 62

Die in den Vertragsstaaten geltenden Rechtsvorschriften über Ein- und Ausfuhr von Gegenständen sowie über den Devisenverkehr und den zwischenstaatlichen Zahlungs- und Verrechnungsverkehr werden durch diesen Vertrag nicht berührt.

Artikel 63

Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation. Der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt in Mogadishu.

Artikel 64

(1) Dieser Vertrag tritt am dreißigsten Tage nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(2) Jeder Vertragsstaat kann diesen Vertrag schriftlich kündigen. Die Kündigung wird drei Monate nach ihrer Übermittlung an den anderen Vertragsstaat wirksam.

Ausgefertigt in Berlin am 20. September 1976 in zwei Originalen, jedes in deutscher und englischer Sprache, wobei beide Texte die gleiche Gültigkeit besitzen.

Zum Beweis dessen haben die Bevollmächtigten der Vertragsstaaten diesen Vertrag unterzeichnet und gesiegelt.

Für die
Deutsche Demokratische
Republik

Hans-Joachim Heusinger

Für die
Demokratische Republik
Somalia

Dr. Abdisalam Sheikh Hussein

Treaty
between the German Democratic Republic
and the Somali Democratic Republic
on Judicial Assistance in Civil, Family,
Labour Law and Criminal Matters

The German Democratic Republic and the Somali Democratic Republic,

Endeavouring to strengthen the friendly cooperation between the two States on the basis of the principles set forth in the Charter of the United Nations,

Desiring to regulate the relations between the two States in the field of judicial assistance in civil, family, labour law and criminal matters,

Have resolved to conclude the present Treaty.

To this end they have appointed their Plenipotentiaries:
The Chairman of the Council of Ministers of the German Democratic Republic:

Hans-Joachim Heusinger

Deputy Chairman of the Council of Ministers and Minister of Justice,

The Chairman of the Council of Ministers of the Somali Democratic Republic:

Dr. Abdisalam Sheikh Hussein, Minister of Justice and Religious Affairs,

Who, after exchanging their full powers, found to be in good and due form, have agreed as follows:

Chapter I
Legal Protection

Article 1

Free Access to the Courts

(1) Citizens of the one of the Contracting States shall have in the territory of the other Contracting State free access to the courts and may appear before them in civil, family, labour law and criminal matters on the same conditions as citizens of this Contracting State.

(2) Paragraph 1 shall analogously apply to juristic persons which were founded according to the laws of one of the Contracting States and are seated in its territory.

(3) Citizens of the one Contracting State are those persons who, according to the laws of this State, hold its citizenship.

Article 2

Exemption from Payment of Security for Costs of Proceedings

(1) No payment of security for costs of proceedings shall be imposed on citizens of the one of the Contracting States appearing as plaintiffs before the courts of the other Contracting State as far as they have their domicile or abode in the territory of one of the Contracting States.

(2) Paragraph 1 shall analogously apply to juristic persons which were founded according to the laws of one of the Contracting States and are seated in its territory.

Article 3

Exemption from Advance Payment

(1) The courts of the one Contracting State shall grant exemption from advance payment for costs of proceedings to the citizens of the other Contracting State on the same con-

ditions and to the same extent as to citizens of this Contracting State.

(2) Exemption from advance payment granted to a citizen by a court of the one Contracting State in a matter shall also apply to any procedural act carried through in the same matter by a court of the other Contracting State.

Article 4

Conditions

(1) The decision on an application for exemption from advance payment shall be subject to the submission of a certificate to the effect that the applicant does not or only partially possess the means needed for the proceedings.

(2) The certificate shall be issued by the competent authority of the Contracting State in whose territory the applicant has his domicile or abode.

(3) Should the applicant have his domicile or abode neither in the territory of the one nor in the territory of the other Contracting State a certificate issued by the diplomatic or consular representation of the Contracting State whose citizen he is and which is competent for his domicile or abode shall be considered sufficient.

Article 5

Transmission of the Application

The application for exemption from advance payment may be submitted through the competent court of the Contracting State whose citizen the applicant is. The court shall transmit the application for exemption from advance payment to the court of the other Contracting State according to Article 9.

Article 6

Examination of Documents

The court which decides on the application for exemption from advance payment may, within the framework of its jurisdiction, examine the certificate submitted as to its correctness and, if necessary, request the authority of the other Contracting State to supply further details.

Chapter II

Judicial Assistance in Civil, Family and Labour Law Matters

Article 7

Granting of Judicial Assistance

(1) The Contracting States undertake, at the request of their respective courts, to grant each other judicial assistance in civil, family and labour law matters according to the stipulations of the present Treaty.

(2) Paragraph 1 shall apply analogously to the Offices of the Notaries Public and the Sections of Juvenile Care of the German Democratic Republic.

Article 8

Extent of Judicial Assistance

Judicial assistance covers the performance of procedural acts for the purpose of clarifying circumstances, ascertaining facts and for other reasons as well as the service of documents.

Article 9

Communication

The courts of the Contracting States shall communicate through the Ministries of Justice of the Contracting States unless provided otherwise in the present Treaty.

Article 10

Languages and Translations

(1) Letters rogatory shall be drawn up in the language of the requesting Contracting State.

(2) The documents to be served shall be drawn up in the language of the requesting Contracting State and furnished with an authenticated translation in the language of the requested Contracting State.

Article 11

Substance and Form of Letters Rogatory

(1) The letter rogatory shall contain the following data:

1. the designation of the requesting court and of the requested court;
2. the designation of the matter to which it refers;
3. the names of the persons involved, their respective citizenship, occupation, domicile or abode and their positions in the proceedings;
4. the names and addresses of the legal representatives;
5. the designation of the facts regarding to which evidence is to be taken, or of the act that is to be carried through, the circumstances, as far as this is necessary for proper understanding; with regard to requests for service of documents, especially the address and citizenship of the addressee as well as the documents to be served.

(2) The letters rogatory and the documents enclosed must be signed and furnished with the seal of the court. Consular legalization shall not be required.

(3) Letters rogatory shall be transmitted together with a covering letter of the authority competent according to Article 9.

Execution of Letters Rogatory

Article 12

(1) In executing letters rogatory, the requested court shall apply domestic law.

(2) The requested court shall, on demand, inform the requesting court in time of the date and place of execution of letters rogatory. Such information may be posted directly.

Article 13

(1) If the requested court is not competent for executing the letters rogatory it shall transmit the letters rogatory to the competent court, or to the authority competent according to Paragraph 2 of Article 7.

(2) If the person designated in letters rogatory is not found under the given address the requested court shall take the necessary measures to ascertain the address.

(3) If the requested court is unable to execute letters rogatory it shall notify the requesting court to this effect in the way agreed in Article 9, stating what reasons have prevented it from doing so.

Article 14

(1) Service shall be proved by a receipt which contains the date of service, the signature of the writ-server as well as the seal of the court, or by minutes of the requested court saying in what form and at what time the document concerned has been served.

(2) If the document to be served is not furnished with a translation in the language of the requested Contracting

State, the requested court shall not hand over the document to the addressee unless he is ready to accept it voluntarily.

Article 15

Service to citizens

The Contracting States may carry out service to their own citizens who are resident in the territory of the other Contracting State through their diplomatic and consular representation.

Article 16

Safe Conduct for Witnesses and Expert Witnesses

(1) Any witness or expert witness, irrespective of his citizenship, who upon a summons served to him by the court of the requested Contracting State appears before the courts of the requesting Contracting State to be heard in civil, family, labour law or criminal matters, must not be prosecuted or arrested for an offence committed by him prior to his crossing the borders of the requesting Contracting State. Furthermore he must not be subjected to punishment on the grounds of a former court sentence.

(2) Any witness or expert witness shall lose the protection granted in Paragraph 1 if he has not left the territory of the requesting Contracting State within five days from the day of his being notified that his presence is no longer required, though he had the possibility of leaving that territory.

Article 17

Costs of Judicial Assistance

(1) The requested Contracting State shall bear the costs of the execution of letters rogatory excluding the fees for expert opinions.

(2) The requested court shall, on demand, notify the requesting court of the kind and the amount of the costs accrued.

Article 18

Refusal to Grant Judicial Assistance

Judicial assistance shall be refused if the execution of a letter rogatory could affect the sovereignty, security or the basic principles of the State and Law order of the requested Contracting State.

Chapter III

Information on the Law in Force

Article 19

The Ministries of Justice of the Contracting States shall, at request, inform each other on regulations of civil, family, labour and penal laws as far as this is necessary for the carrying through of legal proceedings.

Chapter IV

Documents

Article 20

Exemption from Legalization

(1) Documents registered, issued or drawn up in due form by a court or another authority or a person authorized to do so according to the legal provisions of the one Contracting State within the framework of their competence shall not be subject to diplomatic or consular legalization if used before the courts or other authorities of the other Contracting State provided they are signed and officially sealed.

(2) Paragraph 1 shall also apply to the authentication of signatures and copies of documents.

Article 21

Exchange of Documents of the Civil Status Registry

(1) The Contracting States shall provide each other free of charge and costs with documents regarding the civil status of citizens of the other Contracting State as far as the changes in the personal status have been certified after the coming in force of the present Treaty.

(2) Documents regarding death shall be transmitted to the diplomatic or consular representation of the other Contracting State forthwith, the other documents quarterly.

Article 22

Transmission of Documents of the Civil Status Registry at Request

(1) The Contracting States shall, at request of the competent authorities, provide each other free of charge and costs with documents regarding civil status and with authenticated copies of court decisions regarding the civil status of citizens of the other Contracting State for official use.

(2) The documents under Paragraph 1 shall be transmitted through diplomatic channels. As far as the transmission of court decisions is concerned, the Ministries of Justice shall communicate.

Article 23

Transmission of Documents of the Civil Status Registry at Request of Citizens

Requests for issue and transmission of documents of the civil status registry may be directed by the citizens of one of the Contracting States directly to the competent authority of the other Contracting State. The documents shall be transmitted free of charge and costs to the diplomatic or consular representation of the State of the applicant.

Article 24

Refusal of Transmission of Documents of the Civil Status Registry

The transmission of a document of the civil status registry may be refused for the reasons mentioned in Article 18.

Chapter V

Recovery of Maintenance for Minors

Article 25

Granting of Support

The Contracting States shall, at request of their respective competent authorities and according to the provisions of the present Treaty, grant each other support in the recovery of maintenance for minors.

Article 26

Extent of Support

The support granted for the recovery of maintenance for minors shall include measures for:

1. ascertaining the address or abode of a person living in the territory of the requested Contracting State who is claimed by the claimant for maintenance;
2. urging the respondent to fulfil his obligation to pay maintenance voluntarily;
3. instituting legal action on the basis of the legal provisions of the requested Contracting State for ascertaining the claim for maintenance, for amending or enforcing the claim for maintenance thus stipulated.

Article 27

Communication

(1) Requests for support in the recovery of maintenance shall be transmitted by the transmitting agency of the re-

questing Contracting State directly to the competent receiving agency of the requested Contracting State.

(2) Receiving and transmitting agency is
in the German Democratic Republic
the Ministry of Education, Department for Juvenile Care;
in the Somali Democratic Republic
the Attorney General.

Article 28

Application of a Claimant

(1) A claimant may submit an application for recovery of maintenance to the transmitting agency of the Contracting State in whose territory he has his domicile or abode.

(2) Paragraph 1 does not exclude that a claimant may recover his claim directly according to the laws of the Contracting States.

Article 29

Substance and Form of an Application

(1) The application for recovery of maintenance shall include:

1. the full name, date of birth, citizenship, domicile or abode of the claimant as well as the name and address of his legal representative;
2. the full name of the respondent, and, so far as known to the claimant, his address, date of birth, citizenship and occupation;
3. particulars of the grounds upon which the claim is based and of the kind and amount of the claimed maintenance and of any other relevant information.

(2) The application shall be accompanied by all relevant documents, including, where necessary, a power of attorney authorizing the receiving agency to act, or to appoint some other person to act, on behalf of the claimant.

Article 30

Functions of the Receiving Agency

(1) The receiving agency shall, on the basis of the request of the transmitting agency and subject to the authority given by the claimant, take all appropriate steps for the recovery of maintenance.

(2) The receiving agency shall keep the transmitting agency informed of the steps taken. If it is unable to act it shall inform the transmitting agency of the reasons and return the application.

Chapter VI

Recognition and Execution of Decisions

Article 31

Decisions Subject to Recognition and Execution

(1) The Contracting States shall, on the conditions stipulated in the present Treaty, recognize and execute in their respective territories final judicial decisions concerning claims for maintenance issued in the territory of the other Contracting State.

(2) Decisions concerning agreements as to the payment of maintenance, documents including an obligation to pay maintenance and made before the competent authorities of the Contracting States as well as decisions on costs of proceedings shall be regarded as decisions within the meaning of Paragraph 1.

Article 32

Conditions for the Recognition and Execution

Decisions according to Article 31 shall be recognized and declared executable provided that

1. the decision is final under the law of the deciding Contracting State;

2. the court of the deciding Contracting State was competent in the proceedings according to Paragraph 1 of Article 33;
3. the court of the deciding Contracting State has adhered to the obligation according to Paragraph 2 of Article 33;
4. the unsuccessful party has been properly summoned and represented according to the laws of the deciding Contracting State;
5. in the same claim and between the same parties no final decision has been pronounced in the territory of the recognizing State, or that no legal action has been instituted in this matter before the court of the recognizing State;
6. the giving of the executory declaration does not contradict the State and law order of the recognizing State.

Article 33

Jurisdiction

(1) In proceedings for recovery of maintenance both the courts of the Contracting State in whose territory the respondent had his domicile or abode in the time of the institution of the proceedings and the courts of the Contracting State in whose territory the claimant had his domicile or abode in the time of the institution of the proceedings have jurisdiction.

(2) When the respondent has his residence or abode in the territory of the other Contracting State, the competent court is obliged to ascertain the incomes situation of the respondent with a view to stipulating the amount of maintenance to be paid.

Article 34

Application for Execution

(1) The application for giving the executory declaration to a decision and for instituting execution may be submitted directly to the court of first instance of the deciding State, or to the competent court of the executing State. The application shall be transmitted to the competent court in the way agreed in Article 9.

(2) The application shall be accompanied by:

1. a copy of the decision with a certificate of legal force;
2. a confirmation to the effect that the unsuccessful party was duly summoned according to the laws of the State where the verdict was issued and could be properly represented;
3. the authenticated translation of the documents under items 1 and 2 in the language of the executing State.

Article 35

Procedure

(1) The court of the executing State that decides upon the application shall only examine whether the requirements set forth in Articles 32 and 34 have been met. This being the case, the court shall give the executory declaration.

(2) In the procedure for giving the executory declaration and instituting execution the laws of the executing State shall apply.

Article 36

Execution of Decisions on Costs

(1) If a party who, according to Article 2, was exempted from payment of security for the costs of proceedings is obligated by a final decision to refund the costs of proceedings, such a decision shall be executed on application of the claimant free of charge in the territory of the other Contracting State.

(2) Decisions as to the amount of costs shall be regarded decisions within the meaning of Paragraph 1.

(3) Article 34 shall analogously apply to the application for execution and the annexes to be attached.

Chapter VII

Judicial Assistance in Criminal Matters

I. Judicial Assistance

Article 37

Granting of Judicial Assistance

(1) The Contracting States undertake to grant each other judicial assistance in criminal matters according to the provisions of the present Treaty at request of their respective courts and Procurator's Offices.

(2) In granting judicial assistance in criminal matters Articles 10-17 shall analogously apply.

Article 38

Extent of Judicial Assistance

(1) Judicial assistance shall comprise effecting of investigations and procedural acts including the provision and transmission of evidence, especially by the interrogation of witnesses and expert witnesses as well as the service of documents.

(2) Judicial assistance shall also be granted in procedures for identification of persons and the search for persons and property.

Article 39

Communication

In granting judicial assistance, the courts and Procurator's Offices shall communicate, as far as the German Democratic Republic is concerned, through the Ministry of Justice or the Procurator General, and, as far as the Somali Democratic Republic is concerned, through the Ministry of Justice and Religious Affairs.

Article 40

Information Relating to Judicial Records

The Contracting States shall, at request, communicate each other information from the judicial records relating to pending proceedings in the way agreed in Article 39.

Article 41

Communication of Convictions

The Contracting States shall inform each other half-yearly in the way agreed in Article 39 of final convictions issued by their courts against citizens of the other Contracting State.

Article 42

Refusal of Judicial Assistance

(1) Judicial assistance may be refused:

1. if the execution of the request is likely to prejudice the sovereignty, security or the basic principles of the State and Law order of the requested Contracting State;
2. if the offence motivating the request is not punishable under the law of the requested Contracting State.

(2) Item 2 of Paragraph 1 shall not apply to offences to be prosecuted by the Contracting States on the grounds of international agreements.

(3) Judicial assistance may furthermore be refused if the person claimed is a citizen of the requested Contracting State.

2. Taking Over of Proceedings

Article 43

The Contracting States undertake at the request of the other Contracting State to institute criminal proceedings under domestic law against their own citizens if they have committed any offence in the territory of the requesting Contracting State.

Article 44

- (1) The request for taking over shall be accompanied by:
1. information on the person and his citizenship;
 2. a statement on the circumstances;
 3. any evidence relating to the offence;
 4. a copy of the legal provisions applicable to the offence under the law in force in the place of commission of the offence;
 5. in addition, in cases of violations of road traffic regulations, a copy of the regulations in force in the place of commission of the violation.

(2) Requests for taking over of proceedings and annexes shall be drawn up in the language of the requesting Contracting State.

(3) The requested Contracting State is obliged to notify the requesting Contracting State of the result of the proceedings.

(4) Article 39 shall apply with regard to the transmission of requests.

3. Extradition

Article 45

Granting of Extradition

The Contracting States undertake to surrender to each other, subject to the provisions laid down in the present Treaty, any person staying in their respective territories and against whom the authorities of the requesting Contracting State are proceeding for an offence or for the execution of a sentence.

Article 46

Extraditable Offences

(1) Extradition for the purpose of proceedings shall be granted for offences punishable under the law of both Contracting States as well as for offences mentioned in Paragraph 2 of Article 42, provided that the minimum punishment is one year or any heavier punishment.

(2) Extradition for the purpose of execution of a penalty shall be granted for the offences mentioned in Paragraph 1 provided that the finally pronounced penalty is at least six months of imprisonment.

(3) If the request for extradition is motivated by different offences, each of which to be punished by imprisonment under the laws of the Contracting States, some of them, however, do not meet the standards applied to extraditable offences, extradition may be granted for these offences, too.

Article 47

Refusal of Extradition

(1) Extradition shall not be granted:

1. if the person claimed is a citizen of the requested Contracting State;
2. if, under the law of the requested Contracting State, criminal prosecution cannot be carried out or the sentence cannot be enforced by reason of lapse of time or any other legal reason;
3. if an authority of the requested Contracting State has issued a final sentence in the same criminal matter against the person claimed or if the proceedings have been finally terminated;
4. if extradition is not allowed under the laws of the requested Contracting State.

(2) Items 2 and 3 of Paragraph 1 shall not apply if extradition is demanded for an offence to be prosecuted by the two Contracting States on grounds of international agreements.

(3) Extradition may be refused if the offence motivating the request for extradition has been committed in the territory of the requested Contracting State.

Article 48

Conditional Extradition

If a person is claimed to serve a penalty who has been sentenced by a court of the requesting Contracting State in absence extradition may be connected with the condition that a new trial be effected with the person claimed present.

Article 49

Communication

In matters of extradition, the Ministries of Justice and the Procurators General of the Contracting States shall communicate within the framework of their competence. Requests shall be transmitted through diplomatic channels.

Article 50

Requests for Extradition

(1) The request for extradition shall be supported by: data relating to the person and his citizenship, the warrant of arrest with a statement of the offence, a description of the evidence motivating the urgent suspicion, the text of the penal law on grounds of which the offence motivating the request for extradition is judged. If the offence caused any material damage, its amount shall be indicated.

(2) The request for extradition for the purpose of executing a penalty shall be supported by an authenticated copy of the final sentence.

(3) The request for extradition and the annexes thereto shall be translated in the language of the requested Contracting State or in the English language.

Article 51

Supplementary Information

If the request for extradition does not include the necessary information, the requested Contracting State may demand supplementary information and may fix a time-limit for the receipt thereof. This time-limit may be prolonged at request.

Article 52

Provisional Arrest

(1) The requested Contracting State shall after receipt of the request for extradition without delay take measures for the identification of the person claimed and shall, if necessary, arrange for his arrest, especially if there is danger that the person might flee from the extradition or the extradition procedure.

(2) The requested Contracting State shall terminate the extradition procedure and release the arrested person unless the demanded supplementary information is communicated within the time-limit according to Article 51 of the present Treaty.

Article 53

Conflicting Requests

If extradition of a person is requested by more than one State either for the same offence or for different offences, the requested Contracting State shall make its decision having regard to the citizenship of the person claimed as well as the place of commission and the seriousness of the offence and the chronological sequence of receiving the requests.

Article 54

Postponed or Provisional Extradition

(1) If the requested Contracting State proceeds against a person claimed or if this person has already been convicted for another offence in the territory of the requested Contracting State, extradition may be postponed till the end of the proceedings or the execution of the penalty.

(2) If the postponement of the extradition could lead to lapse of time for the prosecution or render the proceedings against the person claimed more difficult, a motivated request of the Contracting State for provisional extradition may be allowed. The requesting Contracting State shall be obliged to return the extradited person at least three months from the day of surrender. In motivated cases this limit may be prolonged.

Article 55

Limits of Prosecution

(1) An extradited person shall not, without the consent of the requested Contracting State, be prosecuted for another offence committed before extradition and not included in the requested State's consent to extradition nor made subject to execution of penalty nor extradited to a third State for the purpose of prosecution or execution of penalty.

(2) The consent of the requested Contracting State shall not be required:

1. if the extradited person who is not a citizen of the requesting Contracting State has not left the territory of the requesting Contracting State within one month from the day of the end of the proceedings or the execution of the penalty. This limit shall not include the time when the extradited person was, against his wish, unable to leave the territory of this Contracting State.
2. if the extradited person has left the territory of the Contracting State to which he has been extradited but returned to its territory voluntarily.

Article 56

Surrender of the Person Claimed

(1) The requested Contracting State that agrees to extradition shall inform the other Contracting State of place and time of the person's extradition.

(2) Any person whose extradition was allowed shall be released unless the requesting Contracting State has taken over this person within 15 days from the date appointed for surrender.

Article 57

Repeated Extradition

If the extradited person flees from prosecution or execution of the penalty and returns to the territory of the requested Contracting State he shall be arrested at request without the transmission of the documents under Article 50 of the present Treaty being required.

Article 58

Handing Over of Property

(1) The requested Contracting State shall, at request, hand over:

1. property which has been acquired as a result of the extraditable offence;
2. property which may be required as evidence for proceedings, even if extradition cannot be carried out owing to the death of the person claimed or other reasons.

(2) When the property, the handing over of which is requested, is required by a court or Procurator's Office of the requested Contracting State in proceedings it may be retained till the end of the proceedings.

Article 59

Information on the Result of the Proceedings

The requesting Contracting State shall inform the requested Contracting State of the result of the proceedings against the extradited person.

Article 60

Transit

(1) The Contracting States shall, at request, grant each other transit through their respective territories of persons who are being extradited by one of the Contracting States to a third State, provided that the persons concerned are not citizens of the requested Contracting State.

(2) The Contracting State through the territory of which transit is requested shall keep the person concerned under arrest during transit.

(3) The Contracting State through the territory of which transit is requested shall not take any measures of prosecution or execution of penalty against the person concerned for previous offences.

(4) A request for transit shall be submitted and dealt with like a request for extradition.

The requested Contracting State shall grant transit in the way it regards most appropriate.

Article 61

Expenses of Extradition and Transit

(1) Expenses of extradition and transit shall be borne by the Contracting State in whose territory they have incurred.

(2) If extradition is carried out by aircraft, expenses shall be borne by the requesting Contracting State.

Chapter VIII

Final Provisions

Article 62

The present Treaty shall not prejudice any legal provisions of the Contracting States concerning import and export of property as well as foreign exchange operations and international payments and clearing systems.

Article 63

This Treaty shall be ratified. The instruments of ratification shall be exchanged in Mogadishu.

Article 64

(1) The present Treaty shall come into force on the thirtieth day after the exchange of the instruments of ratification.

(2) Any of the Contracting States may denounce the present Treaty in writing. Denouncement shall take effect three months after being conveyed to the other Contracting State.

Done at Berlin, on September 20th, 1976
in two originals, each in the German and the English languages, both texts being equally authentic.

IN WITNESS WHEREOF the Plenipotentiaries of the Contracting States have signed and sealed the present Treaty.

For the German Democratic Republic	For the Somali Democratic Republic
Hans-Joachim Heusinger	Dr. Abdisalam Sheikh Hussein

Zur Geschichte der Rechtspflege der Deutschen Demokratischen Republik 1945–1949

Autorenkollektiv unter Leitung von H. Benjamin
Hrsg.: Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR,
Lehrstuhl Geschichte der Rechtspflege
384 Seiten · Leinen 20,— M.
Bestellwort: Benjamin, Rechtspflege / 770 910 5

Die Autoren setzen sich zum Ziel, die großen Leistungen der Arbeiterklasse und ihrer Partei sowie aller fortschrittlichen Kräfte des Volkes bei der Entwicklung einer neuen Rechtspflege zu würdigen. Ihre Darlegungen stützen sich auf vielfältige Quellen, in erster Linie auf die Dokumente der SED und andere Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, auf Rechtsvorschriften, auf Archivgut staatlicher Organe und auf Erinnerungen von Persönlichkeiten, die unmittelbar an der Herausbildung der Rechtspflege der DDR beteiligt waren. Um ein plastisches Bild zu vermitteln, werden zahlreiche historische Einzelheiten insbesondere über die Bildung der ersten Volksgerichte, den Aufbau und die Arbeitsweise der Volksrichterschulen, des Wirkens von Staatsanwälten, Richtern usw. in die Darstellung einbezogen. Umfangreiche Quellenangaben, mehrere Verzeichnisse ergänzen den Band und erleichtern dem Leser die Orientierung.

Erhältlich im örtlichen Buchhandel



**Staatsverlag
der Deutschen Demokratischen
Republik**

Ein anerkanntes Hochschullehrbuch
der Staats- und Rechtswissenschaft

Marxistisch-leninistische Staats- und Rechtstheorie

Lehrbuch

Autorenkollektiv

623 Seiten · Leinen · 25,— M

Bestellwort: Rechtstheorie / 770 845 2

Im Inhalt:

Gegenstand und Methode der marxistisch-leninistischen Staats- und Rechtstheorie / Begründung und Entwicklung der marxistisch-leninistischen Staats- und Rechtsauffassungen durch Marx, Engels und Lenin / Entstehung und Wesen des Staates und Rechts / Bürgerlicher Staat und bürgerliches Recht im vormonopolistischen Kapitalismus und im Imperialismus / Entstehung, Wesen und Funktionen des sozialistischen Staates / Sozialistischer Staat und Persönlichkeit / Die sozialistische Demokratie / Der Mechanismus der sozialistischen Staatsgewalt / Wesen und Funktionen des sozialistischen Rechts / Sozialistische Rechtsnormen und ihre Wechselbeziehungen zu anderen sozialen Normen / Sozialistische Rechtsverhältnisse / Das internationalistische Wesen des sozialistischen Staates.

Zu beziehen über den örtlichen Buchhandel



Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik

Herausgeber: Sekretariat des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 209 26 22 — Veröffentlichung unter Lizenz-Nr. 751 — Verlag: (610, 62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Crotenwicht-Straße 17, Telefon: 209 45 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 2,50 M, Teil II 3,— M — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr.

Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postschließfach 696. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 108 Berlin, Neustädtische Kirchstraße 15, Telefon: 229 22 23

Artikel-Nr. (EDV) 10 131

Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollensoffdruck)

Index 31 818



GESETZBLATT

93

der Deutschen Demokratischen Republik

1977	Berlin, den 22. April 1977	Teil II Nr. 7
Tag	Inhalt	Seite
7. 4. 77	Gesetz über den Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Guinea-Bissau vom 17. November 1976 über Rechtshilfe in Zivil-, Familien-, Arbeitsrechts- und Strafsachen	93

**Gesetz
über den Vertrag
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Republik Guinea-Bissau
vom 17. November 1976
über Rechtshilfe in Zivil-, Familien-,
Arbeitsrechts- und Strafsachen
vom 7. April 1977**

§ 1

Die Volkskammer bestätigt den am 17. November 1976 in Berlin unterzeichneten, nachstehend veröffentlichten Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Guinea-Bissau über Rechtshilfe in Zivil-, Familien-, Arbeitsrechts- und Strafsachen.

§ 2

Der Tag, an dem der Vertrag gemäß seinem Artikel 53 wirksam wird, ist im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntzugeben.

§ 3

Dieses Gesetz tritt am 5. Mai 1977 in Kraft.

Das vorstehende, von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am siebenten April neunzehnhundert-siebenundsiebzig beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den siebenten April neunzehnhundert-siebenundsiebzig

**Der Vorsitzende des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

E. Honecker

Vertrag
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Republik Guinea-Bissau
über Rechtshilfe in Zivil-, Familien-,
Arbeitsrechts- und Strafsachen

Der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik und der Vorsitzende des Staatsrates der Republik Guinea-Bissau sind, in dem Bestreben, die freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten auf der Grundlage der in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegten Prinzipien zu vertiefen,

von dem Wunsche geleitet, die Beziehungen zwischen beiden Staaten auf dem Gebiet der Rechtshilfe in Zivil-, Familien-, Arbeitsrechts- und Strafsachen zu regeln, übereingekommen, diesen Vertrag abzuschließen.

Zu diesem Zweck haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik:

Hans-Joachim Heusinger
 Stellvertreter des Vorsitzenden des
 Ministerrates und Minister der Justiz

Der Vorsitzende des Staatsrates der Republik
 Guinea-Bissau:

Dr. Fidelis Cabral d'Almada
 Staatskommissar für Justiz.

Teil I

Zugang zu den Gerichten

Artikel 1

(1) Staatsbürger des einen Vertragsstaates haben auf dem Territorium des anderen Vertragsstaates freien Zutritt zu den Gerichten und können vor diesen in Zivil-, Familien-, Arbeitsrechts- und Strafsachen unter denselben Bedingungen wie Staatsbürger dieses Vertragsstaates auftreten und von der Vorauszahlungspflicht für die Kosten eines Verfahrens befreit werden. Ihnen darf, soweit sie Wohnsitz oder Aufenthalt auf dem Territorium eines der Vertragsstaaten haben, keine Sicherheitsleistung für die Verfahrenskosten auferlegt werden.

(2) Staatsbürger des einen Vertragsstaates sind die Personen, die nach den Rechtsvorschriften dieses Staates dessen Staatsbürgerschaft besitzen.

(3) Absatz 1 ist auf juristische Personen, die nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates errichtet worden sind und ihren Sitz auf dessen Territorium haben, entsprechend anzuwenden.

Teil II

Rechtshilfe in Zivil-, Familien- und Arbeitsrechtssachen

Artikel 2

Verpflichtung zur Rechtshilfe

(1) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, einander auf Ersuchen ihrer Gerichte nach den Bestimmungen dieses Vertrages in Zivil-, Familien- und Arbeitsrechtssachen Rechtshilfe zu leisten.

(2) Die in Absatz 1 genannten Gerichte gewähren auch anderen Organen der Vertragsstaaten, die in Zivil-, Familien- und Arbeitsrechtssachen tätig sind, Rechtshilfe.

Artikel 3

Gegenstand der Rechtshilfe

Rechtshilfe umfaßt die Durchführung von Prozeßhandlungen sowie die Zustellung von Ladungen und anderen Schriftstücken.

Artikel 4

Art des Verkehrs

(1) Die Gerichte der Vertragsstaaten verkehren durch Vermittlung des Ministeriums der Justiz der Deutschen Demokratischen Republik und des Staatskommissariats für Justiz der Republik Guinea-Bissau miteinander, soweit in diesem Vertrag nichts anderes bestimmt ist.

(2) Die Übermittlung von Ersuchen erfolgt auf dem Luftwege.

Artikel 5

Sprache und Übersetzungen

Ersuchen um Rechtshilfe, Ersuchen um Zustellung von Ladungen und anderen Schriftstücken sowie die Anlagen sind in der Sprache des ersuchenden Vertragsstaates abzufassen und mit einer Übersetzung in die Sprache des ersuchten Vertragsstaates oder in die französische Sprache zu versehen.

Artikel 6

Inhalt und Form der Ersuchen

(1) Das Ersuchen hat folgende Angaben zu enthalten:

1. das Gericht, von dem das Ersuchen ausgeht, und das Gericht, an das das Ersuchen gerichtet ist;
2. die Sache, auf die es sich bezieht;
3. die Namen der Beteiligten, ihre Staatsbürgerschaft, ihren Beruf, Wohnsitz oder Aufenthalt sowie ihre Stellung im Verfahren;

4. Namen und Anschriften der Rechtsvertreter;
5. die Tatsache, über die Beweis erhoben, oder die Handlung, die vorgenommen werden soll, die Darlegung des Sachverhalts, soweit dies zum Verständnis erforderlich ist; bei Ersuchen um Zustellung von Ladungen und anderen Schriftstücken insbesondere die Anschrift und die Staatsbürgerschaft des Empfängers sowie die zuzustellenden Schriftstücke.

(2) Das Ersuchen und die angeschlossenen Schriftstücke müssen unterschrieben und mit dem Siegel des Gerichts versehen sein. Eine konsularische Legalisation ist nicht erforderlich.

(3) Die Übermittlung der Ersuchen erfolgt mit einem Begleitschreiben des nach Artikel 4 zuständigen Organs.

Erledigung von Ersuchen

Artikel 7

(1) Die Erledigung von Rechtshilfeersuchen erfolgt nach den Gesetzen des Vertragsstaates, dem das ersuchte Gericht angehört.

(2) Auf Verlangen des ersuchenden Gerichts können von den Verfahrensvorschriften abweichende Formen angewandt werden, soweit diese den Grundprinzipien der Staats- und Rechtsordnung des ersuchten Vertragsstaates nicht widersprechen oder seine Souveränität oder Sicherheit nicht beeinträchtigen.

(3) Das ersuchte Gericht teilt auf Verlangen dem ersuchenden Gericht rechtzeitig den Zeitpunkt und den Ort der Durchführung des Rechtshilfeersuchens mit. Diese Mitteilung kann unmittelbar durch die Post erfolgen.

Artikel 8

(1) Ist das ersuchte Gericht für die Erledigung des Ersuchens nicht zuständig, so leitet es das Ersuchen an das zuständige Gericht oder an das gemäß Artikel 2 Absatz 2 zuständige Organ weiter und informiert darüber das ersuchende Gericht.

(2) Ist die im Ersuchen bezeichnete Person unter der angegebenen Anschrift nicht auffindbar, so trifft das ersuchte Gericht die notwendigen Maßnahmen zur Feststellung des Aufenthalts.

(3) Ist dem ersuchten Gericht die Erledigung des Ersuchens nicht möglich, so benachrichtigt es das ersuchende Gericht auf dem in Artikel 4 vereinbarten Wege und teilt die Gründe mit, aus denen das Ersuchen nicht ausgeführt werden konnte.

Artikel 9

Die Zustellung von Ladungen oder anderen Schriftstücken wird durch eine Empfangsbescheinigung, die das Zustellungsdatum, die Unterschrift des Zustellers und des Empfängers sowie das Siegel des Gerichts enthält, oder durch eine Bestätigung des ersuchten Gerichts, aus der hervorgeht, in welcher Form und zu welchem Zeitpunkt das betreffende Schriftstück zugestellt worden ist, nachgewiesen.

Artikel 10

Zustellung an eigene Staatsbürger

Die Vertragsstaaten können Zustellungen von Ladungen oder anderen Schriftstücken an ihre eigenen Staatsbürger, die

sich auf dem Territorium des anderen Vertragsstaates aufhalten, durch ihre diplomatische oder konsularische Vertretung vornehmen.

Artikel 11

Zeugen und Sachverständige

(1) Ein Zeuge oder Sachverständiger, welche Staatsbürgerschaft er auch besitzt, der auf eine ihm durch das Gericht des ersuchten Vertragsstaates zugestellte Ladung vor den Gerichten des ersuchenden Vertragsstaates in Zivil-, Familien-, Arbeitsrechts- oder Strafsachen erscheint, darf nicht strafrechtlich verfolgt oder in Haft genommen werden wegen einer Straftat, die er bereits vor Überschreiten der Grenze des ersuchenden Vertragsstaates begangen hatte. Er darf ferner nicht aufgrund eines früher ergangenen Gerichtsurteils einer Bestrafung zugeführt werden.

(2) Ein Zeuge oder Sachverständiger verliert den unter Absatz 1 vorgesehenen Schutz, wenn er das Territorium des ersuchenden Vertragsstaates nicht binnen 5 Tagen, von dem Tage an gerechnet, an dem ihm mitgeteilt wurde, daß seine Anwesenheit nicht mehr erforderlich ist, verlassen hat, obwohl er dazu die Möglichkeit hatte.

(3) Der ersuchende Staat ist verpflichtet, einem Zeugen oder Sachverständigen Reise- und Aufenthaltskosten sowie Lohnausfall zu erstatten und einem Sachverständigen ein Gutachterhonorar zu gewähren. In der Ladung wird angegeben, auf welche Vergütung der Zeuge oder Sachverständige Anspruch hat. Auf Antrag des Zeugen oder Sachverständigen wird ihm vom ersuchten Vertragsstaat ein Vorschuß zur Deckung der betreffenden Kosten gewährt, der auf der Vorladung vermerkt und vom ersuchenden Vertragsstaat erstattet wird.

(4) Der Zeuge oder Sachverständige ist nicht verpflichtet, der Ladung Folge zu leisten. Die Ladung darf keine Androhung von Zwangsmaßnahmen für den Fall enthalten, daß der Ladung nicht Folge geleistet wird.

(5) Wird eine Person, die sich auf dem Territorium des ersuchten Vertragsstaates in Haft befindet, von einem Gericht des anderen Vertragsstaates als Zeuge oder Sachverständiger geladen und soll sie zu diesem Zweck zeitweilig überstellt werden, so genießt sie den in den Absätzen 1 und 2 zugesicherten Schutz. Der ersuchende Vertragsstaat ist verpflichtet, diese Person während ihres Aufenthaltes auf seinem Territorium in Haft zu halten und nach erfolgter Vernehmung baldmöglichst zurückzuführen.

(6) Ein Ersuchen um Überstellung einer inhaftierten Person nach Absatz 5 kann abgelehnt werden,

1. wenn sie Staatsbürger des ersuchten Vertragsstaates ist;
2. wenn ihre Anwesenheit wegen eines auf dem Territorium des ersuchten Vertragsstaates anhängigen Strafverfahrens notwendig ist;
3. wenn die Überstellung zur Verlängerung der Haft führen würde;
4. wenn andere zwingende Gründe der Überstellung entgegenstehen.

Artikel 12

Kosten der Rechtshilfe

(1) Die durch die Erledigung von Ersuchen entstandenen Kosten trägt der ersuchte Vertragsstaat. Ausgenommen davon sind

1. die in Artikel 11 Absatz 3 genannten Kosten und
2. Honorare für die Erstattung von schriftlichen Sachverständigengutachten.

(2) Das ersuchte Gericht hat dem ersuchenden Gericht auf Verlangen Art und Höhe der entstandenen Kosten mitzuteilen.

Artikel 13

Ablehnung der Rechtshilfe

(1) Die Gewährung von Rechtshilfe ist abzulehnen, wenn die Erledigung eines Ersuchens die Souveränität, Sicherheit oder die Grundprinzipien der Staats- und Rechtsordnung des ersuchten Vertragsstaates beeinträchtigen könnte.

(2) Die Ablehnung der Rechtshilfe wird dem ersuchenden Vertragsstaat unter Angabe der Gründe mitgeteilt.

Teil III

Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen in Zivil-, Familien- und Arbeitsrechtssachen

Artikel 14

Entscheidungen, die der Anerkennung und Vollstreckung unterliegen

(1) Die von den Gerichten des einen Vertragsstaates ergangenen und rechtskräftigen Entscheidungen über vermögensrechtliche Ansprüche in Zivil-, Familien- und Arbeitsrechtssachen werden auf dem Territorium des anderen Vertragsstaates unter den in diesem Vertrag festgelegten Voraussetzungen anerkannt und vollstreckt, wenn sie nach dem Inkrafttreten dieses Vertrages ergangen sind.

(2) Als Entscheidungen im Sinne des Absatzes 1 gelten auch Urkunden und Schriftstücke, die eine Verpflichtung zur Zahlung von Unterhalt enthalten und von den zuständigen Organen eines der Vertragsstaaten errichtet oder beglaubigt worden sind.

Artikel 15

Voraussetzungen für die Anerkennung und Vollstreckung

Die in Artikel 14 genannten Entscheidungen der Gerichte des einen Vertragsstaates werden auf dem Territorium des anderen Vertragsstaates anerkannt und vollstreckt,

1. wenn die Entscheidung nach den Gesetzen des Entscheidungsstaates rechtskräftig ist;
2. wenn das Gericht des Entscheidungsstaates in dem Verfahren nach Artikel 16 zuständig war;
3. wenn die unterlegene Prozeßpartei nach den Gesetzen des Entscheidungsstaates ordnungsgemäß geladen war und vertreten werden konnte;
4. wenn über den gleichen Anspruch zwischen den gleichen Prozeßparteien auf dem Territorium des Anerkennungsstaates nicht bereits früher eine rechtskräftige Entscheidung ergangen ist oder wenn bei dem Gericht des Anerkennungsstaates nicht ein Verfahren in dieser Sache anhängig ist;
5. wenn die Anerkennung und Vollstreckung den Grundprinzipien der Staats- und Rechtsordnung des Anerkennungsstaates nicht widerspricht.

Artikel 16

Zuständigkeit

(1) Die Zuständigkeit der Gerichte des Entscheidungsstaates ist im Sinne des Artikels 15 gegeben, wenn nach dem Recht

des Entscheidungsstaates dessen Gerichte zur Zeit der Einreichung der Klage zur Durchführung von Verfahren sachlich zuständig waren.

(2) Die Zuständigkeit der Gerichte des Entscheidungsstaates ist nicht gegeben, wenn nach dem Recht des anderen Vertragsstaates dessen Gerichte für die Durchführung von Verfahren

1. über Ansprüche aus Rechten an einem auf dem Territorium des Anerkennungsstaates gelegenen Grundstück oder Gebäude, oder
2. in erbrechtlichen Streitigkeiten, sofern der Erblasser zur Zeit seines Todes seinen letzten Wohnsitz auf dem Territorium des Anerkennungsstaates hatte,

ausschließlich zuständig waren.

Artikel 17

Antrag auf Vollstreckung

(1) Der Antrag auf Erteilung der Vollstreckbarerklärung einer Entscheidung und Einleitung der Vollstreckung kann unmittelbar bei dem Gericht erster Instanz des Entscheidungsstaates oder bei dem zuständigen Gericht des Vollstreckungsstaates eingereicht werden. Die Übermittlung an das zuständige Gericht des Vollstreckungsstaates erfolgt auf dem in Artikel 4 vereinbarten Wege.

(2) Dem Antrag sind beizufügen:

1. eine Ausfertigung der Entscheidung mit der Bestätigung der Rechtskraft;
2. eine Bestätigung, daß die unterlegene Prozeßpartei nach den Gesetzen des Urteilsstaates ordnungsgemäß geladen war und vertreten werden konnte;
3. die beglaubigte Übersetzung der unter Ziffer 1 und 2 angeführten Urkunden in der Sprache des Vollstreckungsstaates oder in französischer Sprache.

Artikel 18

Verfahren

(1) Das Gericht des Vollstreckungsstaates, welches über den Antrag entscheidet, beschränkt sich allein darauf, festzustellen, ob die in den Artikeln 15 und 17 festgelegten Voraussetzungen erfüllt sind. Sind diese gegeben, erteilt das Gericht die Vollstreckbarerklärung.

(2) Das Verfahren für die Erteilung der Vollstreckbarerklärung und Einleitung der Vollstreckung richtet sich nach den Gesetzen des Vollstreckungsstaates.

Artikel 19

Vollstreckung von Kostenentscheidungen

(1) Wird eine Prozeßpartei, die gemäß Artikel 1 von der Verpflichtung zur Sicherheitsleistung für die Verfahrenskosten befreit war, durch eine rechtskräftige gerichtliche Entscheidung eines Vertragsstaates zur Erstattung der Verfahrenskosten verpflichtet, so ist diese Kostenentscheidung auf Antrag der berechtigten Prozeßpartei auf dem Territorium des anderen Vertragsstaates gebührenfrei zu vollstrecken.

(2) Für den Antrag auf Vollstreckung und die beizufügenden Anlagen gilt Artikel 17 entsprechend.

(3) Das Gericht, welches über die Genehmigung der Vollstreckung der Entscheidung gemäß Absatz 1 entscheidet, beschränkt sich allein darauf, festzustellen, ob die Kostenentscheidung rechtskräftig und vollstreckbar ist.

Teil IV

Rechtshilfe in Strafsachen und Auslieferung

I. Rechtshilfe

Artikel 20

Verpflichtung zur Rechtshilfe

(1) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, einander auf Ersuchen der Gerichte und Staatsanwaltschaften nach den Bestimmungen dieses Vertrages Rechtshilfe in Strafsachen zu leisten.

(2) Bei der Gewährung von Rechtshilfe in Strafsachen finden die Artikel 5 bis 12 entsprechende Anwendung.

Artikel 21

Gegenstand der Rechtshilfe

(1) Rechtshilfe umfaßt die Durchführung von Untersuchungs- und Prozeßhandlungen einschließlich der Beschaffung und Übermittlung von Beweismitteln, insbesondere durch Vernehmung von Straffälligen, Zeugen und Sachverständigen sowie die Zustellung von Schriftstücken.

(2) Rechtshilfe wird auch geleistet bei Personenfeststellungsverfahren und bei Fahndungen nach Personen und Sachen.

Artikel 22

Art des Verkehrs

Bei der Gewährung von Rechtshilfe verkehren die Gerichte und Staatsanwaltschaften seitens der Deutschen Demokratischen Republik über das Ministerium der Justiz oder den Generalstaatsanwalt, seitens der Republik Guinea-Bissau über das Staatskommissariat für Justiz.

Artikel 23

Auskunft aus dem Strafregister

Auf dem in Artikel 22 vereinbarten Wege erteilen die Vertragsstaaten einander auf Ersuchen zu anhängigen Strafverfahren Auskunft aus dem Strafregister.

Artikel 24

Mitteilung von Verurteilungen

Die Vertragsstaaten geben einander auf dem in Artikel 22 vereinbarten Wege Mitteilung über rechtskräftige Verurteilungen, die ihre Gerichte gegen Staatsbürger des anderen Vertragsstaates erlassen haben.

Artikel 25

Ablehnung der Rechtshilfe

(1) Die Gewährung von Rechtshilfe kann abgelehnt werden,

1. wenn die Erledigung eines Ersuchens die Souveränität, Sicherheit oder die Grundprinzipien der Staats- und Rechtsordnung des ersuchten Vertragsstaates beeinträchtigen könnte;
2. wenn die dem Ersuchen zugrunde liegende Handlung nach dem Recht des ersuchten Vertragsstaates nicht strafbar ist.

(2) Absatz 1 Ziffer 2 findet keine Anwendung bei strafbaren Handlungen, zu deren Verfolgung die Vertragsstaaten auf Grund internationaler Übereinkommen verpflichtet sind.

(3) Die Rechtshilfe kann ferner abgelehnt werden, wenn die Person, auf die sich das Strafverfahren bezieht, Staatsbürger des ersuchten Vertragsstaates ist.

(4) Die Ablehnung der Rechtshilfe wird dem ersuchenden Vertragsstaat unter Angabe der Gründe mitgeteilt.

2. Übernahme der Strafverfolgung

Artikel 26

(1) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, auf Ersuchen des anderen Vertragsstaates die Strafverfolgung nach den innerstaatlichen Gesetzen gegen eigene Staatsbürger einzuleiten, wenn diese auf dem Territorium des ersuchenden Vertragsstaates eine strafbare Handlung begangen haben.

(2) Dasselbe gilt, wenn die strafbare Handlung nach dem Recht des ersuchten Vertragsstaates nur eine Verfehlung oder Ordnungswidrigkeit darstellt.

Artikel 27

(1) Dem Ersuchen um Übernahme der Strafverfolgung sind beizufügen:

1. Angaben zur Person und Staatsbürgerschaft;
2. eine Darstellung des Sachverhalts;
3. alle Beweismittel, die über die strafbare Handlung zur Verfügung stehen;
4. eine Abschrift der Bestimmungen, die nach dem am Tatort geltenden Recht auf die Tat anwendbar sind;
5. bei Verstößen gegen die Straßenverkehrsvorschriften außerdem eine Abschrift der am Tatort geltenden Verkehrsregeln.

(2) Ersuchen um Übernahme der Strafverfolgung und die Anlagen sind in der Sprache des ersuchenden Vertragsstaates abzufassen und mit einer Übersetzung in die Sprache des ersuchten Vertragsstaates oder in die französische Sprache zu versehen.

(3) Der ersuchte Vertragsstaat ist verpflichtet, den ersuchenden Vertragsstaat über den Ausgang des Verfahrens zu unterrichten.

(4) Für die Übermittlung der Ersuchen findet Artikel 22 Anwendung.

3. Auslieferung

Artikel 28

Verpflichtung zur Auslieferung

Die Vertragsstaaten verpflichten sich entsprechend den Bestimmungen dieses Vertrages, auf Ersuchen einander die Personen auszuliefern, die sich auf ihrem Territorium aufhalten und gegen die von den Organen des ersuchenden Vertragsstaates eine Strafverfolgung durchgeführt oder gegen die ein Strafurteil eines Gerichts des ersuchenden Vertragsstaates vollstreckt werden soll.

Artikel 29

Auslieferungsstrafataten

(1) Eine Auslieferung zum Zwecke der Durchführung einer Strafverfolgung erfolgt wegen solcher Handlungen, die nach dem Recht beider Vertragsstaaten strafbar sind, sowie wegen

der in Artikel 25 Absatz 2 genannten strafbaren Handlungen, wenn diese mit einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr bedroht sind.

(2) Eine Auslieferung zum Zwecke des Vollzuges einer Strafe erfolgt wegen der in Absatz 1 genannten Handlungen, wenn die rechtskräftig ausgesprochene Freiheitsstrafe mindestens 6 Monate beträgt.

(3) Betrifft das Auslieferungsersuchen mehrere verschiedene Handlungen, von denen jede nach dem Recht der Vertragsstaaten mit einer Freiheitsstrafe bedroht ist, einzelne aber die Bedingung des Strafmaßes der Auslieferungsstraftat nicht erfüllen, so kann auch für diese Handlungen die Auslieferung bewilligt werden.

Artikel 30

Ablehnung der Auslieferung

(1) Die Auslieferung erfolgt nicht,

1. wenn die Person, um deren Auslieferung ersucht wird, Staatsbürger des ersuchten Vertragsstaates ist;
2. wenn nach dem Recht des ersuchten Vertragsstaates eine Strafverfolgung nicht durchgeführt oder das Urteil infolge von Verjährung oder aus einem anderen rechtlichen Grunde nicht vollzogen werden kann;
3. wenn gegen die Person, um deren Auslieferung ersucht wird, bereits durch ein Gericht des ersuchten Vertragsstaates in der gleichen Strafsache ein rechtskräftiges Urteil ergangen ist oder das Strafverfahren endgültig eingestellt wurde;
4. wenn sie nach den Gesetzen des ersuchten Vertragsstaates nicht zulässig ist.

(2) Absatz 1 Ziffern 2 und 3 finden keine Anwendung, wenn die Auslieferung wegen einer strafbaren Handlung verlangt wird, zu deren Verfolgung die Vertragsstaaten auf Grund internationaler Übereinkommen verpflichtet sind.

(3) Die Auslieferung kann abgelehnt werden, wenn die strafbare Handlung, derentwegen um Auslieferung ersucht wird, auf dem Territorium des ersuchten Vertragsstaates begangen wurde.

(4) Die Ablehnung der Auslieferung wird dem ersuchenden Vertragsstaat unter Angabe der Gründe mitgeteilt.

Artikel 31

Bedingte Auslieferung

Wird zum Zwecke des Vollzuges einer Strafe um Auslieferung einer Person ersucht, die von einem Gericht des ersuchenden Vertragsstaates in Abwesenheit verurteilt wurde, so kann die Auslieferung an die Bedingung geknüpft werden, daß ein neues Verfahren in Anwesenheit der auszuliefernden Person durchgeführt wird.

Artikel 32

Art des Verkehrs

In Auslieferungssachen verkehren seitens der Deutschen Demokratischen Republik der Minister der Justiz oder der Generalstaatsanwalt im Rahmen ihrer Zuständigkeit und seitens der Republik Guinea-Bissau der Staatskommissar für Justiz miteinander. Die Übermittlung der Ersuchen erfolgt auf dem diplomatischen Wege.

Artikel 33

Auslieferungsersuchen

(1) Dem Ersuchen um Auslieferung zum Zwecke der Strafverfolgung sind beizufügen:

1. Angaben zur Person und Staatsbürgerschaft;
2. der Haftbefehl;
3. Darstellung der strafbaren Handlung;
4. die Beschreibung von Beweismitteln, die den dringenden Tatverdacht begründen;
5. der Text des anzuwendenden Strafgesetzes;
6. die Höhe des Schadens, wenn durch die strafbare Handlung ein materieller Schaden entstanden ist.

(2) Dem Ersuchen um Auslieferung zum Zwecke des Vollzuges einer Strafe ist eine Ausfertigung des rechtskräftigen Urteils beizufügen.

(3) Das Ersuchen um Auslieferung und die Anlagen zum Auslieferungsersuchen sind in die Sprache des ersuchten Vertragsstaates oder in die französische Sprache zu übersetzen.

Artikel 34

Ergänzung des Auslieferungsersuchens

Enthält das Auslieferungsersuchen nicht die erforderlichen Angaben, so kann der ersuchte Vertragsstaat seine Vervollständigung verlangen sowie eine Frist bestimmen, in der die ergänzenden Angaben zu übermitteln sind. Auf Ersuchen kann diese Frist verlängert werden.

Artikel 35

Auslieferungshaft

(1) Der ersuchte Vertragsstaat trifft nach Eingang des Auslieferungsersuchens unverzüglich Maßnahmen zur Ermittlung der Person, um deren Auslieferung ersucht wird, und veranlaßt deren Inhaftierung, insbesondere wenn zu befürchten ist, daß sie sich dem Auslieferungsverfahren oder dem Vollzug der Auslieferung entziehen werde.

(2) Der ersuchte Vertragsstaat stellt das Auslieferungsverfahren ein und setzt die inhaftierte Person auf freien Fuß, wenn innerhalb der gemäß Artikel 34 dieses Vertrages zu bestimmenden Frist die geforderten zusätzlichen Angaben nicht übermittelt werden.

Artikel 36

Ersuchen mehrerer Staaten

Ersuchen mehrere Staaten um Auslieferung einer Person wegen derselben oder wegen verschiedener Straftaten, entscheidet der ersuchte Vertragsstaat unter Berücksichtigung der Staatsbürgerschaft der Person, um deren Auslieferung ersucht wird, sowie des Ortes und der Schwere der strafbaren Handlung und der zeitlichen Reihenfolge des Eingangs der Ersuchen, welchem Ersuchen stattgegeben werden soll.

Artikel 37

Aufgeschobene oder zeitweilige Auslieferung

(1) Wird vom ersuchten Vertragsstaat gegen eine Person, um deren Auslieferung ersucht wird, eine Strafverfolgung durchgeführt, oder ist diese wegen einer anderen strafbaren Handlung auf dem Territorium des ersuchten Vertragsstaates verurteilt worden, so kann die Auslieferung bis zum Ab-

schluß des Strafverfahrens oder des Vollzuges der Strafe aufgeschoben werden.

(2) Würde der Aufschub der Auslieferung zur Verjährung der Strafverfolgung oder zur Erschwerung der Durchführung des Strafverfahrens gegen die Person, um deren Auslieferung ersucht wird, führen, so kann einem begründeten Ersuchen des Vertragsstaates auf zeitweilige Auslieferung stattgegeben werden. Der ersuchende Vertragsstaat ist verpflichtet, die ausgelieferte Person spätestens nach drei Monaten, gerechnet vom Tage der Übergabe an, zurückzuführen. In begründeten Fällen kann die Frist verlängert werden.

Artikel 38

Beschränkung der Strafverfolgung

(1) Die ausgelieferte Person darf wegen einer anderen vor der Auslieferung begangenen strafbaren Handlung, die nicht von der Zustimmung zur Auslieferung erfaßt wird, ohne Einwilligung des ersuchten Vertragsstaates auf dem Territorium des ersuchenden Vertragsstaates weder strafrechtlich verfolgt, dem Vollzug der Strafe zugeführt, noch einem dritten Staat zur Strafverfolgung bzw. zum Vollzug der Strafe ausgeliefert werden.

(2) Die Zustimmung des ersuchten Vertragsstaates ist nicht erforderlich,

1. wenn eine ausgelieferte Person, die nicht Staatsbürger des ersuchenden Vertragsstaates ist, innerhalb von einem Monat, gerechnet vom Tage der Beendigung des Strafverfahrens oder des Vollzuges der Strafe, das Territorium des ersuchenden Vertragsstaates nicht verlassen hat. In diese Frist ist die Zeit nicht einbegriffen, in welcher die ausgelieferte Person gegen ihren Willen das Territorium dieses Vertragsstaates nicht verlassen konnte;
2. wenn die ausgelieferte Person das Territorium des ersuchenden Vertragsstaates verlassen hat, jedoch freiwillig auf dessen Territorium zurückgekehrt ist.

Artikel 39

Übergabe der auszuliefernden Person

(1) Der ersuchte Vertragsstaat, welcher der Auslieferung zustimmt, unterrichtet den anderen Vertragsstaat über Ort und Zeit der Auslieferung der Person.

(2) Die auszuliefernde Person wird auf freien Fuß gesetzt, wenn der ersuchende Vertragsstaat innerhalb einer Frist von 15 Tagen, gerechnet von dem Tage an, der als Tag der Übergabe festgesetzt wurde, diese Person nicht übernimmt.

Artikel 40

Wiederholte Auslieferung

Entzieht sich der Ausgelieferte der Strafverfolgung oder dem Vollzug der Strafe und begibt sich wieder in das Gebiet des ersuchten Vertragsstaates, so ist er auf Ersuchen zu verhaften, ohne daß es der erneuten Übermittlung der im Artikel 33 dieses Vertrages genannten Unterlagen bedarf.

Artikel 41

Herausgabe von Gegenständen

(1) Der um Auslieferung ersuchte Vertragsstaat übergibt auf Ersuchen:

1. die Gegenstände, die von der auszuliefernden Person durch die strafbare Handlung erlangt worden sind;

2. die Gegenstände, die von der auszuliefernden Person bei der Begehung der Straftat benutzt wurden;

3. die Gegenstände und Urkunden, die als Beweis für die Straftat dienen können.

(2) Die Übergabe der in Absatz 1 genannten Gegenstände und Urkunden erfolgt auch dann, wenn es wegen Tod oder Flucht der auszuliefernden Person nicht zur Auslieferung kommt.

(3) Werden die Gegenstände oder Urkunden, um deren Herausgabe ersucht wird, von einem Gericht oder einer Staatsanwaltschaft des ersuchten Vertragsstaates in einem Strafverfahren als Beweismittel benötigt, so kann die Übergabe bis zur Beendigung dieses Verfahrens ausgesetzt werden.

Artikel 42

Information über den Ausgang des Strafverfahrens

Der um Auslieferung ersuchende Vertragsstaat informiert den ersuchten Vertragsstaat über den Ausgang des Strafverfahrens gegen die ausgelieferte Person.

Artikel 43

Durchleitung

(1) Die Vertragsstaaten gestatten einander auf Ersuchen die Durchleitung solcher Personen durch ihr Territorium, die einem der Vertragsstaaten von einem Drittstaat ausgeliefert werden, sofern es sich dabei nicht um Staatsbürger des um Durchleitung ersuchten Vertragsstaates handelt.

(2) Der um Durchleitung ersuchte Vertragsstaat hat die betreffende Person für die Dauer der Durchleitung in Haft zu halten.

(3) Von dem um Durchleitung ersuchten Vertragsstaat werden gegen eine durch sein Territorium durchzuleitende Person wegen früherer strafbarer Handlungen keine Maßnahmen der Strafverfolgung oder des Vollzuges von Strafen angeordnet.

(4) Ein Ersuchen um Durchleitung ist wie ein Auslieferungsersuchen zu stellen und zu behandeln.

Der ersuchte Vertragsstaat gestattet die Durchleitung auf die ihm am zweckmäßigsten erscheinende Weise.

Artikel 44

Auslieferungs- und Durchleitungskosten

(1) Die Auslieferungs- und Durchleitungskosten trägt der Vertragsstaat, auf dessen Territorium sie entstanden sind.

(2) Erfolgt die Auslieferung mit einem Luftfahrzeug, so hat der ersuchende Vertragsstaat die Flugkosten und die Kosten für die Durchleitung durch einen Drittstaat zu tragen.

Teil V

Urkunden

Artikel 45

Befreiung von der Legalisation

(1) Urkunden, die von einem Gericht oder einem anderen Organ oder einer nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates dazu befugten Person im Rahmen ihrer Zuständigkeit aufgenommen oder ausgestellt oder in der vorgeschriebenen Form ausgefertigt worden sind, bedürfen zur Verwendung vor den Gerichten oder vor anderen Organen

des anderen Vertragsstaates keiner diplomatischen oder konsularischen Legalisation, wenn sie mit Unterschrift und amtlichem Siegel versehen sind.

(2) Absatz 1 gilt auch für die Beglaubigung von Unterschriften und Abschriften von Urkunden.

Artikel 46

Austausch von Personenstandsunterlagen

(1) Die Vertragsstaaten übersenden einander gebühren- und kostenfrei Urkunden, die sich auf den Personenstand von Staatsbürgern des anderen Vertragsstaates beziehen, sofern diese Personenstandsfälle nach dem Tage des Inkrafttretens dieses Vertrages beurkundet worden sind.

(2) Urkunden nach Absatz 1 werden umgehend der diplomatischen oder konsularischen Vertretung des anderen Vertragsstaates übermittelt.

Artikel 47

Übersendung von Personenstandsunterlagen

(1) Die Vertragsstaaten übersenden einander auf Ersuchen der zuständigen Organe gebühren- und kostenfrei Personenstandsunterlagen und beglaubigte Abschriften von rechtskräftigen gerichtlichen Entscheidungen, die den Personenstand der Staatsbürger des anderen Vertragsstaates betreffen, für den amtlichen Gebrauch. In dem Ersuchen ist der Verwendungszweck zu begründen.

(2) Bei der Anwendung des Absatzes 1 ist der diplomatische Weg einzuhalten. Handelt es sich um die Übersendung von Abschriften von rechtskräftigen gerichtlichen Entscheidungen, verkehren die Ministerien der Justiz der Vertragsstaaten miteinander.

Artikel 48

Ablehnung der Übersendung von Personenstandsunterlagen

(1) Die Übersendung einer Personenstandsunterkunde kann aus den in Artikel 13 genannten Gründen versagt werden.

(2) Die Ablehnung der Übersendung von Personenstandsunterlagen wird dem ersuchenden Vertragsstaat unter Angabe der Gründe mitgeteilt.

Teil VI

Information über Fragen der Rechtspflege

Artikel 49

Das Ministerium der Justiz der Deutschen Demokratischen Republik und das Staatskommissariat für Justiz der Republik Guinea-Bissau erteilen einander auf Ersuchen Auskunft über

das Zivil-, Familien-, Arbeits-, Straf- und Gerichtsverfahrensrecht sowie über die Rechtspraxis der Gerichte ihrer Staaten. Sie informieren sich wechselseitig über wichtige Gesetzgebungsakte auf dem Gebiet der Rechtspflege und tauschen ihre Erfahrungen bei der Vorbereitung von Gesetzen sowie bei der Bekämpfung und Verhütung von Straftaten aus.

Neben Gesetzestexten werden auch entsprechende Kommentare und andere rechtswissenschaftliche Literatur ausgetauscht.

Teil VII

Schlußbestimmungen

Artikel 50

Die in den Vertragsstaaten geltenden Rechtsvorschriften über Ein- und Ausfuhr von Gegenständen sowie über den Devisenverkehr und den zwischenstaatlichen Zahlungs- und Verrechnungsverkehr werden durch diesen Vertrag nicht berührt.

Artikel 51

Die zuständigen Ministerien und die Generalstaatsanwälte der Vertragsstaaten können auf der Grundlage und zur Durchführung dieses Vertrages Vereinbarungen treffen.

Artikel 52

Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation. Der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt in Bissau.

Artikel 53

(1) Dieser Vertrag tritt am dreißigsten Tage nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(2) Jeder Vertragsstaat kann diesen Vertrag schriftlich kündigen. Die Kündigung wird sechs Monate nach ihrer Übermittlung an den anderen Vertragsstaat wirksam.

Ausgefertigt in Berlin, am 17. November 1976, in zwei Originalen, jedes in deutscher und portugiesischer Sprache, wobei beide Texte die gleiche Gültigkeit besitzen.

Zum Beweis dessen haben die Bevollmächtigten der Vertragsstaaten diesen Vertrag unterzeichnet und gesiegelt.

Für die
Deutsche Demokratische
Republik

Hans-Joachim Heusinger

Für die
Republik Guinea-Bissau

Dr. Fidélis Cabral d'Almada

TRATADO
sobre a assistência judiciária em matérias
do direito civil, familiar, penal e do direito
de trabalho entre a República Democrática Alemã
e a República da Guiné-Bissau

O Conselho de Estado da República Democrática Alemã e o Presidente do Conselho de Estado da República da Guiné-Bissau,

no desejo de aprofundar a cooperação amistosa entre os dois Estados com base nos princípios estabelecidos na Carta das Nações Unidas,

guiando-se pelo desejo de regulamentar as relações entre os dois Estados no domínio da assistência judiciária em matérias do direito civil, familiar, penal e do direito de trabalho,

convieram em firmar o presente Tratado.

Para este efeito designaram como seus plenipotenciários:

O Conselho de Estado da República Democrática Alemã:

Hans-Joachim Heusinger,
Vice-Presidente do Conselho de Ministros e
Ministro da Justiça,

O Presidente do Conselho de Estado da República da Guiné-Bissau:

Dr. Fidélis Cabral d'Almada,
Comissário de Estado da Justiça.

Capítulo I

Acesso aos tribunais

Artigo 1º

(1) Os cidadãos de um dos Estados signatários têm, no território do outro Estado signatário, livre acesso à jurisdição, podendo comparecer ante tribunal, em matérias, de direito civil de família, penal e de direito do trabalho nas mesmas condições que os cidadãos deste Estado signatário e estão isentos da obrigação de pagarem antecipadamente as custas do processo. Não lhes poderá ser imposta nenhuma caução judicatum judi solvi, desde que tenham o seu domicílio ou residência temporária no território de um dos Estados signatários.

(2) São cidadãos de um dos Estados signatários pessoas que possuem a sua cidadania segundo as disposições legais do Estado respectivo.

(3) O número 1 aplicar-se-á, também, a pessoas jurídicas constituídas segundo as disposições legais de um dos Estados signatários e que tenham a sua sede no território do mesmo.

Capítulo II

Assistência judiciária em matérias de direito civil, de família e de direito de trabalho

Artigo 2º

Obrigação da assistência judiciária

(1) Os Estados signatários obrigam-se a conceder reciprocamente assistência judiciária em matérias de direito civil, de família e de trabalho, segundo as disposições deste Tratado, se tal assistência for solicitada pelos seus tribunais.

(2) Os tribunais mencionados no número 1 concederão assistência judiciária também a outros órgãos dos Estados signatários competentes para assuntos do direito civil, de família e de trabalho.

Artigo 3º

Objecto da assistência judiciária

A assistência judiciária compreenderá a execução de actos de processo assim como a notificação de citações e de outros documentos.

Artigo 4º

Forma de comunicação

(1) Os tribunais dos Estados signatários manterão relações por intermédio do Ministério de Justiça da República Democrática Alemã e do Comissariado de Estado da Justiça da República da Guiné-Bissau, salvo se outras disposições houverem sido estabelecidas neste Tratado.

(2) Na remessa e devolução das cartas rogatórias utilizar-se-á a via aérea.

Artigo 5º

Língua oficial e tradução

As cartas rogatórias, os pedidos de notificação de citações e de outros documentos, assim como os anexos serão redigidos na língua do Estado signatário solicitante e acompanhados de tradução na língua do Estado signatário solicitado ou em língua francesa.

Artigo 6º

Requisitos das Cartas Rogatórias

(1) As cartas rogatórias deverão conter os seguintes elementos:

- a) O tribunal que formula o pedido e o tribunal ao qual está dirigido;
- b) o objecto a que se refere;
- c) os nomes das pessoas implicadas, a sua cidadania, a sua profissão, o seu domicílio ou residência temporária assim como a sua qualidade no processo;
- d) nomes e endereços dos representantes legais;
- e) o facto que deverá ser objecto de prova ou o acto que deverá ser realizado e a exposição dos factos; no caso de pedidos de notificação de citações e outros documentos sobretudo o endereço e a cidadania do destinatário assim como os documentos a notificar.

(2) A carta rogatória e os documentos anexos deverão vir assinados e autenticados com o selo do tribunal, não sendo necessária a legalização consular.

(3) A notificação dos pedidos será acompanhada de um ofício do organismo competente nos termos do artigo 4º.

Execução da carta rogatória

Artigo 7º

(1) A execução das cartas rogatórias será feita segundo as leis do Estado signatário em cujo território se encontrar o tribunal solicitado.

(2) A pedido do tribunal solicitante poderão ser aplicadas modalidades diversas das estabelecidas para a realização do processo, desde que não estejam em contradição com as disposições legais ou princípios básicos da legislação ou não violem a soberania, a segurança ou a ordem interna do Estado signatário solicitado.

(3) O tribunal solicitado comunicará ao tribunal solicitante, a pedido deste e com a possível brevidade, a data e o lugar da execução da carta rogatória. Essa comunicação poderá ser feita directamente através do correio.

Artigo 8º

(1) Se o tribunal solicitado não for competente para a execução da carta rogatória, encaminhará a mesma para o tribunal competente ou para o organismo competente segundo o artigo 2, número 2, comunicando o facto ao tribunal solicitante.

(2) Se a pessoa indicada na carta rogatória não for localizável sob o endereço referido, o tribunal solicitado tomará as medidas necessárias para a sua localização.

(3) Se ao tribunal solicitado não for possível dar execução à carta rogatória, informará o tribunal solicitante pela via estabelecida no artigo 4, comunicando os motivos que houverem impedido a execução da carta.

Artigo 9º

A notificação de citações e outros documentos será comprovada mediante certidão na qual constará a data da citação ou notificação, a assinatura do citando ou notificando e do funcionário que efectuar a diligência, assim como o selo do tribunal, ou mediante confirmação do tribunal solicitado, da qual se depreenderá a forma e a data da citação ou notificação.

Artigo 10º

Citação ou notificação de cidadãos do Estado notificante

Os Estados signatários poderão notificar citações e outros documentos aos seus próprios cidadãos que se encontrarem no território do outro Estado signatário, através da sua representação diplomática ou consular.

Artigo 11º

Testemunhas e Peritos

(1) Uma testemunha ou um perito, qualquer que seja a sua cidadania, que comparecer, em seguimento a citação que lhe houver sido notificada pelo tribunal do Estado signatário solicitado, perante os tribunais do Estado signatário solicitante, em matérias do direito civil, familiar, penal ou de trabalho, não deverá ser submetido a procedimento criminal nem ser preso por causa de um acto punível cometido antes de passar a fronteira do Estado signatário solicitante. Além disso, não deverá ser submetido a pena por causa de uma sentença pronunciada anteriormente.

(2) Uma testemunha ou um perito perderá a protecção prevista no número 1, se não tiver saído do território do Estado signatário solicitante dentro de 5 dias, a contar do dia em que lhe tiver sido comunicado que a sua presença não é mais necessária, apesar de ter tido a possibilidade disso.

(3) O Estado solicitante obriga-se a reembolsar a testemunhas e peritos as despesas de viagem e de estada assim como o correspondente ao seu salário e a conceder a peritos um honorário pelo parecer. Na citação será mencionada a espécie de remuneração a que a testemunha ou o perito fará jus. A pedido da testemunha ou do perito ser-lhe-á concedido um adiantamento pelo Estado signatário solicitado para cobrir as respectivas despesas, o adiantamento será mencionado na citação e reembolsado pelo Estado signatário solicitante.

(4) A comparência da testemunha no tribunal não é obrigatória. A citação não deverá conter cláusulas cominatórias para o caso de não comparecimento.

(5) Se uma pessoa estiver presa no território do Estado signatário solicitado e for citada por um tribunal do outro Estado signatário para comparecer ante tribunal na qualidade de testemunha ou perito, e se com esta finalidade dever ser transferida temporariamente, gozará da protecção assegurada nos números 1 e 2. O Estado signatário solicitante se compromete a manter essa pessoa presa durante a sua estadia no território deste Estado, assim como a reconduzi-la quanto antes, depois de ser ouvida.

(6) O pedido de transferência de uma pessoa detida ou presa nos termos do número 5 poderá ser recusado:

- se o detido ou preso for cidadão do Estado signatário solicitado;
- se a sua presença for necessária por causa de um processo em curso no território do Estado signatário solicitado;
- se a transferência for susceptível de prolongar a detenção ou prisão;
- se outros motivos graves se opuserem à transferência.

Artigo 12º

Despesas da assistência judiciária

(1) As despesas efectuadas com a execução dos pedidos correrão por conta do Estado signatário solicitado, excepto:

- as despesas mencionadas no artigo 11, número 3;
- os honorários para pareceres escritos de peritos.

(2) O tribunal solicitado comunicará ao tribunal solicitante, a espécie e o montante dos gastos efectuados, se este o exigir.

Artigo 13º

Recusa de assistência judiciária

(1) A assistência judiciária será recusada se a execução do pedido puder violar a soberania, a segurança ou os princípios fundamentais da ordem interna e da legislação do Estado signatário solicitado.

(2) A recusa da assistência judiciária será comunicada ao Estado signatário solicitante, com a indicação do motivo.

Capítulo III

Reconhecimento e execução de decisões judiciais em matérias do direito civil, de família e de trabalho

Artigo 14º

Decisões que deverão ser reconhecidas e executadas

(1) As decisões proferidas por tribunais de um dos Estados signatários, transitadas em julgado, sobre reivindicações de bens em matérias de direito civil, de família e de trabalho, serão reconhecidas e executadas no território do outro, nas condições estabelecidas por este Tratado, se tiverem sido proferidas depois de este Tratado entrar em vigor.

(2) Valerão como decisões, nos termos do número 1, também documentos que contenham uma obrigação de pagamento de pensão alimentar e que tenham sido lavrados ou devidamente autenticados pelos organismos competentes de um dos Estados signatários.

Artigo 15º

Condições necessárias para o reconhecimento e a execução

As decisões dos tribunais de um dos Estados signatários referidas no artigo 14, serão reconhecidas e executadas no

território do outro Estado signatário, desde que se verifiquem as condições seguintes:

- a) Terem sido transitadas em julgado segundo as leis do Estado em que forem proferidas;
- b) Terem sido proferidas por tribunal competente, nos termos do artigo 16º;
- c) Ter a parte que perder o processo sido devidamente citada ou notificada segundo as leis do Estado em que as decisões forem proferidas e ter sido possível a sua representação;
- d) Não existir a excepção de litispendência com o fundamento em causa e entre as mesmas partes litigantes, afecta a tribunal do Estado signatário onde se pretenda fazer valer a decisão, ou de caso julgado;
- e) Não serem contrárias aos princípios fundamentais da ordem interna e da legislação do Estado que deverá confirmar as decisões.

Artigo 16º

Competência

(1) Serão considerados competentes, nos termos do artigo 15, os tribunais que, de acordo com a legislação interna do seu Estado, forem competentes para a organização do processo na respectiva matéria, no momento em que foi apresentada a queixa.

(2) Os tribunais do Estado onde for proferida uma decisão não serão considerados competentes, se, segundo a legislação do outro Estado signatário a execução de processos sobre as seguintes matérias for da exclusiva competência dos seus tribunais:

- a) reivindicações resultantes de direitos em terreno ou edifício situado no território do Estado que deverá reconhecer a decisão, ou
- b) litígios de direito hereditário, desde que o testador, no momento de falecer, tenha tido seu último domicílio no território do Estado que deverá reconhecer a decisão.

Artigo 17º

Pedido de execução

(1) O pedido de execução de uma decisão poderá ser apresentado directamente ao tribunal de primeira instância do Estado em que tiver sido proferida a decisão ou ao tribunal competente do Estado em que deverá ser executada a decisão. A remessa do pedido ao tribunal competente do Estado da execução será feita pela via estabelecida no artigo 4º.

(2) O pedido deverá vir acompanhado de:

- a) certidão da sentença com a menção de ter transitado em julgado;
- b) certidão comprovativa de que a parte litigante vencida foi devidamente citada e podia ser representada, nos termos das leis do Estado em que foi efectuado o julgamento;
- c) tradução autenticada dos documentos referidos nos números 1 e 2 na língua do Estado de execução ou em língua francesa.

Artigo 18º

Processo de execução

(1) O tribunal do Estado da execução que decidir do pedido limitar-se-á a verificar se foram cumpridas as condições fixadas nos artigos 15 e 17. No caso afirmativo, o tribunal promoverá a execução.

(3) O processo de execução organizar-se-á de acordo com as leis do Estado da execução.

Artigo 19º

Execução de decisões relativas a custas de processo

(1) Se uma parte litigante isenta da obrigação da caução judicatum solvi, nos termos do artigo 1, for obrigada a

restituir as custas de processo por decisão judicial transitada em julgado, tomada por um dos Estados signatários, esta decisão será executada, a pedido do beneficiário, no território do outro Estado signatário, com isenção de taxas.

(2) Ao pedido de execução e aos documentos anexos, é aplicável o artigo 17º.

(3) O tribunal que decidir sobre a execução da decisão, nos termos do número 1, limitar-se-á a verificar se a decisão relativa a custas transitou em julgado a se é exequível.

Capítulo IV

Assistência judiciária em matéria penal e extradição

I. Assistência judiciária

Artigo 20º

Obrigações da assistência judiciária

(1) Os Estados signatários obrigam-se a conceder reciprocamente assistência judiciária em matérias de direito penal, segundo as disposições deste Tratado, se tal assistência for solicitada pelos tribunais ou procuradorias.

(2) A assistência judiciária em matéria de direito penal, são aplicáveis analogamente os artigos 5 a 12.

Artigo 21º

Objecto da assistência judiciária

(1) A assistência judiciária compreenderá a execução de actos de investigação e de processo, incluindo a obtenção e remessa de provas, especialmente mediante a audição de delinquentes, testemunhas e peritos, assim como a remessa de autos.

(2) A assistência judiciária existirá também em casos de identificação, busca e captura de pessoas, bem como de busca e apreensão de coisas.

Artigo 22º

Forma de comunicação

No âmbito da assistência judiciária, os contactos entre os tribunais e as procuradorias serão efectuados por parte da República Democrática Alemã através do Ministério da Justiça ou através do Procurador-Geral, e por parte da República da Guiné-Bissau através do Commissariado de Estado da Justiça.

Artigo 23º

Comunicação de extractos do registo criminal

A pedido de um dos Estados signatários, o outro Estado signatário comunicará, pela via fixada no artigo 22, extractos do registo criminal relacionados com processos penais pendentes.

Artigo 24º

Informação sobre sentenças de condenação

Os Estados signatários comprometem-se a informar, um ao outro, pela via estabelecida no artigo 22, sobre sentenças de condenação transitadas em julgado, proferidas pelos seus tribunais contra cidadãos do outro Estado signatário.

Artigo 25º

Recusa de assistência judiciária

(1) A assistência judiciária poderá ser recusada:

- a) quando a execução do pedido for susceptível de violar a soberania, a segurança ou os princípios fundamentais da ordem interna ou da legislação do Estado signatário solicitado;
- b) quando o acto, em que o pedido se basear, não for punível pela lei do Estado signatário solicitado.

(2) O número 1, alínea b, não se aplicará no caso de actos a cuja punição os Estados signatários estão obrigados por força de convénios internacionais.

(3) A assistência judiciária poderá ser ainda recusada, se o réu for cidadão do Estado signatário solicitado.

(4) A recusa da assistência judiciária será comunicada ao Estado signatário solicitante, com indicação do motivo.

2. Pedido de procedimento criminal

Artigo 26º

(1) Os Estados signatários comprometem-se a instaurar, a pedido do outro Estado signatário, procedimento criminal, segundo a sua legislação interna, contra os seus próprios cidadãos, se estes tiverem cometido um delito no território do Estado signatário solicitante.

(2) Aplicar-se-á igualmente o número 1 se o acto punível só constituir, segundo a legislação do Estado signatário solicitado, uma contravenção.

Artigo 27º

(1) O pedido de instauração de procedimento criminal deverá vir acompanhado de:

- a) dados sobre a pessoa e sua cidadania;
- b) uma exposição dos factos;
- c) todas as provas disponíveis sobre o delito;
- d) uma cópia das disposições legais aplicáveis ao delito, segundo a legislação em vigor no lugar do delito;
- e) em casos de infracção ao regulamento do trânsito, além do exigido nas alíneas anteriores, uma cópia das regras de trânsito vigentes no lugar da infracção.

(2) Os pedidos de instauração de procedimento criminal e os documentos anexos deverão ser redigidos na língua do Estado signatário solicitante e vir acompanhados de uma tradução na língua do Estado signatário solicitado ou em língua francesa.

(3) O Estado signatário solicitado compromete-se a informar o Estado signatário solicitante sobre o resultado do processo.

(4) A remessa dos pedidos é aplicável o artigo 22.

3. Extradição

Artigo 28º

Obrigações da extradição

Os Estados signatários comprometem-se, em conformidade com as determinações deste Tratado, a extraditar pessoas que se encontrem no território de um deles e contra as quais deverá ser instaurado procedimento criminal ou que estiverem condenadas em processo penal pelos tribunais do Estado signatário solicitante, se tal extradição for solicitada.

Artigo 29º

Actos puníveis susceptíveis de extradição

(1) A extradição, para fins de procedimento criminal, terá lugar por infracções puníveis pelas leis de ambos os Estados signatários e pelas infracções mencionadas no artigo 25, número 2, desde que sejam puníveis com pena privativa de liberdade de, pelo menos, um ano.

(2) A extradição de pessoa condenada por sentença transitada em julgado a pena privativa de liberdade pelos actos referidos no número 1, terá lugar, desde que esta pena for de pelo menos 6 meses.

(3) A extradição também poderá ser concedida, se o pedido se referir a vários actos puníveis distintos susceptíveis de pena privativa de liberdade, segundo a legislação dos Estados signatários, ainda que cada um dos actos puníveis não reúna, por si só, as condições relativas ao limite da pena de extradição.

Artigo 30º

Recusa de extradição

(1) A extradição não se efectuará:

- a) se o extraditando for cidadão do Estado signatário solicitado;
- b) se segundo a legislação do Estado signatário solicitado não puder ser instaurado procedimento criminal ou se a sentença não puder ser executada devido a prescrição ou a outro motivo jurídico;
- c) se contra o extraditando já tiver sido proferida sentença transitada em julgado, pelo mesmo crime, por tribunal do Estado signatário solicitado ou se o processo penal tiver sido definitivamente arquivado;
- d) se a extradição não for admissível segundo a legislação do Estado signatário solicitado.

(2) As alíneas b) e c) do número 1 não terão aplicação se a extradição for solicitada em virtude de acto a cuja punição os Estados signatários estão obrigados por força de convénios internacionais.

(3) A extradição poderá ser recusada se o acto punível devido ao qual a extradição for solicitada, tiver sido cometido no território do Estado signatário solicitado.

(4) A recusa da extradição será comunicada ao Estado signatário solicitante, com indicação do motivo.

Artigo 31º

Extradição condicional

Se com a finalidade de cumprimento de pena for solicitada a extradição de uma pessoa julgada à revelia por tribunal do Estado signatário solicitante, a extradição poderá ficar sujeita à condição de que seja realizado novo processo com a presença do extraditando.

Artigo 32º

Forma de comunicação

Para efeitos de extradição, as relações serão mantidas, por parte da República Democrática Alemã pelo Ministro da Justiça ou pelo Procurador-Geral e por parte da República da Guiné-Bissau pelo Comissário de Estado da Justiça, de acordo com as suas atribuições. A transmissão dos pedidos será feita por via diplomática.

Artigo 33º

Pedido de extradição

(1) O pedido de extradição com o fim de instauração de procedimento criminal deverá vir acompanhado de:

- a) dados sobre a pessoa e sua cidadania;
- b) mandado de captura;
- c) uma exposição do acto punível praticado;
- d) a descrição das provas que motivarem fortemente a suspeição;
- e) o texto da lei penal aplicável;
- f) o montante do dano, se o acto punível tiver causado dano material.

(2) O pedido de extradição com o fim de execução de pena deverá vir acompanhado da sentença transitada em julgado.

(3) O pedido de extradição e os documentos anexos deverão ser traduzidos na língua do Estado signatário solicitado ou em língua francesa.

Artigo 34º

Informação complementar ao pedido de extradição

Se no pedido de extradição não constarem todos os elementos necessários, o Estado signatário solicitado poderá pedir informações complementares assim como fixar um prazo para a sua remessa. Este prazo poderá ser prorrogado a pedido do outro Estado signatário.

Artigo 35º

Prisão com finalidade de extradição

(1) O Estado signatário solicitado, depois de receber o pedido de extradição, tomará, imediatamente, medidas para localizar o extraditando, procedendo à sua detenção, especialmente se houver justo receio que essa pessoa se subtraia ao processo de extradição ou à execução da extradição.

(2) O Estado signatário solicitado arquivará o processo de extradição e porá em liberdade o detido, se dentro do prazo a ser fixado em conformidade com o artigo 34 do presente Tratado, não forem enviadas as informações complementares pedidas.

Artigo 36º

Pedido de extradição por parte de vários Estados

Se vários Estados pedirem a extradição de uma pessoa pelos mesmos actos puníveis ou por actos puníveis diferentes, o Estado signatário solicitado decidirá a qual dos pedidos acederá, levando em consideração a cidadania do extraditando, assim como o lugar e a gravidade do acto punível e a ordem cronológica do recebimento dos pedidos.

Artigo 37º

Extradição adiada ou provisória

(1) Se o Estado signatário solicitado instaurar procedimento criminal contra o extraditando ou se este tiver sido julgado no território do Estado signatário solicitado por acto punível diferente, a extradição poderá ser adiada até ao termo do processo penal ou do cumprimento da pena.

(2) Se o adiamento da extradição puder levar à prescrição do procedimento criminal ou dificultar a instrução do processo penal contra o extraditando, poderá aceder-se a um pedido fundamentado de extradição provisória formulado pelo Estado signatário solicitante. O Estado signatário solicitante compromete-se a remeter o extraditado, no prazo máximo de três meses, a contar do dia da entrega. Em casos fundamentados, o prazo poderá ser prorrogado.

Artigo 38º

Limitação do procedimento criminal

(1) Sem o acordo do Estado signatário solicitado, o extraditado não deverá ser submetido a procedimento criminal nem ao cumprimento de pena no território do Estado signatário solicitante, nem entregue a um terceiro Estado com o fim de ser submetido a procedimento criminal ou ao cumprimento de pena, por qualquer outro acto punível que tiver praticado antes da extradição e ao qual não se estenda a concessão da extradição do Estado signatário solicitado.

(2) O acordo do Estado signatário solicitado não é necessário:

a) se o extraditado, não sendo cidadão do Estado signatário solicitante, não tiver abandonado o território do Estado signatário solicitante dentro de um mês, a contar do termo do processo penal ou do cumprimento da pena. Neste prazo não está incluído o tempo em que o extraditado tenha estado impedido de deixar o território deste Estado signatário;

b) Se o extraditado, havendo deixado o território do Estado signatário solicitante, tiver regressado voluntariamente ao território do mesmo.

Artigo 39º

Entrega do extraditando

(1) O Estado signatário solicitado que conceder a extradição, comunicará ao outro Estado signatário o lugar e a data da entrega do extraditando.

(2) O extraditando será restituído à liberdade se não for recebido pelo Estado signatário solicitante no prazo de 15 dias, a contar da data fixada para a entrega.

Artigo 40º

Reextradição

Se o extraditado se subtrair ao procedimento criminal ou ao cumprimento da pena, regressando ao território do Estado signatário solicitado, deverá ser preso a pedido do Estado signatário solicitante, sem que seja necessário remeter novamente os documentos mencionados no artigo 33 do presente Tratado.

Artigo 41º

Remessa de objectos

(1) O Estado signatário ao qual for solicitada a extradição, remeterá a pedido:

- a) os objectos obtidos pelo extraditando com a prática do acto punível;
- b) os objectos utilizados pelo extraditando para a prática do acto punível;
- c) os objectos e documentos que possam servir de prova da infracção.

(2) A entrega dos objectos e documentos referidos no número 1. será feita mesmo que a extradição não venha a ter lugar por morte ou evasão do extraditando.

(3) Se os objectos ou documentos cuja entrega for solicitada, forem necessários a um tribunal ou procuradoria do Estado signatário solicitado como provas num processo penal, poderão ser retidos até ao termo deste processo.

Artigo 42º

Informação sobre o resultado do processo penal

O Estado signatário que solicitar a extradição, informará o Estado signatário solicitado sobre a decisão final do processo penal instaurado contra o extraditado.

Artigo 43º

Trânsito

(1) Os Estados signatários permitirão, a pedido, a passagem através do seu território de pessoas que forem extraditadas de um terceiro Estado para um dos Estados signatários, desde que não se trate de cidadãos do Estado signatário ao qual for solicitada a passagem.

(2) O Estado signatário ao qual for solicitada a passagem, deverá manter a pessoa detida durante a passagem.

(3) O Estado signatário ao qual for solicitada a passagem, não ordenará contra pessoa em trânsito através do seu território instauração de procedimento criminal ou execução de pena por actos puníveis praticados anteriormente.

(4) O pedido de trânsito de pessoa extraditada deverá ser formulado e tratado da mesma maneira que um pedido de extradição. O Estado signatário solicitado determinará a forma de passagem através do seu território.

Artigo 44º

Despesas de extradição e extradição em trânsito

(1) As despesas de extradição e de trânsito de pessoa extraditada correrão por conta do Estado signatário em cujo território se originarem.

(2) Se a extradição for efectuada por via aérea, o Estado signatário solicitante pagará os custos da passagem e de trânsito através do território de um terceiro país.

Capítulo V

Documentos

Artigo 45º

Dispensa de legalização

(1) Os documentos assentados, lavrados ou exarados, na forma exigida, por tribunal ou outro organismo ou pessoa competente dentro das suas atribuições, segundo as disposições legais de um dos Estados signatários, não necessitam, para serem utilizados perante os tribunais ou perante outros organismos do outro Estado signatário, de nenhuma legalização diplomática ou consular, se vierem devidamente autenticados com assinatura e selo branco.

(2) O número 1 é igualmente aplicável à autenticação de assinaturas e cópias de documentos.

Artigo 46º

Troca de documentos sobre estado civil

(1) Os Estados signatários remeterão, um ao outro, sem taxas e gratuitamente, documentos relativos ao estado civil de cidadãos do outro Estado signatário, desde que os actos respectivos tenham sido registados após a entrada em vigor deste Tratado.

(2) Os documentos a que se refere o número anterior, serão remetidos à representação diplomática ou consular do outro Estado signatário, o mais brevemente possível.

Artigo 47º

Remessa de documentos sobre o estado civil

(1) Os Estados signatários remeterão, um ao outro, a pedido dos organismos competentes, sem taxas e gratuitamente, documentos sobre o estado civil e cópias autenticadas de decisões judiciais transitadas em julgado, proferidas em acções do Estado ou de registo em que sejam partes cidadãos do outro Estado signatário, para uso oficial. No pedido deverá ser indicado a finalidade do uso.

(2) A remessa a que se refere o número anterior far-se-á por via diplomática. A correspondência, tratando-se de remessa de certidão de decisões judiciais transitadas em julgado, será efectuada entre o Ministério da Justiça da República Democrática Alemã e o Commissariado de Estado da Justiça da República da Guiné-Bissau.

Artigo 48º

Recusa da remessa de documentos sobre o estado civil

(1) A remessa de um documento sobre o estado civil poderá ser recusada pelos motivos mencionados no artigo 13.

(2) A recusa da remessa de documentos relativos ao estado civil será comunicada ao Estado signatário solicitante, com indicação do motivo.

Capítulo VI

Informação sobre problemas da administração da justiça

Artigo 49º

O Ministério da Justiça da República Democrática Alemã e o Commissariado de Estado da Justiça da República da Guiné-Bissau informar-se-ão reciprocamente sobre o direito civil, penal, de família e do trabalho assim como sobre o direito do processo judiciário bem como a prática judiciária dos seus Estados, se tal informação for solicitada. Informar-se-ão mutuamente sobre actos legislativos importantes no domínio da administração da justiça e trocarão as suas experiências na preparação de leis assim como na luta contra a criminalidade e na sua provenção. Além de textos de leis, permutar-se-ão também os respectivos comentários e outra literatura jurídica.

Capítulo VII

Disposições finais

Artigo 50º

A importação e exportação de objectos, a entrada e saída de divisas assim como pagamentos e compensações a que se refere o presente Tratado, regem-se pela legislação interna dos dois Estados signatários.

Artigo 51º

Com base no presente Tratado, os Ministérios competentes e as Procuradorias-Gerais dos Estados signatários poderão assinar convenções de aplicação.

Artigo 52º

Este Tratado necessita de ratificação. A troca dos documentos de ratificação far-se-á em Bissau.

Artigo 53º

(1) Este Tratado entrará em vigor trinta dias após a troca dos documentos de ratificação.

(2) Cada um dos Estados signatários poderá denunciar o Tratado. A denúncia do Tratado deve ser por escrito e produzirá efeitos seis meses após ter sido remetida ao outro Estado signatário.

Feito em Berlim, aos 17 de Novembro de 1976 em dois originais, em língua alemã e portuguesa, fazendo todos os textos igualmente fé.

Em prova disso os plenipotenciários dos Estados signatários assinaram e selaram este Tratado.

Pela República Democrática Alemã	Pela República da Guiné-Bissau
Hans-Joachim Heusinger	Dr. Fidelis Cabral d'Almada

Automatisierungsvorhaben mit hoher Effektivität

Autorenkollektiv

238 Seiten · Pappband 8,50 M

Bestellwort: Automatisierungsvor. / 770 459 0

Automatisierung der Produktion, numerisch gesteuerte Maschinen, elektronische Datenverarbeitung — diese Begriffe haben zunehmend in den täglichen Sprachgebrauch Eingang gefunden. Tausende von Arbeitskollektiven in unserer Republik setzen alle ihre Erfahrungen und Kenntnisse ein, um die Produktion intensiver und rationeller zu gestalten. Am Beispiel der Werkzeugmaschinenfabrik Seebach weisen die Autoren anschaulich und fundiert nach, daß richtiger Mittel- und Kräfteinsatz dazu führt, ein komplexes Automatisierungsvorhaben kurzfristig zu realisieren und wirksam zu machen. Die in Seebach gewonnenen Erfahrungen werden von den Autoren beispielhaft vermittelt. Die umfassende Behandlung des Themas, die übersichtliche Gliederung des Stoffes, die praxisbezogene Erläuterung der Entstehungsphasen, Arbeitsstufen und aufgetretenen Probleme und nicht zuletzt die zahlreichen, den Text ergänzenden Abbildungen und Grafiken machen das Buch zu einem Leitfaden für die Durchführung komplexer Automatisierungsvorhaben.

Erhältlich im örtlichen Buchhandel



**Staatsverlag
der Deutschen Demokratischen
Republik**

Aktuelle Fragen und Entwicklungsperspektiven der sozialistischen Demokratie

Aus dem Russischen

Hrsg.: Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR

192 Seiten · Kunstleder 10,— M

Bestellwort: Soz. Demokratie / 771 032 5

Der Band enthält die wesentlichsten Ergebnisse der Konferenz von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien sozialistischer Länder, die vom 12. bis 14. November 1974 in Sofia stattfand. Die Beiträge der Konferenzteilnehmer befassen sich u. a. mit verschiedenen Aspekten der Entwicklung der sozialistischen Demokratie und der führenden Rolle der marxistisch-leninistischen Parteien in diesem Prozeß. Sie vermitteln bewährte Erfahrungen über

- die Herausbildung sozialistischer Persönlichkeiten
- die dem Klassenwesen entsprechende Rolle der Volksvertretungen als gewählte Machtorgane
- das Zusammenwirken der staatlichen Organe mit den gesellschaftlichen Massenorganisationen
- die Einheit von politischer, ökonomischer, kultureller und sozialer Entwicklung u. ä.

Das Werk gibt einen umfassenden und vielseitigen Einblick in die schöpferische Anwendung der Lehren der Klassiker des Marxismus-Leninismus sowie in die bewährten Erfahrungen und wissenschaftlichen Erkenntnisse beim Aufbau des Sozialismus/Kommunismus in den sozialistischen Ländern, besonders in der Sowjetunion.

Erhältlich im örtlichen Buchhandel



**Staatsverlag
der Deutschen Demokratischen
Republik**

Herausgeber: Sekretariat des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 209 36 22 — Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 751 — Verlag: (610/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Großewohl-Straße 17, Telefon: 209 45 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 2,50 M, Teil II 3,— M — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr.
Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postfach 696. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 108 Berlin, Neustädtische Kirchstraße 15, Telefon: 229 22 23

Artikel-Nr. (EDV) 10 131

Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollensetdruck)

Index 31 818

231a



GESETZBLATT

109

der Deutschen Demokratischen Republik

1977	Berlin, den 27. April 1977	Teil II Nr. 8
------	----------------------------	---------------

Tag	Inhalt	Seite
16. 2. 77	Bekanntmachung über die Ratifikation der Konvention über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets vom 22. März 1974 durch die Deutsche Demokratische Republik	109

**Bekanntmachung
über die Ratifikation
der Konvention über den Schutz der Meeresumwelt
des Ostseegebiets vom 22. März 1974
durch die Deutsche Demokratische Republik
vom 16. Februar 1977**

Der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik ratifizierte am 5. November 1976 die Konvention über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets vom 22. März 1974.

Die Konvention war am 22. März 1974 für die Deutsche Demokratische Republik unterzeichnet worden.

Am 6. Januar 1977 wurde die Ratifikationsurkunde bei der Regierung Finnlands als dem Depositar der Konvention hinterlegt.

Die Konvention wird nachstehend veröffentlicht.

Der Tag, an dem die Konvention für die Deutsche Demokratische Republik in Kraft tritt, wird im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntgegeben.

Berlin, den 16. Februar 1977

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

H. Eichler

**KONVENTION
ÜBER DEN SCHUTZ DER MEERESUMWELT
DES OSTSEEGBIETS**

DIE VERTRAGSPARTEIEN DIESER KONVENTION —

IN DEM BEWUSSTSEIN, daß die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Werte der Meeresumwelt des Ostseegebiets und seiner lebenden Schätze für die Völker der Vertragsparteien unentbehrlich sind;

INGEDEDNK der außergewöhnlichen hydrographischen und ökologischen Merkmale des Ostseegebiets und der Empfindlichkeit seiner lebenden Schätze gegen Veränderungen der Umwelt;

IN ANBETRACHT der raschen Entwicklung der menschlichen Tätigkeiten im Ostseegebiet, der in seinem Einzugsgebiet lebenden zahlreichen Menschen und des hohen Verdünnungs- und Industrialisierungsgrades der Vertragsparteien sowie ihrer intensiven Land- und Forstwirtschaft;

IN TIEFER BESORGNIS über die zunehmende Verschmutzung des Ostseegebiets, die viele Ursachen hat, darunter das Einleiten von Abfällen durch Flüsse, Flußmündungen, Ausflüsse und Rohrleitungen, das Einbringen von Abfällen durch Schiffe und deren normalen Betrieb sowie die Übertragung von Schmutzstoffen durch die Luft;

INGEDEDNK der Verantwortung der Vertragsparteien, die Werte der Meeresumwelt des Ostseegebiets zum Nutzen ihrer Völker zu schützen und zu mehren;

IN DER ERKENNTNIS, daß Schutz und Pflege der Meeresumwelt des Ostseegebiets Aufgaben sind, die durch nationale Anstrengungen allein nicht wirksam erfüllt werden können, sondern daß auch eine enge regionale Zusammenarbeit und sonstige geeignete internationale Maßnahmen zur Erfüllung dieser Aufgaben dringend erforderlich sind;

IN ANBETRACHT DESSEN, daß die jüngsten einschlägigen internationalen Konventionen auch nach ihrem Inkrafttreten für die jeweiligen Vertragsparteien nicht allen besonderen Erfordernissen für den Schutz und die Pflege der Meeresumwelt des Ostseegebiets Rechnung tragen;

IN ANBETRACHT der Bedeutung, die der wissenschaftlichen und technischen Zusammenarbeit beim Schutz und bei der Pflege der Meeresumwelt des Ostseegebiets insbesondere zwischen den Vertragsparteien zukommt;

IN DEM WUNSCH, die regionale Zusammenarbeit im Ostseegebiet, deren Möglichkeiten und Erfordernisse durch die Unterzeichnung der Konvention von 1973 über die Fischerei und den Schutz der lebenden Ressourcen in der Ostsee und den Belten bekräftigt wurden, weiter zu entwickeln;

INGEDEDNK der Bedeutung regionaler zwischenstaatlicher Zusammenarbeit beim Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets als Teil der friedlichen Zusammenarbeit und des gegenseitigen Verständnisses zwischen allen europäischen Staaten —

HABEN folgendes VEREINBART:

Artikel I

Geltungsbereich der Konvention

Im Sinne dieser Konvention bezeichnet der Ausdruck „Ostseegebiet“ die eigentliche Ostsee mit dem Bottnischen Meerbusen, dem Finnischen Meerbusen und dem im Skagerrak durch den Breitengrad von Kap Skagen auf 57° 44' 8" N begrenzten Eingang zur Ostsee. Er umfaßt nicht die inneren Seegewässer* der Vertragsparteien.

* Dieser Ausdruck wird in der Bedeutung des Begriffs „internal waters“ gemäß Artikel 5 der Konvention über die Territorialgewässer und die Anschlusszone vom 29. April 1958 verwendet.

Artikel 2

Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieser Konvention haben die nachstehenden Ausdrücke folgende Bedeutung:

(1) Der Ausdruck „Verschmutzung“ bezeichnet die unmittelbare oder mittelbare Zuführung von Stoffen oder Energie durch den Menschen in die Meeresumwelt einschließlich der Flußmündungen, aus der sich abträgliche Wirkungen wie eine Gefährdung der menschlichen Gesundheit, eine Schädigung der lebenden Schätze sowie der Tier- und Pflanzenwelt des Meeres, eine Behinderung der rechtmäßigen Nutzung des Meeres einschließlich der Fischerei, eine Beeinträchtigung des Gebrauchswertes des Meerwassers und eine Verringerung der Annehmlichkeiten der Umwelt ergeben.

(2) Der Ausdruck „Verschmutzung von Land aus“ bezeichnet die Verschmutzung des Meeres vom Land aus durch Stoffe, die auf dem Wasser- oder Luftweg oder unmittelbar von der Küste aus ins Meer gelangen, und zwar einschließlich von Ausflüssen aus Rohrleitungen.

(3) a) Der Ausdruck „Einbringen“ (dumping) bezeichnet

i) jede auf See erfolgende vorsätzliche Beseitigung von Abfällen oder sonstigen Stoffen von Schiffen, Luftfahrzeugen, Plattformen oder sonstigen auf See errichteten Bauwerken aus;

ii) jede auf See erfolgende vorsätzliche Beseitigung von Schiffen, Luftfahrzeugen, Plattformen oder sonstigen auf See errichteten Bauwerken;

b) der Ausdruck „Einbringen“ umfaßt nicht

i) die auf See erfolgende Beseitigung von Abfällen oder sonstigen Stoffen, die mit dem normalen Betrieb von Schiffen, Luftfahrzeugen, Plattformen oder sonstigen auf See errichteten Bauwerken sowie mit ihrer Ausrüstung zusammenhängen oder davon herrühren, mit Ausnahme von Abfällen oder sonstigen Stoffen, die durch Schiffe, Luftfahrzeuge, Plattformen oder sonstige zur Beseitigung dieser Stoffe verwendete, auf See errichtete Bauwerke befördert oder auf sie verladen werden, sowie von Abfällen und sonstigen Stoffen, die aus der Behandlung solcher Abfälle oder sonstigen Stoffe auf solchen Schiffen, Luftfahrzeugen, Plattformen oder Bauwerken herrühren;

ii) das Absetzen von Stoffen zu einem anderen Zweck als dem der bloßen Beseitigung, sofern es nicht den Zielen dieser Konvention widerspricht.

(4) Der Ausdruck „Schiffe und Luftfahrzeuge“ bezeichnet Wasserfahrzeuge oder Fluggerät jeder Art. Er umfaßt Tragflächenboote, Luftkissenfahrzeuge, Unterwassergerät, schwimmendes Gerät mit oder ohne eigenen Antrieb sowie feste oder schwimmende Plattformen.

(5) Der Ausdruck „Öl“ bezeichnet Erdöl in jeder Form, einschließlich Rohöl, Heizöl, Ölschlamm, Ölrückstände und Raffinerieerzeugnisse.

(6) Der Ausdruck „Schadstoff“ bezeichnet jeden gefährlichen, schädlichen oder sonstigen Stoff, der bei Zuführung ins Meer Verschmutzung verursachen kann.

(7) Der Ausdruck „Ereignis“ bezeichnet einen Vorfall, bei dem ein Schadstoff oder einen solchen Stoff enthaltende Ausflüsse tatsächlich oder wahrscheinlich ins Meer gelangen.

Artikel 3

Grundsätze und Pflichten

(1) Die Vertragsparteien treffen einzeln oder gemeinsam alle geeigneten Gesetzgebungs-, Verwaltungs- oder sonstigen einschlägigen Maßnahmen, um die Verschmutzung zu verhüten und zu verringern und die Meeresumwelt des Ostseegebiets zu schützen und zu pflegen.

(2) Die Vertragsparteien sorgen nach besten Kräften dafür, daß die Durchführung dieser Konvention nicht zu einer Zunahme der Meeresverschmutzung außerhalb des Ostseegebiets führt.

Artikel 4

Anwendung

(1) Diese Konvention betrifft den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets, welches das Wasser und den Meeresgrund einschließlich ihrer lebenden Schätze sowie sonstiger Formen der Tier- und Pflanzenwelt des Meeres umfaßt.

(2) Unbeschadet der Hoheitsrechte in ihren Territorialgewässern wendet jede Vertragspartei diese Konvention innerhalb ihrer Territorialgewässer durch ihre innerstaatlichen Dienststellen an.

(3) Diese Konvention findet keine Anwendung auf innere Seegewässer, die der Hoheitsgewalt einer Vertragspartei unterstehen; jedoch verpflichten sich die Vertragsparteien, unbeschadet ihrer Hoheitsrechte sicherzustellen, daß die Ziele dieser Konvention in jenen Gewässern verwirklicht werden.

(4) Diese Konvention findet keine Anwendung auf Kriegsschiffe, Flottenhilfsschiffe, militärische Luftfahrzeuge oder sonstige einem Staat gehörende oder von ihm betriebene Schiffe und Luftfahrzeuge, die derzeit im Staatsdienst stehen und ausschließlich anderen als Handelszwecken dienen.

Jedoch stellt jede Vertragspartei durch geeignete, den Betrieb oder die Betriebsfähigkeit nicht beeinträchtigende Maßnahmen sicher, daß derartige ihr gehörende oder von ihr betriebene Schiffe und Luftfahrzeuge soweit zumutbar und durchführbar in Übereinstimmung mit dieser Konvention handeln.

Artikel 5

Gefährliche Stoffe

Die Vertragsparteien verpflichten sich, der Zuführung der in Anlage I bezeichneten gefährlichen Stoffe in das Ostseegebiet entgegenzuwirken, gleichviel ob sie auf dem Luftweg, dem Wasserweg oder anderweitig erfolgt.

Artikel 6

Grundsätze und Pflichten bezüglich der Verschmutzung vom Land aus

(1) Die Vertragsparteien treffen alle geeigneten Maßnahmen, um die vom Land ausgehende Verschmutzung der Meeresumwelt des Ostseegebiets zu überwachen und auf ein Mindestmaß zu beschränken.

(2) Die Vertragsparteien treffen insbesondere alle geeigneten Maßnahmen, um die Verschmutzung durch die schädlichen Stoffe und Gegenstände entsprechend der Anlage II zu überwachen und streng einzuschränken. Zu diesem Zweck arbeiten sie unter anderem gegebenenfalls bei der Entwicklung und Annahme besonderer Programme, Richtlinien, Normen oder Vorschriften über Einleiten, Umweltqualität und diese Stoffe und Gegenstände enthaltende Erzeugnisse und ihre Verwendung zusammen.

(3) Die in Anlage II aufgeführten Stoffe und Gegenstände dürfen nur mit vorheriger besonderer Erlaubnis, die von der zuständigen innerstaatlichen Dienststelle erteilt wird und in regelmäßigen Abständen überprüft werden kann, in erheb-

lichen Mengen der Meeresumwelt des Ostseegebiets zugeführt werden.

(4) Ist die zuständige innerstaatliche Dienststelle der Ansicht, daß erhebliche Mengen der in Anlage II aufgeführten Stoffe und Gegenstände eingeleitet wurden, so teilt sie der in Artikel 12 genannten Kommission deren Menge und Beschaffenheit sowie die Art des Einleitens mit.

(5) Die Vertragsparteien bemühen sich, gemeinsame Grundsätze für die Erteilung von Erlaubnissen zum Einleiten aufzustellen und anzunehmen.

(6) Die Vertragsparteien wirken darauf hin, zusätzlich zu den Bestimmungen des Artikels 5 die in Anlage III aufgeführten Ziele und Grundsätze zu erreichen und anzuwenden, um die Verschmutzung des Ostseegebiets durch Schadstoffe zu überwachen und auf ein Mindestmaß zu beschränken.

(7) Kann das Einleiten über einen Wasserlauf, der die Hoheitsgebiete von zwei oder mehr Vertragsparteien durchfließt oder eine Grenze zwischen ihnen bildet, eine Verschmutzung der Meeresumwelt des Ostseegebiets verursachen, so ergreifen die betreffenden Vertragsparteien gemeinsam geeignete Maßnahmen zur Verhütung und Verringerung der Verschmutzung.

(8) Die Vertragsparteien bemühen sich, die bestmöglichen Maßnahmen zu treffen, um die Verschmutzung des Ostseegebiets durch schädliche Stoffe aus der Luft auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Artikel 7

Verhütung der Verschmutzung durch Schiffe

(1) Die Vertragsparteien treffen die in Anlage IV beschriebenen Maßnahmen, um das Ostseegebiet vor Verschmutzung durch vorsätzliches, fahrlässiges oder unfallbedingtes Freisetzen von Öl und sonstigen Schadstoffen sowie durch Einleiten von Schiffsabwasser und -müll zu schützen.

(2) Die Vertragsparteien entwickeln einheitliche Anforderungen bezüglich der Kapazität und des Standorts von Anlagen zur Aufnahme von Ölrückständen und sonstigen Schadstoffen einschließlich Abwasser und Müll und wenden diese an, wobei sie unter anderem die besonderen Erfordernisse von Fahrgastschiffen und Mehrzweck-Frachtschiffen berücksichtigen.

Artikel 8

Vergnügungsschiffe

Zusätzlich zur Durchführung derjenigen Bestimmungen dieser Konvention, die für eine Anwendung auf Vergnügungsschiffe geeignet sind, treffen die Vertragsparteien Sondermaßnahmen zur Verringerung der schädlichen Auswirkungen des Betriebs von Vergnügungsschiffen auf die Meeresumwelt des Ostseegebiets. Die Maßnahmen betreffen unter anderem angemessene Anlagen zur Aufnahme von Abfällen, die von Vergnügungsschiffen herrühren.

Artikel 9

Verhütung des Einbringens (dumping)

(1) Die Vertragsparteien verbieten vorbehaltlich der Absätze 2 und 4 das Einbringen im Ostseegebiet.

(2) Baggergut darf mit vorheriger Sondererlaubnis der zuständigen innerstaatlichen Dienststelle nach Maßgabe der Anlage V eingebracht werden.

(3) Jede Vertragspartei verpflichtet sich, die Einhaltung dieses Artikels durch Schiffe und Luftfahrzeuge sicherzustellen,

- a) die in ihrem Hoheitsgebiet eingetragen sind oder ihre Flagge führen;
- b) die in ihrem Hoheitsgebiet oder ihren Territorialgewässern Stoffe zum Zweck des Einbringens laden oder
- c) von denen angenommen wird, daß sie Abfälle in ihre Territorialgewässer einbringen.

(4) Dieser Artikel findet keine Anwendung, wenn die Sicherheit von Menschenleben oder eines Schiffes oder Luftfahrzeugs auf See durch die völlige Zerstörung oder den totalen Verlust des Schiffes oder Luftfahrzeugs bedroht ist, oder in Fällen, die eine Gefahr für Menschenleben darstellen, wenn das Einbringen die einzige Möglichkeit zur Abwendung der Bedrohung zu sein scheint und wenn der aus dem Einbringen entstehende Schaden aller Wahrscheinlichkeit nach geringer ist als der Schaden, der sonst eintreten würde. Dieses Einbringen ist so durchzuführen, daß das Risiko der Schädigung von Menschenleben oder der Tier- und Pflanzenwelt des Meeres möglichst gering gehalten wird.

(5) Ein nach Absatz 4 erfolgtes Einbringen ist nach Maßgabe der Anlage VI zu melden und zu behandeln; es ist ferner umgehend der in Artikel 12 genannten Kommission nach Maßgabe der Regel 4 der Anlage V zu melden.

(6) Besteht der Verdacht, daß ein Einbringen entgegen diesem Artikel stattgefunden hat, so arbeiten die Vertragsparteien bei der Untersuchung der Angelegenheit nach Maßgabe der Regel 2 der Anlage IV zusammen.

Artikel 10

Erforschung und Ausbeutung des Meeresgrunds und des Meeresuntergrunds

Jede Vertragspartei trifft alle geeigneten Maßnahmen, um eine Verschmutzung der Meeresumwelt des Ostseegebiets durch die Erforschung oder Ausbeutung ihres Teiles des Meeresgrunds und des Meeresuntergrunds oder durch damit zusammenhängende Tätigkeiten zu verhüten. Sie stellt ferner sicher, daß geeignete Ausrüstung vorhanden ist, um die sofortige Bekämpfung der Verschmutzung in diesem Gebiet einzuleiten.

Artikel 11

Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Meeresverschmutzung

Die Vertragsparteien treffen nach Maßgabe der Anlage VI Maßnahmen und arbeiten zusammen, um die Verschmutzung des Ostseegebiets durch Öl oder sonstige Schadstoffe zu beseitigen oder auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Artikel 12

Institutioneller und organisatorischer Rahmen

(1) Für die Zwecke dieser Konvention wird hiermit die — im folgenden als „Kommission“ bezeichnete — Kommission zum Schutz der Meeresumwelt der Ostsee gebildet.

(2) Den Vorsitz in der Kommission nehmen die Vertragsparteien abwechselnd in alphabetischer Reihenfolge der Staatennamen in englischer Sprache wahr.

Der Vorsitzende nimmt sein Amt während eines Zeitabschnitts von zwei Jahren wahr; während dieser Zeit kann er seinen Staat nicht in der Kommission vertreten.

Ist das Amt des Vorsitzenden unbesetzt, so benennt die Vertragspartei, die den Vorsitz in der Kommission wahrnimmt, einen Nachfolger, der im Amt bleibt, solange diese Vertragspartei den Vorsitz führt.

(3) Die Kommission tritt nach Einberufung durch den Vorsitzenden mindestens einmal jährlich zu einer Sitzung zusammen. Auf Antrag einer Vertragspartei, der von einer anderen Vertragspartei unterstützt werden muß, beruft der Vorsitzende so bald wie möglich eine außerordentliche Sitzung ein, deren Zeitpunkt und Ort er bestimmt, jedoch nicht später als neunzig Tage nach dem Zeitpunkt, zu dem der Antrag gestellt wurde.

(4) Die erste Sitzung der Kommission wird von der Depositärregierung einberufen und findet innerhalb von neunzig Tagen nach Inkrafttreten dieser Konvention statt.

(5) Jede Vertragspartei hat in der Kommission eine Stimme. Sofern in dieser Konvention nichts anderes bestimmt ist, faßt die Kommission ihre Beschlüsse einstimmig.

Artikel 13

Aufgaben der Kommission

Die Kommission hat die Aufgabe,

- a) die Durchführung dieser Konvention ständig zu beobachten;
- b) Maßnahmen zu empfehlen, die mit den Zielen dieser Konvention zusammenhängen;
- c) den Inhalt dieser Konvention einschließlich ihrer Anlagen auf dem laufenden zu halten und den Vertragsparteien alle etwa erforderlichen Änderungen der Konvention und ihrer Anlagen, einschließlich von Änderungen der Listen von Stoffen und Gegenständen, sowie die Annahme neuer Anlagen zu empfehlen;
- d) Grundsätze für die Überwachung der Verschmutzung, Ziele für die Verringerung der Verschmutzung sowie Ziele in bezug auf Maßnahmen festzulegen, die insbesondere nach Anlage III zu treffen sind;
- e) in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen staatlichen Stellen unter Berücksichtigung des Buchstabens f zusätzliche Maßnahmen zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets zu fördern und zu diesem Zweck
 - i) einschlägige wissenschaftliche, technische und statistische Informationen aus verfügbaren Quellen entgegenzunehmen, auszuwerten, zusammenzufassen und zu verbreiten und
 - ii) die wissenschaftliche und technische Forschung zu fördern;
- f) gegebenenfalls die Mitarbeit geeigneter regionaler und sonstiger internationaler Organisationen bei der wissenschaftlichen und technischen Forschung sowie bei sonstigen einschlägigen, mit den Zielen dieser Konvention zusammenhängenden Tätigkeiten herbeizuführen;
- g) alle sonstigen nach dieser Konvention etwa erforderlichen Aufgaben zu übernehmen.

Artikel 14

Verwaltungsbestimmungen für die Kommission

- (1) Die Arbeitssprache der Kommission ist Englisch.
- (2) Die Kommission gibt sich eine Geschäftsordnung.
- (3) Das Büro der Kommission — im folgenden als „Sekretariat“ bezeichnet — befindet sich in Helsinki.
- (4) Die Kommission ernennt einen Exekutivsekretär und trifft Vorkehrungen für die Einstellung des übrigen etwa erforderlichen Personals; sie legt die Aufgaben und Arbeitsbedingungen des Exekutivsekretärs fest.
- (5) Der Exekutivsekretär ist der Leiter der Verwaltung der Kommission; er nimmt die für die Anwendung dieser Konvention erforderlichen Verwaltungsaufgaben sowie die für die Arbeit der Kommission erforderlichen Aufgaben und sonstige ihm durch die Kommission und deren Geschäftsordnung übertragenen Aufgaben wahr.

Artikel 15

Finanzielle Bestimmungen für die Kommission

- (1) Die Kommission gibt sich eine Finanzordnung.
- (2) Die Kommission nimmt einen Haushaltsplan der vorgesehenen Ausgaben für ein oder zwei Jahre und einen Haushaltsvoranschlag für die darauffolgende Haushaltsperiode an.
- (3) Sofern die Kommission nicht einstimmig etwas anderes beschließt, tragen die Vertragsparteien zu gleichen Teilen die Gesamtsumme des Haushalts, einschließlich aller etwa von der Kommission angenommenen zusätzlichen Haushalte.
- (4) Jede Vertragspartei trägt die Ausgaben, die durch Mitwirkung ihrer Vertreter, Sachverständigen und Berater in der Kommission entstehen.

Artikel 16**Wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit**

(1) Die Vertragsparteien verpflichten sich, unmittelbar oder gegebenenfalls im Rahmen der geeigneten regionalen oder sonstigen internationalen Organisationen auf dem Gebiet der Wissenschaft, Technik und sonstigen Forschung zusammenzuarbeiten und Daten sowie sonstige wissenschaftliche Informationen für die Zwecke dieser Konvention auszutauschen.

(2) Unbeschadet des Artikels 4 Absätze 1, 2 und 3 verpflichten sich die Vertragsparteien, unmittelbar oder gegebenenfalls im Rahmen der geeigneten regionalen oder sonstigen internationalen Organisationen Studien zu fördern, Programme durchzuführen, zu unterstützen oder daran mitzuwirken, durch die Möglichkeiten zur Beurteilung von Art und Umfang der Verschmutzung, ihrer Wege, Angriffsstellen und Gefahren im Ostseegebiet sowie Möglichkeiten der Abhilfe entwickelt werden sollen, und insbesondere Alternativmethoden der Behandlung, Beseitigung und Ausschaltung von Stoffen zu erarbeiten, die eine Verschmutzung der Meeresumwelt des Ostseegebiets verursachen können.

(3) Die Vertragsparteien verpflichten sich, unmittelbar oder gegebenenfalls im Rahmen der geeigneten regionalen oder sonstigen internationalen Organisationen und auf der Grundlage der nach den Absätzen 1 und 2 gewonnenen Informationen und Daten bei der Entwicklung untereinander vergleichbarer Beobachtungsmethoden, der Durchführung grundlegender Untersuchungen und der Erstellung einander ergänzender oder gemeinsamer Überwachungsprogramme zusammenzuarbeiten.

(4) Organisation und Umfang der Arbeit im Zusammenhang mit der Durchführung der in den Absätzen 1 bis 3 genannten Aufgaben sollen in erster Linie von der Kommission festgelegt werden.

Artikel 17**Verantwortlichkeit für Schäden**

Die Vertragsparteien verpflichten sich, so bald wie möglich gemeinsam Vorschriften zu erarbeiten und anzunehmen, welche die Verantwortlichkeit für Schäden aufgrund von Handlungen oder Unterlassungen entgegen dieser Konvention betreffen; darin sind unter anderem die Grenzen der Verantwortlichkeit, die Grundsätze und Verfahren für die Festlegung der Haftung sowie die möglichen Rechtsmittel vorzusehen.

Artikel 18**Beflegung von Streitigkeiten**

(1) Bei Streitigkeiten zwischen Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieser Konvention sollen diese Vertragsparteien eine Lösung auf dem Verhandlungsweg anstreben. Können die betreffenden Parteien keine Einigung erzielen, so sollen sie die guten Dienste einer dritten Vertragspartei, einer geeigneten internationalen Organisation oder einer geeigneten Persönlichkeit in Anspruch nehmen oder diese gemeinsam um Vermittlung ersuchen.

(2) Waren die betreffenden Parteien nicht in der Lage, ihre Streitigkeit auf dem Verhandlungsweg beizulegen, oder konnten sie sich nicht auf Maßnahmen der oben beschriebenen Art einigen, so werden derartige Streitigkeiten in gegenseitigem Einvernehmen einem Ad-hoc-Schiedsgericht, einem ständigen Schiedsgericht oder dem Internationalen Gerichtshof vorgelegt.

Artikel 19**Sicherung bestimmter Freiheiten**

Diese Konvention ist nicht so auszulegen, als beeinträchtige sie die Freiheit der Schifffahrt, der Fischerei, der wissenschaftlichen Meeresforschung und der sonstigen rechtmäßigen Nutzung des offenen Meeres sowie das Recht der friedlichen Durchfahrt durch die Territorialgewässer.

Artikel 20**Status der Anlagen**

Die Anlagen zu dieser Konvention sind Bestandteil der Konvention.

Artikel 21**Verhältnis zu anderen Konventionen**

Diese Konvention berührt nicht die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien aus früher geschlossenen Verträgen sowie aus Verträgen, die gegebenenfalls künftig zur Förderung und Entwicklung der dieser Konvention zugrunde liegenden allgemeinen Grundsätze des Seerechts und insbesondere von Bestimmungen zur Verhütung der Verschmutzung der Meeresumwelt geschlossen werden.

Artikel 22**Revision der Konvention**

Mit Zustimmung der Vertragsparteien oder auf Ersuchen der Kommission kann eine Konferenz zur allgemeinen Revision dieser Konvention einberufen werden.

Artikel 23**Änderungen der Artikel der Konvention**

(1) Jede Vertragspartei kann Änderungen der Artikel dieser Konvention vorschlagen. Jede vorgeschlagene Änderung wird der Depositarregierung vorgelegt und von dieser allen Vertragsparteien mitgeteilt; diese unterrichten die Depositarregierung so bald wie möglich nach Eingang der Mitteilung davon, ob sie die Änderung annehmen oder ablehnen.

Die Änderung tritt neunzig Tage nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem alle Vertragsparteien der Depositarregierung die Annahme der Änderung notifiziert haben.

(2) Mit Zustimmung der Vertragsparteien oder auf Ersuchen der Kommission kann eine Konferenz zur Änderung dieser Konvention einberufen werden.

Artikel 24**Änderungen der Anlagen und Annahme von Anlagen**

(1) Jede von einer Vertragspartei vorgeschlagene Änderung der Anlagen wird den anderen Vertragsparteien von der Depositarregierung mitgeteilt und in der Kommission geprüft. Nimmt die Kommission die Änderung an, so wird sie den Vertragsparteien mitgeteilt und zur Annahme empfohlen.

(2) Eine solche Änderung gilt nach Ablauf einer von der Kommission bestimmten Frist als angenommen, sofern nicht innerhalb dieser Frist eine Vertragspartei Einspruch gegen die Änderung erhoben hat. Die angenommene Änderung tritt zu einem von der Kommission bestimmten Zeitpunkt in Kraft.

Teilt in Ausnahmefällen eine Vertragspartei vor Ablauf der von der Kommission bestimmten Frist der Depositarregierung mit, daß sie zwar beabsichtige, den Vorschlag anzunehmen, daß jedoch die verfassungsrechtlichen Erfordernisse für die Annahme in ihrem Staat noch nicht erfüllt seien, so wird die von der Kommission bestimmte Frist um eine zusätzliche Frist von sechs Monaten verlängert und der Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderung entsprechend verschoben.

(3) Nach Maßgabe dieses Artikels kann eine Anlage zu dieser Konvention angenommen werden.

(4) Die Depositarregierung teilt allen Vertragsparteien etwaige Änderungen oder die Annahme einer neuen Anlage, die nach diesem Artikel in Kraft treten, sowie den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderung oder der neuen Anlage mit.

(5) Jeder Einspruch nach diesem Artikel erfolgt durch schriftliche Notifikation an die Depositarregierung; diese noti-

fiziert allen Vertragsparteien und dem Exekutivsekretär jede derartige Notifikation und den Zeitpunkt ihres Eingangs.

Artikel 25

Vorbehalte

(1) Vorbehalte zu dieser Konvention sind nicht zulässig.

(2) Absatz 1 hindert eine Vertragspartei nicht daran, die Anwendung einer Anlage zu dieser Konvention oder eines Teiles oder einer Änderung einer solchen Anlage nach Inkrafttreten der entsprechenden Anlage oder Änderung für höchstens ein Jahr auszusetzen.

(3) Beruft sich eine Vertragspartei nach Inkrafttreten dieser Konvention auf Absatz 2, so teilt sie den anderen Vertragsparteien zum Zeitpunkt der Annahme einer Änderung einer Anlage oder der Annahme einer neuen Anlage durch die Kommission diejenigen Bestimmungen mit, die nach Absatz 2 ausgesetzt werden.

Artikel 26

Unterzeichnung, Ratifikation, Genehmigung und Beitritt

(1) Diese Konvention liegt am 22. März 1974 in Helsinki für diejenigen Ostseeanliegerstaaten zur Unterzeichnung auf, die an der vom 18. bis 22. März 1974 in Helsinki abgehaltenen Diplomatischen Konferenz über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets teilgenommen haben. Diese Konvention liegt für jeden anderen Staat zum Beitritt auf, der an der Verwirklichung der Ziele und Zwecke der Konvention interessiert ist, sofern dieser Staat von allen Vertragsparteien eingeladen wurde.

(2) Diese Konvention bedarf der Ratifikation oder Genehmigung durch die Staaten, die sie unterzeichnet haben.

(3) Die Ratifikations-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden werden bei der Regierung von Finnland hinterlegt; diese nimmt die Aufgaben der Depositarregierung wahr.

Artikel 27

Inkrafttreten

Diese Konvention tritt zwei Monate nach Hinterlegung der siebenten Ratifikations- oder Genehmigungsurkunde in Kraft.

Artikel 28

Rücktritt

(1) Nach Ablauf von fünf Jahren nach dem Inkrafttreten dieser Konvention kann jede Vertragspartei durch schriftliche Notifikation an die Depositarregierung jederzeit von der Konvention zurücktreten. Der Rücktritt wird für diese Vertragspartei am 31. Dezember des Jahres wirksam, das auf das Jahr folgt, in dem der Rücktritt der Depositarregierung notifiziert wurde.

(2) Notifiziert eine Vertragspartei ihren Rücktritt, so beräumt die Depositarregierung eine Sitzung der Vertragsparteien mit dem Ziel an, die Auswirkung des Rücktritts zu prüfen.

Artikel 29

Sprachen

Diese Konvention wurde in einer Urschrift in englischer Sprache abgefaßt. Amtliche Übersetzungen in dänischer, finnischer, deutscher, polnischer, russischer und schwedischer Sprache werden angefertigt und mit der unterzeichneten Urschrift hinterlegt.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten, hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten diese Konvention unterschrieben.

GESCHEHEN ZU HELSINKI am 22. März 1974.

ANLAGE I

GEFÄHRLICHE STOFFE

Der Schutz des Ostseegebiets vor Verschmutzung durch die im folgenden aufgeführten Stoffe kann durch geeignete technische Maßnahmen, durch Verbote und Vorschriften über Beförderung, Handel, Handhabung, Anwendung und Endverbleib von Erzeugnissen erfolgen, die diese Stoffe enthalten.

1. DDT (1,1,1-Trichlor-2,2-bis-(chlorphenyl)-äthan) und seine Derivate DDE und DDD.
2. PCBs (Polychlorierte Biphenyle).

ANLAGE II

SCHÄDLICHE STOFFE UND GEGENSTÄNDE

Folgende Stoffe und Gegenstände werden für die Zwecke des Artikels 6 aufgeführt.

Die Liste gilt für Stoffe und Gegenstände, die auf dem Wasserweg der Meeresumwelt zugeführt werden. Die Vertragsparteien werden sich ferner bemühen, möglichst wirksame Maßnahmen zu treffen, um die Zuführung von Schadstoffen und -gegenständen auf dem Luftweg in das Ostseegebiet zu verhindern.

A Mit Vorrang zu berücksichtigen:

1. Quecksilber, Cadmium und ihre Verbindungen.

B

2. Antimon, Arsen, Beryllium, Chrom, Kupfer, Blei, Molybdän, Nickel, Selen, Zinn, Vanadium, Zink und ihre Verbindungen sowie elementarer Phosphor.
3. Phenole und ihre Derivate.
4. Phthalsäure und ihre Derivate.
5. Cyanide.
6. Beständige halogenierte Kohlenwasserstoffe.
7. Polycyclische aromatische Kohlenwasserstoffe und ihre Derivate.
8. Beständige giftige organische Siliciumverbindungen.
9. Beständige Schädlingsbekämpfungsmittel einschließlich der aus organischen Phosphor- und Zinnverbindungen bestehenden Schädlingsbekämpfungsmittel, Unkrautvernichtungsmittel, Schlammbehandlungsmittel und Chemikalien, die zur Konservierung von Holz, Nutzholz, Holzschliff, Zellulose, Papier, Häuten und Textilien verwendet werden, soweit sie nicht unter Anlage I fallen.
10. Radioaktive Materialien.
11. Säuren, Laugen und oberflächenaktive Stoffe in hohen Konzentrationen oder großen Mengen.
12. Öl und Abfälle petrochemischer und sonstiger Industrien, die lipid-lösliche Stoffe enthalten.
13. Stoffe, die den Geschmack beziehungsweise den Geruch von Erzeugnissen beeinträchtigen, die für den menschlichen Verzehr aus dem Meer gewonnen werden, oder die Geschmack, Geruch, Farbe, Klarheit oder sonstige Eigenschaften des Wassers beeinflussen und seinen Annehmlichkeitswert ernstlich verringern.
14. Gegenstände und Stoffe, die treiben, schweben oder absinken und die rechtmäßige Nutzung des Meeres ernstlich behindern können.
15. Lignin-Stoffe, die in industriellen Abwässern enthalten sind.
16. Die Chelatbildner EDTA (Äthylendinitrilotetraessigsäure oder Äthylendiamintetraessigsäure) und DTPA (Diäthylentriaminopentaessigsäure).

ANLAGE III**ZIELE, KRITERIEN UND MASSNAHMEN
BEZÜGLICH DER VERHÜTUNG DER VERSCHMUTZUNG
VOM LAND AUS**

Nach Maßgabe des Artikels 6 bemühen sich die Vertragsparteien, die in dieser Anlage aufgeführten Ziele, Kriterien und Maßnahmen zu erreichen beziehungsweise anzuwenden, um die vom Land ausgehende Verschmutzung der Meeresumwelt des Ostseegebiets zu überwachen und auf ein Mindestmaß herabzusetzen.

(1) Kommunales Abwasser ist in geeigneter Weise zu behandeln, damit die Menge organischer Stoffe keine nachteiligen Veränderungen im Sauerstoffgehalt des Ostseegebiets und die Menge von Nährstoffen keine schädliche Eutrophierung des Ostseegebiets bewirkt.

(2) Kommunales Abwasser ist ferner in geeigneter Weise zu behandeln, um sicherzustellen, daß die hygienische Qualität, insbesondere die epidemiologische und toxikologische Sicherheit des aufnehmenden Meeresgebiets auf einem Stand gehalten wird, der die menschliche Gesundheit nicht schädigt; es ist so zu behandeln, daß sich bei der gegebenen Zusammensetzung des Abwassers keine erheblichen Mengen der in den Anlagen I und II aufgeführten Schadstoffe bilden.

(3) Der Verschmutzungsanteil industrieller Abfälle ist in geeigneter Weise auf ein Mindestmaß herabzusetzen, um die Menge von Schadstoffen, organischen Stoffen und Nährstoffen zu verringern.

(4) Die in Absatz 3 genannten Maßnahmen umfassen insbesondere die Herabsetzung der Erzeugung von Abfällen auf ein Mindestmaß durch Fertigungsverfahren, Rücklauf und Wiederverwendung von Betriebswasser, sparsamen Umgang mit Wasser und Verbesserung der Voraussetzungen für die Wasserbehandlung. Je nach Beschaffenheit der Abwässer und soweit zur Erhaltung oder Verbesserung der Beschaffenheit des Aufnahmegewässers erforderlich, sind bei der Behandlung von Abwässern mechanische, chemische, biologische und sonstige Maßnahmen anzuwenden.

(5) Das Einleiten von Kühlwasser aus Kernkraftwerken oder sonstigen Industrien, die große Mengen von Wasser verwenden, hat so zu erfolgen, daß die Verschmutzung der Meeresumwelt des Ostseegebiets auf ein Mindestmaß herabgesetzt wird.

(6) Die Kommission wird Kriterien für die Überwachung der Verschmutzung, Ziele zur Verringerung der Verschmutzung sowie Ziele in bezug auf Maßnahmen, und zwar einschließlich von Fertigungsverfahren und Abfallbehandlung, festlegen, um die Verschmutzung des Ostseegebiets zu verringern.

ANLAGE IV**VERHÜTUNG DER VERSCHMUTZUNG DURCH SCHIFFE****REGEL I**

Die Vertragsparteien werden in geeigneter Weise zusammenarbeiten und einander unterstützen, um die Zwischenstaatliche Beratende Seeschiffahrts-Organisation zu veranlassen, Maßnahmen

- a) zur Entwicklung internationaler Vorschriften für die Schifffahrt tiefgehender Schiffe in engen und flachen Gewässern in den internationalen Gewässern des Ostseegebiets und in den Eingängen zur Ostsee zu treffen, um Zusammenstöße, Strandungen und Grundberührungen zu vermeiden;

- b) zur Entwicklung eines internationalen Funkmeldesystems für große Schiffe auf Fahrt im Ostseegebiet sowie für Schiffe zu treffen, die Schadstoffe in erheblicher Menge befördern.

REGEL 2

Die Vertragsparteien werden einander unbeschadet des Artikels 4 Absatz 4 in geeigneter Weise bei der Untersuchung von Verstößen gegen die bestehenden Rechtsvorschriften über Maßnahmen zur Verschmutzungsbekämpfung unterstützen, die innerhalb des Ostseegebiets tatsächlich oder vermutlich vorgekommen sind. Diese Unterstützung kann unter anderem folgendes umfassen: die Einsichtnahme der zuständigen Dienststellen in Öltagebücher, Ladungstagebücher, Schiffs- und Maschinentagebücher sowie die Entnahme von Ölproben für Zwecke der analytischen Identifizierung und bezüglich des Systems der Markierung von Ölrückständen.

REGEL 3**BEGRIFFSBESTIMMUNGEN**

Im Sinne dieser Anlage haben die nachstehenden Ausdrücke folgende Bedeutung:

1. Der Ausdruck „Schiff“ bezeichnet ein Fahrzeug jeder Art, das in der Meeresumwelt betrieben wird; er umfaßt Tragflächenboote, Luftkissenfahrzeuge, Unterwassergerät, schwimmendes Gerät und feste oder schwimmende Plattformen.
2. Der Ausdruck „Verwaltung“ bezeichnet die Regierung des Staates, unter dessen Hoheitsgewalt das Schiff betrieben wird. Bei einem Schiff, das berechtigt ist, die Flagge eines Staates zu führen, ist die Verwaltung die Regierung dieses Staates. Bei festen oder schwimmenden Plattformen, die zur Erforschung und Ausbeutung des an die Küste angrenzenden Meeresgrunds und Meeresuntergrunds eingesetzt sind, über die der Küstenstaat Hoheitsrechte in bezug auf die Erforschung und Ausbeutung ihrer Naturschätze ausübt, ist die Verwaltung die Regierung des betreffenden Küstenstaats.
3. a) Der Ausdruck „Einleiten“ in bezug auf Schadstoffe oder solche Stoffe enthaltende Ausflüsse bezeichnet jedes von einem Schiff aus erfolgende Freisetzen unabhängig von seiner Ursache; er umfaßt jedes Entweichen, Absetzen, Auslaufen, Lecken, Pumpen, Auswerfen oder Entleeren.
- b) Der Ausdruck „Einleiten“ umfaßt nicht
 - i) das Einbringen im Sinne des Londoner Übereinkommens vom 29. Dezember 1972 über die Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und anderen Stoffen;
 - ii) das Freisetzen von Schadstoffen, das sich unmittelbar aus der Erforschung, Ausbeutung und damit zusammenhängenden auf See stattfindenden Verarbeitung von Bodenschätzen des Meeresgrunds ergibt, oder
 - iii) das Freisetzen von Schadstoffen für Zwecke der rechtmäßigen wissenschaftlichen Forschung auf dem Gebiet der Bekämpfung oder Überwachung der Verschmutzung.
4. „Nächstgelegenes Land“. Der Ausdruck „vom nächstgelegenen Land“ bedeutet von der Basislinie aus, von der aus die Territorialgewässer des betreffenden Hoheitsgebiets nach dem Völkerrecht bestimmt wird.
5. Der Ausdruck „Jurisdiktion“ ist nach dem zur Zeit der Anwendung oder Auslegung dieser Anlage geltenden Völkerrecht auszulegen.

REGEL 4**ÖL**

Die Vertragsparteien wenden die Abschnitte A bis D über Verfahren zur Verhütung der Ölverschmutzung durch Schiffe

während des Betriebs im Ostseegebiet so bald wie möglich an, spätestens jedoch mit dem 1. Januar 1977 oder dem Tag des Inkrafttretens dieser Konvention, je nachdem, welcher Zeitpunkt später liegt.

A Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieser Regel haben die nachstehenden Ausdrücke folgende Bedeutung:

1. Der Ausdruck „Öl“ bezeichnet Erdöl in jeder Form einschließlich Rohöl, Heizöl, Ölschlamm, Ölrückstände und Raffinerieerzeugnisse (mit Ausnahme von Petrochemikalien, die unter Regel 5 fallen) und umfaßt, ohne die Allgemeingültigkeit der vorstehenden Bestimmungen zu beschränken, die in Anhang I aufgeführten Stoffe.
2. Der Ausdruck „öhaltiges Gemisch“ bezeichnet ein Gemisch mit einem beliebigen Ölgehalt.
3. Der Ausdruck „flüssiger Brennstoff“ bezeichnet jedes Öl, das im Zusammenhang mit den Antriebs- und Hilfsmaschinen des Schiffes, in dem das Öl befördert wird, als Treibstoff verwendet wird.
4. Der Ausdruck „Öltankschiff“ bezeichnet ein Schiff, das in erster Linie zur Beförderung von Öl als Massengut in seinen Laderäumen gebaut oder hergerichtet wurde; er umfaßt Mehrzweck-Frachtschiffe und alle „Chemikalientankschiffe“ im Sinne der Regel 5, wenn diese als Ladung oder als Teil der Ladung Öl als Massengut befördern.
5. Der Ausdruck „Mehrzweck-Frachtschiff“ bezeichnet ein Schiff, das dazu bestimmt ist, entweder Öl oder feste Ladung als Massengut zu befördern.
6. Der Ausdruck „sauberer Ballast“ bezeichnet den Ballast in einem Tank, der, seitdem zum letzten Mal Öl darin befördert wurde, so gereinigt worden ist, daß ein Ausfluß daraus, wenn er von einem stillliegenden Schiff bei klarem Wetter in sauberes ruhiges Wasser eingeleitet würde, keine sichtbaren Ölschichten hinterlassen und keine Ablagerung von Ölschlamm oder Emulsion unter der Wasseroberfläche oder auf angrenzenden Küstenstrichen verursachen würde. Wird der Ballast über ein von der Verwaltung zugelassenes Warn- und Überwachungssystem für das Einleiten von Öl eingeleitet, so gilt die anhand dieses Systems getroffene Feststellung, daß der Ölgehalt des Ausflusses 15 Teile pro Million (ppm) nicht überstieg, ungeachtet des Vorhandenseins sichtbarer Spuren als Beweis dafür, daß der Ballast sauber war.
7. Der Ausdruck „getrennter Ballast“ bezeichnet das Ballastwasser, das in einen völlig vom Ladeöl- und Brennstoffsystem getrennten Tank eingelassen wurde, der ständig der Beförderung von Ballast oder der Beförderung von Ballast und anderen Ladungen als Öl oder schädlichen Stoffen dient, wie sie jeweils in den Regeln dieser Anlage definiert sind.

B Überwachung des Einleitens von Öl

- (1) a) Außer nach Abschnitt C ist jedes Einleiten von Öl oder öhaltigen Gemischen aus jedem Öltankschiff und aus jedem anderen Schiff mit einem Bruttoreaumgehalt von 400 und mehr Registertonnen (RT), das kein Öltankschiff ist, ins Meer verboten, solange sich das Schiff im Ostseegebiet aufhält.
- b) Diese Schiffe müssen während ihres Aufenthalts im Ostseegebiet jeden Ölrest und jeden Ölschlamm sowie alles schmutzige Ballast- und Tankwaschwasser an Bord behalten und dürfen sie nur in Auffanganlagen einleiten.
- (2) a) Außer nach Abschnitt C ist jedes Einleiten von Öl oder öhaltigen Gemischen aus einem Schiff mit einem Bruttoreaumgehalt von weniger als 400 RT, das kein Öltankschiff ist, ins Meer verboten, solange sich das Schiff im Ostseegebiet aufhält, es sei denn, daß der Ölgehalt des Ausflusses ohne Verdünnung nicht mehr

als 15 ppm beträgt oder daß alle folgenden Voraussetzungen erfüllt sind:

- i) das Schiff fährt auf seinem Kurs;
- ii) der Ölgehalt des Ausflusses beträgt weniger als 100 ppm und
- iii) das Einleiten erfolgt so weit wie möglich von Land, keinesfalls jedoch weniger als 12 Seemeilen vom nächstgelegenen Land entfernt;
- b) die ins Meer eingeleitete Flüssigkeit darf keine Chemikalien oder sonstigen Stoffe in Mengen oder Konzentrationen, die eine Gefahr für die Meeresumwelt darstellen, oder Chemikalien oder sonstige Stoffe enthalten, die zur Umgehung der in dieser Regel niedergelegten Einleitungsbedingungen hinzugefügt wurden;
- c) Ölrückstände, die nicht nach Absatz 2 Buchstabe a ins Meer eingeleitet werden können, müssen an Bord behalten oder in Auffanganlagen eingeleitet werden.

(3) Dieser Abschnitt gilt nicht für das Einleiten von sauberem oder getrenntem Ballast.

(4) Werden auf oder unter der Wasseroberfläche in unmittelbarer Nähe eines Schiffes oder seines Kielwassers sichtbare Ölschichten bemerkt, so sollen die Vertragsparteien, soweit dies zumutbar und möglich ist, umgehend die mit der Frage, ob ein Verstoß gegen diese Regel vorliegt, zusammenhängenden Tatsachen untersuchen. Die Untersuchung soll insbesondere die Wind- und Seeverhältnisse, den Kurs und die Geschwindigkeit des Schiffes, sonstige mögliche Ursachen der sichtbaren Spuren in der näheren Umgebung und alle in Frage kommenden Aufzeichnungen über das Einleiten von Öl umfassen.

C Ausnahmen

Abschnitt B gilt nicht

- a) für das Einleiten von Öl oder öhaltigen Gemischen ins Meer, das aus Gründen der Schiffssicherheit oder zur Rettung von Menschenleben auf See erforderlich ist;
- b) für das Einleiten von Öl oder öhaltigen Gemischen ins Meer infolge einer Beschädigung des Schiffes oder seiner Ausrüstung,
 - i) sofern nach Eintritt des Schadens oder Feststellung des Einleitens alle angemessenen Vorsichtsmaßnahmen getroffen worden sind, um das Einleiten zu verhüten oder auf ein Mindestmaß zu beschränken, und
 - ii) sofern nicht der Eigentümer oder der Kapitän entweder in Schädigungsabsicht oder fahrlässig und in Kenntnis der Tatsache gehandelt hat, daß wahrscheinlich ein Schaden entstehen würde, oder
- c) für das von der Verwaltung zugelassene Einleiten öhaltiger Stoffe ins Meer, wenn es der Bekämpfung eines bestimmten Verschmutzungsereignisses dient, um den Verschmutzungsschaden auf ein Mindestmaß zu beschränken. Jedes derartige Einleiten bedarf der Genehmigung jeder Vertragspartei, in deren Jurisdiktion das Einleiten vorgeht.

D Besondere Vorschriften für Bohrinselformen und sonstige Plattformen

Feste und schwimmende Bohrinselformen, die bei der Erforschung, Ausbeutung und damit zusammenhängenden auf See stattfindenden Verarbeitung von Bodenschätzen des Meeresgrunds eingesetzt sind, sowie sonstige Plattformen müssen den Vorschriften dieser Regel für Schiffe mit einem Bruttoreaumgehalt von 400 und mehr RT entsprechen, die keine Öltankschiffe sind; jedoch

- a) müssen sie über alle Maßnahmen, die das Einleiten von Öl oder öhaltigen Gemischen umfassen, in einer von der Verwaltung zugelassenen Form Buch führen und
- b) ist außer nach Abschnitt C das Einleiten von Öl oder öhaltigen Gemischen ins Meer verboten, es sei denn, der

Ölgehalt der eingeleiteten Flüssigkeit beträgt ohne Verdünnung nicht mehr als 15 ppm.

E Auffanganlagen im Ostseegebiet

Die Vertragsparteien verpflichten sich, dafür zu sorgen, daß bis zum 1. Januar 1977 alle Ölladepunkte und Reparaturhäfen des Ostseegebiets mit ausreichenden Anlagen zur Aufnahme und zur Behandlung allen schmutzigen Ballast- und Tankwaschwassers aus Öltankschiffen ausgestattet sind. Außerdem müssen alle Häfen des Gebiets mit ausreichenden Auffanganlagen für sonstige Rückstände und ölhaltige Gemische aus allen Schiffen ausgestattet sein. Diese Anlagen müssen eine ausreichende Kapazität haben, um den Erfordernissen der sie in Anspruch nehmenden Schiffe zu entsprechen, ohne ungebührliche Verzögerungen zu verursachen.

REGEL 5

SCHÄDLICHE FLÜSSIGE STOFFE ALS MASSENGUT

Die Vertragsparteien setzen so bald wie möglich, spätestens aber am 1. Januar 1977 oder ein Jahr nach Inkrafttreten dieser Konvention, je nachdem, welcher Zeitpunkt später liegt, ein Datum fest, von dem an die Abschnitte A bis D über das Einleiten schädlicher flüssiger Stoffe als Massengut aus Schiffen, die im Ostseegebiet betrieben werden, Anwendung finden.

A Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieser Regel haben die nachstehenden Ausdrücke folgende Bedeutung:

1. Der Ausdruck „Chemikalienschiff“ bezeichnet ein Schiff, das in erster Linie zur Beförderung schädlicher flüssiger Stoffe als Massengut gebaut oder hergerichtet wurde; er umfaßt ein „Öltankschiff“ im Sinne der Regel 4, wenn dieses als Ladung oder Teil der Ladung schädliche flüssige Stoffe als Massengut befördert.
2. Der Ausdruck „sauberer Ballast“ bezeichnet Ballast, der in einem Tank befördert wird, der, seitdem er das letzte Mal zur Beförderung einer Ladung verwendet wurde, die einen Stoff der Gruppe A, B, C oder D enthielt, gründlich gereinigt wurde, aus dem dabei anfallenden Rückstände eingeleitet wurden und der nach den entsprechenden Vorschriften dieser Regel geleert wurde.
3. Der Ausdruck „getrennter Ballast“ bezeichnet Ballastwasser, das in einen Tank eingelassen wurde, der ständig der Beförderung von Ballast oder der Beförderung von Ballast oder anderen Ladungen als Öl oder schädlichen flüssigen Stoffen dient, wie sie jeweils in den Regeln dieser Anlage definiert sind, und der vollständig von dem Ladungs- und Brennstoffsystem getrennt ist.
4. Der Ausdruck „flüssige Stoffe“ bezeichnet Stoffe, die bei einer Temperatur von 37,8°C einen Dampfdruck von höchstens 2,8 kp/cm² haben.
5. Der Ausdruck „schädlicher flüssiger Stoff“ bezeichnet einen Stoff, der in Anhang III aufgeführt oder nach Abschnitt B Absatz 4 vorläufig in die Gruppe A, B, C oder D eingestuft ist.

B Einteilung und Einordnung schädlicher flüssiger Stoffe

(1) Für die Zwecke dieser Regel werden schädliche flüssige Stoffe in folgende vier Gruppen eingeteilt:

- a) Gruppe A — schädliche flüssige Stoffe, die, wenn sie beim Reinigen der Tanks oder beim Lenzen von Ballast ins Meer eingeleitet würden, eine große Gefahr für die Schätze des Meeres oder die menschliche Gesundheit darstellen oder die Annehmlichkeiten der Umwelt oder die sonstige rechtmäßige Nutzung des Meeres ernstlich schädigen würden und die daher die Anwendung strenger Maßnahmen gegen die Verschmutzung rechtfertigen;
- b) Gruppe B — schädliche flüssige Stoffe, die, wenn sie beim Reinigen der Tanks oder beim Lenzen von Ballast ins Meer eingeleitet würden, eine Gefahr für die Schätze des

Meeres oder die menschliche Gesundheit darstellen oder die Annehmlichkeiten der Umwelt oder die sonstige rechtmäßige Nutzung des Meeres schädigen würden und die daher die Anwendung besonderer Maßnahmen gegen die Verschmutzung rechtfertigen;

- c) Gruppe C — schädliche flüssige Stoffe, die, wenn sie beim Reinigen der Tanks oder beim Lenzen von Ballast ins Meer eingeleitet würden, eine geringere Gefahr für die Schätze des Meeres oder die menschliche Gesundheit darstellen oder die Annehmlichkeiten der Umwelt oder die sonstige rechtmäßige Nutzung des Meeres geringfügig schädigen würden und die daher besondere Handhabungsvorschriften erfordern;
- d) Gruppe D — schädliche flüssige Stoffe, die, wenn sie beim Reinigen der Tanks oder beim Lenzen von Ballast ins Meer eingeleitet würden, eine noch erkennbare Gefahr für die Schätze des Meeres oder die menschliche Gesundheit darstellen oder die Annehmlichkeiten der Umwelt oder die sonstige rechtmäßige Nutzung des Meeres geringfügig beeinträchtigen würden und die daher in bezug auf die Handhabungsvorschriften einer gewissen Aufmerksamkeit bedürfen.

(2) Richtlinien für die Einstufung schädlicher flüssiger Stoffe sind in Anhang II enthalten.

(3) Eine Liste der als Massengut beförderten und gegenwärtig eingestuft schädlichen flüssigen Stoffe, die dieser Regel unterliegen, ist in Anhang III enthalten.

(4) Ist die Beförderung eines flüssigen Stoffes als Massengut geplant, der noch nicht nach Absatz 1 eingestuft oder nach Maßgabe des Abschnitts C Absatz 1 beurteilt worden ist, so legen die an der geplanten Verschiffung beteiligten Vertragsparteien einvernehmlich eine vorläufige Bewertung für die Verschiffung aufgrund der in Absatz 2 bezeichneten Richtlinien fest. Bis zur Erzielung eines vollständigen Einvernehmens zwischen den beteiligten Regierungen wird der Stoff unter den strengsten der vorgeschlagenen Bedingungen befördert.

C Sonstige flüssige Stoffe

(1) Die in Anhang IV aufgeführten Stoffe wurden beurteilt, und es wurde festgestellt, daß sie nicht in die Gruppen A, B, C und D im Sinne des Abschnitts B Absatz 1 fallen, weil sie gegenwärtig nicht als schädlich für die menschliche Gesundheit, die Schätze des Meeres, die Annehmlichkeiten der Umwelt oder die sonstige rechtmäßige Nutzung des Meeres angesehen werden, wenn sie beim Reinigen der Tanks oder beim Lenzen von Ballast ins Meer eingeleitet werden.

(2) Das Einleiten von Blige- oder Ballastwasser oder sonstigen Rückständen oder Gemischen, die nur in Anhang IV aufgeführte Stoffe enthalten, unterliegt keiner Vorschrift dieser Regel.

(3) Das Einleiten sauberen Ballasts oder getrennten Ballasts ins Meer unterliegt keiner Vorschrift dieser Regel.

D Einleiten schädlicher flüssiger Stoffe

Vorbehaltlich des Abschnitts E gilt folgendes:

(1) Das Einleiten ins Meer von Stoffen der Gruppe A im Sinne des Abschnitts B Absatz 1 Buchstabe a oder der vorläufig als solche bewerteten Stoffe oder von Ballastwasser, Tankwaschwasser oder sonstigen Rückständen oder Gemischen, die solche Stoffe enthalten, ist verboten. Müssen Tanks, die derartige Stoffe oder Gemische enthalten, ausgewaschen werden, so müssen die dabei anfallenden Rückstände in eine Auffanganlage eingeleitet werden, welche die Vertragsparteien nach Abschnitt H einrichten, bis die Konzentration des Stoffes in dem Ausfluß in die Anlage bei oder unter der für diesen Stoff in Spalte IV des Anhangs III vorgeschriebenen Restkonzentration liegt und bis der Tank leer ist. Sofern der dann noch in dem Tank verbleibende Rückstand danach durch Hinzufügen einer Wassermenge von mindestens

5 vom Hundert des Gesamthalts des Tanks verdünnt wird, kann er in das Meer eingeleitet werden, wenn auch alle folgenden Bedingungen erfüllt sind:

- a) das Schiff fährt auf seinem Kurs mit einer Geschwindigkeit von mindestens 7 Knoten bei Schiffen mit eigenem Antrieb oder 4 Knoten bei Schiffen ohne eigenen Antrieb;
- b) das Einleiten erfolgt unterhalb der Wasserlinie, wobei die Lage der Seewassereinflüsse zu berücksichtigen ist, und
- c) das Einleiten erfolgt in einer Entfernung von mindestens 12 Seemeilen vom nächstgelegenen Land und bei einer Wassertiefe von mindestens 25 Meter.

(2) Das Einleiten ins Meer von Stoffen der Gruppe B im Sinne des Abschnitts B Absatz 1 Buchstabe b oder von vorläufig als solche bewerteten Stoffen oder von Ballastwasser, Tankwaschwasser oder sonstigen Rückständen oder Gemischen, die solche Stoffe enthalten, ist verboten, sofern nicht alle folgenden Bedingungen erfüllt sind:

- a) der Tank wurde nach dem Lenzen mit einer Wassermenge von mindestens 0,5 vom Hundert seines Gesamthalts ausgewaschen, und die dabei anfallenden Rückstände wurden in eine Auffanganlage eingeleitet, bis der Tank leer war;
- b) das Schiff fährt auf seinem Kurs mit einer Geschwindigkeit von mindestens 7 Knoten bei Schiffen mit eigenem Antrieb oder mindestens 4 Knoten bei Schiffen ohne eigenen Antrieb;
- c) die Verfahren und Vorkehrungen für das Einleiten und Auswaschen sind von der Verwaltung zugelassen und stellen sicher, daß die Konzentration des Ausflusses und die Einleitrateso beschaffen sind, daß die Konzentration des Stoffes im Kielwasser am Heck des Schiffes 1 ppm nicht überschreitet;
- d) das Einleiten erfolgt unterhalb der Wasserlinie, wobei die Lage der Seewassereinflüsse zu berücksichtigen ist, und
- e) das Einleiten erfolgt in einer Entfernung von mindestens 12 Seemeilen vom nächstgelegenen Land und bei einer Wassertiefe von mindestens 25 Meter.

(3) Das Einleiten ins Meer von Stoffen der Gruppe C im Sinne des Abschnitts B Absatz 1 Buchstabe c oder von vorläufig als solche bewerteten Stoffen oder von Ballastwasser, Tankwaschwasser oder sonstigen Rückständen oder Gemischen, die solche Stoffe enthalten, ist verboten, sofern nicht alle folgenden Bedingungen erfüllt sind:

- a) das Schiff fährt auf seinem Kurs mit einer Geschwindigkeit von mindestens 7 Knoten bei Schiffen mit eigenem Antrieb oder mindestens 4 Knoten bei Schiffen ohne eigenen Antrieb;
- b) die Verfahren und Vorkehrungen für das Einleiten sind von der Verwaltung zugelassen und stellen sicher, daß die Konzentration des Ausflusses und die Einleitrateso beschaffen sind, daß die Konzentration des Stoffes im Kielwasser am Heck des Schiffes 1 ppm nicht überschreitet;
- c) die Höchstmenge der aus jedem Tank und dem dazugehörigen Leitungssystem eingeleiteten Ladung überschreitet nicht die nach den in Absatz 3 Buchstabe b bezeichneten Verfahren zugelassene Höchstmenge, die keinesfalls größer sein darf als 1 Kubikmeter oder $\frac{1}{2000}$ der Tankkapazität in Kubikmeter, je nachdem, welcher Wert größer ist;
- d) das Einleiten erfolgt unterhalb der Wasserlinie, wobei die Lage der Seewassereinflüsse zu berücksichtigen ist, und
- e) das Einleiten erfolgt in einer Entfernung von mindestens 12 Seemeilen vom nächstgelegenen Land und bei einer Wassertiefe von mindestens 25 Meter.

(4) Das Einleiten ins Meer von Stoffen der Gruppe D im Sinne des Abschnitts B Absatz 1 Buchstabe d oder von vorläufig

als solche bewerteten Stoffen oder von Ballastwasser, Tankwaschwasser oder sonstigen Rückständen oder Gemischen, die solche Stoffe enthalten, ist verboten, sofern nicht alle folgenden Bedingungen erfüllt sind:

- a) das Schiff fährt auf seinem Kurs mit einer Geschwindigkeit von mindestens 7 Knoten bei Schiffen mit eigenem Antrieb oder mindestens 4 Knoten bei Schiffen ohne eigenen Antrieb;
- b) die Gemische haben eine Konzentration von höchstens einem Teil des jeweiligen Stoffes auf zehn Teile Wasser und
- c) das Einleiten erfolgt in einer Entfernung von mindestens 12 Seemeilen vom nächstgelegenen Land.

(5) Von der Verwaltung zugelassene Lüftungsverfahren können zur Beseitigung von Ladungsrückständen aus einem Tank verwendet werden. Ist danach ein Auswaschen des Tanks erforderlich, so hat das Einleiten des dabei anfallenden Tankwaschwassers ins Meer nach Absatz 1, 2, 3 oder 4 zu erfolgen.

(6) Das Einleiten ins Meer von Stoffen, die nicht in eine Gruppe eingestuft, vorläufig bewertet oder nach Abschnitt C Absatz 1 beurteilt worden sind, oder von Ballastwasser, Tankwaschwasser oder sonstigen Rückständen oder Gemischen, die solche Stoffe enthalten, ist verboten.

E Ausnahmen

Abschnitt D gilt nicht

- a) für das Einleiten ins Meer von schädlichen flüssigen Stoffen oder von solche Stoffe enthaltenden Gemischen, das aus Gründen der Schiffssicherheit oder zur Rettung von Menschenleben auf See erforderlich ist,
- b) für das Einleiten ins Meer von schädlichen flüssigen Stoffen oder von solche Stoffe enthaltenden Gemischen infolge der Beschädigung eines Schiffes oder seiner Ausrüstung,
 - i) sofern nach Eintritt des Schadens oder Feststellung des Einleitens alle angemessenen Vorsichtsmaßnahmen getroffen worden sind, um das Einleiten zu verhüten oder auf ein Mindestmaß zu beschränken, und
 - ii) sofern nicht der Eigentümer oder der Kapitän entweder in Schädigungsabsicht oder fahrlässig und in Kenntnis der Tatsache gehandelt hat, daß wahrscheinlich ein Schaden entstehen würde, oder
- c) für das von der Verwaltung zugelassene Einleiten ins Meer von schädlichen flüssigen Stoffen oder von solche Stoffe enthaltenden Gemischen, wenn es der Bekämpfung eines bestimmten Verschmutzungsereignisses dient, um den Verschmutzungsschaden auf ein Mindestmaß zu beschränken. Jedes derartige Einleiten bedarf der Genehmigung jeder Vertragspartei, in deren Jurisdiktion das Einleiten vorgesehen ist.

F Überwachungsmaßnahmen

- (1) Die Vertragsparteien ernennen oder ermächtigen Besichtiger für die Durchführung dieses Abschnitts.

Stoffe der Gruppe A

- (2) a) Wird ein Tank teilweise gelenzt oder gelenzt, aber nicht gereinigt, so ist eine entsprechende Eintragung im Ladungstagebuch vorzunehmen;
- b) bis zur Reinigung des Tanks ist jeder nachfolgende Pump- oder Umladevorgang im Zusammenhang mit diesem Tank ebenfalls in das Ladungstagebuch einzutragen.

- (3) Soll der Tank ausgewaschen werden,

- a) so ist der beim Tankwaschen anfallende Ausfluß aus dem Schiff mindestens so lange in eine Auffanganlage einzuleiten, bis die Konzentration des Stoffes in der eingeleiteten Flüssigkeit nachweislich einer Analyse von durch den Besichtiger entnommenen Ausflußproben auf die für diesen Stoff in Anhang III festgesetzte Restkonzentration gesunken ist. Ist die vorgeschrie-

bene Restkonzentration erreicht, so ist das übrige Tankwaschwasser weiterhin in die Auffanganlage einzuleiten, bis der Tank leer ist. Entsprechende Eintragungen über diese Vorgänge sind im Ladungstagebuch vorzunehmen und vom Besichtigter zu bestätigen; und

- b) so kann nach Verdünnung des dann im Tank verbleibenden Rückstands mit einer Wassermenge von mindestens 5 vom Hundert der Tankkapazität dieses Gemisch nach Abschnitt D Absatz 1 Buchstaben a, b und c ins Meer eingeleitet werden. Entsprechende Eintragungen über diese Vorgänge sind im Ladungstagebuch vorzunehmen.

(4) Ist die Regierung der die Ladung empfangenden Vertragspartei davon überzeugt, daß es unmöglich ist, die Konzentration des Stoffes in dem Ausfluß zu messen, ohne eine ungebührliche Verzögerung für das Schiff zu verursachen, so kann diese Vertragspartei ein anderes Verfahren als gleichwertig mit dem in Absatz 3 Buchstabe a vorgesehenen anerkennen,

- a) sofern ein Vorreinigungsverfahren für diesen Tank und diesen Stoff von der Verwaltung zugelassen ist und die Vertragspartei davon überzeugt ist, daß dieses Verfahren den Vorschriften des Abschnitts D Absatz 1 hinsichtlich der Erzielung der vorgeschriebenen Restkonzentrationen entsprechen wird;
- b) sofern ein von dieser Vertragspartei gehörig ermächtigter Besichtigter im Ladungstagebuch bescheinigt,
- i) daß der Tank, sein Pumpen- und Leitungssystem geleert worden sind und daß die in dem Tank verbleibende Ladungsmenge bei oder unter der Menge liegt, auf die sich das unter Ziffer ii) bezeichnete zugelassene Vorreinigungsverfahren stützt;
 - ii) daß die Vorreinigung nach dem von der Verwaltung für diesen Tank und diesen Stoff zugelassenen Verfahren durchgeführt wurde und
 - iii) daß das bei dieser Vorreinigung anfallende Tankwaschwasser in eine Auffanganlage eingeleitet worden ist und daß der Tank leer ist;
- c) sofern das Einleiten etwaiger verbleibender Rückstände ins Meer nach Maßgabe des Absatzes 3 Buchstabe b erfolgt und eine entsprechende Eintragung im Ladungstagebuch vorgenommen wird.

Stoffe der Gruppe B

(5) Vorbehaltlich der von der Vertragspartei für notwendig erachteten Aufsicht und Genehmigung durch den ermächtigten oder ernannten Besichtigter muß der Kapitän eines Schiffes im Hinblick auf einen Stoff der Gruppe B sicherstellen, daß folgende Vorschriften befolgt werden:

- a) Wird ein Tank teilweise gelenzt oder gelenzt, aber nicht gereinigt, so ist eine entsprechende Eintragung im Ladungstagebuch vorzunehmen;
- b) bis zur Reinigung dieses Tanks ist jeder nachfolgende Pump- oder Umladevorgang im Zusammenhang mit diesem Tank ebenfalls in das Ladungstagebuch einzutragen;
- c) soll der Tank ausgewaschen werden, so ist der beim Tankwaschen, zu dem eine Wassermenge von mindestens 0,5 vom Hundert des Gesamtinhalts des Tanks zu verwenden ist, anfallende Ausfluß aus dem Schiff in eine Auffanganlage einzuleiten, bis der Tank, sein Pumpen- und Leitungssystem leer sind. Eine entsprechende Eintragung ist im Ladungstagebuch vorzunehmen;
- d) soll der Tank auf See weiter gereinigt und geleert werden, so hat der Kapitän sicherzustellen,
- i) daß die in Abschnitt D Absatz 2 Buchstabe c vorgesehenen zugelassenen Verfahren angewendet werden und daß die entsprechenden Eintragungen im Ladungstagebuch vorgenommen werden und
 - ii) daß jedes Einleiten ins Meer gemäß den Vorschriften des Abschnitts D Absatz 2 erfolgt und eine ent-

sprechende Eintragung im Ladungstagebuch vorgenommen wird;

- e) sollen nach dem Löschen eines Stoffes der Gruppe B Rückstände von Tankwaschwasser an Bord behalten werden, bis sich das Schiff außerhalb des Ostseegebiets befindet, so vermerkt der Kapitän dies durch eine entsprechende Eintragung im Ladungstagebuch.

Stoffe der Gruppe C

(6) Vorbehaltlich der von der Vertragspartei für notwendig erachteten Aufsicht und Genehmigung durch den ermächtigten oder ernannten Besichtigter muß der Kapitän eines Schiffes im Hinblick auf einen Stoff der Gruppe C sicherstellen, daß folgende Vorschriften befolgt werden:

- a) Wird ein Tank teilweise gelenzt oder gelenzt, aber nicht gereinigt, so ist eine entsprechende Eintragung im Ladungstagebuch vorzunehmen;
- b) soll der Tank auf See gereinigt werden,
- i) so ist das Leitungssystem für diesen Tank zu entleeren und eine entsprechende Eintragung im Ladungstagebuch vorzunehmen;
 - ii) so darf die in dem Tank verbleibende Menge des Stoffes die Höchstmenge nicht überschreiten, in der dieser Stoff nach Abschnitt D Absatz 3 Buchstabe c ins Meer eingeleitet werden darf. Eine entsprechende Eintragung ist im Ladungstagebuch vorzunehmen;
 - iii) so sind, wenn die verbleibende Menge des Stoffes ins Meer eingeleitet werden soll, die zugelassenen Verfahren anzuwenden und so ist der Stoff so weit zu verdünnen, wie es für ein solches Einleiten erforderlich ist. Eine entsprechende Eintragung ist im Ladungstagebuch vorzunehmen; oder
 - iv) so ist, wenn das Tankwaschwasser nicht ins Meer eingeleitet wird, eine entsprechende Eintragung im Ladungstagebuch vorzunehmen, sobald Tankwaschwasser aus diesem Tank innerhalb des Schiffes umpumpt wird, und
 - v) so hat jedes spätere Einleiten solchen Tankwassers ins Meer nach den Vorschriften des Abschnitts D Absatz 3 zu erfolgen;
- c) soll der Tank im Hafen gereinigt werden,
- i) so ist das Tankwaschwasser in eine Auffanganlage einzuleiten und eine entsprechende Eintragung im Ladungstagebuch vorzunehmen oder
 - ii) so ist das Tankwaschwasser an Bord des Schiffes zu behalten und unter Angabe des Aufbewahrungsorts und des späteren Verbleibs des Tankwassers eine entsprechende Eintragung im Ladungstagebuch vorzunehmen;
- d) sollen nach dem Löschen eines Stoffes der Gruppe C innerhalb des Ostseegebiets Rückstände oder Tankwaschwasser an Bord behalten werden, bis sich das Schiff außerhalb dieses Gebiets befindet, so vermerkt der Kapitän dies durch eine entsprechende Eintragung im Ladungstagebuch.

Stoffe der Gruppe D

(7) Hinsichtlich eines Stoffes der Gruppe D hat der Kapitän eines Schiffes die Einhaltung folgender Vorschriften sicherzustellen:

- a) Wird ein Tank teilweise gelenzt oder gelenzt, aber nicht gereinigt, so ist eine entsprechende Eintragung im Ladungstagebuch vorzunehmen;
- b) soll der Tank auf See gereinigt werden,
- i) so ist das Leitungssystem für diesen Tank zu entleeren und eine entsprechende Eintragung im Ladungstagebuch vorzunehmen;
 - ii) so ist, wenn die verbleibende Menge des Stoffes ins Meer eingeleitet werden soll, der Stoff so weit zu verdünnen, wie es für ein solches Einleiten erforderlich ist. Eine entsprechende Eintragung ist im Ladungstagebuch vorzunehmen;

- iii) so ist, wenn das Tankwaschwasser nicht ins Meer eingeleitet wird, eine entsprechende Eintragung im Ladungstagebuch vorzunehmen, sobald Tankwaschwasser aus diesem Tank innerhalb des Schiffes umgepumpt wird, und
 - iv) so hat jedes spätere Einleiten dieses Tankwaschwassers ins Meer nach den Vorschriften des Abschnitts D Absatz 4 zu erfolgen;
- c) soll der Tank im Hafen gereinigt werden,
- i) so ist das Tankwaschwasser in eine Auffanganlage einzuleiten und eine entsprechende Eintragung im Ladungstagebuch vorzunehmen oder
 - ii) so ist das Tankwaschwasser an Bord des Schiffes zu behalten und unter Angabe des Aufbewahrungsorts und des späteren Verbleibs des Tankwaschwassers eine entsprechende Eintragung im Ladungstagebuch vorzunehmen.

Einleiten aus einem Setztank

(8) Alle an Bord in einem Setztank zurückgehaltenen Rückstände einschließlich der Rückstände aus Pumpenraumbilgen, die einen Stoff der Gruppe A oder B enthalten, sind nach Maßgabe des Abschnitts D Absatz 1 oder 2 in eine Auffanganlage einzuleiten. Eine entsprechende Eintragung ist im Ladungstagebuch vorzunehmen.

(9) Alle an Bord in einem Setztank zurückgehaltenen Rückstände einschließlich der Rückstände aus Pumpenraumbilgen, die einen Stoff der Gruppe C in einer Menge enthalten, die über den gesamten in Abschnitt D Absatz 3 Buchstabe c festgelegten Höchstmengen liegt, sind in eine Auffanganlage einzuleiten. Eine entsprechende Eintragung ist im Ladungstagebuch vorzunehmen.

G Ladungstagebuch

(1) Jedes Schiff, für das diese Regel gilt, hat als Teil des amtlich vorgeschriebenen Schiffstagebuchs oder gesondert ein Ladungstagebuch nach dem Muster des Anhangs V zu führen.

(2) Das Ladungstagebuch ist für jeden Tank auszufüllen, wenn einer der folgenden Vorgänge in bezug auf einen schädlichen flüssigen Stoff auf dem Schiff stattfindet:

- i) Beladen;
- ii) Entladen;
- iii) Umpumpen von Ladung;
- iv) Umpumpen von Ladung, Ladungsrückständen oder Ladung enthaltenden Gemischen in einen Setztank;
- v) Reinigen der Ladetanks;
- vi) Umpumpen aus Setztanks;
- vii) Füllen der Ladetanks mit Ballast;
- viii) Umpumpen schmutzigen Ballastwassers;
- ix) Einleiten ins Meer nach Abschnitt D.

(3) Im Fall eines absichtlichen oder unfallbedingten Einleitens eines schädlichen flüssigen Stoffes oder eines solchen Stoff enthaltenden Gemisches nach Maßgabe der Anlage VI und des Abschnitts E der vorliegenden Regel ist im Ladungstagebuch eine Eintragung vorzunehmen, in der die Umstände des Einleitens und die Gründe dafür anzugeben sind.

(4) Hat ein von einer Vertragspartei zur Überwachung von Vorgängen aufgrund dieser Regel ernannter oder ermächtigter Besichtigter ein Schiff untersucht, so hat er eine entsprechende Eintragung im Ladungstagebuch vorzunehmen.

(5) Jeder Vorgang nach den Absätzen 2 und 3 ist unverzüglich vollständig im Ladungstagebuch einzutragen, so daß alle diesbezüglichen Eintragungen auf dem laufenden Stand sind. Jede Eintragung ist von den für den betreffenden Vorgang verantwortlichen Offizieren zu unterschreiben; wenn das Schiff bemannt ist, ist außerdem jede Seite vom Kapitän des Schiffes zu unterschreiben. Die Eintragungen im Ladungstagebuch erfolgen in einer Amtssprache des Staates, dessen Flagge das Schiff zu führen berechtigt ist, sowie in englischer oder französischer Sprache, wenn das Schiff nicht auf Inlandfahrt

eingesetzt ist. Die Eintragungen in einer amtlichen Landessprache des Staates, dessen Flagge das Schiff zu führen berechtigt ist, sind im Fall einer Streitigkeit oder eines Unterschieds maßgebend.

(6) Das Ladungstagebuch ist so aufzubewahren, daß es für eine Überprüfung ohne weiteres zur Verfügung steht; außer bei unbemannten geschleppten Schiffen muß es sich an Bord des Schiffes befinden. Nach der letzten Eintragung muß es zwei Jahre lang aufbewahrt werden.

(7) Die zuständige Dienststelle einer Vertragspartei kann das Ladungstagebuch an Bord jedes Schiffes, für das diese Regel gilt, während seines Aufenthalts in ihren Häfen überprüfen, daraus Abschriften jeder Eintragung fertigen und die Richtigkeit dieser Abschriften vom Kapitän bescheinigen lassen. Jede so gefertigte und vom Kapitän als richtig bescheinigte Abschrift einer Eintragung im Ladungstagebuch des Schiffes ist in Gerichtsverfahren als Beweismittel für die in der Eintragung angegebenen Tatsachen zuzulassen. Die Überprüfung des Ladungstagebuchs und die Anfertigung einer beglaubigten Abschrift durch die zuständige Dienststelle aufgrund dieses Abschnitts sind so schnell wie möglich und ohne ungebührliche Verzögerung für das Schiff durchzuführen.

H Auffanganlagen

(1) Die Vertragsparteien verpflichten sich, die Einrichtung von Auffanganlagen entsprechend den Erfordernissen der ihre Häfen, Umschlagplätze oder Reparaturhäfen im Ostseegebiet benutzenden Schiffe wie folgt sicherzustellen:

- a) Lade- und Löschhäfen sowie Umschlagplätze müssen mit Anlagen ausgestattet sein, die ohne ungebührliche Verzögerung für die Schiffe diejenigen schädliche flüssige Stoffe enthaltenden Rückstände und Gemische aufnehmen können, die infolge der Anwendung dieser Regel auf den sie befördernden Schiffen zur Abgabe zurückbleiben, und
- b) Schiffsreparaturhäfen, die Reparaturen an Chemikalienschiffen vornehmen, müssen mit Anlagen ausgestattet sein, die schädliche flüssige Stoffe enthaltende Rückstände und Gemische aufnehmen können.

(2) Jede Vertragspartei bestimmt, welche Arten von Anlagen für die Zwecke des Absatzes 1 in ihren Lade- und Löschhäfen, ihren Umschlagplätzen und Schiffsreparaturhäfen im Ostseegebiet eingerichtet werden.

REGEL 6

SCHADSTOFFE IN VERPACKTER FORM

A. Die Vertragsparteien wenden so bald wie möglich geeignete einheitliche Regeln für die Beförderung von Schadstoffen in verpackter Form oder in Containern, ortsbeweglichen Behältern oder Straßen- und Schienentankwagen an.

B. Bei bestimmten Schadstoffen, die von der Kommission bestimmt werden können, teilt der Kapitän oder Eigentümer des Schiffes oder sein Vertreter dem zuständigen Hafenamt mindestens 24 Stunden im voraus die Absicht mit, solche Stoffe zu laden oder zu löschen.

C. Eine Meldung über ein Ereignis im Zusammenhang mit Schadstoffen wird nach Maßgabe der Anlage VI gemacht.

REGEL 7

ABWASSER

Die Vertragsparteien wenden die Abschnitte A bis D auf das Einleiten von Abwasser aus Schiffen an, die im Ostseegebiet betrieben werden.

A Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieser Regel haben die nachstehenden Ausdrücke folgende Bedeutung:

- 1. Der Ausdruck „neues Schiff“ bezeichnet ein Schiff,
 - a) für das der Bauauftrag an oder nach dem Tag des Inkrafttretens dieser Konvention erteilt wurde oder, falls

kein Bauauftrag vorliegt, dessen Kiel zu diesem Zeitpunkt gelegt wird oder das sich zu diesem Zeitpunkt in einem entsprechenden Bauzustand befindet oder

b) das mindestens drei Jahre nach dem Tag des Inkrafttretens dieser Konvention geliefert wird.

2. Der Ausdruck „vorhandenes Schiff“ bezeichnet ein Schiff, das kein neues Schiff ist.

3. Der Ausdruck „Abwasser“ bezeichnet

a) Ablauf und sonstigen Abfall aus jeder Art von Toilette, Pissoir und WC-Speigatt;

b) Ablauf aus dem Sanitätsbereich (Apotheke, Hospital usw.) durch in diesem Bereich gelegene Waschbecken, Waschwannen und Speigatte;

c) Ablauf aus Räumen, in denen sich lebende Tiere befinden, oder

d) sonstiges Schmutzwasser, wenn es mit dem vorstehend definierten Ablauf gemischt ist.

4. Der Ausdruck „Sammeltank“ bezeichnet einen Tank, der zum Sammeln und Aufbewahren von Abwasser verwendet wird.

B Anwendung

(1) Diese Regel gilt

a) für neue Schiffe, die für eine Beförderung von mehr als 100 Personen zugelassen sind, spätestens vom 1. Januar 1977 an;

b) für vorhandene Schiffe, die für eine Beförderung von mehr als 400 Personen zugelassen sind, spätestens vom 1. Januar 1978 an sowie

c) für die nachstehend bezeichneten sonstigen Schiffe von Zeitpunkten an, die von den Vertragsparteien auf Empfehlung der Kommission beschlossen werden:

i) Schiffe mit einem Bruttoreaumgehalt von 200 und mehr RT₂

ii) Schiffe mit einem Bruttoreaumgehalt von weniger als 200 RT, die für eine Beförderung von mehr als 10 Personen zugelassen sind,

iii) Schiffe, die keinen vermessenen Bruttoreaumgehalt haben und die für eine Beförderung von mehr als 10 Personen zugelassen sind.

Bei neuen derartigen Schiffen darf der Zeitpunkt nicht nach dem 1. Januar 1979 liegen. Bei vorhandenen derartigen Schiffen darf der Zeitpunkt nicht mehr als zehn Jahre nach dem für neue Schiffe beschlossenen Zeitpunkt liegen.

(2) Ist eine Vertragspartei überzeugt, daß die Anwendung des Absatzes 1 Buchstabe b auf ein bestimmtes Schiff bauliche Veränderungen erfordern würde, die unzumutbar wären, so kann sie das Schiff bis zu einem Zeitpunkt, der nicht später als zehn Jahre nach Inkrafttreten dieser Konvention liegt, von der Anwendung befreien.

C Einleiten von Abwasser

(1) Vorbehaltlich des Abschnitts D ist das Einleiten von Abwasser ins Meer verboten, es sei denn,

a) daß das Schiff durch eine von der Verwaltung zugelassene Anlage mechanisch behandeltes und desinfiziertes Abwasser in einer Entfernung von mehr als 4 Seemeilen vom nächstgelegenen Land einleitet oder nicht mechanisch behandeltes oder desinfiziertes Abwasser in einer Entfernung von mehr als 12 Seemeilen vom nächstgelegenen Land einleitet, sofern das Abwasser, das in Sammel tanks aufbewahrt worden ist, jeweils nicht auf einmal, sondern mit einer mäßigen Rate eingeleitet wird, während das Schiff mit einer Geschwindigkeit von mindestens 4 Knoten auf seinem Kurs fährt, oder

b) daß das Schiff eine von der Verwaltung zugelassene Abwasser-Aufbereitungsanlage betreibt und

i) die Testergebnisse der Anlage in einem auf dem Schiff mitgeführten Schriftstück niedergelegt sind,

ii) außerdem der Ausfluß in dem das Schiff umgebenden Wasser keine sichtbaren schwimmenden Festkörper erzeugt und keine Verfärbung dieses Wassers hervorruft;

c) daß das Schiff sich in Gewässern in der Jurisdiktion eines Staates befindet und Abwasser im Einklang mit den von diesem Staat erlassenen weniger strengen Vorschriften einleitet.

(2) Ist das Abwasser mit Abfällen oder Schmutzwasser vermischt, für die andere Einleitvorschriften gelten, so finden die strengeren Vorschriften Anwendung.

D Ausnahmen

Abschnitt C gilt nicht

a) für das Einleiten von Abwasser aus einem Schiff, wenn das Einleiten aus Gründen der Sicherheit des Schiffes und der an Bord befindlichen Personen oder zur Rettung von Menschenleben auf See erforderlich ist, oder

b) für das Einleiten von Abwasser infolge der Beschädigung eines Schiffes oder seiner Ausrüstung, wenn vor und nach dem Eintritt des Schadens alle angemessenen Vorsichtsmaßnahmen getroffen worden sind, um das Einleiten zu verhüten oder auf ein Mindestmaß zu beschränken.

E Auffanganlagen

(1) Jede Vertragspartei verpflichtet sich, in ihren Häfen und Umschlagplätzen im Ostseegebiet für die Einrichtung von Anlagen zu sorgen, die Abwasser aufnehmen, ohne eine ungebührliche Verzögerung für die Schiffe zu verursachen, und die ausreichen, um den Erfordernissen der sie in Anspruch nehmenden Schiffe zu genügen.

(2) Damit die Rohrleitungen der Auffanganlagen mit der Abflußleitung des Schiffes verbunden werden können, sind beide Leitungen mit einem genormten Abflußanschluß nach der nachstehenden Tabelle auszustatten:

Normabmessungen der Flansche für Abflußanschlüsse

Beschreibung	Abmessung
Außendurchmesser	210 mm
Innendurchmesser	entsprechend dem Außendurchmesser des Rohres
Schraubenkreisdurchmesser	170 mm
Öffnungen im Flansch	4 Löcher, jedes mit 18 mm Durchmesser, die auf einem Schraubenkreis mit dem genannten Durchmesser in gleichem Abstand voneinander angeordnet und zum äußeren Rand des Flansches offen sind. Die Breite der Öffnung beträgt 18 mm.
Flanschdicke	16 mm
Schrauben und Muttern; Menge und Durchmesser	4, jede mit 16 mm Durchmesser und geeigneter Länge

Der Flansch ist so konstruiert, daß er für Rohre bis zu einem Innendurchmesser von 100 mm geeignet ist; er muß aus Stahl oder einem anderen gleichwertigen Werkstoff mit glatter Oberfläche sein. Dieser Flansch zusammen mit einem geeigneten Dichtungsring muß für einen Betriebsdruck von 6 kg/cm² geeignet sein.

Bei Schiffen mit einer Seitenhöhe von 5 Meter und weniger kann der Innendurchmesser des Abflußanschlusses 38 Millimeter betragen.

REGEL 8**MÜLL**

Die Vertragsparteien wenden die Abschnitte A bis D über die Beseitigung von Müll aus Schiffen während ihres Betriebs im Ostseegebiet so bald wie möglich an, spätestens jedoch am 1. Januar 1976 oder am Tag des Inkrafttretens dieser Konvention, je nachdem, welcher Zeitpunkt später liegt.

A Begriffsbestimmung

Im Sinne dieser Regel hat der nachstehende Ausdruck folgende Bedeutung:

Der Ausdruck „Müll“ bezeichnet alle beim üblichen Betrieb des Schiffes anfallenden und ständig oder in regelmäßigen Abständen zu beseitigenden Arten von Speise-, Haushalts- und Betriebsabfall, ausgenommen Frischfisch und Teile davon; hiervon ausgenommen sind Stoffe, die in anderen Regeln dieser Anlage bezeichnet oder aufgeführt sind.

B Beseitigung von Müll**(1) Vorbehaltlich der Abschnitte C und D**

a) ist die Beseitigung folgender Gegenstände ins Meer verboten:

i) alle Kunststoffgegenstände wie zum Beispiel synthetische Seile, synthetische Fischnetze und Kunststoffmülltüten und

ii) aller sonstige Müll einschließlich Papiererzeugnisse, Lumpen, Glas, Metall, Flaschen, Steingut, Stauholz, Auskleidungs- und Verpackungsmaterial;

b) hat die Beseitigung von Lebensmittelabfällen ins Meer so weit wie möglich von Land, jedoch auf keinen Fall weniger als 12 Seemeilen vom nächstgelegenen Land entfernt, zu erfolgen.

(2) Ist der Müll mit anderen Abfällen gemischt, für die andere Beseitigungs- oder Einleitvorschriften gelten, so finden die strengeren Vorschriften Anwendung.

C Besondere Vorschriften für feste und schwimmende Plattformen

(1) Vorbehaltlich des Absatzes 2 ist die Beseitigung von Gegenständen, für welche diese Regel gilt, von festen oder schwimmenden Plattformen aus, die bei der Erforschung, Ausbeutung und damit zusammenhängenden auf See stattfindenden Verarbeitung von Bodenschätzen des Meeresgrunds eingesetzt sind, sowie von allen sonstigen Schiffen aus, die sich neben oder im Umkreis von 500 Meter von diesen Plattformen befinden, verboten.

(2) Die Beseitigung von Lebensmittelabfällen ins Meer von derartigen festen oder schwimmenden Plattformen aus, die mehr als 12 Seemeilen vom Land entfernt sind, sowie von allen sonstigen Schiffen aus, die sich neben oder im Umkreis von 500 Meter von diesen Plattformen befinden, kann erlaubt werden, wenn die Abfälle durch eine Zerkleinerungs- oder Mahlanlage geleitet worden sind. Diese zerkleinerten oder zermahlene Lebensmittelabfälle müssen ein Sieb mit Öffnungen von höchstens 25 Millimeter passieren können.

D Ausnahmen

Die Abschnitte B und C gelten nicht

a) für die Beseitigung von Müll von einem Schiff aus, das aus Gründen der Sicherheit des Schiffes und der an Bord

befindlichen Personen oder zur Rettung von Menschenleben auf See erforderlich ist,

b) für das Überbordgehen von Müll aufgrund einer Beschädigung des Schiffes oder seiner Ausrüstung, sofern vor und nach dem Eintritt des Schadens alle angemessenen Vorsichtsmaßnahmen getroffen worden sind, um das Überbordgehen zu verhüten oder auf ein Mindestmaß zu beschränken, oder

c) für den unfallbedingten Verlust synthetischer Fischnetze oder synthetischen Materials im Zusammenhang mit dem Instandsetzen derartiger Netze, sofern alle angemessenen Vorsichtsmaßnahmen getroffen worden sind, um diesen Verlust zu verhüten.

E Auffanganlagen

Jede Vertragspartei verpflichtet sich, in ihren Häfen und Umschlagplätzen im Ostseegebiet für die Einrichtung von Anlagen zu sorgen, die entsprechend den Erfordernissen der sie in Anspruch nehmenden Schiffe ohne ungebührliche Verzögerung für diese Müll aufnehmen können.

ANLAGE IV**ANHANG I****LISTE DER ÖLE***

Asphaltlösungen	Benzinmischstoffe
Mischstoffe	Alkylat-Treibstoff
Dachflußmittel	Reformate
Destillationsrückstände	Polymer-Treibstoff
Öle	Benzine
geklärt	Naturgasolin
Rohöl	Kraftfahrzeugbenzin
Rohöl enthaltende Gemische	Flugzeugbenzin
Dieselloil	einfach destilliert
Heizöl Nr. 4	Heizöl Nr. 1 (Kerosin)
Heizöl Nr. 5	Heizöl Nr. 1-D
Heizöl Nr. 6	Heizöl Nr. 2
Rückstandsheizöl	Heizöl Nr. 2-D
Straßenöl	
Transformatoröl	Treibstoffe für
Aromatisches Öl	Düsenflugzeuge
(ausschließlich Pflanzenöl)	JP-1 (Kerosin)
Schmieröle und Mischstoffe	JP-3
Mineralöl	JP-4
Motorenöl	JP-5 (Kerosin, schwer)
Durchdringungsl	Turbinentreibstoff
Spindelöl	Kerosin
Turbinenöl	Lackbenzin
Destillate	Schwerbenzin
einfach destilliert	Lösungsmittel
im Kurzwegverfahren	Petroleum
gewonnene Sammeldestillate	Herzschnitt-Destillatöl
Gasöl	
Krackgasöl	

* Die Liste der Öle ist nicht unbedingt als umfassend zu betrachten.

ANLAGE IV

ANHANG II

RICHTLINIEN FÜR DIE EINSTUFUNG
SCHÄDLICHER FLÜSSIGER STOFFE

Gruppe A

Stoffe, die biologisch angesammelt werden und eine Gefahr für Wasserpflanzen und -tiere oder die menschliche Gesundheit bilden können oder die hochgiftig für Wasserpflanzen und -tiere sind (ausgedrückt durch Gefahrenstufe 4, bezeichnet durch eine mittlere Toleranzgrenze [TLm] von weniger als 1 ppm) sowie bestimmte Stoffe, die mäßig giftig für Wasserpflanzen und -tiere sind (ausgedrückt durch Gefahrenstufe 3, bezeichnet durch eine TLm von 1 oder mehr, aber weniger als 10 ppm), wenn zusätzlichen Faktoren im Gefahrenprofil oder besonderen Eigenschaften des Stoffes besondere Bedeutung beigemessen wird.

Gruppe B

Stoffe, die biologisch angesammelt, jedoch nur kurze Zeit — etwa eine Woche oder weniger — festgehalten werden, die eine Beeinträchtigung der aus dem Meer gewonnenen Nahrung hervorrufen können oder die mäßig giftig für Wasserpflanzen und -tiere sind (ausgedrückt durch Gefahrenstufe 3, bezeichnet durch eine TLm von 1 oder mehr, aber weniger als 10 ppm) sowie bestimmte Stoffe, die leicht giftig für Wasserpflanzen und -tiere sind (ausgedrückt durch Gefahrenstufe 2, bezeichnet durch eine TLm von 10 oder mehr, aber weniger als 100 ppm), wenn zusätzlichen Faktoren im Gefahrenprofil oder besonderen Eigenschaften des Stoffes besondere Bedeutung beigemessen wird.

Gruppe C

Stoffe, die leicht giftig für Wasserpflanzen und -tiere sind (ausgedrückt durch Gefahrenstufe 3, bezeichnet durch eine TLm von 10 oder mehr, aber weniger als 100 ppm) sowie bestimmte Stoffe, die praktisch ungiftig für Wasserpflanzen und -tiere sind (ausgedrückt durch Gefahrenstufe 1, bezeichnet durch eine TLm von 100 oder mehr, aber weniger als 1 000 ppm), wenn zusätzlichen Faktoren im Gefahrenprofil oder besonderen Eigenschaften des Stoffes besondere Bedeutung beigemessen wird.

Gruppe D

Stoffe, die praktisch ungiftig für Wasserpflanzen und -tiere sind (ausgedrückt durch Gefahrenstufe 1, bezeichnet durch eine TLm von 100 oder mehr, aber weniger als 1 000 ppm), die Flächenablagerungen auf dem Meeresgrund mit einem hohen biochemischen Sauerstoffbedarf (BSB) bilden, die sehr gefährlich für die menschliche Gesundheit sind — LD₅₀ weniger als 5 mg/kg —, die wegen der Beständigkeit, des Geruchs oder der giftigen oder Reizwirkung, welche die Benutzung der Strände möglicherweise beeinträchtigt, eine mäßige Beeinträchtigung der Annehmlichkeiten der Umwelt verursachen oder die mäßig gefährlich für die menschliche Gesundheit sind — LD₅₀ von 5 mg/kg oder mehr, aber weniger als 50 mg/kg — und die eine leichte Beeinträchtigung der Annehmlichkeiten der Umwelt verursachen.

Sonstige flüssige Stoffe (im Sinne des Abschnitts C der Regel 5)

Andere als die in die Gruppen A, B, C und D eingestufteten Stoffe.

ANLAGE IV

ANHANG III

LISTE DER ALS MASSENGUT BEFÖRDERTEN
SCHÄDLICHEN FLÜSSIGEN STOFFE

Stoff	Nummer (Verträge Nationen)	Verschmutzungs- gruppe für befristete- bedingtes Einleiten				Restkonzentration (Gewichts- prozente)
		(Ab- schnitt B Regel 5)	(Ab- schnitt D (1) der Re- gel 5)	I	II	
Acetaldehyd	1089	C				
Essigsäure	1842	C				
Essigsäureanhydrid	1715	C				
Aceton	1090	D				
Acetoncyanhydrin	1541	A			0,05	
Acetylchlorid	1717	C				
Acrolein	1092	A			0,05	
Acrylsäure*	—	C				
Acrylnitril	1093	B				
Adiponitril	—	D				
Alkylbenzolsulfonat (gerade Kette)	—	C				
(vernetzte Kette)	—	B				
Allylalkohol	1098	B				
Allylchlorid	1100	C				
Alaun (15%ige Lösung)	—	D				
Aminoäthyl-äthanolamin (Hydroxyäthyläthylendiamin)*	—	D				
Ammoniak (28% wasserhaltig)	1005	B				
iso-Amylacetat	1104	C				
n-Amylacetat	1104	C				
n-Amylalkohol	—	D				
Anilin	1547	C				
Benzol	1114	C				
Benzylalkohol	—	D				
Benzylchlorid	1738	B				
n-Butylacetat	1123	D				
sec-Butylacetat	1124	D				
n-Butylacrylat	—	D				
Butylbutyrat*	—	B				
Butylenglycol(e)	—	D				
Butylmethacrylat	—	D				
n-Butyraldehyd	1129	B				
Buttersäure	—	B				
Calciumhydroxyd (Lösung)	—	D				
Kampheröl	1130	B				
Schwefelkohlenstoff	1131	A			0,005	
Tetrachlorkohlenstoff	1848	B				
Ätzkali (Kaliumhydroxyd)	1814	C				
Chloressigsäure	1750	C				
Chloroform	1888	B				
Chlorhydrine (roh)*	—	D				
Chloropren*	1991	C				

* Der Stoff ist vorläufig in diese Liste aufgenommen worden; weitere Angaben sind erforderlich, um die Beurteilung seiner Gefährlichkeit für die Umwelt, insbesondere in bezug auf lebende Schätze, abzuschließen.

Stoff	Nummer (Verante Nationen)	Verschmutzungs- gruppe für betriebs- bedingtes Einzelten		Restkon- zentration (Gewichts- prozente)	
		(Ab- schnitt B Regel 5)	(Ab- schnitt D (1) der Re- gel 5)	I	IV im Ostsee- gebiet
Chlorsulfonsäure	1754	C			
para-Chlortoluol	—	B			
Zitronensäure (10–25 %)	—	D			
Kreosot	1334	A	0,05		
Kresole	2076	A	0,05		
Kresolsäure	2022	A	0,05		
Crotonaldehyd	1143	B			
Cumol	1918	C			
Cyclohexan	1145	C			
Cyclohexanol	—	D			
Cyclohexanon	1915	D			
Cyclohexylamin*	—	D			
para-Cymol (Isopropyltoluol)* ..	2046	D			
Decahydronaphthalin	1147	D			
Dekan*	—	D			
Diacetonalkohol*	1148	D			
Dibenzyläther*	—	C			
Dichlorbenzole	1591	A	0,05		
Dichloräthyläther	1916	B			
Dichlorpropen-Dichlorpropan- Gemisch (D.D. Bodendesinfek- tionsmittel)	2047	B			
Diäthylamin	1154	C			
Diäthylbenzol (Isomeren- gemisch)	2049	C			
Diäthyläther	1155	D			
Diäthylentriamin*	2079	C			
Diäthylenglycol-monoäthyl- äther	—	C			
Diäthylketon (3-Pentanon)	1156	D			
Diisobutylen*	2050	D			
Diisobutyliketon	1157	D			
Diisopropanolamin	—	C			
Diisopropylamin	1158	C			
Diisopropyläther*	1159	D			
Dimethylamin (40 % wasser- haltig)	1160	C			
Dimethyläthanolamin (2-Dimethylaminoäthanol)* ..	2051	C			
Dimethylformamid	—	D			
1, 4-Dioxan*	1165	C			
Diphenyl/Diphenyloxyl- Gemische*	—	D			
Dodecylbenzol	—	C			
Epichlorhydrin	2023	B			
2-Äthoxyäthylacetat*	1172	D			
Äthylacetat	1173	D			
Äthylacrylat	1917	D			
Äthylamylketon*	—	C			
Äthylbenzol	1175	C			
Äthylcyclohexan	—	D			
Äthylenchlorhydrin (2-Chlor-äthanol)	1135	D			
Äthylencyanhydrin*	—	D			
Äthylendiamin	1604	C			
Äthylendibromid	1605	B			
Äthylendichlorid	1184	B			
Äthylenglycol-monoäthyläther (Methylkolloidlösung)	1171	D			
2-Äthylhexylacrylat*	—	D			
2-Äthylhexylalkohol	—	C			
Äthylactat*	1192	D			
2-Äthyl 3-propylakrolein*	—	B			
Formaldehyd (37–50 %ige Lösung)	1198	C			
Ameisensäure	1779	D			
Furfurylalkohol	—	C			
Heptansäure*	—	D			
Hexamethyldiamin*	1783	C			
Salzsäure	1789	D			
Flußsäure (40 % wasserhaltig) ..	1790	B			
Wasserstoffperoxyd (mehr als 60 %)	2015	C			
Isobutylacrylat	—	D			
Isobutylalkohol	1212	D			
Isobutylmethacrylat	—	D			
Isobutyraldehyd	2045	C			
Isooktan*	—	D			
Isopentan	—	D			
Isophoron	—	D			
Isopropylamin	1221	C			
Isopropylcyclohexan	—	D			
Isopren	1218	D			
Milchsäure	—	D			
Mesityloxid*	1229	C			
Methylacetat	1231	D			
Methylacrylat	1919	C			
Methylamylalkohol	—	D			
Methylenchlorid	1593	B			
2-Methyl-5-äthylpyridin*	—	B			
Methylmethacrylat	1247	D			
2-Methylpenten*	—	D			
alpha-Methylstyrol*	—	D			
Monochlorbenzol	1134	B			
Monoäthanolamin	—	D			
Monoisopropanolamin	—	C			
Monomethyläthanolamin	—	C			
Mononitrobenzol	—	C			
Monoisopropylamin	—	C			
Morpholin*	2054	C			
Naphthalin (geschmolzen)	1334	A	0,05		
Naphthensäuren*	—	A	0,05		
Salpetersäure (90 %)	2031/ 2032	C			
2-Nitropropan	—	D			
ortho-Nitrotoluol	1664	C			

* Der Stoff ist vorläufig in diese Liste aufgenommen worden; weitere Angaben sind erforderlich, um die Beurteilung seiner Gefährlichkeit für die Umwelt, insbesondere in bezug auf lebende Schätze, abzuschließen.

* Der Stoff ist vorläufig in diese Liste aufgenommen worden; weitere Angaben sind erforderlich, um die Beurteilung seiner Gefährlichkeit für die Umwelt, insbesondere in bezug auf lebende Schätze, abzuschließen.

Stoff	Nummer (Verträge Nationen)	Verschmutzungs- gruppe für betriebs- bedingtes Einleiten (Ab- schnitt B Regel 5)	Restkon- zentration (Gewichts- prozente)			
			I	II	III	IV im Ostsee- gebiet
Nonylalkohol*	—	C				
Nonylphenol	—	C				
n-Oktanol	—	C				
Oleum	1831	C				
Oxalsäure (10–25 %)	—	D				
Pentachloräthan	1669	B				
n-Pentan	1265	C				
Perchloräthylen (Tetrachloräthylen)	1897	B				
Phenol	1871	B				
Phosphorsäure	1805	D				
Phosphor (elementar)	1338	A			0,005	
Phthalsäureanhydrid (geschmolzen)	—	C				
beta-Propiolakton*	—	B				
Propionaldehyd	1275	D				
Propionsäure	1848	D				
Propionanhydrid	—	D				
n-Propylacetat*	1276	C				
n-Propylalkohol	1274	D				
n-Propylamin	1277	C				
Pyridin	1282	B				
Siliciumtetrachlorid	1818	D				
Natriumbichromat (Lösung)	—	C				
Natriumhydroxyd	1824	C				
Natrium-Pentachlorphenolat (Lösung)	—	A			0,05	
Styrol monomer	2055	C				
Schwefelsäure	1830/ 1831/ 1832	C				
Talg	—	D				
Tetraäthylblei	1849	A			0,05	
Tetrahydrofuran	2056	D				
Tetrahydronaphthalin	1540	C				
Tetramethylbenzol	—	D				
Tetramethylblei	1849	A			0,05	
Titantetrachlorid	—	D				
Toluol	1294	C				
Toluoldiisocyanat*	2078	B				
Trichloräthan	—	C				
Trichloräthylen	1710	B				
Triäthanolamin	—	D				
Triäthylamin	1296	C				
Trimethylbenzol*	—	C				
Tritolylphosphat* (Trikresylphosphat)	—	B				
Terpentin (Holz)	1299	B				
Vinylacetat	1301	C				
Vinyldichlorid*	1303	B				
Xylole (Isomerenmisch)	1307	C				

* Der Stoff ist vorläufig in diese Liste aufgenommen worden; weitere Angaben sind erforderlich, um die Beurteilung seiner Gefährlichkeit für die Umwelt, insbesondere in bezug auf lebende Schätze, abzuschließen.

ANLAGE IV

ANHANG IV

LISTE SONSTIGER ALS MASSENGUT
BEFÖRDERTER FLÜSSIGER STOFFE

Acetonitril (Methylcyanid)	n-Hexan
tert-Amylalkohol	Ligroin
n-Butylalkohol	Methylalkohol
Butyrolacton	Methylamylacetat
Calciumchlorid (Lösung)	Methyläthylketon (2-Butanon)
Rizinusöl	Milch
Zitronensäfte	Melasse
Kokosnußöl	Olivenöl
Dorschlebertran	Polypropylenglycol
iso-Decylalkohol	iso-Propylacetat
n-Decylalkohol	iso-Propylalkohol
Decyloctylalkohol	Propylenglycol
Dibutyläther	Propylenoxyd
Diäthanolamin	Propylen tetramer
Diäthylenglycol	Propylen trimer
Dipenten	Sorbit
Dipropylenglycol	Schwefel (flüssig)
Äthylalkohol	Tridekanol
Äthylenglycol	Triäthylenglycol
Fettalkohole (C ₁₂ –C ₂₀)	Triäthylentetramin
Glyzerin	Tripropylenglycol
n-Heptan	Wasser
Hepten (Isomerenmisch)	Wein

ANLAGE IV

ANHANG V

LADUNGSTAGEBUCH FÜR SCHIFFE, DIE SCHÄDLICHE
FLÜSSIGE STOFFE ALS MASSENGUT BEFÖRDERN

Name des Schiffes

Fassungsvermögen jedes Tanks in Kubikmeter

Reise von nach

a) Beladen

1. Tag und Ort des Beladens
2. Bezeichnung und Gruppe der aufgenommenen Ladung(en)
3. Bezeichnung des (der) beladenen Tanks

b) Umladen

4. Tag des Umladens
5. Bezeichnung des (der) Tanks i) von
ii) nach
6. Wurde(n) der (die) unter 5 i) aufgeführte(n) Tank(s) geleert?
7. Wenn nicht, verbleibende Menge

c) Entladen

8. Tag und Ort des Entladens
9. Bezeichnung des (der) entladenen Tanks
10. Wurde(n) der (die) Tank(s) geleert?
11. Wenn nicht, in dem (den) Tank(s) verbleibende Menge

12. Muß (Müssen) der (die) Tank(s) gereinigt werden?
13. In einen Setztank umgeladene Menge
14. Bezeichnung des Setztanks

d) Füllen von Ladetanks mit Ballast

15. Bezeichnung des (der) gefüllten Tanks
16. Tag und Schiffposition bei Beginn des Füllens mit Ballast

..... Unterschrift des Kapitäns

e) Reinigen der Ladetanks

Stoffe der Gruppe A

17. Bezeichnung des (der) gereinigten Tanks
18. Tag und Standort während der Reinigung
19. Reinigungsmethode(n)
20. Standort der benutzten Auffanganlage
21. Konzentration des Ausflusses bei Beendigung des Einleitens in die Auffanganlage
22. Im Tank verbleibende Menge
23. Bei der Abschlußreinigung des Tanks angewendetes Verfahren und dabei eingeführte Wassermenge
24. Standort, Tag des Einleitens ins Meer
25. Beim Einleiten ins Meer angewendetes Verfahren und dabei verwendete Ausrüstung

Stoffe der Gruppen B, C und D

26. Angewendetes Waschverfahren
27. Verwendete Wassermenge
28. Tag, Standort beim Einleiten ins Meer
29. Beim Einleiten ins Meer angewendetes Verfahren und dabei verwendete Ausrüstung

f) Umladen schmutzigen Ballastwassers

30. Bezeichnung des (der) Tanks
31. Tag und Schiffposition bei Beginn des Einleitens ins Meer
32. Tag und Schiffposition bei Beendigung des Einleitens ins Meer
33. Geschwindigkeit(en) des Schiffes während des Einleitens
34. In das Meer eingeleitete Menge

..... Unterschrift des Kapitäns

35. Menge von verschmutztem Wasser, die in den (die) Setztank(s) umgeladen wurde (Bezeichnung des [der] Setztanks)
36. (Gegebenenfalls) Tag und Hafen, in dem ein Einleiten in Auffanganlagen erfolgt

g) Umladen aus dem Setztank — Beseitigung des Rückstands

37. Bezeichnung des (der) Setztanks
38. Aus dem Tank beseitigte Menge
39. Methode der Beseitigung des Rückstands:
 - a) Auffanganlagen
 - b) Mit Ladung vermischt
 - c) In (einen) andere(n) Tank(s) umgeladen (Bezeichnung des [der] Tanks)
 - d) Sonstige Methode
40. Tag und Hafen, in dem der Rückstand beseitigt wurde

b) Unfallbedingtes oder durch außergewöhnliche Umstände bedingtes Einleiten

41. Tag und Zeitpunkt des Vorfalles
42. Ort oder Schiffposition zur Zeit des Vorfalles
43. Ungefährte Menge, Bezeichnung und Gruppe des Stoffes
44. Umstände des Einleitens oder Entweichens und allgemeine Bemerkungen

..... Unterschrift des Kapitäns

ANLAGE V

**AUSNAHMEN VOM ALLGEMEINEN VERBOT
DES EINBRINGENS VON ABFÄLLEN
UND SONSTIGEN STOFFEN IM OSTSEEGBIET**

Regel 1

Nach Artikel 9 Absatz 2 der Konvention gilt das Verbot des Einbringens nicht für die Beseitigung von Baggergut auf See,

1. sofern es keine erheblichen, von der Kommission zu bestimmenden Mengen und Konzentrationen von Stoffen enthält, die in den Anlagen I und II aufgeführt sind, und
2. sofern das Einbringen aufgrund einer vorherigen Sondererlaubnis der zuständigen innerstaatlichen Dienststelle entweder

- a) im Bereich der Territorialgewässer der Vertragspartei erfolgt oder
- b) soweit erforderlich außerhalb des Bereichs der Territorialgewässer nach vorherigen Konsultationen in der Kommission erfolgt.

Bei der Erteilung derartiger Erlaubnisse hat die Vertragspartei die Regel 3 zu beachten.

Regel 2

(1) Die in Artikel 9 Absatz 2 der Konvention bezeichnete zuständige innerstaatliche Dienststelle

- a) erteilt die in Regel 1 vorgesehenen Sondererlaubnisse;
- b) führt Buch über Art und Menge der Stoffe, deren Einbringen erlaubt wurde, und über Ort, Zeit und Methode des Einbringens;
- c) sammelt die verfügbaren Informationen über Art und Menge der Stoffe, die kürzlich und bis zum Inkrafttreten der Konvention im Ostseegebiet eingebracht wurden, sofern die betreffenden eingebrachten Stoffe zu einer Verseuchung von Wasser oder Lebewesen im Ostseegebiet führen, sich in Fischereigeräten verfangen oder auf andere Weise Schäden verursachen könnten, sowie über Ort, Zeit und Methode dieses Einbringens.

(2) Die zuständige innerstaatliche Dienststelle erteilt nach Regel 1 Sondererlaubnisse für Stoffe, die für das Einbringen im Ostseegebiet bestimmt sind, wenn sie

- a) in ihrem Hoheitsgebiet geladen werden;
- b) von einem in ihrem Hoheitsgebiet eingetragenen oder ihre Flagge führenden Wasser- oder Luftfahrzeug geladen werden und wenn das Laden im Hoheitsgebiet eines Staates erfolgt, der nicht Vertragspartei ist.

(3) Bei der Erteilung von Erlaubnissen nach Absatz 1 Buchstabe a hat die zuständige innerstaatliche Dienststelle die Regel 3 sowie alle sonstigen von ihr für sachdienlich erachteten zusätzlichen Kriterien, Maßnahmen und Anforderungen zu beachten.

(4) Jede Vertragspartei berichtet der Kommission und gegebenenfalls den anderen Vertragsparteien über die in Absatz 1 Buchstabe c bezeichneten Informationen. Das dabei anzuwendende Verfahren und die Art dieser Berichte werden von der Kommission bestimmt.

Regel 3

Bei der Erteilung von Sondererlaubnissen nach Regel 1 berücksichtigt die zuständige innerstaatliche Dienststelle

1. die Menge des einzubringenden Baggerguts;
2. den Gehalt an den in den Anlagen I und II bezeichneten Stoffen;
3. den Ort (z. B. Koordinaten des Einbringungsgebiets, Wassertiefe und Entfernung von der Küste) und die Lage im Verhältnis zu Gebieten von besonderem Interesse (z. B. Erholungsgebieten, Laich-, Aufzucht- und Fischereigebiet usw.);
4. die Eigenschaften des Wassers, wenn das Einbringen außerhalb der Territorialgewässer erfolgt, bestehend aus
 - a) den hydrographischen Eigenschaften (z. B. Temperatur, Salzgehalt, Dichte, Profil),
 - b) den chemischen Eigenschaften (z. B. pH-Wert, gelöster Sauerstoff, Nährstoffe),
 - c) den biologischen Eigenschaften (z. B. Primärproduktion und Tierwelt des Meeresgrundes).
 Die Angaben sollen ausreichende Informationen über die jährlichen Durchschnittswerte und die jahreszeitliche Schwankung der in diesem Absatz genannten Eigenschaften enthalten;
5. Vorhandensein und Auswirkung sonstigen Einbringens, das möglicherweise im Einbringungsgebiet vorgenommen wurde.

Regel 4

Die nach Artikel 9 Absatz 5 gemachten Meldungen müssen folgende Angaben enthalten:

1. Ort des Einbringens, Beschreibung des eingebrachten Materials und Gegenmaßnahmen:
 - a) Ort (z. B. Koordinaten des Ortes, an dem das unfallbedingte Einbringen erfolgte, Wassertiefe und Entfernung von der Küste);
 - b) angewendete Methode;
 - c) Menge und Zusammensetzung der eingebrachten Stoffe sowie ihre physikalischen (z. B. Löslichkeit und Dichte), chemischen und biochemischen (z. B. Sauerstoffbedarf, Nährstoffe) und biologischen Eigenschaften (z. B. Vorhandensein von Viren, Bakterien, Hefepilzen und Parasiten);
 - d) Giftigkeit;
 - e) Gehalt an den in den Anlagen I und II bezeichneten Stoffen;
 - f) Beschreibung der Ausbreitung (z. B. Wirkung von Strömungen und Wind, waagerechte Fortbewegung und senkrechtliches Mischen);
 - g) Beschreibung des Wassers (z. B. Temperatur, pH-Wert, Redoxbedingungen, Salzgehalt und Schichtung);
 - h) Beschreibung des Bodens (z. B. Topographie, Geologie und Redoxbedingungen);
 - i) Gegenmaßnahmen und Folgemaßnahmen, die durchgeführt oder geplant sind.
2. Allgemeine Erwägungen und Bedingungen:
 - a) mögliche Auswirkungen auf die Annehmlichkeiten der Umwelt (z. B. treibende oder angetriebene Stoffe, Trü-

bung, unangenehmer Geruch, Verfärbung und Schaumbildung);

- b) mögliche Auswirkung auf die Tier- und Pflanzenwelt des Meeres, Fisch- und Weichtierzucht, Fischbestände und Fischerei, Algenernte und -zucht sowie
- c) mögliche Auswirkung auf die sonstige Nutzung des Meeres (z. B. Beeinträchtigung der Qualität des Wassers für industrielle Zwecke, Unterwasserkorrosion von Bauwerken, Behinderung des Schiffsverkehrs durch treibende Gegenstände, Behinderung der Fischerei oder Schifffahrt und Schutz der Gebiete, die von besonderer Bedeutung für wissenschaftliche Zwecke oder Zwecke des Naturschutzes sind).

ANLAGE VI

ZUSAMMENARBEIT BEI DER BEKÄMPFUNG DER MEERESVERSCHMUTZUNG

Regel 1

Im Sinne dieser Anlage haben die nachstehenden Ausdrücke folgende Bedeutung:

1. Der Ausdruck „Schiff“ bezeichnet ein Fahrzeug jeder Art, das in der Meeresumwelt betrieben wird; er umfaßt Tragflächenboote, Luftkissenfahrzeuge, Unterwassergerät, schwimmendes Gerät und feste oder schwimmende Plattformen.
2. Der Ausdruck „Verwaltung“ bezeichnet die Regierung des Staates, unter dessen Hoheitsgewalt das Schiff betrieben wird. Bei einem Schiff, das berechtigt ist, die Flagge eines Staates zu führen, ist die Verwaltung die Regierung dieses Staates. Bei festen oder schwimmenden Plattformen, die zur Erforschung und Ausbeutung des an die Küste angrenzenden Meeresgrundes und Meeresuntergrunds eingesetzt sind, über die der Küstenstaat Hoheitsrechte in bezug auf die Erforschung und Ausbeutung ihrer Naturschätze ausübt, ist die Verwaltung die Regierung des betreffenden Küstenstaats.
3. a) Der Ausdruck „Einleiten“ in bezug auf Schadstoffe oder solche Stoffe enthaltende Ausflüsse bezeichnet jedes von einem Schiff aus erfolgende Freisetzen, unabhängig von seiner Ursache; er umfaßt jedes Entweichen, Absetzen, Auslaufen, Lecken, Pumpen, Auswerfen oder Entleeren.
- b) Der Ausdruck „Einleiten“ umfaßt nicht
 - i) das Einbringen im Sinne des Londoner Übereinkommens vom 29. Dezember 1972 über die Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und anderen Stoffen;
 - ii) das Freisetzen von Schadstoffen, das sich unmittelbar aus der Erforschung, Ausbeutung und damit zusammenhängenden auf See stattfindenden Verarbeitung von Bodenschätzen des Meeresgrundes ergibt, oder
 - iii) das Freisetzen von Schadstoffen für Zwecke der rechtmäßigen wissenschaftlichen Forschung auf dem Gebiet der Bekämpfung oder Überwachung der Verschmutzung.

Regel 2

Die Vertragsparteien verpflichten sich, dafür zu sorgen, daß ausgelaufenes Öl oder sonstige Schadstoffe auf See jederzeit bekämpft werden können. Hierzu gehören angemessene Ausrüstungen, Schiffe und Arbeitskräfte, die für die Tätigkeit in Küstengewässern sowie dem offenen Meer vorbereitet sind.

Regel 3

Die Vertragsparteien werden unbeschadet des Artikels 4 Absatz 4 der Konvention einzeln oder gemeinsam Überwachungsmaßnahmen im Ostseegebiet entwickeln und anwenden, um in das Meer abgelassenes Öl und sonstige Schadstoffe festzustellen und anzuzeigen.

Regel 4

Gehen Schadstoffe in Verpackungen, Containern, ortsbeweglichen Behältern oder Straßen- und Schienentankwagen über Bord, so arbeiten die Vertragsparteien bei der Bergung und Rettung dieser Packungen, Container oder Behälter zusammen, um die Gefahr für die Umwelt auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Regel 5

(1) Die Vertragsparteien werden ein System zur Entgegennahme, Weiterleitung und Absendung von Meldungen über umfangreiche treibende Felder von Öl oder sonstigen Schadstoffen, die auf See beobachtet werden, sowie über jedes Ereignis, das eine erhebliche Verschmutzung verursacht oder verursachen könnte, entwickeln und anwenden.

(2) Die Vertragsparteien fordern die Kapitäne von Schiffen und die Führer von Luftfahrzeugen auf, umfangreiche treibende Felder von Öl oder sonstigen Schadstoffen, die auf See beobachtet werden, unverzüglich in Übereinstimmung mit diesem System zu melden. Diese Meldungen sollen nach Möglichkeit folgende Angaben enthalten: Zeit, Position, Wind- und Seeverhältnisse sowie Art, Ausmaß und wahrscheinliche Ursache des beobachteten Feldes.

(3) Der Kapitän eines an einem in Absatz 1 bezeichneten Ereignis beteiligten Schiffes oder die sonstige für das Schiff verantwortliche Person macht unverzüglich und möglichst ausführlich in Übereinstimmung mit diesem System und nach Maßgabe des Anhangs Meldung.

(4) Jede Vertragspartei verpflichtet sich, ihren See-Überwachungsschiffen und -Luftfahrzeugen und sonstigen in Frage kommenden Einrichtungen Weisung zu erteilen, ihren Dienststellen jede Beobachtung oder jedes Ereignis nach Absatz 1 zu melden. Diese Meldungen haben nach Möglichkeit die in Absatz 2 beziehungsweise 3 genannten Angaben sowie mögliche Hinweise auf die Ausbreitungs- oder Drifttendenzen des betreffenden Feldes zu enthalten.

(5) Sobald eine Vertragspartei von einem Unfall oder dem Vorhandensein von treibenden Feldern von Öl oder sonstigen Schadstoffen im Ostseegebiet Kenntnis hat, die eine ernste Bedrohung der Meeresumwelt im Ostseegebiet oder der Küste oder der damit zusammenhängenden Interessen einer anderen Vertragspartei darstellen könnten, übermittelt sie unverzüglich alle einschlägigen Informationen derjenigen Vertragspartei, die durch den Schmutzstoff betroffen sein könnte, sowie bei Schiffsunfällen der Verwaltung des betreffenden Schiffes.

Regel 6

Jede Vertragspartei fordert die Kapitäne von Schiffen, die ihre Flagge führen, auf, im Fall eines Ereignisses auf Ersuchen der zuständigen Dienststellen erschöpfende Angaben über das Schiff und seine Ladung zu machen, die für Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung der Meeresverschmutzung sachdienlich sind, und mit diesen Dienststellen zusammenzuarbeiten.

Regel 7

(1) a) Die Vertragsparteien treffen so bald wie möglich zwei- oder mehrseitige Vereinbarungen über diejenigen Bereiche des Ostseegebiets, in denen sie Be-

kämpfung- oder Bergungsmaßnahmen treffen werden, sobald ein umfangreiches treibendes Feld von Öl oder sonstigen Schadstoffen oder ein Ereignis, das innerhalb des Ostseegebiets Verschmutzung verursacht oder verursachen könnte, aufgetreten ist oder auftreten könnte. Diese Vereinbarungen lassen andere zwischen Vertragsparteien geschlossene Vereinbarungen über denselben Gegenstand unberührt. Die Nachbarstaaten stellen sicher, daß die verschiedenen Vereinbarungen in Einklang gebracht werden. Die Vertragsparteien unterrichten einander über derartige Vereinbarungen.

Die Vertragsparteien können die Kommission nötigenfalls um Unterstützung bei der Erzielung einer Einigung ersuchen.

b) Die Vertragspartei, in deren Bereich eine in Regel 1 beschriebene Lage auftritt, nimmt die erforderlichen Beurteilungen der Lage vor und trifft geeignete Maßnahmen, um daraus folgende Verschmutzungswirkungen zu vermeiden oder auf ein Mindestmaß zu beschränken, und beobachtet die treibenden Teile des Feldes, bis keine weiteren Maßnahmen erforderlich sind.

(2) Falls ein derartiges Feld in einen Bereich treibt oder treiben könnte, in dem eine andere Vertragspartei Maßnahmen nach Absatz 1 Buchstabe a treffen soll, wird die betreffende Vertragspartei unverzüglich über die Lage und die bereits getroffenen Maßnahmen unterrichtet.

Regel 8

Eine Vertragspartei, die Unterstützung bei der Bekämpfung treibender Felder von Öl oder sonstigen Schadstoffen auf See benötigt, ist berechtigt, andere Vertragsparteien um Hilfe zu bitten, und zwar zuerst diejenigen, die wahrscheinlich ebenfalls von dem treibenden Feld betroffen werden. Die nach dieser Regel um Hilfe gebetenen Vertragsparteien bemühen sich nach besten Kräften, diese Unterstützung zu gewähren.

Regel 9

(1) Die Vertragsparteien erteilen den anderen Vertragsparteien und der Kommission Auskunft über

- a) ihre innerstaatliche Institution, die sich mit treibenden Feldern von Öl und sonstigen Schadstoffen auf See befaßt;
- b) die innerstaatlichen Vorschriften und sonstige Dinge, die unmittelbar mit der Bekämpfung der Verschmutzung der See durch Öl und sonstige Schadstoffe zusammenhängen;
- c) die zuständige Dienststelle, die für die Entgegennahme und Weiterleitung von Meldungen über die Verschmutzung der See durch Öl und sonstige Schadstoffe verantwortlich ist;
- d) die Dienststellen, die für die Bearbeitung von Fragen im Zusammenhang mit Maßnahmen zur gegenseitigen Unterstützung, Unterrichtung und Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien nach Maßgabe dieser Anlage zuständig sind;
- e) die nach Regel 8 getroffenen Maßnahmen.

(2) Die Vertragsparteien tauschen Informationen über Forschungs- und Entwicklungsprogramme und -ergebnisse im Zusammenhang mit Möglichkeiten, wie der Verschmutzung der See durch Öl und sonstige Schadstoffe zu begegnen ist, und über Erfahrungen bei der Bekämpfung dieser Verschmutzung aus.

Regel 10

Die in Regel 9 Absatz 1 Buchstabe d bezeichneten Dienststellen nehmen unmittelbar Fühlung auf und arbeiten in Einzelfragen zusammen.

ANLAGE VI**ANHANG****BESTIMMUNGEN ÜBER MELDUNGEN VON EREIGNISSEN
IN VERBINDUNG MIT SCHADSTOFFEN****Regel 1****Meldepflicht**

(1) Der Kapitän eines Schiffes, das in ein in Regel 3 bezeichnetes Ereignis verwickelt ist, oder die sonstige für das Schiff verantwortliche Person meldet die Einzelheiten eines solchen Ereignisses unverzüglich und so ausführlich wie möglich nach Maßgabe dieses Anhangs.

(2) Falls das in Absatz 1 bezeichnete Schiff aufgegeben wird oder falls eine Meldung von einem solchen Schiff unvollständig oder nicht erhältlich ist, übernehmen der Eigentümer, Charterer, Reeder oder Ausrüster des Schiffes oder ihre Beauftragten soweit wie möglich die dem Kapitän nach diesem Anhang obliegenden Pflichten.

Regel 2**Meldeverfahren**

(1) Jede Meldung erfolgt nach Möglichkeit über Funk, auf jeden Fall jedoch auf dem schnellsten Wege, der zur Zeit der Meldung zur Verfügung steht. Funkmeldungen haben größten Vorrang.

(2) Die Meldungen werden an die zuständige Person oder Stelle nach Regel 9 Absatz 1 Buchstabe c der Anlage VI gerichtet.

Regel 3**Zu meldende Fälle**

Eine Meldung wird gemacht, sobald ein Ereignis folgendes betrifft:

- a) ein Einleiten, das nicht aufgrund dieser Konvention gestattet ist;
- b) ein Einleiten, das aufgrund dieser Konvention deswegen gestattet ist,
 - i) weil es aus Gründen der Schiffssicherheit oder zum Schutz von Menschenleben auf See erfolgt oder
 - ii) weil es sich aus einer Beschädigung des Schiffes oder seiner Ausrüstung ergibt;
- c) ein Einleiten eines Schadstoffs zur Bekämpfung eines bestimmten Verschmutzungsereignisses oder zur rechtmäßigen wissenschaftlichen Forschung auf dem Gebiet der Bekämpfung oder Überwachung der Verschmutzung oder
- d) die Wahrscheinlichkeit eines Einleitens nach Buchstabe a, b oder c.

Regel 4**Inhalt der Meldung**

- (1) Jede Meldung muß grundsätzlich enthalten
 - a) die genaue Bezeichnung des Schiffes;
 - b) Uhrzeit und Tag des Ereignisses;
 - c) geographische Position des Schiffes zur Zeit des Ereignisses;
 - d) Wind- und Seeverhältnisse zur Zeit des Ereignisses und
 - e) sachdienliche Einzelheiten über den Zustand des Schiffes.
- (2) Jede Meldung muß im einzelnen enthalten
 - a) eine eindeutige Bezeichnung oder Beschreibung der betreffenden Schadstoffe, nach Möglichkeit einschließlich der richtigen technischen Bezeichnungen dieser Stoffe (Handelsnamen sollen nicht anstelle der richtigen technischen Bezeichnung verwendet werden);
 - b) eine genaue oder geschätzte Angabe der Menge, der Konzentration und des wahrscheinlichen Zustands der Schadstoffe, die in das Meer eingeleitet worden sind oder wahrscheinlich eingeleitet werden;
 - c) gegebenenfalls eine Beschreibung der Verpackung und der Markierung und
 - d) nach Möglichkeit den Namen des Absenders, Empfängers oder Herstellers.

(3) In jeder Meldung ist deutlich anzugeben, ob es sich bei dem Schadstoff, der eingeleitet worden ist oder wahrscheinlich eingeleitet wird, um Öl, einen schädlichen flüssigen Stoff, einen schädlichen festen Stoff oder einen schädlichen gasförmigen Stoff handelt und ob dieser Stoff als Massengut oder in verpackter Form, Containern, ortsbeweglichen Behältern oder Straßen- und Schienentankwagen befördert wurde oder wird.

(4) Jede Meldung ist nach Bedarf durch alle sonstigen einschlägigen Informationen zu ergänzen, die ein Empfänger der Meldung verlangt oder die der Absender der Meldung für zweckdienlich hält.

Regel 5**Zusätzliche Meldung**

Jeder, der nach diesem Anhang verpflichtet ist, eine Meldung zu machen, hat nach Möglichkeit

- a) die ursprüngliche Meldung nach Bedarf durch Informationen über weitere Entwicklungen zu ergänzen und
- b) den Ersuchen betroffener Staaten um zusätzliche Informationen über das Ereignis so vollständig wie möglich zu entsprechen.

**CONVENTION
ON THE PROTECTION OF THE
MARINE ENVIRONMENT
OF THE BALTIC SEA AREA**

THE STATES PARTIES TO THIS CONVENTION,

CONSCIOUS of the indispensable economic, social and cultural values of the marine environment of the Baltic Sea Area and its living resources for the peoples of the Contracting Parties;

BEARING in mind the exceptional hydrographic and ecological characteristics of the Baltic Sea Area and the sensitivity of its living resources to changes in the environment;

NOTING the rapid development of human activities at the Baltic Sea Area, the considerable population living within its catchment area and the highly urbanized and industrialized state of the Contracting Parties as well as their intensive agriculture and forestry;

NOTING with deep concern the increasing pollution of the Baltic Sea Area, originating from many sources such as discharges through rivers, estuaries, outfalls and pipelines, dumping and normal operations of vessels as well as through airborne pollutants;

CONSCIOUS of the responsibility of the Contracting Parties to protect and enhance the values of the marine environment of the Baltic Sea Area for the benefit of their peoples;

RECOGNIZING that the protection and enhancement of the marine environment of the Baltic Sea Area are tasks that cannot effectively be accomplished by national efforts only but that also close regional co-operation and other appropriate international measures aiming at fulfilling these tasks are urgently needed;

NOTING that the relevant recent international conventions even after having entered into force for the respective Contracting Parties do not cover all special requirements to protect and enhance the marine environment of the Baltic Sea Area;

NOTING the importance of scientific and technological co-operation in the protection and enhancement of the marine environment of the Baltic Sea Area, particularly between the Contracting Parties;

DESIRING to develop further regional co-operation in the Baltic Sea Area, the possibilities and requirements of which were confirmed by the signing of the Convention on Fishing and Conservation of the Living Resources in the Baltic Sea and the Belts, Gdansk 1973;

CONSCIOUS of the importance of regional intergovernmental co-operation in the protection of the marine environment of the Baltic Sea Area as an integral part of the peaceful co-operation and mutual understanding between all European States;

HAVE AGREED as follows:

Article 1

Convention Area

For the purposes of the present Convention "the Baltic Sea Area" shall be the Baltic Sea proper with the Gulf of Bothnia, the Gulf of Finland and the entrance to the Baltic Sea bounded by the parallel of the Skaw in the Skagerrak at 57° 44' 8" N. It does not include internal waters of the Contracting Parties.

Article 2

Definitions

For the purposes of the present Convention:

1. "Pollution" means introduction by man, directly or indirectly, of substances or energy into the marine environment, including estuaries, resulting in such deleterious effects as hazard to human health, harm to living resources and marine life, hindrance to legitimate uses of the sea including fishing, impairment of the quality for use of sea water, and reduction of amenities;

2. "Land-based pollution" means pollution of the sea caused by discharges from land reaching the sea waterborne, airborne or directly from the coast, including outfalls from pipelines;

3. a) "Dumping" means:

- (i) any deliberate disposal at sea of wastes or other matter from vessels, aircraft, platforms or other man-made structures at sea;
- (ii) any deliberate disposal at sea of vessels, aircraft, platforms or other man-made structures at sea;

b) "Dumping" does not include:

- (i) the disposal at sea of wastes or other matter incidental to, or derived from the normal operations of vessels, aircraft, platforms or other man-made structures at sea and their equipment, other than wastes or other matter transported by or to vessels, aircraft, platforms or other man-made structures at sea, operating for the purpose of disposal of such matter or derived from the treatment of such wastes or other matter on such vessels, aircraft, platforms or structures;
- (ii) placement of matter for a purpose other than the mere disposal thereof, provided that such placement is not contrary to the aims of the present Convention;

4. "Vessels and aircraft" means waterborne or airborne craft of any type whatsoever. This expression includes hydrofoil boats, air-cushion vehicles, submersibles, floating craft whether self-propelled or not, and fixed or floating platforms;

5. "Oil" means petroleum in any form including crude oil, fuel oil, sludge, oil refuse and refined products;

6. "Harmful substance" means any hazardous, noxious, or other substance, which, if introduced into the sea, is liable to cause pollution;

7. "Incident" means an event involving the actual or probable discharge into the sea of a harmful substance, or effluents containing such a substance.

Article 3

Fundamental principles and obligations

1. The Contracting Parties shall individually or jointly take all appropriate legislative, administrative or other relevant measures in order to prevent and abate pollution and to protect and enhance the marine environment of the Baltic Sea Area.

2. The Contracting Parties shall use their best endeavours to ensure that the implementation of the present Convention

shall not cause an increase in the pollution of sea areas outside the Baltic Sea Area.

Article 4

Application

1. The present Convention shall apply to the protection of the marine environment of the Baltic Sea Area which comprises the water-body and the sea-bed including their living resources and other forms of marine life.

2. Without prejudice to the sovereign rights in regard to their territorial sea, each Contracting Party shall implement the provisions of the present Convention within its territorial sea through its national authorities.

3. While the provisions of the present Convention do not apply to internal waters, which are under the sovereignty of each Contracting Party, the Contracting Parties undertake, without prejudice to their sovereign rights, to ensure that the purposes of the present Convention will be obtained in these waters.

4. The present Convention shall not apply to any warship, naval auxiliary, military aircraft or other ship and aircraft owned or operated by a State and used, for the time being, only on government non-commercial service.

However, each Contracting Party shall ensure, by the adoption of appropriate measures not impairing the operations or operational capabilities of such ships and aircraft owned or operated by it, that such ships and aircraft act in a manner consistent, so far as is reasonable and practicable, with the present Convention.

Article 5

Hazardous substances

The Contracting Parties undertake to counteract the introduction, whether airborne, waterborne or otherwise, into the Baltic Sea Area of hazardous substances as specified in Annex I of the present Convention.

Article 6

Principles and obligations concerning land-based pollution

1. The Contracting Parties shall take all appropriate measures to control and minimize land-based pollution of the marine environment of the Baltic Sea Area.

2. In particular, the Contracting Parties shall take all appropriate measures to control and strictly limit pollution by noxious substances and materials in accordance with Annex II of the present Convention. To this end they shall, inter alia, as appropriate co-operate in the development and adoption of specific programmes, guidelines, standards or regulations concerning discharges, environmental quality, and products containing such substances and materials and their use.

3. The substances and materials listed in Annex II of the present Convention shall not be introduced into the marine environment of the Baltic Sea Area in significant quantities without a prior special permit, which may be periodically reviewed, by the appropriate national authority.

4. The appropriate national authority will inform the Commission referred to in Article 12 of the present Convention of the quantity, quality and way of discharge if it considers that significant quantities of substances and materials listed in Annex II of the present Convention were discharged.

5. The Contracting Parties shall endeavour to establish and adopt common criteria for issuing permits for discharges.

6. To control and minimize pollution of the Baltic Sea Area by harmful substances the Contracting Parties shall, in addition to the provisions of Article 5 of the present Convention, aim at attaining the goals and applying the criteria enumerated in Annex III of the present Convention.

7. If the discharge from a watercourse, flowing through the territories of two or more Contracting Parties or forming a boundary between them, is liable to cause pollution of the marine environment of the Baltic Sea Area, the Contracting Parties concerned shall in common take appropriate measures in order to prevent and abate such pollution.

8. The Contracting Parties shall endeavour to use best practicable means in order to minimize the airborne pollution of the Baltic Sea Area by noxious substances.

Article 7

Prevention of pollution from ships

1. In order to protect the Baltic Sea Area from pollution by deliberate, negligent or accidental release of oil, harmful substances other than oil, and by the discharge of sewage and garbage from ships, the Contracting Parties shall take measures as set out in Annex IV of the present Convention.

2. The Contracting Parties shall develop and apply uniform requirements for the capacity and location of facilities for the reception of residues of oil, harmful substances other than oil, including sewage and garbage, taking into account inter alia the special needs of passenger ships and combination carriers.

Article 8

Pleasure craft

The Contracting Parties shall, in addition to implementing those provisions of the present Convention which can appropriately be applied to pleasure craft, take special measures in order to abate harmful effects on the marine environment of the Baltic Sea Area of pleasure craft activities. The measures shall inter alia deal with adequate reception facilities for wastes from pleasure craft.

Article 9

Prevention of dumping

1. The Contracting Parties shall, subject to Paragraphs 2 and 4 of this Article, prohibit dumping in the Baltic Sea Area.

2. Dumping of dredged spoils shall be subject to a prior special permit by the appropriate national authority in accordance with the provisions of Annex V of the present Convention.

3. Each Contracting Party undertakes to ensure compliance with the provisions of this Article by vessels and aircraft:

- a) registered in its territory or flying its flag;
 - b) loading, within its territory or territorial sea, matter which is to be dumped;
- or
- c) believed to be engaged in dumping within its territorial sea.

4. The provisions of this Article shall not apply when the safety of human life or of a vessel or aircraft at sea is threatened by the complete destruction or total loss of the vessel or aircraft, or in any case which constitutes a danger to human life, if dumping appears to be the only way of averting the threat and if there is every probability that the damage consequent upon such dumping will be less than would otherwise occur. Such dumping shall be so conducted as to minimize the likelihood of damage to human or marine life.

5. Dumping made under the provisions of Paragraph 4 of this Article shall be reported and dealt with in accordance with Annex VI of the present Convention and shall also be reported forthwith to the Commission referred to in Article 12 of the present Convention in accordance with the provisions of Regulation 4 of Annex V of the present Convention.

6. In case of dumping suspected to be in contravention of the provisions of this Article the Contracting Parties shall co-operate in investigating the matter in accordance with Regulation 2 of Annex IV of the present Convention.

Article 10

Exploration and exploitation of the sea-bed and its subsoil

Each Contracting Party shall take all appropriate measures in order to prevent pollution of the marine environment of the Baltic Sea Area resulting from exploration or exploitation of its part of the sea-bed and its subsoil or from any associated activities thereon. It shall also ensure that adequate equipment is at hand to start an immediate abatement of pollution in that area.

Article 11

Co-operation in combatting marine pollution

The Contracting Parties shall take measures and co-operate as set out in Annex VI of the present Convention in order to eliminate or minimize pollution of the Baltic Sea Area by oil or other harmful substances.

Article 12

Institutional and organizational framework

1. The Baltic Marine Environment Protection Commission, hereinafter referred to as "the Commission", is hereby established for the purposes of the present Convention.

2. The chairmanship of the Commission shall be given to each Contracting Party in turn in alphabetical order of the names of the States in the English language.

The Chairman shall serve for a period of two years, and cannot during the period of his chairmanship serve as representative of his country.

Should the chairmanship fall vacant, the Contracting Party chairing the Commission shall nominate a successor to remain in office until the term of chairmanship of that Contracting Party expires.

3. Meetings of the Commission shall be held at least once a year upon convocation by the Chairman. Upon the request of a Contracting Party, provided it is endorsed by another Contracting Party, the Chairman shall, as soon as possible, summon an extraordinary meeting at such time and place as the Chairman determines, however, not later than ninety days from the date of the submission of the request.

4. The first meeting of the Commission shall be called by the Depositary Government and shall take place within a period of ninety days from the date following the entry into force of the present Convention.

5. Each Contracting Party shall have one vote in the Commission. Unless otherwise provided under the present Convention, the Commission shall take its decisions unanimously.

Article 13

The duties of the Commission

The duties of the Commission shall be:

a) To keep the implementation of the present Convention under continuous observation;

b) To make recommendations on measures relating to the purposes of the present Convention;

c) To keep under review the contents of the present Convention including its Annexes and to recommend to the Contracting Parties such amendments to the present Convention including its Annexes as may be required including changes in the lists of substances and materials as well as the adoption of new Annexes;

d) To define pollution control criteria, objectives for the reduction of pollution, and objectives concerning measures, particularly according to Annex III of the present Convention;

e) To promote in close co-operation with appropriate governmental bodies, taking into consideration Sub-Paragraph f)

of this Article, additional measures to protect the marine environment of the Baltic Sea Area and for this purpose:

(i) to receive, process, summarize and disseminate from available sources relevant scientific, technological and statistical information; and

(ii) to promote scientific and technological research;

f) To seek, when appropriate, the services of competent regional and other international organizations to collaborate in scientific and technological research as well as other relevant activities pertinent to the objectives of the present Convention;

g) To assume such other functions as may be appropriate under the terms of the present Convention.

Article 14

Administrative provisions for the Commission

1. The working language of the Commission shall be English.

2. The Commission shall adopt its Rules of Procedure.

3. The office of the Commission, hereafter referred to as the "Secretariat", shall be in Helsinki.

4. The Commission shall appoint an Executive Secretary and make provisions for the appointment of such other personnel as may be necessary, and determine the duties, terms and conditions of the Executive Secretary.

5. The Executive Secretary shall be the chief administrative official of the Commission and shall perform the functions that are necessary for the administration of the present Convention, the work of the Commission and other tasks entrusted to the Executive Secretary by the Commission and its Rules of Procedure.

Article 15

Financial provisions for the Commission

1. The Commission shall adopt its Financial Rules.

2. The Commission shall adopt an annual or biennial budget of proposed expenditures and budget estimates for the fiscal period following thereafter.

3. The total amount of the budget, including any supplementary budget adopted by the Commission, shall be contributed by the Contracting Parties in equal parts, unless the Commission unanimously decides otherwise.

4. Each Contracting Party shall pay the expenses related to the participation in the Commission of its representatives, experts and advisers.

Article 16

Scientific and technological co-operation

1. The Contracting Parties undertake directly, or when appropriate through competent regional or other international organizations, to co-operate in the fields of science, technology and other research, and to exchange data as well as other scientific information for the purposes of the present Convention.

2. Without prejudice to Paragraphs 1, 2 and 3 of Article 4 of the present Convention the Contracting Parties undertake directly, or when appropriate through competent regional or other international organizations, to promote studies, undertake, support or contribute to programmes aimed at developing ways and means for the assessment of the nature and extent of pollution, pathways, exposures, risks and remedies in the Baltic Sea Area, and particularly to develop alternative methods of treatment, disposal and elimination of such matter and substances that are likely to cause pollution of the marine environment of the Baltic Sea Area.

3. The Contracting Parties undertake directly, or when appropriate through competent regional or other international

organizations, and, on the basis of the information and data acquired pursuant to Paragraphs 1 and 2 of this Article, to co-operate in developing inter-comparable observation methods, in performing baseline studies and in establishing complementary or joint programmes for monitoring.

4. The organization and scope of work connected with the implementation of tasks referred to in the preceding Paragraphs should primarily be outlined by the Commission.

Article 17

Responsibility for damage

The Contracting Parties undertake, as soon as possible, jointly to develop and accept rules concerning responsibility for damage resulting from acts or omissions in contravention of the present Convention, including, inter alia, limits of responsibility, criteria and procedures for the determination of liability and available remedies.

Article 18

Settlement of disputes

1. In case of a dispute between Contracting Parties as to the interpretation or application of the present Convention, they should seek a solution by negotiation. If the Parties concerned cannot reach agreement they should seek the good offices of or jointly request the mediation by a third Contracting Party, a qualified international organization or a qualified person.

2. If the Parties concerned have not been able to resolve their dispute through negotiation or have been unable to agree on measures as described above, such disputes shall be, upon common agreement, submitted to an ad-hoc arbitration tribunal, to a permanent arbitration tribunal, or to the International Court of Justice.

Article 19

Safeguard of certain freedoms

Nothing in the present Convention shall be construed as infringing upon the freedom of navigation, fishing, marine scientific research and other legitimate uses of the high seas, as well as upon the right of innocent passage through the territorial sea.

Article 20

Status of Annexes

The Annexes attached to the present Convention form an integral part of the Convention.

Article 21

Relation to other Conventions

The provisions of the present Convention shall be without prejudice to the rights and obligations of the Contracting Parties under treaties concluded previously as well as under treaties which may be concluded in the future, furthering and developing the general principles of the Law of the Sea that the present Convention is based upon and in particular provisions concerning the prevention of pollution of the marine environment.

Article 22

Revision of the Convention

A conference for the purpose of a general revision of the present Convention may be convened with the consent of the Contracting Parties or at the request of the Commission.

Article 23

Amendments to the Articles of the Convention

1. Each Contracting Party may propose amendments to the Articles of the present Convention. Any such proposed amendment shall be submitted to the Depositary Government and communicated by it to all Contracting Parties, which shall

inform the Depositary Government of either their acceptance or rejection of the amendment as soon as possible after the receipt of the communication.

The amendment shall enter into force ninety days after the Depositary Government has received notifications of acceptance of that amendment from all Contracting Parties.

2. With the consent of the Contracting Parties or at the request of the Commission a conference may be convened for the purpose of amending the present Convention.

Article 24

Amendments to the Annexes and the adoption of Annexes

1. Any amendment to the Annexes proposed by a Contracting Party shall be communicated to the other Contracting Parties by the Depositary Government and considered in the Commission. If adopted by the Commission, the amendment shall be communicated to the Contracting Parties and recommended for acceptance.

2. Such amendment shall be deemed to have been accepted at the end of a period determined by the Commission unless within that period any one of the Contracting Parties has objected to the amendment. The accepted amendment shall enter into force on a date determined by the Commission.

The period determined by the Commission shall be prolonged for an additional period of six months and the date of entry into force of the amendment postponed accordingly, if, in exceptional cases, any Contracting Party before the expiring of the period determined by the Commission informs the Depositary Government, that, although it intends to accept the proposal, the constitutional requirements for such an acceptance are not yet fulfilled in its State.

3. An Annex to the present Convention may be adopted in accordance with the provisions of this Article.

4. The Depositary Government shall inform all Contracting Parties of any amendments or the adoption of a new Annex which enter into force under this Article and of the date on which such amendment or new Annex enters into force.

5. Any objection under this Article shall be made by notification in writing to the Depositary Government which shall notify all Contracting Parties and the Executive Secretary of any such notification and the date of its receipt.

Article 25

Reservations

1. The provisions of the present Convention shall not be subject to reservations.

2. The provision of Paragraph 1 of this Article does not prevent a Contracting Party from suspending for a period not exceeding one year the application of an Annex of the present Convention or part thereof or an amendment thereto after the Annex in question or the amendment thereto has entered into force.

3. If after the entry into force of the present Convention a Contracting Party invokes the provisions of Paragraph 2 of this Article it shall inform the other Contracting Parties, at the time of the adoption by the Commission of an amendment to an Annex or a new Annex, of those provisions which will be suspended in accordance with Paragraph 2 of this Article.

Article 26

Signature, ratification, approval, and accession

1. The present Convention shall be open for signature in Helsinki on 22 March 1974 by the Baltic Sea States participating in the Diplomatic Conference on the Protection of the Marine Environment of the Baltic Sea Area, held in Helsinki from 18 to 22 March 1974. The present Convention shall be open for accession to any other State interested in fulfilling the aims and purposes of the present Convention, provided that this State is invited by all the Contracting Parties.

2. The present Convention shall be subject to ratification or approval by the States which have signed it.

3. The instruments of ratification, approval, or accession shall be deposited with the Government of Finland, which will perform the duties of the Depository Government.

Article 27

Entry into force

The present Convention shall enter into force two months after the deposit of the seventh instrument of ratification or approval.

Article 28

Withdrawal

1. At any time after the expiry of five years from the date of entry into force of the present Convention any Contracting Party may, by giving written notification to the Depository Government, withdraw from the present Convention. The withdrawal shall take effect for such Contracting Party on the thirty-first day of December of the year which follows the year in which the Depository Government was notified of the withdrawal.

2. In case of notification of withdrawal by a Contracting Party the Depository Government shall convene a meeting of the Contracting Parties for the purpose of considering the effect of the withdrawal.

Article 29

Language

The present Convention has been drawn up in a single copy in the English language. Official translations into the Danish, Finnish, German, Polish, Russian, and Swedish languages shall be prepared and deposited with the signed original.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned Plenipotentiaries, being duly authorised thereto, have signed the present Convention.

DONE AT HELSINKI, this twenty-second day of March one thousand nine hundred and seventy-four.

ANNEX I

HAZARDOUS SUBSTANCES

The protection of the Baltic Sea Area from pollution by the substances listed below can involve the use of appropriate technical means, prohibitions and regulations of the transport, trade, handling, application, and final deposition of products containing such substances.

1. DDT (1,1,1-trichloro-2,2-bis-(chlorophenyl)-ethane) and its derivatives DDE and DDD.
2. PCB's (polychlorinated biphenyls).

ANNEX II

NOXIOUS SUBSTANCES AND MATERIALS

The following substances and materials are listed for the purposes of Article 6 of the present Convention.

The list is valid for substances and materials introduced as waterborne into the marine environment. The Contracting Parties shall also endeavour to use best practicable means to prevent harmful substances and materials from being introduced as airborne into the Baltic Sea Area.

A For urgent consideration

1. Mercury, cadmium, and their compounds.

B

2. Antimony, arsenic, beryllium, chromium, copper, lead, molybdenum, nickel, selenium, tin, vanadium, zinc, and their compounds, as well as elemental phosphorus.
3. Phenols and their derivatives.
4. Phthalic acid and its derivatives.
5. Cyanides.
6. Persistent halogenated hydrocarbons.
7. Polycyclic aromatic hydrocarbons and their derivatives.
8. Persistent toxic organosilicic compounds.
9. Persistent pesticides, including organophosphoric and organostannic pesticides, herbicides, simicides and chemicals used for the preservation of wood, timber, wood pulp, cellulose, paper, hides and textiles, not covered by the provisions of Annex I of the present Convention.
10. Radioactive materials.
11. Acids, alkalis and surface active agents in high concentrations or big quantities.
12. Oil and wastes of petrochemical and other industries containing lipid-soluble substances.
13. Substances having adverse effects on the taste and/or smell of products for human consumption from the sea, or effects on taste, smell, colour, transparency or other characteristics of the water seriously reducing its amenity values.
14. Materials and substances which may float, remain in suspension or sink, and which may seriously interfere with any legitimate use of the sea.
15. Lignin substances contained in industrial waste waters.
16. The chelators EDTA (ethylenedinitrilotetraacetic acid or ethylenediaminetetraacetic acid) and DTPA (diethylenetriaminopentaacetic acid).

ANNEX III

GOALS, CRITERIA AND MEASURES CONCERNING THE PREVENTION OF LAND-BASED POLLUTION

In accordance with the provisions of Article 6 of the present Convention the Contracting Parties shall endeavour to attain the goals and apply the criteria and measures enumerated in this Annex in order to control and minimize land-based pollution of the marine environment of the Baltic Sea Area.

1. Municipal sewage shall be treated in an appropriate way so that the amount of organic matter does not cause harmful changes in the oxygen content of the Baltic Sea Area and the amount of nutrients does not cause harmful eutrophication of the Baltic Sea Area.

2. Municipal sewage shall also be treated in an appropriate way to ensure that the hygienic quality, and in particular epidemiological and toxicological safety, of the receiving sea area is maintained at a level which does not cause harm to human health, and in a way that under the given composition of the sewage no significant amount of such harmful substances as are listed in Annexes I and II of the present Convention is formed.

3. The polluting load of industrial wastes shall be minimized in an appropriate way in order to reduce the amount of harmful substances, organic matter and nutrients.

4. The means referred to in Paragraph 3 of this Annex shall in particular include minimization of production of wastes by processing techniques, re-circulation and re-use of processing water, developing of water economy and improvement of qualifications for water treatment. In the treatment of waste

water mechanical, chemical, biological and other measures, according to the quality of the waste water, and as required to maintain or improve the quality of the recipient water, shall be applied.

5. The discharge of cooling water from nuclear power plants or other kinds of industries using large amounts of water shall be effected in a way which minimizes the pollution of the marine environment of the Baltic Sea Area.

6. The Commission will define pollution control criteria, objectives for reduction of pollution and objectives concerning measures, including processing techniques and waste treatment, to reduce pollution of the Baltic Sea Area.

ANNEX IV

PREVENTION OF POLLUTION FROM SHIPS

REGULATION 1

The Contracting Parties shall as appropriate co-operate and assist each other in initiating action by the Inter-Governmental Maritime Consultative Organization to develop:

a) international rules for navigation of deep draught ships in narrow and shallow waters in international waters of the Baltic Sea Area and in the entrances to the Baltic Sea for the prevention of collisions, strandings and groundings;

b) an international radio reporting system for large ships en route within the Baltic Sea Area as well as for ships carrying a significant amount of a harmful substance.

REGULATION 2

The Contracting Parties shall, without prejudice to Paragraph 4 of Article 4 of the present Convention, as appropriate assist each other in investigating violations of the existing legislation on antipollution measures, which have occurred or are suspected to have occurred within the Baltic Sea Area. This assistance may include but is not limited to inspection by the competent authorities of oil record books, cargo record books, log books and engine log books and taking oil samples for analytical identification purposes and in respect of the system of tagging oil residues.

REGULATION 3

DEFINITIONS

For the purposes of this Annex:

1. "Ship" means a vessel of any type whatsoever operating in the marine environment and includes hydrofoil boats, air-cushion vehicles, submersibles, floating craft and fixed or floating platforms.

2. "Administration" means the Government of the State under whose authority the ship is operating. With respect to a ship entitled to fly a flag of any State, the Administration is the Government of that State. With respect to fixed or floating platforms engaged in exploration and exploitation of the sea-bed and subsoil thereof adjacent to the coast over which the coastal State exercises sovereign rights for the purposes of exploration and exploitation of their natural resources, the Administration is the Government of the coastal State concerned.

3. a) "Discharge", in relation to harmful substances or effluents containing such substances, means any release howsoever caused from a ship and includes any escape, disposal, spilling, leaking, pumping, emitting or emptying;

b) "Discharge" does not include:

(i) dumping within the meaning of the Convention on the Prevention of Marine Pollution by Dumping of Wastes and Other Matter done at London on 29 December 1972; or

(ii) release of harmful substances directly arising from the exploration, exploitation and associated off-shore processing of sea-bed mineral resources; or

(iii) release of harmful substances for purposes of legitimate scientific research into pollution abatement or control.

4. "Nearest land". The term "from the nearest land" means from the baseline from which the territorial sea of the territory in question is established in accordance with international law.

5. The term "jurisdiction" shall be interpreted in accordance with international law in force at the time of application or interpretation of this Annex.

REGULATION 4

OIL

The Contracting Parties shall as soon as possible but not later than 1 January 1977 or on the date of entry into force of the present Convention, whichever occurs later, apply the provisions of Paragraphs A to D of this Regulation on methods for the prevention of pollution by oil from ships while operating in the Baltic Sea Area.

A. Definitions

For the purposes of this Regulation:

1. "Oil" means petroleum in any form including crude oil, fuel oil, sludge, oil refuse and refined products (other than petrochemicals which are subject to the provisions of Regulation 5 of this Annex) and, without limiting the generality of the foregoing, includes the substances listed in Appendix I to this Annex.

2. "Oily mixture" means a mixture with any oil content.

3. "Oil fuel" means any oil used as fuel in connection with the propulsion and auxiliary machinery of the ship in which such oil is carried.

4. "Oil tanker" means a ship constructed or adopted primarily to carry oil in bulk in its cargo spaces and includes combination carriers and any "chemical tanker" as defined in Regulation 5 of this Annex when it is carrying a cargo or part cargo of oil in bulk.

5. "Combination carrier" means a ship designed to carry either oil or solid cargoes in bulk.

6. "Clean ballast" means the ballast in a tank which since oil was last carried therein has been so cleaned that effluent therefrom if it were discharged from a ship which is stationary into clean calm water on a clear day would not produce visible traces of oil on the surface of the water or on adjoining shore lines or cause a sludge or emulsion to be deposited beneath the surface of the water or upon adjoining shore lines. If the ballast is discharged through an oil discharge monitoring and control system approved by the Administration, evidence based on such a system to the effect that the oil content of the effluent did not exceed 15 parts per million shall be determinative that the ballast was clean, notwithstanding the presence of visible traces.

7. "Segregated ballast" means the ballast water introduced into a tank which is completely separated from the cargo oil and oil fuel system and which is permanently allocated to the carriage of ballast or to the carriage of ballast or cargoes other than oil or noxious substances as variously defined in the Regulations of this Annex.

B. Control of Discharge of Oil

1. a) Subject to the provisions of Paragraph C of this Regulation, any discharge into the sea of oil or oily mixtures from any oil tanker and any ship of 400 tons gross tonnage and above other than an oil tanker shall be prohibited, while in the Baltic Sea Area;

b) such ships while in the Baltic Sea Area shall retain on board all oil drainage and sludge, dirty ballast and tank washing waters and discharge them only to reception facilities.

2. a) Subject to the provisions of Paragraph C of this Regulation, any discharge into the sea of oil or oily mixtures from a ship of less than 400 tons gross tonnage, other than an oil tanker, shall be prohibited while in the Baltic Sea Area, except when the oil content of the effluent without dilution does not exceed 15 parts per million or alternatively when all of the following conditions are satisfied:

- (i) the ship is proceeding en route;
- (ii) the oil content of the effluent is less than 100 parts per million; and
- (iii) the discharge is made as far as practicable from the land, but in no case less than 12 nautical miles from the nearest land;

b) no discharge into the sea shall contain chemicals or other substances in quantities or concentrations which are hazardous to the marine environment or chemicals or other substances introduced for the purpose of circumventing the conditions of discharge specified in this Regulation;

c) the oil residues which cannot be discharged into the sea in compliance with Sub-Paragraph 2 a) of this Paragraph shall be retained on board or discharged to reception facilities.

3. The provisions of this Paragraph shall not apply to the discharge of clean or segregated ballast.

4. Whenever visible traces of oil are observed on or below the surface of the water in the immediate vicinity of a ship or its wake, the Contracting Parties should, to the extent they are reasonably able to do so, promptly investigate the facts bearing on the issue of whether there has been a violation of the provisions of this Regulation. The investigation should include, in particular, the wind and sea conditions, the track and speed of the ship, other possible sources of the visible traces in the vicinity, and any relevant oil discharge records.

C Exceptions

Paragraph B of this Regulation shall not apply to:

a) the discharge into the sea of oil or oily mixtures necessary for the purpose of securing the safety of a ship or saving life at sea; or

b) the discharge into the sea of oil or oily mixtures resulting from damage to a ship or its equipment:

- (i) provided that all reasonable precautions have been taken after the occurrence of the damage or discovery of the discharge for the purpose of preventing or minimizing the discharge; and
- (ii) except if the owner or the Master acted either with intent to cause damage, or recklessly and with knowledge that damage would probably result; or

c) the discharge into the sea of substances containing oil, approved by the Administration, when being used for the purpose of combatting specific pollution incidents in order to minimize the damage from pollution. Any such discharge shall be subject to the approval of any Contracting Party in whose jurisdiction it is contemplated the discharge will occur.

D Special Requirements for Drilling Rigs and other Platforms

Fixed and floating drilling rigs when engaged in the exploration, exploitation and associated offshore processing of sea-bed mineral resources and other platforms shall comply with the requirements of this Regulation applicable to ships of 400 tons gross tonnage and above other than oil tankers, except that:

a) they shall keep a record of all operations involving oil or oily mixture discharges, in a form approved by the Administration; and

b) subject to the provisions of Paragraph C of this Regulation, the discharge into the sea of oil or oily mixtures shall be prohibited except when the oil content of the discharge without dilution does not exceed 15 parts per million.

E Reception Facilities of the Baltic Sea Area

The Contracting Parties undertake to ensure that not later than 1 January 1977 all oil loading terminals and repair ports of the Baltic Sea Area are provided with facilities adequate for the reception and treatment of all the dirty ballast and tank washing waters from oil tankers. In addition all ports of the area shall be provided with adequate reception facilities for other residues and oily mixtures from all ships. Such facilities shall have adequate capacity to meet the needs of the ships using them without causing undue delay.

REGULATION 5

NOXIOUS LIQUID SUBSTANCES IN BULK

The Contracting Parties shall as soon as possible, but not later than 1 January 1977 or at a date not later than one year after the date of the entry into force of the present Convention, whichever occurs later, decide upon a date from which the provisions of Paragraphs A to D of this Regulation on the discharge of noxious liquid substances in bulk from ships while operating in the Baltic Sea Area shall apply.

A Definitions

For the purposes of this Regulation:

1. "Chemical tanker" means a ship constructed or adapted primarily to carry a cargo of noxious liquid substances in bulk and includes an "oil tanker" as defined in Regulation 4 of this Annex when carrying a cargo or part cargo of noxious liquid substances in bulk.

2. "Clean ballast" means ballast carried in a tank which, since it was last used to carry a cargo containing a substance in Category A, B, C, or D has been thoroughly cleaned and the residues resulting therefrom have been discharged and the tank emptied in accordance with the appropriate requirements of this Regulation.

3. "Segregated ballast" means ballast water introduced into a tank permanently allocated to the carriage of ballast or to the carriage of ballast or cargoes other than oil or noxious liquid substances as variously defined in the Regulations of this Annex, and which is completely separated from the cargo and oil fuel system.

4. "Liquid substances" are those having a vapour pressure not exceeding 2.8 kp/cm² at a temperature of 37.8° C.

5. "Noxious liquid substance" means any substance designated in Appendix III to this Annex or provisionally assessed under the provisions of Sub-Paragraph 4 of Paragraph B of this Regulation as falling into Category A, B, C, or D.

B Categorization and Listing of Noxious Liquid Substances

1. For the purposes of this Regulation noxious liquid substances shall be divided into four categories as follows:

a) Category A — noxious liquid substances which if discharged into the sea from tank cleaning or deballasting operations would present a major hazard to either marine resources or human health or cause serious harm to amenities or other legitimate uses of the sea and therefore justify the application of stringent anti-pollution measures;

b) Category B — noxious liquid substances which if discharged into the sea from tank cleaning or deballasting operations would present a hazard to either marine resources or human health or cause harm to amenities or other legitimate uses of the sea and therefore justify the application of special anti-pollution measures;

c) Category C — noxious liquid substances which if discharged into the sea from tank cleaning or deballasting opera-

tions would present a minor hazard to either marine resources or human health or cause minor harm to amenities or other legitimate uses of the sea and therefore require special operational conditions;

d) Category D — noxious liquid substances which if discharged into the sea from tank cleaning or deballasting operations would present a recognizable hazard to either marine resources or human health or cause minimal harm to amenities or other legitimate uses of the sea and therefore require some attention in operational conditions.

2. Guidelines for use in the categorization of noxious liquid substances are given in Appendix II to this Annex.

3. The list of noxious liquid substances carried in bulk and presently categorized which are subject to the provisions of this Regulation is set out in Appendix III to this Annex.

4. Where it is proposed to carry a liquid substance in bulk which has not been categorized under Sub-Paragraph 1 of this Paragraph or evaluated as referred to in Sub-Paragraph 1 of Paragraph C of this Regulation the Contracting Parties involved in the proposed operation shall establish and agree on a provisional assessment for the proposed operation on the basis of the guidelines referred to in Sub-Paragraph 2 of this Paragraph. Until full agreement between the Governments involved has been reached, the substance shall be carried under the most severe conditions proposed.

C Other Liquid Substances

1. The substances listed in Appendix IV to this Annex have been evaluated and found to fall outside the Categories A, B, C, and D, as defined in Sub-Paragraph 1 of Paragraph B of this Regulation because they are presently considered to present no harm to human health, marine resources, amenities or other legitimate uses of the sea, when discharged into the sea from tank cleaning or deballasting operations.

2. The discharge of bilge or ballast water or other residues or mixtures containing only substances listed in Appendix IV to this Annex shall not be subject to any requirement of this Regulation.

3. The discharge into the sea of clean ballast or segregated ballast shall not be subject to any requirement of this Regulation.

D Discharge of Noxious Liquid Substances

Subject to the provisions of Paragraph E of this Regulation:

1. The discharge into the sea of substances in Category A as defined in Sub-Paragraph 1 a) of Paragraph B of this Regulation, or of those provisionally assessed as such or ballast water, tank washings, or other residues or mixtures containing such substances shall be prohibited. If tanks containing such substances or mixtures are to be washed, the resulting residues shall be discharged to a reception facility which the Contracting Parties shall provide in accordance with Paragraph H of this Regulation, until the concentration of the substance in the effluent to such facility is at or below the residual concentration prescribed for that substance in column IV of Appendix III to this Annex and until the tank is empty. Provided that the residue then remaining in the tank is subsequently diluted by the addition of a volume of water of not less than 5 per cent of the total volume of the tank, it may be discharged into the sea when all the following conditions are also satisfied:

a) the ship is proceeding en route at a speed of at least 7 knots in the case of self-propelled ships or at least 4 knots in the case of ships which are not self-propelled;

b) the discharge is made below the waterline, taking into account the location of the seawater intakes; and

c) the discharge is made at a distance of not less than 12 nautical miles from the nearest land and in a depth of water of not less than 25 metres.

2. The discharge into the sea of substances in Category B as defined in Sub-Paragraph 1 b) of Paragraph B of this Regu-

lation or of those provisionally assessed as such or ballast water, tank washings, or other residues or mixtures containing such substances shall be prohibited except when all the following conditions are satisfied:

a) the tank has been washed after unloading with a volume of water of not less than 0.5 per cent of the total volume of the tank, and the resulting residues have been discharged to a reception facility until the tank is empty;

b) the ship is proceeding en route at a speed of at least 7 knots in the case of self-propelled ships or at least 4 knots in the case of ships which are not self-propelled;

c) the procedures and arrangements for discharge and washings are approved by the Administration and shall ensure that the concentration and rate of discharge of the effluent is such that the concentration of the substance in the wake astern of the ship does not exceed 1 part per million;

d) the discharge is made below the waterline, taking into account the location of the seawater intakes; and

e) the discharge is made at a distance of not less than 12 nautical miles from the nearest land and in a depth of water of not less than 25 metres.

3. The discharge into the sea of substances in Category C as defined in Sub-Paragraph 1 c) of Paragraph B of this Regulation or of those provisionally assessed as such or ballast water, tank washings, or other residues or mixtures containing such substances shall be prohibited except when all the following conditions are satisfied:

a) the ship is proceeding en route at a speed of at least 7 knots in the case of self-propelled ships or at least 4 knots in the case of ships which are not self-propelled;

b) the procedures and arrangements for discharge are approved by the Administration and shall ensure that the concentration and rate of discharge of the effluent is such that the concentration of the substance in the wake astern of the ship does not exceed 1 part per million;

c) the maximum quantity of cargo discharged from each tank and its associated piping system does not exceed the maximum quantity approved in accordance with the procedures referred to in Sub-Paragraph 3 b) of this Paragraph which shall in no case exceed the greater of 1 cubic metre or 1/3,000 of the tank capacity in cubic metres;

d) the discharge is made below the waterline, taking into account the location of the seawater intakes; and

e) the discharge is made at a distance of not less than 12 nautical miles from the nearest land and in a depth of water of not less than 25 metres.

4. The discharge into the sea of substances in Category D as defined in Sub-Paragraph 1 d) of Paragraph B of this Regulation, or of those provisionally assessed as such or ballast water, tank washings, or other residues or mixtures containing such substances shall be prohibited except when all the following conditions are satisfied:

a) the ship is proceeding en route at a speed of at least 7 knots in the case of self-propelled ships or at least 4 knots in the case of ships which are not self-propelled;

b) such mixtures are of a concentration not greater than one part of the substance in ten parts of water; and

c) the discharge is made at a distance of not less than 12 nautical miles from the nearest land.

5. Ventilation procedures approved by the Administration may be used to remove cargo residues from a tank. If subsequent washing of the tank is necessary, the discharge into the sea of the resulting tank washings shall be made in accordance with Sub-Paragraph 1, 2, 3, or 4 of this Paragraph, whichever is applicable.

6. The discharge into the sea of substances which have not been categorized, provisionally assessed, or evaluated as referred to in Sub-Paragraph 1 of Paragraph C of this Regulation, or of ballast water, tank washings, or other residues or mixtures containing such substances shall be prohibited.

E Exceptions

Paragraph D of this Regulation shall not apply to:

a) the discharge into the sea of noxious liquid substances or mixtures containing such substances necessary for the purpose of securing the safety of a ship or saving life at sea; or

b) the discharge into the sea of noxious liquid substances or mixtures containing such substances resulting from damage to a ship or its equipment:

(i) provided that all reasonable precautions have been taken after the occurrence of the damage or discovery of the discharge for the purpose of preventing or minimizing the discharge; and

(ii) except if the owner or the Master acted either with intent to cause damage, or recklessly and with knowledge that damage would probably result; or

c) the discharge into the sea of noxious liquid substances or mixtures containing such substances, approved by the Administration, when being used for the purpose of combating specific pollution incidents in order to minimize the damage from pollution. Any such discharge shall be subject to the approval of any Contracting Party in whose jurisdiction it is contemplated the discharge will occur.

F Measures of Control

1. The Contracting Parties shall appoint or authorize surveyors for the purpose of implementing this Paragraph.

Category A Substances

2. a) If a tank is partially unloaded or unloaded but not cleaned, an appropriate entry shall be made in the Cargo Record Book;

b) until that tank is cleaned every subsequent pumping or transfer operation carried out in connection with that tank shall also be entered in the Cargo Record Book.

3. If the tank is to be washed:

a) the effluent from the tank washing operation shall be discharged from the ship to a reception facility at least until the concentration of the substance in the discharge, as indicated by analyses of samples of the effluent taken by the surveyor, has fallen to the residual concentration specified for that substance in Appendix III to this Annex. When the required residual concentration has been achieved remaining tank washings shall continue to be discharged to the reception facility until the tank is empty. Appropriate entries of these operations shall be made in the Cargo Record Book and certified by the surveyor; and

b) after diluting the residue then remaining in the tank with at least 5 per cent of the tank capacity of water, this mixture may be discharged into the sea in accordance with the provisions of Sub-Paragraphs 1 a), b), and c) of Paragraph D of this Regulation. Appropriate entries of these operations shall be made in the Cargo Record Book.

4. Where the Government of the receiving Party is satisfied that it is impracticable to measure the concentration of the substance in the effluent without causing undue delay to the ship, that Party may accept an alternative procedure as being equivalent to Sub-Paragraph 3 a) of this Paragraph provided that:

a) a precleaning procedure for that tank and that substance is approved by the Administration and that Party is satisfied that such procedure will fulfil the requirements of Sub-Paragraph 1 of Paragraph D of this Regulation with respect to the attainment of the prescribed residual concentrations;

b) a surveyor duly authorized by that Party shall certify in the Cargo Record Book that:

(i) the tank, its pump and piping system have been emptied, and that the quantity of cargo remaining in the tank is at or below the quantity on which the

approved precleaning procedure referred to in Sub-Paragraph (ii) of this Sub-Paragraph has been based;

(ii) precleaning has been carried out in accordance with the precleaning procedure approved by the Administration for that tank and that substance; and

(iii) the tank washings resulting from such precleaning have been discharged to a reception facility and the tank is empty;

c) the discharge into the sea of any remaining residues shall be in accordance with the provisions of Sub-Paragraph 3 b) of this Paragraph and an appropriate entry is made in the Cargo Record Book.

Category B Substances

5. Subject to such surveillance and approval by the authorized or appointed surveyor as may be deemed necessary by the Contracting Party, the Master of a ship shall, with respect to a Category B substance, ensure compliance with the following:

a) if a tank is partially unloaded or unloaded but not cleaned, an appropriate entry shall be made in the Cargo Record Book;

b) until that tank is cleaned every subsequent pumping or transfer operation carried out in connection with that tank shall also be entered in the Cargo Record Book;

c) if the tank is to be washed, the effluent from the tank washing operation, which shall contain a volume of water not less than 0.5 per cent of the total volume of the tank, shall be discharged from the ship to a reception facility until the tank, its pump and piping system are empty. An appropriate entry shall be made in the Cargo Record Book;

d) if the tank is to be further cleaned and emptied at sea, the Master shall:

(i) ensure that the approved procedures referred to in Sub-Paragraph 2 c) of Paragraph D of this Regulation are complied with and that the appropriate entries are made in the Cargo Record Book; and

(ii) ensure that any discharge into the sea is made in accordance with the requirements of Sub-Paragraph 2 of Paragraph D of this Regulation and an appropriate entry is made in the Cargo Record Book;

e) if after unloading a Category B substance, any residues of tank washings are to be retained on board until the ship is outside the Baltic Sea Area, the Master shall so indicate by an appropriate entry in the Cargo Record Book.

Category C Substances

6. Subject to such surveillance and approval by the authorized or appointed surveyor as may be deemed necessary by the Contracting Party, the Master of a ship shall, with respect to a Category C substance, ensure compliance with the following:

a) if a tank is partially unloaded or unloaded but not cleaned, an appropriate entry shall be made in the Cargo Record Book;

b) if the tank is to be cleaned at sea:

(i) the cargo piping system serving that tank shall be drained and an appropriate entry made in the Cargo Record Book;

(ii) the quantity of substance remaining in the tank shall not exceed the maximum quantity which may be discharged into the sea for that substance under Sub-Paragraph 3 c) of Paragraph D of this Regulation. An appropriate entry shall be made in the Cargo Record Book;

(iii) where it is intended to discharge the quantity of substance remaining into the sea the approved procedures shall be complied with, and the necessary dilution of the substance satisfactory for such a discharge shall

be achieved. An appropriate entry shall be made in the Cargo Record Book; or

(iv) where the tank washings are not discharged into the sea, if any internal transfer of tank washings takes place from that tank an appropriate entry shall be made in the Cargo Record Book; and

(v) any subsequent discharge into the sea of such tank washings shall be made in accordance with the requirements of Sub-Paragraph 3 of Paragraph D of this Regulation;

c) if the tank is to be cleaned in port:

(i) the tank washings shall be discharged to a reception facility and an appropriate entry shall be made in the Cargo Record Book; or

(ii) the tank washings shall be retained on board the ship and an appropriate entry shall be made in the Cargo Record Book indicating the location and disposition of the tank washings;

d) if after unloading a Category C substance within the Baltic Sea Area, any residues or tank washings are to be retained on board until the ship is outside the area, the Master shall so indicate by an appropriate entry in the Cargo Record Book.

Category D Substances

7. The Master of a ship shall, with respect to a Category D substance, ensure compliance with the following:

a) if a tank is partially unloaded or unloaded but not cleaned, an appropriate entry shall be made in the Cargo Record Book;

b) if the tank is to be cleaned at sea:

(i) the cargo piping system serving that tank shall be drained and an appropriate entry made in the Cargo Record Book;

(ii) where it is intended to discharge the quantity of substance remaining into the sea, the necessary dilution of the substance satisfactory for such a discharge shall be achieved. An appropriate entry shall be made in the Cargo Record Book;

(iii) where the tank washings are not discharged into the sea, if any internal transfer of tank washings takes place from that tank an appropriate entry shall be made in the Cargo Record Book; and

(iv) any subsequent discharge into the sea of such tank washings shall be made in accordance with the requirements of Sub-Paragraph 4 of Paragraph D of this Regulation;

c) if the tank is to be cleaned in port:

(i) the tank washings shall be discharged to a reception facility and an appropriate entry shall be made in the Cargo Record Book; or

(ii) the tank washings shall be retained on board the ship and an appropriate entry shall be made in the Cargo Record Book indicating the location and disposition of the tank washings.

Discharge from a Slop Tank

8. Any residues retained on board in a slop tank, including those from pump room bilges, which contain a Category A or a Category B substance, shall be discharged to a reception facility in accordance with the provisions of Sub-Paragraph 1 or 2 of Paragraph D of this Regulation, whichever is applicable. An appropriate entry shall be made in the Cargo Record Book.

9. Any residues retained on board in a slop tank, including those from pump room bilges, which contain a Category C substance in excess of the aggregate of the maximum quantities specified in Sub-Paragraph 3 c) of Paragraph D of this Regulation shall be discharged to a reception facility. An appropriate entry shall be made in the Cargo Record Book.

G Cargo Record Book

1. Every ship to which this Regulation applies shall be provided with a Cargo Record Book, whether as part of the ship's official log book or otherwise, in the form specified in Appendix V to this Annex.

2. The Cargo Record Book shall be completed, on a tank-to-tank basis, whenever any of the following operations with respect to a noxious liquid substance takes place in the ship:

(i) loading of cargo;

(ii) unloading of cargo;

(iii) transfer of cargo;

(iv) transfer of cargo, cargo residues or mixtures containing cargo to a slop tank;

(v) cleaning of cargo tanks;

(vi) transfer from slop tanks;

(vii) ballasting of cargo tanks;

(viii) transfer of dirty ballast water;

(ix) discharge into the sea in accordance with Paragraph D of this Regulation.

3. In the event of any discharge of the kind referred to in Annex VI of the present Convention and Paragraph E of this Regulation of any noxious liquid substance or mixture containing such substance, whether intentional or accidental, an entry shall be made in the Cargo Record Book stating the circumstances of, and the reason for, the discharge.

4. When a surveyor appointed or authorized by a Contracting Party to supervise any operations under this Regulation has inspected a ship, then that surveyor shall make an appropriate entry in the Cargo Record Book.

5. Each operation referred to in Sub-Paragraphs 2 and 3 of this Paragraph shall be fully recorded without delay in the Cargo Record Book so that all the entries in the Book appropriate to that operation are completed. Each entry shall be signed by the officer or officers in charge of the operation concerned and, when the ship is manned, each page shall be signed by the Master of the ship. The entries in the Cargo Record Book shall be in an official language of the State whose flag the ship is entitled to fly, and, except when the ship is engaged in domestic voyages, in English or French. The entries in an official national language of the State whose flag the ship is entitled to fly shall prevail in case of a dispute or discrepancy.

6. The Cargo Record Book shall be kept in such a place as to be readily available for inspection and, except in the case of unmanned ships under tow, shall be kept on board the ship. It shall be retained for a period of two years after the last entry has been made.

7. The competent authority of a Contracting Party may inspect the Cargo Record Book on board any ship to which this Regulation applies while the ship is in its port, and may make a copy of any entry in that Book and may require the Master of the ship to certify that the copy is a true copy of such entry. Any copy so made which has been certified by the Master of the ship as a true copy of an entry in the ship's Cargo Record Book shall be made admissible in any judicial proceedings as evidence of the facts stated in the entry. The inspection of a Cargo Record Book and the taking of a certified copy by the competent authority under this Paragraph shall be performed as expeditiously as possible without causing the ship to be unduly delayed.

II Reception Facilities

1. The Contracting Parties undertake to ensure the provision of reception facilities according to the needs of ships using their ports, terminals or repair ports of the Baltic Sea Area as follows:

a) cargo loading and unloading ports and terminals shall have facilities adequate for reception without undue delay to

ships of such residues and mixtures containing noxious liquid substances as would remain for disposal from ships carrying them as a consequence of the application of this Regulation; and

b) ship repair ports undertaking repairs to chemical tankers shall have facilities adequate for the reception of residues and mixtures containing noxious liquid substances.

2. Each Contracting Party shall determine the types of facilities provided for the purpose of Sub-Paragraph 1 of this Paragraph at its cargo loading and unloading ports, terminals and ship repair ports of the Baltic Sea Area.

REGULATION 6

HARMFUL SUBSTANCES IN PACKAGED FORMS

A. The Contracting Parties shall as soon as possible apply suitable uniform rules for the carriage of harmful substances in packaged forms or in freight containers, portable tanks or road and rail tank wagons.

B. With respect to certain harmful substances, as may be designated by the Commission, the Master or owner of the ship or his representative shall notify the appropriate port authority of the intent to load or unload such substances at least 24 hours prior to such action.

C. A report of an incident involving harmful substances shall be made in accordance with the provisions of Annex VI of the present Convention.

REGULATION 7

SEWAGE

The Contracting Parties shall apply the provisions of Paragraphs A to D of this Regulation on discharge of sewage from ships while operating in the Baltic Sea Area.

A Definitions

For the purposes of this Regulation:

1. "New ship" means a ship:

a) for which the building contract is placed, or in the absence of a building contract, the keel of which is laid, or which is at a similar stage of construction, on or after the date of entry into force of the present Convention; or

b) the delivery of which is three years or more after the date of entry into force of the present Convention.

2. "Existing ship" means a ship which is not a new ship.

3. "Sewage" means:

a) drainage and other wastes from any form of toilets, urinals, and WC scuppers;

b) drainage from medical premises (dispensary, sick bay, etc.) via wash basins, wash tubs and scuppers located in such premises;

c) drainage from spaces containing living animals; or

d) other waste waters when mixed with the drainages defined above.

4. "Holding tank" means a tank used for the collection and storage of sewage.

B Application

1. The provisions of this Regulation shall apply to:

a) new ships certified to carry more than 100 persons from a date not later than 1 January 1977;

b) existing ships certified to carry more than 400 persons from a date not later than 1 January 1978; and

c) other ships, as specified in Sub-Paragraphs (i), (ii), and (iii), from dates decided by the Contracting Parties on recommendation by the Commission:

(i) ships of 200 tons gross tonnage and above;

(ii) ships of less than 200 tons gross tonnage which are certified to carry more than 10 persons;

(iii) ships which do not have a measured gross tonnage and are certified to carry more than 10 persons.

In the case of new such ships the date shall be not later than 1 January 1979. In the case of existing such ships the date shall be not later than ten years after the date decided for new ships.

2. A Contracting Party may, if it is satisfied that the application of the provisions of Sub-Paragraph 1 b) of this Paragraph with respect to a certain ship would necessitate constructional alterations which would be unreasonable, exempt the ship from the application until a date not later than ten years after the date of entry into force of the present Convention.

C Discharge of Sewage

1. Subject to the provisions of Paragraph D of this Regulation, the discharge of sewage into the sea is prohibited, except when:

a) the ship is discharging comminuted and disinfected sewage using a system approved by the Administration at a distance of more than 4 nautical miles from the nearest land, or sewage which is not comminuted or disinfected at a distance of more than 12 nautical miles from the nearest land, provided that in any case the sewage that has been stored in holding tanks shall not be discharged instantaneously but at a moderate rate when the ship is en route and proceeding at not less than 4 knots; or

b) the ship has in operation a sewage treatment plant which has been approved by the Administration, and

(i) the test results of the plant are laid down in a document carried by the ship;

(ii) additionally, the effluent shall not produce visible floating solids in, nor cause discolouration of the surrounding water; or

c) the ship is situated in the waters under the jurisdiction of a State and is discharging sewage in accordance with such less stringent requirements as may be imposed by such State.

2. When the sewage is mixed with wastes or waste water having different discharge requirements, the more stringent requirements shall apply.

D Exceptions

Paragraph C of this Regulation shall not apply to:

a) the discharge of sewage from a ship necessary for the purpose of securing the safety of a ship and those on board or saving life at sea; or

b) the discharge of sewage resulting from damage to a ship or its equipment if all reasonable precautions have been taken before and after the occurrence of the damage for the purpose of preventing or minimizing the discharge.

E Reception Facilities

1. Each Contracting Party undertakes to ensure the provision of facilities at its ports and terminals of the Baltic Sea Area for the reception of sewage, without causing undue delay to ships, adequate to meet the needs of the ships using them.

2. To enable pipes of reception facilities to be connected with the ship's discharge pipeline, both lines shall be fitted with a standard discharge connection in accordance with the following table:

Standard Dimensions of Flanges for Discharge Connections

Description	Dimensions
Outside diameter	210 mm
Inner diameter	According to pipe outside diameter
Bolt circle diameter	170 mm
Slots in flange	4 holes 18 mm in diameter equidistantly placed on a bolt circle of the above diameter, slotted to the flange periphery. The slot width to be 18 mm
Flange thickness	16 mm
Bolts and nuts: quantity and diameter	4, each of 16 mm in diameter and of suitable length

The flange is designed to accept pipes up to a maximum internal diameter of 100 mm and shall be of steel or other equivalent material having a flat face. This flange, together with a suitable gasket, shall be suitable for a service pressure of 6 kg/cm².

For ships having a moulded depth of 5 metres and less, the inner diameter of the discharge connection may be 38 millimetres.

REGULATION 8**GARBAGE**

The Contracting Parties shall as soon as possible but not later than 1 January 1976 or on the date of entry into force of the present Convention, whichever occurs later, apply the provisions of Paragraphs A to D of this Regulation on the disposal of garbage from ships while operating in the Baltic Sea Area.

A Definition

For the purposes of this Regulation:

"Garbage" means all kinds of victual, domestic and operational waste excluding fresh fish and parts thereof, generated during the normal operation of the ship and liable to be disposed of continuously or periodically except those substances which are defined or listed in other Regulations of this Annex.

B Disposal of Garbage

1. Subject to the provisions of Paragraphs C and D of this Regulation:

a) disposal into the sea of the following is prohibited:

(i) all plastics, including but not limited to synthetic ropes, synthetic fishing nets and plastic garbage bags; and

(ii) all other garbage, including paper products, rags, glass, metal, bottles, crockery, dunnage, lining and packing materials;

b) disposal into the sea of food wastes shall be made as far as practicable from land, but in any case not less than 12 nautical miles from the nearest land.

2. When the garbage is mixed with other discharges having different disposal or discharge requirements the more stringent requirements shall apply.

C Special Requirements for Fixed and Floating Platforms

1. Subject to the provisions of Sub-Paragraph 2 of this Paragraph, the disposal of any materials regulated by this Regulation is prohibited from fixed or floating platforms engaged in the exploration, exploitation and associated off-shore processing of sea-bed mineral resources, and all other ships when alongside or within 500 metres of such platforms.

2. The disposal into the sea of food wastes may be permitted when they have passed through a comminuter or grinder from such fixed or floating platforms located more than 12 nautical miles from land and all other ships when alongside or within 500 metres of such platforms. Such comminuted or ground food wastes shall be capable of passing through a screen with openings no greater than 25 millimetres.

D Exceptions

Paragraphs B and C of this Regulation shall not apply to:

a) the disposal of garbage from a ship necessary for the purpose of securing the safety of a ship and those on board or saving life at sea; or

b) the escape of garbage resulting from damage to a ship or its equipment provided all reasonable precautions have been taken before and after the occurrence of the damage, for the purpose of preventing or minimizing the escape; or

c) the accidental loss of synthetic fishing nets or synthetic material incidental to the repair of such nets, provided that all reasonable precautions have been taken to prevent such loss.

E Reception Facilities

Each Contracting Party undertakes to ensure the provision of facilities at its ports and terminals of the Baltic Sea Area for the reception of garbage, without causing undue delay to ships, and according to the needs of the ships using them.

ANNEX IV**APPENDIX I****LIST OF OILS***

<i>Asphalt solutions</i>	<i>Gas Oil</i>
Blending Stocks	Cracked
Roofers Flux	
Straight Run Residue	<i>Gasolene Blending Stocks</i>
	Alkylates — fuel
<i>Oils</i>	Reformats
Clarified	Polymer — fuel
Crude Oil	
Mixtures containing	<i>Gasolenes</i>
crude oil	Casinghead (natural)
Diesel Oil	Automotive
Fuel Oil No. 4	Aviation
Fuel Oil No. 5	Straight Run
Fuel Oil No. 6	Fuel Oil No. 1
Residual Fuel Oil	(Kerosene)
Road Oil	Fuel Oil No. 1—D
Transformer Oil	Fuel Oil No. 2
Aromatic Oil	Fuel Oil No. 2—D
(excluding vegetable	
oil)	<i>Jet Fuels</i>
Lubricating Oils	JP—1 (Kerosene)
and Blending	JP—3
Stocks	JP—4
Mineral Oil	JP—5 (Kerosene, Heavy)
Motor Oil	Turbo Fuel
Penetrating Oil	Kerosene
Spindle Oil	Mineral Spirit
Turbine Oil	
<i>Distillates</i>	<i>Naphtha</i>
Straight Run	Solvent
Flashed Feed Stocks	Petroleum
	Heartcut Distillate Oil

* The list of oils shall not necessarily be considered as comprehensive.

ANNEX IV

APPENDIX II

GUIDELINES FOR THE CATEGORIZATION OF
NOXIOUS LIQUID SUBSTANCES

Category A

Substances which are bioaccumulated and liable to produce a hazard to aquatic life or human health; or which are highly toxic to aquatic life (as expressed by a Hazard Rating 4, defined by a TLM less than 1 ppm); and additionally certain substances which are moderately toxic to aquatic life (as expressed by a Hazard Rating 3, defined by a TLM of 1 or more, but less than 10 ppm) when particular weight is given to additional factors in the hazard profile or to special characteristics of the substance.

Category B

Substances which are bioaccumulated with a short retention of the order of one week or less; or which are liable to produce tainting of the sea food; or which are moderately toxic to aquatic life (as expressed by a Hazard Rating 3, defined by a TLM of 1 ppm or more, but less than 10 ppm); and additionally certain substances which are slightly toxic to aquatic life (as expressed by a Hazard Rating 2, defined by a TLM of 10 ppm or more, but less than 100 ppm) when particular weight is given to additional factors in the hazard profile or to special characteristics of the substance.

Category C

Substances which are slightly toxic to aquatic life (as expressed by a Hazard Rating 2, defined by a TLM of 10 or more, but less than 100 ppm); and additionally certain substances which are practically non-toxic to aquatic life (as expressed by a Hazard Rating 1, defined by a TLM of 100 ppm or more, but less than 1.000 ppm) when particular weight is given to additional factors in the hazard profile or to special characteristics of the substance.

Category D

Substances which are practically non-toxic to aquatic life, (as expressed by a Hazard Rating 1, defined by a TLM of 100 ppm or more, but less than 1.000 ppm); or causing deposits blanketing the seafloor with a high biochemical oxygen demand (BOD); or highly hazardous to human health, with an LD₅₀ of less than 5 mg/kg; or produce moderate reduction of amenities because of persistency, smell or poisonous or irritant characteristics, possibly interfering with use of beaches; or moderately hazardous to human health, with an LD₅₀ of 5 mg/kg or more, but less than 50 mg/kg and produce slight reduction of amenities.

Other Liquid Substances (for the purposes of Paragraph C of Regulation 5)

Substances other than those categorized in Categories A, B, C, and D above.

ANNEX IV

APPENDIX III

LIST OF NOXIOUS LIQUID SUBSTANCES
CARRIED IN BULK

Substance	UN Number	Pollution Category for operational discharge				Residual concentration (per cent by weight)
		(Paragraph B of Regulation 5)	III	IV Within the Baltic Sea Area	(Paragraph D (1) of Regulation 5)	
Acetaldehyde	1089	C				
Acetic acid	1842	C				
Acetic anhydride	1715	C				
Acetone	1090	D				
Acetone cyanohydrin	1541	A			0.05	
Acetyl chloride	1717	C				
Acrolein	1082	A			0.05	
Acrylic acid*	—	C				
Acrylonitrile	1093	B				
Adiponitrile	—	D				
Alkylbenzene sulfonate	—					
(straight chain)		C				
(branched chain)		B				
Allyl alcohol	1098	B				
Allyl chloride	1100	C				
Alum (15% solution)	—	D				
Aminoethylethanolamine						
(Hydroxyethyl-ethylenedi-amine)*	—	D				
Ammonia (28% aqueous)	1005	B				
iso-Amyl acetate	1104	C				
n-Amyl acetate	1104	C				
n-Amyl alcohol	—	D				
Aniline	1547	C				
Benzene	1114	C				
Benzyl alcohol	—	D				
Benzyl chloride	1738	B				
n-Butyl acetate	1123	D				
sec-Butyl acetate	1124	D				
n-Butyl acrylate	—	D				
Butyl butyrate*	—	B				
Butylene glycol(s)	—	D				
Butyl methacrylate	—	D				
n-Butyraldehyde	1129	B				
Butyric acid	—	B				
Calcium hydroxide (solution)	—	D				
Camphor oil	1130	B				
Carbon disulphide	1131	A			0.005	
Carbon tetrachloride	1848	B				

* Asterisk indicates that the substance has been provisionally included in this list and that further data are necessary in order to complete the evaluation of its environmental hazards, particularly in relation to living resources.

Substance	Pollution Category for operational discharge		Residual concentration (per cent by weight)	
	UN Number	(Paragraph B of Regulation 5)	III	IV Within the Baltic Sea Area
Caustic potash (Potassium hydroxide)	1814	C		
Chloroacetic acid	1750	C		
Chloroform	1888	B		
Chlorohydrins (crude)*	—	D		
Chloroprene*	1991	C		
Chlorosulphonic acid	1754	C		
para-Chlorotoluene	—	B		
Citric acid (10–25 %)	—	D		
Creosote	1394	A	0.05	
Cresols	2076	A	0.05	
Cresylic acid	2022	A	0.05	
Crotonaldehyde	1143	B		
Cumene	1918	C		
Cyclohexane	1145	C		
Cyclohexanol	—	D		
Cyclohexanone	1915	D		
Cyclohexylamine*	—	D		
para-Cymene (Isopropyltoluene)*	2046	D		
Decahydronaphthalene	1147	D		
Decane*	—	D		
Diacetone alcohol*	1148	D		
Dibenzyl ether*	—	C		
Dichlorobenzenes	1591	A	0.05	
Dichloroethyl ether	1916	B		
Dichloropropene—				
Dichloropropane mixture (D. D. Soil fumigant)	2047	B		
Diethylamine	1154	C		
Diethylbenzene (mixed isomers)	2049	C		
Diethyl ether	1155	D		
Diethylene triamine*	2079	C		
Diethylene glycol monoethyl ether	—	C		
Diethylketone (3-Pentanone) ..	1156	D		
Diisobutylene*	2050	D		
Diisobutyl ketone	1157	D		
Diisopropanolamine	—	C		
Diisopropylamine	1158	C		
Diisopropyl ether*	1159	D		
Dimethylamine (40 % aqueous)	1160	C		
Dimethylethanolamine (2-Dimethylaminoethanol)* ..	2051	C		
Dimethylformamide	—	D		
1, 4-Dioxane*	1166	C		
Diphenyl/Diphenyloxide mixtures*	—	D		

* Asterisk indicates that the substance has been provisionally included in this list and that further data are necessary in order to complete the evaluation of its environmental hazards, particularly in relation to living resources.

Substance	Pollution Category for operational discharge		Residual concentration (per cent by weight)	
	UN Number	(Paragraph B of Regulation 5)	III	IV Within the Baltic Sea Area
Dodecylbenzene	—	C		
Epichlorohydrin	2023	B		
2-Ethoxyethyl acetate*	1172	D		
Ethyl acetate	1173	D		
Ethyl acrylate	1917	D		
Ethyl amyl ketone*	—	C		
Ethylbenzene	1175	C		
Ethyl cyclohexane	—	D		
Ethylene chlorohydrin (2-Chloro-ethanol)	1135	D		
Ethylene cyanohydrin*	—	D		
Ethylenediamine	1604	C		
Ethylene dibromide	1605	B		
Ethylene dichloride	1184	B		
Ethylene glycol monoethyl ether (Methyl cellosolve)	1171	D		
2-Ethylhexyl acrylate*	—	D		
2-Ethylhexyl alcohol	—	C		
Ethyl lactate*	1192	D		
2-Ethyl 3-propylacrolein*	—	B		
Formaldehyde (37–50 % solution)	1198	C		
Formic acid	1779	D		
Furfuryl alcohol	—	C		
Heptanoic acid*	—	D		
Hexamethylenediamine*	1783	C		
Hydrochloric acid	1789	D		
Hydrofluoric acid (40 % aqueous)	1790	B		
Hydrogen peroxide (greater than 60 %)	2015	C		
Isobutyl acrylate	—	D		
Isobutyl alcohol	1212	D		
Isobutyl methacrylate	—	D		
Isobutyraldehyde	2045	C		
Isooctane*	—	D		
Isopentane	—	D		
Isophorone	—	D		
Isopropylamine	1221	C		
Isopropyl cyclohexane	—	D		
Isoprene	1218	D		
Lactic acid	—	D		
Mesityl oxide*	1229	C		
Methyl acetate	1231	D		
Methyl acrylate	1919	C		
Methylamyl alcohol	—	D		
Methylene chloride	1593	B		
2-Methyl-5-Ethylpyridine*	—	B		
Methyl methacrylate	1247	D		
2-Methylpentene*	—	D		

* Asterisk indicates that the substance has been provisionally included in this list and that further data are necessary in order to complete the evaluation of its environmental hazards, particularly in relation to living resources.

Substance	Pollution Category for operational discharge		Residual concentration (per cent by weight)	
	UN Number	(Paragraph B of Regulation 5)	III	IV (Paragraph D (1) of Regulation 5)
	I	II		IV Within the Baltic Sea Area
alpha-Methylstyrene*	—	D		
Monochlorobenzene	1134	B		
Monoethanolamine	—	D		
Monoisopropanolamine	—	C		
Monomethyl ethanolamine	—	C		
Mononitrobenzene	—	C		
Monoisopropylamine	—	C		
Morpholine*	2054	C		
Naphthalene (molten)	1334	A	0.05	
Naphthenic acids*	—	A	0.05	
Nitric acid (90%)	2031/ 2032			
2-Nitropropane	—	D		
ortho-Nitrotoluene	1664	C		
Nonyl alcohol*	—	C		
Nonylphenol	—	C		
n-Octanol	—	C		
Oleum	1831	C		
Oxalic acid (10-25%)	—	D		
Pentachloroethane	1669	B		
n-Pentane	1265	C		
Perchloroethylene (Tetrachloroethylene)	1897	B		
Phenol	1671	B		
Phosphoric acid	1805	D		
Phosphorus (elemental)	1336	A	0.005	
Phthalic Anhydride (molten)	—	C		
beta-Propiolactone*	—	B		
Propionaldehyde	1275	D		
Propionic acid	1848	D		
Propionic anhydride	—	D		
n-Propyl acetate*	1276	C		
n-Propyl alcohol	1274	D		
n-Propylamine	1277	C		
Pyridine	1282	B		
Silicon tetrachloride	1818	D		
Sodium bichromate (solution)	—	C		
Sodium hydroxide	1834	C		
Sodium pentachlorophenate (solution)	—	A	0.05	
Styrene monomer	2055	C		
Sulphuric acid	1830/ 1831/ 1832			
Tallow	—	D		
Tetraethyllead	1649	A	0.05	
Tetrahydrofuran	2056	D		
Tetrahydronaphthalene	1540	C		
Tetramethylbenzene	—	D		
Tetramethyllead	1649	A	0.05	

* Asterisk indicates that the substance has been provisionally included in this list and that further data are necessary in order to complete the evaluation of its environmental hazards, particularly in relation to living resources.

Substance	Pollution Category for operational discharge		Residual concentration (per cent by weight)	
	UN Number	(Paragraph B of Regulation 5)	III	IV (Paragraph D (1) of Regulation 5)
	I	II		IV Within the Baltic Sea Area
Titanium tetrachloride	—	D		
Toluene	1294	C		
Toluene diisocyanate*	2078	B		
Trichloroethane	—	C		
Trichloroethylene	1710	B		
Triethanolamine	—	D		
Triethylamine	1296	C		
Trimethylbenzene*	—	C		
Tritolyl phosphate (Tricresyl phosphate)*	—	B		
Turpentine (wood)	1299	B		
Vinyl acetate	1301	C		
Vinylidene chloride*	1303	B		
Xylenes (mixed isomers)	1307	C		

* Asterisk indicates that the substance has been provisionally included in this list and that further data are necessary in order to complete the evaluation of its environmental hazards, particularly in relation to living resources.

ANNEX IV

APPENDIX IV

LIST OF OTHER LIQUID SUBSTANCES CARRIED
IN BULK

Acetonitrile (Methyl cyanide)	Ligroin
tert-Amyl alcohol	Methyl alcohol
n-Butyl alcohol	Methylamyl acetate
Butyrolactone	Methyl ethyl ketone
Calcium chloride (solution)	(2-butanone)
Castor oil	Milk
Citric juices	Molasses
Coconut oil	Olive Oil
Cod liver oil	Polypropylene glycol
iso-Decyl alcohol	iso-Propyl acetate
n-Decyl alcohol	iso-Propyl alcohol
Decyl octyl alcohol	Propylene glycol
Dibutyl ether	Propylene oxide
Diethanolamine	Propylene tetramer
Diethylene glycol	Propylene trimer
Dipentene	Sorbitol
Dipropylene glycol	Sulphur (liquid)
Ethyl alcohol	Tridecanol
Ethylene glycol	Triethylene glycol
Fatty alcohols (C ₁₂ -C ₂₀)	Triethylenetetramine
Glycerine	Tripropylene glycol
n-Heptane	Water
Heptene (mixed isomers)	Wine
n-Hexane	

ANNEX IV

APPENDIX V

CARGO RECORD BOOK FOR SHIPS CARRYING
NOXIOUS LIQUID SUBSTANCES IN BULK

Name of ship

Cargo carrying capacity of each tank in cubic metres

Voyage from to

a) Loading of cargo

1. Date and place of loading
2. Name and category of cargo(es) loaded
3. Identity of tank(s) loaded

b) Transfer of cargo

4. Date of transfer
5. Identity of tank(s) (i) From
(ii) To
6. Was (were) tank(s) in 5 (i) emptied?
7. If not, quantity remaining

c) Unloading of cargo

8. Date and place of unloading
9. Identity of tank(s) unloaded
10. Was (were) tank(s) emptied?
11. If not, quantity remaining in tank(s)
12. Is(are) tank(s) to be cleaned?
13. Amount transferred to slop tank
14. Identity of slop tank

d) Ballasting of cargo tanks

15. Identity of tank(s) ballasted
16. Date and position of ship at start of ballasting

e) Cleaning of cargo tanks

* Category A substances

17. Identity of tank(s) cleaned
18. Date and location of cleaning

..... Signature of Master

19. Method(s) of cleaning
20. Location of reception facility used
21. Concentration of effluent when discharge to reception facility stopped
22. Quantity remaining in tank
23. Procedure and amount of water introduced into tank in final cleaning
24. Location, date of discharge into the sea
25. Procedure and equipment used in discharge into the sea

Category B, C, and D substances

26. Washing procedure used
27. Quantity of water used
28. Date, location of discharge into the sea
29. Procedure and equipment used in discharge into the sea

f) Transfer of dirty ballast water

30. Identity of tank(s)
31. Date and position of ship at start of discharge into the sea
32. Date and position of ship at finish of discharge into the sea
33. Ship's speed(s) during discharge
34. Quantity discharged into the sea
35. Quantity of polluted water transferred to slop tank(s) (identify slop tank(s))
36. Date and port of discharge to reception facilities (if applicable)

g) Transfer from slop tank/disposal of residue

37. Identity of slop tank(s)
38. Quantity disposed from each tank
39. Method of disposal of residue:
 - (a) Reception facilities
 - (b) Mixed with cargo
 - (c) Transferred to another (other) tank(s) (identify tank(s))
 - (d) Other method
40. Date and port of disposal of residue

h) Accidental or other exceptional discharge

41. Date and time of occurrence
42. Place or position of ship at time of occurrence
43. Approximate quantity, name and category of substance
44. Circumstances of discharge or escape and general remarks.

..... Signature of Master

ANNEX V

EXCEPTIONS FROM THE GENERAL PROHIBITION
OF DUMPING OF WASTE AND OTHER MATTER IN THE
BALTIC SEA AREA

Regulation 1

In accordance with Paragraph 2 of Article 9 of the present Convention the prohibition of dumping shall not apply to the disposal at sea of dredged spoils provided that:

1. they do not contain significant quantities and concentrations of substances to be defined by the Commission and listed in Annexes I and II of the present Convention; and

2. the dumping is carried out under a prior special permit given by the appropriate national authority, either

a) within the area of the territorial sea of the Contracting Party; or

b) outside the area of the territorial sea, whenever necessary, after prior consultations in the Commission.

When issuing such permits the Contracting Party shall comply with the provisions in Regulation 3 of this Annex.

Regulation 2

1. The appropriate national authority referred to in Paragraph 2 of Article 9 of the present Convention shall:

- a) issue special permits provided for in Regulation 1 of this Annex;
- b) keep records of the nature and quantities of matter permitted to be dumped and the location, time and method of dumping;
- c) collect available information concerning the nature and quantities of matter that has been dumped in the Baltic Sea Area recently and up to the coming into force of the present Convention, provided that the dumped matter in question could be liable to contaminate water or organisms in the Baltic Sea Area, to be caught by fishing equipment, or otherwise to give rise to harm, and the location, time and method of such dumping.

2. The appropriate national authority shall issue special permits in accordance with Regulation 1 of this Annex in respect of matter intended for dumping in the Baltic Sea Area:

- a) loaded in its territory;
- b) loaded by a vessel or aircraft registered in its territory or flying its flag, when the loading occurs in the territory of a State not Party to the present Convention.

3. When issuing permits under Sub-Paragraph 1 a) above, the appropriate national authority shall comply with Regulation 3 of this Annex, together with such additional criteria, measures and requirements as they may consider relevant.

4. Each Contracting Party shall report to the Commission, and where appropriate to other Contracting Parties, the information specified in Sub-Paragraph 1 c) of Regulation 2 of this Annex. The procedure to be followed and the nature of such reports shall be determined by the Commission.

Regulation 3

When issuing special permits according to Regulation 1 of this Annex the appropriate national authority shall take into account:

1. Quantity of dredged spoils to be dumped.
2. The content of the matter referred to in Annexes I and II of the present Convention.
3. Location (e.g. co-ordinates of the dumping area, depth and distance from coast) and its relation to areas of special interest (e.g. amenity areas, spawning, nursery and fishing areas, etc.).

4. Water characteristics, if dumping is carried out outside the territorial sea, consisting of:

- a) hydrographic properties (e.g. temperature, salinity, density, profile);
- b) chemical properties (e.g. pH, dissolved oxygen, nutrients);
- c) biological properties (e.g. primary production and benthic animals).

The data should include sufficient information on the annual mean levels and the seasonal variation of the properties mentioned in this Paragraph.

5. The existence and effects of other dumping which may have been carried out in the dumping area.

Regulation 4

Reports made in accordance with Paragraph 5 of Article 9 of the present Convention shall include the following information:

1. Location of dumping, characteristics of dumped material, and counter measures taken:
 - a) location (e.g. co-ordinates of the accidental dumping site, depth and distance from the coast);

b) method of deposit;

c) quantity and composition of dumped matter as well as its physical (e.g. solubility and density), chemical and biochemical (e.g. oxygen demand, nutrients), and biological properties (e.g. presence of viruses, bacteria, yeasts, parasites);

d) toxicity;

e) content of the substances referred to in Annexes I and II of the present Convention;

f) dispersal characteristics (e.g. effects of currents and wind, and horizontal transport and vertical mixing);

g) water characteristics (e.g. temperature, pH, redox conditions, salinity and stratification);

h) bottom characteristics (e.g. topography, geological characteristics and redox conditions);

i) counter measures taken and follow-up operations carried out or planned.

2. General considerations and conditions:

a) possible effects on amenities (e.g. floating or stranded material, turbidity, objectionable odour, discolouration and foaming);

b) possible effect on marine life, fish and shellfish culture, fish stocks and fisheries, seaweed harvesting and cultures; and

c) possible effects on other uses of the sea (e.g. impairment of water quality for industrial use, underwater corrosion of structures, interference with ship operations from floating materials, interference with fishing or navigation and protection of areas of special importance for scientific or conservation purposes).

ANNEX VI**CO-OPERATION IN COMBATTING MARINE POLLUTION****Regulation 1**

For the purposes of this Annex:

1. "Ship" means a vessel of any type whatsoever operating in the marine environment and includes hydrofoil boats, air-cushion vehicles, submersibles, floating craft and fixed or floating platforms.

2. "Administration" means the Government of the State under whose authority the ship is operating. With respect to a ship entitled to fly a flag of any State, the Administration is the Government of that State. With respect to fixed or floating platforms engaged in exploration and exploitation of the sea-bed and subsoil thereof adjacent to the coast over which the coastal State exercises sovereign rights for the purposes of exploration and exploitation of their natural resources, the Administration is the Government of the coastal State concerned.

3. a) "Discharge", in relation to harmful substances or effluents containing such substances, means any release whatsoever caused from a ship and includes any escape, disposal, spilling, leaking, pumping, emitting or emptying.

b) "Discharge" does not include:

- (i) dumping within the meaning of the Convention on the Prevention of Marine Pollution by Dumping of Wastes and Other Matter done at London on 29 December 1972; or
- (ii) release of harmful substances directly arising from the exploration, exploitation and associated off-shore processing of sea-bed mineral resources; or
- (iii) release of harmful substances for purposes of legitimate scientific research into pollution abatement or control.

Regulation 2

The Contracting Parties undertake to maintain ability to combat spillages of oil and other harmful substances on the sea. This ability shall include adequate equipment, ships and manpower prepared for operations in coastal waters as well as on the high sea.

Regulation 3

The Contracting Parties shall, without prejudice to Paragraph 4 of Article 4 of the present Convention, develop and apply, individually or in co-operation, surveillance activities covering the Baltic Sea Area, in order to spot and monitor oil and other harmful substances released into the sea.

Regulation 4

In the case of loss overboard of harmful substances in packages, freight containers, portable tanks, or road and rail tank wagons, the Contracting Parties shall co-operate in the salvage and recovery of such packages, containers or tanks so as to minimize the danger to the environment.

Regulation 5

1. The Contracting Parties shall develop and apply a system for receiving, channeling and dispatching reports on significant spillages of oil or other harmful substances observed at sea, as well as any incident causing or likely to cause any kind of significant pollution.

2. The Contracting Parties shall request masters of ships and pilots of aircraft to report without delay in accordance with this system on significant spillages of oil or other harmful substances observed at sea. Such reports should as far as possible contain the following data: time, position, wind and sea conditions, and kind, extent and probable source of the spill observed.

3. The master of a ship involved in an incident referred to in Paragraph 1 of this Regulation, or other person having charge of the ship, shall without delay and to the fullest extent possible report in accordance with this system and with the provisions of the Appendix to the present Annex.

4. Each Contracting Party undertakes to issue instructions to its maritime inspection vessels and aircraft and to other appropriate services, to report to its authorities any observation or incident referred to in Paragraph 1 of this Regulation. Such reports shall as far as possible contain the data referred to in Paragraphs 2 or 3 of this Regulation respectively, as well as possible indications on the spreading or drifting tendencies of the spill in question.

5. Whenever a Contracting Party is aware of a casualty or the presence of spillages of oil or other harmful substances in the Baltic Sea Area likely to constitute a serious threat to the marine environment of the Baltic Sea Area or the coast or related interests of any other Contracting Party, it shall without delay transmit all relevant information thereon to the Contracting Party which may be affected by the pollutant and, as regards ship casualty incidents, to the Administration of the ship involved.

Regulation 6

Each Contracting Party shall request masters of ships flying its flag to provide, in case of an incident, on request by the proper authorities, such detailed information about the ship and its cargo which is relevant to actions for preventing or combatting pollution of the sea, and to co-operate with these authorities.

Regulation 7

1. a) The Contracting Parties shall as soon as possible agree bilaterally or multilaterally on those regions of the Baltic Sea Area in which they will take action for combatting or salvage activities whenever a significant spillage of oil or other harmful substances or any incidents causing or likely to cause pollution within the Baltic Sea Area have occurred or are likely to occur. Such agreements shall not prejudice any other agreements concluded between Contracting Parties concerning the same subject. The neighbouring States shall ensure the harmonization of the different agreements. The Contracting Parties shall inform each other about such agreements.

The Contracting Parties may ask the Commission for assistance to reach agreement, if needed.

b) The Contracting Party within whose region a situation as described in Regulation 1 of this Annex occurs shall make the necessary assessments of the situation and take adequate action in order to avoid or minimize subsequent pollution effects and shall keep drifting parts of the spillage under observation until no further action is called for.

2. In the case that such a spillage is drifting or is likely to drift into a region, where another Contracting Party should take action for purposes as defined in Sub-Paragraph 1 a) of this Regulation, that Party shall without delay be informed of the situation and the actions that have been taken.

Regulation 8

A Contracting Party requiring assistance for combatting spillages of oil or other harmful substance at sea is entitled to call for assistance by other Contracting Parties, starting with those who seem likely also to be affected by the spillage. Contracting Parties called upon for assistance in accordance with this Regulation shall use their best endeavours to bring such assistance.

Regulation 9

1. The Contracting Parties shall provide information to the other Contracting Parties and the Commission about

a) their national organization for dealing with spillages at sea of oil and other harmful substances;

b) national regulations and other matters which have a direct bearing on combatting pollution at sea by oil and other harmful substances;

c) the competent authority responsible for receiving and dispatching reports of pollution at sea by oil and other harmful substances;

d) the competent authorities for dealing with questions concerning measures of mutual assistance, information and co-operation between the Contracting Parties according to this Annex;

e) actions taken in accordance with Regulation 8 of this Annex.

2. The Contracting Parties shall exchange information of research and development programs and results concerning ways in which pollution by oil and other harmful substances at sea may be dealt with and experiences in combatting such pollution.

Regulation 10

The authorities referred to in Sub-Paragraph 1 d) of Regulation 9 of this Annex shall establish direct contact and co-operate in operational matters.

ANNEX VI

APPENDIX

PROVISIONS CONCERNING REPORTS ON INCIDENTS
INVOLVING HARMFUL SUBSTANCES*Regulation 1**Duty to Report*

1. The Master of a ship involved in an incident referred to in Regulation 3 of this Appendix, or other person having charge of the ship, shall report the particulars of such incident without delay and to the fullest extent possible in accordance with the provisions of this Appendix.

2. In the event of the ship referred to in Paragraph 1 of this Regulation being abandoned, or in the event of a report from such ship being incomplete or unobtainable, the owner, charterer, manager or operator of the ship, or their agents shall, to the fullest extent possible assume the obligations placed upon the Master under the provisions of this Appendix.

*Regulation 2**Methods of Reporting*

1. Each report shall be made by radio whenever possible, but in any case by the fastest channels available at the time the report is made. Reports made by radio shall be given the highest possible priority.

2. Reports shall be directed to the appropriate officer or agency referred to in Sub-Paragraph 1 c) of Regulation 9 of Annex VI of the present Convention.

*Regulation 3**When to Make Reports*

The report shall be made whenever an incident involves:

- a) a discharge other than as permitted under the present Convention; or
- b) a discharge permitted under the present Convention by virtue of the fact that:
 - (i) it is for the purpose of securing the safety of a ship or saving life at sea; or
 - (ii) it results from damage to the ship or its equipment; or
- c) a discharge of a harmful substance for the purpose of combatting a specific pollution incident or for purposes of le-

gitimate scientific research into pollution abatement or control; or

d) the probability of a discharge referred to in Sub-Paragraph a), b), or c) of this Regulation.

*Regulation 4**Contents of Report*

1. Each report shall contain in general:
 - a) the identity of ship;
 - b) the time and date of the occurrence of the incident;
 - c) the geographic position of the ship when the incident occurred;
 - d) the wind and sea conditions prevailing at the time of the incident; and
 - e) relevant details respecting the condition of the ship.
2. Each report shall contain, in particular:
 - a) a clear indication or description of the harmful substances involved, including, if possible, the correct technical names of such substances (trade names should not be used in place of the correct technical names);
 - b) a statement or estimate of the quantities, concentrations and likely conditions of harmful substances discharged or likely to be discharged into the sea;
 - c) where relevant, a description of the packaging and identifying marks; and
 - d) if possible the name of the consignor, consignee or manufacturer.
3. Each report shall clearly indicate whether the harmful substance discharged, or likely to be discharged is oil, a noxious liquid substance, a noxious solid substance, or a noxious gaseous substance and whether such substance was or is carried in bulk or contained in packaged form, freight containers, portable tanks, or road and rail tank wagons.
4. Each report shall be supplemented as necessary by any other relevant information requested by a recipient of the report or which the person sending the report deems appropriate.

*Regulation 5**Supplementary Report*

Any person who is obliged under the provisions of this Appendix to send a report shall, when possible:

- a) supplement the initial report, as necessary, with information concerning further developments; and
- b) comply as fully as possible with requests from affected States for additional information concerning the incident.



1977	Berlin, den 15. Juni 1977	Teil II Nr. 9
------	---------------------------	---------------

Tag	Inhalt	Seite
25. 4. 77	Bekanntmachung über das vorläufige Inkrafttreten des Internationalen Kakao-Abkommens, 1975, für die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik	149
27. 4. 77	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Konvention vom 14. Dezember 1973 über die Verhütung, Verfolgung und Bestrafung von Straftaten gegen völkerrechtlich geschützte Personen einschließlich Diplomaten	186
26. 5. 77	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Konsularvertrages vom 12. Dezember 1975 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Indien	186
26. 5. 77	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Konsularvertrages vom 11. Dezember 1975 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Guinea	186

Bekanntmachung
über das vorläufige Inkrafttreten
des Internationalen Kakao-Abkommens, 1975,
für die Regierung
der Deutschen Demokratischen Republik
vom 25. April 1977

Am 30. November 1976 wurde die Bestätigungsurkunde der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu dem nachstehend veröffentlichten Internationalen Kakao-Abkommen, 1975, beim Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen hinterlegt.

Das Abkommen wurde am 24. Mai 1976 für die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in New York unterzeichnet.

Bei der Hinterlegung der Bestätigungsurkunde wurden von seiten der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu den Artikeln 3 und 71 sowie zu dem Artikel 14 folgende Erklärungen abgegeben:

Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu den Artikeln 3 und 71 des Internationalen Kakao-Abkommens, 1975

„Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik läßt sich in ihrer Haltung zu den Artikeln 3 und 71 des Internationalen Kakao-Abkommens, 1975, soweit sie die Anwendung des Geltungsbereiches des Abkommens auf Kolonialgebiete und andere abhängige Territorien betreffen, von den Festlegungen der Deklaration der Vereinten Nationen über die Gewährung der Unabhängigkeit an die kolonialen Länder und Völker (Res. Nr. 1514 [XV] vom 14. Dezember 1960) leiten, welche die Notwendigkeit einer

schnellen und bedingungslosen Beendigung des Kolonialismus in allen seinen Formen und Äußerungen proklamiert.“

Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu Artikel 14 des Internationalen Kakao-Abkommens, 1975

„Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hält es für erforderlich, darauf hinzuweisen, daß die Bestimmungen des Artikels 14 des Internationalen Kakao-Abkommens, 1975, einigen Staaten die Möglichkeit nehmen, den Status eines Beobachters einzunehmen.

Das Kakao-Abkommen regelt Fragen, die die Interessen aller Staaten berühren. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist deshalb der Auffassung, daß entsprechend dem Prinzip der souveränen Gleichheit der Staaten alle interessierten Staaten ohne jegliche Diskriminierung die Möglichkeit erhalten sollten, als Beobachter an den Tagungen des Internationalen Kakaorates teilzunehmen.“

Das Abkommen ist gemäß seinem Artikel 69 Absatz 2 seit dem 1. Oktober 1976 für die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vorläufig in Kraft getreten.

Der Tag, an dem das Abkommen für die Deutsche Demokratische Republik endgültig in Kraft tritt, wird im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntgemacht.

Berlin, den 25. April 1977

Der Leiter
des Sekretariats des Ministerrates

Dr. Kleinert
Staatssekretär

(Übersetzung)

INTERNATIONALES KAKAO-ABKOMMEN, 1975

Kapitel I

Zielstellung

Artikel 1

Zielstellung

Die Ziele dieses Abkommens berücksichtigen die in der Schlußakte der ersten Tagung der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung enthaltenen Empfehlungen; sie bestehen darin,

- a) ernsthafte Wirtschaftsschwierigkeiten zu mildern, die fortbestehen würden, wenn ein Gleichgewicht zwischen der Produktion und dem Verbrauch von Kakao durch die üblichen Kräfte des Marktes allein nicht so schnell erreicht werden kann, wie es die Umstände erfordern;
- b) übermäßige Schwankungen des Kakaopreises zu verhindern, welche die langfristigen Interessen sowohl der Produzenten als auch der Verbraucher nachteilig beeinflussen;
- c) Vorkehrungen zu treffen, die zu einer Stabilisierung und Erhöhung der Kakao-Exportenerlöse der Erzeugermitgliedsländer und somit dazu beitragen, den erforderlichen Anreiz für eine dynamische Steigerung der Produktion zu bieten und diesen Ländern Mittel für ein beschleunigtes Wirtschaftswachstum und eine raschere soziale Entwicklung zu verschaffen, während zugleich die Interessen der Verbraucher in den Importmitgliedsländern, insbesondere die Notwendigkeit der Steigerung des Verbrauchs, berücksichtigt werden;
- d) eine ausreichende Versorgung zu angemessenen Preisen sicherzustellen, die für Erzeuger und Verbraucher tragbar sind; und
- e) die Ausweitung des Verbrauchs und, soweit erforderlich und möglich, eine Anpassung der Erzeugnisse zu erleichtern, um damit auf lange Sicht ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage sicherzustellen.

Kapitel II

Definitionen

Artikel 2

Definitionen

Im Sinne dieses Abkommens

- a) bedeutet Kakao Kakaobohnen und Kakao-Erzeugnisse;
- b) bedeuten Kakao-Erzeugnisse Erzeugnisse, die ausschließlich aus Kakaobohnen hergestellt sind wie Kakaomasse, Kakaobutter, ungesüßtes Kakaopulver, Kakaokuchen und Kakaokerne sowie alle sonstigen vom Rat nach Bedarf bestimmten kakaohaltigen Erzeugnisse;
- c) bedeutet Edelkakao Kakao, der in den in Anlage C aufgeführten Ländern in dem darin bezeichneten Ausmaß erzeugt wird;
- d) bedeutet Tonne eine metrische Tonne von 1 000 kg oder 2 204,6 englische Pfund und englisches Pfund 453,597 g;
- e) bedeutet Erntejahr den Zeitabschnitt von 12 Monaten vom 1. Oktober bis zum 30. September einschließlich;
- f) bedeutet Quotenjahr den Zeitabschnitt von 12 Monaten vom 1. Oktober bis zum 30. September einschließlich;

- g) bedeutet Grundquote die in Artikel 30 bezeichnete Quote;
- h) bedeutet jährliche Exportquote für jedes Exportmitglied die nach Artikel 31 bestimmte Quote;
- i) bedeutet geltende Exportquote die Quote jedes Exportmitglieds zu einer bestimmten Zeit, wie sie nach Artikel 31 bestimmt, nach Artikel 34 angeglichen, nach Artikel 35 Absätze 4, 5 und 6 gekürzt oder wie sie nach Maßgabe des Artikels 36 geändert ist;
- j) bedeutet Kakao-Export jeden Kakao, der aus dem Zollgebiet eines Landes ausgeführt und Kakao-Import jeden Kakao, der in das Zollgebiet eines Landes eingeführt wird; dabei bezieht sich der Ausdruck Zollgebiet im Sinne dieser Definitionen im Falle eines Mitglieds, das mehr als ein Zollgebiet umfaßt, auf sein gesamtes Zollgebiet;
- k) bedeutet Organisation die in Artikel 5 bezeichnete Internationale Kakao-Organisation;
- l) bedeutet Rat den in Artikel 6 bezeichneten Internationalen Kakao-Rat;
- m) bedeutet Mitglied eine Vertragspartei dieses Abkommens, einschließlich einer Vertragspartei im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 oder ein Hoheitsgebiet oder eine Gruppe von Hoheitsgebieten, für die nach Artikel 71 Absatz 2 eine Notifikation vorgenommen wurde, oder eine zwischenstaatliche Organisation im Sinne des Artikels 4;
- n) bedeutet Exportland oder Exportmitglied ein Land bzw. ein Mitglied, dessen in Form von Kakaobohnen ausgedrückter Kakao-Export seinen Import übersteigt;
- o) bedeutet Importland oder Importmitglied ein Land bzw. ein Mitglied, dessen in Form von Kakaobohnen ausgedrückter Kakao-Import seinen Export übersteigt;
- p) bedeutet Erzeugerland oder Erzeugermitglied ein Land bzw. ein Mitglied, das Kakao in kommerziell bedeutenden Mengen anbaut;
- q) bedeutet einfache verteilte Stimmenmehrheit die Mehrheit der von den Exportmitgliedern und die Mehrheit der von den Importmitgliedern abgegebenen und getrennt gezählten Stimmen;
- r) bedeutet besondere Abstimmung zwei Drittel der von den Exportmitgliedern und zwei Drittel der von den Importmitgliedern abgegebenen und getrennt gezählten Stimmen, vorausgesetzt, daß die Zahl der auf diese Weise abgegebenen Stimmen mindestens der Hälfte der anwesenden und abstimmenden Mitglieder entspricht;
- s) bedeutet Inkrafttreten, sofern es nicht näher bestimmt ist, den Zeitpunkt, zu dem dieses Abkommen entweder vorläufig oder endgültig erstmalig in Kraft tritt.

Kapitel III

Mitgliedschaft

Artikel 3

Mitgliedschaft in der Organisation

- (1) Jede Vertragspartei ist Einzelmitglied der Organisation, sofern nicht in Absatz 2 etwas anderes bestimmt ist.
- (2) Besteht eine Vertragspartei einschließlich der Hoheitsgebiete, für deren internationale Beziehungen sie derzeit letzt-

lich verantwortlich ist und auf die dieses Abkommen nach Artikel 71 Absatz 1 erstreckt wird, aus einer oder mehreren Einheiten, die einzeln ein Exportmitglied darstellen würden und aus einer oder mehreren Einheiten, die einzeln ein Importmitglied darstellen würden, so gibt es entweder eine gemeinsame Mitgliedschaft dieser Vertragspartei zusammen mit diesen Hoheitsgebieten oder, wenn die Vertragspartei nach Artikel 71 Absatz 2 eine diesbezügliche Notifikation vorgenommen hat, eine getrennte Mitgliedschaft einzelner, aller oder einzelner Gruppen von Hoheitsgebieten, die einzeln ein Exportmitglied darstellen würden und eine getrennte Mitgliedschaft einzelner, aller oder einzelner Gruppen von Hoheitsgebieten, die einzeln ein Importmitglied darstellen würden.

(3) Ein Mitglied kann seine Kategorie der Mitgliedschaft zu den Bedingungen ändern, die der Rat festlegt.

Artikel 4

Mitgliedschaft zwischenstaatlicher Organisationen

(1) Jede Bezugnahme in diesem Abkommen auf eine „Regierung“ gilt gleichzeitig als Bezugnahme auf jede zwischenstaatliche Organisation, die für das Aushandeln, den Abschluß und die Anwendung internationaler Übereinkünfte, insbesondere von Rohstoffabkommen, verantwortlich ist. Entsprechend gilt jede Bezugnahme in diesem Abkommen auf die Unterzeichnung, auf die Hinterlegung von Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden, auf die Mitteilung der vorläufigen Anwendung oder auf den Beitritt durch eine Regierung hinsichtlich einer solchen zwischenstaatlichen Organisation gleichzeitig als Bezugnahme auf die Unterzeichnung, auf die Hinterlegung von Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden, auf die Mitteilung der vorläufigen Anwendung oder auf den Beitritt durch die zwischenstaatliche Organisation.

(2) Diese zwischenstaatlichen Organisationen haben selbst kein Stimmrecht; bei einer Abstimmung über Angelegenheiten, die in ihren Zuständigkeitsbereich fallen, sind sie jedoch berechtigt, die Stimmen ihrer Mitgliedsstaaten abzugeben, und zwar gemeinsam. In diesem Fall sind die Mitgliedsstaaten der zwischenstaatlichen Organisation nicht berechtigt, ihr Einzelstimmrecht auszuüben.

(3) Artikel 15 Absatz 1 findet keine Anwendung auf diese zwischenstaatlichen Organisationen; sie können jedoch an den Beratungen des Exekutivkomitees über Angelegenheiten teilnehmen, die in ihren Zuständigkeitsbereich fallen. Bei einer Abstimmung über in ihren Zuständigkeitsbereich fallende Angelegenheiten werden die Stimmen, die ihre Mitgliedsstaaten im Exekutivkomitee abzugeben berechtigt sind, gemeinsam von einem dieser Mitgliedsstaaten abgegeben.

Kapitel IV

Organisation und Verwaltung

Artikel 5

Gründung, Sitz und Aufbau der Internationalen Kakao-Organisation

(1) Die entsprechend dem Internationalen Kakao-Abkommen von 1972 gegründete Internationale Kakao-Organisation besteht weiter, um dieses Abkommen anzuwenden und seine Durchführung zu überwachen.

(2) Die Organisation übt ihre Tätigkeit aus

- a) durch den Internationalen Kakao-Rat und das Exekutivkomitee
- b) durch den Exekutivdirektor und das Personal.

(3) Der Sitz der Organisation befindet sich in London, sofern nicht der Rat durch besondere Abstimmung etwas anderes beschließt.

Artikel 6

Zusammensetzung des Internationalen Kakao-Rates

(1) Das höchste Organ der Organisation ist der Internationale Kakao-Rat, der sich aus allen Mitgliedern der Organisation zusammensetzt.

(2) Jedes Mitglied ist im Rat durch einen Delegierten und auf Wunsch durch einen oder mehrere Stellvertreter vertreten. Jedes Mitglied kann ferner einen oder mehrere Berater für seinen Delegierten oder seine Stellvertreter benennen.

Artikel 7

Befugnisse und Aufgaben des Rates

(1) Der Rat übt alle Befugnisse aus und übernimmt oder veranlaßt die Wahrnehmung aller Aufgaben, die zur Durchführung der ausdrücklichen Bestimmungen dieses Abkommens notwendig sind.

(2) Der Rat beschließt durch besondere Abstimmung die zur Durchführung dieses Abkommens notwendigen und mit diesem in Übereinstimmung stehenden Vorschriften und Regelungen einschließlich seiner Verfahrensregeln und derjenigen seiner Ausschüsse, der Finanz- und Personalvorschriften der Organisation sowie der Vorschriften für die Verwaltung und den Betrieb des Ausgleichslagers. Der Rat kann in seinen Verfahrensregeln eine Regelung vorsehen, wonach er bestimmte Fragen ohne Sitzung entscheiden kann.

(3) Der Rat führt die Unterlagen, die zur Wahrnehmung seiner Aufgaben entsprechend diesem Abkommen erforderlich sind, sowie alle sonstigen Unterlagen, die er für zweckdienlich hält.

(4) Der Rat veröffentlicht einen Jahresbericht. Dieser Bericht umfaßt die in Artikel 59 vorgesehene jährliche Überprüfung. Der Rat veröffentlicht ferner alle sonstigen Angaben, die er für zweckdienlich hält.

Artikel 8

Vorsitzender und Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates

(1) Der Rat wählt für jedes Quotenjahr einen Vorsitzenden und einen ersten und einen zweiten Stellvertreter des Vorsitzenden, die nicht von der Organisation besoldet werden.

(2) Der Vorsitzende und der erste Stellvertreter des Vorsitzenden werden aus dem Kreis der Delegierten der Exportmitglieder oder aus dem Kreis der Delegierten der Importmitglieder und der zweite Stellvertreter des Vorsitzenden wird aus dem Kreis der Delegierten der anderen Gruppe gewählt. Diese Verteilung wechselt in jedem Quotenjahr.

(3) Bei zeitweiliger Abwesenheit des Vorsitzenden und der beiden Stellvertreter des Vorsitzenden oder bei ständiger Abwesenheit eines oder mehrerer von ihnen kann der Rat aus dem Kreis der Delegierten der Exportmitglieder oder aus dem Kreis der Delegierten der Importmitglieder neue Vorstandsmitglieder wählen, die ihr Amt je nach Bedarf vorübergehend oder ständig ausüben.

(4) Weder der Vorsitzende noch ein anderes Vorstandsmitglied, das bei Ratssitzungen den Vorsitz führt, nimmt an der Abstimmung teil. Sein Stellvertreter kann das Stimmrecht des von ihm vertretenen Mitglieds ausüben.

Artikel 9

Tagungen des Rates

(1) Der Rat hält grundsätzlich in jedem halben Quotenjahr eine ordentliche Tagung ab.

(2) Der Rat tritt außer unter den sonstigen in diesem Abkommen ausdrücklich vorgesehenen Umständen zu außer-

ordentlichen Tagungen zusammen, wenn er dies beschließt oder wenn es

- a) von jeweils 5 Mitgliedern,
- b) von einem Mitglied oder mehreren Mitgliedern mit mindestens 200 Stimmen oder
- c) vom Exekutivkomitee beantragt wird.

(3) Die Tagungen werden, außer in dringenden Fällen oder wenn dieses Abkommen etwas anderes vorschreibt, mindestens 30 Tage im voraus angekündigt.

(4) Die Tagungen finden am Sitz der Organisation statt, sofern nicht der Rat durch besondere Abstimmung etwas anderes beschließt. Tagt der Rat auf Einladung eines Mitglieds an einem anderen Ort als dem Sitz der Organisation, so trägt dieses Mitglied die dadurch verursachten zusätzlichen Kosten.

Artikel 10

Stimmen

(1) Die Exportmitglieder und die Importmitglieder haben insgesamt jeweils 1 000 Stimmen, die innerhalb jeder Mitgliedergruppe — d. h. unter den Export- bzw. Importmitgliedern — nach Maßgabe der folgenden Absätze dieses Artikels verteilt werden.

(2) Die Stimmen der Exportmitglieder verteilen sich wie folgt: 100 werden gleichmäßig auf alle Exportmitglieder verteilt, wobei Teilstimmen für jedes Mitglied auf ganze Stimmen auf- oder abgerundet werden. Die restlichen Stimmen werden im Verhältnis ihrer Grundquoten verteilt.

(3) Die Stimmen der Importmitglieder verteilen sich wie folgt: 100 werden gleichmäßig auf alle Importmitglieder verteilt, wobei Teilstimmen für jedes Mitglied auf ganze Stimmen auf- oder abgerundet werden. Die restlichen Stimmen werden im Verhältnis ihrer Importe entsprechend der Aufstellung in Anlage D verteilt.

(4) Ein Mitglied darf nicht mehr als 300 Stimmen haben. Darüber hinausgehende Stimmen, die sich aus den Berechnungen nach den Absätzen 2 und 3 ergeben, werden nach Maßgabe eines dieser Absätze auf die übrigen Mitglieder neu verteilt.

(5) Sobald sich die Mitgliedschaft in der Organisation verändert oder wenn einem Mitglied aufgrund dieses Abkommens das Stimmrecht entzogen oder zurückgegeben wird, nimmt der Rat eine Neuverteilung der Stimmen nach Maßgabe dieses Artikels vor.

(6) Teilstimmen sind nicht zulässig.

Artikel 11

Abstimmungsverfahren des Rates

(1) Jedes Mitglied ist berechtigt, die Anzahl der ihm zustehenden Stimmen abzugeben; es darf seine Stimmen nicht teilen. Es kann jedoch mit den Stimmen, zu deren Abgabe es nach Absatz 2 ermächtigt ist, anders stimmen.

(2) Durch eine schriftliche Notifikation an den Vorsitzenden des Rates kann jedes Exportmitglied ein anderes Exportmitglied und jedes Importmitglied ein anderes Importmitglied ermächtigen, auf einer Sitzung des Rates seine Interessen zu vertreten und seine Stimmen abzugeben. In diesem Fall findet die in Artikel 10 Absatz 4 vorgesehene Begrenzung keine Anwendung.

(3) Exportmitglieder, die ausschließlich Edelkakao erzeugen, dürfen an der Abstimmung über Fragen im Zusammenhang mit der Aufstellung und Bereinigung der Quoten und der Verwaltung und dem Betrieb des Ausgleichslagers nicht teilnehmen.

Artikel 12

Beschlüsse des Rates

(1) Alle Beschlüsse des Rates werden mit einfacher verteilter Stimmenmehrheit gefaßt, sofern dieses Abkommen nicht

eine besondere Abstimmung vorsieht. Empfehlungen werden in der gleichen Weise abgegeben.

(2) Bei der Berechnung der für einen Beschluß oder eine Empfehlung des Rates erforderlichen Stimmzahl werden die Stimmen der sich enthaltenden Mitglieder nicht berücksichtigt.

(3) Bei Maßnahmen des Rates, für welche dieses Abkommen eine besondere Abstimmung vorschreibt, wird folgendes Verfahren angewandt:

a) Wenn die erforderliche Mehrheit wegen der Gegenstimmen von höchstens 3 Export- oder höchstens 3 Importmitgliedern nicht erzielt wird, wird der Antrag, wenn der Rat dies mit einfacher verteilter Mehrheit beschließt, binnen 48 Stunden erneut zur Abstimmung gestellt.

b) Wenn die erforderliche Mehrheit wegen der Gegenstimmen von höchstens 2 Export- oder höchstens 2 Importmitgliedern wiederum nicht erzielt wird, wird der Antrag, wenn der Rat dies mit einfacher verteilter Mehrheit beschließt, innerhalb 24 Stunden erneut zur Abstimmung gestellt.

c) Wenn die erforderliche Mehrheit in der dritten Abstimmung wegen der Gegenstimmen eines Export- oder eines Importmitglieds nicht erzielt wird, gilt der Antrag als angenommen.

d) Wenn es dem Rat nicht gelingt, einen Antrag zu einer erneuten Abstimmung zu stellen, gilt der Antrag als abgelehnt.

(4) Die Mitglieder verpflichten sich, alle aufgrund dieses Abkommens vom Rat gefaßten Beschlüsse als verbindlich anzuerkennen.

Artikel 13

Zusammenarbeit mit anderen Organisationen

(1) Der Rat trifft alle geeigneten Maßnahmen zur Konsultation oder Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und ihren Organen, insbesondere der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung sowie mit der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation und anderen in Betracht kommenden Spezialorganisationen der Vereinten Nationen und zwischenstaatlichen Organisationen.

(2) Der Rat informiert die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung unter Berücksichtigung ihrer besonderen Bedeutung für den internationalen Rohstoffhandel in geeigneter Weise über seine Tätigkeit und seine Arbeitsprogramme.

(3) Der Rat kann ferner alle geeigneten Maßnahmen treffen, um wirksame Verbindungen zu den internationalen Organisationen von Kakao-Erzeugern, -Händlern und -Verarbeitern zu unterhalten.

Artikel 14

Zulassung von Beobachtern

(1) Der Rat kann jedes Nichtmitglied, das Mitglied der Vereinten Nationen, ihrer Spezialorganisationen oder der Internationalen Atomenergiebehörde ist, einladen, seinen Sitzungen als Beobachter beizuwohnen.

(2) Der Rat kann ferner jede der in Artikel 13 bezeichneten Organisationen einladen, seinen Sitzungen als Beobachter beizuwohnen.

Artikel 15

Zusammensetzung des Exekutivkomitees

(1) Das Exekutivkomitee setzt sich aus 8 Exportmitgliedern und 8 Importmitgliedern zusammen; jedoch kann der Rat, wenn die Zahl der Exportmitglieder oder die Zahl der Importmitglieder der Organisation 10 oder weniger beträgt, unter Aufrechterhaltung der Parität zwischen den beiden Mitgliedergruppen durch besondere Abstimmung die Gesamtzahl der Mitglieder des Exekutivkomitees bestimmen. Die Mitglieder des Exekutivkomitees werden nach Artikel 16 für jeweils ein Quotenjahr gewählt und können wiedergewählt werden.

(2) Jedes gewählte Mitglied ist im Exekutivkomitee durch einen Delegierten und auf Wunsch durch einen oder mehrere Stellvertreter vertreten. Jedes Mitglied kann ferner einen oder mehrere Berater für seinen Delegierten oder seine Stellvertreter ernennen.

(3) Der Vorsitzende und der Stellvertreter des Vorsitzenden des Exekutivkomitees, die vom Rat für jeweils ein Quotenjahr gewählt werden, werden beide aus dem Kreis der Delegationen der Exportmitglieder oder aus dem Kreis der Delegationen der Importmitglieder ausgewählt. Diese Ämter werden im Turnus der Quotenjahre jeweils von einer der beiden Mitgliedergruppen besetzt. Bei vorübergehender oder ständiger Abwesenheit des Vorsitzenden und des Stellvertreters des Vorsitzenden kann das Exekutivkomitee aus dem Kreis der Delegierten der Exportmitglieder bzw. der Importmitglieder je nach Notwendigkeit auf zeitweiliger oder ständiger Grundlage neue Beamte wählen. Weder der Vorsitzende noch ein anderer Beamter, der auf den Sitzungen des Exekutivkomitees den Vorsitz führt, nimmt an der Abstimmung teil. Sein Stellvertreter kann das Stimmrecht des von ihm vertretenen Mitglieds ausüben.

(4) Das Exekutivkomitee tritt am Sitz der Organisation zusammen, sofern es nicht durch besondere Abstimmung etwas anderes beschließt. Tagt das Exekutivkomitee auf Einladung eines Mitglieds an einem anderen Ort als dem Sitz der Organisation, so trägt dieses Mitglied die dadurch verursachten zusätzlichen Kosten.

Artikel 16

Wahl des Exekutivkomitees

(1) Die Export- bzw. Importmitglieder des Exekutivkomitees werden im Rat von den Export- bzw. Importmitgliedern der Organisation gewählt. Die Wahl innerhalb jeder Gruppe erfolgt nach Maßgabe der folgenden Absätze dieses Artikels.

(2) Jedes Mitglied gibt alle Stimmen, die ihm nach Artikel 10 zustehen, für einen einzigen Kandidaten ab. Stimmen, zu deren Abgabe ein Mitglied nach Artikel 11 Absatz 2 ermächtigt ist, kann es auch für einen anderen Kandidaten abgeben.

(3) Die Bewerber, welche die meisten Stimmen erhalten, gelten als gewählt.

Artikel 17

Zuständigkeit des Exekutivkomitees

(1) Das Exekutivkomitee ist dem Rat verantwortlich und arbeitet nach dessen allgemeinen Weisungen.

(2) Das Exekutivkomitee beobachtet ständig die Entwicklung des Marktes und empfiehlt dem Rat die von ihm für zweckdienlich erachteten Maßnahmen.

(3) Unbeschadet des Rechtes des Rates zur Ausübung seiner Befugnisse kann er mit einfacher verteilter Stimmenmehrheit oder durch besondere Abstimmung, je nachdem ob ein Beschluß des Rates auf diesem Gebiet einer einfachen verteilten Stimmenmehrheit oder einer besonderen Abstimmung bedarf, dem Exekutivkomitee die Ausübung seiner Befugnisse übertragen. Hiervon sind ausgenommen:

- a) die Neuverteilung der Stimmen nach Artikel 10;
- b) die Genehmigung des Verwaltungsbudgets und die Festsetzung der Beiträge nach Artikel 23;
- c) die Änderung der Mindest- und Höchstpreise nach Artikel 29 Absatz 2 oder 3;
- d) die Änderung der Anlage C nach Artikel 33 Absatz 3;
- e) die Festsetzung der jährlichen Exportquoten nach Artikel 31 und der vierteljährlichen Quoten nach Artikel 35 Absatz 8;
- f) die Beschränkung oder Aussetzung der Käufe durch das Ausgleichslager nach Artikel 40 Absatz 10 Buchstabe b;

g) die Maßnahmen zur Verwendung von Kakao für nicht-herkömmliche Zwecke nach Artikel 46;

h) die Befreiung von Verpflichtungen nach Artikel 60;

i) die Entscheidung in Streitigkeiten nach Artikel 62;

j) der zeitweilige Entzug von Rechten nach Artikel 63 Absatz 3;

k) die Bestimmung der Voraussetzungen für den Beitritt nach Artikel 67;

l) der Ausschluß eines Mitglieds nach Artikel 73;

m) die Verlängerung oder Außerkraftsetzung dieses Abkommens nach Artikel 75;

n) die Empfehlung von Änderungen an die Mitglieder nach Artikel 76.

(4) Der Rat kann jederzeit mit einfacher verteilter Stimmenmehrheit eine Übertragung von Befugnissen auf das Exekutivkomitee rückgängig machen.

Artikel 18

Abstimmungsverfahren und Beschlüsse des Exekutivkomitees

(1) Jedes Mitglied des Exekutivkomitees ist zur Abgabe der Zahl von Stimmen berechtigt, die es nach Artikel 16 erhalten hat. Es darf seine Stimmen nicht teilen.

(2) Unbeschadet des Absatzes 1 und vorbehaltlich schriftlicher Mitteilung an den Vorsitzenden kann jedes Exportmitglied oder jedes Importmitglied, das nicht Mitglied des Exekutivkomitees ist und seine Stimmen nicht nach Artikel 16 Absatz 2 für eines der gewählten Mitglieder abgegeben hat, ein Exportmitglied bzw. ein Importmitglied des Exekutivkomitees ermächtigen, seine Interessen zu vertreten und seine Stimmen im Exekutivkomitee abzugeben.

(3) Im Verlauf eines Quotenjahres kann ein Mitglied nach Konsultation mit dem Mitglied des Exekutivkomitees, für das es nach Artikel 16 gestimmt hat, dem betreffenden Mitglied seine Stimme entziehen. Die entzogenen Stimmen können einem anderen Mitglied des Exekutivkomitees zugeteilt werden, dürfen diesem Mitglied jedoch während des verbleibenden Teils des Quotenjahres nicht entzogen werden. Das Mitglied des Exekutivkomitees, dem die Stimmen entzogen worden sind, behält dennoch seinen Sitz im Exekutivkomitee während des verbleibenden Teils des Quotenjahres. Maßnahmen aufgrund dieses Absatzes werden wirksam, nachdem sie dem Vorsitzenden schriftlich mitgeteilt worden sind.

(4) Ein Beschluß des Exekutivkomitees bedarf der gleichen Mehrheit, deren er auch bei einer Abstimmung im Rat bedürfte.

(5) Jedes Mitglied ist berechtigt, bei dem Rat unter den in seinen Verfahrensregeln festgesetzten Bedingungen gegen einen Beschluß des Exekutivkomitees Berufung einzulegen.

Artikel 19

Beschlußfähigkeit des Rates und des Exekutivkomitees

(1) Die Beschlußfähigkeit des Rates auf der Eröffnungssitzung einer Tagung ist gegeben, wenn die Mehrheit der Exportmitglieder und die Mehrheit der Importmitglieder anwesend ist; jedoch müssen diese Mitglieder zusammen in jeder Gruppe mindestens zwei Drittel der Gesamtstimmen der Mitglieder in der betreffenden Gruppe innehaben.

(2) Wenn der Rat an dem für die Eröffnungssitzung einer Tagung festgelegten Tag und am folgenden Tag nicht nach Absatz 1 beschlußfähig ist, ist er am dritten Tag und während der übrigen Zeit der Tagung beschlußfähig, wenn eine Mehrheit der Exportmitglieder und eine Mehrheit der Importmitglieder anwesend ist; jedoch müssen diese Mitglieder zusammen in jeder Gruppe eine einfache Mehrheit der Gesamtstimmen der Mitglieder in der betreffenden Gruppe innehaben.

(3) Die Beschlussfähigkeit auf Sitzungen nach der Eröffnungssitzung einer Tagung gemäß Absatz 1 richtet sich nach Absatz 2.

(4) Eine Vertretung im Sinne des Artikels 11 Absatz 2 gilt als Anwesenheit.

(5) Die Beschlussfähigkeit für Sitzungen des Exekutivkomitees wird vom Rat in den Verfahrensregeln dieses Komitees festgelegt.

Artikel 20

Personal der Organisation

(1) Der Rat ernennt nach Konsultation mit dem Exekutivkomitee durch besondere Abstimmung den Exekutivdirektor. Die Anstellungsbedingungen für den Exekutivdirektor werden vom Rat unter Berücksichtigung der Bedingungen für vergleichbare Angestellte ähnlicher zwischenstaatlicher Organisationen festgelegt.

(2) Der Exekutivdirektor ist der oberste Verwaltungsangestellte der Organisation; er ist dem Rat für die Anwendung und Durchführung dieses Abkommens in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Rates verantwortlich.

(3) Der Rat ernennt nach Konsultation mit dem Exekutivkomitee durch besondere Abstimmung den Leiter des Ausgleichslagers. Die Anstellungsbedingungen des Leiters werden vom Rat festgelegt.

(4) Der Leiter ist dem Rat für die ihm durch dieses Abkommen übertragenen Aufgaben sowie für alle vom Rat bestimmten zusätzlichen Aufgaben verantwortlich. Die Verantwortung für diese Aufgaben wird im Einvernehmen mit dem Exekutivdirektor wahrgenommen.

(5) Unbeschadet des Absatzes 4 ist das Personal der Organisation dem Exekutivdirektor verantwortlich; dieser ist seinerseits dem Rat verantwortlich.

(6) Der Exekutivdirektor stellt das Personal in Übereinstimmung mit vom Rat festgesetzten Regelungen ein. Bei der Ausarbeitung dieser Regelungen berücksichtigt der Rat die Regelungen für Angestellte ähnlicher zwischenstaatlicher Organisationen. Das Personal ist soweit wie möglich aus Staatsangehörigen der Exportmitglieder und der Importmitglieder auszuwählen.

(7) Der Exekutivdirektor, der Leiter und das sonstige Personal dürfen an der Kakao-Wirtschaft, am Kakao-Handel, an der Kakao-Beförderung oder an der Kakao-Werbung finanziell nicht beteiligt sein.

(8) Bei der Erfüllung ihrer Aufgaben dürfen der Exekutivdirektor, der Leiter und das sonstige Personal von keinem Mitglied und von keiner Stelle außerhalb der Organisation Weisungen einholen oder entgegennehmen. Sie haben alle Handlungen zu unterlassen, die ihre Stellung als internationale Angestellte, die nur der Organisation verantwortlich sind, beeinträchtigen könnten. Jedes Mitglied verpflichtet sich, den ausschließlich internationalen Charakter der Obliegenheiten des Exekutivdirektors, des Leiters und des Personals zu achten und nicht zu versuchen, sie bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu beeinflussen.

Kapitel V

Privilegien und Immunitäten

Artikel 21

Privilegien und Immunitäten

(1) Die Organisation besitzt Rechtspersönlichkeit. Sie hat insbesondere die Fähigkeit, Verträge abzuschließen, bewegliches und unbewegliches Vermögen zu erwerben und zu veräußern sowie Rechtsverfahren einzuleiten.

(2) Die Rechtsstellung, die Privilegien und Immunitäten der Organisation ihres Exekutivdirektors, ihres Personals und ihrer Sachverständigen sowie der Delegierten der Mitglieder werden für die Zeit, in der sie sich in Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Hoheitsgebiet des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland (im weiteren als „Gastregierung“ bezeichnet) aufhalten, weiterhin durch das Abkommen über den Sitz bestimmt, das am 26. März 1975 in London zwischen der Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Internationalen Kakao-Organisation abgeschlossen wurde.

(3) Das in Absatz 2 genannte Abkommen über den Sitz ist vom vorliegenden Abkommen unabhängig. Es tritt jedoch außer Kraft,

- a) wenn dies zwischen der Gastregierung und der Organisation vereinbart wird,
- b) wenn der Sitz der Organisation aus dem Hoheitsgebiet der Gastregierung verlegt wird oder
- c) wenn die Organisation aufhört zu existieren.

(4) Die Organisation kann mit einem oder mehreren anderen Mitgliedern vom Rat zu genehmigende Abkommen über die Privilegien und Immunitäten schließen, die für die ordnungsgemäße Durchführung dieses Abkommens notwendig sind.

Kapitel VI

Finanzfragen

Artikel 22

Finanzfragen

(1) Zur Anwendung und Durchführung dieses Abkommens werden zwei Konten geführt: das Verwaltungskonto und das Ausgleichslagerkonto.

(2) Die für die Anwendung und Durchführung dieses Abkommens erforderlichen Ausgaben laufen mit Ausnahme der sich aus dem Betrieb und der Unterhaltung des nach Artikel 37 errichteten Ausgleichslagers ergebenden Ausgaben über das Verwaltungskonto; sie werden aus den entsprechend Artikel 23 festgesetzten Jahresbeiträgen der Mitglieder bestritten. Verlangt jedoch ein Mitglied besondere Dienstleistungen, kann der Rat dieses Mitglied auffordern, dafür zu zahlen.

(3) Alle Ausgaben, die sich aus dem Betrieb und der Unterhaltung des Ausgleichslagers nach Artikel 37 Absatz 6 ergeben, laufen über das Ausgleichslagerkonto. Die Zuständigkeit des Ausgleichslagerkontos für andere als die in Artikel 37 Absatz 6 bezeichneten Ausgaben unterliegt dem Beschluß des Rates.

(4) Das Rechnungsjahr der Organisation entspricht dem Quotenjahr.

(5) Die Ausgaben der Delegationen im Rat, im Exekutivkomitee und in allen Ausschüssen des Rates oder des Exekutivkomitees werden von den betreffenden Mitgliedern getragen.

Artikel 23

Genehmigung des Verwaltungsbudgets und Festsetzung der Beiträge

(1) In der zweiten Hälfte jedes Rechnungsjahres genehmigt der Rat das Verwaltungsbudget der Organisation für das folgende Rechnungsjahr und setzt den Beitrag jedes Mitglieds zu diesem Budget fest.

(2) Der Beitrag jedes Mitglieds zum Verwaltungsbudget für jedes Rechnungsjahr richtet sich nach dem Verhältnis der Zahl seiner Stimmen zum Zeitpunkt der Genehmigung des Verwaltungsbudgets für das betreffende Jahr zur Gesamtstimmzahl aller Mitglieder. Bei der Festsetzung der Beiträge werden die Stimmen jedes Mitglieds so berechnet, daß der zeitweilige Entzug des Stimmrechts eines Mitglieds oder die

sich daraus ergebende Neuverteilung der Stimmen außer Betracht bleibt.

(3) Den ersten Beitrag eines Mitglieds, das der Organisation nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens beitrifft, setzt der Rat auf der Grundlage der diesem Mitglied zustehenden Stimmenzahl und des für das laufende Rechnungsjahr verbleibenden Zeitabschnitts fest, ohne jedoch die für das laufende Rechnungsjahr für die anderen Mitglieder festgesetzten Beiträge zu ändern.

Artikel 24

Zahlung von Beiträgen zum Verwaltungsbudget

(1) Die Beiträge zum Verwaltungsbudget für jedes Rechnungsjahr sind in freikonvertierbaren Währungen am 1. Tag des betreffenden Rechnungsjahres zu zahlen; sie sind von Devisenbeschränkungen befreit.

(2) Hat ein Mitglied seinen vollen Beitrag zum Verwaltungsbudget nicht binnen 5 Monaten nach Beginn des Rechnungsjahres gezahlt, ersucht der Exekutivdirektor das Mitglied, die Zahlung so bald wie möglich zu leisten. Hat das Mitglied seinen Beitrag binnen 2 Monaten nach dem Ersuchen des Exekutivdirektors noch nicht gezahlt, wird dem Mitglied sein Stimmrecht im Rat und im Exekutivkomitee solange entzogen, bis der volle Beitrag entrichtet ist.

(3) Ein Mitglied, dem das Stimmrecht nach Absatz 2 zeitweilig entzogen worden ist, geht dadurch seiner sonstigen Rechte nicht verlustig und wird von seinen Verpflichtungen aufgrund dieses Abkommens nicht entbunden, sofern der Rat dies nicht durch besondere Abstimmung beschließt. Es bleibt zur Zahlung seines Beitrages verpflichtet und hat weiterhin alle sonstigen finanziellen Verpflichtungen aufgrund dieses Abkommens zu erfüllen.

Artikel 25

Prüfung und Veröffentlichung der Rechnungslegung

(1) So bald wie möglich, spätestens jedoch 6 Monate nach Abschluß jedes Rechnungsjahres, werden die Abrechnung der Organisation für das betreffende Rechnungsjahr und die Bilanz zum Abschluß dieses Jahres für jedes der in Artikel 22 Absatz 1 bezeichneten Konten geprüft. Die Prüfung erfolgt durch einen unabhängigen Rechnungsprüfer von anerkanntem Ruf in Zusammenarbeit mit zwei vom Rat für jedes Rechnungsjahr gewählten qualifizierten Rechnungsprüfern der Mitgliedsregierungen, von denen einer der Gruppe der Exportmitglieder und der andere der Gruppe der Importmitglieder angehört und die vom Rat für jedes Rechnungsjahr zu wählen sind. Die Rechnungsprüfer der Mitgliedsregierungen werden nicht von der Organisation bezahlt.

(2) Die Bedingungen für die Einsetzung des unabhängigen Rechnungsprüfers von anerkanntem Ruf sowie die der Prüfung zugrunde liegenden Absichten und Ziele werden in der Finanzordnung der Organisation festgelegt. Die geprüfte Abrechnung und Bilanz der Organisation werden dem Rat auf seiner nächsten ordentlichen Tagung zur Genehmigung vorgelegt.

(3) Eine Zusammenfassung der geprüften Abrechnung und Bilanz wird veröffentlicht.

Kapitel VII

Preise, Quoten, Ausgleichslager und Verwendung für nichtherkömmliche Zwecke

Artikel 26

Durchführung dieses Abkommens

(1) Zur Erreichung der Zielstellung dieses Abkommens treffen die Mitglieder Maßnahmen, um den Preis von Kakaobohnen innerhalb vereinbarter Preisgrenzen zu halten; dazu wer-

den unter Aufsicht des Rates ein Exportquotensystem errichtet, ein Ausgleichslager geschaffen und Vorkehrungen getroffen, um die die Quoten überschreitenden Kakaomengen und die den Rahmen des Ausgleichslagers überschreitenden Kakaobohnemengen nach strengen Vorschriften für nichtherkömmliche Zwecke zu verwenden.

(2) Die Mitglieder betreiben ihre Handelspolitik so, daß die Zielstellung dieses Abkommens erreicht werden kann.

Artikel 27

Konsultationen und Zusammenarbeit mit der Kakao-Industrie

(1) Der Rat empfiehlt den Mitgliedern, die Meinung von Sachverständigen in Kakao-Fragen einzuholen.

(2) In Erfüllung ihrer Verpflichtungen aufgrund dieses Abkommens beachten die Mitglieder bei ihrer Tätigkeit die herkömmlichen Handelswege und berücksichtigen gebührend die rechtmäßigen Interessen der Kakao-Industrie.

(3) Die Mitglieder mischen sich nicht in Schiedsverfahren über kommerzielle Streitigkeiten zwischen Kakao-Käufern und -Verkäufern ein, wenn wegen der zur Durchführung dieses Abkommens erlassenen Vorschriften Verträge nicht erfüllt werden können, und behindern nicht den Abschluß von Schiedsverfahren. Die Verpflichtung der Mitglieder zur Einhaltung dieses Abkommens wird in derartigen Fällen nicht als Grund für die Nichterfüllung eines Vertrages oder als Einrede anerkannt.

Artikel 28

Tagespreis und Bezugspreis

(1) Für die Zwecke dieses Abkommens wird der Preis für Kakaobohnen unter Zugrundelegung eines Tagespreises und eines Bezugspreises festgelegt.

(2) Der Tagespreis ist vorbehaltlich des Absatzes 3 der täglich ermittelte Durchschnitt der Kakaobohnennotierungen für Termingeschäfte der drei nächsten aktiv gehandelten Monate an der New Yorker Kakao-Börse mittags und am Londoner Kakao-Terminmarkt bei Börsenschluß. Die Londoner Preise werden unter Zugrundelegung des in London bei Börsenschluß veröffentlichten täglichen Kurses für sechsmonatige Devisentermingeschäfte in US-Cent je englisches Pfund umgerechnet. Der Rat beschließt, welches Berechnungsverfahren angewendet werden soll, wenn nur die Notierungen einer dieser beiden Kakao-Börsen verfügbar sind oder wenn die Londoner Börse geschlossen ist. Der Zeitpunkt für den Übergang auf den nächsten Dreimonatsabschnitt ist der 15. des dem nächsten aktiv gehandelten Fälligkeitsmonat unmittelbar vorhergehenden Monats.

(3) Der Bezugspreis ist der Durchschnitt der Tagespreise während eines Zeitabschnitts von fünfzehn aufeinanderfolgenden Börsentagen oder -- für die Zwecke des Artikels 34 Absatz 4 Buchstabe C. -- während eines Zeitabschnitts von zweiundzwanzig aufeinanderfolgenden Börsentagen. Jeder Hinweis in diesem Abkommen auf einen bei, unter oder über einer Wertangabe liegenden Bezugspreis bedeutet, daß der Durchschnitt der Tagespreise während der innerhalb der erforderlichen Zeit aufeinanderfolgenden Börsentage bei, unter oder über dieser Wertangabe lag. Der Rat hat Festlegungen zu treffen, um die Bestimmungen dieses Absatzes zu verwirklichen.

(4) Der Rat kann durch besondere Abstimmung andere Verfahren zur Bestimmung des Tagespreises und des Bezugspreises beschließen, wenn er sie für befriedigender hält als die in Absatz 2 und 3 bezeichneten Verfahren.

Artikel 29

Preise

(1) Für die Zwecke dieses Abkommens wird für Kakaobohnen ein Mindestpreis von 39 US-Cent je englisches Pfund

und ein Höchstpreis von 55 US-Cent je englisches Pfund festgelegt.

(2) Vor Ablauf des ersten Quotenjahres und, wenn eine Verlängerung dieses Abkommens um weitere zwei Jahre nach Artikel 75 beschlossen wird, wiederum nach Ablauf des dritten Quotenjahres überprüft der Rat den Mindestpreis und den Höchstpreis und kann diese durch besondere Abstimmung ändern.

(3) Unter außergewöhnlichen Umständen, die sich aus Umwälzungen in der internationalen Wirtschafts- und Währungssituation ergeben, überprüft der Rat den Mindestpreis und den Höchstpreis und kann diese durch besondere Abstimmung ändern.

(4) Bei der in den Absätzen 2 und 3 bezeichneten Überprüfung der Preise berücksichtigt der Rat die Entwicklung der Kakao-Preise, den Verbrauch, die Erzeugung, Bestände und die Beeinflussung der Kakao-Preise durch Veränderungen in der Weltwirtschaftslage und im Währungssystem sowie andere Faktoren, die sich auf die Erreichung der Zielstellung dieses Abkommens auswirken könnten. Der Exekutivdirektor liefert die für die angemessene Berücksichtigung der genannten Elemente erforderlichen Angaben.

(5) Artikel 76 ist auf die Änderung von Preisen nach diesem Artikel nicht anwendbar.

Artikel 30 Grundquoten

(1) Für jedes Quotenjahr entspricht die Grundquote, die für jedes in Anlage A aufgeführte Exportmitglied anzuwenden ist, dem Prozentsatz, den der Durchschnitt seiner Jahresproduktion in den fünf vorangegangenen Erntejahren, für die in der Organisation endgültige Zahlen vorliegen, gegenüber der Gesamtsumme der Durchschnittswerte aller in Anlage A durchgeführter Exportmitglieder darstellt.

(2) Für die in Anlage B aufgeführten Exportmitglieder, die weniger als 10 000 t Rohkakao erzeugen, wird keine Grundquote festgesetzt.

(3) Der Rat ändert die Listen in den Anlagen A und B, wenn die Produktionsentwicklung eines Exportmitglieds dies notwendig macht.

Artikel 31 Jährliche Exportquoten

(1) Spätestens vierzig Tage vor Beginn jedes Quotenjahres beschließt der Rat eine Schätzung des Netto-Weltimportbedarfes an Kakao. Dabei berücksichtigt der Rat alle einschlägigen Faktoren wie unter anderem die bisherigen Verbrauchstrends, die voraussichtlichen Bestandsänderungen sowie die gegenwärtige und voraussichtliche Preisentwicklung. Unter Berücksichtigung dieser Schätzung sowie des zu erwartenden Umfangs der den Quoten nicht unterliegenden Exporte und der von Nichtmitgliedern eingehenden Importe setzt der Rat umgehend durch besondere Abstimmung die jährlichen Exportquoten in einer Höhe fest, die erforderlich wäre, um die Preise in den in Artikel 29 bezeichneten Grenzen zu halten.

(2) Gelangt der Rat nicht spätestens 35 Tage vor Beginn des Quotenjahres zu einer Einigung über die jährlichen Exportquoten, legt der Exekutivdirektor dem Rat seinen eigenen Vorschlag für die Gesamthöhe der jährlichen Exportquoten vor. Der Rat beschließt sofort durch besondere Abstimmung über diesen Vorschlag. Unter allen Umständen hat der Rat die jährlichen Exportquoten spätestens 30 Tage vor Beginn des Quotenjahres festzulegen.

(3) Die nach Absatz 1 beschlossene Schätzung wird zusammen mit den auf dieser Grundlage festgesetzten jährlichen Exportquoten vom Rat auf seiner ordentlichen Tagung in der ersten Hälfte des betreffenden Quotenjahres überprüft und erforderlichenfalls durch besondere Abstimmung geändert,

wobei er die auf den neusten Stand gebrachten statistischen Angaben berücksichtigt, die er möglicherweise nach Artikel 57 erfaßt hat.

(4) Die jährliche Exportquote für jedes Exportmitglied bemißt sich nach der nach Artikel 30 festgesetzten Grundquote.

(5) Der Rat ermächtigt nach Vorlage der für ausreichend erachteten Nachweise ein Exportmitglied, das in einem beliebigen Quotenjahr weniger als 10 000 t erzeugt, in diesem Jahr eine Menge auszuführen, die nicht größer ist als die für Exportzwecke verfügbare tatsächliche Produktion.

Artikel 32

Umfang der Exportquoten

(1) Die jährlichen Exportquoten umfassen:

- a) Kakaosexporte von Exportmitgliedern und
- b) Kakao aus dem laufenden Erntejahr, der im Rahmen der am Ende des Quotenjahres geltenden Exportquote zum Export angemeldet, aber erst nach Abschluß des Quotenjahres versandt wurde; dieser Export muß jedoch spätestens am Ende des ersten Viertels des folgenden Quotenjahres unter den vom Rat festzulegenden Bedingungen erfolgen.

(2) Zur Bestimmung der Kakaobohnenmenge, die dem Export von Kakao-Erzeugnissen durch Exportmitglieder und Export-Nichtmitglieder entspricht, werden folgende Umrechnungsfaktoren angewendet: Kakaobutter — 1,33; Kakaokuchen und -pulver — 1,18; Kakaomasse und -kerne — 1,25. Der Rat kann erforderlichenfalls bestimmen, daß andere kakao-haltige Erzeugnisse als Kakao-Erzeugnisse gelten. Die Umrechnungsfaktoren für andere Kakao-Erzeugnisse als diejenigen, für die in diesem Absatz Umrechnungsfaktoren festgelegt sind, werden vom Rat bestimmt.

(3) Der Rat beobachtet ständig auf der Grundlage der in Artikel 49 genannten Unterlagen den Export von Kakao-Erzeugnissen aus Export-Nichtmitgliederländern. Wenn er feststellt, daß während des Quotenjahres der Unterschied zwischen dem Export von Kakaokuchen und/oder Kakaopulver durch ein Exportland und seinem Export an Kakaobutter auf Kosten des Kakaokuchens und/oder Kakaopulvers erheblich zugenommen hat, beispielsweise wegen der vermehrten Verarbeitung im Extraktionsverfahren, gelten nachfolgende Umrechnungsfaktoren für die Bestimmung der Kakaobohnenmenge, die seinen Export von Kakaoverzeugnissen während des betreffenden Quotenjahres und/oder, wenn der Rat dies beschließt, während eines späteren Quotenjahres entspricht: Kakaobutter — 2,15; Kakaomasse und -kerne 1,25; Kakaokuchen und -pulver — 0,30, wobei die nach Artikel 39 noch zu erhebende Abgabe entsprechend angepaßt wird. Diese Festlegung gilt jedoch nicht, wenn die Abnahme des Exports anderer Erzeugnisse als Kakaobutter auf einen verstärkten menschlichen Verbrauch im Inland oder auf andere Gründe zurückzuführen ist, die das Exportland darzulegen hat und die der Rat als stichhaltig und annehmbar ansieht.

(4) Lieferungen an den Leiter des Ausgleichslagers durch Exportmitglieder nach Artikel 40 Absatz 2 und nach Artikel 46 Absatz 1 sowie die Verwendung von Kakao nach Artikel 46 Absatz 2 werden nicht auf die Exportquoten dieser Mitglieder angerechnet.

(5) Gelangt der Rat zu dem Ergebnis, daß Exportmitglieder Kakao für humanitäre oder andere nichtkommerzielle Zwecke ausgeführt haben, wird dieser Kakao nicht auf die Exportquoten dieser Mitglieder angerechnet.

Artikel 33

Edelkakao

(1) Ungeachtet der Artikel 31 und 39 finden die Bestimmungen dieses Abkommens über Exportquoten und Abgaben zur Finanzierung des Ausgleichslagers nicht auf Edelkakao von

einem in Anlage C Absatz 1 aufgeführten Exportmitglied Anwendung, dessen Produktion ausschließlich aus Edelkakaο besteht.

(2) Absatz 1 findet auch Anwendung im Falle eines in Anlage C Absatz 2 aufgeführten Exportmitglieds, dessen Produktion z. T. aus Edelkakaο besteht, und zwar auf den in Anlage C Absatz 2 angegebenen Teil seiner Produktion. Auf den verbleibenden Teil finden die Bestimmungen dieses Abkommens über Exportquoten und Abgaben zur Finanzierung des Ausgleichslagers sowie sonstige Beschränkungen dieses Abkommens Anwendung.

(3) Der Rat kann Anlage C durch besondere Abstimmung ändern.

(4) Stellt der Rat fest, daß die Produktion oder der Export der in Anlage C aufgeführten Länder stark gestiegen ist, trifft er geeignete Maßnahmen, um zu sichern, daß dieses Abkommen nicht mißbräuchlich angewendet oder umgangen wird.

(5) Jedes in Anlage C aufgeführte Exportmitglied verpflichtet sich, die Vorlage einer vom Rat zugelassenen Kontrollunterlage zu verlangen, bevor es den Export von Edelkakaο aus seinem Hoheitsgebiet gestattet. Jedes Importmitglied verpflichtet sich, die Vorlage einer vom Rat zugelassenen Kontrollunterlage zu verlangen, bevor es den Import von Edelkakaο in sein Hoheitsgebiet gestattet.

Artikel 34

Anwendung und Angleichung jährlicher Exportquoten

(1) Der Rat beobachtet die Marktlage und tritt zusammen, sobald es die Umstände erfordern.

(2) Es gelten folgende Quoten, solange nicht der Rat durch besondere Abstimmung eine Erhöhung oder Kürzung beschließt:

- a) liegt der Bezugspreis über dem Mindestpreis + 6 US-Cent je englisches Pfund und bei oder unter dem Mindestpreis + 8 US-Cent je englisches Pfund, so betragen die geltenden Exportquoten 100% der anfänglichen jährlichen Exportquoten;
- b) liegt der Bezugspreis über dem Mindestpreis + 3 US-Cent je englisches Pfund und bei oder unter dem Mindestpreis + 6 US-Cent je englisches Pfund, so betragen die geltenden Exportquoten 97% der anfänglichen jährlichen Exportquoten;
- c) liegt der Bezugspreis über dem Mindestpreis + 8 US-Cent je englisches Pfund, so werden die geltenden Exportquoten ausgesetzt.

(3) Liegt der Bezugspreis über dem Mindestpreis und bei oder unter dem Mindestpreis + 3 US-Cent je englisches Pfund, kauft der Leiter Kakaο-Bohnen bis zu 4% der anfänglichen jährlichen Exportquoten zu den in Artikel 40 Absätze 3 und 6 festgelegten Bedingungen.

(4) Liegt der Bezugspreis unter dem Mindestpreis, kauft der Leiter Kakaο-Bohnen zu den in Artikel 40 Absätze 4 und 6 festgelegten Bedingungen.

(5) Liegt der Bezugspreis über dem Mindestpreis + 14 US-Cent je englisches Pfund und bei oder unter dem Höchstpreis, erfolgen Verkäufe aus dem Ausgleichslager bis zu 7% der anfänglichen jährlichen Exportquoten zu den in Artikel 41 Absatz 1 festgelegten Bedingungen.

(6) Liegt der Bezugspreis über dem Höchstpreis, erfolgen Verkäufe aus dem Ausgleichslager zu den in Artikel 41 Absatz 1 festgelegten Bedingungen.

Artikel 35

Einhaltung der Exportquoten

(1) Die Mitglieder treffen Maßnahmen, die zur vollständigen Einhaltung der von ihnen aufgrund dieses Abkommens über-

nommenen Verpflichtungen hinsichtlich der Exportquoten erforderlich sind. Der Rat kann die Mitglieder auffordern, nötigenfalls zusätzliche Maßnahmen zur wirksamen Anwendung des Exportquotensystems zu treffen einschließlich des Erlasses von Vorschriften durch die Exportmitglieder über die Anmeldung ihres gesamten Kakaοs, der im Rahmen der geltenden Exportquote exportiert werden soll.

(2) Die Exportmitglieder verpflichten sich, ihre Verkäufe so vorzunehmen, daß eine ordnungsgemäße Vermarktung gewährleistet ist und daß sie in der Lage sind, jederzeit ihre geltenden Exportquoten einzuhalten. Ein Exportmitglied darf auf keinen Fall während des ersten Halbjahres mehr als 85% und während des ersten Dreivierteljahres mehr als 90% seiner nach Artikel 31 festgesetzten jährlichen Exportquote ausführen.

(3) Jedes Exportmitglied verpflichtet sich, dafür zu sorgen, daß der Umfang seines Kakaο-Exports seine geltende Exportquote nicht übersteigt.

(4) Wenn ein Exportmitglied seine geltende Exportquote um weniger als 1% seiner jährlichen Exportquote überschreitet, gilt dies nicht als Verletzung des Absatzes 3. Jede derartige Überschreitung wird jedoch von der geltenden Exportquote des betreffenden Mitglieds im folgenden Quotenjahr abgezogen.

(5) Wenn ein Exportmitglied erstmalig seine geltende Exportquote über die in Absatz 4 vorgesehene Toleranzgrenze hinaus überschreitet, hat es, sofern nicht der Rat etwas anderes beschließt, innerhalb von drei Monaten nach Feststellung der Überschreitung durch den Rat eine der Überschreitung entsprechende Menge Kakaο an das Ausgleichslager zu verkaufen. Diese Menge wird automatisch von seiner geltenden Exportquote für das Quotenjahr abgezogen, das unmittelbar auf das Quotenjahr folgt, in dem die Verletzung stattfand. Die Verkäufe an das Ausgleichslager aufgrund dieses Absatzes erfolgen nach Artikel 40 Absätze 6 und 7.

(6) Wenn ein Exportmitglied zum zweiten oder wiederholten Male seine geltende Exportquote über die in Absatz 4 vorgesehene Toleranzgrenze hinaus überschreitet, hat dieses Mitglied, sofern nicht der Rat etwas anderes beschließt, innerhalb von drei Monaten nach Feststellung der Überschreitung durch den Rat die doppelte Menge der Überschreitung an das Ausgleichslager zu verkaufen. Diese Menge wird automatisch von seiner geltenden Exportquote für das Quotenjahr abgezogen, das unmittelbar auf das Quotenjahr folgt, in dem die Verletzung stattfand. Die Verkäufe an das Ausgleichslager aufgrund dieses Absatzes erfolgen nach Artikel 40 Absätze 6 und 7.

(7) Die nach den Absätzen 5 und 6 getroffenen Maßnahmen lassen die Bestimmungen des Kapitels XV unberührt.

(8) Bei der Festsetzung der jährlichen Exportquoten nach Artikel 31 kann der Rat durch besondere Abstimmung beschließen, vierteljährliche Exportquoten festzusetzen. Er legt gleichzeitig die Vorschriften für die Anwendung und Aufhebung derartiger vierteljährlicher Exportquoten fest. Dabei berücksichtigt er die Produktionsstruktur jedes Exportmitglieds.

(9) Kann die Einführung oder Kürzung von Exportquoten während des laufenden Quotenjahres nicht voll beachtet werden, weil gültige Verträge vorliegen, die geschlossen wurden, als die Exportquoten ausgesetzt waren, oder die sich bei ihrem Abschluß im Rahmen der damals geltenden Exportquoten hielten, wird die Angleichung in den für das folgende Quotenjahr geltenden Exportquoten vorgenommen. Der Rat kann Nachweise für das Vorliegen solcher Verträge verlangen.

(10) Die Mitglieder verpflichten sich, dem Rat umgehend alle Auskünfte über Verletzungen dieses Abkommens oder der vom Rat festgelegten Vorschriften oder Regelungen zu übermitteln, die ihnen bekannt werden.

Artikel 36

Umverteilung von Fehlmengen

(1) Jedes Exportmitglied notifiziert dem Rat so bald wie möglich, auf jeden Fall aber vor Ende Mai jedes Quotenjahres, in welchem Umfang und aus welchen Gründen es erwartet, daß es entweder seine geltende Quote nicht voll ausnutzen oder daß es einen Überschuß über die Quote hinaus haben wird. Auf Grund dieser Notifikationen und Erklärungen verteilt der Exekutivdirektor, sofern nicht der Rat durch besondere Abstimmung unter Berücksichtigung der Marktlage etwas anderes beschließt, die Fehlmengen nach vom Rat festzulegenden Vorschriften über die Bedingungen, die Zeitpunkte und die Art und Weise dieser Umverteilung unter den Exportmitgliedern um. Diese Vorschriften umfassen auch Bestimmungen darüber, auf welche Weise die nach Artikel 35 Absätze 5 und 6 vorgenommenen Kürzungen behandelt werden.

(2) Für Exportmitglieder, die wegen des Zeitpunktes des Einbringens ihrer Haupternte nicht in der Lage sind, dem Rat ihre erwarteten Fehlmengen oder Überschüsse vor Ende Mai zu notifizieren, wird die Frist für die Notifizierung von Fehlmengen oder Überschüssen bis Mitte Juli verlängert. Die Exportländer, für die diese Fristverlängerung in Frage kommt, sind in Anlage E aufgeführt.

Artikel 37

Errichtung und Finanzierung des Ausgleichslagers

(1) Es wird ein Ausgleichslager errichtet.

(2) Das Ausgleichslager kauft und lagert nur Kakaobohnen; seine Höchstkazapazität beträgt 250 000 t.

(3) Der Leiter des Ausgleichslagers ist in Übereinstimmung mit den vom Rat beschlossenen Regeln verantwortlich für den Betrieb des Ausgleichslagers und für den Ankauf von Kakaobohnen sowie den Verkauf und die Erhaltung der Kakaobohnenbestände in gutem Zustand sowie für die Wälzung von Kakaobohnenpartien unter Vermeidung von Marktrisiken und nach Maßgabe der diesbezüglichen Bestimmungen dieses Abkommens. Der Rat prüft, ob es praktikabel und wünschenswert ist, von dem Ausgleichslager angekaufte Kakaobohnen in Kakaoerzeugnisse umzuwandeln und kann auf Grund dieser Prüfung Empfehlungen geben, die bei der Neuaushandlung dieses Abkommens nach Artikel 75 zu berücksichtigen sind.

(4) Zur Finanzierung seines Betriebs erhält das Ausgleichslager vom Beginn des ersten Quotenjahres nach Inkrafttreten dieses Abkommens an regelmäßige Einkünfte in Form von Abgaben, die nach Artikel 39 auf Kakao erhoben werden. Wenn der Rat jedoch über andere Finanzierungsquellen verfügt, kann er einen anderen Zeitpunkt für die Einführung der Abgabe beschließen.

(5) Erscheinen die Einkünfte des Ausgleichslagers aus Abgaben zu irgendeinem Zeitpunkt zur Finanzierung seines Betriebs unzureichend, so kann der Rat durch besondere Abstimmung von geeigneten Geldgebern einschließlich der Regierungen der Mitgliedsländer Kredite in freikonvertierbarer Währung aufnehmen. Diese Kredite werden aus den eingegangenen Abgaben, den Erlösen des Verkaufs von Kakaobohnen durch das Ausgleichslager und aus eventuellen sonstigen Einkünften des Ausgleichslagers zurückgezahlt. Einzelmitglieder der Organisation sind für die Rückzahlung derartiger Kredite nicht verantwortlich.

(6) Die Kosten des Betriebs und der Unterhaltung des Ausgleichslagers einschließlich

- a) der Bezüge des Leiters und der Mitglieder des Personals, die das Ausgleichslager verwalten und unterhalten, der Aufwendungen der Organisation für die Durchführung und Kontrolle der Erhebung der Abgaben und der Zinsen oder Kapitalkosten für die vom Rat aufgenommenen Kredite und

- b) sonstiger Kosten wie der Kosten der Beförderung und Versicherung vom Ort der FOB-Lieferung bis zum Lagerungsort des Ausgleichslagers, der Lagerung einschließlich der Begasung, der Umschlagkosten, der Versicherung, Verwaltung und Überwachung sowie aller bei der Wälzung von Kakaobohnenpartien zur Erhaltung ihres Zustands und Wertes entstehenden Kosten

werden aus den ordentlichen Einkünften aus Abgaben oder Krediten nach Absatz 5 oder den Erträgen des Wiederverkaufs nach Artikel 40 Absatz 6 bestritten.

Artikel 38

Investierung überschüssiger Mittel des Ausgleichslagers

(1) Der Teil der Mittel des Ausgleichslagers, der zeitweilig die zur Finanzierung seiner Tätigkeit erforderliche Menge überschreitet, kann in Übereinstimmung mit den vom Rat festzulegenden Vorschriften in geeigneter Weise in den Import- und Exportmitgliedsländern angelegt werden.

(2) Diese Vorschriften müssen unter anderem die für den ordnungsgemäßen Betrieb des Ausgleichslagers notwendige Liquidität sowie den Umstand berücksichtigen, daß es wünschenswert ist, den effektiven Wert der Mittel zu erhalten.

Artikel 39

Abgaben zur Finanzierung des Ausgleichslagers

(1) Die auf Kakao entweder beim ersten Export durch ein Mitglied oder beim ersten Import durch ein Mitglied erhobene Abgabe beträgt 1 US-Cent je englisches Pfund Kakaobohnen und den entsprechenden Betrag für Kakao-Erzeugnisse nach Artikel 32 Absätze 2 und 3. Die Abgabe wird auf jeden Fall nur einmal erhoben. Zu diesem Zweck gelten Importe von Kakao durch ein Mitglied aus einem Nichtmitgliedsländern als von diesem Nichtmitglied stammend, sofern nicht der hinlängliche Beweis erbracht wird, daß dieser Kakao von einem Mitglied stammt. Der Rat überprüft jährlich die Ausgleichslagerabgabe und kann unbeschadet der Festlegungen des ersten Satzes dieses Absatzes durch besondere Abstimmung einen niedrigeren Abgabesatz festsetzen oder in Anbetracht der finanziellen Mittel und Verpflichtungen der Organisation in bezug auf das Ausgleichslager die zeitweilige Aufhebung der Abgabe beschließen.

(2) Der Rat gibt nach den von ihm festzulegenden Regeln Abgabebescheinigungen aus. In diesen Regeln sind die Interessen des Kakaohandels zu berücksichtigen und unter anderem die mögliche Einschaltung von Agenten, die Ausstellung von Unterlagen gegen Abgabentrachtung und die Zahlung von Abgaben innerhalb einer bestimmten Frist vorzusehen.

(3) Die Abgaben auf Grund dieses Artikels sind in freikonvertierbaren Währungen zu zahlen und unterliegen nicht Devisenbeschränkungen.

(4) Dieser Artikel läßt das Recht jedes Käufers oder Verkäufers unberührt, die Zahlungsbedingungen für Kakaolieferungen durch Absprache untereinander zu regeln.

Artikel 40

Käufe durch das Ausgleichslager

(1) Für die Zwecke dieses Artikels wird die Höchstkazapazität des Ausgleichslagers in Einzelanteile auf die Exportmitglieder im gleichen Verhältnis wie ihre Grundquote nach Artikel 30 aufgeteilt.

(2) Wenn die jährlichen Exportquoten nach Artikel 34 gekürzt werden, bietet jedes Exportmitglied dem Leiter des Ausgleichslagers umgehend eine seiner Quotenkürzung entsprechende Menge Kakaobohnen zum Kauf an, und der Leiter schließt innerhalb von 10 Tagen nach der Quotenkürzung mit jedem Exportmitglied einen Vertrag über den Kauf dieser Menge.

(3) Nimmt der Leiter Käufe nach Artikel 34 Absatz 3 vor, setzt er diese Kakaobohnenkäufe bis zu 4% der anfänglichen jährlichen Exportquote oder so lange fort, bis der Bezugspreis über den Mindestpreis + 3 US-Cent je englisches Pfund steigt, je nachdem, was früher erreicht wird.

(4) Nimmt der Leiter Käufe nach Artikel 34 Absatz 4 vor, setzt er diese Kakaobohnenkäufe solange fort, bis der Bezugspreis über den Mindestpreis steigt oder die Höchstkapazität des Ausgleichslagers erreicht ist, je nachdem, was früher eintritt.

(5) Der Leiter kauft nur Kakaobohnen anerkannter marktfähiger Standardqualitäten in Mengen von mindestens 100 Tonnen. Solche Bohnen sind Eigentum der Organisation und unterliegen ihrer Kontrolle.

(6) Beim Kauf von Kakaobohnen auf Grund von Artikel 34 Absätze 3 und 4 und von Absatz 2 dieses Artikels leistet der Leiter

a) Zahlungen zu den geltenden Marktpreisen in Übereinstimmung mit den vom Rat festzulegenden Vorschriften oder

b) auf Ersuchen des betreffenden Exportmitglieds

— eine Abschlagszahlung von 25 US-Cent je englisches Pfund fob bei Lieferung der Kakaobohnen; jedoch kann der Rat nach Ablauf des ersten Quotenjahres auf Empfehlung des Leiters unter Berücksichtigung der gegenwärtigen und voraussichtlichen finanziellen Lage des Ausgleichslagers jederzeit beschließen, daß die Abschlagszahlung erhöht wird.

— beim Verkauf von Kakaobohnen durch das Ausgleichslager eine Restzahlung, die dem Ertrag des Verkaufs abzüglich der nach dem vorausgegangenen Unterabschnitt geleisteten Zahlung und der Kosten der Beförderung und Versicherung vom Ort der fob-Lieferung bis zum Lagerungsort des Ausgleichslagers, der Lager- und Umschlagkosten und gegebenenfalls der Kosten für die Wälzung von Kakaobohnenpartien zur Erhaltung des Zustandes und Wertes dieser Partien entspricht.

(7) Hat ein Mitglied dem Leiter bereits eine seinem Einzelanteil nach Absatz 1 entsprechende Menge Kakaobohnen verkauft, so zahlt der Leiter für spätere Käufe zum Zeitpunkt der Lieferung nur den Preis, der durch die Abgabe von Kakaobohnen für nichttherkömmliche Zwecke erzielt werden würde. Werden auf Grund dieses Absatzes gekaufte Kakaobohnen später nach Artikel 41 weiterverkauft, leistet der Leiter dem betreffenden Exportmitglied eine Restzahlung, die dem Ertrag des Weiterverkaufs abzüglich der bereits auf Grund dieses Absatzes geleisteten Zahlung und der Kosten der Beförderung und Versicherung vom Ort der fob-Lieferung bis zum Lagerungsort des Ausgleichslagers, der Lager- und Umschlagkosten und gegebenenfalls der Kosten für die Wälzung von Kakaobohnenpartien zur Erhaltung des Zustands und Wertes dieser Partien entspricht.

(8) Werden dem Leiter Kakaobohnen nach Absatz 2 verkauft, hat der Vertrag eine Klausel zu enthalten, die es dem Exportmitglied ermöglicht, den Vertrag vor Lieferung der Kakaobohnen ganz oder teilweise zu widerrufen,

a) wenn später in demselben Quotenjahr die Quotenkürzung, die zu dem Verkauf führte, nach Artikel 34 rückgängig gemacht wird oder

b) soweit nach diesen Verkäufen die Produktion in demselben Quotenjahr sich als unzureichend für die Erfüllung der geltenden Exportquote des Mitglieds erweist.

(9) Die Kaufverträge auf Grund dieses Artikels haben eine Lieferung innerhalb einer in dem Vertrag festzusetzenden Frist vorzusehen, spätestens jedoch innerhalb von 2 Monaten nach Ende des Quotenjahres.

(10) a) Der Leiter informiert den Rat ständig über die finanzielle Lage des Ausgleichslagers. Ist er der Ansicht, daß die Mittel zur Bezahlung der Kakaobohnen, die ihm nach seiner Voraussicht während des laufenden Quotenjahres angeboten werden, nicht ausreichen werden, so ersucht er den Exekutivdirektor, eine außerordentliche Tagung des Rates anzuberaumen.

b) Wenn der Rat nicht in der Lage ist, eine andere durchführbare Lösung zu finden, kann er durch besondere Abstimmung Verkäufe nach den Absätzen 2, 3, 4 und 7 so lange aussetzen oder beschränken, bis es ihm möglich ist, die finanzielle Lage zu regeln.

(11) Der Leiter führt die notwendigen Unterlagen, damit er seine Aufgaben auf Grund dieses Abkommens wahrnehmen kann.

Artikel 41

Verkäufe des Ausgleichslagers zur Abwehr von Höchstpreisüberschreitungen

(1) Der Leiter des Ausgleichslagers nimmt Verkäufe aus dem Ausgleichslager nach Artikel 34 Absätze 5 und 6 in Übereinstimmung mit dem vorliegenden Artikel vor:

a) Die Verkäufe erfolgen zu den geltenden Marktpreisen.

b) Sobald die Verkäufe aus dem Ausgleichslager nach Artikel 34 Absatz 5 begonnen haben, bietet der Leiter weiterhin Kakaobohnen zum Verkauf an,

— bis der Bezugspreis auf den Mindestpreis + 14 US-Cent je englisches Pfund sinkt;

— bis alle ihm zur Verfügung stehenden Vorräte erschöpft sind oder

— bis er bis zu 7% der anfänglichen Exportquoten verkauft hat,

je nachdem, welcher Zeitpunkt früher liegt.

c) Liegt der Bezugspreis über dem Höchstpreis, bietet der Leiter weiterhin Kakaobohnen zum Verkauf an, bis der Bezugspreis auf den Höchstpreis sinkt oder bis alle dem Leiter zur Verfügung stehenden Vorräte erschöpft sind, je nachdem, welcher Zeitpunkt früher liegt.

(2) Bei Verkäufen nach Absatz 1 verkauft der Leiter in Übereinstimmung mit den vom Rat genehmigten Regeln über die üblichen Handelswege in den Mitgliedsländern, vor allem jedoch in den Importmitgliedsländern, an Firmen und Organisationen, die sich mit dem Handel oder der Verarbeitung von Kakao befassen, zur späteren Verarbeitung desselben.

(3) Bei Verkäufen nach Absatz 1 gewährt der Leiter, sofern das Preisangebot annehmbar ist, den Käufern in den Mitgliedsländern ein Vorkaufsrecht gegenüber Käufern in Nichtmitgliedsländern.

(4) Das Ausgleichslager wird an solchen Orten untergebracht, die die umgehende Lieferung ab Lager an die in Absatz 2 bezeichneten Käufer erleichtern.

Artikel 42

Rücknahme von Kakaobohnen aus dem Ausgleichslager

(1) Unbeschadet des Artikels 41 kann ein Exportmitglied, das seine Quote während eines Quotenjahres wegen eines Ernteausfalls nicht erfüllen kann, den Rat ersuchen, die Rücknahme aller oder eines Teils seiner durch den Leiter des Ausgleichslagers während des vorhergehenden Quotenjahres gekauften und noch unverkauft im Ausgleichslager befindlichen Kakaobohnen in dem Umfang zu genehmigen, in dem seine

geltende Exportquote die Produktion in dem Quotenjahr überschreitet. Das Exportmitglied zahlt dem Leiter bei Freigabe der Kakaobohnen die für diese Kakaobohnen entstandenen Kosten einschließlich der Abschlagszahlung, der Kosten der Beförderung und Versicherung vom Ort der fob-Lieferung bis zum Lagerungsort des Ausgleichslagers, der Lager- und Umschlagkosten.

(2) Der Rat legt Regeln für die Rücknahme von Kakaobohnen aus dem Ausgleichslager nach Absatz 1 fest.

Artikel 43

Änderungen der Wechselkurse

(1) Der Exekutivdirektor beruft innerhalb von höchstens 4 Arbeitstagen entweder auf eigene Initiative oder auf Ersuchen der Mitglieder nach Artikel 9 Absatz 2 eine außerordentliche Tagung des Rates ein, wenn die Bedingungen auf den Devisenmärkten schwerwiegende Auswirkungen für die Preisbestimmungen dieses Abkommens haben.

(2) Nach Einberufung einer solchen außerordentlichen Tagung können der Exekutivdirektor und der Leiter des Ausgleichslagers, noch bevor die Ergebnisse derselben vorliegen, solche vorläufigen Mindestmaßnahmen ergreifen, die sie für notwendig halten, um eine ernsthafte Störung des wirksamen Funktionierens dieses Abkommens auf Grund der Bedingungen auf den Devisenmärkten zu vermeiden. Insbesondere können sie nach Konsultation mit dem Vorsitzenden des Rates den Betrieb des Ausgleichslagers vorübergehend beschränken oder aussetzen.

(3) Nach Prüfung der Umstände, einschließlich der möglicherweise vom Exekutivdirektor und vom Leiter getroffenen vorläufigen Maßnahmen sowie der möglichen potentiellen Auswirkungen der obengenannten Bedingungen auf den Devisenmärkten auf die wirksame Durchführung dieses Abkommens, kann der Rat durch besondere Abstimmung alle notwendigen Abhilfemaßnahmen treffen.

Artikel 44

Auflösung des Ausgleichslagers

(1) Wenn dieses Abkommen durch ein neues Abkommen ersetzt werden soll, das Bestimmungen über das Ausgleichslager enthält, trifft der Rat alle ihm geeignet erscheinenden Vorkehrungen zum weiteren Betrieb des Ausgleichslagers.

(2) Wenn dieses Abkommen außer Kraft tritt, ohne daß ein neues Abkommen an seine Stelle tritt, das Bestimmungen über das Ausgleichslager enthält, gilt folgendes:

a) Es werden keine weiteren Verträge zum Kauf von Kakaobohnen für das Ausgleichslager abgeschlossen. Der Leiter des Ausgleichslagers verfügt unter Berücksichtigung der bestehenden Marktlage über das Ausgleichslager nach Maßgabe der vom Rat bei Inkrafttreten dieses Abkommens durch besondere Abstimmung festgelegten Regeln, sofern nicht der Rat diese Regeln vor Außerkräfttreten des Abkommens durch besondere Abstimmung ändert. Der Leiter behält das Recht, jederzeit während der Auflösung Kakaobohnen zu verkaufen, um die Kosten der Auflösung zu decken.

b) Die Verkaufserlöse und die auf dem Ausgleichslagerkonto vorhandenen Mittel werden in nachstehender Reihenfolge zur Zahlung der folgenden Kosten verwendet:

- der Kosten der Auflösung,
- aller noch ausstehenden, von oder im Namen der Organisation für das Ausgleichslager aufgenommenen Kredite zuzüglich der Zinsen,
- aller noch ausstehenden Restzahlungen nach Artikel 40.

c) Etwaige nach Zahlung gemäß Buchstabe b noch verbleibende Beträge werden an die beteiligten Exportmitglieder im Verhältnis zu ihren Exporten ausgezahlt, für die Abgaben entrichtet wurden.

Artikel 45

Sicherstellung der Versorgung

(1) Die Exportmitglieder verpflichten sich, im Rahmen dieses Abkommens eine Verkaufs- und Exportpolitik zu verfolgen, die das Kakao-Angebot nicht künstlich beschränkt und die regelmäßige Versorgung der Importeure in den Importmitgliedsländern mit Kakao gewährleistet.

(2) Bieten die Exportmitgliedsländer Kakao zum Verkauf an, während der Preis über dem Höchstpreis liegt, räumen sie den Importeuren in Mitgliedsländern gegenüber Importeuren in Nichtmitgliedsländern Vorrang ein. Liegt der Bezugspreis über dem Höchstpreis, bemühen sich die Exportmitglieder, soweit wie möglich ihre Exporte in Nichtmitgliedsländer zu beschränken.

Artikel 46

Verwendung für nichtherkömmliche Zwecke

(1) Übersteigt die Menge der vom Leiter des Ausgleichslagers nach Artikel 40 gelagerten Kakaobohnen die Höchstkapazität des Ausgleichslagers, gibt der Leiter zu vom Rat festgelegten Bedingungen diesen Überschuß an Kakaobohnen zur Verwendung für nichtherkömmliche Zwecke ab. Diese Bedingungen sollen unter anderem sicherstellen, daß der Kakao nicht wieder auf den üblichen Kakaomarkt gelangt. Jedes Mitglied arbeitet in dieser Hinsicht möglichst weitgehend mit dem Rat zusammen.

(2) Statt Kakaobohnen an den Leiter zu verkaufen, wenn die Höchstkapazität des Ausgleichslagers erreicht ist, kann ein Exportmitglied unter Aufsicht des Rates seinen überschüssigen Kakao im eigenen Land für nichtherkömmliche Zwecke verwenden.

(3) Erhält der Rat Kenntnis von einem mit diesem Abkommen unvereinbaren Fall der Verwendung für nichtherkömmliche Zwecke einschließlich von Fällen, in denen für nichtherkömmliche Zwecke bestimmter Kakao wieder auf den Markt gelangt, beschließt der Rat so bald wie möglich, welche Abhilfemaßnahmen zu treffen sind.

Kapitel VIII

Meldung von Importen und Exporten, Aufzeichnung der Quoteneinhaltung und Kontrollmaßnahmen

Artikel 47

Meldung der Exporte und Aufzeichnung der Quoteneinhaltung

(1) In Übereinstimmung mit vom Rat festzulegenden Regeln führt der Exekutivdirektor ein Verzeichnis der jährlichen Exportquote und ihrer Angleichung für jedes Exportmitglied. Er trägt darin die auf Grund der Quote durchgeführten Exporte dieses Mitglieds ein, so daß die Quotenlage jedes Exportmitglied ständig auf dem laufenden gehalten wird.

(2) Zu diesem Zweck meldet jedes Exportmitglied dem Exekutivdirektor in vom Rat bestimmten Abständen die Gesamtmenge der erfaßten Exporte sowie alle sonstigen vom Rat vorgeschriebenen Angaben. Diese Informationen werden an jedem Monatsende veröffentlicht.

(3) Exporte, die nicht auf die Quote angerechnet werden, werden gesondert ausgewiesen.

Artikel 48

Meldung der Importe und Exporte

(1) In Übereinstimmung mit vom Rat festzulegenden Regeln führt der Exekutivdirektor ein Verzeichnis der Importe der Mitglieder und der Exporte aus Importmitgliedsländern.

(2) Zu diesem Zweck werden dem Exekutivdirektor in vom Rat bestimmten Abständen von jedem Mitglied die Gesamtmenge seiner Importe und von jedem Importmitglied die Gesamtmenge seiner Exporte sowie alle sonstigen vom Rat vorgeschriebenen Angaben gemeldet. Diese Informationen werden an jedem Monatsende veröffentlicht.

(3) Importe, die nach diesem Abkommen nicht auf die Exportquoten angerechnet werden, werden gesondert ausgewiesen.

Artikel 49

Kontrollmaßnahmen

(1) Jedes kakaosexportierende Mitglied hat die Vorlage einer gültigen Abgabebescheinigung oder einer sonstigen vom Rat genehmigten Kontrollunterlage zu verlangen, bevor es den Versand von Kakao aus seinem Zollgebiet gestattet. Jedes kakaointerportierende Mitglied hat die Vorlage einer gültigen Abgabebescheinigung oder einer sonstigen vom Rat genehmigten Kontrollunterlage zu verlangen, bevor es den Import von Kakao in sein Zollgebiet gestattet, gleich ob er aus einem Mitgliedsland oder einem Nichtmitgliedsland erfolgt.

(2) Für Kakao, der nach Artikel 32 Absätze 4 und 5 exportiert wird, wird keine Abgabebescheinigung verlangt. Der Rat veranlaßt die Ausgabe entsprechender Kontrollunterlagen für diese Lieferungen.

(3) Für Lieferungen von Kakao, gleich zu welcher Zeit sie erfolgen, über die für diese Zeit genehmigten Exporte hinaus werden keine Abgabebescheinigungen oder sonstige vom Rat genehmigte Kontrollunterlagen ausgegeben.

(4) Der Rat beschließt durch besondere Abstimmung alle ihm notwendig erscheinende Regeln über Abgabebescheinigungen und sonstige vom Rat genehmigte Kontrollunterlagen.

(5) Für Edelkacao erläßt der Rat alle von ihm für notwendig erachteten Regeln über die Vereinfachung des Verfahrens für vom Rat genehmigte Kontrollunterlagen unter Berücksichtigung aller einschlägigen Faktoren.

Kapitel IX

Produktion und Bestände

Artikel 50

Produktion und Bestände

(1) Die Mitglieder erkennen die Notwendigkeit an, einen angemessenen Ausgleich zwischen Produktion und Verbrauch sicherzustellen und arbeiten zur Erreichung dieses Zieles mit dem Rat zusammen.

(2) Jedes produzierende Mitglied kann einen Plan zur Anpassung seiner Produktion ausarbeiten, damit das in Absatz 1 bezeichnete Ziel erreicht werden kann. Jedes beteiligte produzierende Mitglied ist für die Politik und die Verfahren verantwortlich, die es zur Erreichung dieses Zieles anwendet.

(3) Der Rat überprüft jährlich die Höhe der Bestände in der Welt und gibt auf der Grundlage dieser Überprüfung etwa erforderliche Empfehlungen.

(4) Auf seiner ersten Tagung trifft der Rat Maßnahmen zur Ausarbeitung eines Programms zur Sammlung der Informa-

tionen, die notwendig sind, um auf wissenschaftlicher Grundlage die gegenwärtige und mögliche Produktionskapazität in der Welt sowie den gegenwärtigen und möglichen Verbrauch in der Welt festzustellen. Die Mitglieder erleichtern die Durchführung dieses Programms.

Kapitel X

Ausweitung des Verbrauchs

Artikel 51

Hindernisse bei der Ausweitung des Verbrauchs

(1) Die Mitglieder erkennen an, daß es wichtig ist, den größtmöglichen Ausbau der Kakaowirtschaft zu sichern und somit die Ausweitung des Kakaoverbrauchs im Verhältnis zur Produktion zu erleichtern, um auf lange Sicht ein möglichst stabiles Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage sicherzustellen. In diesem Zusammenhang erkennen sie auch die Bedeutung einer schrittweisen Beseitigung aller Hindernisse an, die einer solchen Ausweitung möglicherweise im Wege stehen.

(2) Der Rat zeigt die besonderen Probleme im Zusammenhang mit den in Absatz 1 bezeichneten Hindernissen bei der Ausweitung des Kakaohandels und -verbrauchs auf und strebt allseitig annehmbare praktische Maßnahmen zur schrittweisen Beseitigung dieser Hindernisse an.

(3) Im Hinblick auf die vorgenannten Ziele und auf Absatz 2 werden die Mitglieder bestrebt sein, Maßnahmen zu treffen, um die Hindernisse bei der Ausweitung des Verbrauchs schrittweise abzubauen und nach Möglichkeit zu beseitigen oder ihre Auswirkung erheblich zu verringern.

(4) Um die in diesem Artikel genannten Ziele zu erreichen, kann der Rat Empfehlungen an die Mitglieder richten; von seiner ersten ordentlichen Tagung im zweiten Quotenjahr an prüft er regelmäßig die erreichten Ergebnisse.

(5) Die Mitglieder unterrichten den Rat über alle zur Durchführung dieses Artikels getroffenen Maßnahmen.

Artikel 52

Werbung zugunsten des Verbrauchs

(1) Der Rat kann einen Ausschuß einsetzen, der die Aufgabe hat, die Ausweitung des Kakaoverbrauchs sowohl in den Export- als auch in den Importländern zu fördern. Der Rat überprüft regelmäßig die Arbeit des Ausschusses.

(2) Die Kosten des Werbeprogramms werden durch Beiträge der Exportmitglieder gedeckt. Die Importmitglieder können gleichfalls finanzielle Beiträge leisten. Die Mitgliedschaft im Ausschuß ist auf Mitglieder beschränkt, die für das Werbeprogramm Beiträge leisten.

(3) Der Ausschuß bemüht sich, die Zustimmung eines Mitglieds zu erwirken, bevor in dessen Hoheitsgebiet eine Werbekampagne durchgeführt wird.

Artikel 53

Kakao-Ersatzstoffe

(1) Die Mitglieder erkennen an, daß die Verwendung von Ersatzstoffen die Ausweitung des Kakaoverbrauchs beeinträchtigen kann. Sie kommen deshalb überein, Vorschriften für Kakao-Erzeugnisse und Schokolade zu erlassen oder bestehende Vorschriften erforderlichenfalls so abzuändern, daß

sie die Verwendung nicht aus Kakao gewonnener Stoffe anstelle von Kakao zur Irreführung der Verbraucher verbieten.

(2) Bei der Ausarbeitung oder Überprüfung von Vorschriften nach den Grundsätzen des Absatzes 1 berücksichtigen die Mitglieder in vollem Umfang die Empfehlungen und Beschlüsse der zuständigen internationalen Einrichtungen wie des Rates und des Kodexausschusses für Kakao-Erzeugnisse und Schokolade.

(3) Der Rat kann einem Mitglied empfehlen, Maßnahmen zu treffen, die er für angebracht hält, um die Beachtung dieses Artikels zu gewährleisten.

(4) Der Exekutivdirektor legt dem Rat über die Beachtung dieses Artikels einen Jahresbericht vor.

Kapitel XI

Verarbeiteter Kakao

Artikel 54

Verarbeiteter Kakao

(1) Es wird anerkannt, daß die Entwicklungsländer ihre Wirtschaft auf eine breitere Grundlage stellen müssen, unter anderem durch Industrialisierung und den Export von Endprodukten, wozu auch die Verarbeitung von Kakao und der Export von Kakao-Erzeugnissen und Schokolade gehören. In diesem Zusammenhang wird auch die Notwendigkeit anerkannt, eine ernstliche Schädigung der Kakaowirtschaft der Exportmitglieder und der Importmitglieder zu vermeiden.

(2) Ist ein Mitglied der Auffassung, daß die Gefahr einer Schädigung seiner Interessen auf einem dieser Gebiete besteht, so kann es mit dem anderen beteiligten Mitglied Konsultationen aufnehmen, um eine für die betroffenen Parteien zufriedenstellende Einigung zu erreichen; gelingt dies nicht, so kann sich das Mitglied an den Rat wenden, der seine guten Dienste in der Sache dazu verwendet, eine derartige Einigung zu erreichen.

Kapitel XII

Beziehungen zwischen Mitgliedern und Nichtmitgliedern

Artikel 55

Beschränkung der Importe aus Nichtmitgliedsländern

(1) Jedes Mitglied beschränkt seine jährlichen Importe von in Nichtmitgliedsländern erzeugtem Kakao mit Ausnahme der Importe von Edelkakao aus den in Anlage C aufgeführten Exportländern nach Maßgabe dieses Artikels.

(2) Jedes Mitglied verpflichtet sich, in jedem Quotenjahr

a) den Import einer in Nichtmitgliedsländern insgesamt erzeugten Menge von Kakao, welche die aus diesen Ländern in den drei Kalenderjahren 1970, 1971 und 1972 insgesamt importierte Durchschnittsmenge überschreitet, nicht zu genehmigen;

b) die unter Buchstabe a bezeichnete Menge um die Hälfte zu kürzen, wenn der Bezugspreis unter den Mindestpreis sinkt und diese Kürzung beizubehalten, bis die Höhe der geltenden Quoten die in Artikel 34 Absatz 2 Buchstabe a vorgesehene Höhe erreicht.

(3) Durch besondere Abstimmung kann der Rat die Beschränkungen nach Absatz 2 ganz oder teilweise aussetzen. Die in Absatz 2 Buchstabe a vorgesehenen Beschränkungen gelten unter keinen Umständen, wenn der Bezugspreis für Kakao über dem Höchstpreis liegt.

(4) Die Beschränkungen nach Absatz 2 Buchstabe a gelten nicht für Kakao, der auf Grund gültiger Verträge gekauft wurde, die geschlossen wurden, als der Bezugspreis über dem Höchstpreis lag, und die Beschränkungen nach Absatz 2 Buchstabe b gelten nicht für Kakao, der auf Grund gültiger Verträge gekauft wurde, die geschlossen wurden, bevor der Bezugspreis unter den Mindestpreis sank. In diesen Fällen werden die Reduzierungen vorbehaltlich des Absatzes 2 Buchstabe b in dem folgenden Quotenjahr angewendet, sofern nicht der Rat beschließt, auf die Reduzierungen zu verzichten oder sie in einem späteren Quotenjahr anzuwenden.

(5) Die Mitglieder unterrichten den Rat regelmäßig über die von ihnen von Nichtmitgliedern importierten oder an Nichtmitglieder exportierten Mengen von Kakao.

(6) Sofern der Rat nicht etwas anderes beschließt, werden alle Importe eines Mitglieds von Nichtmitgliedern, welche die ihm nach diesem Artikel zugewilligte Importmenge überschreiten, von der Menge abgezogen, deren Import diesem Mitglied sonst im nächsten Quotenjahr zugewilligt würde.

(7) Verstößt ein Mitglied mehr als einmal gegen diesen Artikel, kann ihm der Rat durch besondere Abstimmung sowohl sein Stimmrecht im Rat als auch sein Recht, seine Stimmen im Exekutivkomitee abzugeben oder abgeben zu lassen, zeitweilig entziehen.

(8) Die in diesem Artikel vorgesehenen Verpflichtungen lassen damit in Widerspruch stehende zwei- oder mehrseitige Verpflichtungen unberührt, welche die Mitglieder gegenüber Nichtmitgliedern vor Inkrafttreten dieses Abkommens eingegangen sind; jedoch hat ein Mitglied, das solche widersprechenden Verpflichtungen übernommen hat, sie in einer Weise zu erfüllen, daß der Widerspruch zwischen jenen Verpflichtungen und den in diesem Artikel vorgesehenen Verpflichtungen soweit wie möglich gemildert wird; es hat so rasch wie möglich Maßnahmen zu ergreifen, um jene Verpflichtungen mit den Bestimmungen dieses Artikels in Übereinstimmung zu bringen, und es hat dem Rat im einzelnen die Art jener Verpflichtungen und die zur Milderung oder Beseitigung des Widerspruchs getroffenen Maßnahmen darzulegen.

Artikel 56

Handelsgeschäfte mit Nichtmitgliedern

(1) Die Exportmitglieder verpflichten sich, unter Berücksichtigung der üblichen Handelsgepflogenheiten an Nichtmitglieder keinen Kakao zu günstigeren Handelsbedingungen zu verkaufen, als sie gleichzeitig den Importmitgliedern zu gewähren bereit sind.

(2) Die Importmitglieder verpflichten sich, unter Berücksichtigung der üblichen Handelsgepflogenheiten von Nichtmitgliedern keinen Kakao zu günstigeren Handelsbedingungen zu kaufen, als sie gleichzeitig von Exportmitgliedern anzunehmen bereit sind.

(3) Der Rat überprüft regelmäßig die Handhabung der Absätze 1 und 2 und kann die Mitglieder auffordern, in Übereinstimmung mit Artikel 57 zweckdienliche Auskünfte zu erteilen.

(4) Ungeachtet des Artikels 55 Absatz 3 kann ein Mitglied, das Grund zu der Annahme hat, daß ein anderes Mitglied die Verpflichtung des Absatzes 1 oder 2 nicht erfüllt hat, den

Exekutivdirektor davon unterrichten und Konsultationen nach Artikel 61 verlangen oder die Angelegenheit nach Artikel 63 an den Rat verweisen.

Kapitel XIII

Information und Untersuchungen

Artikel 57

Information

(1) Die Organisation fungiert als Zentralstelle für die Sammlung, den Austausch und die Veröffentlichung von

- a) statistischen Angaben über Weltproduktion, Verkäufe, Preise, Exporte und Importe, Verbrauch und Bestände von Kakao und
- b) technischen Angaben über Anbau, Verarbeitung und Verwendung von Kakao, soweit dies für zweckdienlich erachtet wird.

(2) Der Rat kann die Mitglieder auffordern, außer den Angaben, die sie auf Grund anderer Artikel dieses Abkommens einzureichen haben, alle Angaben vorzulegen, die er für seine Tätigkeit als notwendig ansieht einschließlich regelmäßiger Berichte über die Politik in bezug auf Produktion und Verbrauch, Verkäufe, Preise, Exporte und Importe, Bestände und Besteuerung.

(3) Wenn ein Mitglied es unterläßt, die vom Rat zur ordnungsgemäßen Tätigkeit der Organisation angeforderten statistischen und sonstigen Angaben in angemessener Zeit vorzulegen oder trifft es dabei auf Schwierigkeiten, kann der Rat das betreffende Mitglied ersuchen, die Gründe für die Unterlassung anzugeben. Stellt sich heraus, daß in der Angelegenheit technische Hilfe benötigt wird, so kann der Rat die notwendigen Maßnahmen treffen.

(4) Der Rat veröffentlicht in angemessenen Zeitabständen, mindestens jedoch zweimal jährlich, Schätzungen der Produktion von Kakaobohnen und Vermahlungserzeugnissen für das laufende Quotenjahr.

Artikel 58

Untersuchungen

Soweit es der Rat für erforderlich hält, fördert er Untersuchungen über die Ökonomie der Kakao-Erzeugung und -Vermarktung einschließlich der Entwicklungstendenzen und -vorausschätzungen, die Auswirkung staatlicher Maßnahmen in den Export- und Importländern auf die Produktion und den Verbrauch von Kakao, Möglichkeiten der Ausweitung des Kakaoverbrauchs sowohl für herkömmliche Zwecke als auch für etwaige neue Verwendungsarten sowie die Auswirkungen der Durchführung dieses Abkommens auf Kakao-Exporteure und -Importeure einschließlich ihrer Handelsbedingungen.

Er kann Empfehlungen über die Themen dieser Untersuchungen an die Mitglieder richten. Bei der Förderung dieser Untersuchungen und Forschungen kann der Rat mit internationalen Organisationen und Forschungseinrichtungen in den Mitgliedsländern zusammenarbeiten.

Artikel 59

Jährliche Überprüfung

Der Rat überprüft so bald wie möglich nach Ende jedes Quotenjahres die Durchführung dieses Abkommens und die Art und Weise, in der die Mitglieder die Grundsätze des Abkommens beachten und seine Ziele fördern. Der Rat kann daraufhin an die Mitglieder Empfehlungen über Möglichkeiten zur besseren Durchführung dieses Abkommens richten.

Kapitel XIV

Befreiung von Verpflichtungen unter außergewöhnlichen Umständen

Artikel 60

Befreiung von Verpflichtungen unter außergewöhnlichen Umständen

(1) Der Rat kann bei Eintritt von außergewöhnlichen Umständen oder Notfällen, höherer Gewalt oder internationalen Verpflichtungen auf Grund der Charta der Vereinten Nationen für Hoheitsgebiete, die nach dem Treuhandsystem verwaltet werden, ein Mitglied durch besondere Abstimmung von einer Verpflichtung befreien.

(2) Der Rat legt bei einer Befreiung nach Absatz 1 ausdrücklich die Voraussetzungen und Bedingungen fest, unter denen das Mitglied von der Verpflichtung entbunden ist, und bestimmt die Geltungsdauer der Befreiung.

(3) Ungeachtet der Absätze 1 und 2 dieses Artikels gewährt der Rat einem Mitglied keine Befreiung

- a) von der Verpflichtung zur Beitragsleistung nach Artikel 24 oder den Folgen der Nichtzahlung;
- b) von einer Exportquote oder sonstigen Exportbeschränkung, wenn die Quote oder Beschränkung bereits überschritten wurde;
- c) von der Verpflichtung, die Zahlung von Abgaben entsprechend Artikel 39 zu verlangen.

Kapitel XV

Konsultationen, Streitigkeiten und Beschwerden

Artikel 61

Konsultationen

Jedes Mitglied prüft wohlwollend die Vorstellungen eines anderen Mitglieds über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens und bietet ihm angemessene Konsultationsmöglichkeiten. Der Exekutivdirektor legt im Verlauf dieser Konsultationen auf Antrag der einen und mit Zustimmung der anderen Partei ein geeignetes Vergleichsverfahren fest. Die Kosten dieses Verfahrens gehen nicht zu Lasten der Organisation. Führt ein solches Verfahren zu einer Lösung, wird ein Bericht darüber dem Exekutivdirektor vorgelegt. Wird keine Lösung erzielt, kann die Angelegenheit auch auf Antrag einer Partei nach Artikel 62 an den Rat verwiesen werden.

Artikel 62

Streitigkeiten

(1) Jede Streitigkeit über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens, die nicht von den Streitparteien beigelegt werden kann, ist auf Antrag einer Streitpartei dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.

(2) Ist eine Streitigkeit dem Rat nach Absatz 1 vorgelegt worden und ist darüber beraten worden, kann der Rat von einer Mehrheit der Mitglieder oder von Mitgliedern, denen mindestens ein Drittel der Gesamtstimmzahl zusteht, aufgefordert werden, von einer nach Absatz 3 einzusetzenden ad hoc-Beratungsgruppe ein Gutachten über die strittigen Fragen einzuholen, bevor er seine Entscheidung trifft.

- (3) a) Sofern der Rat nicht einstimmig etwas anderes beschließt, setzt sich die ad hoc-Beratungsgruppe zusammen:
 - aus zwei von den Exportmitgliedern benannten Personen, von denen eine umfangreiche Erfah-

rung in Fragen der strittigen Art und die andere Ansehen und Erfahrung als Jurist besitzt;

- aus zwei von den Importmitgliedern benannten ebenso qualifizierten Personen und
- aus einem Vorsitzenden, der übereinstimmend von den nach den vorausgegangenen Unterabschnitten benannten vier Personen oder, falls diese zu keiner Einigung gelangen, vom Vorsitzenden des Rates bestellt wird.

- b) Der ad hoc-Beratungsgruppe können Staatsangehörige von Vertragsparteien angehören.
- c) Die in die ad hoc-Beratungsgruppe berufenen Personen sind in persönlicher Eigenschaft und ohne Weisung irgendeiner Regierung tätig.
- d) Die Kosten für die ad hoc-Beratungsgruppe trägt die Organisation.

(4) Das Gutachten der ad hoc-Beratungsgruppe wird mit einer Begründung dem Rat vorgelegt. Dieser faßt nach Prüfung aller erheblichen Unterlagen einen Beschluß zur Entscheidung der Streitigkeit.

Artikel 63

Beschwerden und Maßnahmen des Rates

(1) Jede Beschwerde darüber, daß ein Mitglied seinen Verpflichtungen entsprechend diesem Abkommen nicht nachgekommen ist, wird auf Antrag des beschwerdeführenden Mitglieds dem Rat vorgelegt; dieser berät und entscheidet darüber.

(2) Für eine Feststellung des Rates, daß ein Mitglied seine Verpflichtungen aus diesem Abkommen verletzt hat, ist die einfache verteilte Stimmenmehrheit erforderlich; die Art der Verletzung ist anzugeben.

(3) Stellt der Rat als Ergebnis einer Beschwerde oder auf andere Weise fest, daß ein Mitglied seine Verpflichtungen aus diesem Abkommen verletzt hat, so kann er unbeschadet aller sonstigen in anderen Artikeln dieses Abkommens einschließlich des Artikels 73 ausdrücklich vorgesehenen Maßnahmen durch besondere Abstimmung

- a) dem Mitglied sein Stimmrecht im Rat und im Exekutivkomitee zeitweilig entziehen und
- b) wenn er dies für erforderlich hält, dem Mitglied weitere Rechte einschließlich des Rechtes, sich um einen Sitz im Rat oder in einem seiner Ausschüsse zu bewerben oder ihn innezuhaben, zeitweilig entziehen, bis das Mitglied seinen Verpflichtungen nachgekommen ist.

(4) Ein Mitglied, dem sein Stimmrecht nach Absatz 3 zeitweilig entzogen wird, hat seinen finanziellen und sonstigen Verpflichtungen aus diesem Abkommen weiterhin nachzukommen.

Kapitel XVI

Angemessene Arbeitsnormen

Artikel 64

Angemessene Arbeitsnormen

Die Mitglieder erklären, daß sie sich zur Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung und zur Sicherung der Vollbeschäftigung bemühen werden, in den verschiedenen Bereichen der Kakao-Produktion in den betreffenden Ländern sowohl für darin beschäftigte Land- als auch Industriearbeiter ihren Entwicklungsstand entsprechende Arbeitsnormen und Arbeitsbedingungen zu gewährleisten.

Kapitel XVII

Schlußbestimmungen

Artikel 65

Unterzeichnung

Dieses Abkommen liegt vom 10. November 1975 bis einschließlich 31. August 1976 am Sitz der Vereinten Nationen für jede Vertragspartei des Internationalen Kakao-Abkommens von 1972 und für jede zur Kakao-Konferenz der Vereinten Nationen von 1975 eingeladene Regierung zur Unterzeichnung aus.

Artikel 66

Ratifizierung, Annahme, Genehmigung

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifizierung, Annahme oder Genehmigung durch die Unterzeichnerregierungen entsprechend ihren verfassungsrechtlichen Verfahren.

(2) Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden bis zum 30. September 1976 beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt; der Rat kann jedoch Unterzeichnerregierungen, die nicht imstande sind, Urkunden bis zu diesem Zeitpunkt zu hinterlegen, Fristverlängerungen gewähren.

(3) Jede Regierung, die eine Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde hinterlegt, hat bei Hinterlegung anzugeben, ob es sich um ein Exportmitglied oder ein Importmitglied handelt.

Artikel 67

Beitritt

(1) Dieses Abkommen steht zum Beitritt durch die Regierungen aller Staaten¹ zu den vom Rat festgelegten Bedingungen offen.

(2) Der Rat des Internationalen Kakao-Abkommens 1972 kann bis zum Inkrafttreten dieses Abkommens die in Absatz 1 bezeichneten Bedingungen vorbehaltlich der Bestätigung durch den Rat dieses Abkommens und die betreffende Regierung festlegen.

(3) Ist die Regierung die Regierung eines in Anlage A oder Anlage C nicht aufgeführten Exportlandes, so bestimmt der Rat nach Artikel 30 nach Bedarf eine Grundquote für das betreffende Land, das damit als in Anlage A aufgeführt gilt.

(4) Der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen.

Artikel 68

Mitteilung der vorläufigen Anwendung

(1) Eine Unterzeichnerregierung, die dieses Abkommen zu ratifizieren, anzunehmen oder zu genehmigen beabsichtigt, oder eine Regierung, für die der Rat die Beitrittsbedingungen festgelegt hat, die jedoch noch nicht imstande war, ihre Urkunde zu hinterlegen, kann dem Generalsekretär der Vereinten Nationen jederzeit mitteilen, daß sie dieses Abkommen von seinem Inkrafttreten nach Artikel 69 an oder, wenn es be-

¹ Auf ihrer 7. Plenartagung am 20. Oktober 1975 nahm die Kakao-Konferenz der Vereinten Nationen 1975 folgende von ihrem Verwaltungs- und Rechtsausschuß empfohlene Übereinkunft an:

Entsprechend seinen Bestimmungen steht dieses Abkommen zum Beitritt durch die Regierungen aller Staaten offen, wobei der Generalsekretär der Vereinten Nationen als Depositär fungiert. Die Konferenz ist sich darüber einig, daß sich der Generalsekretär bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben als Depositär eines Abkommens mit einer „Alle-Staaten-Klausel“ hinsichtlich der Anwendung einer solchen Klausel an die übliche Verfahrensweise der Vollversammlung der Vereinten Nationen halten und wenn immer das ratsam ist, vor Entgegennahme einer Beitrittsurkunde die Meinung der Vollversammlung einholen wird.

reits in Kraft ist, von einem bestimmten Tag an vorläufig anwenden wird.

Jede Regierung, die eine solche Mitteilung macht, hat gleichzeitig anzugeben, ob sie Exportmitglied oder Importmitglied sein wird.

(2) Eine Regierung, die nach Absatz 1 mitgeteilt hat, daß sie dieses Abkommen von seinem Inkrafttreten oder von einem bestimmten Tag an anwenden wird, ist von diesem Zeitpunkt an vorläufiges Mitglied. Sie bleibt vorläufiges Mitglied bis zur Hinterlegung ihrer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde.

Artikel 69

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen tritt endgültig am 1. Oktober 1976 in Kraft, wenn bis dahin Regierungen, die mindestens fünf Exportländer mit mindestens 80 % der Grundquoten nach Anlage A vertreten, sowie Regierungen, die Importländer mit mindestens 70 % der Gesamtimporte nach Anlage D vertreten, ihre Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt haben. Ist dieses Abkommen entsprechend dem vorstehenden Satz nicht endgültig in Kraft getreten, so geschieht das, sobald die erforderlichen Prozentsätze durch die Hinterlegung von Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden erfüllt sind.

(2) Ist dieses Abkommen nach Absatz 1 am 1. Oktober 1976 nicht endgültig in Kraft getreten, so tritt es am 1. Oktober 1976 vorläufig in Kraft, wenn bis dahin Regierungen, die mindestens fünf Exportländer mit mindestens 80 % der Grundquoten nach Anlage F vertreten, sowie Regierungen, die Importländer mit mindestens 70 % der Gesamtimporte nach Anlage D vertreten, ihre Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt oder diesem mitgeteilt haben, daß sie das Abkommen vorläufig anwenden werden, wenn es in Kraft tritt.

(3) Sind die Voraussetzungen für das Inkrafttreten nach Absatz 1 oder 2 am 1. Oktober 1976 nicht erfüllt, so lädt der Generalsekretär der Vereinten Nationen die Regierungen, die eine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde hinterlegt oder mitgeteilt haben, daß sie dieses Abkommen vorläufig anwenden werden, zu dem ihm frühestmöglichen Zeitpunkt nach diesem Termin ein, zusammenzutreten, um zu entscheiden, ob sie das Abkommen im Verhältnis untereinander ganz oder teilweise, vorläufig oder endgültig in Kraft setzen wollen. Wenn auf dieser Sitzung keine Entscheidung erzielt wird, kann der Generalsekretär weitere Sitzungen anberaumen, wenn er dies für zweckmäßig hält. Der Generalsekretär lädt die Regierungen, die eine Notifizierung nach Artikel 65 vorgenommen haben, ein, allen diesen Sitzungen als Beobachter beizuwohnen. Der Beitritt erfolgt nach Artikel 68.

(4) Während der Zeit, in der das Abkommen nach Absätzen 2 oder 3 vorläufig in Kraft ist, sind Regierungen, die eine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde hinterlegt haben, sowie Regierungen, die dem Generalsekretär der Vereinten Nationen mitgeteilt haben, daß sie das Abkommen vorläufig anwenden werden, vorläufige Mitglieder.

(5) Solange das Abkommen vorläufig in Kraft ist, treffen die Teilnehmerregierungen die erforderlichen Maßnahmen, um die Lage zu prüfen und zu entscheiden, ob das Abkommen zwischen ihnen endgültig in Kraft treten, vorläufig in Kraft bleiben oder außer Kraft treten soll.

Artikel 70

Vorbehalte

Vorbehalte zu diesem Abkommen sind nicht zulässig.

Artikel 71

Räumlicher Geltungsbereich

(1) Jede Regierung kann bei der Unterzeichnung oder bei der Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde oder zu einem späteren Zeitpunkt durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete Notifikation erklären, daß sich dieses Abkommen auf Hoheitsgebiete erstreckt, für deren internationale Beziehungen sie derzeit letztlich verantwortlich ist; das Abkommen wird mit dem Zeitpunkt der Notifikation oder dem Zeitpunkt seines Inkrafttretens für die betreffende Regierung, je nachdem welcher Zeitpunkt später liegt, auf die in der Notifikation genannten Hoheitsgebiete erstreckt.

(2) Jede Vertragspartei, die ihre Rechte aus Artikel 3 in bezug auf ein Hoheitsgebiet ausüben will, für dessen internationale Beziehungen sie derzeit letztlich verantwortlich ist, kann dies durch eine entsprechende an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete Notifikation zum Zeitpunkt der Hinterlegung ihrer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde oder zu einem späteren Zeitpunkt tun. Handelt es sich bei dem Hoheitsgebiet, das Einzelmitglied wird, um ein Exportmitglied, das nicht in Anlage A oder Anlage C aufgeführt ist, teilt ihm der Rat nach Bedarf eine Grundquote zu, und es gilt als in Anlage A aufgeführt.

(3) Jede Vertragspartei, die eine Erklärung nach Absatz 1 abgegeben hat, kann jederzeit danach durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete Notifikation erklären, daß sich dieses Abkommen nicht mehr auf das in der Notifikation genannte Hoheitsgebiet erstrecken soll. Das Abkommen gilt vom Zeitpunkt der Notifikation an nicht mehr für das betreffende Hoheitsgebiet.

(4) Erlangt ein Hoheitsgebiet, auf das dieses Abkommen nach Absatz 1 ausgedehnt wurde, später die Unabhängigkeit, kann die Regierung dieses Hoheitsgebietes binnen 90 Tagen nach Erlangung der Unabhängigkeit durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete Notifikation erklären, daß sie die Rechte und Pflichten einer Vertragspartei des Abkommens übernommen hat. Sie wird vom Tag der Notifikation an Vertragspartei des Abkommens. Handelt es sich bei dieser Vertragspartei um ein Exportmitglied, das nicht in Anlage A oder Anlage C aufgeführt ist, teilt ihm der Rat nach Bedarf eine Grundquote zu, und sie gilt als in Anlage A aufgeführt.

(5) Die Regierung eines neuen Staates, die eine Notifikation nach Absatz 4 vorzunehmen beabsichtigt, jedoch noch nicht imstande war, das erforderliche Verfahren abzuschließen, kann dem Generalsekretär der Vereinten Nationen mitteilen, daß sie dieses Abkommen vorläufig anwenden wird. Eine solche Regierung ist vorläufiges Mitglied, bis sie ihre Notifikation nach dem vorstehenden Absatz vornimmt oder bis die darin bezeichnete Frist von 90 Tagen verstrichen ist, je nachdem, welcher Zeitpunkt früher liegt.

Artikel 72

Freiwilliger Austritt

Jederzeit nach Inkrafttreten dieses Abkommens kann jedes Mitglied durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete schriftliche Austrittsanzeige von diesem

Abkommen zurücktreten. Der Austritt wird neunzig Tage nach Eingang der Anzeige beim Generalsekretär der Vereinten Nationen wirksam.

Artikel 73

Ausschluß

Wenn der Rat nach Artikel 63 Absatz 3 feststellt, daß ein Mitglied seine Verpflichtungen aus diesem Abkommen verletzt hat und er ferner befindet, daß diese Verletzung die Durchführung des Abkommens erheblich beeinträchtigt, kann er dieses Mitglied durch besondere Abstimmung aus der Organisation ausschließen.

Der Rat notifiziert diesen Ausschluß umgehend dem Generalsekretär der Vereinten Nationen. Das Mitglied verliert seine Mitgliedschaft in der Organisation und, wenn es Vertragspartei des Abkommens ist, diese Eigenschaft neunzig Tage nach dem Beschluß des Rates.

Artikel 74

Kontenabrechnung mit austretenden oder ausgeschlossenen Mitgliedern

(1) Der Rat regelt die Kontenabrechnung mit einem austretenden oder ausgeschlossenen Mitglied. Die Organisation behält die von einem austretenden oder ausgeschlossenen Mitglied bereits eingezahlten Beiträge ein, und das Mitglied bleibt zur Zahlung der bei Wirksamwerden des Austritts oder des Ausschlusses fälligen Beträge an die Organisation verpflichtet; der Rat kann jedoch in Fällen, in denen eine Vertragspartei eine Änderung nicht annehmen kann und deshalb nach Artikel 76 Absatz 2 nicht länger an dem Abkommen teilnimmt, eine von ihm als angemessen erachtete Kontenabrechnung festlegen.

(2) Ein Mitglied, das ausgetreten oder ausgeschlossen oder sonst an diesem Abkommen nicht mehr beteiligt ist, hat keinen Anspruch auf Beteiligung am Liquidationserlös oder an anderen Vermögenswerten der Organisation; es hat auch bei Außerkräfttreten des Abkommens etwaige Fehlbeträge der Organisation nicht mitzutragen.

Artikel 75

Geltungsdauer und Außerkräftsetzung

(1) Dieses Abkommen bleibt bis zum Ende des dritten vollen Quotenjahres nach seinem Inkrafttreten in Kraft, sofern es nicht nach Absatz 2, 4 oder 5 verlängert oder nach Absatz 6 früher außer Kraft gesetzt wird.

(2) Vor Ablauf des in Artikel 1 bezeichneten dritten Quotenjahres kann der Rat durch besondere Abstimmung beschließen, daß dieses Abkommen neu ausgehandelt oder für weitere zwei Quotenjahre verlängert wird.

(3) Ist dieses Abkommen nach Absatz 2 für weitere zwei Quotenjahre verlängert worden, kann der Rat vor Ablauf des fünften Quotenjahres durch besondere Abstimmung beschließen, daß dieses Abkommen neu ausgehandelt wird.

(4) Wenn die Verhandlungen über ein neues Abkommen zur Ablösung des vorliegenden Abkommens vor Ablauf des in Absatz 1 bezeichneten dritten Quotenjahres noch nicht abgeschlossen sind, kann der Rat dieses Abkommen durch besondere Abstimmung um einen weiteren Zeitraum von höchstens zwei Quotenjahren verlängern. Der Rat notifiziert

dem Generalsekretär der Vereinten Nationen jede derartige Verlängerung.

(5) Wenn vor Ablauf des in Absatz 1 bezeichneten Quotenjahres ein neues Abkommen zur Ablösung des vorliegenden Abkommens ausgehandelt worden und von einer genügenden Zahl von Regierungen unterzeichnet worden ist, um es nach der Ratifizierung, Annahme oder Genehmigung in Kraft treten zu lassen, jedoch noch nicht vorläufig oder endgültig in Kraft getreten ist, so wird das vorliegende Abkommen bis zum vorläufigen oder endgültigen Inkrafttreten des neuen Abkommens verlängert, jedoch um höchstens zwei Quotenjahre. Der Rat notifiziert dem Generalsekretär der Vereinten Nationen jede derartige Verlängerung.

(6) Der Rat kann jederzeit durch besondere Abstimmung die Außerkräftsetzung dieses Abkommens beschließen. Eine solche Außerkräftsetzung wird zu einem vom Rat zu beschließenden Zeitpunkt wirksam; die Verpflichtungen der Mitglieder nach Artikel 39 bleiben jedoch bestehen, bis die finanziellen Verbindlichkeiten in bezug auf das Ausgleichslager erfüllt worden sind oder bis zum Ende des dritten Quotenjahres nach Inkrafttreten des Abkommens, je nachdem, welcher Zeitpunkt früher liegt. Der Rat notifiziert dem Generalsekretär der Vereinten Nationen jeden derartigen Beschluß.

(7) Ungeachtet der Außerkräftsetzung dieses Abkommens bleibt der Rat so lange weiterbestehen, wie es zur Auflösung der Organisation, zur Abrechnung der Konten und zur Veräußerung ihrer Vermögenswerte notwendig ist. Er hat während dieser Zeit die für diesen Zweck notwendigen Befugnisse und Aufgaben.

Artikel 76

Änderungen

(1) Der Rat kann durch besondere Abstimmung den Vertragsparteien eine Änderung dieses Abkommens empfehlen. Er kann einen Zeitpunkt festsetzen, nach dem jede Vertragspartei dem Generalsekretär der Vereinten Nationen ihre Annahme der Änderung zu notifizieren hat. Die Änderung wird einhundert Tage nach dem Zeitpunkt, an dem die Notifikationen der Annahme von Vertragsparteien, die mindestens 75 % der Exportmitglieder mit mindestens 85 % der den Exportmitgliedern zustehenden Stimmen vertreten und von Vertragsparteien, die mindestens 75 % der Importmitglieder mit mindestens 85 % der den Importmitgliedern zustehenden Stimmen vertreten, beim Generalsekretär der Vereinten Nationen eingegangen sind oder zu einem vom Rat durch besondere Abstimmung zu beschließenden späteren Zeitpunkt wirksam. Der Rat kann eine Frist festlegen, innerhalb derer jede Vertragspartei dem Generalsekretär der Vereinten Nationen die Annahme der Änderung zu notifizieren hat. Ist die Änderung bis zum Ablauf dieser Frist nicht wirksam geworden, gilt sie als zurückgenommen. Der Rat macht dem Generalsekretär die notwendigen Mitteilungen zu der Feststellung, ob die eingegangenen Annahmefifikationen ausreichen, um die Änderung wirksam zu machen.

(2) Ein Mitglied, für das bis zu diesem Zeitpunkt, an dem eine Änderung wirksam wird, die Annahme nicht notifiziert worden ist, scheidet von diesem Zeitpunkt an von der Teilnahme an diesem Abkommen aus, sofern es nicht dem Rat auf seiner ersten Sitzung nach Wirksamwerden der Änderung überzeugend darlegt, daß es die Annahme wegen Schwierigkeiten bei der Durchführung seiner verfassungsrechtlichen Verfahren nicht rechtzeitig herbeiführen konnte, und der Rat beschließt, die für die Annahme festgesetzte Frist für dieses Mitglied bis zur Überwindung dieser Schwierigkeiten zu verlängern. Ein solches Mitglied wird durch die Änderung nicht gebunden, bis es deren Annahme notifiziert hat.

Artikel 77

Ergänzungs- und Übergangsbestimmungen

(1) Dieses Abkommen gilt als Fortsetzung des Internationalen Kakao-Abkommens 1972.

(2) Um die ununterbrochene Fortsetzung des Internationalen Kakao-Abkommens 1972 zu erleichtern,

- a) bleiben alle Akte durch oder im Namen der Organisation oder eines ihrer Organe gemäß dem Internationalen Kakao-Abkommen 1972, die am 30. September 1976 wirksam sind und deren Bestimmungen nicht ein Unwirksamwerden an diesem Tage vorsehen, wirksam, sofern sie nicht durch dieses Abkommen verändert werden;
- b) werden alle Beschlüsse, die vom Rat des Internationalen Kakao-Abkommens während des Quotenjahres 1975/1976 zur Anwendung im Quotenjahr 1976/1977 zu fassen sind, auf der letzten ordentlichen Tagung dieses Rates im Quotenjahr 1975/1976 gefaßt und vorübergehend angewandt, als ob dieses Abkommen bereits in Kraft getreten sei; verlangt ein Mitglied jedoch die Überprüfung eines solchen Beschlusses, muß dieser in Übereinstimmung mit diesem Abkommen durch besondere Abstimmung oder mit einfacher verteilter Stimmenmehrheit binnen 90 Tagen nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens bestätigt werden.

Artikel 78

Verbindliche Texte des Abkommens

Der englische, französische, russische und spanische Text dieses Abkommens ist gleichermaßen verbindlich. Die Urschriften werden im Archiv der Vereinten Nationen hinterlegt.

Zu Urkund dessen haben die von ihren Regierungen hierzu gehörig ermächtigten Unterzeichneten dieses Abkommen an den neben ihrer Unterschrift vermerkten Tagen unterschrieben.

Anlagen

Anlage A

Länder, die den Grundquoten nach Artikel 30 Absatz 1 unterliegen

Brasilien
Dominikanische Republik
Äquatorial-Guinea
Ghana
Elfenbeinküste
Mexiko
Nigeria
Togo
Vereinigte Republik Kamerun

Anlage B

Länder, die weniger als 10 000 t Rohkakao erzeugen

Länder	Produktion in 1 000 t	
	1972/73	1973/74
Malaysia	7,0	10,0
Sierra Leone	6,6	7,7
Zaire	5,0	5,0
Gabun	5,0	5,0
Philippinen	3,5	4,0
Haiti	3,5	3,5
Liberia	3,0	3,1
Kongo	2,1	2,1
Kuba	2,0	2,0
Peru	2,0	2,0
Bolivien	1,4	1,4
Neue Hebriden	0,8	0,7
Angola	0,6	0,7
Guatemala	0,6	0,7
Nicaragua	0,6	0,6
Vereinigte Republik Tansania	0,6	0,6
Uganda	0,5	0,5
Honduras	0,3	0,3
	45,1	49,9

Quelle: Kakao-Statistiken, Vierteljährliches Bulletin (Band I, Nr. 4)

Anlage C

Erzeuger von Edelkakao

(1) Exportländer, die ausschließlich Edelkakao erzeugen:

Dominica	Sri Lanka
Ecuador	Santa Lucia
Grenada	Sankt Vincent
Indonesien	Surinam
Jamaica	Trinidad und Tobago
Madagaskar	Tobago
Panama	Venezuela
	Westsamoa

(2) Exportländer, die Edelkakao erzeugen, jedoch nicht ausschließlich:

	Produktion in 1 000 t	
	1972/73	1973/74
Costa Rica (25 %)	5,0	6,0
Sao Tomé und Príncipe (50 %)	11,3	10,4
Papua-Neuguinea (75 %)	23,1	30,0
	39,4	46,4

Quelle: Kakao-Statistiken, Vierteljährliches Bulletin (Band I, Nr. 4)

Anlage D

Für die Zwecke des Artikels 10^{a)}
berechnete Kakao-Importe

– in 1 000 t –

Land	1972	1973	1974	Mittel	%
Vereinigte Staaten von Amerika Bundesrepublik Deutschland	399,8	357,3	315,7	357,6	22,89
Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland	179,5	188,4	186,6	184,8	11,83
Niederlande	161,5	145,4	158,0	155,0	9,92
Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken	151,9	144,9	144,7	147,2	9,42
Frankreich	143,7	130,1	162,8	145,5	9,31
Japan	77,6	78,4	81,9	79,3	5,08
Italien	55,4	59,7	38,3	51,1	3,27
Belgien/ Luxemburg	44,3	47,0	45,0	45,4	2,91
Spanien	36,8	36,4	37,3	36,8	2,36
Kanada	38,7	35,8	34,9	36,5	2,34
Polen	39,1	34,9	30,0	34,7	2,22
Schweiz	32,1	30,6	31,9	31,5	2,02
Australien	28,8	31,7	27,9	29,4	1,88
Deutsche Demokratische Republik	24,7	19,8	28,0	24,2	1,55
Tschechoslowakei	24,4	21,1	22,2	22,6	1,45
Österreich	20,8	19,3	21,2	20,4	1,31
Irland	17,1	16,7	15,0	16,3	1,04
Jugoslawien	14,3	16,3	16,0	15,5	0,99
Ungarn	14,5	12,1	19,1	15,2	0,97
Schweden	14,2	12,1	14,6	13,6	0,87
Argentinien	13,8	11,5	11,9	12,4	0,79
Bulgarien	11,2	11,1	13,3	11,9	0,76
Südafrika	11,8	8,4	8,5	9,6	0,61
Rumänien	9,7	8,2	8,5	8,8	0,56
Norwegen	7,8	7,5	8,4	7,9	0,51
Dänemark	9,4	7,6	6,8	7,9	0,51
Kolumbien	8,7	7,3	6,1	7,4	0,47
Neuseeland	7,7	6,0	6,2	6,6	0,42
Finnland	6,2	4,8	7,4	6,1	0,39
Portugal	6,0	5,8	6,5	6,1	0,39
Philippinen	3,7	3,7	2,9	3,4	0,22
Chile	4,9	2,8	2,6	3,4	0,22
Peru	2,9	2,7	2,3	2,6	0,17
Algerien	3,6	2,4	1,3	2,4	0,15
Indien	1,1	1,1	1,1	1,1	0,07
Tunesien	0,7	0,7	0,8	0,7	0,05
Uruguay	0,8	0,4	0,7	0,6	0,04
Honduras	0,6	0,5	0,5	0,5	0,03
Honduras	0,1	0,1	0,1	0,1	0,01
Gesamt:	1 629,9	1 530,6	1 526,8	1 562,1	100,00

Anlage E

Exportländer,
auf die Artikel 36 Absatz 2 Anwendung findet

Brasilien
Dominikanische Republik
Mexiko

Anlage F

Für die Zwecke des Artikels 69 Absatz 1 und 2
berechnete Grundquoten^{a)}

Exportländer	Produktion (in 1 000 t)	Grundquoten (in %)
Ghana	409,8	32,5
Nigeria	247,7	19,6
Elfenbeinküste	196,3	15,5
Brasilien	189,7	15,0
Vereinigte Republik Kamerun	112,0	8,9
Dominikanische Republik	37,1	2,9
Mexiko	27,3	2,2
Togo	23,1	1,8
Äquatorial-Guinea	19,6	1,6
	1 262,6	100,0

Quelle: Quartalsbulletin der Kakaostatistik, Band I, Nr. 4 (mit Ausnahme der Angaben für 1973/74 für die Dominikanische Republik. Sie wurden von der Delegation dieses Landes 1975 der Kakao-Konferenz der Vereinten Nationen vorgelegt.)

a) Berechnet auf der Grundlage des Produktionsdurchschnitts der Jahre 1969/70 bis 1973/74.

Quelle: Kakao-Statistiken, Vierteljährliches Bulletin (Band I, Nr. 4)
a) Dreijähriges Mittel (1972–1974) der Netto-Importe von Kakao-Bohnen zuzüglich der Brutto-Importe von Kakao-Erzeugnissen, umgerechnet in Bohnen nach den Umrechnungsfaktoren gemäß Artikel 32 Absatz 2.

INTERNATIONAL COCOA AGREEMENT, 1975

CHAPTER I – OBJECTIVES

Article 1

Objectives

The objectives of this Agreement take into account the recommendations as contained in the Final Act of the first session of the United Nations Conference on Trade and Development and are:

(a) To alleviate serious economic difficulties which would persist if adjustment between the production and consumption of cocoa cannot be effected by normal market forces alone as rapidly as circumstances require;

(b) To prevent excessive fluctuations in the price of cocoa which affect adversely the long-term interests of both producers and consumers;

(c) To make arrangements which will help stabilize and increase the earnings from the exports of cocoa of producing member countries thereby helping to provide the necessary incentive for a dynamic and rising rate of production and provide such countries with resources for accelerated economic growth and social development, while at the same time taking into account the interests of consumers in importing member countries, in particular the need to increase consumption;

(d) To assure adequate supplies at reasonable prices, equitable to producers and consumers; and

(e) To facilitate expansion of consumption and, if necessary, and in so far as possible, an adjustment of production, so as to secure an equilibrium in the long term between supply and demand.

CHAPTER II – DEFINITIONS

Article 2

Definitions

For the purposes of this Agreement:

(a) **Cocoa** means cocoa beans and cocoa products;

(b) **Cocoa products** means products made exclusively from cocoa beans, such as cocoa paste, cocoa butter, unsweetened cocoa powder, cocoa cake and cocoa nibs as well as such other products containing cocoa as the Council may determine if necessary;

(c) **Fine or flavour cocoa** means cocoa produced in the countries listed in Annex C to the extent specified therein;

(d) **Tonne** means the metric ton of 1,000 kilogrammes or 2204.6 pounds; and **pound** means 453.597 grammes;

(e) **Crop year** means the period of twelve months from 1 October to 30 September inclusive;

(f) **Quota year** means the period of twelve months from 1 October to 30 September inclusive;

(g) **Basic quota** means the quota determined in accordance with Article 30;

(h) **Annual export quota** means the quota of each exporting member as determined under Article 31;

(i) **Export quota in effect** means the quota of each exporting member, at any given time, as determined under Article 31, or as adjusted under Article 34, or as reduced under paragraphs 4, 5 and 6 of Article 35, or as may be affected under the provisions of Article 36;

(j) **Export of cocoa** means any cocoa which leaves the customs territory of any country; and **import of cocoa** means

any cocoa which enters the customs territory of any country; provided that, for the purposes of these definitions customs territory shall, in the case of a member which comprises more than one customs territory, be deemed to refer to the combined customs territories of that member;

(k) **Organization** means the International Cocoa Organization referred to in Article 5;

(l) **Council** means the International Cocoa Council referred to in Article 6;

(m) **Member** means a Contracting Party to this Agreement, including a Contracting Party as referred to in paragraph 2 of Article 3, or a territory or a group of territories in respect of which a notification has been made in accordance with paragraph 2 of Article 71, or an intergovernmental organization as provided for in Article 4;

(n) **Exporting country or exporting member** means a country or a member respectively whose exports of cocoa expressed in terms of beans exceed its imports;

(o) **Importing country or importing member** means a country or a member respectively whose imports of cocoa expressed in terms of beans exceed its exports;

(p) **Producing country or producing member** means a country or member respectively which grows cocoa in commercially significant quantities;

(q) **Simple distributed majority vote** means a majority of the votes cast by exporting members and a majority of the votes cast by importing members, counted separately;

(r) **Special vote** means two-thirds of the votes cast by exporting members and two-thirds of the votes cast by importing members, counted separately, on condition that the number of votes thus expressed represents at least half the present and voting members;

(s) **Entry into force** means, except when qualified the date on which this Agreement first enters into force, whether provisionally or definitively.

CHAPTER III – MEMBERSHIP

Article 3

Membership in the Organization

1. Each Contracting Party shall constitute a single member of the Organization, except as otherwise provided in paragraph 2.

2. If any Contracting Party, including the territories for whose international relations it is for the time being ultimately responsible and to which this Agreement is extended in accordance with paragraph 1 of Article 71, consists of one or more units that would individually constitute an exporting member and of one or more units that would individually constitute an importing member, there may be either a joint membership for the Contracting Party together with these territories or, where the Contracting Party has made a notification to that effect under paragraph 2 of Article 71, separate membership, singly, all together or in groups, for the territories that would individually constitute an exporting member, and separate membership, singly, all together or in groups, for the territories that would individually constitute an importing member.

3. A member may change its category of membership on such conditions as the Council may establish.

Article 4

Membership by Intergovernmental Organizations

1. Any reference in this Agreement to a "Government" shall be construed as including a reference to any intergovernmental organization having responsibilities in respect of the negotiation, conclusion and application of international agreements, in particular commodity agreements. Accordingly, any reference in this Agreement to signature or to deposit of instruments of ratification, acceptance or approval or to notification of provisional application or to accession by a Government shall, in the case of such intergovernmental organizations, be construed as including a reference to signature, or to deposit of instruments of ratification, acceptance or approval, or to notification of provisional application, or to accession, by such intergovernmental organizations.

2. Such intergovernmental organizations shall not themselves have any votes, but in the case of a vote on matters within their competence, they shall be entitled to cast the votes of their member States and shall cast them collectively. In such cases, the member States of such intergovernmental organizations shall not be entitled to exercise their individual voting rights.

3. The provisions of paragraph 1 of Article 15 shall not apply to such intergovernmental organizations; but they may participate in the discussions of the Executive Committee on matters within their competence. In the case of a vote on matters within their competence, the votes that their member States are entitled to cast in the Executive Committee shall be cast collectively by any one of those member States.

CHAPTER IV — ORGANIZATION AND ADMINISTRATION

Article 5

Establishment, Headquarters and Structure of the International Cocoa Organization

1. The International Cocoa Organization established by the International Cocoa Agreement, 1972 shall continue in being to administer the provisions and supervise the operation of this Agreement.

2. The Organization shall function through:

- (a) the International Cocoa Council and the Executive Committee;
- (b) the Executive Director and the staff.

3. The headquarters of the Organization shall be in London unless the Council by special vote decides otherwise.

Article 6

Composition of the International Cocoa Council

1. The highest authority of the Organization shall be the International Cocoa Council, which shall consist of all the members of the Organization.

2. Each member shall be represented on the Council by a representative and, if it so desires, by one or more alternates. Each member may also appoint one or more advisers to its representative or alternates.

Article 7

Powers and Functions of the Council

1. The Council shall exercise all such powers and perform or arrange for the performance of all such functions as are necessary to carry out the express provisions of this Agreement.

2. The Council shall adopt by special vote such rules and regulations as are necessary to carry out the provisions of this Agreement and are consistent therewith, including its rules of procedure and those of its committees, the financial and staff regulations of the Organization and rules for the

administration and operation of the buffer stock. The Council may, in its rules of procedure, provide for a procedure whereby it may, without meeting, decide specific questions.

3. The Council shall keep such records as are required to perform its functions under this Agreement, and such other records as it considers appropriate.

4. The Council shall publish an annual report. This report shall cover the annual review for which provision is made in Article 59. The Council shall also publish such other information as it considers appropriate.

Article 8

Chairman and Vice-Chairman of the Council

1. The Council shall elect a Chairman and a first and a second Vice-Chairman for each quota year, who shall not be paid by the Organization.

2. Both the Chairman and the first Vice-Chairman shall be elected from among the representatives of the exporting members or from among the representatives of the importing members and the second Vice-Chairman from among the representatives of the other category. These offices shall alternate each quota year between the two categories of members.

3. In the temporary absence of both the Chairman and the two Vice-Chairman or the permanent absence of one or more of them, the Council may elect new officers from among the representatives of the exporting members or from among the representatives of the importing members, as appropriate, on a temporary or permanent basis as may be required.

4. Neither the Chairman nor any other officer presiding at meetings of the Council shall vote. His alternate may exercise the voting rights of the member which he represents.

Article 9

Sessions of the Council

1. As a general rule, the Council shall hold one regular session in each half of the quota year.

2. The Council, in addition to meeting in the other circumstances specifically provided for in this Agreement, shall also meet in special session whenever it so decides or at the request of:

- (a) any five members; or
- (b) a member or members having at least 200 votes; or
- (c) the Executive Committee.

3. Notice of sessions shall be given at least 30 days in advance, except in case of emergency or where the provisions of this Agreement require otherwise.

4. Sessions shall be held at the headquarters of the Organization unless by special vote the Council decides otherwise. If on the invitation of any member the Council meets elsewhere than at the headquarters of the Organization, that member shall pay the additional costs involved.

Article 10

Votes

1. The exporting members shall together hold 1,000 votes and the importing members shall together hold 1,000 votes, distributed within each category of members—that is, exporting and importing members, respectively—in accordance with the following paragraphs of this Article.

2. The votes of exporting members shall be distributed as follows: 100 shall be divided equally among all exporting members to the nearest whole vote for each member; the remaining votes shall be distributed in proportion to their basic quotas.

3. The votes of importing members shall be distributed as follows: 100 shall be divided equally among all importing

members to the nearest whole vote for each member; the remaining votes shall be distributed in proportion to their imports as set out in Annex D.

4. No member shall have more than 300 votes. Any votes above this figure arising from the calculations in paragraphs 2 and 3 shall be redistributed among the other members on the basis of paragraphs 2 and 3 respectively.

5. When the membership in the Organization changes or when the voting rights of a member are suspended or restored under any provision of this Agreement, the Council shall provide for the redistribution of votes in accordance with this Article.

6. There shall be no fractional votes.

Article 11

Voting Procedure of the Council

1. Each member shall be entitled to cast the number of votes it holds and no member shall be entitled to divide its votes. A member may, however, cast differently from such votes any votes which it is authorized to cast under paragraph 2.

2. By written notification to the Chairman of the Council, any exporting member may authorize any other exporting member, and any importing member may authorize any other importing member, to represent its interests and to cast its votes at any meeting of the Council. In this case the limitation provided for in paragraph 4 of Article 10 shall not apply.

3. Exporting members producing exclusively fine or flavour cocoa shall not take part in voting on matters relating to the establishment and adjustment of quotas and the administration and operation of the buffer stock.

Article 12

Decisions of the Council

1. All decisions of the Council shall be taken, and all recommendations shall be made, by a simple distributed majority vote unless this Agreement provides for a special vote.

2. In arriving at the number of votes necessary for any of the decisions or recommendations of the Council, votes of members abstaining shall not be reckoned.

3. The following procedure shall apply with respect to any action by the Council which under this Agreement requires a special vote:

(a) If the required majority is not obtained because of the negative vote of three or less exporting or three or less importing members, the proposal shall, if the Council so decides by a simple distributed majority vote, be put to a vote again within 48 hours.

(b) If the required majority is again not obtained because of the negative vote of two or less exporting or two or less importing members, the proposal shall, if the Council so decides by a simple distributed majority vote, be put to a vote again within 24 hours.

(c) If the required majority is not obtained in the third vote because of the negative vote cast by one exporting or one importing member, the proposal shall be considered adopted.

(d) If the Council fails to put a proposal to a further vote, it shall be considered rejected.

4. Members undertake to accept as binding all decisions of the Council under the provisions of this Agreement.

Article 13

Co-operation with other Organizations

1. The Council shall make whatever arrangements are appropriate for consultation or co-operation with the United Nations and its organs, in particular the United Nations Con-

ference on Trade and Development, and with the Food and Agriculture Organization and such other specialized agencies of the United Nations and intergovernmental organizations as may be appropriate.

2. The Council, bearing in mind the particular role of the United Nations Conference on Trade and Development in international commodity trade, shall, as appropriate, keep that organization informed of its activities and programmes of work.

3. The Council may also make whatever arrangements are appropriate for maintaining effective contact with international organizations of cocoa producers, traders and manufacturers.

Article 14

Admission of Observers

1. The Council may invite any non-member that is a member of the United Nations, its specialized agencies or the International Atomic Energy Agency to attend any of its meetings as an observer.

2. The Council may also invite any of the organizations referred to in Article 13 to attend any of its meetings as an observer.

Article 15

Composition of the Executive Committee

1. The Executive Committee shall consist of eight exporting members and eight importing members, provided that if either the number of exporting members or the number of importing members in the Organization is ten or less the Council may, while maintaining parity between the two categories of members, decide by special vote the total number on the Executive Committee. Members of the Executive Committee shall be elected for each quota year in accordance with Article 16 and may be re-elected.

2. Each elected member shall be represented on the Executive Committee by a representative and, if it so desires, by one or more alternates. Each such member may also appoint one or more advisers to its representative or alternates.

3. The Chairman and Vice-Chairman of the Executive Committee, elected for each quota year by the Council, shall both be chosen from among the delegations of the exporting members or from among the delegations of the importing members. These offices shall alternate each quota year between the two categories of members. In the temporary or permanent absence of the Chairman and the Vice-Chairman, the Executive Committee may elect new officers from among the representatives of the exporting members or from among the representatives of the importing members, as appropriate, on a temporary or permanent basis as may be required. Neither the Chairman nor any other officer presiding at meetings of the Executive Committee may vote. His alternate may exercise the voting rights of the member which he represents.

4. The Executive Committee shall meet at the headquarters of the Organization unless by special vote it decides otherwise. If on the invitation of any member the Executive Committee meets elsewhere than at the headquarters of the Organization, that member shall pay the additional costs involved.

Article 16

Election of the Executive Committee

1. The exporting and importing members of the Executive Committee shall be elected in the Council by the exporting and importing members of the Organization respectively. The election within each category shall be held in accordance with the following paragraphs of this Article.

2. Each member shall cast all the votes to which it is entitled under Article 10 for a single candidate. A member may cast for another candidate any votes which it is authorized to cast under paragraph 2 of Article 11.

3. The candidates receiving the largest number of votes shall be elected.

Article 17

Competence of the Executive Committee

1. The Executive Committee shall be responsible to, and work under the general direction of, the Council.

2. The Executive Committee shall keep the market under continuous review and recommend to the Council such measures as it may consider advisable.

3. Without prejudice to the right of the Council to exercise any of its powers, the Council may, by a simple distributed majority vote or a special vote depending on whether a decision by the Council on the subject requires a simple distributed majority vote or a special vote, delegate to the Executive Committee the exercise of any of its powers, except the following:

- (a) redistribution of votes under Article 10;
- (b) approval of the administrative budget and assessment of contributions under Article 23;
- (c) revision of the minimum and maximum prices under paragraph 2 or 3 of Article 29;
- (d) revision of Annex C under paragraph 3 of Article 33;
- (e) determination of annual export quotas under Article 31 and quarterly quotas under paragraph 8 of Article 35;
- (f) restriction or suspension of purchases by the buffer stock under paragraph 10 (b) of Article 40;
- (g) action relating to diversion of cocoa to non-traditional uses under Article 46;
- (h) relief from obligations under Article 60;
- (i) decision of disputes under Article 62;
- (j) suspension of rights under paragraph 3 of Article 63;
- (k) establishment of conditions for accession under Article 67;
- (l) exclusion of a member under Article 73;
- (m) extension or termination of this Agreement under Article 75;
- (n) recommendation of amendments to members under Article 76.

4. The Council may at any time, by a simple distributed majority vote, revoke any delegation of powers to the Executive Committee.

Article 18

Voting Procedure and Decisions of the Executive Committee

1. Each member of the Executive Committee shall be entitled to cast the number of votes received by it under the provisions of Article 16, and no member of the Executive Committee shall be entitled to divide its votes.

2. Without prejudice to the provisions of paragraph 1 and by written notification to the Chairman, any exporting or importing member which is not a member of the Executive Committee and which has not cast its votes under paragraph 2 of Article 16 for any of the members elected may authorize any exporting or importing member of the Executive Committee, as appropriate, to represent its interests and to cast its votes in the Executive Committee.

3. In the course of any quota year a member may, after consultation with the member of the Executive Committee for which it voted under Article 16, withdraw its votes from that member. The votes thus withdrawn may be reassigned to another member of the Executive Committee but may not be withdrawn from that member for the remainder of that quota year. The member of the Executive Committee from which the votes have been withdrawn shall nevertheless retain its seat on the Executive Committee for the remainder of that quota year. Any action taken pursuant to the provisions of this paragraph shall become effective after the Chairman has been informed in writing thereof.

4. Any decision taken by the Executive Committee shall require the same majority as that decision would require if taken by the Council.

5. Any member shall have the right of appeal to the Council, under such conditions as the Council shall prescribe in its rules of procedure, against any decision of the Executive Committee.

Article 19

Quorum for the Council and the Executive Committee

1. The quorum for the opening meeting of any session of the Council shall be constituted by the presence of a majority of exporting members and a majority of importing members, provided that such members together hold in each category at least two-thirds of the total votes of the members in that category.

2. If there is no quorum in accordance with paragraph 1 on the day appointed for the opening meeting of any session and on the following day, the quorum on the third day and throughout the remainder of the session shall be constituted by the presence of a majority of exporting members and a majority of importing members, provided that such members together hold in each category a simple majority of the total votes of the members in that category.

3. The quorum for meetings subsequent to the opening meeting of any session pursuant to paragraph 1 shall be that prescribed in paragraph 2.

4. Representation in accordance with paragraph 2 of Article 11 shall be considered as presence.

5. The quorum for any meeting of the Executive Committee shall be prescribed by the Council in the rules of procedure of the Executive Committee.

Article 20

The Staff of the Organization

1. The Council, after consulting the Executive Committee, shall appoint the Executive Director by special vote. The terms of appointment of the Executive Director shall be fixed by the Council in the light of those applying to corresponding officials of similar intergovernmental organizations.

2. The Executive Director shall be the chief administrative officer of the Organization and shall be responsible to the Council for the administration and operation of this Agreement in accordance with the decisions of the Council.

3. The Council, after consulting the Executive Committee, shall appoint the Buffer Stock Manager by special vote. The terms of appointment of the Manager shall be fixed by the Council.

4. The Manager shall be responsible to the Council for the functions conferred upon him by this Agreement as well as for such additional functions as the Council may determine. The responsibility for these functions shall be exercised in consultation with the Executive Director.

5. Without prejudice to the provisions of paragraph 4, the staff of the Organization shall be responsible to the Executive Director, who in turn shall be responsible to the Council.

6. The Executive Director shall appoint the staff in accordance with regulations established by the Council. In drawing up such regulations the Council shall have regard to those applying to officials of similar intergovernmental organizations. Staff appointments shall be made in so far as is practicable from nationals of exporting and importing members.

7. Neither the Executive Director nor the Manager, nor any other member of the staff, shall have any financial interest in the cocoa industry, the cocoa trade, cocoa transportation or cocoa publicity.

8. In the performance of their duties, the Executive Director, the Manager and the other members of the staff shall not

seek or receive instructions from any member or from any other authority external to the Organization. They shall refrain from any action which might reflect on their position as international officials responsible only to the Organization. Each member undertakes to respect the exclusively international character of the responsibilities of the Executive Director, the Manager and the staff and not to seek to influence them in the discharge of their responsibilities.

CHAPTER V — PRIVILEGES AND IMMUNITIES

Article 21

Privileges and Immunities

1. The Organization shall have legal personality. It shall in particular have the capacity to contract, to acquire and dispose of movable and immovable property and to institute legal proceedings.

2. The status, privileges and immunities of the Organization, of its Executive Director, its staff and experts and of representatives of members whilst in the territory of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland (hereinafter referred to as the host Government) for the purpose of exercising their functions, shall continue to be governed by the Headquarters Agreement concluded between the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the International Cocoa Organization in London on 26 March 1975.

3. The Headquarters Agreement referred to in paragraph 2 shall be independent of this Agreement. It shall, however, terminate:

- (a) by agreement between the host Government and the Organization, or
- (b) in the event of the headquarters of the Organization being moved from the territory of the host Government, or
- (c) in the event of the Organization ceasing to exist.

4. The Organization may conclude with one or more other members agreements to be approved by the Council relating to such privileges and immunities as may be necessary for the proper functioning of this Agreement.

CHAPTER VI — FINANCE

Article 22

Finance

1. There shall be kept two accounts—the Administrative Account and the Buffer Stock Account—for the administration and operation of this Agreement.

2. The expenses necessary for the administration and operation of this Agreement, excluding those attributable to the operation and maintenance of the buffer stock instituted under Article 37, shall be brought into the Administrative Account and shall be met by annual contribution from members assessed in accordance with Article 23. If, however, a member requests special services, the Council may require that member to pay for them.

3. Any expenditure which is attributable to the operation and maintenance of the buffer stock under paragraph 8 of Article 37 shall be brought into the Buffer Stock Account. The liability of the Buffer Stock Account for any expenditure other than that specified in paragraph 8 of Article 37 shall be decided by the Council.

4. The financial year of the Organization shall be the same as the quota year.

5. The expenses of delegations to the Council, to the Executive Committee and to any of the committees of the Coun-

cil or of the Executive Committee shall be met by the members concerned.

Article 23

Approval of the Administrative Budget and Assessment of Contributions

1. During the second half of each financial year, the Council shall approve the administrative budget of the Organization for the following financial year, and shall assess the contribution of each member to that budget.

2. The contribution of each member to the administrative budget for each financial year shall be in the proportion which the number of its votes at the time the administrative budget for that financial year is approved bears to the total votes of all the members. In assessing contributions, the votes of each member shall be calculated without regard to the suspension of any member's voting rights or any redistribution of votes resulting therefrom.

3. The initial contribution of any member joining the Organization after the entry into force of this Agreement shall be assessed by the Council on the basis of the number of votes to be held by it and the period remaining in the current financial year, but the assessment made upon other members for the current financial year shall not be altered.

Article 24

Payment of Contributions to the Administrative Budget

1. Contributions to the administrative budget for each financial year shall be payable in freely convertible currencies, shall be exempt from foreign exchange restrictions and shall become due on the first day of that financial year.

2. If at the end of five months after the beginning of the financial year a member has not paid its full contribution to the administrative budget, the Executive Director shall request the member to make payment as quickly as possible. If at the expiration of two months after the request of the Executive Director the member has still not paid its contribution, the voting rights of that member in the Council and the Executive Committee shall be suspended until such time as it has made full payment of the contribution.

3. A member whose voting rights have been suspended under paragraph 2 shall not be deprived of any of its other rights or relieved of any of its obligations under this Agreement unless the Council so decides by special vote. It shall remain liable to pay its contribution and to meet any other financial obligations under this Agreement.

Article 25

Audit and Publications of Accounts

1. As soon as possible, but not later than six months after the close of each financial year, the statement of the Organization's accounts for that financial year and the balance-sheet at the close of that financial year under each of the accounts referred to in paragraph 1 of Article 22 shall be audited. The audit shall be carried out by an independent auditor of recognized standing in co-operation with two qualified auditors from member Governments, one from exporting members and one from importing members, to be elected by the Council for each financial year. The auditors from member Governments shall not be paid by the Organization.

2. The terms of appointment of the independent auditor of recognized standing, as well as the intentions and objectives of the audit, shall be laid down in the financial regulations of the Organization. The audited statement of the Organization's accounts and the audited balance-sheet shall be presented to the Council at its next regular session for approval.

3. A summary of the audited accounts and balance sheet shall be published.

CHAPTER VII — PRICE, QUOTAS, BUFFER STOCK AND
DIVERSION TO NON-TRADITIONAL USES

Article 26

Operation of this Agreement

1. In furthering the objectives of this Agreement, members shall adopt measures for maintaining the price of cocoa beans between agreed prices, and for that purpose and under the control of the Council an export quota system shall be established, a buffer stock arrangement shall be instituted and arrangements shall be made for the diversion to non-traditional uses, under strict regulation, of cocoa surplus to quotas and of cocoa beans surplus to the buffer stock.

2. Members shall conduct their trade policies so that the objectives of this Agreement may be attained.

Article 27

Consultation and Co-operation with the Cocoa Industry

1. The Council shall encourage members to seek the views of experts in cocoa matters.

2. In fulfilling their obligations under this Agreement, members shall conduct their activities in a manner consonant with the established channels of trade and shall take due account of the legitimate interests of the cocoa industry.

3. Members shall not interfere with the arbitration of commercial disputes between cocoa buyers and sellers if contracts cannot be fulfilled because of regulations established in order to implement this Agreement, nor place impediments in the way of the conclusion of arbitration proceedings. The requirement that members comply with the provisions of this Agreement shall not be accepted as grounds for non-fulfilment of contract or as a defense in such cases.

Article 28

Daily Price and Indicator Price

1. For the purposes of this Agreement, the price of cocoa beans shall be determined by reference to a daily price and an indicator price.

2. The daily price shall, subject to paragraph 4, be the average taken daily of the quotations for cocoa beans of the nearest three active future trading months on the New York Cocoa Exchange at noon and on the London Cocoa Terminal Market at closing time. The London prices shall be converted to United States cents per pound by using the current six months forward rate of exchange published in London at closing time. The Council shall decide the method of calculation to be used when the quotations on only one of these two cocoa markets are available or when the London Exchange Market is closed. The time for shift to the next three month's period is the fifteenth of the month immediately preceding the nearest active maturing month.

3. The indicator price shall be the average of the daily prices over a period of 15 consecutive market days or, for the purposes of paragraph 2 (c) of Article 34, over a period of 22 consecutive market days. Any reference in this Agreement to the indicator price being at, below or above any figure means that the average of the daily prices over the required period of consecutive market days has been at, below or above that figure. The Council shall adopt rules to implement the provisions of this paragraph.

4. The Council may, by special vote, decide on any other methods of determining the daily price and the indicator price if it considers such methods to be more satisfactory than those set out in paragraphs 2 and 3.

Article 29

Prices

1. For the purpose of this Agreement, a minimum price of cocoa beans shall be established at 39 United States cents per pound and a maximum price at 55 United States cents per pound.

2. Before the end of the first quota year, and again, if it is decided to extend this Agreement for a further period of two years under Article 75, before the end of the third quota year, the Council shall review the minimum price and the maximum price and may, by special vote, revise them.

3. In exceptional circumstances resulting from upheavals in the international economic or monetary situation, the Council shall review the minimum price and maximum price and may, by special vote, revise them.

4. In conducting the review of prices referred to in paragraphs 2 and 3 the Council shall take into consideration the trend of cocoa prices, consumption, production, stocks, the influence on cocoa prices of changes in the world economic situation or monetary system and any other factors which might affect the achievement of the objectives set out in this Agreement. The Executive Director shall supply data necessary for the appropriate consideration of the foregoing elements.

5. The provisions of Article 76 shall not be applicable to the revision of prices under this Article.

Article 30

Basic Quotas

1. For each quota year, the basic quota allocated to each exporting member listed in Annex A shall be the percentage which the average of its annual production in the preceding five crop years for which final figures are available in the Organization represents in the total of the averages for all the exporting members listed in Annex A.

2. There shall be no basic quotas for the exporting members listed in Annex B producing less than 10,000 tonnes of bulk cocoa.

3. The Council shall revise the lists in Annexes A and B if the development of production of an exporting member so requires.

Article 31

Annual Export Quotas

1. At least 40 days before the beginning of each quota year, the Council shall adopt an estimate of the world net import demand for cocoa. In so doing the Council shall take into account all relevant factors affecting the demand for and the supply of cocoa, which shall include, *inter alia*, the past trends of grindings, prospective stock variations and current and anticipated price trends. In the light of this estimate, and taking account of the expected volume of exports not subject to quotas, and imports from non-members, the Council shall forthwith determine annual export quotas by special vote at a level such as would be required to maintain the prices within the range specified in Article 29.

2. If, at least 35 days before the beginning of the quota year, the Council is unable to reach agreement on annual export quotas, the Executive Director shall submit to the Council his own proposal on the total of annual export quotas. The Council shall immediately proceed to a decision by special vote on the proposal. The Council shall, in any event, determine the annual export quotas at least 30 days before the beginning of the quota year.

3. The estimate adopted under paragraph 1, together with the annual export quotas determined on that basis, shall be reviewed and, if necessary, revised by the Council by special

vote at its regular session in the first half of the quota year concerned, in the light of such updated statistical information as it may have collected under Article 57.

4. The annual export quota for each exporting member shall be proportionate to the basic quota determined in accordance with Article 30.

5. On the presentation of such evidence as it considers satisfactory, the Council shall authorize an exporting member producing less than 10,000 tonnes in any quota year to export during that year a quantity not greater than its effective production available for exports.

Article 32

Scope of Exports Quotas

1. Annual export quotas cover:

(a) exports of cocoa from exporting members; and

(b) cocoa from the current crop year registered for export within the limit of the export quota in effect at the end of the quota year but shipped after the quota year, provided that such exports shall be made not later than the end of the first quarter of the succeeding quota year and shall be subject to conditions to be established by the Council.

2. For the purpose of determining the beans equivalent of the exports of cocoa products from exporting members and exporting non-members, the following shall be the conversion factors: cocoa butter 1.33; cocoa cake and powder 1.18; cocoa paste and nibs 1.25. The Council may determine if necessary that other products containing cocoa are cocoa products. The conversion factors for cocoa products other than those for which conversion factors are set out in this paragraph shall be fixed by the Council.

3. The Council shall, on the basis of any document referred to in Article 49, keep the exports of cocoa products by exporting members and imports of cocoa products from exporting non-members under continuous observation. If the Council finds that, during the quota year, the difference between exports of cocoa cake and/or cocoa powder by an exporting country and its exports of cocoa butter has considerably increased at the expense of cocoa cake and/or cocoa powder because, for example, of increased extraction-method processing, the conversion factors to be used for the purpose of determining the beans equivalent of its exports of cocoa products during that quota year, and/or, if the Council so decides, in a subsequent quota year, will be as follows: cocoa butter 2.15; cocoa paste and nibs 1.25; cocoa cake and powder 0.30; with consequential adjustment in the contribution remaining to be collected in accordance with Article 39. However, this provision shall not apply if the decrease in exports of products other than cocoa butter is due to increased domestic human consumption or to other reasons—to be provided by the exporting country—considered as satisfactory and acceptable to the Council.

4. Deliveries to the Buffer Stock Manager by exporting members under paragraph 2 of Article 40 and under paragraph 1 of Article 46, as well as diversion of cocoa under paragraph 2 of Article 46, shall not be counted against the export quotas of those members.

5. If the Council is satisfied that cocoa has been exported by exporting members for humanitarian or other non-commercial purposes, such cocoa shall not be counted against the export quotas of those members.

Article 33

Fine or Flavour Cocoa

1. Notwithstanding Articles 31 and 39, the provisions of this Agreement concerning export quotas and contributions for financing the buffer stock shall not apply to fine or flavour cocoa from any exporting member listed in paragraph 1 of

Annex C whose production is exclusively of fine or flavour cocoa.

2. Paragraph 1 shall also apply in the case of any exporting member listed in paragraph 2 of Annex C, part of whose production consists of fine or flavour cocoa, to the extent of the proportion of their production stated in paragraph 2 of Annex C. With regard to the remaining proportion, the provisions of this Agreement concerning export quotas and contributions for financing the buffer stock and other limitations of this Agreement shall apply.

3. The Council may, by special vote, revise Annex C.

4. If the Council finds that the production of, or export from, countries listed in Annex C has risen sharply, it shall take appropriate steps to ensure that no abuse or evasion of this Agreement is taking place.

5. Each exporting member listed in Annex C undertakes to require the presentation of an authorized Council control document before permitting the export of fine or flavour cocoa from its territory. Each importing member undertakes to require the presentation of an authorized Council control document before permitting the import of fine or flavour cocoa into its territory.

Article 34

Operation and Adjustment of Annual Export Quotas

1. The Council shall keep the market situation under review and shall meet whenever circumstances so require.

2. The following quotas shall have effect unless the Council decides by special vote to increase or reduce them:

(a) when the indicator price is above the minimum price + 6 United States cents per pound, and at or below the minimum price + 8 United States cents per pound, the export quotas in effect shall be 100 per cent of the initial annual export quotas;

(b) when the indicator price is above the minimum price + 3 United States cents per pound and at or below the minimum price + 6 United States cents per pound, the exports quotas in effect shall be 97 per cent of the initial annual export quotas;

(c) when the indicator price is above the minimum price + 8 United States cents per pound the export quotas in effect shall be suspended.

3. When the indicator price is above the minimum price and at or below the minimum price + 3 United States cents per pound, the Manager shall purchase cocoa beans up to 4 per cent of the initial annual export quotas under the terms provided for by paragraphs 3 and 6 of Article 40.

4. When the indicator price is below the minimum price, the Manager shall purchase cocoa beans under the terms provided for by paragraphs 4 and 6 of Article 40.

5. When the indicator price is above the minimum price + 14 United States cents per pound and at or below the maximum price, sales from the buffer stock shall take place up to 7 per cent of the initial annual export quotas under the terms provided for by paragraph 1 of Article 41.

6. When the indicator price is above the maximum price, sales from the buffer stock shall take place under the terms provided for by paragraph 1 of Article 41.

Article 35

Compliance with Export Quotas

1. Members shall adopt the measures required to ensure full compliance with the obligations undertaken by them in this Agreement in respect of export quotas. The Council may call upon members to adopt additional measures, if necessary, for the effective implementation of the export quota system, including the making of regulations by exporting

members providing for the registration of all their cocoa to be exported within the limit of the export quota in effect.

2. Exporting members undertake to regulate their sales in such a manner as to make for orderly marketing and to be in a position to comply at all times with their export quotas in effect. In any case, no exporting member shall export more than 85 per cent and 90 per cent of its annual export quota determined under Article 31 during the first two and the first three quarters respectively.

3. Each exporting member undertakes that the volume of its exports of cocoa shall not exceed its export quota in effect.

4. If an exporting member exceeds its export quota in effect by less than one per cent of its annual export quota, this shall not be considered a breach of paragraph 3. However, any such excess shall be deducted from the export quota in effect of the member concerned in the following quota year.

5. If an exporting member exceeds for the first time its exports quota in effect beyond the margin of tolerance referred to in paragraph 4, that member shall sell to the buffer stock, unless the Council decides otherwise, an amount equal to the excess within three months of this excess being discovered by the Council. This amount shall be automatically deducted from its export quota in effect for the quota year immediately following the one in which the breach took place. Sales to the buffer stock under this paragraph shall be made in accordance with paragraphs 6 and 7 of Article 40.

6. If an exporting member exceeds for a second or subsequent time its export quota in effect beyond the margin of tolerance referred to in paragraph 4, that member shall sell to the buffer stock, unless the Council decides otherwise, an amount equal to twice the excess within three months of this excess being discovered by the Council. This amount shall be automatically deducted from its export quota in effect for the quota year immediately following the one in which the breach took place. Sales to the buffer stock under this paragraph shall be made in accordance with paragraphs 6 and 7 of Article 40.

7. Any action taken under paragraphs 5 and 6 shall be without prejudice to the provisions of Chapter XV.

8. When the Council determines annual export quotas under Article 31, it may decide by special vote to establish quarterly export quotas. It shall at the same time establish the rules for operating and removing such quarterly export quotas. In establishing such rules the Council shall take into account the production pattern of each exporting member.

9. In the event that an introduction or a reduction of export quotas cannot be fully respected during the current quota year because of the existence of bona fide contracts entered into when export quotas were suspended or within export quotas in effect at the time the contracts were made, the adjustment shall be made in the export quotas in effect for the succeeding quota year. The Council may require evidence of such contracts.

10. Members undertake to transmit immediately to the Council any information which they may obtain in relation to any breach of this Agreement or of any rules or regulations established by the Council.

Article 36

Redistribution of Shortfalls

1. Each exporting member shall, as soon as possible and in any case before the end of May in each quota year, notify the Council of the extent to which and the reasons why it expects either that it will not use all its quota in effect or that it will have a surplus over that quota. In the light of such notifications and explanations the Executive Director shall, unless the Council decides otherwise by special vote taking into account market conditions, redistribute shortfalls among exporting members in accordance with rules which the Council

shall establish covering the conditions, timing and mode of such redistribution. Such rules shall include provisions regulating the manner in which reductions made under paragraphs 5 and 6 of Article 35 shall be dealt with.

2. For exporting members not in a position to notify the Council of their expected shortfalls or surpluses before the end of May because of the timing of the harvest of their main crop, the time-limit for notification of shortfalls or surpluses shall be extended up to the middle of July. The exporting countries which qualify for this extension of time are listed in Annex E.

Article 37

Institution and Financing of the Buffer Stock

1. A buffer stock arrangement is hereby instituted.

2. The buffer stock shall purchase and hold only cocoa beans and its maximum capacity shall be 250,000 tonnes.

3. The Buffer Stock Manager shall, in accordance with rules adopted by the Council, be responsible for the operation of the buffer stock and for buying cocoa beans, selling and maintaining in good condition stocks of cocoa beans and, without incurring market risks, replacing lots of cocoa beans in accordance with the relevant provisions of this Agreement. The Council shall examine the feasibility and desirability of the conversion into cocoa products of cocoa beans purchased by the buffer stock and, in the light of this examination, the Council may make recommendations to be taken into account at the re-negotiation of this Agreement under Article 75.

4. In order to finance its operations, the buffer stock shall, from the start of the first quota year after the entry into force of this Agreement, receive regular income in the form of contributions charged on cocoa in accordance with the provisions of Article 39. If, however, the Council has other sources of finance it may decide another date on which to implement the contribution.

5. Should the income of the buffer stock through contributions at any time seem likely to be insufficient to finance its operations, the Council may by special vote borrow funds in freely convertible currency from appropriate sources, including the Governments of member countries. Any such loans shall be repaid out of the proceeds of contributions, of the sale of cocoa beans by the buffer stock and of miscellaneous income of the buffer stock, if any. Individual members of the Organization shall not be responsible for the repayment of such loans.

6. The cost of operating and maintaining the buffer stock including

(a) the remuneration of the Manager and the members of the staff who operate and maintain the buffer stock, the cost to the Organization of administering and controlling the collection of contributions and interest or capital charges due on sums borrowed by the Council, and

(b) other costs such as the cost of transportation and insurance from the f.o.b. point into the buffer stock storage point, storage including fumigation, handling charges, insurance, management and inspection and any expenditure incurred in replacing lots of cocoa beans to maintain their condition and value,

shall be met out of the regular source of income from contributions or loans under paragraph 5 or the proceeds of resale under paragraph 6 of Article 40.

Article 38

Investment of Surplus Buffer Stock Funds

1. Part of the funds of the buffer stock as are temporarily surplus to that required to finance its operations may be suitably deposited in importing and exporting member countries in accordance with rules to be established by the Council.

2. These rules shall, among other things, take into account the liquidity necessary for the full operation of the buffer

stock and the desirability of maintaining the real value of the funds.

Article 39

Contributions for Financing the Buffer Stock

1. The contribution charged on cocoa either on first export by a member or on first import by a member shall be one United States cent per pound of cocoa beans and proportionately on cocoa products in accordance with paragraphs 2 and 3 of Article 32. In any case the contribution shall only be charged once. For this purpose, imports of cocoa by a member from a non-member country shall be deemed to have originated from that non-member unless satisfactory evidence is given that such cocoa originated from a member. The Council shall review annually the buffer stock contribution and, notwithstanding the provisions of the first sentence of this paragraph may, by special vote, determine a lower rate of contribution or decide to suspend the contribution in the light of the financial resources and obligations of the Organization in relation to the buffer stock.

2. Certificates of contribution shall be issued by the Council in accordance with the rules which it shall establish. Such rules shall take into account the interests of the cocoa trade and shall cover, *inter alia*, the possible use of agents, the issuance of documents against contributions, and the payment of contributions within a given time limit.

3. Contributions under this Article shall be payable in freely convertible currencies and shall be exempt from foreign exchange restrictions.

4. Nothing contained in this Article shall affect the right of any buyer or seller to regulate the terms of payment for supplies of cocoa by agreement between them.

Article 40

Purchases by the Buffer Stock

1. For the purposes of this Article, the maximum capacity of the buffer stock shall be divided into individual entitlements for each exporting member in the same proportion as its basic quota determined in accordance with Article 30.

2. If annual export quotas are reduced under Article 34, each exporting member shall forthwith offer to sell to the Buffer Stock Manager, and the Manager shall, within 10 days of the quota reduction, enter into a contract to buy from each exporting member, an amount of cocoa beans equal to the reduction in its quota.

3. When the manager makes purchases under paragraph 3 of Article 34, he shall continue to purchase cocoa beans up to 4 per cent of the initial annual export quotas, or until the indicator price rises above the minimum price + 3 United States cents per pound, whichever is earlier.

4. When the Manager makes purchases under paragraph 4 of Article 34, he shall continue to purchase cocoa beans until the indicator price rises above the minimum price or the maximum capacity of the buffer stock is reached, whichever is earlier.

5. The Manager shall purchase only cocoa beans of recognized standard marketable grades and in quantities of not less than 100 tonnes. Such beans shall be the property of the Organization and under its control.

6. In purchasing cocoa beans under the provisions of paragraphs 3 and 4 of Article 34 and paragraph 2 of this Article, the Manager shall make

(a) payment at current market prices in accordance with rules to be determined by the Council; or,

(b) at the request of the exporting member concerned,

(i) an initial payment of 25 United States cents per pound f.o.b. on delivery of the cocoa beans; provided that at any time after the end of the first quota year the Council, on the recommendation of the Manager, may decide, by special vote, in the light of

the current and prospective financial position of the buffer stock, to increase the initial payment;

(ii) a complementary payment on the sale of the cocoa beans by the buffer stock representing the proceeds of the sale less the payment made under (i) and the cost of transportation and insurance from the f.o.b. point into the buffer stock storage point, storage and handling charges, and costs, if any, of replacing lots of cocoa beans as necessary to maintain the condition and value of such lots.

7. Where a member has already sold to the Manager a quantity of cocoa beans equal to its individual entitlement as defined in paragraph 1, the Manager shall for subsequent purchases pay at the time of delivery only such a price as would be realized by the disposal of the cocoa beans for non-traditional uses. If cocoa beans bought under the provisions of this paragraph are subsequently resold under the provisions of Article 41, the Manager shall make a complementary payment to the exporting member concerned representing the proceeds of the re-sale less the payment already made under this paragraph and the cost of transportation and insurance from the f.o.b. point into the buffer stock storage point, storage and handling charges, and costs, if any, of replacing lots of cocoa beans as necessary to maintain the condition and value of such lots.

8. Where cocoa beans are sold to the Manager under paragraph 2, the contract shall contain a clause allowing the exporting member to cancel all or part of the contract before the cocoa beans are delivered:

(a) if subsequently in the same quota year the reduction in quota which gave rise to the sale is restored under the provisions of Article 34; or

(b) to the extent that, after making such sales, production in the same quota year proves to be insufficient to satisfy the member's export quota in effect.

9. Purchase contracts under this article shall provide for delivery within a period to be stipulated in the contract but at the latest within two months after the end of the quota year.

10. (a) The Manager shall keep the Council informed of the financial position of the buffer stock. If he considers that funds will not be sufficient to pay for the cocoa beans which he believes will be offered to him during the current quota year, he shall request the Executive Director to convene a special session of the Council.

(b) If the Council is unable to find any other practicable solution, it may by special vote suspend or restrict purchases under paragraphs 2, 3, 4 and 7, until such time as it is able to resolve the financial situation.

11. The Manager shall maintain appropriate records to enable him to fulfil his functions under this Agreement.

Article 41

Buffer Stock Sales in Defence of the Maximum Price

1. The Buffer Stock Manager shall make sales from the buffer stock pursuant to paragraphs 5 and 6 of Article 34 in accordance with the provisions of this Article:

(a) Sales shall be at current market prices.

(b) When sales from the buffer stock commence pursuant to paragraph 5 of Article 34, the Manager shall continue to offer to sell until

(i) the indicator price falls to the minimum price + 14 United States cents per pound; or

(ii) he has exhausted all the supplies at his disposal; or

(iii) he has sold up to 7 per cent of the initial export quotas; whichever is earliest.

(c) When the indicator price is above the maximum price, the Manager shall continue to offer to sell until the indicator

price falls to the maximum price or until he has exhausted all the supplies at his disposal, whichever is earlier.

2. In making sales in accordance with paragraph 1, the Manager shall, in accordance with rules approved by the Council, sell through normal channels to firms and organizations in member countries, but mainly in importing member countries, engaged in the trade in or processing of cocoa for the purpose of future processing.

3. In making sales in accordance with paragraph 1, the Manager shall, subject to the acceptability of the price bid, give first refusal to purchasers in member countries before accepting bids from purchasers in non-member countries.

4. The Buffer Stock shall be stored in such locations as will facilitate immediate ex-store delivery to buyers referred to in paragraph 2.

Article 42

Withdrawal of Cocoa Beans from the Buffer Stock

1. Notwithstanding the provisions of Article 41, an exporting member which is unable to fulfil its quota during a quota year owing to a shortfall in its crop may apply to the Council for approval to withdraw all or part of its cocoa beans purchased by the Buffer Stock Manager during the preceding quota year and still held in stock unsold, to the extent of the amount by which its export quota in effect exceeds production for the quota year. The exporting member concerned shall pay to the Manager, on release of the cocoa beans, the costs incurred in respect of the cocoa beans covering the initial payment, the cost of transportation and insurance from the f. o. b. point into the buffer stock storage point, and storage and handling charges.

2. The Council shall establish the rules for the withdrawal of cocoa beans from the buffer stock under paragraph 1.

Article 43

Changes in the Exchange Rates of Currencies

1. A special session of the Council shall be called by the Executive Director either on his own initiative or at the request of members in accordance with paragraph 2 of Article 9, if conditions on the foreign exchange markets are such as to have important implications for the price provisions of this Agreement. Special sessions of the Council under this paragraph shall be convened within not more than four working days.

2. After calling such special session and pending its outcome, the Executive Director and the Buffer Stock Manager may take such minimum interim measures as they consider necessary to avoid serious disruption of the effective functioning of this Agreement on account of conditions on the foreign exchange markets. In particular they may, after consultation with the Chairman of the Council, temporarily restrict or suspend operations of the buffer stock.

3. After consideration of the circumstances, including a review of the interim measures that may have been taken by the Executive Director and the Manager and the potential effect that conditions on the foreign exchange markets mentioned above may have on the effective operation of this Agreement, the Council may, by special vote, take any necessary corrective measures.

Article 44

Liquidation of the Buffer Stock

1. If this Agreement is to be replaced by a new agreement which includes provisions relating to the buffer stock, the Council shall make such arrangements as it considers appropriate regarding the continued functioning of the buffer stock.

2. If this Agreement terminates without being replaced by a new agreement which includes provisions relating to the buffer stock, the following provisions shall apply:

(a) No further contracts shall be made for the purchase of cocoa beans for the buffer stock. The Buffer Stock Manager shall, in the light of current market conditions, dispose of the buffer stock in accordance with the rules laid down by the Council by special vote on the entry into force of this Agreement, unless, prior to the termination of this Agreement, the Council revises these rules by special vote. The Manager shall retain the right to sell cocoa beans at any time during liquidation to meet the costs thereof.

(b) The proceeds of sales and monies standing to the account of the buffer stock shall be used to pay, in the following order:

- (i) the costs of liquidation;
- (ii) any outstanding balance of, plus interest on, any loan incurred by or on behalf of the Organization in respect of the buffer stock;
- (iii) any outstanding complementary payments under Article 40.

(c) Any monies remaining after payments have been made under (b) shall be paid to the exporting members concerned in proportion to the contribution-paid exports of each such exporting member.

Article 45

Assurance of Supplies

1. Exporting members undertake to pursue sales and export policies in accordance with the provisions of this Agreement which will not artificially restrict offer for sale of available cocoa and which will ensure the regular supply of cocoa to importers in importing member countries.

2. In offering cocoa for sale when the price is above the maximum price, exporting members shall give preference to importers in importing member countries as against importers in non-member countries. When the indicator price is above the maximum price, exporting members shall, where possible, endeavour to place a limitation on their exports to non-member countries.

Article 46

Diversion to Non-Traditional Uses

1. If the quantity of cocoa beans held in store by the Buffer Stock Manager under Article 40 exceeds the maximum capacity of the buffer stock, the Manager shall, under terms and conditions laid down by the Council, dispose of such excess cocoa beans for diversion to non-traditional uses. Such terms and conditions shall, inter alia, be designed to ensure that the cocoa does not re-enter the normal cocoa market. Each member shall co-operate with the Council in this respect to the fullest extent possible.

2. Instead of selling cocoa beans to the Manager when the maximum capacity of the buffer stock has been reached, an exporting member may, under the control of the Council, divert internally its surplus cocoa to non-traditional uses.

3. Whenever any case of diversion inconsistent with this Agreement is brought to the attention of the Council, including any case of re-entry into the market of cocoa diverted to non-traditional uses, the Council shall decide at the earliest opportunity what measures should be taken to remedy the situation.

CHAPTER VIII — REPORTING OF IMPORTS AND EXPORTS, RECORDS OF QUOTA PERFORMANCE AND CONTROL MEASURES

Article 47

Reporting of Exports and Record of Quota Performance

1. In accordance with rules to be established by the Council, the Executive Director shall maintain a record of the annual export quota and its adjustments in the case of each exporting member. Against the quota shall be recorded the

exports for quota purposes which are made by that member so that the quota position of each exporting member is kept up to date.

2. For this purpose, each exporting member shall report to the Executive Director at such intervals as the Council may determine the total quantity of exports registered, together with such other data as the Council may prescribe. This information shall be published at the end of each month.

3. Exports for non-quota purposes shall be recorded separately.

Article 48

Reporting of Imports and Exports

1. In accordance with rules to be established by the Council, the Executive Director shall maintain a record of members' imports and of exports from importing members.

2. For this purpose, each member shall report to the Executive Director the total quantities of its imports, and each importing member shall report to the Executive Director the total quantities of its exports, at such intervals as the Council may determine, together with such other data as the Council may prescribe. This information shall be published at the end of each month.

3. Imports which, under this Agreement, do not count against export quotas shall be recorded separately.

Article 49

Control Measures

1. Each member exporting cocoa shall require the presentation of a valid certificate of contribution or other authorized Council control document before permitting the shipment of cocoa from its customs territory. Each member importing cocoa shall require the presentation of a valid certificate of contribution or other authorized Council control document before permitting the import of any cocoa into its customs territory whether from a member or a non-member.

2. Certificates of contribution will not be required for cocoa exported under the provisions of paragraphs 4 and 5 of Article 32. The Council shall arrange to issue appropriate control documents to cover such shipments.

3. Certificates of contribution or other authorized Council control documents shall not be issued to cover shipments, in any period, of cocoa in excess of authorized exports for that period.

4. The Council shall by special vote adopt such rules as it considers necessary in respect of certificates of contribution and other authorized Council control documents.

5. For fine or flavour cocoa the Council shall make such rules as it considers necessary in respect of the simplification of the procedure for authorized Council control documents, taking into account all relevant factors.

CHAPTER IX — PRODUCTION AND STOCKS

Article 50

Production and Stocks

1. Members recognize the necessity of keeping production in reasonable balance with consumption, and shall co-operate with the Council in the attainment of this objective.

2. Each producing member may develop a programme to adjust its production, in order that the objective set forth in paragraph 1 may be attained. Each producing member concerned shall be responsible for the policies and procedures it applies to attain this objective.

3. The Council shall review annually the level of stocks held throughout the world and make any necessary recommendations based on this review.

4. At its first session, the Council shall take measures to develop a programme for the collection of information needed to establish, on a scientific basis, the world's current and potential productive capacity, as well as the world's current and potential consumption. Members shall facilitate the carrying out of this programme.

CHAPTER X — EXPANSION OF CONSUMPTION

Article 51

Obstacles to the Expansion of Consumption

1. Members recognize the importance of ensuring the greatest possible expansion of the cocoa economy and therefore of facilitating the expansion of cocoa consumption in relation to production so as to secure the best equilibrium in the long term between supply and demand, and in this connexion also recognize that it is important to bring about the gradual removal of all possible obstacles to such expansion.

2. The Council shall identify the specific problems related to the obstacle to the expansion of the trade in and consumption of cocoa referred to in paragraph 1, and shall seek mutually acceptable practical measures designed to remove progressively such obstacles.

3. In view of the objectives stated above and the provisions of paragraph 2, members shall endeavour to apply measures to reduce progressively the obstacles to the expansion of consumption and as far as possible eliminate them, or to diminish substantially their impact.

4. The Council may, in order to further the purposes of this Article, make any recommendations to members and shall examine periodically, beginning at its first regular session in the second quota year, the results achieved.

5. Members shall inform the Council of all measures adopted with a view to implementing the provisions of this Article.

Article 52

Promotion of Consumption

1. The Council may establish a committee whose aim shall be to stimulate the expansion of consumption of cocoa in both exporting countries. The Council shall periodically review the work of the committee.

2. The cost of the promotion programme shall be met by contributions from exporting members. Importing members may also contribute financially. Membership of the committee shall be limited to members contributing to the promotion programme.

3. The committee shall seek the approval of a member before conducting a campaign in the territory of that member.

Article 53

Cocoa Substitutes

1. Members recognize that the use of substitutes may prejudice the expansion of cocoa consumption. In this regard they agree to establish regulations on cocoa products and chocolate or to adapt existing regulations, if necessary, so that the said regulations shall prohibit materials of non-cocoa origin from being used in place of cocoa to mislead the consumer.

2. In preparing or reviewing regulations based on the principles in paragraph 1, members shall take fully into account the recommendations and decisions of competent international bodies such as the Council and the Codex Committee on Cocoa Products and Chocolate.

3. The Council may recommend to a member that it take any measures which the Council considers advisable for assuring the observance of the provisions of this Article.

4. The Executive Director shall present an annual report to the Council on the manner in which the provisions of this Article are being observed.

CHAPTER XI — PROCESSED COCOA

Article 54

Processed Cocoa

1. The needs of developing countries to broaden the base of their economies through, *inter alia*, industrialization and the export of manufactured products—including cocoa processing and the export of cocoa products and chocolate—are recognized. In this connexion, the need to avoid serious injury to the cocoa economy of importing and exporting members is also recognized.

2. If any member considers that there is a danger of injury to its interest in any of the above respects, that member may consult with the other member concerned with a view to reaching an understanding satisfactory to the parties concerned, failing which the member may report to the Council, which shall use its good offices in the matter to reach such understanding.

CHAPTER XII — RELATIONS BETWEEN MEMBERS AND NON-MEMBERS

Article 55

Limitation of Imports from Non-Members

1. Each member shall limit its annual imports of cocoa produced in non-member countries, other than imports of fine or flavour cocoa from exporting countries listed in Annex C, in accordance with the provisions of this Article.

2. Each member undertakes for each quota year:

(a) not to permit the import of a total quantity of cocoa produced in non-member countries as a group which is in excess of the average quantity imported from them as a group in the three calendar years 1970, 1971 and 1972;

(b) to reduce by half the quantity specified in (a) when the indicator price falls below the minimum price, and to maintain this reduction until the level of quotas in effect reaches that provided for in paragraph 2 (a) of Article 34.

3. The Council may by special vote suspend in whole or in part the limitations under paragraph 2. The limitations in paragraph 2 (a) shall not in any event apply when the indicator price of cocoa is above the maximum price.

4. The limitations under paragraph 2 (a) shall not apply to cocoa purchased under *bona fide* contracts concluded when the indicator price was above the maximum price, nor those in 2 (b) to cocoa purchased under *bona fide* contracts concluded before the indicator price fell below the minimum price. In such cases the reductions shall, subject to the provisions of paragraph 2 (b), be applied in the following quota year unless the Council decides to waive the reductions or to apply them in a subsequent quota year.

5. Members shall inform the Council regularly of the quantities of cocoa imported by them from non-members or exported by them to non-members.

6. Any imports by a member from non-members in excess of the quantity which it is permitted to import under this Article shall be deducted from the quantity which such member would otherwise be permitted to import in the next quota year, unless the Council decides otherwise.

7. If a member on more than one occasion fails to comply with the provisions of this Article, the Council may by special vote suspend both its voting rights in the Council and its right to vote or to have its votes cast in the Executive Committee.

8. The obligations set out in this Article shall not prejudice conflicting bilateral or multilateral obligations assumed by members with respect to non-members before the entry into force of this Agreement, provided that any member which has assumed such conflicting obligations shall fulfil them in such a way as to attenuate as much as possible the conflict between those obligations and the obligations set out in this Article, that it shall take steps as promptly as possible to reconcile those obligations and the provisions of this Article, and that it shall describe to the Council in detail the nature of those obligations and the steps it has taken to attenuate or eliminate the conflict.

Article 56

Commercial Transactions with Non-Members

1. Exporting members undertake not to sell cocoa to non-members on terms commercially more favourable than those which they are prepared to offer at the same time to importing members, taking into account normal trade practices.

2. Importing members undertake not to buy cocoa from non-members on terms commercially more favourable than those which they are prepared to accept at the same time from exporting members, taking into account normal trade practices.

3. The Council shall periodically review the operation of paragraphs 1 and 2 and may require members to supply appropriate information in accordance with Article 57.

4. Without prejudice to the provisions of paragraph 8 of Article 55, any member which has reason to believe that another member has not fulfilled the obligation under paragraph 1 or 2 may so inform the Executive Director and call for consultations under Article 61, or refer the matter to the Council under Article 63.

CHAPTER XIII — INFORMATION AND STUDIES

Article 57

Information

1. The Organization shall act as a centre for the collection, exchange and publication of:

(a) statistical information on world production, sales, prices, exports and imports, consumption and stocks of cocoa; and

(b) in so far as is considered appropriate, technical information on the cultivation, processing and utilization of cocoa.

2. In addition to information which members are required to furnish under other Articles of this Agreement, the Council may require members to furnish such information as it considers necessary for its operations, including regular reports on policies for production and consumption, sales, prices, exports and imports, stocks and taxation.

3. If a member fails to supply, or finds difficulty in supplying, within a reasonable time, statistical and other information required by the Council for the proper functioning of the Organization, the Council may require the member concerned to explain the reasons therefor. If it is found that technical assistance is needed in the matter, the Council may take any necessary measures.

4. The Council shall at appropriate times not less than twice a year publish estimates of production of cocoa beans and grindings for the current quota year.

Article 58

Studies

The Council shall, to the extent it considers necessary, promote studies of the economics of cocoa production and distribution, including trends and projections, the impact of governmental measures in exporting and importing countries on the production and consumption of cocoa, the opportunities for

expansion of cocoa consumption for traditional and possible new uses, and the effects of the operation of this Agreement on exporters and importers of cocoa, including their terms of trade, and may submit recommendations to members on the subjects of these studies. The Council may also decide to promote scientific research in specific areas of production, manufacture and consumption. In the promotion of these studies and research, the Council may co-operate with international organizations and research institutions in member countries.

Article 59

Annual Review

The Council shall, as soon as practicable after the end of each quota year, review the operation of this Agreement and the performance of members in conforming to the principles and promoting the objectives thereof. It may then make recommendations to members regarding ways and means of improving the functioning of this Agreement.

CHAPTER XIV — RELIEF FROM OBLIGATIONS IN EXCEPTIONAL CIRCUMSTANCES

Article 60

Relief from Obligations in Exceptional Circumstances

1. The Council may, by special vote, relieve a member of an obligation on account of exceptional or emergency circumstances, *force majeure*, or international obligations under the Charter of the United Nations for territories administered under the trusteeship system.

2. The Council, in granting relief to a member under paragraph 1, shall state explicitly the terms and conditions on which and the period for which the member is relieved of the obligation.

3. Notwithstanding the foregoing provisions of this Article, the Council shall not grant relief to a member in respect of:

- (a) the obligation under Article 24 to pay contribution, or the consequences of a failure to pay them;
- (b) any export quota or other limitation on exports, if the quota or other limitation has already been exceeded;
- (c) the obligation to require payment of any contribution charged under Article 39.

CHAPTER XV — CONSULTATIONS, DISPUTES AND COMPLAINTS

Article 61

Consultations

Each member shall accord sympathetic consideration to any representations made to it by another member concerning the interpretation or application of this Agreement and shall afford adequate opportunity for consultations. In the course of such consultations, on the request of either party and with the consent of the other, the Executive Director shall establish an appropriate conciliation procedure. The costs of such procedure shall not be chargeable to the Organization. If such procedure leads to a solution, this shall be reported to the Executive Director. If no solution is reached, the matter may, at the request of either party, be referred to the Council in accordance with Article 62.

Article 62

Disputes

1. Any dispute concerning the interpretation or application of this Agreement which is not settled by the parties to the dispute shall, at the request of either party to the dispute, be referred to the Council for decision.

2. When a dispute has been referred to the Council under paragraph 1, and has been discussed, a majority of members, or members holding not less than one third of the total votes, may require the Council, before giving its decision, to seek the opinion on the issues in dispute of an *ad hoc* advisory panel to be constituted as described in paragraph 3.

3. (a) Unless the Council unanimously decides otherwise, the *ad hoc* advisory panel shall consist of:

- (i) two persons, one having wide experience in matters of the kind in dispute and the other having legal standing and experience, nominated by the exporting members;
- (ii) two such persons nominated by the importing members; and
- (iii) a chairman selected unanimously by the four persons nominated under (i) and (ii) or, if they fail to agree, by the Chairman of the Council.

(b) Nationals of members shall not be ineligible to serve on the *ad hoc* advisory panel.

(c) Persons appointed to the *ad hoc* advisory panel shall act in their personal capacities and without instructions from any Government.

(d) The costs of the *ad hoc* advisory panel shall be paid by the Organization.

4. The opinion of the *ad hoc* advisory panel and the reasons therefor shall be submitted to the Council which, after considering all the relevant information, shall decide the dispute.

Article 63

Complaints and Action by the Council

1. Any complaint that any member has failed to fulfil its obligations under this Agreement shall, at the request of the member making the complaint, be referred to the Council, which shall consider it and make a decision on the matter.

2. Any finding by the Council that a member is in breach of its obligations under this Agreement shall be made by a simple distributed majority vote and shall specify the nature of the breach.

3. Whenever the Council, whether as a result of a complaint or otherwise, finds that a member is in breach of its obligations under this Agreement it may, without prejudice to such other measures as are specifically provided for in other Articles of this Agreement, including Article 73, by special vote:

(a) suspend that member's voting rights in the Council and in the Executive Committee; and

(b) if it considers necessary, suspend additional rights of such member, including that of being eligible for, or of holding, office in the Council or in any of its committees until it has fulfilled its obligations.

4. A member whose voting rights are suspended under paragraph 3 shall remain liable for its financial and other obligations under this Agreement.

CHAPTER XVI — FAIR LABOUR STANDARDS

Article 64

Fair Labour Standards

Members declare that, in order to raise the levels of living of populations and provide full employment, they will endeavour to maintain fair labour standards and working conditions in the various branches of cocoa production in the countries concerned, consistent with their stage of development, as regards both agricultural and industrial workers employed therein.

CHAPTER XVII — FINAL PROVISIONS

Article 65

Signature

This Agreement shall be open for signature at United Nations Headquarters from 10 November 1975 until and including 31 August 1976 by parties to the International Cocoa Agreement, 1972 and Governments invited to the United Nations Cocoa Conference, 1975.

Article 66

Ratification, Acceptance, Approval

1. This Agreement shall be subject to ratification, acceptance or approval by the signatory Governments in accordance with their respective constitutional procedures.

2. Instruments of ratification, acceptance or approval shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations not later than 30 September 1976; provided, however, that the Council may grant extensions of time to signatory Governments which are unable to deposit their instruments by that date.

3. Each Government depositing an instrument of ratification, acceptance or approval shall, at the time of such deposit, indicate whether it is an exporting member or an importing member.

Article 67

Accession

1. This Agreement shall be open to accession by the Governments of all States¹ upon conditions established by the Council.

2. The Council of the International Cocoa Agreement, 1972 may, pending the entry into force of this Agreement, establish the conditions referred to in paragraph 1, subject to confirmation by the Council of this Agreement and the Government concerned.

3. If the Government is the Government of an exporting country which is not listed in Annex A or Annex C, the Council shall, as appropriate, determine in accordance with Article 30 a basic quota for that country, which country shall be deemed to be listed in Annex A.

4. Accession shall be effected by deposit of an instrument of accession with the Secretary-General of the United Nations.

Article 68

Notification of Provisional Application

1. A signatory Government which intends to ratify, accept or approve this Agreement or a Government for which the Council has established conditions for accession, but which has not yet been able to deposit its instruments may, at any time, notify the Secretary-General of the United Nations that it will apply this Agreement provisionally either when it enters into force in accordance with Article 69 or, if it is already in force, at a specified date. Each Government giving such notification shall at that time state whether it will be an exporting member or an importing member.

2. A Government which has notified under paragraph 1 that it will apply this Agreement either when it enters into force

¹ At its seventh plenary meeting on 20 October 1975, the United Nations Cocoa Conference, 1975 adopted the following understanding recommended by its Administrative and Legal Committee:

In accordance with its terms, this Agreement will be open to accession by the Governments of all States, and the Secretary-General of the United Nations will act as depositary. It is the understanding of the Conference that the Secretary-General, in discharging his functions as depositary of an agreement with an "All-States" clause, will follow the practice of the General Assembly of the United Nations in implementing such a clause and, whenever advisable, will request the opinion of the General Assembly before receiving an instrument of accession.

or at a specified date shall, from that time, be a provisional member. It shall remain a provisional member until the date of deposit of its instrument of ratification, acceptance, approval or accession.

Article 69

Entry into Force

1. This Agreement shall enter definitively into force on 1 October 1976, if by that date Governments representing at least five exporting countries having at least 80 per cent of the basic quotas as set out in Annex F and Governments representing importing countries having at least 70 per cent of total imports as set out in Annex D have deposited their instruments of ratification, acceptance, approval or accession with the Secretary-General of the United Nations. If this Agreement has not definitively entered into force in accordance with the preceding sentence, it shall do so whenever these percentage requirements are satisfied by the deposit of instruments of ratification, acceptance, approval or accession.

2. If this Agreement has not entered into force definitively on 1 October 1976 in accordance with paragraph 1 it shall enter into force provisionally on 1 October 1976, if by that date Governments representing at least five exporting countries having at least 80 per cent of the basic quotas as set out in Annex F and Governments representing importing countries having at least 70 per cent of total imports as set out in Annex D have deposited their instruments of ratification, acceptance, approval or accession, or have notified the Secretary-General of the United Nations that they will apply this Agreement provisionally when it enters into force.

3. If the requirements for entry into force under paragraph 1 or 2 have not been met on 1 October 1976, the Secretary-General of the United Nations shall invite, at the earliest time he considers practicable after that date, the Governments which have deposited instruments of ratification, acceptance, approval or accession, or have notified him that they will apply this Agreement provisionally, to meet to decide whether to put this Agreement provisionally or definitively into force among themselves in whole or in part. If no decision is reached at this meeting, the Secretary-General may convene such further meetings as he considers appropriate.

4. During any period in which this Agreement is in force provisionally under paragraph 2 or 3, Governments that have deposited instruments of ratification, acceptance, approval or accession, as well as those Governments that have notified the Secretary-General of the United Nations that they will apply this Agreement provisionally, shall be provisional members.

5. While this Agreement is in force provisionally, the Governments participating shall make the necessary arrangements to review the situation and decide whether this Agreement shall definitively enter into force among themselves, continue provisionally in force, or terminate.

Article 70

Reservations

Reservations may not be made with respect to any of the provisions of this Agreement.

Article 71

Territorial Application

1. A Government may at the time of signature or deposit of an instrument of ratification, acceptance, approval or accession, or at any time thereafter, by notification to the Secretary-General of the United Nations, declare that this Agreement shall extend to any of the territories for whose international relations it is for the time being ultimately responsible, and this Agreement shall extend to the territories named therein from the date of such notification, or from the date on which this Agreement enters into force for that Government, whichever is the later.

2. Any Contracting Party which desires to exercise its rights under Article 3 in respect of any of the territories for whose international relations it is for the time being ultimately responsible may do so by making a notification to that effect to the Secretary-General of the United Nations, either at the time of the deposit of its instrument of ratification, acceptance, approval or accession, or at any later time. If the territory which becomes a separate member is an exporting member and is not listed in Annex A or Annex C the Council shall, as appropriate, establish a basic quota for that territory, which territory shall be deemed to be listed in Annex A.

3. Any Contracting Party which has made a declaration under paragraph 1 may at any time thereafter, by notification to the Secretary-General of the United Nations, declare that this Agreement shall cease to extend to the territory named in the notification, and this Agreement shall cease to extend to such territory from the date of such notification.

4. When a territory to which this Agreement has been extended under paragraph 1 subsequently attains independence, the Government of that territory may, within 90 days after the attainment of independence, declare by notification to the Secretary-General of the United Nations that it has assumed the rights and obligations of a Contracting Party to this Agreement. It shall, as from the date of such notification, be a Contracting Party to this Agreement. If such Party is an exporting member and is not listed in Annex A or Annex C the Council shall, as appropriate, establish a basic quota for that Party, which Party shall be deemed to be listed in Annex A.

5. The Government of a new State which intends to make a notification under paragraph 4 but which has not yet been able to complete the procedure necessary to enable it to do so may notify the Secretary-General of the United Nations that it will apply this Agreement provisionally. Such a Government shall be a provisional member until it makes its notification under the preceding paragraph or until the expiry of the 90-day period referred to therein, whichever is earlier.

Article 72

Voluntary Withdrawal

At any time after the entry into force of this Agreement, any member may withdraw from this Agreement by giving written notice of withdrawal to the Secretary-General of the United Nations. Withdrawal shall become effective 90 days after the notice is received by the Secretary-General of the United Nations.

Article 73

Exclusion

If the Council finds, under paragraph 3 of Article 63, that any member is in breach of its obligations under this Agreement and decides further that such breach significantly impairs the operation of this Agreement, it may by special vote exclude such member from the Organization. The Council shall immediately notify the Secretary-General of the United Nations of any such exclusion. Ninety days after the date of the Council's decision, that member shall cease to be a member of the Organization and, if such member is a Contracting Party, a Party to this Agreement.

Article 74

Settlement of Accounts with Withdrawing or Excluded Members

1. The Council shall determine any settlement of accounts with a withdrawing or excluded member. The Organization shall retain any amounts already paid by a withdrawing or excluded member, and such member shall remain bound to pay any amounts due from it to the Organization at the time the withdrawal or the exclusion becomes effective; provided, however, that in the case of a Contracting Party which is unable to accept an amendment and consequently ceases to participate in this Agreement under the provisions of para-

graph 2 of Article 76, the Council may determine any settlement of accounts which it finds equitable.

2. A member which has withdrawn or been excluded from, or has otherwise ceased to participate in, this Agreement shall not be entitled to any share of the proceeds of liquidation or the other assets of the Organization; nor shall it be burdened with any part of the deficit, if any, of the Organization upon termination of this Agreement.

Article 75

Duration and Termination

1. This Agreement shall remain in force until the end of the third full quota year after its entry into force, unless extended under paragraph 2, 4 or 5 or terminated earlier under paragraph 6.

2. Before the end of the third quota year referred to in paragraph 1, the Council may by special vote decide that this Agreement be renegotiated or be extended for two further quota years.

3. If, in accordance with paragraph 2, this Agreement has been extended for two further quota years, the Council, before the end of the fifth quota year, may, by special vote, decide that this Agreement be renegotiated.

4. If, before the end of the third quota year referred to in paragraph 1, negotiations for a new agreement to replace this Agreement have not yet been concluded, the Council may, by special vote, extend this Agreement for a further period not exceeding two quota years. The Council shall notify the Secretary-General of the United Nations of any such extension.

5. If, before the end of the third quota year referred to in paragraph 1, a new agreement to replace this Agreement has been negotiated, and has been signed by sufficient Governments to bring it into force after ratification, acceptance or approval, but the new agreement has not provisionally or definitively entered into force, this Agreement shall be extended until the provisional or definitive entry into force of the new agreement, provided that this extension shall not exceed two quota years. The Council shall notify the Secretary-General of the United Nations of any such extension.

6. The Council may at any time, by special vote, decide to terminate this Agreement. Such termination shall take effect on such date as the Council shall decide, provided that the obligations of members under Article 39 shall continue until the financial liabilities relating to the buffer stock have been discharged or until the end of the third quota year after the entry into force of this Agreement, whichever is the earlier. The Council shall notify the Secretary-General of the United Nations of any such decision.

7. Notwithstanding termination of this Agreement, the Council shall remain in being for as long as necessary to carry out the liquidation of the Organization, settlement of its accounts, and disposal of its assets, and shall have during that period such powers and functions as may be necessary for these purposes.

Article 76

Amendments

1. The Council may by special vote recommend an amendment of this Agreement to the Contracting Parties. The Council may fix a time after which each Contracting Party shall notify the Secretary-General of the United Nations of its acceptance of the amendment. The amendment shall become effective 100 days after the Secretary-General of the United Nations has received notifications of acceptance from Contracting Parties representing at least 75 per cent of the exporting members holding at least 85 per cent of the votes of the exporting members, and from Contracting Parties representing at least 75 per cent of the importing members holding at least 85 per cent of the votes of the importing members, or on such later date as the Council by special vote may have determined. The Council may fix a time within which each Contracting Party shall notify the Secretary-General of the

United Nations of its acceptance of the amendment, and, if the amendment has not become effective by such time, it shall be considered withdrawn. The Council shall provide the Secretary-General with the information necessary to determine whether the notifications of acceptance received are sufficient to make the amendment effective.

2. Any member on behalf of which notification of acceptance of an amendment has not been made by the date on which such amendment becomes effective shall as of that date cease to participate in this Agreement, unless any such member satisfies the Council at its first meeting following the effective date of the amendment that acceptance could not be secured in time owing to difficulties in completing its constitutional procedures, and the Council decides to extend for such member the period fixed for acceptance until these difficulties have been overcome. Such member shall not be bound by the amendment before it has notified its acceptance thereof.

Article 77

Supplementary and Transitional Provisions

1. This Agreement shall be considered as a continuation of the International Cocoa Agreement, 1972.

2. In order to facilitate the uninterrupted continuation of the International Cocoa Agreement, 1972:

(a) All acts by or on behalf of the Organization or any of its organs under the International Cocoa Agreement, 1972 which are in effect on 30 September 1976 and the terms of which do not provide for expiry on that date shall remain in effect unless changed under the provisions of this Agreement.

(b) All decisions required to be taken by the Council of the International Cocoa Agreement, 1972 during the 1975/1976 quota year for application in the 1976/1977 quota year shall be taken during the last regular session of that Council in the 1975/1976 quota year and applied on a provisional basis as if this Agreement had already entered into force, provided that if any member requests review of any such decision, that decision must be confirmed by the Council, by special or simple distributed majority vote in accordance with this Agreement, within 90 days after the entry into force of this Agreement.

Article 78

Authentic Texts of this Agreement

The texts of this Agreement in the English, French, Russian and Spanish languages shall all be equally authentic. The originals shall be deposited in the archives of the United Nations.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned, having been duly authorized to this effect by their respective Governments, have signed this Agreement on the dates appearing opposite their signatures.

ANNEXES

ANNEX A

Countries subject to basic quotas under paragraph 1 of Article 30

Brazil
Dominican Republic
Equatorial Guinea
Ghana
Ivory Coast
Mexico
Nigeria
Togo
United Republic of Cameroon

ANNEX B

Countries producing less than 10,000 tonnes of bulk cocoa annually

Country	Production in thousands of tonnes	
	1972/73	1973/74
Malaysia	7.0	10.0
Sierra Leone	6.6	7.7
Zaire	5.0	5.0
Gabon	5.0	5.0
Philippines	3.5	4.0
Haiti	3.5	3.5
Liberia	3.0	3.1
Congo	2.1	2.1
Cuba	2.0	2.0
Peru	2.0	2.0
Bolivia	1.4	1.4
New Hebrides	0.8	0.7
Angola	0.6	0.7
Guatemala	0.6	0.7
Nicaragua	0.6	0.6
United Republic of Tanzania	0.6	0.6
Uganda	0.5	0.5
Honduras	0.3	0.3
	45.1	49.9

Source: Quarterly Bulletin of Cocoa Statistics (Vol. I, No. 4)

ANNEX C

Fine or Flavour cocoa producers

1. Exporting countries producing exclusively fine or flavour cocoa

Dominica
Ecuador
Grenada
Indonesia
Jamaica
Madagascar
Panama
Sri Lanka
St. Lucia
St. Vincent
Surinam
Trinidad and Tobago
Venezuela
Western Samoa

2. Exporting countries producing fine or flavour cocoa, but not exclusively

		Production in thousands of tonnes	
		1972/73	1973/74
Costa Rica	(25 per cent)	5.0	6.0
Sao Tome and Principe	(50 per cent)	11.3	10.4
Papua New Guinea	(75 per cent)	23.1	30.0
		39.4	46.4

Source: Quarterly Bulletin of Cocoa Statistics (Vol. I, No. 4)

ANNEX D

Imports of cocoa calculated for the purposes of Article 10^{a)}

Country	1972	1973	1974	Average	Percent- age
(in thousands of tonnes)					
United States of America	399.8	357.3	315.7	357.6	22.89
Federal Republic of Germany	179.5	188.4	186.6	184.8	11.83
United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland	161.5	145.4	158.0	155.0	9.92
Kingdom of the Netherlands	151.9	144.9	144.7	147.2	9.42
Union of Soviet Socialist Republics	143.7	130.1	162.8	145.5	9.31
France	77.6	78.4	81.9	79.3	5.08
Japan	55.4	59.7	38.3	51.1	3.27
Italy	44.3	47.0	45.0	45.4	2.91
Belgium/Luxembourg	36.8	36.4	37.3	36.8	2.36
Spain	38.7	35.8	34.9	36.5	2.34
Canada	39.1	34.9	30.0	34.7	2.22
Poland	32.1	30.6	31.9	31.5	2.02
Switzerland	28.8	31.7	27.7	29.4	1.88
Australia	24.7	19.8	28.0	24.2	1.55
German Democratic Republic	24.4	21.1	22.2	22.6	1.45
Czechoslovakia	20.8	19.3	21.2	20.4	1.31
Austria	17.1	16.7	15.6	16.3	1.04
Ireland	14.3	16.3	16.0	15.5	0.99
Yugoslavia	14.5	12.1	19.1	15.2	0.97
Hungary	14.2	12.1	14.6	13.6	0.87
Sweden	13.8	11.5	11.9	12.4	0.79
Argentina	11.2	11.1	13.3	11.9	0.76
Bulgaria	11.8	8.4	8.5	9.6	0.61
South Africa	9.7	8.2	8.5	8.8	0.58
Romania	7.8	7.5	8.4	7.9	0.51
Norway	9.4	7.6	6.8	7.9	0.51
Denmark	8.7	7.3	6.1	7.4	0.47
Colombia	7.7	6.0	6.2	6.6	0.42
New Zealand	6.2	4.8	7.4	6.1	0.39
Finland	6.0	5.8	6.5	6.1	0.39
Portugal	3.7	3.7	2.9	3.4	0.22
Philippines	4.9	2.8	2.6	3.4	0.22
Chile	2.9	2.7	2.3	2.6	0.17
Peru	3.6	2.4	1.3	2.4	0.15
Algeria	1.1	1.1	1.1	1.1	0.07
India	0.7	0.7	0.8	0.7	0.05
Tunisia	0.8	0.4	0.7	0.6	0.04
Uruguay	0.6	0.5	0.5	0.5	0.03
Honduras	0.1	0.1	0.1	0.1	0.01
Total	1 629.9	1 530.6	1 526.8	1 562.1	100.00

Source: Quarterly Bulletin of Cocoa Statistics (Vol. I, No. 4)

a) Three-year average, 1972-1974, of net imports of cocoa beans plus gross imports of cocoa products, converted to beans equivalent by using the conversion factors in paragraph 2 of Article 32.

ANNEX E

Exporting countries to which paragraph 2 of Article 36 applies

Brazil
Dominican Republic
Mexico

ANNEX F

Basic quotas calculated for the purposes of paragraphs 1 and 2 of Article 69^{a)}

Exporting countries	Production (in thousands of tonnes)	Basic quotas (percentages)
Ghana	409.8	32.5
Nigeria	247.7	19.6
Ivory Coast	196.3	15.5
Brazil	189.7	15.0
United Republic of Cameroon	112.0	8.9
Dominican Republic	37.1	2.9
Mexico	27.3	2.2
Togo	23.1	1.8
Equatorial Guinea	19.6	1.6
	1 262.6	100.0

Source: Quarterly Bulletin of Cocoa Statistics, Vol. I, No. 4 (with the exception of the figure for 1973/74 for Dominican Republic which was provided by the delegation of that country to the United Nations Cocoa Conference, 1975).

a) Calculated on the basis of the average of production in the years 1969/70 to 1973/74.

Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
der Konvention vom 14. Dezember 1973
über die Verhütung, Verfolgung und Bestrafung von
Straftaten gegen völkerrechtlich geschützte Personen
einschließlich Diplomaten

vom 27. April 1977

Die Konvention über die Verhütung, Verfolgung und Bestrafung von Straftaten gegen völkerrechtlich geschützte Personen einschließlich Diplomaten vom 14. Dezember 1973, die seitens der Deutschen Demokratischen Republik am 15. November 1976 ratifiziert wurde (Bekanntmachung vom 16. Februar 1977 [GBl. II Nr. 5 S. 61]), ist gemäß ihrem Artikel 17 Absatz 1 am 20. Februar 1977 für die Deutsche Demokratische Republik in Kraft getreten.

Berlin, den 27. April 1977

Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik

H. Eichler

Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des Konsularvertrages vom 12. Dezember 1975
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Republik Indien

vom 26. Mai 1977

Entsprechend § 2 des Gesetzes vom 24. Juni 1976 über den Konsularvertrag vom 12. Dezember 1975 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Indien (GBl. II Nr. 8 S. 161) wird hierdurch bekanntgegeben, daß der Vertrag vom 5. Mai 1977 in Kraft getreten ist.

Berlin, den 26. Mai 1977

Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik

H. Eichler

Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des Konsularvertrages vom 11. Dezember 1975
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Republik Guinea

vom 26. Mai 1977

Entsprechend § 2 des Gesetzes vom 24. Juni 1976 über den Konsularvertrag vom 11. Dezember 1975 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Guinea (GBl. II Nr. 9 S. 193) wird hierdurch bekanntgegeben, daß der Vertrag am 24. April 1977 in Kraft getreten ist.

Berlin, den 26. Mai 1977

Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik

H. Eichler

Zur Geschichte der Rechtspflege der Deutschen Demokratischen Republik 1945—1949

Autorenkollektiv unter Leitung von H. Benjamin

Hrsg.: Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR,

Lehrstuhl Geschichte der Rechtspflege

384 Seiten · Leinen 20,— M

Bestellwort: Benjamin, Rechtspflege / 770 910 5

Die Autoren setzen sich zum Ziel, die großen Leistungen der Arbeiterklasse und ihrer Partei sowie aller fortschrittlichen Kräfte des Volkes bei der Entwicklung einer neuen Rechtspflege zu würdigen. Ihre Darlegungen stützen sich auf vielfältige Quellen, in erster Linie auf die Dokumente der SED und andere Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, auf Rechtsvorschriften, auf Archivgut staatlicher Organe und auf Erinnerungen von Persönlichkeiten, die unmittelbar an der Herausbildung der Rechtspflege der DDR beteiligt waren. Um ein plastisches Bild zu vermitteln, werden zahlreiche historische Einzelheiten insbesondere über die Bildung der ersten Volksgerichte, den Aufbau und die Arbeitsweise der Volksrichterschulen, des Wirkens von Staatsanwälten, Richtern usw. in die Darstellung einbezogen. Umfangreiche Quellenangaben, mehrere Verzeichnisse ergänzen den Band und erleichtern dem Leser die Orientierung.

Erhältlich im örtlichen Buchhandel



**Staatsverlag
der Deutschen Demokratischen
Republik**

Automatisierungsvorhaben mit hoher Effektivität

Autorenkollektiv

238 Seiten · Pappband 8,50 M

Bestellwort: Automatisierungsvor. / 770 459 0

Automatisierung der Produktion, numerisch gesteuerte Maschinen, elektronische Datenverarbeitung — diese Begriffe haben zunehmend in den täglichen Sprachgebrauch Eingang gefunden. Tausende von Arbeitskollektiven in unserer Republik setzen alle ihre Erfahrungen und Kenntnisse ein, um die Produktion intensiver und rationeller zu gestalten. Am Beispiel der Werkzeugmaschinenfabrik Seebach weisen die Autoren anschaulich und fundiert nach, daß richtiger Mittel- und Kräfteinsatz dazu führt, ein komplexes Automatisierungsvorhaben kurzfristig zu realisieren und wirksam zu machen. Die in Seebach gewonnenen Erfahrungen werden von den Autoren beispielhaft vermittelt. Die umfassende Behandlung des Themas, die übersichtliche Gliederung des Stoffes, die praxisbezogene Erläuterung der Entstehungsphasen, Arbeitsstufen und aufgetretenen Probleme und nicht zuletzt die zahlreichen, den Text ergänzenden Abbildungen und Grafiken machen das Buch zu einem Leitfaden für die Durchführung komplexer Automatisierungsvorhaben.

Erhältlich im örtlichen Buchhandel



**Staatsverlag
der Deutschen Demokratischen
Republik**

Herausgeber: Sekretariat des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 209 36 22 — Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 751 — Verlag: (610/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17, Telefon: 209 45 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 2,50 M, Teil II 3,— M — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr.
Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postschloßbach 696. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente: 108 Berlin, Neustädtische Kirchstraße 15, Telefon: 229 22 23

Artikel-Nr. (EDV) 10 131

Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollensetdruck)

Index 31 818



GESETZBLATT

189

der Deutschen Demokratischen Republik

1977	Berlin, den 27. Juni 1977	Teil II Nr. 10
Tag	Inhalt	Seite
18. 6. 77	Gesetz über den Vertrag vom 24. März 1977 über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Ungarischen Volksrepublik	189
16. 6. 77	Gesetz über den Vertrag vom 6. Mai 1977 über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Mongolischen Volksrepublik	194
16. 6. 77	Gesetz über den Vertrag vom 28. Mai 1977 über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen	198
18. 6. 77	Gesetz über das Protokoll vom 10. Februar 1977 zu dem am 30. Oktober 1957 in Berlin zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Ungarischen Volksrepublik unterzeichneten Vertrag über den Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen	203

Gesetz
über den Vertrag vom 24. März 1977
über Freundschaft, Zusammenarbeit und
gegenseitigen Beistand
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Ungarischen Volksrepublik
vom 16. Juni 1977

§ 1

Die Volkskammer bestätigt den am 24. März 1977 in Berlin unterzeichneten, nachstehend veröffentlichten Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Ungarischen Volksrepublik.

§ 2

Der Tag, an dem der Vertrag gemäß seinem Artikel 10 wirksam wird, ist im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntzugeben.

§ 3

Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

Das vorstehende, von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am sechzehnten Juni neunzehnhundert-siebenundsiebzig beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den sechzehnten Juni neunzehnhundert-siebenundsiebzig

Der Vorsitzende des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik

E. Honecker

**Vertrag
über Freundschaft, Zusammenarbeit und
gegenseitigen Beistand
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Ungarischen Volksrepublik**

Die Deutsche Demokratische Republik und die Ungarische Volksrepublik haben,

ausgehend von der brüderlichen Freundschaft und der allseitigen Zusammenarbeit, die auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des sozialistischen Internationalismus zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Ungarischen Volksrepublik bestehen;

gewillt, ihre freundschaftlichen Beziehungen zum Nutzen beider Staaten und Völker sowie der Gemeinschaft der sozialistischen Länder umfassend weiterzuentwickeln und den gesetzmäßigen Prozeß der weiteren Annäherung der sozialistischen Länder und Nationen zu fördern;

der weiteren Vervollkommnung der politischen und ideologischen Zusammenarbeit, der Entwicklung und Vertiefung der sozialistischen ökonomischen Integration große Bedeutung beimessend;

in dem Bestreben, gemäß den vom proletarischen Internationalismus bestimmten Grundsätzen und Zielen sozialistischer Außenpolitik die günstigsten internationalen Bedingungen für die Errichtung des Sozialismus und Kommunismus zu gewährleisten;

eingedenk der erstrangigen Bedeutung, die dem Schutz der territorialen Integrität und Souveränität beider Staaten gegenüber jeglichen Anschlägen zukommt;

entschlossen, die sich aus dem Warschauer Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vom 14. Mai 1955 ergebenden Verpflichtungen konsequent zu erfüllen;

bekräftigend, daß die Unterstützung, die Festigung und der Schutz der sozialistischen Errungenschaften, die dank der heldenhaften Anstrengungen und der aufopferungsvollen Arbeit der Völker erzielt wurden, gemeinsame internationalistische Pflicht der sozialistischen Länder sind;

in der festen Absicht, die weitere Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa und der ganzen Welt zu fördern und ihren Beitrag dazu zu leisten, auf der Grundlage der kollektiv ausgearbeiteten Prinzipien der Beziehungen zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung eine fruchtbringende und gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit auf dem europäischen Kontinent zu entwickeln und allen spannungsfeindlichen Kräften entschlossen entgegenzutreten;

in der Überzeugung, daß das zwischen sozialistischen Staaten und kapitalistischen Staaten abgeschlossene Vertragssystem und dessen weiterer Ausbau für die Gewährleistung der Sicherheit und für die Unantastbarkeit der bestehenden Grenzen in Europa von grundlegender Bedeutung ist;

angesichts dessen, daß die Deutsche Demokratische Republik, die die Grundsätze des Potsdamer Abkommens erfüllt hat, als souveräner, unabhängiger sozialistischer Staat vollberechtigtes Mitglied der Vereinten Nationen geworden ist;

in der Absicht der weiteren Entwicklung der vertragsrechtlichen Grundlage ihrer gegenseitigen Beziehungen und unter

Berücksichtigung der Veränderungen, die sich in Europa und in der ganzen Welt vollzogen haben;

geleitet von den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen,

folgendes vereinbart:

Artikel 1

Die Hohen Vertragsschließenden Seiten werden in Übereinstimmung mit den Prinzipien des sozialistischen Internationalismus auch künftig die Beziehungen der immerwährenden, unverbrüchlichen Freundschaft und der brüderlichen gegenseitigen Hilfe auf allen Gebieten ausbauen und festigen. Sie werden die allseitige Zusammenarbeit planmäßig und unablässig entwickeln und vertiefen und einander allseitige Hilfe und Unterstützung gewähren auf der Grundlage der Achtung der staatlichen Souveränität und Unabhängigkeit, der Gleichberechtigung und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten.

Artikel 2

Die Hohen Vertragsschließenden Seiten werden ihre Anstrengungen für die Errichtung der sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft und die Festigung der sozialistischen Gemeinschaft vereinen und die materiellen und geistigen Potenzen ihrer Völker und Staaten effektiver nutzen.

Geleitet von den Grundsätzen und Zielen der sozialistischen ökonomischen Integration und um die materiellen und kulturellen Bedürfnisse ihrer Völker immer besser zu befriedigen, werden sie die gegenseitig vorteilhafte zwei- und mehrseitige wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, einschließlich der Zusammenarbeit im Rahmen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, festigen und erweitern.

Beide Seiten werden die langfristige Koordinierung und Abstimmung der Volkswirtschaftspläne fortführen, die Spezialisierung und Kooperation in Produktion und Forschung erweitern, die bei der Errichtung des Sozialismus und Kommunismus gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse austauschen und zur Erhöhung der Effektivität der gesellschaftlichen Produktion ein immer engeres Zusammenwirken der Volkswirtschaften beider Staaten sichern.

Artikel 3

Die Hohen Vertragsschließenden Seiten fördern die Zusammenarbeit zwischen den Organen der Staatsmacht und den gesellschaftlichen Organisationen. Sie werden die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wissenschaft und Kultur, des Bildungswesens, der Literatur und Kunst, der Presse, des Rundfunks, des Filmwesens und des Fernsehens, des Gesundheitswesens, des Umweltschutzes, des Tourismus, der Körperkultur und des Sports sowie auf anderen Gebieten weiter vertiefen. Sie unterstützen die Entwicklung von direkten Kontakten zwischen den Werktätigen beider Länder und tragen auch dadurch zur Annäherung beider Völker bei.

Artikel 4

Die Hohen Vertragschließenden Seiten werden maximal zur weiteren Entwicklung der brüderlichen Beziehungen zwischen allen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft beitragen und stets im Geiste der Festigung ihrer Einheit und Geschlossenheit handeln. Sie sind bereit, die Maßnahmen zu treffen, die zum Schutz und zur Verteidigung der historischen Errungenschaften des Sozialismus, der Sicherheit und der Unabhängigkeit beider Länder notwendig sind.

Artikel 5

Die Hohen Vertragschließenden Seiten werden sich auch in Zukunft konsequent für die Verwirklichung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, für die Erweiterung und Vertiefung des Entspannungsprozesses in den internationalen Beziehungen einsetzen und aktiv dazu beitragen, den Krieg endgültig aus dem Leben der Völker zu verbannen. Sie werden beharrlich dafür wirken, den internationalen Frieden und die Sicherheit der Völker gegen Anschläge aggressiver Kräfte des Imperialismus und der Reaktion zu schützen, das Wettrüsten einzustellen, zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung beizutragen, den Kolonialismus in all seinen Formen und Erscheinungen endgültig zu beseitigen und die von kolonialer Unterdrückung befreiten Staaten bei der Stärkung ihrer nationalen Unabhängigkeit und Souveränität zu unterstützen.

Artikel 6

Die Hohen Vertragschließenden Seiten betrachten die Unverletzlichkeit der Staatsgrenzen in Europa als wichtigste Voraussetzung für die Gewährleistung der europäischen Sicherheit und sind fest entschlossen, gemeinsam und im Bündnis mit den anderen Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages die Unantastbarkeit der Grenzen der Teilnehmerstaaten dieses Vertrages, wie sie im Ergebnis des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung entstanden sind, einschließlich der Grenzen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland, zu gewährleisten.

Beide Seiten werden gemeinsame Anstrengungen unternehmen, um jeglichen Erscheinungen des Revanchismus und Militarismus entgegenzuwirken und die strikte Einhaltung der mit dem Ziel der Festigung der europäischen Sicherheit abgeschlossenen Verträge anstreben.

Artikel 7

In Übereinstimmung mit dem Vierseitigen Abkommen vom 3. September 1971 werden die Hohen Vertragschließenden

Seiten ihre Verbindungen zu Westberlin ausgehend davon unterhalten und entwickeln, daß es kein Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland ist und auch weiterhin nicht von ihr regiert wird.

Artikel 8

Im Falle eines bewaffneten Überfalles irgendeines Staates oder irgendeiner Staatengruppe auf eine der Hohen Vertragschließenden Seiten wird die andere Hohe Vertragschließende Seite dies als einen Angriff auf sich selbst betrachten und ihr unverzüglich jeglichen Beistand, einschließlich militärischen, leisten und sie in Ausübung des Rechts auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung entsprechend Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen.

Über die auf Grund dieses Artikels ergriffenen Maßnahmen werden die Hohen Vertragschließenden Seiten unverzüglich den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen unterrichten und im Einklang mit den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen handeln.

Artikel 9

Die Hohen Vertragschließenden Seiten werden in allen wichtigen internationalen Fragen einander informieren, sich konsultieren und ausgehend von der gemeinsamen Position, die entsprechend den Interessen beider Staaten abgestimmt wurde, handeln.

Artikel 10

Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation und tritt mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden, der in Budapest erfolgt, in Kraft.

Artikel 11

Dieser Vertrag wird für die Dauer von fünfundzwanzig Jahren abgeschlossen und um jeweils weitere zehn Jahre verlängert, wenn nicht eine der Hohen Vertragschließenden Seiten zwölf Monate vor Ablauf der Geltungsdauer den Wunsch äußert, ihn zu kündigen.

Ausgefertigt in Berlin am 24. März 1977 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und ungarischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

Für die
Deutsche Demokratische
Republik

E. Honecker

Für die
Ungarische Volksrepublik

J. Kadar
Gy. Lazar

**BARÁTSÁGI, EGYÜTTMŰKÖDÉSI ÉS KÖLCSONÖS
SEGÍTSÉGNYUJTÁSI SZERZŐDÉS A NÉMET
DEMOKRATIKUS KÖZTÁRSASÁG ÉS A
MAGYAR NÉPKÖZTÁRSASÁG KÖZÖTT**

A Német Demokratikus Köztársaság és a Magyar Népköztársaság

kiindulva a Német Demokratikus Köztársaság és a Magyar Népköztársaság testvéri barátságából és sokoldalú együttműködéséből, amely a marxizmus-leninizmuson és a szocialista internacionalizmuson alapul;

attól a szándéktól vezérelve, hogy baráti kapcsolataikat mindkét állam és nép, valamint a szocialista országok közössége javára átfogóan fejlesszék és elősegítsék a szocialista országok és nemzetek további közeledésének törvényszerű folyamatát;

nagy jelentőséget tulajdonítva a politikai és ideológiai együttműködés további tökéletesítésének, a szocialista gazdasági integráció fejlesztésének és elmélyítésének;

attól a törekvéstől vezérelve, hogy a szocialista külpolitika proletár internacionalizmus által meghatározott elveinek és céljainak megfelelően biztosítsák a szocializmus és a kommunizmus felépítésének legkedvezőbb nemzetközi feltételeit;

szem előtt tartva a két ország területi épsége és szuverenitása megvédésének elsőrendű jelentőségét bármely támadástól;

eltökélve, hogy következetesen eleget tesznek az 1955. május 14.-én Varsóban aláírt barátsági, együttműködési és kölcsönös segítségnyújtási szerződésből eredő kötelezettségeknek;

megegyezve, hogy a népek hősiességű erőfeszítései és önfeláldozó munkája árán elért szocialista vívmányok támogatása, megszilárdítása és védelme a szocialista országok közös internacionalista kötelessége;

kifejezve szilárd eltökéltségüket, hogy előmozdítják a béke és a biztonság további megszilárdítását Európában és az egész világon, hogy a különböző társadalmi rendszerű országok kapcsolatainak közösen kidolgozott elvei alapján hozzájárulnak a gyümölcsöző és kölcsönösen előnyös együttműködés fejlődéséhez az európai földrészen, s határozottan szembeszállnak minden enyhülésellenes erővel;

abban a meggyőződésben, hogy a szocialista és a kapitalista országok között létrejött szerződéses rendszer és annak további kiépítése a biztonság szavatolása és a fennálló határok sérthetlensége szempontjából alapvető jelentőségű Európában;

tekintettel arra, hogy a Német Demokratikus Köztársaság, amely megvalósította a Potsdami Egyezmény alapelveit, szuverén, független szocialista államként az ENSZ teljes jogú tagja lett;

attól a szándéktól vezérelve, hogy kölcsönös kapcsolataik szerződéses-jogi alapjait továbbfejlesszék, figyelembe véve az Európában és az egész világon végbement változásokat;

az Egyesült Nemzetek Alapokmánya céljaitól és elveitől vezérelve,

a következőkben állapodtak meg:

1. cikk

A Magas Szerződő Felek a szocialista internacionalizmus elveivel összhangban a jövőben is minden területen fejlesztik és erősítik az örök és megbonthatatlan barátságon és a kölcsönös testvéri segítségnyújtáson alapuló kapcsolataikat. Tervszerűen és fáradhatatlanul fejlesztik és mélyítik a sokoldalú együttműködést, és sokrétű segítséget, támogatást nyújtanak egymásnak az állami szuverenitás és függetlenség, az egyenjogúság és a belügyekbe való be nem avatkozás tiszteletben tartása alapján.

2. cikk

A Magas Szerződő Felek a szocialista és a kommunista társadalom felépítése és a szocialista közösség megszilárdítása érdekében egyesítik erőfeszítéseiket és hatékonyabban használják fel népeik és államaik anyagi és szellemi erőforrásait.

A szocialista gazdasági integráció alapelveitől és céljaitól vezettetve, népeik anyagi és kulturális igényei egyre jobb kielégítése érdekében erősítik és szélesítik a kölcsönösen előnyös két- és többoldalú gazdasági és műszaki-tudományos együttműködést, beleértve a Kölcsönös Gazdasági Segítség Tanácsa keretében folyó együttműködést.

Mindkét Magas Szerződő Fél folytatja a népgazdasági tervek hosszútávú összehangolását és egyeztetését, szélesíti a szakosítást és együttműködést a termelésben és a kutatásban, kicseréli a szocializmus és a kommunizmus építése során szerzett tapasztalatokat és ismereteket, biztosítja a két állam népgazdaságának mind szorosabb együttműködését a társadalmi termelés hatékonyságának növelése érdekében.

3. cikk

A Magas Szerződő Felek előmozdítják az állami szervek és a társadalmi szervezetek együttműködését. Tovább mélyítik az együttműködést a tudomány és a kultúra, a művelődés, az irodalom és a művészet, a sajtó, a rádió, a film és a televízió, az egészségügy, a környezetvédelem, a turizmus, a testnevelés és a sport, valamint más területeken. Támogatják a két ország dolgozói közvetlen kapcsolatainak fejlesztését, s ezzel is hozzájárulnak a két nép közeledéséhez.

4. cikk

A Magas Szerződő Felek minden lehetséges módon hozzájárulnak a szocialista közösség államai testvéri kapcsolatainak további fejlesztéséhez és mindig egységük és összeforrottságuk szellemében tevékenykednek. Készek megtenni a szükséges intézkedéseket a szocializmus történelmi vívmányainak, a két ország biztonságának és függetlenségének védelme érdekében.

5. cikk

A Magas Szerződő Felek a jövőben is következetesen szembeszállnak a különböző társadalmi rendszerű államok békés

egymás mellett élése elveinek megvalósításáért, az enyhülési folyamat szélesítéséért és elmélyítéséért a nemzetközi kapcsolatokban és aktívan hozzájárulnak ahhoz, hogy a háborút véglegesen kiküszöböljék a népek életéből. Kitartóan tevékenykednek annak érdekében, hogy megvédelmezzék a nemzetközi békét és a népek biztonságát az imperializmus és a reakció agresszív erőinek támadásaitól, továbbá, hogy megszűnjék a fegyverkezési verseny, hogy hozzájáruljanak az általános és teljes leszereléshez, hogy végérvényesen felszámolják a gyarmatosítást minden megjelenési formájában, valamint támogassák a gyarmati elnyomás alól felszabadult államokat nemzeti függetlenségük és szuverenitásuk erősítésében.

6. cikk

A Magas Szerződő Felek az európai államhatárok sérthetlenségét az európai biztonság legfontosabb feltételének tekintik és kifejezik szilárd elszántságukat, hogy közösen és a Varsói Szerződés tagállamaival szövetségben biztosítják a szerződésben résztvevő államok határainak sérthetlenségét, ahogy azok a második világháború és a háború utáni fejlődés eredményeként kialakultak, beleértve a Német Demokratikus Köztársaság és a Német Szövetségi Köztársaság közti határokat is.

Mindkét Magas Szerződő Fél közös erőfeszítéseket tesz a revansizmus és a militarizmus minden megnyilvánulásának elfojtása és az európai biztonság megszilárdítása céljából kötött szerződések maradéktalan betartása érdekében.

7. cikk

Az 1971. szeptember 3-1 Négyoldalú Megállapodásnak megfelelően a Magas Szerződő Felek abból kiindulva fogják fenntartani és fejleszteni kapcsolataikat Nyugat-Berlinnel, hogy az nem alkotó része a Német Szövetségi Köztársaságnak és továbbra sem kormányozható általa.

8. cikk

Abban az esetben, ha a Magas Szerződő Felek egyikét valamely más állam vagy államcsoport részéről fegyveres tá-

madás éri, a másik Magas Szerződő Fél azt saját maga ellen irányuló támadásnak tekinti és haladéktalanul megad minden segítséget, beleértve a katonai segítséget is, a másik Magas Szerződő Fél számára, továbbá minden rendelkezésre álló eszközzel támogatja, hogy az Egyesült Nemzetek Alapokmánya 51. cikkének megfelelően gyakorolhassa egyéni és kollektív jogát az önvédelemre.

Az e cikk alapján foganatosított intézkedésekről a Magas Szerződő Felek haladéktalanul tájékoztatják az Egyesült Nemzetek Biztonsági Tanácsát és az Egyesült Nemzetek Alapokmányában foglalt rendelkezések szerint járnak el.

9. cikk

A Magas Szerződő Felek tájékoztatják egymást és konzultálnak minden fontos nemzetközi kérdésben és a két állam érdekeinek megfelelően kialakított közös álláspont szerint járnak el.

10. cikk

E Szerződést meg kell erősíteni és az a megerősítő okiratok Budapesten történő kicserélésének napján lép hatályba.

11. cikk

E Szerződés huszonöt évig marad érvényben és hatálya mindig 10 évre meghosszabbodik, amennyiben az érvényességi időtartam lejártát megelőzően 12 hónappal egyik Magas Szerződő Fél sem közli felmondási szándékát.

Készült Berlinben, az 1977 évi Március hó 24. napján, két példányban, mindegyik német és magyar nyelven, mindketten nyelvű szöveg egyaránt hiteles.

a Német Demokratikus
Köztársaság nevében

E. Honecker

a Magyar Népköztársaság
névében

Kádár János
Lázár György

Gesetz
über den Vertrag vom 6. Mai 1977
über Freundschaft und Zusammenarbeit
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Mongolischen Volksrepublik

vom 16. Juni 1977

§ 1

Die Volkskammer bestätigt den am 6. Mai 1977 in Berlin unterzeichneten, nachstehend veröffentlichten Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Mongolischen Volksrepublik.

§ 2

Der Tag, an dem der Vertrag gemäß seinem Artikel 10 wirksam wird, ist im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntzugeben.

§ 3

Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

Das vorstehende, von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am sechzehnten Juni neunzehnhundert-siebenundsiebzig beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den sechzehnten Juni neunzehnhundertsiebenundsiebzig

Der Vorsitzende des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik

E. Honecker

Vertrag
über Freundschaft und Zusammenarbeit
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Mongolischen Volksrepublik

Die Deutsche Demokratische Republik
und
die Mongolische Volksrepublik
haben

feststellend, daß die Beziehungen der brüderlichen Freundschaft, der allseitigen Zusammenarbeit und der kameradschaftlichen gegenseitigen Hilfe zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Mongolischen Volksrepublik auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des sozialistischen Internationalismus fruchtbare Ergebnisse zum Wohle der Völker beider Staaten und der gesamten sozialistischen Staatengemeinschaft gezeitigt haben;

ihrem aufrichtigen Streben Ausdruck verleihend, diese Beziehungen zum Nutzen beider Staaten und Völker umfassend weiterzuentwickeln und damit den gesetzmäßigen Prozeß der wachsenden Gemeinsamkeiten in Politik, Wirtschaft und im sozialen Leben, der weiteren Annäherung der sozialistischen Länder und Nationen zielstrebig zu fördern;

in der Auffassung, daß die enge ökonomische Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten voll und ganz den Zielen und Aufgaben der weiteren Entwicklung und Vervollkommnung der sozialistischen ökonomischen Integration entspricht;

geleitet vom entschiedenen Bemühen, zur Stärkung der Geschlossenheit aller Länder der sozialistischen Gemeinschaft beizutragen, die auf der Gemeinsamkeit der Gesellschaftsordnung und der Endziele beruht;

bekräftigend, daß die Festigung, der Ausbau und der Schutz der sozialistischen Errungenschaften, die durch aufopferungsvolle Arbeit jedes Volkes erreicht wurden, internationalistische Pflicht beider Seiten ist;

geleitet von dem Streben, gemäß den Grundsätzen und Zielen der sozialistischen Außenpolitik die günstigsten internationalen Bedingungen für die Errichtung des Sozialismus und Kommunismus zu gewährleisten;

in der festen Entschlossenheit, die weitere Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa, in Asien und in der ganzen Welt zu fördern und zur Entwicklung und Erweiterung der Beziehungen zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz entsprechend den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen beizutragen;

der weiteren Entwicklung und Vervollkommnung der vertragsrechtlichen Grundlage ihrer gegenseitigen Beziehungen große Bedeutung beimessend und unter Berücksichtigung der Veränderungen in der internationalen Lage

beschlossen,

diesen Vertrag abzuschließen, und zu diesem Zweck folgendes vereinbart:

Artikel 1

Die Hohen Vertragschließenden Seiten werden, geleitet von den Prinzipien des sozialistischen Internationalismus, auch

künftig die enge unverbrüchliche Freundschaft zwischen den Völkern der Deutschen Demokratischen Republik und der Mongolischen Volksrepublik festigen sowie die Beziehungen der alle Gebiete des gesellschaftlichen Lebens umfassenden Zusammenarbeit und der kameradschaftlichen gegenseitigen Hilfe auf der Grundlage der Achtung der staatlichen Souveränität und der Unabhängigkeit, der völligen Gleichberechtigung und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten allseitig vertiefen und entwickeln.

Artikel 2

Die Hohen Vertragschließenden Seiten werden in Übereinstimmung mit den Grundsätzen und Zielen der sozialistischen ökonomischen Integration und zur ständig besseren Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse ihrer Völker die gegenseitig vorteilhafte bi- und multilaterale wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, einschließlich der Zusammenarbeit im Rahmen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, festigen und erweitern. Die Seiten werden durch ihre Mitarbeit bei der Verwirklichung des Komplexprogramms der sozialistischen ökonomischen Integration und durch die Verwirklichung des Prinzips der kameradschaftlichen gegenseitigen Hilfe allseitig zur schrittweisen Annäherung und Angleichung des Niveaus der ökonomischen Entwicklung der Mitgliedsländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe beitragen. Beide Seiten werden die langfristige Koordinierung und Abstimmung ihrer Volkswirtschaftspläne fortführen.

Artikel 3

Die Hohen Vertragschließenden Seiten werden auch fernerhin die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur und Wissenschaft, des Bildungswesens, des Gesundheitswesens, der Literatur, der Kunst, der Presse, des Rundfunks, des Fernsehens, des Films, des Tourismus sowie der Körperkultur und des Sports erweitern.

Artikel 4

Die Hohen Vertragschließenden Seiten werden die weitere Entwicklung der Zusammenarbeit und der Beziehungen zwischen staatlichen Organen und gesellschaftlichen Organisationen sowie die Herstellung und Vertiefung von Kontakten zwischen den Werktätigen beider Länder als wichtiges Mittel zur Annäherung der Völker der Deutschen Demokratischen Republik und der Mongolischen Volksrepublik und zum gegenseitigen Kennenlernen ihres Lebens und ihrer Erfahrungen beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft in beiden Ländern in breitem Maße fördern.

Artikel 5

Die Hohen Vertragschließenden Seiten werden auch fernerhin alle Maßnahmen zur weiteren Stärkung der Einheit und Geschlossenheit der sozialistischen Staatengemeinschaft als Hauptstütze aller revolutionären und fortschrittlichen Kräfte ergreifen.

Artikel 6

Die Hohen Vertragsschließenden Seiten werden auch künftig die Politik der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung verfolgen, zur Vertiefung des Entspannungsprozesses in den internationalen Beziehungen beitragen und alles tun, was in ihren Kräften steht, um den Krieg für immer aus dem Leben der Völker zu verbannen. Sie werden gemeinsame Anstrengungen unternehmen, um jeglichen Erscheinungen des Revanchismus und Militarismus entgegenzuwirken.

Beide Seiten werden alles daransetzen, um den Frieden und die Sicherheit der Völker zu festigen und sie gegen Anschläge aggressiver Kräfte des Imperialismus und der Reaktion zu schützen, das Wettrüsten einzustellen, zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung beizutragen, den Kolonialismus in all seinen Erscheinungsformen endgültig zu beseitigen und die Völker, die sich von kolonialer Unterdrückung befreit haben, bei der Festigung ihrer nationalen Unabhängigkeit und Souveränität zu unterstützen.

Artikel 7

Die Hohen Vertragsschließenden Seiten werden die strikte Einhaltung der Vereinbarungen zur Festigung der europäischen Sicherheit und alle Anstrengungen zur Lösung des Problems der Sicherheit in Asien auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz unterstützen.

Artikel 8

Die Hohen Vertragsschließenden Seiten werden in Übereinstimmung mit dem Vierseitigen Abkommen vom 3. Septem-

ber 1971 ihre Verbindungen zu Westberlin ausgehend davon unterhalten und entwickeln, daß es kein Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland ist und auch weiterhin nicht von ihr regiert wird.

Artikel 9

Die Hohen Vertragsschließenden Seiten werden einander über alle wichtigen internationalen und andere Fragen von beiderseitigem Interesse informieren, sich beraten und bei ihrem Handeln von der vereinbarten Position ausgehen.

Artikel 10

Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation und tritt mit dem Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden, der in Kürze in Ulan-Bator erfolgt, in Kraft.

Artikel 11

Dieser Vertrag wird für die Dauer von 25 Jahren abgeschlossen und automatisch um jeweils weitere 10 Jahre verlängert, wenn nicht eine der Hohen Vertragsschließenden Seiten zwölf Monate vor Ablauf der Geltungsdauer den Wunsch äußert, ihn zu kündigen.

Ausgefertigt in Berlin, am 6. Mai 1977, in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und mongolischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

Für die
Deutsche Demokratische
Republik
E. Honecker

Für die
Mongolische Volksrepublik
J. Zedenbal

БҮГД НАЙРАМДАХ АРДЧИЛСАН ГЕРМАН УЛС, БҮГД НАЙРАМДАХ МОНГОЛ АРД УЛСЫН ХООРОНДЫН НАЙРАМДАЛ, ХАМТЫН АЖИЛЛАГААНЫ ТУХАЙ ГЭРЭЭ

Бүгд Найрамдах Ардчилсан Герман Улс, Бүгд Найрамдах Монгол Ард Улс

Марксизм-ленинизм, социалист интернационализмын зарчимд тулгуурласан Бүгд Найрамдах Ардчилсан Герман Улс, Бүгд Найрамдах Монгол Ард Улсын хоорондын ах дүүгийн найрамдал, бүх талын хамтын ажиллагаа-болон нөхөр ёсоор харилцаа туслах харилцаа нь тус хоёр орны ард түмний болон нийт социалист хамтын нөхөрлөлийн тусын тулд үр бүтээлтэй хөгжин ирснийг тэмдэглэн,

Эн харилцааг хоёр орон, ард түмний эрх ашгийн үүднээс цаашид бүхий л талаар зузаатган бэхжүүлж, улмаар социалист орон, үндэстнүүдийн улс төр, эдийн засаг, нийгмийн амьдрал дахь өсөн нэмэгдсээр байгаа нийтлэг байдалд болон тэдний ойртон нягтрах зүй тогтоолт үйл явцад тууштай тус дөхөм үзүүлэхийг чин сэтгэлээсээ эрмэлзэж байгааг илэрхийлэн,

Тус хоёр улсын эдийн засгийн нягт хамтын ажиллагаа нь эдийн засгийн социалист интеграцийг цаашид хөгжүүлэн төгс боловсронгуй болгох чиг зорилгод бүрэн нийцэж байна гэж үзэн,

Нийтлэг нийгмийн байгуулал, нэгдмэл туйлын зорилгод тулгуурласан социалист хамтын нөхөрлөлийн бүх орны эн нэгдлийг бэхжүүлэхэд хувь нэмрээ оруулах чин эрмэлзлийг удирдлага болгон, ард түмний шургуу хөдөлмөрийн үрээр олсон социалист ололт амжилтыг бататган хөгжүүлж хамгаалах явдал бол хоёр орны интернациональ үүрэг мөн гэдгийг нотлов,

Социализм, коммунизм байгуулах олон улсын хамгийн таатай нөхцлийг социалист гадаад бодлогын зарчим, зорилгын дагуу хангах эрмэлзлийг илэрхийлэн,

Европ, Ази болон даян дэлхийд энх тайван, аюулгүй байдлыг цаашид бэхжүүлэхэд тус дөхөм үзүүлэн, нийгмийн янз бүрийн байгуулал бүхий улсуудын хоорондын харилцааг энх тайвнаар зэрэгцэн орших зарчмын үндсэн дээр Нэгдсэн Үндэстний Байгууллагын дүрмийн зорилго, зарчмын дагуу өргөтгөн хөгжүүлэхэд хувь нэмрээ оруулах шийдвэр төгс байгаагаа илэрхийлэн,

Өөр хоорондын харилцааны гэрээ, хууль эрхийн үндсийг цаашид хөгжүүлэн төгс боловсронгуй болгох нь чухал ач холбогдолтой гэж үзэхийн хамт олон улсын байдалд гарсан өөрчлөлтийг харгалзан,

Энэхүү Гэрээг байгуулахаар шийдэж, энэ зорилгоор дор дурдсан зүйлсийг хэлэлцэн тохиров. Үүнд:

Нэгдүгээр зүйл

Хэлэлцэн Тохирогч Эрхэм хоёр Эгтээд социалист интернационализмын зарчмыг удирдлага болгон төрийн бүрэн эрхт байдал, тусгаар тогтнол, тэгш эрх, дотоод хэрэгт үл оролцох зарчмыг хүндэтгэх үндсэн дээр Бүгд Найрамдах Ардчилсан Герман Улс, Бүгд Найрамдах Монгол Ард Улсын ард түмний эвдэршгүй нягт зузаан найрамдлыг улам бэхжүүлж, нийгмийн

амьдралын бүх салбарт хамтран ажиллах, нөхөр ёсоор харилцан туслах харилцааг бүхий л талаар гүнзгийрүүлэн хөгжүүлэх болно.

Хоёрдугаар зүйл

Хэлэлцэн Тохирогч Эрхэм хоёр Эгтээд эдийн засгийн социалист интеграцийн зарчим, зорилгын дагуу өөрсдийн ард түмний аж амьдрал, соёлын хэрэгцээг байнга ханган сайжруулах зорилгоор Эдийн Засгийн Харилцан Туслах Зөвлөлийн хүрээнд хамтран ажиллах явдлыг оролцуулан хоёр талын болон олон талын эдийн засаг, шинжлэх ухаан-техникийн харилцан ашигтай хамтын ажиллагааг бэхжүүлж өргөжүүлнэ. Хоёр Эгтээд социалист эдийн засгийн интеграцийн Цогцолбор Программыг хэрэгжүүлэх үйлсэд хамтран ажиллаж, нөхөр ёсоор харилцан туслах зарчмыг хэрэгжүүлснээрээ Эдийн Засгийн Харилцан Туслах Зөвлөлийн гишүүн орнуудын эдийн засгийн хөгжлийн төвшинг аажмаар ойртуулан жигдрүүлэхэд бүхий л аргаар тус дөхөм үзүүлэх болно. Хоёр Эгтээд өөрсдийн улс ардын аж ахуйн төлөвлөгөөг удаан хугацаагаар зөвлөлдөн зохицуулах ажлыг үргэлжлүүлэн гүйцэтгэнэ.

Гуравдугаар зүйл

Хэлэлцэн Тохирогч Эрхэм хоёр Эгтээд соёл, шинжлэх ухаан, боловсрол, эрүүлийг хамгаалах, утга зохиол, урлаг, хэвлэл, радио, телевиз, кино, аялал жуулчлал, биеийн тамир, спортын салбарт хамтран ажиллах явдлыг цаашид өргөжүүлэн хөгжүүлнэ.

Дөрөвдүгээр зүйл

Хэлэлцэн Тохирогч Эрхэм хоёр Эгтээд хоёр улсын төрийн болон олон нийтийн байгууллагуудын хооронд хамтын ажиллагаа, харилцаа холбоог цаашид хөгжүүлж, хөдөлмөрчдийн хооронд хэлхээ холбоо тогтоон гүнзгийрүүлэх нь Бүгд Найрамдах Ардчилсан Герман Улс, Бүгд Найрамдах Монгол Ард Улсын ард түмнийг ойртуулан нягтруулж, тэднийг тус хоёр орны социалист нийгмийн бүтээн байгуулалтын туршлага, амьдралтай харилцан танилцуулах чухал хэрэглүүр мөн гэж үзэж бүхий л аргаар тус дөхөм үзүүлнэ.

Тавдугаар зүйл

Хэлэлцэн Тохирогч Эрхэм хоёр Эгтээд хувьсгалт, дэвшилт бүх хүчний гол түшиг тулгуур болсон социалист хамтын нөхөрлөлийн улсуудын нэгдэл нягтран улам зузаатган бэхжүүлэх талаар хойшид ч бүхий л арга хэмжээ авч байх болно.

Зургадугаар зүйл

Хэлэлцэн Тохирогч Эрхэм хоёр Эгтээд нийгмийн янз бүрийн байгуулан бүхий улсуудтай энх тайвнаар зэрэгцэн орших бодлогыг тууштай явуулж, олон улсын харилцаанд намжмал байдлыг гүнзгийрүүлэх явдалд тус дөхөм үзүүлж, дайныг улс түмний амьдралаас эгнээг арилган зайлуулахын тулд бололцоотой бүхнийг хийх болно. Хоёр Эгтээд хонзогнох, цэрэгжих явдлын аливаа илрэлийн эсрэг хамтран тэмцэх болно.

Хоёр Эгтээд улс түмний энх тайван, аюулгүй байдлыг империализм, харгислалын түрэмгий хүчний хандлага өнгөлзлөгөөс хамгаалан бэхжүүлэх, зэвсгээр хөөцөлдөх явдлыг зогсоох, зэвсгийг бүх нийтээр бүрэн хураах болон колончлолын бүхий л илэрлийг эцэслэн усгатахад тус дөхөм үзүүлэх, колонийн дарлалаас чөлөөлөгдсөн улс түмний үндэсний тусгаар тогтнол, бүрэн эрхт байдлыг бэхжүүлэхэд дэмжлэг үзүүлэхийн тулд бололцоотой бүхнийг хийх болно.

Долдугаар зүйл

Хэлэлцэн Тохирогч Эрхэм хоёр Эгтээд Европын аюулгүй байдлыг бэхжүүлэх талаар хэлэлцэн тохирсон зүйлсийг чандлан сахих явдлыг дэмжихийн хамт Азийн аюулгүй байдлын асуудлыг энх тайвнаар зэрэгцэн орших зарчмын үндсэн дээр шийдвэрлэхэд чиглэсэн бүх хүчин чармайлтыг дэмжих болно.

Наймдугаар зүйл

Хэлэлцэн Тохирогч Эрхэм хоёр Эгтээд Баруун Берлинтэй харилцахдаа Баруун Берлин нь Холбооны Бүгд Найрамдах Герман Улсын бүрэлдэхүүн хэсэг биш бөгөөд хойшид ч түүний эрх мэдэлд байхгүй гэдгийг үндэслэн 1971 оны есдүгээр сарын 3-ны Дөрвөн этгээдийн хэлэлцээрийг баримталж байх болно.

Есдүгээр зүйл

Хэлэлцэн Тохирогч Эрхэм хоёр Эгтээд олон улсын бүх чухал асуудлаар, түүжчлэн тэдний сонирхлыг татсан бусад асуудлаар санал мэдээлэл солилцон зөвлөлдөж, харилцан эрхцүүлсэн байр сууринаас үйл ажиллагаагаа явуулах болно.

Аравдугаар зүйл

Энэхүү Гэрээ нь батлагдах бөгөөд батламж жуух бичгүүдийг Улаанбаатар хотноо нэн богино хугацаанд солилцсон өдрөөс эхлэн хүчин төгөлдөр болно.

Арван нэгдүгээр зүйл

Энэхүү Гэрээг 25 жилийн хугацаатай байгуулсан бөгөөд Хэлэлцэн Тохирогч Эрхэм хоёр Эгтээдийн аль нэг нь зохих хугацааг дуусахаас арван хоёр сарын өмнө уг Гэрээг цуцлах тухайгаа эс мэдэгдвэл араа арван жилээр аяндаа сунгагдаж байна.

Энэхүү Гэрээг 1977 оны 5-р сарын 1 өдөр Берлин хотноо герман, монгол хэлээр тус бүр хоёр хувь үйлдсэн бөгөөд хоёр эх нь адил хүчинтэй байна.

БҮГД НАЙРАМДАХ
АРДЧИЛСАН ГЕРМАН
УЛСЫН ӨМНӨӨС
Э. Хонеккер

БҮГД НАЙРАМДАХ
МОНГОЛ АРД УЛСЫН
ӨМНӨӨС
Ю. Цэдэнбал

Gesetz
über den Vertrag vom 28. Mai 1977
über Freundschaft, Zusammenarbeit und
gegenseitigen Beistand
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Volksrepublik Polen

vom 16. Juni 1977

§ 1

Die Volkskammer bestätigt den am 28. Mai 1977 in Berlin unterzeichneten, nachstehend veröffentlichten Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen.

§ 2

Der Tag, an dem der Vertrag gemäß seinem Artikel 13 wirksam wird, ist im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntzugeben.

§ 3

Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

Das vorstehende, von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am sechzehnten Juni neunzehnhundert-siebenundsiebzig beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den sechzehnten Juni neunzehnhundertsiebenundsiebzig

Der Vorsitzende des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik

E. Honecker

Vertrag
über Freundschaft, Zusammenarbeit und
gegenseitigen Beistand
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Volksrepublik Polen

Die Deutsche Demokratische Republik und die Volksrepublik Polen haben,

davon ausgehend, daß die Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung in beiden Staaten eine historische Wende im Leben ihrer Völker darstellte und zur Herstellung eines unverbrüchlichen Bündnisses brüderlicher Freundschaft und allseitiger Zusammenarbeit zwischen ihnen auf der Grundlage der Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des sozialistischen Internationalismus führte;

bekräftigend, daß die Erfüllung des Potsdamer Abkommens durch die Deutsche Demokratische Republik sowie der Abschluß des Abkommens von Zgorzelec zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Polen vom 6. Juli 1950 über die Markierung der festgelegten und bestehenden deutsch-polnischen Staatsgrenze Eckpfeiler der Entwicklung der brüderlichen, gutnachbarlichen Zusammenarbeit beider Staaten und Völker darstellen;

entschlossen, allseitig die gegenseitigen freundschaftlichen Beziehungen zum Nutzen beider Staaten und ihrer Völker sowie im Interesse der Festigung der sozialistischen Staatengemeinschaft und der mit ihrer Entwicklung übereinstimmenden weiteren Annäherung der sozialistischen Nationen zu entwickeln;

dem Zusammenwirken beider Staaten gemäß den Grundsätzen und Zielen der sozialistischen Außenpolitik die günstigsten internationalen Bedingungen für die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft zu gewährleisten, große Bedeutung beimessend;

in Bekräftigung ihres festen Willens, die sich aus dem Warschauer Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vom 14. Mai 1955 ergebenden Verpflichtungen strikt zu erfüllen;

entschlossen, weiterhin konsequent die Einheit und Geschlossenheit der in der sozialistischen Gemeinschaft vereinten brüderlichen, gleichberechtigten und souveränen Staaten zu festigen, den Schutz ihrer territorialen Integrität und Souveränität gegenüber jeglicher Aggression zu sichern, sowie in Bekräftigung dessen, daß die Festigung und die entschlossene Verteidigung der Errungenschaften des Sozialismus, die durch den heldenhaften Kampf und die aufopferungsvolle Arbeit der Arbeiter, Bauern und der Intelligenz erreicht wurden, die internationalistische Pflicht der sozialistischen Staaten ist;

geleitet von dem Streben, die politische und ideologische Zusammenarbeit weiter zu vervollkommen und die sozialistische ökonomische Integration ständig zu entwickeln und zu vertiefen;

entschlossen, für die weitere Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa und in der Welt zu wirken und ihren Beitrag dazu zu leisten, auf der Grundlage der kollektiv ausgearbeiteten Prinzipien der Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung eine frucht-

bringende und gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit auf dem europäischen Kontinent zu entwickeln;

überzeugt, daß das zwischen sozialistischen Staaten und kapitalistischen Staaten abgeschlossene Vertragssystem und dessen weiterer Ausbau für die Gewährleistung des Friedens und der internationalen Sicherheit und für die Unantastbarkeit der in Europa bestehenden Grenzen von grundlegender Bedeutung ist;

angesichts dessen, daß die Deutsche Demokratische Republik als souveräner, unabhängiger sozialistischer Staat vollberechtigtes Mitglied der Vereinten Nationen geworden ist;

geleitet von den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen sowie auch angesichts des gemeinsamen Strebens, sie zu festigen;

in Anbetracht der intensiven Entwicklung der allseitigen Zusammenarbeit besonders in den letzten Jahren sowie in dem Bestreben, die vertragsrechtlichen Grundlagen der gegenseitigen Beziehungen unter Berücksichtigung der Veränderungen, die sich in Europa und in der Welt vollzogen haben, weiter zu entwickeln;

beschlossen,

diesen Vertrag abzuschließen, und haben zu diesem Zweck folgendes vereinbart:

Artikel 1

Die Hohen Vertragschließenden Seiten werden in Übereinstimmung mit den Prinzipien des sozialistischen Internationalismus weiterhin die Beziehungen der dauerhaften, unverbrüchlichen Freundschaft und der gegenseitigen brüderlichen Hilfe auf allen Gebieten festigen und vertiefen.

Sie werden die gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit planmäßig und konsequent entwickeln und einander allseitige Hilfe und Unterstützung auf der Basis der Gleichberechtigung, der Achtung der Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Seite gewähren.

Artikel 2

Die Hohen Vertragschließenden Seiten werden stets dafür eintreten, die europäische Sicherheit zu gewährleisten, deren wichtigste Voraussetzung die Unverletzlichkeit und Unveränderlichkeit der Staatsgrenzen ist, die sich in Europa im Ergebnis des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung herausgebildet haben, darunter der Staatsgrenze zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen an Oder und Lausitzer Neiße und der Staatsgrenze zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland.

Sie geben ihrer Entschlossenheit Ausdruck, die Unantastbarkeit der Grenzen auf der Basis der sich aus dem War-

schaer Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vom 14. Mai 1955 ergebenden Verpflichtungen zu gewährleisten.

Die Hohen Vertragschließenden Seiten werden alle Anstrengungen unternehmen, um Erscheinungen des Revanchismus, des Revisionismus und Militarismus sowie Versuchen der Verletzung internationaler Verträge, die mit dem Ziel der Festigung der europäischen Sicherheit abgeschlossen wurden, entschlossen entgegenzuwirken.

Artikel 3

Die Hohen Vertragschließenden Seiten werden weiterhin ihre ideologischen und politischen Bande stärken sowie die Formen der ideologischen und politischen Zusammenarbeit vervollkommen.

Sie werden konsequent die Zusammenarbeit zwischen den Organen der Staatsmacht sowie zwischen den politischen und gesellschaftlichen Organisationen fördern.

Artikel 4

Die Hohen Vertragschließenden Seiten werden ihre Anstrengungen zur effektiven Nutzung der materiellen und geistigen Potenzen ihrer Staaten und Völker für die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft vereinen und werden damit einen Beitrag zur Festigung der sozialistischen Staatengemeinschaft leisten.

Zur immer besseren Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse beider Völker werden beide Seiten zweiseitig sowie im Rahmen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe die sozialistische ökonomische Integration, insbesondere durch die Koordinierung der langfristigen Volkswirtschaftspläne, von Perspektivmaßnahmen auf wichtigen Gebieten der Wirtschaft, Wissenschaft und Technik, durch Spezialisierung und Kooperation in Produktion und Forschung, die Zusammenarbeit im Bereich des Umweltschutzes und der Umweltgestaltung sowie das immer engere Zusammenwirken der Volkswirtschaften beider Staaten planmäßig entwickeln und vertiefen.

Artikel 5

Die Hohen Vertragschließenden Seiten werden die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wissenschaft, der Kultur, der Volksbildung und des Hochschulwesens, der Literatur und Kunst, der Presse, des Rundfunks, des Fernsehens, des Films, des Gesundheitswesens, des Tourismus, der Körperkultur und des Sports sowie auf anderen Gebieten weiterentwickeln und festigen.

Artikel 6

Die Hohen Vertragschließenden Seiten werden die Entwicklung der gutnachbarlichen Zusammenarbeit auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens und die ständige Erweiterung der direkten Beziehungen zwischen den Bezirken und Wojewodschaften, den Städten, Gewerkschaftsorganisationen, den Belegschaften der Betriebe und den Hochschulen unterstützen.

Sie werden weiterhin günstige Bedingungen für die Entwicklung direkter Kontakte zwischen den Bürgern beider Staaten schaffen und dabei besondere Bedeutung der Festigung der Freundschaft zwischen der Jugend beimessen.

Artikel 7

Die Hohen Vertragschließenden Seiten werden maximal zur Vertiefung der Freundschaft und zur weiteren Entwicklung der brüderlichen Beziehungen zwischen den Staaten der sozialistischen Gemeinschaft auf allen Gebieten sowie weiterhin zur Festigung ihrer Einheit und Stärke, zur Festigung und zum Schutz ihrer historischen Errungenschaften beim Aufbau des Sozialismus sowie zur Gewährleistung ihrer Sicherheit und Unabhängigkeit beitragen.

Artikel 8

Die Hohen Vertragschließenden Seiten werden auch künftig konsequent zusammenwirken für die Verwirklichung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, für die Erweiterung und Vertiefung des Entspannungsprozesses in den internationalen Beziehungen und aktiv dazu beitragen, den Krieg endgültig aus dem Leben der Völker zu verbannen. Sie werden alle Kräfte für den Schutz und die Festigung des Friedens und der Sicherheit der Völker gegen Anschläge der aggressiven Kräfte des Imperialismus und zur allgemeinen Verwirklichung des Verbots der Androhung oder Anwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen, für die Einstellung des Wettrennens und zur Erreichung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung einsetzen.

Sie werden die Anstrengungen der von kolonialer Unterdrückung befreiten Staaten zur Stärkung ihrer Unabhängigkeit und Souveränität unterstützen und dazu beitragen, den Kolonialismus in all seinen Formen und Erscheinungen endgültig zu beseitigen.

Artikel 9

In Übereinstimmung mit dem Vierseitigen Abkommen vom 3. September 1971 werden die Hohen Vertragschließenden Seiten ihre Verbindungen zu Westberlin ausgehend davon unterhalten und entwickeln, daß es kein Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland ist und auch weiterhin nicht von ihr regiert wird.

Artikel 10

Im Falle eines bewaffneten Überfalls irgendeines Staates oder irgendeiner Staatengruppe auf eine der Hohen Vertragschließenden Seiten wird die andere Hohe Vertragschließende Seite dies als einen Angriff auf sich selbst betrachten und ihr unverzüglich jeglichen Beistand, einschließlich des militärischen, leisten und sie in Ausübung des Rechts auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung, gemäß Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen.

Die Hohen Vertragschließenden Seiten werden dabei entsprechend den Festlegungen der Charta der Vereinten Nationen handeln und unverzüglich den Sicherheitsrat über die eingeleiteten Schritte unterrichten.

Artikel 11

Die Hohen Vertragschließenden Seiten werden weiterhin ihren Beitrag zur Tätigkeit der Organisation der Vereinten Nationen leisten und dabei der Festigung des Friedens und der Sicherheit in Übereinstimmung mit den Zielen und

Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen besondere Bedeutung beimessen.

Artikel 12

Die Hohen Vertragsschließenden Seiten werden einander über wichtige internationale Probleme informieren und Konsultationen durchführen, um ein abgestimmtes Handeln zu gewährleisten, das die Interessen beider Staaten berücksichtigt.

Artikel 13

Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation und tritt mit dem Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden, der in Warschau erfolgt, in Kraft.

Artikel 14

Dieser Vertrag wird für die Dauer von 25 Jahren abgeschlossen. Er wird automatisch um jeweils weitere zehn Jahre verlängert, wenn nicht eine der Hohen Vertragsschließenden Seiten zwölf Monate vor Ablauf der Geltungsdauer durch Notifikation den Wunsch äußert, ihn zu kündigen.

Ausgefertigt in Berlin am 28. Mai 1977 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und polnischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

Für die
Deutsche Demokratische
Republik
E. Honecker

Für die
Volksrepublik Polen
Gierek

UKLAD

między Niemiecką Republiką Demokratyczną a Polską Rzeczpospolitą Ludową o przyjaźni, współpracy i wzajemnej pomocy

Niemiecka Republika Demokratyczna i Polska Rzeczpospolita Ludowa,

zważywszy, że budowa ustroju socjalistycznego w obu państwach stanowiła historyczny zwrot w życiu ich narodów i doprowadziła do ustanowienia między nimi nierozzerwalnego sojuszu, braterskiej przyjaźni i wazeczhronnej współpracy, opartych na zasadach marksizmu-leninizmu i socjalistycznego internacjonalizmu,

potwierdzając, że wykonanie przez Niemiecką Republikę Demokratyczną Układu Poczdamskiego oraz zawarcie między Niemiecką Republiką Demokratyczną a Rzeczpospolitą Polską Układu o wytyczeniu ustalonej i istniejącej polsko-niemieckiej granicy państwowej, podpisanego w Zgorzelcu dnia 8 lipca 1959 roku stanowią kamień węgielny rozwoju braterskiej, dobrosąsiedzkiej współpracy obu państw i narodów,

zdecydowane wszechstronnie rozwijać wzajemne przyjacielskie stosunki z korzyścią dla obu państw i ich narodów oraz w interesie umacniania wspólnoty państw socjalistycznych i zgodnego z jej rozwojem dalszego zbliżania socjalistycznych narodów,

przywiązując, zgodnie z zasadami i celami socjalistycznej polityki zagranicznej, doniosłe znaczenie do współdziałania obu państw na rzecz zapewniania najbardziej sprzyjających warunków międzynarodowych dla budowy ich rozwiniętych społeczeństw socjalistycznych,

potwierdzając swą niezłomną wolę ścisłego przestrzegania zobowiązań wynikających z Układu Warszawskiego o przyjaźni, współpracy i pomocy wzajemnej z dnia 14 maja 1955 roku,

zdecydowane nadal konsekwentnie umacniać jedność i zwartosc skupionych we wspólnocie socjalistycznej bratnich, równouprawnionych i suwerennych państw, zapewniać obronę ich terytorialnej integralności i suwerenności przed jakąkolwiek agresją, jak również podkreślając, że utrwalenie i zdecydowana obrona zdobyczy socjalizmu osiągniętych bohaterką walką i pełną poświęcenia pracą robotników, chłopów i inteligencji jest internacjonalistycznym obowiązkiem państw socjalistycznych,

kierując się dążeniem do dalszego doskonalenia współpracy politycznej i ideologicznej oraz stałego rozwijania i pogłębiania socjalistycznej integracji gospodarczej,

zdecydowane działać na rzecz dalszego umacniania pokoju i bezpieczeństwa w Europie i w świecie oraz wnosić swój wkład w rozwój owocnej i wzajemnie korzystnej współpracy na kontynencie europejskim na podstawie kolektywnie wypracowanych zasad stosunków między państwami o odmiennych ustrojach społecznych,

przeświadczone, że system układów zawartych między państwami socjalistycznymi a państwami kapitalistycznymi i jego dalsza rozbudowa posiadają zasadnicze znaczenie dla zapewnienia pokoju i bezpieczeństwa międzynarodowego oraz nietykalności istniejących w Europie granic,

biorąc pod uwagę, że Niemiecka Republika Demokratyczna, jako suwerenne, niepodległe, socjalistyczne państwo stała się pełnoprawnym członkiem Organizacji Narodów Zjednoczonych,

kierując się celami i zasadami Karty Narodów Zjednoczonych, jak też mając na względzie wspólne dążenie do ich umacniania,

mając na uwadze intensywny, zwłaszcza w ostatnich latach rozwój ich wszechstronnej współpracy oraz zamierzając nadal rozwijać traktatowe podstawy wzajemnych stosunków z uwzględnieniem przemian, które zaszły w Europie i w świecie,

postanowiły zawrzeć niniejszy Układ i w tym celu uzgodniły co następuje:

Artykuł 1

Wysokie Umawiające się Strony będą zgodnie z zasadami socjalistycznego internacjonalizmu nadal umacniać i pogłębiać stosunki trwałe, nierozzerwalnej przyjaźni i wzajemnej braterskiej pomocy we wszystkich dziedzinach. Będą planowo i konsekwentnie rozwijać wzajemnie korzystną współpracę oraz udzielać sobie wszechstronnej pomocy i poparcia na zasadzie równouprawnienia, poszanowania suwerenności i nieingerowania w wewnętrzne sprawy drugiej Strony.

Artykuł 2

Wysokie Umawiające się Strony będą nieustannie działać na rzecz utrwalania bezpieczeństwa europejskiego, którego najważniejszą przesłanką jest nienaruszalność i niezmiennosc granic państwowych ukształtowanych w Europie w wyniku drugiej wojny światowej i powojennego rozwoju, w tym

granicy państwowej między Niemiecką Republiką Demokratyczną a Polską Rzeczpospolitą Ludową na Odrze i Nysie Łużyckiej oraz granicy państwowej między Niemiecką Republiką Demokratyczną a Republiką Federalną Niemiec.

Dają one wyraz swemu zdecydowaniu zapewnienia nietykalności granic w oparciu o zobowiązania wynikające z Układu Warszawskiego o przyjaźni, współpracy i pomocy wzajemnej z dnia 14 maja 1955 roku.

Wysokie Umawiające się Strony będą podejmować wszelkie wysiłki w celu stanowczego przeciwdziałania przejawom odwetu, rewizjonizmu i militarystyki jak również próbom naruszania umów międzynarodowych zawartych w celu umocnienia bezpieczeństwa europejskiego.

Artykuł 3

Wysokie Umawiające się Strony będą nadal umacniać ich więzi ideowe i polityczne oraz doskonalić formy ideologicznej i politycznej współpracy.

Będą one konsekwentnie popierać współpracę między organami państwowymi oraz organizacjami politycznymi i społecznymi.

Artykuł 4

Wysokie Umawiające się Strony będą jednoczyć swe wysiłki dla efektywnego wykorzystania materialnych i duchowych potencjałów swych państw i narodów na rzecz budowy ich rozwiniętych społeczeństw socjalistycznych, wnosząc tym samym wkład w umacnianie wspólnoty państw socjalistycznych.

W celu coraz lepszego zaspokajania stale rosnących materialnych i kulturalnych potrzeb obu narodów, będą one planowo rozwijać i pogłębiać w stosunkach dwustronnych oraz w ramach Rady Wzajemnej Pomocy Gospodarczej socjalistyczną integrację gospodarczą, w szczególności przez koordynację długofalowych narodowych planów społeczno-gospodarczych, perspektywicznych przedsięwzięć w ważnych dziedzinach gospodarki, nauki i techniki, specjalizację i kooperację produkcji i badań naukowych, współpracę w zakresie ochrony i kształtowania środowiska oraz coraz ściślejsze współdziałanie gospodarek narodowych obu państw.

Artykuł 5

Wysokie Umawiające się Strony będą nadal rozwijać i umacniać współpracę w dziedzinie nauki, kultury, oświaty i szkolnictwa wyższego, literatury i sztuki, prasy, radia i telewizji, filmu, ochrony zdrowia, turystyki, kultury fizycznej i sportu oraz w innych dziedzinach.

Artykuł 6

Wysokie Umawiające się Strony będą popierać rozwój dobrosąsiedzkiej współpracy we wszystkich dziedzinach życia społecznego oraz stałe rozszerzanie bezpośrednich stosunków między województwami i okręgami, miastami, organizacjami związków zawodowych, załogami zakładów pracy, szkołami wyższymi.

Będą one nadal stwarzać korzystne warunki dla rozwoju bezpośrednich kontaktów między obywatelami obu państw, przywiązując szczególne znaczenie do umacniania przyjaźni między młodzieżą.

Artykuł 7

Wysokie Umawiające się Strony będą maksymalnie przyczyniać się do pogłębiania przyjaźni i dalszego rozwijania braterskich stosunków między państwami wspólnoty socjalistycznej we wszystkich dziedzinach, jak również będą nadal wnosić swój wkład na rzecz umacniania ich jedności i siły, utrwalania i obrony ich historycznych osiągnięć w budowie socjalizmu oraz zapewnienia ich bezpieczeństwa i niezależności.

Artykuł 8

Wysokie Umawiające się Strony będą także w przyszłości konsekwentnie współdziałać na rzecz realizacji zasad pokojowego współistnienia państw o odmiennych ustrojach społecznych, rozszerzania i pogłębiania procesu odprężenia w stosunkach międzynarodowych oraz aktywnie przyczyniać się do ostatecznego wyeliminowania wojny z życia narodów.

Będą one podejmować wszelkie wysiłki w celu obrony i umacniania pokoju i bezpieczeństwa narodów wobec poczynań agresywnych sił imperializmu i na rzecz powszechnego przestrzegania zakazu użycia siły lub groźby jej użycia w stosunkach międzynarodowych, zaprzestania wyścigu zbrojeń i doprowadzenia do powszechnego i całkowitego rozbrojenia.

Będą one popierać wysiłki państw wyzwolonych spod kolonialnego ucisku zmierzające do umocnienia ich niepodległości i suwerenności oraz przyczyniać się do ostatecznej likwidacji kolonializmu we wszystkich jego formach i przejawach.

Artykuł 9

Zgodnie z Czterostronnym Porozumieniem z dnia 3 września 1971 roku Wysokie Umawiające się Strony będą utrzymywać i rozwijać swoje powiązania z Berlinem Zachodnim, uwzględniając, że nie jest on częścią składową Republiki Federalnej Niemiec i także nadal nie będzie przez nią rządzony.

Artykuł 10

W przypadku zbrojnej napaści jakiegokolwiek państwa lub jakiejkolwiek grupy państw na jedną z Wysokich Umawiających się Stron, druga Wysoka Umawiająca się Strona będzie traktowała to jako napad na nią samą i udzieli jej niezwłocznie wszelkiej pomocy, włącznie z wojskową oraz poprze ją wszystkimi stojącymi do swojej dyspozycji środkami w wykonaniu prawa do indywidualnej lub zbiorowej samoobrony, zgodnie z artykułem 51 Karty Narodów Zjednoczonych.

Wysokie Umawiające się Strony będą przy tym działać stosownie do postanowień Karty Narodów Zjednoczonych i powiadomią niezwłocznie o podjętych krokach Radę Bezpieczeństwa.

Artykuł 11

Wysokie Umawiające się Strony będą nadal wносить swój wkład do działalności Organizacji Narodów Zjednoczonych, przywiązując szczególne znaczenie do umacniania pokoju i bezpieczeństwa zgodnie z celami i zasadami Karty Narodów Zjednoczonych.

Artykuł 12

Wysokie Umawiające się Strony będą się wzajemnie informować o ważnych problemach międzynarodowych oraz przeprowadzać konsultacje w celu zapewnienia uzgodnionego działania uwzględniającego interesy obu państw.

Artykuł 13

Układ niniejszy podlega ratyfikacji i wejdzie w życie w dniu wymiany dokumentów ratyfikacyjnych, która zostanie dokonana w Warszawie.

Artykuł 14

Układ niniejszy zawarty jest na okres dwudziestu pięciu lat. Będzie on automatycznie przedłużany na kolejne okresy dziesięcioletnie, jeżeli żadna z Wysokich Umawiających się Stron nie wyrazi w drodze notyfikacji, na dwanaście miesięcy przed upływem danego okresu, woli jego wypowiedzenia.

Sporządzono w Berlinie, dnia 28 maja 1977 roku w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim, przy czym oba teksty mają jednakową moc.

W imieniu Niemieckiej
Republiki Demokratycznej
E. Honecker

W imieniu Polskiej
Rzeczypospolitej Ludowej
Gierek

Gesetz
über das Protokoll vom 10. Februar 1977
zu dem am 30. Oktober 1957 in Berlin
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Ungarischen Volksrepublik
unterzeichneten Vertrag über den Rechtsverkehr
in Zivil-, Familien- und Strafsachen

vom 16. Juni 1977

§ 1

Die Volkskammer bestätigt das am 10. Februar 1977 in Berlin unterzeichnete, nachstehend veröffentlichte Protokoll zu dem am 30. Oktober 1957 in Berlin zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Ungarischen Volksrepublik unterzeichneten Vertrag über den Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen.

§ 2

Der Tag, an dem das Protokoll gemäß seiner Ziffer XXVI wirksam wird, ist im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntzugeben.

§ 3

Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 1977 in Kraft.

Das vorstehende, von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am sechzehnten Juni neunzehnhundert-siebenundsiebzig beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den sechzehnten Juni neunzehnhundertsiebenundsiebzig

Der Vorsitzende des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik

E. Honecker

Protokoll
zur Änderung und Ergänzung
des am 30. Oktober 1957 in Berlin
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Ungarischen Volksrepublik
unterzeichneten Vertrages über den Rechtsverkehr
in Zivil-, Familien- und Strafsachen

Die Deutsche Demokratische Republik und die Ungarische Volksrepublik

haben sich, in dem Wunsche, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten und ihren Völkern auf dem Gebiet des Rechtsverkehrs zu festigen und zu vertiefen, entschlossen,

den am 30. Oktober 1957 in Berlin unterzeichneten Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Ungarischen Volksrepublik über den Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen zu ändern und zu ergänzen.

Zu diesem Zweck haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik:

Hans-Joachim Heusinger,
 Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und
 Minister der Justiz

Der Präsidentsrat der Ungarischen Volksrepublik:

Dr. Mihály Korom,
 Minister der Justiz

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

I

Artikel 2 Absatz 2 des Vertrages erhält folgende Fassung:

„(2) Die in Absatz 1 genannten Organe gewähren Rechts-
 hilfe auch anderen Organen, die in zivil-, familien- und
 strafrechtlichen Angelegenheiten tätig sind.“

II

Artikel 3 Absatz 2 des Vertrages erhält folgende Fassung:

„(2) Andere Organe, die in zivil-, familien- und straf-
 rechtlichen Angelegenheiten tätig sind, richten ihre Ersu-
 chen an die in Artikel 2 Absatz 1 genannten Organe, soweit
 in diesem Vertrag für einzelne Fälle nichts anderes be-
 stimmt ist.“

III

Artikel 9 Absatz 3 des Vertrages wird durch folgenden Satz ergänzt:

„Zugleich sind auch die eventuellen weiteren Anfor-
 derungen mitzuteilen, in Erfüllung derer die Anschrift fest-
 gestellt werden kann.“

IV

Artikel 14 des Vertrages wird durch Absatz 2 ergänzt:

„(2) Die Minister der Justiz oder die Generalstaatsan-
 wälte der Vertragspartner erteilen einander auf unmittel-
 bares Ersuchen Auskunft über die Rechtspraxis der in
 Zivil-, Familien- und Strafsachen tätigen Organe.“

V

Nach Artikel 14 des Vertrages wird Artikel 14 A eingefügt:

„Artikel 14 A

(1) Soll die Wohnanschrift einer sich auf dem Territo-
 rium des einen Vertragspartners aufhaltenden Person fest-
 gestellt werden, gegen die von Personen, die auf dem
 Territorium des anderen Vertragspartners wohnen oder
 sich dort aufhalten, zivil- oder familienrechtliche An-
 sprüche geltend gemacht werden oder deren Anschrift für
 die Durchführung eines auf dem Territorium des letzt-
 genannten Vertragspartners eingeleiteten Strafverfahrens
 erforderlich ist, treffen die Ministerien der Justiz oder
 die Generalstaatsanwälte der Vertragspartner auf Ersu-
 chen Maßnahmen zur Feststellung der Anschrift dieser
 Person. Zu diesem Zweck sind entsprechende Unterlagen
 zur Verfügung zu stellen, aus denen sich Anhaltspunkte
 für die Ermittlung der Wohnanschrift oder des Aufent-
 haltes ergeben. Soweit diesbezüglichen Ersuchen die Ver-
 folgung zivil- oder familienrechtlicher Ansprüche zugrunde
 liegen, ergibt sich für den ersuchten Vertragspartner keine
 Verpflichtung zur Einleitung von Fahndungsmaßnahmen.

(2) Die Gerichte der Vertragspartner treffen auf Ersu-
 chen Maßnahmen zur Feststellung der Arbeitsstelle und
 der Höhe des Einkommens von Personen, die wegen Un-
 terhaltsforderungen in Anspruch genommen werden. Zur
 Erleichterung der Erledigung derartiger Ersuchen über-
 mittelt der ersuchende Vertragspartner alle vorhandenen
 Hinweise.“

VI

Die Artikel 16, 19 und 20 des Vertrages erhalten folgende Fassung:

„Artikel 18

(1) Den Staatsbürgern des einen Vertragspartners wird auf dem Territorium des anderen Vertragspartners Befreiung von der Vorauszahlungspflicht für die Kosten des Verfahrens sowie jede andere Vergünstigung bezüglich der Kosten unter denselben Voraussetzungen und in demselben Umfange wie eigenen Staatsbürgern gewährt.

(2) Die durch das Gericht des einen Vertragspartners gewährte Befreiung von der Vorauszahlungspflicht für die Kosten des Verfahrens sowie jede andere Vergünstigung bezüglich der Kosten steht der Prozesspartei für alle Prozesshandlungen zu, die in diesem Verfahren vor den Gerichten des anderen Vertragspartners durchgeführt werden einschließlich der Vollstreckung.

Artikel 19

(1) Die Bescheinigung über die persönlichen Verhältnisse sowie über die Familien-, Einkommens- und Vermögensverhältnisse, die für die Befreiung von der Vorauszahlungspflicht für die Kosten des Verfahrens sowie jede andere Vergünstigung bezüglich der Kosten erforderlich ist, erteilt das zuständige Organ des Vertragspartners, auf dessen Territorium der Antragsteller seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat.

(2) Hat der Antragsteller weder auf dem Territorium des einen noch auf dem Territorium des anderen Vertragspartners Wohnsitz oder Aufenthalt, so genügt eine von der zuständigen diplomatischen oder konsularischen Vertretung seines Staates ausgestellte oder beglaubigte Bescheinigung.

(3) Das Gericht, das über den Antrag auf Befreiung von der Vorauszahlungspflicht für die Kosten des Verfahrens sowie jede andere Vergünstigung bezüglich der Kosten und Vorschüsse entscheidet, kann das Organ, das die Bescheinigung ausgestellt hat, um weitere Aufklärung ersuchen.

Artikel 20

(1) Ein Staatsbürger des einen Vertragspartners, der bei einem Gericht des anderen Vertragspartners Befreiung von der Vorauszahlungspflicht für die Kosten des Verfahrens sowie jede andere Vergünstigung bezüglich der Kosten beantragen will, kann diesen Antrag bei dem für seinen Wohnsitz oder Aufenthalt zuständigen Gericht zu Protokoll erklären. Das Gericht sendet das Protokoll mit der Bescheinigung gemäß Artikel 19 Absatz 1 und den übrigen vom Antragsteller vorgelegten Unterlagen an das zuständige Gericht des anderen Vertragspartners.

(2) Gleichzeitig mit dem Antrag auf Befreiung von der Vorauszahlungspflicht für die Kosten des Verfahrens sowie jede andere Vergünstigung bezüglich der Kosten kann die Klage oder ein sonst in Frage kommender Antrag zu Protokoll erklärt werden.“

VII

Artikel 21 Absatz 1 und 2 des Vertrages erhalten folgende Fassung:

„Artikel 21

(1) Werden einer Prozesspartei, die nach Artikel 17 von der Sicherheitsleistung für die Verfahrenskosten befreit war, durch eine rechtskräftige Entscheidung die Verpflich-

tung zur Zahlung von Verfahrenskosten auferlegt, so wird diese Entscheidung auf Antrag der berechtigten Prozesspartei auf dem Territorium des anderen Vertragspartners gebührenfrei vollstreckt.

(2) Als Verfahrenskosten gelten auch Kosten der Bescheinigung der Rechtskraft, der Übersetzung und Beglaubigung gemäß Artikel 22.“

VIII

Artikel 23 Absatz 1 des Vertrages erhält folgende Fassung:

„Artikel 23

(1) Soweit es sich um die Einziehung von Verfahrenskosten handelt, die aus dem Staatshaushalt vorgeschossen worden sind, ersucht das in erster Instanz tätig gewordene Gericht des Vertragspartners, auf dessen Territorium die Kostenforderung entstanden ist, das zuständige Gericht des anderen Vertragspartners um die Einziehung der Kosten. Dieses überweist den Betrag an das ersuchende Gericht.“

IX

Artikel 26 des Vertrages erhält folgende Fassung:

„Artikel 26

Eheschließung

(1) Die materiell-rechtlichen Voraussetzungen für die Eheschließung bestimmen sich für jeden der künftigen Ehegatten nach dem Recht des Vertragspartners, dessen Staatsbürger er ist.

(2) Die Form der Eheschließung bestimmt sich nach dem Recht des Vertragspartners, auf dessen Territorium die Ehe geschlossen wird.

(3) Die Form der Eheschließung, die vor einem dazu ermächtigten diplomatischen oder konsularischen Vertreter vorgenommen wird, bestimmt sich nach dem Recht des Entsendestaates des diplomatischen oder konsularischen Vertreters.“

X

Die Artikel 30, 31 und 32 des Vertrages erhalten folgende Fassung:

„Rechtsverhältnisse zwischen Eltern und Kindern

Artikel 30

(1) Die Feststellung der Vaterschaft oder Mutterschaft und die Anfechtung der Vaterschaft richten sich nach dem Recht des Vertragspartners, dessen Staatsbürgerschaft das Kind mit der Geburt erworben hat.

(2) Für die Form der Anerkennung der Vaterschaft genügt die Einhaltung der Gesetze des Vertragspartners, auf dessen Territorium die Anerkennung erfolgt ist.

Artikel 31

(1) Die Rechtsverhältnisse zwischen Eltern und Kindern bestimmen sich nach dem Recht des Vertragspartners, dessen Staatsbürger das Kind ist.

(2) Ist das Kind Staatsbürger des einen Vertragspartners und wohnt es auf dem Territorium des anderen Ver-

tragspartners, findet das Recht des Vertragspartners Anwendung, das für das Kind günstiger ist.

Artikel 32

Für die Entscheidung über die in Artikel 30 und 31 dieses Vertrages genannten Verhältnisse ist sowohl das Organ des Vertragspartners zuständig, dessen Staatsbürger das Kind ist, als auch das Organ des Vertragspartners, auf dessen Territorium das Kind seinen Wohnsitz hat.“

XI

Artikel 34 des Vertrages wird durch Absatz 4 ergänzt:

„(4) Für einen Staatsbürger des einen Vertragspartners kann ein Staatsbürger des anderen Vertragspartners zum Vormund oder Pfleger bestellt werden, wenn er auf dem Territorium des Vertragspartners wohnt, wo er die Funktion des Vormundes oder Pflegers auszuüben hat.“

XII

Artikel 35 Absatz 2 des Vertrages erhält folgende Fassung:

„(2) In dringenden Fällen kann das Vormundschaftsorgan des anderen Vertragspartners dem Recht dieses Vertragspartners entsprechend die erforderlichen einstweiligen Maßnahmen treffen, muß aber darüber die diplomatische oder konsularische Vertretung des Vertragspartners, dem der Mündel oder Pflegebefohlene angehört, unverzüglich benachrichtigen. Die Maßnahmen bleiben bis zur anderweitigen Entscheidung der diplomatischen oder konsularischen Vertretung oder des nach Artikel 34 Absatz 1 zuständigen Vormundschaftsorgans in Kraft.“

XIII

Artikel 42 Absatz 3 des Vertrages erhält folgende Fassung:

„(3) Auszüge aus den Personenstandsbüchern nach Absatz 1 werden vierteljährlich kostenlos auf diplomatischem Wege übersandt. Entscheidungen nach Absatz 2 werden über die Ministerien der Justiz übersandt.“

XIV

Nach Artikel 42 des Vertrages werden Artikel 42 A und 42 B eingefügt:

„d) Schadenszufügung außerhalb von Verträgen

Artikel 42 A

(1) Auf die Verantwortlichkeit für Schadenszufügung außerhalb von Verträgen einschließlich der persönlichen Voraussetzungen und des Umfangs des Schadensersatzes ist das Recht des Vertragspartners anzuwenden, auf dessen Territorium der Schaden verursacht wurde.

(2) Sind Schädiger und Geschädigter Staatsbürger des gleichen Vertragspartners und haben sie dort ihren Wohnsitz, ist das Recht dieses Vertragspartners anzuwenden.

e) Arbeitsrechtsverhältnisse

Artikel 42 B

(1) Auf das Arbeitsrechtsverhältnis ist das Recht des Vertragspartners anzuwenden, auf dessen Territorium sich der Arbeitsort des Werk tätigen befindet.

(2) Erfüllt ein Staatsbürger des einen Vertragspartners im dienstlichen Auftrag Arbeitsaufgaben auf dem Terri-

torium des anderen Vertragspartners, ist das Recht des Vertragspartners maßgebend, der den Werk tätigen entsendet.

(3) Das gemäß den Absätzen 1 und 2 anzuwendende Recht ist auch maßgeblich für die Rechts- und Handlungsfähigkeit des Werk tätigen hinsichtlich des Arbeitsrechtsverhältnisses, die materiell- und formalrechtlichen Voraussetzungen der Gültigkeit des Arbeitsvertrages, die Folgen von Mängeln des Arbeitsvertrages sowie die Dauer und Beendigung des Arbeitsrechtsverhältnisses.“

XV

Der Titel vor Artikel 43 des Vertrages wird wie folgt geändert:

„f) Erbrechtliche Bestimmungen“

XVI

Artikel 47 des Vertrages erhält folgende Fassung:

„Artikel 47

(1) Ein Testament eines Staatsbürgers des einen Vertragspartners ist hinsichtlich der Form rechtsgültig, wenn es

- a) dem Recht des Staates, auf dessen Territorium es errichtet worden ist,
- b) dem Recht des Vertragspartners, dessen Staatsbürger der Erblasser zum Zeitpunkt der Errichtung des Testaments oder zur Zeit des Todes war, oder
- c) dem Recht des Staates, auf dessen Territorium der Erblasser zu einem der in Buchstabe b) erwähnten Zeitpunkte seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hatte,

entspricht.

(2) Die in Absatz 1 angeführten Voraussetzungen gelten gleichermaßen für die Aufhebung eines Testaments.

(3) Die Fähigkeit zur Errichtung oder Aufhebung eines Testaments bestimmt sich nach dem Recht des Vertragspartners, dessen Staatsbürger der Erblasser zur Zeit der Willenserklärung war. Nach dem gleichen Recht bestimmen sich die Arten der zulässigen testamentarischen Verfügung.

(4) Die rechtliche Wirkung von Willensmängeln bei der Errichtung von Testamenten bestimmt sich nach dem Recht des Vertragspartners, dessen Staatsbürger der Erblasser zur Zeit der Errichtung des Testaments war.“

XVII

Artikel 53 Absatz 1 des Vertrages erhält folgende Fassung:

„(1) Fällt der bewegliche Nachlaß oder der aus dem Verkauf von beweglichem oder unbeweglichem Nachlaß erzielte Erlös nach Durchführung eines Nachlaßverfahrens an Erben oder Vermächtnisnehmer mit Wohnsitz oder Aufenthalt auf dem Territorium des anderen Vertragspartners und kann diesen oder ihren Bevollmächtigten der Nachlaß oder sein Erlös nicht direkt übergeben oder überwiesen werden, erfolgt die Aushändigung an die diplomatische oder konsularische Vertretung dieses Vertragspartners.“

XVIII

Nach Artikel 53 wird Artikel 53 A eingefügt:

„g) Rechtshängigkeit

Artikel 53 A

Ist die Klage bei einem Gericht des einen Vertragspartners eingereicht worden, so kann der gleiche Anspruch zwischen denselben Prozeßparteien bei einem Gericht des anderen Vertragspartners nicht geltend gemacht werden. Das später angerufene Gericht hat die Klage abzuweisen (oder den Prozeß einzustellen).“

XIX

Der Titel vor Artikel 54 des Vertrages wird wie folgt geändert:

„h) Anerkennung von Entscheidungen und Vollstreckung“

XX

Artikel 54 des Vertrages erhält folgende Fassung:

„Artikel 54

Anerkennung von Entscheidungen
in nichtvermögensrechtlichen Angelegenheiten

Rechtskräftige Entscheidungen von Organen des einen Vertragspartners in nichtvermögensrechtlichen Angelegenheiten sind auf dem Territorium des anderen Vertragspartners ohne weiteres Verfahren wirksam, wenn kein Organ des anderen Vertragspartners schon vorher in der Sache rechtskräftig entschieden hat oder nach diesem Vertrag ausschließlich zuständig ist.“

XXI

Nach Artikel 54 wird Artikel 54 A eingefügt:

„Artikel 54 A

Anerkennung von Entscheidungen
über das Erziehungsrecht

Als Entscheidungen gemäß Artikel 54 des Vertrages gelten auch Entscheidungen über das Erziehungsrecht für Kinder (einschließlich der Unterbringung eines Kindes). Diese Entscheidungen werden auf dem Territorium des anderen Vertragspartners wie Entscheidungen der Organe dieses Vertragspartners durchgesetzt. Die Bestimmungen der Artikel 57 bis 63 des Vertrages sind entsprechend anzuwenden.“

XXII

Artikel 61 Buchstabe a) des Vertrages wird aufgehoben; die Buchstaben b) und c) werden zu a) und b).

XXIII

Artikel 64 Absatz 2 des Vertrages erhält folgende Fassung:

„(2) Die Auslieferung zur Strafverfolgung erfolgt wegen solcher Handlungen, die nach dem Recht beider Vertrags-

partner strafbar und mit einer Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr oder mit einer schwereren Strafe bedroht sind. Die Auslieferung zur Strafvollstreckung erfolgt bei Handlungen, die nach dem Recht beider Vertragspartner strafbar sind und die rechtskräftig ausgesprochene Freiheitsstrafe mindestens 6 Monate beträgt.“

XXIV

Artikel 66 erhält folgende Fassung und nach Artikel 66 des Vertrages werden die Artikel 66 A und 66 B eingefügt:

„Übernahme der Strafverfolgung

Artikel 66

(1) Jeder Vertragspartner verpflichtet sich, auf Ersuchen des anderen Vertragspartners die Strafverfolgung nach seinem Recht gegen eigene Staatsbürger durchzuführen, die verdächtig sind, auf dem Territorium des ersuchenden Vertragspartners eine Straftat begangen zu haben.

(2) Anträge auf Strafverfolgung, die von den Geschädigten in Übereinstimmung mit dem Recht des einen Vertragspartners bei den zuständigen Organen des ersuchenden Vertragspartners fristgerecht eingereicht wurden, sind auch auf dem Territorium des anderen Vertragspartners wirksam.

(3) Ergeben sich aus der Straftat, die dem übernommenen Verfahren zugrunde liegt, Schadensersatzansprüche geschädigter Personen und wurden entsprechende Anträge auf Schadensersatz gestellt, werden diese auf Verlangen der Geschädigten in das Verfahren einbezogen.

Artikel 66 A

(1) Dem Ersuchen um Übernahme der Strafverfolgung werden beigelegt:

- a) Angaben zur Person, einschließlich der Staatsbürgerschaft,
- b) eine Darstellung des Sachverhalts,
- c) Beweismittel,
- d) die Akten in Urschrift oder in beglaubigter Abschrift,
- e) eine Abschrift der Rechtsvorschriften, die nach dem am Tatort geltenden Recht auf die Tat anwendbar sind,
- f) Anträge auf Strafverfolgung und auf Schadensersatz.

(2) Befindet sich der Beschuldigte zur Zeit des Ersuchens um Übernahme der Strafverfolgung in Untersuchungshaft, wird er auf das Territorium des ersuchten Vertragspartners überführt.

(3) Der ersuchte Vertragspartner ist verpflichtet, den ersuchenden Vertragspartner über die abschließende Entscheidung zu benachrichtigen. Auf Anforderung des ersuchenden Vertragspartners ist eine Ausfertigung dieser Entscheidung zu übersenden.

Artikel 66 B

Ein Ersuchen um Übernahme der Strafverfolgung wird von dem Minister der Justiz oder dem Generalstaatsanwalt des einen Vertragspartners an den Generalstaatsanwalt des anderen Vertragspartners gerichtet.“

XXV

Vor Artikel 87 des Vertrages wird Artikel 86 A eingefügt:

„Artikel 86 A

Vereinbarungen zur Durchführung des Vertrages

Die zuständigen Ministerien und die Generalstaatsanwälte der Vertragspartner können auf der Grundlage und zur Durchführung dieses Vertrages Vereinbarungen treffen.“

XXVI

Schlußbestimmungen

(1) Dieses Protokoll wird ratifiziert und tritt am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft. Der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt in Budapest.

(2) Dieses Protokoll ist Bestandteil des am 30. Oktober 1957 in Berlin unterzeichneten Vertrages zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Ungarischen Volksrepublik über den Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen und hat dieselbe Gültigkeitsdauer wie der Vertrag selbst.

(3) Die Bestimmungen des Artikels 54 A gelten für Entscheidungen, die nach Inkrafttreten dieses Protokolls rechtskräftig geworden sind.

Ausgefertigt in Berlin am 10. Februar 1977 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und ungarischer Sprache, wobei beide Texte die gleiche Gültigkeit besitzen.

Für die
Deutsche Demokratische
Republik

Hans-Joachim Heusinger

Für die
Ungarische Volksrepublik

Dr. Mihály Korom

J e g y z ő k ö n y v

a Német Demokratikus Köztársaság és a Magyar Népköztársaság között a polgári, családügyi és büntügyi jogsegély tárgyában
Berlinben az 1957. évi október hó 30. napján aláírt szerződés módosításáról és kiegészítéséről

A Német Demokratikus Köztársaság és a Magyar Népköztársaság

attól az óhajtól vezettetve, hogy a két állam és népe közötti baráti kapcsolatokat a jogi együttműködés területén megerősítsék és elmélyítsék, elhatározták,

hogy a Német Demokratikus Köztársaság és a Magyar Népköztársaság között a polgári, családügyi és büntügyi jogsegélyről szóló, Berlinben az 1957. évi október hó 30. napján aláírt szerződést módosítsák és kiegészítsék.

E célból Meghatalmazottakká kinevezték:

a Német Demokratikus Köztársaság Allamtanácsa
Hans-Joachim Heusinger,
miniszterelnökhelyettes és igazságügyminisztert,

a Magyar Népköztársaság Elnöki Tanácsa
Dr. K o r o m Mihály igazságügyminisztert,

akik jó és kellő alakban talált meghatalmazásaik kicserélése után az alábbiakban állapodtak meg:

I.

A Szerződés 2. cikkének /2/ bekezdése helyébe a következő rendelkezés lép:

„/2/ Az /1/ bekezdésben említett hatóságok a polgári, a családügyi és a büntető ügyekben eljáró más hatóságoknak is jogsegélyt nyújtanak.“

II.

A Szerződés 3. cikkének /2/ bekezdése helyébe a következő rendelkezés lép:

„/2/ A polgári, a családügyi és a büntető ügyekben eljáró más hatóságok megkereséseiket a 2. cikk /1/ bekezdésében

említett hatóságokhoz intézik, amennyiben e Szerződés egyes esetekre másként nem rendelkezik.“

III.

A Szerződés 9. cikkének /3/ bekezdése a következő mondattal egészül ki:

„Együttal közölni kell azokat a további követelményeket is, amelyeknek teljesítése esetében a lakcim megállapítható.“

IV.

A Szerződés 14. cikke a következő /2/ bekezdéssel egészül ki:

„/2/ A Szerződő Felek igazságügyminiszterei és legfőbb ügyészei — közvetlen megkeresésre — kölcsönösen tájékoztatják egymást a polgári, a családügyi és a büntető ügyekben eljáró hatóságok joggyakorlatáról.“

V.

A Szerződés a 14. cikk után a következő 14/A. cikkel egészül ki:

„14/A. cikk

/1/ Ha az egyik Szerződő Fél területén tartózkodó személy lakcímének megállapítása válik szükségessé, akivel szemben a másik Szerződő Fél területén lakó vagy tartózkodó személy polgári vagy családügyi igényt kíván érvényesíteni, illetőleg akinek lakcíme ez utóbbi Szerződő Fél területén indult büntető eljárás céljából szükség van, a Szerződő Felek Igazságügyi Minisztériumai, illetőleg a Legfőbb Ügyészség — kérelemre — intézkednek e személy lakcímének megállapítása iránt. E célból rendelkezésre kell bocsátani azokat az adatokat, amelyek alapul szolgálhatnak a lakcim, illetőleg a tartóko-

dási hely megállapítására. Amennyiben a megkeresés alapja polgári, illetőleg családjogi igény érvényesítése, a megkeresett Szerződő Fél körzési intézkedés megtételére nem köteles.

/2/ A Szerződő Felek bíróságai — kérelemre — intézkednek olyan személyek munkahelyének és jövedelmének megállapítása érdekében, akikkel szemben a bíróságon tartási igényt érvényesítettek. Az ilyen kérelmek teljesítésének megkönnyítése érdekében a megkereső Szerződő Fél közli a rendelkezésére álló adatokat."

VI.

A Szerződés 18., 19. és 20. cikke helyébe a következő rendelkezések lépnek:

„18. cikk

/1/ Az egyik Szerződő Fél állampolgárai a másik Szerződő Fél területén ugyanolyan terjedelemben részesülnek a költségmentességben és az ezzel kapcsolatos bármely más kedvezményben, mint a saját állampolgárai.

/2/ Az egyik Szerződő Fél bírósága által adott költségmentesség, illetőleg ezzel kapcsolatos bármely más kedvezmény a felet megilleti minden olyan eljárási cselekménynél, ide értve a bírósági végrehajtást is, amelyet ugyanabban az ügyben a másik Szerződő Fél bírósága előtt fogyanatosítanak.

19. cikk

/1/ A költségmentesség és az ezzel kapcsolatos bármely más kedvezmény megadásához szükséges — a kérelmező személyi és családi viszonyairól, valamint vagyoni helyzetéről és jövedelméről szóló — bizonyítványt annak a Szerződő Félnek az illetékes hatósága állítja ki, amelynek területén a kérelmező lakóhelye vagy tartózkodási helye van.

/2/ Ha a kérelmezőnek az egyik Szerződő Fél területén sincs lakóhelye vagy tartózkodási helye a kérelmező államának illetékes diplomáciai vagy konzuli képviselője által kiállított vagy hitelesített bizonyítvány is elegendő.

/3/ Az a bíróság, amely a költségmentesség, illetőleg az ezzel kapcsolatos bármely más kedvezmény megadásáról határoz, kiegészítő felvilágosítást kérhet a bizonyítványt kiállító hatóságtól.

20. cikk

/1/ Ha az egyik Szerződő Fél állampolgára a másik Szerződő Fél bírósága előtt költségmentességben vagy ezzel kapcsolatos bármely más kedvezményben kíván részesülni, ez iránti kérelmét a lakóhelye vagy a tartózkodási helye szerint illetékes bíróságnál jegyzőkönyvbe mondhatja. A bíróság e jegyzőkönyvet a 19. cikk /1/ bekezdésében megjelölt bizonyítvánnyal és a kérelmező által benyújtott egyéb mellékletekkel együtt a másik Szerződő Fél illetékes bíróságához juttatja el.

/2/ A költségmentesség vagy az ezzel kapcsolatos bármely más kedvezmény megadására irányuló kérelemmel egyidejűleg jegyzőkönyvbe lehet mondani a keresetet vagy más kérelmet is."

VII.

A Szerződés 21. cikkének /1/ és /2/ bekezdése helyébe a következő rendelkezések lépnek:

„21. cikk

/1/ Ha a 17. cikk szerint perköltségbiztosíték alól mentes felet jogerős határozattal az eljárási költségek megfizetésére kötelezték, a másik Szerződő Fél illetékes bírósága a pernyertes fél kérelmére a határozatot a másik Szerződő Fél területén illetékmentesen hajtja végre.

/2/ Eljárási költségeken kell érteni a 22. cikknek megfelelő jogerőről szóló igazolás, a fordítás és a hitelesítés költségét is."

VIII.

A Szerződés 23. cikkének /1/ bekezdése helyébe a következő rendelkezés lép:

„23. cikk

/1/ Ha az állam által előlegezett eljárási költségeket kell behajtani, annak a Szerződő Félnek első fokozott bírósága, amelynek területén a követelés keletkezett, megkeresi a másik Szerződő Fél illetékes bíróságát a költségek behajtására. Ez a bíróság a behajtott összegeket átutalja a megkereső bíróságnak."

IX.

A Szerződés 26. cikke helyébe a következő rendelkezések lépnek:

„26. cikk

A házasságkötés

/1/ A házasság anyagi jogi feltételeit illetően mindegyik házassulóra annak a Szerződő Félnek a joga irányadó, amelynek az állampolgára.

/2/ A házasságkötés alakítására annak a Szerződő Félnek a joga irányadó, amelynek területén a házasságot kötik.

/3/ A házasságkötésre felhatalmazott diplomáciai vagy konzuli képviselő előtt létrejött házasságkötés alakítására a diplomáciai vagy konzuli képviselő küldő államának a joga irányadó."

X.

A Szerződés 30., 31. és 32. cikke helyébe a következő rendelkezések lépnek:

„A szülők és gyermekek közötti jogviszony

30. cikk

/1/ Az apaság vagy anyaság megállapítására, valamint az apaság vélelmének megdöntésére annak a Szerződő Félnek a joga irányadó, amelynek állampolgárságát a gyermek a születésével megszerezte.

/2/ Az elismerés alakításai tekintetében elég annak a Szerződő Félnek a jogszabályait megtartani, amelynek területén az elismerés történt.

31. cikk

/1/ A szülők és gyermekek közötti jogviszonyra annak a Szerződő Félnek a jogát kell alkalmazni, amelynek a gyermek állampolgára.

/2/ Ha a gyermek az egyik Szerződő Fél állampolgára, de a másik Szerződő Fél területén lakik, annak a Szerződő Félnek a jogát kell alkalmazni, amely a gyermek számára kedvezőbb.

32. cikk

A Szerződés 30. és 31. cikkében említett jogviszonyokra vonatkozó határozatok hozatalára joghatósága van azon Szerződő Fél hatóságának is, amelynek a gyermek állampolgára, és annak is, amelynek a területén a gyermek lakóhelye van."

XI.

A Szerződés 34. cikke a következő /4/ bekezdéssel egészül ki:

„/4/ Az egyik Szerződő Fél állampolgárának gyámja vagy gondnoka lehet a másik Szerződő Fél állampolgára, feltéve, hogy annak a Szerződő Félnek a területén lakik, ahol a gyámi vagy gondnoki teendőket el kell látnia."

XII.

A Szerződés 35. cikkének /2/ bekezdése helyébe a következő rendelkezés lép:

„/2/ Sürgős esetben a másik Szerződő Fél gyámhatósága is megteheti e Szerződő Fél jogszabályainak megfelelően a

szükséges ideiglenes intézkedéseket, ezekről azonban haladéktalanul értesítenie kell annak a Szerződő Félnek diplomáciai vagy konzuli képviselőt, amelynek a gyámolt vagy gondnokolt az állampolgára. Az intézkedések a diplomáciai vagy konzuli képviselőnek, illetőleg a 34. cikk 1/ bekezdése szerint joghatósággal rendelkező gyámhatóságnak eitérő határozatáig maradnak hatályban."

XIII.

A Szerződés 42. cikke 1/3 bekezdésének helyébe a következő rendelkezés lép:

„3/ Az 1/ bekezdésben említett anyakönyvi kivonatokat negyedévenként diplomáciai úton, díjtalanul kell egymásnak megküldeni. A 2/ bekezdésben említett határozatokat az Igazságügyi Minisztériumok útján kell egymásnak megküldeni."

XIV.

A Szerződés a 42. cikk után a következő 42/A. és 42/B. cikkel egészül ki:

„d/ Szerződésen kívüli károkozás

42/A. cikk

1/ A Szerződésen kívüli okozott kárért való felelősségre annak a Szerződő Félnek a joga irányadó, ide értve a személyi feltételeket és a kártérítés mértékét is, amelynek területén a kárt okozták.

2/ Ha a károsult és a károkozó egyaránt az egyik Szerződő Fél állampolgára és ennek a területén is laknak, a Szerződő Fél jogát kell alkalmazni.

e/ Munkajogi rendelkezések

42/B. cikk

1/ A munkaviszonyra annak a Szerződő Félnek a joga irányadó, amelynek területén a munkavállaló munkahelye van.

2/ Ha az egyik Szerződő Fél állampolgára a munkáját a másik Szerződő Fél területén kiküldetésben végzi, a munkaviszonyra a munkavállalót kiküldő Szerződő Fél joga az irányadó.

3/ Az 1/ és 2/ bekezdés szerint alkalmazandó jog irányadó a munkavállalónak a munkaviszonnyal kapcsolatos jog- és cselekvőképességére, a munkaszerződés érvényességének anyagi jogi és alak jogi feltételeire, a munkaszerződés hiányosságainak következményeire, valamint a munkaviszony tartamára és megszűnésére is."

XV.

A Szerződés 43. cikke előtt levő cím a következőképpen módosul:

„1/ Öröklési jogi rendelkezések"

XVI.

A Szerződés 47. cikke helyébe a következő rendelkezés lép:

„47. cikk

Végintézkedés

1/ Az egyik Szerződő Fél állampolgára által tett végintézkedés alakilag érvényes, ha megfelel:

a/ az állam jogának, amelynek területén készítették,

b/ az állam Szerződő Fél jogának, amelynek az örökhatóság vagy a végintézkedés vagy a halála időpontjában állampolgára volt, vagy

c/ az állam jogának, amelyben az örökhatóság a b) pontban említett időpontok valamelyikében a lakóhelye vagy a tartózkodási helye volt.

2/ Az e cikk 1/ bekezdésében foglaltak a végintézkedés visszavonására is vonatkoznak.

3/ A végintézkedés megtételére vagy visszavonására való képesség tekintetében annak a Szerződő Félnek a joga az irányadó, amelynek az örökhatóság akaratkielentése idején állampolgára volt. Ugyanez a jog irányadó a végintézkedések fajaira is.

4/ Az akaratkielentésnek a végintézkedésre gyakorolt joghatása tekintetében annak a Szerződő Félnek a joga irányadó, amelynek az örökhatóság a végintézkedés megtételekor állampolgára volt."

XVII.

A Szerződés 53. cikkének 1/ bekezdése helyébe a következő rendelkezés lép:

„1/ Ha az ingó hagyaték, illetőleg az ingó vagy ingatlan hagyaték eladásából befolyt összeg a hagyatéki eljárás lefolytatása után a másik Szerződő Fél területén lakó vagy tartózkodó olyan örökösnek vagy hagyományosnak jut, akinek vagy meghatalmazottjának azokat követlenül átadni, vagy átutalni nem lehetett, azt az utóbbi Szerződő Fél diplomáciai vagy konzuli képviselőt kell kiadni."

XVIII.

A Szerződés az 53. cikk után a következő 53/A. cikkel egészül ki:

„g/ Perfüggőség

53/A. cikk

Ha a keresetet az egyik Szerződő Fél bíróságához már benyújtották, ugyanazt az igényt ugyanazok a felek nem érvényesíthetik a másik Szerződő Fél bírósága előtt. Az a bíróság, amelynél a keresetet később nyújtották be, a keresetet elutasítja, illetőleg a pert megszünteti."

XIX.

A Szerződés 54. cikke előtt levő cím a következőképpen módosul:

„h/ A határozatok elismerése és végrehajtása"

XX.

A Szerződés 54. cikke helyébe a következő rendelkezések lépnek:

„54. cikk

Nem vagyoni jogi határozatok elismerése

Az egyik Szerződő Fél hatósága által nem vagyoni jogi ügyben hozott jogerős határozat a másik Szerződő Fél területén minden külön eljárás nélkül érvényes, ha a másik Szerződő Fél hatósága az ügyben nem hozott már korábban jogerős határozatot, illetőleg a Szerződő Fél hatóságának a Szerződés értelmében nincs kizárólagos joghatósága."

XXI.

A Szerződés az 54. cikk után a következő 54/A. cikkel egészül ki:

„54/A. cikk

Szülői felügyelet

A Szerződés 54. cikkének megfelelő határozatnak kell tekinteni a szülői felügyeletre vonatkozó határozatokat is, ide értve

a gyermekelhelyezést. Ezeket a határozatokat a másik Szerződő Fél területén ugyanugy kell végrehajtani, mint e Szerződő Fél hatóságainak a határozatait. A Szerződés 57–63. cikkében foglaltakat értelemszerűen alkalmazni kell.”

XXII.

A Szerződés 61. cikkének a/ pontja hatályát veszti, a b/ és c/ pont „a”, illetőleg „b” pontra változik.

XXIII.

A Szerződés 64. cikke /2/ bekezdésének helyébe a következő rendelkezés lép:

„/2/ A büntető eljárás lefolytatása céljából való kiadásnak olyan cselekmény miatt van helye, amely mindkét Szerződő Fél joga szerint büntetendő és egy évet meghaladó szabadságvesztéssel, vagy ennél súlyosabb büntetéssel büntetendő. A büntetés végrehajtása céljából való kiadásra olyan cselekmények esetében kerül sor, amelyek mindkét Szerződő Fél joga szerint büntetendők és a jogerősen kiszabott büntetés legalább hat hónapi szabadságvesztés.”

XXIV.

A Szerződés 66. cikke helyébe a következő új 66. cikk lép és a 66. cikk után a Szerződés a következő 66/A. és 66/B. cikkel egészül ki:

„A büntető eljárás átvétele

66. cikk

/1/ A Szerződő Felek kötelezik magukat arra, hogy a másik Szerződő Fél kívánságára saját joguk szerint büntető eljárást indítanak azok ellen az állampolgáraik ellen, akik azzal gyanúsíthatók, hogy a megkereső Szerződő Fél területén bűncselekményt követtek el.

/2/ A büntető eljárás megindítására vonatkozó olyan indítványok, amelyeket a sértett az egyik Szerződő Fél jogával összhangban a megkereső Szerződő Fél illetékes szervénél kellő határidőben benyújtott, a másik Szerződő Fél területén is érvényesek.

/3/ Ha az átvett eljárás alapjául szolgáló bűncselekményből a sértettnek kártérítési igénye keletkezett, és megfelelő kártérítési igényt terjeszt elő, ezt a sértett kérelmére az eljárás során figyelembe kell venni.

66/A. cikk

/1/ A büntető eljárás átvételére irányuló megkereséshez csatolni kell:

- a/ a személyi adatokat, ideértve az állampolgárságot is,
- b/ a tényállás leírását,

c/ a bizonyítékokat,

d/ az ügyiratokat eredetben vagy hitelesített másolatban,

e/ azoknak a jogszabályoknak a szövegét, amelyeket a cselekmény, elkövetésének helyén irányadó jog szerint a cselekményre alkalmazni kell,

f/ a büntető eljárás megindítására és a kártérítésre vonatkozó indítványokat.

/2/ Ha a terhelt a büntető eljárás átvételére irányuló megkeresés időpontjában előzetes letartóztatásban van, át kell szállítani a megkeresett Szerződő Fél területére.

/3/ A megkeresett Szerződő Fél köteles a megkereső Szerződő Felet az eljárást befejező határozatról értesíteni. A megkereső Szerződő Fél kívánságára a határozat kiadmányát is meg kell küldeni.

66/B. cikk

A büntető eljárás átvételére irányuló megkeresést az egyik Szerződő Fél igazságügyminisztere vagy legfőbb ügyésze a másik Szerződő Fél legfőbb ügyészehez intézi.”

XXV.

A Szerződés a 87. cikk előtt a következő 86/A. cikkel egészül ki:

„86/A. cikk

Megállapodások a Szerződés végrehajtására

A Szerződő Felek illetékes miniszterei és a legfőbb ügyészel a Szerződés alapján, és annak végrehajtására megállapodásokat köthetnek.”

XXVI.

Záró rendelkezések

/1/ Ezt a Jegyzőkönyvet meg kell erősíteni és az a megerősítő okiratok kicserélésének napján lép hatályba. A megerősítő okiratokat Budapesten cserélik ki.

/2/ E Jegyzőkönyv része a Német Demokratikus Köztársaság és a Magyar Népköztársaság között a polgári, családjogi és bűnügyi jogsegélyről szóló, Berlinben az 1957. évi október hó 30. napján aláírt szerződésnek és ugyanaddig marad hatályban, mint maga a Szerződés.

/3/ A Szerződés 54/A. cikkének rendelkezéseit e Jegyzőkönyv hatálybalépését követően hozott jogerős határozatokra kell alkalmazni.

Készült Berlinben az 1977. évi február hó 10. napján, két példányban, mindkettő német és magyar nyelven, mindkét szöveg egyaránt hiteles.

A Német Demokratikus
Köztársaság nevében:
Hans-Joachim Heusinger

A Magyar
Népköztársaság nevében:
Dr. Mihály Kórocm

Die internationale Bedeutung der Erfahrungen der KPdSU beim staatlichen Aufbau

Dr. A. G. Laschin

Übersetzung aus dem Russischen
Etwa 208 Seiten · Pappband 8,— M
Bestellwort: Laschin, Bedeutung /
771 090 7

Bei aller Vielfalt der Formen des Übergangs zum Sozialismus gibt es grundlegende Gesetzmäßigkeiten, die von allen Ländern beachtet werden müssen. Wie diese Gesetzmäßigkeiten unter bestimmten Bedingungen genutzt und angewendet werden müssen, darüber hat die KPdSU allen um Sozialismus und Freiheit kämpfenden fortschrittlichen Bewegungen reiche Erfahrungen zu übermitteln. Der Autor zeichnet die historischen Ereignisse nach, unter denen diese Erfahrungen in den revolutionären Kämpfen des Proletariats gesammelt und von W. I. Lenin und der KPdSU verallgemeinert wurden.

Gliederung:

Das Verhältnis von allgemeinen Prinzipien und nationalen Besonderheiten des staatlichen Aufbaus in der sozialistischen Gesellschaft

Die sozialistische Revolution und die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse

Die Entstehung und Entwicklung eines Staates neuen, höheren, sozialistischen Typs

Die Erfahrungen der KPdSU bei der Schaffung und Nutzung staatlicher Formen zur Lösung der nationalen Frage

Die KPdSU im Kampf für die weitere Festigung des Sowjetstaates unter den Bedingungen des entwickelten Sozialismus

Zu beziehen über den örtlichen Buchhandel



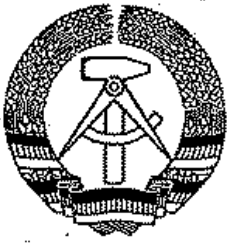
**Staatsverlag
der Deutschen Demokratischen Republik**

Herausgeber: Sekretariat des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 209 36 22 — Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 751 — Verlag: (610/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17, Telefon: 209 45 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 2,50 M, Teil II 3,— M — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr.
Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postschloßbach 696. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 108 Berlin, Neustädtische Kirchstraße 15, Telefon: 229 22 23

Artikel-Nr. (EDV) 10 131

Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollenoffsetdruck)

Index 31818



GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

213

1977

Berlin, den 30. Juni 1977

Teil II Nr. 11

Tag	Inhalt	Seite
16. 6. 77	Gesetz über den Konsularvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Zypern vom 2. November 1976	213
16. 6. 77	Gesetz über den Konsularvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Guinea-Bissau vom 17. November 1976	227
16. 6. 77	Gesetz über den Konsularvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Moçambique vom 13. Dezember 1976	240

**Gesetz
über den Konsularvertrag
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Republik Zypern
vom 2. November 1976**

vom 16. Juni 1977

§ 1

Die Volkskammer bestätigt den am 2. November 1976 in Nikosia unterzeichneten, nachstehend veröffentlichten Konsularvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Zypern.

§ 2

Der Tag, an dem der Vertrag gemäß seinem Artikel 51 Absatz 1 wirksam wird, ist im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntzugeben.

§ 3

Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 1977 in Kraft.

Das vorstehende, von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am sechzehnten Juni neunzehnhundert-siebenundsiebzig beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den sechzehnten Juni neunzehnhundert-siebenundsiebzig

**Der Vorsitzende des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

E. Honecker

Konsularvertrag
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Republik Zypern

Die Deutsche Demokratische Republik und die Republik Zypern haben,

von dem Wunsch geleitet, die konsularischen Beziehungen zu regeln und damit beizutragen zur weiteren Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten auf der Grundlage der allgemein anerkannten Prinzipien des Völkerrechts, wie sie auch in der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa niedergelegt wurden, insbesondere der Prinzipien der souveränen Gleichheit der Staaten, der territorialen Integrität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten,

beschlossen, diesen Konsularvertrag abzuschließen, und zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Die Deutsche Demokratische Republik:

Herrn Kurt Nier
 Stellvertreter des Ministers
 für Auswärtige Angelegenheiten,

Die Republik Zypern:

Herrn Andreas Patsalides
 Amtierender Minister
 für Auswärtige Angelegenheiten,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Kapitel I

Definitionen

Artikel 1

(1) In diesem Vertrag bedeuten die nachstehenden Begriffe:

1. „Konsulat“ ein Generalkonsulat, ein Konsulat, ein Vizekonsulat und eine Konsularagentur;
2. „Konsularbezirk“ das Gebiet, auf dem ein Konsulat berechtigt ist, konsularische Funktionen auszuüben;
3. „Leiter des Konsulats“ den Generalkonsul, Konsul, Vizekonsul oder die konsularische Amtsperson, die vom Entsendestaat mit der Leitung eines Konsulats beauftragt ist;
4. „Konsularische Amtsperson“ eine Person, einschließlich des Leiters des Konsulats, die mit der Wahrnehmung konsularischer Funktionen beauftragt ist;
5. „Mitarbeiter des Konsulats“ eine Person, die im Konsulat administrative, technische oder Dienstleistungsaufgaben erfüllt;
6. „Angehöriger des Konsulats“ eine konsularische Amtsperson und einen Mitarbeiter des Konsulats;
7. „Familienangehöriger“ den Ehegatten des Angehörigen des Konsulats, seine Kinder und Eltern und die seines Ehegatten, soweit diese Personen dem Haushalt des Angehörigen des Konsulats angehören und von ihm unterhalten werden;
8. „Konsularräumlichkeiten“ Gebäude oder Gebäudeteile sowie dazugehörige Grundstücke, die ungeachtet der

Eigentumsverhältnisse ausschließlich für konsularische Zwecke genutzt werden;

9. „Konsulararchiv“ den dienstlichen Schriftwechsel, Chiffre, Dokumente, Bücher und technische Arbeitsmittel des Konsulats sowie Einrichtungsgegenstände, die zu ihrer Aufbewahrung und ihrem Schutz bestimmt sind;
10. „Schiff des Entsendestaates“ jedes Wasserfahrzeug, mit Ausnahme von Kriegsschiffen, das rechtmäßig unter der Flagge des Entsendestaates fährt;
11. „Luftfahrzeug des Entsendestaates“ jedes zivile Luftfahrzeug, das rechtmäßig die Staatszugehörigkeits- und Eintragungszeichen des Entsendestaates trägt.

(2) Staatsbürger des Entsendestaates sind die Personen, die nach den Rechtsvorschriften dieses Staates dessen Staatsbürgerschaft haben.

(3) Als juristische Personen des Entsendestaates werden vom Empfangsstaat jene betrachtet und behandelt, die nach den Rechtsvorschriften des Entsendestaates errichtet worden sind.

Kapitel II

Errichtung von Konsulaten, Ernennung und Abberufung von konsularischen Amtspersonen

Artikel 2

(1) Ein Konsulat kann im Empfangsstaat nur mit dessen Zustimmung errichtet werden.

(2) Der Sitz des Konsulats, sein Rang, der Konsularbezirk sowie die Anzahl der Angehörigen des Konsulats werden zwischen dem Entsendestaat und dem Empfangsstaat vereinbart.

Artikel 3

(1) Der Entsendestaat holt auf diplomatischem Weg das vorherige Einverständnis des Empfangsstaates zur Zulassung einer konsularischen Amtsperson als Leiter des Konsulats ein.

(2) Der Entsendestaat übermittelt dem Empfangsstaat auf diplomatischem Weg das Konsularpatent oder ein anderes Dokument über die Ernennung des Leiters des Konsulats. Darin sind der Vor- und Zuname des Leiters des Konsulats, sein Rang sowie der Sitz des Konsulats und der Konsularbezirk zu bezeichnen.

(3) Der Leiter des Konsulats darf seine Funktionen erst nach Erteilung des Exequaturs oder einer anderen Erlaubnis durch den Empfangsstaat ausüben. Die Erteilung des Exequaturs soll kurzfristig erfolgen. Bis dahin kann der Empfangsstaat dem Leiter des Konsulats gestatten, seine Funktionen vorläufig auszuüben.

Artikel 4

(1) Kann der Leiter des Konsulats aus irgendeinem Grund seine Funktionen nicht ausüben oder ist seine Stelle zeitweilig unbesetzt, kann der Entsendestaat eine konsularische Amtsperson des betreffenden oder eines seiner anderen Konsulate im Empfangsstaat oder ein Mitglied des diplomatischen Per-

sonals seiner diplomatischen Mission im Empfangsstaat mit der zeitweiligen Leitung des Konsulats beauftragen. Der Empfangsstaat ist davon vorher auf diplomatischem Weg in Kenntnis zu setzen.

(2) Die Person, die mit der zeitweiligen Leitung des Konsulats beauftragt wurde, genießt die gleichen Rechte, Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten, die dem Leiter des Konsulats nach diesem Vertrag zustehen.

(3) Wird ein Mitglied des diplomatischen Personals der diplomatischen Mission des Entsendestaates mit der zeitweiligen Leitung des Konsulats beauftragt, bleiben seine diplomatischen Privilegien und Immunitäten unberührt.

Artikel 5

(1) Der Entsendestaat teilt dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten des Empfangsstaates im voraus auf diplomatischem Weg Vor- und Zunamen sowie den Rang jeder konsularischen Amtsperson mit, die eine andere Funktion als die des Leiters des Konsulats ausübt.

(2) Der Entsendestaat teilt dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten des Empfangsstaates im voraus auf diplomatischem Weg den Tag der Ankunft und der endgültigen Abreise eines Angehörigen des Konsulats und dessen Familienangehörigen mit.

Artikel 6

(1) Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten des Empfangsstaates stellt jedem Angehörigen des Konsulats, der nicht Staatsbürger des Empfangsstaates ist, einen mit einem Lichtbild versehenen Ausweis aus, der seine Identität und seine Eigenschaft als Angehöriger des Konsulats bestätigt.

(2) Absatz 1 ist auf Familienangehörige entsprechend anzuwenden.

Artikel 7

Eine konsularische Amtsperson kann nur ein Staatsbürger des Entsendestaates und darf nicht Staatsbürger des Empfangsstaates sein oder ihren Wohnsitz im Empfangsstaat haben.

Artikel 8

Der Empfangsstaat kann jederzeit und ohne Angabe von Gründen für seine Entscheidung dem Entsendestaat schriftlich auf diplomatischem Weg mitteilen, daß er beabsichtigt, das Exequatur oder die andere Erlaubnis für den Leiter des Konsulats zurückzuziehen oder daß ein Angehöriger des Konsulats nicht erwünscht ist. In diesem Fall hat der Entsendestaat die betreffende Person abuberufen oder ihre Tätigkeit im Konsulat zu beenden. Unterläßt es der Entsendestaat, diese Pflicht innerhalb einer angemessenen Frist zu erfüllen, kann der Empfangsstaat, wenn es sich um den Leiter des Konsulats handelt, das Exequatur oder die andere Erlaubnis zurückziehen oder, wenn es sich um einen anderen Angehörigen des Konsulats handelt, diesen im weiteren nicht mehr in dieser Eigenschaft anerkennen.

Kapitel III

Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten

Artikel 9

(1) Der Empfangsstaat behandelt einen Angehörigen des Konsulats und seine Familienangehörigen mit der gebührenden Achtung. Er trifft die geeigneten Maßnahmen, um einem Angehörigen des Konsulats die wirksame Ausübung seiner Funktionen zu gewährleisten.

(2) Der Empfangsstaat sichert, daß ein Angehöriger des Konsulats die Rechte, Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten nach diesem Vertrag in Anspruch nehmen kann.

Artikel 10

(1) Der Empfangsstaat erweist dem Entsendestaat bei der Beschaffung von Konsularräumlichkeiten, einer Residenz des Leiters des Konsulats und der Wohnungen für die Angehörigen des Konsulats Hilfe und Unterstützung.

(2) Der Entsendestaat kann in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates Konsularräumlichkeiten, eine Residenz des Leiters des Konsulats und Wohnungen für die Angehörigen des Konsulats, soweit diese Staatsbürger des Entsendestaates sind und ihren Wohnsitz nicht im Empfangsstaat haben, erwerben, mieten oder nutzen.

Artikel 11

(1) Am Gebäude des Konsulats und an der Residenz des Leiters des Konsulats können das Staatswappen und die Bezeichnung des Konsulats in den Sprachen des Entsendestaates und des Empfangsstaates angebracht werden.

(2) Am Gebäude des Konsulats und an der Residenz des Leiters des Konsulats kann die Staatsflagge des Entsendestaates aufgezogen werden.

(3) Der Leiter des Konsulats kann die Staatsflagge des Entsendestaates an den von ihm dienstlich benutzten Fahrzeugen führen.

Artikel 12

(1) Der Empfangsstaat gewährleistet den Schutz der Konsularräumlichkeiten. Die Konsularräumlichkeiten dürfen nur zu Zwecken genutzt werden, die mit dem Charakter und den Aufgaben des Konsulats vereinbar sind.

(2) Die Konsularräumlichkeiten, die Residenz des Leiters des Konsulats und die Wohnungen der konsularischen Amtspersonen sind unverletzlich. Die Organe des Empfangsstaates dürfen die Konsularräumlichkeiten, die Residenz des Leiters des Konsulats und die Wohnungen der konsularischen Amtspersonen ohne Einwilligung des Leiters des Konsulats, des Chefs der diplomatischen Mission des Entsendestaates oder einer von ihnen ermächtigten Person nicht betreten.

Artikel 13

Konsulararchive sind jederzeit und unabhängig davon, wo sie sich befinden, unverletzlich.

Artikel 14

(1) Ein Konsulat hat das Recht, sich mit der Regierung, den diplomatischen Missionen und anderen Konsulaten des Entsendestaates in Verbindung zu setzen unabhängig davon, wo sie sich befinden. Ein Konsulat kann alle allgemein üblichen Verbindungsmittel, einschließlich diplomatische und konsularische Kuriere, diplomatisches und konsularisches Gepäck und verschlüsselte Nachrichten, benutzen. Die Errichtung und die Inbetriebnahme einer Funkstation bedürfen der Genehmigung des Empfangsstaates. Bei der Benutzung öffentlicher Verbindungsmittel gelten für ein Konsulat die gleichen Tarife wie für die diplomatische Mission.

(2) Der dienstliche Schriftverkehr eines Konsulats und das Konsulargepäck sind unverletzlich und dürfen durch die Organe des Empfangsstaates weder geöffnet noch zurückgehalten werden. Das Konsulargepäck muß als solches äußerlich sichtbar gekennzeichnet sein. Es darf nur dienstliche Schriftstücke oder für den dienstlichen Gebrauch bestimmte Gegenstände enthalten.

(3) Einem Konsularkurier, der ein offizielles Schriftstück besitzt, das ihn als solchen ausweist und aus dem die Anzahl der ihm anvertrauten Kurierepäckstücke ersichtlich ist, werden vom Empfangsstaat die gleichen Rechte, Privilegien und

Immunitäten wie einem diplomatischen Kurier des Entsendestaates gewährt. Das gilt auch für einen Konsularkurier ad hoc, dessen Rechte, Privilegien und Immunitäten als Kurier jedoch erlöschen, nachdem er das Konsulargepäck dem Empfänger ausgehändigt hat.

(4) Das Konsulargepäck kann auch dem Kommandanten eines Luftfahrzeuges oder dem Kapitän eines Schiffes anvertraut werden. Der Kommandant oder der Kapitän muß ein offizielles Schriftstück mit sich führen, aus dem die Anzahl der ihm anvertrauten Kurierepäckstücke ersichtlich ist; er gilt jedoch nicht als Konsularkurier. Das Konsulat kann einen Angehörigen des Konsulats beauftragen, Konsulargepäck unmittelbar vom Kommandanten eines Luftfahrzeuges oder vom Kapitän eines Schiffes des Entsendestaates unter Einhaltung der entsprechenden Sicherheitsbestimmungen entgegenzunehmen oder diesem zu übergeben.

Artikel 15

(1) Eine konsularische Amtsperson und ihre Familienangehörigen genießen Immunität vor der Straf-, Zivil- und Verwaltungsgerichtsbarkeit des Empfangsstaates und unterliegen nicht staatlichen Zwangsmaßnahmen des Empfangsstaates.

(2) Die Bestimmungen des Absatz 1 gelten nicht für Zivilklagen gegen eine konsularische Amtsperson und ihre Familienangehörigen

1. in bezug auf persönliches, im Empfangsstaat gelegenes unbewegliches Vermögen, sofern es nicht im Auftrag des Entsendestaates zu konsularischen Zwecken genutzt wird;
2. in Nachlaßsachen, in denen sie in privater Eigenschaft und nicht im Namen des Entsendestaates als Testamentsvollstrecker, Nachlaßverwalter, Erbe oder Vermächtnisnehmer auftreten;
3. im Zusammenhang mit einer freiberuflichen oder gewerblichen Tätigkeit, die sie im Empfangsstaat neben ihrer dienstlichen Funktion ausüben;
4. die durch die von ihnen abgeschlossenen Verträge hervorgerufen werden, bei deren Abschluß sie nicht direkt oder indirekt im Auftrag des Entsendestaates auftreten;
5. die eine dritte Person bei Schäden anstrengt, die durch einen mit Verkehrsmitteln verursachten Unfall im Empfangsstaat hervorgerufen wurden.

(3) Ein Mitarbeiter des Konsulats genießt Immunität vor der Strafgerichtsbarkeit des Empfangsstaates. Er genießt ferner Immunität vor der Zivil- und Verwaltungsgerichtsbarkeit des Empfangsstaates und unterliegt nicht staatlichen Zwangsmaßnahmen des Empfangsstaates in bezug auf Handlungen, die er in Wahrnehmung dienstlicher Aufgaben vorgenommen hat.

(4) Die Bestimmungen des Absatz 3 gelten nicht für Zivilklagen gegen einen Mitarbeiter des Konsulats

1. die durch die von ihm abgeschlossenen Verträge hervorgerufen werden, bei deren Abschluß er nicht direkt oder indirekt im Auftrag des Entsendestaates auftritt;
2. die eine dritte Person bei Schäden anstrengt, die durch einen mit Verkehrsmitteln verursachten Unfall im Empfangsstaat hervorgerufen wurden.

(5) Ein Familienangehöriger eines Mitarbeiters des Konsulats genießt Immunität vor der Strafgerichtsbarkeit des Empfangsstaates.

(6) Gegen eine in Absatz 1 und 3 genannte Person dürfen Vollstreckungsmaßnahmen nur in den in Absatz 2 oder 4 vorgesehenen Fällen und nur unter der Voraussetzung getroffen werden, daß sie durchführbar sind, ohne die Unverletzlichkeit der Person zu beeinträchtigen.

Artikel 16

(1) Ein Angehöriger des Konsulats kann von den Gerichten oder anderen zuständigen Organen des Empfangsstaates als

Zeuge geladen werden. Er ist jedoch nicht verpflichtet, Aussagen über Angelegenheiten zu machen, die mit der Ausübung seiner dienstlichen Funktion verbunden sind.

(2) Weigert sich eine konsularische Amtsperson, zur Zeugenaussage zu erscheinen oder auszusagen, so dürfen gegen sie keine Zwangsmaßnahmen oder Strafen angewendet werden.

(3) Die Gerichte oder anderen zuständigen Organe des Empfangsstaates, die die Zeugenaussage eines Angehörigen des Konsulats fordern, haben geeignete Maßnahmen zu treffen, damit dieser bei der Ausübung seiner Funktionen nicht behindert wird. Seine Aussage kann mündlich oder schriftlich im Konsulat oder in der Wohnung eines Angehörigen des Konsulats entgegengenommen werden.

(4) Absätze 1 bis 3 gelten entsprechend für einen Familienangehörigen eines Angehörigen des Konsulats.

Artikel 17

(1) Der Entsendestaat kann auf die in den Artikeln 15 und 16 festgelegten Privilegien und Immunitäten verzichten. Der Verzicht muß für jeden Einzelfall ausdrücklich schriftlich gegenüber dem Empfangsstaat erklärt werden.

(2) Erhebt ein Angehöriger des Konsulats, der Immunität vor der Gerichtsbarkeit genießt, eine Klage, so kann er sich in bezug auf eine Widerklage, die mit der Hauptklage in unmittelbarem Zusammenhang steht, nicht auf die Immunität vor der Gerichtsbarkeit berufen.

(3) Der Verzicht auf die Immunität in einem Verfahren gilt nicht als Verzicht auf die Immunität vor der Vollstreckung der Entscheidung; hierfür ist ein besonderer Verzicht erforderlich.

Artikel 18

Ein Angehöriger des Konsulats und seine Familienangehörigen sind im Empfangsstaat von öffentlichen und persönlichen Pflichtleistungen jeglicher Art befreit.

Artikel 19

Ein Angehöriger des Konsulats und seine Familienangehörigen unterliegen nicht den Verpflichtungen, die sich aus den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates über die Meldepflicht und den Erwerb einer Aufenthaltsberechtigung für Personen ergeben, die nicht Staatsbürger des Empfangsstaates sind.

Artikel 20

(1) Der Empfangsstaat erhebt keinerlei staatliche, regionale und kommunale Steuern oder sonstige Abgaben für

1. die Konsularräumlichkeiten, die Residenz des Leiters des Konsulats und die Wohnungen der Angehörigen des Konsulats, wenn sie vom Entsendestaat erworben oder in dessen Namen gemietet wurden oder von ihm genutzt werden; das gilt auch für den Erwerb der genannten Immobilien, wenn der Entsendestaat diese ausschließlich für konsularische Zwecke erwirbt;
2. den Erwerb, das Eigentum, den Besitz oder die Nutzung von beweglichem Vermögen durch den Entsendestaat ausschließlich für Zwecke des Konsulats.

(2) Absatz 1 gilt nicht für die Bezahlung von Dienstleistungen.

Artikel 21

(1) Ein Angehöriger des Konsulats und seine Familienangehörigen sind von allen staatlichen, regionalen und kommunalen Steuern oder sonstigen Abgaben befreit; ausgenommen hiervon sind

1. indirekte Steuern und Abgaben, die normalerweise im Preis von Waren und Dienstleistungen enthalten sind;
2. Steuern und sonstige Abgaben von privatem, im Empfangsstaat gelegenen unbeweglichen Vermögen;

3. Erbschaftssteuern und Abgaben vom Vermögensübergang in bezug auf Vermögen im Empfangsstaat;
4. Steuern und sonstige Abgaben von privaten Einkünften, deren Quelle sich im Empfangsstaat befindet, sowie von dort gelegenen Vermögen;
5. Steuern, Gebühren und sonstige Abgaben, die für bestimmte Dienstleistungen erhoben werden;
6. Eintragungs-, Gerichts-, Beurkundungs-, Beglaubigungs-, Hypotheken- und Stempelgebühren.

(2) Für bewegliches Vermögen eines verstorbenen Angehörigen des Konsulats oder eines seiner Familienangehörigen werden staatliche, regionale und kommunale Steuern oder sonstige Abgaben für den Vermögensübergang insoweit nicht erhoben, als sich dieses Vermögen nur deshalb im Empfangsstaat befindet, weil sich der Verstorbene als Angehöriger des Konsulats oder als dessen Familienangehöriger im Empfangsstaat aufhielt.

Artikel 22

(1) Alle Gegenstände, einschließlich Kraftfahrzeuge, die für den dienstlichen Gebrauch des Konsulats ein- und ausgeführt werden, sind im Empfangsstaat in gleichem Umfang von Zöllen und sonstigen Abgaben befreit, wie die Gegenstände, die zum dienstlichen Gebrauch der diplomatischen Mission des Entsendestaates ein- und ausgeführt werden.

(2) Eine konsularische Amtsperson und ihre Familienangehörigen sind in gleichem Umfang von der Zollkontrolle ihres persönlichen Gepäcks, von Zöllen und sonstigen Abgaben bei der Ein- und Ausfuhr von Gegenständen befreit, wie ein Mitglied des diplomatischen Personals der diplomatischen Mission des Entsendestaates.

(3) Ein Mitarbeiter des Konsulats und seine Familienangehörigen sind hinsichtlich der Ein- und Ausfuhr von Gegenständen, die zur ersten Einrichtung im Empfangsstaat bestimmt sind, von Zöllen und sonstigen Abgaben in gleichem Umfang befreit, wie ein Mitglied des Verwaltungs- und technischen Personals der diplomatischen Mission des Entsendestaates.

(4) Absätze 1 bis 3 beziehen sich nicht auf Kosten für die Aufbewahrung, Lagerung und den Transport von ein- und ausgeführten Gegenständen.

Artikel 23

Ein Angehöriger des Konsulats und seine Familienangehörigen genießen im Empfangsstaat Bewegungs- und Reisefreiheit, vorbehaltlich der Gebiete, in die die Einreise oder der Aufenthalt durch die Rechtsvorschriften des Empfangsstaates nicht gestattet ist.

Artikel 24

(1) Ein Mitarbeiter des Konsulats, der Staatsbürger des Empfangsstaates ist oder der seinen Wohnsitz im Empfangsstaat hat, genießt nicht die in diesem Vertrag festgelegten Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten mit Ausnahme der in Artikel 16 vorgesehenen Befreiung von der Verpflichtung zur Zeugenaussage über Angelegenheiten, die mit der Ausübung seiner dienstlichen Funktion verbunden sind.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für einen Familienangehörigen eines Angehörigen des Konsulats, der Staatsbürger des Empfangsstaates ist oder der seinen Wohnsitz im Empfangsstaat hat.

Kapitel IV Konsularfunktionen

Artikel 25

Eine konsularische Amtsperson hat das Recht,

1. die Rechte und Interessen des Entsendestaates, seiner Staatsbürger und juristischen Personen zu vertreten;

2. zur Entwicklung der ökonomischen, kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen zwischen dem Entsendestaat und dem Empfangsstaat beizutragen;
3. auf andere Art und Weise die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen dem Entsendestaat und dem Empfangsstaat zu fördern.

Artikel 26

(1) Eine konsularische Amtsperson darf ihre konsularischen Funktionen nur im Konsularbezirk ausüben. Die Ausübung konsularischer Funktionen außerhalb des Konsularbezirkes bedarf in jedem Einzelfall der vorherigen Zustimmung des Empfangsstaates.

(2) Eine konsularische Amtsperson kann sich in Ausübung ihrer konsularischen Funktionen direkt an die zuständigen staatlichen Organe im Konsularbezirk wenden.

Artikel 27

Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates Staatsbürger des Entsendestaates vor den Gerichten und anderen Organen des Empfangsstaates zu vertreten oder für ihre angemessene Vertretung zu sorgen, um Maßnahmen zum Schutz der Rechte und Interessen dieser Staatsbürger zu erwirken, wenn diese wegen Abwesenheit oder aus anderen triftigen Gründen ihre Rechte und Interessen nicht rechtzeitig wahrnehmen können. Dies trifft auch auf juristische Personen des Entsendestaates zu.

Artikel 28

Eine konsularische Amtsperson hat das Recht,

1. Staatsbürger des Entsendestaates zu registrieren;
2. in Staatsbürgerschaftsfragen entsprechend den Rechtsvorschriften des Entsendestaates Anträge entgegenzunehmen oder Dokumente auszuhändigen;
3. für Staatsbürger des Entsendestaates Reisedokumente auszustellen, zu verändern und zu erneuern;
4. Visa zu erteilen.

Artikel 29

(1) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht,

1. Ehe-, Geburten- und Sterberegister von Staatsbürgern des Entsendestaates zu führen;
2. in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Entsendestaates Ehen zu schließen, wenn die Eheschließenden Staatsbürger des Entsendestaates und nicht zugleich Staatsbürger des Empfangsstaates sind;
3. Erklärungen und Anträge zum Personenstand von Staatsbürgern des Entsendestaates entgegenzunehmen.

(2) Eine konsularische Amtsperson informiert die zuständigen Organe des Empfangsstaates über die Durchführung von Handlungen nach Absatz 1, wenn die Rechtsvorschriften des Empfangsstaates das vorsehen.

Artikel 30

Eine konsularische Amtsperson hat das Recht,

1. Erklärungen von Staatsbürgern des Entsendestaates entgegenzunehmen und zu beurkunden;
2. letztwillige Verfügungen sowie andere Dokumente über Rechtshandlungen von Staatsbürgern des Entsendestaates zu beurkunden und aufzubewahren;
3. Dokumente über Rechtsgeschäfte zwischen Staatsbürgern des Entsendestaates zu beurkunden und aufzubewahren, ausgenommen Rechtsgeschäfte zur Begründung, Übertragung oder Aufhebung von Rechten an im Empfangsstaat befindlichen Grundstücken und Gebäuden;

4. Unterschriften von Staatsbürgern des Entsendestaates auf Schriftstücken zu beglaubigen;
5. die Echtheit der Kopien von Schriftstücken oder der Auszüge aus Schriftstücken zu beglaubigen;
6. Übersetzungen von Schriftstücken zu beglaubigen;
7. Schriftstücke, die von den zuständigen Organen oder Amtspersonen des Empfangsstaates ausgestellt und zur Verwendung im Entsendestaat bestimmt sind, zu legalisieren;
8. andere notarielle Handlungen vorzunehmen, die ihr vom Entsendestaat übertragen werden, sofern dies nicht den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates widerspricht.

Artikel 31

Die von einer konsularischen Amtsperson in Übereinstimmung mit Artikel 30 ausgefertigten, beurkundeten oder beglaubigten Dokumente und Schriftstücke besitzen im Empfangsstaat die gleiche Rechtswirksamkeit wie entsprechende Dokumente und Schriftstücke, die von den zuständigen Organen des Empfangsstaates ausgestellt worden sind.

Artikel 32

(1) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht,

1. von Staatsbürgern des Entsendestaates Dokumente, Geld, Wertsachen und andere ihnen gehörende Gegenstände in Verwahrung zu nehmen;
2. Dokumente, Geld, Wertsachen und andere Gegenstände, die Staatsbürgern des Entsendestaates während ihres Aufenthaltes im Empfangsstaat abhanden gekommen sind, von den Organen des Empfangsstaates zur Übermittlung an die Eigentümer entgegenzunehmen.

(2) Ein gemäß Absatz 1 in Verwahrung genommener Gegenstand darf aus dem Empfangsstaat nur ausgeführt werden, wenn dies nicht im Widerspruch zu den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates steht.

Artikel 33

Die zuständigen Organe des Empfangsstaates informieren eine konsularische Amtsperson unverzüglich über den Tod eines Staatsbürgers des Entsendestaates im Empfangsstaat und übersenden ihr eine Ausfertigung der Sterbeurkunde. Für die Ausstellung und Übersendung der Urkunde werden keine Gebühren erhoben.

Artikel 34

(1) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates übermitteln einer konsularischen Amtsperson alle ihnen bekannten Angaben über den Nachlaß eines im Empfangsstaat verstorbenen Staatsbürgers des Entsendestaates, das Vorhandensein einer letztwilligen Verfügung des Verstorbenen sowie über die in Frage kommenden Erben, Vermächtnisnehmer oder Pflichtteilsberechtigten.

(2) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates informieren eine konsularische Amtsperson, wenn sich im Zusammenhang mit einem im Empfangsstaat eröffneten Nachlaßverfahren, unabhängig von der Staatsbürgerschaft des Erblassers zur Zeit seines Todes, ergibt, daß Staatsbürger des Entsendestaates als Erben, Vermächtnisnehmer oder Pflichtteilsberechtigte in Betracht kommen.

Artikel 35

(1) Hat ein Staatsbürger des Entsendestaates Nachlaßvermögen im Empfangsstaat hinterlassen oder kommen Staatsbürger des Entsendestaates als Erben, Vermächtnisnehmer oder Pflichtteilsberechtigte in einem Nachlaßverfahren, unabhängig von der Staatsbürgerschaft des Erblassers zur Zeit seines Todes, in Betracht, so ist eine konsularische Amtsperson berechtigt, die zuständigen Organe des Empfangsstaates

zu ersuchen, Maßnahmen zur Sicherung, Erhaltung und Verwaltung des Nachlasses zu treffen. Sie kann in Übereinstimmung mit den Gesetzen des Empfangsstaates bei der Durchführung dieser Maßnahmen mitwirken und für eine Vertretung der Erben, Vermächtnisnehmer oder Pflichtteilsberechtigten sorgen.

(2) Eine konsularische Amtsperson kann sich bei der Ausübung der in Absatz 1 festgelegten Aufgaben direkt an die zuständigen Organe des Empfangsstaates wenden.

Artikel 36

(1) Eine konsularische Amtsperson ist berechtigt, von den zuständigen Organen des Empfangsstaates nach Abschluß eines Nachlaßverfahrens das zur Erbmasse gehörende bewegliche Vermögen oder den durch den Verkauf des beweglichen oder unbeweglichen Vermögens erzielten Geldbetrag zur Weiterleitung an einen Staatsbürger des Entsendestaates entgegenzunehmen, sofern dieser Staatsbürger Erbe, Vermächtnisnehmer oder Pflichtteilsberechtigter ist, im Empfangsstaat keinen Wohnsitz hat und am Nachlaßverfahren weder persönlich noch durch einen Vertreter teilgenommen hat.

(2) Die in Absatz 1 genannten Vermögenswerte werden einer konsularischen Amtsperson erst übergeben, wenn in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates die Nachlaßverbindlichkeiten, mit denen der Nachlaß belastet ist, und die mit dem Nachlaß verbundenen Steuern bezahlt sind oder deren Bezahlung sichergestellt ist.

(3) Die Weiterleitung und Ausfuhr der in Absatz 1 genannten Vermögenswerte an die Berechtigten erfolgt gemäß den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates.

Artikel 37

(1) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates übergeben einer konsularischen Amtsperson die von einem Staatsbürger des Entsendestaates mitgeführten persönlichen Gegenstände, Geldmittel und Wertsachen, wenn dieser während eines zeitweiligen Aufenthaltes im Empfangsstaat verstorben ist und die Übergabe der Vermögenswerte an einen Bevollmächtigten nicht möglich ist.

(2) Die Übergabe und Ausfuhr der in Absatz 1 genannten Vermögenswerte erfolgt gemäß den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates.

Artikel 38

(1) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates benachrichtigen eine konsularische Amtsperson schriftlich über alle Fälle, in denen es notwendig ist, einen Vormund oder Pfleger für einen Staatsbürger des Entsendestaates, der seinen Wohnsitz oder Aufenthalt im Empfangsstaat hat, zu bestellen.

(2) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, sich wegen der Bestellung eines Vormunds oder Pflegers für einen Staatsbürger des Entsendestaates an die zuständigen Organe des Empfangsstaates zu wenden und geeignete Personen für die Bestellung als Vormund oder Pfleger vorzuschlagen.

Artikel 39

(1) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, mit einem Staatsbürger des Entsendestaates in Verbindung zu treten, sich mit ihm zu treffen, ihm Unterstützung im Verkehr mit den Organen des Empfangsstaates zu gewähren, ihm Hilfe in von diesen Organen behandelten Angelegenheiten zu leisten und ihm die Unterstützung eines Rechtsanwaltes oder einer anderen Person zu sichern sowie einen Dolmetscher zu vermitteln.

(2) Der Empfangsstaat schränkt in keiner Weise die Beziehungen und den Zutritt eines Staatsbürgers des Entsendestaates zum Konsulat ein.

(3) Die Organe des Empfangsstaates unterstützen eine konsularische Amtsperson beim Erhalt von Informationen über Personen, die die Staatsbürgerschaft des Entsendestaates besitzen, damit sich die konsularische Amtsperson mit diesen Staatsbürgern in Verbindung setzen oder treffen kann.

Artikel 40

(1) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates benachrichtigen eine konsularische Amtsperson unverzüglich über die vorläufige Festnahme, Verhaftung oder eine andere Beschränkung der persönlichen Freiheit eines Staatsbürgers des Entsendestaates im Empfangsstaat.

(2) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, einen Staatsbürger des Entsendestaates, der vorläufig festgenommen, verhaftet oder einer anderen Beschränkung der persönlichen Freiheit unterworfen wurde oder der eine Freiheitsstrafe im Empfangsstaat verbüßt, so bald wie möglich zu besuchen und mit ihm Verbindung zu unterhalten. Die Besuche können wiederholt in angemessenen Zeitabständen erfolgen.

(3) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates informieren den betroffenen Staatsbürger des Entsendestaates über die ihm nach diesem Artikel zustehenden Rechte.

(4) Die in diesem Artikel genannten Rechte werden gemäß den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates unter der Voraussetzung ausgeübt, daß diese Rechte dadurch nicht aufgehoben werden.

Artikel 41

(1) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, einem Schiff des Entsendestaates in einem Hafen, den Territorial- und Binnengewässern des Empfangsstaates Unterstützung und Hilfe zu leisten.

(2) Eine konsularische Amtsperson kann mit einem Schiff des Entsendestaates Verbindung aufnehmen und sich an Bord begeben, sobald das Schiff die Verkehrserlaubnis mit dem Land erhalten hat.

(3) Dem Kapitän und den Besatzungsmitgliedern eines Schiffes des Entsendestaates ist es gestattet, mit einer konsularischen Amtsperson Verbindung aufzunehmen. Vorbehaltlich der Rechtsvorschriften des Empfangsstaates können sie sich auch in das Konsulat begeben.

(4) Eine konsularische Amtsperson kann in Ausübung ihrer Funktionen in allen Fragen hinsichtlich eines Schiffes des Entsendestaates, des Kapitäns, der Besatzungsmitglieder, der Passagiere oder der Ladung die zuständigen Organe des Empfangsstaates um Unterstützung und Hilfe ersuchen.

Artikel 42

- (1) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht,
1. unbeschadet der Rechte der Organe des Empfangsstaates alle während der Reise eines Schiffes des Entsendestaates an Bord eingetretenen Vorkommnisse zu untersuchen und den Kapitän und die Besatzungsmitglieder darüber zu befragen;
 2. unbeschadet der Rechte der Organe des Empfangsstaates alle Streitfragen zwischen dem Kapitän und einem Besatzungsmitglied, einschließlich der Streitfragen über den Lohn und den Heuervertrag, zu klären;
 3. Maßnahmen zur Anheuerung oder zur Entlassung des Kapitäns oder eines Besatzungsmitgliedes zu treffen, sofern das den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates nicht widerspricht;
 4. Maßnahmen zur medizinischen Behandlung des Kapitäns, eines Besatzungsmitgliedes oder eines Passagiers zu treffen oder deren Rückreise zu veranlassen;
 5. jede Erklärung und jedes andere Dokument, das nach den Rechtsvorschriften des Entsendestaates im Zusammen-

hang mit Schiffen des Entsendestaates und ihrer Ladung vorgeschrieben ist, entgegenzunehmen, auszustellen, zu verlängern oder zu beglaubigen und die Schiffspapiere zu überprüfen.

(2) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates dem Kapitän oder einem Besatzungsmitglied eines Schiffes des Entsendestaates jede Unterstützung und Hilfe zu erweisen und mit ihm vor den Gerichten und anderen zuständigen Organen des Empfangsstaates aufzutreten.

Artikel 43

(1) Beabsichtigen die Gerichte oder andere zuständige Organe des Empfangsstaates, Zwangsmaßnahmen oder eine Untersuchung an Bord eines Schiffes des Entsendestaates durchzuführen, so ist die konsularische Amtsperson davon durch die zuständigen Organe des Empfangsstaates zu verständigen. Eine solche Mitteilung hat rechtzeitig zu erfolgen, damit die konsularische Amtsperson anwesend sein kann. War die konsularische Amtsperson bei der Durchführung dieser Maßnahmen nicht anwesend, geben ihr die zuständigen Organe des Empfangsstaates darüber auf Ersuchen eine schriftliche Information. Läßt die Dringlichkeit der durchzuführenden Maßnahmen eine vorherige Benachrichtigung der konsularischen Amtsperson nicht zu, so stellen die zuständigen Organe des Empfangsstaates der konsularischen Amtsperson über die Vorkommnisse und die durchgeführten Maßnahmen eine schriftliche Information zu, ohne daß die konsularische Amtsperson darum ersucht.

(2) Absatz 1 findet auch dann Anwendung, wenn der Kapitän oder Besatzungsmitglieder zu Vorkommnissen im Zusammenhang mit dem Schiff des Entsendestaates durch die zuständigen Organe des Empfangsstaates an Land vernommen werden sollen.

(3) Die Bestimmungen dieses Artikels finden keine Anwendung bei üblichen Zoll-, Paß- und Hygienekontrollen.

Artikel 44

(1) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates setzen eine konsularische Amtsperson umgehend davon in Kenntnis, wenn ein Schiff des Entsendestaates Schiffbruch erleidet, strandet oder von einer anderen Havarie in einem Hafen, den Territorial- und Binnengewässern des Empfangsstaates betroffen wird, und benachrichtigen sie über die Maßnahmen, die zur Rettung und Bergung von Menschen, Schiff und Ladung getroffen wurden. Eine konsularische Amtsperson kann dem Schiff des Entsendestaates, dem Kapitän, den Besatzungsmitgliedern und den Passagieren jegliche Hilfe leisten sowie Maßnahmen zur Sicherstellung der Ladung und zur Reparatur des Schiffes treffen.

(2) Eine konsularische Amtsperson kann im Namen des Eigentümers des Schiffes des Entsendestaates Maßnahmen ergreifen, die der Eigentümer des Schiffes oder der Ladung selbst hätte veranlassen können, wenn weder der Kapitän noch der Eigentümer des Schiffes, sein Agent oder die zuständige Versicherung in der Lage sind, die notwendigen Maßnahmen zur Sicherstellung oder Verfügung über ein solches Schiff oder seine Ladung zu treffen.

(3) Die Bestimmungen in Absatz 1 und 2 gelten auch für Gegenstände, die Eigentum eines Staatsbürgers des Entsendestaates sind und sich auf einem Schiff des Empfangsstaates oder eines dritten Staates befanden, an der Küste oder in den Gewässern des Empfangsstaates als Strandgut gefunden oder einem Hafen dieses Staates zugestellt wurden.

(4) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates erweisen einer konsularischen Amtsperson bei den von ihr zu ergreifenden Maßnahmen, die mit der Havarie eines Schiffes des Entsendestaates im Zusammenhang stehen, jede notwendige Unterstützung.

(5) Ein havariertes Schiff des Entsendestaates, seine Ladung und Vorräte sind im Empfangsstaat von Zöllen, Gebühren und Abgaben befreit, wenn sie nicht zur Verwendung im Empfangsstaat verbleiben.

Artikel 45

Die Artikel 41 bis 44 dieses Vertrages werden sinngemäß auf Luftfahrzeuge des Entsendestaates angewandt.

Artikel 46

Eine konsularische Amtsperson kann außer den in diesem Vertrag vorgesehenen Funktionen andere konsularische Funktionen ausüben, sofern das nicht den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates widerspricht.

Artikel 47

Ein Konsulat kann mit Zustimmung des Empfangsstaates konsularische Funktionen für einen dritten Staat im Empfangsstaat ausüben.

Artikel 48

Eine konsularische Amtsperson ist berechtigt, im Empfangsstaat Konsulargebühren in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Entsendestaates zu erheben.

Kapitel V

Allgemeine Bestimmungen und Schlußbestimmungen

Artikel 49

Alle Personen, die nach diesem Vertrag Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten genießen, sind unbeschadet derselben verpflichtet, die Rechtsvorschriften des Empfangsstaates, einschließlich der Verkehrsbestimmungen und der Versicherungsvorschriften für Fahrzeuge, einzuhalten und sich nicht in die inneren Angelegenheiten des Empfangsstaates einzumischen.

Artikel 50

(1) Die Bestimmungen dieses Vertrages gelten auch für die konsularische Tätigkeit der diplomatischen Mission des Entsendestaates. Für ein Mitglied des diplomatischen Personals der diplomatischen Mission des Entsendestaates, das mit der Ausübung konsularischer Funktionen betraut wurde, gelten die in diesem Vertrag festgelegten Rechte und Pflichten einer konsularischen Amtsperson. Diese Diplomaten sind dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten des Empfangsstaates zu notifizieren. Sehen die Rechtsvorschriften des Empfangsstaates die Übergabe eines Konsularpatents und die Ausstellung eines Exequators vor, so ist dieses kostenlos auszustellen.

(2) Die Wahrnehmung konsularischer Funktionen durch ein Mitglied des diplomatischen Personals der diplomatischen Mission nach Absatz 1 berührt nicht seine Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten, die ihm aufgrund seines diplomatischen Status gewährt werden.

Artikel 51

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation. Er tritt am 30. Tag nach Austausch der Ratifikationsurkunden, der in Berlin erfolgt, in Kraft.

(2) Dieser Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen und behält seine Gültigkeit bis zum Ablauf von sechs Monaten nach dem Tag, an dem ihn eine der Hohen Vertragschließenden Seiten schriftlich auf diplomatischem Weg kündigt.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der Hohen Vertragschließenden Seiten diesen Vertrag unterzeichnet und gesiegelt.

Geschehen in Nikosia am 2. November 1976 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und englischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

Für die
Deutsche Demokratische
Republik
K. Nier

Für die
Republik Zypern
Patsalides

CONSULAR CONVENTION
between the German Democratic Republic
and the Republic of Cyprus

The German Democratic Republic and the Republic of Cyprus desiring to regulate consular relations and to contribute towards further developing the friendly relations between the two states on the bases of the generally accepted principles of international law, such as also laid down in the Final Act of the Conference on Security and Co-operation in Europe, in particular the principles of sovereign equality of states, territorial integrity and non-interference in internal affairs, have decided to conclude the present Consular Convention and for this purpose have appointed as their plenipotentiaries;

The German Democratic Republic:
 Mr. Kurt Nier
 Deputy Minister of Foreign Affairs

The Republic of Cyprus:
 Mr. Andreas Patsalides
 Ag. Minister of Foreign Affairs

who, having exchanged their full powers, which were found in good and due form, have agreed as follows:

CHAPTER I

Definitions

Article 1

(1) For the purpose of this Convention the terms listed below shall have the following meanings:

1. "Consulate" means a consulate-general, a consulate, a vice-consulate and a consular agency;
2. "Consular district" means the district in which a consulate is entitled to perform consular functions;
3. "Head of the consulate" means the consul-general, consul, vice-consul or the consular officer charged by the sending state with the conduct of the consulate's affairs;
4. "Consular officer" means a person, including the head of a consulate, charged with the performance of consular functions;
5. "Member of the consulate staff" means a person who performs administrative, technical or service functions in the consulate;
6. "Member of the consulate" means a consular officer and a member of the consulate staff;
7. "Family member" means the spouse of a member of the consulate, his children and parents and those of his spouse insofar as these persons belong to the household of the members of the consulate and are supported by him;
8. "Consular premises" means buildings or parts of buildings as well as appertaining plots of land which are exclusively used for consular purposes, irrespective of ownership;
9. "Consular archives" means the official correspondence, cipher, documents, books and the consulate's technical means of work as well as pieces of equipment designed for their keeping and preservation;
10. "Vessel of the sending state" means any watercraft, excluding war-ships, lawfully flying the flag of the sending state;

11. "Aircraft of the sending state" means any civil aircraft lawfully displaying the nationality and registration signs of the sending state.

(2) Nationals of the sending state are those persons who have its nationality pursuant to the legal provisions of that state.

(3) As juridical persons of the sending state are considered and treated by the receiving state those who were established pursuant to the legal provisions of the sending state.

CHAPTER II

**Establishment of consulates,
 appointment and recall of consular officers**

Article 2

(1) A consulate may be established in the receiving state only with the latter's consent.

(2) The seat of the consulate, its status, the consular district as well as the number of members of the consulate shall be agreed upon between the sending and the receiving state.

Article 3

(1) The sending state shall obtain through diplomatic channels the prior consent of the receiving state to the appointment of a consular officer as head of the consulate.

(2) The sending state shall convey to the receiving state through diplomatic channels the consular commission or another document appointing the head of the consulate. They shall contain name and surname of the head of the consulate, his rank as well as the designation of the consulate's seat and of the consular district.

(3) The head of the consulate may perform his functions only after he has been granted an exequatur or some other permission by the receiving state. The exequatur shall be granted at short notice. Pending its granting the receiving state may allow the head of the consulate to perform his duties in a provisional capacity.

Article 4

(1) If for any reason the head of the consulate is unable to perform his duties or if his post is temporarily vacant, the sending state may charge a consular officer of the consulate concerned or of another of its consulates in the receiving state or a member of the diplomatic staff of its diplomatic mission in the receiving state with the temporary conduct of the consulate's affairs. The receiving state shall be accordingly informed in advance through diplomatic channels.

(2) The person temporarily placed in charge of the consulate shall enjoy the same rights, facilities, privileges and immunities as are accorded to the head of the consulate under this Convention.

(3) If a member of the diplomatic staff of the sending state's diplomatic mission is temporarily put in charge of the consulate, his diplomatic privileges and immunities shall not be affected.

Article 5

(1) The sending state shall communicate in advance to the Ministry of Foreign Affairs of the receiving state through

diplomatic channels the name and surname as well as the rank of every consular officer performing a function other than that of head of the consulate.

(2) The sending state shall communicate in advance to the Ministry of Foreign Affairs of the receiving state through diplomatic channels the date of arrival and final departure of a member of the consulate and his family members.

Article 6

(1) The Ministry of Foreign Affairs of the receiving state shall issue to any member of the consulate, who is not a national of the receiving state, an identity card with a photo confirming his identity and capacity as member of the consulate.

(2) Paragraph 1 of this Article shall be applied accordingly to family members.

Article 7

Only a national of the sending state, who is neither national nor permanent resident of the receiving state, may serve as consular officer.

Article 8

The receiving state may at any time and without having to explain its decision, inform the sending state in writing through diplomatic channels that it intends to withdraw the exequatur or other permission granted to the head of the consulate or that a member of the consulate is undesirable. In such a case, the sending state shall recall the person concerned or terminate his functions with the consulate. If the sending state fails within a reasonable time to carry out this obligation, the receiving state may, in the case of the head of the consulate, withdraw the exequatur or other permission or, in the case of another member of the consulate, refuse to accept him further in this capacity.

CHAPTER III

Facilities, Privileges and Immunities

Article 9

(1) The receiving state shall treat the members of the consulate and their family members with due respect. It shall take the appropriate measures to assure the members of the consulate the effective performance of their duties.

(2) The receiving state shall ensure that the members of the consulate may enjoy the rights, facilities, privileges and immunities provided for in this Convention.

Article 10

(1) The receiving state shall grant support and assistance to the sending state in procuring consular premises, a residence for the head of the consulate and accommodation for the members of the consulate.

(2) In accordance with the legal regulations of the receiving state the sending state may acquire, take on lease or use consular premises, a residence for the head of the consulate and accommodation for the members of the consulate provided that they are nationals of the sending state and do not reside in the receiving state.

Article 11

(1) The national coat-of-arms and the designation of the consulate may be placed on the consulate building and on the residence of the head of the consulate in the languages of the sending and the receiving states.

(2) The flag of the sending state may be flown on the consular building and on the residence of the head of the consulate.

(3) The head of the consulate may place the flag of the sending state on vehicles used by him on official duty.

Article 12

(1) The receiving state shall ensure the protection of the consular premises. The consular premises may only be used for purposes compatible with the nature and functions of a consulate.

(2) The consular premises, the residence of the head of the consulate and the apartments of the consular officers shall be inviolable. The authorities of the receiving state may not enter the consular premises, the residence of the head of the consulate and the apartments of the consular officers without the consent of the head of the consulate, the chief of the diplomatic mission of the sending state or a person authorized by one of those persons.

Article 13

The consular archives shall be inviolable at all times and wherever they may be.

Article 14

(1) A consulate shall have the right to establish contacts with its government, with diplomatic missions and other consulates of the sending state, wherever they may be. A consulate may use all the usual means of communication including diplomatic and consular couriers, diplomatic and consular bags and codes and ciphers. The establishment and operation of a wireless station is subject to approval by the receiving state. As regards the use of the public means of communication, the rates applicable to consulates shall be the same as those for diplomatic missions.

(2) The official correspondence of a consulate and the consular bags shall be inviolable and may neither be opened nor detained by the authorities of the receiving state. The consular bags must be externally marked as such. They shall only contain official papers or objects intended for official use.

(3) A consular courier who possesses an official document indicating him as such and showing the number of courier packages entrusted to him, shall be granted by the receiving state the same rights, privileges and immunities as enjoyed by a diplomatic courier of the sending state. This shall likewise apply to an ad hoc consular courier except that his rights, privileges and immunities as courier shall cease upon handing over the consular bag to the receiver.

(4) The consular bag may also be entrusted to the captain of an aircraft or the master of a vessel. The captain or master shall be provided with an official document showing the number of consular bags entrusted to him; they shall not, however, be considered consular couriers. The consulate may charge a member of the consulate to receive consular bags from, or to hand over consular bags to, the captain of an aircraft or the master of a vessel of the sending state with due observance of relevant security regulations.

Article 15

(1) A consular officer and his family members shall enjoy immunity from the criminal, civil and administrative jurisdiction of the receiving state and are not subject to coercive measures taken by the receiving state.

(2) The provisions of paragraph 1 of this Article shall not apply to civil procedures against a consular officer and his family members

1. relating to private immovable property in the receiving state provided that it is not used on behalf of the sending state for consular purposes;

2. relating to succession in which they act in their private capacities, and not on behalf of the sending state, as executors, administrators, heirs or legatees;
3. relating to free-lance or other gainful activities which they undertake in the receiving state in addition to their official functions;
4. resulting from contracts concluded by them and in the conclusion of which they do not directly or indirectly act on behalf of the sending state;
5. brought by a third person in case of damage caused by an accident in the receiving state involving means of transport.

(3) A member of the consulate staff shall enjoy immunity from the criminal jurisdiction of the receiving state. In addition, he shall enjoy immunity from the civil and administrative jurisdiction of the receiving state and shall not be subject to coercive measures taken by the receiving state relating to any act performed in the discharge of his official duties.

(4) The provisions of paragraph 3 of this Article shall not apply to civil procedures against a member of the consulate staff

1. resulting from contracts concluded by them and in the conclusion of which they do not directly or indirectly act on behalf of the sending state;
2. brought by a third person in case of damage caused by an accident in the receiving state involving means of transport.

(5) A family member of a member of the consulate staff shall enjoy immunity from the criminal jurisdiction of the receiving state.

(6) Enforcement measures against persons referred to in paragraphs 1 and 3 of this Article may only be taken in the cases provided for in paragraphs 2 and 4 of this Article and only under the condition that they are practicable without infringement upon the inviolability of the person.

Article 16

(1) A member of the consulate may be summoned to appear as witness before the courts or other competent authorities of the receiving state. However, he is not obliged to give evidence on matters connected with the discharge of his official duties.

(2) If a consular officer refuses to appear as witness or to give evidence, no coercive measures or penalties may be applied to him.

(3) The courts or other competent authorities of the receiving state which ask a member of the consulate to give evidence shall ensure by appropriate measures that he is not impaired in the discharge of his duties. Evidence may be given orally or in writing in the consulate or the residence of a member of the consulate.

(4) The provisions of paragraphs 1 to 3 of this Article shall analogously apply to the family members of a member of the consulate.

Article 17

(1) The sending state may waive the privileges and immunities provided for in Articles 15 and 16. Such waiver must be expressly stated for each individual case in writing towards the receiving state.

(2) The initiation of proceedings by a member of the consulate entitled to immunity from jurisdiction shall preclude him from invoking immunity from jurisdiction in respect of any counter-claim directly connected with the principal claim.

(3) Waiver of immunity from jurisdiction in respect of a proceeding shall not be held to imply waiver of immunity

in respect of execution of the decision for which a separate waiver shall be required.

Article 18

Members of the consulate and their family members shall be exempt from obligations of public or personal service of any kind in the receiving state.

Article 19

Members of the consulate and their family members shall not be subject to the obligations arising from the legal regulations of the receiving state under which persons who are not nationals of the receiving state are required to register and to obtain a residence permit.

Article 20

(1) The receiving state shall not levy any national regional or local taxes or other charges on:

1. The consular premises, the residence of the head of the consulate and apartments of the members of the consulate if acquired by the sending state or rented on its behalf or used by it. This also applies to the acquisition of the said immovables if the sending state acquires them exclusively for consular purposes.
2. The acquisition, ownership, possession or use of movable property by the sending state exclusively for the purpose of the consulate.

(2) The provisions of paragraph 1 shall not apply to payments for services.

Article 21

(1) Members of the consulate and their family members shall be exempt from all national, regional and local taxes and other charges, except:

1. indirect taxes and charges normally included in the price of goods and services;
2. taxes and other charges on private immovable property situated in the receiving state;
3. inheritance tax and charges on the passing of property in respect of property in the receiving state;
4. taxes and other charges on private income having its source in the receiving state and on property situated in that state;
5. taxes, duties and other charges for specific services rendered;
6. registration, court, legalization, certification and mortgage dues and stamp duties.

(2) No national, regional or local taxes or other charges on the passing of property are levied in respect of movable property of a deceased member of the consulate or one of his family members insofar as the presence of such property in the receiving state was due solely to the presence there of the deceased as a member of the consulate or as a member of his family.

Article 22

(1) All articles, including motor vehicles, which are exported or imported for the official use of the consulate shall be exempt from customs duties and other charges in the receiving state to the same extent as the articles imported or exported for the official use of the diplomatic mission of the sending state.

(2) A consular officer and his family members shall be exempt from customs inspection of his personal luggage, from customs duties and other charges for the importation and exportation of articles to the same extent as a member of the diplomatic staff of the diplomatic mission of the sending state.

(3) A member of the consulate and his family members shall be exempt from customs duties and other charges for

the importation and exportation of articles destined for the initial installation in the receiving state to the same extent as a member of the administrative and technical staff of the diplomatic mission of the sending state.

(4) Paragraphs 1 to 3 do not apply to charges for the safekeeping, storage and cartage of imported or exported articles.

Article 23

Members of the consulate and their family members enjoy freedom of movement and travel in the receiving state, with the exception of those areas entry into and sojourn in which is prohibited according to legal regulations of the receiving state.

Article 24

(1) A member of the consulate staff who is either a national or permanent resident of the receiving state shall not enjoy the facilities, privileges and immunities laid down in the present Convention except, as provided in Article 16, respecting immunity from the obligation to give evidence in matters connected with the discharge of his official duties.

(2) Paragraph 1 shall accordingly apply to a family member of a member of the consulate, who is either a national or permanent resident of the receiving state.

CHAPTER IV

Consular Functions

Article 25

A consular officer shall be entitled:

1. to represent the rights and interests of the sending state, of its nationals and of its juridical persons;
2. to contribute to the development of economic, cultural and scientific relations between the sending state and the receiving state;
3. to promote in other ways the development of friendly relations between the sending state and the receiving state.

Article 26

(1) A consular officer may perform his consular functions only within the consular district. The performance of consular functions outside the consular district requires in each individual case the prior consent of the receiving state.

(2) In the performance of his consular functions a consular officer may address himself directly to the competent state authorities in the consular district.

Article 27

A consular officer shall have the right, in accordance with the legal regulations of the receiving state, to represent nationals of the sending state before the courts and other authorities of the receiving state or to take steps for their appropriate representation in order to take out measures for the protection of the rights and interests of these nationals, where, because of absence or other serious reasons, these nationals are not in a position to safeguard timely their rights and interests. This shall also apply to juridical persons of the sending state.

Article 28

A consular officer shall be entitled:

1. to register nationals of the sending state;
2. to accept applications or deliver documents on matters of citizenship, subject to the legal regulations of the sending state;
3. to issue, change, and renew travel documents for nationals of the sending state;
4. to issue visas.

Article 29

(1) A consular officer shall be entitled:

1. to keep marriage, birth and death registers of nationals of the sending state;
2. to solemnize marriages in accordance with the legal provisions of the sending state provided that both parties to the marriage are nationals of the sending state and not at the same time nationals of the receiving state;
3. to accept certificates and requests concerning the personal status of nationals of the sending state;

(2) A consular officer shall inform the competent authorities of the receiving state of actions taken under paragraph 1, if this is foreseen by the legal regulations of the receiving state.

Article 30

A consular officer shall be entitled:

1. to accept and to certify statements of nationals of the sending state;
2. to certify and to safekeep last wills and other documents relating to legal acts of nationals of the sending state;
3. to certify and to safekeep documents on legal transactions between nationals of the sending state, with the exception of legal transactions concerning the establishment, transfer or abolition of titles to premises and buildings situated in the receiving state;
4. to certify signatures of nationals of the sending state on documents;
5. to certify copies of documents or extracts from documents;
6. to certify translations of documents;
7. to legalize documents issued by the competent authorities or officers of the receiving state to be used in the sending state;
8. to perform other notarial acts assigned to him by the sending state, if this is not contrary to the legal regulations of the receiving state.

Article 31

The documents and papers established, certified or legalized by a consular officer in accordance with Article 30 shall have in the receiving state the same legal force as such documents and papers issued by the competent authorities of the receiving state.

Article 32

(1) A consular officer shall be entitled:

1. to accept for safekeeping documents, money, valuables and other objects belonging to nationals of the sending state;
2. to accept from the authorities of the receiving state documents, money, valuables and other objects lost by nationals of the sending state during their stay in the receiving state in order to return them to their owners.

(2) The objects accepted for safekeeping in accordance with paragraph 1 may only be exported from the receiving state, if this is not contrary to the legal regulations of that state.

Article 33

The competent authorities of the receiving state shall without delay inform a consular officer of the death of a national of the sending state in the receiving state and shall send him one copy of the death certificate. No fees are charged for issuing and sending the certificate.

Article 34

(1) The competent authorities of the receiving state shall notify a consular officer of all particulars known concerning the estate of a national of the sending state, who died in the

receiving state, concerning the existence of a last will of the deceased and possible heirs, legatees and persons entitled to a legal portion.

(2) Whenever it occurs that, in connection with the opening of a probate proceeding in the receiving state, irrespective of the nationality of the deceased at the time of his death, that nationals of the sending state may be heirs, legatees or persons entitled to a legal portion, the competent authorities of the receiving state shall so inform a consular officer.

Article 35

(1) Whenever a national of the sending state has left an estate in the receiving state or nationals of the sending state may be heirs, legatees or persons entitled to a legal portion in a probate proceeding, irrespective of the nationality of the deceased at the time of his death, a consular officer shall be entitled to request the competent authorities of the receiving state to take measures with a view to protecting, keeping and administering the estate. The consular officer may take part in implementing these measures in accordance with the laws of the receiving state and may take care of a representation of heirs, legatees or persons entitled to a legal portion.

(2) In the discharge of the duties under paragraph 1 a consular officer may directly contact the competent authorities of the receiving state.

Article 36

(1) A consular officer shall be entitled to accept from the competent authorities of the receiving state after the conclusion of a probate proceeding the movable property which is part of the estate or the amount of money obtained from the sale of the movable or immovable property in order to pass it on to a national of the receiving state, if this national is heir, legatee or a person entitled to a legal portion and unless he is resident of the receiving state or took part, personally or through a representative, in the probate proceeding.

(2) The assets of property mentioned in paragraph 1 shall be passed on to a consular officer only when, in accordance with the legal regulations of the receiving state, liabilities of the estate and taxes related to the estate are paid or when their payment is ensured.

(3) The transfer or export of assets mentioned in paragraph 1 to the persons entitled to them shall be subject to the legal regulations of the receiving state.

Article 37

(1) The competent authorities of the receiving state shall deliver to a consular officer the personal effects, money and valuables as are left by a national of the sending state who has died during his temporary stay in the receiving state and unless the delivery of such objects to an authorized person is possible.

(2) The delivery or export of assets mentioned in paragraph 1 shall be subject to the legal regulations of the receiving state.

Article 38

(1) The competent authorities of the receiving state shall inform a consular officer in writing of all cases where it is necessary to appoint a guardian or a curator for a national of the sending state residing or staying in the receiving state.

(2) A consular officer shall be entitled to contact the appropriate authorities of the receiving state because of the appointment of a guardian or curator for a national of the sending state and to propose suitable persons to be appointed to act as guardians or curators.

Article 39

(1) A consular officer shall be entitled to communicate with any national of the sending state, to meet him, to support him

in his relations with the authorities of the receiving state, to assist him in matters dealt with by these authorities, to assure him the assistance of a lawyer or another person and to arrange for an interpreter.

(2) The receiving state shall not restrict in any way the relations of a national of the sending state with the consulate and his access to it.

(3) The authorities of the receiving state shall support a consular officer in obtaining information on persons possessing the nationality of the sending state, so that the consular officer may contact or meet these nationals.

Article 40

(1) The competent authorities of the receiving state shall without delay inform a consular officer of the provisional detention, arrest or any other restriction of the personal freedom of a national of the sending state in the receiving state.

(2) A consular officer shall be entitled to visit as soon as possible and keep in touch with a national of the sending state who was provisionally detained, arrested, whose personal freedom has been otherwise restricted or who is serving a prison sentence in the receiving state. The visits may be repeated in appropriate intervals.

(3) The competent authorities of the receiving state shall inform the national of the sending state of the rights accorded to him by this Article.

(4) The rights mentioned in this Article shall be exercised in accordance with the legal regulations of the receiving state provided that these rights are not abolished by them.

Article 41

(1) A consular officer is entitled to grant support and assistance to vessels of the sending state in ports, the territorial and inland waters of the receiving state.

(2) A consular officer may contact and board a vessel of the sending state as soon as the vessel has been granted pratique.

(3) The master and members of the crew of a vessel of the sending state are entitled to contact the consular officer. Subject to the legal regulations of the receiving state, they may also call at the consulate.

(4) In the exercise of his functions a consular officer may address the competent authorities of the receiving state and seek their support and assistance in all questions relating to a vessel of the sending state, her master, members of the crew, passengers and cargo.

Article 42

(1) A consular officer shall be entitled:

1. to investigate, without prejudice to the rights of the authorities of the receiving state, any incidents that may have occurred en route on board the vessel of the sending state and to question the master and members of the crew;
2. to settle, without prejudice to the rights of the authorities of the receiving state, all disputes between the master and a crew member, including disputes on wages and ship's articles;
3. to take steps toward hiring or discharging the master or crew members, unless this is contradictory to the legal regulations of the receiving state;
4. to arrange medical treatment for the master, crew members or passengers or to arrange for their return voyage;
5. to accept, issue, prolong or certify any statement or any other document provided for by the legal regulations of the sending state with regard to vessels of the sending state and their cargoes and to examine the ship's papers.

(2) A consular officer has the right, in accordance with the legal regulations of the receiving state, to render assistance and support to the master or a crew member of a vessel of the sending state and to appear with them before the courts and other competent authorities of the receiving state.

Article 43

(1) When the courts or other competent authorities of the receiving state intend to carry out coercive measures or make an investigation on board a vessel of the sending state, the consular officer shall be informed by the competent authorities of the receiving state. Such information has to be made in time so that the consular officer can be present. If the consular officer was not present when these measures were taken, the competent authorities of the receiving state shall give him, upon request, such information in writing. If the urgency of the measures to be carried out does not admit of such advance information of the consular officer, the competent authorities of the receiving state shall provide the consular officer with a written account of the incidents and the measures taken, without any request by the consular officer.

(2) The provisions of paragraph 1 shall also apply if the master or crew members are to be interrogated ashore by the competent authorities of the receiving state on incidents relating to the vessel of the sending state.

(3) The provisions of this Article shall not apply to the normal customs, passport and hygiene inspections.

Article 44

(1) The competent authorities of the receiving state shall immediately inform a consular officer when a vessel of the sending state is wrecked, grounded or suffers any other average in a port, the territorial or inland waters of the receiving state, and shall communicate to him what measures have been taken for the salvage and rescue of people, vessel and cargo. A consular officer may extend any assistance to the vessel of the sending state, the master, members of the crew and passengers and may arrange for the cargo to be secured and the vessel repaired.

(2) A consular officer may, on behalf of the owner of the vessel of the sending state, take such measures as could have been arranged by the owner of the vessel or of the cargo himself, provided that neither the master nor the vessel's owner, his agent or the competent insurance company are in a position to make the necessary arrangements for securing or disposing of such a vessel or her cargo.

(3) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall also apply to objects which are the property of nationals of the sending state, were on board a vessel of the receiving state or of a third state, were found on the shores or in the waters of the receiving state as stranded goods or were delivered to a port of that state.

(4) The competent authorities of the receiving state shall extend all necessary assistance to a consular officer in taking the measures relating to the average of a vessel of the sending state.

(5) A damaged vessel of the sending state, her cargo and stocks shall be exempt from customs duty, rates and taxes in the receiving state unless turned over for use in the receiving state.

Article 45

Articles 41 to 44 of the present Convention shall apply mutatis mutandis also to aircrafts of the sending state.

Article 46

Apart from the functions provided for in this Convention a consular officer may perform other consular functions, provided that they do not run counter to the legal regulations of the receiving state.

Article 47

A consulate may perform consular functions for a third state in the receiving state with the consent of the receiving state.

Article 48

A consular officer shall be entitled to levy consular fees in the receiving state in accordance with the legal regulations of the sending state.

CHAPTER V

General and Final Provisions

Article 49

All persons enjoying facilities, privileges and immunities under this Convention are obliged, without prejudice to them, to observe the legal regulations of the receiving state, including its traffic regulations and insurance provisions for motor vehicles, and not to interfere in the internal affairs of the receiving state.

Article 50

(1) The provisions of this Convention shall also apply to the consular activities of the diplomatic mission of the sending state. The rights and duties of a consular officer as stipulated in this Convention shall also apply to the members of the diplomatic staff of the diplomatic mission of the sending state charged with the performance of consular functions. The names to these diplomats must be notified to the Ministry of Foreign Affairs of the receiving state. If the legal regulations of the receiving state provide for the presentation of a consular patent or the issue of an exequatur, this shall be done free of charge.

(2) The performance of consular functions by a member of the diplomatic staff of the diplomatic mission under paragraph 1 shall not affect the facilities, privileges and immunities he enjoys due to his diplomatic status.

Article 51

(1) The present Convention shall be subject to ratification. It shall enter into force on the 30th day after the exchange of instruments of ratification which shall take place at Berlin.

(2) The present Convention shall be concluded for an unlimited time and shall remain in force until the expiration of six months after the day on which one of the High Contracting Parties terminates it in writing through diplomatic channels.

In witness whereof the plenipotentiaries of the High Contracting Parties have signed the present Convention and affixed their seals thereto.

Done at Nicosia on 2nd November 1976, in two copies, each in the German and English languages, both texts being equally authentic.

For the
German Democratic Republic
K. Nier

For the
Republic of Cyprus
Patsalides

Gesetz
über den Konsularvertrag
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Republik Guinea-Bissau
vom 17. November 1976
vom 16. Juni 1977

§ 1

Die Volkskammer bestätigt den am 17. November 1976 in Berlin unterzeichneten, nachstehend veröffentlichten Konsularvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Guinea-Bissau.

§ 2

Der Tag, an dem der Vertrag gemäß seinem Artikel 51 Absatz 1 wirksam wird, ist im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntzugeben.

§ 3

Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 1977 in Kraft.

Das vorstehende, von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am sechzehnten Juni neunzehnhundert-siebenundsiebzig beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den sechzehnten Juni neunzehnhundertsiebenundsiebzig

Der Vorsitzende des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik
E. Honecker

Konsularvertrag
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Republik Guinea-Bissau

Der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik und der Vorsitzende des Staatsrates der Republik Guinea-Bissau, geleitet von dem Wunsch, die konsularischen Beziehungen zu regeln und damit zur weiteren Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten beizutragen,

sind übereingekommen, diesen Konsularvertrag abzuschließen.

Zu diesem Zweck haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Staatsrat
der Deutschen Demokratischen Republik:
Oskar Fischer
Minister für Auswärtige Angelegenheiten,
Der Vorsitzende des Staatsrates
der Republik Guinea-Bissau:
Carlos Correia
Staatskommissar für Finanzen.

Kapitel I
Definitionen

Artikel 1

(1) In diesem Vertrag bedeuten die nachstehenden Begriffe:

1. „Konsulat“ ein Generalkonsulat, ein Konsulat, ein Vizekonsulat und eine Konsularagentur;
2. „Konsularbezirk“ das Gebiet, auf dem ein Konsulat be-rechtigt ist, konsularische Funktionen auszuüben;

3. „Leiter des Konsulats“ den Generalkonsul, Konsul, Vizekonsul oder die konsularische Amtsperson, die vom Entsendestaat mit der Leitung eines Konsulats beauftragt ist;
4. „Konsularische Amtsperson“ eine Person, einschließlich des Leiters des Konsulats, die mit der Wahrnehmung konsularischer Funktionen beauftragt ist;
5. „Mitarbeiter des Konsulats“ eine Person, die im Konsulat administrative, technische oder Dienstleistungsaufgaben erfüllt;
6. „Angehöriger des Konsulats“ eine konsularische Amtsperson und einen Mitarbeiter des Konsulats;
7. „Familienangehöriger“ den Ehegatten des Angehörigen des Konsulats, seine Kinder und Eltern und die seines Ehegatten, soweit diese Personen dem Haushalt des Angehörigen des Konsulats angehören und von ihm unterhalten werden;
8. „Konsularräumlichkeiten“ Gebäude oder Gebäudeteile sowie dazugehörige Grundstücke, die ungeachtet der Eigentumsverhältnisse ausschließlich für konsularische Zwecke genutzt werden;
9. „Konsulararchiv“ den dienstlichen Schriftwechsel, Chiffre, Dokumente, Bücher und technische Arbeitsmittel des Konsulats sowie Einrichtungsgegenstände, die zu ihrer Aufbewahrung und ihrem Schutz bestimmt sind;
10. „Schiff des Entsendestaates“ jedes Wasserfahrzeug, mit Ausnahme von Kriegsschiffen, das rechtmäßig unter der Flagge des Entsendestaates fährt;

11. „Luftfahrzeug des Entsendestaates“ jedes zivile Luftfahrzeug, das rechtmäßig die Staatszugehörigkeits- und Eintragungszeichen des Entsendestaates trägt.

(2) Staatsbürger des Entsendestaates sind die Personen, die nach den Rechtsvorschriften dieses Staates dessen Staatsbürgerschaft haben.

(3) Als juristische Personen des Entsendestaates werden vom Empfangsstaat jene betrachtet und behandelt, die nach den Rechtsvorschriften des Entsendestaates errichtet worden sind.

Kapitel II

Errichtung von Konsulaten, Ernennung und Abberufung von konsularischen Amtspersonen

Artikel 2

(1) Ein Konsulat kann im Empfangsstaat nur mit dessen Zustimmung errichtet werden.

(2) Der Sitz des Konsulats, sein Rang, der Konsularbezirk sowie die Anzahl der Angehörigen des Konsulats werden zwischen dem Entsendestaat und dem Empfangsstaat vereinbart.

Artikel 3

(1) Der Entsendestaat holt auf diplomatischem Weg das vorherige Einverständnis des Empfangsstaates zur Zulassung einer konsularischen Amtsperson als Leiter des Konsulats ein.

(2) Der Entsendestaat übermittelt dem Empfangsstaat auf diplomatischem Weg das Konsularpatent oder ein anderes Dokument über die Ernennung des Leiters des Konsulats. Darin sind der Vor- und Zuname des Leiters des Konsulats, sein Rang sowie der Sitz des Konsulats und der Konsularbezirk zu bezeichnen.

(3) Der Leiter des Konsulats darf seine Funktionen erst nach Erteilung des Exequaturs oder einer anderen Erlaubnis durch den Empfangsstaat ausüben. Die Erteilung des Exequaturs soll kurzfristig erfolgen. Bis dahin kann der Empfangsstaat dem Leiter des Konsulats gestatten, seine Funktionen vorläufig auszuüben.

Artikel 4

(1) Kann der Leiter des Konsulats aus irgendeinem Grund seine Funktionen nicht ausüben oder ist seine Stelle zeitweilig unbesetzt, kann der Entsendestaat eine konsularische Amtsperson des betreffenden oder eines seiner anderen Konsulate im Empfangsstaat oder ein Mitglied des diplomatischen Personals seiner diplomatischen Mission im Empfangsstaat mit der zeitweiligen Leitung des Konsulats beauftragen. Der Empfangsstaat ist davon vorher auf diplomatischem Weg in Kenntnis zu setzen.

(2) Die Person, die mit der zeitweiligen Leitung des Konsulats beauftragt wurde, genießt die gleichen Rechte, Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten, die dem Leiter des Konsulats nach diesem Vertrag zustehen.

(3) Wird ein Mitglied des diplomatischen Personals der diplomatischen Mission des Entsendestaates mit der zeitweiligen Leitung des Konsulats beauftragt, bleiben seine diplomatischen Privilegien und Immunitäten unberührt.

Artikel 5

(1) Der Entsendestaat teilt dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten des Empfangsstaates im voraus auf diplomatischem Weg Vor- und Zunamen sowie den Rang jeder konsularischen Amtsperson mit, die eine andere Funktion als die des Leiters des Konsulats ausübt.

(2) Der Entsendestaat teilt dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten des Empfangsstaates im voraus auf diplomatischem Weg den Tag der Ankunft und der endgültigen Abreise eines Angehörigen des Konsulats und dessen Familienangehörigen mit.

Artikel 6

(1) Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten des Empfangsstaates stellt jedem Angehörigen des Konsulats, der nicht Staatsbürger des Empfangsstaates ist, einen mit einem Lichtbild versehenen Ausweis aus, der seine Identität und seine Eigenschaft als Angehöriger des Konsulats bestätigt.

(2) Absatz 1 ist auf Familienangehörige entsprechend anzuwenden.

Artikel 7

Eine konsularische Amtsperson kann nur ein Staatsbürger des Entsendestaates sein und sie darf ihren Wohnsitz nicht im Empfangsstaat haben.

Artikel 8

Der Empfangsstaat kann jederzeit und ohne Angabe von Gründen für seine Entscheidung dem Entsendestaat schriftlich auf diplomatischem Weg mitteilen, daß er beabsichtigt, das Exequatur oder die andere Erlaubnis für den Leiter des Konsulats zurückzuziehen oder daß ein Angehöriger des Konsulats nicht erwünscht ist. In diesem Fall hat der Entsendestaat die betreffende Person abzurufen oder ihre Tätigkeit im Konsulat zu beenden. Unterläßt es der Entsendestaat, diese Pflicht innerhalb einer angemessenen Frist zu erfüllen, kann der Empfangsstaat, wenn es sich um den Leiter des Konsulats handelt, das Exequatur oder die andere Erlaubnis zurückziehen oder, wenn es sich um einen anderen Angehörigen des Konsulats handelt, diesen im weiteren nicht mehr in dieser Eigenschaft anerkennen.

Kapitel III

Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten

Artikel 9

(1) Der Empfangsstaat behandelt einen Angehörigen des Konsulats und seine Familienangehörigen mit der gebührenden Achtung. Er trifft die geeigneten Maßnahmen, um einem Angehörigen des Konsulats die wirksame Ausübung seiner Funktionen zu gewährleisten.

(2) Der Empfangsstaat sichert, daß ein Angehöriger des Konsulats die Rechte, Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten nach diesem Vertrag in Anspruch nehmen kann.

Artikel 10

(1) Der Empfangsstaat erweist dem Entsendestaat bei der Beschaffung von Konsularräumlichkeiten, einer Residenz des Leiters des Konsulats und der Wohnungen für die Angehörigen des Konsulats Hilfe und Unterstützung.

(2) Der Entsendestaat kann in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates Konsularräumlichkeiten, eine Residenz des Leiters des Konsulats und Wohnungen für die Angehörigen des Konsulats, soweit diese Staatsbürger des Entsendestaates sind und ihren Wohnsitz nicht im Empfangsstaat haben, erwerben, mieten oder nutzen.

Artikel 11

(1) Am Gebäude des Konsulats und an der Residenz des Leiters des Konsulats können das Staatswappen und die Bezeichnung des Konsulats in den Sprachen des Entsendestaates und des Empfangsstaates angebracht werden.

(2) Am Gebäude des Konsulats und an der Residenz des Leiters des Konsulats kann die Staatsflagge des Entsendestaates aufgezogen werden.

(3) Der Leiter des Konsulats kann die Staatsflagge des Entsendestaates an den von ihm dienstlich benutzten Fahrzeugen führen.

Artikel 12

(1) Der Empfangsstaat gewährleistet den Schutz der Konsularräumlichkeiten. Die Konsularräumlichkeiten dürfen nur zu Zwecken genutzt werden, die mit dem Charakter und den Aufgaben des Konsulats vereinbar sind.

(2) Die Konsularräumlichkeiten, die Residenz des Leiters des Konsulats und die Wohnungen der konsularischen Amtspersonen sind unverletzlich. Die Organe des Empfangsstaates dürfen die Konsularräumlichkeiten, die Residenz des Leiters des Konsulats und die Wohnungen der konsularischen Amtspersonen ohne Einwilligung des Leiters des Konsulats, des Chefs der diplomatischen Mission des Entsendestaates oder einer von ihnen ermächtigten Person nicht betreten.

Artikel 13

Konsulararchive sind jederzeit und unabhängig davon, wo sie sich befinden, unverletzlich.

Artikel 14

(1) Ein Konsulat hat das Recht, sich mit der Regierung, den diplomatischen Missionen und anderen Konsulaten des Entsendestaates in Verbindung zu setzen unabhängig davon, wo sie sich befinden. Ein Konsulat kann alle allgemein üblichen Verbindungsmittel, einschließlich diplomatische und konsularische Kuriere, diplomatisches und konsularisches Gepäck und verschlüsselte Nachrichten benutzen. Die Errichtung und die Inbetriebnahme einer Funkstation bedürfen der Genehmigung des Empfangsstaates. Bei der Benutzung öffentlicher Verbindungsmittel gelten für ein Konsulat die gleichen Tarife wie für die diplomatische Mission.

(2) Der dienstliche Schriftverkehr eines Konsulats und das Konsulargepäck sind unverletzlich und dürfen durch die Organe des Empfangsstaates weder geöffnet noch zurückgehalten werden. Das Konsulargepäck muß als solches äußerlich sichtbar gekennzeichnet sein. Es darf nur dienstliche Schriftstücke oder für den dienstlichen Gebrauch bestimmte Gegenstände enthalten.

(3) Einem Konsularkurier, der ein offizielles Schriftstück besitzt, das ihn als solchen ausweist und aus dem die Anzahl der ihm anvertrauten Kuriergepäckstücke ersichtlich ist, werden vom Empfangsstaat die gleichen Rechte, Privilegien und Immunitäten wie einem diplomatischen Kurier des Entsendestaates gewährt. Das gilt auch für einen Konsularkurier ad hoc, dessen Rechte, Privilegien und Immunitäten als Kurier jedoch erlöschen, nachdem er das Konsulargepäck dem Empfänger ausgehändigt hat.

(4) Das Konsulargepäck kann auch dem Kommandanten eines Luftfahrzeuges oder dem Kapitän eines Schiffes anvertraut werden. Der Kommandant oder der Kapitän muß ein offizielles Schriftstück mit sich führen, aus dem die Anzahl der ihm anvertrauten Kuriergepäckstücke ersichtlich ist; er gilt jedoch nicht als Konsularkurier. Das Konsulat kann einen Angehörigen des Konsulats beauftragen, Konsulargepäck unmittelbar vom Kommandanten eines Luftfahrzeuges oder vom Kapitän eines Schiffes des Entsendestaates unter Einhaltung der entsprechenden Sicherheitsbestimmungen entgegenzunehmen oder diesem zu übergeben.

Artikel 15

(1) Eine konsularische Amtsperson und ihre Familienangehörigen genießen Immunität vor der Straf-, Zivil- und Verwaltungsgerichtsbarkeit des Empfangsstaates und unterliegen nicht staatlichen Zwangsmaßnahmen des Empfangsstaates.

(2) Die Bestimmungen des Absatz 1 gelten nicht für Zivilklagen gegen eine konsularische Amtsperson und ihre Familienangehörigen

1. in bezug auf persönliches, im Empfangsstaat gelegenes unbewegliches Vermögen, sofern es nicht im Auftrag des Entsendestaates zu konsularischen Zwecken genutzt wird;
2. in Nachlasssachen, in denen sie in privater Eigenschaft und nicht im Namen des Entsendestaates als Testamentsvollstrecker, Nachlaßverwalter, Erbe oder Vermächtnisnehmer auftreten;

3. im Zusammenhang mit einer freiberuflichen oder gewerblichen Tätigkeit, die sie im Empfangsstaat neben ihrer dienstlichen Funktion ausüben;
4. die durch die von ihnen abgeschlossenen Verträge hervorgerufen werden, bei deren Abschluß sie nicht direkt oder indirekt im Auftrag des Entsendestaates auftreten;
5. die eine dritte Person bei Schäden anstrengt, die durch einen mit Verkehrsmitteln verursachten Unfall im Empfangsstaat hervorgerufen wurden.

(3) Ein Mitarbeiter des Konsulats genießt Immunität vor der Strafgerichtsbarkeit des Empfangsstaates. Er genießt ferner Immunität vor der Zivil- und Verwaltungsgerichtsbarkeit des Empfangsstaates und unterliegt nicht staatlichen Zwangsmaßnahmen des Empfangsstaates in bezug auf Handlungen, die er in Wahrnehmung dienstlicher Aufgaben vorgenommen hat.

(4) Die Bestimmungen des Absatz 3 gelten nicht für Zivilklagen gegen einen Mitarbeiter des Konsulats,

1. die durch die von ihm abgeschlossenen Verträge hervorgerufen werden, bei deren Abschluß er nicht direkt oder indirekt im Auftrag des Entsendestaates auftritt;
2. die eine dritte Person bei Schäden anstrengt, die durch einen mit Verkehrsmitteln verursachten Unfall im Empfangsstaat hervorgerufen wurden.

(5) Ein Familienangehöriger eines Mitarbeiters des Konsulats genießt Immunität vor der Strafgerichtsbarkeit des Empfangsstaates.

(6) Gegen eine in Absatz 1 und 3 genannte Person dürfen Vollstreckungsmaßnahmen nur in den in Absatz 2 oder 4 vorgesehenen Fällen und nur unter der Voraussetzung getroffen werden, daß sie durchführbar sind, ohne die Unverletzlichkeit der Person zu beeinträchtigen.

Artikel 16

(1) Ein Angehöriger des Konsulats kann von den Gerichten oder anderen zuständigen Organen des Empfangsstaates als Zeuge geladen werden. Er ist jedoch nicht verpflichtet, Aussagen über Angelegenheiten zu machen, die mit der Ausübung seiner dienstlichen Funktion verbunden sind.

(2) Weigert sich ein Angehöriger des Konsulats, zur Zeugenaussage zu erscheinen oder auszusagen, so dürfen gegen ihn keine Zwangsmaßnahmen oder Strafen angewendet werden.

(3) Die Gerichte oder anderen zuständigen Organe des Empfangsstaates, die die Zeugenaussage eines Angehörigen des Konsulats fordern, haben geeignete Maßnahmen zu treffen, damit dieser bei der Ausübung seiner Funktionen nicht behindert wird. Seine Aussage kann mündlich oder schriftlich im Konsulat oder in der Wohnung eines Angehörigen des Konsulats entgegengenommen werden.

(4) Absätze 1 bis 3 gelten entsprechend für einen Familienangehörigen eines Angehörigen des Konsulats.

Artikel 17

(1) Der Entsendestaats kann auf die in den Artikeln 15 und 16 festgelegten Privilegien und Immunitäten verzichten. Der Verzicht muß für jeden Einzelfall ausdrücklich schriftlich gegenüber dem Empfangsstaat erklärt werden.

(2) Erhebt ein Angehöriger des Konsulats, der Immunität vor der Gerichtsbarkeit genießt, eine Klage, so kann er sich in bezug auf eine Widerklage, die mit der Hauptklage in unmittelbarem Zusammenhang steht, nicht auf die Immunität vor der Gerichtsbarkeit berufen.

(3) Der Verzicht auf die Immunität in einem Verfahren gilt nicht als Verzicht auf die Immunität vor der Vollstreckung der Entscheidung; hierfür ist ein besonderer Verzicht erforderlich.

Artikel 18

Ein Angehöriger des Konsulats und seine Familienangehörigen sind im Empfangsstaat von öffentlichen und persönlichen Pflichtleistungen jeglicher Art befreit.

Artikel 19

Ein Angehöriger des Konsulats und seine Familienangehörigen unterliegen nicht den Verpflichtungen, die sich aus den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates über die Meldepflicht und den Erwerb einer Aufenthaltsberechtigung für Personen ergeben, die nicht Staatsbürger des Empfangsstaates sind.

Artikel 20

(1) Der Empfangsstaat erhebt keinerlei staatliche, regionale und kommunale Steuern oder sonstige Abgaben für

1. die Konsularräumlichkeiten, die Residenz des Leiters des Konsulats und die Wohnungen der Angehörigen des Konsulats, wenn sie vom Entsendestaats erworben oder in dessen Namen gemietet wurden oder von ihm genutzt werden; das gilt auch für den Erwerb der genannten Immobilien, wenn der Entsendestaat diese ausschließlich für konsularische Zwecke erwirbt;
2. den Erwerb, das Eigentum, den Besitz oder die Nutzung von beweglichem Vermögen durch den Entsendestaat ausschließlich für Zwecke des Konsulats.

(2) Absatz 1 gilt nicht für die Bezahlung von Dienstleistungen.

Artikel 21

(1) Ein Angehöriger des Konsulats und seine Familienangehörigen sind von allen staatlichen, regionalen und kommunalen Steuern oder sonstigen Abgaben befreit; ausgenommen hiervon sind

1. indirekte Steuern und Abgaben, die normalerweise im Preis von Waren und Dienstleistungen enthalten sind;
2. Steuern und sonstige Abgaben von privatem, im Empfangsstaat gelegenen unbeweglichen Vermögen;
3. Erbschaftssteuern und Abgaben vom Vermögensübergang in bezug auf Vermögen im Empfangsstaat;
4. Steuern und sonstige Abgaben von privaten Einkünften, deren Quelle sich im Empfangsstaat befindet, sowie von dort gelegenen Vermögen;
5. Steuern, Gebühren und sonstige Abgaben, die für bestimmte Dienstleistungen erhoben werden;
6. Eintragungs-, Gerichts-, Beurkundungs-, Beglaubigungs-, Hypotheken- und Stempelgebühren.

(2) Für bewegliches Vermögen eines verstorbenen Angehörigen des Konsulats oder eines seiner Familienangehörigen werden staatliche, regionale und kommunale Steuern oder sonstige Abgaben für den Vermögensübergang insoweit nicht erhoben, als sich dieses Vermögen nur deshalb im Empfangsstaat befindet, weil sich der Verstorbene als Angehöriger des Konsulats oder als dessen Familienangehöriger im Empfangsstaat aufhielt.

Artikel 22

(1) Alle Gegenstände, einschließlich Kraftfahrzeuge, die für den dienstlichen Gebrauch des Konsulats ein- und ausgeführt werden, sind im Empfangsstaat in gleichem Umfang von Zöllen und sonstigen Abgaben befreit, wie die Gegenstände, die zum dienstlichen Gebrauch der diplomatischen Mission des Entsendestaates ein- und ausgeführt werden.

(2) Eine konsularische Amtsperson und ihre Familienangehörigen sind in gleichem Umfang von der Zollkontrolle ihres persönlichen Gepäcks, von Zöllen und sonstigen Abgaben bei der Ein- und Ausfuhr von Gegenständen befreit, wie ein Mitglied des diplomatischen Personals der diplomatischen Mission des Entsendestaates.

(3) Ein Mitarbeiter des Konsulats und seine Familienangehörigen sind hinsichtlich der Ein- und Ausfuhr von Gegenständen, die zur ersten Einrichtung im Empfangsstaat bestimmt sind, von Zöllen und sonstigen Abgaben in gleichem Umfang befreit, wie ein Mitglied des Verwaltungs- und technischen Personals der diplomatischen Mission des Entsendestaates.

(4) Absätze 1 bis 3 beziehen sich nicht auf Kosten für die Aufbewahrung, Lagerung und den Transport von ein- und ausgeführten Gegenständen.

Artikel 23

Ein Angehöriger des Konsulats und seine Familienangehörigen genießen im Empfangsstaat Bewegungs- und Reisefreiheit, vorbehaltlich der Gebiete, in die die Einreise oder der Aufenthalt durch die Rechtsvorschriften des Empfangsstaates nicht gestattet ist.

Artikel 24

(1) Ein Mitarbeiter des Konsulats, der Staatsbürger des Empfangsstaates ist oder der seinen Wohnsitz im Empfangsstaat hat, genießt nicht die in diesem Vertrag festgelegten Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten mit Ausnahme der in Artikel 16 vorgesehenen Befreiung von der Verpflichtung zur Zeugnisaussage über Angelegenheiten, die mit der Ausübung seiner dienstlichen Funktion verbunden sind.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für einen Familienangehörigen eines Angehörigen des Konsulats, der Staatsbürger des Empfangsstaates ist oder der seinen Wohnsitz im Empfangsstaat hat.

Kapitel IV

Konsularfunktionen

Artikel 25

Eine konsularische Amtsperson hat das Recht,

1. die Rechte und Interessen des Entsendestaates, seiner Staatsbürger und juristischen Personen zu vertreten;
2. zur Entwicklung der ökonomischen, kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen zwischen dem Entsendestaat und dem Empfangsstaat beizutragen;
3. auf andere Art und Weise die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen dem Entsendestaat und dem Empfangsstaat zu fördern.

Artikel 26

(1) Eine konsularische Amtsperson darf ihre konsularischen Funktionen nur im Konsularbezirk ausüben. Die Ausübung konsularischer Funktionen außerhalb des Konsularbezirkes bedarf in jedem Einzelfall der vorherigen Zustimmung des Empfangsstaates.

(2) Eine konsularische Amtsperson kann sich in Ausübung ihrer konsularischen Funktionen direkt an die zuständigen staatlichen Organe im Konsularbezirk wenden.

Artikel 27

Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates Staatsbürger des Entsendestaates vor den Gerichten und anderen Organen des Empfangsstaates zu vertreten oder für ihre angemessene Vertretung zu sorgen, um Maßnahmen zum Schutz der Rechte und Interessen dieser Staatsbürger zu erwirken, wenn diese wegen Abwesenheit oder aus anderen triftigen Gründen ihre Rechte und Interessen nicht rechtzeitig wahrnehmen können. Dies trifft auch auf juristische Personen des Entsendestaates zu.

Artikel 28

Eine konsularische Amtsperson hat das Recht,

1. Staatsbürger des Entsendestaates zu registrieren;
2. in Staatsbürgerschaftsfragen entsprechend den Rechtsvorschriften des Entsendestaates Anträge entgegenzunehmen oder Dokumente auszuhändigen;
3. für Staatsbürger des Entsendestaates Reisedokumente auszustellen, zu verlängern, zu verändern, ungültig zu machen und einzuziehen;
4. Visa zu erteilen.

Artikel 29

(1) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht,

1. Ehe-, Geburten- und Sterberegister von Staatsbürgern des Entsendestaates zu führen;
2. Ehen zu schließen, wenn die Eheschließenden Staatsbürger des Entsendestaates und nicht zugleich Staatsbürger des Empfangsstaates sind;
3. Erklärungen und Anträge zum Personenstand von Staatsbürgern des Entsendestaates entgegenzunehmen.

(2) Eine konsularische Amtsperson informiert die zuständigen Organe des Empfangsstaates über die Durchführung von Handlungen nach Absatz 1, wenn die Rechtsvorschriften des Empfangsstaates das vorsehen.

Artikel 30 *

Eine konsularische Amtsperson hat das Recht,

1. Erklärungen von Staatsbürgern des Entsendestaates entgegenzunehmen und zu beurkunden;
2. letztwillige Verfügungen sowie andere Dokumente über Rechtshandlungen von Staatsbürgern des Entsendestaates zu beurkunden und aufzubewahren;
3. Dokumente über Rechtsgeschäfte zwischen Staatsbürgern des Entsendestaates zu beurkunden und aufzubewahren, ausgenommen Rechtsgeschäfte zur Begründung, Übertragung oder Aufhebung von Rechten an im Empfangsstaat befindlichen Grundstücken und Gebäuden;
4. Unterschriften von Staatsbürgern des Entsendestaates auf Schriftstücken zu beglaubigen;
5. die Echtheit der Kopien von Schriftstücken oder der Auszüge aus Schriftstücken zu beglaubigen;
6. Übersetzungen von Schriftstücken zu beglaubigen;
7. Schriftstücke, die von den zuständigen Organen oder Amtspersonen des Empfangsstaates ausgestellt und zur Verwendung im Entsendestaat bestimmt sind, zu legalisieren;
8. andere notarielle Handlungen vorzunehmen, die ihr vom Entsendestaat übertragen werden, sofern dies nicht den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates widerspricht.

Artikel 31

Die von einer konsularischen Amtsperson in Übereinstimmung mit Artikel 30 ausgefertigten, beurkundeten oder beglaubigten Dokumente und Schriftstücke besitzen im Empfangsstaat die gleiche Rechtswirksamkeit wie entsprechende Dokumente und Schriftstücke, die von den zuständigen Organen des Empfangsstaates ausgestellt worden sind.

Artikel 32

(1) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht,

1. von Staatsbürgern des Entsendestaates Dokumente, Geld, Wertsachen und andere ihnen gehörende Gegenstände in Verwahrung zu nehmen;
2. Dokumente, Geld, Wertsachen und andere Gegenstände, die Staatsbürgern des Entsendestaates während ihres

Aufenthaltes im Empfangsstaat abhanden gekommen sind, von den Organen des Empfangsstaates zur Übermittlung an die Eigentümer entgegenzunehmen.

(2) Ein gemäß Absatz 1 in Verwahrung genommener Gegenstand darf aus dem Empfangsstaat nur ausgeführt werden, wenn dies nicht im Widerspruch zu den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates steht.

Artikel 33

Die zuständigen Organe des Empfangsstaates informieren eine konsularische Amtsperson unverzüglich über den Tod eines Staatsbürgers des Entsendestaates im Empfangsstaat und übersenden ihr eine Ausfertigung der Sterbeurkunde. Für die Ausstellung und Übersendung der Urkunde werden keine Gebühren erhoben.

Artikel 34

(1) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates übermitteln einer konsularischen Amtsperson alle ihnen bekannten Angaben über den Nachlaß eines im Empfangsstaat verstorbenen Staatsbürgers des Entsendestaates, das Vorhandensein einer letztwilligen Verfügung des Verstorbenen sowie über die in Frage kommenden Erben, Vermächtnisnehmer oder Pflichtteilsberechtigten.

(2) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates informieren eine konsularische Amtsperson, wenn sich im Zusammenhang mit einem im Empfangsstaat eröffneten Nachlaßverfahren, unabhängig von der Staatsbürgerschaft des Erblassers zur Zeit seines Todes, ergibt, daß Staatsbürger des Entsendestaates als Erben, Vermächtnisnehmer oder Pflichtteilsberechtigte in Betracht kommen.

Artikel 35

(1) Hat ein Staatsbürger des Entsendestaates Nachlaßvermögen im Empfangsstaat hinterlassen oder kommen Staatsbürger des Entsendestaates als Erben, Vermächtnisnehmer oder Pflichtteilsberechtigte in einem Nachlaßverfahren, unabhängig von der Staatsbürgerschaft des Erblassers zur Zeit seines Todes, in Betracht, so ist eine konsularische Amtsperson berechtigt, die zuständigen Organe des Empfangsstaates zu ersuchen, Maßnahmen zur Sicherung, Erhaltung und Verwaltung des Nachlasses zu treffen. Sie kann in Übereinstimmung mit den Gesetzen des Empfangsstaates bei der Durchführung dieser Maßnahmen mitwirken und für eine Vertretung der Erben, Vermächtnisnehmer oder Pflichtteilsberechtigten sorgen.

(2) Eine konsularische Amtsperson kann sich bei der Ausübung der in Absatz 1 festgelegten Aufgaben direkt an die zuständigen Organe des Empfangsstaates wenden.

Artikel 36

(1) Eine konsularische Amtsperson ist berechtigt, von den zuständigen Organen des Empfangsstaates nach Abschluß eines Nachlaßverfahrens das zur Erbmasse gehörende bewegliche Vermögen oder den durch den Verkauf des beweglichen oder unbeweglichen Vermögens erzielten Geldbetrag zur Weiterleitung an einen Staatsbürger des Entsendestaates entgegenzunehmen, sofern dieser Staatsbürger Erbe, Vermächtnisnehmer oder Pflichtteilsberechtigter ist, im Empfangsstaat keinen Wohnsitz hat und am Nachlaßverfahren weder persönlich noch durch einen Vertreter teilgenommen hat.

(2) Die in Absatz 1 genannten Vermögenswerte werden einer konsularischen Amtsperson erst übergeben, wenn in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates die Nachlaßverbindlichkeiten, mit denen der Nachlaß belastet ist, und die mit dem Nachlaß verbundenen Steuern bezahlt sind oder deren Bezahlung sichergestellt ist.

(3) Die Weiterleitung und Ausfuhr der in Absatz 1 genannten Vermögenswerte an die Berechtigten erfolgt gemäß den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates.

Artikel 37

(1) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates übergeben einer konsularischen Amtsperson die von einem Staatsbürger des Entsendestaates mitgeführten persönlichen Gegenstände, Geldmittel und Wertsachen, wenn dieser während eines zeitweiligen Aufenthalts im Empfangsstaat verstorben ist und die Übergabe der Vermögenswerte an einen Bevollmächtigten nicht möglich ist.

(2) Die Übergabe und Ausfuhr der in Absatz 1 genannten Vermögenswerte erfolgt gemäß den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates.

Artikel 38

(1) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates benachrichtigen eine konsularische Amtsperson schriftlich über alle Fälle, in denen es notwendig ist, einen Vormund oder Pfleger für einen Staatsbürger des Entsendestaates, der seinen Wohnsitz oder Aufenthalt im Empfangsstaat hat, zu bestellen.

(2) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, sich wegen der Bestellung eines Vormundes oder Pflegers für einen Staatsbürger des Entsendestaates an die zuständigen Organe des Empfangsstaates zu wenden und geeignete Personen für die Bestellung als Vormund oder Pfleger vorzuschlagen.

Artikel 39

(1) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, mit einem Staatsbürger des Entsendestaates in Verbindung zu treten, sich mit ihm zu treffen, ihm Unterstützung im Verkehr mit den Organen des Empfangsstaates zu gewähren, ihm Hilfe in von diesen Organen behandelten Angelegenheiten zu leisten und ihm die Unterstützung eines Rechtsanwaltes oder einer anderen Person zu sichern sowie einen Dolmetscher zu vermitteln.

(2) Der Empfangsstaat schränkt in keiner Weise die Beziehungen und den Zutritt eines Staatsbürgers des Entsendestaates zum Konsulat ein.

(3) Die Organe des Empfangsstaates unterstützen eine konsularische Amtsperson beim Erhalt von Informationen über Personen, die die Staatsbürgerschaft des Entsendestaates besitzen, damit sich die konsularische Amtsperson mit diesen Staatsbürgern in Verbindung setzen oder treffen kann.

Artikel 40

(1) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates benachrichtigen eine konsularische Amtsperson über die vorläufige Festnahme, Verhaftung oder eine andere Beschränkung der persönlichen Freiheit eines Staatsbürgers des Entsendestaates im Empfangsstaat. Die Benachrichtigung erfolgt innerhalb von fünf Tagen nach dem Zeitpunkt, an dem der Staatsbürger vorläufig festgenommen, verhaftet oder einer anderen Beschränkung seiner persönlichen Freiheit unterworfen wurde.

(2) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, einen Staatsbürger des Entsendestaates, der vorläufig festgenommen, verhaftet oder einer anderen Beschränkung der persönlichen Freiheit unterworfen wurde oder der eine Freiheitsstrafe im Empfangsstaat verbüßt, zu besuchen und mit ihm Verbindung zu unterhalten. Besuche werden innerhalb von acht Tagen nach dem Zeitpunkt gestattet, an dem der Staatsbürger vorläufig festgenommen, verhaftet oder einer anderen Beschränkung seiner persönlichen Freiheit unterworfen wurde. Die Besuche können wiederholt in angemessenen Zeitabständen erfolgen.

(3) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates informieren den betroffenen Staatsbürger des Entsendestaates über die ihm nach diesem Artikel zustehenden Rechte.

(4) Die in diesem Artikel genannten Rechte werden gemäß den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates unter der Voraussetzung ausgeübt, daß diese Rechte dadurch nicht aufgehoben werden.

Artikel 41

(1) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, einem Schiff des Entsendestaates in einem Hafen, den Territorial- und Binnengewässern des Empfangsstaates Unterstützung und Hilfe zu leisten.

(2) Eine konsularische Amtsperson kann mit einem Schiff des Entsendestaates Verbindung aufnehmen und sich an Bord begeben, sobald das Schiff die Verkehrserlaubnis mit dem Land erhalten hat.

(3) Dem Kapitän und den Besatzungsmitgliedern eines Schiffes des Entsendestaates ist es gestattet, mit einer konsularischen Amtsperson Verbindung aufzunehmen. Vorbehaltlich der Rechtsvorschriften des Empfangsstaates können sie sich auch in das Konsulat begeben.

(4) Eine konsularische Amtsperson kann in Ausübung ihrer Funktionen in allen Fragen hinsichtlich eines Schiffes des Entsendestaates, des Kapitäns, der Besatzungsmitglieder, der Passagiere oder der Ladung die zuständigen Organe des Empfangsstaates um Unterstützung und Hilfe ersuchen.

Artikel 42

(1) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht,

1. unbeschadet der Rechte der Organe des Empfangsstaates alle während der Reise eines Schiffes des Entsendestaates an Bord eingetretenen Vorkommnisse zu untersuchen und den Kapitän und die Besatzungsmitglieder darüber zu befragen;
2. unbeschadet der Rechte der Organe des Empfangsstaates alle Streitfragen zwischen dem Kapitän und einem Besatzungsmitglied, einschließlich der Streitfragen über den Lohn und den Heuervertrag, zu klären;
3. Maßnahmen zur Anheuerung oder zur Entlassung des Kapitäns oder eines Besatzungsmitgliedes zu treffen, sofern das den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates nicht widerspricht;
4. Maßnahmen zur medizinischen Behandlung des Kapitäns, eines Besatzungsmitgliedes oder eines Passagiers zu treffen oder deren Rückreise zu veranlassen;
5. jede Erklärung und jedes andere Dokument, das nach den Rechtsvorschriften des Entsendestaates im Zusammenhang mit Schiffen des Entsendestaates und ihrer Ladung vorgeschrieben ist, entgegenzunehmen, auszustellen, zu verlängern oder zu beglaubigen und die Schiffspapiere zu überprüfen.

(2) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates dem Kapitän oder einem Besatzungsmitglied eines Schiffes des Entsendestaates jede Unterstützung und Hilfe zu erweisen und mit ihm vor den Gerichten und anderen zuständigen Organen des Empfangsstaates aufzutreten.

Artikel 43

(1) Beabsichtigen die Gerichte oder andere zuständige Organe des Empfangsstaates, Zwangsmaßnahmen oder eine Untersuchung an Bord eines Schiffes des Entsendestaates durchzuführen, so ist die konsularische Amtsperson davon durch die zuständigen Organe des Empfangsstaates zu verständigen. Eine solche Mitteilung hat rechtzeitig zu erfolgen, damit die konsularische Amtsperson anwesend sein kann. War die konsularische Amtsperson bei der Durchführung dieser Maßnahmen nicht anwesend, geben ihr die zuständigen Organe des Empfangsstaates darüber auf Ersuchen eine schriftliche Information. Läßt die Dringlichkeit der durchzuführenden Maßnahmen eine vorherige Benachrichtigung der konsularischen Amtsperson nicht zu, so stellen die zuständigen Organe des Empfangsstaates der konsularischen Amtsperson über die Vorkommnisse und die durchgeführten Maßnahmen eine schriftliche Information zu, ohne daß die konsularische Amtsperson darum ersucht.

(2) Absatz 1 findet auch dann Anwendung, wenn der Kapitän oder Besatzungsmitglieder zu Vorkommnissen im Zusammenhang mit dem Schiff des Entsendestaates durch die zuständigen Organe des Empfangsstaates an Land vernommen werden sollen.

(3) Die Bestimmungen dieses Artikels finden keine Anwendung bei üblichen Zoll-, Paß- und Hygienekontrollen.

Artikel 44

(1) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates setzen eine konsularische Amtsperson umgehend davon in Kenntnis, wenn ein Schiff des Entsendestaates Schiffbruch erleidet, strandet oder von einer anderen Havarie in einem Hafen, den Territorial- und Binnengewässern des Empfangsstaates betroffen wird, und benachrichtigen sie über die Maßnahmen, die zur Rettung und Bergung von Menschen, Schiff und Ladung getroffen wurden. Eine konsularische Amtsperson kann dem Schiff des Entsendestaates, dem Kapitän, den Besatzungsmitgliedern und den Passagieren jegliche Hilfe leisten sowie Maßnahmen zur Sicherstellung der Ladung und zur Reparatur des Schiffes treffen.

(2) Eine konsularische Amtsperson kann im Namen des Eigentümers des Schiffes des Entsendestaates Maßnahmen ergreifen, die der Eigentümer des Schiffes oder der Ladung selbst hätte veranlassen können, wenn weder der Kapitän noch der Eigentümer des Schiffes, sein Agent oder die zuständige Versicherung in der Lage sind, die notwendigen Maßnahmen zur Sicherstellung oder Verfügung über ein solches Schiff oder seine Ladung zu treffen.

(3) Die Bestimmungen in Absatz 1 und 2 gelten auch für Gegenstände, die Eigentum eines Staatsbürgers des Entsendestaates sind und sich auf einem Schiff des Empfangsstaates oder eines dritten Staates befanden, an der Küste oder in den Gewässern des Empfangsstaates als Strandgut gefunden oder einem Hafen dieses Staates zugestellt wurden.

(4) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates erweisen einer konsularischen Amtsperson bei den von ihr zu ergreifenden Maßnahmen, die mit der Havarie eines Schiffes des Entsendestaates im Zusammenhang stehen, jede notwendige Unterstützung.

(5) Ein havariertes Schiff des Entsendestaates, seine Ladung und Vorräte sind im Empfangsstaat von Zöllen, Gebühren und Abgaben befreit, wenn sie nicht zur Verwendung im Empfangsstaat verbleiben.

Artikel 45

Die Artikel 41 bis 44 dieses Vertrages werden sinngemäß auf Luftfahrzeuge des Entsendestaates angewandt.

Artikel 46

Eine konsularische Amtsperson kann außer den in diesem Vertrag vorgesehenen Funktionen andere konsularische Funktionen ausüben; sofern das nicht den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates widerspricht.

Artikel 47

Ein Konsulat kann mit Zustimmung des Empfangsstaates konsularische Funktionen für einen dritten Staat im Empfangsstaat ausüben.

Artikel 48

Eine konsularische Amtsperson ist berechtigt, im Empfangsstaat Konsulargebühren in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Entsendestaates zu erheben.

Kapitel V

Allgemeine Bestimmungen und Schlußbestimmungen

Artikel 49

Alle Personen, die nach diesem Vertrag Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten genießen, sind unbeschadet derselben verpflichtet, die Rechtsvorschriften des Empfangsstaates, einschließlich der Verkehrsbestimmungen und der Versicherungsvorschriften für Fahrzeuge, einzuhalten und sich nicht in die inneren Angelegenheiten des Empfangsstaates einzumischen.

Artikel 50

(1) Die Bestimmungen dieses Vertrages gelten auch für die konsularische Tätigkeit der diplomatischen Mission des Entsendestaates. Für ein Mitglied des diplomatischen Personals der diplomatischen Mission des Entsendestaates, das mit der Ausübung konsularischer Funktionen betraut wurde, gelten die in diesem Vertrag festgelegten Rechte und Pflichten einer konsularischen Amtsperson. Diese Diplomaten sind dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten des Empfangsstaates zu notifizieren. Sehen die Rechtsvorschriften des Empfangsstaates die Übergabe eines Konsularpatents und die Ausstellung eines Exequaturs vor, so ist dieses kostenlos auszustellen.

(2) Die Wahrnehmung konsularischer Funktionen durch ein Mitglied des diplomatischen Personals der diplomatischen Mission nach Absatz 1 berührt nicht seine Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten, die ihm aufgrund seines diplomatischen Status gewährt werden.

Artikel 51

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation. Er tritt am 30. Tag nach Austausch der Ratifikationsurkunden, der in Bissau erfolgt, in Kraft.

(2) Dieser Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen und behält seine Gültigkeit bis zum Ablauf von sechs Monaten nach dem Tag, an dem ihn eine der Hohen Vertragschließenden Seiten schriftlich auf diplomatischem Wege kündigt.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der Hohen Vertragschließenden Seiten diesen Vertrag unterzeichnet und gestempelt.

Geschehen in Berlin am 17. November 1976 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und französischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

Für die
Deutsche Demokratische
Republik

Oskar Fischer

Für die
Republik Guinea-Bissau

Carlos Correia

CONVENTION CONSULAIRE
entre la République Démocratique Allemande
et la République de Guinée-Bissau

Le Conseil d'Etat de la République Démocratique Allemande et le Président du Conseil d'Etat de la République de Guinée-Bissau,

désireux de régler les relations dans le domaine consulaire et de contribuer ainsi à développer davantage les relations amicales entre les deux Etats, ont décidé de conclure la présente Convention consulaire.

A cet effet, ont désigné comme leurs plénipotentiaires:

Le Conseil d'Etat
de la République Démocratique Allemande:

Oskar Fischer
Ministre des Affaires étrangères,

Le Président du Conseil d'Etat
de la République de Guinée-Bissau:

Carlos Correia
Commissaire d'Etat aux Finances.

CHAPITRE PREMIER

Définitions

Article premier

(1) Aux fins de la présente Convention, les expressions suivantes s'entendent comme il est précisé ci-dessous:

1. L'expression « poste consulaire » s'entend de tout consulat général, consulat, vice-consulat et de toute agence consulaire.
2. L'expression « circonscription consulaire » s'entend du territoire sur lequel un poste consulaire est autorisé à exercer des fonctions consulaires.
3. L'expression « chef de poste consulaire » s'entend du consul général, consul, vice-consul ou du fonctionnaire consulaire chargé par l'Etat d'envoi de la direction d'un poste consulaire.
4. L'expression « fonctionnaire consulaire » s'entend de toute personne, y compris le chef de poste consulaire, chargée de l'exercice de fonctions consulaires.
5. L'expression « employé consulaire » s'entend de toute personne qui exerce des fonctions administratives, techniques ou de service au poste consulaire.
6. L'expression « membre du poste consulaire » s'entend de tout fonctionnaire consulaire et de tout employé consulaire du poste consulaire.
7. L'expression « membre de la famille » s'entend de l'époux du membre du poste consulaire, de ses enfants, de ses père et mère ainsi que de ceux de son époux, dans la mesure où ces personnes vivent au foyer du membre du poste consulaire et sont à sa charge.
8. L'expression « locaux consulaires » s'entend des bâtiments ou des parties des bâtiments et du terrain appartenant qui, quel qu'en soit le propriétaire, sont utilisés exclusivement aux fins du poste consulaire.
9. L'expression « archives consulaires » comprend toute la correspondance officielle, le matériel du chiffre, tous les documents, livres et le matériel de travail technique du poste consulaire ainsi que les meubles destinés à les protéger et à les conserver.

10. L'expression « navire de l'Etat d'envoi » s'entend de tout navire ayant le droit de battre le pavillon de l'Etat d'envoi, à l'exception des bâtiments de guerre.

11. L'expression « aéronef de l'Etat d'envoi » s'entend de tout aéronef civil ayant le droit de porter la marque de nationalité et la marque d'immatriculation de l'Etat d'envoi.

(2) Sont ressortissants de l'Etat d'envoi les personnes qui, conformément aux lois et règlements de cet Etat, ont la nationalité de celui-ci.

(3) L'Etat de résidence considère et traite comme personnes morales de l'Etat d'envoi celles qui ont été fondées en vertu des lois et règlements de l'Etat d'envoi.

CHAPITRE II

**Etablissement des postes consulaires,
nomination et rappel des fonctionnaires consulaires**

Article 2

(1) Un poste consulaire ne peut être établi dans l'Etat de résidence qu'avec le consentement de cet Etat.

(2) Le siège du poste consulaire, sa classe et sa circonscription consulaire de même que le nombre des membres du poste consulaire sont convenus entre l'Etat d'envoi et l'Etat de résidence.

Article 3

(1) L'Etat d'envoi s'assurera par la voie diplomatique que la personne qu'il envisage de nommer chef de poste consulaire a reçu le consentement de l'Etat de résidence.

(2) L'Etat d'envoi fera parvenir à l'Etat de résidence, par la voie diplomatique, la lettre de provision ou un autre document relatif à la nomination du chef de poste consulaire. Ils indiqueront les nom et prénoms du chef de poste consulaire, sa classe ainsi que le siège du poste consulaire et la circonscription consulaire.

(3) Le chef de poste consulaire ne peut entrer dans ses fonctions consulaires qu'après réception de l'exequatur ou d'une autre autorisation accordée par l'Etat de résidence. L'exequatur sera délivré le plus tôt possible. En attendant la délivrance de l'exequatur, l'Etat de résidence peut permettre au chef de poste consulaire l'exercice provisoire de ses fonctions consulaires.

Article 4

(1) Si pour quelque raison que ce soit, le chef de poste consulaire est empêché d'exercer ses fonctions ou si son poste est temporairement vacant, l'Etat d'envoi peut confier la direction temporaire du poste consulaire à un fonctionnaire consulaire du même poste ou d'un de ses autres postes consulaires dans l'Etat de résidence ou à un membre du personnel diplomatique de sa mission diplomatique dans l'Etat de résidence. L'Etat d'envoi doit en aviser à l'avance l'Etat de résidence par la voie diplomatique.

(2) La personne chargée de la direction temporaire du poste consulaire jouit des mêmes droits, facilités, privilèges et immunités que la présente Convention accorde au chef de poste consulaire.

(3) Lorsqu'un membre du personnel diplomatique de la mission diplomatique de l'Etat d'envoi est chargé de la direction temporaire du poste consulaire, ses privilèges et immunités diplomatiques n'en sont pas affectés.

Article 5

(1) L'Etat d'envoi communique à l'avance par la voie diplomatique au Ministère des Affaires étrangères de l'Etat de résidence les nom et prénoms ainsi que la classe de tout fonctionnaire consulaire exerçant une autre fonction que celle du chef de poste consulaire.

(2) L'Etat d'envoi notifiera à l'avance par la voie diplomatique au Ministère des Affaires étrangères de l'Etat de résidence la date de l'arrivée et du départ définitif d'un membre du poste consulaire ainsi que des membres de sa famille.

Article 6

(1) Le Ministère des Affaires étrangères de l'Etat de résidence délivrera à tout membre du poste consulaire qui n'est pas ressortissant de l'Etat de résidence une carte d'identité munie d'une photographie, attestant son identité et sa qualité de membre du poste consulaire.

(2) Le paragraphe 1 ci-dessus s'applique mutatis mutandis aux membres de famille.

Article 7

Un fonctionnaire consulaire ne doit être que ressortissant de l'Etat d'envoi et il ne doit pas avoir son domicile dans l'Etat de résidence.

Article 8

L'Etat de résidence peut, à tout moment et sans être tenu d'en communiquer les raisons, informer l'Etat d'envoi par écrit et par la voie diplomatique qu'il a l'intention de retirer au chef de poste consulaire l'exequatur ou l'autorisation ou qu'il juge inacceptable un membre du poste consulaire. Dans ce cas, l'Etat d'envoi doit rappeler la personne en cause ou mettre fin à ses fonctions au poste consulaire. Si l'Etat d'envoi ne s'acquiesce pas de cette obligation dans un délai raisonnable, l'Etat de résidence peut, dans le cas du chef de poste consulaire, retirer l'exequatur ou l'autorisation ou, dans le cas de tout autre membre du poste consulaire, cesser de lui reconnaître cette qualité.

CHAPITRE III

Facilités, privilèges et immunités

Article 9

(1) L'Etat de résidence traite un membre du poste consulaire et les membres de sa famille avec le respect qui leur est dû. Il prend toute mesure appropriée pour permettre au membre du poste consulaire l'exercice efficace de ses fonctions.

(2) L'Etat de résidence garantit qu'un membre du poste consulaire puisse jouir des droits, facilités, privilèges et immunités prévus par la présente Convention.

Article 10

(1) L'Etat de résidence soutient et aide l'Etat d'envoi à se procurer les locaux consulaires, la résidence du chef de poste consulaire et les logements des membres du poste consulaire.

(2) En conformité avec les lois et règlements de l'Etat de résidence, l'Etat d'envoi peut acquérir, prendre à bail ou utiliser les locaux consulaires, la résidence du chef de poste consulaire et les logements des membres du poste consulaire à condition que ces derniers soient ressortissants de l'Etat d'envoi et n'aient pas leur domicile dans l'Etat de résidence.

Article 11

(1) L'écusson de l'Etat d'envoi et l'inscription désignant le poste consulaire et rédigée dans les langues de l'Etat d'envoi et de l'Etat de résidence peuvent être placés sur le bâtiment occupé par le poste consulaire et sur la résidence du chef de poste consulaire.

(2) Le pavillon national de l'Etat d'envoi peut être arboré sur le bâtiment occupé par le poste consulaire et sur la résidence du chef de poste consulaire.

(3) Le chef de poste consulaire peut arborer le pavillon national de l'Etat d'envoi sur les véhicules qu'il utilise dans l'exercice de ses fonctions.

Article 12

(1) L'Etat de résidence garantit la protection des locaux consulaires. Les locaux consulaires doivent être utilisés exclusivement en conformité avec le caractère et les fonctions du poste consulaire.

(2) Les locaux consulaires, la résidence du chef de poste consulaire et les logements des fonctionnaires consulaires sont inviolables. Sans le consentement du chef de poste consulaire, du chef de la mission diplomatique de l'Etat d'envoi ou de la personne désignée par l'un d'eux, les autorités de l'Etat de résidence ne peuvent pénétrer ni dans les locaux consulaires, ni dans la résidence du chef de poste consulaire, ni dans les logements des fonctionnaires consulaires.

Article 13

Les archives consulaires sont inviolables à tout moment et en quelque lieu qu'ils se trouvent.

Article 14

(1) Le poste consulaire a le droit de communiquer avec le gouvernement, les missions diplomatiques et les autres postes consulaires de l'Etat d'envoi où qu'ils se trouvent. Le poste consulaire peut employer tous les moyens de communication qui sont de coutume, y compris les courriers diplomatiques et consulaires, la valise diplomatique et consulaire et les messages en code ou en chiffre. Le poste consulaire ne peut installer et utiliser un poste émetteur de radio qu'avec l'assentiment de l'Etat de résidence. Le poste consulaire doit payer les mêmes tarifs que la mission diplomatique pour l'utilisation des moyens de communication publics.

(2) La correspondance officielle du poste consulaire et la valise consulaire sont inviolables et ne peuvent être ni contrôlées ni retenues par les autorités de l'Etat de résidence. La valise consulaire doit porter des marques extérieures visibles de son caractère. Elle ne peut contenir que la correspondance officielle et des objets destinés à l'usage officiel.

(3) L'Etat de résidence accorde au courrier consulaire titulaire d'un document officiel attestant sa qualité et précisant le nombre de colis constituant la valise, les mêmes droits, privilèges et immunités qu'au courrier diplomatique de l'Etat d'envoi. Il en est de même pour le courrier consulaire ad hoc dont les droits, privilèges et immunités expirent cependant après la remise de la valise consulaire au destinataire.

(4) La valise consulaire peut aussi être confiée au commandant d'un aéronef ou au capitaine d'un navire. Le commandant ou le capitaine doit être porteur d'un document officiel indiquant le nombre de colis constituant la valise consulaire; ils ne sont cependant pas considérés comme courriers consulaires. Le poste consulaire peut charger un membre du poste consulaire de se faire remettre la valise consulaire directement par le commandant d'un aéronef ou le capitaine d'un navire de l'Etat d'envoi ou de la lui remettre, et ce dans le respect des dispositions de sécurité en vigueur.

Article 15

(1) Un fonctionnaire consulaire et les membres de sa famille jouissent de l'immunité de la juridiction pénale, civile et administrative de l'Etat de résidence et ne sont pas soumis à des mesures coercitives de l'Etat de résidence.

(2) Les dispositions du paragraphe 1 du présent article ne s'appliquent pas aux actions civiles intentées contre un fonctionnaire consulaire et les membres de sa famille:

1. concernant les biens immobiliers personnels situés dans l'Etat de résidence, pour autant qu'ils ne soient pas utilisés à des fins consulaires pour le compte de l'Etat d'envoi;

2. concernant les affaires successorales dans lesquelles ils agissent à titre particulier et non pas au nom de l'Etat d'envoi comme exécuteur testamentaire, curateur de la succession, héritier ou légataire;
3. résultant d'une profession libérale ou d'une activité lucrative qu'ils exercent dans l'Etat de résidence en dehors de leurs fonctions officielles;
4. résultant de la conclusion de contrats passés par eux et qu'ils n'ont pas conclus directement ou indirectement en tant que mandataires de l'Etat d'envoi;
5. intentées par un tiers en cas d'un dommage résultant d'un accident causé dans l'Etat de résidence par un moyen de transport.

(3) Un employé consulaire jouit de l'immunité de la juridiction pénale de l'Etat de résidence. Il jouit en outre de l'immunité de la juridiction civile et administrative de l'Etat de résidence et n'est pas soumis à des mesures coercitives de l'Etat de résidence pour les actes accomplis dans l'exercice de ses fonctions.

(4) Les dispositions du paragraphe 3 ne s'appliquent pas aux actions civiles contre un employé consulaire

1. résultant des contrats passés par lui et qu'il n'a pas conclus directement ou indirectement en tant que mandataire de l'Etat d'envoi;
2. intentées par un tiers en cas d'un dommage résultant d'un accident causé dans l'Etat de résidence par un moyen de transport.

(5) Les membres de la famille d'un employé consulaire jouissent de l'immunité en ce qui concerne la juridiction pénale de l'Etat de résidence.

(6) Une personne citée aux paragraphes 1 et 3 ne peut faire l'objet d'une mesure d'exécution que dans les cas prévus aux termes du paragraphe 2 ou 4 et à la condition que cette mesure soit applicable sans porter préjudice à l'inviolabilité de la personne.

Article 16

(1) Les membres d'un poste consulaire peuvent être appelés à répondre comme témoins par les tribunaux ou d'autres autorités compétentes de l'Etat de résidence. Cependant, ils ne sont pas tenus de déposer sur des faits ayant trait à l'exercice de leurs fonctions officielles.

(2) Si un membre du poste consulaire refuse de se présenter comme témoin ou de témoigner, aucune mesure coercitive ou sanction ne peut lui être appliquée.

(3) Les tribunaux ou autres autorités compétentes de l'Etat de résidence qui requièrent le témoignage d'un membre du poste consulaire doivent prendre des mesures appropriées pour ne pas le gêner dans l'exercice de ses fonctions. Les témoignages, oraux ou écrits, peuvent être recueillis au poste consulaire ou dans le logement d'un membre du poste consulaire.

(4) Les paragraphes 1 à 3 de cet article s'appliquent mutatis mutandis aux membres de la famille d'un membre du poste consulaire.

Article 17

(1) L'Etat d'envoi peut renoncer aux privilèges et immunités prévus aux articles 15 et 16. Cette renonciation doit toujours être expresse et communiquée par écrit à l'Etat de résidence.

(2) Si un membre du poste consulaire qui bénéficie de l'immunité de juridiction engage une procédure, il n'est pas recevable à invoquer l'immunité de juridiction à l'égard de toute demande reconventionnelle directement liée à la demande principale.

(3) La renonciation à l'immunité pour une action n'est pas censée impliquer la renonciation à l'immunité quant à l'exécution du jugement, pour laquelle une renonciation distincte est nécessaire.

Article 18

Un membre du poste consulaire et les membres de sa famille sont exemptés, dans l'Etat de résidence, de toute prestation personnelle et de tout service d'intérêt public, de quelque nature qu'ils soient.

Article 19

Un membre du poste consulaire et les membres de sa famille ne sont pas soumis aux obligations prévues par les lois et règlements de l'Etat de résidence en matière d'immatriculation et de permis de séjour, applicables aux personnes qui ne sont pas ressortissants de l'Etat de résidence.

Article 20

(1) L'Etat de résidence ne prélève pas d'impôts ou de taxes nationaux, régionaux et communaux sur:

1. les locaux consulaires, la résidence du chef de poste consulaire et les logements des membres du poste consulaire s'ils ont été acquis par l'Etat d'envoi, pris à bail pour son compte ou s'ils sont utilisés par lui. Cela s'applique aussi à l'acquisition des immeubles mentionnés si l'Etat d'envoi les a acquis exclusivement aux fins consulaires.
2. l'acquisition, la propriété, la possession et la jouissance de biens meubles par l'Etat d'envoi, qui sont utilisés exclusivement aux fins du poste consulaire.

(2) Les dispositions du paragraphe 1 ne s'appliquent pas au paiement des services.

Article 21

(1) Un membre du poste consulaire et les membres de sa famille sont exemptés de tous impôts et taxes nationaux, régionaux et communaux, à l'exception:

1. des impôts et taxes indirects tels qu'ils sont normalement incorporés dans le prix des marchandises et des services;
2. des impôts et taxes sur les biens immeubles privés situés sur le territoire de l'Etat de résidence;
3. des droits de succession et de mutation perçus sur les biens situés dans l'Etat de résidence;
4. des impôts et taxes sur les revenus privés qui ont leur source dans l'Etat de résidence et sur les biens situés dans l'Etat de résidence;
5. des impôts, taxes et droits perçus en rémunération de services rendus;
6. des droits d'enregistrement, de greffe, d'hypothèque et de timbre.

(2) Des impôts ou taxes nationaux, régionaux et communaux de mutation ne sont pas prélevés sur les biens meubles d'un membre décédé du poste consulaire ou d'un membre décédé de sa famille, si leur présence dans l'Etat de résidence est due uniquement à la présence, dans cet Etat, du défunt en tant que membre du poste consulaire ou membre de sa famille.

Article 22

(1) Tous les objets, y compris les véhicules automobiles, importés et exportés pour l'usage officiel du poste consulaire sont exemptés de tous droits et taxes dans l'Etat de résidence dans la même mesure que les objets importés et exportés pour l'usage officiel de la mission diplomatique de l'Etat d'envoi.

(2) Un fonctionnaire consulaire et les membres de sa famille bénéficient de l'exemption de la visite douanière de leurs bagages personnels, des droits de douane et d'autres taxes perçus sur les objets importés et exportés, et ce dans la même mesure qu'un membre du personnel diplomatique de la mission diplomatique de l'Etat d'envoi.

(3) En ce qui concerne l'importation et l'exportation des objets destinés à leur première installation dans l'Etat de résidence, un employé du poste consulaire et les membres de sa famille bénéficient de la même exemption des droits de douane et d'autres taxes qu'un membre du personnel administratif et technique de la mission diplomatique de l'Etat d'envoi.

(4) Les exemptions citées aux paragraphes 1 à 3 ne se réfèrent pas aux frais de garde, d'entrepôt et de transport des objets importés et exportés.

Article 23

Un membre du poste consulaire et les membres de sa famille jouissent de la liberté de déplacement et de circulation dans l'Etat de résidence, à l'exception des zones où l'accès ou le séjour leur est interdit par les lois et règlements de l'Etat de résidence.

Article 24

(1) Un employé du poste consulaire qui est ressortissant de l'Etat de résidence ou qui réside dans cet Etat, ne jouit pas des facilités, privilèges et immunités prévus par la présente Convention, à l'exception du droit, prévu à l'article 16, de refuser de témoigner sur les faits ayant trait à l'exercice de ses fonctions officielles.

(2) Le paragraphe 1 du présent article s'applique mutatis mutandis aux membres de la famille d'un membre du poste consulaire qui sont ressortissants de l'Etat de résidence ou qui résident dans cet Etat.

CHAPITRE IV

Fonctions consulaires

Article 25

Un fonctionnaire consulaire a le droit de:

1. protéger les droits et les intérêts de l'Etat d'envoi, de ses ressortissants et personnes morales;
2. contribuer au développement des relations économiques, culturelles et scientifiques entre l'Etat d'envoi et l'Etat de résidence;
3. promouvoir de toute autre manière le développement des relations amicales entre l'Etat d'envoi et l'Etat de résidence.

Article 26

(1) Un fonctionnaire consulaire ne peut exercer ses fonctions consulaires que dans la circonscription consulaire. L'exercice des fonctions consulaires en dehors de la circonscription consulaire doit être autorisée à l'avance par l'Etat de résidence dans chaque cas particulier.

(2) Dans l'exercice de ses fonctions consulaires, un fonctionnaire consulaire peut s'adresser directement aux autorités compétentes dans la circonscription consulaire.

Article 27

Conformément aux lois et règlements de l'Etat de résidence, un fonctionnaire consulaire a le droit de représenter les ressortissants de l'Etat d'envoi devant les tribunaux et autres autorités de l'Etat de résidence ou de prendre des mesures pour leur représentation appropriée afin d'obtenir des mesures en vue de la protection des droits et intérêts de ces ressortissants lorsque, en raison de leur absence ou pour toute autre cause valable, ceux-ci ne peuvent défendre en temps utile leurs droits et intérêts. Cela s'applique aussi aux personnes morales de l'Etat d'envoi.

Article 28

Un fonctionnaire consulaire a le droit:

1. d'immatriculer les ressortissants de l'Etat d'envoi;
2. d'accepter des demandes ou de remettre des documents concernant des questions de nationalité en conformité avec les lois et règlements de l'Etat d'envoi;
3. d'établir, de prolonger, de modifier, d'annuler et de retirer des documents de voyage des ressortissants de l'Etat d'envoi;
4. de délivrer des visas.

Article 29

(1) Un fonctionnaire consulaire a le droit:

1. de tenir le registre des naissances, mariages et décès des ressortissants de l'Etat d'envoi;
2. de célébrer des mariages si les époux sont ressortissants de l'Etat d'envoi et non pas en même temps ressortissants de l'Etat de résidence;
3. d'accepter les déclarations et demandes concernant l'état civil de ressortissants de l'Etat d'envoi.

(2) Le fonctionnaire consulaire informe les autorités compétentes de l'Etat de résidence de l'exécution des actes visés au paragraphe 1, si les lois et règlements de l'Etat de résidence le prévoient.

Article 30

Un fonctionnaire consulaire a le droit de:

1. accepter et certifier les déclarations des ressortissants de l'Etat d'envoi;
2. certifier et garder les testaments et autres documents concernant un acte juridique des ressortissants de l'Etat d'envoi;
3. certifier et garder les documents relatifs à des actes juridiques passés entre les ressortissants de l'Etat d'envoi, à l'exception des actes juridiques relatifs à l'établissement, au transfert et à l'extinction de droits sur les biens immeubles et les bâtiments situés dans l'Etat de résidence;
4. certifier conformes les signatures des ressortissants de l'Etat d'envoi sur les documents;
5. certifier conformes les copies ou les extraits de documents;
6. certifier conformes les traductions de documents;
7. légaliser les documents établis par les autorités compétentes ou les fonctionnaires de l'Etat de résidence et destinés à l'usage dans l'Etat d'envoi;
8. procéder à des actes notariés dont il est chargé par l'Etat d'envoi, dans la mesure où cela est compatible avec les lois et règlements de l'Etat de résidence.

Article 31

Les documents et actes établis, authentifiés ou certifiés par un fonctionnaire consulaire conformément à l'article 30 ont dans l'Etat de résidence la même valeur juridique que les documents et actes analogues établis par les autorités compétentes de l'Etat de résidence.

Article 32

(1) Un fonctionnaire consulaire a le droit:

1. d'assumer la garde des documents, des sommes d'argent, des effets et d'autres objets appartenant à des ressortissants de l'Etat d'envoi;
2. d'accepter des documents, des sommes d'argent, des effets et d'autres objets que des ressortissants de l'Etat d'envoi ont perdus pendant leur séjour dans l'Etat de résidence et que les autorités de l'Etat de résidence lui remettent pour les faire parvenir au propriétaire.

(2) Les objets reçus en dépôt conformément au paragraphe 1 du présent article ne peuvent être exportés de l'Etat de résidence que si les lois et règlements de cet Etat ne s'y opposent pas.

Article 33

Les autorités compétentes de l'Etat de résidence signalent immédiatement à un fonctionnaire consulaire le décès dans l'Etat de résidence d'un ressortissant de l'Etat d'envoi et lui font parvenir un exemplaire de l'acte de décès. La délivrance et la remise de cet acte se font gratuitement.

Article 34

(1) Les autorités compétentes de l'Etat de résidence fournissent à un fonctionnaire consulaire tous les renseignements qui leur sont connus en ce qui concerne la succession d'un

ressortissant de l'Etat d'envoi décédé dans l'Etat de résidence, sur l'existence d'un testament du défunt et sur les héritiers, légataires ou réservataires.

(2) Les autorités compétentes de l'Etat de résidence informent un fonctionnaire consulaire, lorsque l'ouverture dans l'Etat de résidence d'une procédure successorale, indépendamment de la nationalité du de cujus au moment de son décès, fait ressortir que l'héritier, le légataire ou le réservataire est ressortissant de l'Etat d'envoi.

Article 35

(1) Lorsqu'un ressortissant de l'Etat d'envoi a laissé des biens dans l'Etat de résidence ou que, dans une procédure successorale, indépendamment de la nationalité du de cujus au moment de son décès, l'héritier, le légataire ou le réservataire est ressortissant de l'Etat d'envoi, un fonctionnaire consulaire a le droit de demander aux autorités compétentes de l'Etat de résidence de prendre des mesures de protection, de sauvegarde et d'administration de la succession. En conformité avec les lois et règlements de l'Etat de résidence, il peut prêter son concours à la mise à exécution de ces mesures et veiller à la représentation des héritiers, légataires ou réservataires.

(2) Dans l'exercice des fonctions définies au paragraphe 1 du présent article, un fonctionnaire consulaire peut s'adresser directement aux autorités compétentes de l'Etat de résidence.

Article 36

(1) Après la conclusion d'une procédure successorale, le fonctionnaire consulaire a le droit d'accepter des autorités compétentes de l'Etat de résidence les biens meubles de la succession ou le produit de la vente des biens meubles ou immeubles pour les faire parvenir à un ressortissant de l'Etat d'envoi si celui-ci est héritier, légataire ou réservataire, s'il ne réside pas dans l'Etat de résidence et s'il n'a pas participé à la procédure successorale, ni personnellement ni par l'intermédiaire d'un représentant.

(2) Les biens cités au paragraphe 1 du présent article ne sont remis au fonctionnaire consulaire que si, en conformité avec les lois et règlements de l'Etat de résidence, les dettes héréditaires et les taxes successorales sont payées ou garanties.

(3) La transmission et l'exportation à l'adresse de la personne ayant droit aux biens cités au paragraphe 1 du présent article s'effectuent conformément aux lois et règlements de l'Etat de résidence.

Article 37

(1) Les autorités compétentes de l'Etat de résidence remettent à un fonctionnaire consulaire les objets personnels, sommes d'argent et effets laissés par un ressortissant de l'Etat d'envoi, lorsque ce ressortissant est décédé pendant un séjour temporaire dans l'Etat de résidence et que la remise de ces biens à un mandataire n'est pas possible.

(2) La remise et l'exportation des biens cités au paragraphe 1 du présent article sont régies par les lois et règlements de l'Etat de résidence.

Article 38

(1) Les autorités compétentes de l'Etat de résidence informent par écrit un fonctionnaire consulaire des cas où il est nécessaire de désigner un tuteur ou curateur pour un ressortissant de l'Etat d'envoi qui réside ou séjourne dans l'Etat de résidence.

(2) S'il s'agit de désigner un tuteur ou curateur pour un ressortissant de l'Etat d'envoi, le fonctionnaire consulaire a le droit de s'adresser aux autorités compétentes de l'Etat de résidence et de proposer une personne qualifiée pour agir en tant que tuteur ou curateur.

Article 39

(1) Un fonctionnaire consulaire a le droit de contacter et de rencontrer un ressortissant de l'Etat d'envoi, de lui prêter assistance dans ses rapports avec les autorités de l'Etat de résidence, de lui prêter son concours dans les affaires traitées par ces autorités, et de lui procurer le soutien d'un avocat ou d'une autre personne ainsi que d'un interprète.

(2) L'Etat de résidence ne limite en aucune manière ni les rapports d'un ressortissant de l'Etat d'envoi avec le poste consulaire ni son accès à celui-ci.

(3) Les autorités de l'Etat de résidence aident le fonctionnaire consulaire à obtenir des renseignements sur des personnes qui ont la nationalité de l'Etat d'envoi, afin que le fonctionnaire consulaire puisse contacter ou rencontrer ces ressortissants.

Article 40

(1) Les autorités compétentes de l'Etat de résidence informent un fonctionnaire consulaire de l'arrestation provisoire, de la mise en état d'arrêt ou de toute autre mesure de restriction de la liberté personnelle d'un ressortissant de l'Etat d'envoi dans l'Etat de résidence. Cette information est donnée dans les cinq jours qui suivent l'arrestation provisoire, la mise en état d'arrêt ou toute autre mesure de restriction de la liberté personnelle du ressortissant.

(2) Un fonctionnaire consulaire a le droit d'aller voir et d'entretenir des contacts avec un ressortissant de l'Etat d'envoi qui est en arrestation provisoire ou en état d'arrêt, qui est soumis à une autre forme de restriction de sa liberté personnelle ou qui expie une peine privative de liberté dans l'Etat de résidence. Les visites sont autorisées dans les 8 jours qui suivent l'arrestation provisoire, la mise en état d'arrêt ou toute autre mesure de restriction de la liberté personnelle du ressortissant. Ces visites peuvent se répéter à des intervalles raisonnables.

(3) Les autorités compétentes de l'Etat de résidence informent le ressortissant concerné de l'Etat d'envoi des droits qui lui sont reconnus par le présent article.

(4) Les droits visés dans le présent article sont exercés en conformité avec les lois et règlements de l'Etat de résidence, à condition que ceux-ci n'annulent pas lesdits droits.

Article 41

(1) Un fonctionnaire consulaire a le droit de prêter assistance et secours aux navires de l'Etat d'envoi se trouvant dans un port, dans les eaux territoriales et intérieures de l'Etat de résidence.

(2) Un fonctionnaire consulaire peut communiquer avec les navires de l'Etat d'envoi et se rendre à bord dès que ces navires ont reçu l'autorisation pour la libre circulation dans le pays.

(3) Le capitaine et les membres de l'équipage des navires de l'Etat d'envoi peuvent entrer en contact avec un fonctionnaire consulaire. Ils peuvent se rendre au poste consulaire si les lois et règlements de l'Etat de résidence les y autorisent.

(4) Dans l'exercice de ses fonctions, un fonctionnaire consulaire peut demander aux autorités compétentes de l'Etat de résidence d'accorder aide et assistance dans toute question concernant un navire de l'Etat d'envoi, le capitaine, les membres de l'équipage, les passagers et la cargaison.

Article 42

(1) Un fonctionnaire consulaire a le droit:

1. sans préjudice des droits des autorités de l'Etat de résidence, de faire des enquêtes concernant les incidents survenus à bord du navire de l'Etat d'envoi au cours de la traversée et d'interroger le capitaine et les membres de l'équipage;
2. sans préjudice des droits des autorités de l'Etat de résidence, de régler toute contestation entre le capitaine et un membre de l'équipage, y compris les contestations relatives au salaire et au contrat d'engagement maritime;

3. de prendre des mesures pour engager ou licencier le capitaine ou un membre de l'équipage, si les lois et règlements de l'Etat de résidence ne s'y opposent pas;
4. de prendre des mesures en vue du traitement médical du capitaine, d'un membre de l'équipage ou d'un passager ou de leur rapatriement dans l'Etat d'envoi;
5. d'accepter, d'établir, de prolonger ou de certifier les déclarations et documents que les lois et règlements de l'Etat d'envoi requièrent pour les navires de l'Etat d'envoi et leur cargaison, et de vérifier les documents du navire.

(2) Conformément aux lois et règlements de l'Etat de résidence, un fonctionnaire consulaire peut prêter aide et assistance au capitaine ou à un membre de l'équipage des navires de l'Etat d'envoi et se présenter avec lui devant les tribunaux et autres autorités de l'Etat de résidence.

Article 43

(1) Si les tribunaux ou d'autres autorités compétentes de l'Etat de résidence ont l'intention de prendre des mesures coercitives ou de faire une enquête à bord d'un navire de l'Etat d'envoi, le fonctionnaire consulaire doit être avisé par les autorités compétentes de l'Etat de résidence. Cette communication doit être faite à temps afin que le fonctionnaire consulaire puisse être présent. Lorsque le fonctionnaire consulaire n'a pas assisté à l'exécution de ces mesures, les autorités compétentes de l'Etat de résidence l'en informent par écrit, sur sa demande. Si l'urgence des mesures à prendre ne permet pas d'aviser le fonctionnaire consulaire au préalable, les autorités compétentes de l'Etat de résidence informent le fonctionnaire consulaire par écrit des incidents survenus et des mesures prises, sans que le fonctionnaire consulaire le demande.

(2) Les dispositions prévues au paragraphe 1 du présent article s'appliquent aussi lorsque le capitaine ou des membres de l'équipage doivent être interrogés à terre par les autorités compétentes de l'Etat de résidence au sujet des incidents relatifs au navire de l'Etat d'envoi.

(3) Les dispositions visées au présent article ne s'appliquent pas aux contrôles usuels de douane, de passeport et de santé.

Article 44

(1) Les autorités compétentes de l'Etat de résidence informent immédiatement un fonctionnaire consulaire lorsqu'un navire de l'Etat d'envoi fait naufrage, échoue ou subit une autre avarie dans un port, dans les eaux territoriales et intérieures de l'Etat de résidence et lui communiquent les mesures prises pour sauver et protéger les vies humaines, le navire et la cargaison. Un fonctionnaire consulaire peut prêter toute aide au navire de l'Etat d'envoi, au capitaine, aux membres de l'équipage et aux passagers, et prendre des mesures pour sauver la cargaison et pour réparer le navire.

(2) Lorsque ni le capitaine, ni le propriétaire du navire, ni son agent, ni l'assureur compétent ne peuvent prendre les mesures nécessaires pour sauver un tel navire ou sa cargaison ou pour en disposer, le fonctionnaire consulaire peut prendre, au nom du propriétaire du navire de l'Etat d'envoi, des mesures que le propriétaire du navire ou de la cargaison aurait pu prendre lui-même.

(3) Les dispositions prévues aux paragraphes 1 et 2 s'appliquent aussi aux objets qui sont la propriété d'un ressortissant de l'Etat d'envoi et se sont trouvés à bord d'un navire de l'Etat de résidence ou d'un Etat tiers, qui ont été trouvés en épave au bord de la mer ou dans les eaux de l'Etat de résidence ou ont été remis à un port de cet Etat.

(4) Les autorités compétentes de l'Etat de résidence prêtent au fonctionnaire consulaire tout soutien nécessaire dans l'intérêt des mesures qu'il doit prendre pour faire face à l'avarie d'un navire de l'Etat d'envoi.

(5) Un navire avarié de l'Etat d'envoi, sa cargaison et ses réserves sont exempts des droits de douane, des taxes et des impôts dans l'Etat de résidence, à condition qu'ils ne restent pas dans cet Etat pour y être utilisés.

Article 45

Les articles 41 à 44 de la présente Convention s'appliquent mutatis mutandis aux aéronefs de l'Etat d'envoi.

Article 46

Un fonctionnaire consulaire peut exercer aussi des fonctions consulaires autres que celles prévues par la présente Convention, à condition qu'elles ne s'opposent pas aux lois et règlements de l'Etat de résidence.

Article 47

Avec le consentement de l'Etat de résidence, un poste consulaire peut exercer, dans l'Etat de résidence, des fonctions consulaires pour un Etat tiers.

Article 48

Un fonctionnaire consulaire a le droit de percevoir dans l'Etat de résidence les droits prévus pour les actes consulaires, conformément aux lois et règlements de l'Etat d'envoi.

CHAPITRE V

Dispositions générales et finales

Article 49

Les personnes bénéficiant des facilités, privilèges et immunités prévus par la présente Convention sont, sans préjudice de ces derniers, tenues de respecter les lois et règlements de l'Etat de résidence, y compris les règlements en matière de circulation et d'assurance de véhicules, et de s'abstenir de s'immiscer dans les affaires intérieures de l'Etat de résidence.

Article 50

(1) Les dispositions de la présente Convention s'appliquent également à l'exercice des fonctions consulaires de la mission diplomatique de l'Etat d'envoi. Les droits et obligations des fonctionnaires consulaires prévus par la présente Convention s'appliquent aux membres du personnel diplomatique de la mission diplomatique de l'Etat d'envoi qui sont chargés de l'exercice des fonctions consulaires. Les noms de ces diplomates doivent être notifiés au ministère des Affaires étrangères de l'Etat de résidence. Lorsque les lois et règlements de l'Etat de résidence prévoient la présentation d'une lettre de provision et la délivrance d'un exequatur, ce dernier doit être délivré gratuitement.

(2) L'exercice des fonctions consulaires par un membre du personnel diplomatique de la mission diplomatique, conformément au paragraphe 1 du présent article, n'affecte pas les facilités, privilèges et immunités dont il jouit en sa qualité de diplomate.

Article 51

(1) La présente Convention est sujette à ratification. Elle entrera en vigueur trente jours après l'échange des instruments de ratification qui aura lieu à Bissau.

(2) La présente Convention est conclue pour une durée indéterminée et restera valable jusqu'à l'expiration des six mois suivant le jour où l'une des Hautes Parties contractantes aura notifié sa dénonciation par écrit et par la voie diplomatique.

En foi de quoi les plénipotentiaires des Hautes Parties contractantes ont signé la présente Convention et y ont apposé leurs sceaux.

Fait à Berlin, le 17 novembre 1976 en deux exemplaires, chacun en langues allemande et française, les deux textes faisant également foi.

Pour la
République Démocratique
Allemande
Oskar Fischer

Pour la
République de
Guinée-Bissau
Carlos Correia

Gesetz
über den Konsularvertrag
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Volksrepublik Moçambique
vom 13. Dezember 1976
vom 16. Juni 1977

§ 1

Die Volkskammer bestätigt den am 13. Dezember 1976 in Maputo unterzeichneten, nachstehend veröffentlichten Konsularvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Moçambique.

§ 2

Der Tag, an dem der Vertrag gemäß seinem Artikel 51 Absatz 1 wirksam wird, ist im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntzugeben.

§ 3

Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 1977 in Kraft.

Das vorstehende, von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am sechzehnten Juni neunzehnhundert-siebenundsiebzig beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den sechzehnten Juni neunzehnhundertsiebenundsiebzig

Der Vorsitzende des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik
E. Honecker

Konsularvertrag
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Volksrepublik Moçambique

Die Deutsche Demokratische Republik und die Volksrepublik Moçambique haben, von dem Wunsch geleitet, die konsularischen Beziehungen zu regeln und damit zur weiteren Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten beizutragen, beschlossen, diesen Konsularvertrag abzuschließen, und zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

den Minister für Auswärtige Angelegenheiten
der Deutschen Demokratischen Republik,
Herrn Oskar Fischer,

den Minister für Auswärtige Angelegenheiten
der Volksrepublik Moçambique,
Herrn Joaquim Chissano,

die folgendes vereinbart haben:

Kapitel I
Definitionen

Artikel 1

(1) In diesem Vertrag bedeuten die nachstehenden Begriffe:

1. „Konsulat“ ein Generalkonsulat, ein Konsulat, ein Vizekonsulat und eine Konsularagentur;

2. „Konsularbezirk“ das Gebiet, auf dem ein Konsulat be-rechtigt ist, konsularische Funktionen auszuüben;
3. „Leiter des Konsulats“ den Generalkonsul, Konsul, Vize-konsul oder die konsularische Amtsperson, die vom Ent-sendestaat mit der Leitung eines Konsulats beauftragt ist;
4. „Konsularische Amtsperson“ eine Person, einschließlich des Leiters des Konsulats, die mit der Wahrnehmung kon-sularischer Funktionen beauftragt ist;
5. „Mitarbeiter des Konsulats“ eine Person, die im Konsu-lat administrative, technische oder Dienstleistungsaufgaben erfüllt;
6. „Angehöriger des Konsulats“ eine konsularische Amtspers-son und einen Mitarbeiter des Konsulats;
7. „Familienangehöriger“ den Ehegatten des Angehörigen des Konsulats, seine Kinder und Eltern und die seines Ehegatten, soweit diese Personen dem Haushalt des Ange-hörigen des Konsulats angehören und von ihm unterhalten werden;
8. „Konsularräumlichkeiten“ Gebäude oder Gebäudeteile so-wie dazugehörige Grundstücke, die ungeachtet der Eigen-tumsverhältnisse ausschließlich für konsularische Zwecke genutzt werden;
9. „Konsulararchiv“ den dienstlichen Schriftwechsel, Chiffre, Dokumente, Bücher und technische Arbeitsmittel des Kon-sulats sowie Einrichtungsgegenstände, die zu ihrer Aufbe-wahrung und ihrem Schutz bestimmt sind;

10. „Schiff des Entsendestaates“ jedes Wasserfahrzeug, mit Ausnahme von Kriegsschiffen, das rechtmäßig unter der Flagge des Entsendestaates fährt;
11. „Luftfahrzeug des Entsendestaates“ jedes zivile Luftfahrzeug, das rechtmäßig die Staatszugehörigkeits- und Eintragszeichen des Entsendestaates trägt.

(2) Staatsbürger des Entsendestaates sind die Personen, die nach den Rechtsvorschriften dieses Staates dessen Staatsbürgerschaft haben.

(3) Als juristische Personen des Entsendestaates werden vom Empfangsstaat jene betrachtet und behandelt, die nach den Rechtsvorschriften des Entsendestaates errichtet worden sind.

Kapitel II

Errichtung von Konsulaten, Ernennung und Abberufung von konsularischen Amtspersonen

Artikel 2

(1) Ein Konsulat kann im Empfangsstaat nur mit dessen Zustimmung errichtet werden.

(2) Der Sitz des Konsulats, sein Rang, der Konsularbezirk sowie die Anzahl der Angehörigen des Konsulats werden zwischen dem Entsendestaat und dem Empfangsstaat vereinbart.

Artikel 3

(1) Der Entsendestaat holt auf diplomatischem Weg das vorherige Einverständnis des Empfangsstaates zur Zulassung einer konsularischen Amtsperson als Leiter des Konsulats ein.

(2) Der Entsendestaat übermittelt dem Empfangsstaat auf diplomatischem Weg das Konsularpatent oder ein anderes Dokument über die Ernennung des Leiters des Konsulats. Darin sind der Vor- und Zuname des Leiters des Konsulats, sein Rang sowie der Sitz des Konsulats und der Konsularbezirk zu bezeichnen.

(3) Der Leiter des Konsulats darf seine Funktionen erst nach Erteilung des Exequaturs oder einer anderen Erlaubnis durch den Empfangsstaat ausüben. Die Erteilung des Exequaturs soll kurzfristig erfolgen. Bis dahin kann der Empfangsstaat dem Leiter des Konsulats gestatten, seine Funktionen vorläufig auszuüben.

Artikel 4

(1) Kann der Leiter des Konsulats aus irgendeinem Grund seine Funktionen nicht ausüben oder ist seine Stelle zeitweilig unbesetzt, kann der Entsendestaat eine konsularische Amtsperson des betreffenden oder eines seiner anderen Konsulate im Empfangsstaat oder ein Mitglied des diplomatischen Personals seiner diplomatischen Mission im Empfangsstaat mit der zeitweiligen Leitung des Konsulats beauftragen. Der Empfangsstaat ist davon vorher auf diplomatischem Weg in Kenntnis zu setzen.

(2) Die Person, die mit der zeitweiligen Leitung des Konsulats beauftragt wurde, genießt die gleichen Rechte, Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten, die dem Leiter des Konsulats nach diesem Vertrag zustehen.

(3) Wird ein Mitglied des diplomatischen Personals der diplomatischen Mission des Entsendestaates mit der zeitweiligen Leitung des Konsulats beauftragt, bleiben seine diplomatischen Privilegien und Immunitäten unberührt.

Artikel 5

(1) Der Entsendestaat teilt dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten des Empfangsstaates im voraus auf diplomatischem Weg Vor- und Zunamen sowie den Rang jeder konsularischen Amtsperson mit, die eine andere Funktion als die des Leiters des Konsulats ausübt.

(2) Der Entsendestaat teilt dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten des Empfangsstaates im voraus auf diploma-

tischem Weg den Tag der Ankunft und der endgültigen Abreise eines Angehörigen des Konsulats und dessen Familienangehörigen mit.

Artikel 6

(1) Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten des Empfangsstaates stellt jedem Angehörigen des Konsulats, der nicht Staatsbürger des Empfangsstaates ist, einen mit einem Lichtbild versehenen Ausweis aus, der seine Identität und seine Eigenschaft als Angehöriger des Konsulats bestätigt.

(2) Absatz 1 ist auf Familienangehörige entsprechend anzuwenden.

Artikel 7

Eine konsularische Amtsperson kann nur ein Staatsbürger des Entsendestaates und darf nicht Staatsbürger des Empfangsstaates sein oder ihren Wohnsitz im Empfangsstaat haben.

Artikel 8

Der Empfangsstaat kann jederzeit und ohne Angabe von Gründen für seine Entscheidung dem Entsendestaat schriftlich auf diplomatischem Weg mitteilen, daß er beabsichtigt, das Exequatur oder die andere Erlaubnis für den Leiter des Konsulats zurückzuziehen oder daß ein Angehöriger des Konsulats nicht erwünscht ist. In diesem Fall hat der Entsendestaat die betreffende Person abzuberufen oder ihre Tätigkeit im Konsulat zu beenden. Unterläßt es der Entsendestaat, diese Pflicht innerhalb einer angemessenen Frist zu erfüllen, kann der Empfangsstaat, wenn es sich um den Leiter des Konsulats handelt, das Exequatur oder die andere Erlaubnis zurückziehen oder, wenn es sich um einen anderen Angehörigen des Konsulats handelt, diesen im weiteren nicht mehr in dieser Eigenschaft anerkennen.

Kapitel III

Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten

Artikel 9

(1) Der Empfangsstaat behandelt einen Angehörigen des Konsulats und seine Familienangehörigen mit der gebührenden Achtung. Er trifft die geeigneten Maßnahmen, um einem Angehörigen des Konsulats die wirksame Ausübung seiner Funktion zu gewährleisten.

(2) Der Empfangsstaat sichert, daß ein Angehöriger des Konsulats die Rechte, Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten nach diesem Vertrag in Anspruch nehmen kann.

Artikel 10

(1) Der Empfangsstaat erweist dem Entsendestaat bei der Beschaffung von Konsularräumlichkeiten, einer Residenz des Leiters des Konsulats und der Wohnungen für die Angehörigen des Konsulats Hilfe und Unterstützung.

(2) Der Entsendestaat kann in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates Konsularräumlichkeiten, eine Residenz des Leiters des Konsulats und Wohnungen für die Angehörigen des Konsulats, soweit diese Staatsbürger des Entsendestaates sind und ihren Wohnsitz nicht im Empfangsstaat haben, erwerben, mieten oder nutzen.

Artikel 11

(1) Am Gebäude des Konsulats und an der Residenz des Leiters des Konsulats können das Staatswappen und die Bezeichnung des Konsulats in den Sprachen des Entsendestaates und des Empfangsstaates angebracht werden.

(2) Am Gebäude des Konsulats und an der Residenz des Leiters des Konsulats kann die Staatsflagge des Entsendestaates aufgezogen werden.

(3) Der Leiter des Konsulats kann die Staatsflagge des Entsendestaates an den von ihm dienstlich benutzten Fahrzeugen führen.

Artikel 13

(1) Der Empfangsstaat gewährleistet den Schutz der Konsularräumlichkeiten. Die Konsularräumlichkeiten dürfen nur zu Zwecken genutzt werden, die mit dem Charakter und den Aufgaben des Konsulats vereinbar sind.

(2) Die Konsularräumlichkeiten, die Residenz des Leiters des Konsulats und die Wohnungen der konsularischen Amtspersonen sind unverletzlich. Die Organe des Empfangsstaates dürfen die Konsularräumlichkeiten, die Residenz des Leiters des Konsulats und die Wohnungen der konsularischen Amtspersonen ohne Einwilligung des Leiters des Konsulats, des Chefs der diplomatischen Mission des Entsendestaates oder einer von ihnen ermächtigten Person nicht betreten.

Artikel 13

Konsulararchive sind jederzeit und unabhängig davon, wo sie sich befinden, unverletzlich.

Artikel 14

(1) Ein Konsulat hat das Recht, sich mit der Regierung, den diplomatischen Missionen und anderen Konsulaten des Entsendestaates in Verbindung zu setzen unabhängig davon, wo sie sich befinden. Ein Konsulat kann alle allgemein üblichen Verbindungsmittel, einschließlich diplomatische und konsularische Kuriere, diplomatisches und konsularisches Gepäck und verschlüsselte Nachrichten, benutzen. Die Errichtung und die Inbetriebnahme einer Funkstation bedürfen der Genehmigung des Empfangsstaates. Bei der Benutzung öffentlicher Verbindungsmittel gelten für ein Konsulat die gleichen Tarife wie für die diplomatische Mission.

(2) Der dienstliche Schriftverkehr eines Konsulats und das Konsulargepäck sind unverletzlich und dürfen durch die Organe des Empfangsstaates weder geöffnet noch zurückgehalten werden. Das Konsulargepäck muß als solches äußerlich sichtbar gekennzeichnet sein. Es darf nur dienstliche Schriftstücke oder für den dienstlichen Gebrauch bestimmte Gegenstände enthalten.

(3) Einem Konsularkurier, der ein offizielles Schriftstück besitzt, das ihn als solchen ausweist und aus dem die Anzahl der ihm anvertrauten Kurierepäckstücke ersichtlich ist, werden vom Empfangsstaat die gleichen Rechte, Privilegien und Immunitäten wie einem diplomatischen Kurier des Entsendestaates gewährt. Das gilt auch für einen Konsularkurier ad hoc, dessen Rechte, Privilegien und Immunitäten als Kurier jedoch erlöschen, nachdem er das Konsulargepäck dem Empfänger ausgehändigt hat.

(4) Das Konsulargepäck kann auch dem Kommandanten eines Luftfahrzeuges oder dem Kapitän eines Schiffes anvertraut werden. Der Kommandant oder der Kapitän muß ein offizielles Schriftstück mit sich führen, aus dem die Anzahl der ihm anvertrauten Kurierepäckstücke ersichtlich ist; er gilt jedoch nicht als Konsularkurier. Das Konsulat kann einen Angehörigen des Konsulats beauftragen, Konsulargepäck unmittelbar vom Kommandanten eines Luftfahrzeuges oder vom Kapitän eines Schiffes des Entsendestaates unter Einhaltung der entsprechenden Sicherheitsbestimmungen entgegenzunehmen oder diesem zu übergeben.

Artikel 15

(1) Eine konsularische Amtsperson und ihre Familienangehörigen genießen Immunität vor der Straf-, Zivil- und Verwaltungsgerichtsbarkeit des Empfangsstaates und unterliegen nicht staatlichen Zwangsmaßnahmen des Empfangsstaates.

(2) Die Bestimmungen des Absatz 1 gelten nicht für Zivilklagen gegen eine konsularische Amtsperson und ihre Familienangehörigen

1. in bezug auf persönliches, im Empfangsstaat gelegenes unbewegliches Vermögen, sofern es nicht im Auftrag des Entsendestaates zu konsularischen Zwecken genutzt wird;

2. in Nachlasssachen, in denen sie in privater Eigenschaft und nicht im Namen des Entsendestaates als Testamentsvollstrecker, Nachlassverwalter, Erbe oder Vermächtnisnehmer auftreten;

3. im Zusammenhang mit einer freiberuflichen oder gewerblichen Tätigkeit, die sie im Empfangsstaat neben ihrer dienstlichen Funktion ausüben;

4. die durch die von ihnen abgeschlossenen Verträge hervorgerufen werden, bei deren Abschluß sie nicht direkt oder indirekt im Auftrag des Entsendestaates auftreten;

5. die eine dritte Person bei Schäden anstrengt, die durch einen mit Verkehrsmitteln verursachten Unfall im Empfangsstaat hervorgerufen wurden.

(3) Ein Mitarbeiter des Konsulats genießt Immunität vor der Strafgerichtsbarkeit des Empfangsstaates. Er genießt ferner Immunität vor der Zivil- und Verwaltungsgerichtsbarkeit des Empfangsstaates und unterliegt nicht staatlichen Zwangsmaßnahmen des Empfangsstaates in bezug auf Handlungen, die er in Wahrnehmung dienstlicher Aufgaben vorgenommen hat.

(4) Die Bestimmungen des Absatz 3 gelten nicht für Zivilklagen gegen einen Mitarbeiter des Konsulats,

1. die durch die von ihm abgeschlossenen Verträge hervorgerufen werden, bei deren Abschluß er nicht direkt oder indirekt im Auftrag des Entsendestaates auftritt;

2. die eine dritte Person bei Schäden anstrengt, die durch einen mit Verkehrsmitteln verursachten Unfall im Empfangsstaat hervorgerufen wurden.

(5) Ein Familienangehöriger eines Mitarbeiters des Konsulats genießt Immunität vor der Strafgerichtsbarkeit des Empfangsstaates.

(6) Gegen eine im Absatz 1 und 3 genannte Person dürfen Vollstreckungsmaßnahmen nur in den in Absatz 2 oder 4 vorgesehenen Fällen und nur unter der Voraussetzung getroffen werden, daß sie durchführbar sind, ohne die Unverletzlichkeit der Person zu beeinträchtigen.

Artikel 16

(1) Ein Angehöriger des Konsulats kann von den Gerichten oder anderen zuständigen Organen des Empfangsstaates als Zeuge geladen werden. Er ist jedoch nicht verpflichtet, Aussagen über Angelegenheiten zu machen, die mit der Ausübung seiner dienstlichen Funktion verbunden sind.

(2) Weigert sich ein Angehöriger des Konsulats, zur Zeugenaussage zu erscheinen oder auszusagen, so dürfen gegen ihn keine Zwangsmaßnahmen oder Strafen angewendet werden.

(3) Die Gerichte oder anderen zuständigen Organe des Empfangsstaates, die die Zeugenaussage eines Angehörigen des Konsulats fordern, haben geeignete Maßnahmen zu treffen, damit dieser bei der Ausübung seiner Funktionen nicht behindert wird. Seine Aussage kann mündlich oder schriftlich im Konsulat oder in der Wohnung eines Angehörigen des Konsulats entgegengenommen werden.

(4) Absätze 1 bis 3 gelten entsprechend für einen Familienangehörigen eines Angehörigen des Konsulats.

Artikel 17

(1) Der Entsendestaat kann auf die in den Artikeln 15 und 16 festgelegten Privilegien und Immunitäten verzichten. Der Verzicht muß für jeden Einzelfall ausdrücklich schriftlich gegenüber dem Empfangsstaat erklärt werden.

(2) Erhebt ein Angehöriger des Konsulats, der Immunität vor der Gerichtsbarkeit genießt, eine Klage, so kann er sich in bezug auf eine Widerklage, die mit der Hauptklage in unmittelbarem Zusammenhang steht, nicht auf die Immunität vor der Gerichtsbarkeit berufen.

(3) Der Verzicht auf die Immunität in einem Verfahren gilt nicht als Verzicht auf die Immunität vor der Vollstreckung der Entscheidung; hierfür ist ein besonderer Verzicht erforderlich.

Artikel 18

Ein Angehöriger des Konsulats und seine Familienangehörigen sind im Empfangsstaat von öffentlichen und persönlichen Pflichtleistungen jeglicher Art befreit.

Artikel 19

Ein Angehöriger des Konsulats und seine Familienangehörigen unterliegen nicht den Verpflichtungen, die sich aus den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates über die Meldepflicht und den Erwerb einer Aufenthaltsberechtigung für Personen ergeben, die nicht Staatsbürger des Empfangsstaates sind.

Artikel 20

(1) Der Empfangsstaat erhebt keinerlei staatliche, regionale und kommunale Steuern oder sonstige Abgaben für

1. die Konsularräumlichkeiten, die Residenz des Leiters des Konsulats und die Wohnungen der Angehörigen des Konsulats, wenn sie vom Entsendestaate erworben oder in dessen Namen gemietet wurden oder von ihm genutzt werden; das gilt auch für den Erwerb der genannten Immobilien, wenn der Entsendestaate diese ausschließlich für konsularische Zwecke erwirbt;
2. den Erwerb, das Eigentum, den Besitz oder die Nutzung von beweglichem Vermögen durch den Entsendestaate ausschließlich für Zwecke des Konsulats.

(2) Absatz 1 gilt nicht für die Bezahlung von Dienstleistungen.

Artikel 21

(1) Ein Angehöriger des Konsulats und seine Familienangehörigen sind von allen staatlichen, regionalen und kommunalen Steuern oder sonstigen Abgaben befreit; ausgenommen hiervon sind

1. indirekte Steuern und Abgaben, die normalerweise im Preis von Waren und Dienstleistungen enthalten sind;
2. Steuern und sonstige Abgaben von privatem, im Empfangsstaat gelegenen unbeweglichen Vermögen;
3. Erbschaftssteuern und Abgaben vom Vermögensübergang in bezug auf Vermögen im Empfangsstaat;
4. Steuern und sonstige Abgaben von privaten Einkünften, deren Quelle sich im Empfangsstaat befindet, sowie von dort gelegenen Vermögen;
5. Steuern, Gebühren und sonstige Abgaben, die für bestimmte Dienstleistungen erhoben werden;
6. Eintragungs-, Gerichts-, Beurkundungs-, Beglaubigungs-, Hypotheken- und Stempelgebühren.

(2) Für bewegliches Vermögen eines verstorbenen Angehörigen des Konsulats oder eines seiner Familienangehörigen werden staatliche, regionale und kommunale Steuern oder sonstige Abgaben für den Vermögensübergang insoweit nicht erhoben, als sich dieses Vermögen nur deshalb im Empfangsstaat befindet, weil sich der Verstorbene als Angehöriger des Konsulats oder als dessen Familienangehöriger im Empfangsstaat aufhielt.

Artikel 22

(1) Alle Gegenstände, einschließlich Kraftfahrzeuge, die für den dienstlichen Gebrauch des Konsulats ein- und ausgeführt werden, sind im Empfangsstaat in gleichem Umfang von Zöllen und sonstigen Abgaben befreit, wie die Gegenstände, die zum dienstlichen Gebrauch der diplomatischen Mission des Entsendestaates ein- und ausgeführt werden.

(2) Eine konsularische Amtsperson und ihre Familienangehörigen sind in gleichem Umfang von der Zollikontrolle ihres

persönlichen Gepäcks, von Zöllen und sonstigen Abgaben bei der Ein- und Ausfuhr von Gegenständen befreit, wie ein Mitglied des diplomatischen Personals der diplomatischen Mission des Entsendestaates.

(3) Ein Mitarbeiter des Konsulats und seine Familienangehörigen sind hinsichtlich der Ein- und Ausfuhr von Gegenständen, die zur ersten Einrichtung im Empfangsstaat bestimmt sind, von Zöllen und sonstigen Abgaben in gleichem Umfang befreit, wie ein Mitglied des Verwaltungs- und technischen Personals der diplomatischen Mission des Entsendestaates.

(4) Absätze 1 bis 3 beziehen sich nicht auf Kosten für die Aufbewahrung, Lagerung und den Transport von ein- und ausgeführten Gegenständen.

Artikel 23

Ein Angehöriger des Konsulats und seine Familienangehörigen genießen im Empfangsstaat Bewegungs- und Reisefreiheit, vorbehaltlich der Gebiete, in die die Einreise oder der Aufenthalt durch die Rechtsvorschriften des Empfangsstaates nicht gestattet ist.

Artikel 24

(1) Ein Mitarbeiter des Konsulats, der Staatsbürger des Empfangsstaates ist oder der seinen Wohnsitz im Empfangsstaat hat, genießt nicht die in diesem Vertrag festgelegten Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten mit Ausnahme der in Artikel 16 vorgesehenen Befreiung von der Verpflichtung zur Zeugenaussage über Angelegenheiten, die mit der Ausübung seiner dienstlichen Funktion verbunden sind.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für einen Familienangehörigen eines Angehörigen des Konsulats, der Staatsbürger des Empfangsstaates ist oder der seinen Wohnsitz im Empfangsstaat hat.

Kapitel IV

Konsularfunktionen

Artikel 25

Eine konsularische Amtsperson hat das Recht,

1. die Rechte und Interessen des Entsendestaates, seiner Staatsbürger und juristischen Personen zu vertreten;
2. zur Entwicklung der ökonomischen, kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen zwischen dem Entsendestaate und dem Empfangsstaat beizutragen;
3. auf andere Art und Weise die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen dem Entsendestaate und dem Empfangsstaat zu fördern.

Artikel 26

(1) Eine konsularische Amtsperson darf ihre konsularischen Funktionen nur im Konsularbezirk ausüben. Die Ausübung konsularischer Funktionen außerhalb des Konsularbezirkes bedarf in jedem Einzelfall der vorherigen Zustimmung des Empfangsstaates.

(2) Eine konsularische Amtsperson kann sich in Ausübung ihrer konsularischen Funktionen direkt an die zuständigen staatlichen Organe im Konsularbezirk wenden.

Artikel 27

Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates Staatsbürger des Entsendestaates vor den Gerichten und anderen Organen des Empfangsstaates zu vertreten oder für ihre angemessene Vertretung zu sorgen, um Maßnahmen zum Schutz der Rechte und Interessen dieser Staatsbürger zu erwirken, wenn diese wegen Abwesenheit oder aus anderen triftigen Gründen ihre Rechte und Interessen nicht rechtzeitig wahrnehmen können. Dies trifft auch auf juristische Personen des Entsendestaates zu.

Artikel 28

Eine konsularische Amtsperson hat das Recht,

1. Staatsbürger des Entsendestaates zu registrieren;
2. in Staatsbürgerschaftsfragen entsprechend den Rechtsvorschriften des Entsendestaates Anträge entgegenzunehmen oder Dokumente auszuhändigen;
3. für Staatsbürger des Entsendestaates Reisedokumente auszustellen, zu verlängern, zu verändern, ungültig zu machen und einzuziehen;
4. Visa zu erteilen.

Artikel 29

(1) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht,

1. Ehe-, Geburten- und Sterberegister von Staatsbürgern des Entsendestaates zu führen;
2. Ehen zu schließen, wenn die Eheschließenden Staatsbürger des Entsendestaates und nicht zugleich Staatsbürger des Empfangsstaates sind;
3. Erklärungen und Anträge zum Personenstand von Staatsbürgern des Entsendestaates entgegenzunehmen.

(2) Eine konsularische Amtsperson informiert die zuständigen Organe des Empfangsstaates über die Durchführung von Handlungen nach Absatz 1, wenn die Rechtsvorschriften des Empfangsstaates das vorsehen.

Artikel 30

Eine konsularische Amtsperson hat das Recht,

1. Erklärungen von Staatsbürgern des Entsendestaates entgegenzunehmen und zu beurkunden;
2. letztwillige Verfügungen sowie andere Dokumente über Rechtshandlungen von Staatsbürgern des Entsendestaates zu beurkunden und aufzubewahren;
3. Dokumente über Rechtsgeschäfte zwischen Staatsbürgern des Entsendestaates zu beurkunden und aufzubewahren, ausgenommen Rechtsgeschäfte zur Begründung, Übertragung oder Aufhebung von Rechten an im Empfangsstaat befindlichen Grundstücken und Gebäuden;
4. Unterschriften von Staatsbürgern des Entsendestaates auf Schriftstücken zu beglaubigen;
5. die Echtheit der Kopien von Schriftstücken oder der Auszüge aus Schriftstücken zu beglaubigen;
6. Übersetzungen von Schriftstücken zu beglaubigen;
7. Schriftstücke, die von den zuständigen Organen oder Amtspersonen des Empfangsstaates ausgestellt und zur Verwendung im Entsendestaat bestimmt sind, zu legalisieren;
8. andere notarielle Handlungen vorzunehmen, die ihr vom Entsendestaat übertragen werden, sofern dies nicht den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates widerspricht.

Artikel 31

Die von einer konsularischen Amtsperson in Übereinstimmung mit Artikel 30 ausgefertigten, beurkundeten oder beglaubigten Dokumente und Schriftstücke besitzen im Empfangsstaat die gleiche Rechtswirksamkeit wie entsprechende Dokumente und Schriftstücke, die von den zuständigen Organen des Empfangsstaates ausgestellt worden sind.

Artikel 32

(1) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht,

1. von Staatsbürgern des Entsendestaates Dokumente, Geld, Wertsachen und andere ihnen gehörende Gegenstände in Verwahrung zu nehmen; in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Empfangsstaates;

2. Dokumente, Geld, Wertsachen und andere Gegenstände, die Staatsbürgern des Entsendestaates während ihres Aufenthaltes im Empfangsstaat abhanden gekommen sind, von den Organen des Empfangsstaates zur Übermittlung an die Eigentümer entgegenzunehmen.

(2) Ein gemäß Absatz 1 in Verwahrung genommener Gegenstand darf aus dem Empfangsstaat nur ausgeführt werden, wenn dies nicht im Widerspruch zu den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates steht.

Artikel 33

Die zuständigen Organe des Empfangsstaates informieren eine konsularische Amtsperson unverzüglich über den Tod eines Staatsbürgers des Entsendestaates im Empfangsstaat und übersenden ihr eine Ausfertigung der Sterbeurkunde. Für die Ausstellung und Übersendung der Urkunde werden keine Gebühren erhoben.

Artikel 34

(1) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates übermitteln einer konsularischen Amtsperson alle ihnen bekannten Angaben über den Nachlaß eines im Empfangsstaat verstorbenen Staatsbürgers des Entsendestaates, das Vorhandensein einer letztwilligen Verfügung des Verstorbenen sowie über die in Frage kommenden Erben, Vermächtnisnehmer oder Pflichtteilsberechtigten.

(2) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates informieren eine konsularische Amtsperson, wenn sich im Zusammenhang mit einem im Empfangsstaat eröffneten Nachlaßverfahren, unabhängig von der Staatsbürgerschaft des Erblassers zur Zeit seines Todes, ergibt, daß Staatsbürger des Entsendestaates als Erben, Vermächtnisnehmer oder Pflichtteilsberechtigte in Betracht kommen.

Artikel 35

(1) Hat ein Staatsbürger des Entsendestaates Nachlaßvermögen im Empfangsstaat hinterlassen oder kommen Staatsbürger des Entsendestaates als Erben, Vermächtnisnehmer oder Pflichtteilsberechtigte in einem Nachlaßverfahren, unabhängig von der Staatsbürgerschaft des Erblassers zur Zeit seines Todes, in Betracht, so ist eine konsularische Amtsperson berechtigt, die zuständigen Organe des Empfangsstaates zu ersuchen, Maßnahmen zur Sicherung, Erhaltung und Verwaltung des Nachlasses zu treffen. Sie kann in Übereinstimmung mit den Gesetzen des Empfangsstaates bei der Durchführung dieser Maßnahmen mitwirken und für eine Vertretung der Erben, Vermächtnisnehmer oder Pflichtteilsberechtigten sorgen.

(2) Eine konsularische Amtsperson kann sich bei der Ausübung der in Absatz 1 festgelegten Aufgaben direkt an die zuständigen Organe des Empfangsstaates wenden.

Artikel 36

(1) Eine konsularische Amtsperson ist berechtigt, von den zuständigen Organen des Empfangsstaates nach Abschluß eines Nachlaßverfahrens das zur Erbmasse gehörende bewegliche Vermögen oder den durch den Verkauf des beweglichen oder unbeweglichen Vermögens erzielten Geldbetrag zur Weiterleitung an einen Staatsbürger des Entsendestaates entgegenzunehmen, sofern dieser Staatsbürger Erbe, Vermächtnisnehmer oder Pflichtteilsberechtigter ist, im Empfangsstaat keinen Wohnsitz hat und am Nachlaßverfahren weder persönlich noch durch einen Vertreter teilgenommen hat.

(2) Die in Absatz 1 genannten Vermögenswerte werden einer konsularischen Amtsperson erst übergeben, wenn in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates die Nachlaßverbindlichkeiten, mit denen der Nachlaß belastet ist, und die mit dem Nachlaß verbundenen Steuern bezahlt sind oder deren Bezahlung sichergestellt ist.

(3) Die Weiterleitung und Ausfuhr der in Absatz 1 genannten Vermögenswerte an die Berechtigten erfolgt gemäß den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates.

Artikel 37

(1) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates übergeben einer konsularischen Amtsperson die von einem Staatsbürger des Entsendestaates mitgeführten persönlichen Gegenstände, Geldmittel und Wertsachen, wenn dieser während eines zeitweiligen Aufenthalts im Empfangsstaat verstorben ist und die Übergabe der Vermögenswerte an einen Bevollmächtigten nicht möglich ist.

(2) Die Übergabe und Ausfuhr der in Absatz 1 genannten Vermögenswerte erfolgt gemäß den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates.

Artikel 38

(1) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates benachrichtigen eine konsularische Amtsperson schriftlich über alle Fälle, in denen es notwendig ist, einen Vormund oder Pfleger für einen Staatsbürger des Entsendestaates, der seinen Wohnsitz oder Aufenthalt im Empfangsstaat hat, zu bestellen.

(2) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, sich wegen der Bestellung eines Vormundes oder Pflegers für einen Staatsbürger des Entsendestaates an die zuständigen Organe des Empfangsstaates zu wenden und geeignete Personen für die Bestellung als Vormund oder Pfleger vorzuschlagen.

Artikel 39

(1) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, mit einem Staatsbürger des Entsendestaates in Verbindung zu treten, sich mit ihm zu treffen, ihm Unterstützung im Verkehr mit den Organen des Empfangsstaates zu gewähren, ihm Hilfe in von diesen Organen behandelten Angelegenheiten zu leisten und ihm die Unterstützung eines Rechtsanwaltes oder einer anderen Person zu sichern sowie einen Dolmetscher zu vermitteln.

(2) Der Empfangsstaat schränkt in keiner Weise die Beziehungen und den Zutritt eines Staatsbürgers des Entsendestaates zum Konsulat ein.

(3) Die Organe des Empfangsstaates unterstützen eine konsularische Amtsperson beim Erhalt von Informationen über Personen, die die Staatsbürgerschaft des Entsendestaates besitzen, damit sich die konsularische Amtsperson mit diesen Staatsbürgern in Verbindung setzen oder treffen kann.

Artikel 40

(1) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates benachrichtigen eine konsularische Amtsperson über die vorläufige Festnahme, Verhaftung oder eine andere Beschränkung der persönlichen Freiheit eines Staatsbürgers des Entsendestaates im Empfangsstaat. Die Benachrichtigung erfolgt innerhalb von fünf Tagen nach dem Zeitpunkt, an dem der Staatsbürger vorläufig festgenommen, verhaftet oder einer anderen Beschränkung seiner persönlichen Freiheit unterworfen wurde.

(2) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, einen Staatsbürger des Entsendestaates, der vorläufig festgenommen, verhaftet oder einer anderen Beschränkung der persönlichen Freiheit unterworfen wurde oder der eine Freiheitsstrafe im Empfangsstaat verbüßt, zu besuchen und mit ihm Verbindung zu unterhalten. Besuche werden innerhalb von acht Tagen nach dem Zeitpunkt gestattet, an dem der Staatsbürger vorläufig festgenommen, verhaftet oder einer anderen Beschränkung seiner persönlichen Freiheit unterworfen wurde. Die Besuche können wiederholt in angemessenen Zeitabständen erfolgen.

(3) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates informieren den betroffenen Staatsbürger des Entsendestaates über die ihm nach diesem Artikel zustehenden Rechte.

(4) Die in diesem Artikel genannten Rechte werden gemäß den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates unter der Voraussetzung ausgeübt, daß diese Rechte dadurch nicht aufgehoben werden.

Artikel 41

(1) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, einem Schiff des Entsendestaates in einem Hafen, den Territorial- und Binnengewässern des Empfangsstaates Unterstützung und Hilfe zu leisten.

(2) Eine konsularische Amtsperson kann mit einem Schiff des Entsendestaates Verbindung aufnehmen und sich an Bord begeben, sobald das Schiff die Verkehrserlaubnis mit dem Land erhalten hat.

(3) Dem Kapitän und den Besatzungsmitgliedern eines Schiffes des Entsendestaates ist es gestattet, mit einer konsularischen Amtsperson Verbindung aufzunehmen. Vorbehaltlich der Rechtsvorschriften des Empfangsstaates können sie sich auch in das Konsulat begeben.

(4) Eine konsularische Amtsperson kann in Ausübung ihrer Funktionen in allen Fragen hinsichtlich eines Schiffes des Entsendestaates, des Kapitäns, der Besatzungsmitglieder, der Passagiere oder der Ladung die zuständigen Organe des Empfangsstaates um Unterstützung und Hilfe ersuchen.

Artikel 42

(1) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht,

1. unbeschadet der Rechte der Organe des Empfangsstaates alle während der Reise eines Schiffes des Entsendestaates an Bord eingetretenen Vorkommnisse zu untersuchen und den Kapitän und die Besatzungsmitglieder darüber zu befragen;
2. unbeschadet der Rechte der Organe des Empfangsstaates alle Streitfragen zwischen dem Kapitän und einem Besatzungsmitglied, einschließlich der Streitfragen über den Lohn und den Heuervertrag, zu klären;
3. Maßnahmen zur Anheuerung oder zur Entlassung des Kapitäns oder eines Besatzungsmitgliedes zu treffen, sofern das den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates nicht widerspricht;
4. Maßnahmen zur medizinischen Behandlung des Kapitäns, eines Besatzungsmitgliedes oder eines Passagiers zu treffen oder deren Rückreise zu veranlassen;
5. jede Erklärung und jedes andere Dokument, das nach den Rechtsvorschriften des Entsendestaates im Zusammenhang mit Schiffen des Entsendestaates und ihrer Ladung vorge-schrieben ist, entgegenzunehmen, auszustellen, zu verlängern oder zu beglaubigen und die Schiffspapiere zu überprüfen.

(2) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates dem Kapitän oder einem Besatzungsmitglied eines Schiffes des Entsendestaates jede Unterstützung und Hilfe zu erweisen und mit ihm vor den Gerichten und anderen zuständigen Organen des Empfangsstaates aufzutreten.

Artikel 43

(1) Beabsichtigen die Gerichte oder andere zuständige Organe des Empfangsstaates, Zwangsmaßnahmen oder eine Untersuchung an Bord eines Schiffes des Entsendestaates durchzuführen, so ist die konsularische Amtsperson davon durch die zuständigen Organe des Empfangsstaates zu verständigen. Eine solche Mitteilung hat rechtzeitig zu erfolgen, damit die konsularische Amtsperson anwesend sein kann. War die konsularische Amtsperson bei der Durchführung dieser Maßnahmen nicht anwesend, geben ihr die zuständigen Organe des Empfangsstaates darüber auf Ersuchen eine schriftliche Information. Läßt die Dringlichkeit der durchzuführenden Maßnahmen eine vorherige Benachrichtigung der konsularischen

Amtsperson nicht zu, so stellen die zuständigen Organe des Empfangsstaates der konsularischen Amtsperson über die Vorkommnisse und die durchgeführten Maßnahmen eine schriftliche Information zu, ohne daß die konsularische Amtsperson darum ersucht.

(2) Absatz 1 findet auch dann Anwendung, wenn der Kapitän oder Besatzungsmitglieder zu Vorkommnissen im Zusammenhang mit dem Schiff des Entsendestaates durch die zuständigen Organe des Empfangsstaates an Land vernommen werden sollen.

(3) Die Bestimmungen dieses Artikels finden keine Anwendung bei üblichen Zoll-, Paß- und Hygienekontrollen.

Artikel 44

(1) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates setzen eine konsularische Amtsperson umgehend davon in Kenntnis, wenn ein Schiff des Entsendestaates Schiffbruch erleidet, strandet oder von einer anderen Havarie in einem Hafen, den Territorial- und Binnengewässern des Empfangsstaates betroffen wird, und benachrichtigen sie über die Maßnahmen, die zur Rettung und Bergung von Menschen, Schiff und Ladung getroffen wurden. Eine konsularische Amtsperson kann dem Schiff des Entsendestaates, dem Kapitän, den Besatzungsmitgliedern und den Passagieren jegliche Hilfe leisten sowie Maßnahmen zur Sicherstellung der Ladung und zur Reparatur des Schiffes treffen.

(2) Eine konsularische Amtsperson kann im Namen des Eigentümers des Schiffes des Entsendestaates Maßnahmen ergreifen, die der Eigentümer des Schiffes oder der Ladung selbst hätte veranlassen können, wenn weder der Kapitän noch der Eigentümer des Schiffes, sein Agent oder die zuständige Versicherung in der Lage sind, die notwendigen Maßnahmen zur Sicherstellung oder Verfügung über ein solches Schiff oder seine Ladung zu treffen.

(3) Die Bestimmungen in Absatz 1 und 2 gelten auch für Gegenstände, die Eigentum eines Staatsbürgers des Entsendestaates sind und sich auf einem Schiff des Empfangsstaates oder eines dritten Staates befanden, an der Küste oder in den Gewässern des Empfangsstaates als Strandgut gefunden oder einem Hafen dieses Staates zugestellt wurden.

(4) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates erweisen einer konsularischen Amtsperson bei den von ihr zu ergreifenden Maßnahmen, die mit der Havarie eines Schiffes des Entsendestaates im Zusammenhang stehen, jede notwendige Unterstützung.

(5) Ein havariertes Schiff des Entsendestaates, seine Ladung und Vorräte sind im Empfangsstaat von Zöllen, Gebühren und Abgaben befreit, wenn sie nicht zur Verwendung im Empfangsstaat verbleiben.

Artikel 45

Die Artikel 41 bis 44 dieses Vertrages werden sinngemäß auf Luftfahrzeuge des Entsendestaates angewandt.

Artikel 46

Eine konsularische Amtsperson kann außer den in diesem Vertrag vorgesehenen Funktionen andere konsularische Funktionen ausüben, sofern das nicht den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates widerspricht.

Artikel 47

Ein Konsulat kann mit Zustimmung des Empfangsstaates konsularische Funktionen für einen dritten Staat im Empfangsstaat ausüben.

Artikel 48

Eine konsularische Amtsperson ist berechtigt, im Empfangsstaat Konsulargebühren in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Entsendestaates zu erheben.

Kapitel V

Allgemeine Bestimmungen und Schlußbestimmungen

Artikel 49

Alle Personen, die nach diesem Vertrag Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten genießen, sind unbeschadet derselben verpflichtet, die Rechtsvorschriften des Empfangsstaates, einschließlich der Verkehrsbestimmungen und der Versicherungsvorschriften für Fahrzeuge, einzuhalten und sich nicht in die inneren Angelegenheiten des Empfangsstaates einzumischen.

Artikel 50

(1) Die Bestimmungen dieses Vertrages gelten auch für die konsularische Tätigkeit der diplomatischen Mission des Entsendestaates. Für ein Mitglied des diplomatischen Personals der diplomatischen Mission des Entsendestaates, das mit der Ausübung konsularischer Funktionen betraut wurde, gelten die in diesem Vertrag festgelegten Rechte und Pflichten einer konsularischen Amtsperson. Diese Diplomaten sind dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten des Empfangsstaates zu notifizieren. Sehen die Rechtsvorschriften des Empfangsstaates die Übergabe eines Konsularpatents und die Ausstellung eines Exequaturs vor, so ist dieses kostenlos auszustellen.

(2) Die Wahrnehmung konsularischer Funktionen durch ein Mitglied des diplomatischen Personals der diplomatischen Mission nach Absatz 1 berührt nicht seine Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten, die ihm auf Grund seines diplomatischen Status gewährt werden.

Artikel 51

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation. Er tritt am 30. Tag nach Austausch der Ratifikationsurkunden, der in Maputo erfolgt, in Kraft.

(2) Dieser Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen und behält seine Gültigkeit bis zum Ablauf von sechs Monaten nach dem Tag, an dem ihn eine der Hohen Vertragschließenden Seiten schriftlich auf diplomatischem Wege kündigt.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der Hohen Vertragschließenden Seiten diesen Vertrag unterzeichnet und gesiegelt.

Geschehen in Maputo am 13. Dezember 1976 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und portugiesischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

Für die
Deutsche Demokratische
Republik

Oskar Fischer

Für die
Volksrepublik Moçambique

Joaquim Chissano

CONVENÇÃO CONSULAR

Entre a República Democrática Alemã e a República Popular de Moçambique

A República Democrática Alemã e a República Popular de Moçambique desejando regular as relações consulares e contribuir para o futuro desenvolvimento de relações de amizade entre os dois Estados, decidiram concluir a presente Convenção Consular e para este fim nomearam como seus plenipotenciários:

O Ministro dos Negócios Estrangeiros da República Democrática Alemã,

Senhor Oskar Fischer,

O Ministro dos Negócios Estrangeiros da República Popular de Moçambique,

Senhor Joaquim Alberto Chissano,

que, concordaram como segue:

CAPÍTULO I

Definições

Artigo Primeiro

(1) Para fins desta Convenção os termos mencionados abaixo terão os seguintes significados:

1. «Consulado» significa um consulado-geral, um consulado, um vice-consulado e uma agência consular;
2. «Distrito Consular» significa o distrito no qual o consulado é intitulado a realizar as funções consulares;
3. «Chefe do Consulado» significa o consul-geral, consul, vice-consul ou oficial consular encarregado pelo Estado acreditado de conduzir os assuntos do consulado;
4. «Oficial Consular» significa uma pessoa, incluindo o chefe de um consulado, encarregado de realizar as funções consulares;
5. «Membro do pessoal do consulado» significa uma pessoa que realiza funções administrativas, técnicas ou outras funções no consulado;
6. «Membro do Consulado» significa um oficial consular e um membro do pessoal do consulado;
7. «Membro de família» significa a esposa de um membro do consulado, seus filhos e parentes e aqueles de sua esposa, enquanto que estas pessoas pertencem a família do membro do consulado e que são sustentados por ele;
8. «Premissas Consulares» significa edifícios ou partes de edifícios como também terrenos pertencentes que são utilizados exclusivamente para fins consulares, independentemente de direito de propriedade;
9. «Arquivo Consular» significa correspondência oficial, cifra, documentos, livros e os meios técnicos de trabalho consular como também peças de equipamento designadas para arquivar e conservar;
10. «Navio do Estado acreditado» significa qualquer transporte marítimo, excluindo navios de guerra, legalmente hasteando a bandeira do Estado acreditado;
11. «Avião do Estado acreditado» significa qualquer avião civil hasteando legalmente a nacionalidade e sinais de registo do Estado acreditado.

(2) Nacionais do Estado acreditado são aquelas pessoas que têm a sua nacionalidade em conformidade com as disposições legais deste Estado.

(3) Como pessoas jurídicas do Estado acreditado são consideradas e tratadas pelo Estado acreditador, aquelas que foram estabelecidas conforme as disposições legais do Estado acreditador.

CAPÍTULO II

Estabelecimento de consulados, nomeação e regresso de oficiais consulares

Artigo Segundo

(1) Um consulado só poderá ser estabelecido no Estado acreditador com o consentimento deste último.

(2) A sede do consulado, a sua categoria, o distrito consular, tanto como o número de membros do consulado, deverão ser acordados entre o Estado acreditado e o Estado acreditador.

Artigo Terceiro

(1) O Estado acreditado deverá obter através dos canais diplomáticos o prévio consentimento do Estado acreditador para a nomeação de um oficial como chefe do consulado.

(2) O Estado acreditado deverá comunicar ao Estado acreditador através de canais diplomáticos, a comissão consular ou outro documento, nomeando o chefe do consulado. Neles devem constar o nome e apelido do chefe do consulado, a sua categoria, como também a designação da sede do consulado e do distrito consular.

(3) O chefe do consulado poderá exercer as suas funções somente depois de receber um «exequatur» ou qualquer outro tipo de autorização do Estado acreditador. O «exequatur» será concedido num prazo curto. Estando a sua concessão pendente o Estado acreditador pode permitir ao chefe do consulado exercer as suas funções com carácter provisório.

Artigo Quarto

(1) Se por qualquer razão o chefe do consulado estiver incapacitado de desempenhar as suas funções, ou se o seu posto se encontrar temporariamente vago, o Estado acreditado poderá encarregar um oficial consular do respectivo consulado ou de um outro dos seus consulados no Estado acreditador ou um membro do pessoal diplomático da sua missão diplomática no Estado acreditador, para dirigir temporariamente os assuntos do consulado. O Estado acreditador deverá ser, em conformidade, informado com antecedência, através dos canais diplomáticos.

(2) A pessoa temporariamente encarregada para dirigir o consulado gozará dos mesmos direitos, facilidades, privilégios e imunidades concedidos ao chefe do consulado sob esta Convenção.

(3) Quando um membro do pessoal diplomático do Estado acreditado da missão diplomática é temporariamente encarregado para dirigir o consulado, as suas imunidades e privilégios diplomáticos não serão afectados.

Artigo Quinto

(1) O Estado acreditado comunicará antecipadamente ao Ministério dos Negócios Estrangeiros do Estado acreditador através dos canais diplomáticos, o nome e apelido, como também a categoria de cada oficial consular realizando uma outra função que não aquela de chefe consulado.

(2) O Estado acreditado comunicará antecipadamente ao Ministério dos Negócios Estrangeiros do Estado acreditador através dos canais diplomáticos, a data de chegada e partida definitiva de um membro do consulado e dos membros de sua família.

Artigo Sexto

(1) O Ministério dos Negócios Estrangeiros do Estado acreditador deverá emitir para qualquer membro do consulado, que não seja um cidadão do Estado acreditador, um Bilhete de

Identidade com a fotografia confirmando a sua identidade e qualidade de membro do consulado.

(2) Parágrafo primeiro deste artigo será aplicado em relação aos membros da família nesta qualidade.

Artigo Sétimo

Somente um nacional do Estado acreditado, que não seja nacional nem residente permanente do Estado acreditador, poderá servir como oficial consular.

Artigo Oitavo

O Estado acreditador poderá a qualquer altura e sem ter que dar explicação sobre a sua decisão, informar o Estado acreditado por escrito através dos canais diplomáticos, que ele pretende retirar o «exequatur» ou qualquer outra autorização dada ao chefe do consulado ou que um membro do consulado é indesejável.

Em tal caso, o Estado acreditado deverá fazer regressar a pessoa em questão ou pôr termo as suas funções no consulado. Se o Estado acreditado não cumprir esta obrigação dentro de um prazo razoável, o Estado acreditador, poderá, no caso do chefe do consulado, retirar o «exequatur» ou qualquer outra autorização ou, no caso de um outro membro do consulado, recusar aceitá-lo nesta qualidade.

CAPÍTULO III

Facilidades, Privilégios e Imunidades

Artigo Nono

(1) O Estado acreditador tratará um membro do consulado e os membros de sua família com o devido respeito. Ele deverá tomar as medidas apropriadas para assegurar a um membro do consulado o exercício efectivo de suas funções.

(2) O Estado acreditador assegurará a um membro do consulado o gozo dos direitos, facilidades, privilégios e imunidades previstos nesta Convenção.

Artigo Décimo

(1) O Estado acreditador dará o apoio e assistência ao Estado acreditado na procura de edifícios consulares, residência para o chefe do consulado e acomodação para os membros do consulado.

(2) De acordo com os regulamentos legais do Estado acreditador, o Estado acreditado poderá adquirir, alugar ou utilizar edifícios consulares, uma residência para o chefe do consulado e acomodação para os membros do consulado, a condição que eles sejam nacionais do Estado acreditado e que não residam no Estado acreditador.

Artigo Décimo Primeiro

(1) O Escudo nacional e a designação do consulado poderão ser colocados no edifício consular e na residência do chefe do consulado nas línguas do Estado acreditado e do Estado acreditador.

(2) A bandeira do Estado acreditado poderá ser hasteada no edifício consular e na residência do chefe do consulado.

(3) O chefe do consulado poderá colocar a bandeira do Estado acreditado nos veículos usados por ele em serviço oficial.

Artigo Décimo Segundo

(1) O Estado acreditador deverá assegurar a protecção dos edifícios consulares. Os edifícios consulares poderão somente ser utilizados para fins compatíveis com a natureza e funções de um consulado.

(2) Os edifícios consulares, a residência do chefe do consulado e os apartamentos dos oficiais consulares serão invioláveis. As autoridades do Estado acreditador não deverão entrar

nos edifícios consulares, na residência do chefe do consulado e nos apartamentos dos edifícios consulares, sem o consentimento do chefe do consulado, do chefe da missão diplomática do Estado acreditado ou duma pessoa autorizada por uma destas pessoas.

Artigo Décimo Terceiro

Os arquivos consulares serão invioláveis sempre e independentemente do local onde se encontram.

Artigo Décimo Quarto

(1) Um consulado terá o direito de estabelecer contactos com o seu governo, com missões diplomáticas e outros consulados do Estado acreditado, independentemente do lugar onde estejam.

Um consulado poderá utilizar todos os meios usuais de comunicação incluindo correios diplomáticos e consulares, malas diplomáticas e consulares, códigos e cifras. O estabelecimento e operação de uma estação sem fios estará sujeito a autorização pelo Estado acreditador. Com respeito a utilização dos meios públicos de comunicação, as taxas aplicáveis aos consulados deverão ser as mesmas que aquelas para missões diplomáticas.

(2) A correspondência oficial de um consulado e as malas consulares serão invioláveis e não poderão ser abertas nem detidas pelas autoridades do Estado acreditador.

As malas consulares deverão ser visivelmente marcadas no exterior como tal. Elas somente deverão conter papeis oficiais ou objectos para uso oficial.

(3) Um correio consular que tem um documento oficial indicando-o como tal e mostrando o número de volumes de correio que lhe foram confiados, terá a garantia pelo Estado acreditador dos mesmos direitos, privilégios e imunidades que goza um correio diplomático do Estado acreditado.

Isto deverá ser aplicado do mesmo modo a um correio consular ad hoc, excepto que os seus direitos, privilégios e imunidades como correio deverão cessar depois de entrega da mala consular ao destinatário.

(4) A mala consular poderá também ser confiada ao comandante de um avião ou ao comandante de um navio. Os comandantes deverão ser providos com um documento oficial mostrando o número de volumes consulares que lhes foram confiados; eles no entanto não deverão ser considerados como correios consulares. O consulado poderá encarregar um membro do consulado para receber malas consulares de, ou de entregar malas consulares a, comandantes de um avião ou de um navio do Estado acreditado com a devida observação dos respectivos regulamentos de segurança.

Artigo Décimo Quinto

(1) Um oficial consular e sua família gozarão da imunidade criminal, civil e de jurisdição administrativa do Estado acreditador e não serão sujeitos a medidas coercivas tomadas pelo Estado acreditador.

(2) As disposições do parágrafo primeiro deste artigo não serão aplicadas em caso de processo civil contra um oficial consular e os membros de sua família,

1. com respeito a propriedade imóvel privada no Estado acreditador desde que não seja utilizada por conta do Estado acreditado para fins consulares,
2. com respeito a sucessão em que estão a agir nas suas capacidades privadas, e não por conta do Estado acreditado, como executores, administradores, herdeiros, ou legatários;
3. com respeito a actividade independente ou outras actividades lucrativas a que se dedicam no Estado acreditador para além das suas funções oficiais;
4. resultando de contratos concluídos por eles e na conclusão dos quais eles não estão a agir directa ou indirectamente por conta do Estado acreditado;

5. movido por terceiros em caso de prejuizo causado por acidente no Estado acreditador envolvendo meios de transportes.

(3) Um membro do pessoal consular gozará de imunidade da jurisdição criminal do Estado acreditador. Em adição, ele gozará da imunidade civil e jurisdição administrativa do Estado acreditador e não será sujeito a medidas coercivas tomadas pelo Estado acreditador em relação a qualquer acto realizado em despacho aos seus deveres oficiais.

(4) As disposições do parágrafo terceiro deste artigo não se aplicam a procedimentos civis contra um membro do pessoal consular,

1. resultando de contratos concluídos por ele e na conclusão dos quais ele não actue directa ou indirectamente por conta do Estado acreditado;
2. movido por um terceiro em caso de prejuizo causado por acidente no Estado acreditador envolvendo meios de transporte.

(5) Um membro da família de um membro do pessoal consular, gozará da imunidade de jurisdição criminal do Estado acreditador.

(6) Só poderão ser aplicadas sanções contra a pessoa referida nos parágrafos primeiro e terceiro deste artigo nos casos previstos nos parágrafos segundo e quarto deste artigo e sob a condição, que elas não sejam praticáveis sem transgressão da inviolabilidade da pessoa.

Artigo Décimo Sexto

(1) Um membro do consulado poderá ser chamado a prestar testemunho perante os tribunais ou outras autoridades competentes do Estado acreditador. No entanto, ele não será obrigado a provar evidência em assuntos ligados com o cumprimento dos seus deveres oficiais.

(2) Caso um membro do consulado se recusar a prestar provas de testemunho ou de depoimento, não se poderão aplicar-lhe medidas coercivas ou penalidades.

(3) Os tribunais ou outras autoridades competentes do Estado acreditador que exigem a um membro do consulado de testemunhar, deverão assegurar-se por medidas apropriadas que ele não está comprometido no despacho das suas obrigações.

A evidência poderá ser dada oralmente ou por escrito no consulado ou na residência de um membro do consulado.

(4) As disposições dos parágrafos primeiro e terceiro deste artigo deverão ser aplicadas da forma análoga aos membros da família de um membro do consulado.

Artigo Décimo Sétimo

(1) O Estado acreditado poderá renunciar aos privilégios e imunidades previstos nos artigos décimo quinto e décimo sexto. Uma tal renúncia deverá ser expressamente declarada para cada caso individual, por escrito e endereçada ao Estado acreditador.

(2) Se um membro do consulado intitulado a imunidade de jurisdição instaura uma querela, ele não poderá invocar a imunidade de jurisdição com respeito a reconvenção que está directamente ligada ao processo.

(3) A renúncia de imunidade de jurisdição com respeito a um processo não será tomada como implicando renúncia de imunidade com respeito a execução da decisão para a qual uma renúncia separada deve ser pedida.

Artigo Décimo Oitavo

Um membro do consulado e os membros de sua família serão isentos de obrigações de serviço público ou pessoal no Estado acreditador.

Artigo Décimo Nono

Um membro do consulado e os membros de sua família não serão sujeitos a obrigações provenientes de regulamentos le-

gais do Estado acreditador segundo os quais as pessoas não nacionais do Estado acreditador são obrigadas a registar-se e obter uma autorização de residência.

Artigo Vigésimo

(1) O Estado acreditador não cobrará qualquer taxa nacional, regional ou local ou outras taxas sobre,

1. os edifícios consulares, a residência do chefe do consulado e apartamentos dos membros do consulado quando adquiridos pelo Estado acreditado, alugados ou utilizados por sua conta. Isto também se aplica a aquisição dos ditos imobiliários quando o Estado acreditado os adquiriu exclusivamente para fins do consulado;
2. a aquisição, propriedade, posse ou utilização de propriedade móvel pelo Estado acreditado exclusivamente para fins do consulado.

(2) As disposições do parágrafo primeiro não serão aplicáveis a pagamentos para serviços.

Artigo Vigésimo Primeiro

(1) Um membro do consulado e os membros de sua família serão isentos de todas as taxas locais e outros encargos, nacionais e regionais, excepto para,

1. taxas indirectas e encargos normalmente incluídos no preço de mercadorias e serviços;
2. taxas e outros encargos sobre propriedade imóvel privada situada no Estado acreditador;
3. taxas e encargos de herança na passagem de propriedade respeitante a propriedade no Estado acreditador;
4. taxas e outros encargos de rendimentos privados tendo a sua fonte no Estado acreditador e em propriedade situada neste Estado;
5. taxas, obrigações e outros encargos para serviços específicos prestados;
6. registos, tribunal, legalizações, certificados e taxas de hipoteca e selos fiscais.

(2) Nenhuma taxa nacional, regional ou local ou outros encargos na passagem de propriedade, serão cobrados com respeito a propriedade móvel de um membro falecido do consulado ou um membro da sua família, porquanto a presença de tal propriedade no Estado acreditador tenha sido devida somente a presença do falecido como membro do consulado ou como membro de sua família.

Artigo Vigésimo Segundo

(1) Todos os artigos, incluindo veículos a motor, que são exportados ou importados para o uso oficial do consulado, serão isentos de direitos alfandegários e outros encargos no Estado acreditador da mesma forma como os artigos importados ou exportados para uso oficial de uma missão diplomática do Estado acreditado.

(2) Um oficial consular e os membros de sua família serão isentos de inspeção de alfândega de sua bagagem pessoal, de direitos alfandegários e outros encargos para a importação e exportação de artigos da mesma forma que um membro do pessoal diplomático da missão diplomática do Estado acreditado.

(3) Um membro do consulado e os membros de sua família serão isentos de direitos de alfândega e outros encargos para a importação e exportação de artigos destinados para a instalação inicial no Estado acreditador da mesma forma que um membro do pessoal administrativo e técnico da missão diplomática do Estado acreditado.

(4) Parágrafos primeiro até terceiro não se aplicam a encargos para depósito, armazenagem, e transporte de artigos importados ou exportados

Artigo Vigésimo Terceiro

Um membro do consulado e membros de sua família gozarão de liberdade de movimento e viagem no Estado acreditador, com a excepção daquelas áreas nas quais a entrada e

estadia é proibida de acordo com regulamentos legais do Estado acreditador.

Artigo Vigésimo Quarto

(1) Um membro do pessoal do consulado que é um nacional ou residente permanente do Estado acreditador não gozará das facilidades, privilégios e imunidades da presente Convenção excepto, como previsto no artigo décimo sexto no respeitante a imunidade da obrigação de prestar depoimento em assuntos ligados com o cumprimento das suas funções oficiais.

(2) Parágrafo primeiro será conformemente aplicável a um membro da família de um membro do consulado, que é um nacional ou residente permanente do Estado acreditador.

CAPÍTULO IV

Funções Consulares

Artigo Vigésimo Quinto

Um oficial consular terá o direito de,

1. representar os direitos e interesses do Estado acreditado, de seus nacionais e de pessoas jurídicas;
2. Contribuir para o desenvolvimento das relações económicas, culturais e científicas entre o Estado acreditado e o Estado acreditador;
3. promover por outras formas o desenvolvimento de relações de amizade entre o Estado acreditado e o Estado acreditador.

Artigo Vigésimo Sexto

(1) Um oficial consular poderá exercer as suas funções consulares somente dentro do Distrito consular. O exercício das funções consulares fora do distrito consular requer em cada caso individual o consentimento prévio do Estado acreditador.

(2) No exercício das suas funções consulares um oficial consular poderá dirigir-se directamente as autoridades competentes do Estado no distrito consular.

Artigo Vigésimo Sétimo

Um oficial consular terá o direito, de acordo com os regulamentos do Estado acreditado de representar nacionais do Estado perante os tribunais e outras autoridades do Estado acreditador ou de tomar medidas para a sua apropriada representação, para a protecção dos direitos e interesses destes nacionais, onde, por causa de ausência ou outras razões sérias, estes nacionais não estão em posição de salvaguardar a tempo os seus direitos e interesses. O mesmo será também aplicável a pessoas jurídicas do Estado acreditado.

Artigo Vigésimo Oitavo

Um oficial consular terá o direito de,

1. registar nacionais do Estado acreditado;
2. aceitar pedidos ou fornecer documentos em assuntos de cidadania, sujeitos a regulamentos legais do Estado acreditado;
3. emitir, prorrogar, mudar, conelar e retirar documentos de viagem para nacionais do Estado acreditado;
4. emitir vistos.

Artigo Vigésimo Nono

(1) Um oficial consular terá o direito de,

1. conservar registos de casamentos, de nascimentos e de óbitos de nacionais do Estado acreditado;
2. solenizar casamentos a condição que ambas as partes para o casamento sejam nacionais do Estado acreditado e não ao mesmo tempo nacionais do Estado acreditador;
3. aceitar certificados e pedidos respeitantes ao estado civil de nacionais do Estado acreditado;

(2) Um oficial consular informará as autoridades competentes do Estado acreditador de acções tomadas sob parágrafo primeiro caso isto for previsto pelos regulamentos legais do Estado acreditador.

Artigo Trigésimo

Um oficial consular terá o direito de,

1. aceitar e de certificar declarações de nacionais do Estado acreditado;
2. certificar e de salvaguardar as últimas vontades e outros documentos relacionados com actos legais de nacionais do Estado acreditado;
3. certificar e guardar os documentos de transacções legais entre nacionais do Estado acreditado, com a excepção de transacções legais respeitantes ao estabelecimento, transferência ou abolição de títulos de edifícios situados no Estado acreditado;
4. certificar assinaturas de nacionais, nos documentos, do Estado acreditado;
5. certificar cópias ou extractos de documentos;
6. certificar traduções de documentos;
7. legalizar documentos emitidos pelas autoridades competentes ou oficiais do Estado acreditador para serem utilizados no Estado acreditado;
8. realizar outros actos notariais que lhe são atribuídos pelo Estado acreditado, se isto não for contrário aos regulamentos legais do Estado acreditador.

Artigo Trigésimo Primeiro

Os documentos e escritos estabelecidos, autenticados ou legalizados por um oficial consular de acordo com o artigo trigésimo deverão ter no Estado acreditador a mesma força legal que tais documentos e escritos emitidos pelas autoridades competentes do Estado acreditador.

Artigo Trigésimo Segundo

(1) Um oficial consular terá o direito de,

1. guardar em segurança documentos, dinheiro, valores e outros objectos pertencentes a nacionais do Estado acreditado, em conformidade com os regulamentos do Estado acreditador;
2. aceitar das autoridades do Estado acreditador, documentos, dinheiro, valores e outros objectos perdidos por nacionais do Estado acreditado durante as suas estadias no Estado acreditador, para os mandar devolver aos seus proprietários.

(2) Um objecto aceite para guardar em segurança de acordo com parágrafo primeiro poderá só ser exportado do Estado acreditador, se isto não for contrário aos regulamentos deste Estado.

Artigo Trigésimo Terceiro

As autoridades competentes do Estado acreditador deverão sem demora informar a um oficial consular do falecimento de um nacional do Estado acreditado no Estado acreditador e deverá enviar-lhe uma cópia da certidão de óbito.

Para a emissão e envio da certidão não se cobram emolumentos.

Artigo Trigésimo Quarto

(1) As autoridades competentes do Estado acreditador deverão avisar um oficial consular de todos os pormenores conhecidos a respeito de um nacional do Estado acreditado que faleceu no Estado acreditador, relativos a existência de um testamento do falecido e possíveis herdeiros, legatários e pessoas com direito a uma parte legal.

(2) Sempre que acontecer que, em relação a abertura de um processo de validação de testamento no Estado acreditador, independentemente da nacionalidade do falecido na altura do seu falecimento, nacionais do Estado acreditado podem ser herdeiros, legatários ou pessoas com direito a uma parte legal, as autoridades competentes do Estado acreditador deverão informar a um oficial consular.

Artigo Trigésimo Quinto

(1) Sempre que um nacional do Estado acreditado deixou bens de herança no Estado acreditador ou que nacionais do

Estado acreditado sejam herdeiros, legatários ou pessoas com direito a uma parte legal na validação de um testamento, independentemente da nacionalidade do falecido na altura da sua morte, um oficial consular terá o direito de requerer às autoridades competentes do Estado acreditador para tomarem medidas afim de proteger, guardar e administrar os bens de herança.

O oficial consular poderá tomar parte na realização destas medidas de acordo com as leis do Estado acreditador e tomará conta de uma representação de herdeiros, legatários ou pessoas intituladas a uma parte legal.

(2) No cumprimento das tarefas sob o parágrafo primeiro um oficial consular poderá directamente contactar as autoridades competentes do Estado acreditador.

Artigo Trigésimo Sexto

(1) Um oficial consular terá o direito de aceitar das autoridades competentes do Estado acreditador depois da conclusão da validação de um testamento os bens móveis que fazem parte dos bens ou o montante de dinheiro obtido da venda da propriedade móvel ou imóvel de forma a passálos para um nacional do Estado acreditador se este nacional for herdeiro, legatário ou a pessoa intitulada a uma parte legal a não ser que ele seja residente do Estado acreditador e que não tomou parte, pessoalmente ou através de um representante, na abertura do testamento.

(2) Os bens da propriedade mencionada em parágrafo primeiro deverão passar para o oficial consular somente quando, de acordo com os regulamentos legais do Estado acreditador, responsabilidades e taxas relativas aos bens de herança são pagas ou quando o seu pagamento for assegurado.

(3) A transferência ou exportação dos bens mencionados no parágrafo primeiro para pessoas com o direito aos bens, estarão sujeitos aos regulamentos legais do Estado acreditador.

Artigo Trigésimo Sétimo

(1) As autoridades competentes do Estado acreditador deverão entregar a um oficial consular, os bens pessoais, dinheiros e valores deixados por um nacional do Estado acreditado que faleceu durante a sua estadia temporária no Estado acreditador e a menos que tal entrega de objectos a uma pessoa autorizada seja possível.

(2) A entrega ou exportação de bens mencionados em parágrafo primeiro deverá ser sujeita aos regulamentos legais do Estado acreditador.

Artigo Trigésimo Oitavo

(1) As autoridades competentes do Estado acreditador informarão por escrito a um oficial consular de todos os casos em que é necessário nomear um tutor ou um curador para um nacional do Estado acreditado residente ou permanecendo no Estado acreditador.

(2) Um oficial consular terá direito de contactar as autoridades apropriadas do Estado acreditador, para a nomeação de um tutor ou curador para um nacional do Estado acreditado e para propôr pessoas apropriadas para serem nomeadas a fim de agir como tutores ou curadores.

Artigo Trigésimo Nono

(1) Um oficial consular terá o direito de comunicar com qualquer nacional do Estado acreditado, de o contactar, de o apoiar nos seus contactos com as autoridades do Estado acreditador, de o assistir em assuntos tratados com estas autoridades, de assegurar-lhe a assistência de um advogado ou outra pessoa e de proporcionar um intérprete.

(2) O Estado acreditador não restringirá de qualquer forma as relações de um nacional do Estado acreditado com o consulado e o seu acesso ao mesmo.

(3) As autoridades do Estado acreditador apoiarão um oficial consular na obtenção de informações sobre pessoas de nacionalidade do Estado acreditado, de forma que o oficial consular possa contactar estes nacionais ou encontrar-se com eles.

Artigo Quadragésimo

(1) As autoridades competentes do Estado acreditador informarão o oficial consular da detenção provisória, prisão ou qualquer outra restrição de liberdade pessoal de um nacional do Estado acreditado no Estado acreditador.

Tal informação deverá ser dada no prazo de cinco dias depois da detenção provisória, prisão ou qualquer outra restrição da liberdade pessoal de um nacional do Estado acreditado.

(2) Um oficial consular terá o direito de visitar e manter-se em contacto com um nacional do Estado acreditado que estiver detido provisoriamente, em prisão, ou de quem a liberdade pessoal foi restringida ou que está a cumprir uma sentença de prisão no Estado acreditador. Visitas deverão ser permitidas no prazo de oito dias depois da detenção provisória, prisão ou outra restrição da liberdade pessoal do nacional em questão. As visitas poderão ser repetidas por intervalos apropriados.

(3) As autoridades competentes do Estado acreditador deverão informar o nacional do Estado acreditado dos direitos a ele concedidos por este artigo.

(4) Os direitos mencionados neste artigo deverão ser exercidos de acordo com os regulamentos legais do Estado acreditador a não ser que estes direitos sejam abolidos por ele.

Artigo Quadragésimo Primeiro

(1) Um oficial consular terá o direito de dar apoio e assistência a um navio do Estado acreditado, nos portos, nas águas territoriais e águas do interior do Estado acreditador.

(2) O oficial consular poderá contactar e ir a bordo do navio do Estado acreditado, logo que ao navio tenha sido concedida autorização de entrada.

(3) O comandante e os membros da tripulação de um navio do Estado acreditado terão o direito de contactar o oficial consular. Sujeitos aos regulamentos do Estado acreditador, eles também poderão visitar o consulado.

(4) No exercício das suas funções um oficial consular poderá contactar as autoridades competentes do Estado acreditador e pedir o seu apoio e assistência em todas as questões relacionadas com o navio do Estado acreditado, o seu comandante, membros da tripulação, passageiros e carga.

Artigo Trigésimo Segundo

(1) Um oficial consular terá o direito de,

1. investigar, sem prejuízo dos direitos das autoridades do Estado acreditador, todos os incidentes que possam ter acontecido em caminho, a bordo do navio do Estado acreditado e de interrogar o comandante e membros da tripulação;
2. resolver, sem prejuízo dos direitos das autoridades do Estado acreditador, todas as disputas entre o comandante e os membros da tripulação, incluindo disputas de vencimentos e artigos de navios;
3. tomar medidas com respeito a alistar ou despedir o comandante ou membros da tripulação, a não ser que isto seja contrário aos regulamentos legais do Estado acreditador;
4. proporcionar tratamento médico para o comandante, membros da tripulação ou passageiros ou de providenciar para a sua viagem de regresso;
5. aceitar, emitir prorrogar ou certificar qualquer outro documento de regulamentos legais do Estado acreditado com respeito a navios do Estado acreditado e suas cargas e de examinar os papéis do navio.

(2) Um oficial consular terá o direito, de acordo com os regulamentos legais do Estado acreditador, de dar assistência e apoio ao comandante ou a um membro da tripulação de um navio do Estado acreditado e de se apresentar com eles

perante os tribunais e outras autoridades competentes do Estado acreditador.

Artigo Quadragésimo Terceiro

(1) Quando os tribunais ou outras autoridades competentes do Estado acreditador tencionam tomar medidas coercivas ou fazer uma investigação a bordo do navio, o oficial consular deverá ser informado pelas autoridades competentes do Estado acreditador. Tal informação deverá ser feita a tempo a fim de permitir ao oficial consular estar presente. Se o oficial consular não estiver presente, quando estas medidas são tomadas, as autoridades competentes do Estado acreditador, deverão dar-lhe a seu pedido, tal informação por escrito. Caso a urgência de tais medidas a serem tomadas, não admita tal informação adiantada ao oficial consular, as autoridades competentes do Estado acreditador, deverão providenciar um relatório escrito para o oficial consular mencionando os incidentes e medidas tomadas, sem que oficial consular tenha que pedir tal relatório.

(2) O previsto em parágrafo primeiro também será aplicável se o comandante ou membros da tripulação forem interrogados em terra pelas autoridades competentes do Estado acreditador sobre incidentes relacionados com o navio do Estado acreditado.

(3) O previsto neste artigo não se aplica aos direitos normais, passaporte e inspeção de higiene.

Artigo Quadragésimo Quarto

(1) As autoridades competentes do Estado acreditador deverão imediatamente informar um oficial consular, quando um navio do Estado acreditado estiver naufragado, encalhado ou quando sofra qualquer outra avaria num porto, ou nas águas territoriais ou nas águas do interior do Estado acreditador, e deverão comunicar-lhe quais as medidas que foram tomadas para salvamento e auxílio das pessoas, navio e carga. Um oficial consular poderá proporcionar qualquer assistência no navio do Estado acreditado, ao comandante, aos membros da tripulação e passageiros e poderá providenciar para assegurar a carga e para a reparação.

(2) Um oficial consular poderá por conta do proprietário do navio do Estado acreditado, tomar as medidas que o proprietário do navio ou da carga teria tomado, a condição que nem o comandante, nem o proprietário do navio, seu agente ou a companhia de seguros competentes, estejam em posição de tomar as necessárias disposições para assegurar ou dispor de tal navio ou de carga.

(3) As disposições dos parágrafos primeiro e segundo serão também aplicáveis a objectos que são a propriedade de nacionais do Estado acreditado, quando a bordo de um navio do Estado acreditador ou de um terceiro Estado, foram encontrados a beira mar ou dentro da água do Estado acreditador, mercadorias encalhadas ou entregues a um porto do mesmo Estado.

(4) As autoridades competentes do Estado acreditador deverão proporcionar toda a assistência necessária a um oficial consular, tomando medidas em relação a avaria de um navio do Estado acreditado.

(5) Um navio avariado do Estado acreditado, a sua carga e abastamento deverão ser isentos de direitos da alfândega, taxas e tarifas no Estado acreditador, a não ser que sejam descarregados para uso no Estado acreditador.

Artigo Quadragésimo Quinto

Os artigos quadragésimo primeiro até quadragésimo quarto da presente Convenção deverão também ser aplicados mutatis mutandis à aviação do Estado acreditado.

Artigo Quadragésimo Sexto

Além das funções previstas nesta Convenção consular, um oficial consular, poderá exercer outras funções consulares, a condição que não contrariem os regulamentos legais do Estado acreditador.

Artigo Quadragésimo Sétimo

Um consulado poderá realizar funções consulares para um terceiro Estado no Estado acreditador com o consentimento do Estado acreditador.

Artigo Quadragésimo Oitavo

Um oficial consular terá o direito de cobrar emolumentos consulares no Estado acreditador de acordo com os regulamentos legais do Estado acreditado.

CAPITULO V

Disposições Gerais e Finais

Artigo Quadragésimo Nono

Todas as pessoas gozando facilidades, privilégios e imunidades sob esta Convenção serão obrigadas, sem prejuízo destes, a observar os regulamentos legais do Estado acreditador, incluindo o seu regulamento sobre tráfego e disposições de seguros para veículos a motor, e a não interferir nos assuntos internos do Estado acreditador.

Artigo Quinquagésimo

(1) As disposições desta Convenção também deverão ser aplicadas às actividades consulares da missão diplomática do Estado acreditado. Os direitos e deveres de um oficial consular como estipulados nesta Convenção também se aplicam aos membros do pessoal diplomático da missão diplomática do Estado acreditado encarregado das funções consulares. Os nomes destes diplomatas deverão ser notificados ao Ministério dos Negócios Estrangeiros do Estado acreditador.

Se os regulamentos legais do Estado acreditador prevêm a apresentação de uma patente consular e a emissão de um exequatur, isto será feito sem encargos.

(2) O cumprimento de funções consulares por um membro do pessoal diplomático da missão diplomática, sob parágrafo primeiro não deverá afectar as facilidades, privilégios e imunidades que ele goza devido ao estatuto diplomático.

Artigo Quinquagésimo Primeiro

(1) A presente Convenção será sujeita a ratificação.

Deverá entrar em vigor no 30º dia depois da troca dos documentos de ratificação que terá lugar em Maputo.

(2) A presente Convenção será concluída para tempo ilimitado e vigorará até seis meses depois do dia em que uma das Altas Partes Contratantes a puser termo por escrito através dos canais diplomáticos.

Em fé, do que os plenipotenciários das Altas Partes Contratantes assinaram a presente Convenção e afixaram os seus selos nesta,

Feito em Maputo, aos 13 de Dezembro 1976 em duas cópias, cada uma em língua alemã e portuguesa, ambas sendo igualmente autênticas.

Pe'lo Governo da
República Democrática
Alemã
Oskar Fischer

Pe'lo Governo da
República Popular de
Moçambique
Joaquim Chissano



1977

Berlin, den 22. Juli 1977

Teil II Nr. 12

Tag	Inhalt	Seite
20. 6. 77	Bekanntmachung über den Beitritt der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zur Konvention vom 20. Oktober 1972 über die Internationalen Regeln zur Verhütung von Zusammenstößen auf See	253
16. 6. 77	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens von Locarno vom 8. Oktober 1968 über die internationale Klassifikation für gewerbliche Muster	256
10. 6. 77	Bekanntmachung über die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Internationalen Zuckerabkommens, 1973	268

**Bekanntmachung
über den Beitritt
der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
zur Konvention vom 20. Oktober 1972
über die Internationalen Regeln
zur Verhütung von Zusammenstößen auf See
vom 20. Juni 1977**

Am 15. August 1975 wurde die Beitrittsurkunde der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu der nachstehend veröffentlichten Konvention vom 20. Oktober 1972 über die Internationalen Regeln zur Verhütung von Zusammenstößen auf See hinterlegt.

Bei der Übergabe der Beitrittsurkunde wurden von seiten der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu den Artikeln 2 und 3 der Konvention folgende Erklärungen abgegeben:

**Erklärung der Regierung der Deutschen
Demokratischen Republik**

zu Artikel 2

„Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist der Auffassung, daß die Bestimmungen des Artikels 2 der Konvention im Widerspruch zu dem Prinzip stehen, wonach alle Staaten, die sich in ihrer Politik von den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen leiten lassen, das Recht haben, Mitglied von Konventionen zu werden, die die Interessen aller Staaten berühren.“

Berlin, den 20. Juni 1977

**Erklärung der Regierung der Deutschen
Demokratischen Republik
zu Artikel 3**

„Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik läßt sich in ihrer Haltung zu den Bestimmungen des Artikels 3 der Konvention, soweit sie die Anwendung der Konvention auf Kolonialgebiete und andere abhängige Territorien betreffen, von den Festlegungen der Deklaration der Vereinten Nationen über die Gewährung der Unabhängigkeit an die kolonialen Länder und Völker (Res. Nr. 1514 [XV] vom 14. Dezember 1960) leiten, welche die Notwendigkeit einer schnellen und bedingungslosen Beendigung des Kolonialismus in allen seinen Formen und Äußerungen proklamieren.“

Der Tag, an dem die obengenannte Konvention in Kraft tritt, wird im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntgemacht.

Der Text der Internationalen Regeln zur Verhütung von Zusammenstößen auf See einschließlich der Anlagen I, II, III und IV sind als Sonderdruck Nr. Ag 130/301/76 A des Seefahrtsamtes der Deutschen Demokratischen Republik veröffentlicht worden.

**Der Leiter
des Sekretariats des Ministerrates**

Dr. Kleinert
Staatssekretär

**Konvention
über die Internationalen Regeln
zur Verhütung von Zusammenstößen auf See
vom 20. Oktober 1972**

Die Vertragsparteien dieser Konvention

IN DEM WUNSCH, die Sicherheit auf See auf einem hohen Stand zu erhalten,

IN ERKENNTNIS der Notwendigkeit, die der Schlußakte der Internationalen Konferenz von 1960 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See als Anlage beigefügten Internationalen Regeln zur Verhütung von Zusammenstößen auf See zu revidieren und auf den neuesten Stand zu bringen,

NACH ÜBERPRÜFUNG jener Regeln im Hinblick auf die seit ihrer Billigung eingetretenen Entwicklungen

SIND wie folgt ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel I

Allgemeine Verpflichtungen

Die Vertragsparteien dieser Konvention verpflichten sich, den Regeln und sonstigen Anlagen, welche die Internationalen Regeln von 1972 zur Verhütung von Zusammenstößen auf See (im folgenden als „Regeln“ bezeichnet) bilden und dieser Konvention beigefügt sind, Wirksamkeit zu verleihen.

Artikel II

**Unterzeichnung, Ratifikation, Annahme,
Bestätigung und Beitritt**

(1) Diese Konvention liegt bis zum 1. Juni 1973 zur Unterzeichnung und danach zum Beitritt auf.

(2) Staaten, die Mitglied der Vereinten Nationen, einer ihrer Spezialorganisationen oder der Internationalen Atomenergiebehörde oder Vertragspartei des Statuts des Internationalen Gerichtshofs sind, können Vertragspartner dieser Konvention werden:

- a) indem sie sie ohne Vorbehalt der Ratifikation, Annahme oder Bestätigung unterzeichnen,
- b) indem sie sie vorbehaltlich der Ratifikation, Annahme oder Bestätigung unterzeichnen und später ratifizieren, annehmen oder bestätigen oder
- c) indem sie ihr beitreten.

(3) Die Ratifikation, die Annahme, die Bestätigung oder der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Urkunde bei der Zwischenstaatlichen Beratenden Seeschiffahrtsorganisation (im folgenden als „Organisation“ bezeichnet); diese teilt den Regierungen der Staaten, die diese Konvention unterzeichnet haben oder ihr beigetreten sind, die Hinterlegung jeder Urkunde und den Zeitpunkt ihrer Hinterlegung mit.

Artikel III

Räumlicher Geltungsbereich

(1) Die Vereinten Nationen, soweit sie Verwaltungsmacht eines Territoriums sind, oder jede für die internationalen Beziehungen eines Territoriums verantwortliche Vertragspartei können die Geltung dieser Konvention jederzeit durch eine an den Generalsekretär der Organisation (im folgenden der „Generalsekretär“ bezeichnet) gerichtete schriftliche Notifikation auf das betreffende Territorium ausdehnen.

(2) Die Ausdehnung der Geltung dieser Konvention wird auf das in der Notifikation bezeichnete Territorium vom Tag des Eingangs dieser Notifikation oder von einem anderen darin angegebenen Tag an wirksam.

(3) Jede nach Absatz 1 dieses Artikels übermittelte Notifikation kann in bezug auf ein darin genanntes Territorium zurückgenommen werden; die Ausdehnung der Geltung die-

ser Konvention wird nach Ablauf eines Jahres oder eines längeren bei der Zurücknahme angegebenen Zeitabschnitts für das betreffende Territorium unwirksam.

(4) Der Generalsekretär unterrichtet alle Vertragsparteien von jeder nach diesem Artikel übermittelten Notifikation einer Geltungsausdehnung oder Rücknahme derselben.

Artikel IV

Inkrafttreten

(1) a) Diese Konvention tritt zwölf Monate nach dem Tag in Kraft, an dem mindestens 15 Staaten, die zusammen nach Anzahl oder nach Tonnage mindestens 65 % der Welthandelsflotte von Fahrzeugen mit 100 und mehr BRT besitzen, Teilnehmer der Konvention geworden sind, je nachdem, welcher Fall zuerst eintritt.

b) Ungeachtet des Buchstaben a tritt diese Konvention nicht vor dem 1. Januar 1976 in Kraft.

(2) Diese Konvention tritt für Staaten, die sie gemäß Artikel II vor ihrem Inkrafttreten ratifizieren, annehmen, bestätigen oder ihr beitreten, nachdem die Voraussetzungen des Absatzes 1 Buchstabe a erfüllt sind, am Tag ihres Inkrafttretens in Kraft.

(3) Für Staaten, die diese Konvention nach ihrem Inkrafttreten ratifizieren, annehmen, bestätigen oder ihr beitreten, tritt sie am Tag der Hinterlegung einer Urkunde gemäß Artikel II in Kraft.

(4) Nach dem Tag des Inkrafttretens einer Änderung dieser Konvention gemäß Artikel VI Absatz 4 gilt jede Ratifikation, Annahme, Bestätigung oder jeder Beitritt für die Konvention in ihrer geänderten Fassung.

(5) Am Tag des Inkrafttretens dieser Konvention ersetzen die Regeln die Internationalen Regeln von 1960 zur Verhütung von Zusammenstößen auf See und setzen diese außer Kraft.

(6) Der Generalsekretär teilt den Regierungen der Staaten, die diese Konvention unterzeichnet haben oder ihr beigetreten sind, den Tag ihres Inkrafttretens mit.

Artikel V

Revisionskonferenz

(1) Die Organisation kann eine Konferenz zur Revision dieser Konvention oder der Regeln oder beider einberufen.

(2) Die Organisation hat eine Konferenz der Vertragsparteien zur Revision dieser Konvention oder der Regeln oder beider einzuberufen, wenn mindestens ein Drittel der Vertragsparteien darum ersucht.

Artikel VI

Änderung der Regeln

(1) Auf Ersuchen einer Vertragspartei wird jede von ihr vorgeschlagene Änderung durch die Organisation geprüft.

(2) Nimmt der Schiffssicherheitsausschuß der Organisation die Änderung mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder an, so wird die Änderung allen Vertragsparteien und allen Mitgliedern der Organisation mindestens sechs Monate vor dem Zeitpunkt mitgeteilt, zu dem sie von der Versammlung der Organisation geprüft wird. Jede Vertragspartei, die nicht Mitglied der Organisation ist, hat das Recht, an der Beratung der Änderung durch die Versammlung teilzunehmen.

(3) Nimmt die Versammlung die Änderung mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder an, so wird die Änderung vom Generalsekretär allen Vertragsparteien zur Annahme übermittelt.

(4) Die Änderung tritt an dem Tag in Kraft, den die Versammlung bei der Annahme bestimmt, sofern nicht zu einem von der Versammlung gleichzeitig bestimmten früheren Zeitpunkt mehr als ein Drittel der Vertragsparteien bei der Organisation Einwände gegen die Änderung erhebt. Die in diesem Absatz genannten Zeitpunkte werden von der Versammlung mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder bestimmt.

(5) Mit dem Inkrafttreten einer Änderung wird für alle Vertragsparteien, die keine Einwände gegen die Änderung erhoben haben, die frühere Bestimmung, auf die sich die Änderung bezieht, ersetzt und aufgehoben.

(6) Der Generalsekretär unterrichtet alle Vertragsparteien und Mitglieder der Organisation von jedem Ersuchen und jeder Mitteilung nach diesem Artikel sowie vom Tag des Inkrafttretens jeder Änderung.

Artikel VII

Kündigung

(1) Jede Vertragspartei kann diese Konvention nach Ablauf von fünf Jahren, nachdem sie für sie in Kraft getreten ist, jederzeit kündigen.

(2) Die Kündigung erfolgt durch Hinterlegung einer Urkunde bei der Organisation. Der Generalsekretär unterrichtet

alle anderen Vertragsparteien vom Eingang der Kündigungsurkunde sowie vom Tag ihrer Hinterlegung.

(3) Die Kündigung wird ein Jahr nach dem Tag, an dem die Urkunde hinterlegt wird, oder nach Ablauf eines längeren, in der Urkunde bezeichneten Zeitabschnitts wirksam.

Artikel VIII

Hinterlegung und Registrierung

(1) Diese Konvention und die Regeln werden bei der Organisation hinterlegt; der Generalsekretär übermittelt den Regierungen aller Staaten, die die Konvention unterzeichnet haben oder ihr beigetreten sind, beglaubigte Abschriften.

(2) Sobald diese Konvention in Kraft tritt, übermittelt der Generalsekretär dem Sekretariat der Vereinten Nationen den Wortlaut zur Registrierung und Veröffentlichung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen.

Artikel IX

Sprachen

Diese Konvention und die Regeln sind in einem Original in englischer und französischer Sprache abgefaßt, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen gültig ist. Offizielle Übersetzungen in die russische und spanische Sprache werden angefertigt und mit den unterzeichneten Originalen hinterlegt.

ZU URKUND DESSEN haben die von ihren Regierungen hierzu gehörig befugten Unterzeichneten diese Konvention unterschrieben.

Geschehen zu London am 20. Oktober 1972.

CONVENTION ON THE INTERNATIONAL REGULATIONS FOR PREVENTING COLLISIONS AT SEA, 1972

The Parties to the present Convention,

DESIRING to maintain a high level of safety at sea,

MINDFUL of the need to revise and bring up to date the International Regulations for Preventing Collisions at Sea annexed to the Final Act of the International Conference on Safety of Life at Sea, 1960,

HAVING CONSIDERED those Regulations in the light of developments since they were approved,

HAVE AGREED as follows:

ARTICLE I

General Obligations

The Parties to the present Convention undertake to give effect to the Rules and other Annexes constituting the International Regulations for Preventing Collisions at Sea, 1972, (hereinafter referred to as "the Regulations") attached hereto.

ARTICLE II

Signature, Ratification, Acceptance, Approval and Accession

1. The present Convention shall remain open for signature until 1 June 1973 and shall thereafter remain open for accession.

2. States Members of the United Nations, or of any of the Specialized Agencies, or the International Atomic Energy Agency, or Parties to the Statute of the International Court of Justice may become Parties to this Convention by:

(a) signature without reservation as to ratification, acceptance or approval;

(b) signature subject to ratification, acceptance or approval followed by ratification, acceptance or approval; or

(c) accession.

3. Ratification, acceptance, approval or accession shall be effected by the deposit of an instrument to that effect with the Inter-Governmental Maritime Consultative Organization (hereinafter referred to as "the Organization") which shall inform the Governments of States that have signed or acceded to the present Convention of the deposit of each instrument and of the date of its deposit.

ARTICLE III

Territorial Application

1. The United Nations in cases where they are the administering authority for a territory or any Contracting Party responsible for the international relations of a territory may at any time by notification in writing to the Secretary-General of the Organization (hereinafter referred to as "the Secretary-General"), extend the application of this Convention to such territory.

2. The present Convention shall, upon the date of receipt of the notification or from such other date as may be specified in the notification, extend to the territory named therein.

3. Any notification made in accordance with paragraph 1 of this Article may be withdrawn in respect of any territory mentioned in that notification and the extension of this Convention to that territory shall cease to apply after one year or such longer period as may be specified at the time of the withdrawal.

4. The Secretary-General shall inform all Contracting Parties of the notification of any extension or withdrawal of any extension communicated under this Article.

ARTICLE IV**Entry into force**

1. (a) The present Convention shall enter into force twelve months after the date on which at least 15 States, the aggregate of whose merchant fleets constitutes not less than 65 per cent by number or by tonnage of the world fleet of vessels of 100 gross tons and over have become Parties to it, whichever is achieved first.
- (b) Notwithstanding the provisions in subparagraph (a) of this paragraph, the present Convention shall not enter into force before 1 January 1976.
2. Entry into force for States which ratify, accept, approve or accede to this Convention in accordance with Article II after the conditions prescribed in subparagraph 1(a) have been met and before the Convention enters into force, shall be on the date of entry into force of the Convention.
3. Entry into force for States which ratify, accept, approve or accede after the date on which this Convention enters into force, shall be on the date of deposit of an instrument in accordance with Article II.
4. After the date of entry into force of an amendment to this Convention in accordance with paragraph 4 of Article VI, any ratification, acceptance, approval or accession shall apply to the Convention as amended.
5. On the date of entry into force of this Convention, the Regulations replace and abrogate the International Regulations for Preventing Collisions at Sea, 1960.
6. The Secretary-General shall inform the Governments of States that have signed or acceded to this Convention of the date of its entry into force.

ARTICLE V**Revision Conference**

1. A Conference for the purpose of revising this Convention or the Regulations or both may be convened by the Organization.
2. The Organization shall convene a Conference of Contracting Parties for the purpose of revising this Convention or the Regulations or both at the request of not less than one-third of the Contracting Parties.

ARTICLE VI**Amendments to the Regulations**

1. Any amendment to the Regulations proposed by a Contracting Party shall be considered in the Organization at the request of that Party.
2. If adopted by a two-thirds majority of those present and voting in the Maritime Safety Committee of the Organization, such amendment shall be communicated to all Contracting Parties and Members of the Organization at least six months prior to its consideration by the Assembly of the Organization. Any Contracting Party which is not a Member of the Organization shall be entitled to participate when the amendment is considered by the Assembly.
3. If adopted by a two-thirds majority of those present and voting in the Assembly, the amendment shall be communicated by the Secretary-General to all Contracting Parties for their acceptance.
4. Such an amendment shall enter into force on a date to be determined by the Assembly at the time of its adoption unless, by a prior date determined by the Assembly at the same time, more than one-third of the Contracting Parties notify the Organization of their objection to the amendment. Determination by the Assembly of the dates referred to in this paragraph shall be by a two-thirds majority of those present and voting.
5. On entry into force any amendment shall, for all Contracting Parties which have not objected to the amendment,

replace and supersede any previous provision to which the amendment refers.

6. The Secretary-General shall inform all Contracting Parties and Members of the Organization of any request and communication under this Article and the date on which any amendment enters into force.

ARTICLE VII**Denunciation**

1. The present Convention may be denounced by a Contracting Party at any time after the expiry of five years from the date on which the Convention entered into force for that Party.
2. Denunciation shall be effected by the deposit of an instrument with the Organization. The Secretary-General shall inform all other Contracting Parties of the receipt of the instrument of denunciation and of the date of its deposit.
3. A denunciation shall take effect one year, or such longer period as may be specified in the instrument, after its deposit.

ARTICLE VIII**Deposit and Registration**

1. The present Convention and the Regulations shall be deposited with the Organization, and the Secretary-General shall transmit certified true copies thereof to all Governments of States that have signed this Convention or acceded to it.
2. When the present Convention enters into force, the text shall be transmitted by the Secretary-General to the Secretariat of the United Nations for registration and publication in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations.

ARTICLE IX**Languages**

The present Convention is established, together with the Regulations, in a single copy in the English and French languages, both texts being equally authentic. Official translations in the Russian and Spanish languages shall be prepared and deposited with the signed original.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned being duly authorized by their respective Governments for that purpose have signed the present Convention.

DONE AT LONDON this twentieth day of October one thousand nine hundred and seventy-two.

Bekanntmachung**über das Inkrafttreten**

des Abkommens von Locarno vom 8. Oktober 1968

über die internationale Klassifikation

für gewerbliche Muster

vom 16. Juni 1977

Entsprechend der Bekanntmachung vom 10. August 1970 über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zum Abkommen von Locarno über die internationale Klassifikation für gewerbliche Muster vom 8. Oktober 1968 (GBl. I Nr. 19 S. 288) wird hierdurch bekanntgemacht, daß das Abkommen gemäß Artikel 9 Absatz 3 Buchstabe a am 27. April 1971 in Kraft getreten ist.

Der Text des Abkommens wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 16. Juni 1977

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

H. Eichler

(Übersetzung)

**Abkommen von Locarno
über die internationale Klassifikation
für gewerbliche Muster vom 8. Oktober 1968**

Artikel 1

**Errichtung eines besonderen Verbandes;
Annahme einer Internationalen Klassifikation**

(1) Die Länder, auf die dieses Abkommen Anwendung findet, bilden einen besonderen Verband.

(2) Sie nehmen für die gewerblichen Muster und Modelle dieselbe Klassifikation an (im folgenden als „die Internationale Klassifikation“ bezeichnet).

(3) Die Internationale Klassifikation umfaßt:

- (i) eine Einteilung der Klassen und Unterklassen;
- (ii) eine alphabetische Liste der Waren, die Gegenstand von Mustern und Modellen sein können, mit Angabe der Klassen und Unterklassen, in die sie eingeordnet sind;
- (iii) erläuternde Anmerkungen.

(4) Die Einteilung der Klassen und Unterklassen ist die diesem Abkommen als Anhang angefügte Einteilung, vorbehaltlich der Änderungen und Ergänzungen, die von dem gemäß Artikel 3 gebildeten Sachverständigenausschuß (im folgenden als „der Sachverständigenausschuß“ bezeichnet) daran vorgenommen werden können.

(5) Die alphabetische Warenliste und die erläuternden Anmerkungen werden von dem Sachverständigenausschuß in dem durch Artikel 3 festgelegten Verfahren angenommen.

(6) Die Internationale Klassifikation kann von dem Sachverständigenausschuß in dem durch Artikel 3 festgelegten Verfahren geändert oder ergänzt werden.

(7) a) Die Internationale Klassifikation ist in englischer und französischer Sprache abgefaßt.

b) Amtliche Texte der Internationalen Klassifikation werden nach Konsultierung der beteiligten Regierungen von dem im Übereinkommen zur Errichtung der Weltorganisation für geistiges Eigentum (im folgenden als „die Organisation“ bezeichnet) vorgesehenen Internationalen Büro für geistiges Eigentum (im folgenden als „das Internationale Büro“ bezeichnet) in anderen Sprachen hergestellt, die die im Artikel 5 bezeichnete Versammlung bestimmen kann.

Artikel 2

**Anwendung und rechtliche Bedeutung
der Internationalen Klassifikation**

(1) Vorbehaltlich der sich aus diesem Abkommen ergebenden Verpflichtungen hat die Internationale Klassifikation nur verwaltungsmäßige Bedeutung. Jedoch kann ihr jedes Land die ihm geeignet erscheinende rechtliche Bedeutung beilegen. Insbesondere bindet die Internationale Klassifikation die Länder des besonderen Verbandes nicht hinsichtlich der Art und des Umfangs des Schutzes des Musters oder Modells in diesen Ländern.

(2) Jedes Land des besonderen Verbandes behält sich vor, die Internationale Klassifikation als Haupt- oder Nebenklassifikation anzuwenden.

(3) Die Behörden der Länder des besonderen Verbandes werden in den amtlichen Urkunden über die Hinterlegung oder Eintragung der Muster oder Modelle und, sofern sie amtlich veröffentlicht werden, in diesen Veröffentlichungen die Nummern der Klassen und Unterklassen der Internationalen Klassifikation angeben, in welche die Waren eingeordnet sind, die Gegenstand der Muster oder Modelle sind.

(4) Bei der Auswahl der in die alphabetische Warenliste aufzunehmenden Benennungen wird der Sachverständigenausschuß, soweit möglich, die Verwendung von Benennungen vermeiden, an denen Ausschließlichkeitsrechte bestehen kön-

nen. Jedoch darf die Aufnahme einer Bezeichnung in die alphabetische Liste nicht als Meinungsäußerung des Sachverständigenausschusses darüber ausgelegt werden, ob an dieser Bezeichnung Ausschließlichkeitsrechte bestehen oder nicht.

Artikel 3

Sachverständigenausschuß

(1) Beim Internationalen Büro wird ein Sachverständigenausschuß gebildet, der mit den im Artikel 1 Absätze 4, 5 und 6 bezeichneten Aufgaben betraut ist. Jedes Land des besonderen Verbandes ist in dem Sachverständigenausschuß vertreten; dieser gibt sich eine Geschäftsordnung, deren Annahme der einfachen Mehrheit der vertretenen Länder bedarf.

(2) Der Sachverständigenausschuß nimmt mit einfacher Mehrheit der Länder des besonderen Verbandes die alphabetische Warenliste und die erläuternden Anmerkungen an.

(3) Änderungs- oder Ergänzungsvorschläge zur Internationalen Klassifikation können von der Behörde eines jeden Landes des besonderen Verbandes oder vom Internationalen Büro gemacht werden. Jeder von einer Behörde ausgehende Vorschlag wird von dieser dem Internationalen Büro mitgeteilt. Die Vorschläge der Behörden und des Internationalen Büros werden von diesem den Mitgliedern des Sachverständigenausschusses spätestens zwei Monate vor der Sitzung, in der diese Vorschläge geprüft werden sollen, übermittelt.

(4) Die Beschlüsse des Sachverständigenausschusses über Änderungen und Ergänzungen der Internationalen Klassifikation bedürfen der einfachen Mehrheit der Länder des besonderen Verbandes. Haben sie jedoch die Bildung einer neuen Klasse oder die Überführung von Waren aus einer Klasse in eine andere zur Folge, ist Einstimmigkeit erforderlich.

(5) Die Sachverständigen können schriftlich abstimmen.

(6) Macht ein Land keinen Vertreter für eine bestimmte Sitzung des Sachverständigenausschusses namhaft oder gibt der namhaft gemachte Sachverständige seine Stimme nicht während der Sitzung oder innerhalb einer durch die Geschäftsordnung festzusetzenden Frist ab, so wird angenommen, daß das betreffende Land dem Beschluß des Ausschusses zustimmt.

Artikel 4

**Notifizierung und Veröffentlichung der Klassifikation
und ihrer Änderungen und Ergänzungen**

(1) Die alphabetische Warenliste und die erläuternden Anmerkungen, die vom Sachverständigenausschuß angenommen wurden, sowie jede von ihm beschlossene Änderung und Ergänzung der Internationalen Klassifikation werden vom Internationalen Büro den Behörden der Länder des besonderen Verbandes notifiziert. Die Beschlüsse des Sachverständigenausschusses treten mit dem Eingang der Notifikation in Kraft. Haben sie jedoch die Bildung einer neuen Klasse oder die Überführung von Waren aus einer Klasse in eine andere zur Folge, treten sie sechs Monate nach dem Zeitpunkt der Absendung der Notifikation in Kraft.

(2) Das Internationale Büro als Depositär der Internationalen Klassifikation nimmt die in Kraft getretenen Änderungen und Ergänzungen in die Klassifikation auf. Die Änderungen und Ergänzungen werden in den von der Versammlung zu bezeichnenden Zeitschriften veröffentlicht.

Artikel 5

Versammlung des besonderen Verbandes

(1) a) Der besondere Verband hat eine Versammlung, die sich aus den Ländern des besonderen Verbandes zusammensetzt.

b) Die Regierung jedes Landes des besonderen Verbandes wird durch einen Delegierten vertreten, der von Stellvertretern, Beratern und Sachverständigen unterstützt werden kann.

c) Die Kosten jeder Delegation werden von der Regierung getragen, die sie entsandt hat.

(2) a) Die Versammlung, vorbehaltlich des Artikels 3,

(i) behandelt alle Fragen betreffend die Erhaltung und die Entwicklung des besonderen Verbandes sowie die Anwendung dieses Abkommens;

(ii) erteilt dem Internationalen Büro Weisungen für die Vorbereitung der Revisionskonferenzen;

(iii) prüft und billigt die Berichte und die Tätigkeit des Generaldirektors der Organisation (im folgenden als „der Generaldirektor“ bezeichnet) betreffend den besonderen Verband und erteilt ihm alle zweckdienlichen Weisungen in Fragen, die in die Zuständigkeit des besonderen Verbandes fallen;

(iv) legt das Programm fest, beschließt den Dreijahres-Haushaltsplan des besonderen Verbandes und billigt seine Rechnungsabschlüsse;

(v) beschließt die Finanzvorschriften des besonderen Verbandes;

(vi) beschließt über die Herstellung amtlicher Texte der Internationalen Klassifikation in anderen Sprachen als Englisch und Französisch;

(vii) bildet, zusätzlich zu dem im Artikel 3 genannten Sachverständigenausschuß, die anderen Sachverständigenausschüsse und Arbeitsgruppen, die sie zur Verwirklichung der Ziele des besonderen Verbandes für zweckdienlich hält;

(viii) bestimmt, welche Nichtmitgliedsländer des besonderen Verbandes, welche zwischenstaatlichen und welche internationalen nichtstaatlichen Organisationen zu ihren Sitzungen als Beobachter zugelassen werden;

(ix) beschließt Änderungen der Artikel 5 bis 8;

(x) nimmt jede andere Handlung vor, die zur Erreichung der Ziele des besonderen Verbandes geeignet ist;

(xi) nimmt alle anderen Aufgaben wahr, die sich aus diesem Abkommen ergeben.

b) Über Fragen, die auch für andere von der Organisation verwaltete Verbände von Interesse sind, entscheidet die Versammlung nach Anhörung des Koordinierungsausschusses der Organisation.

(3) a) Jedes Mitgliedsland der Versammlung verfügt über eine Stimme.

b) Die Hälfte der Mitgliedsländer der Versammlung bildet das Quorum (die für die Beschlussfähigkeit erforderliche Mindestzahl).

c) Ungeachtet des Buchstaben b kann die Versammlung Beschlüsse fassen, wenn während einer Tagung die Zahl der vertretenen Länder zwar weniger als die Hälfte, aber mindestens ein Drittel der Mitgliedsländer der Versammlung beträgt; jedoch werden diese Beschlüsse mit Ausnahme der Beschlüsse über das Verfahren der Versammlung nur dann wirksam, wenn die folgenden Bedingungen erfüllt sind: Das Internationale Büro teilt diese Beschlüsse den Mitgliedsländern der Versammlung mit, die nicht vertreten waren, und lädt sie ein, innerhalb einer Frist von drei Monaten vom Zeitpunkt der Mitteilung an schriftlich ihre Stimme oder Stimmhaltung bekanntzugeben. Entspricht nach Ablauf der Frist die Zahl der Länder, die auf diese Weise ihre Stimme oder Stimmhaltung bekanntgegeben haben, mindestens der Zahl der Länder, die für die Erreichung des Quorums während der Tagung gefehlt hatte, so werden die Beschlüsse wirksam, sofern gleichzeitig die erforderliche Mehrheit noch vorhanden ist.

d) Vorbehaltlich des Artikels 8 Absatz 2 faßt die Versammlung ihre Beschlüsse mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen.

e) Stimmhaltung gilt nicht als Stimmabgabe.

f) Ein Delegierter kann nur ein Land vertreten und nur in dessen Namen abstimmen.

(4) a) Die Versammlung tritt nach Einberufung durch den Generaldirektor alle drei Jahre einmal zu einer ordentlichen Tagung zusammen, und zwar, abgesehen von außergewöhnlichen Fällen, zu derselben Zeit und an demselben Ort wie die Generalversammlung der Organisation.

b) Die Versammlung tritt nach Einberufung durch den Generaldirektor zu einer außerordentlichen Tagung zusammen, wenn ein Viertel der Mitgliedsländer der Versammlung es verlangt.

c) Die Tagesordnung jeder Tagung wird vom Generaldirektor vorbereitet.

(5) Die Versammlung gibt sich eine Geschäftsordnung.

Artikel 6

Internationales Büro

(1) a) Die Verwaltungsaufgaben des besonderen Verbandes werden vom Internationalen Büro wahrgenommen.

b) Das Internationale Büro bereitet insbesondere die Sitzungen der Versammlung und des Sachverständigenausschusses sowie aller anderen Sachverständigenausschüsse und Arbeitsgruppen, die die Versammlung oder der Sachverständigenausschuß bilden kann, vor und besorgt das Sekretariat dieser Organe.

c) Der Generaldirektor ist der höchste Beamte des besonderen Verbandes und vertritt diesen Verband.

(2) Der Generaldirektor und die von ihm bestimmten Mitglieder des Personals nehmen ohne Stimmrecht teil an allen Sitzungen der Versammlung und des Sachverständigenausschusses sowie aller anderen Sachverständigenausschüsse oder Arbeitsgruppen, die die Versammlung oder der Sachverständigenausschuß bilden kann. Der Generaldirektor oder ein von ihm bestimmtes Mitglied des Personals ist von Amts wegen Sekretär dieser Organe.

(3) a) Das Internationale Büro bereitet nach den Weisungen der Versammlung die Konferenzen zur Revision der Bestimmungen des Abkommens mit Ausnahme der Artikel 5 bis 8 vor.

b) Das Internationale Büro kann bei der Vorbereitung der Revisionskonferenzen zwischenstaatliche sowie internationale nichtstaatliche Organisationen konsultieren.

c) Der Generaldirektor und die von ihm bestimmten Personen nehmen ohne Stimmrecht an den Beratungen dieser Konferenzen teil.

(4) Das Internationale Büro nimmt alle anderen Aufgaben wahr, die ihm übertragen werden.

Artikel 7

Finanzen

(1) a) Der besondere Verband hat einen Haushaltsplan.

b) Der Haushaltsplan des besonderen Verbandes umfaßt die eigenen Einnahmen und Ausgaben des besonderen Verbandes, dessen Beitrag zum Haushaltsplan der gemeinsamen Ausgaben der Verbände sowie gegebenenfalls den dem Haushaltsplan der Konferenz der Organisation zur Verfügung gestellten Betrag.

c) Als gemeinsame Ausgaben der Verbände gelten die Ausgaben, die nicht ausschließlich dem besonderen Verband, sondern auch einem oder mehreren anderen von der Organisation verwalteten Verbänden zuzurechnen sind. Der Anteil des besonderen Verbandes an diesen gemeinsamen Ausgaben entspricht dem Interesse, das der besondere Verband an ihnen hat.

(2) Der Haushaltsplan des besonderen Verbandes wird unter Berücksichtigung der Notwendigkeit seiner Abstimmung mit den Haushaltsplänen der anderen von der Organisation verwalteten Verbände aufgestellt.

(3) Der Haushaltsplan des besonderen Verbandes umfaßt folgende Einnahmen:

- (i) Beiträge der Länder des besonderen Verbandes;
- (ii) Gebühren und Beträge für Dienstleistungen des Internationalen Büros im Rahmen des besonderen Verbandes;
- (iii) Verkaufserlöse und andere Einkünfte aus Veröffentlichungen des Internationalen Büros, die den besonderen Verband betreffen;
- (iv) Schenkungen, Vermächtnisse und Zuwendungen;
- (v) Mieten, Zinsen und andere verschiedene Einkünfte.

(4) a) Jedes Land des besonderen Verbandes wird zur Bestimmung seines Beitrags im Sinn des Absatzes 3 Ziffer 1 in die Klasse eingestuft, in die es im Pariser Verband zum Schutz des gewerblichen Eigentums eingestuft ist, und zahlt seine Jahresbeiträge auf der Grundlage der für diese Klasse im Pariser Verband festgesetzten Zahl von Einheiten.

b) Der Jahresbeitrag jedes Landes des besonderen Verbandes besteht aus einem Betrag, der in demselben Verhältnis zu der Summe der Jahresbeiträge aller Länder zum Haushaltsplan des besonderen Verbandes steht wie die Zahl der Einheiten der Klasse, in die das Land eingestuft ist, zur Summe der Einheiten aller Länder.

c) Die Beiträge werden am 1. Januar jedes Jahres fällig.

d) Ein Land, das mit der Zahlung seiner Beiträge im Rückstand ist, kann sein Stimmrecht in keinem der Organe des besonderen Verbandes ausüben, wenn der rückständige Betrag die Summe der von ihm für die zwei vorhergehenden vollen Jahre geschuldeten Beiträge erreicht oder übersteigt. Jedoch kann jedes dieser Organe einem solchen Land gestatten, das Stimmrecht in diesem Organ weiter auszuüben, wenn und solange es überzeugt ist, daß der Zahlungsrückstand eine Folge außergewöhnlicher und unabwendbarer Umstände ist.

e) Wird der Haushaltsplan nicht vor Beginn eines neuen Rechnungsjahres beschlossen, so wird der Haushaltsplan des Vorjahres nach Maßgabe der Finanzvorschriften übernommen.

(5) Die Höhe der Gebühren und Beträge für Dienstleistungen des Internationalen Büros im Rahmen des besonderen Verbandes wird vom Generaldirektor festgesetzt, der der Versammlung darüber berichtet.

(6) a) Der Verband hat einen Betriebsmittelfonds, der durch eine einmalige Zahlung jedes Landes des besonderen Verbandes gebildet wird. Reicht der Fonds nicht mehr aus, so beschließt die Versammlung seine Erhöhung.

b) Die Höhe der erstmaligen Zahlung jedes Landes zu diesem Fonds oder sein Anteil an dessen Erhöhung ist proportional zu dem Beitrag dieses Landes für das Jahr, in dem der Fonds gebildet oder die Erhöhung beschlossen wird.

c) Dieses Verhältnis und die Zahlungsbedingungen werden von der Versammlung auf Vorschlag des Generaldirektors und nach Äußerung des Koordinierungsausschusses der Organisation festgesetzt.

(7) a) Das Abkommen über den Sitz, das mit dem Land geschlossen wird, in dessen Hoheitsgebiet die Organisation ihren Sitz hat, sieht vor, daß dieses Land Vorschüsse gewährt, wenn der Betriebsmittelfonds nicht ausreicht. Die Höhe dieser Vorschüsse und die Bedingungen, unter denen sie gewährt werden, sind in jedem Fall Gegenstand besonderer Vereinbarungen zwischen diesem Land und der Organisation.

b) Das unter Buchstaben a bezeichnete Land und die Organisation sind berechtigt, die Verpflichtung zur Gewährung von Vorschüssen durch schriftliche Notifikation zu kündigen. Die Kündigung wird drei Jahre nach Ablauf des Jahres wirksam, in dem sie notifiziert worden ist.

(8) Die Rechnungsprüfung wird nach Maßgabe der Finanzvorschriften von einem oder mehreren Ländern des besonderen Verbandes oder von außenstehenden Rechnungsprüfern vorgenommen, die mit ihrer Zustimmung von der Versammlung bestimmt werden.

Artikel 8

Änderung der Artikel 5 bis 8

(1) Vorschläge zur Änderung der Artikel 5, 6, 7 und dieses Artikels können von jedem Land des besonderen Verbandes oder vom Generaldirektor vorgelegt werden. Diese Vorschläge werden vom Generaldirektor mindestens sechs Monate, bevor sie in der Versammlung beraten werden, den Ländern des besonderen Verbandes mitgeteilt.

(2) Jede Änderung der im Absatz 1 bezeichneten Artikel wird von der Versammlung beschlossen. Der Beschluß erfordert drei Viertel der abgegebenen Stimmen; jede Änderung des Artikels 5 und dieses Absatzes erfordert jedoch vier Fünftel der abgegebenen Stimmen.

(3) Jede Änderung der im Absatz 1 bezeichneten Artikel tritt einen Monat nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem die schriftlichen Notifikationen der verfassungsmäßig zustande gekommenen Annahme des Änderungsvorschlags von drei Vierteln der Länder, die im Zeitpunkt der Beschlußfassung über die Änderung Mitglied des besonderen Verbandes waren, beim Generaldirektor eingegangen sind. Jede auf diese Weise angenommene Änderung der genannten Artikel bindet alle Länder, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderung Mitglied des besonderen Verbandes sind oder später Mitglied werden; jedoch bindet eine Änderung, die die finanziellen Verpflichtungen der Länder des besonderen Verbandes erweitert, nur die Länder, die die Annahme dieser Änderung notifiziert haben.

Artikel 9

Ratifikation und Beitritt; Inkrafttreten

(1) Jedes Partnerland der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums kann dieses Abkommen ratifizieren, wenn es dieses unterzeichnet hat, oder ihm beitreten, wenn es dieses Abkommen nicht unterzeichnet hat.

(2) Die Ratifikations- und Beitrittsurkunden werden beim Generaldirektor hinterlegt.

(3) a) Für die ersten fünf Länder, die ihre Ratifikations- oder Beitrittsurkunden hinterlegt haben, tritt dieses Abkommen drei Monate nach Hinterlegung der fünften Urkunde in Kraft.

b) Für jedes andere Land tritt dieses Abkommen drei Monate nach dem Zeitpunkt der Notifizierung seiner Ratifikation oder seines Beitritts durch den Generaldirektor in Kraft, sofern in der Ratifikations- oder Beitrittsurkunde nicht ein späterer Zeitpunkt angegeben ist. In diesem Fall tritt dieses Abkommen für dieses Land zu dem angegebenen Zeitpunkt in Kraft.

(4) Die Ratifikation oder der Beitritt bewirkt von Rechts wegen die Annahme aller Bestimmungen und die Zulassung zu allen Vorteilen dieses Abkommens.

Artikel 10

Geltung und Dauer des Abkommens

Dieses Abkommen hat dieselbe Geltung und Dauer wie die Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums.

Artikel 11

Revision der Artikel 1 bis 4 und 9 bis 15

(1) Die Artikel 1 bis 4 und 9 bis 15 dieses Abkommens können Revisionen unterzogen werden, um wünschenswerte Verbesserungen einzuführen.

(2) Jede Revision soll Gegenstand einer Konferenz sein, die zwischen den Delegierten der Mitgliedsländer des besonderen Verbandes stattfindet.

Artikel 12

Kündigung

(1) Jedes Land kann dieses Abkommen durch eine an den Generaldirektor gerichtete Notifikation kündigen. Diese Kün-

digung hat nur Wirkung für das Land, das sie erklärt hat; für die übrigen Länder des besonderen Verbandes bleibt das Abkommen in Kraft und wirksam.

(2) Die Kündigung wird ein Jahr nach dem Tag wirksam, an dem die Notifikation beim Generaldirektor eingegangen ist.

(3) Das in diesem Artikel vorgesehene Kündigungsrecht kann von einem Land nicht vor Ablauf von fünf Jahren nach dem Zeitpunkt ausgeübt werden, zu dem es Mitglied des besonderen Verbandes geworden ist.

Artikel 13 Hoheitsgebiete

Artikel 24 der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums ist auf dieses Abkommen anzuwenden.

Artikel 14 Unterzeichnung, Sprachen, Notifikationen

(1) a) Dieses Abkommen wird in einem Original in englischer und französischer Sprache unterzeichnet, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind. Das Original wird bei der schweizerischen Regierung hinterlegt.

b) Dieses Abkommen liegt bis zum 30. Juni 1989 in Bern zur Unterzeichnung auf.

(2) Amtliche Texte werden vom Generaldirektor nach Konsultierung der beteiligten Regierungen in anderen Sprachen hergestellt, die die Versammlung bestimmen kann.

(3) Der Generaldirektor übermittelt zwei von der schweizerischen Regierung beglaubigte Abschriften des unterzeichneten Textes dieses Abkommens den Regierungen der Länder, die es unterzeichnet haben, und der Regierung jedes anderen Landes, die es verlangt.

(4) Der Generaldirektor läßt dieses Abkommen beim Sekretariat der Vereinten Nationen registrieren.

(5) Der Generaldirektor notifiziert den Regierungen aller Länder des besonderen Verbandes den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Abkommens, die Unterzeichnungen, die Hinterlegungen von Ratifikations- oder Beitrittsurkunden, die Annahmen der Änderungen dieses Abkommens und den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Änderungen und die Notifikationen von Kündigungen.

Artikel 15 Übergangsbestimmung

Bis zur Amtsübernahme durch den ersten Generaldirektor gelten Bezugnahmen in diesem Abkommen auf das Internationale Büro der Organisation oder den Generaldirektor als Bezugnahmen auf die Vereinigten Internationalen Büros zum Schutz des geistigen Eigentums (BIRPI) oder ihren Direktor.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu gehörig bevollmächtigten Unterzeichneten dieses Abkommen unterschrieben.

GESCHEHEN in Locarno am 8. Oktober 1968.

ANHANG

Einteilung der Klassen und Unterklassen der Internationalen Klassifikation

Klasse 1 — Nahrungsmittel, einschließlich Diätzeugnisse

- 01) Backwaren, Biskuits, feine Backwaren, Teigwaren
- 02) Schokoladen, Zuckerwaren, Eis
- 03) Käse, Butter und andere Milchprodukte sowie deren Ersatzprodukte

- 04) Fleisch- und Wurstwaren (einschließlich Schweinefleischwaren)
- 05) Futtermittel
- 99) Verschiedenes

Klasse 2 — Bekleidungsstücke, einschließlich Schuhwerk

- 01) Bekleidungsstücke
- 02) Unterwäsche, Damenunterwäsche, Miederwaren, Büstenhalter
- 03) Kopfbedeckungen
- 04) Schuhwerk (einschließlich Stiefel, Schuhe und Hausschuhe)
- 05) Strümpfe und Socken
- 06) Krawatten, Kopf- und Halstücher
- 07) Handschuhwaren
- 08) Kurzwaren
- 99) Verschiedenes

Klasse 3 — Reiseartikel und persönliche Gebrauchsgegenstände, die nicht in anderen Klassen enthalten sind

- 01) Reisekoffer, Handkoffer und Aktentaschen
- 02) Handtaschen, Brieftaschen, Notizbücher, Geldbörsen, Etuis
- 03) Schirme, Stöcke
- 04) Fächer
- 99) Verschiedenes

Klasse 4 — Bürstenwaren

- 01) Reinigungsbürsten und Besen
- 02) Bürsten für Körper- und Schönheitspflege und Kleiderbürsten
- 03) Industriebürsten
- 04) Pinsel
- 99) Verschiedenes

Klasse 5 — Nichtkonfektionierte Textilien, Folien (Bahnen) aus Kunststoff oder Stoffen und Leder

- 01) Garne
- 02) Textilstoffe (gewebt, gestrickt oder auf andere Weise hergestellt)
- 03) Folien (Bahnen) aus Kunststoff oder Stoffen
- 04) Filz
- 05) Folien zur Verkleidung (Tapeten, Linoleum usw.)
- 06) Spitzen
- 07) Stickereien
- 08) Bänder, Borten und andere Posamentierwaren
- 09) Leder und Lederersatz
- 99) Verschiedenes

Klasse 6 — Einrichtungsgegenstände

- 01) Möbel
- 02) Matratzen und Kissen
- 03) Vorhänge (gebrauchsfertig)
- 04) Teppiche
- 05) Matten und Läufer
- 06) Spiegel und Rahmen
- 07) Kleiderbügel
- 08) Tagesdecken
- 09) Haus- und Tischwäsche
- 99) Verschiedenes

Klasse 7 — Haushaltsartikel, die nicht in anderen Klassen enthalten sind

- 01) Porzellan, Glaswaren, Geschirr und andere Waren ähnlicher Art
- 02) Küchengeräte und Behälter
- 03) Messer, Gabeln und Löffel
- 04) Kochherde, Brotröster usw.
- 05) Hack-, Zerkleinerungs-, Mahl- und Rührgeräte

- 06) Bügeleisen sowie Geräte zum Waschen, Reinigen und Trocknen
99) Verschiedenes

Klasse 8 — Werkzeuge und Eisenwaren

- 01) Werkzeuge und Geräte für Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Gartenbau
02) Andere Werkzeuge und Geräte
03) Schlösser und Beschläge
04) Nägel, Schrauben, Muttern, Bolzen usw.
99) Verschiedenes

Klasse 9 — Verpackungen und Behälter

- 01) Flaschen, Fläschchen, Korbflaschen und Töpfe
02) Verschlüsse
03) Kannen und Fässer
04) Schachteln und Kisten
05) Packkörbe, Lattenkisten (Verschläge) und Körbe
06) Säcke, Hüllen, Tuben und Kapsele
07) Konservendosen
08) Seile, Schnüre, Bänder usw. für Verpackungszwecke
99) Verschiedenes

Klasse 10 — Uhren und Meßinstrumente

- 01) Zimmeruhren
02) Taschenuhren und Armbanduhren
03) Wecker
04) Andere Uhren
05) Alle anderen Zeitmeßinstrumente
06) Zifferblätter, Zeiger und alle anderen Uhrentelle, Teile anderer Zeitmeßinstrumente
07) Geodätische, nautische, akustische und meteorologische Instrumente
08) Instrumente zur Messung von physikalischen Größen wie Länge, Druck usw.
09) Instrumente zur Messung der Temperatur
10) Instrumente zur Messung elektrischer Größen (Voltmeter usw.)
11) Prüfinstrumente
99) Verschiedenes

Klasse 11 — Schmuck- und Ziergegenstände

- 01) Schmuck und Juwelierwaren
02) Nipp Sachen, Tischschmuck, Kamin- und Wandschmuck, einschließlich Blumenvasen
03) Medaillen und Abzeichen
04) Künstliche Blumen, Pflanzen und Früchte
05) Festdekorationsartikel
99) Verschiedenes

Klasse 12 — Fahrzeuge

- 01) Fuhrwerke (von Tieren gezogen)
02) Handwagen und Schubkarren
03) Lokomotiven und Wagen für Eisenbahnen sowie alle anderen Schienenfahrzeuge
04) Luftseilbahnen und Sesselbahnen
05) Aufzüge und andere Hebevorrichtungen
06) Schiffe und Boote
07) Flugzeuge und Raumfahrzeuge
08) Kraftwagen und Autobusse
09) Lastwagen und Traktoren
10) Anhänger und Wohnwagenanhänger
11) Motorräder, Motorroller, Fahrräder und Dreiräder
12) Kinderwagen und Wagen für Körperbehinderte
13) Spezialfahrzeuge
14) Luftreifen, Luftschläuche und alle anderen Ausrüstungs- und Zubehörteile, die nicht in anderen Klassen enthalten sind
99) Verschiedenes

Klasse 13 — Anlagen zur Erzeugung, Verteilung und Umwandlung von elektrischer Energie

- 01) Generatoren und Motoren
02) Transformatoren, Gleichrichter, Batterien und Akkumulatoren
03) Anlagen zur Verteilung und Steuerung der elektrischen Energie (Leiter, Schalter, Schalttafeln usw.)
99) Verschiedenes

Klasse 14 — Elektrische und elektronische Geräte

- 01) Geräte zur Aufzeichnung und Wiedergabe von Ton und Bild
02) Geräte zur Speicherung, Wiedergabe und Verarbeitung von Daten
03) Geräte für das Fernmelde- und Nachrichtenwesen (Telegraphie-, Telephon-, Fernschreib-, Fernseh-, Radioapparate)
04) Verstärker
99) Verschiedenes

Klasse 15 — Industrie- und Haushaltsmaschinen

- 01) Nichtelektrische Motoren
02) Pumpen und Kompressoren
03) Landwirtschaftliche Maschinen
04) Baumaschinen
05) Industriemaschinen, die nicht in anderen Klassen enthalten sind
06) Wasch- und Reinigungsmaschinen für industrielle Zwecke
07) Wasch- und Reinigungsmaschinen für den Haushalt
08) Textilmaschinen für industrielle Zwecke zum Nähen, Stricken und Sticken
09) Textilmaschinen für den Haushalt zum Nähen, Stricken und Sticken
10) Kühlmaschinen für industrielle Zwecke
11) Kühlmaschinen für den Haushalt
12) Maschinen für die Herstellung und Zubereitung von Nahrungsmitteln
99) Verschiedenes

Klasse 16 — Photographische, kinematographische und optische Geräte

- 01) Photoapparate
02) Filmapparate
03) Projektionsapparate für feststehende Bilder
04) Filmprojektionsapparate
05) Fotokopier- und Vergrößerungsapparate
06) Apparate zum Entwickeln
07) Zubehör
08) Optische Artikel wie Brillen, Mikroskope usw.
99) Verschiedenes

Klasse 17 — Musikinstrumente

- 01) Tasteninstrumente (einschließlich elektronische und andere Orgeln)
02) Blasinstrumente (einschließlich Harmonikas mit Tasten)
03) Saiteninstrumente
04) Schlaginstrumente
05) Mechanische Musikinstrumente
99) Verschiedenes

Klasse 18 — Druckerei- und Büromaschinen

- 01) Schreib- und Rechenmaschinen, ausgenommen elektronische Maschinen
02) Buchdruckmaschinen
03) Druckmaschinen für andere Druckverfahren (ausgenommen Fotokopiermaschinen)
04) Lettern für den Buchdruck
05) Papierschnidemaschinen
99) Verschiedenes

Klasse 19 — Papierwaren, Büroartikel, Künstler- und Lehrmittelbedarf

- 01) Schreibpapier und Umschläge
- 02) Büroartikel
- 03) Kalender
- 04) Einbände
- 05) Ansichtskarten und andere Drucksachen
- 06) Material und Geräte zum Schreiben von Hand
- 07) Material und Geräte zum Malen (ausgenommen Pinsel), für Bildhauer, zum Gravieren und für andere künstlerische Techniken
- 08) Lehrmittel
- 99) Verschiedenes

Klasse 20 — Verkaufs- und Reklameausrüstungen

- 01) Verkaufsautomaten
- 02) Ausstellungs- und Verkaufsmaterial
- 03) Tafeln (Schilder) und Reklamevorrichtungen
- 99) Verschiedenes

Klasse 21 — Spiele, Spielzeug und Sportartikel

- 01) Spiele
- 02) Spielzeug
- 03) Turn- und Sportgeräte und -artikel
- 04) Vergnügungs- und Unterhaltungsartikel
- 05) Zelte
- 99) Verschiedenes

Klasse 22 — Waffen und Artikel für die Jagd, den Fischfang und zur Vernichtung schädlicher Tiere

- 01) Hieb- und Stichwaffen
- 02) Schußwaffen
- 03) Munition, Zünder und Geschosse
- 04) Jagdartikel (ausgenommen Waffen)
- 05) Angelruten
- 06) Angelrollen
- 07) Angelhaken
- 08) Andere Fischereiartikel
- 09) Fallen und Geräte zur Vernichtung schädlicher Tiere
- 99) Verschiedenes

Klasse 23 — Sanitäre Anlagen, Heizungs-, Lüftungs- und Klimaanlage

- 01) Apparate zur Verteilung von Flüssigkeiten und Gasen (einschließlich Hähne und Rohrleitungen)
- 02) Sanitäre Einrichtungen (Badewannen, Duschen, Waschbecken, Wasserklosetts, Sanitärblöcke usw.)
- 03) Heizungsanlagen
- 04) Lüftungs- und Klimaanlage
- 05) Feste Brennstoffe
- 99) Verschiedenes

Klasse 24 — Medizinische Geräte und Laborausrüstungen

- 01) Geräte für den Krankentransport und die Unterbringung von Kranken im Krankenhaus
- 02) Krankenhaus- und Laborausrüstungen (für Diagnosen, Untersuchungen, Operationen und Behandlungen sowie für die Augenuntersuchung)
- 03) Medizinische, chirurgische und zahnärztliche Instrumente
- 04) Prothesen
- 05) Verbandsartikel, Binden und Bänder und Artikel für die ärztliche Behandlung
- 99) Verschiedenes

Klasse 25 — Bauten und Bauelemente

- 01) Baumaterialien und Bauelemente, wie Bausteine (Mauerziegel), Balken, Dachziegel, Schiefer, Bauplatten usw.
- 02) Fenster, Türen, Rolläden (Jalousien) usw.
- 03) Profilstücke
- 04) Häuser, Garagen und alle anderen Bauten
- 05) Bauteile für den Tiefbau
- 99) Verschiedenes

Klasse 26 — Beleuchtungskörper

- 01) Elektrische und andere Lichtquellen, wie Glühlampen, Leuchtrohren und Leuchtplatten
- 02) Lampen, Stehlampen, Kronleuchter, Wand- und Deckenlampen
- 03) Apparate für die öffentliche Beleuchtung (Außenlampen, Bühnenbeleuchtung, Scheinwerfer)
- 04) Fackeln, tragbare Lampen und Laternen
- 05) Kerzen und Leuchter
- 06) Lampenschirme
- 99) Verschiedenes

Klasse 27 — Tabakwaren und Raucherartikel

- 01) Tabakwaren, Zigarren und Zigaretten
- 02) Pfeifen, Zigarren- und Zigarettenspitzen
- 03) Aschenbecher
- 04) Streichhölzer
- 05) Feuerzeuge
- 06) Zigarren- und Zigarettenetuis, Tabakdosen und -beutel
- 99) Verschiedenes

Klasse 28 — Pharmazeutische und kosmetische Erzeugnisse und Artikel, Toilettenartikel und -ausrüstung

- 01) Pharmazeutische Erzeugnisse und Artikel
- 02) Kosmetische Erzeugnisse und Artikel
- 03) Toilettenartikel und Geräte für die Schönheitspflege
- 99) Verschiedenes

Klasse 29 — Vorrichtungen und Ausrüstungen zur Rettung und zum Schutz von Menschen

- 01) Vorrichtungen und Ausrüstungen gegen Feuer
- 02) Vorrichtungen und Ausrüstungen zur Rettung auf oder unter dem Wasser
- 03) Vorrichtungen und Ausrüstungen für das Gebirgsrettungswesen
- 04) Vorrichtungen und Ausrüstungen zur Rettung aus anderen Gefahren (Straßenverkehrs-, Bergwerks-, Arbeitsunfälle usw.)
- 99) Verschiedenes

Klasse 30 — Pflege und Behandlung von Tieren

- 01) Schutzhütten und Koppeln
- 02) Vorrichtungen zum Füttern und Tränken
- 03) Sattlerwaren
- 04) Vorrichtungen und Ausrüstungen zur Rettung von Tieren
- 99) Andere Artikel

Klasse 31 — Verschiedenes

Alle Erzeugnisse, die nicht in den obengenannten Klassen enthalten sind.

**Locarno Agreement Establishing
an International Classification
for Industrial Designs
of October 8, 1968**

Article 1

**Establishment of a Special Union;
Adoption of an International Classification**

(1) The countries to which this Agreement applies constitute a Special Union.

(2) They adopt a single classification for industrial designs (hereinafter designated as "the international classification").

(3) The international classification shall comprise:

(i) a list of classes and subclasses;

(ii) an alphabetical list of goods in which industrial designs are incorporated, with an indication of the classes and subclasses into which they fall;

(iii) explanatory notes.

(4) The list of classes and subclasses is the list annexed to the present Agreement, subject to such amendments and additions as the Committee of Experts set up under Article 3 (hereinafter designated as "the Committee of Experts") may make to it.

(5) The alphabetical list of goods and the explanatory notes shall be adopted by the Committee of Experts in accordance with the procedure laid down in Article 3.

(6) The international classification may be amended or supplemented by the Committee of Experts, in accordance with the procedure laid down in Article 3.

(7) (a) The international classification shall be established in the English and French languages.

(b) Official texts of the international classification, in such other languages as the Assembly referred to in Article 5 may designate, shall be established, after consultation with the interested Governments, by the International Bureau of Intellectual Property (hereinafter designated as "the International Bureau") referred to in the Convention establishing the World Intellectual Property Organization (hereinafter designated as "the Organization").

Article 2

**Use and Legal Scope of the
International Classification**

(1) Subject to the requirements prescribed by this Agreement, the international classification shall be solely of an administrative character. Nevertheless, each country may attribute to it the legal scope which it considers appropriate. In particular, the international classification shall not bind the countries of the Special Union as regards the nature and scope of the protection afforded to the design in those countries.

(2) Each country of the Special Union reserves the right to use the international classification as a principal or as a subsidiary system.

(3) The Offices of the countries of the Special Union shall include in the official documents for the deposit or registration of designs, and if they are officially published, in the publications in question, the numbers of the classes and subclasses of the international classification into which the goods incorporating the designs belong.

(4) In selecting terms for inclusion in the alphabetical list of goods, the Committee of Experts shall exercise reasonable care to avoid using terms in which exclusive rights may exist.

The inclusion of any word in the alphabetical index, however, is not an expression of opinion of the Committee of Experts on whether or not it is subject to exclusive rights.

Article 3

Committee of Experts

(1) A Committee of Experts shall be entrusted with the tasks referred to in Article 1 (4), 1 (5) and 1 (6). Each country of the Special Union shall be represented on the Committee of Experts, which shall be organized according to rules of procedure adopted by a simple majority of the countries represented.

(2) The Committee of Experts shall adopt the alphabetical list and explanatory notes by a simple majority of the votes of the countries of the Special Union.

(3) Proposals for amendments or additions to the international classification may be made by the Office of any country of the Special Union or by the International Bureau. Any proposal emanating from an Office shall be communicated by that Office to the International Bureau. Proposals from Offices and from the International Bureau shall be transmitted by the latter to the members of the Committee of Experts not later than two months before the session of the Committee at which the said proposals are to be considered.

(4) The decisions of the Committee of Experts concerning the adoption of amendments and additions to be made in the international classification, shall be by a simple majority of the countries of the Special Union. Nevertheless, if such decisions entail the setting up of a new class or any transfer of goods from one class to another, unanimity shall be required.

(5) Each expert shall have the right to vote by mail.

(6) If a country does not appoint a representative for a given session of the Committee of Experts, or if the expert appointed has not expressed his vote during the session or within a period to be prescribed by the rules of procedure of the Committee of Experts, the country concerned shall be considered to have accepted the decision of the Committee.

Article 4

**Notification and publication
of the classification and of its
amendments and additions thereto**

(1) The alphabetical list of goods and the explanatory notes adopted by the Committee of Experts, as well as any amendment or addition to the international classification decided by the Committee, shall be communicated to the Offices of the Countries of the Special Union by the International Bureau. The decisions of the Committee of Experts shall enter into force as soon as the communication is received. Nevertheless, if such decisions entail the setting up of a new class or any transfer of goods from one class to another, they shall enter into force within a period of six months from the date of said communication.

(2) The International Bureau, as depositary of the international classification, shall incorporate therein the amendments and additions which have entered into force. Announcements of the amendments and additions shall be published in the periodicals to be designated by the Assembly.

Article 5

Assembly of the Special Union

(1) (a) The Special Union shall have an Assembly consisting of the countries of the Special Union.

(b) The Government of each country of the Special Union shall be represented by one delegate, who may be assisted by alternate delegates, advisors, and experts.

(c) The expenses of each delegation shall be borne by the Government which has appointed it.

(2) (a) Subject to the provisions of Article 3, the Assembly shall:

- (i) deal with all matters concerning the maintenance and development of the Special Union and the implementation of this Agreement;
 - (ii) give directions to the International Bureau concerning the preparation for conferences of revision;
 - (iii) review and approve the reports and activities of the Director General of the Organization (hereinafter designated as "the Director General") concerning the Special Union; and give him all necessary instructions concerning matters within the competence of the Special Union;
 - (iv) determine the program and adopt the triennial budget of the Special Union, and approve its final accounts;
 - (v) adopt the financial regulations of the Special Union;
 - (vi) decide on the establishment of official texts of the international classification in languages other than English and French;
 - (vii) establish, in addition to the Committee of Experts set up under Article 3, such other committees of experts and working groups as it deems appropriate to achieve the objectives of the Special Union;
 - (viii) determine which countries not members of the Special Union and which intergovernmental and international non-governmental organizations shall be admitted to its meetings as observers;
 - (ix) adopt amendments to Article 5 to 8;
 - (x) take any other appropriate action designed to further the objectives of the Special Union;
 - (xi) perform such other functions as are appropriate under this Agreement.
- (b) With respect to matters which are of interest also to other Unions administered by the Organization, the Assembly shall make its decisions after having heard the advice of the Coordination Committee of the Organization.

(3) (a) Each country member of the Assembly shall have one vote.

(b) One-half of the countries members of the Assembly shall constitute a quorum.

(c) Notwithstanding the provisions of subparagraph (b), if, in any session, the number of countries represented is less than one-half but equal to or more than one-third of the countries members of the Assembly, the Assembly may make decisions but, with the exception of decisions concerning its own procedure, all such decisions shall take effect only if the conditions set forth hereinafter are fulfilled. The International Bureau shall communicate the said decisions to the countries members of the Assembly which were not represented and shall invite them to express in writing their vote or abstention within a period of three months from the date of the communication. If, at the expiration of this period, the number of countries having thus expressed their vote or abstention attains the number of countries which was lacking for attaining the quorum in the session itself, such decisions shall take effect provided that at the same time the required majority still obtains.

(d) Subject to the provisions of Article 8 (2), the decisions of the Assembly shall require two-thirds of the votes cast.

(e) Abstention shall not be considered as votes.

(f) A delegate may represent, and vote in the name of, one country only.

(4) (a) The Assembly shall meet once in every third calendar year in ordinary session upon convocation by the Director General and, in the absence of exceptional circumstances, during the same period and at the same place as the General Assembly of the Organization.

(b) The Assembly shall meet in extraordinary session upon convocation by the Director General, at the request of one-fourth of the countries members of the Assembly.

(c) The agenda of each session shall be prepared by the Director General.

(5) The Assembly shall adopt its own rules of procedure.

Article 6

International Bureau

(1) (a) Administrative tasks concerning the Special Union shall be performed by the International Bureau.

(b) In particular, the International Bureau shall prepare the meetings and provide the secretariat of the Assembly, the Committee of Experts, and such other committees of experts and working groups as may have been established by the Assembly or the Committee of Experts.

(c) The Director General shall be the chief executive of the Special Union and shall represent the Special Union.

(2) The Director General and any staff member designated by him shall participate, without the right to vote, in all meetings of the Assembly, the Committee of Experts, and such other committees of experts or working groups as may have been established by the Assembly or the Committee of Experts. The Director General, or a staff member designated by him, shall be ex officio secretary of those bodies.

(3) (a) The International Bureau shall, in accordance with the directions of the Assembly, make the preparations for the conferences of revision of the provisions of the Agreement other than Articles 5 to 8.

(b) The International Bureau may consult with intergovernmental and international non-governmental organizations concerning preparations for conferences of revision.

(c) The Director General and persons designated by him shall take part, without the right to vote, in the discussions at those conferences.

(4) The International Bureau shall carry out any other tasks assigned to it.

Article 7

Finances

(1) (a) The Special Union shall have a budget.

(b) The budget of the Special Union shall include the income and expenses proper to the Special Union, its contribution to the budget of expenses common to the Unions, and, where applicable, the sum made available to the budget of the conference of the Organization.

(c) Expenses not attributable exclusively to the Special Union but also to one or more other Unions administered by the Organization shall be considered as expenses common to the Unions. The share of the Special Union in such common expenses shall be in proportion to the interest the Special Union has in them.

(2) The budget of the Special Union shall be established with due regard to the requirements of coordination with the budgets of the other Unions administered by the Organization.

(3) The budget of the Special Union shall be financed from the following sources:

- (i) contributions of the countries of the Special Union;
- (ii) fees and charges due for services rendered by the International Bureau in relation to the Special Union;

(iii) sale of, or royalties on, the publications of the International Bureau concerning the Special Union;

(iv) gifts, bequests, and subventions;

(v) rents, interests, and other miscellaneous income.

(4) (a) For the purpose of establishing its contribution referred to in paragraph (3) (i), each country of the Special Union shall belong to the same class as it belongs to in the Paris Union for the Protection of Industrial Property, and shall pay its annual contributions on the basis of the same number of units as is fixed for that class in that Union.

(b) The annual contribution of each country of the Special Union shall be an amount in the same proportion to the total sum to be contributed to the budget of the Special Union by all countries as the number of its units is to the total of the units of all contributing countries.

(c) Contributions shall become due on the first of January of each year.

(d) A country which is in arrears in the payment of its contributions may not exercise its right to vote in any organ of the Special Union if the amount of its arrears equals or exceeds the amount of the contributions due from it for the preceding two full years. However, any organ of the Special Union may allow such a country to continue to exercise its right to vote in that organ if, and as long as, it is satisfied that the delay in payment is due to exceptional and unavoidable circumstances.

(e) If the budget is not adopted before the beginning of a new financial period, it shall be at the same level as the budget of the previous year, as provided in the financial regulations.

(5) The amount of the fees and charges due for services rendered by the International Bureau in relation to the Special Union shall be established, and shall be reported to the Assembly, by the Director General.

(6) (a) The Special Union shall have a working capital fund which shall be constituted by a single payment made by each country of the Special Union. If the fund becomes insufficient, the Assembly shall decide to increase it.

(b) The amount of the initial payment of each country to the said fund or of its participation in the increase thereof shall be a proportion of the contribution of that country for the year in which the fund is established or the decision to increase it is made.

(c) The proportion and the terms of payment shall be fixed by the Assembly on the proposal of the Director General and after it has heard the advice of the Coordination Committee of the Organization.

(7) (a) In the headquarters agreement concluded with the country on the territory of which the Organization has its headquarters, it shall be provided that, whenever the working capital fund is insufficient, such country shall grant advances. The amount of those advances and the conditions on which they are granted shall be the subject of separate agreements, in each case, between such country and the Organization.

(b) The country referred to in subparagraph (a) and the Organization shall each have the right to denounce the obligation to grant advances, by written notification. Denunciation shall take effect three years after the end of the year in which it has been notified.

(8) The auditing of the accounts shall be effected by one or more of the countries of the Special Union or by external auditors, as provided in the financial regulations. They shall be designated, with their agreement, by the Assembly.

Article 8

Amendment of Articles 5 to 8

(1) Proposals for the amendment of Articles 5, 6, 7 and the present Article, may be initiated by any country of the Special Union or by the Director General. Such proposals shall be

communicated by the Director General to the countries of the Special Union at least six months in advance of their consideration by the Assembly.

(2) Amendments to the Articles referred to in paragraph (1) shall be adopted by the Assembly. Adoption shall require three-fourths of the votes cast, provided that any amendment to Article 5, and to the present paragraph, shall require four-fifths of the votes cast.

(3) Any amendment to the Articles referred to in paragraph (1) shall enter into force one month after written notifications of acceptance, effected in accordance with their respective constitutional processes, have been received by the Director General from three-fourths of the countries members of the Special Union at the time the amendment was adopted. Any amendment to the said Articles thus accepted shall bind all the countries which are members of the Special Union at the time the amendment enters into force, or which become members thereof at a subsequent date, provided that any amendment increasing the financial obligations of countries of the Special Union shall bind only those countries which have notified their acceptance of such amendment.

Article 9

Ratification and Accession; Entry Into Force

(1) Any country party to the Paris Convention for the Protection of Industrial Property which has signed this Agreement may ratify it, and, if it has not signed it, may accede to it.

(2) Instruments of ratification and accession shall be deposited with the Director General.

(3) (a) With respect to the first five countries which have deposited their instruments of ratification or accession, this Agreement shall enter into force three months after the deposit of the fifth such instrument.

(b) With respect to any other country, this Agreement shall enter into force three months after the date on which its ratification or accession has been notified by the Director General, unless a subsequent date has been indicated in the instrument of ratification or accession. In the latter case, this Agreement shall enter into force with respect to that country on the date thus indicated.

(4) Ratification or accession shall automatically entail acceptance of all the clauses and admission to all the advantages of this Agreement.

Article 10

Force and Duration of the Agreement

This Agreement shall have the same force and duration as the Paris Convention for the Protection of Intellectual Property.

Article 11

Revision of Articles 1 to 4 and 9 to 15

(1) Articles 1 to 4 and 9 to 15 of this Agreement may be submitted to revision with a view to the introduction of desired improvements.

(2) Every revision shall be considered at a conference which shall be held among the delegates of the countries of the Special Union.

Article 12

Denunciation

(1) Any country may denounce this Agreement by notification addressed to the Director General. Such denunciation shall affect only the country making it, the Agreement remaining in full force and effect as regards the other countries of the Special Union.

(2) Denunciation shall take effect one year after the day on which the Director General has received the notification.

(3) The right of denunciation provided by this Article shall not be exercised by any country before the expiration of five years from the date upon which it becomes a member of the Special Union.

Article 13
Territories

The provisions of Article 24 of the Paris Convention for the Protection of Industrial Property shall apply to this Agreement.

Article 14
Signature, Languages, Notifications

(1) (a) This Agreement shall be signed in a single copy in the English and French languages, both texts being equally authentic, and shall be deposited with the Government of Switzerland.

(b) This Agreement shall remain open for signature at Berne until June 30, 1969.

(2) Official texts shall be established by the Director General, after consultation with the interested Governments, in such other languages as the Assembly may designate.

(3) The Director General shall transmit two copies, certified by the Government of Switzerland, of the signed text of this Agreement to the Governments of the countries that have signed it and, on request, to the Government of any other country.

(4) The Director General shall register this Agreement with the Secretariat of the United Nations.

(5) The Director General shall notify the Governments of all countries of the Special Union of the date of entry into force of the Agreement, signatures, deposits of instruments of ratification or accession, acceptances of amendments to this Agreement and the dates on which such amendments enter into force, and notifications of denunciation.

Article 15

Transitional Provision

Until the first Director General assumes office, references in this Agreement to the International Bureau of the Organization or to the Director General shall be deemed to be references to the United International Bureaux for the Protection of Intellectual Property (BIRPI) or its Director, respectively.

IN WITNESS WHEREOF, the undersigned, being duly authorized thereto, have signed this Agreement.

DONE at Locarno, on October 8, 1968.

ANNEX

**LIST OF CLASSES AND SUBCLASSES
OF THE
INTERNATIONAL CLASSIFICATION**

Class 1 — Foodstuffs, Including Dietetic Foods

- 01) Bakers' products, biscuits, pastry, macaroni, etc.
- 02) Chocolates, confectionery, ices
- 03) Cheeses, butter and other dairy produce and substitutes
- 04) Butchers' meat (including pork products)
- 05) Animal foodstuffs
- 99) Miscellaneous

Class 2 — Articles of Clothing, Including Footwear

- 01) Garments
- 02) Undergarments, lingerie, corsets, brassières
- 03) Headwear
- 04) Footwear (including boots, shoes and slippers)
- 05) Socks and stockings
- 06) Neckties, scarves and neckerchiefs
- 07) Gloves
- 08) Haberdashery
- 99) Miscellaneous

Class 3 — Travel Goods and Personal Belongings, Not Elsewhere Specified

- 01) Trunks, suitcases and briefcases
- 02) Handbags, wallets, pocketbooks, purses, boxes
- 03) Umbrellas, walking sticks
- 04) Fans
- 99) Miscellaneous

Class 4 — Brushware

- 01) Brushes for cleaning and brooms
- 02) Toilet and clothes brushes
- 03) Brushes for industry
- 04) Paint-brushes
- 99) Miscellaneous

Class 5 — Textile Piece-goods Articles, and Other Sheet Material

- 01) Spun articles
- 02) Textile fabrics (woven, knitted, etc.)
- 03) Sheet material
- 04) Felt
- 05) Covering sheets (wallpaper, linoleum, etc.)
- 06) Lace
- 07) Embroideries
- 08) Ribbons, braids and other trimmings
- 09) Leather and substitutes
- 99) Miscellaneous

Class 6 — Furnishing

- 01) Furniture
- 02) Mattresses and cushions
- 03) Curtains (ready-made)
- 04) Carpets
- 05) Mats and floor rugs
- 06) Mirrors and frames
- 07) Garment hangers
- 08) Bedspreads
- 09) Household linen and napery
- 99) Miscellaneous

Class 7 — Household Goods, Not Elsewhere Specified

- 01) China, glassware, dishes and other articles of similar nature
- 02) Cooking utensils and containers
- 03) Knives, forks and spoons
- 04) Cooking stoves, toasters, etc.
- 05) Chopping, mincing, grinding and mixing machines
- 06) Flat-irons and laundering, cleaning and drying equipment
- 99) Miscellaneous

Class 8 — Tools and Hardware

- 01) Tools and implements for agriculture, forestry and horticulture
- 02) Other tools and implements
- 03) Locks and other hardware fittings
- 04) Nails, screws, nuts, bolts, etc.
- 99) Miscellaneous

Class 9 — Packages and Containers

- 01) Bottles, flasks, carboys, demijohns and pots
- 02) Closing means
- 03) Drums and casks
- 04) Boxes and cases
- 05) Hampers, crates and baskets
- 06) Bags, wrappers and tubes and capsules
- 07) Cans
- 08) Ropes and hooping materials
- 99) Miscellaneous

Class 10 — Clocks and Watches, and Measuring Instruments

- 01) House clocks
- 02) Watches and wrist-watches
- 03) Alarms
- 04) Other clocks
- 05) All other chronometrical instruments
- 06) Dials, hands and all other parts of watches, clocks, and of other chronometrical instruments
- 07) Geodetic, nautical, acoustic and meteorological articles
- 08) Instruments for measuring physical sizes, like length, pressure, etc.
- 09) Instruments for measuring temperature
- 10) Instruments for measuring electric sizes (voltmeters, etc)
- 11) Testing instruments
- 99) Miscellaneous

Class 11 — Articles of Adornment

- 01) Jewelry
- 02) Trinkets, table, mantel and wall ornaments, including flower vases
- 03) Medals and badges
- 04) Artificial flowers, fruits and plants
- 05) Festive decorations
- 99) Miscellaneous

Class 12 — Vehicles

- 01) Vehicles drawn by animals
- 02) Trolleys, trucks and barrows, hand-drawn
- 03) Locomotives and rolling-stock for railways and all other rail vehicles
- 04) Telepher carriers and chair lifts
- 05) Elevators and hoists
- 06) Ships and boats
- 07) Aircraft and space vehicles
- 08) Motor-cars and buses
- 09) Lorries and tractors
- 10) Trailers, including camping or house trailers
- 11) Motorcycles, scooters, bicycles and tricycles
- 12) Perambulators and invalid chairs
- 13) Special vehicles
- 14) Pneumatic tyres, inner tubes and all other equipment or accessories, not elsewhere specified
- 99) Miscellaneous

Class 13 — Equipment for Production, Distribution and Transformation of Electricity

- 01) Generators and motors
- 02) Power transformers, rectifiers, batteries and accumulators
- 03) Equipment for distribution and control of electric power (conductors, switch-gear, etc.)
- 99) Miscellaneous

Class 14 — Electrical and Electronic Equipment

- 01) Equipment for the recording and reproduction of sounds or pictures
- 02) Equipment for the recording, reproduction and retrieval of information
- 03) Communications equipment (telegraph, telephone, teletype, television and radio)
- 04) Amplifiers
- 99) Miscellaneous

Class 15 — Industrial and Household Machines

- 01) Engines (not electrical)
- 02) Pumps and compressors
- 03) Agricultural machinery
- 04) Construction machinery
- 05) Industrial machines, not elsewhere specified
- 06) Industrial laundry and cleaning machines
- 07) Household laundry and cleaning machines
- 08) Industrial textile sewing, knitting and embroidering machines
- 09) Household textile sewing, knitting and embroidering machines
- 10) Industrial refrigeration apparatus
- 11) Household refrigeration apparatus
- 12) Food preparation machines
- 99) Miscellaneous

Class 16 — Photographic, Cinematographic and Optical Apparatus

- 01) Photographic cameras
- 02) Film cameras
- 03) Projectors (for slides)
- 04) Projectors (for films)
- 05) Photocopying apparatus and enlargers
- 06) Developing apparatus
- 07) Accessories
- 08) Optical articles, such as spectacles, microscopes, etc.
- 99) Miscellaneous

Class 17 — Musical Instruments

- 01) Keyboard instruments (including electronic and other organs)
- 02) Wind instruments (including piano accordions)
- 03) Stringed instruments
- 04) Percussion instruments
- 05) Mechanical instruments
- 99) Miscellaneous

Class 18 — Printing and Office Machinery

- 01) Typewriter and calculating machines, with the exception of electronic machines
- 02) Typographical machinery
- 03) Machinery for printing by processes other than typography (excluding photocopying machinery)
- 04) Characters and type faces
- 05) Masticots
- 99) Miscellaneous

Class 19 — Stationers' Goods, Desk Equipment, Artists' and Teaching Materials

- 01) Writing paper and envelopes
- 02) Desk equipment
- 03) Calendars
- 04) Bindings
- 05) Illustrated cards and other printed matter
- 06) Materials and instruments for writing by hand
- 07) Materials and instruments for painting (excluding brushes), for sculpture, for engraving and for other artistic techniques
- 08) Teaching materials
- 99) Miscellaneous

Class 20 — Sales and Advertising Equipment

- 01) Automatic vending machines
- 02) Display and sales equipment
- 03) Signboards and advertising materials
- 99) Miscellaneous

Class 21 — Games, Toys and Sports Goods

- 01) Games
- 02) Toys
- 03) Gymnastics and sports apparatus and equipment
- 04) Amusement and entertainment articles
- 05) Tents
- 99) Miscellaneous

Class 22 — Arms and Tackle for Hunting, Fishing and Vermin Trapping

- 01) Side arms
- 02) Projectile weapons
- 03) Ammunition, fuses and projectiles
- 04) Hunting equipment (excluding weapons)
- 05) Fishing rods
- 06) Reels for fishing rods
- 07) Baits
- 08) Other pieces of fishing tackle
- 09) Traps and articles for vermin destruction
- 99) Miscellaneous

Class 23 — Sanitary, Heating, Ventilation and Air-Conditioning Equipment

- 01) Fluid and gas-distribution equipment (including pipes and pipe fittings)
- 02) Sanitary fittings and equipment (baths, showers, wash-basins, lavatories, sanitary units, etc.)
- 03) Heating equipment
- 04) Ventilation and air-conditioning
- 05) Solid fuel
- 99) Miscellaneous

Class 24 — Medical and Laboratory Equipment

- 01) Equipment for transport and accommodation for patients
- 02) Hospital and laboratory equipment (for diagnostic, tests, operations, treatment, eye-testing)
- 03) Medical, surgical, dental instruments
- 04) Prosthetic articles
- 05) Material for dressing and nursing
- 99) Miscellaneous

Class 25 — Building Units and Construction Elements

- 01) Building material and elements, such as bricks, beams, tiles, slates, panels, etc.
- 02) Windows, doors, blinds, etc.
- 03) Sections, angles and channels
- 04) Houses, garages, and all other buildings
- 05) Civil engineering elements
- 99) Miscellaneous

Class 26 — Lighting Apparatus

- 01) Luminous sources, electrical or not, such as incandescent bulbs, luminous tubes and plates
- 02) Lamps, standard lamps, chandeliers, wall and ceiling fixtures
- 03) Public lighting fixtures (outside lamps, stagelighting, floodlights)
- 04) Torches and hand lamps and lanterns
- 05) Candles, candlesticks
- 06) Lamp-shades
- 99) Miscellaneous

Class 27 — Tobacco and Smokers' Supplies

- 01) Tobacco, cigars and cigarettes
- 02) Pipes, cigar and cigarette holders
- 03) Ash-trays
- 04) Matches
- 05) Lighters
- 06) Cigar cases, cigarette cases, tobacco jars and pouches
- 99) Miscellaneous

Class 28 — Pharmaceutical and Cosmetic Articles and Products, Toilet Articles and Apparatus

- 01) Pharmaceutical articles and products
- 02) Cosmetic articles and products
- 03) Toilet articles and beauty parlor equipment
- 99) Miscellaneous

Class 29 — Safety and Protective Devices and Equipment for Human Beings

- 01) Devices and equipment against fire hazards
- 02) Devices and equipment for water rescue
- 03) Devices and equipment for mountain rescue
- 99) Devices and equipment against other hazards (roads, mines, industries, etc.)

Class 30 — Care and Handling of Animals

- 01) Shelters and pens
- 02) Feeders and waterers
- 03) Saddlery
- 04) Safety and protective devices and equipment for animals
- 99) Other articles

Class 31 — Miscellaneous

All the products not included in the preceding Classes.

Bekanntmachung**über die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Internationalen Zuckerabkommens, 1973**

vom 10. Juni 1977

Am 14. November 1975 und am 23. Dezember 1976 wurde dem Generalsekretär der Vereinten Nationen die Zustimmung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu den Resolutionen Nr. 1 und Nr. 2 des Internationalen Zuckerrates vom 30. September 1975 bzw. vom 18. Juni 1976 über die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Internationalen Zuckerabkommens, 1973, in dem die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik entsprechend der Bekanntmachung vom 25. November 1974 (GBI. II Nr. 28 S. 515) die Mitgliedschaft erworben hat, übermittelt.

Mit der Übergabe der Noten über die Zustimmung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zur Verlängerung der Gültigkeitsdauer des genannten Abkommens an den Generalsekretär der Vereinten Nationen wurde die Gültigkeit des Abkommens für die Deutsche Demokratische Republik bis zum 31. Dezember 1977 verlängert.

Berlin, den 10. Juni 1977

Der Leiter
des Sekretariats des Ministerrates

Dr. Kleinert
Staatssekretär

Herausgeber: Sekretariat des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstraße 47, Telefon: 209 36 22 — Veröffentlichung unter Lizenz-Nr. 731 — Verlag: (610/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17, Telefon: 209 45 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 2,50 M, Teil II 3,— M — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr.

Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 581 Erfurt, Postschleißfach 696. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 108 Berlin, Neustädtische Kirchstraße 15, Telefon: 229 22 33

Artikel-Nr. (EDV) 10 131

Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Roffenoffsetdruck)

Index 31 818



GESETZBLATT

269.

der Deutschen Demokratischen Republik

1977	Berlin, den 22. August 1977	Teil II Nr. 13
Tag	Inhalt	Seite
27. 6. 77	Bekanntmachung über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Europäischen Konvention vom 9. Dezember 1960 über die Zollbehandlung von Paletten, die im internationalen Verkehr verwendet werden	269
5. 7. 77	Bekanntmachung über die Ratifikation des Vertrages vom 6. Mai 1977 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Mongolischen Volksrepublik zur Beseitigung bestehender und Verhinderung der Entstehung künftiger Fälle von doppelter Staatsbürgerschaft	275
11. 7. 77	Bekanntmachung über die Ratifikation der Konvention über die Registrierung von in den Weltraum entsandten Objekten vom 12. November 1974 durch die Deutsche Demokratische Republik	279
16. 6. 77	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens vom 10. Juli 1970 über die Bildung der Internationalen Investitionsbank	284
16. 6. 77	Bekanntmachung über die Ratifikation des Zweiten Zusatzprotokolls zur Verfassung des Weltpostvereins vom 5. Juli 1974 durch die Deutsche Demokratische Republik	284
27. 6. 77	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Resolution der 26. Weltgesundheitsversammlung zur Änderung der Verfassung der Weltgesundheitsorganisation (Artikel 34 und 55)	284

**Bekanntmachung
über den Beitritt
der Deutschen Demokratischen Republik
zur Europäischen Konvention vom 9. Dezember 1960
über die Zollbehandlung von Paletten,
die im internationalen Verkehr verwendet werden
vom 27. Juni 1977**

Am 15. März 1977 wurde die Beitrittsurkunde der Deutschen Demokratischen Republik zur Europäischen Konvention vom 9. Dezember 1960 über die Zollbehandlung von Paletten, die im internationalen Verkehr verwendet werden, beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

Bei der Hinterlegung der Beitrittsurkunde wurde von seiten der Deutschen Demokratischen Republik zu Artikel 11 Absätze 2 und 3 der Konvention folgender Vorbehalt erklärt:

„Die Deutsche Demokratische Republik betrachtet sich nicht durch die Bestimmungen des Artikels 11 Absätze 2 und 3 der Konvention gebunden, wonach ein Streitfall über die Auslegung oder Anwendung der Konvention, der nicht auf dem Verhandlungswege beigelegt wurde, auf Antrag einer der am Streitfall beteiligten Vertragsparteien einem Schiedsverfahren zu unterwerfen ist.

Die Deutsche Demokratische Republik vertritt hierzu die Auffassung, daß in jedem Einzelfall die Zustimmung aller am Streitfall beteiligten Vertragsparteien erforderlich ist, um einen Streitfall durch ein Schiedsverfahren zu entscheiden.“

Zu Artikel 10 der Konvention wurde folgende Erklärung abgegeben:

„Die Deutsche Demokratische Republik läßt sich in ihrer Haltung zu den Bestimmungen des Artikels 10 der Konvention, soweit sie die Anwendung der Konvention auf Kolonialgebiete und andere abhängige Territorien betreffen, von den Festlegungen der Deklaration der Vereinten Nationen über die Gewährung der Unabhängigkeit an die kolonialen Länder und Völker (Res. Nr. 1514 [XV] vom 14. Dezember 1960) leiten, welche die Notwendigkeit einer schnellen und bedingungslosen Beendigung des Kolonialismus in allen seinen Formen und Äußerungen proklamieren.“

Die Konvention ist gemäß Artikel 7 Absatz 2 für die Deutsche Demokratische Republik am 13. Juni 1977 in Kraft getreten.

Die Konvention wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 27. Juni 1977

Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik

H. Eichler

**Europäische Konvention
über die Zollbehandlung von Paletten,
die im internationalen Verkehr verwendet werden**

DIE VERTRAGSPARTEIEN,

IN ANBETRACHT DESSEN, daß Paletten, insbesondere infolge ihres gemeinschaftlichen Gebrauchs, in zunehmendem Maße im internationalen Verkehr verwendet werden,

IN DEM WUNSCH, diese zunehmende Verwendung zu begünstigen, um den internationalen Verkehr zu erleichtern und seine Kosten zu verringern,

SIND wie folgt ÜBEREINGEKOMMEN:

KAPITEL I**Allgemeine Bestimmungen****Artikel 1**

(1) Im Sinne dieser Konvention bedeutet der Begriff

- a) „Eingangsabgaben und -zölle“ nicht nur die Zölle, sondern auch alle anderen aus Anlaß der Einfuhr zu erhebenden Abgaben;
- b) „Palette“ eine Vorrichtung, auf deren Boden sich eine gewisse Gütermenge zu einer Verladeeinheit zusammenfassen läßt, um als solche befördert oder mit mechanischen Geräten bewegt oder gestapelt zu werden. Diese Vorrichtung besteht entweder aus zwei durch Stützen miteinander verbundenen Böden oder aus einem auf Füßen ruhenden Boden; ihre Gesamthöhe ist möglichst niedrig gehalten, ohne daß dadurch die Handhabung mit Gabelstaplern oder Palettenwagen behindert wird; sie kann auch mit einem Aufsetzrahmen versehen sein;
- c) „Personen“ sowohl natürliche als auch juristische Personen.

(2) Diese Konvention gilt für Paletten, die aus dem Hoheitsgebiet einer Vertragspartei in das Hoheitsgebiet einer anderen Vertragspartei eingeführt werden.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei läßt die Einfuhr von Paletten ohne Entrichtung der Eingangsabgaben und -zölle und ohne Anwendung von Einfuhrverboten und Einfuhrbeschränkungen zu, sofern

- a) sie vorher ausgeführt worden sind oder später wieder ausgeführt werden, oder
- b) die gleiche Anzahl Paletten von gleichem Typ und annähernd gleichem Wert vorher ausgeführt worden ist oder später ausgeführt wird.

(2) Vorbehaltlich des Artikels 3 richten sich das Verfahren und die Bedingungen der Anwendung der im Absatz 1 vorgesehenen Regelung nach den Vorschriften jeder Vertragspartei. Diese Vorschriften können insbesondere Bestimmungen enthalten, die verhindern sollen, daß die Zahl der endgültig ohne Entrichtung der Eingangsabgaben und -zölle eingeführten Paletten größer ist als die Zahl der ausgeführten oder auszuführenden Paletten.

(3) Jede Vertragspartei wird sich bemühen, die Formalitäten so einfach wie möglich zu gestalten und insbesondere auf eine Sicherheitsleistung für die Eingangsabgaben und -zölle zu verzichten.

Artikel 3

(1) Bei der Anwendung des Artikels 2 Absatz 1 auf Paletten, die auf Grund einer Vereinbarung gemeinschaftlich genutzt werden, verzichtet jede Vertragspartei bei der Ein- und Ausfuhr auf die Vorlage eines Zolldokumentes und auf eine Sicherheitsleistung für die Eingangsabgaben und -zölle, wenn die Vereinbarung vorsieht, daß die daran Beteiligten

- a) untereinander von Land zu Land Paletten des gleichen Typs bei internationalen Warentransporten austauschen,
- b) nach Palettentypen getrennt über die Anzahl der auf diese Weise von Land zu Land ausgetauschten Paletten Buch führen und
- c) sich verpflichten, innerhalb einer bestimmten Frist einander Paletten der einzelnen Typen in der Zahl zu liefern, die erforderlich ist, um die Salden der so geführten Konten in regelmäßigen Zeitabständen zweiseitig oder mehrseitig auszugleichen.

(2) Absatz 1 gilt nur, wenn

- a) die Paletten mit einem Kennzeichen versehen sind, das dem in der Vereinbarung über die gemeinschaftliche Nutzung vorgesehenen entspricht und
- b) die Vereinbarung über die gemeinschaftliche Nutzung den Zollverwaltungen der beteiligten Vertragsparteien zugeleitet worden ist und diese sie anerkannt haben, weil sie die Palettentypen für genügend bestimmt und die ordnungsgemäße Ausführung der Vereinbarung für hinreichend gesichert halten.

Artikel 4

Jede Vertragspartei behält sich vor, die nach den Vorschriften ihres Landes zu zahlenden inneren Abgaben und Zölle und gegebenenfalls Eingangsabgaben und -zölle für Paletten zu erheben, die Gegenstand eines Kaufes oder ähnlichen Vertrages mit einer Person sind, die in ihrem Hoheitsgebiet wohnhaft oder ansässig ist. Außerdem behält sich jede Vertragspartei vor, für Paletten, die nach dieser Konvention ausgeführt werden, die Rückerstattung von Abgaben oder Zöllen und die volle oder teilweise Gewährung sonstiger für die Ausfuhr etwa vorgesehener Vergünstigungen zu verweigern.

Artikel 5

Diese Konvention schließt nicht aus, daß für die Ein- und Ausfuhr von Paletten Erleichterungen gewährt werden, die über die in der Konvention vorgesehenen hinausgehen.

KAPITEL II**Schlußbestimmungen****Artikel 6**

(1) Die Mitgliedsländer der Wirtschaftskommission für Europa sowie die Länder, die nach Absatz 8 des der Kommission erteilten Auftrages in beratender Eigenschaft zu der Kommission zugelassen sind, können Vertragsparteien dieser Konvention werden

- a) durch Unterzeichnung,
- b) durch Ratifikation, nachdem sie die Konvention unter dem Vorbehalt der Ratifikation unterzeichnet haben, oder
- c) durch Beitritt.

(2) Die Länder, die nach Absatz 11 des der Wirtschaftskommission für Europa erteilten Auftrages berechtigt sind, an gewissen Arbeiten der Kommission teilzunehmen, können durch Beitritt Vertragsparteien der Konvention nach ihrem Inkrafttreten werden.

(3) Die Konvention liegt bis einschließlich 15. März 1961 zur Unterzeichnung auf. Nach diesem Tage steht sie zum Beitritt offen.

(4) Die Ratifikation oder der Beitritt wird durch Hinterlegung einer Urkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen vollzogen.

Artikel 7

(1) Diese Konvention tritt am neunzigsten Tage in Kraft, nachdem fünf der im Artikel 6 Absatz 1 bezeichneten Länder sie ohne Vorbehalt der Ratifikation unterzeichnet oder ihre Ratifikations- oder Beitrittsurkunde hinterlegt haben.

(2) Für jedes Land, das diese Konvention ratifiziert oder ihr beitrifft, nachdem fünf Länder sie ohne Vorbehalt der Ratifikation unterzeichnet oder ihre Ratifikations- oder Beitrittsurkunde hinterlegt haben, tritt die Konvention am neunzigsten Tage nach Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

Artikel 8

(1) Jede Vertragspartei kann diese Konvention durch Notifizierung an den Generalsekretär der Vereinten Nationen kündigen.

(2) Die Kündigung wird fünfzehn Monate nach Eingang der Notifizierung beim Generalsekretär wirksam.

Artikel 9

Diese Konvention tritt außer Kraft, wenn zu irgendeiner Zeit nach ihrem Inkrafttreten die Zahl der Vertragsparteien während zwölf aufeinanderfolgender Monate weniger als fünf beträgt.

Artikel 10

(1) Jedes Land kann, wenn es diese Konvention ohne Vorbehalt der Ratifikation unterzeichnet oder bei Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde oder zu jedem späteren Zeitpunkt durch Notifizierung an den Generalsekretär der Vereinten Nationen erklären, daß diese Konvention für alle oder für einzelne der Territorien gilt, deren internationale Beziehungen es wahrnimmt. Die Konvention wird für das Territorium oder die Territorien, die in der Notifizierung genannt sind, am neunzigsten Tage nach Eingang der Notifizierung beim Generalsekretär oder, falls die Konvention dann noch nicht in Kraft getreten ist, mit ihrem Inkrafttreten wirksam.

(2) Jedes Land, das diese Konvention durch eine Erklärung nach Absatz 1 auf ein Territorium ausgedehnt hat, dessen internationale Beziehungen es wahrnimmt, kann die Konvention auch für dieses Territorium allein gemäß Artikel 8 kündigen.

Artikel 11

(1) Jede Meinungsverschiedenheit zwischen zwei oder mehreren Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieser Konvention wird, soweit möglich, durch Verhandlungen zwischen den beteiligten Parteien beigelegt.

(2) Jede Meinungsverschiedenheit, die nicht durch Verhandlungen beigelegt werden kann, wird einem Schiedsverfahren unterworfen, wenn eine der am Streitfall beteiligten Vertragsparteien es verlangt; sie wird deshalb einem Schiedsrichter oder mehreren Schiedsrichtern, die durch Übereinkommen zwischen den am Streitfall beteiligten Parteien zu

wählen sind, zur Entscheidung übertragen. Können sich die am Streitfall beteiligten Parteien binnen drei Monaten nach dem Antrag auf schiedsgerichtliche Entscheidung über die Wahl eines Schiedsrichters oder der Schiedsrichter nicht einigen, so kann jede dieser Parteien den Generalsekretär der Vereinten Nationen ersuchen, einen einzigen Schiedsrichter zu ernennen, dem der Streitfall zur Entscheidung übertragen wird.

(3) Die Entscheidung der nach Absatz 2 ernannten Schiedsrichter ist für die beteiligten Vertragsparteien bindend.

Artikel 12

(1) Jedes Land kann bei der Unterzeichnung oder Ratifikation dieser Konvention oder bei seinem Beitritt erklären, daß es sich durch Artikel 11 Absätze 2 und 3 nicht als gebunden betrachtet. Die anderen Vertragsparteien sind gegenüber einer Vertragspartei, die einen solchen Vorbehalt gemacht hat, durch diese Absätze nicht gebunden.

(2) Jede Vertragspartei, die einen Vorbehalt nach Absatz 1 gemacht hat, kann diesen Vorbehalt jederzeit durch Notifizierung an den Generalsekretär zurückziehen.

(3) Abgesehen von dem Vorbehalt nach Absatz 1 ist kein Vorbehalt zu dieser Konvention zulässig.

Artikel 13

(1) Sobald diese Konvention drei Jahre in Kraft ist, kann jede Vertragspartei durch Notifizierung an den Generalsekretär der Vereinten Nationen die Einberufung einer Konferenz zur Revision der Konvention beantragen. Der Generalsekretär notifiziert diesen Antrag allen Vertragsparteien und beruft eine Revisionskonferenz ein, wenn ihm binnen vier Monaten nach dem Tage seiner Notifizierung mindestens ein Drittel der Vertragsparteien, die Zustimmung zu dem Antrag mitgeteilt hat.

(2) Wird eine Konferenz nach Absatz 1 einberufen, so teilt der Generalsekretär dies allen Vertragsparteien mit und fordert sie auf, binnen drei Monaten die Vorschläge einzureichen, die nach ihrem Wunsche von der Konferenz behandelt werden sollen. Der Generalsekretär teilt allen Vertragsparteien die vorläufige Tagesordnung der Konferenz sowie den Wortlaut dieser Vorschläge spätestens drei Monate vor Beginn der Konferenz mit.

(3) Der Generalsekretär lädt zu jeder nach diesem Artikel einberufenen Konferenz alle im Artikel 6 Absatz 1 bezeichneten Länder sowie die Länder ein, die nach Artikel 6 Absatz 2 Vertragsparteien geworden sind.

Artikel 14

(1) Jede Vertragspartei kann Änderungen dieser Konvention vorschlagen. Der Wortlaut jedes Änderungsvorschlages ist dem Generalsekretär der Vereinten Nationen mitzuteilen; dieser übermittelt ihn allen Vertragsparteien und bringt ihn den anderen im Artikel 6 Absatz 1 bezeichneten Ländern zur Kenntnis.

(2) Binnen sechs Monaten nach dem Tage der Übermittlung des Änderungsvorschlages durch den Generalsekretär kann jede Vertragspartei diesem bekanntgeben,

a) daß sie gegen die vorgeschlagene Änderung Einspruch erhebt oder

b) daß sie den Vorschlag zwar anzunehmen beabsichtigt, aber die für die Annahme erforderlichen Voraussetzungen in ihrem Land noch nicht erfüllt sind.

(3) Solange eine Vertragspartei, die eine Mitteilung nach Absatz 2 Buchstaben b gemacht hat, dem Generalsekretär die

Annahme nicht notifiziert hat, kann sie noch binnen neun Monaten nach Ablauf der für die Mitteilung vorgesehenen Frist von sechs Monaten gegen den Änderungsvorschlag Einspruch erheben.

(4) Wird gegen die vorgeschlagene Änderung nach den Absätzen 2 und 3 Einspruch erhoben, so gilt sie als nicht angenommen und bleibt ohne jede Wirkung.

(5) Ist gegen die vorgeschlagene Änderung kein Einspruch nach den Absätzen 2 und 3 erhoben worden, so gilt sie zu folgendem Zeitpunkt als angenommen:

a) wenn keine Vertragspartei eine Mitteilung nach Absatz 2 Buchstaben b gemacht hat, mit Ablauf der im Absatz 2 genannten Frist von sechs Monaten;

b) wenn mindestens eine Vertragspartei eine Mitteilung nach Absatz 2 Buchstaben b gemacht hat, zu dem früheren der folgenden zwei Zeitpunkte:

— an dem Tage, an dem alle Vertragsparteien, die eine derartige Mitteilung gemacht haben, dem Generalsekretär ihre Annahme des Entwurfs notifiziert haben, jedoch frühestens am Tage des Ablaufs der im Absatz 2 genannten Frist von 6 Monaten, auch wenn alle Annahmeerklärungen schon vor diesem Tag eingegangen sind;

— an dem Tage des Ablaufs der im Absatz 3 genannten Frist von neun Monaten.

(6) Jede Änderung tritt sechs Monate nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem sie als angenommen gilt.

(7) Der Generalsekretär notifiziert so bald wie möglich allen Vertragsparteien, ob gegen den Änderungsvorschlag Einspruch nach Absatz 2 Buchstaben a erhoben worden ist und ob eine oder mehrere Vertragsparteien eine Mitteilung nach Absatz 2 Buchstaben b an ihn gerichtet haben. Haben eine oder mehrere Vertragsparteien eine solche Mitteilung gemacht, so notifiziert er später allen Vertragsparteien, ob die Vertragspartei oder die Vertragsparteien, die eine solche Mit-

teilung gemacht haben, Einspruch gegen den Änderungsvorschlag erheben oder ihn annehmen.

Artikel 15

Außer den in den Artikeln 13 und 14 vorgesehenen Mitteilungen notifiziert der Generalsekretär der Vereinten Nationen den im Artikel 6 Absatz 1 bezeichneten Ländern sowie den Ländern, die nach Artikel 6 Absatz 2 Vertragsparteien geworden sind,

- a) die Unterzeichnungen, Ratifikationen und Beitritte nach Artikel 6;
- b) die Zeitpunkte, zu denen diese Konvention nach Artikel 7 in Kraft tritt;
- c) die Kündigungen nach Artikel 8;
- d) das Außerkrafttreten dieser Konvention nach Artikel 9;
- e) den Eingang der Notifizierungen nach Artikel 10;
- f) den Eingang der Erklärungen und Notifizierungen nach Artikel 12 Absätze 1 und 2;
- g) das Inkrafttreten jeder Änderung nach Artikel 14.

Artikel 16

Nach dem 15. März 1961 wird das Original dieser Konvention beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt, der allen im Artikel 6 Absätze 1 und 2 bezeichneten Ländern beglaubigte Abschriften übermittelt.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu gehörig bevollmächtigten Unterzeichneten diese Konvention unterschrieben.

GESCHEHEN zu Genf am neunten Dezember neunzehnhundertsechzig in einem Original in englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

EUROPEAN CONVENTION ON CUSTOMS TREATMENT OF PALLETS USED IN INTERNATIONAL TRANSPORT. DONE AT GENEVA, ON 9 DECEMBER 1960

The Contracting Parties,

Noting the extension of the use of pallets in international transport, resulting in particular from the pooling of pallets,

Desiring, as a means of facilitating international transport and reducing its cost, to encourage this extension,

Have agreed as follows:

CHAPTER I

GENERAL PROVISIONS

Article 1

1. For the purposes of the present Convention,

(a) the term "import duties and import taxes" shall mean not only Customs duties but also all duties and taxes whatsoever chargeable by reason of importation;

(b) the term "pallet" shall mean a device on the deck of which a quantity of goods can be assembled to form a unit load for the purpose of transporting it, or of handling or stacking it with the assistance of mechanical appliances. This

device is made up of two decks separated by bearers, or of a single deck supported by feet; its overall height is reduced to the minimum compatible with handling by fork lift trucks and pallet trucks; it may or may not have a superstructure;

(c) the term "persons" shall mean both natural and legal persons.

2. The present Convention shall apply to pallets imported into the territory of a Contracting Party from the territory of another Contracting Party.

Article 2

1. Each Contracting Party shall grant admission, without payment of import duties and import taxes, and free of import prohibitions or restrictions, to pallets on condition

(a) that they have been previously exported or that they will be subsequently re-exported, or

(b) that an equal number of pallets of the same type and substantially the same value have been previously exported or will be subsequently exported.

2. Subject to the provisions of article 3 of the present Convention, the procedure for the admission of pallets as pro-

vided for in paragraph 1 of this article shall be determined by the regulations of each of the Contracting Parties. These regulations, in particular, may include provisions for preventing the permanent importation, free of import duties and import taxes, of a number of pallets greater than the number exported or to be exported.

3. Each Contracting Party shall endeavour to make the formalities as simple as possible and in particular not to require a security in respect of import duties and import taxes.

Article 3

1. Each Contracting Party shall apply the provisions of article 2, paragraph 1, of the present Convention, without requiring in respect of importation or exportation either the production of a Customs document or security in respect of import duties and import taxes, to pallets pooled under an agreement by which the parties thereto:

(a) exchange among themselves, from country to country, pallets of one and the same type in the course of operations involving the international transport of goods,

(b) keep accounts, for each type of pallet, showing the number of pallets so exchanged from country to country, and

(c) undertake to deliver to one another within a specified period the number of pallets of each type necessary to offset at regular intervals, on a bilateral or multilateral basis, the outstanding balances of the accounts so kept.

2. The provisions of paragraph 1 of this article shall be applicable only if:

(a) pallets bear a marking conforming to that laid down in the pooling agreement;

(b) the pooling agreement has been communicated to the Customs administrations of the Contracting Parties concerned and these administrations have approved it, being satisfied that the types of pallet are sufficiently well defined and that the due and proper implementation of the agreement is adequately ensured.

Article 4

Each of the Contracting Parties reserves the right to levy the internal duties and taxes and the import duties and import taxes, if any, chargeable in its country in respect of pallets purchased, or subject to a similar contract entered into by persons resident or established in its territory. Each of the Contracting Parties reserves its right, in addition, to refuse in respect of pallets exported under the provisions of this Convention the refund of duties or taxes paid or the granting, wholly or in part, of such other benefits as may be provided for in the event of exportation.

Article 5

The present Convention shall not prevent the granting in respect of importation and exportation of pallets of facilities greater than those provided therein.

CHAPTER II

FINAL PROVISIONS

Article 6

1. Countries members of the Economic Commission for Europe and countries admitted to the Commission in a consultative capacity under paragraph 8 of the Commission's terms of reference may become Contracting Parties to the present Convention —

(a) by signing it;

(b) by ratifying it after signing it subject to ratification; or

(c) by acceding to it.

2. Countries which may participate in certain activities of the Economic Commission for Europe in accordance with para-

graph 11 of the Commission's terms of reference may become Contracting Parties to the present Convention by acceding to it after its entry into force.

3. The present Convention shall be open for signature until 15 March 1961 inclusive. Thereafter, it shall be open for accession.

4. Ratification or accession shall be effected by the deposit of an instrument with the Secretary-General of the United Nations.

Article 7

1. The present Convention shall come into force on the ninetieth day after five of the countries referred to in article 6, paragraph 1, thereof have signed it without reservation of ratification or have deposited their instruments of ratification or accession.

2. With respect to any country which ratifies or accedes to this Convention after five countries have signed it without reservation of ratification or have deposited their instruments of ratification or accession, the present Convention shall enter into force on the ninetieth day after the said country has deposited its instrument of ratification or accession.

Article 8

1. Any Contracting Party may denounce the present Convention by giving notice of denunciation to the Secretary-General of the United Nations.

2. The denunciation shall take effect fifteen months after the date on which the Secretary-General received the notification of denunciation.

Article 9

The present Convention shall cease to have effect if, for any period of twelve consecutive months after its entry into force, the number of Contracting Parties is less than five.

Article 10

1. Any country may, at the time of signing the present Convention without reservation of ratification or of depositing its instrument of ratification or accession or at any time thereafter, declare by notification addressed to the Secretary-General of the United Nations that the present Convention shall be applicable to all or any of the territories for the international relations of which it is responsible. The present Convention shall be applicable to the territory or territories named in the notification as from the ninetieth day after receipt of the notification by the Secretary-General or, if on that day the present Convention has not yet entered into force, as from the date of its entry into force.

2. Any country, which has made a declaration under the preceding paragraph making the present Convention applicable to a territory for whose international relations it is responsible, may denounce the present Convention separately in respect of that territory, in accordance with the provisions of article 8 thereof.

Article 11

1. Any dispute between two or more Contracting Parties concerning the interpretation or application of the present Convention shall, so far as possible, be settled by negotiation between them.

2. Any dispute which is not settled by negotiation shall be submitted to arbitration if any one of the Contracting Parties concerned in the dispute so requests and shall be referred accordingly to one or more arbitrators selected by agreement between the Parties in dispute. If within three months from the date of the request for arbitration the Parties in dispute are unable to agree on the selection of an arbitrator or arbitrators, any of those Parties may request the Secretary-Gen-

eral of the United Nations to nominate a single arbitrator to whom the dispute shall be referred for decision.

3. The decision of the arbitrator or arbitrators appointed under the preceding paragraph shall be binding on the Contracting Parties in dispute.

Article 12

1. Any country may, at the time of signing, ratifying or acceding to the present Convention, declare that it does not consider itself bound by paragraphs 2 and 3 of article 11 of the present Convention. The other Contracting Parties shall not be bound by these paragraphs in respect of any Contracting Party which has entered such a reservation.

2. Any Contracting Party which has entered a reservation as provided for in paragraph 1 of this article may at any time withdraw such reservation by notifying the Secretary-General.

3. Apart from the reservation provided for in paragraph 1 of this article, no reservation to the present Convention shall be permitted.

Article 13

1. After the present Convention has been in force for three years, any Contracting Party may, by notification to the Secretary-General of the United Nations, request that a conference be convened for the purpose of reviewing the present Convention. The Secretary-General shall notify all Contracting Parties of the request and a review conference shall be convened by the Secretary-General if, within a period of four months from the date of the notification by the Secretary-General, not less than one-third of the Contracting Parties signify their assent to the request.

2. If a conference is convened in accordance with the preceding paragraph, the Secretary-General shall notify all the Contracting Parties and invite them to submit, within a period of three months, such proposals as they wish the conference to consider. The Secretary-General shall circulate to all Contracting Parties the provisional agenda for the conference, together with the text of such proposals, at least three months before the date on which the conference is to meet.

3. The Secretary-General shall invite to any conference convened in accordance with this article all the countries referred to in article 6, paragraph 1, of the present Convention and countries which have become Contracting Parties under the said article 6, paragraph 2.

Article 14

1. Any Contracting Party may propose one or more amendments to the present Convention. The text of any proposed amendment shall be communicated to the Secretary-General of the United Nations, who shall communicate it to all Contracting Parties and inform all the other countries referred to in article 6, paragraph 1, of this Convention.

2. Within a period of six months from the date on which the proposed amendment is communicated by the Secretary-General, any Contracting Party may inform the Secretary-General —

(a) that it has an objection to the amendment proposed, or
(b) that, although it intends to accept the proposal, the conditions necessary for such acceptance are not yet fulfilled in its country.

3. If a Contracting Party sends the Secretary-General a communication such as is provided for in paragraph 2 (b), it may, so long as it has not notified the Secretary-General of its acceptance of the proposed amendment, submit an objection to the proposed amendment within a period of 9 months following the expiry of the six-month period from its initial communication.

4. If an objection to the proposed amendment is stated in accordance with the terms of paragraphs 2 and 3 of this ar-

ticle, the amendment shall be deemed not to have been accepted and shall be of no effect.

5. If no objection to the proposed amendment in accordance with paragraphs 2 and 3 of the present article has been stated, the amendment shall be deemed to have been accepted as from the date specified below:

(a) if no Contracting Party has sent a communication to the Secretary-General in accordance with paragraph 2 (b) of this article, on the expiry of the period of six months referred to in that paragraph;

(b) if any Contracting Party has sent a communication to the Secretary-General in accordance with paragraph 2 (b) of this article, on the earlier of the following two dates:

—the date by which all the Contracting Parties which sent such communications have notified the Secretary-General of their acceptance of the proposal, subject to the proviso that, if all the acceptances were notified before the expiry of the period of six months referred to in paragraph 2, this date shall be taken to be the date of expiry of the said six-month period;

—the date of expiry of the nine-month period referred to in paragraph 3 of this article.

6. Any amendment deemed to be accepted shall enter into force six months after the date on which it was deemed to be accepted.

7. The Secretary-General shall, as soon as possible, notify all Contracting Parties whether an objection to the proposed amendment has been stated in accordance with paragraph 2 (a) of this article and whether one or more Contracting Parties have sent him a communication in accordance with paragraph 2 (b) of this article. If one or more Contracting Parties have sent him such a communication, he shall subsequently inform all the Contracting Parties whether the Contracting Party or Parties which have sent such a communication raise an objection to the proposed amendment or accept it.

Article 15

In addition to the notification provided for in articles 13 and 14 of the present Convention, the Secretary-General of the United Nations shall notify the countries referred to in article 6, paragraph 1, of the present Convention and the countries which have become Contracting Parties under article 6, paragraph 2, of the present Convention of:

(a) signatures, ratifications and accessions under article 6;
(b) the dates of entry into force of the present Convention, in accordance with article 7;

(c) denunciations under article 8;

(d) the termination of the present Convention in accordance with article 9;

(e) notifications received in accordance with article 10;

(f) declarations and notifications received in accordance with article 12, paragraphs 1 and 2;

(g) the entry into force of any amendment in accordance with article 14.

Article 16

After 15 March 1961 the original of the present Convention shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations, who shall transmit certified true copies to each of the countries mentioned in article 6, paragraphs 1 and 2, of the present Convention.

IN WITNESS WHEREOF, the undersigned, being duly authorized thereto, have signed the present Convention.

DONE at Geneva, this ninth day of December one thousand nine hundred and sixty, in a single copy, in the English and French languages, the two texts being equally authentic.

Bekanntmachung
über die Ratifikation des Vertrages vom 6. Mai 1977
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Mongolischen Volksrepublik
zur Beseitigung bestehender und Verhinderung
der Entstehung künftiger Fälle
von doppelter Staatsbürgerschaft
vom 5. Juli 1977

Der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik hat am 28. Juni 1977 den nachstehend veröffentlichten Vertrag vom 6. Mai 1977 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Mongolischen Volksrepublik zur Beseitigung bestehender und Verhinderung der Entstehung künftiger Fälle von doppelter Staatsbürgerschaft ratifiziert.

Der Tag, an dem der Vertrag gemäß seinem Artikel 15 Absatz 1 in Kraft tritt, wird im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntgemacht.

Berlin, den 5. Juli 1977

Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik
H. Eichler

Vertrag
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Mongolischen Volksrepublik
zur Beseitigung bestehender und Verhinderung
der Entstehung künftiger Fälle
von doppelter Staatsbürgerschaft

Die Deutsche Demokratische Republik und die Mongolische Volksrepublik sind,

unter Berücksichtigung dessen, daß es Personen gibt, die jede Vertragsschließende Seite entsprechend ihrer Gesetzgebung als ihre Staatsbürger betrachtet,

und

geleitet von dem Wunsch, die doppelte Staatsbürgerschaft dieser Personen durch freiwillige Wahl zu beseitigen sowie zu verhindern, daß künftig doppelte Staatsbürgerschaft entsteht,

übereingekommen, diesen Vertrag zu schließen.

Zu diesem Zweck haben als Bevollmächtigte ernannt:

der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik

Oskar Fischer,

Minister für Auswärtige Angelegenheiten
der Deutschen Demokratischen Republik,

das Präsidium des Großen Volkshurals
der Mongolischen Volksrepublik

Mangalyn Dugersuren,

Minister für Auswärtige Angelegenheiten
der Mongolischen Volksrepublik,

die folgendes vereinbart haben:

Abschnitt I

Beseitigung doppelter Staatsbürgerschaft

Artikel 1

(1) Personen, die beide Vertragsschließenden Seiten aufgrund ihrer Gesetzgebung als ihre Bürger betrachten, können entsprechend den Bestimmungen dieses Vertrages durch Abgabe einer schriftlichen Erklärung die Staatsbürgerschaft einer der beiden Vertragsschließenden Seiten wählen.

(2) Die Erklärung über die Wahl der Staatsbürgerschaft ist schriftlich in zwei Exemplaren innerhalb eines Jahres vom Tage des Inkrafttretens dieses Vertrages auf bei dem zuständigen Organ der Vertragsschließenden Seite, deren Staatsbürgerschaft gewählt wird, abzugeben.

(3) Die im Absatz 1 genannten Personen geben die Erklärung über die Wahl der Staatsbürgerschaft ab

- a) bei dem für ihren Wohnsitz zuständigen Organ, wenn sie die Staatsbürgerschaft der Vertragsschließenden Seite wählen, auf deren Territorium sie ihren Wohnsitz haben;
- b) bei der diplomatischen Vertretung oder dem zuständigen Konsulat der anderen Vertragsschließenden Seite, wenn sie ihren Wohnsitz auf dem Territorium der einen Vertragsschließenden Seite haben und die Staatsbürgerschaft der anderen Vertragsschließenden Seite wählen;
- c) bei der diplomatischen Vertretung oder dem zuständigen Konsulat der Vertragsschließenden Seite, deren Staats-

bürgerschaft sie wählen, wenn sie ihren Wohnsitz auf dem Territorium eines dritten Staates haben.

(4) Die schriftliche Erklärung ist entsprechend den Rechtsvorschriften der Vertragsschließenden Seite anzufertigen, deren Staatsbürgerschaft gewählt wurde.

Artikel 2

Zur Abgabe der Erklärung über die Wahl der Staatsbürgerschaft sind nur volljährige Personen berechtigt. Volljährig im Sinne dieses Vertrages sind Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, sowie Personen, die nach der Gesetzgebung einer der Vertragsschließenden Seiten die Rechte Volljähriger besitzen.

Artikel 3

(1) Personen, die keine Erklärung über die Wahl der Staatsbürgerschaft gemäß Artikel 1 abgegeben haben, behalten die Staatsbürgerschaft der Vertragsschließenden Seite, auf deren Territorium sie am Tage des Ablaufs der Frist zur Abgabe der Erklärung ihren Wohnsitz haben.

(2) Personen, die keine Erklärung über die Wahl der Staatsbürgerschaft gemäß Artikel 1 abgegeben haben und ihren Wohnsitz auf dem Territorium eines dritten Staates haben, behalten die Staatsbürgerschaft der Vertragsschließenden Seite, auf deren Territorium sie ihren Wohnsitz vor ihrer Ausreise hatten.

Artikel 4

Für minderjährige Kinder, die vor Inkrafttreten des Vertrages geboren wurden und die Staatsbürgerschaft beider Vertragsschließenden Seiten haben, können die Eltern innerhalb einer Frist von einem Jahr vom Tage des Inkrafttretens des Vertrages an die Staatsbürgerschaft einer der Vertragsschließenden Seiten durch Abgabe einer übereinstimmenden schriftlichen Erklärung in zweifacher Ausfertigung bei den in Artikel 1 Absatz 3 genannten Organen wählen. Die Einwilligung Minderjähriger zur Erklärung der Eltern über die Wahl der Staatsbürgerschaft richtet sich nach der Gesetzgebung der Vertragsschließenden Seite, deren Staatsbürgerschaft gewählt wird.

Artikel 5

(1) Minderjährige Kinder, für die von den Eltern keine Erklärung über die Wahl der Staatsbürgerschaft gemäß Artikel 4 abgegeben wurde, behalten die Staatsbürgerschaft der Vertragsschließenden Seite, auf deren Territorium sie am Tage des Ablaufs der in Artikel 4 genannten Frist ihren Wohnsitz haben.

(2) Minderjährige Kinder, die auf dem Territorium eines dritten Staates ihren Wohnsitz haben und für die von den Eltern keine Erklärung über die Wahl der Staatsbürgerschaft gemäß Artikel 4 abgegeben wurde, behalten die Staatsbürgerschaft der Vertragsschließenden Seite, auf deren Territorium die Eltern vor der Ausreise in den dritten Staat ihren gemeinsamen Wohnsitz hatten. Wenn die Eltern keinen gemeinsamen Wohnsitz auf dem Territorium einer der Vertragsschließenden Seiten hatten, behält das Kind die Staatsbürgerschaft der Vertragsschließenden Seite, die die Mutter hat.

(3) Minderjährige Kinder, deren Eltern nicht miteinander verheiratet sind und für die keine Erklärung gemäß Artikel 4 abgegeben wurde, behalten die Staatsbürgerschaft der Vertragsschließenden Seite, die der Elternteil hat, der das Erziehungsrecht ausübt.

(4) Minderjährige Kinder, deren Eltern verstorben oder unbekannt Aufenthalts sind oder deren Eltern das Erziehungsrecht entzogen wurde, behalten die Staatsbürgerschaft der Vertragsschließenden Seite, auf deren Territorium sie am Tage des Ablaufs der in Artikel 4 genannten Frist ihren Wohnsitz haben.

(5) Minderjährige Kinder behalten die Staatsbürgerschaft der Vertragsschließenden Seite, die der eine Elternteil hat, wenn der andere Elternteil bis zum Tage des Ablaufs der in Artikel 4 genannten Frist verstorben oder unbekannt Auf-

enthalt ist oder wenn diesem das Erziehungsrecht entzogen wurde.

Artikel 6

Stellt die Vertragsschließende Seite, der gegenüber die Erklärung über die Wahl der Staatsbürgerschaft abgegeben wurde, fest, daß die Person, die die Erklärung abgegeben hat, oder das minderjährige Kind, für das die Erklärung abgegeben wurde, nicht ihre Staatsbürger sind, so hat die Erklärung keine Rechtswirksamkeit.

Abschnitt II

Verhinderung doppelter Staatsbürgerschaft

Artikel 7

(1) Eltern, von denen ein Elternteil Staatsbürger der einen, der andere Elternteil aber Staatsbürger der anderen Vertragsschließenden Seite ist, können für ein Kind, das nach dem Tage des Inkrafttretens dieses Vertrages geboren wird, die Staatsbürgerschaft einer der Vertragsschließenden Seiten wählen.

(2) Die Eltern wählen die Staatsbürgerschaft für das Kind innerhalb von sechs Monaten, gerechnet vom Tage seiner Geburt an, durch Abgabe einer übereinstimmenden schriftlichen Erklärung über die Wahl der Staatsbürgerschaft in zwei Exemplaren bei dem zuständigen Organ der Vertragsschließenden Seite, deren Staatsbürgerschaft sie wählen.

Artikel 8

Zuständig für die Entgegennahme der Erklärungen über die Wahl der Staatsbürgerschaft gemäß Artikel 7 sind:

- a) die für den Wohnsitz der Eltern zuständigen Organe, wenn die Staatsbürgerschaft der Vertragsschließenden Seite gewählt wird, auf deren Territorium die Eltern ihren Wohnsitz haben;
- b) die diplomatische Vertretung oder das zuständige Konsulat der Vertragsschließenden Seite, deren Staatsbürgerschaft gewählt wird, wenn die Eltern auf dem Territorium der anderen Vertragsschließenden Seite oder auf dem Territorium eines dritten Staates ihren Wohnsitz haben;
- c) die für den Wohnsitz der Mutter zuständigen Organe, wenn der eine Elternteil auf dem Territorium der einen und der andere Elternteil auf dem Territorium der anderen Vertragsschließenden Seite seinen Wohnsitz hat.

Artikel 9

(1) Ein Kind, für das die Eltern keine Erklärung über die Wahl der Staatsbürgerschaft abgegeben haben, behält,

- a) wenn es auf dem Territorium einer der Vertragsschließenden Seiten geboren wurde, die Staatsbürgerschaft dieser Seite;
- b) wenn es auf dem Territorium eines dritten Staates geboren wurde, die Staatsbürgerschaft der Vertragsschließenden Seite, auf deren Territorium die Eltern vor der Ausreise in den dritten Staat ihren Wohnsitz hatten. Wenn die Eltern keinen Wohnsitz auf dem Territorium einer der Vertragsschließenden Seiten hatten, behält das Kind die Staatsbürgerschaft der Vertragsschließenden Seite, die die Mutter hat. Wenn der Mutter das Erziehungsrecht entzogen wurde, behält das Kind die Staatsbürgerschaft der Vertragsschließenden Seite, die der Vater hat;
- c) die Staatsbürgerschaft der Vertragsschließenden Seite, die der Elternteil hat, der das Erziehungsrecht ausübt, wenn die Eltern nicht miteinander verheiratet sind.

(2) Ein Kind behält die Staatsbürgerschaft der Vertragsschließenden Seite, die der eine Elternteil hat, wenn der andere Elternteil bis zum Tage des Ablaufs der in Artikel 7 Absatz 2 genannten Frist verstorben oder unbekannt Auf-

enthalt ist oder wenn diesem das Erziehungsrecht entzogen wurde.

(3) Ein Kind, dessen Eltern verstorben oder unbekanntem Aufenthalts sind oder dessen Eltern das Erziehungsrecht entzogen wurde, behält die Staatsbürgerschaft der Vertragschließenden Seite, auf deren Territorium es am Tage des Ablaufs der in Artikel 7 Absatz 2 genannten Frist seinen Wohnsitz hat.

Abschnitt III

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 10

(1) Personen, die in Übereinstimmung mit diesem Vertrag eine Erklärung über die Wahl der Staatsbürgerschaft abgegeben haben oder für die eine solche Erklärung abgegeben wurde, behalten vom Tage der Abgabe dieser Erklärung an nur die Staatsbürgerschaft der Vertragschließenden Seite, die gewählt wurde.

(2) Personen, die keine Erklärung über die Wahl der Staatsbürgerschaft abgegeben haben oder für die keine solche Erklärung abgegeben wurde, behalten nach Ablauf der in Artikel 1 Absatz 2, Artikel 4 und Artikel 7 Absatz 2 genannten Fristen nur die Staatsbürgerschaft einer der Vertragschließenden Seiten gemäß den Bestimmungen dieses Vertrages.

Artikel 11

(1) Die Vertragschließenden Seiten übermitteln einander auf diplomatischem Wege:

- im ersten und dritten Quartal jeden Jahres Verzeichnisse der Kinder, für die Erklärungen über die Wahl der Staatsbürgerschaft gemäß den Bestimmungen des Artikels 7 abgegeben wurden;
- im Verlaufe von achtzehn Monaten vom Tage des Inkrafttretens dieses Vertrages an Verzeichnisse der Personen, die gemäß den Bestimmungen der Artikel 1 und 4 Erklärungen über die Wahl der Staatsbürgerschaft abgegeben haben beziehungsweise für die solche Erklärungen abgegeben wurden.

(2) Den in Absatz 1 genannten Verzeichnissen wird je ein Exemplar der Erklärungen über die Wahl der Staatsbürgerschaft beigelegt.

Artikel 12

Vom Tage des Inkrafttretens dieses Vertrages an werden die zuständigen Organe jeder der Vertragschließenden Seiten

die Verleihung der Staatsbürgerschaft an Personen, die die Staatsbürgerschaft der anderen Vertragschließenden Seite haben, von der Vorlage eines Dokumentes entsprechend der Gesetzgebung dieser Vertragschließenden Seite über die Entlassung aus der Staatsbürgerschaft abhängig machen.

Artikel 13

(1) Die Erklärungen über die Wahl der Staatsbürgerschaft, die gemäß diesem Vertrag abgegeben werden, sind gebührenfrei.

(2) Die zuständigen Organe der Vertragschließenden Seiten erarbeiten ein einheitliches Muster für die Abgabe der Erklärungen über die Wahl der Staatsbürgerschaft.

Artikel 14

Fragen, die zwischen den Vertragschließenden Seiten im Zusammenhang mit der Anwendung und Auslegung dieses Vertrages auftreten, werden auf diplomatischem Wege gelöst.

Artikel 15

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation und tritt nach Ablauf von dreißig Tagen, gerechnet vom Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden an, der in Ulan-Bator erfolgen wird, in Kraft.

(2) Dieser Vertrag wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Er kann durch Notifikation von jeder der Vertragschließenden Seiten gekündigt werden. In diesem Falle verliert der Vertrag nach Ablauf von sechs Monaten, gerechnet vom Tage der Kündigung an, seine Gültigkeit.

(3) Der Vertrag wird von den Vertragschließenden Seiten veröffentlicht.

Dieser Vertrag wurde in Berlin am 6. Mai 1977 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und mongolischer Sprache, ausgefertigt, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

Zum Beweis dessen haben die Bevollmächtigten der Vertragschließenden Seiten diesen Vertrag unterzeichnet und gesiegelt.

Für die
Deutsche Demokratische
Republik
Oskar Fischer

Für die
Mongolische Volksrepublik
Mangalyn Dugersuren

**ХОЁРДМОЛ ХАРЪЯЛАЛЫН ТОХИОЛДЛЫГ АРИЛГАЖ,
ЦААШИД ТҮҮНИЙГ ГАРГУУЛАХГҮЙ БАЙХ ТУХАЙ
БҮГД НАЙРАМДАХ АРДЧИЛСАН ГЕРМАН УЛС,
БҮГД НАЙРАМДАХ МОНГОЛ АРД УЛСЫН ХООРОНДЫН
ГЭРЭЭ**

Бүгд Найрамдах Ардчилсан Герман Улс, Бүгд Найрамдах Монгол Ард Улс,

Хэлэлцэн Тохирогч хоёр Эгтээдийн аль аль нь өөрсдийн хууль тогтоомжийн дагуу харьяагаа гэж үзэх хэсэг хүмүүс байгааг анхааран,

Эдгээр хүмүүсийн харьяаллыг сайн дурын нь үндсэн дээр сонгуулж хоёрдмол харьяалалтай байгааг арилган, цаашид түүнийг үүсэх явдлыг гаргуулажгүй байх эрмэлзлэлийг удирдлага болгон,

Энэхүү Гэрээг байгуулахаар шийдвэрлэж өөрсдийн бүрэн эрхт төлөөлөгчөөр:

Бүгд Найрамдах Ардчилсан Герман Улсын Төрийн Зөвлөлөөс Бүгд Найрамдах Ардчилсан Герман Улсын Гадаад Явдлын Яамны сайд Оскар Фишер,

Бүгд Найрамдах Монгол Ард Улсын Ардын Их Хурлын Тэргүүлэгчдээс Бүгд Найрамдах Монгол Ард Улсын Гадаад Явдлын Яамны сайд Мангалын Дүгэрсүрэн нарыг томилсонд, тэд дор дурдсан зүйлийг хэлэлцэн тохиролцов.

I БҮЛЭГ

ХОЁРДМОЛ ХАРЪЯЛАЛЫГ АРИЛГАХ ТУХАЙ

Нэгдүгээр зүйл

1. Хэлэлцэн Тохирогч хоёр Эгтээдийн үндэсний хууль тогтоомжийн дагуу аль алины нь харьяат гэж тооцогдож байгаа

хүмүүс энэхүү Гэрээний заалтын дагуу өргөдлөө гарган Хэлэлцэн Тохирогч хоёр Эгтээдийн аль нэгний харьяатыг сонгож авна.

2. Харьяатаа сонгон авах тухай хоёр эх хувь өргөдлийг энэхүү Гэрээг хүчин төгөлдөр болсноос хойш нэг жилийн дотор гарган харьяатыг нь сонгон авах Хэлэлцэн Тохирогч тэр Эгтээдийн эрх бүхий байгууллагад өгнө.

3. Энэхүү зүйлийн I-д заасан хүмүүс нь харьяатаа сонгон авах тухай өргөдлийг:

а) хэрэв тэд, нутаг дэвсгэрт нь оршин суугаа Хэлэлцэн Тохирогч Эгтээдийн харьяатыг сонгон авах бол түүний эрх бүхий байгууллагад;

б) хэрэв тэд, Хэлэлцэн Тохирогч хоёр Эгтээдийн аль нэгний нутаг дэвсгэрт оршин суугаа бөгөөд Хэлэлцэн Тохирогч нөгөө Эгтээдийн харьяатыг сонгон авах бол Хэлэлцэн Тохирогч нөгөө Эгтээдийн дипломат төлөөлөгчийн буюу консулын газарт;

в) хэрэв тэд гуравдахь улсын нутаг дэвсгэрт оршин суугаа бол харьяатыг сонгон авах Хэлэлцэн Тохирогч тэр Эгтээдийн дипломат төлөөлөгчийн буюу консулын газарт тус тус гаргана.

4. Харьяатыг нь сонгон авах Хэлэлцэн Тохирогч тэр Эгтээдийн үлдэсний хууль тогтоомжийн дагуу тэд өргөдлөө гаргана.

Хоёрдугаар зүйл

Зөвхөн насанд хүрэгсэд харьяатыг сонгон авах тухай өргөдөл гаргах эрхтэй байна. Насанд хүрэгсэд гэж 18 нас хүрсэн хүмүүсийг хэлэх бөгөөд түүнчлэн Хэлэлцэн Тохирогч хоёр Эгтээдийн аль нэгний үлдэсний хууль тогтоомжийн дагуу насанд хүрэгсдийн эрх эдлэх хүмүүсийг хэлнэ.

Гуравдугаар зүйл

1. Энэхүү Гэрээний нэгдүгээр зүйлийн дагуу харьяатаа сонгон авах тухай өргөдөл гаргаагүй хүмүүс өргөдөл өгөх хугацаа дууссан өдрөөс эхлэн, нутаг дэвсгэрт нь оршин суугаа Хэлэлцэн Тохирогч Эгтээдийн харьяатыг хадгална.

2. Энэхүү Гэрээний нэгдүгээр зүйлийн дагуу харьяатаа сонгон авах тухай өргөдөл гаргаагүй бөгөөд гуравдахь улсын нутаг дэвсгэрт оршин суугаа хүмүүс эл улсад ирэхээс өмнө нутаг дэвсгэрт нь оршин сууж байсан Хэлэлцэн Тохирогч тэр Эгтээдийн харьяатыг хадгална.

Дөрөвдүгээр зүйл

Энэхүү Гэрээг хүчин төгөлдөр болохоос өмнө төрсөн бөгөөд Хэлэлцэн Тохирогч хоёр Эгтээдийн аль алины нь харьяат байгаа насанд хүрээгүй хүүхдийн эцэг, эх нь Гэрээ хүчин төгөлдөр болсноос хойш нэг жилийн дотор энэхүү Гэрээний нэгдүгээр зүйлийн 3-т дурдсан байгууллагад ижил хоёр хувь үйлдсэн өргөдлийг гаргаж, түүнд Хэлэлцэн Тохирогч хоёр Эгтээдийн аль нэгний харьяатыг сонгон авна. Харьяатыг сонгон авах тухай өргөдөл гаргахдаа эцэг, эх нь насанд хүрээгүй хүүхдийн саналыг авах бөгөөд энэ нь харьяатыг нь сонгон авч байгаа Хэлэлцэн Тохирогч Эгтээдийн хууль тогтоомжийн дагуу зохицуулагдана.

Тавдугаар зүйл

1. Энэхүү Гэрээний дөрөвдүгээр зүйлийн дагуу, харьяатыг нь сонгон авах тухай эцэг, эх нь өргөдөл гаргаагүй насанд хүрээгүй хүүхэд нутаг дэвсгэрт нь оршин суугаа Хэлэлцэн Тохирогч тэр Эгтээдийн харьяатыг дөрөвдүгээр зүйлд заасан хугацаа дууссан өдрөөс эхлэн хадгална.

2. Гуравдахь улсын нутаг дэвсгэрт оршин суугаа насанд хүрээгүй хүүхдийн эцэг, эх нь Энэхүү Гэрээний дөрөвдүгээр

зүйлийн дагуу хүүхдийнхээ харьяатыг сонгон авах талаар харилцан тохиролцоогүй бол эцэг, эх нь гуравдахь улсад явахын өмнө нутаг дэвсгэрт нь оршин сууж байсан Хэлэлцэн Тохирогч тэр Эгтээдийн харьяатыг хадгална. Хэрэв эцэг, эх нь Хэлэлцэн Тохирогч хоёр Эгтээдийн аль нэгний нутаг дэвсгэрт хамт амьдран сууж байгаагүй бол хүүхэд нь эхийнхээ харьяат байгаа Хэлэлцэн Тохирогч тэр Эгтээдийн харьяатыг хадгална.

3. Эцэг, эх нь гэр бүл болоогүй бөгөөд дөрөвдүгээр зүйлийн дагуу харьяатыг нь сонгон авах талаар эцэг, эх нь өргөдөл гаргаагүй насанд хүрээгүй хүүхэд, түүнийг асран хүмүүжүүлэх үүрэг хүлээсэн эцэг буюу эхийн харьяат байгаа Хэлэлцэн Тохирогч тэр Эгтээдийн харьяатыг хадгална.

4. Эцэг, эх нь нас барсан буюу хаана байгаа нь мэдэгдэхгүй, эсгүл эцэг, эх байх эрхээ хасуулсан бол тэдний насанд хүрээгүй хүүхэд дөрөвдүгээр зүйлд заасан хугацаа дууссан өдрөөс эхлэн, нутаг дэвсгэрт нь оршин суугаа Хэлэлцэн Тохирогч тэр Эгтээдийн харьяатыг хадгална.

5. Хэрэв дөрөвдүгээр зүйлд заасан хугацаа дуусахаас өмнө эцэг, эхийн аль нэг нь нас барсан буюу хаана байгаа нь мэдэгдэхгүй, эсгүл эцэг буюу эх байх эрхээ хасуулсан бол тэдний насанд хүрээгүй хүүхэд аль байгаа эцэг буюу эхийн харьяат байгаа Хэлэлцэн Тохирогч тэр Эгтээдийн харьяатыг хадгална.

Зургадугаар зүйл

Хэрэв харьяат сонгон авах тухай өргөдөл өгсөн хүмүүс буюу өргөдөл нь өгөгдсөн насанд хүрээгүй хүүхдийн өргөдлийг хүлээн авсан хэлэлцэн тохирогч этгээд уул иргэн харьяат нь биш байж өргөдөл гаргалаа гэж мэдвэл тэрхүү өргөдлийг хууль ёсны хүчинтэй гэж үзэхгүй.

II БҮЛЭГ

ХОЁРДОМОН ХАРЬААЛАЛ ҮҮСЭХ ЯВДЛЫГ ГАРГУУЛАХГҮЙ БАЙХ ТУХАЙ

Долдугаар зүйл

1. Эцэг, эхийн аль нэг нь Хэлэлцэн Тохирогч нэгэн Эгтээдийн харьяат, нөгөө нь Хэлэлцэн Тохирогч нөгөө Эгтээдийн харьяат байгаа бол тэд Энэхүү Гэрээг хүчин төгөлдөр болсноос хойш төрсөн хүүхэддээ Хэлэлцэн Тохирогч хоёр Эгтээдийн аль нэгний харьяатыг сонгон авч болно.

2. Хүүхдээ төрснөөс хойш 6 сарын дотор эцэг, эх нь түүний харьяатыг сонгон авах тухай санал нэгтэй өргөдлийг хоёр ижил хувь үйлдэж харьяатыг нь сонгон авч байгаа Хэлэлцэн Тохирогч тэр Эгтээдийн эрх бүхий байгууллагад өгч хүүхэддээ харьяатыг сонгож авна.

Наймдугаар зүйл

Энэхүү Гэрээний долдугаар зүйлийн дагуу харьяатыг сонгон авах тухай гаргасан өргөдлийг:

а) хэрэв нутаг дэвсгэрт нь эцэг, эх нь оршин сууж байгаа Хэлэлцэн Тохирогч Эгтээдийн харьяатыг сонгон авч байгаа бол тэдний оршин суугаа газрын эрх бүхий байгууллагууд;

б) хэрэв эцэг, эх нь Хэлэлцэн Тохирогч нөгөө Эгтээдийн буюу гуравдахь улсын нутаг дэвсгэрт оршин суугаа бол харьяатыг нь сонгон авч байгаа Хэлэлцэн Тохирогч Эгтээдийн дипломат төлөөлөгчийн буюу консулын газрууд;

в) хэрэв эцэг эхийн аль нэг нь Хэлэлцэн Тохирогч хоёр Эгтээдийн аль нэгний нутаг дэвсгэрт, нөгөө нь Хэлэлцэн Тохирогч нөгөө Эгтээдийн нутаг дэвсгэрт оршин суугаа бол эхийнх нь оршин суугаа газрын эрх бүхий байгууллага тус тус хүлээн авна.

Бсдүгээр зүйл

1. Харьяатыг сонгон авах тухай эцэг эх нь өргөдөл гаргаагүй хүүхэд:

а) хэрэв Хэлэлцэн Тохирогч хоёр Эгтээдийн аль нэгний нутаг дэвсгэрт төрсөн бол эл Эгтээдийн харьяатыг хадгална.

б) хэрэв гуравдахь улсын нутаг дэвсгэрт төрсөн бол эл улсад ирэхээс өмнө эцэг эх нь байнга оршин сууж байсан Хэлэлцэн Тохирогч тэр Эгтээдийн харьяатыг хадгална.

Хэрэв эцэг эх нь Хэлэлцэн Тохирогч хоёр Эгтээдийн аль алиных нь нутаг дэвсгэрт оршин сууж байгаагүй бол эхийнхээ харьяат байгаа Хэлэлцэн Тохирогч тэр Эгтээдийн харьяатыг хадгална. Хэрэв эх нь эх байх эрхээ хасуулсан бол хүүхэд эцгийнхээ харьяат байгаа Хэлэлцэн Тохирогч тэр Эгтээдийн харьяатыг хадгална.

в) хэрэв эцэг эх нь гэр бүл болоогүй бол хүүхэд нь эцэг эх байх эрхтэй эцэг буюу эхийнхээ харьяат байгаа Хэлэлцэн Тохирогч тэр Эгтээдийн харьяатыг хадгална.

2. Хэрэв эцэг эхийн аль нэг нь долдугаар зүйлийн 2-т заасан хугацаа дуусахаас өмнө нас барсан буюу хаана байгаа нь мэдэгдэхгүй, эсгүл хүүхэд хүмүүжүүлэх эрхээ хасуулсан бол аль байгаа эцэг буюу эхийнхээ харьяат байгаа Хэлэлцэн Тохирогч тэр Эгтээдийн харьяатыг хадгална.

3. Эцэг эх нь нас барсан буюу хаана байгаа нь мэдэгдэхгүй, эсгүл эцэг эх байх эрхээ хасуулсан бол долдугаар зүйлийн 2-т дурдсан хугацаа дууссан өдрөөс эхлэн, уг хүүхэд нутаг дэвсгэрт нь оршин суугаа Хэлэлцэн Тохирогч тэр Эгтээдийн харьяатыг хадгална.

III БҮЛЭГ

ЕГӨНХИЙ ЗААЛТ

Аравдугаар зүйл

1. Энэхүү Гэрээний дагуу харьяатаа сонгон авах тухай өргөдлөө гаргасан хүмүүс, эсгүл харьяатыг нь сонгон авахаар эцэг эхээс нь өргөдөл ирсэн хүүхдүүд уг өргөдлийг өгсөн өдрөөс эхлэн, харьяатыг нь сонгон авсан Хэлэлцэн Тохирогч Эгтээдийн харьяатыг хадгална.

2. Харьяатаа сонгон авах тухай өргөдөл гаргаагүй хүмүүс эсгүл харьяатыг нь сонгон авахаар эцэг эх нь өргөдөл гаргаагүй хүүхдүүд энэхүү Гэрээний нэгдүгээр зүйлийн 2, дөрөвдүгээр зүйл болон долдугаар зүйлийн 2-т заасан хугацаа дууссанаас хойш энэхүү Гэрээний заалтын дагуу, зөвхөн Хэлэлцэн Тохирогч хоёр Эгтээдийн аль нэгний харьяатыг хадгална.

Арван нэгдүгээр зүйл

1. Хэлэлцэн Тохирогч хоёр Эгтээд дипломат шугамаар:

а) Энэхүү Гэрээний долдугаар зүйлийн дагуу харьяатыг нь сонгон авах тухай өргөдөл нь ирсэн хүүхдүүдийн нэрсийн жагсаалтыг жил бүрийн нэг ба гуравдугаар улиралд;

б) Энэхүү Гэрээний нэг ба дөрөвдүгээр зүйлийн дагуу харьяатаа сонгон авах тухай өргөдлөө гаргасан хүмүүс, эсгүл харьяатыг нь сонгон авахаар эцэг эхээс нь өргөдөл ирсэн хүүхдүүдийн нэрсийн жагсаалтыг энэхүү Гэрээг хүчин төгөлдөр болсон өдрөөс хойш 18 сарын дотор нэг нэгэндээ шилжүүлж байна.

2. Харьяатаа сонгон авах тухай гаргасан өргөдөл тус бүр нэг хувийг энэхүү зүйлийн 1-д дурдсан нэрсийн жагсаалтанд хавсаргана.

Арван хоёрдугаар зүйл

Хэлэлцэн Тохирогч хоёр Эгтээдийн эрх бүхий байгууллага нь энэхүү Гэрээг хүчин төгөлдөр болгогч Хэлэлцэн Тохирогч нэг Эгтээдийн харьяат байгаад эл Эгтээдийн хууль тогтоомжийн дагуу харьяатаас гаргасныг гэрчилсэн баримт бичиг бүхий иргэнийг хэлэлцэн тохирогч нөгөө Эгтээдийн харьяатаар авч болно.

Арван гуравдугаар зүйл

1. Энэхүү Гэрээний дагуу харьяатаа сонгон авах тухай гаргасан өргөдөл аливаа татвар хураамжаас чөлөөлөгдөнө.

2. Хэлэлцэн Тохирогч хоёр Эгтээдийн эрх бүхий байгууллагууд харьяат сонгон авах тухай гаргах өргөдлийн нэгдсэн загварыг боловсруулна.

Арван дөрөвдүгээр зүйл

Энэхүү Гэрээг хэрэгжүүлэх, тайлбарлахтай холбогдон гарч болох асуудлыг дипломат шугамаар шийдвэрлэнэ.

Арван тавдугаар зүйл

1. Энэхүү Гэрээ батлагдах бөгөөд батламж жуух бичгийг Улаанбаатар хотноо солилцсон өдрөөс эхлэн гуч хоногийн дараа хүчин төгөлдөр болно.

2. Энэхүү Гэрээг тодорхой хугацаагүйгээр байгуулав. Хэлэлцэн Тохирогч хоёр Эгтээдээс түүнийг цуцлах тухайгаа мэдэгдвэл, ийнхүү мэдэгдсэнээс хойш 6 сарын дараа Гэрээ хүчингүй болсонд тооцогдоно.

3. Хэлэлцэн Тохирогч хоёр Эгтээд энэхүү Гэрээг хэвлэн нийтлэнэ.

Энэхүү Гэрээг 1977 оны 5-р сарын 6-ны өдөр Берлин хотноо герман, монгол хэлээр тус бүр хоёр эх хувь үйлдсэн бөгөөд хоёр эх нь адил хүчинтэй байна.

Үүнийг нотолж Хэлэлцэн Тохирогч хоёр Эгтээдийн бүрэн эрхт төлөөлөгчид энэхүү Гэрээнд гарын үсэг зурж тамга дарав.

БҮГД НАЙРАМДАХ
АРДЧИЛСАН ГЕРМАН
УЛСЫГ ТӨЛӨӨЛЖ

Оскар Фишер

БҮГД НАЙРАМДАХ
МОНГОЛ АРД УЛСЫГ
ТӨЛӨӨЛЖ

Мангалын Дүгэрсүрэн

Bekanntmachung

über die Ratifikation

der Konvention über die Registrierung
von in den Weltraum entsandten Objekten
vom 12. November 1974
durch die Deutsche Demokratische Republik
vom 11. Juli 1977

Der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik ratifizierte am 12. April 1977 die Konvention über die Registrierung von in den Weltraum entsandten Objekten vom 12. November 1974.

Die Konvention war am 27. August 1975 für die Deutsche Demokratische Republik unterzeichnet worden.

Am 12. Mai 1977 wurde die Ratifikationsurkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen als dem Depositar der Konvention hinterlegt.

Die Konvention wird nachstehend veröffentlicht.

Gemäß ihrem Artikel VIII Absatz 4 ist die Konvention am 12. Mai 1977 für die Deutsche Demokratische Republik in Kraft getreten.

Berlin, den 11. Juli 1977

Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik
H. Eichler

(Übersetzung)

**Konvention
über die Registrierung von in den Weltraum
entsandten Objekten**

Die Vertragsstaaten —

in Anerkennung des gemeinsamen Interesses der gesamten Menschheit an der Förderung der Erforschung und Nutzung des Weltraumes zu friedlichen Zwecken,

eingedenk dessen, daß der Vertrag vom 27. Januar 1967 über die Prinzipien für die Tätigkeit der Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraumes einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper bestimmt, daß die Staaten für ihre nationalen Tätigkeiten im Weltraum völkerrechtlich verantwortlich sind, und auf den Staat Bezug nimmt, in dessen Register ein in den Weltraum entsandtes Objekt eingetragen ist,

eingedenk auch dessen, daß das Abkommen vom 22. April 1968 über die Rettung von Kosmonauten und die Rückführung von Kosmonauten und Objekten, die in den Weltraum entsandt wurden, vorsieht, daß eine Startbehörde auf Ersuchen vor der Rückführung eines von ihr in den Weltraum entsandten Objekts, das jenseits der für die Startbehörde maßgebenden territorialen Grenzen aufgefunden wird, Erkennungsmerkmale mitzuteilen hat,

eingedenk ferner dessen, daß die Konvention vom 29. März 1972 über die internationale Verantwortlichkeit für Schäden, die durch Weltraumobjekte verursacht werden, völkerrechtliche Regeln und Verfahren hinsichtlich der Verantwortlichkeit der Startstaaten für durch ihre Weltraumobjekte verursachte Schäden festlegt,

in dem Wunsch, angesichts des Vertrages über die Prinzipien für die Tätigkeit der Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraumes einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper, die nationale Registrierung von in den Weltraum entsandten Objekten durch die Startstaaten vorzusehen,

in dem Wunsch auch, auf obligatorischer Grundlage ein vom Generalsekretär der Vereinten Nationen zu führendes zentrales Register von in den Weltraum entsandten Objekten einzurichten,

in dem Wunsch ferner, den Vertragsstaaten zusätzliche Mittel und Verfahren zur Verfügung zu stellen, um die Identifizierung von Weltraumobjekten zu erleichtern,

in der Überzeugung, daß ein obligatorisches System der Registrierung von in den Weltraum entsandten Objekten insbesondere ihre Identifizierung erleichtern sowie zur Anwendung und Entwicklung des Völkerrechts auf dem Gebiet der Erforschung und Nutzung des Weltraumes beitragen würde —

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel I

Im Sinne dieser Konvention

a) bedeutet der Ausdruck „Startstaat“

i) einen Staat, der ein Weltraumobjekt startet oder dessen Start durchführen läßt,

ii) einen Staat, von dessen Hoheitsgebiet oder Anlagen ein Weltraumobjekt entsandt wird;

b) umfaßt der Ausdruck „Weltraumobjekt“ die Bestandteile eines Weltraumobjekts sowie sein Trägerfahrzeug und dessen Teile;

c) bedeutet der Ausdruck „Registerstaat“ einen Startstaat, in dessen Register ein Weltraumobjekt in Übereinstimmung mit Artikel II eingetragen ist.

Artikel II

(1) Wird ein Weltraumobjekt in eine Erdumlaufbahn oder darüber hinaus entsandt, so registriert der Startstaat das Weltraumobjekt durch eine Eintragung in ein entsprechendes von ihm zu führendes Register. Der Startstaat benachrichtigt den Generalsekretär der Vereinten Nationen von der Einrichtung dieses Registers.

(2) Gibt es in bezug auf ein solches Weltraumobjekt zwei oder mehr Startstaaten, so legen sie gemeinsam fest, welcher von ihnen das Objekt in Übereinstimmung mit Absatz 1 registriert, wobei Artikel VIII des Vertrages über die Prinzipien für die Tätigkeit der Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraumes einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper zu berücksichtigen ist; entsprechende Abkommen, die zwischen den Startstaaten hinsichtlich Hoheitsgewalt und Kontrolle über das Weltraumobjekt und dessen Besatzung geschlossen worden sind oder künftig geschlossen werden, bleiben unberührt.

(3) Der Inhalt des Registers und die Bedingungen, unter denen es geführt wird, werden vom jeweiligen Registerstaat bestimmt.

Artikel III

(1) Der Generalsekretär der Vereinten Nationen führt ein Register, in das die nach Artikel IV übermittelten Angaben eingetragen werden.

(2) Die Angaben in diesem Register sind in vollem Umfang und frei zugänglich.

Artikel IV

(1) Jeder Registerstaat übermittelt dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, sobald dies praktisch möglich ist, die folgenden Angaben über jedes in sein Register eingetragene Weltraumobjekt:

a) Name des Startstaats oder der Startstaaten;

b) eine geeignete Bezeichnung des Weltraumobjekts oder seine Registernummer;

c) Datum und Hoheitsgebiet oder Ort des Startes;

d) grundlegende Parameter der Umlaufbahn einschließlich

i) Umlaufzeit,

ii) Bahnneigung,

iii) Apogäum,

iv) Perigäum;

e) allgemeine Funktion des Weltraumobjekts.

(2) Jeder Registerstaat kann dem Generalsekretär der Vereinten Nationen von Zeit zu Zeit zusätzliche Angaben über

ein in sein Register eingetragenes Weltraumobjekt übermitteln.

(3) Jeder Registerstaat benachrichtigt den Generalsekretär der Vereinten Nationen in größtmöglichem Umfang und, sobald dies praktisch möglich ist, von Weltraumobjekten, über die er früher Angaben übermittelt hat und die sich in einer Erdumlaufbahn befunden haben, aber nicht mehr befinden.

Artikel V

Ist ein in eine Erdumlaufbahn oder darüber hinaus entsandtes Weltraumobjekt mit der Bezeichnung oder Registernummer nach Artikel IV Absatz 1 Buchstaben b oder mit beiden gekennzeichnet, so notifiziert der Registerstaat dies dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, wenn er die Angaben über das Weltraumobjekt nach Artikel IV übermittelt. In diesem Fall vermerkt der Generalsekretär der Vereinten Nationen die Notifikation im Register.

Artikel VI

Hat die Anwendung der Bestimmungen dieser Konvention es einem Vertragsstaat nicht ermöglicht, ein Weltraumobjekt zu identifizieren, das diesem Staat oder einer seiner natürlichen oder juristischen Personen Schaden zugefügt hat, oder das seiner Art nach gefährlich oder schädlich sein könnte, so entsprechen die anderen Vertragsstaaten, darunter insbesondere Staaten, die über Überwachungs- und Bahnverfolgungsanlagen für Weltraumobjekte verfügen, in größtmöglichem Umfang einem von diesem Vertragsstaat oder in seinem Namen vom Generalsekretär der Vereinten Nationen gestellten Ersuchen um Unterstützung zu angemessenen und vernünftigen Bedingungen bei der Identifizierung des Objekts. Ein Vertragsstaat, der ein solches Ersuchen stellt, übermittelt in größtmöglichem Umfang Angaben über Zeitpunkt, Art und Umstände der Ereignisse, die Anlaß zu dem Ersuchen gegeben haben. Die Bedingungen, zu denen eine derartige Unterstützung gewährt wird, sind Gegenstand einer Vereinbarung zwischen den betroffenen Parteien.

Artikel VII

(1) In dieser Konvention, mit Ausnahme der Artikel VIII bis XII, gelten Bezugnahmen auf Staaten als Bezugnahmen auf jede internationale zwischenstaatliche Organisation, die Tätigkeiten im Weltraum ausübt, sofern sie erklärt, daß sie die Rechte und Pflichten aus dieser Konvention annimmt, und sofern die Mehrheit der Mitgliedstaaten der Organisation Vertragsstaaten dieser Konvention und des Vertrages über die Prinzipien für die Tätigkeit der Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraumes einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper sind.

(2) Mitgliedstaaten einer solchen Organisation, die Vertragsstaaten dieser Konvention sind, unternehmen alle geeigneten Schritte, um sicherzustellen, daß die Organisation eine Erklärung nach Absatz 1 abgibt.

Artikel VIII

(1) Diese Konvention liegt für alle Staaten am Sitz der Vereinten Nationen in New York zur Unterzeichnung auf. Jeder Staat, der sie vor seinem Inkrafttreten nach Absatz 3 nicht unterzeichnet hat, kann ihr jederzeit beitreten.

(2) Diese Konvention bedarf der Ratifikation durch die Unterzeichnerstaaten. Die Ratifikations- und Beitrittsurkunden

sind beim Generalsekretär der Vereinten Nationen zu hinterlegen.

(3) Diese Konvention tritt zwischen den Staaten, die Ratifikationsurkunden hinterlegt haben, mit Hinterlegung der fünften Ratifikationsurkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen in Kraft.

(4) Für Staaten, deren Ratifikations- oder Beitrittsurkunden nach dem Inkrafttreten dieser Konvention hinterlegt werden, tritt sie mit Hinterlegung ihrer Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

(5) Der Generalsekretär der Vereinten Nationen unterrichtet umgehend alle Unterzeichnerstaaten und alle beitretenden Staaten über den Zeitpunkt jeder Unterzeichnung und jeder Hinterlegung einer Ratifikations- oder Beitrittsurkunde zu dieser Konvention, den Zeitpunkt ihres Inkrafttretens und über sonstige Mitteilungen.

Artikel IX

Jeder Vertragsstaat kann Änderungen der Konvention vorschlagen. Änderungen treten für jeden Vertragsstaat, der sie annimmt, in Kraft, sobald die Mehrheit der Vertragsstaaten sie angenommen hat; für jeden weiteren Vertragsstaat treten sie mit der Annahme durch diesen in Kraft.

Artikel X

Zehn Jahre nach Inkrafttreten dieser Konvention wird die Frage der Überprüfung der Konvention auf die vorläufige Tagesordnung der Vollversammlung der Vereinten Nationen gesetzt, um angesichts der Anwendung der Konvention bis zu diesem Zeitpunkt zu prüfen, ob sie einer Revision bedarf. Nachdem die Konvention fünf Jahre in Kraft gewesen ist, wird jedoch auf Antrag eines Drittels der Vertragsstaaten und mit Zustimmung der Mehrheit der Vertragsstaaten eine Konferenz der Vertragsstaaten zur Überprüfung der Konvention einberufen. Bei einer solchen Überprüfung sind insbesondere alle einschlägigen technischen Entwicklungen zu berücksichtigen, einschließlich derjenigen, die sich auf die Identifizierung von Weltraumobjekten beziehen.

Artikel XI

Jeder Vertragsstaat kann von dieser Konvention ein Jahr nach deren Inkrafttreten durch eine schriftliche, an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete Notifikation zurücktreten. Der Rücktritt wird ein Jahr nach Eingang dieser Notifikation wirksam.

Artikel XII

Die Urschrift dieser Konvention, deren arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt, der allen Unterzeichnerstaaten und allen beitretenden Staaten beglaubigte Abschriften übermittelt.

ZU URKUND DESSEN haben die von ihren Regierungen hierzu gehörig befugten Unterzeichneten diese Konvention, die am 14. Januar 1975 in New York zur Unterzeichnung aufgelegt wurde, unterschrieben.

**CONVENTION
ON REGISTRATION OF OBJECTS LAUNCHED
INTO OUTER SPACE**

The States Parties to this Convention,

Recognizing the common interest of all mankind in furthering the exploration and use of outer space for peaceful purposes,

Recalling that the Treaty on principles governing the activities of States in the exploration and use of outer space, including the moon and other celestial bodies of 27 January 1967 affirms that States shall bear international responsibility for their national activities in outer space and refers to the State on whose registry an object launched into outer space is carried,

Recalling also that the Agreement on the rescue of astronauts, the return of astronauts and the return of objects launched into outer space of 22 April 1968 provides that a launching authority shall, upon request, furnish identifying data prior to the return of an object it has launched into outer space found beyond the territorial limits of the launching authority,

Recalling further that the Convention on international liability for damage caused by space objects of 29 March 1972 establishes international rules and procedures concerning the liability of launching States for damage caused by their space objects,

Desiring, in the light of the Treaty on principles governing the activities of States in the exploration and use of outer space, including the moon and other celestial bodies, to make provision for the national registration by launching States of space objects launched into outer space,

Desiring further that a central register of objects launched into outer space be established and maintained, on a mandatory basis, by the Secretary-General of the United Nations,

Desiring also to provide for States Parties additional means and procedures to assist in the identification of space objects,

Believing that a mandatory system of registering objects launched into outer space would, in particular, assist in their identification and would contribute to the application and development of international law governing the exploration and use of outer space,

Have agreed on the following:

Article I

For the purposes of this Convention:

- (a) The term "launching State" means:
- (i) A State which launches or procures the launching of a space object;
 - (ii) A State from whose territory or facility a space object is launched;
- (b) The term "space object" includes component parts of a space object as well as its launch vehicle and parts thereof;
- (c) The term "State of registry" means a launching State on whose registry a space object is carried in accordance with article II.

Article II

1. When a space object is launched into earth orbit or beyond, the launching State shall register the space object by means of an entry in an appropriate registry which it shall maintain. Each launching State shall inform the Secretary-General of the United Nations of the establishment of such a registry.

2. Where there are two or more launching States in respect of any such space object, they shall jointly determine which one of them shall register the object in accordance with paragraph 1 of this article, bearing in mind the provisions of article VIII of the Treaty on principles governing the activities of States in the exploration and use of outer space, including the moon and other celestial bodies, and without prejudice to appropriate agreements concluded or to be concluded among the launching States on jurisdiction and control over the space object and over any personnel thereof.

3. The contents of each registry and the conditions under which it is maintained shall be determined by the State of registry concerned.

Article III

1. The Secretary-General of the United Nations shall maintain a Register in which the information furnished in accordance with article IV shall be recorded.

2. There shall be full and open access to the information in this Register.

Article IV

1. Each State of registry shall furnish to the Secretary-General of the United Nations, as soon as practicable, the following information concerning each space object carried on its registry:

- (a) Name of launching State or States;
- (b) An appropriate designator of the space object or its registration number;
- (c) Date and territory or location of launch;
- (d) Basic orbital parameters, including:
 - (i) Nodal period,
 - (ii) Inclination,
 - (iii) Apogee,
 - (iv) Perigee;
- (e) General function of the space object.

2. Each State of registry may, from time to time, provide the Secretary-General of the United Nations with additional information concerning a space object carried on its registry.

3. Each State of registry shall notify the Secretary-General of the United Nations, to the greatest extent feasible and as soon as practicable, of space objects concerning which it has previously transmitted information, and which have been but no longer are in earth orbit.

Article V

Whenever a space object launched into earth orbit or beyond is marked with the designator or registration number referred to in article IV, paragraph 1 (b), or both, the State of registry shall notify the Secretary-General of this fact when submitting the information regarding the space object in accordance with article IV. In such case, the Secretary-General of the United Nations shall record this notification in the Register.

Article VI

Where the application of the provisions of this Convention has not enabled a State Party to identify a space object which has caused damage to it or to any of its natural or juridical persons, or which may be of a hazardous or deleterious nature, other States Parties, including in particular States possessing space monitoring and tracking facilities, shall respond to the greatest extent feasible to a request by that State Party, or transmitted through the Secretary-General on its behalf, for assistance under equitable and reasonable conditions in the identification of the object. A State Party making such a request shall, to the greatest extent feasible, submit information as to the time, nature and circumstances of the events giving rise to the request. Arrangements under which such assistance shall be rendered shall be the subject of agreement between the parties concerned.

Article VII

1. In this Convention, with the exception of articles VIII to XII inclusive, references to States shall be deemed to apply to any international intergovernmental organization which conducts space activities if the organization declares its acceptance of the rights and obligations provided for in this Convention and if a majority of the States members of the organization are States Parties to this Convention and to the Treaty on principles governing the activities of States in the exploration and use of outer space, including the moon and other celestial bodies.

2. States members of any such organization which are States Parties to this Convention shall take all appropriate steps to ensure that the organization makes a declaration in accordance with paragraph 1 of this article.

Article VIII

1. This Convention shall be open for signature by all States at United Nations Headquarters in New York. Any State which does not sign this Convention before its entry into force in accordance with paragraph 3 of this article may accede to it at any time.

2. This Convention shall be subject to ratification by signatory States. Instruments of ratification and instruments of accession shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations.

3. This Convention shall enter into force among the States which have deposited instruments of ratification on the

deposit of the fifth such instrument with the Secretary-General of the United Nations.

4. For States whose instruments of ratification or accession are deposited subsequent to the entry into force of this Convention, it shall enter into force on the date of the deposit of their instruments of ratification or accession.

5. The Secretary-General shall promptly inform all signatory and acceding States of the date of each signature, the date of deposit of each instrument of ratification of and accession to this Convention, the date of its entry into force and other notices.

Article IX

Any State Party to this Convention may propose amendments to the Convention. Amendments shall enter into force for each State Party to the Convention accepting the amendments upon their acceptance by a majority of the States Parties to the Convention and thereafter for each remaining State Party to the Convention on the date of acceptance by it.

Article X

Ten years after the entry into force of this Convention, the question of the review of the Convention shall be included in the provisional agenda of the United Nations General Assembly in order to consider, in the light of past application of the Convention, whether it requires revision. However, at any time after the Convention has been in force for five years, at the request of one third of the States Parties to the Convention and with the concurrence of the majority of the States Parties, a conference of the States Parties shall be convened to review this Convention. Such review shall take into account in particular any relevant technological developments, including those relating to the identification of space objects.

Article XI

Any State Party to this Convention may give notice of its withdrawal from the Convention one year after its entry into force by written notification to the Secretary-General of the United Nations. Such withdrawal shall take effect one year from the date of receipt of this notification.

Article XII

The original of this Convention, of which the Arabic, Chinese, English, French, Russian and Spanish texts are equally authentic, shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations, who shall send certified copies thereof to all signatory and acceding States.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned, being duly authorized thereto by their respective Governments, have signed this Convention, opened for signature at New York on the fourteenth day of January one thousand nine hundred and seventy-five.

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des Abkommens vom 10. Juli 1970
über die Bildung der Internationalen Investitionsbank
vom 16. Juni 1977**

Entsprechend der Bekanntmachung vom 23. April 1971 über die Ratifikation des Abkommens vom 10. Juli 1970 über die Bildung der Internationalen Investitionsbank (GBl. I Nr. 2 S. 13) wird hierdurch bekanntgemacht, daß das Abkommen gemäß Artikel XXV am 5. Februar 1971 in Kraft getreten ist.

Der Text des Abkommens wurde bereits veröffentlicht.

Berlin, den 16. Juni 1977

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

H. Eichler

**Bekanntmachung
über die Ratifikation des Zweiten Zusatzprotokolls
zur Verfassung des Weltpostvereins vom 5. Juli 1974
durch die Deutsche Demokratische Republik
vom 16. Juni 1977**

Der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik ratifizierte am 11. Mai 1976 das Zweite Zusatzprotokoll zur Verfassung des Weltpostvereins vom 5. Juli 1974. Das Zusatzprotokoll war am 5. Juli 1974 für die DDR unterzeichnet worden. Gemäß Artikel IV ist es am 1. Januar 1976 in Kraft getreten.

Am 15. Juni 1976 wurde die Ratifikationsurkunde bei der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft hinterlegt.

Am gleichen Tage trat das Zweite Zusatzprotokoll für die Deutsche Demokratische Republik in Kraft.

Der Text des Zusatzprotokolls wurde als Sonderdruck des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1975 (Weltposthandbuch), veröffentlicht.

Berlin, den 16. Juni 1977

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

H. Eichler

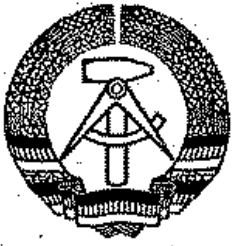
**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
der Resolution der 26. Weltgesundheitsversammlung
zur Änderung der Verfassung
der Weltgesundheitsorganisation
(Artikel 34 und 55)
vom 27. Juni 1977**

Die von der 26. Weltgesundheitsversammlung am 22. Mai 1973 beschlossenen Änderungen der Artikel 34 und 55 der Verfassung der Weltgesundheitsorganisation, die von der DDR angenommen wurden (Bekanntmachung vom 24. September 1976 [GBl. II Nr. 14 S. 294]), sind gemäß Artikel 73 der Verfassung der Weltgesundheitsorganisation am 3. Februar 1977 für die Deutsche Demokratische Republik in Kraft getreten.

Berlin, den 27. Juni 1977

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

H. Eichler



1977

Berlin, den 25. August 1977

Teil II Nr. 14

Tag	Inhalt	Seite
15. 7. 77	Bekanntmachung über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zum Protokoll vom 30. November 1972 zur Änderung der am 22. November 1928 in Paris unterzeichneten Konvention über Internationale Ausstellungen	285
22. 7. 77	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Protokolls vom 21. August 1975 zur Änderung des Artikels 14 Absatz 3 des Europäischen Abkommens vom 30. September 1957 über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße	289
11. 7. 77	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Internationalen Konvention vom 2. Dezember 1972 über sichere Container (CSC)	289
	Berichtigung	289

**Bekanntmachung
über den Beitritt
der Deutschen Demokratischen Republik
zum Protokoll vom 30. November 1972
zur Änderung der am 22. November 1928
in Paris unterzeichneten Konvention
über Internationale Ausstellungen
vom 15. Juli 1977**

Am 16. Dezember 1975 wurde die Beitrittsurkunde der Deutschen Demokratischen Republik zum Protokoll vom 30. November 1972 zur Änderung der am 22. November 1928 in Paris unterzeichneten Konvention über Internationale Ausstellungen bei der Regierung der Französischen Republik als dem Depositar hinterlegt.

Bei der Hinterlegung der Beitrittsurkunde wurde von seiten der Deutschen Demokratischen Republik zu Artikel 34 Absätze 3 und 4 der durch das Protokoll vom 30. November 1972 geänderten Konvention über Internationale Ausstellungen folgender Vorbehalt erklärt:

„Die Deutsche Demokratische Republik betrachtet sich nicht an die Bestimmungen des Artikels 34 Absätze 3 und 4 der Konvention gebunden.“

Zu Artikel 35 wurde folgende Erklärung abgegeben:

„Die Deutsche Demokratische Republik ist der Auffassung, daß die Bestimmungen des Artikels 35 der Konvention im Widerspruch zu dem Prinzip stehen, wonach alle Staaten, die sich in ihrer Politik von den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen leiten lassen, das Recht haben, Mitglied von Konventionen zu werden, die die Interessen aller Staaten berühren.“

Das Protokoll wird nachstehend veröffentlicht.

Der Tag, an dem das Protokoll für die Deutsche Demokratische Republik in Kraft tritt, wird im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntgemacht.

Berlin, den 15. Juli 1977

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

H. Eichler

Protokoll
zur Änderung der am 22. November 1928
in Paris unterzeichneten Konvention
über Internationale Ausstellungen

Die Partner der vorliegenden Konvention haben in der Erwägung, daß die Regeln und Verfahren, die durch die am 22. November 1928 in Paris unterzeichnete und durch die Protokolle vom 10. Mai 1948 sowie vom 16. November 1966 geänderte und ergänzte Konvention festgelegt wurden, sich als nützlich und notwendig für die Organisatoren dieser Ausstellungen und für die Teilnehmerstaaten erwiesen haben,

und in dem Wunsch, die genannten Regeln und Verfahren sowie die Regeln und Verfahren, die die mit der Anwendung der Konvention beauftragte Organisation betreffen, den modernen Arbeitsbedingungen anzupassen und diese Bestimmungen in einem Dokument zusammenzufassen, das die Konvention von 1928 ersetzen soll, folgendes vereinbart:

Artikel 1

Das vorliegende Protokoll hat zum Ziel:

- a) die Regeln und Verfahren abzuändern, die die internationalen Ausstellungen betreffen;
- b) die Bestimmungen abzuändern, die die Tätigkeit des Internationalen Ausstellungsbüros betreffen.

Änderung

Artikel 2

Die Konvention von 1928 wird durch das vorliegende Protokoll gemäß den im Artikel 1 aufgeführten Zielen erneut geändert. Der Text der geänderten Konvention ist im Anhang zu diesem Protokoll als dessen untrennbarer Bestandteil abgedruckt.

Artikel 3

(1) Dieses Protokoll liegt für die Partner der Konvention von 1928 vom 30. November 1972 bis zum 30. November 1973 in Paris zur Unterzeichnung auf; danach liegt es für diese Partner zum Beitritt auf.

(2) Die Partner der Konvention von 1928 können Partner dieses Protokolls werden durch:

- a) Unterzeichnung ohne Vorbehalt der Ratifikation, Annahme oder Bestätigung;
- b) Unterzeichnung unter Vorbehalt der Ratifikation, Annahme oder Bestätigung, der eine Ratifikation, Annahme oder Bestätigung folgt;
- c) Beitritt.

(3) Die Ratifikations-, Annahme-, Bestätigungs- oder Beitrittsurkunden werden bei der Regierung der Französischen Republik hinterlegt.

Artikel 4

Das vorliegende Protokoll tritt in Kraft, sobald 29 Staaten gemäß den im Artikel 3 vorgesehenen Bedingungen Vertragspartner geworden sind.

Artikel 5

Die Bestimmungen dieses Protokolls finden keine Anwendung auf die Registrierung einer Ausstellung, für die vom Internationalen Ausstellungsbüro vor oder während der Tagung des Verwaltungsrates, die unmittelbar vor Inkrafttreten des Protokolls nach Artikel 4 stattfindet, ein Zeitpunkt vorgesehen wurde.

Artikel 6

Die Regierung der Französischen Republik notifiziert den Regierungen der Vertragspartner sowie dem Internationalen Ausstellungsbüro

- a) die Unterzeichnungen, Ratifikationen, Bestätigungen, Annahmen und Beitritte gemäß Artikel 3;
- b) das Datum des Inkrafttretens gemäß Artikel 4.

Artikel 7

Die Regierung der Französischen Republik läßt dieses Protokoll nach seinem Inkrafttreten gemäß Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen beim Sekretariat der Vereinten Nationen registrieren.

Zu Urkund dessen haben die hierzu ordnungsgemäß Bevollmächtigten dieses Protokoll unterzeichnet.

Ausgefertigt in Paris, am 30. November 1972, in einem Original in französischer Sprache, das in dem Archiv der Regierung der Französischen Republik hinterlegt wird, die den Regierungen aller Partner der Konvention von 1928 beglaubigte Kopien übermitteln wird.

Anhang

Konvention
über Internationale Ausstellungen,
unterzeichnet am 22. November 1928 in Paris,
in der Fassung
der Änderungs- und Ergänzungsprotokolle
vom 10. Mai 1948, 16. November 1966
und 30. November 1972

Abschnitt 1

Definitionen und Gegenstand

Artikel 1

(1) Eine Ausstellung ist eine Veranstaltung, die unabhängig von ihrer Bezeichnung als Hauptziel die Information der Öffentlichkeit hat, indem sie die Mittel aufzeigt, über die der Mensch zur Befriedigung der Zivilisationsbedürfnisse verfügt, und indem sie in einem oder in mehreren Bereichen der menschlichen Tätigkeit die erzielten Fortschritte oder die Perspektiven erkennen läßt.

(2) Eine Ausstellung ist international, wenn mehr als ein Staat an ihr beteiligt ist.

(3) Teilnehmer einer internationalen Ausstellung sind einerseits Aussteller aus offiziell vertretenen Staaten, die in nationalen Sektionen zusammengeschlossen sind, andererseits internationale Organisationen oder Aussteller aus nicht offiziell vertretenen Staaten und schließlich diejenigen, die gemäß der Ausstellungsordnung ermächtigt sind, eine andere Tätigkeit auszuüben, vor allem Konzessionsinhaber.

Artikel 2

Diese Konvention findet auf alle internationalen Ausstellungen Anwendung, mit Ausnahme von

- a) Ausstellungen, die weniger als 3 Wochen dauern;
- b) Kunstausstellungen und
- c) Ausstellungen, die im wesentlichen kommerziellen Charakter tragen.

Artikel 3

(1) Ungeachtet der Bezeichnung, die einer Ausstellung von ihren Organisatoren gegeben wird, unterscheidet diese Konvention zwischen Welt- und Fachausstellungen.

(2) Eine Ausstellung ist eine Weitausstellung, wenn sie die in mehreren Bereichen der menschlichen Tätigkeit entsprechend der im Artikel 30 Absatz 2 Buchstaben a vorliegender Konvention vorgesehenen Klassifikation angewandten Mittel

sowie die erzielten oder noch zu erzielenden Fortschritte aufzeigt.

(3) Sie ist eine Fachausstellung, wenn sie nur einem einzigen in der Klassifikation aufgeführten Bereich der menschlichen Tätigkeit gewidmet ist.

Abschnitt 2

Dauer und Häufigkeit der Ausstellungen

Artikel 4

(1) Die Dauer einer Ausstellung darf 6 Monate nicht überschreiten.

(2) Die Termine für die Eröffnung und den Schluß einer Ausstellung werden bei Registrierung der Ausstellung festgelegt und dürfen nur bei höherer Gewalt und mit Zustimmung des im Abschnitt 5 vorliegender Konvention genannten Internationalen Ausstellungsbüros (nachfolgend Büro genannt) geändert werden, jedoch darf die Gesamtdauer der Ausstellung 6 Monate nicht überschreiten.

Artikel 5

(1) Die Häufigkeit von Ausstellungen, die Gegenstand der vorliegenden Konvention sind, wird wie folgt geregelt:

- a) zwischen zwei in ein und demselben Staat stattfindenden Weltausstellungen muß ein Mindestzeitabstand von 20 Jahren liegen; zwischen einer Weltausstellung und einer Fachausstellung muß ein Mindestzeitabstand von 5 Jahren liegen;
- b) zwischen zwei in verschiedenen Staaten stattfindenden Weltausstellungen muß ein Mindestzeitabstand von 10 Jahren liegen;
- c) zwischen in ein und demselben Staat stattfindenden gleichartigen Fachausstellungen muß ein Mindestzeitabstand von 10 Jahren liegen; zwischen Fachausstellungen unterschiedlichen Charakters muß ein Mindestzeitabstand von 5 Jahren liegen;
- d) zwischen zwei in verschiedenen Staaten stattfindenden gleichartigen Fachausstellungen muß ein Mindestzeitabstand von 5 Jahren liegen; zwischen zwei Fachausstellungen unterschiedlichen Charakters muß ein Mindestzeitabstand von 2 Jahren liegen.

(2) Ungeachtet der Festlegungen des Absatzes 1 kann das Büro ausnahmsweise und unter den Bedingungen, wie sie im Artikel 28 Absatz 3 Buchstaben f vorgesehen sind, die obengenannten Zeitabstände für Fachausstellungen verkürzen und für Weltausstellungen, die in verschiedenen Staaten stattfinden, bis auf 7 Jahre verringern.

(3) Die Zeitabstände, die zwischen den registrierten Ausstellungen liegen müssen, beginnen mit dem Tag der Eröffnung der betreffenden Ausstellungen.

Abschnitt 3

Registrierung

Artikel 6

(1) Die Regierung eines Vertragspartners, auf dessen Hoheitsgebiet eine Ausstellung vorgesehen ist (nachfolgend einladende Regierung genannt), muß unter Angabe der gesetzlichen, ordnungsrechtlichen oder finanziellen Maßnahmen, die sie anlässlich dieser Ausstellung vorsieht, deren Registrierung beim Büro beantragen. Die Regierung eines Nichtvertragsstaates, die eine Ausstellung registrieren lassen will, kann dies in gleicher Weise beim Büro unter der Bedingung beantragen, daß sie sich verpflichtet, hinsichtlich dieser Ausstellung die Festlegungen der Abschnitte 1, 2, 3 und 4 dieser Konvention sowie die Verfügungen, die zu ihrer Anwendung erlassen wurden, einzuhalten.

(2) Der Antrag auf Registrierung muß von der Regierung eingereicht werden, die die internationalen Verbindungen in

bezug auf den Ort wahrnimmt, an dem die Ausstellung stattfinden soll (nachfolgend einladende Regierung genannt), selbst für den Fall, daß diese Regierung nicht der Veranstalter dieser Ausstellung ist.

(3) Das Büro legt durch verbindliche Anordnungen die Höchstfrist für die Benennung des Ausstellungstermins sowie die Mindestfrist für die Einreichung des Registrierungsantrages fest; es führt im einzelnen die Dokumente an, die einem solchen Antrag beigefügt werden müssen. Es legt weiterhin durch verbindliche Anordnungen die Höhe der Gebühren fest, die für die Prüfung des Antrages erhoben werden.

(4) Die Registrierung erfolgt nur, wenn die Ausstellung die von der Konvention festgelegten Bedingungen sowie die vom Büro erlassenen Anordnungen erfüllt.

Artikel 7

(1) Wenn zwei oder mehr Staaten sich gleichzeitig um die Registrierung einer Ausstellung bemühen und zu keiner Einigung gelangen, wenden sie sich an die Generalversammlung des Büros, die darüber entscheidet, indem sie die angeführten Gründe, insbesondere die speziellen historischen oder ethischen, sowie den Zeitraum, der seit der letzten Ausstellung vergangen ist, und die Zahl der bereits von den konkurrierenden Staaten durchgeführten Veranstaltungen berücksichtigt.

(2) Von Ausnahmefällen abgesehen gibt das Büro einer Ausstellung den Vorrang, die auf dem Hoheitsgebiet eines Vertragspartners vorgesehen ist.

Artikel 8

Mit Ausnahme des im Artikel 4 Absatz 2 vorgesehenen Falles verliert der Staat, der die Registrierung einer Ausstellung erwirkt hat, die mit der Registrierung verbundenen Rechte, wenn er den Zeitpunkt, den er für ihre Abhaltung angegeben hatte, ändert. Wenn er beabsichtigt, sie zu einem anderen Termin abzuhalten, muß er einen neuen Antrag einreichen und sich gegebenenfalls dem im Artikel 7 angeführten Verfahren unterwerfen, was etwaige Mitbewerbungen einschließt.

Artikel 9

(1) Die Vertragspartner lehnen sowohl ihre Teilnahme als auch ihre Schirmherrschaft oder alle finanziellen Zuschüsse für alle Ausstellungen ab, die nicht registriert wurden.

(2) Den Vertragspartnern ist es völlig freigestellt, an einer registrierten Ausstellung nicht teilzunehmen.

(3) Jeder Vertragspartner wird alle Möglichkeiten ausschöpfen, die er aufgrund seiner innerstaatlichen Rechtsvorschriften für besonders geeignet hält, um gegen Veranstalter von fiktiven Ausstellungen oder Ausstellungen vorzugehen, zu denen Teilnehmer in betrügerischer Absicht durch Versprechungen, Anzeigen oder Schwindelreklamen angelockt wurden.

Abschnitt 4

Pflichten der Veranstalter von registrierten Ausstellungen und der Teilnehmerstaaten

Artikel 10

(1) Die einladende Regierung muß darüber wachen, daß die Bestimmungen der vorliegenden Konvention und die zu ihrer Anwendung erlassenen Durchführungsvorschriften eingehalten werden.

(2) Wenn diese Regierung die Ausstellung nicht selbst organisiert, muß die juristische Person, die sie veranstaltet, hierfür von der Regierung offiziell anerkannt sein; diese garantiert, daß die betreffende juristische Person ihren Pflichten nachkommt.

Artikel 11

(1) Alle Einladungen zur Teilnahme an einer Ausstellung, gleich ob sie an Vertragsparteien oder an Nichtmitgliedstaat-

ten gerichtet werden, sind auf diplomatischem Wege und nur von der Regierung des einladenden Staates an die Regierung des einzuladenden Staates zu übermitteln, und zwar für diese selbst und für die natürlichen oder juristischen Personen, die unter deren Hoheit stehen. Die Antworten müssen der einladenden Regierung auf dem gleichen Wege zugehen, desgleichen der Wunsch auf Teilnahme von nicht eingeladenen natürlichen oder juristischen Personen. Die Einladungen müssen innerhalb der vom Büro vorgeschriebenen Fristen erfolgen. Einladungen an Organisationen internationalen Charakters sind an diese direkt zu senden.

(2) Kein Vertragspartner darf eine internationale Ausstellung veranstalten oder die Schirmherrschaft über sie ausüben, wenn die obengenannten Einladungen nicht entsprechend den Bestimmungen dieser Konvention ausgesprochen wurden.

(3) Die Vertragspartner verpflichten sich, weder eine Einladung zur Teilnahme an einer Ausstellung auszusprechen noch anzunehmen – unabhängig davon, ob sie auf dem Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder auf dem Hoheitsgebiet eines Nichtmitgliedstaates stattfindet –, wenn in der Einladung nicht die entsprechend den Bestimmungen der vorliegenden Konvention erfolgte Registrierung angeführt ist.

(4) Jeder Vertragspartner kann die Veranstalter dazu auffordern, ihm nur die für ihn bestimmten Einladungen zu übermitteln. Er kann auch davon absehen, Einladungen oder den Wunsch auf Teilnahme, den nicht eingeladenen natürlichen oder juristische Personen ausgesprochen haben, weiterzuleiten.

Artikel 12

Die einladende Regierung muß einen Generalkommissar der Ausstellung ernennen, der damit beauftragt ist, sie in allen die vorliegende Konvention und die Ausstellung betreffenden Angelegenheiten zu vertreten.

Artikel 13

Die Regierung eines jeden Staates, der an einer Ausstellung teilnimmt, muß einen Sektionsgeneralkommissar benennen, der sie bei der einladenden Regierung vertritt. Der Sektionsgeneralkommissar ist allein mit der Organisation seiner nationalen Ausstellung beauftragt. Er informiert den Generalkommissar der Ausstellung über die Zusammensetzung dieser Ausstellung und überwacht die Einhaltung der Rechte und Pflichten der Aussteller.

Artikel 14

(1) Für den Fall, daß die Weltausstellungen nationale Pavillons zulassen, errichten alle Teilnehmerregierungen ihre Pavillons auf eigene Kosten. Jedoch können die Organisatoren der Weltausstellungen mit vorheriger Zustimmung des Büros in Abweichung davon Stände errichten, die dazu bestimmt sind, an Regierungen vermietet zu werden, die nicht in der Lage sind, nationale Pavillons zu errichten.

(2) Bei Fachaussstellungen obliegt die Errichtung von Gebäuden den Organisatoren.

Artikel 15

Bei einer Weltausstellung dürfen weder die einladende Regierung noch die örtlichen Behörden oder die Organisatoren der Ausstellung Pauschalmiet- oder -standgelder für die den teilnehmenden Regierungen überlassenen Stände erheben (mit Ausnahme einer Miete für die Stände, die aufgrund der im Artikel 14 Absatz 1 vorgesehenen Ausnahme errichtet wurden). Für den Fall, daß eine Grundsteuer nach dem einladenden Staat geltend gemeldet werden muß, geht diese zu Lasten der Organisatoren. Nur für Dienstleistungen, die tatsächlich in Ausführung der vom Büro getroffenen Anordnungen erbracht werden, kann eine Gebühr erhoben werden.

Artikel 16

Die Zollvorschriften für Ausstellungen sind in der Anlage zu vorliegender Konvention festgelegt, die einen untrennbaren Bestandteil derselben bildet.

Artikel 17

In einer Ausstellung werden nur solche Sektionen als nationale Sektionen betrachtet und können demzufolge auch nur unter dieser Bezeichnung laufen, die mit Genehmigung der nach Artikel 13 von den Regierungen der Teilnehmerstaaten ernannten Generalkommissare gebildet wurden. Eine nationale Sektion umfaßt alle Aussteller des betreffenden Staates, jedoch nicht die Konzessionsinhaber.

Artikel 18

(1) Bei einer Ausstellung darf zur Kennzeichnung eines Teilnehmers oder einer Teilnehmergruppe eine geographische Bezeichnung, die sich auf einen Vertragspartner bezieht, nur mit Zustimmung des Sektionsgeneralkommissars, der die Regierung des betreffenden Vertragspartners vertritt, verwendet werden.

(2) Nimmt ein Vertragspartner an einer Ausstellung nicht teil, wacht der Generalkommissar dieser Ausstellung bezüglich dieses Vertragspartners darüber, daß der im vorhergehenden Absatz vorgesehene Schutz eingehalten wird.

Artikel 19

(1) Die in der nationalen Sektion eines Teilnehmerstaates ausgestellten Erzeugnisse müssen in enger Beziehung zu diesem Staat stehen (z. B. Gegenstände, die aus seinem Hoheitsgebiet stammen, oder Erzeugnisse, die von seinen Staatsbürgern geschaffen wurden).

(2) Jedoch können mit Genehmigung der Generalkommissare der übrigen beteiligten Staaten auch andere Gegenstände oder Erzeugnisse ausgestellt werden unter der Bedingung, daß sie nur dazu dienen, die Ausstellung zu vervollständigen.

(3) In Streitfällen unter Teilnehmerstaaten bezüglich der in den Absätzen 1 und 2 vorgesehenen Fälle wird ein Schiedsspruch von der Gesamtheit der Sektionsgeneralkommissare mit Stimmenmehrheit der anwesenden Kommissare gefällt. Die Entscheidung ist endgültig.

Artikel 20

(1) Sofern die geltenden Rechtsvorschriften des einladenden Staates nichts anderes vorsehen, darf kein Monopol, welcher Art es auch sei, gewährt werden, es sei denn, daß bezüglich der gemeinnützigen Einrichtungen die vom Büro bei der Registrierung erteilte Genehmigung vorliegt. In diesem Fall müssen die Organisatoren folgenden Verpflichtungen nachkommen:

- a) das Bestehen dieses oder dieser Monopole im allgemeinen Reglement der Ausstellung und im Teilnahmevertrag anzugeben;
- b) den Teilnehmern die Inanspruchnahme der monopolisierten Einrichtungen zu den in dem Staat üblichen Bedingungen zu sichern;
- c) auf keinen Fall die Befugnisse der Generalkommissare in den jeweiligen Sektionen einzuschränken.

(2) Der Generalkommissar der Ausstellung trifft alle Maßnahmen, damit die Tarife, die von den Teilnehmerstaaten gefordert werden, nicht höher liegen als die, die von den Organisatoren der Ausstellung gefordert werden, und in jedem Fall nicht höher als die örtlichen Normaltarife.

Artikel 21

Der Generalkommissar der Ausstellung trifft jede mögliche Maßnahme, um den wirksamen Einsatz der gemeinnützigen Einrichtungen innerhalb der Ausstellung zu gewährleisten.

Artikel 22

Die einladende Regierung bemüht sich, die Teilnahme der Staaten und ihrer Staatsbürger zu erleichtern, besonders bezüglich der Transporttarife und der Zulassungsbedingungen für Personen und Sachen.

Artikel 23

(1) Das allgemeine Reglement einer Ausstellung muß angeben, ob — unabhängig von den Teilnahmebescheinigungen, die erteilt werden können — Auszeichnungen an die Teilnehmer verliehen werden. Für den Fall, daß Auszeichnungen vorgesehen sind, kann ihre Verleihung auf bestimmte Kategorien beschränkt werden.

(2) Vor Eröffnung der Ausstellung kann jeder Teilnehmer eine Erklärung abgeben, daß er von der Verleihung von Auszeichnungen ausgenommen werden möchte.

Artikel 24

Das Internationale Ausstellungsbüro, das Gegenstand des folgenden Abschnitts ist, kann Vorschriften erlassen, welche die allgemeinen Bedingungen für die Zusammensetzung und die Tätigkeit der Jurys festlegen und das Verfahren bei der Verleihung von Auszeichnungen regeln.

Abschnitt 5

Bestimmungen über die Organe

Artikel 25

(1) Es wird eine als Internationales Ausstellungsbüro bezeichnete internationale Organisation gebildet, die beauftragt ist, die Anwendung der vorliegenden Konvention zu gewährleisten. Ihre Mitglieder sind die Regierungen der Vertragspartner. Der Sitz des Büros befindet sich in Paris.

(2) Das Büro ist juristische Person und hat das Recht, Verträge abzuschließen, bewegliches und unbewegliches Vermögen zu erwerben und zu verkaufen, sowie das Recht, vor Gericht aufzutreten.

(3) Das Büro hat das Recht, in Ausübung der Befugnisse, die ihm durch die vorliegende Konvention eingeräumt werden, Verträge insbesondere in bezug auf Privilegien und Immunitäten mit Staaten und internationalen Organisationen abzuschließen.

(4) Das Büro besteht aus einer Generalversammlung, einem Präsidenten, einem Exekutivausschuß, Fachausschüssen, ebenso vielen Vizepräsidenten wie Ausschüssen und einem Sekretariat, das von einem Generalsekretär geleitet wird.

Artikel 26

Die Generalversammlung des Büros setzt sich aus Delegierten zusammen, die von den Regierungen der Vertragspartner ernannt wurden, und zwar aus einem bis drei Delegierten pro Vertragspartner.

Artikel 27

Die Generalversammlung hält ordentliche Tagungen ab, sie kann auch außerordentliche Tagungen abhalten. Sie entscheidet über alle Fragen, für die gemäß vorliegender Konvention das Büro zuständig ist, dessen höchstes Organ sie ist, insbesondere:

a) erörtert, beschließt und veröffentlicht sie Anordnungen über die Registrierung, Klassifikation und Organisation von internationalen Ausstellungen sowie über die Tätigkeit des Büros.

Im Rahmen der Bestimmungen der vorliegenden Konvention kann sie verbindliche Vorschriften erlassen. Sie kann auch Musterbedingungen erlassen, die für die Organisation von Ausstellungen als Leitfadend dienen;

b) beschließt sie das Budget, kontrolliert und billigt sie die Rechnungslegung des Büros;

c) gibt sie den Berichten des Generalsekretärs ihre Zustimmung;

d) bildet sie Ausschüsse, die sie für zweckmäßig erachtet, ernennt die Mitglieder des Exekutivausschusses und der anderen Ausschüsse und legt die Dauer ihres Mandats fest;

e) billigt sie alle Entwürfe der im Artikel 25 Absatz 3 genannten internationalen Konventionen;

f) nimmt sie die Änderungsentwürfe an, die im Artikel 33 genannt sind;

g) benennt sie den Generalsekretär.

Artikel 28

(1) Die Regierung jedes Vertragspartners hat — unabhängig von der Zahl ihrer Delegierten — eine Stimme in der Generalversammlung. Jedoch wird ihr Stimmrecht aufgehoben, wenn die Gesamthöhe der von ihr nach Artikel 32 geschuldeten Beiträge den Gesamtbetrag ihrer Beiträge für das laufende Jahr und das Vorjahr überschreitet.

(2) Die Generalversammlung ist beschlußfähig, wenn die Zahl der stimmberechtigten, an der Tagung teilnehmenden Delegationen mindestens zwei Dritteln der stimmberechtigten Vertragspartner entspricht. Ist die Generalversammlung nicht beschlußfähig, wird sie nach Ablauf von mindestens einem Monat erneut mit der gleichen Tagesordnung einberufen. In diesem Fall wird die für die Beschlußfähigkeit erforderliche Zahl um die Hälfte der stimmberechtigten Vertragspartner vermindert.

(3) Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit der dafür oder dagegen stimmenden anwesenden Delegationen angenommen. Jedoch ist in folgenden Fällen eine Mehrheit von $\frac{2}{3}$ erforderlich:

a) Annahme von Änderungsentwürfen zur vorliegenden Konvention;

b) Erlassen und Änderung von Anordnungen;

c) Annahme des Haushaltsplans und Festlegung der Höhe der Jahresbeiträge der Vertragsparteien;

d) die Genehmigung zur Änderung der Zeitpunkte für die Eröffnung und die Schließung einer Ausstellung unter den im Artikel 4 vorgesehenen Bedingungen;

e) die Registrierung einer Ausstellung auf dem Hoheitsgebiet eines Nichtmitgliedstaates für den Fall einer Mitbewerbung für eine Ausstellung auf dem Hoheitsgebiet eines Vertragspartners;

f) Kürzung der im Artikel 5 der vorliegenden Konvention vorgesehenen Zeitabstände;

g) Annahme von Vorbehalten, die von einem Vertragspartner hinsichtlich einer Änderung vorgebracht werden; diese Änderung muß gemäß Artikel 33 von der Mehrheit von $\frac{2}{3}$ oder einstimmig angenommen werden;

h) Annahme aller Entwürfe internationaler Konventionen;

i) Ernennung des Generalsekretärs.

Artikel 29

(1) Der Präsident wird von der Generalversammlung in geheimer Wahl für einen Zeitraum von zwei Jahren unter den Delegierten der Regierungen der Vertragsparteien gewählt; aber er vertritt während seiner Amtszeit nicht den Staat, dessen Staatsbürger er ist. Er kann wiedergewählt werden.

(2) Der Präsident beruft die Tagungen der Generalversammlung ein und leitet sie; er trägt ferner für die reibungslose Tätigkeit des Büros Sorge. Während seiner Abwesenheit werden seine Funktionen durch den vom Exekutivausschuß beauftragten Vizepräsidenten wahrgenommen oder in dessen Abwesenheit von einem der übrigen Vizepräsidenten in der Reihenfolge ihrer Wahl.

(3) Die Wahl der Vizepräsidenten erfolgt unter den Delegierten der Regierungen der Vertragspartner durch die Generalversammlung, die auch über die Art und Dauer ihres Mandats entscheidet und ihnen insbesondere den ihnen übertragenen Ausschuß zuweist.

Artikel 30

(1) Der Exekutivausschuß setzt sich aus Delegierten der Regierungen von zwölf Vertragspartnern zusammen, wobei auf jede Regierung ein Delegierter entfällt.

(2) Der Exekutivausschuß

- a) stellt eine Klassifikation der für eine Ausstellung geeigneten menschlichen Tätigkeitsbereiche auf und hält diese Klassifikation auf dem laufenden;
- b) prüft alle Anträge auf Registrierung einer Ausstellung und leitet sie mit seiner Stellungnahme der Generalversammlung zur Bestätigung zu;
- c) erfüllt die Aufgaben, die ihm von der Generalversammlung übertragen wurden;
- d) kann die Stellungnahmen der anderen Ausschüsse einholen.

Artikel 31

(1) Der nach Artikel 28 der vorliegenden Konvention ernannte Generalsekretär muß Staatsbürger einer der Vertragspartner sein.

(2) Der Generalsekretär ist entsprechend den Weisungen der Generalversammlung und des Exekutivausschusses mit der Führung der laufenden Geschäfte des Büros beauftragt. Er erarbeitet den Entwurf des Haushaltsplans, legt Rechnung und unterbreitet der Generalversammlung Berichte über seine Tätigkeit. Er vertritt das Büro insbesondere vor Gericht.

(3) Die Generalversammlung bestimmt die weiteren Rechte und Pflichten des Generalsekretärs und dessen Status.

Artikel 32

Das Jahresbudget des Büros wird von der Generalversammlung nach Maßgabe des Artikels 28 Absatz 3 festgelegt. Es berücksichtigt dabei die Finanzreserven des Büros, Einnahmen jeglicher Art sowie die Passiv- und Aktivsaldo aus den vorhergehenden Rechnungsjahren. Die Ausgaben des Büros werden aus diesen Mitteln sowie durch die Beiträge gedeckt, die die Vertragspartner nach dem von der Generalversammlung beschlossenen Beitragsschlüssel zu leisten haben.

Artikel 33

(1) Jeder Vertragspartner kann einen Änderungsentwurf zur vorliegenden Konvention einbringen. Der Text eines derartigen Entwurfs sowie seine Begründung sind dem Generalsekretär zuzuleiten, der sie unverzüglich den anderen Vertragspartnern zur Kenntnis bringt.

(2) Der eingebrachte Änderungsentwurf wird auf die Tagesordnung der ordentlichen oder einer außerordentlichen Tagung der Generalversammlung gesetzt, die mindestens drei Monate nach dem Zeitpunkt der Übermittlung durch den Generalsekretär stattfindet.

(3) Jeder Änderungsentwurf, der von der Generalversammlung unter den in dem vorstehenden Absatz festgelegten Bedingungen und gemäß Artikel 28 angenommen wurde, wird von der Regierung der Französischen Republik allen Vertragspartnern zur Annahme vorgelegt. Er tritt für alle diese Partner zu dem Zeitpunkt in Kraft, an dem $\frac{2}{3}$ von ihnen der Regierung der Französischen Republik ihre Annahme notifiziert haben. Abweichend hiervon tritt jeder Änderungsentwurf gemäß dem vorhergehenden Absatz, zu Artikel 16 betreffend die Zollvorschriften oder zu der in diesem Artikel vorgesehenen Anlage erst zu dem Zeitpunkt in Kraft, an dem alle Vertragspartner der Regierung der Französischen Republik ihre Annahme notifiziert haben.

(4) Jeder Vertragspartner, der bei der Annahme eines Änderungsvorschlages einen Vorbehalt zu erklären wünscht, teilt den Wortlaut des beabsichtigten Vorbehalts dem Büro mit. Die Generalversammlung entscheidet über die Zulässigkeit dieses Vorbehalts. Die Generalversammlung muß Vorbehalten stattgeben, die auf die Beibehaltung bestehender Verhältnisse bei Ausstellungen zielen, und solche ablehnen, die eine Bevorzugung zur Folge haben würden. Wird der Vorbehalt angenommen, zählt der Partner, der ihn vorgebracht hat, bei der Berechnung der vorgenannten $\frac{2}{3}$ -Mehrheit zu denjenigen Vertragspartnern, die die Änderung angenommen haben. Wird er abgelehnt, muß sich der Vertragspartner, der ihn vorgebracht hat, für die Ablehnung des

Änderungsvorschlages oder seine vorbehaltlose Annahme entscheiden.

(5) Tritt die Änderung nach Maßgabe von Absatz 3 des vorliegenden Artikels in Kraft, so kann jeder Vertragspartner, der die Annahme der Änderung abgelehnt hat, sich auf Artikel 37 berufen, wenn er es für zweckdienlich hält.

Artikel 34

(1) Jede Meinungsverschiedenheit zwischen zwei oder mehr Vertragspartnern hinsichtlich der Anwendung oder Auslegung der vorliegenden Konvention, die nicht von den nach dieser Konvention mit Entscheidungsbefugnissen ausgestatteten Organen beigelegt werden kann, ist Gegenstand von Verhandlungen zwischen den streitenden Parteien.

(2) Führen die Verhandlungen nicht zu einer kurzfristigen Einigung, wendet sich eine der Parteien an den Präsidenten des Büros und bittet ihn darum, einen Vermittler zu benennen. Kann auch der Vermittler keine Einigung der streitenden Parteien über eine Lösung herbeiführen, stellt er in seinem Bericht an den Präsidenten Art und Umfang der Streitigkeit fest.

(3) Wird auf diese Art eine Unstimmigkeit festgestellt, bildet diese Meinungsverschiedenheit den Gegenstand eines Schiedsverfahrens. Dazu beantragt eine der Parteien innerhalb von zwei Monaten nach Übergabe des Berichts an die streitenden Parteien beim Generalsekretär des Büros ein Schiedsverfahren unter Angabe des von ihr gewählten Schiedsrichters. Die andere oder die anderen am Streitfall beteiligten Parteien müssen, jede für sich, innerhalb von zwei Monaten den jeweiligen Schiedsrichter benennen. Wurde dies versäumt, wendet sich eine der Parteien an den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes mit der Bitte, den oder die Schiedsrichter zu benennen.

Bilden mehrere Parteien eine Streitgemeinschaft, gelten sie für die Zwecke des vorstehenden Absatzes als eine Partei. Im Zweifelsfall entscheidet der Generalsekretär.

Die Schiedsrichter benennen ihrerseits einen Oberschiedsrichter. Können sich die Schiedsrichter nicht innerhalb von zwei Monaten über diese Wahl einigen, so nimmt der Präsident des Internationalen Gerichtshofes auf Ersuchen eines der Partner die Benennung vor.

(4) Das Schiedsgericht fällt seinen Schiedsspruch mit der Mehrheit seiner Mitglieder; bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Oberschiedsrichters den Ausschlag. Dieser Schiedsspruch ist für alle streitenden Parteien endgültig, eine Berufung kann nicht eingelegt werden.

(5) Jeder Staat kann bei der Unterzeichnung oder der Ratifikation dieser Konvention oder beim Beitritt zu dieser Konvention erklären, daß er sich an die Bestimmungen der vorstehenden Absätze 3 und 4 nicht gebunden fühlt. Die anderen Vertragspartner sind gegenüber einem Staat, der einen solchen Vorbehalt erklärt hat, nicht an die genannten Bestimmungen gebunden.

(6) Jeder Vertragspartner, der einen Vorbehalt nach Absatz 5 erklärt hat, kann diesen Vorbehalt jederzeit durch eine an die Depositärregierung gerichtete Notifikation zurücknehmen.

Artikel 35

Diese Konvention liegt für jeden Staat, der Mitglied der Vereinten Nationen ist, der als Nichtmitglied der Vereinten Nationen Vertragspartner des Statuts des Internationalen Gerichtshofes ist, der Mitglied einer Spezialorganisation der Vereinten Nationen oder Mitglied der Internationalen Atomenergie-Organisation ist, sowie für jeden anderen Staat zum Beitritt auf, dessen Beitrittsantrag von zwei Dritteln der stimmberechtigten Vertragspartner der Generalversammlung des Büros angenommen wird. Die Beitrittsurkunden werden bei der Regierung der Französischen Republik hinterlegt; sie werden am Tag der Hinterlegung wirksam.

Artikel 36

Die Regierung der Französischen Republik notifiziert den Regierungen der Vertragsstaaten dieser Konvention und dem Internationalen Ausstellungsbüro

- a) das Inkrafttreten von Änderungen nach Artikel 33;
- b) die Beitritte nach Artikel 35;
- c) die Kündigung nach Artikel 37;
- d) die nach Artikel 34 Absatz 5 erklärten Vorbehalte;
- e) das eventuelle Außerkrafttreten der Konvention.

Artikel 37

(1) Jeder Vertragspartner kann diese Konvention kündigen, indem er dies schriftlich der Regierung der Französischen Republik notifiziert.

(2) Diese Kündigung wird ein Jahr nach Eingang dieser Notifikation wirksam.

(3) Die vorliegende Konvention tritt außer Kraft, wenn die Zahl der Vertragspartner infolge von Kündigungen auf weniger als sieben zurückgeht.

Vorbehaltlich von zwischen den Vertragspartnern möglicherweise hinsichtlich der Auflösung des Büros getroffenen Vereinbarungen wird der Generalsekretär mit den Aufgaben der Liquidation beauftragt. Die Aktiva werden unter die Vertragspartner im Verhältnis der Beiträge verteilt, die sie als Vertragspartner dieser Konvention gezahlt haben. Sind Passiva vorhanden, so werden diese von den Vertragspartnern im Verhältnis der für das laufende Finanzjahr festgesetzten Beiträge übernommen.

Ausgefertigt in Paris am 30. November 1972.

Anlage

zu der am 22. November 1928 in Paris unterzeichneten
Konvention über Internationale Ausstellungen
in der Fassung der Änderungs- und Ergänzungsprotokolle
vom 10. Mai 1948, vom 16. November 1966
und vom 30. November 1972

Zollvorschriften
für die Einfuhr von Gegenständen
durch Teilnehmer an Internationalen Ausstellungen

Artikel 1
Definitionen

Im Sinne dieser Anlage bedeuten

- a) „Einfuhrabgaben“ die Zölle und alle Steuern und sonstigen Abgaben, die anlässlich oder im Zusammenhang mit der Einfuhr erhoben werden, sowie alle Konsumsteuern und sonstigen inländischen Abgaben, denen eingeführte Waren unterliegen, mit Ausnahme der Gebühren und Abgaben, die sich ungefähr auf Kosten für erbrachte Dienstleistungen beschränken und weder einen indirekten Schutz für inländische Erzeugnisse noch eine Einfuhrsteuer darstellen;
- b) „vorübergehende Einfuhr“ das vorübergehende Einbringen ohne Entrichtung von Einfuhrabgaben und frei von Einfuhrverboten und -beschränkungen mit der Verpflichtung zur Wiederausfuhr.

Artikel 2

Zur vorübergehenden Einfuhr werden zugelassen:

- a) Waren, die ausgestellt oder auf der Ausstellung vorgeführt werden sollen;
- b) Waren, die für die Ausstellung ausländischer Erzeugnisse auf der Ausstellung verwendet werden sollen, z. B.:
 - (I) Waren, die zur Vorführung der ausgestellten ausländischen Maschinen oder Geräte benötigt werden;
 - (II) Baumaterialien, auch unbearbeitet, Dekorations- und Einrichtungsmaterial sowie die elektrischen Anlagen für ausländische Pavillons und Stände sowie für die Räume, die dem Sektionsgeneralkommissar eines ausländischen Teilnehmerstaates zur Verfügung gestellt werden;
 - (III) Werkzeuge und Baumaterial sowie Transportmittel, die für Ausstellungsarbeiten benötigt werden;
 - (IV) Werbe- oder Anschauungsmaterial, das offensichtlich zur Werbung für die auf der Messe ausgestellten ausländischen Waren dienen soll, wie z. B. Tonbandaufnahmen, Filme und Diapositive sowie die zu ihrer Vorführung benötigten Geräte.
- c) Gegenstände, einschließlich der Übersetzungseinrichtungen, der Apparate für Tonbandaufnahmen und der Filme mit Lehr-, wissenschaftlichem oder kulturellem Charakter, die anlässlich der Ausstellung verwendet werden sollen.

Artikel 3

Im Artikel 2 dieser Anlage genannte Erleichterungen werden unter der Bedingung gewährt, daß

- a) die Waren bei ihrer Wiederausfuhr identifiziert werden können;
- b) der Sektionsgeneralkommissar des Teilnehmerstaates ohne Hinterlegung von Zahlungsmitteln für die Entrichtung der Importzölle für die Waren garantiert, die nicht innerhalb der festgelegten Fristen nach Schließung der Ausstellung wieder ausgeführt werden; andere Garantien, die die Rechtsvorschriften des einladenden Staates vorsehen, können auf Antrag der Aussteller zugelassen werden (z. B. das durch die Konvention des Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens vom 6. Dezember 1961 eingeführte Carnet A.T.A.);
- c) wenn die Bedingungen dieser Anlage nach Ansicht der Zollorgane des Staates der vorübergehenden Einfuhr erfüllt sind.

Artikel 4

Die zur vorübergehenden Einfuhr zugelassenen Waren dürfen, solange sie die in dieser Anlage vorgesehenen Erleichterungen genießen, nicht verliehen, vermietet oder sonst gegen Entgelt genutzt werden oder aus dem Ausstellungsgelände entfernt werden, es sei denn, daß die innerstaatlichen Rechtsvorschriften des Staates der vorübergehenden Einfuhr dies gestatten. Sie sind in kürzester Frist, spätestens jedoch drei Monate nach Schließung der Ausstellung wieder auszuführen. Die Zollorgane können bei Vorliegen triftiger Gründe diese Frist im Rahmen der innerstaatlichen Rechtsvorschriften des Staates der vorübergehenden Einfuhr verlängern.

Artikel 5

- a) Ungeachtet der im Artikel 4 vorgesehenen Wiederausfuhrpflicht ist die Wiederausfuhr von leicht verderblichen, sehr stark beschädigten oder Waren mit niedrigem Wert nicht erforderlich, wenn auf Verlangen der Zollbehörden:
 - (I) die auf die Waren zu entrichtenden Einfuhrabgaben gezahlt werden,
 - (II) die Waren kostenlos dem Staat, in den sie vorübergehend eingeführt worden sind, überlassen werden oder

(III) unter offizieller Kontrolle vernichtet werden, ohne daß dem Staat, in den sie vorübergehend eingeführt worden sind, daraus Kosten entstehen.

Die Wiederausfuhrpflicht besteht jedoch nicht für Waren aller Art, die auf Antrag des betreffenden Sektionsgeneralkommissars unter offizieller Kontrolle vernichtet werden, ohne daß dem Staat, in den sie vorübergehend eingeführt worden sind, daraus Kosten entstehen.

- b) An Stelle der Wiederausfuhr können die zur vorübergehenden Einfuhr zugelassenen Waren auch einer anderen Bestimmung zugeführt, insbesondere dem Inlandverbrauch zugeführt werden; Voraussetzung ist jedoch, daß die Bedingungen und Formalitäten eingehalten werden, die in den innerstaatlichen Rechtsvorschriften des Staates der vorübergehenden Einfuhr für die direkte Einfuhr dieser Waren aus dem Ausland vorgesehen sind.

Artikel 6

Auf Erzeugnisse, die im Verlauf der Ausstellung bei der Vorführung ausgestellter Maschinen oder Apparate aus vorübergehend eingeführten Waren anfallen, finden die Artikel 4 und 5 dieser Anlage in derselben Weise wie auf die zur vorübergehenden Einfuhr zugelassenen Erzeugnisse Anwendung. Artikel 7 bleibt hiervon unberührt.

Artikel 7

In folgenden Fällen werden keine Einfuhrabgaben erhoben, keine Einfuhrverbote oder -beschränkungen angewendet, und es wird keine Wiederausfuhr verlangt, wenn Waren zur vorübergehenden Einfuhr zugelassen wurden, sofern der Gesamtwert und die Warenmenge nach Auffassung der Zollorgane des Einfuhrlandes unter Berücksichtigung des Charakters der Ausstellung, der Besucherzahl und der Bedeutung der Teilnahme des Ausstellers vertretbar sind:

- a) bei kleinen Warenproben (ausgenommen alkoholische Getränke, Tabak, Tabakwaren sowie Brenn- und Treibstoffe) einschließlich Kostproben von Lebensmitteln und Getränken, die auf der Ausstellung ausgestellte ausländische Waren darstellen und entweder als fertige Muster eingeführt oder auf der Ausstellung aus nicht abgepackt eingeführten Waren hergestellt worden sind, wenn
- (I) sie unentgeltlich aus dem Ausland geliefert und nur auf der Ausstellung an die Besucher zu ihrer persönlichen Verwendung oder zu ihrem persönlichen Verbrauch unentgeltlich verteilt werden,
 - (II) sie als Werbemuster erkennbar sind und nur einen geringen Einzelwert haben,
 - (III) sie für kommerzielle Zwecke nicht geeignet und gegebenenfalls in Mengen abgepackt sind, die erheblich kleiner als die kleinsten im Einzelhandel verkauften abgepackten Mengen sind,
 - (IV) sie nicht in Packungen nach Ziffer III verteilten Kostproben von Lebensmitteln und Getränken auf der Ausstellung verzehrt werden;
- b) eingeführte Warenproben, die von den Mitgliedern der Jury der Ausstellung zur Bewertung und Beurteilung der ausgestellten Gegenstände verwendet oder verbraucht werden, wobei jedoch eine Bescheinigung des Sektionsgeneralkommissars über Art und Menge der bei der Bewertung und Beurteilung verbrauchten Gegenstände beizubringen ist;
- c) Waren, die ausschließlich zu ihrer Vorführung oder zur Vorführung der auf der Ausstellung gezeigten ausländischen Maschinen oder Apparate eingeführt und im Verlauf der Vorführung verbraucht oder vernichtet wurden;

- d) Drucksachen, Kataloge, Prospekte, Preislisten, Plakate, Kalender (auch mit Bildern) und ungerahmte Lichtbilder, die offensichtlich zur Werbung für die ausgestellten ausländischen Waren verwendet werden sollen, sofern sie unentgeltlich aus dem Ausland geliefert und nur auf der Ausstellung unentgeltlich an die Besucher verteilt werden.

Artikel 8

In folgenden Fällen werden keine Einfuhrabgaben erhoben, keine Einfuhrverbote oder -beschränkungen angewendet, und es wird, falls die Waren zur vorübergehenden Einfuhr zugelassen worden sind, keine Wiederausfuhr verlangt:

- a) bei Waren, die für die Errichtung, Einrichtung, Ausstattung, Gestaltung und Ausschmückung einer ausländischen Schau auf der Ausstellung eingeführt und verbraucht werden (Farben, Lacke, Tapeten, Sprühmittel, Feuerwerksartikel, Samen oder Pflanzen usw.);
- b) Kataloge, Schriften, Plakate und andere offizielle Druckschriften, auch mit Bildern, die von den an der Ausstellung teilnehmenden Staaten veröffentlicht werden;
- c) Pläne, Zeichnungen, Akten, schriftliche Aufzeichnungen, Formblätter und sonstige Schriftstücke, die als solche auf der Ausstellung verwendet werden sollen.

Artikel 9

- a) Bei der Einfuhr und Ausfuhr von Waren, die auf einer Ausstellung ausgestellt oder verwendet werden sollen oder ausgestellt oder verwendet worden sind, werden die Zollkontrollen und die Zollabfertigung in allen Fällen, in denen dies möglich und zweckmäßig ist, auf dem Ausstellungsgelände vorgenommen.
- b) Jeder Vertragspartner wird bestrebt sein, innerhalb des Gebietes einer in seinem Hoheitsgebiet veranstalteten Ausstellung für eine angemessene Zeitdauer ein Zollamt einzurichten, wenn er dies wegen der Bedeutung der Ausstellung für zweckmäßig hält.
- c) Zur vorübergehenden Einfuhr zugelassene Waren können in einzelnen oder mehreren Sendungen und über jedes für derartige Abfertigungen zuständige Zollamt wieder ausgeführt werden, auch wenn dieses nicht das Eingangszollamt ist; ausgenommen davon sind Fälle, in denen sich der Importeur verpflichtet, die Waren über das Eingangszollamt wieder auszuführen, um in den Genuß eines vereinfachten Verfahrens zu gelangen.

Artikel 10

Die vorstehenden Bestimmungen sind kein Hindernis für:

- a) von einzelnen Vertragspartnern jetzt oder künftig aufgrund einseitiger Bestimmungen oder aufgrund zwei- oder mehrseitiger Vereinbarungen gewährte weitergehende Erleichterungen;
- b) innerstaatliche oder vertragliche Vorschriften über die Durchführung der Ausstellung, die keine Zollvorschriften sind;
- c) Verbote und Beschränkungen, die sich aus innerstaatlichen Rechtsvorschriften und sonstigen Vorschriften ergeben und aus Gründen der Moral, der öffentlichen Ordnung, Sicherheit, Hygiene oder Gesundheit, aus veterinärmedizinischen oder phytosanitären Gründen oder zum Schutz von Patenten, Warenzeichen und Urheberrechten erlassen werden.

Artikel 11

Für die Zwecke dieser Anlage können die Hoheitsgebiete der Vertragsstaaten, die eine Zoll- oder Wirtschaftsunion bilden, als ein einziges Hoheitsgebiet angesehen werden.

PROTOCOLE**portant modification
de la Convention signée à Paris le 22 novembre 1928
concernant les expositions internationales.**

Les Parties à la présente Convention,

Considérant que les règles et procédures instaurées par la Convention concernant les expositions internationales signée à Paris le 22 novembre 1928, modifiée et complétée par les protocoles des 10 mai 1948 et 16 novembre 1966, se sont révélées utiles et nécessaires aux organisateurs de ces expositions comme aux Etats participants,

Désireuses d'adapter aux conditions de l'activité moderne lesdites règles et procédures, ainsi que celles qui concernent l'Organisation chargée de veiller à son application et de réunir ces dispositions dans un seul instrument qui doit remplacer la Convention de 1928,

Sont convenues de ce qui suit:

Article Ier.

Le présent protocole a pour objet:

- a) De modifier les règles et procédures concernant les expositions internationales;
- b) De modifier les dispositions concernant les activités du Bureau International des Expositions.

Modification.**Article II.**

La Convention de 1928 est de nouveau modifiée par le présent Protocole conformément aux objectifs exprimés à l'article Ier. Le texte de la Convention ainsi modifiée figure dans l'appendice au présent Protocole dont il constitue partie intégrante.

Article III.

1. Le présent Protocole est ouvert à la signature des Parties à la Convention de 1928 à Paris du 30 novembre 1972 au 30 novembre 1973 et restera ouvert après cette dernière date pour l'adhésion de ces mêmes Parties.

2. Les Parties à la Convention de 1928 peuvent devenir Parties au présent Protocole par:

- a) Signature sans réserve de ratification, acceptation ou approbation;
- b) Signature sous réserve de ratification, acceptation ou approbation, suivie de ratification, acceptation ou approbation;
- c) Adhésion.

3. Les instruments de ratification, acceptation, approbation ou adhésion sont déposés auprès du Gouvernement de la République française.

Article IV.

Le présent Protocole entrera en vigueur à la date à laquelle 29 Etats y seront devenus parties dans les conditions prévues à l'article III.

Article V.

Les dispositions du présent Protocole ne s'appliquent pas à l'enregistrement d'une exposition pour laquelle une date aura été retenue par le Bureau International des Expositions jusqu'à et y inclus la session du Conseil d'Administration qui aura immédiatement précédé l'entrée en vigueur du présent Protocole, conformément à l'article IV ci-dessus.

Article VI.

Le Gouvernement de la République française notifiera aux gouvernements des Parties contractantes ainsi qu'au Bureau International des Expositions:

- a) Les signatures, ratifications, approbations, acceptations et adhésions conformément à l'article III;
- b) La date à laquelle le présent Protocole entrera en vigueur conformément à l'article IV.

Article VII.

Dès l'entrée en vigueur du présent Protocole, le Gouvernement de la République française le fera enregistrer auprès du Secrétariat des Nations Unies, conformément à l'article 102 de la Charte des Nations Unies.

En foi de quoi les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé le présent Protocole.

Fait à Paris, le 30 novembre 1972, en langue française, en un seul exemplaire, qui sera conservé dans les archives du Gouvernement de la République française, lequel en délivrera des copies conformes aux gouvernements de toutes les Parties à la Convention de 1928.

APPENDICE

CONVENTION CONCERNANT LES EXPOSITIONS INTERNATIONALES SIGNÉE A PARIS LE 22 NOVEMBRE 1928, MODIFIÉE ET COMPLÉTÉE PAR LES PROTOCOLES DES 10 MAI 1948, 16 NOVEMBRE 1966 ET 30 NOVEMBRE 1972

TITRE 1er**Définitions et objets.****Article 1er.**

1. Une exposition est une manifestation qui, quelle que soit sa dénomination, a un but principal d'enseignement pour le public, faisant l'inventaire des moyens dont dispose l'homme pour satisfaire les besoins d'une civilisation et faisant ressortir dans une ou plusieurs branches de l'activité humaine les progrès réalisés ou les perspectives d'avenir.

2. L'exposition est internationale lorsque plus d'un Etat y participe.

3. Les participants à une exposition internationale sont, d'une part, les exposants des Etats officiellement représentés groupés en sections nationales, d'autre part, les organisations internationales ou les exposants ressortissants d'Etats non officiellement représentés et enfin ceux qui sont autorisés, selon les règlements de l'exposition, à poursuivre une autre activité, en particulier les concessionnaires.

Article 2.

La présente Convention s'applique à toutes les expositions internationales, à l'exception des:

- a) Expositions d'une durée de moins de trois semaines;
- b) Expositions des Beaux-Arts;
- c) Expositions essentiellement commerciales.

Article 3.

1. Nonobstant le titre qui pourrait être donné à une exposition par ses organisateurs, la présente Convention distingue les expositions universelles et les expositions spécialisées.

2. Une exposition est universelle lorsqu'elle fait l'inventaire des moyens utilisés et des progrès réalisés ou à réaliser dans plusieurs des branches de l'activité humaine, telles qu'elles résultent de la classification prévue à l'article 30, paragraphe 2 (a), de la présente Convention.

3. Elle est spécialisée quand elle est consacrée à une seule branche de l'activité humaine, telle que cette branche se trouve définie dans sa classification.

TITRE II

Durée et fréquence des expositions.

Article 4.

1. La durée d'une exposition ne doit pas dépasser six mois.

2. Les dates d'ouverture et de clôture d'une exposition sont fixées au moment de son enregistrement et ne peuvent être modifiées qu'en cas de force majeure et avec l'accord du Bureau International des Expositions (ci-après dénommé Bureau) et visé au Titre V de la présente Convention. Toutefois la durée totale de l'exposition ne doit pas dépasser six mois.

Article 5.

1. La fréquence des expositions visées par la présente Convention est réglementée de la façon suivante:

a) Dans un même Etat, un intervalle minimum de vingt ans doit séparer deux expositions universelles; un intervalle minimum de cinq ans doit séparer une exposition universelle et une exposition spécialisée;

b) Dans des Etats différents, un intervalle minimum de dix ans doit séparer deux expositions universelles;

c) Dans un même Etat un intervalle minimum de dix ans doit séparer des expositions spécialisées de même nature; un intervalle minimum de cinq ans doit séparer deux expositions spécialisées de nature différente;

d) Dans des Etats différents un intervalle minimum de cinq ans doit séparer deux expositions spécialisées de même nature; un intervalle minimum de deux ans doit séparer deux expositions spécialisées de nature différente.

2. Nonobstant les dispositions du paragraphe 1 ci-dessus, le Bureau peut exceptionnellement et dans les conditions prévues à l'article 28 (3) f, réduire les intervalles ci-dessus, d'une part, au bénéfice des expositions spécialisées, d'autre part et dans la limite de sept ans, au bénéfice des expositions universelles organisées dans des Etats différents.

3. Les intervalles qui doivent séparer les expositions enregistrées ont pour point de départ la date d'ouverture desdites expositions.

TITRE III

Enregistrement.

Article 6.

1. Le Gouvernement d'une Partie contractante sur le territoire de laquelle une exposition est projetée (ci-après dénommé Gouvernement invitant) doit adresser au Bureau une demande pour obtenir son enregistrement en indiquant les mesures législatives, réglementaires ou financières qu'il prévoit à l'occasion de cette exposition. Le Gouvernement d'un Etat non contractant désireux d'obtenir l'enregistrement d'une exposition peut, de la même manière, adresser une demande au Bureau, à condition de s'engager à respecter pour cette exposition les dispositions des Titres I, II, III et IV de cette Convention et les règlements édictés pour leur application.

2. La demande d'enregistrement doit être faite par le Gouvernement chargé des relations internationales se rapportant au lieu où l'exposition est projetée (ci-après dénommé le Gouvernement invitant), même dans le cas où ce Gouvernement n'est pas l'organisateur de l'exposition.

3. Le Bureau détermine par ses règlements obligatoires le délai maximum pour retenir la date d'une exposition et le délai minimum pour le dépôt de la demande d'enregistrement; il précise les documents qui doivent accompagner une telle demande. Il fixe également, par règlement obligatoire, le montant des contributions exigées pour frais d'examen de la demande.

4. L'enregistrement n'est accordé que si l'exposition remplit les conditions fixées par la présente Convention et les règlements établis par le Bureau.

Article 7.

1. Lorsque deux Etats ou plus sont en concurrence entre eux pour l'enregistrement d'une exposition et ne parviennent pas à s'accorder, ils saisissent l'assemblée générale du Bureau qui décide en tenant compte des considérations invoquées, et notamment des raisons spéciales de nature historique ou morale, du temps écoulé depuis la dernière exposition et du nombre de manifestations déjà organisées par les Etats concurrents.

2. Sauf dans des circonstances exceptionnelles, le Bureau donne la préférence à une exposition projetée sur le territoire d'une Partie contractante.

Article 8.

Sauf dans le cas prévu à l'article 4, paragraphe 2, l'Etat qui a obtenu l'enregistrement d'une exposition perd les droits attachés à cet enregistrement s'il modifie la date à laquelle il avait déclaré qu'elle se tiendrait. S'il entend qu'elle soit organisée à une autre date, il doit introduire une nouvelle demande et se soumettre, s'il y a lieu, à la procédure fixée à l'article 7 qu'impliquent les compétitions éventuelles.

Article 9.

1. Pour toute exposition qui n'a pas été enregistrée, les Parties contractantes refusent leur participation et leur patronage ainsi que toute subvention.

2. Les Parties contractantes restent entièrement libres de ne pas participer à une exposition enregistrée.

3. Chaque Partie contractante usera de tous les moyens qui, d'après sa législation, lui paraîtront les plus opportuns pour agir contre les promoteurs d'expositions fictives ou d'expositions auxquelles les participants seraient frauduleusement attirés par des promesses, annonces ou réclames mensongères.

TITRE IV

Obligations des organisateurs des expositions enregistrées et des Etats participants.

Article 10.

1. Le Gouvernement invitant doit veiller au respect des dispositions de la présente Convention et des règlements édictés pour son application.

2. Si ce Gouvernement n'organise pas lui-même l'exposition, la personne morale qui l'organise doit être officiellement reconnue à cet effet par le Gouvernement, lequel garantit l'exécution des obligations de cette personne morale.

Article 11.

1. Toutes les invitations à participer à une exposition, qu'elles soient adressées à des Parties contractantes ou à des Etats non membres, doivent être acheminées par voie diplomatique par le seul Gouvernement de l'Etat invitant au seul Gouvernement de l'Etat invité, pour lui-même et les autres personnes physiques ou morales qui relèvent de son autorité. Les réponses doivent parvenir par la même voie au Gouverne-

ment invitant, de même que les désirs de participation exprimés par des personnes physiques ou morales non invitées. Les invitations doivent tenir compte des délais prescrits par le bureau. Les invitations aux organisations des caractères internationaux leur sont adressées directement.

2. Aucune Partie contractante ne peut organiser ou patronner une participation à une exposition internationale si les invitations ci-dessus n'ont pas été adressées conformément aux dispositions de cette Convention.

3. Les Parties contractantes s'engagent à n'adresser ni n'accepter aucune invitation à participer à une exposition, quelle qu'elle soit, sur le territoire d'une Partie contractante ou sur celui d'un Etat non membre, si cette invitation ne fait pas mention de l'enregistrement accordé conformément aux dispositions de la présente Convention.

4. Toute Partie contractante peut requérir les organisateurs de s'abstenir de lui adresser des invitations autres que celle qui lui est destinée. Elle peut aussi s'abstenir de transmettre des invitations ou des désirs de participation exprimés par des personnes physiques ou morales non invitées.

Article 12.

Le Gouvernement invitant doit nommer un commissaire général de l'exposition chargé de le représenter à toutes fins de la présente Convention et en tout ce qui concerne l'exposition.

Article 13.

Le Gouvernement de tout Etat qui participe à une exposition doit nommer un commissaire général de section pour le représenter auprès du Gouvernement invitant. Le commissaire général de section est seul chargé de l'organisation de sa présentation nationale. Il informe le commissaire général de l'exposition de la composition de cette présentation et veille au respect des droits et obligations des exposants.

Article 14.

1. Au cas où les expositions universelles comportent des pavillons nationaux, tous les Gouvernements participants construisent leurs pavillons à leurs propres frais. Néanmoins, avec l'approbation préalable du bureau, les organisateurs des expositions universelles peuvent, par dérogation, construire des emplacements destinés à être loués aux Gouvernements qui ne sont pas en mesure de construire des pavillons nationaux.

2. Dans les expositions spécialisées, la construction des bâtiments incombe aux organisateurs.

Article 15.

Dans une exposition universelle il ne peut être perçu, ni par le Gouvernement invitant, ni par les autorités locales, ni par les organisateurs de l'exposition, de loyer ou de redevance forfaitaire pour les emplacements attribués aux Gouvernements participants (à l'exception d'un loyer pour les emplacements construits au titre de la dérogation prévue à l'article 14, 1.). Dans le cas où une taxe immobilière serait exigible, d'après la législation en vigueur dans l'Etat invitant, elle demeurerait à la charge des organisateurs. Seuls les services effectivement rendus en application des règlements approuvés par le bureau peuvent faire l'objet d'une rétribution.

Article 16.

Le régime douanier des expositions est fixé par l'annexe à la présente Convention, dont ladite annexe fait partie intégrante.

Article 17.

Dans une exposition, ne sont considérées comme nationales et, en conséquence, ne peuvent être désignées sous cette dénomination que les sections constituées sous l'autorité de commissaires généraux nommés conformément à l'article 13 par les Gouvernements des Etats participants. Une section nationale comprend tous les exposants de l'Etat considéré, mais non les concessionnaires.

Article 18.

1. Dans une exposition, il ne peut être fait usage pour désigner un participant ou un groupe de participants d'une appellation géographique se rapportant à une Partie contractante qu'avec l'autorisation du commissaire général de section représentant le Gouvernement de ladite Partie.

2. Si une Partie contractante ne participe pas à une exposition, le commissaire général de cette exposition veille, en ce qui concerne cette Partie contractante, au respect de la protection prévue au paragraphe précédent.

Article 19.

1. Les productions présentées dans la section nationale d'un Etat participant doivent être en relation étroite avec cet Etat (par exemple objets originaires de son territoire ou productions créées par ses ressortissants).

2. Peuvent toutefois y figurer, avec l'autorisation des commissaires généraux des autres Etats en cause, d'autres objets ou productions, à condition qu'ils ne servent qu'à compléter la présentation.

3. En cas de contestation entre Etats participants dans les cas prévus aux paragraphes 1 et 2, un arbitrage est rendu par le collège des commissaires généraux de section statuant à la majorité des commissaires présents. La décision est définitive.

Article 20.

1. A moins de dispositions contraires dans la législation en vigueur dans l'Etat invitant, il ne doit être concédé aucun monopole de quelque nature qu'il soit, sauf, en ce qui concerne les services communs, autorisation du bureau accordée au moment de l'enregistrement. Dans ce cas les organisateurs sont tenus aux obligations suivantes:

a) Indiquer l'existence de ce ou ces monopoles dans le règlement général de l'exposition et dans le contrat de participation;

b) Assurer aux participants l'usage des services monopolisés aux conditions habituellement appliquées dans l'Etat;

c) Ne limiter en aucun cas les pouvoirs des commissaires généraux dans leurs sections respectives.

2. Le commissaire général de l'exposition prend toute mesure pour que les tarifs demandés aux Etats participants ne soient pas plus élevés que ceux demandés aux organisateurs de l'exposition et, en tout cas, que les tarifs normaux de la localité.

Article 21.

Le commissaire général de l'exposition prend toutes les mesures possibles pour assurer le fonctionnement efficace des services d'utilité publique à l'intérieur de l'exposition.

Article 22.

Le Gouvernement invitant s'efforce de faciliter l'organisation de la participation des Etats et de leurs ressortissants, notamment en matière de tarifs de transport et de conditions d'admission des personnes et des objets.

Article 23.

1. Le règlement général d'une exposition doit indiquer si, indépendamment des certificats de participation qui peuvent être accordés, des récompenses seront ou non décernées aux participants. Dans le cas où des récompenses seraient prévues, leur attribution peut être limitée à certaines catégories.

2. Avant l'ouverture de l'exposition tout participant peut déclarer vouloir rester en dehors de l'attribution des récompenses.

Article 24.

Le Bureau International des Expositions, visé au titre suivant, peut établir des règlements fixant les conditions générales de composition et de fonctionnement des jurys et déterminant le mode d'attribution des récompenses.

TITRE V

Dispositions institutionnelles.

Article 25.

1. Il est institué une organisation internationale dénommée Bureau International des Expositions, chargé de veiller et pourvoir à l'application de la présente Convention. Ses membres sont les gouvernements des Parties contractantes. Le siège du Bureau est à Paris.

2. Le Bureau possède la personnalité juridique, et notamment la capacité de conclure des contrats, d'acquérir et de vendre des biens meubles et immeubles, ainsi que d'estimer en justice.

3. Le Bureau a la capacité de conclure des accords, notamment en matière de privilèges et immunités avec des Etats et organisations internationales pour l'exercice des attributions qui lui sont confiées par la présente Convention.

4. Le Bureau comprend une assemblée générale, un président, une commission exécutive, des commissions spécialisées, autant de vice-présidents que de commissions et un secrétariat placé sous l'autorité d'un secrétaire général.

Article 26.

L'assemblée générale du bureau est composée des délégués désignés par les gouvernements des Parties contractantes à raison d'un à trois délégués pour chacune d'elles.

Article 27.

L'assemblée générale tient des sessions régulières et peut également tenir des sessions extraordinaires. Elle statue sur toutes les questions pour lesquelles la présente Convention attribue compétence au bureau dont elle est la plus haute autorité, et notamment:

a) Discute, adopte et publie les règlements relatifs à l'enregistrement, la classification et l'organisation des expositions internationales et au fonctionnement du bureau.

Dans les limites des dispositions de la présente Convention, elle peut établir des règlements obligatoires. Elle peut aussi établir des règlements types qui serviront de guides pour l'organisation des expositions;

b) Arrête le budget, contrôle et approuve les comptes du bureau;

c) Approuve les rapports du secrétaire général;

d) Crée les commissions qu'elle juge utiles, désigne les membres de la commission exécutive et des autres commissions et fixe la durée de leur mandat;

e) Approuve tout projet d'accord international visé à l'article 25 (3) de la présente Convention;

f) Adopte les projets d'amendements visés à l'article 33;

g) Désigne le secrétaire général.

Article 28.

1. Le gouvernement de chaque Partie contractante, quel que soit le nombre de ses délégués, dispose d'une voix au sein de l'assemblée générale. Toutefois, son droit de vote est suspendu si la totalité des cotisations dues par lui, en application de l'article 32 ci-après, excède le total de ses cotisations se rapportant à l'année en cours et à l'année précédente.

2. L'assemblée générale peut valablement délibérer lorsque le nombre des délégations présentes en séance et ayant droit de vote est au moins des deux tiers de celui des Parties contractantes ayant droit de vote. Si ce quorum n'est pas atteint, elle est à nouveau convoquée sur le même ordre du jour, à échéance d'au moins un mois. Dans ce cas, le quorum requis est abaissé à la moitié du nombre des Parties contractantes disposant du droit de vote.

3. Les votes sont acquis à la majorité des délégations présentes qui expriment leur vote pour ou contre. Toutefois, dans les cas suivants la majorité des deux tiers est requise:

a) Adoption des projets d'amendements à la présente Convention;

b) Etablissement et modification des règlements;

c) Adoption du budget et approbation du montant des cotisations annuelles des Parties contractantes;

d) Autorisation de modifier les dates d'ouverture et de clôture d'une exposition dans les conditions prévues à l'article 4 ci-dessus;

e) Enregistrement d'une exposition sur le territoire d'un Etat non membre en cas de concurrence avec une exposition sur le territoire d'une Partie contractante;

f) Réduction des intervalles prévus à l'article 5 de la présente Convention;

g) Acceptation des réserves à un amendement présentées par une Partie contractante; ledit amendement devant être, en application de l'article 33, adopté à la majorité des quatre cinquièmes ou à l'unanimité selon le cas;

h) Approbation de tout projet d'accord international;

i) Nomination du secrétaire général.

Article 29.

1. Le président est élu par l'assemblée générale au scrutin secret pour une période de deux ans parmi les délégués des gouvernements des Parties contractantes, mais il ne représente plus l'Etat dont il est ressortissant pendant la durée de son mandat. Il est rééligible.

2. Le président convoque et dirige les réunions de l'assemblée générale et veille au bon fonctionnement du bureau. En son absence, ses fonctions sont exercées par le vice-président chargé de la commission exécutive ou, à défaut, par un des autres vice-présidents, dans l'ordre de leur élection.

3. Les vice-présidents sont élus parmi les délégués des gouvernements des Parties contractantes, par l'assemblée générale qui détermine la nature et la durée de leur mandat et désigne notamment la commission dont ils ont la charge.

Article 30.

1. La commission exécutive se compose de délégués des gouvernements de douze Parties contractantes à raison d'un pour chacun d'entre eux.

2. La commission exécutive:

a) Etablit et tient à jour une classification des activités humaines susceptibles de figurer dans une exposition;

b) Examine toute demande d'enregistrement d'une exposition et la soumet, avec son avis, à l'approbation de l'assemblée générale;

c) Remplit les tâches qui lui sont confiées par l'assemblée générale;

d) Peut demander l'avis des autres commissions.

Article 31.

1. Le secrétaire général, nommé suivant les dispositions de l'article 28 de la présente Convention, doit être un ressortissant d'une des Parties contractantes.

2. Le secrétaire général est chargé de gérer les affaires courantes du bureau suivant les instructions de l'assemblée générale et de la commission exécutive. Il élabore le projet de budget, présente les comptes et soumet à l'assemblée générale des rapports relatifs à ses activités. Il représente le bureau, notamment en justice.

3. L'assemblée générale détermine les autres attributions et les obligations du secrétaire général ainsi que son statut.

Article 32.

Le budget annuel du bureau est fixé par l'assemblée générale dans les conditions prévues au paragraphe 3 de l'article 28. Il tient compte des réserves financières du bureau, des recettes de toute sorte, ainsi que des soldes débiteurs et créditeurs reportés de exercices précédents. Les dépenses du bureau sont couvertes par ces sources et par les cotisations des Parties contractantes selon le nombre de parts leur incombant en application des décisions de l'assemblée générale.

Article 33.

1. Toute Partie contractante peut proposer un projet d'amendement à la présente Convention. Le texte dudit projet et les raisons qui l'ont motivé sont adressés au secrétaire général qui les communique dans le plus bref délai aux autres Parties contractantes.

2. Le projet d'amendement proposé est inscrit à l'ordre du jour de la session ordinaire ou d'une session extraordinaire de l'assemblée générale qui se tient au moins trois mois après la date de son envoi par le secrétaire général.

3. Tout projet d'amendement adopté par l'assemblée générale dans les conditions prévues au paragraphe précédent et à l'article 28 est soumis par le Gouvernement de la République française à l'acceptation de toutes les Parties contractantes. Il entre en vigueur à l'égard de toutes ces Parties à la date à laquelle les quatre cinquièmes d'entre elles ont notifié leur acceptation au Gouvernement de la République française. Toutefois, par dérogation aux dispositions qui précèdent, tout projet d'amendement au présent paragraphe, à l'article 16 relatif au régime douanier, ou à l'annexe prévue audit article n'entre en vigueur qu'à la date à laquelle toutes les Parties contractantes ont notifié leur acceptation au Gouvernement de la République française.

4. Toute Partie contractante qui souhaite assortir d'une réserve son acceptation d'un amendement fait part au bureau des termes de la réserve envisagée. L'assemblée générale statue sur l'admissibilité de ladite réserve. L'assemblée générale doit faire droit aux réserves qui tendraient à sauvegarder des situations acquises en matière d'expositions et rejeter celles qui auraient pour effet de créer des situations privilégiées. Si la réserve est acceptée, la Part qui l'avait présentée figure parmi celles qui sont comptées comme ayant accepté l'amendement pour le calcul de la majorité des quatre cinquièmes susmentionnés. Si elle est rejetée, la Partie qui l'avait présentée opte entre le refus de l'amendement ou son acceptation sans réserve.

5. Lorsque l'amendement entre en vigueur dans les conditions prévues au troisième paragraphe du présent article, toute Partie contractante ayant refusé de l'accepter peut, si elle le juge bon, se prévaloir des dispositions de l'article 37 ci-après.

Article 34.

1. Tout différend entre deux ou plusieurs Parties contractantes concernant l'application ou l'interprétation de la présente Convention qui ne peut être réglé par les autorités investies de pouvoirs de décision, en application de la présente Convention, fera l'objet de négociations entre les Parties en litige.

2. Si ces négociations n'aboutissent pas à un accord à bref délai, une des Parties saisit le président du bureau et lui demande de désigner un conciliateur. Si alors le conciliateur ne peut obtenir l'accord des Parties en litige sur une solution, il constate et délimite dans son rapport au président la nature et l'étendue du litige.

3. Lorsqu'un désaccord est ainsi constaté, le différend fait l'objet d'un arbitrage. A cette fin une des Parties saisit, dans un délai de deux mois à compter de la communication du rapport aux Parties en litige, le secrétaire général du bureau d'une requête d'arbitrage en mentionnant l'arbitre choisi par elle. L'autre ou les autres Parties au différend doivent désigner, chacune, dans un délai de deux mois, leur arbitre

respectif. A défaut, une des Parties saisit le président de la Cour internationale de Justice en lui demandant de désigner le ou les arbitres.

Lorsque plusieurs Parties font cause commune, elles ne comptent pour l'application des dispositions du paragraphe qui précède que pour une seule. En cas de doute, le secrétaire général décide.

Les arbitres désignent à leur tour un surarbitre. Si les arbitres ne peuvent s'accorder sur ce choix dans un délai de deux mois, le président de la Cour internationale de Justice, saisi par une des Parties, y pourvoit.

4. Le collège arbitral rend son arbitrage à la majorité de ses membres, la voix du surarbitre étant prépondérante en cas de partage égal des voix. Cet arbitrage s'impose à toutes les Parties en litige, définitivement et sans recours.

5. Chaque Etat pourra, au moment où il signera ou ratifiera la présente Convention ou y adhèrera, déclarer qu'il ne se considère pas lié par les dispositions des paragraphes 3 et 4 qui précèdent. Les autres Parties contractantes ne seront pas liées par lesdites dispositions envers tout Etat qui aura formulé une telle réserve.

6. Toute Partie contractante qui aura formulé une réserve conformément aux dispositions du paragraphe précédent, pourra à tout moment lever cette réserve par une notification adressée au Gouvernement dépositaire.

Article 35.

La présente Convention est ouverte à l'adhésion, d'une part, de tout Etat, soit membre de l'Organisation des Nations Unies, soit non membre de l'O.N.U. qui est Partie au statut de la Cour internationale de Justice, ou membre d'une institution spécialisée des Nations Unies, ou membre de l'Agence internationale de l'Energie Atomique et, d'autre part, de tout autre Etat dont la demande d'adhésion est approuvée par la majorité des deux tiers des Parties contractantes ayant droit de vote à l'assemblée générale du bureau. Les instruments d'adhésion sont déposés auprès du Gouvernement de la République française et prennent effet à la date de leur dépôt.

Article 36.

Le Gouvernement de la République française notifie aux Gouvernements des Etats Parties à la présente Convention ainsi qu'au Bureau International des Expositions:

- a) L'entrée en vigueur des amendements, conformément à l'article 33;
- b) Les adhésions, conformément à l'article 35;
- c) Les dénonciations, conformément à l'article 37;
- d) Les réserves émises en application de l'article 34, paragraphe 5;
- e) L'expiration éventuelle de la Convention.

Article 37.

1. Toute Partie contractante peut dénoncer la présente Convention en le notifiant par écrit au Gouvernement de la République française.

2. Cette dénonciation prend effet un an après la date de réception de cette notification.

3. La présente Convention vient à expiration si, par suite de dénonciations, le nombre des Parties contractantes est réduit à moins de sept.

Sous réserve de tout accord qui pourrait être conclu entre les Parties contractantes au sujet de la dissolution du bureau, le secrétaire général sera chargé des questions de liquidation. L'actif sera réparti entre les Parties contractantes au prorata des cotisations versées depuis qu'elles sont Parties à la présente Convention. S'il existe un passif, celui-ci sera pris en charge par ces mêmes Parties au prorata des cotisations fixées pour l'exercice financier en cours.

Fait à Paris, le 30 novembre 1972.

ANNEXE

A LA CONVENTION SIGNÉE A PARIS LE 22 NOVEMBRE 1928 CONCERNANT LES EXPOSITIONS INTERNATIONALES, MODIFIÉE ET COMPLÉTÉE PAR LES PROTOCOLES DU 10 MAI 1948, DU 16 NOVEMBRE 1966 ET DU 30 NOVEMBRE 1972

Régime douanier pour l'importation des articles par les participants aux Expositions internationales.

Article 1er.

Définitions.

Pour l'application de la présente annexe on entend par:

a) « Droits à l'importation », les droits de douane et tous autres droits et taxes perçus à l'importation ou à l'occasion de l'importation, ainsi que tous les droits d'accise et taxes intérieures dont sont passibles les marchandises importées, à l'exclusion toutefois des redevances et impositions qui sont limitées au coût approximatif des services rendus et qui ne constituent pas une protection indirecte des produits nationaux ou des taxes de caractère fiscal à l'importation.

b) « Admission temporaire », l'importation temporaire en franchise de droits à l'importation, sans prohibitions ni restrictions d'importation, à charge de réexportation.

Article 2.

Bénéficiaire de l'admission temporaire:

a) Les marchandises destinées à être exposées ou à faire l'objet d'une démonstration à l'exposition;

b) Les marchandises destinées à être utilisées pour les présentations à l'exposition de produits étrangers, telles que:

i) Les marchandises nécessaires pour la démonstration des machines ou appareils étrangers exposés;

ii) Les matériaux de construction, même à l'état brut, le matériel de décoration et d'ameublement, et l'équipement électrique pour les pavillons et stands étrangers de l'exposition, ainsi que pour les locaux affectés au Commissaire Général de Section d'un pays étranger participant;

iii) Les outils, le matériel utilisés pour la construction et les moyens de transports, nécessaires aux travaux de l'exposition;

iv) Le matériel publicitaire ou de démonstration destiné manifestement à être utilisé à titre de publicité pour les marchandises étrangères présentées à l'exposition, tel que les enregistrements sonores; films et diapositives, ainsi que l'appareillage nécessaire à leur utilisation.

c) Le matériel, y compris les installations d'interprétariat, les appareils d'enregistrement du son et les films à caractère éducatif, scientifique ou culturel, destiné à être utilisé à l'occasion de l'exposition.

Article 3.

Les facilités visées à l'article 2 de cette Annexe sont accordées à condition que:

a) Les marchandises puissent être identifiées lors de leur réexportation;

b) Le Commissaire Général de Section du pays participant garantisse sans dépôt de fonds le paiement des droits à l'importation frappant les marchandises qui ne seraient pas réexportées après la clôture de l'exposition dans les délais fixés; d'autres garanties prévues par la législation du pays invitant peuvent être admises à la demande des exposants (par exemple carnet A.T.A. institué par la Convention du Conseil de Coopération douanière du 6 décembre 1961);

c) Les autorités douanières du pays d'importation temporaire estiment que les conditions imposées par cette annexe soient remplies.

Article 4.

Aussi longtemps qu'elles bénéficient des facilités prévues par la présente Annexe et sauf si les lois et règlements du pays d'importation temporaire le permettent, les marchandises placées en admission temporaire ne peuvent pas être prêtées, louées ou utilisées moyennant rétribution ni transportées hors du lieu de l'exposition. Elles doivent être réexportées dans les plus brefs délais et au plus tard trois mois après la clôture de l'exposition. Les autorités douanières peuvent pour des raisons valables prolonger cette période dans les limites prescrites par les lois et règlements du pays d'importation temporaire.

Article 5.

a) Nonobstant l'obligation de réexportation prévue à l'article 4, la réexportation des marchandises périssables ou gravement endommagées ou de faible valeur n'est pas exigée, pourvu qu'elles soient, selon la décision des autorités douanières:

- i) Soumises aux droits à l'importation dus en l'espèce ou
- ii) Abandonnées, libres de tous frais, au Trésor public du pays d'importation temporaire ou
- iii) Détruites, sous contrôle officiel, sans qu'il puisse en résulter de frais pour le Trésor public du pays d'importation temporaire.

Toutefois l'obligation de réexportation ne s'applique pas aux marchandises de toute nature dont la destruction requise par le Commissaire Général de Section concerné est effectuée sous contrôle officiel et sans qu'il puisse en résulter de frais pour le Trésor public du pays d'importation temporaire.

b) Les marchandises placées en admission temporaire peuvent recevoir une destination autre que la réexportation, et notamment être mises à la consommation intérieure, sous réserve qu'il soit satisfait aux conditions et aux formalités qui seraient appliquées en vertu des lois et règlements du pays d'importation temporaire si elle étaient importées directement de l'étranger.

Article 6.

Les produits accessoirement obtenus au cours de l'exposition, à partir de marchandises importées temporairement, à l'occasion de la démonstration de machines ou d'appareils exposés, sont soumis aux dispositions des articles 4 et 5 de la présente Annexe, de la même façon que s'ils avaient été placés en admission temporaire, sous réserve des dispositions de l'article 7 ci-après.

Article 7.

Les droits à l'importation ne sont pas perçus, les prohibitions ou restrictions à l'importation ne sont pas appliquées et, si l'admission temporaire a été accordée, la réexportation n'est pas exigée dans les cas suivants, pourvu que la valeur globale et la quantité des marchandises soient raisonnables, de l'avis des autorités douanières du pays d'importation, eu égard à la nature de l'exposition, au nombre des visiteurs et à l'importance de la participation de l'exposant:

a) Petits échantillons (autres que boissons alcooliques, tabac et combustibles) représentatifs des marchandises étrangères exposées à l'exposition, y compris les échantillons de produits alimentaires et de boissons, importés comme tels ou obtenus à l'exposition à partir de marchandises importées en vrac, pourvu:

- i) Qu'il s'agisse de produits étrangers fournis gratuitement et qui servent uniquement à des distributions gratuites au public à l'exposition pour être utilisés ou consommés par les personnes à qui ils auront été distribués;
- ii) Que ces produits soient identifiables comme étant des échantillons à caractère publicitaire ne présentant qu'une faible valeur unitaire;
- iii) Qu'ils ne se prêtent pas à la commercialisation et qu'ils soient, le cas échéant, conditionnés en quantités nettement plus petites que celles contenues dans le plus petit emballage vendu au détail;

iv) Que les échantillons de produits alimentaires et de boissons qui ne sont pas distribués dans les emballages; conformément à l'alinéa iii ci-dessus, soient consommés à l'exposition.

b) Echantillons importés qui sont utilisés ou consommés par les membres des jurys de l'exposition pour apprécier et juger les objets exposés, sous réserve de la production d'une attestation du Commissaire Général de Section, mentionnant la nature et la quantité des objets consommés au cours de telle appréciation et tel jugement.

c) Marchandises importées uniquement en vue de leur démonstration, ou pour la démonstration de machines et appareils étrangers présentés à l'exposition, et qui sont consommées ou détruites au cours de ces démonstrations.

d) Imprimés, catalogues, prospectus, prix courants, affiches, calendriers (illustrés ou non) et photographies non encadrées, destinés manifestement à être utilisés à titre de publicité pour les marchandises étrangères présentées à l'exposition pourvu qu'il s'agisse de produits étrangers fournis gratuitement et qui servent uniquement à des distributions gratuites au public sur le lieu de l'exposition.

Article 8.

Les droits à l'importation ne sont pas perçus, les prohibitions ou restrictions à l'importation ne sont pas appliquées et si l'admission temporaire a été accordée, la réexportation n'est pas exigée dans les cas suivants:

a) Produits qui sont importés et utilisés pour la construction, l'aménagement, la décoration, l'animation et l'environnement des présentations étrangères à l'exposition (peintures, vernis, papiers de tenture, liquides vaporisés, articles pour feux d'artifice, graines ou plants, etc.) détruits du fait de leur utilisation;

b) Catalogues, brochures, affiches et autres imprimés officiels, illustrés ou non, qui sont publiés par les pays participant à l'exposition;

c) Plans, dessins, dossiers, archives, formules et autres documents destinés à être utilisés comme tels à l'exposition.

Article 9.

a) A l'entrée comme à la sortie, la vérification et le dédouanement des marchandises qui vont être ou qui ont été présentées ou utilisées à une exposition sont effectués, dans tous les cas où cela est possible et opportun, sur les lieux de cette exposition;

b) Chaque Partie contractante s'efforcera, dans tous les cas où elle l'estimera utile, compte tenu de l'importance de l'exposition, d'ouvrir pour une durée raisonnable un bureau de douane sur les lieux de l'exposition organisée sur son territoire;

c) La réexportation de marchandises placées en admission temporaire peut s'effectuer en une ou en plusieurs fois et par tout bureau de douane ouvert à ces opérations, même s'il est différent du bureau d'importation, sauf si l'importateur s'engage, afin de bénéficier d'une procédure simplifiée, à réexporter les marchandises par le bureau d'importation.

Article 10.

Les dispositions qui précèdent ne mettent pas obstacle à l'application:

a) De facilités plus grandes que certaines Parties contractantes accordent ou accorderaient soit par des dispositions unilatérales, soit en vertu d'accords bilatéraux ou multilatéraux;

b) Des règlements nationaux ou conventionnels non douaniers concernant l'organisation de l'exposition;

c) Des prohibitions et restrictions résultant des lois et règlements nationaux et fondées sur des considérations de moralité ou d'ordre public, de sécurité publique, d'hygiène ou de santé publiques ou sur des considérations d'ordre vétérinaire ou phytopathologique, ou se rapportant à la protection des brevets, marques de fabrique et droits d'auteur et de reproduction.

Article 11.

Pour l'application de la présente Annexe les territoires des pays contractants qui forment une Union douanière ou économique peuvent être considérés comme un seul territoire.

Bekanntmachung

über das Inkrafttreten

des Protokolls vom 21. August 1975

zur Änderung des Artikels 14 Absatz 3

des Europäischen Abkommens vom 30. September 1957

über die internationale Beförderung
gefährlicher Güter auf der Straße

vom 22. Juli 1977

Entsprechend der Bekanntmachung vom 18. November 1976 über die Annahme des Protokolls zur Änderung des Artikels 14 Absatz 3 des Europäischen Abkommens vom 30. September 1957 über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße vom 21. August 1975 durch die Deutsche Demokratische Republik (GBl. II Nr. 17 S. 334) wird hierdurch bekanntgemacht, daß das Protokoll gemäß seinem Artikel 3 am 17. Februar 1977 für die Deutsche Demokratische Republik in Kraft getreten ist.

Berlin, den 22. Juli 1977

Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik

H. Eichler

Bekanntmachung

über das Inkrafttreten

der Internationalen Konvention vom 2. Dezember 1972
über sichere Container (CSC)

vom 11. Juli 1977

Entsprechend der Bekanntmachung vom 30. Oktober 1975 über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Internationalen Konvention über sichere Container (CSC) vom 2. Dezember 1972 (GBl. II 1976 Nr. 3 S. 73) wird hierdurch bekanntgemacht, daß die Konvention gemäß ihrem Artikel VII am 6. September 1977 für die Deutsche Demokratische Republik in Kraft tritt.

Berlin, den 11. Juli 1977

Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik
H. Eichler

Berichtigung

Es wird darauf hingewiesen, daß die letzte Zeile der Bekanntmachung vom 26. Mai 1977 über das Inkrafttreten des Konsularvertrages vom 12. Dezember 1975 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Indien (GBl. II Nr. 9 S. 186) richtig lauten muß:

„... Vertrag am 5. Mai 1977 in Kraft getreten ist.“

Jahrbuch der Internationalen Politik und Wirtschaft 1977

Erscheint im 5. Jahrgang

Hrsg.: Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR und Institut für Internationale Beziehungen der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR

Etwa 560 Seiten · Leinen etwa 25,— M

Bestellwort: Int. Jahrbuch 77 / 771 068 3

Erscheint im III. Quartal 1977

Das Jahrbuch 1977 analysiert in seinem Grundsatzteil die internationalen Entwicklungen, die sich — wesentlich bestimmt und beeinflusst vom Weltsozialismus — im politischen und ökonomischen Bereich vollzogen haben. Dazu zählen solche Themen wie:

- 60 Jahre Große Sozialistische Oktoberrevolution
- Der Leninsche Kurs der Außenpolitik — zum XXV. Parteitag der KPdSU
- Für Frieden, Sicherheit, Zusammenarbeit und sozialen Fortschritt
- Für ein System neuer internationaler Wirtschaftsbeziehungen.

Der zweite Teil befaßt sich mit den Fortschritten in der sozialistischen ökonomischen Integration und der im Rahmen der Warschauer Vertragsorganisation koordinierten Außenpolitik der sozialistischen Länder sowie ihrer erfolgreichen inneren Entwicklung, die sie unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Parteien erreicht haben.

Neben Untersuchungen der verschärften krisenhaften Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft, der imperialistischen ökonomischen und militärischen Zusammenschlüsse, enthält das Jahrbuch Darstellungen des inneren und äußeren Geschehens in den kapitalistischen Ländern.

Entwicklungsänderungen in den internationalen Beziehungen, der Nahostkonflikt, Erfolge der nationalen Befreiungsbewegung im Süden Afrikas, ergänzt durch Länderbeiträge, sind die Themen des vierten Teils.

Zu beziehen über den örtlichen Buchhandel.



**Staatsverlag
der Deutschen Demokratischen
Republik**

Herausgeber: Sekretariat des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 101 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 209 16 22 — Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 751 — Verlag: 1010-621 Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 109 Berlin, Otto-Großewand-Str. 17, Telefon: 209 45 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 2,50 M, Teil II 3,— M — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr.

Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postfach 496. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für antike Dokumente, 108 Berlin, Neustädtische Kirchstraße 15, Telefon: 229 22 23



GESETZBLATT

301

der Deutschen Demokratischen Republik

1977

Berlin, den 15. September 1977

Teil II Nr. 15

Tag	Inhalt	Seite
22. 7. 77	Bekanntmachung über die Ratifikation der Wiener Konvention über die Vertretung von Staaten in ihren Beziehungen mit internationalen Organisationen universellen Charakters vom 14. März 1975 durch die Deutsche Demokratische Republik	301
29. 7. 77	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens über die gegenseitige Anerkennung von Urheberscheinen und anderen Schutzdokumenten für Erfindungen vom 18. Dezember 1976	327
18. 8. 77	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Vertrages vom 24. März 1977 über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Ungarischen Volksrepublik	339
18. 8. 77	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Vertrages vom 6. Mai 1977 über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Mongolischen Volksrepublik	339
18. 8. 77	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Vertrages vom 28. Mai 1977 über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen	339

**Bekanntmachung
über die Ratifikation
der Wiener Konvention über die Vertretung von Staaten
in ihren Beziehungen mit internationalen Organisationen
universellen Charakters vom 14. März 1975
durch die Deutsche Demokratische Republik
vom 22. Juli 1977**

Der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik ratifizierte am 31. Mai 1977 die Wiener Konvention über die Vertretung von Staaten in ihren Beziehungen mit internationalen Organisationen universellen Charakters vom 14. März 1975.

Die Konvention war am 15. März 1976 für die Deutsche Demokratische Republik unterzeichnet worden.

Am 29. Juni 1977 wurde die Ratifikationsurkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen als dem Depositar der Konvention hinterlegt.

Die Konvention wird nachstehend veröffentlicht.

Der Tag, an dem die Konvention für die Deutsche Demokratische Republik in Kraft tritt, wird im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntgegeben.

Berlin, den 22. Juli 1977

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

H. Eichler

**Wiener Konvention
über die Vertretung von Staaten
in ihren Beziehungen mit internationalen Organisationen
universellen Charakters**

Die Teilnehmerstaaten dieser Konvention,

In der Erkenntnis der immer bedeutenderen Rolle der multilateralen Diplomatie in den Beziehungen zwischen den Staaten sowie der Verantwortlichkeiten der Vereinten Nationen, ihrer Spezialorganisationen und der anderen internationalen Organisationen universellen Charakters innerhalb der internationalen Gemeinschaft;

Eingedenk der Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen bezüglich der souveränen Gleichheit der Staaten, der Erhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit sowie der Förderung freundschaftlicher Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen den Staaten;

Unter Hinweis auf das Werk der Kodifizierung und Weiterentwicklung des auf die bilateralen Beziehungen zwischen den Staaten anwendbaren Völkerrechts, das mit der Wiener Konvention über diplomatische Beziehungen von 1961, der Wiener Konvention über konsularische Beziehungen von 1963 und der Konvention über Sondermissionen von 1969 vollbracht wurde;

In der Überzeugung, daß eine internationale Konvention über die Vertretung von Staaten in ihren Beziehungen mit internationalen Organisationen universellen Charakters zur Förderung freundschaftlicher Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen den Staaten, ungeachtet ihrer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systeme, beitragen würde;

Unter Hinweis auf die Bestimmungen des Artikels 105 der Charta der Vereinten Nationen;

In der Erkenntnis, daß die in dieser Konvention enthaltenen Privilegien und Immunitäten nicht dem Zweck dienen, einzelne Personen zu bevorzugen, sondern die wirksame Wahrnehmung ihrer Aufgaben in Verbindung mit Organisationen und Konferenzen zu gewährleisten;

Unter Berücksichtigung der Konvention über die Privilegien und Immunitäten der Vereinten Nationen von 1946, der Konvention über die Privilegien und Immunitäten der Spezialorganisationen von 1947 und anderer zwischen Staaten sowie zwischen Staaten und internationalen Organisationen in Kraft befindlicher Abkommen;

Bekräftigend, daß die Regeln des Völkergewohnheitsrechts auch weiterhin für alle Fragen gelten sollen, die nicht ausdrücklich in dieser Konvention geregelt sind;

Haben folgendes vereinbart:

TEIL I

EINLEITUNG

Artikel 1

Verwendung von Begriffen

(1) Für die Zwecke dieser Konvention haben die nachstehenden Begriffe folgende Bedeutung:

1. „internationale Organisation“ bedeutet eine zwischenstaatliche Organisation;
2. „internationale Organisationen universellen Charakters“ sind die Vereinten Nationen, ihre Spezialorganisationen, die Internationale Atomenergieorganisation und jede ähnliche Organisation, deren Zusammensetzung und Verantwortlichkeiten weltweiten Charakter haben;
3. „Organisation“ bezeichnet die betreffende internationale Organisation;
4. „Organ“ bedeutet:
 - a) ein Haupt- oder Unterorgan einer internationalen Organisation oder
 - b) eine Kommission, einen Ausschuß oder eine Untergruppe eines solchen Organs, in denen Staaten Mitglied sind;
5. „Konferenz“ bedeutet eine Staatenkonferenz, die von einer internationalen Organisation einberufen oder unter ihrer Schirmherrschaft abgehalten wird;
6. „Mission“ bezeichnet die ständige Mission bzw. die ständige Beobachtermission;
7. „ständige Mission“ bedeutet eine Mission ständigen Charakters, die ein Mitgliedstaat einer internationalen Organisation entsandt hat, um ihn bei dieser zu vertreten;
8. „ständige Beobachtermission“ bedeutet eine Mission ständigen Charakters, die ein Nichtmitgliedstaat einer internationalen Organisation entsandt hat, um ihn bei dieser zu vertreten;
9. „Delegation“ bezeichnet die Delegation in einem Organ bzw. die Delegation auf einer Konferenz;
10. „Delegation in einem Organ“ bedeutet die Delegation, die ein Staat entsandt hat, um in seinem Auftrag an den Beratungen des Organs teilzunehmen;
11. „Delegation auf einer Konferenz“ bedeutet die Delegation, die ein Staat entsandt hat, um in seinem Auftrag an der Konferenz teilzunehmen;
12. „Beobachterdelegation“ bezeichnet die Beobachterdelegation in einem Organ bzw. die Beobachterdelegation auf einer Konferenz;
13. „Beobachterdelegation in einem Organ“ bedeutet die Delegation, die ein Staat entsandt hat, um in seinem Auftrag als Beobachter an den Beratungen des Organs teilzunehmen;
14. „Beobachterdelegation auf einer Konferenz“ bedeutet die Delegation, die ein Staat entsandt hat, um in seinem Auftrag als Beobachter an den Beratungen der Konferenz teilzunehmen;
15. „Gaststaat“ ist der Staat, auf dessen Territorium
 - a) die Organisation ihren Sitz oder ein Büro hat oder
 - b) eine Tagung eines Organs oder einer Konferenz abgehalten wird;
16. „Entsendestaat“ ist der Staat, der
 - a) eine Mission bei der Organisation an ihrem Sitz oder zu einem Büro der Organisation oder
 - b) eine Delegation in ein Organ oder eine Delegation zu einer Konferenz oder
 - c) eine Beobachterdelegation in ein Organ oder eine Beobachterdelegation zu einer Konferenz entsendet;
17. „Leiter der Mission“ bezeichnet den ständigen Vertreter bzw. den ständigen Beobachter;

18. „ständiger Vertreter“ bezeichnet die Person, die vom Entsendestaat beauftragt ist, als Leiter der ständigen Mission zu fungieren;
19. „ständiger Beobachter“ bezeichnet die Person, die vom Entsendestaat beauftragt ist, als Leiter der ständigen Beobachtermission zu fungieren;
20. „Mitglieder der Mission“ sind der Leiter der Mission und die Mitglieder des Personals;
21. „Leiter der Delegation“ bezeichnet den Delegierten, der vom Entsendestaat beauftragt ist, in dieser Eigenschaft tätig zu sein;
22. „Delegierter“ ist eine Person, die ein Staat dazu bestimmt hat, als sein Vertreter an den Beratungen eines Organs oder an einer Konferenz teilzunehmen;
23. „Mitglieder der Delegation“ sind die Delegierten und die Mitglieder des Personals;
24. „Leiter der Beobachterdelegation“ bezeichnet den Beobachterdelegierten, der vom Entsendestaat beauftragt ist, in dieser Eigenschaft tätig zu sein;
25. „Beobachterdelegierter“ ist eine Person, die ein Staat dazu bestimmt hat, den Beratungen eines Organs oder einer Konferenz als Beobachter beizuwohnen;
26. „Mitglieder der Beobachterdelegation“ sind die Beobachterdelegierten und die Mitglieder des Personals;
27. „Mitglieder des Personals“ sind die Mitglieder des diplomatischen Personals, des Verwaltungs- und technischen Personals und des dienstlichen Hauspersonals der Mission, der Delegation oder der Beobachterdelegation;
28. „Mitglieder des diplomatischen Personals“ sind die Mitglieder des Personals der Mission, der Delegation oder der Beobachterdelegation, die für die Zwecke der Mission, der Delegation oder der Beobachterdelegation diplomatischen Status haben;
29. „Mitglieder des Verwaltungs- und technischen Personals“ sind die Mitglieder des Personals, die im Verwaltungs- und technischen Dienst der Mission, der Delegation oder der Beobachterdelegation beschäftigt sind;
30. „Mitglieder des dienstlichen Hauspersonals“ sind die Mitglieder des Personals, die bei der Mission, der Delegation oder der Beobachterdelegation als Hausangestellte oder zur Erledigung ähnlicher Aufgaben beschäftigt sind;
31. „private Hausangestellte“ sind Personen, die ausschließlich im privaten Dienst der Mitglieder der Mission oder der Delegation beschäftigt sind;
32. „Räumlichkeiten der Mission“ sind ungeachtet der Eigentumsverhältnisse die Gebäude oder Gebäudeteile und das dazugehörige Gelände, die für die Zwecke der Mission genutzt werden, einschließlich der Residenz des Leiters der Mission;
33. „Räumlichkeiten der Delegation“ sind ungeachtet der Eigentumsverhältnisse die Gebäude oder Gebäudeteile, die ausschließlich als Büros der Delegation genutzt werden;
34. „Regeln der Organisation“ sind insbesondere die Gründungsurkunden, die einschlägigen Beschlüsse und Resolutionen und die bestehende Praxis der Organisation.

(2) Die Bestimmungen des Absatzes 1 über die Verwendung von Begriffen in dieser Konvention lassen den Gebrauch dieser Begriffe oder die ihnen in anderen internationalen Dokumenten oder im innerstaatlichen Recht eines Staates verliehene Bedeutung unberührt.

Artikel 2

Geltungsbereich der Konvention

(1) Diese Konvention findet Anwendung auf die Vertretung von Staaten in ihren Beziehungen mit einer internationalen

Organisation universellen Charakters und auf ihre Vertretung auf von einer solchen Organisation einberufenen oder unter ihrer Schirmherrschaft abgehaltenen Konferenzen, wenn die Konvention vom Gaststaat angenommen ist und die Organisation das im Artikel 90 vorgesehene Verfahren abgeschlossen hat.

(2) Die Tatsache, daß sich die Geltung dieser Konvention nicht auch auf andere internationale Organisationen erstreckt, beeinträchtigt nicht die Anwendung jeglicher in der Konvention festgelegten, nach dem Völkerrecht aber unabhängig von der Konvention anwendbaren Regel auf die Vertretung von Staaten in ihren Beziehungen mit solchen anderen Organisationen.

(3) Die Tatsache, daß sich die Geltung dieser Konvention nicht auch auf andere Konferenzen erstreckt, beeinträchtigt nicht die Anwendung jeglicher in der Konvention festgelegten, nach dem Völkerrecht aber unabhängig von der Konvention anwendbaren Regel auf die Vertretung von Staaten auf solchen anderen Konferenzen.

(4) Keine Festlegung dieser Konvention hindert am Abschluß von Vereinbarungen zwischen Staaten oder zwischen Staaten und internationalen Organisationen, die die Konvention ganz oder teilweise auf internationale Organisationen oder Konferenzen anwendbar machen, die im Absatz 1 nicht erwähnt sind.

Artikel 3

Verhältnis der Konvention zu den einschlägigen Regeln internationaler Organisationen oder Konferenzen

Die Bestimmungen dieser Konvention lassen die einschlägigen Regeln der Organisation oder die einschlägigen Bestimmungen der Geschäftsordnung der Konferenz unberührt.

Artikel 4

Verhältnis der Konvention zu anderen internationalen Abkommen

Die Bestimmungen dieser Konvention

- a) lassen die zwischen Staaten oder zwischen Staaten und internationalen Organisationen universellen Charakters in Kraft befindlichen anderen internationalen Abkommen unberührt;
- b) hindern nicht am Abschluß anderer internationaler Abkommen bezüglich der Vertretung von Staaten in ihren Beziehungen mit internationalen Organisationen universellen Charakters oder ihrer Vertretung auf von solchen Organisationen einberufenen oder unter ihrer Schirmherrschaft abgehaltenen Konferenzen.

TEIL II

MISSIONEN BEI INTERNATIONALEN ORGANISATIONEN

Artikel 5

Errichtung von Missionen

(1) Sofern es die Regeln der Organisation zulassen, können deren Mitgliedstaaten zur Wahrnehmung der im Artikel 6 genannten Aufgaben ständige Missionen errichten.

(2) Sofern es die Regeln der Organisation zulassen, können Nichtmitgliedstaaten zur Wahrnehmung der im Artikel 7 genannten Aufgaben ständige Beobachtermissionen errichten.

(3) Die Schaffung einer Mission ist vor deren Errichtung dem Gaststaat durch die Organisation zu notifizieren.

Artikel 6

Aufgaben der ständigen Mission

Aufgabe der ständigen Mission ist es unter anderem,

- a) die Vertretung des Entsendestaates bei der Organisation zu sichern;

- b) die Verbindung zwischen dem Entsendestaats und der Organisation aufrechtzuerhalten;
- c) mit und innerhalb der Organisation zu verhandeln;
- d) sich über Aktivitäten in der Organisation zu unterrichten und darüber an die Regierung des Entsendestaates zu berichten;
- e) die Teilnahme des Entsendestaates an den Aktivitäten der Organisation zu sichern;
- f) die Interessen des Entsendestaates in bezug auf die Organisation zu schützen;
- g) die Verwirklichung der Ziele und Grundsätze der Organisation durch Zusammenarbeit mit und innerhalb derselben zu fördern.

Artikel 7

Aufgaben der ständigen Beobachtermission

Aufgabe der ständigen Beobachtermission ist es unter anderem,

- a) die Vertretung des Entsendestaates zu sichern, seine Interessen in bezug auf die Organisation zu schützen und die Verbindung mit ihr aufrechtzuerhalten;
- b) sich über Aktivitäten in der Organisation zu unterrichten und darüber an die Regierung des Entsendestaates zu berichten;
- c) die Zusammenarbeit mit der Organisation zu fördern und mit ihr zu verhandeln.

Artikel 8

Mehrfache Akkreditierung oder Ernennung

(1) Der Entsendestaats kann dieselbe Person bei mehreren internationalen Organisationen als Leiter der Mission akkreditieren oder einen Leiter der Mission als Mitglied des diplomatischen Personals einer seiner anderen Missionen ernennen.

(2) Der Entsendestaats kann ein Mitglied des diplomatischen Personals der Mission als Leiter der Mission bei anderen internationalen Organisationen akkreditieren oder ein Mitglied des Personals der Mission als Mitglied des Personals einer seiner anderen Missionen ernennen.

(3) Mehrere Staaten können dieselbe Person bei derselben internationalen Organisation als Leiter der Mission akkreditieren.

Artikel 9

Ernennung der Mitglieder der Mission

Vorbehaltlich Artikel 14 und 73 kann der Entsendestaats die Mitglieder der Mission nach eigenem Ermessen ernennen.

Artikel 10

Beglaubigungsschreiben des Leiters der Mission

Das Beglaubigungsschreiben des Leiters der Mission wird vom Staatsoberhaupt, vom Regierungschef, vom Minister für Auswärtige Angelegenheiten oder, wenn es die Regeln der Organisation zulassen, von einem anderen zuständigen Organ des Entsendestaates ausgestellt und der Organisation übermittelt.

Artikel 11

Akkreditierung bei Organen der Organisation

(1) Ein Mitgliedstaats kann in dem seinem ständigen Vertreter ausgestellten Beglaubigungsschreiben festlegen, daß dieser bevollmächtigt ist, als Delegierter in einem oder mehreren Organen der Organisation zu fungieren.

(2) Falls ein Mitgliedstaats keine anderen Festlegungen trifft, kann sein ständiger Vertreter als Delegierter in Organen der

Organisation fungieren, für die keine besonderen Bedingungen hinsichtlich der Vertretung bestehen.

(3) Ein Nichtmitgliedstaats kann in dem seinem ständigen Beobachter ausgestellten Beglaubigungsschreiben festlegen, daß dieser bevollmächtigt ist, als Beobachterdelegierter in einem oder mehreren Organen der Organisation zu fungieren, wenn es die Regeln der betreffenden Organisation oder des betreffenden Organs zulassen.

Artikel 12

Vollmacht für den Abschluß eines Vertrages mit der Organisation

(1) Kraft der ihm übertragenen Aufgaben wird der Leiter der Mission, ohne daß er eine Vollmacht vorweisen muß, als Vertreter seines Staates für die Annahme des Textes eines Vertrages zwischen diesem Staat und der Organisation betrachtet.

(2) Für die Unterzeichnung eines Vertrages oder die Unterzeichnung eines solchen ad referendum zwischen einem Staat und der Organisation wird der Leiter der Mission dieses Staates nicht kraft der ihm übertragenen Aufgaben als Vertreter seines Staates betrachtet, es sei denn, es geht aus der Praxis der Organisation oder aus anderen Umständen hervor, daß es die Absicht der Partner war, auf die Vorlage von Vollmachten zu verzichten.

Artikel 13

Zusammensetzung der Mission

Außer dem Leiter der Mission kann die Mission diplomatisches Personal, Verwaltungs- und technisches Personal sowie dienstliches Hauspersonal umfassen.

Artikel 14

Personalbestand der Mission

Der Personalbestand der Mission darf die in Anbetracht der Aufgaben der Organisation, der Bedürfnisse der betreffenden Mission und der Umstände und Verhältnisse im Gaststaats angemessenen und normalen Grenzen nicht überschreiten.

Artikel 15

Notifizierungen

(1) Der Entsendestaats notifiziert der Organisation:

- a) die Ernennung, die Dienststellung, den Titel und die Rangfolge der Mitglieder der Mission, ihre Ankunft, ihre endgültige Abreise oder die Beendigung ihrer dienstlichen Tätigkeit bei der Mission sowie alle anderen ihren Status berührenden Veränderungen, die während ihrer Tätigkeit bei der Mission eintreten;
- b) die Ankunft und die endgültige Abreise eines im Haushalt eines Mitglieds der Mission lebenden Familienangehörigen und gegebenenfalls die Tatsache, daß eine Person Familienangehöriger eines Mitglieds der Mission wird oder diese Eigenschaft verliert;
- c) die Ankunft und die endgültige Abreise von Personen, die als private Hausangestellte von Mitgliedern der Mission beschäftigt sind und die Beendigung ihrer Beschäftigung als solche;
- d) den Beginn und die Beendigung der Beschäftigung von im Gaststaats ansässigen Personen als Mitglieder des Personals der Mission oder als private Hausangestellte;
- e) die Lage der Räumlichkeiten der Mission und der privaten Wohnungen, die gemäß Artikel 23 und 29 Unverletzlichkeit genießen, sowie alle sonstigen zu deren Kennzeichnung notwendigen Angaben.

(2) Die Ankunft und die endgültige Abreise sind nach Möglichkeit auch im voraus zu notifizieren.

(3) Die in den Absätzen 1 und 2 genannten Notifizierungen werden dem Gaststaat durch die Organisation übermittelt.

(4) Der Entsendestaat kann ebenfalls dem Gaststaat die in den Absätzen 1 und 2 genannten Notifizierungen übermitteln.

Artikel 16

Amtierender Leiter der Mission

Ist der Posten des Leiters der Mission unbesetzt oder ist der Leiter der Mission außerstande, seine Aufgaben wahrzunehmen, kann der Entsendestaat einen amtierenden Leiter der Mission ernennen, dessen Namen der Organisation und durch diese dem Gaststaat zu notifizieren ist.

Artikel 17

Rangfolge

(1) Die Rangfolge der ständigen Vertreter richtet sich nach der alphabetischen Reihenfolge der Namen der Staaten, die in der Organisation verwandt wird.

(2) Die Rangfolge der ständigen Beobachter richtet sich nach der alphabetischen Reihenfolge der Namen der Staaten, die in der Organisation verwandt wird.

Artikel 18

Standort der Mission

Missionen werden an dem Ort errichtet, in dem die Organisation ihren Sitz hat. Jedoch kann der Entsendestaat, wenn es die Regeln der Organisation zulassen und der Gaststaat zuvor seine Zustimmung gibt, eine Mission oder ein Büro einer Mission an einem anderen Ort als demjenigen einrichten, in dem die Organisation ihren Sitz hat.

Artikel 19

Führung der Flagge und Anbringung des Staatsblems

(1) Die Mission ist berechtigt, die Flagge und das Staatsblem des Entsendestaates an ihren Räumlichkeiten zu führen bzw. anzubringen. Der Leiter der Mission hat das gleiche Recht hinsichtlich seiner Residenz und seiner Beförderungsmittel.

(2) Bei der Ausübung des durch diesen Artikel gewährten Rechts sind die Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten des Gaststaates zu beachten.

Artikel 20

Allgemeine Erleichterungen

(1) Der Gaststaat gewährt der Mission alle notwendigen Erleichterungen zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

(2) Die Organisation unterstützt die Mission bei der Erlangung dieser Erleichterungen und gewährt ihr diejenigen, die in ihrer eigenen Kompetenz liegen.

Artikel 21

Räumlichkeiten und Wohnraum

(1) Der Gaststaat und die Organisation helfen dem Entsendestaat, die für die Mission auf dem Territorium des Gaststaates benötigten Räumlichkeiten zu angemessenen Bedingungen zu beschaffen. Erforderlichenfalls erleichtert der Gaststaat in Übereinstimmung mit seinen Rechtsvorschriften den Erwerb solcher Räumlichkeiten.

(2) Erforderlichenfalls helfen der Gaststaat und die Organisation ferner der Mission, geeigneten Wohnraum für ihre Mitglieder zu angemessenen Bedingungen zu beschaffen.

Artikel 22

Unterstützung seitens der Organisation in bezug auf Privilegien und Immunitäten

(1) Die Organisation hilft erforderlichenfalls dem Entsendestaat, seiner Mission und deren Mitgliedern sicherzustellen, daß sie in den Genuß der in dieser Konvention vorgesehenen Privilegien und Immunitäten gelangen.

(2) Die Organisation hilft erforderlichenfalls dem Gaststaat, die Einhaltung der dem Entsendestaat, seiner Mission und deren Mitgliedern obliegenden Pflichten im Zusammenhang mit den in dieser Konvention vorgesehenen Privilegien und Immunitäten zu gewährleisten.

Artikel 23

Unverletzlichkeit der Räumlichkeiten

(1) Die Räumlichkeiten der Mission sind unverletzlich. Vertreter des Gaststaates dürfen sie nur mit Zustimmung des Leiters der Mission betreten.

(2) a) Der Gaststaat hat die besondere Pflicht, alle geeigneten Maßnahmen zu treffen, um die Räumlichkeiten der Mission vor jedem Eindringen und jeder Beschädigung zu schützen und um zu verhindern, daß der Friede der Mission gestört oder ihre Würde beeinträchtigt wird.

b) Im Falle eines Anschlags auf die Räumlichkeiten der Mission unternimmt der Gaststaat alle geeigneten Schritte, um die Personen, die den Anschlag verübt haben, zu verfolgen und zu bestrafen.

(3) Die Räumlichkeiten der Mission, ihre Einrichtung und sonstiges darin befindliches Vermögen sowie die Beförderungsmittel der Mission genießen Immunität vor jeder Durchsuchung, Beschlagnahme, Pfändung oder Vollstreckung.

Artikel 24

Befreiung der Räumlichkeiten von Steuern

(1) Die Räumlichkeiten der Mission, deren Eigentümer oder Mieter bzw. Pächter der Entsendestaat oder eine in dessen Namen handelnde Person ist, sind von allen staatlichen, regionalen und kommunalen Steuern oder sonstigen Abgaben befreit, soweit diese nicht als Vergütung für bestimmte Dienstleistungen erhoben werden.

(2) Die in diesem Artikel vorgesehene Steuerbefreiung gilt nicht für Steuern und sonstige Abgaben, die nach den Rechtsvorschriften des Gaststaates von den Personen zu entrichten sind, die mit dem Entsendestaat oder mit einer in dessen Namen handelnden Person Verträge schließen.

Artikel 25

Unverletzlichkeit der Archive und Schriftstücke

Die Archive und Schriftstücke der Mission sind jederzeit unverletzlich, wo immer sie sich befinden.

Artikel 26

Bewegungsfreiheit

Vorbehaltlich seiner Rechtsvorschriften über Zonen, deren Betreten aus Gründen der nationalen Sicherheit verboten oder geregelt ist, gewährt der Gaststaat allen Mitgliedern der Mission und den in ihrem Haushalt lebenden Familienangehörigen Bewegungs- und Reisefreiheit auf seinem Territorium.

Artikel 27

Freiheit der Verbindungen

(1) Der Gaststaat gestattet und schützt die Freiheit der Verbindungen der Mission für alle dienstlichen Zwecke. Die

Mission kann sich im Verkehr mit der Regierung des Entsendestaates sowie dessen ständigen diplomatischen Missionen, konsularischen Vertretungen, ständigen Missionen, ständigen Beobachtermissionen, Sondermissionen, Delegationen und Beobachterdelegationen, wo immer sie sich befinden, aller geeigneten Mittel einschließlich Kuriere und verschlüsselter Nachrichten bedienen. Das Errichten und Betreiben einer Funkstation ist der Mission jedoch nur mit Genehmigung des Gaststaates gestattet.

(2) Der dienstliche Schriftverkehr der Mission ist unverletzlich. Als dienstlicher Schriftverkehr gilt der gesamte Schriftverkehr, welcher die Mission und ihre Aufgaben betrifft.

(3) Das Kuriergepäck der Mission darf weder geöffnet noch zurückgehalten werden.

(4) Gepäckstücke, die das Kuriergepäck der Mission bilden, müssen äußerlich sichtbar als solches gekennzeichnet sein; sie dürfen nur Schriftstücke oder für den dienstlichen Gebrauch der Mission bestimmte Gegenstände enthalten.

(5) Der Kurier der Mission muß ein offizielles Schriftstück mit sich führen, aus dem seine Stellung und die Anzahl der Gepäckstücke ersichtlich sind, die das Kuriergepäck bilden; er wird vom Gaststaat bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben geschützt. Er genießt persönliche Unverletzlichkeit und unterliegt keiner Festnahme oder Haft irgendwelcher Art.

(6) Der Entsendestaat oder die Mission können Ad-hoc-Kuriere der Mission ernennen. Auch in diesen Fällen gilt Absatz 5; jedoch finden die darin erwähnten Immunitäten keine Anwendung mehr, sobald der Ad-hoc-Kurier das ihm anvertraute Kuriergepäck der Mission dem Empfänger ausgehändigt hat.

(7) Das Kuriergepäck der Mission kann dem Kapitän eines Schiffes oder dem Kommandanten eines kommerziellen Zwecken dienenden Luftfahrzeugs anvertraut werden, das in einem zugelassenen Einlaufhafen anlegt bzw. auf einem zugelassenen Einreiseflughafen landet. Der Kapitän bzw. Kommandant muß ein offizielles Schriftstück mit sich führen, aus dem die Anzahl der Gepäckstücke ersichtlich ist, die das Kuriergepäck bilden; er gilt jedoch nicht als Kurier der Mission. Nach Vereinbarung mit den zuständigen Organen des Gaststaates kann die Mission eines ihrer Mitglieder entsenden, um das Kuriergepäck unmittelbar und ungehindert vom Kapitän des Schiffes oder Kommandanten des Luftfahrzeugs entgegenzunehmen.

Artikel 28

Persönliche Unverletzlichkeit

Die Person des Leiters der Mission und die der Mitglieder des diplomatischen Personals der Mission sind unverletzlich. Sie unterliegen keiner Festnahme oder Haft irgendwelcher Art. Der Gaststaat behandelt sie mit gebührender Achtung und trifft alle geeigneten Maßnahmen, um jeden Anschlag auf ihre Person, Freiheit oder Würde zu verhindern und die Personen zu verfolgen und zu bestrafen, die solche Anschläge verübt haben.

Artikel 29

Unverletzlichkeit von Wohnungen und Vermögen

(1) Die private Wohnung des Leiters der Mission und die der Mitglieder des diplomatischen Personals der Mission genießen dieselbe Unverletzlichkeit und denselben Schutz wie die Räumlichkeiten der Mission.

(2) Die Papiere, der Schriftverkehr und — vorbehaltlich Artikel 30 Absatz 2 — das Vermögen des Leiters der Mission und der Mitglieder des diplomatischen Personals der Mission sind ebenfalls unverletzlich.

Artikel 30

Immunität vor der Gerichtsbarkeit

(1) Der Leiter der Mission und die Mitglieder des diplomatischen Personals der Mission genießen Immunität vor der

Strafgerichtsbarkeit des Gaststaates. Ferner genießen sie Immunität vor dessen Zivil- und Verwaltungsgerichtsbarkeit; ausgenommen hiervon sind folgende Fälle:

- a) dingliche Klagen in bezug auf privates, auf dem Territorium des Gaststaates belegenes unbewegliches Vermögen, es sei denn, daß die betreffende Person dieses im Auftrag des Entsendestaates für die Zwecke der Mission in Besitz hat;
- b) Klagen in Nachlasssachen, in denen die betreffende Person als Testamentsvollstrecker, Verwalter, Erbe oder Vermächtnisnehmer in privater Eigenschaft und nicht im Auftrag des Entsendestaates in Erscheinung tritt;
- c) Klagen im Zusammenhang mit einer freiberuflichen oder gewerblichen Tätigkeit, die die betreffende Person im Gaststaat neben ihrer dienstlichen Tätigkeit ausübt.

(2) Gegen den Leiter der Mission oder ein Mitglied des diplomatischen Personals der Mission dürfen Vollstreckungsmaßnahmen nur in den im Absatz 1 Buchstaben a, b und c vorgesehenen Fällen und nur unter der Voraussetzung getroffen werden, daß sie durchführbar sind, ohne die Unverletzlichkeit seiner Person oder seiner Wohnung zu beeinträchtigen.

(3) Der Leiter der Mission und die Mitglieder des diplomatischen Personals der Mission sind nicht verpflichtet, Zeugnisaussagen zu machen.

(4) Die Immunität des Leiters der Mission oder eines Mitglieds des diplomatischen Personals der Mission vor der Gerichtsbarkeit des Gaststaates befreit ihn nicht von der Gerichtsbarkeit des Entsendestaates.

Artikel 31

Verzicht auf die Immunität

(1) Auf die Immunität vor der Gerichtsbarkeit, die dem Leiter der Mission und den Mitgliedern des diplomatischen Personals der Mission und den Personen, die gemäß Artikel 36 Immunität genießen, zusteht, kann der Entsendestaat verzichten.

(2) Der Verzicht muß stets ausdrücklich erklärt werden.

(3) Erhebt eine der im Absatz 1 genannten Personen eine Klage, so kann sie sich in bezug auf eine Widerklage, die mit der Hauptklage in unmittelbarem Zusammenhang steht, nicht auf die Immunität vor der Gerichtsbarkeit berufen.

(4) Der Verzicht auf die Immunität vor der Gerichtsbarkeit in einem Zivil- oder Verwaltungsgerichtsverfahren gilt nicht als Verzicht auf die Immunität vor der Urteilsvollstreckung; hierfür ist ein besonderer Verzicht erforderlich.

(5) Verzichtet der Entsendestaat nicht auf die Immunität einer der im Absatz 1 genannten Personen in bezug auf eine Zivilklage, hat er sich nach besten Kräften um eine gerechte Regelung des Falles zu bemühen.

Artikel 32

Befreiung von Rechtsvorschriften über Sozialversicherung

(1) Vorbehaltlich Absatz 3 sind der Leiter der Mission und die Mitglieder des diplomatischen Personals der Mission in bezug auf ihre Dienste für den Entsendestaat von den im Gaststaat geltenden Vorschriften über die Sozialversicherung befreit.

(2) Die im Absatz 1 vorgesehene Befreiung gilt auch für Personen, die ausschließlich im privaten Dienst des Leiters der Mission oder eines Mitglieds des diplomatischen Personals der Mission beschäftigt sind, sofern sie

- a) weder Staatsbürger des Gaststaates sind noch dort ihren ständigen Wohnsitz haben und
- b) den im Entsendestaat oder einem dritten Staat geltenden Vorschriften über die Sozialversicherung unterliegen.

(3) Beschäftigten der Leiter der Mission und die Mitglieder des diplomatischen Personals der Mission Personen, auf welche die im Absatz 2 vorgesehene Befreiung keine Anwendung findet, so haben sie die Pflichten aus den Vorschriften über die Sozialversicherung einzuhalten, die im Gaststaat für Betriebe gelten.

(4) Die in den Absätzen 1 und 2 vorgesehene Befreiung schließt nicht die freiwillige Beteiligung am System der Sozialversicherung des Gaststaates aus, sofern dieser eine solche Beteiligung zuläßt.

(5) Dieser Artikel läßt bereits geschlossene bi- oder multilaterale Abkommen über die Sozialversicherung unberührt und steht dem künftigen Abschluß solcher Abkommen nicht entgegen.

Artikel 33

Befreiung von Steuern und Abgaben

Der Leiter der Mission und die Mitglieder des diplomatischen Personals der Mission sind von allen staatlichen, regionalen und kommunalen Personal- und Realsteuern oder -abgaben befreit; ausgenommen hiervon sind:

- a) indirekte Steuern, die normalerweise im Preis für Waren oder Dienstleistungen enthalten sind;
- b) Steuern und sonstige Abgaben von privatem, auf dem Territorium des Gaststaates belegenem unbeweglichem Vermögen, es sei denn, daß die betreffende Person es im Auftrag des Entsendestaates für die Zwecke der Mission in Besitz hat;
- c) Erbschaftssteuern, die der Gaststaat erhebt, jedoch vorbehaltlich Artikel 30 Absatz 4;
- d) Steuern und sonstige Abgaben von privaten Einkünften, deren Quelle sich im Gaststaat befindet, sowie Vermögenssteuern von Kapitalanlagen in gewerblichen Unternehmen, die im Gaststaat gelegen sind;
- e) Steuern, Gebühren und sonstige Abgaben, die für bestimmte Dienstleistungen erhoben werden;
- f) Eintragungs-, Gerichts-, Beurkundungs- oder Beglaubigungsgebühren und Hypothekenabgaben sowie Stempelgebühren in bezug auf unbewegliches Vermögen, jedoch vorbehaltlich Artikel 24.

Artikel 34

Befreiung von persönlichen Dienstleistungen

Der Gaststaat befreit den Leiter der Mission und die Mitglieder des diplomatischen Personals der Mission von allen persönlichen Dienstleistungen, von allen öffentlichen Diensten jeder Art und von militärischen Auflagen, wie z.B. Beschlagnahmen, Kontributionen und Einquartierungen.

Artikel 35

Befreiung von Zollabgaben und -kontrollen

(1) Der Gaststaat gestattet in Übereinstimmung mit seinen Rechtsvorschriften die Einfuhr der nachstehend aufgeführten Gegenstände und befreit sie von allen Zöllen, Steuern und ähnlichen Abgaben, mit Ausnahme von Gebühren für die Aufbewahrung und den Transport sowie ähnliche Dienstleistungen:

- a) Gegenstände für den dienstlichen Gebrauch der Mission;
- b) Gegenstände für den persönlichen Gebrauch des Leiters der Mission oder eines Mitglieds des diplomatischen Personals der Mission, einschließlich der für ihre Einrichtung bestimmten Gegenstände.

(2) Das persönliche Gepäck des Leiters der Mission oder eines Mitglieds des diplomatischen Personals der Mission ist von der Zollkontrolle befreit, sofern nicht triftige Gründe für die Vermutung vorliegen, daß es Gegenstände enthält, für die die im Absatz 1 genannten Befreiungen nicht gelten oder deren Ein- oder Ausfuhr nach den Rechtsvorschriften

des Gaststaates verboten oder durch seine Quarantänebestimmungen geregelt ist. In solchen Fällen darf die Kontrolle nur im Beisein der Person, der die Befreiung zusteht, oder ihres bevollmächtigten Vertreters stattfinden.

Artikel 36

Privilegien und Immunitäten anderer Personen

(1) Die im Haushalt des Leiters der Mission und eines Mitglieds des diplomatischen Personals der Mission lebenden Familienangehörigen, die weder Staatsbürger des Gaststaates sind noch dort ihren ständigen Wohnsitz haben, genießen die in den Artikeln 28, 29, 30, 32, 33 und 34 sowie im Artikel 35 Absätze 1 Buchstaben b und 2 aufgeführten Privilegien und Immunitäten.

(2) Mitglieder des Verwaltungs- und technischen Personals der Mission genießen zusammen mit den in ihrem Haushalt lebenden Familienangehörigen, die weder Staatsbürger des Gaststaates sind noch dort ihren ständigen Wohnsitz haben, die in den Artikeln 28, 29, 30, 32, 33 und 34 aufgeführten Privilegien und Immunitäten; jedoch sind ihre nicht in Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit vorgenommenen Handlungen von der im Artikel 30 Absatz 1 festgelegten Immunität vor der Zivil- und Verwaltungsgerichtsbarkeit ausgeschlossen. Sie genießen ferner die im Artikel 35 Absatz 1 Buchstaben b festgelegten Privilegien in bezug auf Gegenstände, die anlässlich ihrer Ersteinrichtung eingeführt werden.

(3) Mitglieder des dienstlichen Hauspersonals der Mission, die weder Staatsbürger des Gaststaates sind noch dort ihren ständigen Wohnsitz haben, genießen Immunität hinsichtlich ihrer in Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit vorgenommenen Handlungen, Befreiung von Steuern und sonstigen Abgaben auf ihre Dienstbezüge sowie die im Artikel 32 vorgesehene Befreiung.

(4) Private Hausangestellte von Mitgliedern der Mission, die weder Staatsbürger des Gaststaates sind noch dort ihren ständigen Wohnsitz haben, genießen Befreiung von Steuern und sonstigen Abgaben auf ihre Dienstbezüge. Im übrigen stehen ihnen Privilegien und Immunitäten nur in dem vom Gaststaat zugelassenen Umfang zu. Der Gaststaat darf jedoch seine Gerichtsbarkeit in bezug auf diese Personen nur in einer Weise ausüben, die die Mission bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben nicht unzulässig behindert.

Artikel 37

Staatsbürger des Gaststaates und Personen, die dort ihren ständigen Wohnsitz haben

(1) Soweit der Gaststaat nicht zusätzliche Privilegien und Immunitäten gewährt, genießen der Leiter der Mission oder ein Mitglied des diplomatischen Personals der Mission, die Staatsbürger dieses Staates sind oder dort ihren ständigen Wohnsitz haben, Immunität vor der Gerichtsbarkeit und Unverletzlichkeit lediglich in bezug auf ihre in Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit vorgenommenen Amtshandlungen.

(2) Andere Mitglieder des Personals der Mission, die Staatsbürger des Gaststaates sind oder dort ihren ständigen Wohnsitz haben, genießen Immunität vor der Gerichtsbarkeit lediglich in bezug auf ihre in Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit vorgenommenen Amtshandlungen, ansonsten genießen diese Mitglieder sowie private Hausangestellte, die Staatsbürger des Gaststaates sind oder dort ihren ständigen Wohnsitz haben, Privilegien und Immunitäten nur in dem vom Gaststaat zugelassenen Umfang. Der Gaststaat darf jedoch seine Gerichtsbarkeit in bezug auf diese Mitglieder und Angestellten nur in einer Weise ausüben, die die Mission bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben nicht unzulässig behindert.

Artikel 38

Dauer von Privilegien und Immunitäten

(1) Die Privilegien und Immunitäten stehen den Berechtigten von dem Zeitpunkt an zu, in dem sie in das Territo-

rium des Gaststaates einreisen, um dort ihre Tätigkeit aufzunehmen, oder, wenn sie sich bereits auf diesem Territorium befinden, von dem Zeitpunkt an, in dem ihre Ernennung dem Gaststaat von der Organisation oder vom Entsendestaat notifiziert wird.

(2) Die Privilegien und Immunitäten einer Person, deren dienstliche Tätigkeit beendet ist, werden normalerweise zum Zeitpunkt der Ausreise oder aber nach Ablauf einer hierfür gewährten Frist hinfällig. Hinsichtlich der von der betreffenden Person in Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit als Mitglied der Mission vorgenommenen Handlungen bleibt jedoch die Immunität auch weiterhin bestehen.

(3) Im Falle des Ablebens eines Mitglieds der Mission genießen seine Familienangehörigen bis zum Ablauf einer angemessenen Frist für ihre Ausreise weiterhin die ihnen zustehenden Privilegien und Immunitäten.

(4) Stirbt ein Mitglied der Mission, das weder Staatsbürger des Gaststaates ist noch dort seinen ständigen Wohnsitz hat, oder ein in seinem Haushalt lebender Familienangehöriger, so gestattet der Gaststaat die Ausfuhr des beweglichen Vermögens des Verstorbenen mit Ausnahme von auf dem Territorium des Gaststaates erworbenen Vermögensgegenständen, deren Ausfuhr zum Zeitpunkt des Todesfalles verboten war. Von beweglichem Vermögen, das sich nur deshalb im Gaststaat befindet, weil sich der Verstorbene als Mitglied der Mission oder als Familienangehöriger eines solchen in diesem Staate aufhielt, werden keine Erbschaftssteuern erhoben.

Artikel 39

Freiberufliche oder gewerbliche Tätigkeit

(1) Der Leiter der Mission und die Mitglieder des diplomatischen Personals der Mission dürfen im Gaststaat keine freiberufliche oder gewerbliche Tätigkeit zur Erzielung persönlichen Gewinns ausüben.

(2) Sofern nicht solche Privilegien und Immunitäten vom Gaststaat gewährt werden, genießen Mitglieder des Verwaltungs- und technischen Personals und die im Haushalt eines Mitglieds der Mission lebenden Personen bei Ausübung einer auf Erzielung persönlichen Gewinns gerichteten freiberuflichen oder gewerblichen Tätigkeit keinerlei Privileg oder Immunität in bezug auf ihre in Ausübung dieser Tätigkeit oder im Zusammenhang damit vorgenommenen Handlungen.

Artikel 40

Beendigung der dienstlichen Tätigkeit

Die dienstliche Tätigkeit des Leiters der Mission oder eines Mitglieds des diplomatischen Personals der Mission wird unter anderem dadurch beendet:

- a) daß der Entsendestaat der Organisation die Beendigung dieser dienstlichen Tätigkeit notifiziert;
- b) daß die Mission endgültig oder vorübergehend abberufen wird.

Artikel 41

Schutz der Räumlichkeiten, des Vermögens und der Archive

(1) Wird die Mission endgültig oder vorübergehend abberufen, so hat der Gaststaat die Räumlichkeiten, das Vermögen und die Archive der Mission zu achten und zu schützen. Der Entsendestaat hat alle geeigneten Maßnahmen zu treffen, um den Gaststaat so bald als möglich von dieser besonderen Pflicht zu entbinden. Er kann der Organisation mit deren Zustimmung oder einem dem Gaststaat genehmen dritten Staat die Obhut der Räumlichkeiten, des Vermögens und der Archive der Mission übertragen.

(2) Auf Ersuchen des Entsendestaates gewährt der Gaststaat diesem Möglichkeiten für den Abtransport des Vermögens und der Archive der Mission vom Territorium des Gaststaates.

TEIL III

DELEGATIONEN IN ORGANEN UND AUF KONFERENZEN

Artikel 42

Entsendung von Delegationen

(1) Ein Staat kann in Übereinstimmung mit den Regeln der Organisation eine Delegation in ein Organ oder zu einer Konferenz entsenden.

(2) Mehrere Staaten können in Übereinstimmung mit den Regeln der Organisation dieselbe Delegation in ein Organ oder zu einer Konferenz entsenden.

Artikel 43

Ernennung der Mitglieder der Delegation

Vorbehaltlich der Artikel 46 und 73 kann der Entsendestaat die Mitglieder der Delegation nach eigenem Ermessen ernennen.

Artikel 44

Beglaubigungsschreiben der Delegierten

Beglaubigungsschreiben für den Leiter der Delegation und die anderen Delegierten werden vom Staatsoberhaupt, vom Regierungschef, vom Minister für Auswärtige Angelegenheiten oder, wenn es die Regeln der Organisation oder die Geschäftsordnung der Konferenz zulassen, von einem anderen zuständigen Organ des Entsendestaates ausgestellt. Sie werden der Organisation bzw. der Konferenz übermittelt.

Artikel 45

Zusammensetzung der Delegation

Außer dem Leiter der Delegation kann die Delegation andere Delegierte, diplomatisches Personal, Verwaltungs- und technisches Personal sowie dienstliches Hauspersonal umfassen.

Artikel 46

Größe der Delegation

Die Größe der Delegation darf die in Anbetracht der Aufgaben des Organs bzw. der Zielstellung der Konferenz sowie der Bedürfnisse der betreffenden Delegation und der Umstände und Verhältnisse im Gaststaat angemessenen und normalen Grenzen nicht überschreiten.

Artikel 47

Notifizierungen

(1) Der Entsendestaat notifiziert der Organisation bzw. der Konferenz:

- a) die Zusammensetzung der Delegation, einschließlich der Dienststellung, des Titels und der Rangfolge der Mitglieder der Delegation sowie alle in der Folgezeit eintretenden diesbezüglichen Veränderungen;
- b) die Ankunft und die endgültige Abreise der Mitglieder der Delegation und die Beendigung ihrer dienstlichen Tätigkeit in der Delegation;
- c) die Ankunft und die endgültige Abreise einer Person, die ein Mitglied der Delegation begleitet;
- d) den Beginn und die Beendigung der Beschäftigung von im Gaststaat ansässigen Personen als Mitglieder des Personals der Delegation oder als private Hausangestellte;
- e) die Lage der Räumlichkeiten der Delegation und der privaten Wohnungen, die gemäß Artikel 59 Unverletzlichkeit genießen, sowie alle sonstigen zu deren Kennzeichnung notwendigen Angaben.

(2) Die Ankunft und die endgültige Abreise sind nach Möglichkeit auch im Voraus zu notifizieren.

(3) Die in den Absätzen 1 und 2 genannten Notifizierungen werden dem Gaststaat durch die Organisation bzw. die Konferenz übermittelt.

(4) Der Entsendestaat kann ebenfalls dem Gaststaat die in den Absätzen 1 und 2 genannten Notifizierungen übermitteln.

Artikel 48

Amtierender Leiter der Delegation

(1) Ist der Leiter der Delegation abwesend oder außerstande seine Aufgaben wahrzunehmen, ernennt der Leiter der Delegation oder — im Falle seiner Verhinderung — ein zuständiges Organ des Entsendestaates einen amtierenden Leiter der Delegation aus dem Kreis der anderen Delegierten. Der Name des amtierenden Leiters der Delegation ist der Organisation bzw. der Konferenz zu notifizieren.

(2) Steht einer Delegation kein anderer Delegierter zur Verfügung, der als amtierender Leiter der Delegation fungieren kann, so kann dafür eine andere Person bestimmt werden. In diesem Fall ist in Übereinstimmung mit Artikel 44 ein Beglaubigungsschreiben auszustellen und zu übermitteln.

Artikel 49

Rangfolge

Die Rangfolge der Delegationen richtet sich nach der alphabetischen Reihenfolge der Namen der Staaten, die in der Organisation verwandt wird.

Artikel 50

Stellung des Staatsoberhauptes und hochgestellter Persönlichkeiten

(1) Dem Staatsoberhaupt oder einem Mitglied eines gemäß der Verfassung des betreffenden Staates die Aufgaben des Staatsoberhauptes wahrnehmenden kollektiven Gremiums stehen, wenn es die Delegation leitet, im Gaststaat oder in einem dritten Staat zusätzlich zu den Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten gemäß dieser Konvention auch diejenigen zu, die Staatsoberhäuptern gemäß Völkerrecht gewährt werden.

(2) Dem Regierungschef, dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten oder einer anderen hochgestellten Persönlichkeit stehen, wenn sie Leiter oder Mitglied der Delegation sind, im Gaststaat oder in einem dritten Staat zusätzlich zu den Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten gemäß dieser Konvention auch diejenigen zu, die diesen Personen gemäß Völkerrecht gewährt werden.

Artikel 51

Allgemeine Erleichterungen

(1) Der Gaststaat gewährt der Delegation alle notwendigen Erleichterungen zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

(2) Die Organisation bzw. die Konferenz unterstützt die Delegation bei der Erlangung dieser Erleichterungen und gewährt ihr diejenigen, die in ihrer eigenen Kompetenz liegen.

Artikel 52

Räumlichkeiten und Wohnraum

Der Gaststaat und erforderlichenfalls die Organisation oder die Konferenz helfen dem Entsendestaat auf Ersuchen, die für die Delegation benötigten Räumlichkeiten und geeigneten Wohnraum für ihre Mitglieder zu angemessenen Bedingungen zu beschaffen.

Artikel 53

Unterstützung in Bezug auf Privilegien und Immunitäten

(1) Die Organisation bzw. die Organisation und die Konferenz helfen erforderlichenfalls dem Entsendestaat, seiner

Delegation und deren Mitgliedern sicherzustellen, daß sie in den Genuß der in dieser Konvention vorgesehenen Privilegien und Immunitäten gelangen.

(2) Die Organisation bzw. die Organisation und die Konferenz helfen erforderlichenfalls dem Gaststaat, die Einhaltung der dem Entsendestaat seiner Delegation und deren Mitgliedern obliegenden Pflichten im Zusammenhang mit den in dieser Konvention vorgesehenen Privilegien und Immunitäten zu gewährleisten.

Artikel 54

Befreiung der Räumlichkeiten von Steuern

(1) Der Entsendestaat oder ein im Namen der Delegation handelndes Mitglied derselben ist von allen staatlichen, regionalen und kommunalen Steuern oder sonstigen Abgaben in bezug auf die Räumlichkeiten der Delegation befreit, soweit diese nicht als Vergütung für bestimmte Dienstleistungen erhoben werden.

(2) Die in diesem Artikel vorgesehene Steuerbefreiung gilt nicht für Steuern und sonstige Abgaben, die gemäß den Rechtsvorschriften des Gaststaates von den Personen zu entrichten sind, die mit dem Entsendestaat oder einem Mitglied der Delegation Verträge schließen.

Artikel 55

Unverletzlichkeit der Archive und Schriftstücke

Die Archive und Schriftstücke der Delegation sind jederzeit unverletzlich, wo immer sie sich befinden.

Artikel 56

Bewegungsfreiheit

Vorbehaltlich seiner Rechtsvorschriften über Zonen, deren Betreten aus Gründen der nationalen Sicherheit verboten oder geregelt ist, gewährleistet der Gaststaat allen Mitgliedern der Delegation die für die Wahrnehmung der Aufgaben der Delegation notwendige Bewegungs- und Reisefreiheit auf seinem Territorium.

Artikel 57

Freiheit der Verbindungen

(1) Der Gaststaat gestattet und schützt die Freiheit der Verbindungen der Delegation für alle dienstlichen Zwecke. Die Delegation kann sich im Verkehr mit der Regierung des Entsendestaates sowie dessen ständigen diplomatischen Missionen, konsularischen Vertretungen, ständigen Missionen, ständigen Beobachtermissionen, Sondermissionen, anderen Delegationen und Beobachterdelegationen, wo immer sie sich befinden, aller geeigneten Mittel, einschließlich Kuriere und verschlüsselter Nachrichten bedienen. Das Errichten und Betreiben einer Funkstation ist der Delegation jedoch nur mit Genehmigung des Gaststaates gestattet.

(2) Der dienstliche Schriftverkehr der Delegation ist unverletzlich. Als dienstlicher Schriftverkehr gilt der gesamte Schriftverkehr, welcher die Delegation und ihre Aufgaben betrifft.

(3) Die Delegation bedient sich, soweit dies möglich ist, der Verbindungsmittel, einschließlich des Kuriergepäckes und des Kuriers, der ständigen diplomatischen Mission, einer konsularischen Vertretung, der ständigen Mission oder der ständigen Beobachtermission des Entsendestaates.

(4) Das Kuriergepäck der Delegation darf weder geöffnet noch zurückgehalten werden.

(5) Gepäckstücke, die das Kuriergepäck der Delegation bilden, müssen äußerlich sichtbar als solches gekennzeichnet sein; sie dürfen nur Schriftstücke oder für den dienstlichen Gebrauch der Delegation bestimmte Gegenstände enthalten.

(6) Der Kurier der Delegation muß ein offizielles Schriftstück mit sich führen, aus dem seine Stellung und die Anzahl

der Gepäckstücke ersichtlich sind, die das Kuriergepäck bilden; er wird vom Gaststaat bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben geschützt. Er genießt persönliche Unverletzlichkeit und unterliegt keiner Festnahme oder Haft irgendwelcher Art.

(7) Der Entsendestaats oder die Delegation können Ad-hoc-Kuriere der Delegation ernennen. Auch in diesen Fällen gilt Absatz 6; jedoch finden die darin erwähnten Immunitäten keine Anwendung mehr, sobald der Ad-hoc-Kurier das ihm anvertraute Kuriergepäck der Delegation dem Empfänger ausgehändigt hat.

(8) Das Kuriergepäck der Delegation kann dem Kapitän eines Schiffes oder dem Kommandanten eines kommerziellen Zwecken dienenden Luftfahrzeuges anvertraut werden, das in einem zugelassenen Einlaufhafen anlegt bzw. auf einem zugelassenen Einreiseflughafen landet. Der Kapitän bzw. Kommandant muß ein offizielles Schriftstück mit sich führen, aus dem die Anzahl der Gepäckstücke ersichtlich ist, die das Kuriergepäck bilden; er gilt jedoch nicht als Kurier der Delegation. Nach Vereinbarung mit den zuständigen Organen des Gaststaates kann die Delegation eines ihrer Mitglieder entsenden, um das Kuriergepäck unmittelbar und ungehindert vom Kapitän des Schiffes oder Kommandanten des Luftfahrzeuges entgegenzunehmen.

Artikel 58

Persönliche Unverletzlichkeit

Die Person des Leiters der Delegation und die der anderen Delegierten und Mitglieder des diplomatischen Personals der Delegation sind unverletzlich. Sie unterliegen unter anderem keiner Festnahme oder Haft irgendwelcher Art. Der Gaststaat behandelt sie mit gebührender Achtung und trifft alle geeigneten Maßnahmen, um jeden Anschlag auf ihre Person, Freiheit oder Würde zu verhindern und die Personen zu verfolgen und zu bestrafen, die solche Anschläge verübt haben.

Artikel 59

Unverletzlichkeit von privaten Wohnungen und Vermögen

(1) Die private Wohnung des Leiters der Delegation und die der anderen Delegierten und Mitglieder des diplomatischen Personals der Delegation genießen Unverletzlichkeit und Schutz.

(2) Die Papiere, der Schriftverkehr und — vorbehaltlich Artikel 60 Absatz 2 — das Vermögen des Leiters der Delegation und der anderen Delegierten und Mitglieder des diplomatischen Personals der Delegation sind ebenfalls unverletzlich.

Artikel 60

Immunität vor der Gerichtsbarkeit

(1) Der Leiter der Delegation und die anderen Delegierten und Mitglieder des diplomatischen Personals der Delegation genießen Immunität vor der Strafgerichtsbarkeit des Gaststaates. Ferner steht ihnen Immunität vor dessen Zivil- und Verwaltungsgerichtsbarkeit in bezug auf alle in Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit vorgenommenen Handlungen zu.

(2) Gegen diese Personen dürfen keine Vollstreckungsmaßnahmen durchgeführt werden, es sei denn, diese sind durchführbar ohne die Rechte dieser Personen gemäß den Artikeln 58 und 59 zu beeinträchtigen.

(3) Diese Personen sind nicht verpflichtet, Zeugenaussagen zu machen.

(4) Keine Festlegung dieses Artikels befreit diese Personen von der Zivil- und Verwaltungsgerichtsbarkeit des Gaststaates in bezug auf eine Klage, die für Schäden angestrengt wird, welche bei einem Unfall durch ein von den betreffenden

Personen benutztes oder in ihrem Besitz befindliches Straßen-, Wasser- oder Luftfahrzeug verursacht wurden, wenn diese Schäden nicht von der Versicherung getragen werden.

(5) Eine Immunität dieser Personen vor der Gerichtsbarkeit des Gaststaates befreit sie nicht von der Gerichtsbarkeit des Entsendestaates.

Artikel 61

Verzicht auf die Immunität

(1) Auf die Immunität vor der Gerichtsbarkeit, die dem Leiter der Delegation und den anderen Delegierten und Mitgliedern des diplomatischen Personals der Delegation und den Personen, die gemäß Artikel 66 Immunität genießen, zusteht, kann der Entsendestaats verzichten.

(2) Der Verzicht muß stets ausdrücklich erklärt werden.

(3) Erhebt eine der im Absatz 1 genannten Personen eine Klage, so kann sie sich in bezug auf eine Widerklage, die mit der Hauptklage in unmittelbarem Zusammenhang steht, nicht auf die Immunität vor der Gerichtsbarkeit berufen.

(4) Der Verzicht auf die Immunität vor der Gerichtsbarkeit in einem Zivil- oder Verwaltungsgerichtsverfahren gilt nicht als Verzicht auf die Immunität vor der Urteilsvollstreckung; hierfür ist ein besonderer Verzicht erforderlich.

(5) Verzichtet der Entsendestaats nicht auf die Immunität einer der im Absatz 1 genannten Personen in bezug auf eine Zivilklage, hat er sich nach besten Kräften um eine gerechte Regelung des Falls zu bemühen.

Artikel 62

Befreiung von Rechtsvorschriften über Sozialversicherung

(1) Vorbehaltlich Absatz 3 sind der Leiter der Delegation und die anderen Delegierten und Mitglieder des diplomatischen Personals der Delegation in bezug auf ihre Dienste für den Entsendestaats von den im Gaststaat geltenden Vorschriften über die Sozialversicherung befreit.

(2) Die im Absatz 1 vorgesehene Befreiung gilt auch für Personen, die ausschließlich im privaten Dienst des Leiters der Delegation oder eines anderen Delegierten oder Mitglieds des diplomatischen Personals der Delegation beschäftigt sind, sofern sie:

- a) weder Staatsbürger des Gaststaates sind noch dort ihren ständigen Wohnsitz haben; und
- b) den im Entsendestaats oder einem dritten Staat geltenden Vorschriften über die Sozialversicherung unterliegen.

(3) Beschäftigten der Leiter der Delegation und die anderen Delegierten und Mitglieder des diplomatischen Personals der Delegation Personen, auf welche die im Absatz 2 vorgesehene Befreiung keine Anwendung findet, so haben sie die Pflichten aus den Vorschriften über die Sozialversicherung einzuhalten, die im Gaststaat für Betriebe gelten.

(4) Die in den Absätzen 1 und 2 vorgesehene Befreiung schließt nicht die freiwillige Beteiligung am System der Sozialversicherung des Gaststaates aus, sofern dieser eine solche Beteiligung zuläßt.

(5) Dieser Artikel läßt bereits geschlossene bi- oder multilaterale Abkommen über die Sozialversicherung unberührt und steht dem künftigen Abschluß solcher Vereinbarungen nicht entgegen.

Artikel 63

Befreiung von Steuern und Abgaben

Der Leiter der Delegation und die anderen Delegierten und Mitglieder des diplomatischen Personals der Delegation sind im Rahmen der Möglichkeiten von allen staatlichen, regiona-

len oder kommunalen Personal- und Realsteuern oder -abgaben befreit; ausgenommen hiervon sind:

- a) indirekte Steuern, die normalerweise im Preis für Waren oder Dienstleistungen enthalten sind;
- b) Steuern und sonstige Abgaben von privatem, auf dem Territorium des Gaststaates belegtem unbeweglichem Vermögen, es sei denn, daß die betroffene Person es im Auftrag des Entsendestaates für die Zwecke der Delegation in Besitz hat;
- c) Erbschaftssteuern, die der Gaststaat erhebt, jedoch vorbehaltlich Artikel 68 Absatz 4;
- d) Steuern und sonstige Abgaben von privaten Einkünften, deren Quelle sich im Gaststaat befindet, sowie Vermögenssteuern von Kapitalanlagen in gewerblichen Unternehmen, die im Gaststaat gelegen sind;
- e) Steuern, Gebühren und sonstige Abgaben, die für bestimmte Dienstleistungen erhoben werden;
- f) Eintragungs-, Gerichts-, Beurkundungs- oder Beglaubigungsgebühren und Hypothekenabgaben sowie Stempelgebühren in bezug auf unbewegliches Vermögen, jedoch vorbehaltlich Artikel 54.

Artikel 64

Befreiung von persönlichen Dienstleistungen

Der Gaststaat befreit den Leiter der Delegation und die anderen Delegierten und Mitglieder des diplomatischen Personals der Delegation von allen persönlichen Dienstleistungen, von allen öffentlichen Diensten jeder Art und von militärischen Auflagen wie z. B. Beschlagnahmen, Kontributionen und Einquartierungen.

Artikel 65

Befreiung von Zollabgaben und -kontrollen

(1) Der Gaststaat gestattet in Übereinstimmung mit seinen Rechtsvorschriften die Einfuhr der nachstehend aufgeführten Gegenstände und befreit sie von allen Zöllen, Steuern und ähnlichen Abgaben, mit Ausnahme von Gebühren für die Aufbewahrung und den Transport sowie ähnliche Dienstleistungen:

- a) Gegenstände für den dienstlichen Gebrauch der Delegation;
- b) für den persönlichen Gebrauch des Leiters der Delegation oder eines anderen Delegierten oder Mitglieds des diplomatischen Personals der Delegation bestimmte Gegenstände, die diese Personen bei ihrer Ersteinreise in das Territorium des Gaststaates zwecks Teilnahme an der Tagung des Organs oder der Konferenz in ihrem persönlichen Gepäck eingeführt haben.

(2) Das persönliche Gepäck des Leiters der Delegation oder eines anderen Delegierten oder Mitglieds des diplomatischen Personals der Delegation ist von der Zollkontrolle befreit, sofern nicht triftige Gründe für die Vermutung vorliegen, daß es Gegenstände enthält, für die die im Absatz 1 genannten Befreiungen nicht gelten oder deren Ein- oder Ausfuhr nach den Rechtsvorschriften des Gaststaates verboten oder durch seine Quarantänebestimmungen geregelt ist. In solchen Fällen darf die Kontrolle nur im Beisein der Person, der die Befreiung zusteht, oder ihres bevollmächtigten Vertreters stattfinden.

Artikel 66

Privilegien und Immunitäten anderer Personen

(1) Die den Leiter der Delegation und die anderen Delegierten oder Mitglieder des diplomatischen Personals der Delegation begleitenden Familienangehörigen, die weder Staatsbürger des Gaststaates sind noch dort ihren ständigen Wohnsitz haben, genießen die in den Artikeln 58, 60 und 64 und im Artikel 65 Absätze 1 Buchstaben b und 2 aufgeführten Privilegien und Immunitäten sowie Befreiung von der Meldepflicht für Ausländer.

(2) Mitglieder des Verwaltungs- und technischen Personals der Delegation, die weder Staatsbürger des Gaststaates sind noch dort ihren ständigen Wohnsitz haben, genießen die in den Artikeln 58, 59, 60, 62, 63 und 64 aufgeführten Privilegien und Immunitäten. Sie genießen auch die im Artikel 65 Absatz 1 Buchstaben b aufgeführten Privilegien in bezug auf Gegenstände, die sie bei ihrer Ersteinreise in das Territorium des Gaststaates zwecks Teilnahme an der Tagung des Organs oder der Konferenz in ihrem persönlichen Gepäck eingeführt haben. Die ein Mitglied des Verwaltungs- und technischen Personals begleitenden Familienangehörigen, die weder Staatsbürger des Gaststaates sind noch dort ihren ständigen Wohnsitz haben, genießen die in den Artikeln 58, 60 und 64 und im Artikel 65 Absatz 1 Buchstaben b aufgeführten Privilegien und Immunitäten in dem Umfang, wie sie diesem Mitglied des Personals gewährt werden.

(3) Mitglieder des dienstlichen Hauspersonals der Delegation, die weder Staatsbürger des Gaststaates sind noch dort ihren ständigen Wohnsitz haben, genießen hinsichtlich ihrer in Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit vorgenommenen Handlungen die gleiche Immunität wie Mitglieder des Verwaltungs- und technischen Personals der Delegation, ferner Befreiung von Steuern und sonstigen Abgaben auf ihre Dienstbezüge sowie die im Artikel 62 vorgesehene Befreiung.

(4) Private Hausangestellte von Mitgliedern der Delegation, die weder Staatsbürger des Gaststaates sind noch dort ihren ständigen Wohnsitz haben, genießen Befreiung von Steuern und sonstigen Abgaben auf ihre Dienstbezüge. Im übrigen stehen ihnen Privilegien und Immunitäten nur in dem vom Gaststaat zugelassenen Umfang zu. Der Gaststaat darf jedoch seine Gerichtsbarkeit in bezug auf diese Personen nur in einer Weise ausüben, die die Delegation bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben nicht unzulässig behindert.

Artikel 67

Staatsbürger des Gaststaates und Personen, die dort ihren ständigen Wohnsitz haben

(1) Soweit der Gaststaat nicht zusätzliche Privilegien und Immunitäten gewährt, genießen der Leiter der Delegation und die anderen Delegierten oder Mitglieder des diplomatischen Personals der Delegation, die Staatsbürger dieses Staates sind oder dort ihren ständigen Wohnsitz haben, Immunität vor der Gerichtsbarkeit und Unverletzlichkeit lediglich in bezug auf ihre in Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit vorgenommenen Amtshandlungen.

(2) Anderen Mitgliedern des Personals der Delegation und privaten Hausangestellten, die Staatsbürger des Gaststaates sind oder dort ihren ständigen Wohnsitz haben, stehen Privilegien und Immunitäten nur in dem vom Gaststaat zugelassenen Umfang zu. Der Gaststaat darf jedoch seine Gerichtsbarkeit in bezug auf diese Mitglieder und Angestellten nur in einer Weise ausüben, die die Delegation bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben nicht unzulässig behindert.

Artikel 68

Dauer von Privilegien und Immunitäten

(1) Die Privilegien und Immunitäten stehen den Berechtigten von dem Zeitpunkt an zu, in dem sie zwecks Teilnahme an der Tagung eines Organs oder einer Konferenz in das Territorium des Gaststaates einreisen, oder, wenn sie sich bereits auf diesem Territorium befinden, von dem Zeitpunkt an, in dem ihre Ernennung dem Gaststaat von der Organisation, der Konferenz oder dem Entsendestaat notifiziert wird.

(2) Die Privilegien und Immunitäten einer Person, deren dienstliche Tätigkeit beendet ist, werden normalerweise zum Zeitpunkt der Ausreise oder aber nach Ablauf einer hierfür gewährten Frist hinfällig. Hinsichtlich der von der betreffenden Person in Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit als Mitglied der Delegation vorgenommenen Handlungen bleibt jedoch die Immunität weiterhin bestehen.

(3) Im Falle des Ablebens eines Mitglieds der Delegation genießen seine Familienangehörigen bis zum Ablauf einer angemessenen Frist für ihre Ausreise weiterhin die ihnen zustehenden Privilegien und Immunitäten.

(4) Stirbt ein Mitglied der Delegation, das weder Staatsbürger des Gaststaates ist noch dort seinen ständigen Wohnsitz hat, oder ein ihn begleitender Familienangehöriger, so gestattet der Gaststaat die Ausfuhr des beweglichen Vermögens des Verstorbenen mit Ausnahme von auf dem Territorium des Gaststaates erworbenen Vermögensgegenständen, deren Ausfuhr zum Zeitpunkt des Todesfalles verboten war. Von beweglichem Vermögen, das sich nur deshalb im Gaststaat befindet, weil sich der Verstorbene als Mitglied der Delegation oder als Familienangehöriger eines solchen in diesem Staat aufhielt, werden keine Erbschaftssteuern erhoben.

Artikel 69

Beendigung der dienstlichen Tätigkeit

Die dienstliche Tätigkeit des Leiters der Delegation oder eines anderen Delegierten oder Mitglieds des diplomatischen Personals der Delegation wird unter anderem beendet,

- a) indem der Entsendestaat der Organisation oder der Konferenz die Beendigung dieser dienstlichen Tätigkeit notifiziert;
- b) mit Abschluß der Tagung des Organs oder der Konferenz.

Artikel 70

Schutz der Räumlichkeiten, des Vermögens und der Archive

(1) Wird die Tagung eines Organs oder einer Konferenz beendet, so hat der Gaststaat die Räumlichkeiten der Delegation, solange sie von dieser genutzt werden, sowie das Vermögen und die Archive der Delegation zu achten und zu schützen. Der Entsendestaat hat alle geeigneten Maßnahmen zu treffen, um den Gaststaat so bald als möglich von dieser besonderen Pflicht zu entbinden.

(2) Auf Ersuchen des Entsendestaates gewährt der Gaststaat diesem Möglichkeiten für den Abtransport des Vermögens und der Archive der Delegation vom Territorium des Gaststaates.

TEIL IV

BEOBACHTERDELEGATIONEN IN ORGANEN UND AUF KONFERENZEN

Artikel 71

Entsendung von Beobachterdelegationen

Ein Staat kann in Übereinstimmung mit den Regeln der Organisation eine Beobachterdelegation in ein Organ oder zu einer Konferenz entsenden.

Artikel 72

Allgemeine Bestimmung über Beobachterdelegationen

Alle Bestimmungen der Artikel 43 bis 70 dieser Konvention finden auch auf Beobachterdelegationen Anwendung.

TEIL V

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 73

Staatsbürgerschaft der Mitglieder der Mission, der Delegation oder der Beobachterdelegation

(1) Der Leiter der Mission und die Mitglieder des diplomatischen Personals der Mission, der Leiter der Delegation, die anderen Delegierten und Mitglieder des diplomatischen Personals der Delegation, der Leiter der Beobachterdelegation, die anderen Beobachterdelegierten und Mitglieder des diplo-

matischen Personals der Beobachterdelegation sollen grundsätzlich Staatsbürger des Entsendestaates sein.

(2) Staatsbürger des Gaststaates dürfen nur mit dessen Zustimmung zum Leiter der Mission und zu Mitgliedern des diplomatischen Personals der Mission ernannt werden; die Zustimmung kann jederzeit widerrufen werden.

(3) Wird ein Staatsbürger des Gaststaates zum Leiter der Delegation, zu einem anderen Delegierten oder zu einem Mitglied des diplomatischen Personals der Delegation oder zum Leiter der Beobachterdelegation, zu einem anderen Beobachterdelegierten oder zu einem Mitglied des diplomatischen Personals der Beobachterdelegation ernannt, gilt die Zustimmung des Gaststaates als gegeben, wenn ihm diese Ernennung eines seiner Staatsbürger notifiziert und seinerseits kein Einwand dagegen erhoben worden ist.

Artikel 74

Rechtsvorschriften

über den Erwerb der Staatsbürgerschaft

Die Mitglieder der Mission, der Delegation oder der Beobachterdelegation, die nicht Staatsbürger des Gaststaates sind, und in ihrem Haushalt lebende bzw. sie begleitende Familienangehörige erwerben die Staatsbürgerschaft des Gaststaates nicht allein aufgrund der Wirkung seiner innerstaatlichen Rechtsvorschriften.

Artikel 75

Privilegien und Immunitäten

bei Ausübung mehrfacher Funktionen

Werden Mitglieder der ständigen diplomatischen Mission oder einer konsularischen Vertretung im Gaststaat in den Personalbestand einer Mission, einer Delegation oder einer Beobachterdelegation einbezogen, so behalten sie neben den Privilegien und Immunitäten nach dieser Konvention ihre Privilegien und Immunitäten als Mitglieder ihrer ständigen diplomatischen Mission oder konsularischen Vertretung.

Artikel 76

Zusammenarbeit zwischen Entsendestaaten und Gaststaaten

Bei der Durchführung einer Untersuchung oder strafrechtlichen Verfolgung in Übereinstimmung mit Artikel 23, 28, 29 und 58 arbeitet der Entsendestaat — wann immer sich dies als notwendig erweist und soweit es mit der unabhängigen Wahrnehmung der Aufgaben der Mission, der Delegation oder der Beobachterdelegation vereinbar ist — mit dem Gaststaat so umfassend wie möglich zusammen.

Artikel 77

Einhaltung der Rechtsvorschriften des Gaststaates

(1) Alle Personen, die Privilegien und Immunitäten genießen, sind unbeschadet derselben verpflichtet, die Rechtsvorschriften des Gaststaates einzuhalten. Sie sind ferner verpflichtet, sich nicht in dessen innere Angelegenheiten einzumischen.

(2) Bei schwerer und offenkundiger Verletzung der Strafgesetze des Gaststaates durch eine Person, der Immunität vor der Gerichtsbarkeit zusteht, hat der Entsendestaat — sofern er nicht auf die Immunität der betreffenden Person verzichtet — diese je nach den gegebenen Umständen abzurufen, ihre dienstliche Tätigkeit bei der Mission, Delegation oder Beobachterdelegation zu beenden oder für ihre Abreise zu sorgen. Der Entsendestaat trifft die gleichen Maßnahmen bei einer schweren und offenkundigen Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Gaststaates. Die Bestimmungen dieses Absatzes finden keine Anwendung im Falle einer Handlung, die die betreffende Person in Wahrnehmung der Aufgaben der Mission bzw. der Delegation oder der Beobachterdelegation begangen hat.

(3) Die Räumlichkeiten der Mission und die Räumlichkeiten der Delegation dürfen nicht in einer Weise benutzt werden,

die mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Mission bzw. der Delegation unvereinbar ist.

(4) Keine Festlegung dieses Artikels ist so auszulegen, als sei es dem Gaststaat verboten, die Maßnahmen zu treffen, die zum eigenen Schutz notwendig sind. In diesem Fall hat der Gaststaat unbeschadet der Artikel 84 und 85 den Entsendestaat in geeigneter Weise zu konsultieren, um zu gewährleisten, daß diese Maßnahmen den normalen Arbeitsablauf der Mission, der Delegation oder der Beobachterdelegation nicht beeinträchtigen.

(5) Die im Absatz 4 vorgesehenen Maßnahmen sind mit Zustimmung des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten oder eines anderen zuständigen Ministers in Übereinstimmung mit den Verfassungsnormen des Gaststaates durchzuführen.

Artikel 78

Haftpflichtversicherung

Die Mitglieder der Mission, der Delegation oder der Beobachterdelegation haben alle Verpflichtungen aus den Rechtsvorschriften des Gaststaates bezüglich Haftpflichtversicherung für alle von ihnen genutzten oder in ihrem Besitz befindlichen Straßen-, Wasser- oder Luftfahrzeuge einzuhalten.

Artikel 79

Einreise in das Territorium des Gaststaates

(1) Der Gaststaat gestattet den nachstehend genannten Personen die Einreise in sein Territorium:

- a) Mitgliedern der Mission und in ihrem Haushalt lebenden Familienangehörigen,
- b) Mitgliedern der Delegation und den sie begleitenden Familienangehörigen sowie
- c) Mitgliedern der Beobachterdelegation und den sie begleitenden Familienangehörigen.

(2) Sofern Visa erforderlich sind, werden diese den im Absatz 1 genannten Personen so rasch wie möglich erteilt.

Artikel 80

Erleichterungen zur Ausreise

Personen, denen Privilegien und Immunitäten zustehen und die nicht Staatsbürger des Gaststaates sind, sowie ihren Familienangehörigen ohne Unterschied der Staatsbürgerschaft gewährt der Gaststaat auf Ersuchen Erleichterungen zur Ausreise aus seinem Territorium.

Artikel 81

Transit durch das Territorium eines Drittstaates

(1) Reist ein Leiter einer Mission oder ein Mitglied des diplomatischen Personals der Mission, ein Leiter einer Delegation, ein anderer Delegierter oder ein Mitglied des diplomatischen Personals der Delegation, ein Leiter einer Beobachterdelegation, ein anderer Beobachterdelegierter oder ein Mitglied des diplomatischen Personals der Beobachterdelegation, um seine Tätigkeit aufzunehmen oder wiederaufzunehmen oder um in seinen Heimatstaat zurückzukehren, durch das Territorium eines dritten Staates oder befindet er sich auf dem Territorium dieses dritten Staates, der erforderlichenfalls seinen Paß mit einem Visum versehen hat, so gewährt ihm dieser dritte Staat Unverletzlichkeit und alle sonstigen für seine sichere Durchreise erforderlichen Immunitäten.

(2) Absatz 1 gilt auch für:

- a) im Haushalt des Leiters der Mission oder eines Mitglieds des diplomatischen Personals der Mission lebende und Privilegien und Immunitäten genießende Familienangehörige, die den Leiter bzw. das Mitglied begleiten oder auch getrennt von ihm reisen, um sich zu ihm zu begeben oder in ihren Heimatstaat zurückzukehren;
- b) mitreisende und Privilegien und Immunitäten genießende Familienangehörige des Leiters der Delegation, eines an-

deren Delegierten oder Mitglieds des diplomatischen Personals der Delegation, die den Leiter, den Delegierten bzw. das Mitglied begleiten oder auch getrennt von ihm reisen, um sich zu ihm zu begeben oder in ihren Heimatstaat zurückzukehren;

- c) mitreisende und Privilegien und Immunitäten genießende Familienangehörige des Leiters der Beobachterdelegation, eines anderen Beobachterdelegierten oder Mitglieds des diplomatischen Personals der Beobachterdelegation, die den Leiter, den Delegierten bzw. das Mitglied begleiten oder auch getrennt von ihm reisen, um sich zu ihm zu begeben oder in ihren Heimatstaat zurückzukehren.

(3) Unter den Voraussetzungen der Absätze 1 und 2 dürfen dritte Staaten auch die Reise von Mitgliedern des Verwaltungs- und technischen Personals oder des dienstlichen Hauspersonals sowie ihrer Familienangehörigen durch ihr Territorium nicht behindern.

(4) Dritte Staaten gewähren in bezug auf den dienstlichen Schriftverkehr und sonstige dienstliche Mitteilungen im Transitverkehr, einschließlich verschlüsselter Nachrichten, die gleiche Freiheit und den gleichen Schutz, die der Gaststaat nach dieser Konvention zu gewähren hat. Kurieren der Mission, der Delegation oder der Beobachterdelegation, deren Paß erforderlichenfalls mit einem Visum versehen wurde, und dem Kuriergepäck der Mission, der Delegation oder der Beobachterdelegation im Transitverkehr gewähren sie die gleiche Unverletzlichkeit und den gleichen Schutz, die der Gaststaat nach dieser Konvention zu gewähren hat.

(5) Die Verpflichtungen dritter Staaten aufgrund der Absätze 1, 2, 3 und 4 gelten gegenüber den in diesen Absätzen genannten Personen sowie in bezug auf dienstliche Mitteilungen und das Kuriergepäck der Mission, der Delegation oder der Beobachterdelegation auch dann, wenn diese sich infolge höherer Gewalt auf dem Territorium des dritten Staates befinden.

Artikel 82

Nichtanerkennung von Staaten oder Regierungen oder Nichtbestehen diplomatischer oder konsularischer Beziehungen

(1) Die Rechte und Pflichten des Gaststaates und des Entsendestaates gemäß dieser Konvention bleiben im Falle der Nichtanerkennung eines dieser Staaten oder seiner Regierung durch den anderen Staat oder bei Nichtbestehen oder Abbruch der diplomatischen oder konsularischen Beziehungen zwischen ihnen unberührt.

(2) Die Errichtung oder Belassung einer Mission, die Entsendung oder Teilnahme einer Delegation oder einer Beobachterdelegation oder eine Handlung in Anwendung dieser Konvention gilt für sich allein noch nicht als Anerkennung des Gaststaates oder seiner Regierung durch den Entsendestaat oder des Entsendestaates oder seiner Regierung durch den Gaststaat.

Artikel 83

Nichtdiskriminierung

Bei der Anwendung dieser Konvention ist jede Diskriminierung zwischen den Staaten zu unterlassen.

Artikel 84

Konsultationen

Entsteht zwischen zwei oder mehr Teilnehmerstaaten über die Anwendung oder Auslegung dieser Konvention eine Streitigkeit, so haben sie auf Ersuchen eines von ihnen einander zu konsultieren. Auf Ersuchen einer der Streitparteien wird die Organisation oder die Konferenz zur Teilnahme an den Konsultationen aufgefordert.

Artikel 85

Vermittlung

(1) Kann die Streitigkeit durch die Konsultationen gemäß Artikel 84 nicht innerhalb eines Monats nach Aufnahme der-

selben beigelegt werden, so kann jeder an den Konsultationen beteiligte Staat die Streitigkeit einer nach diesem Artikel gebildeten Vermittlungskommission vorlegen, indem er der Organisation und den anderen an den Konsultationen beteiligten Staaten davon schriftlich Mitteilung macht.

(2) Jede Vermittlungskommission besteht aus drei Mitgliedern: zwei Mitgliedern, von denen je eins von den Streitparteien ernannt wird, und einem Vorsitzenden, der nach Absatz 3 ernannt wird. Jeder Teilnehmerstaat dieser Konvention bestimmt im voraus eine Person für die Aufgabe, als Mitglied einer solchen Kommission zu fungieren. Die so bestimmte Person meldet er der Organisation, die ein Register dieser Personen führt. Bestimmt er besagte Person nicht im voraus, so kann er dies während des Vermittlungsverfahrens bis zu dem Zeitpunkt tun, in dem die Kommission mit der Abfassung des nach Absatz 7 zu erarbeitenden Berichts beginnt.

(3) Der Vorsitzende der Kommission wird von den beiden anderen Mitgliedern ausgewählt. Falls diese beiden anderen Mitglieder innerhalb eines Monats nach der im Absatz 1 vorgesehenen Mitteilung keine diesbezügliche Einigung erzielen können oder falls eine der Streitparteien ihr Recht auf Bestimmung eines Mitglieds der Kommission nicht in Anspruch genommen hat, wird der Vorsitzende auf Ersuchen einer der Streitparteien durch den obersten Verwaltungsbeamten der Organisation bestimmt. Die Ernennung hat binnen einem Monat nach dem Ersuchen zu erfolgen. Der oberste Verwaltungsbeamte der Organisation hat als Vorsitzenden einen qualifizierten Juristen zu ernennen, der weder Beamter der Organisation noch Staatsbürger einer der an dem Streit beteiligten Staaten sein darf.

(4) Frei gewordene Sitze werden nach dem für die erste Ernennung vorgesehenen Verfahren besetzt.

(5) Sobald der Vorsitzende ernannt ist, nimmt die Kommission ihre Arbeit auf, selbst wenn ihre Zusammensetzung unvollständig ist.

(6) Die Kommission gibt sich eine Geschäftsordnung; ihre Beschlüsse und Empfehlungen bedürfen der Stimmenmehrheit. Sie kann der Organisation empfehlen, ein Gutachten des Internationalen Gerichtshofs über die Anwendung oder Auslegung dieser Konvention einzuholen, vorausgesetzt, daß die betreffende Organisation im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen dazu ermächtigt ist.

(7) Ist die Kommission nicht in der Lage binnen zwei Monaten nach Ernennung ihres Vorsitzenden zwischen den Streitparteien eine Einigung über die Beilegung der Streitigkeit herbeizuführen, erarbeitet sie so bald als möglich einen Bericht über ihre Beratungen und übermittelt ihn den Streitparteien. Inhalt des Berichts sind die Schlußfolgerungen der Kommission über die Sach- und Rechtsfragen sowie die Empfehlungen, die sie den Streitparteien zur Erleichterung einer Beilegung der Streitigkeit übermittelt hat. Die Zwei-monatsfrist kann auf Beschluß der Kommission verlängert werden. Die Empfehlungen des Berichts der Kommission sind für die Streitparteien nicht verbindlich, solange sie nicht von allen Streitparteien akzeptiert sind. Dessen ungeachtet kann jede Streitpartei einseitig erklären, daß sie sich, soweit es sie angeht, an die Empfehlungen des Berichts halten wird.

(8) Keine Festlegung dieses Artikels hindert an der Schaffung irgendeines anderen geeigneten Verfahrens zur Beilegung von Streitigkeiten über die Anwendung oder Auslegung dieser Konvention oder an der Erzielung einer Übereinkunft zwischen den Streitparteien, die Streitigkeit einem in der Organisation angewandten oder irgendeinem anderen Verfahren zu unterwerfen.

(9) Dieser Artikel läßt die Bestimmungen über Streitbeilegung, die in zwischen Staaten oder zwischen Staaten und internationalen Organisationen in Kraft befindlichen internationalen Abkommen enthalten sind, unberührt.

TEIL VI

SCHLUSSEBESTIMMUNGEN

Artikel 86

Unterzeichnung

Diese Konvention liegt für alle Staaten bis zum 30. September 1975 im Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Österreich und danach bis zum 30. März 1976 am Sitz der Vereinten Nationen in New York zur Unterzeichnung auf.

Artikel 87

Ratifikation

Diese Konvention bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden sind beim Generalsekretär der Vereinten Nationen zu hinterlegen.

Artikel 88

Beitritt

Dieser Konvention kann jeder Staat beitreten. Die Beitrittsurkunden sind beim Generalsekretär der Vereinten Nationen zu hinterlegen.

Artikel 89

Inkrafttreten

(1) Diese Konvention tritt am dreißigsten Tag nach Hinterlegung der fünfunddreißigsten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

(2) Für jeden Staat, der nach Hinterlegung der fünfunddreißigsten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde die Konvention ratifiziert oder ihr beitrifft, tritt sie am dreißigsten Tag nach Hinterlegung seiner eigenen Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

Artikel 90

Anwendung durch Organisationen

Nach Inkrafttreten dieser Konvention kann das zuständige Organ einer internationalen Organisation universellen Charakters die Anwendung der einschlägigen Bestimmungen der Konvention beschließen. Dieser Beschluß ist von der Organisation dem Gaststaat und dem Depositär der Konvention mitzuteilen.

Artikel 91

Notifikationen durch den Depositär

(1) Als Depositär dieser Konvention notifiziert der Generalsekretär der Vereinten Nationen allen Staaten:

- a) die Unterzeichnungen dieser Konvention und die Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunden gemäß den Artikeln 86, 87 und 88;
- b) den Tag, an dem die Konvention gemäß Artikel 89 in Kraft tritt;
- c) jeden gemäß Artikel 90 mitgeteilten Beschluß.

(2) Außerdem benachrichtigt der Generalsekretär der Vereinten Nationen alle Staaten je nach Notwendigkeit auch über andere Handlungen, Notifikationen oder Mitteilungen im Zusammenhang mit dieser Konvention.

Artikel 92

Gültige Texte

Das Original dieser Konvention, deren chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Text gleichermaßen gültig ist, wird beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt; dieser übermittelt allen Staaten beglaubigte Abschriften.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten, von ihren Regierungen hierzu gehörig bevollmächtigten Vertreter diese Konvention unterschrieben.

GESCHEHEN IN WIEN am vierzehnten März neunzehnhundertfünfundsiebzig.

**VIENNA CONVENTION
ON THE REPRESENTATION OF STATES IN THEIR
RELATIONS WITH
INTERNATIONAL ORGANIZATIONS
OF A UNIVERSAL CHARACTER**

The States Parties to the present Convention,

Recognizing the increasingly important role of multilateral diplomacy in relations between States and the responsibilities of the United Nations, its specialized agencies and other international organizations of a universal character within the international community,

Having in mind the purposes and principles of the Charter of the United Nations concerning the sovereign equality of States, the maintenance of international peace and security and the promotion of friendly relations and co-operation among States,

Recalling the work of codification and progressive development of international law applicable to bilateral relations between States which was achieved by the Vienna Convention on Diplomatic Relations of 1961, the Vienna Convention on Consular Relations of 1963, and the Convention on Special Missions of 1969,

Believing that an international convention on the representation of States in their relations with international organizations of a universal character would contribute to the promotion of friendly relations and co-operation among States, irrespective of their political, economic and social systems,

Recalling the provisions of Article 105 of the Charter of the United Nations,

Recognizing that the purpose of privileges and immunities contained in the present Convention is not to benefit individuals but to ensure the efficient performance of their functions in connexion with organizations and conferences,

Taking account of the Convention on the Privileges and Immunities of the United Nations of 1946, the Convention on the Privileges and Immunities of the Specialized Agencies of 1947 and other agreements in force between States and between States and international organizations,

Affirming that the rules of customary international law continue to govern questions not expressly regulated by the provisions of the present Convention,

Have agreed as follows:—

PART I

INTRODUCTION

Article 1

Use of terms

1. For the purposes of the present Convention:

- (1) "international organization" means an intergovernmental organization;
- (2) "international organization of a universal character" means the United Nations, its specialized agencies, the International Atomic Energy Agency and any similar organization whose membership and responsibilities are on a world-wide scale;
- (3) "Organization" means the international organization in question;

(4) "organ" means:

- (a) any principal or subsidiary organ of an international organization, or
- (b) any commission, committee or sub-group of any such organ, in which States are members;

(5) "conference" means a conference of States convened by or under the auspices of an international organization;

(6) "mission" means, as the case may be, the permanent mission or the permanent observer mission;

(7) "permanent mission" means a mission of permanent character, representing the State, sent by a State member of an international organization to the Organization;

(8) "permanent observer mission" means a mission of permanent character, representing the State, sent to an international organization by a State not a member of the Organization;

(9) "delegation" means, as the case may be, the delegation to an organ or the delegation to a conference;

(10) "delegation to an organ" means the delegation sent by a State to participate on its behalf in the proceedings of the organ;

(11) "delegation to a conference" means the delegation sent by a State to participate on its behalf in the conference;

(12) "observer delegation" means, as the case may be, the observer delegation to an organ or the observer delegation to a conference;

(13) "observer delegation to an organ" means the delegation sent by a State to participate on its behalf as an observer in the proceedings of the organ;

(14) "observer delegation to a conference" means the delegation sent by a State to participate on its behalf as an observer in the proceedings of the conference;

(15) "host State" means the State in whose territory:

- (a) the Organization has its seat or an office, or
- (b) a meeting of an organ or a conference is held;

(16) "sending State" means the State which sends:

- (a) a mission to the Organization at its seat or to an office of the Organization, or
- (b) a delegation to an organ or a delegation to a conference, or
- (c) an observer delegation to an organ or an observer delegation to a conference;

(17) "head of mission" means, as the case may be, the permanent representative or the permanent observer;

(18) "permanent representative" means the person charged by the sending State with the duty of acting as the head of the permanent mission;

(19) "permanent observer" means the person charged by the sending State with the duty of acting as the head of the permanent observer mission;

(20) "members of the mission" means the head of mission and the members of the staff;

(21) "head of delegation" means the delegate charged by the sending State with the duty of acting in that capacity;

- (22) "delegate" means any person designated by a State to participate as its representative in the proceedings of an organ or in a conference;
- (23) "members of the delegation" means the delegates and the members of the staff;
- (24) "head of the observer delegation" means the observer delegate charged by the sending State with the duty of acting in that capacity;
- (25) "observer delegate" means any person designated by a State to attend as an observer the proceedings of an organ or of a conference;
- (26) "members of the observer delegation" means the observer delegates and the members of the staff;
- (27) "members of the staff" means the members of the diplomatic staff, the administrative and technical staff and the service staff of the mission, the delegation or the observer delegation;
- (28) "members of the diplomatic staff" means the members of the staff of the mission, the delegation or the observer delegation who enjoy diplomatic status for the purpose of the mission, the delegation or the observer delegation;
- (29) "members of the administrative and technical staff" means the members of the staff employed in the administrative and technical service of the mission, the delegation or the observer delegation;
- (30) "members of the service staff" means the members of the staff employed by the mission, the delegation or the observer delegation as household workers or for similar tasks;
- (31) "private staff" means persons employed exclusively in the private service of the members of the mission or the delegation;
- (32) "premises of the mission" means the buildings or parts of buildings and the land ancillary thereto, irrespective of ownership, used for the purpose of the mission, including the residence of the head of mission;
- (33) "premises of the delegation" means the buildings or parts of buildings, irrespective of ownership, used solely as the offices of the delegation;
- (34) "rules of the Organization" means, in particular, the constituent instruments, relevant decisions and resolutions, and established practice of the Organization.

2. The provisions of paragraph 1 of this article regarding the use of terms in the present Convention are without prejudice to the use of those terms or to the meanings which may be given to them in other international instruments or the internal law of any State.

Article 2

Scope of the present Convention

1. The present Convention applies to the representation of States in their relations with any international organization of a universal character, and to their representation at conferences convened by or under the auspices of such an organization, when the Convention has been accepted by the host State and the Organization has completed the procedure envisaged by article 90.
2. The fact that the present Convention does not apply to other international organizations is without prejudice to the application to the representation of States in their relations with such other organizations of any of the rules set forth in the Convention which would be applicable under international law independently of the Convention.
3. The fact that the present Convention does not apply to other conferences is without prejudice to the application to

the representation of States at such other conferences of any of the rules set forth in the Convention which would be applicable under international law independently of the Convention.

4. Nothing in the present Convention shall preclude the conclusion of agreements between States or between States and international organizations making the Convention applicable in whole or in part to international organizations or conferences other than those referred to in paragraph 1 of this article.

Article 3

Relationship between the present Convention and the relevant rules of international organizations or conferences

The provisions of the present Convention are without prejudice to any relevant rules of the Organization or to any relevant rules of procedure of the conference.

Article 4

Relationship between the present Convention and other international agreements

The provisions of the present Convention

- (a) are without prejudice to other international agreements in force between States or between States and international organizations of a universal character, and
- (b) shall not preclude the conclusion of other international agreements regarding the representation of States in their relations with international organizations of a universal character or their representation at conferences convened by or under the auspices of such organizations.

PART II

MISSIONS TO INTERNATIONAL ORGANIZATIONS

Article 5

Establishment of missions

1. Member States may, if the rules of the Organization so permit, establish permanent missions for the performance of the functions mentioned in article 6.
2. Non-member States may, if the rules of the Organization so permit, establish permanent observer missions for the performance of the functions mentioned in article 7.
3. The Organization shall notify the host State of the institution of a mission prior to its establishment.

Article 6

Functions of the permanent mission

The functions of the permanent mission consist *inter alia* in:

- (a) ensuring the representation of the sending State to the Organization;
- (b) maintaining liaison between the sending State and the Organization;
- (c) negotiating with and within the Organization;
- (d) ascertaining activities in the Organization and reporting thereon to the Government of the sending State;
- (e) ensuring the participation of the sending State in the activities of the Organization;
- (f) protecting the interests of the sending State in relation to the Organization;
- (g) promoting the realization of the purposes and principles of the Organization by co-operating with and within the Organization.

Article 7**Functions of the permanent observer mission**

The functions of the permanent observer mission consist *inter alia* in:

- (a) ensuring the representation of the sending State and safeguarding its interests in relation to the Organization and maintaining liaison with it;
- (b) ascertaining activities in the Organization and reporting thereon to the Government of the sending State;
- (c) promoting co-operation with the Organization and negotiating with it.

Article 8**Multiple accreditation or appointment**

1. The sending State may accredit the same person as head of mission to two or more international organizations or appoint a head of mission as a member of the diplomatic staff of another of its missions.
2. The sending State may accredit a member of the diplomatic staff of the mission as head of mission to other international organizations or appoint a member of the staff of the mission as a member of the staff of another of its missions.
3. Two or more States may accredit the same person as head of mission to the same international organization.

Article 9**Appointment of the members of the mission**

Subject to the provisions of articles 14 and 73, the sending State may freely appoint the members of the mission.

Article 10**Credentials of the head of mission**

The credentials of the head of mission shall be issued by the Head of State, by the Head of Government, by the Minister for Foreign Affairs or, if the rules of the Organization so permit, by another competent authority of the sending State and shall be transmitted to the Organization.

Article 11**Accreditation to organs of the Organization**

1. A member State may specify in the credentials issued to its permanent representative that he is authorized to act as a delegate to one or more organs of the Organization.
2. Unless a member State provides otherwise its permanent representative may act as a delegate to organs of the Organization for which there are no special requirements as regards representation.
3. An non-member State may specify in the credentials issued to its permanent observer that he is authorized to act as an observer delegate to one or more organs of the Organization when this is permitted by the rules of the Organization or the organ concerned.

Article 12**Full powers for the conclusion of a treaty with the Organization**

1. The head of mission, by virtue of his functions and without having to produce full powers, is considered as representing his State for the purpose of adopting the text of a treaty between that State and the Organization.
2. The head of mission is not considered by virtue of his functions as representing his State for the purpose of signing a treaty, or signing a treaty *ad referendum*, between that State and the Organization unless it appears from the practice of the Organization, or from other circumstances, that the intention of the parties was to dispense with full powers.

Article 13**Composition of the mission**

In addition to the head of mission, the mission may include diplomatic staff, administrative and technical staff and service staff.

Article 14**Size of the mission**

The size of the mission shall not exceed what is reasonable and normal, having regard to the functions of the Organization, the needs of the particular mission and the circumstances and conditions in the host State.

Article 15**Notifications**

1. The sending State shall notify the Organization of:
 - (a) the appointment, position, title and order of precedence of the members of the mission, their arrival, their final departure or the termination of their functions with the mission, and any other changes affecting their status that may occur in the course of their service with the mission;
 - (b) the arrival and final departure of any person belonging to the family of a member of the mission and forming part of his household and, where appropriate, the fact that a person becomes or ceases to be such a member of the family;
 - (c) the arrival and final departure of persons employed on the private staff of members of the mission and the termination of their employment as such;
 - (d) the beginning and the termination of the employment of persons resident in the host State as members of the staff of the mission or as persons employed on the private staff;
 - (e) the location of the premises of the mission and of the private residences enjoying inviolability under articles 23 and 29, as well as any another information that may be necessary to identify such premises and residences.
2. Where possible, prior notification of arrival and final departure shall also be given.
3. The Organization shall transmit to the host State the notifications referred to in paragraphs 1 and 2 of this article.
4. The sending State may also transmit to the host State the notifications referred to in paragraphs 1 and 2 of this article.

Article 16**Acting head of mission**

If the post of head of mission is vacant, or if the head of mission is unable to perform his functions, the sending State may appoint an acting head of mission whose name shall be notified to the Organization and by it to the host State.

Article 17**Precedence**

1. Precedence among permanent representatives shall be determined by the alphabetical order of the names of the States used in the Organization.
2. Precedence among permanent observers shall be determined by the alphabetical order of the names of the States used in the Organization.

Article 18**Location of the mission**

Missions should be established in the locality where the Organization has its seat. However, if the rules of the Organization so permit and with the prior consent of the host State, the sending State may establish a mission or an office of a

mission in a locality other than that in which the Organization has its seat.

Article 19

Use of flag and emblem

1. The mission shall have the right to use the flag and emblem of the sending State on its premises. The head of mission shall have the same right as regards his residence and means of transport.
2. In the exercise of the right accorded by this article regard shall be had to the laws, regulations and usages of the host State.

Article 20

General facilities

1. The host State shall accord to the mission all necessary facilities for the performance of its functions.
2. The Organization shall assist the mission in obtaining those facilities and shall accord to the mission such facilities as lie within its own competence.

Article 21

Premises and accommodation

1. The host State and the Organization shall assist the sending State in obtaining on reasonable terms premises necessary for the mission in the territory of the host State. Where necessary, the host State shall facilitate in accordance with its laws the acquisition of such premises.
2. Where necessary, the host State and the Organization shall also assist the mission in obtaining on reasonable terms suitable accommodation for its members.

Article 22

Assistance by the Organization in respect of privileges and immunities

1. The Organization shall, where necessary, assist the sending State, its mission and the members of its mission in securing the enjoyment of the privileges and immunities provided for under the present Convention.
2. The Organization shall, where necessary, assist the host State in securing the discharge of the obligations of the sending State, its mission and the members of its mission in respect of the privileges and immunities provided for under the present Convention.

Article 23

Inviolability of premises

1. The premises of the mission shall be inviolable. The agents of the host State may not enter them, except with the consent of the head of mission.
2. (a) The host State is under a special duty to take all appropriate steps to protect the premises of the mission against any intrusion or damage and to prevent any disturbance of the peace of the mission or impairment of its dignity.
(b) In case of an attack on the premises of the mission, the host State shall take all appropriate steps to prosecute and punish persons who have committed the attack.
3. The premises of the mission, their furnishings and other property thereon and the means of transport of the mission shall be immune from search, requisition, attachment or execution.

Article 24

Exemption of the premises from taxation

1. The premises of the mission or which the sending State or any person acting on its behalf is the owner or the lessee shall be exempt from all national, regional or municipal dues and taxes other than such as represent payment for specific services rendered.

2. The exemption from taxation referred to in this article shall not apply to such dues and taxes payable under the law of the host State by persons contracting with the sending State or with any person acting on its behalf.

Article 25

Inviolability of archives and documents

- The archives and documents of the mission shall be inviolable at all times and wherever they may be.

Article 26

Freedom of movement

- Subject to its laws and regulations concerning zones entry into which is prohibited or regulated for reasons of national security, the host State shall ensure freedom of movement and travel in its territory to all members of the mission and members of their families forming part of their households.

Article 27

Freedom of communication

1. The host State shall permit and protect free communication on the part of the mission for all official purposes. In communicating with the Government of the sending State, its permanent diplomatic missions, consular posts, permanent missions, permanent observer missions, special missions, delegations and observer delegations, wherever situated, the mission may employ all appropriate means, including couriers and messages in code or cipher. However, the mission may install and use a wireless transmitter only with the consent of the host State.
2. The official correspondence of the mission shall be inviolable. Official correspondence means all correspondence relating to the mission and its functions.
3. The bag of the mission shall not be opened or detained.
4. The packages constituting the bag of the mission must bear visible external marks of their character and may contain only documents or articles intended for the official use of the mission.
5. The courier of the mission, who shall be provided with an official document indicating his status and the number of packages constituting the bag, shall be protected by the host State in the performance of his functions. He shall enjoy personal inviolability and shall not be liable to any form of arrest or detention.
6. The sending State or the mission may designate couriers *ad hoc* of the mission. In such cases the provisions of paragraph 5 of this article shall also apply, except that the immunities therein mentioned shall cease to apply when the courier *ad hoc* has delivered to the consignee the mission's bag in his charge.

7. The bag of the mission may be entrusted to the captain of a ship or of a commercial aircraft scheduled to land at an authorized port of entry. He shall be provided with an official document indicating the number of packages constituting the bag, but he shall not be considered to be a courier of the mission. By arrangement with the appropriate authorities of the host State, the mission may send one of its members to take possession of the bag directly and freely from the captain of the ship or of the aircraft.

Article 28

Personal inviolability

- The persons of the head of mission and of the members of the diplomatic staff of the mission shall be inviolable. They shall not be liable to any form of arrest or detention. The host State shall treat them with due respect and shall take all appropriate steps to prevent any attack on their persons, freedom or dignity and to prosecute and punish persons who have committed such attacks.

Article 29**Inviolability of residence and property**

1. The private residence of the head of mission and of the members of the diplomatic staff of the mission shall enjoy the same inviolability and protection as the premises of the mission.
2. The papers, correspondence and, except as provided in paragraph 2 of article 30, the property of the head of mission or of members of the diplomatic staff of the mission shall also enjoy inviolability.

Article 30**Immunity from jurisdiction**

1. The head of mission and the members of the diplomatic staff of the mission shall enjoy immunity from the criminal jurisdiction of the host State. They shall also enjoy immunity from its civil and administrative jurisdiction, except in the case of:
 - (a) a real action relating to private immovable property situated in the territory of the host State, unless the person in question holds it on behalf of the sending State for the purposes of the mission;
 - (b) an action relating to succession in which the person in question is involved as executor, administrator, heir or legatee as a private person and not on behalf of the sending State;
 - (c) an action relating to any professional or commercial activity exercised by the person in question in the host State outside his official functions.
2. No measures of execution may be taken in respect of the head of mission or a member of the diplomatic staff of the mission except in cases coming under subparagraphs (a), (b) and (c) of paragraph 1 of this article, and provided that the measures concerned can be taken without infringing the inviolability of his person or of his residence.
3. The head of mission and the members of the diplomatic staff of the mission are not obliged to give evidence as witnesses.
4. The immunity of the head of mission or of a member of the diplomatic staff of the mission from the jurisdiction of the host State does not exempt him from the jurisdiction of the sending State.

Article 31**Waiver of immunity**

1. The immunity from jurisdiction of the head of mission and members of the diplomatic staff of the mission and of persons enjoying immunity under article 36 may be waived by the sending State.
2. Waiver must always be express.
3. The initiation of proceedings by any of the persons referred to in paragraph 1 of this article shall preclude him from invoking immunity from jurisdiction in respect of any counter-claim directly connected with the principal claim.
4. Waiver of immunity from jurisdiction in respect of civil or administrative proceedings shall not be held to imply waiver of immunity in respect of the execution of the judgement, for which a separate waiver shall be necessary.
5. If the sending State does not waive the immunity of any of the persons mentioned in paragraph 1 of this article in respect of a civil action, it shall use its best endeavours to bring about a just settlement of the case.

Article 32**Exemption from social security legislation**

1. Subject to the provisions of paragraph 3 of this article, the head of mission and the members of the diplomatic staff of the mission shall with respect to services rendered for

the sending State be exempt from social security provisions which may be in force in the host State.

2. The exemption provided for in paragraph 1 of this article shall also apply to persons who are in the sole private employ of the head of mission or of a member of the diplomatic staff of the mission, on condition:

- (a) that such employed persons are not nationals of or permanently resident in the host State; and
- (b) that they are covered by the social security provisions which may be in force in the sending State or a third State.

3. The head of mission and the members of the diplomatic staff of the mission who employ persons to whom the exemption provided for in paragraph 2 of this article does not apply shall observe the obligations which the social security provisions of the host State impose upon employers.

4. The exemption provided for in paragraphs 1 and 2 of this article shall not preclude voluntary participation in the social security system of the host State provided that such participation is permitted by that State.

5. The provisions of this article shall not affect bilateral or multilateral agreements concerning social security concluded previously and shall not prevent the conclusion of such agreements in the future.

Article 33**Exemption from dues and taxes**

The head of mission and the members of the diplomatic staff of the mission shall be exempt from all dues and taxes, personal or real, national, regional or municipal, except:

- (a) indirect taxes of a kind which are normally incorporated in the price of goods or services;
- (b) dues and taxes on private immovable property situated in the territory of the host State, unless the person concerned holds it on behalf of the sending State for the purposes of the mission;
- (c) estate, succession or inheritance duties levied by the host State, subject to the provisions of paragraph 4 of article 38;
- (d) dues and taxes on private income having its source in the host State and capital taxes on investments made in commercial undertakings in the host State;
- (e) charges levied for specific services rendered;
- (f) registration, court or record fees, mortgage dues and stamp duty, with respect to immovable property, subject to the provisions of article 24.

Article 34**Exemption from personal services**

The host State shall exempt the head of mission and the members of the diplomatic staff of the mission from all personal services, from all public service of any kind whatsoever, and from military obligations such as those connected with requisitioning, military contributions and billeting.

Article 35**Exemption from customs duties and inspection**

1. The host State shall, in accordance with such laws and regulations as it may adopt, permit entry of and grant exemption from all customs duties, taxes and related charges other than charges for storage, cartage and similar services, on:

- (a) articles for the official use of the mission;
- (b) articles for the personal use of the head of mission or a member of the diplomatic staff of the mission, including articles intended for his establishment.

2. The personal baggage of the head of mission or a member of the diplomatic staff of the mission shall be exempt from inspection, unless there are serious grounds for presuming

that it contains articles not covered by the exemptions mentioned in paragraph 1 of this article, or articles the import or export of which is prohibited by the law or controlled by the quarantine regulations of the host State. In such cases, inspection shall be conducted only in the presence of the person enjoying the exemption or of his authorized representative.

Article 36

Privileges and immunities of other persons

1. The members of the family of the head of mission forming part of his household and the members of the family of a member of the diplomatic staff of the mission forming part of his household shall, if they are not nationals of or permanently resident in the host State, enjoy the privileges and immunities specified in articles 28, 29, 30, 32, 33, 34 and in paragraphs 1(b) and 2 of article 35.

2. Members of the administrative and technical staff of the mission, together with members of their families forming part of their respective households who are not nationals of or permanently resident in the host State, shall enjoy the privileges and immunities specified in articles 28, 29, 30, 32, 33 and 34, except that the immunity from civil and administrative jurisdiction of the host State specified in paragraph 1 of article 30 shall not extend to acts performed outside the course of their duties. They shall also enjoy the privileges specified in paragraph 1(b) of article 35 in respect of articles imported at the time of first installation.

3. Members of the service staff of the mission who are not nationals of or permanently resident in the host State shall enjoy immunity in respect of acts performed in the course of their duties, exemption from dues and taxes on the emoluments they receive by reason of their employment and the exemption specified in article 32.

4. Private staff of members of the mission shall, if they are not nationals of or permanently resident in the host State, be exempt from dues and taxes on the emoluments they receive by reason of their employment. In other respects, they may enjoy privileges and immunities only to the extent admitted by the host State. However, the host State must exercise its jurisdiction over those persons in such a manner as not to interfere unduly with the performance of the functions of the mission.

Article 37

Nationals and permanent residents of the host State

1. Except in so far as additional privileges and immunities may be granted by the host State, the head of mission or any member of the diplomatic staff of the mission who is a national of or permanently resident in that State shall enjoy only immunity from jurisdiction and inviolability in respect of official acts performed in the exercise of his functions.

2. Other members of the staff of the mission who are nationals of or permanently resident in the host State shall enjoy only immunity from jurisdiction in respect of official acts performed in the exercise of their functions. In all other respects, those members, and persons on the private staff who are nationals of or permanently resident in the host State, shall enjoy privileges and immunities only to the extent admitted by the host State. However, the host State must exercise its jurisdiction over those members and persons in such a manner as not to interfere unduly with the performance of the functions of the mission.

Article 38

Duration of privileges and immunities

1. Every person entitled to privileges and immunities shall enjoy them from the moment he enters the territory of the host State on proceeding to take up his post or, if already in its territory, from the moment when his appointment is notified to the host State by the Organization or by the sending State.

2. When the functions of a person enjoying privileges and immunities have come to an end, such privileges and immunities shall normally cease at the moment when he leaves the territory, or on the expiry of a reasonable period in which to do so. However, with respect to acts performed by such a person in the exercise of his functions as a member of the mission, immunity shall continue to subsist.

3. In the event of the death of a member of the mission, the members of his family shall continue to enjoy the privileges and immunities to which they are entitled until the expiry of a reasonable period in which to leave the territory.

4. In the event of the death of a member of the mission not a national of or permanently resident in the host State or of a member of his family forming part of his household, the host State shall permit the withdrawal of the movable property of the deceased, with the exception of any property acquired in the territory the export of which was prohibited at the time of his death. Estate, succession and inheritance duties shall not be levied on movable property which is in the host State solely because of the presence there of the deceased as a member of the mission or of the family of a member of the mission.

Article 39

Professional or commercial activity

1. The head of mission and members of the diplomatic staff of the mission shall not practise for personal profit any professional or commercial activity in the host State.

2. Except in so far as such privileges and immunities may be granted by the host State, members of the administrative and technical staff and persons forming part of the household of a member of the mission shall, not, when they practise a professional or commercial activity for personal profit, enjoy any privilege or immunity in respect of acts performed in the course of or in connexion with the practice of such activity.

Article 40

End of functions

The functions of the head of mission or of a member of the diplomatic staff of the mission shall come to an end, *inter alia*:

- (a) on notification of their termination by the sending State to the Organization;
- (b) if the mission is finally or temporarily recalled.

Article 41

Protection of premises, property and archives

1. When the mission is temporarily or finally recalled, the host State must respect and protect the premises, property and archives of the mission. The sending State must take all appropriate measures to terminate this special duty of the host State as soon as possible. It may entrust custody of the premises, property and archives of the mission to the Organization if it so agrees, or to a third State acceptable to the host State.

2. The host State, if requested by the sending State, shall grant the latter facilities for removing the property and archives of the mission from the territory of the host State.

PART III

DELEGATIONS TO ORGANS AND TO CONFERENCES

Article 42

Sending of delegations

1. A State may send a delegation to an organ or to a conference in accordance with the rules of the Organization.
2. Two or more States may send the same delegation to an organ or to a conference in accordance with the rules of the Organization.

Article 43**Appointment of the members of the delegation**

Subject to the provisions of articles 46 and 73, the sending State may freely appoint the members of the delegation.

Article 44**Credentials of delegates**

The credentials of the head of delegation and of other delegates shall be issued by the Head of State, by the Head of Government, by the Minister for Foreign Affairs or, if the rules of the Organization or the rules of procedure of the conference so permit, by another competent authority of the sending State. They shall be transmitted, as the case may be, to the Organization or to the conference.

Article 45**Composition of the delegation**

In addition to the head of delegation, the delegation may include other delegates, diplomatic staff, administrative and technical staff and service staff.

Article 46**Size of the delegation**

The size of the delegation shall not exceed what is reasonable and normal, having regard, as the case may be, to the functions of the organ or the object of the conference, as well as the needs of the particular delegation and the circumstances and conditions in the host State.

Article 47**Notifications**

1. The sending State shall notify the Organization or, as the case may be, the conference of:

- (a) the composition of the delegation, including the position, title and order of precedence of the members of the delegation, and any subsequent changes therein;
- (b) the arrival and final departure of members of the delegation and the termination of their functions with the delegation;
- (c) the arrival and final departure of any person accompanying a member of the delegation;
- (d) the beginning and the termination of the employment of persons resident in the host State as members of the staff of the delegation or as persons employed on the private staff;
- (e) the location of the premises of the delegation and of the private accommodation enjoying inviolability under article 53, as well as any other information that may be necessary to identify such premises and accommodation.

2. Where possible, prior notification of arrival and final departure shall also be given.

3. The Organization or, as the case may be, the conference shall transmit to the host State the notifications referred to in paragraphs 1 and 2 of this article.

4. The sending State may also transmit to the host State the notifications referred to in paragraphs 1 and 2 of this article.

Article 48**Acting head of delegation**

1. If the head of delegation is absent or unable to perform his functions, an acting head of delegation shall be designated from among the other delegates by the head of delegation or, in case he is unable to do so, by a competent authority of the sending State. The name of the acting head of delegation shall be notified, as the case may be, to the Organization or to the conference.

2. If a delegation does not have another delegate available to serve as acting head of delegation, another person may be designated for that purpose. In such case credentials must be issued and transmitted in accordance with article 44.

Article 49**Precedence**

Precedence among delegations shall be determined by the alphabetical order of the names of the States used in the Organization.

Article 50**Status of the Head of State and persons of high rank**

1. The Head of State or any member of a collegial body performing the functions of Head of State under the constitution of the State concerned, when he leads the delegation, shall enjoy in the host State or in a third State, in addition to what is granted by the present Convention, the facilities, privileges and immunities accorded by international law to Heads of State.

2. The Head of Government, the Minister for Foreign Affairs or other person of high rank, when he leads or is a member of the delegation, shall enjoy in the host State or in a third State, in addition to what is granted by the present Convention, the facilities, privileges and immunities accorded by international law to such persons.

Article 51**General facilities**

1. The host State shall accord to the delegation all necessary facilities for the performance of its tasks.

2. The Organization or, as the case may be, the conference shall assist the delegation in obtaining those facilities and shall accord to the delegation such facilities as lie within its own competence.

Article 52**Premises and accommodation**

If so requested, the host State and, where necessary, the Organization or the conference shall assist the sending State in obtaining on reasonable terms premises necessary for the delegation and suitable accommodation for its members.

Article 53**Assistance in respect of privileges and immunities**

1. The Organization or, as the case may be, the Organization and the conference shall, where necessary, assist the sending State, its delegation and the members of its delegation in securing the enjoyment of the privileges and immunities provided for under the present Convention.

2. The Organization or, as the case may be, the Organization and the conference shall, where necessary assist the host State in securing the discharge of the obligations of the sending State, its delegation and the members of its delegation in respect of the privileges and immunities provided for under the present Convention.

Article 54**Exemption of the premises from taxation**

1. The sending State or any member of the delegation acting on behalf of the delegation shall be exempt from all national, regional or municipal dues and taxes in respect of the premises of the delegation other than such as represent payment for specific services rendered.

2. The exemption from taxation referred to in this article shall not apply to such dues and taxes payable under the law of the host State by persons contracting with the sending State or with a member of the delegation.

Article 55

Inviolability of archives and documents

The archives and documents of the delegation shall be inviolable at all times and wherever they may be.

Article 56

Freedom of movement

Subject to its laws and regulations concerning zones entry into which is prohibited or regulated for reasons of national security, the host State shall ensure to all members of the delegation such freedom of movement and travel in its territory as is necessary for the performance of the tasks of the delegation.

Article 57

Freedom of communication

1. The host State shall permit and protect free communication on the part of the delegation for all official purposes. In communicating with the Government of the sending State, its permanent diplomatic missions, consular posts, permanent missions, permanent observer missions, special missions, other delegations, and observer delegations, wherever situated, the delegation may employ all appropriate means, including couriers and messages in code or cipher. However, the delegation may install and use a wireless transmitter only with the consent of the host State.

2. The official correspondence of the delegation shall be inviolable. Official correspondence means all correspondence relating to the delegation and its tasks.

3. Where practicable, the delegation shall use the means of communication, including the bag and the courier, of the permanent diplomatic mission, of a consular post, of the permanent mission or of the permanent observer mission of the sending State.

4. The bag of the delegation shall not be opened or detained.

5. The packages constituting the bag of the delegation must bear visible external marks of their character and may contain only documents or articles intended for the official use of the delegation.

6. The courier of the delegation, who shall be provided with an official document indicating his status and the number of packages constituting the bag, shall be protected by the host State in the performance of his functions. He shall enjoy personal inviolability and shall not be liable to any form of arrest or detention.

7. The sending State or the delegation may designate couriers *ad hoc* of the delegation. In such cases the provisions of paragraph 6 of this article shall also apply, except that the immunities therein mentioned shall cease to apply when the courier *ad hoc* has delivered to the consignee the delegation's bag in his charge.

8. The bag of the delegation may be entrusted to the captain of a ship or of a commercial aircraft scheduled to land at an authorized port of entry. He shall be provided with an official document indicating the number of packages constituting the bag, but he shall not be considered to be a courier of the delegation. By arrangement with the appropriate authorities of the host State, the delegation may send one of its members to take possession of the bag directly and freely from the captain of the ship or of the aircraft.

Article 58

Personal inviolability

The persons of the head of delegation and of other delegates and members of the diplomatic staff of the delegation shall be inviolable. They shall not be liable *inter alia* to any form of arrest or detention. The host State shall treat them with due respect and shall take all appropriate steps to prevent any attack on their persons, freedom or dignity and to prosecute and punish persons who have committed such attacks.

Article 59

Inviolability of private accommodation and property

1. The private accommodation of the head of delegation and of other delegates and members of the diplomatic staff of the delegation shall enjoy inviolability and protection.

2. The papers, correspondence and, except as provided in paragraph 2 of article 60, the property of the head of delegation and of other delegates or members of the diplomatic staff of the delegation shall also enjoy inviolability.

Article 60

Immunity from jurisdiction

1. The head of delegation and other delegates and members of the diplomatic staff of the delegation shall enjoy immunity from the criminal jurisdiction of the host State, and immunity from its civil and administrative jurisdiction in respect of all acts performed in the exercise of their official functions.

2. No measures of execution may be taken in respect of such persons unless they can be taken without infringing their rights under articles 58 and 59.

3. Such persons are not obliged to give evidence as witnesses.

4. Nothing in this article shall exempt such persons from the civil and administrative jurisdiction of the host State in relation to an action for damages arising from an accident caused by a vehicle, vessel or aircraft, used or owned by the persons in question, where those damages are not recoverable from insurance.

5. Any immunity of such persons from the jurisdiction of the host State does not exempt them from the jurisdiction of the sending State.

Article 61

Waiver of immunity

1. The immunity from jurisdiction of the head of delegation and of other delegates and members of the diplomatic staff of the delegation and of persons enjoying immunity under article 66 may be waived by the sending State.

2. Waiver must always be express.

3. The initiation of proceedings by any of the persons referred to in paragraph 1 of this article shall preclude him from invoking immunity from jurisdiction in respect of any counter-claim directly connected with the principal claim.

4. Waiver of immunity from jurisdiction in respect of civil or administrative proceedings shall not be held to imply waiver of immunity in respect of the execution of the judgement, for which a separate waiver shall be necessary.

5. If the sending State does not waive the immunity of any of the persons mentioned in paragraph 1 of this article in respect of a civil action, it shall use its best endeavours to bring about a just settlement of the case.

Article 62

Exemption from social security legislation

1. Subject to the provisions of paragraph 3 of this article, the head of delegation and other delegates and members of the diplomatic staff of the delegation shall with respect to services rendered for the sending State be exempt from social security provisions which may be in force in the host State.

2. The exemption provided for in paragraph 1 of this article shall also apply to persons who are in the sole private employ of the head of delegation or of any other delegate or member of the diplomatic staff of the delegation, on condition:

(a) that such employed persons are not nationals of or permanently resident in the host State; and

(b) that they are covered by the social security provisions which may be in force in the sending State or a third State.

3. The head of delegation and other delegates and members of the diplomatic staff of the delegation who employ persons to whom the exemption provided for in paragraph 2 of this article does not apply shall observe the obligations which the social security provisions of the host State impose upon employers.

4. The exemption provided for in paragraphs 1 and 2 of this article shall not preclude voluntary participation in the social security system of the host State provided that such participation is permitted by that State.

5. The provisions of this article shall not affect bilateral or multilateral agreements concerning social security concluded previously and shall not prevent the conclusion of such agreements in the future.

Article 63

Exemption from dues and taxes

The head of delegation and other delegates and members of the diplomatic staff of the delegation shall be exempt, to the extent practicable, from all dues and taxes, personal or real, national, regional or municipal, except:

- (a) indirect taxes of a kind which are normally incorporated in the price of goods or services;
- (b) dues and taxes on private immovable property situated in the territory of the host State, unless the person concerned holds it on behalf of the sending State for the purposes of the delegation;
- (c) estate, succession or inheritance duties levied by the host State, subject to the provisions of paragraph 4 of article 68;
- (d) dues and taxes on private income having its source in the host State and capital taxes on investments made in commercial undertakings in the host State;
- (e) charges levied for specific services rendered;
- (f) registration, court or record fees, mortgage dues and stamp duty, with respect to immovable property, subject to the provisions of article 54.

Article 64

Exemption from personal services

The host State shall exempt the head of delegation and other delegates and members of the diplomatic staff of the delegation from all personal services, from all public service of any kind whatsoever, and from military obligations such as those connected with requisitioning, military contributions and billeting.

Article 65

Exemption from customs duties and inspection

1. The host State shall, in accordance with such laws and regulations as it may adopt, permit entry of and grant exemption from all customs duties, taxes and related charges other than charges for storage, cartage and similar services, on:

- (a) articles for the official use of the delegation;
- (b) articles for the personal use of the head of delegation or any other delegate or member of the diplomatic staff of the delegation, imported in his personal baggage at the time of his first entry into the territory of the host State to attend the meeting of the organ or conference.

2. The personal baggage of the head of delegation or any other delegate or member of the diplomatic staff of the delegation shall be exempt from inspection, unless there are serious grounds for presuming that it contains articles not covered by the exemptions mentioned in paragraph 1 of this article, or articles the import or export of which is prohibited by the law or controlled by the quarantine regulations of the host State. In such cases, inspection shall be conducted only in the presence of the person enjoying the exemption or of his authorized representative.

Article 66

Privileges and immunities of other persons

1. The members of the family of the head of delegation who accompany him and the members of the family of any other delegate or member of the diplomatic staff of the delegation who accompany him shall, if they are not nationals of or permanently resident in the host State, enjoy the privileges and immunities specified in articles 58, 60 and 64 and in paragraphs 1(b) and 2 of article 85 and exemption from aliens' registration obligations.

2. Members of the administrative and technical staff of the delegation shall, if they are not nationals of or permanently resident in the host State, enjoy the privileges and immunities specified in articles 58, 59, 60, 62, 63 and 64. They shall also enjoy the privileges specified in paragraph 1(b) of article 65 in respect of articles imported in their personal baggage at the time of their first entry into the territory of the host State for the purpose of attending the meeting of the organ or conference. Members of the family of a member of the administrative and technical staff who accompany him shall, if they are not nationals of or permanently resident in the host State, enjoy the privileges and immunities specified in articles 58, 60 and 64 and in paragraph 1(b) of article 65 to the extent accorded to such a member of the staff.

3. Members of the service staff of the delegation who are not nationals of or permanently resident in the host State shall enjoy the same immunity in respect of acts performed in the course of their duties as is accorded to members of the administrative and technical staff of the delegation, exemption from dues and taxes on the emoluments they receive by reason of their employment and the exemption specified in article 62.

4. Private staff of members of the delegation shall, if they are not nationals of or permanently resident in the host State, be exempt from dues and taxes on the emoluments they receive by reason of their employment. In other respects, they may enjoy privileges and immunities only to the extent admitted by the host State. However, the host State must exercise its jurisdiction over those persons in such a manner as not to interfere unduly with the performance of the tasks of the delegation.

Article 67

Nationals and permanent residents of the host State

1. Except in so far as additional privileges and immunities may be granted by the host State the head of delegation or any other delegate or member of the diplomatic staff of the delegation who is a national of or permanently resident in that State shall enjoy only immunity from jurisdiction and inviolability in respect of official acts performed in the exercise of his functions.

2. Other members of the staff of the delegation and persons on the private staff who are nationals of or permanently resident in the host State shall enjoy privileges and immunities only to the extent admitted by the host State. However, the host State must exercise its jurisdiction over those members and persons in such a manner as not to interfere unduly with the performance of the tasks of the delegation.

Article 68

Duration of privileges and immunities

1. Every person entitled to privileges and immunities shall enjoy them from the moment he enters the territory of the host State for the purpose of attending the meeting of an organ or conference or, if already in its territory, from the moment when his appointment is notified to the host State by the Organization, by the conference or by the sending State.

2. When the functions of a person enjoying privileges and immunities have come to an end, such privileges and im-

munities shall normally cease at the moment when he leaves the territory, or on the expiry of a reasonable period in which to do so. However, with respect to acts performed by such a person in the exercise of his functions as a member of the delegation, immunity shall continue to subsist.

3. In the event of the death of a member of the delegation, the members of his family shall continue to enjoy the privileges and immunities to which they are entitled until the expiry of a reasonable period in which to leave the territory.

4. In the event of the death of a member of the delegation not a national of or permanently resident in the host State or of a member of his family accompanying him, the host State shall permit the withdrawal of the movable property of the deceased, with the exception of any property acquired in the territory the export of which was prohibited at the time of his death. Estate, succession and inheritance duties shall not be levied on movable property which is in the host State solely because of the presence there of the deceased as a member of the delegation or of the family of a member of the delegation.

Article 69

End of functions

The functions of the head of delegation or of any other delegate or member of the diplomatic staff of the delegation shall come to an end, *inter alia*:

- (a) on notification of their termination by the sending State to the Organization or the conference;
- (b) upon the conclusion of the meeting of the organ or the conference.

Article 70

Protection of premises, property and archives

1. When the meeting of an organ or a conference comes to an end, the host State must respect and protect the premises of the delegation so long as they are used by it, as well as the property and archives of the delegation. The sending State must take all appropriate measures to terminate this special duty of the host State as soon as possible.

2. The host State, if requested by the sending State, shall grant the latter facilities for removing the property and the archives of the delegation from the territory of the host State.

PART IV

OBSERVER DELEGATIONS TO ORGANS AND TO CONFERENCES

Article 71

Sending of observer delegations

A State may send an observer delegation to an organ or to a conference in accordance with the rules of the Organization.

Article 72

General provision concerning observer delegations

All the provisions of articles 43 to 70 of the present Convention shall apply to observer delegations.

PART V

GENERAL PROVISIONS

Article 73

Nationality of the members of the mission, the delegation or the observer delegation

1. The head of mission and members of the diplomatic staff of the mission, the head of delegation, other delegates and members of the diplomatic staff of the delegation, the head

of the observer delegation, other observer delegates and members of the diplomatic staff of the observer delegation should in principle be of the nationality of the sending State.

2. The head of mission and members of the diplomatic staff of the mission may not be appointed from among persons having the nationality of the host State except with the consent of that State, which may be withdrawn at any time.

3. Where the head of delegation, any other delegate or any member of the diplomatic staff of the delegation or the head of the observer delegation, any other observer delegate or any member of the diplomatic staff of the observer delegation is appointed from among persons having the nationality of the host State, the consent of that State shall be assumed if it has been notified of such appointment of a national of the host State and has made no objection.

Article 74

Laws concerning acquisition of nationality

Members of the mission, the delegation or the observer delegation not being nationals of the host State, and members of their families forming part of their household or, as the case may be, accompanying them, shall not, solely by the operation of the law of the host State, acquire the nationality of that State.

Article 75

Privileges and immunities in case of multiple functions

When members of the permanent diplomatic mission or of a consular post in the host State are included in a mission, a delegation or an observer delegation, they shall retain their privileges and immunities as members of their permanent diplomatic mission or consular post in addition to the privileges and immunities accorded by the present Convention.

Article 76

Co-operation between sending States and host States

Whenever necessary and to the extent compatible with the independent exercise of the functions of the mission, the delegation or the observer delegation, the sending State shall co-operate as fully as possible with the host State in the conduct of any investigation or prosecution carried out pursuant to the provisions of articles 23, 28, 29 and 58.

Article 77

Respect for the laws and regulations of the host State

1. Without prejudice to their privileges and immunities, it is the duty of all persons enjoying such privileges and immunities to respect the laws and regulations of the host State. They also have a duty not to interfere in the internal affairs of that State.

2. In case of grave and manifest violation of the criminal law of the host State by a person enjoying immunity from jurisdiction, the sending State shall, unless it waives the immunity of the person concerned, recall him, terminate his functions with the mission, the delegation or the observer delegation or secure his departure, as appropriate. The sending State shall take the same action in case of grave and manifest interference in the internal affairs of the host State. The provisions of this paragraph shall not apply in the case of any act that the person concerned performed in carrying out the functions of the mission or the tasks of the delegation or of the observer delegation.

3. The premises of the mission and the premises of the delegation shall not be used in any manner incompatible with the exercise of the functions of the mission or the performance of the tasks of the delegation.

4. Nothing in this article shall be construed as prohibiting the host State from taking such measures as are necessary for its own protection. In that event the host State shall,

without prejudice to articles 84 and 85, consult the sending State in an appropriate manner in order to ensure that such measures do not interfere with the normal functioning of the mission, the delegation or the observer delegation.

5. The measures provided for in paragraph 4 of this article shall be taken with the approval of the Minister for Foreign Affairs or of any other competent minister in conformity with the constitutional rules of the host State.

Article 78

Insurance against third party risks

The members of the mission, of the delegation or of the observer delegation shall comply with all obligations under the laws and regulations of the host State relating to third-party liability insurance for any vehicle, vessel or aircraft used or owned by them.

Article 79

Entry into the territory of the host State

1. The host State shall permit entry into its territory of:

- (a) members of the mission and members of their families forming part of their respective households, and
- (b) members of the delegation and members of their families accompanying them, and
- (c) members of the observer delegation and members of their families accompanying them.

2. Visas, when required, shall be granted as promptly as possible to any person referred to in paragraph 1 of this article.

Article 80

Facilities for departure

The host State shall, if requested, grant facilities to enable persons enjoying privileges and immunities, other than nationals of the host State, and members of the families of such persons irrespective of their nationality, to leave its territory.

Article 81

Transit through the territory of a third State

1. If a head of mission or a member of the diplomatic staff of the mission, a head of delegation, other delegate or member of the diplomatic staff of the delegation, a head of an observer delegation, other observer delegate or member of the diplomatic staff of the observer delegation passes through or is in the territory of a third State which has granted him a passport visa if such visa was necessary, while proceedings to take up or to resume his functions, or when returning to his own country, the third State shall accord him inviolability and such other immunities as may be required to ensure his transit.

2. The provisions of paragraph 1 of this article shall also apply in the case of:

- (a) members of the family of the head of mission or of a member of the diplomatic staff of the mission forming part of his household and enjoying privileges and immunities, whether travelling with him or travelling separately to join him or to return to their country;
- (b) members of the family of the head of delegation, of any other delegate or member of the diplomatic staff of the delegation who are accompanying him and enjoy privileges and immunities, whether travelling with him or travelling separately to join him or to return to their country;
- (c) members of the family of the head of the observer delegation, of any other observer delegate or member of the diplomatic staff of the observer delegation, who are accompanying him and enjoy privileges and immunities, whether travelling with him or travelling separately to join him or to return to their country.

3. In circumstances similar to those specified in paragraphs 1 and 2 of this article, third States shall not hinder the passage of members of the administrative and technical or service staff, and of members of their families, through their territories.

4. Third States shall accord to official correspondence and other official communications in transit, including messages in code or cipher, the same freedom and protection as the host State is bound to accord under the present Convention. They shall accord to the couriers of the mission, of the delegation or of the observer delegation, who have been granted a passport visa if such visa was necessary, and to the bags of the mission, of the delegation or of the observer delegation in transit the same inviolability and protection as the host State is bound to accord under the present Convention.

5. The obligations of third States under paragraphs 1, 2, 3 and 4 of this article shall also apply to the persons mentioned respectively in those paragraphs, and to the official communications and bags of the mission, of the delegation or of the observer delegation when they are present in the territory of the third State owing to force majeure.

Article 82

Non-recognition of States or governments or absence of diplomatic or consular relations

1. The rights and obligations of the host State and of the sending State under the present Convention shall be affected neither by the non-recognition by one of those States of the other States or of its government nor by the non-existence or the severance of diplomatic or consular relations between them.

2. The establishment or maintenance of a mission, the sending or attendance of a delegation or of an observer delegation or any act in application of the present Convention shall not by itself imply recognition by the sending State of the host State or its government or by the host State of the sending State or its government.

Article 83

Non-discrimination

In the application of the provisions of the present Convention no discrimination shall be made as between States.

Article 84

Consultations

If a dispute between two or more States Parties arises out of the application or interpretation of the present Convention, consultations between them shall be held upon the request of any of them. At the request of any of the parties to the dispute, the Organization or the conference shall be invited to join in the consultations.

Article 85

Conciliation

1. If the dispute is not disposed of as a result of the consultations referred to in article 84 within one month from the date of their inception, any State participating in the consultations may bring the dispute before a conciliation commission constituted in accordance with the provisions of this article by giving written notice to the Organization and to the other States participating in the consultations.

2. Each conciliation commission shall be composed of three members: two members who shall be appointed respectively by each of the parties to the dispute, and a Chairman appointed in accordance with paragraph 3 of this article. Each State Party to the present Convention shall designate in advance a person to serve as a member of such a commission.

It shall notify the designation to the Organization, which shall maintain a register of persons so designated. If it does not make the designation in advance, it may do so during the conciliation procedure up to the moment at which the Commission begins to draft the report which it is to prepare in accordance with paragraph 7 of this article.

3. The Chairman of the Commission shall be chosen by the other two members. If the other two members are unable to agree within one month from the notice referred to in paragraph 1 of this article or if one of the parties to the dispute has not availed itself of its right to designate a member of the Commission, the Chairman shall be designated at the request of one of the parties to the dispute by the chief administrative officer of the Organization. The appointment shall be made within a period of one month from such request. The chief administrative officer of the Organization shall appoint as the Chairman a qualified jurist who is neither an official of the Organization nor a national of any State party to the dispute.

4. Any vacancy shall be filled in the manner prescribed for the initial appointment.

5. The Commission shall function as soon as the Chairman has been appointed even if its composition is incomplete.

6. The Commission shall establish its own rules of procedure and shall reach its decisions and recommendations by a majority vote. It may recommend to the Organization, if the Organization is so authorized in accordance with the Charter of the United Nations, to request an advisory opinion from the International Court of Justice regarding the application or interpretation of the present Convention.

7. If the Commission is unable to obtain an agreement among the parties to the dispute on a settlement of the dispute within two months from the appointment of its Chairman, it shall prepare as soon as possible a report of its proceedings and transmit it to the parties to the dispute. The report shall include the Commission's conclusions upon the facts and questions of law and the recommendations which it has submitted to the parties to the dispute in order to facilitate a settlement of the dispute. The two months time limit may be extended by decision of the Commission. The recommendations in the report of the Commission shall not be binding on the parties to the dispute unless all the parties to the dispute have accepted them. Nevertheless, any party to the dispute may declare unilaterally that it will abide by the recommendations in the report so far as it is concerned.

8. Nothing in the preceding paragraphs of this article shall preclude the establishment of any other appropriate procedure for the settlement of disputes arising out of the application or interpretation of the present Convention or the conclusion of any agreement between the parties to the dispute to submit the dispute to a procedure instituted in the Organization or to any other procedure.

9. This article is without prejudice to provisions concerning the settlement of disputes contained in international agreements in force between States or between States and international organizations.

PART VI FINAL CLAUSES

Article 86 Signature

The present Convention shall be open for signature by all States until 30 September 1975 at the Federal Ministry for Foreign Affairs of the Republic of Austria and subsequently, until 30 March 1976, at United Nations Headquarters in New York.

Article 87

Ratification

The present Convention is subject to ratification. The instruments of ratification shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations.

Article 88

Accession

The present Convention shall remain open for accession by any State. The instruments of accession shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations.

Article 89

Entry into force

1. The present Convention shall enter into force on the thirtieth day following the date of deposit of the thirty-fifth instrument of ratification or accession.

2. For each State ratifying or acceding to the Convention after the deposit of the thirty-fifth instrument of ratification or accession, the Convention shall enter into force on the thirtieth day after the deposit by such State of its instrument of ratification or accession.

Article 90

Implementation by organizations

After the entry into force of the present Convention, the competent organ of an international organization of a universal character may adopt a decision to implement the relevant provisions of the Convention. The Organization shall communicate the decision to the host State and to the depositary of the Convention.

Article 91

Notifications by the depositary

1. As depositary of the present Convention, the Secretary-General of the United Nations shall inform all States

- (a) of signatures to the Convention and of the deposit of instruments of ratification or accession, in accordance with articles 86, 87 and 88;
- (b) of the date on which the Convention will enter into force, in accordance with article 89;
- (c) of any decision communicated in accordance with article 90.

2. The Secretary-General of the United Nations shall also inform all States, as necessary, of other acts, notifications or communications relating to the present Convention.

Article 92

Authentic texts

The original of the present Convention, of which the Chinese, English, French, Russian and Spanish texts are equally authentic, shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations, who shall send certified copies thereof to all States.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned Plenipotentiaries, being duly authorized thereto by their respective Governments, have signed the present Convention.

DONE AT VIENNA, this fourteenth day of March, one thousand nine hundred and seventy-five.

Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des Abkommens über die gegenseitige Anerkennung
von Urheberscheinen und anderen Schutzdokumenten
für Erfindungen vom 18. Dezember 1976
vom 29. Juli 1977

Das mehrseitige „Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Urheberscheinen und anderen Schutzdokumenten für Erfindungen“ wurde am 18. Dezember 1976 in Havanna durch den Vertreter der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik unterzeichnet.

Das Abkommen tritt entsprechend seinem Artikel 18 am 13. August 1977 zwischen der DDR, der UdSSR und der VRB in Kraft.

Das Abkommen wird in den Beziehungen zur UVR am 28. September 1977 und zur MVR am 27. September 1977 in Kraft treten.

Das Inkrafttreten des Abkommens in den Beziehungen zu weiteren Staaten entsprechend seinen Artikeln 18 und 19 wird bekanntgegeben.

Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 29. Juli 1977

Der Leiter
des Sekretariats des Ministerrates
Dr. Kleinert
Staatssekretär

(Übersetzung)

Abkommen
über die gegenseitige Anerkennung
von Urheberscheinen und anderen Schutzdokumenten
für Erfindungen

Die Regierungen der Teilnehmerländer des vorliegenden Abkommens haben,

geleitet von dem Wunsche, zur Entwicklung der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit und zur schrittweisen Annäherung und Angleichung des ökonomischen Entwicklungsniveaus der Abkommensländer beizutragen,

in dem Bestreben, die umfassendste und schnellstmögliche Nutzung von Erfindungen, die in einem der Abkommensländer entstanden sind, in anderen Abkommensländern zu gewährleisten,

in der Absicht, auf bestmögliche Weise die Rechte zu sichern, die auf der Grundlage der Schaffung und umfassenden Nutzung von Erfindungen in den Abkommensländern entstehen,

in dem Wunsche, keine Doppelarbeit bei der Prüfung von Erfindungsanmeldungen, die von den Ämtern für Erfindungswesen der Abkommensländer durchgeführt wird, zuzulassen,

beschlossen, das vorliegende Abkommen abzuschließen und folgendes vereinbart:

Artikel 1

Das vorliegende Abkommen regelt die Bedingungen, das Verfahren und die Rechtsfolgen der gegenseitigen Anerkennung von Urheberscheinen, Patenten und anderen Schutzdokumenten (im weiteren „Schutzdokumente“ genannt) für Erfindungen, die in den Abkommensländern entstanden sind.

Artikel 2

(1) Die Anerkennung des Schutzdokumentes besteht darin, daß es durch Anerkennungsbeschluß in dem Abkommensland, in dem die Veröffentlichung über die vollständige oder teil-

weise Anerkennung des Schutzdokumentes gemäß Artikel 8 dieses Abkommens erfolgte, entsprechend der nationalen Gesetzgebung so wirkt, als wäre es in diesem Land erteilt worden.

(2) Das Amt für Erfindungswesen des Landes, in dem das Schutzdokument anerkannt wurde, übermittelt dem Anmel-der über das kompetente Organ des Ursprungslandes der Erfindung ein Dokument, das die Anerkennung bestätigt.

Artikel 3

(1) Der Antrag auf Anerkennung des Schutzdokumentes wird vom Ursprungsland der Erfindung in sämtlichen oder lediglich in einigen Abkommensländern eingereicht.

(2) Der eingegangene Antrag hat die Wirkung einer vorschrittsmäßig erfolgten Erfindungsanmeldung. Die Priorität der Erfindung bleibt erhalten, wenn der Antrag im Verlaufe von 12 Monaten gestellt wird, gerechnet vom Datum der Einreichung einer vorschrittsmäßigen Erstanmeldung in einem der Abkommensländer.

(3) Erfindungen, für welche Anträge gestellt werden, müssen den Schutzkriterien entsprechen, die die Gesetzgebung des Landes vorsieht, in dem der Antrag eingereicht wird, und das Schutzobjekt oder eines der Schutzobjekte dürfen nicht von den nach der Gesetzgebung dieses Landes schutzfähigen Objekten ausgeschlossen sein.

(4) Die Anerkennung des Schutzdokumentes in den Abkommensländern erfolgt nach Eingang der Benachrichtigung, daß der Beschluß über die Erteilung des Schutzdokumentes für diese Erfindung nach vollständiger Prüfung gefaßt wurde. Diese Benachrichtigung ist innerhalb von 3 Monaten, gerechnet vom Datum der Beschlußfassung über die Erteilung des Schutzdokumentes, jedoch nicht später als 2½ Jahre, gerechnet vom Datum der Einreichung des Antrages auf Anerken-

nung dieses Schutzdokumentes, zu übermitteln. Bei Beantragung der Anerkennung eines Schutzdokumentes in Form eines Urheberscheines ist die Benachrichtigung vom Amt für Erfindungswesen des Ursprungslandes der Erfindung zu übermitteln; wird die Anerkennung des Schutzdokumentes in Form eines Patentes beantragt, hat die Benachrichtigung vom Anmelder über seinen Vertreter in dem Lande, in dem die Anerkennung beantragt wird, zu erfolgen.

(5) Der Antrag muß mindestens enthalten:

das Datum der Einreichung der Anmeldung beim Amt für Erfindungswesen des Ursprungslandes der Erfindung unter Angabe der Ausstellungs- oder Verbandspriorität, sofern solche Prioritäten beansprucht werden, das Aktenzeichen der Anmeldung, den Familiennamen und Vornamen des Erfinders, die Klassifikationsangaben der Anmeldung (nach der Internationalen Patentklassifikation), die Beschreibung der Erfindung, die Zusammenfassung der Erfindungsbeschreibung und den Erfindungsanspruch.

(6) Nach zweiseitiger Vereinbarung zwischen den Ämtern für Erfindungswesen der Abkommensländer oder auf Anforderung der Ämter für Erfindungswesen der Länder, in denen die Anerkennung des Schutzdokumentes beantragt wird, sind zusätzlich zum Antrag, den dieser Artikel vorsieht, die Unterlagen der erfolgten Prüfung der Erfindung und die Aufstellung der Länder zu übermitteln, in denen die Anerkennung des Schutzdokumentes beantragt wird.

Artikel 4

(1) In den Abkommensländern, in denen es nach der nationalen Gesetzgebung mehrere Schutzformen für Erfindungen gibt, wird der Schutz auf der Grundlage der Anerkennung der Schutzdokumente in der vom Anmelder gewählten Form gewährt.

(2) Wird die Anerkennung des Schutzdokumentes in Form eines Urheberscheines beantragt, ist der Antrag vom Anmelder über das kompetente Organ des Ursprungslandes der Erfindung direkt beim Amt für Erfindungswesen des Abkommenslandes, in dem die Anerkennung des Schutzdokumentes beantragt wird, einzureichen, ohne daß eine Gebühr zu entrichten ist.

(3) Wird die Anerkennung des Schutzdokumentes in Form eines Patentes beantragt, hat der Anmelder zur Erlangung der Anerkennung und ihrer Aufrechterhaltung einen Vertreter in dem Land in Anspruch zu nehmen, in dem die Anerkennung beantragt wird, und Gebühren entsprechend der nationalen Gesetzgebung dieses Landes zu zahlen.

Artikel 5

(1) Das Amt für Erfindungswesen des Abkommenslandes, das einen Antrag auf Anerkennung eines Schutzdokumentes erhalten hat, kann auf eigene Initiative einen Beschluß über die vollständige oder teilweise Nichtanerkennung des Schutzdokumentes in dem Falle fassen, in dem das zu schützende Objekt oder eines der zu schützenden Objekte nach der nationalen Gesetzgebung dieses Abkommenslandes vom Erfindungsschutz ausgeschlossen ist sowie in dem Falle, in dem die Erfindung nicht den Schutzkriterien entspricht, die in der nationalen Gesetzgebung dieses Landes vorgesehen sind. Ein solcher Beschluß wird in der Regel innerhalb eines Jahres, gerechnet vom Datum des Eingangs der Benachrichtigung über die Erteilung des Schutzdokumentes, gefaßt.

(2) Die Bestimmungen des vorliegenden Abkommens schließen nicht aus, daß auf der Grundlage der eingegangenen Anträge eine nachträgliche Prüfung der Erfindungen in vollem Umfang oder anhand der Materialien durchgeführt werden kann, die im Verlaufe der Prüfung, die nach Artikel 3 Absätze 3 und 4 im Ursprungsland durchgeführt wurde, nicht berücksichtigt wurden. Die nachträgliche Prüfung erfolgt in der Regel innerhalb eines Jahres vom Tage des Eingangs der Benachrichtigung über die Erteilung des Schutzdokumentes an gerechnet.

(3) Der Beschluß über die vollständige oder teilweise Nichtanerkennung des Schutzdokumentes ist unverzüglich dem An-

melder über das kompetente Organ des Ursprungslandes der Erfindung nach Artikel 4 Abs. 2 oder über den Vertreter nach Artikel 4 Abs. 3 mitzuteilen. Gegen einen solchen Beschluß kann in der gleichen Weise Beschwerde geführt werden, wie gegen einen Beschluß über die Zurückweisung der Erteilung des Schutzdokumentes zu einer in dem betreffenden Abkommensland nach dessen nationaler Gesetzgebung eingereichten Anmeldung.

Artikel 6

Alle Beschlüsse, die im Zusammenhang mit einem Antrag auf Anerkennung eines Schutzdokumentes gefaßt wurden, sind lediglich auf dem Hoheitsgebiet des Abkommenslandes rechtskräftig, in dem sie gefaßt wurden. Diese Beschlüsse berühren nicht die Wirkung der Schutzdokumente auf dem Territorium der anderen Abkommensländer.

Artikel 7

(1) Im Ursprungsland der Erfindung gefaßte Beschlüsse über die vollständige oder teilweise Nichtigerklärung des Schutzdokumentes, für welches Anträge auf dessen Anerkennung in anderen Abkommensländern gestellt wurden, sind unverzüglich den Ländern mitzuteilen, an die solche Anträge gerichtet wurden.

(2) Die Nichtigerklärung des Schutzdokumentes im Erteilungsland berührt nicht die Wirkung der Beschlüsse über die Anerkennung des Schutzdokumentes in den anderen Abkommensländern. Sie kann jedoch dem im Artikel 5 des vorliegenden Abkommens vorgesehenen Verfahren zugrunde gelegt oder in diesem Verfahren berücksichtigt werden.

Artikel 8

(1) Die Ämter für Erfindungswesen der Abkommensländer werden über die vollständige oder teilweise Anerkennung von Schutzdokumenten Veröffentlichungen vornehmen.

(2) Die Ämter für Erfindungswesen der Abkommensländer sind berechtigt, besondere Veröffentlichungen vorzunehmen, die die eingereichten Anträge sowie die Beschlüsse über die Zurückweisung der Anerkennung von Schutzdokumenten betreffen.

Artikel 9

(1) Jede interessierte Person kann in Übereinstimmung mit der nationalen Gesetzgebung des Abkommenslandes, in dem das Schutzdokument anerkannt wird, Einspruch gegen den Beschluß über die Anerkennung des Schutzdokumentes erheben oder die Nichtigerklärung eines solchen Beschlusses beantragen oder dem Amt für Erfindungswesen dieses Landes die Umstände mitteilen, die der Anerkennung des Schutzdokumentes entgegenstehen.

(2) Die Gründe und die rechtlichen Folgen des Einspruches, des Antrages auf Nichtigerklärung oder der Mitteilung sowie die Verfahrensweise ihrer Prüfung sind dieselben, wie sie von der nationalen Gesetzgebung des Landes, das den Antrag erhalten hat, in bezug auf das Schutzdokument festgelegt sind. Der im Ergebnis der Prüfung eines Einspruches, eines Antrages auf Nichtigerklärung oder einer Mitteilung gefaßte Beschluß ist dem Anmelder über das kompetente Organ des Ursprungslandes der Erfindung nach Artikel 4 Abs. 2 oder über den Vertreter nach Artikel 4 Abs. 3 mitzuteilen.

Artikel 10

Die Ämter für Erfindungswesen der Abkommensländer nehmen Veröffentlichungen zu den Beschlüssen vor, die im Ergebnis der Prüfung von Einsprüchen gegen Beschlüsse über die Anerkennung von Schutzdokumenten, von Anträgen auf Nichtigerklärung solcher Beschlüsse oder von Mitteilungen über die der Anerkennung des Schutzdokumentes entgegenstehenden Umstände getroffen wurden. Die Form solcher Veröffentlichungen wird von jedem Abkommensland festgelegt.

Artikel 11

Durch das vorliegende Abkommen werden die zwischen den Abkommensländern geltenden Bedingungen der Übergabe wissenschaftlich-technischer Ergebnisse nicht berührt, wenn zusammen mit der Erfindung technisch-organisatorische Er-

fahrungen zur Benutzung dieser Erfindung, die der Inhaber des Schutzdokumentes besitzt, übergeben werden.

Artikel 12

(1) Bei der Benutzung von Erfindungen, für welche die Schutzdokumente in den Abkommensländern in Form von Urheberscheinen anerkannt wurden, wird die Erfindervergütung von den entsprechenden Organisationen der Länder, in denen diese Erfindungen benutzt werden, nach deren nationalen Gesetzgebung berechnet.

(2) Die Benutzung von Erfindungen, für welche die Schutzdokumente in den Abkommensländern in Form von Patenten anerkannt wurden, erfolgt durch die interessierten Seiten auf der Grundlage zweiseitiger Verträge. Die Erfindervergütung wird von den Organisationen der Länder, in denen diese Erfindungen benutzt werden, nach deren nationalen Gesetzgebung berechnet, sofern in den genannten Verträgen über die Benutzung dieser Erfindungen keine Zahlungen an den Patentinhaber für ihre Benutzung vorgesehen sind.

Artikel 13

Auf der Grundlage zweiseitiger Vereinbarungen zwischen den Ämtern für Erfindungswesen der Abkommensländer können die Gebiete der Technik nach der internationalen Patentklassifikation festgelegt werden, für die vorzugsweise Anträge auf Anerkennung der Schutzdokumente gestellt werden sollten. Für Erfindungen, die sich nicht auf die Gebiete der Technik beziehen, die Gegenstand dieser Vereinbarungen waren, können Anträge nach Ermessen der Anmelder gestellt werden.

Artikel 14

Das vorliegende Abkommen schließt nicht die Möglichkeit aus, Rechtsschutz für Erfindungen nach der nationalen Gesetzgebung der Abkommensländer zu beantragen.

Artikel 15

(1) Die nach dem vorliegenden Abkommen von einem Abkommensland an das andere zu übermittelnden Dokumente sind in russischer Sprache, wenn die Anerkennung des Schutzdokumentes in Form eines Urheberscheines beantragt wird, oder in der offiziellen Sprache des Landes, in dem die Anerkennung des Schutzdokumentes in Form eines Patentbeschlusses beantragt wird, oder aber in zweiseitig zwischen den Ämtern für Erfindungswesen der Abkommensländer vereinbarten anderen Sprachen einzureichen.

(2) Die Richtigkeit der Übersetzung der Erfindungsbeschreibung, einschließlich des Erfindungsanspruches, wird, wenn die Anerkennung des Schutzdokumentes in Form eines Urheberscheines beantragt wird, vom kompetenten Organ des Ursprungslandes der Erfindung beglaubigt. Wird die Anerkennung des Schutzdokumentes in Form eines Patentbeschlusses beantragt, hat der Anmelder die Richtigkeit der Übersetzung der Erfindungsbeschreibung einschließlich des Erfindungsanspruches nach der Gesetzgebung des Landes beglaubigen zu lassen, in dem die Anerkennung beantragt wird.

Artikel 16

Bei der Unterzeichnung des vorliegenden Abkommens oder bei der Übergabe des Dokumentes über seine Ratifizierung, Bestätigung, Annahme oder beim Beitritt zu diesem teilt jedes Abkommensland durch Benachrichtigung des Depositärs mit, welche seiner nationalen Schutzdokumente Schutzdokumente im Sinne des Artikels 1 des vorliegenden Abkommens sind und bezüglich derer es Anträge auf Anerkennung stellen wird sowie welche seiner nationalen Dokumente den einzelnen Schutzformen entsprechen, die im Artikel 4 des vorliegenden Abkommens vorgesehen sind. Die Abkommensländer teilen ebenso mit, welche Organe kompetente Organe im Sinne des vorliegenden Abkommens sind. Ähnliche Benachrichtigungen werden bei einer späteren Änderung der nationalen Gesetzgebung vorgenommen.

Artikel 17

Gleichzeitig mit der Unterzeichnung des vorliegenden Abkommens werden die Leiter der Ämter für Erfindungswesen

der Abkommensländer, die dieses Abkommen unterzeichnet haben, gemeinsam die Regeln zur Anwendung des Abkommens bestätigen, die gleichzeitig mit dem vorliegenden Abkommen in Kraft treten. Diese Regeln legen insbesondere fest:

- a) die im vorliegenden Abkommen vorgesehenen Formblätter für den Antrag und die Benachrichtigung;
- b) die Vorschriften für die Abfassung der Erfindungsbeschreibung, des Erfindungsanspruches und der Zusammenfassung der Erfindungsbeschreibung;
- c) das Verfahren für die Übermittlung des Antrages sowie der anderen Dokumente, die in Übereinstimmung mit dem vorliegenden Abkommen zu übermitteln sind;
- d) andere juristische und technische Normen, die für die praktische Durchführung des vorliegenden Abkommens erforderlich sind.

Artikel 18

(1) Das vorliegende Abkommen tritt 90 Tage entweder nach dem Tag der Unterzeichnung des Abkommens durch drei Länder ohne Vorbehalt der nachfolgenden Ratifizierung, Bestätigung oder Annahme oder nach dem Tag in Kraft, an dem der Depositär das Dokument über die Ratifizierung, Bestätigung oder Annahme des Abkommens von dem dritten Land erhalten hat, wobei in den drei Ländern auch die Länder inbegriffen sind, die das Abkommen ohne Vorbehalt unterzeichnet haben.

(2) Für Länder, die beim Depositär ihre Dokumente über die Ratifizierung, Bestätigung oder Annahme nach Inkrafttreten des vorliegenden Abkommens hinterlegen, tritt es 90 Tage nach dem Tage der Hinterlegung eines solchen Dokumentes beim Depositär in Kraft.

(3) Die Funktionen des Depositärs des vorliegenden Abkommens werden vom Sekretariat des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe ausgeübt.

Artikel 19

(1) Dem vorliegenden Abkommen können nach dessen Inkrafttreten bei Zustimmung der Abkommensländer andere Länder durch Hinterlegung der Beitrittsdokumente an den Depositär beitreten.

(2) Das Abkommen wird für das beigetretene Land nach Ablauf von 90 Tagen von dem Tage an wirksam, an dem der Depositär die letzte Zustimmungserklärung zum Beitritt erhalten hat.

Artikel 20

(1) Das vorliegende Abkommen wird für die Dauer von 5 Jahren vom Tage seines Inkrafttretens an gerechnet abgeschlossen. Nach Ablauf dieser Frist verlängert sich das Abkommen automatisch jeweils um weitere 5 Jahre. Jedes Abkommensland kann durch schriftliche Mitteilung an den Depositär 6 Monate vor Ablauf der laufenden Geltungsdauer des Abkommens dasselbe kündigen.

(2) Im Falle des Außerkrafttretens des vorliegenden Abkommens finden seine Bestimmungen auf den Rechtsschutz der Erfindungen Anwendung, der auf der Grundlage und während der Geltungsdauer des vorliegenden Abkommens erworben wurde.

Artikel 21

(1) Das vorliegende Abkommen kann nur mit Zustimmung aller Abkommensländer geändert werden. Änderungsvorschläge können von jedem Abkommensland eingebracht werden. Diese Vorschläge sind dem Depositär zu übermitteln.

(2) Die Regeln für die Anwendung des vorliegenden Abkommens können mit Zustimmung der Leiter der Ämter für Erfindungswesen aller Abkommensländer geändert werden.

Artikel 22

Der Depositär des vorliegenden Abkommens läßt dieses Abkommen beim Sekretariat der Organisation der Vereinten Nationen in Übereinstimmung mit Artikel 102 der UN-Charta registrieren.

Artikel 23

Der Depositär übersendet allen Abkommensländern beglaubigte Kopien des vorliegenden Abkommens und unterrichtet sie über das Datum des Inkrafttretens des Abkommens, über erhaltene Benachrichtigungen über die Ratifizierung, Bestätigung oder Annahme des Abkommens, über den Beitritt zum Abkommen, über Kündigungen sowie über sämtliche andere eingegangenen Mitteilungen.

Geschehen in Havanna am 18. Dezember 1976, in einem Exemplar in russischer Sprache.

Regeln

zur Anwendung des Abkommens
über die gegenseitige Anerkennung von Urheberscheinen
und anderen Schutzdokumenten für Erfindungen

1. Der Antrag nach Absatz 1 von Artikel 3 des Abkommens über die gegenseitige Anerkennung von Urheberscheinen und anderen Schutzdokumenten für Erfindungen (im weiteren „Abkommen“ genannt) ist entsprechend dem beigefügten Formblatt auszufertigen (Anlage 1).

2. Der Antrag ist in zweifacher Ausfertigung einzureichen.

3. An das kompetente Organ der Ursprungsländer der Erfindung, das den Antrag gestellt hat, übersendet das Amt für Erfindungswesen des Landes, in welchem die Anerkennung des Schutzdokumentes beantragt wird, eine Benachrichtigung über den Eingang des Antrages entsprechend der nationalen Gesetzgebung.

4. Der Antrag kann jederzeit durch Übermittlung einer Zurückziehungserklärung an das Amt für Erfindungswesen des Landes zurückgezogen werden, in welchem die Anerkennung des Schutzdokumentes beantragt wird, mit Ausnahme des Falles, wenn gemäß Artikel 8 des Abkommens eine Veröffentlichung erfolgt.

5. Die Beschreibung der Erfindung muß folgendem Aufbau entsprechen:

- a) Titel der Erfindung und Klasse der Internationalen Patentklassifikation, zu der sie nach Ansicht des Anmelders gehört. Der Titel der Erfindung muß vollständig mit dem Titel übereinstimmen, der im Antrag genannt ist;
- b) Gebiet der Technik, auf das sich die Erfindung bezieht, und Angaben über die Objekte, in denen ihre Anwendung möglich und zweckmäßig ist;
- c) Charakteristik der bekannten technischen Lösungen mit dem Hinweis auf ihre Mängel, die durch die Erfindung beseitigt werden; die nützlichen Effekte, die bei der Anwendung der Erfindung im Vergleich zu den bereits bekannten Lösungen erreicht werden; hier sind auch die Informationsquellen anzugeben, in denen die bekannten technischen Lösungen beschrieben sind;
- d) Darlegung des Wesens der Erfindung, die mit dem Hinweis auf die Aufgabe beginnen muß, die die Erfindung löst.

Die Beschreibung der Erfindung, die im Anspruch charakterisiert wird, soll so ausführlich erfolgen, daß es möglich ist, das Wesen der Erfindung zu erkennen und sie zu realisieren. Im Falle der Illustration der Erfindung durch Zeichnungen ist ein Verzeichnis der einzelnen Figuren mit einer kurzen Erläuterung jeder Figur beizufügen.

Entsprechend dem Charakter der Erfindung sind bei ihrer Beschreibung folgende Erfordernisse einzuhalten:

- eine Vorrichtung muß im statischen Zustand und danach in Funktion beschrieben werden;
- die Beschreibung eines Verfahrens muß die Aufzählung der Verfahrensschritte (Operationen) und einen Hinweis auf die Reihenfolge, die Bedingungen (Temperatur, Druck u. ä.) für die Realisierung dieser Verfahrensschritte beinhalten;

— die Beschreibung eines Stoffes muß dessen Charakteristik und eine Aufzählung der Bestandteile (Stoffzusammensetzung) beinhalten sowie die Grenzen der prozentualen Anteile der Bestandteile (von ... bis ...), in denen sie in den Stoff eingehen. Weiterhin sind der physikalische Zustand und die Qualität dieser Bestandteile in der Ausgangsform sowie der Nachweis der Struktur und der Eigenschaften des hergestellten Stoffes anzugeben;

e) die Ausführungsbeispiele der Erfindung. Es sind die nach Ansicht des Anmelders günstigste Form der Realisierung, spezielle Anwendungsmöglichkeiten sowie deren spezifische Vorteile darzulegen. Die Anzahl und die Art der Beispiele sind so auszuwählen, daß sie hinreichend den gesamten Umfang der Erfindung erfassen;

f) wenn aus der Beschreibung oder aus dem Charakter der Erfindung nicht hervorgeht, auf welche Weise die Erfindung in der Industrie genutzt werden kann, ist das gesondert anzugeben.

Es empfiehlt sich, in der Beschreibung der Erfindung die Reihenfolge der vorgenannten Punkte einzuhalten und jedem Teil der Beschreibung eine entsprechende Überschrift voranzustellen.

6.1. Der Erfindungsanspruch (im weiteren „Anspruch“ genannt) muß mit dem Titel der Erfindung beginnen, der im Antrag und in der Beschreibung genannt ist, und sich vollständig auf die Beschreibung der Erfindung stützen.

6.2. Der Anspruch kann aus einem Punkt (eingliedriger Anspruch) oder aus mehreren Punkten (mehrgliedriger Anspruch) bestehen und muß den folgenden Erfordernissen entsprechen:

- a) alle Punkte des Anspruchs müssen aus einem Oberbegriff und einem kennzeichnenden Teil bestehen, die miteinander durch „gekennzeichnet dadurch, daß ...“ verbunden sind;
- b) der Oberbegriff des ersten (Haupt-) Punktes des Anspruchs muß den Titel der Erfindung und ihre bekanntesten Merkmale beinhalten, die sie mit der nächstliegenden vorangehenden technischen Lösung gemein hat;
- c) wenn die Erfindung keine Merkmale besitzt, die sie mit der vorangehenden Lösung gemein hat, ist im Oberbegriff nur der Titel der Erfindung anzugeben;
- d) die ergänzenden Punkte eines mehrgliedrigen Anspruchs gestalten die Gesamtheit der Merkmale, die im kennzeichnenden Teil des Hauptpunktes genannt sind, unmittelbar weiter aus und/oder mittelbar durch Ausgestaltung vorangehender ergänzender Punkte;
- e) der Oberbegriff der ergänzenden Punkte enthält nur den Titel der Erfindung in vollständiger oder gekürzter Form;
- f) in den Fällen, in denen die Anmeldung mehrere Erfindungen enthält, die sich auf verschiedene Kategorien beziehen (Stoff, Verfahren, Vorrichtung), werden die Merkmale dieser Erfindung in Hauptpunkten des Anspruchs dargelegt;
- g) die Hauptpunkte der einzelnen Erfindungen werden in der Reihenfolge dargelegt, die dem Titel der Erfindung entspricht; die ergänzenden Punkte des Anspruchs der einzelnen Erfindungen werden in Unterordnung zu jeder Erfindung angeführt;
- h) die Punkte des Anspruchs sind in der Reihenfolge mit arabischen Ziffern zu numerieren;
- i) die Ansprüche dürfen keine Hinweise auf die Beschreibung oder die Zeichnungen enthalten, ausgenommen die Fälle, in denen dies entsprechend dem Charakter der Erfindung erforderlich ist;
- j) wenn die Anmeldung Zeichnungen enthält, so können im Anspruch nach den einzelnen Unterscheidungsmerkmalen Bezugszeichen, die auf die einzelnen Teile der Zeichnungen entsprechend diesen Merkmalen verweisen, angeführt werden, wenn dies das Verständnis des Anspruchs erleichtert; werden Bezugszeichen verwendet, sollten diese in Klammern gesetzt werden.

7.1. Die Zeichnungen dürfen keinerlei Aufschriften, Erläuterungen und dergleichen enthalten. Zur Erleichterung des Verständnisses der zeichnerischen Darstellung sind in Ausnahmefällen kurze Erläuterungen, z. B. „Wasser“, „Dampf“, „geöffnet“, „geschlossen“, „Schnitt durch A-B“ gestattet. Elektrische Schaltungen, Blockschemata oder technologische Schemata können mehrere kurze Stichworte enthalten, die für das Verständnis erforderlich sind.

7.2. Zeichnungen sind mit nicht verwischbaren schwarzen Linien von gleichmäßiger Stärke und guter Deutlichkeit ohne Färbungen auszuführen.

7.3. Querschnitte sind durch Schraffierungen kenntlich zu machen, die die klare Erkennbarkeit der Bezugszeichen und der Grundlinien nicht beeinträchtigen dürfen.

7.4. Der Maßstab von Zeichnungen und die Deutlichkeit ihrer grafischen Ausführung müssen so sein, daß bei fotografischer Reproduktion mit einer linearen Verkleinerung bis zu $\frac{2}{3}$ alle Einzelheiten ohne Schwierigkeiten zu unterscheiden sind. Um eine bessere Vorstellung von den Größenverhältnissen der auf den Zeichnungen dargestellten Gegenstände zu erhalten, ist in Ausnahmefällen der Maßstab zeichnerisch anzugeben.

7.5. Alle Ziffern, Buchstaben und Bezugslinien, die auf den Zeichnungen vorhanden sind, müssen deutlich und klar sein. Ziffern und Buchstaben dürfen nicht in Klammern, Kreise und Anführungszeichen gesetzt werden.

7.6. Jedes Element einer Zeichnungsfigur ist in der entsprechenden Proportion zu allen anderen Elementen dieser Figur auszuführen, außer in den Fällen, in denen eine unterschiedliche Proportion für eine deutlichere Darstellung der Figur notwendig ist.

7.7. Die Höhe der Ziffern und Buchstaben darf nicht unter 3,2 mm sein.

7.8. Auf einem Zeichnungsblatt können mehrere Figuren dargestellt werden. Wenn die Figuren, die auf zwei oder mehreren Blättern dargestellt sind, eine einheitliche Figur bilden, sind sie so anzuordnen, daß diese Figur zusammengefügt werden kann, ohne daß irgendein Teil der Figuren, die auf den verschiedenen Blättern dargestellt sind, ausgelassen wird.

7.9. Die einzelnen Figuren auf den Zeichnungen sind fortlaufend mit arabischen Ziffern unabhängig von der Kennzeichnung der Blätter durchzunummerieren.

7.10. Bezugszeichen, die nicht in der Beschreibung genannt sind, dürfen nicht auf den Zeichnungen angegeben sein und umgekehrt.

7.11. Ein und demselben Detail muß das gleiche Bezugszeichen entsprechen.

7.12. Wenn die Zeichnungen eine große Anzahl von Bezugszeichen enthalten, wird empfohlen, der Anmeldung ein gesondertes Blatt beizufügen, auf dem alle Elemente und ihre Bezugszeichen aufgeführt sind.

8.1. Die Zusammenfassung dient nur dem Ziel der technischen Information und muß enthalten:

- a) den Titel der Erfindung;
- b) das Gebiet, auf das sich die Erfindung bezieht;
- c) die Aufgabe, die durch die Erfindung gelöst wird;
- d) eine kurze Darlegung des Wesens der Erfindung, wie sie in der Beschreibung, im Anspruch sowie in den Materialien, die die Erfindung illustrieren, dargelegt ist;
- e) die möglichen Anwendungsgebiete der Erfindung;
- f) bei Erfindungen auf dem Gebiet der Chemie — sofern erforderlich — diejenige chemische Formel, die von den in der Anmeldung enthaltenen Formeln die Erfindung am besten charakterisiert;
- g) den Hinweis auf die Nummer der Zeichnungsfigur, die von den in der Anmeldung enthaltenen Zeichnungsfiguren die Erfindung am besten darstellt.

8.2. Die Zusammenfassung soll eindeutig sein. Es wird empfohlen, daß sie nicht mehr als 150 Wörter umfaßt. Die Zu-

sammenfassung soll keine Einschätzung hinsichtlich der Qualität oder des Wertes der Erfindung enthalten.

9. Bei der Durchführung der Prüfung einer Erfindung vor der Einreichung des Antrages auf Anerkennung des Schutzdokumentes wird der Umfang der zu berücksichtigenden Unterlagen in Übereinstimmung mit den Anforderungen bestimmt, die die nationale Gesetzgebung des Landes, in dem die Prüfung durchgeführt wird, an die Unterlagen stellt, die bei der vollständigen Prüfung der Erfindung auf sämtliche Erfindungsmerkmale berücksichtigt werden müssen.

10. Die im Absatz 4 von Artikel 3 des Abkommens vorgesehene Benachrichtigung ist gemäß beigefügtem Formblatt auszufertigen (Anlage 2).

11. Die Veröffentlichung über die vollständige oder teilweise Anerkennung der Schutzdokumente erfolgt im offiziellen Bulletin des Amtes für Erfindungswesen des Landes, in welchem das Schutzdokument anerkannt wird. Diese Veröffentlichung enthält einen Hinweis auf die Anerkennung des Schutzdokumentes, die Nummer des Schutzdokumentes, die Bezeichnung des Ursprungslandes der Erfindung, die Angabe des Erfinders und Anmelders, den Titel der Erfindung, die Prioritätsangaben und die Klassifikationsangaben nach der Internationalen Patentklassifikation. In der Veröffentlichung, die die Anerkennung des Schutzdokumentes für eine Zusatz-erfindung betrifft, ist ein Verweis auf die Nummer des Hauptschutzdokumentes und den Beschluß über dessen Anerkennung anzuführen.

12. Wurde entsprechend dem nach der nationalen Gesetzgebung festgelegten Verfahren ein Beschluß über die Nichtanerkennung des Schutzdokumentes gefaßt, so kann hierüber im offiziellen Bulletin des Amtes für Erfindungswesen des Landes, in dem der Beschluß gefaßt wurde, eine Veröffentlichung vorgenommen werden.

Diese Veröffentlichung enthält einen Hinweis auf die Nichtanerkennung des Schutzdokumentes unter Bezugnahme auf den gefaßten Beschluß, die Nummer des Schutzdokumentes, die Bezeichnung des Ursprungslandes der Erfindung, die Klassifikationsangaben nach der Internationalen Patentklassifikation, die Angabe des Erfinders und des Anmelders sowie den Titel der Erfindung.

13. Eine Veröffentlichung, die Beschlüsse betrifft, die im Ergebnis der nachträglichen Prüfung gefaßt wurden, erfolgt, wenn diese Beschlüsse den Umfang der Erfindung, der im Schutzdokument genannt ist, einschränken oder eine Zurückweisung der Anerkennung des Schutzdokumentes beinhalten, entsprechend dem in der nationalen Gesetzgebung des Landes festgelegten Verfahren, das den Antrag auf Anerkennung des Schutzdokumentes erhalten hat.

Anlage 1 zu den Regeln

Antrag Nr. _____
(Datum)

auf Anerkennung des Schutzdokumentes

(Bezeichnung des Schutzdokumentes und des Ursprungslandes der Erfindung)

(Nr. des Schutzdokumentes)

Früher eingereichter Antrag auf Anerkennung des Hauptschutzdokumentes vom _____
(Datum)

bzw. Beschluß über die Anerkennung des Hauptschutzdokumentes vom _____
(Datum)

Hiermit beantragt(en) der Unterzeichnete (die Unterzeichneten) die Anerkennung

(Bezeichnung des Schutzdokumentes, dessen Nr. und Bezeichnung des Landes, in dem es erteilt wurde bzw. in dem die Anmeldung eingereicht wurde)

in Form _____ auf dem
(vom Anmelder gewählte Schutzform)

Territorium _____ auf der
(Bezeichnung des Landes, in dem die Anerkennung beantragt wird)

Grundlage der Anmeldung _____, die eingereicht
(Aktenzeichen/Datum)

wurde beim _____
(Bezeichnung des Amtes für Erfindungswesen des Ursprungslandes der Erfindung)

unter Beibehaltung der ursprünglichen Priorität

(Datum/Begründung der Priorität, d. h. Land, Aktenzeichen und Datum der vorschriftsmäßig hinterlegten Erstanmeldung bzw. Hinweis auf die Ausstellung)

für die Erfindung _____
(Bezeichnung der Erfindung)

Klassifikationssymbol nach dem System der Int. Cl. _____

Urheber: _____
(Familienname, Vorname, vollständige Anschrift, Staatsangehörigkeit)

Anmelder: _____
(Familien-, Vorname/Bezeichnung, Wohnsitz oder Sitz)

(Bezeichnung, Nr. und Jahr der Herausgabe des offiziellen Bulletins des Amtes für Erfindungswesen des Ursprungslandes der Erfindung, in dem die Angaben über die Erteilung des Schutzdokumentes veröffentlicht wurden)²

Die Erfindung ist eine Zusatzerfindung zu der Haupterfindung¹
(Bezeichnung der Erfindung)

Vertreter³ _____
(Familien-, Vorname/Bezeichnung/Anschrift)

Anlage: 1. Beschreibung der Erfindung mit Erfindungsanspruch _____ Seiten
2. Zusammenfassung der Erfindungsbeschreibung _____ Seiten
3. Beschluß zu den Ergebnissen der vollständigen Prüfung⁴ _____ Seiten
insgesamt _____ Seiten

(Unterschrift des Anmelders bzw. seines Vertreters)

(Unterschrift der Amtsperson und Stempel des Amtes für Erfindungswesen des Ursprungslandes der Erfindung)

(Unterschrift der Amtsperson und Stempel des zuständigen Organs)⁵

1 - Bei Einreichung eines Antrages auf Anerkennung des Schutzdokumentes für eine Zusatzerfindung.

2 - Sofern eine solche Veröffentlichung erfolgte.

3 - Ist anzugeben, wenn die Anerkennung in Form eines Patents beantragt wird.

4 - Kann später gemäß Art. 5 Abs. 4 des Abkommens nachgereicht werden.

5 - Unterschrift und Stempel sind dann erforderlich, wenn das zuständige Organ nicht das Amt für Erfindungswesen des Ursprungslandes der Erfindung ist.

Anlage 2
zu den Regeln

Benachrichtigung Nr. _____

(Datum)

über die Annahme des Beschlusses über die Erteilung des Schutzdokumentes

Früher eingereichter Antrag vom _____ auf Anerkennung
(Datum und Nr.)

des Hauptschutzdokumentes bzw. Beschluß über die Anerkennung des Hauptschutzdokumentes vom _____¹
(Datum)

Hinweis auf den früher eingereichten Antrag auf Anerkennung des Schutzdokumentes _____
(Nr. und Datum des Antrages)

Hiermit teilt _____
(Bezeichnung des Amtes für Erfindungswesen des Ursprungslandes der Erfindung, das das Schutzdokument erteilt hat)

mit, daß aufgrund der Prüfung der Anmeldung Aktenzeichen _____ vom _____
(Anmeldedatum)

mit der Priorität vom _____
(Datum)
der Beschluß über die Erteilung des Schutzdokumentes
(Bezeichnung des Schutzdokumentes, Nr. und Datum des Beschlusses)

für die Erfindung _____
(Titel der Erfindung)
(Klassifikationsangaben nach der Int. Cl.)

Erfinder _____
(Name, Vorname, vollständige Anschrift, Staatsangehörigkeit)

Anmelder _____
(Name, Vorname [Bezeichnung], Wohnsitz oder Geschäftssitz)

Die Erfindung ist eine Zusatzerfindung zur Haupterfindung¹
(Titel der Erfindung)

Anlage²
1. Erfindungsbeschreibung zum Schutzdokument mit Erfindungsanspruch _____ Seiten
2. Zusammenfassung der Erfindungsbeschreibung zum Schutzdokument _____ Seiten
insgesamt: _____ Seiten

(Unterschrift des Anmelders oder seines Vertreters)

(Unterschrift der Amtsperson und Siegel des Amtes für Erfindungswesen des Ursprungslandes der Erfindung)

(Unterschrift der Amtsperson und Siegel des kompetenten Organs)³

1 ist anzugeben, wenn ein Antrag auf Anerkennung des Schutzdokumentes für eine Zusatzerfindung gestellt wird

2 ist einzureichen, wenn diese Unterlagen nicht dem Antrag beigelegt wurden

3 Unterschrift und Siegel sind dann erforderlich, wenn das kompetente Organ nicht das Amt für Erfindungswesen des Ursprungslandes der Erfindung ist.

СОГЛАШЕНИЕ

о взаимном признании авторских свидетельств и
иных охраняемых документов на изобретения

Правительства стран-участниц настоящего Соглашения,

руководствуясь желанием содействовать развитию экономического и научно-технического сотрудничества и постепенному сближению и выравниванию уровней экономического развития стран-участниц,

стремясь обеспечить наиболее широкое и возможно быстрое использование изобретений, созданных в одной из стран-участниц Соглашения, на территориях других стран-участниц,

намереваясь наилучшим образом обеспечить права, возникающие на основе создания и широкого использования изобретений на территориях стран-участниц Соглашения,

желая избежать параллелизма в экспертизе заявок на изобретения, проводимой ведомствами по изобретательству стран-участниц Соглашения,

решили заключить настоящее Соглашение и договорились о нижеследующем:

Статья 1

Настоящее Соглашение определяет условия, порядок и правовые последствия взаимного признания авторских свидетельств, патентов и иных охраняемых документов (далее именуемых «охраняемые документы») на изобретения, созданные в странах-участницах Соглашения.

Статья 2

1. Признание охранного документа заключается в том, что в силу решения о признании он действует в соответствии с национальным законодательством страны-участницы Соглашения, в которой в отношении его была произведена предусмотренная статьей 8 настоящего Соглашения публикация о признании охранного документа полностью или в части, так как если бы он был выдан в этой стране.

2. Ведомство по изобретательству страны, в которой признан охранный документ, направляет заявителю через компетентный орган страны происхождения изобретения документ, подтверждающий признание.

Статья 3

1. Ходатайство о признании охранного документа подается из страны происхождения изобретения во все или лишь в некоторые страны-участницы Соглашения.

2. Поступившее ходатайство имеет силу правильно оформленной заявки на изобретение. Приоритет на изобретение сохраняется, если ходатайство подается в течение 12 месяцев, считая с даты подачи в одной из стран-участниц Соглашения первой правильно оформленной заявки на изобретение.

3. Изобретения, в отношении которых подаются ходатайства, должны соответствовать критериям охраноспособности, предусмотренным законодательством той страны, в которую подается ходатайство, и охраняемый объект или один из охраняемых объектов не должен быть исключен из числа охраноспособных в соответствии с законодательством этой страны.

4. Признание охранного документа в странах-участницах Соглашения производится после получения уведомления о принятии решения о выдаче охранного документа на это изобретение после проведения полной экспертизы. Указанное

уведомление направляется в течение трех месяцев, считая с даты принятия решения о выдаче охранного документа, но не позднее двух с половиной лет, считая с даты подачи ходатайства о признании этого охранного документа. При испрашивании признания охранного документа в форме авторского свидетельства уведомление направляется ведомством по изобретательству страны происхождения изобретения, а при испрашивании признания охранного документа в форме патента — заявителем через своего представителя в стране, в которой испрашивается признание.

5. Ходатайство должно содержать как минимум: дату подачи заявки в ведомство по изобретательству страны происхождения изобретения с указанием выставочного или конвенционного приоритета, если такие приоритеты испрашиваются, номер заявки, фамилию, имя автора изобретения и классификационный индекс заявки (по системе Международной классификации изобретений), описание изобретения, аннотацию описания изобретения и формулу изобретения.

6. В соответствии с двусторонней договоренностью между ведомствами по изобретательству стран-участниц Соглашения или по запросам ведомств по изобретательству стран, в которых испрашивается признание охранного документа, дополнительно к ходатайству, предусмотримому настоящей статьёй, представляются материалы проведенной экспертизы изобретения и перечень стран, в которых испрашивается признание охранного документа.

Статья 4

1. В странах-участницах Соглашения, где в соответствии с национальным законодательством имеется несколько форм охраны изобретений, охрана на основе признания охраняемых документов предоставляется в форме, избранной заявителем.

2. При испрашивании признания охранного документа в форме авторского свидетельства ходатайство подается заявителем через компетентный орган страны происхождения изобретения непосредственно в ведомство по изобретательству страны-участницы Соглашения, где испрашивается признание охранного документа, без уплаты пошлин.

3. При испрашивании признания охранного документа в форме патента заявитель ведет дела по получению признания и сохранению его действия через своего представителя в стране, где испрашивается признание, и уплачивает пошлины в соответствии с национальным законодательством этой страны.

Статья 5

1. Ведомство по изобретательству страны-участницы Соглашения, получившее ходатайство о признании охранного документа, может по своей инициативе вынести решение о непризнании охранного документа полностью или в части в том случае, если охраняемый им объект или один из охраняемых объектов исключен из числа охраноспособных в соответствии с национальным законодательством этой страны-участницы Соглашения, а также в том случае, если изобретение не отвечает критериям охраноспособности, предусмотренным национальным законодательством этой страны. Такое решение выносится, как правило, в течение года с даты получения уведомления о выдаче охранного документа.

2. Положения настоящего Соглашения не исключают возможности проведения на основе полученных ходатайств до-

полнительной экспертизы изобретений в полном объеме или по материалам, которые не были учтены в ходе экспертизы, проведенной в стране происхождения изобретения в соответствии с пп. 3 и 4 статьи 3. Дополнительная экспертиза проводится, как правило, в течение одного года с даты получения уведомления о выдаче охранного документа.

3. Решение о непризнании охранного документа полностью или в части незамедлительно направляется заявителю через компетентный орган страны происхождения изобретения в соответствии с п. 2 статьи 4 или через представителя в соответствии с п. 3 статьи 4. Такое решение может быть обжаловано в том же порядке, что и решение об отказе в выдаче охранного документа на изобретение по заявке, поданной в данной стране-участнице Соглашения в соответствии с ее национальным законодательством.

Статья 6

Все решения, вынесенные в связи с ходатайством о признании охранного документа, имеют силу лишь на территории той страны-участницы Соглашения, в которой они вынесены. Указанные решения не затрагивают действия охраняемых документов на территории других стран-участниц Соглашения.

Статья 7

1. Решения, принятые в стране происхождения изобретения, об аннулировании охранного документа полностью или в части, в отношении которого были направлены ходатайства о его признании в других странах-участницах Соглашения, незамедлительно сообщаются в те страны, в которые были направлены ходатайства.

2. Аннулирование охранного документа в стране его выдачи не затрагивает действия решений о признании охранного документа на территориях других стран-участниц Соглашения, но может быть положено в основу или учтено при процедуре, предусмотренной в статье 5 настоящего Соглашения.

Статья 8

1. Ведомства по изобретательству стран-участниц Соглашения будут осуществлять публикации о признании охраняемых документов полностью или в части.

2. Ведомства по изобретательству каждой страны-участницы Соглашения вправе производить специальные публикации, касающиеся полученных ходатайств, а также решений об отказе в признании охраняемых документов.

Статья 9

1. Любое заинтересованное лицо может в соответствии с национальным законодательством страны-участницы Соглашения, в которой признается охраняемый документ, подать протест против решения о признании охраняемого документа или просьбу об аннулировании такого решения, или известить ведомство по изобретательству этой страны об обстоятельствах, препятствующих признанию охраняемого документа.

2. Основания и правовые последствия протеста, просьбы или извещения, а также процедура их рассмотрения являются такими, как они установлены национальным законодательством страны, получающей ходатайство, в отношении охраняемого документа. Решение, принятое в результате рассмотрения протеста, просьбы или извещения, сообщается заявителю через компетентный орган страны происхождения изобретения в соответствии с п. 2 статьи 4 или через представителя в соответствии с п. 3 статьи 4.

Статья 10

Ведомства по изобретательству стран-участниц Соглашения будут осуществлять публикации, касающиеся решений, вынесенных в результате рассмотрения протестов против решений о признании охраняемого документа, просьб об аннулировании такого решения или извещений об обстоятельствах, препятствующих признанию охраняемого документа. Форма таких публикаций будет определяться каждой страной-участницей Соглашения.

Статья 11

Настоящим Соглашением не затрагиваются действующие между странами-участницами условия передачи научно-технических результатов, если вместе с изобретением передается имеющийся у владельца охраняемого документа технико-организационный опыт по использованию этого изобретения.

Статья 12

1. При использовании изобретений, охраняемые документы на которые признаны в странах-участницах Соглашения в форме авторских свидетельств, вознаграждение автору (авторам) начисляется соответствующими организациями стран, в которых используются эти изобретения, в соответствии с их национальным законодательством.

2. Использование изобретений, охраняемые документы на которые признаны в странах-участницах Соглашения в форме патентов, осуществляется заинтересованными сторонами на основе двусторонних договоров. Вознаграждение автору (авторам) начисляется организациями стран, в которых используются эти изобретения, в соответствии с их национальным законодательством в случаях, если в вышеуказанных договорах об использовании этих изобретений не предусматриваются платежи патентообладателю за их использование.

Статья 13

На основе двусторонней договоренности между ведомствами по изобретательству стран-участниц Соглашения могут определяться области техники в соответствии с Международной классификацией изобретений, по которым желательно предпочтительное получение ходатайств о признании охраняемых документов. По изобретениям, не относящимся к областям техники, которые явились предметом указанной договоренности, ходатайства могут подаваться по усмотрению заявителей.

Статья 14

Настоящее Соглашение не исключает возможности испрашивать предоставление правовой охраны изобретений в соответствии с национальным законодательством стран-участниц Соглашения.

Статья 15

1. Документы, направляемые в соответствии с настоящим Соглашением из одной страны-участницы в другую, представляются на русском языке, если испрашивается признание охраняемого документа в форме авторского свидетельства, или на официальном языке страны, в которой испрашивается признание охраняемого документа в форме патента, или же в зависимости от двусторонней договоренности между ведомствами по изобретательству стран-участниц Соглашения на иных языках.

2. Правильность перевода описания изобретения, в том числе формулы изобретения, если испрашивается признание охраняемого документа в форме авторского свидетельства, заверяется компетентным органом страны происхождения изобре-

тения. Если же испрашивается признание охранного документа в форме патента, заявитель должен заверить правильность перевода описания изобретения, в том числе формулы изобретения, в соответствии с законодательством страны, в которой испрашивается признание.

Статья 16

При подписании настоящего Соглашения или при передаче документа о его ратификации, утверждении, принятии или при присоединении к нему каждая страна-участница Соглашения сообщит путем уведомления депозитария, какие ее национальные документы являются охраняемыми документами в смысле статьи 1 настоящего Соглашения и в отношении которых она будет подавать ходатайство о признании, а также какие ее национальные документы соответствуют отдельным формам охраны, предусмотренным в статье 4 настоящего Соглашения. Страны-участницы Соглашения сообщат таким же образом, какие органы считаются компетентными органами в смысле настоящего Соглашения. Аналогичные уведомления будут сделаны в случае последующего изменения национального законодательства.

Статья 17

Одновременно с подписанием настоящего Соглашения руководители ведомств по изобретательству стран-участниц, подписавших это Соглашение, совместно утвердят Правила по его применению, которые вступят в силу одновременно с настоящим Соглашением. Эти Правила определяют, в частности:

- а) формы ходатайства и уведомления, предусмотренных настоящим Соглашением;
- б) правила составления описания изобретения, формулы изобретения, аннотации описания изобретения;
- в) порядок направления ходатайства, а также иных документов, направляемых в соответствии с настоящим Соглашением;
- г) иные юридические и технические нормы, необходимые для практического осуществления настоящего Соглашения.

Статья 18

1. Настоящее Соглашение вступает в силу на девяностый день, считая либо со дня подписания Соглашения тремя странами без оговорок о его последующей ратификации, утверждении или принятии, либо со дня получения депозитарием документа о ратификации, утверждении или принятии Соглашения от третьей страны, включая в число трех и страны, подписавшие Соглашение без оговорок.

2. Для стран, которые сдадут на хранение депозитарию свои документы о ратификации, утверждении или принятии после вступления в силу настоящего Соглашения, оно вступит в силу на девяностый день, считая со дня сдачи депозитарию такого документа.

3. Функции депозитария настоящего Соглашения будет выполнять Секретариат Совета Экономической Взаимопомощи.

Статья 19

1. К настоящему Соглашению после вступления его в силу могут присоединиться с согласия стран-участниц другие страны путем сдачи на хранение депозитарию документов о присоединении.

2. Соглашение вступит в силу для присоединившейся страны по истечении 90 дней со дня получения депозитарием последнего сообщения о согласии на присоединение.

Статья 20

1. Настоящее Соглашение заключается на срок в 5 лет со дня его вступления в силу. По истечении срока действия Соглашение автоматически продлевается каждый раз на новый пятилетний период. Любая страна-участница может отказаться от участия в Соглашении, направив об этом депозитарию письменное уведомление за 6 месяцев до истечения очередного срока действия Соглашения.

2. В случае прекращения действия настоящего Соглашения его положения будут применяться в отношении правовой охраны изобретений, полученной на основе и в период действия настоящего Соглашения.

Статья 21

1. Настоящее Соглашение может быть изменено лишь с согласия всех стран-участниц. Предложения об изменениях могут быть внесены любой страной-участницей настоящего Соглашения путем направления их депозитарию.

2. Правила по применению настоящего Соглашения могут быть изменены с согласия руководителей ведомств по изобретательству всех стран-участниц настоящего Соглашения.

Статья 22

Настоящее Соглашение будет зарегистрировано депозитарием в Секретариате Организации Объединенных Наций в соответствии со статьей 102 Устава ООН.

Статья 23

Депозитарий направляет заверенные копии настоящего Соглашения всем странам-участницам, извещает их о дате вступления в силу Соглашения, о полученных уведомлениях о ратификации, утверждении или принятии Соглашения, о присоединении к нему, об отказе от участия в Соглашении, а также о всех других полученных уведомлениях.

Совершено в Гавае 18 декабря 1976 г. в одном экземпляре на русском языке.

Утверждены

18 декабря 1976 г. руководителями ведомств по изобретательству стран, подписавших Соглашение о взаимном признании авторских свидетельств и иных охраняемых документов на изобретения от 18 декабря 1976 г.

ПРАВИЛА

по применению Соглашения о взаимном признании авторских свидетельств и иных охраняемых документов на изобретения.

1. Ходатайство по п. 1 статьи 3 Соглашения о взаимном признании авторских свидетельств и иных охраняемых документов на изобретения (далее именуемого «Соглашение») составляется по прилагаемой форме (приложение 1).

2. Ходатайство подается в двух экземплярах.

3. Компетентному органу стран происхождения изобретения, представившему ходатайство, ведомство по изобретательству страны, где испрашивается признание охранного документа, направляет извещение о поступлении ходатайства в соответствии с национальным законодательством.

4. Ходатайство может быть отозвано в любое время путем представления заявления об отказе от ходатайства в ведомство по изобретательству страны, где испрашивается признание охранного документа, за исключением случая, когда в соответствии со статьей 8 Соглашения произведена публикация.

5. Описание изобретения должно иметь следующую структуру:

а) название изобретения и класс Международной классификации изобретений, к которому оно, по мнению заявителя, относится. Название изобретения должно быть идентично названию, приведенному в заявлении;

б) область, к которой относится изобретение, и данные об объектах, в которых его можно или целесообразно применить;

в) характеристика известных технических решений с указанием их недостатков, которые устраняются изобретением; полезные по сравнению с уже известными решениями эффекты, достигаемые при использовании изобретения; здесь же следует указать источники информации, в которых дано описание известных технических решений;

г) изложение существа изобретения должно начинаться с указания задачи, которую решает изобретение.

Описание изобретения, охарактеризованного в формуле изобретения, должно быть составлено настолько подробно, чтобы можно было установить сущность изобретения, осуществить его.

В случае иллюстрации изобретения чертежами указывается перечень отдельных фигур с кратким пояснением каждой из них в отдельности.

В соответствии с характером изобретения при описании его должны быть учтены следующие требования:

— устройство должно быть описано в статическом состоянии. После описания устройства в статическом состоянии необходимо описать его в действии;

— описание способа должно содержать перечисление приемов (операций), указание последовательности и режимов (температура, давление и т.п.) осуществления этих приемов;

— описание вещества должно содержать его характеристику и перечисление ингредиентов (состав вещества), а также должны быть указаны предельные соотношения ингредиентов в процентах (от... до...), в каких они входят в вещество.

Необходимо также указать физическое состояние и качество этих ингредиентов в исходном виде, а также доказательства структуры и свойств полученного вещества;

д) примеры осуществления изобретения. Нужно привести наиболее целесообразную, по мнению заявителя, форму осуществления изобретения, специальные возможности его применения и изложение его специфических преимуществ. Количество и виды примеров должны быть выбраны таким образом, чтобы они достаточно охватывали весь объем изобретения;

е) если из описания или характера изобретения не вытекает, каким образом изобретение может быть использовано в промышленности, то это указывается отдельно.

Рекомендуется соблюдать в описании изобретения порядок вышеуказанных пунктов, а также озаглавливать части описания.

6.1. Формула изобретения (далее именуемая «формулой») должна начинаться с названия изобретения, указанного в заявлении и описании, и целиком основываться на описании изобретения.

6.2. Формула может состоять из одного пункта (однозвенная) или из нескольких пунктов (многозвенная) и должна отвечать следующим требованиям:

а) все пункты формулы должны состоять из ограничительной и отличительной частей, связанных между собой выражением: «отличающийся тем, что...»;

б) ограничительная часть первого (основного) пункта формулы должна содержать название изобретения и его известные признаки, общие с ближайшим предшествующим техническим решением;

в) если изобретение не имеет признаков, общих с предшествующим решением, в ограничительной части дается только назначение изобретения;

г) дополнительные пункты многозвенной формулы развивают совокупность признаков, указанных в отличительной части основного пункта, непосредственно и (или) косвенно, путем развития предшествующих дополнительных пунктов;

д) ограничительная часть дополнительных пунктов содержит только название изобретения в полной или сокращенной форме;

е) в случаях, когда заявка содержит несколько изобретений, относящихся к разным категориям (вещество, способ, устройство), признаки этих изобретений приводятся в основных пунктах формулы;

ж) основные пункты отдельных изобретений приводятся в последовательности, соответствующей названию изобретения; дополнительные пункты формулы отдельных изобретений приводятся в подчиненности, соответствующей каждому изобретению;

з) пункты формулы последовательно нумеруются арабскими цифрами;

и) формула не должна содержать ссылок на описание или чертежи, за исключением случаев, когда это необходимо, исходя из характера изобретения;

к) если в состав заявки входит чертеж, то в формуле после указания отдельных отличительных признаков могут быть указаны обозначения, отсылающие к отдельным фрагментам чертежа, соответствующим этим признакам, если это облегчит понимание формулы; ссылочные обозначения в случае их использования желательно заключить в скобки.

7.1. Чертежи не должны содержать каких-либо надписей, пояснений и т.п. В виде исключения для облегчения понимания изображенного объекта допускаются краткие пояснения, например: «вода», «пар», «открыто», «закрыто», «разрез по А—В». Электрические цепи, блок-схемы или технологические схемы могут содержать несколько кратких ключевых слов, необходимых для понимания.

7.2. Чертежи выполняются стойкими черными линиями одинаковой толщины и хорошей четкости, без раскрашивания.

7.3. Разрезы показываются наклонной штриховкой, которая не препятствует ясному чтению ссылочных обозначений и основных линий.

7.4. Масштаб чертежей и четкость их графического выполнения должны быть таковы, чтобы при фотографическом воспроизведении с линейным уменьшением размеров до $\frac{2}{3}$ можно было без затруднения различать все детали.

В исключительных случаях, когда необходимо иметь представление о размерах, изображенных на чертежах объектов, масштаб указывается графически.

7.5. Все цифры, буквы и выносные линии, имеющиеся на чертежах, должны быть четкими и ясными. Цифры и буквы не должны помещаться в скобки, кружки и кавычки.

7.6. Каждый элемент любой фигуры выполняется в соответствующей пропорции со всеми другими элементами этой фигуры, за исключением случаев, когда различная пропорция является необходимой для более четкого изображения фигуры.

7.7. Высота цифр и букв должна быть не менее 3,2 мм.

7.8. На одном листе чертежа могут располагаться несколько фигур. Если фигуры, расположенные на двух или более листах, составляют единую фигуру, они должны располагаться так, чтобы эта фигура могла быть скомпонована без пропуска какой-либо части любой из фигур, изображенных на различных листах.

7.9. Отдельные фигуры на чертежах обозначаются порядковыми арабскими цифрами независимо от обозначения листов.

7.10. Ссылочные обозначения, не упомянутые в описании, не должны проставляться на чертежах, и наоборот.

7.11. Одним и тем же деталям должны соответствовать одинаковые ссылочные обозначения.

7.12. Если чертежи содержат большое количество ссылочных обозначений, рекомендуется прилагать к заявке отдельный лист, на котором перечисляются все элементы с этими обозначениями.

8.1. Аннотация служит только для целей технической информации и должна содержать:

- а) название изобретения;
- б) область, к которой относится изобретение;
- в) задачу, решаемую изобретением;
- г) краткое изложение сущности изобретения, как оно излагается в описании, формуле, а также в материалах, иллюстрирующих изобретение;
- д) возможные области применения изобретения;
- е) в случае изобретений в области химии, если это необходимо, химическую формулу, которая среди формул, включенных в заявку, лучше всего характеризует изобретение;
- ж) ссылку на номер фигуры чертежа, которая лучше всех содержащихся в заявке фигур представляет изобретение.

8.2. Аннотация должна быть четкой. Рекомендуется, чтобы она не содержала более 150 слов. Аннотация не должна содержать выводов относительно достоинств или ценности изобретения.

9. При проведении экспертизы изобретения до подачи ходатайства о признании охранного документа объем учитываемых материалов определяется в соответствии с требованиями, установленными законодательством страны, где проводится экспертиза, к материалам, которые должны приниматься во внимание при осуществлении полной экспертизы изобретения на наличие в нем всех признаков изобретения.

10. Уведомление, предусмотренное в п. 4 статьи 3 Соглашения, составляется по прилагаемой форме (приложение 2).

11. Публикация о признании охранного документа полностью или в части производится в официальном бюллетене ведомства по изобретательству страны, где признается охранный документ.

Эта публикация содержит указание на признание охранного документа, его номер, название страны происхождения изобретения, указание автора и заявителя, название изобретения, указание на приоритет, классификационный индекс по системе МКИ. В публикации, касающейся признания охранного документа на дополнительное изобретение, дается ссылка на номер основного охранного документа и решение о его признании.

12. В случае вынесения решения в установленном национальным законодательством порядке о непризнании охранного документа об этом может производиться публикация в официальном бюллетене ведомства по изобретательству страны, где было принято решение.

Эта публикация содержит указание о непризнании охранного документа со ссылкой на вынесенное решение, номер охранного документа, название страны происхождения изобретения, классификационный индекс по системе МКИ, указание автора и заявителя, название изобретения.

13. Публикация, касающаяся решений, вынесенных в результате дополнительной экспертизы, если эти решения уменьшают объем изобретения, указанного в охранном документе, или содержат отказ о признании охранного документа, осуществляется в порядке, предусмотренном национальным законодательством страны, получившей ходатайство о признании охранного документа.

Копия верна:
Заведующий юридическим отделом
Секретариата СЭВ
М. Кудряшов

Приложение 1
к Правилам

ХОДАТАЙСТВО № _____
(дата)

о признании охранного документа

(название охранного документа и страна происхождения изобретения, № охранного документа)

Ранее поданное ходатайство о признании основного охранного документа от _____
(дата)

или решение о признании основного охранного документа от _____)

Настоящим нижеподписавшимся (нижеподписавшимися) испрашивается признание _____

(название охранного документа, его номер и название страны, где он выдан или где подана заявка)

в форме _____ на территории
(избранная заявителем форма охраны)

(название страны, где испрашивается признание)

на основе заявки _____, поданной в _____
(№ и дата) (название ве-
домства по изобретательству страны происхождения изобре-
тения)
с сохранением первоначального приоритета _____
(дата)
(основание приоритета, т. е. страна, номер и дата первой пра-
вильно оформленной заявки или указание выставки)
на изобретение _____
(название изобретения)
_____ ; классификационный индекс по системе
МКИ _____ ; автор(ы) _____
(фамилия, имя, полный адрес,
гражданство) ; заявитель _____
(фамилия, имя (наименование),
место жительства или место нахождения)
_____ ;
(название, № и год издания официального бюллетеня ве-
домства по изобретательству страны происхождения изобре-
тения, в котором опубликованы сведения о выдаче охранного
документа)¹⁾ ;
изобретение является дополнительным к основному¹⁾
(название изобретения)
Представитель²⁾ _____
(фамилия, имя (наименование), адрес)

Приложение:

1. Описание изобретения с формулой изо-
бретения _____ стр.
 2. Аннотация описания изобретения _____ стр.
 3. Решение по результатам проведения
полной экспертизы⁴⁾ _____ стр.
- Итого: _____ стр.

Подпись заявителя или его представителя _____
Подпись должностного лица и печать ве-
домства по изобретательству страны проис-
хождения изобретения _____
Подпись должностного лица и печать ком-
петентного органа⁵⁾ _____

¹⁾ Указывается при подаче ходатайства о признании охранного доку-
мента на дополнительное изобретение.

²⁾ Указывается в случае, если такая публикация имела место.

³⁾ Указывается при испрашивании признания в форме патента.

⁴⁾ Может быть представлено позднее в соответствии с п. 4 статьи 3 Согла-
шения.

⁵⁾ Подпись и печать необходимы в случае, если компетентный орган не
является ведомством по изобретательству страны происхождения изобре-
тения.

Копия верна:
Заведующий юридическим отделом
Секретариата СЭВ
М. Кудряшов

Приложение 2
к Правилам

УВЕДОМЛЕНИЕ № _____
(дата)

о принятии решения о выдаче охранного документа

Ранее поданное ходатайство от _____ о признании
(дата и №)

основного документа или решение о признании основного
охранного документа от _____¹⁾
(дата)

Ссылка на ранее поданное ходатайство о признании охран-
ного документа _____
(№ и дата ходатайства)

Настоящим _____
(название ведомства по изобретательству страны
происхождения изобретения, которое выдало охранный доку-
мент)

сообщает, что на основании рассмотрения заявки № _____
от _____ с приоритетом от _____
(дата подачи) (дата)

принято решение о выдаче охранного документа _____

(название охранного документа, № и дата решения)

на изобретение _____ ;
(название изобретения)

классификационный индекс по системе МКИ _____ ;
автор(ы) _____ ;
(фамилия, имя, полный адрес, гражданство)

заявитель _____ ;
(фамилия, имя (наименование), место жительства
или место нахождения)

Изобретение является дополнительным к основному¹⁾ _____
(название изобретения)

Приложение:²⁾

1. Описание изобретения к охранному до-
кументу с формулой изобретения _____ стр.
 2. Аннотация описания изобретения к
охранному документу _____ стр.
- Итого: _____ стр.

Подпись заявителя или его представителя _____

Подпись должностного лица и печать ве-
домства по изобретательству страны проис-
хождения изобретения _____

Подпись должностного лица и печать ком-
петентного органа³⁾ _____

¹⁾ Указывается при подаче ходатайства о признании охранного доку-
мента на дополнительное изобретение.

²⁾ Представляется, если данные документы не были приложены к хода-
тайству.

³⁾ Подпись и печать необходимы в случае, если компетентный орган не
является ведомством по изобретательству страны происхождения изобре-
тения.

Копия верна:
Заведующий юридическим отделом
Секретариата СЭВ
М. Кудряшов

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des Vertrages vom 24. März 1977
über Freundschaft, Zusammenarbeit und
gegenseitigen Beistand
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Ungarischen Volksrepublik**

vom 18. August 1977

Entsprechend § 2 des Gesetzes vom 16. Juni 1977 über den Vertrag vom 24. März 1977 über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Ungarischen Volksrepublik (GBl. II Nr. 10 S. 189) wird hiermit bekanntgegeben, daß der Vertrag am 11. Juli 1977 in Kraft getreten ist.

Berlin, den 18. August 1977

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

H. Eichler

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des Vertrages vom 6. Mai 1977
über Freundschaft und Zusammenarbeit
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Mongolischen Volksrepublik**

vom 18. August 1977

Entsprechend § 2 des Gesetzes vom 16. Juni 1977 über den Vertrag vom 6. Mai 1977 über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Mongolischen Volksrepublik (GBl. II Nr. 10 S. 194) wird hiermit bekanntgegeben, daß der Vertrag am 9. August 1977 in Kraft getreten ist.

Berlin, den 18. August 1977

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

H. Eichler

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des Vertrages vom 28. Mai 1977
über Freundschaft, Zusammenarbeit und
gegenseitigen Beistand
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Volksrepublik Polen**

vom 18. August 1977

Entsprechend § 2 des Gesetzes vom 16. Juni 1977 über den Vertrag vom 28. Mai 1977 über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen (GBl. II Nr. 10 S. 198) wird hiermit bekanntgegeben, daß der Vertrag am 13. Juli 1977 in Kraft getreten ist.

Berlin, den 18. August 1977

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

H. Eichler

Sozialistische ökonomische Integration- Wissenschaft und Technik

A. N. Bykow
Übersetzung aus dem Russischen
218 Seiten · Pappband 15,— M
Bestellwort: Bykow, Integration / 770 987 7

Das vorliegende Buch hat die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit der Länder des RGW zum Gegenstand und reiht sich ein in die in der DDR veröffentlichte Literatur zu Grundfragen der sozialistischen ökonomischen Integration. Damit wird der dringenden Forderung Rechnung getragen, auch die Probleme der Zusammenarbeit der RGW-Länder auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technik einer wissenschaftlichen Analyse zu unterziehen.

Der Autor hat eine geschlossene Darstellung dieser Problematik vorgelegt. Mit der Charakterisierung des ökonomischen Mechanismus der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit der Länder des RGW führt er den Nachweis über die Vorzüge des Sozialismus, der die Möglichkeit bietet, auch dieses komplizierte Gebiet der gesellschaftlichen Tätigkeit planmäßig zu gestalten und eine hohe Effektivität zu erzielen. Ein weiteres Kapitel beschäftigt sich mit den komplizierten Fragen der Entwicklung von wissenschaftlich-technischen Beziehungen mit den Ländern des nichtsozialistischen Wirtschaftsgebietes.

Sowohl für die Theorie als auch für die Praxis übermittelt das Buch Kenntnisse und gibt Anregungen, die komplizierten Prozesse bei der Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution noch tiefgründiger zu durchdenken und alle Möglichkeiten zu erschließen, die die sozialistische ökonomische Integration für ihre Lösung bietet.

Zu beziehen über den örtlichen Buchhandel.

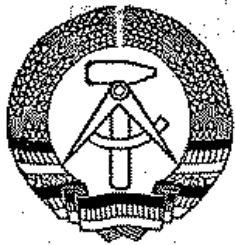


**Staatsverlag
der Deutschen Demokratischen
Republik**

Herausgeber: Sekretariat des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 209 36 22 — Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 751 — Verlag: (610 62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Großewohl-Straße 17, Telefon: 209 45 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 2,80 M, Teil II 3,— M — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr.
Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postschloßfach 496. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 108 Berlin, Neustädter Kirchstraße 15, Telefon: 229 22 23
Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollensetdruck)

Artikel-Nr. (EDV) 10 131

Index 31 818



GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

341

1977

Berlin, den 2. November 1977

Teil II Nr. 16

Tag	Inhalt	Seite
30. 9. 77	Bekanntmachung über die Ratifikation und das Inkrafttreten des Vertrages vom 8. September 1976 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Zusammenarbeit an der gemeinsamen Staatsgrenze und die gegenseitige Hilfe in Grenzangelegenheiten	341
25. 8. 77	Bekanntmachung über die Ratifikation von Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation	350
25. 8. 77	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Protokolls vom 10. Februar 1977 zur Änderung und Ergänzung des am 30. Oktober 1957 in Berlin zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Ungarischen Volksrepublik unterzeichneten Vertrages über den Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen	354
26. 9. 77	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Vertrages vom 6. Mai 1977 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Mongolischen Volksrepublik zur Beseitigung bestehender und Verhinderung der Entstehung künftiger Fälle von doppelter Staatsbürgerschaft	354
4. 10. 77	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Änderungen vom 17. Oktober 1974 zur Konvention vom 6. März 1948 über die Zwischenstaatliche Beratende Seeschiffahrtsorganisation	354
4. 10. 77	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Urkunde zur Abänderung der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation vom 22. Juni 1972	354

Bekanntmachung
über die Ratifikation und das Inkrafttreten
des Vertrages vom 8. September 1976
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik
über die Zusammenarbeit
an der gemeinsamen Staatsgrenze
und die gegenseitige Hilfe in Grenzangelegenheiten
vom 30. September 1977

Der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik hat am 17. Februar 1977 den Vertrag vom 8. September 1976 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Zusammenarbeit an der gemeinsamen Staatsgrenze und die gegenseitige Hilfe in Grenzangelegenheiten ratifiziert.

Die Ratifikationsurkunden wurden am 12. September 1977 in Prag ausgetauscht. Gleichzeitig erfolgte die Bestätigung des Verzeichnisses der Straßen und Wege entsprechend Artikel 20 des Vertrages durch die Regierungen beider Länder.

Der Vertrag sowie das Verzeichnis der Straßen und Wege sind am 12. September 1977 in Kraft getreten.

Der Vertrag und das Verzeichnis werden nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 30. September 1977

Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik

H. Eichler

Vertrag
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik
über die Zusammenarbeit
an der gemeinsamen Staatsgrenze
und die gegenseitige Hilfe in Grenzangelegenheiten

Die Deutsche Demokratische Republik und die Tschechoslowakische Sozialistische Republik sind, geleitet vom Geiste der Deklaration über die Festigung der Freundschaft und Vertiefung der brüderlichen Zusammenarbeit zwischen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei und der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik vom 17. Oktober 1974 mit dem Ziel der weiteren Vertiefung der Zusammenarbeit an der gemeinsamen Staatsgrenze übereingekommen, diesen Vertrag zu schließen.

Zu diesem Zwecke haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt
 der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik

Generalleutnant Erich Peter

Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung
 und Chef der Grenztruppen der Deutschen Demokratischen Republik

der Präsident der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik

Generalmajor Karel Kropáček

Stellvertreter des Ministers des Innern
 der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Abschnitt I

Ernennung von Grenzbevollmächtigten und ihre Zuständigkeiten

Artikel 1

Zur Erfüllung der sich aus diesem Vertrag ergebenden Aufgaben werden von den zuständigen Organen jedes Vertragspartners ein Hauptgrenzbevollmächtigter sowie Stellvertreter des Hauptgrenzbevollmächtigten, Grenzbevollmächtigte, Stellvertreter der Grenzbevollmächtigten und Gehilfen der Grenzbevollmächtigten eingesetzt.

Artikel 2

(1) Es werden ernannt:

1. der Hauptgrenzbevollmächtigte von der Regierung;
2. die Stellvertreter des Hauptgrenzbevollmächtigten und die Grenzbevollmächtigten vom zuständigen Minister;
3. die Stellvertreter der Grenzbevollmächtigten vom Hauptgrenzbevollmächtigten;
4. die Gehilfen der Grenzbevollmächtigten vom zuständigen Grenzbevollmächtigten.

(2) Die Regierungen der Vertragspartner informieren sich gegenseitig über die Ernennung der Hauptgrenzbevollmächtigten innerhalb von 30 Tagen nach Inkrafttreten dieses Vertrages auf diplomatischem Wege.

(3) Die Hauptgrenzbevollmächtigten und die Grenzbevollmächtigten sind berechtigt, Experten einzusetzen.

Artikel 3

(1) Die Hauptgrenzbevollmächtigten sowie deren Stellvertreter, die Grenzbevollmächtigten, deren Stellvertreter und

Gehilfen erhalten zur Ausübung ihrer Funktionen Vollmachten, die in deutscher und tschechischer oder slowakischer Sprache ausgefertigt sind. Die Muster dieser Vollmachten sind in den Anlagen 1 bis 5 enthalten.

(2) Die Vollmachten werden ausgestellt:

1. für den Hauptgrenzbevollmächtigten vom Vorsitzenden des Ministerrates;
2. für die Stellvertreter des Hauptgrenzbevollmächtigten, die Grenzbevollmächtigten sowie deren Stellvertreter und Gehilfen von den Personen, von denen sie gemäß Artikel 2 Absatz 1 ernannt wurden.

Artikel 4

(1) Zu den Aufgaben der Hauptgrenzbevollmächtigten gehören insbesondere:

1. die Prinzipien des Zusammenwirkens der Grenzschutzorgane zur Durchführung von Maßnahmen an der gemeinsamen Staatsgrenze (im folgenden nur „Staatsgrenze“ genannt) festzulegen;
2. die Wirksamkeit des Schutzes der Staatsgrenze sowie den Zustand und die Unterhaltung der Grenzzeichen einzuschätzen, wichtige Ereignisse an der Staatsgrenze zu erörtern sowie gemeinsame Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit und Ordnung an der Staatsgrenze festzulegen;
3. die Tätigkeit der Grenzbevollmächtigten zu leiten und zu koordinieren;
4. Angelegenheiten, die von den Grenzbevollmächtigten nicht gelöst werden konnten oder die deren Befugnisse überschreiten, zu erörtern;
5. Angelegenheiten, die von ihnen nicht gelöst werden konnten oder die ihre Zuständigkeit überschreiten, zur Erörterung auf diplomatischem Wege weiterzuleiten.

(2) Die Festlegungen des Absatzes 1 Ziffer 5 schließen nicht aus, daß den Hauptgrenzbevollmächtigten Angelegenheiten zur Lösung übertragen werden, die auf diplomatischem Wege erörtert wurden.

Artikel 5

(1) Zu den Aufgaben der Grenzbevollmächtigten gehören insbesondere:

1. die Lage an der Staatsgrenze periodisch einzuschätzen, den Einsatz der Kräfte und Mittel zum Schutz der Staatsgrenze zu koordinieren und den Informationsaustausch der Grenzschutzorgane zu gewährleisten;
2. gemeinsame Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung an der Staatsgrenze festzulegen, einschließlich solcher, die für die Durchführung wirtschaftlich-technischer Arbeiten an der Staatsgrenze erforderlich sind;
3. den Grenzübertritt von Rettungseinheiten und Hilfsmannschaften bei Elementarkatastrophen, Havarien oder anderen Notsituationen sowie bei deren gemeinsamen Übungen sicherzustellen;
4. den Zustand der Grenzmarkierung zu kontrollieren.

(2) Die Grenzbevollmächtigten führen Sachaufklärungen durch und treffen entsprechend ihrer Zuständigkeit Entscheidungen insbesondere in folgenden Fällen:

1. bei Verletzung der Staatsgrenze durch Personen;
2. bei Handlungen oder Ereignissen in der Nähe der Staatsgrenze, die zur Tötung oder Körperverletzung von Perso-

nen bzw. zur Zerstörung oder Beschädigung von Sachen auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragspartners geführt haben;

3. bei Beschädigung, Zerstörung oder unberechtigtem Versetzen von Grenzzeichen;
4. bei Schäden, die infolge der Verletzung der Ordnung an der Staatsgrenze entstanden sind;
5. beim Auffinden von Sachen oder Tieren, die auf das Hoheitsgebiet des anderen Vertragspartners gelangt sind;
6. bei unberechtigtem Austausch von Gegenständen über die Staatsgrenze;
7. bei anderen Vorfällen an der Staatsgrenze, deren Entscheidung nicht durch die Hauptgrenzbevollmächtigten oder auf diplomatischem Wege erforderlich ist.

(3) Die Grenzbevollmächtigten erfüllen außerdem Aufgaben, die ihnen auf Grund anderer Vereinbarungen obliegen, die zwischen den zuständigen Organen der Vertragspartner abgeschlossen wurden.

(4) Die Grenzbevollmächtigten sind verpflichtet, sich gegenseitig sofort über Lagebedingungen und Vorkommnisse, die die Sicherheit und Ordnung an der Staatsgrenze gefährden können, zu informieren.

(5) Über die Einleitung und Beendigung von Maßnahmen durch die zuständigen Organe tauschen die Grenzbevollmächtigten unverzüglich Informationen aus:

1. bei Elementarkatastrophen, Havarien oder anderen Notsituationen, die Auswirkungen auf das Hoheitsgebiet des anderen Vertragspartners haben können;
2. beim Auftreten von ansteckenden bzw. übertragbaren Krankheiten bei Menschen oder Tieren sowie beim Auftreten von Feld- oder Waldschädlingen in der Nähe der Staatsgrenze;
3. bei Feststellung von Öl oder anderen Wasserschadstoffen in Grenzgewässern oder in Gewässern in der Nähe der Staatsgrenze, soweit sie Auswirkungen auf das Hoheitsgebiet des anderen Vertragspartners haben können;
4. bei Verunreinigungen der Luft in der Nähe der Staatsgrenze, soweit sie eine unmittelbare Gefahr für die Gesundheit der Menschen, für Tiere und Pflanzen auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragspartners hervorrufen können;
5. bei zeitweiliger Schließung von Grenzübergangsstellen oder Einschränkung des grenzüberschreitenden Verkehrs.

Der Austausch von Informationen auf diplomatischem Wege wird davon nicht berührt.

(6) Angelegenheiten, die von den Grenzbevollmächtigten nicht gelöst werden können oder die ihre Zuständigkeit überschreiten, sind an die Hauptgrenzbevollmächtigten weiterzuleiten.

(7) Die Bestimmungen dieses Artikels schließen nicht aus, daß den Grenzbevollmächtigten Angelegenheiten zur Lösung übertragen werden, die durch die Hauptgrenzbevollmächtigten oder auf diplomatischem Wege erörtert wurden.

Artikel 6

Die Stellvertreter der Hauptgrenzbevollmächtigten und die Stellvertreter der Grenzbevollmächtigten haben im Bereich der ihnen übertragenen Aufgaben die gleichen Rechte und Pflichten wie die Personen, die sie vertreten.

Artikel 7

(1) Die Gehilfen der Grenzbevollmächtigten erfüllen Aufgaben, die ihnen durch die Grenzbevollmächtigten oder deren Stellvertreter übertragen werden.

(2) Die Grenzbevollmächtigten beider Vertragspartner stimmen gemeinsam den Bereich der den Gehilfen zu übertragenden Aufgaben ab.

Abschnitt II

Sicherheit und Ordnung an der Staatsgrenze

Artikel 8

(1) Die Grenzbevollmächtigten der Vertragspartner arbeiten bei der Verhinderung von Verletzungen der Staatsgrenze, bei der Verfolgung und Festnahme von Personen, die die Staatsgrenze widerrechtlich zu überschreiten versuchen oder diese widerrechtlich überschritten haben (im folgenden Grenzverletzer genannt), sowie bei der Aufklärung anderer Verletzungen von Rechtsvorschriften, die die Sicherheit und Ordnung an der Staatsgrenze regeln, zusammen.

(2) Führen Spuren eines Grenzverletzers auf das Hoheitsgebiet des anderen Vertragspartners, hat das die Verfolgung durchführende Grenzschutzorgan dem Grenzschutzorgan des anderen Vertragspartners unverzüglich alle notwendigen Angaben zu übermitteln, um eine weitere Verfolgung zu ermöglichen.

(3) Eine unmittelbare Verfolgung des Grenzverletzers über die Staatsgrenze auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragspartners darf nur durch Grenzschutzorgane erfolgen und bedarf der Zustimmung des Grenzbevollmächtigten des anderen Vertragspartners. Eine unmittelbare Verfolgung ohne diese Zustimmung kann nur dann durchgeführt werden, wenn eine Verzögerung das Entkommen des Grenzverletzers zur Folge hätte. Eine unmittelbare Verfolgung ist nur ausnahmsweise in unerläßlichen Fällen und nur bis zu dem Ort zulässig, an dem die Verfolger auf die zuständigen Organe des anderen Vertragspartners treffen, jedoch nicht weiter als 5 km in die Tiefe des Hoheitsgebietes des anderen Vertragspartners. Eine unmittelbare Verfolgung in Ortschaften ist nicht zulässig.

(4) Bei der unmittelbaren Verfolgung auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragspartners können Diensthunde und Dienstfahrzeuge eingesetzt werden.

(5) Eine unmittelbare Verfolgung liegt vor, wenn der Verfolgte sich im Blickfeld der Verfolger befindet oder wenn der Diensthund fährt.

(6) Während der unmittelbaren Verfolgung auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragspartners darf von der Waffe nur im Falle der Notwehr Gebrauch gemacht werden. Das Betreten von Gebäuden ist nicht zulässig. Das verfolgende Organ ist berechtigt, festzustellen, ob der festgenommene Grenzverletzer eine Waffe oder andere Gegenstände besitzt, die er gegen das verfolgende Organ verwenden könnte, und diese Waffen und Gegenstände in Verwahrung zu nehmen.

(7) Der bei der unmittelbaren Verfolgung auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragspartners festgenommene Grenzverletzer wird mit den bei der Verfolgung und Festnahme in Verwahrung genommenen Gegenständen unverzüglich dem Grenzschutzorgan des Vertragspartners übergeben, auf dessen Hoheitsgebiet er festgenommen wurde. Für das weitere Verfahren gilt Artikel 9.

Artikel 9

(1) Personen, die wegen vorsätzlichen widerrechtlichen Überschreitens der Staatsgrenze festgenommen wurden, werden durch den Grenzbevollmächtigten dem Grenzbevollmächtigten des anderen Vertragspartners übergeben. Die Übergabe erfolgt entsprechend den Rechtsvorschriften des Vertragspartners, auf dessen Hoheitsgebiet die Personen festgenommen wurden, in einer Frist bis zu 48 Stunden vom Zeitpunkt der Festnahme an. Gleichzeitig werden die Gegenstände und Zahlungsmittel, die die Personen bei der Festnahme mit sich führten, übergeben, wenn diese Gegenstände und Zahlungsmittel vom Hoheitsgebiet des anderen Vertragspartners ausgeführt wurden. Zahlungsmittel des Vertragspartners, auf dessen Hoheitsgebiet die Personen festgenommen wurden, werden nicht übergeben, wenn eindeutig festgestellt wurde, daß der Erwerb dieser Zahlungsmittel auf ungesetzlichem Wege erfolgte.

(2) Die festgenommenen Personen werden nicht übergeben, wenn sie Bürger des Vertragspartners sind, auf dessen Hoheitsgebiet sie festgenommen wurden.

(3) Die Übergabe festgenommener Personen nach Absatz 1 erfolgt nicht, wenn die zuständigen Untersuchungsorgane wegen des widerrechtlichen Überschreitens der Staatsgrenze oder wegen des Verdachtes der Begehung weiterer strafbarer Handlungen eine andere Entscheidung treffen. In diesem Falle finden die zwischenstaatlichen Vereinbarungen beider Vertragspartner über die gegenseitige Rechtshilfe in Strafsachen Anwendung.

(4) Der Grenzbevollmächtigte des anderen Vertragspartners ist, auch wenn keine Übergabe erfolgt, über Festnahmen wegen widerrechtlichen Überschreitens der Staatsgrenze in jedem Fall unverzüglich zu informieren.

Artikel 10

(1) Personen, die wegen unbeabsichtigten widerrechtlichen Überschreitens der Staatsgrenze festgenommen wurden, werden dem Grenzbevollmächtigten des Vertragspartners, von dessen Hoheitsgebiet sie gekommen sind, unverzüglich übergeben. Hinsichtlich der Gegenstände und Zahlungsmittel, die diese Personen bei der Festnahme mit sich führten, wird entsprechend Artikel 9 Absatz 1 verfahren.

(2) Handelt es sich bei den in Absatz 1 genannten Personen um Bürger des Vertragspartners, auf dessen Hoheitsgebiet sie festgenommen wurden, können die zuständigen Organe dieses Vertragspartners in Abstimmung mit den zuständigen Organen des anderen Vertragspartners über die unverzügliche Rückkehr dieser Personen auf das Hoheitsgebiet des anderen Vertragspartners entscheiden.

(3) Sind die in Absatz 1 genannten Personen der Begehung strafbarer Handlungen auf dem Hoheitsgebiet des Vertragspartners, auf dem sie festgenommen wurden, verdächtig, so werden die Bestimmungen des Artikels 9 Absätze 3 und 4 entsprechend angewandt.

Artikel 11

Der Grenzbevollmächtigte eines Vertragspartners kann die Übernahme der in den Artikeln 9 oder 10 genannten Personen verweigern oder aussetzen, wobei er gleichzeitig die Gründe für die Verweigerung oder Aussetzung der Übernahme anzugeben hat.

Artikel 12

Tiere oder Sachen, die auf das Gebiet des anderen Vertragspartners gelangt sind, können mit Zustimmung der Grenzbevollmächtigten zurückgeführt werden.

Artikel 13

(1) Die Grenzbevollmächtigten führen gemeinsam Sachaufklärungen über Schäden durch, die infolge der Verletzung der Ordnung an der Staatsgrenze entstanden sind. Die Sachaufklärung umfaßt das Sammeln und die Sicherstellung von Beweisen sowie ihre Übergabe an die zuständigen Organe.

(2) Schadensfälle mit geringem Umfang können von den Grenzbevollmächtigten der Vertragspartner gemeinsam mit dem Verursacher und dem Geschädigten in beiderseitigem Einverständnis an Ort und Stelle geklärt werden. Diese Schadensfälle werden an die für die Regulierung des Schadenersatzes zuständigen Organe nicht übergeben, wenn aus dem von den Grenzbevollmächtigten angefertigten Protokoll ersichtlich ist, daß die geschädigte Seite keine Forderungen mehr hat.

(3) Über die Art des Schadenersatzes einigen sich die Grenzbevollmächtigten oder andere zuständige Organe entsprechend den geltenden Bestimmungen über den Zahlungsverkehr zwischen den Vertragspartnern, sofern der Schaden nicht auf andere Weise ersetzt wurde.

(4) Die von den Grenzbevollmächtigten getroffene Entscheidung in den in Absatz 2 genannten Fällen schließt nicht aus, die Ansprüche gerichtlich geltend zu machen.

Artikel 14

Die nach diesem Vertrag von den Grenzbevollmächtigten durchzuführenden Sachaufklärungen haben nicht den Charakter von Prüfungs- und Ermittlungshandlungen der Untersuchungsorgane.

Artikel 15

Die Vertragspartner werden alle wirtschaftlichen Arbeiten in der Nähe der Staatsgrenze so durchführen, daß die Interessen des anderen Vertragspartners nicht geschädigt werden und die Sicherheit und Ordnung an der Staatsgrenze berücksichtigt wird.

Artikel 16

Bei der Durchführung von Jagden ist das Schießen über die Staatsgrenze und die Verfolgung des Wildes auf dem Hoheitsgebiet des Vertragspartners verboten.

Artikel 17

Der Fischfang auf Grenzgewässern vom Ufer bis zur Grenzlinie ist nur von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang gestattet.

Artikel 18

Die Grenzbevollmächtigten der Vertragspartner informieren sich gegenseitig über vorgesehene Veranstaltungen an der Staatsgrenze und legen dazu die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen fest.

Artikel 19

Der Verkehr über die Grenzübergangsstellen und der privilegierte Eisenbahndurchgangsverkehr sowie die Zusammenarbeit der zuständigen Organe beider Vertragspartner bei der gemeinsamen Kontrolle des grenzüberschreitenden Personen- und Güterverkehrs werden von diesem Vertrag nicht berührt.

Artikel 20

(1) Straßen und Wege, auf denen die Staatsgrenze verläuft bzw. die ganz oder teilweise auf dem Hoheitsgebiet eines der Vertragspartner verlaufen und auf Grund der örtlichen Lage von den Bürgern beider Vertragspartner benutzt werden, unterhalten die dafür zuständigen Organe der Vertragspartner so, daß sie den Verkehrsbedürfnissen entsprechen.

(2) Die zuständigen Organe der Vertragspartner informieren die Hauptgrenzbevollmächtigten über die geplanten Maßnahmen zur Unterhaltung der Straßen und Wege gemäß Absatz 1.

(3) Die Bürger der Vertragspartner, die die in Absatz 1 bezeichneten Straßen und Wege benutzen, benötigen keine Grenzübertrittsdokumente. Sie unterliegen den Rechtsvorschriften des Vertragspartners, dessen Bürger sie sind.

(4) Das Verzeichnis der in Absatz 1 bezeichneten Straßen und Wege wird von den Regierungen der Vertragspartner bestätigt.

Abschnitt III

Überschreiten der Staatsgrenze

Artikel 21

(1) Die Hauptgrenzbevollmächtigten, deren Stellvertreter, die Grenzbevollmächtigten sowie deren Stellvertreter und Gehilfen können im Zusammenhang mit der Erfüllung ihrer Aufgaben die Staatsgrenze auf Grund ihrer Vollmachten überschreiten.

(2) Experten, deren Anwesenheit bei der Erfüllung der Aufgaben erforderlich ist, überschreiten die Staatsgrenze nur in Anwesenheit einer in Absatz 1 genannten Person.

Artikel 22

(1) Die in Artikel 21 genannten Personen sind beim Grenzübertritt und während des Aufenthaltes auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragspartners im Zusammenhang mit der Erfüllung ihrer Aufgaben, die sich aus diesem Vertrag ergeben, von der Zollkontrolle, von Einfuhr- und Ausfuhrbeschränkungen sowie von Zoll- und anderen Gebühren in

bezug auf Dienstdokumente, Transportmittel und andere Gegenstände, die zur Dienstausbübung und zum persönlichen Bedarf erforderlich sind, befreit.

(2) Die in Artikel 21 genannten Personen können während des Aufenthaltes auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragspartners ihre Uniform und die Dienstwaffe tragen. Während der Erfüllung ihrer Aufgaben auf diesem Hoheitsgebiet genießen sie das Recht der Unverletzlichkeit ihrer Person, der mitgeführten Transportmittel und Dienstdokumente. Der andere Vertragspartner leistet diesen Personen auf deren Antrag die erforderliche Unterstützung, insbesondere durch die Gewährleistung von Transportmitteln, Unterkunft und Nachrichtenverbindungen zu den eigenen Organen.

Artikel 23

(1) Personen, die auf Grund von Vereinbarungen der zuständigen Organe der Vertragspartner mit der Vermessung, Vermarkung und der Unterhaltung der Staatsgrenze, mit Arbeiten an Verkehrs- oder anderen technischen Anlagen, mit Arbeiten an Brücken, mit wasserwirtschaftlichen Maßnahmen, mit Regulierungsarbeiten an den Grenzgewässern, mit Vermessungsarbeiten, mit der Instandhaltung und Kontrolle kommunaler Einrichtungen sowie mit Arbeiten auf den Übergabe-/Übernahmebahnhöfen oder mit anderen Arbeiten in der Nähe der Staatsgrenze auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragspartners beauftragt sind, müssen im Besitz eines Grenzausweises sein.

(2) Der Grenzübertritt zur Ausführung der in Absatz 1 aufgeführten Arbeiten kann nach Abstimmung mit dem zuständigen Grenzbevollmächtigten auch außerhalb von Grenzübergangsstellen erfolgen.

(3) Der Grenzausweis berechtigt zur Durchführung von Arbeiten auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragspartners bis zu einer Tiefe von 5 km. Bei Notwendigkeit kann diese Entfernung mit Zustimmung der Grenzbevollmächtigten beider Vertragspartner erweitert werden.

(4) Personen, die die Staatsgrenze zur Durchführung von Arbeiten außerhalb von Grenzübergangsstellen überschritten haben, ist der Aufenthalt auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragspartners grundsätzlich nur von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang erlaubt. Wenn die Arbeiten nachts ausgeführt werden sollen, sind darüber die Grenzbevollmächtigten und in besonders dringenden Fällen die örtlichen Grenzschutzorgane beider Vertragspartner rechtzeitig zu informieren. Diese Information entfällt für Beschäftigte, die zur Gewährleistung des Verkehrsablaufes an den Übergabe-/Übernahmebahnhöfen Tag und Nacht eingesetzt sind.

Artikel 24

(1) Die in Artikel 23 Absatz 1 genannten Personen sind berechtigt, das zur Ausführung der ihnen übertragenen Arbeiten erforderliche Material, die Transportmittel und Arbeitsgeräte auf das Hoheitsgebiet des anderen Vertragspartners zollfrei ein- und auszuführen. Erstrecken sich die Arbeiten über mehrere Tage, können diese Gegenstände mit Genehmigung der zuständigen Organe des Vertragspartners am Arbeitsplatz hinterlegt werden.

(2) Die zuständigen Organe der Vertragspartner legen in gegenseitiger Vereinbarung die Grundsätze der Befreiung von Zollgebühren und von Einschränkungen fest, die für die in Artikel 23 Absatz 1 genannten Personen beim Grenzübertritt gelten.

Artikel 25

(1) Angehörige der Grenz- und Zollkontrollorgane, Beschäftigte der Eisenbahnverwaltungen und Beschäftigte anderer an der Kontrolle, Abfertigung und Sicherung des grenzüberschreitenden Verkehrs beteiligter Organe der Vertragspartner können zur Ausübung ihrer Tätigkeit die Staatsgrenze mit Grenzausweisen überschreiten.

(2) Die in Artikel 23 Absätze 3 und 4 genannten Einschränkungen finden auf die in Absatz 1 genannten Personen keine Anwendung.

Artikel 26

Die Hauptgrenzbevollmächtigten legen gemeinsam die erforderlichen Maßnahmen fest, die von den zuständigen Organen der Vertragspartner bei der Durchführung wirtschaftlich-technischer Vorhaben, die die Staatsgrenze schneiden, zu beachten sind. Zu diesem Zwecke sind diese Organe verpflichtet, den Hauptgrenzbevollmächtigten rechtzeitig von der Vorbereitung der geplanten Maßnahmen in Kenntnis zu setzen.

Artikel 27

Die Grenzbevollmächtigten der Vertragspartner sind berechtigt, das Überschreiten der Staatsgrenze außerhalb der Grenzübergangsstellen nach gegenseitiger Abstimmung auch in anderen Einzelfällen zu gestatten.

Artikel 28

Die Festlegung der Muster und die Ausstellung der Grenzausweise erfolgt nach den innerstaatlichen Bestimmungen der Vertragspartner. Die zuständigen Organe der Vertragspartner tauschen die Muster der Grenzausweise gegenseitig aus.

Artikel 29

(1) Bei Elementarkatastrophen, Havarien oder anderen Not-situationen in der Nähe der Staatsgrenze können die zuständigen Organe eines Vertragspartners Hilfeleistung durch die zuständigen Organe des anderen Vertragspartners über die Grenzbevollmächtigten beantragen. Bei Gefahr im Verzuge oder auf der Grundlage anderer Vereinbarungen können die zuständigen Organe des einen Vertragspartners die Hilfeleistung durch die zuständigen Organe des anderen Vertragspartners direkt beantragen; die zuständigen Organe des Vertragspartners informieren darüber unverzüglich den Grenzbevollmächtigten.

(2) Zur Hilfeleistung entsprechend Absatz 1 können Rettungseinheiten, Hilfsmannschaften, Ärzte und andere Mitarbeiter des Gesundheitswesens die Staatsgrenze mit Personalausweis überschreiten und sich auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragspartners während der für die Hilfeleistung erforderlichen Zeit aufhalten.

(3) Der Grenzübertritt in den in Absatz 1 genannten Fällen kann an den Grenzübergangsstellen oder an anderen dazu vereinbarten Orten erfolgen.

(4) Mitgeführte Materialien, Geräte, Werkzeuge, Transport- und Nachrichtsmittel, die zur Hilfeleistung benötigt werden, sowie Gegenstände des persönlichen Bedarfs der in Absatz 2 genannten Personen sind zollfrei. Die Geräte, Werkzeuge, Transport- und Nachrichtsmittel sowie die nichtverbrauchten Materialien sind wieder zurückzuführen.

(5) Die in den Absätzen 2 bis 4 vereinbarten Regelungen gelten entsprechend auch für die Durchführung von gemeinsamen Übungen.

Artikel 30

(1) Bei Elementarkatastrophen, Havarien oder anderen Not-situationen können Personen die Staatsgrenze an jeder Stelle und zu jeder Zeit überschreiten, wenn dadurch Gefahr für Leib und Leben der eigenen Person oder anderer Personen abgewendet werden kann.

(2) Die Rückkehr der in Absatz 1 genannten Personen gewährleisten die Grenzbevollmächtigten der Vertragspartner.

Artikel 31

(1) Die Kosten, die durch Hilfeleistung gemäß Artikel 29 und 30 entstanden sind, trägt der Vertragspartner, der um die Hilfe ersucht hat bzw. dessen Staatsbürgern die Hilfe erwiesen wurde.

(2) Zu diesen Kosten gehören insbesondere die materiellen Entschädigungen im Falle des Todes, der Verletzung oder Gesundheitsschädigung einer hilfeleistenden Person sowie der Ersatz der Kosten für den Verlust oder die Beschädigung von Gegenständen bzw. Geräten.

(3) Der Schadenersatzanspruch von Personen, die Hilfe geleistet haben, und seine Höhe werden nach den Rechtsvorschriften des Vertragspartners festgelegt, auf dessen Hoheitsgebiet sie leben.

(4) Die Zahlung der Erstattungs- und Entschädigungskosten entsprechend den Absätzen 1 bis 3 erfolgt nach den gültigen Bestimmungen über den Zahlungsverkehr beider Staaten.

Artikel 32

Der Grenzübertritt von Personen, die an Massenveranstaltungen in der Nähe der Staatsgrenze, die gemeinsam von staatlichen Organen oder gesellschaftlichen Organisationen beider Vertragspartner organisiert werden, teilnehmen, erfolgt entsprechend den vor der Veranstaltung mit den Hauptgrenzbevollmächtigten abgestimmten Prinzipien.

Abschnitt IV
Schlußbestimmungen

Artikel 33

(1) Zur Durchführung dieses Vertrages schließen die zuständigen zentralen Organe der Vertragspartner entsprechende Vereinbarungen ab.

(2) Die Anlagen dieses Vertrages können durch Vereinbarung der zuständigen zentralen Organe der Vertragspartner verändert werden.

Artikel 34

Dieser Vertrag bedarf der Ratifizierung und tritt mit dem Tag des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft. Der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt in PRAG.

Artikel 35

Dieser Vertrag wird für die Zeit von zehn Jahren abgeschlossen. Seine Gültigkeit verlängert sich jeweils um fünf Jahre, wenn keiner der Vertragspartner diesen Vertrag spätestens sechs Monate vor Ablauf der Gültigkeitsdauer kündigt.

Artikel 36

Mit dem Tage des Inkrafttretens dieses Vertrages treten außer Kraft:

1. Das Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Tschechoslowakischen Republik über die Grenzbevollmächtigten vom 22. September 1956;
2. Die Vereinbarung zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Tschechoslowakischen Republik über Hilfe bei Elementarkatastrophen vom 6. Oktober 1956, in der Fassung der Änderung des Artikels II, die durch Notenaustausch vom 28. Mai 1963 erfolgte.

Dieser Vertrag wurde am 8. September 1976 in Berlin in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und tschechischer Sprache, ausgefertigt, wobei beide Texte gleiche Gültigkeit haben.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der Vertragspartner diesen Vertrag unterzeichnet und mit ihrem Siegel versehen.

Für die
Deutsche Demokratische
Republik
Peter

Für die
Tschechoslowakische Sozialistische
Republik
Kropáček

Anlage I

(Seite 1)

(Seite 2)

(Seite 3)

Vollmacht

Die Regierung
der Deutschen Demokratischen Republik
ernannte

Gleicher Text in
tschechischer oder
slowakischer Sprache

den
(Dienstgrad, Vorname, Name)

zum
Hauptgrenzbevollmächtigten

(Lichtbild)

für die Staatsgrenze zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik.

(Siegel)

Der Genannte ist bevollmächtigt, seine Tätigkeit entsprechend dem Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Zusammenarbeit an der gemeinsamen Staatsgrenze und die gegenseitige Hilfe in Grenzangelegenheiten vom durchzuführen, und hat auf Grund dieser Vollmacht das Recht, die Staatsgrenze zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik zu überschreiten.

.....
Unterschrift
des Inhabers

Berlin, den 19....

Der Vorsitzende des Ministerrates
der Deutschen Demokratischen Republik

Anlage 2

(Seite 1)

(Seite 2)

(Seite 3)

Vollmacht

Der Minister
der Deutschen Demokratischen RepublikGleicher Text in
tschechischer oder
slowakischer Sprache

Nr.

ernannte

den
(Dienstgrad, Vorname, Name)

zum

Stellvertreter des Hauptgrenzbevollmächtigten

(Lichtbild)

für die Staatsgrenze zwischen der Deutschen Demokratischen
Republik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Repu-
blik.

(Siegel)

Der Genannte ist bevollmächtigt, seine Tätigkeit entsprechend
dem Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Repu-
blik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik
über die Zusammenarbeit an der gemeinsamen Staatsgrenze
und die gegenseitige Hilfe in Grenzangelegenheiten vom
durchzuführen, und hat auf Grund dieser Vollmacht das Recht,
die Staatsgrenze zwischen der Deutschen Demokratischen
Republik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Repu-
blik zu überschreiten......
Unterschrift
des Inhabers

Berlin, den 19....

Minister

Anlage 3

(Seite 1)

(Seite 2)

(Seite 3)

Vollmacht

Der Minister
der Deutschen Demokratischen RepublikGleicher Text in
tschechischer oder
slowakischer Sprache

Nr.

ernannte

den
(Dienstgrad, Vorname, Name)

zum

Grenzbevollmächtigten

(Lichtbild)

im Bereich
der Staatsgrenze zwischen der Deutschen Demokratischen Re-
publik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Repu-
blik.

(Siegel)

Der Genannte ist bevollmächtigt, seine Tätigkeit entsprechend
dem Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Repu-
blik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik
über die Zusammenarbeit an der gemeinsamen Staatsgrenze
und die gegenseitige Hilfe in Grenzangelegenheiten vom
durchzuführen, und hat auf Grund dieser Vollmacht das Recht,
die Staatsgrenze zwischen der Deutschen Demokratischen
Republik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Repu-
blik von dem Grenzzeichen Nr. bis zu dem Grenzzeichen
Nr. zu überschreiten......
Unterschrift
des Inhabers

Berlin, den 19....

Minister

Anlage 4

(Seite 1)

(Seite 2)

(Seite 3)

Vollmacht

Nr.

Der Hauptgrenzbevollmächtigte
der Deutschen Demokratischen Republik.

ernannte

Gleicher Text in
tschechischer oder
slowakischer Spracheden
(Dienstgrad, Vorname, Name)

zum

Stellvertreter des Grenzbevollmächtigten

(Lichtbild)

im Bereich
der Staatsgrenze zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik.

(Siegel)

Der Genannte ist bevollmächtigt, seine Tätigkeit entsprechend dem Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Zusammenarbeit an der gemeinsamen Staatsgrenze und die gegenseitige Hilfe in Grenzangelegenheiten vom durchzuführen, und hat auf Grund dieser Vollmacht das Recht, die Staatsgrenze zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik von dem Grenzzeichen Nr. bis zu dem Grenzzeichen Nr. zu überschreiten.

.....
Unterschrift
des Inhabers

Berlin, den 19....

Der Hauptgrenzbevollmächtigte

Anlage 5

(Seite 1)

(Seite 2)

(Seite 3)

Vollmacht

Nr.

Der Grenzbevollmächtigte
der Deutschen Demokratischen Republik.

ernannte

Gleicher Text in
tschechischer oder
slowakischer Spracheden
(Dienstgrad, Vorname, Name)

zum

Gehilfen des Grenzbevollmächtigten

(Lichtbild)

im Bereich
der Staatsgrenze zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik.

(Siegel)

Der Genannte ist bevollmächtigt, seine Tätigkeit entsprechend dem Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Zusammenarbeit an der gemeinsamen Staatsgrenze und die gegenseitige Hilfe in Grenzangelegenheiten vom durchzuführen, und hat auf Grund dieser Vollmacht das Recht, die Staatsgrenze zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik von dem Grenzzeichen Nr. bis zu dem Grenzzeichen Nr. zu überschreiten.

.....
Unterschrift
des Inhabers

Berlin, den 19....

Der Grenzbevollmächtigte

Verzeichnis
der Straßen und Wege gemäß Artikel 20 des Vertrages
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik
über die Zusammenarbeit an der gemeinsamen Staatsgrenze
und die gegenseitige Hilfe in Grenzangelegenheiten

Lfd. Nr.	Gemeinde Kreis		Grenzzeichen		Länge in Meter
			Abschnitts- stein	Hauptstein/ Zwischenstein	
1	2		3	4	5
1	Hartau Zittau	— Hrádek nad Nisou Liberec	III	8/1 — 8/7	300
2	Lückendorf Zittau	— Petrovice Česká Lípa	III	9/3 — 9/0	120
3	Lückendorf Zittau	— Heřmanice Česká Lípa	III	13 — 13/23	960
4	Oybin Zittau	— Heřmanice Česká Lípa	III	13/25 — 14/11	620
5	Oybin Zittau	— Heřmanice Česká Lípa	III	14/32 — 14/34	30
6	Oybin Zittau	— Krompach Česká Lípa	III	16/10 — 16/32	965
7	Oybin/Hain Zittau	— Krompach Česká Lípa	III	16/32 — 17	125
8	Neugersdorf Löbau	— Jiřikov Děčín	V	7/1 — 7/23	990
9	Neugersdorf Löbau	— Jiřikov Děčín	V	9 — 9/8	360
10	Taubenheim Bautzen	— Šluknov Děčín	VI	10/29 — 10/31	75
11	Rosenthal Pirna	— Tisá Ústí nad Labem	X	19 — 20	980
12	Bahratal Pirna	— Tisá Ústí nad Labem	X	21 — 23	1 600
13	Zinnwald Dippoldiswalde	— Cínovec Teplice	XII	12/10 — 12/16	200
14	Cämmerswalde Brand-Erbisdorf	— Český Jiřetín/ Klíný Most	XIV	5 — 6	1 300
15	Deutscheinsiedel Marienberg	— Klíný Most	XIV	7 — 7/14	560
16	Deutscheinsiedel Marienberg	— Klíný Most	XIV	9 — 10	650
17	Rübenau Marienberg	— Kalek Chomutov	XVI	4 — 5	960
18	Jöhstadt Annaberg	— Vejprty Chomutov	XVII	10/12 — 10/26	1 000
19	Johanngeorgenstadt Schwarzenberg	— Nové Hamry Karlovy Vary	XX	4/8 — 5/4	1 265
20	Wickenthal Aue	— Nové Hamry Karlovy Vary	XX	8/2 — 10/1	2 500
21	Aschberg Klingenthal	— Bublava Sokolov	XXI	8/17 — 10/4	450
22	Klingenthal Klingenthal	— Kraslice Sokolov	XXII	1/9 — 1/27	800
23	Wernitzgrün Klingenthal	— Luby Cheb	XXII	9 — 9/8	600
24	Wernitzgrün Klingenthal	— Luby Cheb	XXIII	1/7 — 1/10	120

Lfd. Nr.	Gemeinde Kreis		Grenzzeichen		Länge in Meter
			Abschnittsstein	Hauptstein/ Zwischenstein	
1	2		3	4	5
25	Bad Brambach Oelsnitz	-- Plesná Cheb	XXIII	15/2 -- 15/5	175
26	Bad Brambach Oelsnitz	-- Plesná Cheb	XXIII	15/9 -- 16	300
27	Schönberg Oelsnitz	-- Plesná, Skalná Cheb	XXIII	17 -- 21	4 500
28	Bad Brambach/Bärenndorf Oelsnitz	-- Hazlov Cheb	XXIV	4/9 -- 4/15	315
29	Bad Brambach/Hohendorf Oelsnitz	-- Vernéřov Cheb	XXIV	6/1 -- 6/3	300
30	Bad Brambach/Hohendorf Oelsnitz	-- Vernéřov Cheb	XXIV	6/18 -- 6/22	120
31	Bad Brambach Oelsnitz	-- Vernéřov Cheb	XXIV	10 -- 11	80
32	Bad Elster Oelsnitz	-- Kopaniny Cheb	XXV	2/17 -- 2/18	50
33	Bad Elster Oelsnitz	-- Kopaniny Cheb	XXV	2/21 -- 2/29	400
34	Bad Elster Oelsnitz	-- Studánka Cheb	XXV	5 -- 5/11	600
35	Bad Elster Oelsnitz	-- Hranice Cheb	XXV	5/15 -- 5/16	65
36	Bad Elster Oelsnitz	-- Hranice Cheb	XXV	5/18 -- 7/2	150
37	Gettengrün Oelsnitz	-- Hranice Cheb	XXV	8/40 -- 9	40

**Bekanntmachung
über die Ratifikation von Übereinkommen
der Internationalen Arbeitsorganisation**

vom 25. August 1977

Der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik ratifizierte am 28. Juni 1977 folgende Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation:

- das Übereinkommen 47 über die Verkürzung der Arbeitszeit auf vierzig Stunden wöchentlich, 1935,
- das Übereinkommen 140 über den bezahlten Bildungsurlaub, 1974.

Am 14. Juli 1977 wurden die Ratifikationsurkunden beim Generaldirektor der Internationalen Arbeitsorganisation hinterlegt.

Gemäß ihren jeweiligen Inkraftsetzungsbestimmungen treten die Übereinkommen für die Deutsche Demokratische Republik am 14. Juli 1978 in Kraft.

Die Übereinkommen werden nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 25. August 1977

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

H. Eichler

(Übersetzung)

ÜBEREINKOMMEN 47**Übereinkommen über die Verkürzung der Arbeitszeit
auf vierzig Stunden wöchentlich**

Die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation,

die in Genf am 4. Juni 1935 zu ihrer neunzehnten Tagung zusammengetreten ist,

geht von der Erwägung aus, daß die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit den sechsten Gegenstand ihrer Tagesordnung bildet,

daß die Arbeitslosigkeit einen solchen Umfang angenommen hat und schon so lange anhält, daß sich zur Zeit Millionen von Arbeitnehmern in der Welt ohne eigenes Verschulden in Not befinden und Entbehrungen erleiden, von denen befreit zu werden sie mit Recht fordern können,

daß es erwünscht wäre, die Arbeitnehmer soweit als möglich der Vorteile des technischen Fortschrittes teilhaftig werden zu lassen, dessen rasche Entwicklung für die Wirtschaft der Neuzeit kennzeichnend ist,

daß es im Sinne der Entschlüsse der achtzehnten und neunzehnten Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz erforderlich ist, auf die möglichste Verkürzung der Arbeitszeit in allen Beschäftigungsgruppen hinzuwirken.

Die Konferenz nimmt deshalb heute, am 22. Juni 1935, das folgende Übereinkommen an, das als Übereinkommen über die Vierzigstundenwoche, 1935, bezeichnet wird.

Artikel 1

Jedes Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation, das dieses Übereinkommen ratifiziert, erklärt sich für

- a) den Grundsatz der Vierzigstundenwoche, durchgeführt in der Weise, daß dadurch der Stand der Lebenshaltung der Arbeitnehmer nicht gesenkt wird,
- b) die Annahme oder Förderung von Maßnahmen, die zur Erreichung dieses Zieles für geeignet erachtet werden,

und verpflichtet sich, diesen Grundsatz auf die verschiedenen Beschäftigungsgruppen anzuwenden nach den näheren, noch festzulegenden Bestimmungen von besonderen Übereinkommen, falls diese von ihm ratifiziert werden.

Artikel 2

Die förmlichen Ratifikationen dieses Übereinkommens sind dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes zur Eintragung mitzuteilen.

Artikel 3

1. Dieses Übereinkommen bindet nur diejenigen Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation, deren Ratifikation durch den Generaldirektor eingetragen ist.

2. Es tritt in Kraft zwölf Monate nachdem die Ratifikationen zweier Mitglieder durch den Generaldirektor eingetragen worden sind.

3. In der Folge tritt dieses Übereinkommen für jedes andere Mitglied zwölf Monate nach der Eintragung seiner Ratifikation in Kraft.

Artikel 4

Sobald die Ratifikationen zweier Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation eingetragen sind, teilt der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes dies sämtlichen Mitgliedern der Internationalen Arbeitsorganisation mit. Auch gibt er ihnen Kenntnis von der Eintragung der Ratifikationen, die ihm später von anderen Mitgliedern der Organisation mitgeteilt werden.

Artikel 5

1. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat, kann es nach Ablauf von zehn Jahren, gerechnet von dem Tag, an dem es zum ersten Mal in Kraft getreten ist, durch Anzeige an den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes kündigen. Die Kündigung wird von diesem eingetragen. Ihre Wirkung tritt erst ein Jahr nach der Eintragung ein.

2. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat und innerhalb eines Jahres nach Ablauf des im vorigen Absatz genannten Zeitraumes von zehn Jahren von dem in diesem Artikel vorgesehenen Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht, bleibt für einen weiteren Zeitraum von zehn Jahren gebunden. In der Folge kann es dieses Übereinkommen jeweils nach Ablauf eines Zeitraumes von zehn Jahren nach Maßgabe dieses Artikels kündigen.

Artikel 6

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat, sooft er es für nötig erachtet, der Allgemeinen Konferenz einen Bericht über die Durchführung dieses Übereinkommens zu erstatten und zu prüfen, ob die Frage seiner gänzlichen oder teilweisen Abänderung auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werden soll.

Artikel 7

1. Nimmt die Allgemeine Konferenz ein neues Übereinkommen an, welches das vorliegende Übereinkommen ganz oder teilweise abändert, und sieht das neue Übereinkommen nichts anderes vor, so gelten folgende Bestimmungen:

- a) Die Ratifikation des neugefaßten Übereinkommens durch ein Mitglied schließt ohne weiteres die sofortige Kündigung des vorliegenden Übereinkommens in sich ohne Rücksicht auf Artikel 5, vorausgesetzt, daß das neugefaßte Übereinkommen in Kraft getreten ist.
- b) Vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des neugefaßten Übereinkommens an kann das vorliegende Übereinkommen von den Mitgliedern nicht mehr ratifiziert werden.

2. Indessen bleibt das vorliegende Übereinkommen nach Form und Inhalt jedenfalls in Kraft für die Mitglieder, die dieses, aber nicht das neugefaßte Übereinkommen ratifiziert haben.

Artikel 8

Der französische und der englische Wortlaut dieses Übereinkommens sind in gleicher Weise maßgebend.

(Übersetzung)

ÜBEREINKOMMEN 140**Übereinkommen
über den bezahlten Bildungsurlaub**

Die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation,

die vom Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes nach Genf einberufen wurde und am 5. Juni 1974 zu ihrer neunundfünfzigsten Tagung zusammengetreten ist,

verweist auf Artikel 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, in dem festgestellt wird, daß jeder Mensch das Recht auf Bildung hat,

verweist ferner auf die Bestimmungen über die zeitweilige Freistellung von Arbeitnehmern oder die Gewährung von Freizeit zur Teilnahme an Bildungs- oder Berufsbildungsprogrammen, die in bestehenden internationalen Arbeitsempfehlungen betreffend die berufliche Ausbildung und den Schutz der Arbeitnehmervertreter enthalten sind,

Ist der Ansicht, daß die Notwendigkeit einer fortdauernden Bildung und Berufsbildung entsprechend der wissenschaftlichen und technischen Entwicklung und dem Wandel der wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen angemessene Vorkehrungen für einen Urlaub zu Bildungs- und Berufsbildungszwecken erfordert, um neuen Bestrebungen, Bedürfnissen und Zielen sozialer, wirtschaftlicher, technischer und kultureller Art zu entsprechen,

Ist der Ansicht, daß der bezahlte Bildungsurlaub als eines der Mittel zur Befriedigung der echten Bedürfnisse des einzelnen Arbeitnehmers in einer modernen Gesellschaft betrachtet werden sollte,

Ist der Ansicht, daß der bezahlte Bildungsurlaub im Sinne einer Politik der fortdauernden Bildung und Berufsbildung konzipiert sein sollte, die schrittweise und wirksam durchgeführt wird,

hat beschlossen, verschiedene Anträge anzunehmen betreffend den bezahlten Bildungsurlaub, eine Frage, die den vierten Gegenstand ihrer Tagesordnung bildet, und

dabei bestimmt, daß diese Anträge die Form eines internationalen Übereinkommens erhalten sollen.

Die Konferenz nimmt heute, am 24. Juni 1974, das folgende Übereinkommen an, das als Übereinkommen über den bezahlten Bildungsurlaub, 1974, bezeichnet wird.

Artikel 1

In diesem Übereinkommen bedeutet der Begriff „bezahlter Bildungsurlaub“ einen Urlaub, der einem Arbeitnehmer zu Bildungszwecken für eine bestimmte Dauer während der Arbeitszeit und bei Zahlung angemessener finanzieller Leistungen gewährt wird.

Artikel 2

Jedes Mitglied hat eine Politik festzulegen und durchzuführen, die dazu bestimmt ist, mit Methoden, die den innerstaatlichen Verhältnissen und Gepflogenheiten angepaßt sind, und nötigenfalls schrittweise, die Gewährung von bezahltem Bildungsurlaub zu fördern, und zwar zum Zwecke

- a) der Berufsbildung auf allen Stufen,
- b) der allgemeinen und politischen Bildung,
- c) der gewerkschaftlichen Bildung.

Artikel 3

Diese Politik hat, falls erforderlich auf verschiedene Weise, einen Beitrag zu leisten

- a) zur Aneignung, Vervollkommnung und Anpassung beruflicher und tätigkeitsbezogener Befähigungen sowie zur Förderung und Sicherung der Beschäftigung angesichts der wissenschaftlichen und technischen Entwicklung sowie der wirtschaftlichen und strukturellen Veränderungen;
- b) zur sachkundigen und aktiven Beteiligung der Arbeitnehmer und ihrer Vertreter am Geschehen im Betrieb und in der Gemeinschaft;
- c) zum persönlichen, sozialen und kulturellen Fortschritt der Arbeitnehmer; und
- d) allgemein zur Förderung einer geeigneten fortdauernden Bildung und Berufsbildung, die dem Arbeitnehmer hilft, sich den zeitbedingten Erfordernissen anzupassen.

Artikel 4

Diese Politik hat die Entwicklungsstufe und die besonderen Bedürfnisse des betreffenden Landes und der verschiedenen Tätigkeitsbereiche zu berücksichtigen und ist mit der allgemeinen Politik auf dem Gebiet der Beschäftigung, der Bildung und Berufsbildung sowie der Arbeitszeit abzustimmen, wobei saisonbedingte Schwankungen der Arbeitszeit oder des Arbeitsanfalls je nach Sachlage zu berücksichtigen sind.

Artikel 5

Die Gewährung von bezahltem Bildungsurlaub kann durch innerstaatliche Gesetzgebung, Gesamtarbeitsverträge, Schiedssprüche oder auf jede andere den innerstaatlichen Gepflogenheiten entsprechende Weise erfolgen.

Artikel 6

Die Behörden, die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände und die mit Bildung und Berufsbildung befaßten Institutionen oder Stellen sind in einer den innerstaatlichen Verhältnissen und Gepflogenheiten entsprechenden Weise bei der Festlegung und Durchführung der Politik zur Förderung des bezahlten Bildungsurlaubs heranzuziehen.

Artikel 7

Die Finanzierung der Vorkehrungen für den bezahlten Bildungsurlaub hat in regelmäßiger und angemessener Weise sowie in Übereinstimmung mit den innerstaatlichen Gepflogenheiten zu erfolgen.

Artikel 8

Der bezahlte Bildungsurlaub darf Arbeitnehmern nicht auf Grund der Rasse, der Hautfarbe, des Geschlechts, des Glaubensbekenntnisses, der politischen Meinung, der nationalen Abstammung oder der sozialen Herkunft verweigert werden.

Artikel 9

Falls erforderlich, sind besondere Bestimmungen in bezug auf den bezahlten Bildungsurlaub zu erlassen

- a) für bestimmte Arbeitnehmergruppen, deren Einordnung in den Rahmen allgemeiner Regelungen Schwierigkeiten bereitet, wie z. B. Arbeitnehmer in Kleinbetrieben, ländliche oder sonstige in entlegenen Gebieten lebende Arbeitnehmer, Schichtarbeiter oder Arbeitnehmer mit Familienpflichten;
- b) für bestimmte Gruppen von Betrieben, deren Einordnung in den Rahmen allgemeiner Regelungen Schwierigkeiten bereitet, wie z. B. Klein- oder Saisonbetriebe, wobei vorausgesetzt wird, daß die Arbeitnehmer in diesen Betrieben nicht von der Inanspruchnahme des bezahlten Bildungsurlaubs ausgeschlossen werden.

Artikel 10

Die Voraussetzungen für die Gewährung von bezahltem Bildungsurlaub können unterschiedlich sein, je nachdem, ob der bezahlte Bildungsurlaub einem der folgenden Zwecke dienen soll:

- a) der Berufsbildung auf allen Stufen;
- b) der allgemeinen und politischen Bildung;
- c) der gewerkschaftlichen Bildung.

Artikel 11

Zeiten des bezahlten Bildungsurlaubs sind Zeiten der tatsächlichen Beschäftigung zum Zwecke des Erwerbs von Ansprüchen auf Sozialleistungen und sonstigen sich aus dem Beschäftigungsverhältnis ergebenden Rechten gleichzustellen, wie durch die innerstaatliche Gesetzgebung, Gesamtarbeitsverträge, Schiedssprüche oder auf andere, den innerstaatlichen Gepflogenheiten entsprechende Weise vorgesehen.

Artikel 12

Die förmlichen Ratifikationen dieses Übereinkommens sind dem Generalsekretär des Internationalen Arbeitsamtes zur Eintragung mitzuteilen.

Artikel 13

1. Dieses Übereinkommen bindet nur diejenigen Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation, deren Ratifikation durch den Generalsekretär eingetragen ist.
2. Es tritt in Kraft zwölf Monate nachdem die Ratifikationen zweier Mitglieder durch den Generalsekretär eingetragen worden sind.
3. In der Folge tritt dieses Übereinkommen für jedes Mitglied zwölf Monate nach der Eintragung seiner Ratifikation in Kraft.

Artikel 14

1. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat, kann es nach Ablauf von zehn Jahren, gerechnet von dem Tag, an dem es zum erstenmal in Kraft getreten ist, durch Anzeige an den Generalsekretär des Internationalen Arbeits-

amtes kündigen. Die Kündigung wird von diesem eingetragen. Ihre Wirkung tritt erst ein Jahr nach der Eintragung ein.

2. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat und innerhalb eines Jahres nach Ablauf des im vorigen Absatz genannten Zeitraumes von zehn Jahren von dem in diesem Artikel vorgesehenen Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht, bleibt für einen weiteren Zeitraum von zehn Jahren gebunden. In der Folge kann es dieses Übereinkommen jeweils nach Ablauf eines Zeitraumes von zehn Jahren nach Maßgabe dieses Artikels kündigen.

Artikel 15

1. Der Generalsekretär des Internationalen Arbeitsamtes gibt allen Mitgliedern der Internationalen Arbeitsorganisation Kenntnis von der Eintragung aller Ratifikationen und Kündigungen, die ihm von den Mitgliedern der Organisation mitgeteilt werden.

2. Der Generalsekretär wird die Mitglieder der Organisation, wenn er ihnen von der Eintragung der zweiten Ratifikation, die ihm mitgeteilt wird, Kenntnis gibt, auf den Zeitpunkt aufmerksam machen, in dem dieses Übereinkommen in Kraft tritt.

Artikel 16

Der Generalsekretär des Internationalen Arbeitsamtes übermittelt dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zwecks Eintragung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen vollständige Auskünfte über alle von ihm nach Maßgabe der vorausgehenden Artikel eingetragenen Ratifikationen und Kündigungen.

Artikel 17

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat, sooft er es für nötig erachtet, der Allgemeinen Konferenz einen Bericht über die Durchführung dieses Übereinkommens zu erstatten und zu prüfen, ob die Frage seiner gänzlichen oder teilweisen Abänderung auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werden soll.

Artikel 18

1. Nimmt die Konferenz ein neues Übereinkommen an, welches das vorliegende Übereinkommen ganz oder teilweise abändert, und sieht das neue Übereinkommen nichts anderes vor, so gelten folgende Bestimmungen:

- a) Die Ratifikation des neugefaßten Übereinkommens durch ein Mitglied schließt ohne weiteres die sofortige Kündigung des vorliegenden Übereinkommens in sich ohne Rücksicht auf Artikel 14, vorausgesetzt, daß das neugefaßte Übereinkommen in Kraft getreten ist.
- b) Vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des neugefaßten Übereinkommens an kann das vorliegende Übereinkommen von den Mitgliedern nicht mehr ratifiziert werden.

2. Indessen bleibt das vorliegende Übereinkommen nach Form und Inhalt jedenfalls in Kraft für die Mitglieder, die dieses, aber nicht das neugefaßte Übereinkommen ratifiziert haben.

Artikel 19

Der französische und der englische Wortlaut dieses Übereinkommens sind in gleicher Weise maßgebend.

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des Protokolls vom 10. Februar 1977
zur Änderung und Ergänzung
des am 30. Oktober 1957 in Berlin
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Ungarischen Volksrepublik
unterzeichneten Vertrages über den Rechtsverkehr
in Zivil-, Familien- und Strafsachen**

vom 25. August 1977

Entsprechend § 2 des Gesetzes vom 16. Juni 1977 über das Protokoll vom 10. Februar 1977 zu dem am 30. Oktober 1957 in Berlin zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Ungarischen Volksrepublik unterzeichneten Vertrag über den Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen (GBl. II Nr. 10 S. 203) wird hierdurch bekanntgegeben, daß das Protokoll am 3. August 1977 in Kraft getreten ist.

Berlin, den 25. August 1977

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik
H. Eichler**

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Vertrages vom 6. Mai 1977
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Mongolischen Volksrepublik
zur Beseitigung bestehender und Verhinderung
der Entstehung künftiger Fälle
von doppelter Staatsbürgerschaft**

vom 26. September 1977

Entsprechend der Bekanntmachung vom 5. Juli 1977 über die Ratifikation des Vertrages vom 6. Mai 1977 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Mongolischen Volksrepublik zur Beseitigung bestehender und Verhinderung der Entstehung künftiger Fälle von doppelter Staatsbürgerschaft (GBl. II Nr. 13 S. 275) wird hierdurch bekanntgemacht, daß der Vertrag gemäß seinem Artikel 15 Absatz 1 am 8. September 1977 in Kraft getreten ist.

Berlin, den 26. September 1977

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik
H. Eichler**

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
der Änderungen vom 17. Oktober 1974
zur Konvention vom 6. März 1948
über die Zwischenstaatliche Beratende
Seeschiffsorganisation
vom 4. Oktober 1977**

Entsprechend der Bekanntmachung vom 15. Juni 1976 über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Konvention vom 6. März 1948 über die Zwischenstaatliche Beratende Seeschiffsorganisation und über die Annahme der Änderungen vom 17. Oktober 1974 zu dieser Konvention durch die Deutsche Demokratische Republik (GBl. II Nr. 10 S. 225) wird hierdurch bekanntgemacht, daß die Änderungen gemäß Artikel 52 der Konvention am 1. April 1978 in Kraft treten. Mit dem gleichen Tag werden sie für die Deutsche Demokratische Republik wirksam.

Berlin, den 4. Oktober 1977

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik
H. Eichler**

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
der Urkunde zur Abänderung der Verfassung
der Internationalen Arbeitsorganisation
vom 22. Juni 1972
vom 4. Oktober 1977**

Entsprechend der Bekanntmachung vom 3. November 1975 über die Ratifikation der Urkunde zur Abänderung der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation vom 22. Juni 1972 durch die Deutsche Demokratische Republik (GBl. II 1976 Nr. 1 S. 1) wird hierdurch bekanntgemacht, daß die Urkunde gemäß den Bestimmungen des Artikels 36 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation am 1. November 1974 in Kraft getreten ist. Mit dem gleichen Tag wurde die Urkunde für die Deutsche Demokratische Republik wirksam.

Berlin, den 4. Oktober 1977

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik
H. Eichler**

Jahrbuch der Internationalen Politik und Wirtschaft 1977

Erscheint im 5. Jahrgang

Hrsg.: Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR und Institut für Internationale Beziehungen der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR

Etwa 560 Seiten · Leinen etwa 25,- M

Bestellwort: Int. Jahrbuch 77 / 771 068 3

Erscheint im III. Quartal 1977

Das Jahrbuch 1977 analysiert in seinem Grundsatzteil die internationalen Entwicklungen, die sich – wesentlich bestimmt und beeinflusst vom Weltsozialismus – im politischen und ökonomischen Bereich vollzogen haben. Dazu zählen solche Themen wie:

- 60 Jahre Große Sozialistische Oktoberrevolution
- Der Leninsche Kurs der Außenpolitik – zum XXV. Parteitag der KPdSU
- Für Frieden, Sicherheit, Zusammenarbeit und sozialen Fortschritt
- Für ein System neuer internationaler Wirtschaftsbeziehungen.

Der zweite Teil befaßt sich mit den Fortschritten in der sozialistischen ökonomischen Integration und der im Rahmen der Warschauer Vertragsorganisation koordinierten Außenpolitik der sozialistischen Länder sowie ihrer erfolgreichen inneren Entwicklung, die sie unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Parteien erreicht haben.

Neben Untersuchungen der verschärften krisenhaften Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft, der imperialistischen ökonomischen und militärischen Zusammenschlüsse, enthält das Jahrbuch Darstellungen des inneren und äußeren Geschehens in den kapitalistischen Ländern.

Entwicklungsländer in den internationalen Beziehungen, der Nahostkonflikt, Erfolge der nationalen Befreiungsbewegung im Süden Afrikas, ergänzt durch Länderbeiträge, sind die Themen des vierten Teils.

Zu beziehen über den örtlichen Buchhandel.



**Staatsverlag
der Deutschen Demokratischen
Republik**

Das Recht der internationalen Verträge

A. N. Talalajew

Übersetzung aus dem Russischen

221 Seiten · Pappband 13,50 M

Bestellwort:

Talalajew, Verträge / 771 054 4



Staatsverlag
der Deutschen Demokratischen
Republik

Wie und nach welchen Rechtsnormen entstehen völkerrechtliche Verträge? Der Autor beleuchtet diese Fragen und behandelt dabei systematisch die Ergebnisse der Wiener UNO-Konferenz von 1968/69 über das Recht der Verträge. Der Monographie liegen die Manuskripte einer Vorlesungsreihe zugrunde, die Prof. Dr. Talalajew an der juristischen Fakultät der Moskauer Staatlichen Universität gehalten hat. Daraus resultiert der sehr anschauliche Lehrcharakter, der das Recht der völkerrechtlichen Verträge als jungen Zweig des Völkerrechts dem Leser leicht verständlich macht. Der Autor behandelt das Thema als ein Schlüsselproblem für die Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Beginnend mit der entlarvenden Veröffentlichung der Geheimverträge des zaristischen Rußlands bis zu den Verträgen, die die Wende zur internationalen Entspannung markieren, werden Beispiele angeführt, die neben ihrer völkerrechtlichen Sachbezogenheit die große und entscheidende Rolle der Sowjetunion im Kampf um die Demokratisierung des Völkerrechts erkennen lassen.

Zu beziehen über den örtlichen Buchhandel

Die sozialistische Gesellschaft

Wesen, Entwicklung, Perspektiven

Übersetzung aus dem Russischen
Internationale Reihe „Sozialismus –
Erfahrungen, Probleme und
Perspektiven“

336 Seiten · Pappband 13,50 M

Bestellwort:

Soz. Gesellschaft / 771 096 6

Diese komplexe Untersuchung des Sozialismus zeigt eindrucksvoll Entstehung, Stand, Entwicklung und Zusammenhang aller ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Faktoren der gesellschaftlichen Entwicklung, die es dem Sozialismus gestatten, erstmals den Menschen zum grundlegenden Motiv des gesellschaftlichen Fortschritts zu machen.

Gliederung:

Der Sozialismus in Theorie und Praxis

Der Sozialismus als gesellschaftliches System

Der Sozialismus – eine wissenschaftlich und planmäßig geleitete Gesellschaft

Massen und Persönlichkeit

Die Lebensweise

Vom Sozialismus zum Kommunismus

Zu beziehen über den örtlichen Buchhandel



Staatsverlag
der Deutschen Demokratischen Republik

Herausgeber: Sekretariat des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 49, Telefon: 209 30 22 — Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 751 — Verlag: (4/10/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17, Telefon: 209 45 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 2,50 M, Teil II 3,— M — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr.
Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postschloßbach 696. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 108 Berlin, Neustädtische Kirchstraße 15, Telefon: 220 22 23

Artikel-Nr. (EDV) 10 131

Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rotensetzdruck)

Index 31818

102
S
102



GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

1977	Berlin, den 6. Dezember 1977	Teil II Nr. 17
Tag	Inhalt	Seite
15. 9. 77	Bekanntmachung über die Ratifikation des Abkommens über die Rechtsfähigkeit, Privilegien und Immunitäten der Internationalen Organisation für kosmische Fernmeldeverbindungen INTERSPUTNIK vom 20. September 1976 durch die Deutsche Demokratische Republik	357
21. 11. 77	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Konvention über Verkehrszeichen und -signale	362
28. 11. 77	Bekanntmachung über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zum Europäischen Abkommen vom 1. Juli 1970 über die Arbeit des im internationalen Straßenverkehr eingesetzten Fahrpersonals (AETR)	363

**Bekanntmachung
über die Ratifikation
des Abkommens über die Rechtsfähigkeit,
Privilegien und Immunitäten
der Internationalen Organisation
für kosmische Fernmeldeverbindungen
INTERSPUTNIK vom 20. September 1976
durch die Deutsche Demokratische Republik
vom 15. September 1977**

Der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik ratifizierte am 14. Juni 1977 das Abkommen über die Rechtsfähigkeit, Privilegien und Immunitäten der Internationalen Organisation für kosmische Fernmeldeverbindungen INTERSPUTNIK vom 20. September 1976.

Das Abkommen war am 20. September 1976 für die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik unterzeichnet worden.

Die Ratifikationsurkunde wurde am 14. Juli 1977 bei der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, dem Depositar des Abkommens, hinterlegt.

Bei der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde wurde von seiten der Deutschen Demokratischen Republik zu Artikel 3 Absatz 2 und Artikel 4 Absatz 3 folgende Erklärung abgegeben:

„Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erklärt, daß die Vertreter der Mitglieder von INTERSPUTNIK im Rat und deren Familienangehörige gemäß Artikel 3

Absatz 2 des Abkommens über die Rechtsfähigkeit, Privilegien und Immunitäten der Internationalen Organisation für kosmische Fernmeldeverbindungen INTERSPUTNIK vom 20. September 1976 neben den im Artikel 3 Absatz 1 genannten Privilegien und Immunitäten in der Deutschen Demokratischen Republik ebenfalls andere Privilegien und Immunitäten genießen, wie sie Diplomaten gewährt werden.

Diese Regelung gilt gemäß Artikel 4 Absatz 3 auch im Hinblick auf den Generaldirektor von INTERSPUTNIK und seinen Stellvertreter.

Die Gewährung der Privilegien und Immunitäten gemäß Artikel 3 Absatz 2 des genannten Abkommens erfolgt auf der Basis der Gegenseitigkeit.“

Der Tag, an dem das Abkommen für die Deutsche Demokratische Republik in Kraft tritt, wird im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntgegeben.

Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 15. September 1977

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

H. Eichler

**Abkommen
über die Rechtsfähigkeit, Privilegien und Immunitäten
der Internationalen Organisation
für kosmische Fernmeldeverbindungen INTERSPUTNIK**

Die Vertragschließenden Seiten haben

auf der Grundlage des Abkommens über die Schaffung des internationalen Systems und der Organisation für kosmische Fernmeldeverbindungen INTERSPUTNIK, das am 15. November 1971 in Moskau unterzeichnet wurde, und

in Anerkennung des gegenseitigen Interesses, die günstigsten Voraussetzungen für die Tätigkeit der Internationalen Organisation für kosmische Fernmeldeverbindungen INTERSPUTNIK auf dem Territorium der Teilnehmerstaaten des vorliegenden Abkommens zu schaffen,

beschlossen, das vorliegende Abkommen abzuschließen.

Artikel 1

In dem vorliegenden Abkommen bedeuten

- a) INTERSPUTNIK — Internationale Organisation für kosmische Fernmeldeverbindungen INTERSPUTNIK,
- b) Abkommen über INTERSPUTNIK — Abkommen über die Schaffung des internationalen Systems und der Organisation für kosmische Fernmeldeverbindungen INTERSPUTNIK, das am 15. November 1971 in Moskau unterzeichnet wurde,
- c) Vertreter — Vertreter der Mitglieder von INTERSPUTNIK im Rat, Mitglieder der Delegationen auf den Tagungen des Rates, Mitglieder der Revisionskommission, Leiter und Mitglieder der Delegationen auf den Tagungen von INTERSPUTNIK sowie Berater und Experten der erwähnten Delegationen,
- d) Amtspersonen — den Generaldirektor und dessen Stellvertreter sowie die Kategorien von Mitarbeitern des im Artikel 13 des Abkommens über INTERSPUTNIK vorgesehenen Personals der Direktion, die vom Rat von INTERSPUTNIK entsprechend Artikel 4 Absatz 1 dieses Abkommens festgelegt werden.

Artikel 2

1. INTERSPUTNIK ist entsprechend Artikel 8 des Abkommens über INTERSPUTNIK eine juristische Person und befugt, Verträge abzuschließen, Vermögen zu erwerben, zu mieten bzw. zu pachten und zu veräußern und Prozeduralhandlungen vorzunehmen.
2. Die Räumlichkeiten von INTERSPUTNIK sind unverletzlich. Das Vermögen, die Aktiva und die Dokumente von INTERSPUTNIK genießen unabhängig von ihrem Lage- bzw. Aufbewahrungsort Immunität gegenüber jeglichen verwaltungsrechtlichen und gerichtlichen Maßnahmen, es sei denn, daß der Rat von INTERSPUTNIK in Einzelfällen auf die Immunität selbst verzichtet.

3. INTERSPUTNIK ist von allen zentralen und örtlichen direkten Steuern und Abgaben befreit. Das gilt nicht in bezug auf Zahlungen für kommunale und sonstige ähnliche Dienstleistungen.
4. INTERSPUTNIK ist bei der Ein- und Ausfuhr von Gegenständen des dienstlichen Gebrauchs von Zollgebühren und Beschränkungen befreit.

Artikel 3

1. Den Vertretern werden bei der Ausübung ihrer dienstlichen Obliegenheiten auf dem Territorium der Teilnehmerstaaten des vorliegenden Abkommens folgende Privilegien und Immunitäten gewährt:
 - a) Immunität gegen Inhaftierung oder Festnahme sowie gerichtliche Verfolgung hinsichtlich aller Handlungen, die von ihnen in ihrer Eigenschaft als Vertreter begangen werden können,
 - b) Unantastbarkeit des dienstlichen Schriftverkehrs und der Dienstdokumente,
 - c) Befreiung von persönlichen Pflichtleistungen und direkten Steuern und Abgaben hinsichtlich des Gehaltes, das den Vertretern vom Entsendestaat gezahlt wird,
 - d) hinsichtlich des persönlichen Gepäcks die gleichen Zollvergünstigungen, die Mitarbeitern diplomatischer Vertretungen in dem jeweiligen Staate gewährt werden.
2. Die Vertreter der Mitglieder von INTERSPUTNIK im Rat genießen außer den Privilegien und Immunitäten gemäß Punkt 1 dieses Artikels bei Einverständnis der zuständigen Organe des betreffenden Staates ebenfalls andere Privilegien und Immunitäten, die Diplomaten in dem betreffenden Staate gewährt werden.
Die Bestimmungen dieses Punktes finden in entsprechenden Fällen auf Familienangehörige der Vertreter der Mitglieder von INTERSPUTNIK im Rat Anwendung, die mit ihnen in einem Haushalt leben.
3. Die in diesem Artikel vorgesehenen Privilegien und Immunitäten werden den darin genannten Personen ausschließlich im dienstlichen Interesse gewährt.
Jede Vertragschließende Seite hat das Recht und ist verpflichtet, auf die Immunität ihres Vertreters in allen Fällen zu verzichten, in denen nach Meinung dieser Seite die Immunität die Rechtsprechung behindert und in denen ohne Schaden für die Zwecke, zu denen sie gewährt wurde, darauf verzichtet werden kann.
4. Die Vertreter sind von der Meldepflicht befreit.
5. Die Bestimmungen dieses Artikels finden keine Anwendung auf die gegenseitigen Beziehungen zwischen dem

Vertreter und den Organen des Staates, dessen Staatsbürger er ist oder auf dessen Territorium er seinen ständigen Wohnsitz hat.

Artikel 4

1. Der Rat von INTERSPUTNIK legt auf Vorschlag des Generaldirektors die Kategorien der Amtspersonen fest, auf die die Bestimmungen dieses Artikels Anwendung finden. Der Generaldirektor teilt allen Mitgliedern von INTERSPUTNIK periodisch die Namen dieser Amtspersonen mit.
2. Auf dem Territorium der Teilnehmerstaaten des vorliegenden Abkommens
 - a) werden die Amtspersonen für alle Handlungen, die von ihnen in ihrer Eigenschaft als Amtspersonen begangen werden können, nicht gerichtlich oder verwaltungsrechtlich zur Verantwortung gezogen,
 - b) sind die Amtspersonen von persönlichen Pflichtleistungen befreit,
 - c) sind Amtspersonen von direkten Steuern und Abgaben hinsichtlich des Gehaltes, das ihnen von INTERSPUTNIK gezahlt wird, befreit,
 - d) sind Amtspersonen von Zollgebühren für Gegenstände, die für den persönlichen Bedarf bestimmt sind, darunter auch für Einrichtungsgegenstände bei der erstmaligen Einreise in das Land, in dem INTERSPUTNIK seinen Sitz hat, befreit. Sie benötigen ebenfalls keine Genehmigung für die Ausfuhr der erwähnten Gegenstände bei der Ausreise aus diesem Land. Die von den Amtspersonen eingeführten Gegenstände können entsprechend der Ordnung veräußert werden, die in dem Land gilt, in dem INTERSPUTNIK seinen Sitz hat. Die Bestimmungen der Buchstaben b) und d) dieses Punktes finden in entsprechenden Fällen Anwendung auf die Familienangehörigen der Amtspersonen, die mit ihnen in einem Haushalt leben.
3. Der Generaldirektor und sein Stellvertreter genießen außer den Privilegien und Immunitäten gemäß Absatz 2 dieses Artikels bei Einverständnis der zuständigen Organe des betreffenden Staates auch andere Privilegien und Immunitäten, die Diplomaten in dem betreffenden Staat gewährt werden.
4. Die in diesem Artikel vorgesehenen Privilegien und Immunitäten werden den Amtspersonen ausschließlich im Interesse von INTERSPUTNIK und der unabhängigen Wahrnehmung der dienstlichen Obliegenheiten durch diese Personen gewährt.

Der Generaldirektor hat das Recht und ist verpflichtet, die einer unter Punkt 1 dieses Artikels genannten Amtsperson gewährte Immunität in den Fällen zu entziehen, wenn nach seiner Meinung die Immunität die Rechtsprechung behindert und der Entzug der Immunität die Interessen von INTERSPUTNIK nicht beeinträchtigt. In bezug auf den Generaldirektor und seinen Stellvertreter werden dem Rat von INTERSPUTNIK analog die gleichen Rechte und Pflichten übertragen.

5. Die Bestimmungen des Punktes 2 dieses Artikels erstrecken sich nicht auf die gegenseitigen Beziehungen zwischen den Organen des Staates und den Amtspersonen, die Staatsbürger dieses Staates sind oder ihren ständigen Wohnsitz auf seinem Territorium haben.

Artikel 5

1. Die zuständigen Organe der Teilnehmerstaaten des vorliegenden Abkommens erweisen INTERSPUTNIK, seinen Amtspersonen und in entsprechenden Fällen den Vertretern Unterstützung bei der Zuweisung von Dienst- und Wohnräumen, bei der Ausstattung der Diensträume sowie bei der Inanspruchnahme von medizinischer Betreuung und anderer sozialer und kommunaler Leistungen in Übereinstimmung mit der in diesen Staaten bestehenden Ordnung.
2. INTERSPUTNIK genießt auf dem Territorium der Teilnehmerstaaten des vorliegenden Abkommens die gleichen günstigen Bedingungen in bezug auf Vorrangigkeit und Gebühren für Leistungen des internationalen Fernsprech-, Fernschreib- und Postverkehrs wie die diplomatischen Vertretungen in diesem Staat.

Mit Einverständnis der Verwaltungen des Post- und Fernmeldewesens der Vertragschließenden Seiten können für INTERSPUTNIK kostenlose Post-, Fernschreib- und Telefonverbindungen bewilligt werden.

Artikel 6

Personen, die die in diesem Abkommen vorgesehenen Privilegien und Immunitäten genießen, sind verpflichtet, die Gesetze der Staaten einzuhalten, auf deren Territorium sie ihre dienstlichen Obliegenheiten wahrnehmen, die mit der Tätigkeit von INTERSPUTNIK im Zusammenhang stehen.

Artikel 7

1. Das vorliegende Abkommen steht allen Mitgliedern von INTERSPUTNIK zur Unterzeichnung offen und bedarf der Ratifikation.
2. Die Ratifikationsurkunden werden bei der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hinterlegt, die die Funktion des Depositars des vorliegenden Abkommens ausüben wird.
3. Das vorliegende Abkommen tritt nach Hinterlegung von sechs Ratifikationsurkunden bei der Depositarregierung in Kraft.
4. Jedes Mitglied von INTERSPUTNIK, das das vorliegende Abkommen nicht unterzeichnet hat, kann ihm beitreten. Die Beitrittsdokumente werden der Depositarregierung übermittelt.
5. Für die Regierungen, die die Ratifikationsurkunden oder Beitrittsdokumente nach Inkrafttreten des vorliegenden Abkommens hinterlegen, tritt das vorliegende Abkommen am Tage der Hinterlegung der erwähnten Dokumente in Kraft.

6. Das vorliegende Abkommen wird für die Dauer der Gültigkeit des Abkommens über INTERSPUTNIK abgeschlossen.

Das Abkommen kann gekündigt werden.

Für die Regierung, die das vorliegende Abkommen gekündigt hat, wird die Kündigung nach Ablauf von sechs Monaten, gerechnet vom Tage des Eingangs der Kündigung bei der Depositarregierung, rechtswirksam.

7. Die Depositarregierung informiert alle Vertragschließenden Seiten über das Datum jeder Unterzeichnung, jeder Hinterlegung einer Ratifikationsurkunde und eines Beitrittsdokumentes, über das Datum des Inkrafttretens des vorliegenden Abkommens sowie über alle anderen eingegangenen Mitteilungen.

8. Das vorliegende Abkommen wird von der Depositarregierung entsprechend Artikel 102 der Charta der Organisation der Vereinten Nationen registriert.

9. Das Original des vorliegenden Abkommens, dessen russischer, englischer, spanischer und französischer Text gleichermaßen authentisch ist, wird bei der Depositarregierung hinterlegt, die allen Vertragschließenden Seiten beglaubigte Abschriften des Abkommens übersendet.

Zu Urkund dessen haben die in gehöriger Form bevollmächtigten Endesunterzeichneten das vorliegende Abkommen unterzeichnet.

Ausgefertigt in Berlin, am 20. September 1976.

СОГЛАШЕНИЕ

о правоспособности, привилегиях и иммунитетах международной организации космической связи «ИНТЕРСПУТНИК»

Договаривающиеся Стороны,

В соответствии с Соглашением о создании международной системы и организации космической связи «ИНТЕРСПУТНИК», подписанным в г. Москве 15 ноября 1971 г.,

признавая взаимную заинтересованность в создании на территории государств-участников настоящего Соглашения наиболее благоприятных условий для осуществления деятельности международной организации космической связи «ИНТЕРСПУТНИК»,

решили заключить настоящее Соглашение.

Статья 1

В настоящем Соглашении:

а) «ИНТЕРСПУТНИК» — означает международную организацию космической связи «ИНТЕРСПУТНИК»;

б) Соглашение об «ИНТЕРСПУТНИКЕ» — означает Соглашение о создании международной системы и организации космической связи «ИНТЕРСПУТНИК», подписанное в г. Москве 15 ноября 1971 г.;

в) представители — означает Представителей Членов «ИНТЕРСПУТНИКА» в Совете, членов делегаций на сессиях Совета, членов Ревизионной комиссии, глав и членов делегаций на проводимых «ИНТЕРСПУТНИКОМ» совещаниях, а также советников и экспертов указанных делегаций;

г) должностные лица — означает Генерального директора и его заместителя, а также определяемые Советом «ИНТЕРСПУТНИКА» в соответствии с пунктом 1 статьи 4 настоящего Соглашения категории сотрудников персонала Дирекции, предусмотренного статьей 13 Соглашения об «ИНТЕРСПУТНИКЕ».

Статья 2

1. «ИНТЕРСПУТНИК» в соответствии со статьей 8 Соглашения об «ИНТЕРСПУТНИКЕ» является юридическим лицом и правомочен заключать договоры, приобретать, арендовать и отчуждать имущество и предпринимать процессуальные действия.

2. Помещения «ИНТЕРСПУТНИКА» являются неприкосновенными. Его имущество, активы и документы независимо от места их нахождения пользуются иммунитетом от любой формы административного и судебного вмешательства, с изъятием, когда Совет «ИНТЕРСПУТНИКА» сам отказывается от иммунитета в каком-либо отдельном случае.

3. «ИНТЕРСПУТНИК» освобождается от всех прямых налогов и сборов как общегосударственных, так и местных. Это положение не будет применяться в отношении платежей за предоставление коммунальных и других подобных услуг.

4. «ИНТЕРСПУТНИК» освобождается от таможенных сборов и ограничений при ввозе и вывозе предметов, предназначенных для служебного пользования.

Статья 3

1. Представителям при исполнении ими своих служебных обязанностей на территории государств-участников настоящего Соглашения предоставляются следующие привилегии и иммунитеты:

а) иммунитет от личного ареста или задержания, а также от юрисдикции судебных учреждений в отношении всех действий, которые могут быть ими совершены в качестве представителей;

б) неприкосновенность служебной корреспонденции и документов;

в) освобождение от личных повинностей и прямых налогов и сборов в отношении заработной платы, выплачиваемой им страной, которая их командировала;

г) те же таможенные льготы в отношении их личного багажа, какие предоставляются сотрудникам дипломатических представительств в данном государстве.

2. Представители Членов «ИНТЕРСПУТНИКА» в Совете кроме привилегий и иммунитетов, указанных в пункте 1 настоящей статьи, пользуются и другими привилегиями и иммунитетами, предоставляемыми в данном государстве дипломатическим представителям, с согласия на это компетентных органов данного государства.

Положение настоящего пункта применяется в соответствующих случаях к членам семей Представителей Членов «ИНТЕРСПУТНИКА» в Совете, проживающих вместе с ними.

3. Привилегии и иммунитеты, предусмотренные настоящей статьей, предоставляются упомянутым в ней лицам исключительно в служебных интересах. Каждая Договаривающаяся Сторона имеет право и обязана отказаться от иммунитета своего представителя во всех случаях, когда по мнению этой Стороны иммунитет препятствует осуществлению правосудия и от него можно отказаться без ущерба для целей, с которыми он был предоставлен.

4. Представители освобождаются от обязательной прописки.

5. Положения настоящей статьи не применяются к взаимоотношениям между органами государства и представителем, который является гражданином этого государства, либо постоянно проживает на его территории.

Статья 4

1. Совет «ИНТЕРСПУТНИКА» во представлении Генерального директора определяет категории должностных лиц, к которым применяются положения настоящей статьи. Фамилии таких должностных лиц периодически сообщаются Генеральным директором всем Членам «ИНТЕРСПУТНИКА».

2. Должностные лица на территории государств-участников настоящего Соглашения:

а) не подлежат судебной и административной ответственности в отношении всех действий, которые могут быть ими совершены в качестве должностных лиц;

б) освобождаются от личных повинностей;

в) освобождаются от прямых налогов и сборов в отношении заработной платы, выплачиваемой им «ИНТЕРСПУТНИКОМ»;

г) освобождаются от таможенных сборов на предметы, предназначенные для личного пользования, включая предметы для обзаведения при первоначальном въезде в страну местопребывания «ИНТЕРСПУТНИКА», а также освобождаются от получения разрешения для вывоза указанных предметов при выезде из этой страны.

Ввезенные должностными лицами предметы могут отчуждаться в стране местопребывания «ИНТЕРСПУТНИКА» в соответствии с порядком, установленным в этой стране.

Положения подпунктов «б» и «г» настоящего пункта применяются в соответствующих случаях к членам семей должностных лиц, проживающих совместно с ними.

3. Генеральный директор и его заместитель кроме привилегий и иммунитетов, указанных в пункте 2 настоящей статьи, пользуются и другими привилегиями и иммунитетами, предоставляемыми в данном государстве дипломатическим представителям, с согласия на это компетентных органов данного государства.

4. Привилегии и иммунитеты, предусмотренные настоящей статьей, предоставляются должностным лицам исключительно в интересах «ИНТЕРСПУТНИКА» и независимого выполнения этими лицами служебных функций.

Генеральный директор имеет право и обязан отказаться от иммунитета, предоставленному любому должностному лицу, упомянутому в пункте 1 настоящей статьи, в тех случаях, когда по его мнению иммунитет препятствует осуществлению правосудия и от него можно отказаться без ущерба для интересов «ИНТЕРСПУТНИКА». В отношении Генерального директора и его заместителя аналогичные право и обязанность возлагаются на Совет «ИНТЕРСПУТНИКА».

5. Положения пункта 2 настоящей статьи не применяются к взаимоотношениям между органами государства и должностными лицами, которые являются гражданами этого государства, либо постоянно проживают на его территории.

Статья 5

1. Компетентные органы государств-участников настоящего Соглашения оказывают «ИНТЕРСПУТНИКУ», его должностным лицам и в соответствующих случаях представителям содействие в получении служебных и жилых помещений, в оборудовании служебных помещений, а также в получении медицинской помощи и других социальных и коммунальных услуг в соответствии с порядком, установленным в этих государствах.

2. «ИНТЕРСПУТНИК» пользуется на территории государств-участников настоящего Соглашения не менее благоприятными условиями в отношении первоочередности и тарифов за услуги международной телефонной, телеграфной и почтовой связи, чем те, которыми в этом государстве пользуются дипломатические представительства.

Предоставление «ИНТЕРСПУТНИКУ» бесплатной почтовой, телеграфной и телефонной связи может иметь место с согласия Администраций связи Договаривающихся Сторон.

Статья 6

Лица, пользующиеся привилегиями и иммунитетами, предусмотренными в настоящем Соглашении, обязаны уважать законы государств, на территории которых они выполняют свои служебные обязанности, связанные с деятельностью «ИНТЕРСПУТНИКА».

Статья 7

1. Настоящее Соглашение открыто для подписания всеми Членами «ИНТЕРСПУТНИКА» и подлежит ратификации.
2. Ратификационные грамоты сдаются на хранение Правительству Союза Советских Социалистических Республик, которое будет выполнять функции депозитария настоящего Соглашения.
3. Настоящее Соглашение вступает в силу после сдачи правительству-депозитарию на хранение шести ратификационных грамот.
4. Любой Член «ИНТЕРСПУТНИКА», не подписавший настоящее Соглашение, может присоединиться к нему. Документы о присоединении направляются правительству-депозитарию.
5. Для правительств, сдавших на хранение ратификационные грамоты или документы о присоединении после вступления в силу настоящего Соглашения, оно вступит в силу в день сдачи на хранение указанных актов.
6. Настоящее Соглашение заключено на срок действия Соглашения об «ИНТЕРСПУТНИКЕ».
7. Соглашение может быть денонсировано. Денонсация вступает в силу для правительства, сделавшего заявление о денон-

сации, по истечении шести месяцев со дня сдачи правительству-депозитарию такого заявления.

7. Правительство-депозитарий извещает все Договаривающиеся Стороны о дате каждого подписания, сдачи на хранение ратификационной грамоты и документа о присоединении, о дате вступления в силу Соглашения, а также о всех других полученных им уведомлениях.

8. Настоящее Соглашение будет зарегистрировано правительством-депозитарием в соответствии со Статьей 102 Устава Организации Объединенных Наций.

9. Подлинник настоящего Соглашения, русский, английский, испанский и французский тексты которого являются равно аутентичными, будет сдан на хранение правительству-депозитарию, которое направляет заверенные копии Соглашения всем Договаривающимся Сторонам.

В удостоверение чего нижеподписавшиеся, должным образом на это уполномоченные, подписали настоящее Соглашение.

Свершено в г. Берлине 20 сентября 1976 г.

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
der Konvention über Verkehrszeichen und -signale
vom 21. November 1977**

Entsprechend der Bekanntmachung vom 13. März 1975 über den Beitritt der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zur Konvention vom 8. November 1968 über Verkehrszeichen und -signale (GBl. II Nr. 3 S. 67) wird hierdurch bekanntgemacht, daß die Konvention nach Hinterlegung der erforderlichen Anzahl von Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunden gemäß ihrem Artikel 39 Abs. 1 am 3. Juni 1978 in Kraft tritt.

Berlin, den 21. November 1977

**Der Leiter
des Sekretariats des Ministerrates**

Dr. Kleinert
Staatssekretär

**Bekanntmachung
über den Beitritt
der Deutschen Demokratischen Republik
zum Europäischen Abkommen vom 1. Juli 1970
über die Arbeit des im internationalen Straßenverkehr
eingesetzten Fahrpersonals
(AETR)**

vom 28. November 1977

Am 10. August 1976 wurde die Beitrittsurkunde der Deutschen Demokratischen Republik zum Europäischen Abkommen über die Arbeit des im internationalen Straßenverkehr eingesetzten Fahrpersonals (AETR) vom 1. Juli 1970 beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

Bei der Hinterlegung der Beitrittsurkunde wurde von seiten der Deutschen Demokratischen Republik zum Artikel 20 Absätze 2 und 3 folgender Vorbehalt erklärt:

„Die Deutsche Demokratische Republik erklärt in Übereinstimmung mit Artikel 21 Absatz 1 des Abkommens, daß sie sich durch Artikel 20 Absätze 2 und 3 des Abkommens nicht als gebunden betrachtet.“

Zu Artikel 19 des Abkommens gab die Deutsche Demokratische Republik folgende Erklärung ab:

„Die Deutsche Demokratische Republik läßt sich in ihrer Haltung zu den Bestimmungen des Artikels 19 des Abkommens, soweit sie die Anwendung des Abkommens auf Kolonialgebiete und andere abhängige Territorien betreffen, von den Festlegungen der Deklaration der Vereinten Nationen über die Gewährung der Unabhängigkeit an die kolonialen Länder und Völker (Res. Nr. 1514 [XVI] vom 14. Dezember 1960) leiten, welche die Notwendigkeit einer schnellen und bedingungslosen Beendigung des Kolonialismus in allen seinen Formen und Äußerungen proklamieren.“

Das Abkommen ist gemäß seinem Artikel 16 Absatz 5 am 6. Februar 1977 für die Deutsche Demokratische Republik in Kraft getreten.

Der Text des Abkommens wird im Sonderdruck Nr. 940 des Gesetzblattes veröffentlicht.

Berlin, den 28. November 1977

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

H. Eichler

Sozialistische ökonomische Integration- Wissenschaft und Technik

A. N. Bykow
Übersetzung aus dem Russischen
218 Seiten · Pappband 15,— M
Bestellwort: Bykow, Integration / 770 987 7

Das vorliegende Buch hat die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit der Länder des RGW zum Gegenstand und reiht sich ein in die in der DDR veröffentlichte Literatur zu Grundfragen der sozialistischen ökonomischen Integration. Damit wird der dringenden Forderung Rechnung getragen, auch die Probleme der Zusammenarbeit der RGW-Länder auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technik einer wissenschaftlichen Analyse zu unterziehen.

Der Autor hat eine geschlossene Darstellung dieser Problematik vorgelegt. Mit der Charakterisierung des ökonomischen Mechanismus der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit der Länder des RGW führt er den Nachweis über die Vorzüge des Sozialismus, der die Möglichkeit bietet, auch dieses komplizierte Gebiet der gesellschaftlichen Tätigkeit planmäßig zu gestalten und eine hohe Effektivität zu erzielen. Ein weiteres Kapitel beschäftigt sich mit den komplizierten Fragen der Entwicklung von wissenschaftlich-technischen Beziehungen mit den Ländern des nichtsozialistischen Wirtschaftsgebietes.

Sowohl für die Theorie als auch für die Praxis übermittelt das Buch Kenntnisse und gibt Anregungen, die komplizierten Prozesse bei der Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution noch tiefgründiger zu durchdenken und alle Möglichkeiten zu erschließen, die die sozialistische ökonomische Integration für ihre Lösung bietet.

Zu beziehen über den örtlichen Buchhandel.



**Staatsverlag
der Deutschen Demokratischen
Republik**

Herausgeber: Sekretariat des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 209 16 22 — Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 751 — Verlag: (610/02) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Grothe-Wohl-Straße 12, Telefon: 209 45 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierjährlicher Teil I 2,30 M, Teil II 3,— M — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr.
Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postfach 696. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 108 Berlin, Neustädtische Kirchstraße 15, Telefon: 229 22 23
Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rolleroffsetdruck)

Artikel-Nr. (EDV) 10 131

Index 31 818

Handwritten text and stamps at the bottom right, including a date stamp "1977" and some illegible markings.